III-67 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Republik Österreich

TÄTIGKEITSBERICHT DES RECHNUNGSHOFES

Verwaltungsjahr 1983

WIEN 1984
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes

Verwaltungsjahr 1983

Vorbemerkungen

Vorlage an den Nationalrat

I. Der RH hat gem Art 126 d Abs 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes idF von 1929 dem Nationalrat über seine Tätigkeit im vorangegangenen Jahr spätestens bis 15. Oktober jeden Jahres Bericht zu erstatten. Der hiemit vorgelegte Tätigkeitsbericht des RH 1983 schließt an den Tätigkeitsbericht 1982 (III-24 der Beilagen) an, den der Nationalrat am 11. April 1984 auf Antrag des Rechnungshofausschusses durch Beschluß zur Kenntnis genommen hat.

In den folgenden Bericht wurden die bis 31. August 1984 berichtsreif gewordenen Ergebnisse der vom RH in den Verwaltungsbereichen des Bundes (einschließlich Kapitalbeteiligungen) im Jahre 1983 durchgeführten Gebarungsüberprüfungen aufgenommen, weiters auch berichtsreif gewordene Prüfungsergebnisse aus Vorjahren sowie allfällige sonstige Wahrnehmungen.

Nicht aufgenommen in diesen Jahrestätigkeitsbericht wurden jene Wahrnehmungen bzw Prüfungsergebnisse, über die der RH bereits im Juni 1984 dem Nationalrat gesondert berichtet hat:

(1) Bericht über Wahrnehmungen auf dem Gebiet der Finanzschuldengebarung des Bundes anläßlich einer Finanzschuldaufnahme vom 9. Dezember 1983 (III-50 der Beilagen);

(2) Bericht über Wahrnehmungen hinsichtlich der Gebarung des Bundes mit Mitteln der Kunst- und Sportförderung (III-51 der Beilagen);

(3) Bericht über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung betreffend die Organisation der Österreichischen Bundesbahnen (III-52 der Beilagen).

Den nach Verwaltungsbereichen in der Reihenfolge der Budgetkapitel geordneten Prüfungsergebnissen sind Nachträge zu früheren Tätigkeitsberichten (TB) und Sonderberichten (SB) vorangestellt, wenn solche Ergänzungen notwendig erschienen. Die Ergebnisse jener Überprüfungen aus dem Jahre 1983, die am 31. August 1984 noch nicht berichtsreif vorlagen, werden allenfalls in den Nachtrag zu diesem TB, sonst aber in den nächstfolgenden TB aufzunehmen sein.

Prüfungstätigkeit im Bereich der Länder

II. Im Jahre 1983 hat der RH im Bereich der sonstigen Gebietskörperschaften die Gebarung der Bundesländer Burgenland, Salzburg, Steiermark und Tirol in einigen Schwerpunkten, der Stadtgemeinden Krems und Klagenfurt sowie (auf begründetes Ersuchen der zuständigen Landesregierung) Zell am See, weiters der Wasserverbände Faaker See, Region Feldkirch, Millstädter See und Ossiacher See sowie der Krankenanstalt Oberwart überprüft.

Die Ergebnisse dieser Gebarungsüberprüfungen finden im vorliegenden Bericht keinen Niederschlag, da hierüber nur den zuständigen Landtagen zu berichten ist.

Mitwirkung an der Rechnungsverwaltung des Bundes

III. Neben seiner Prüfungstätigkeit hatte der RH im Jahre 1983 den Bundesrechnungsabschluß 1982 zu verfassen, den er am 26. September 1983 dem Nationalrat vorlegte (III-17 der Beilagen) und gem § 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) die Abweichungen der Gebarung des Bundes vom Bundesvoranschlag 1983 zu überwachen.

Dieser Bundesrechnungsabschluß (BRA) wurde erstmals im Zusammenwirken mit dem BMF gem § 9 RHG in einem automatisierten Verfahren im Bundesrechenamt nach einheitlichen Grundsätzen in einer bundeseinheitlichen Gliederung erstellt.

Zugleich mit dem BRA hat der RH dem Nationalrat einen Nachweis über den Stand der Bundesschulden für das Jahr 1982 vorgelegt.

Dem BRA 1982 wurde mit Bundesgesetz vom 29. März 1984, BGBl Nr 153, die Genehmigung erteilt.

Ferner wirkte der RH im Rahmen seiner Zuständigkeit gem §§ 6 und 10 RHG an der Ordnung des Rechnungswesens und an der Finanzschuldengebarung mit.

Begutachtungen von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

IV. In Entsprechung der Entschließung des Nationalrates vom 19. März 1981 nahm der RH im Berichtszeitraum zu 66 Gesetzes- und zu 82 Verordnungsentwürfen der Bundesverwaltung Stellung. Eine eingehendere Stellungnahme wurde bspw zum Entwurf einer Vereinbarung gem Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über den Modellversuch eines gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienstes abgegeben.

Auch aus den Bundesländern wurden insgesamt 24 Entwürfe dem RH zur Stellungnahme übermittelt.

Hingegen wurden ihm Entwürfe, deren Gegenstand die Zuständigkeit des RH in besonderem Maße anspricht, nicht zugeleitet, wie etwa die Entwürfe zum BFG 1984, zur Novelle zum BFG 1983 und zum Budgetüberschreitungsgesetz 1983.

Darstellung der Prüfungsergebnisse

V. Der RH gibt im vorliegenden Bericht dem Hohen Haus einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse seiner Kontrolltätigkeit im Bundesbereich für das Jahr 1983, mußte sich hiebei jedoch auf die Wiedergabe der ihm bedeutsamer erscheinenden Sachverhaltsfeststellungen, Wahrnehmungen von Mängeln und daran anknüpfenden Empfehlungen beschränken. In der Regel werden bei der Berichterstattung punkteweise Sachverhaltsfeststellungen (Abs 1), die Beurteilung durch den RH (Abs 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Abs 3) und die allfällige Gegenäußerung des RH (Abs 4) aneinandergereiht (diese Kennzeichnung erfolgt jeweils an dritter Stelle der Absatzbezeichnung). Wie bereits in den Vorjahren stellt der RH den einzelnen Prüfungsergebnissen aus dem Berichtsjahr Leitsätze über die wesentlichen Feststellungen im Kursivdruck voran, um dem Leser eine Hilfe zur rascheren Information zu geben.

Aussagewert von Prüfungsergebnissen

VI. Der RH beschränkte sich wegen der gebotenen Berichtsökonomie im wesentlichen auf die kritische Darstellung erhobener Sachverhalte, hat jedoch keineswegs an den vielerorts erbrachten positiven Leistungen in der öffentlichen Verwaltung und in den öffentlichen Unternehmungen vorbeigesehen. Die in Einzelfällen erhobenen Mängel dürfen daher keineswegs verallgemeinert werden. Die gegebenen Empfehlungen wollen als Denkanstöße zur Verbesserung der Haushalts- und Unternehmungsführung nach den Grundsätzen der Ordnungsgemäßheit und der Wirtschaftlichkeit verstanden werden.

„Offene Posten-Buchhaltung" der öffentlichen Finanzkontrolle

VII. Der RH hat erstmals im vorjährigen TB versucht, ressortweise die unerledigten Anregungen aus Vorjahren, soweit sie für die Haushalts- bzw Unternehmungsführung bedeutsam sind, kurz aufzulisten und mit der betreffenden Fundstelle aus früheren TB zu versehen. Diese Auflistung wurde im vorliegenden TB fortgeschrieben, wobei fallweise auch Mitteilungen über eingeleitete Maßnahmen bzw allfällige Hinderungsgründe beigefügt wurden. Anregungen aus den Prüfungsergebnissen des laufenden Jahres oder aus Vorjahren, die noch in Erörterung stehen, sind in dieser Auflistung nicht enthalten, sondern wie bisher der anschließenden Darstellung der einzelnen Prüfungsfälle zu entnehmen.

Verzeichnis der Abkürzungen

VIII. Im Interesse einer Beschränkung des Umfanges und ohne Gefährdung der Lesbarkeit erscheint dem RH die durchgehende Verwendung folgender, größtenteils aus den Legistischen Richtlinien des Bundeskanzleramtes vom 14. Oktober 1970 entnommenen Abkürzungen gerechtfertigt. Entsprechend den „Abkürzungs- und Zitierregeln der österreichischen Rechtssprache", Wien 1970, wurde auf Abkürzungspunkte - soweit sie funktionslos sind - verzichtet.

ABl	=	Amtsblatt	Art	=	Artikel
Abs	=	Absatz	ASlg	=	Amtliche Sammlung wiederverlautbarter österreichischer Rechtsvorschriften
Abschn	=	Abschnitt			
Abt	=	Abteilung			
Anh	=	Anhang	Bd	=	Band
Anm	=	Anmerkung	BFG	=	Bundesfinanzgesetz
Ans	=	Ansatz	BG	=	Bundesgesetz
ao	=	außerordentliche	BGBl	=	Bundesgesetzblatt
AR	=	Aufsichtsrat	Bgld	=	Burgenland
BKA	=	Bundeskanzleramt	LSR	=	Landesschulrat
BM	=	Bundesministerium	lt	=	laut
BMA	=	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Mill	=	Million
			NÖ	=	Niederösterreich

BMBT	=	— Bauten und Technik
BMF	=	— Finanzen
BMGU	=	— Gesundheit und Umweltschutz
BMHGI	=	— Handel, Gewerbe und Industrie
BMI	=	— Inneres
BMJ	=	— Justiz
BMLF	=	— Land- und Forstwirtschaft
BMLV	=	— Landesverteidigung
BMS	=	— soziale Verwaltung
BMUK	=	— Unterricht und Kunst
BMV	=	— Verkehr
BMWF	=	— Wissenschaft und Forschung
BReg	=	Bundesregierung
bspw	=	beispielsweise
BVA	=	Bundesvoranschlag
betr	=	betreffend
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929
bzw	=	beziehungsweise
dgl	=	dergleichen
dh	=	das heißt
E	=	Erkenntnis (Entscheidung)
f	=	der (die) folgende
ff	=	und die folgenden, fortfahrend
fg	=	finanzgesetzlich
F-VG	=	Finanz-Verfassungsgesetz 1948
gem	=	gemäß
GZ	=	Geschäftszahl, Geschäftszeichen
idF	=	in der Fassung
idgF	=	in der geltenden Fassung
insb	=	insbesondere
Jg	=	Jahrgang
Kap	=	Kapitel
Ktn	=	Kärnten
LBGl	=	Landesgesetzblatt
leg cit	=	legis citatae
lit	=	litera
Nr	=	Nummer
OGH	=	Oberster Gerichtshof
OLG	=	Oberlandesgericht
OÖ	=	Oberösterreich
Pkt	=	Punkt
pol	=	politischer
rd	=	rund
RGBl	=	Reichsgesetzblatt
RH	=	Rechnungshof
RS	=	Rundschreiben
S	=	Schilling (nachgestellt)
S	=	Seite (vorangestellt)
Sbg	=	Salzburg
Slg	=	Sammlung
StGBl	=	Staatsgesetzblatt
StS	=	Staatssekretär
Stmk	=	Steiermark
TNr	=	Tarifnummer
Tir	=	Tirol
ua	=	unter anderem, und andere, unter anderen, und anders
usw	=	und so weiter
UT	=	Unterteilung (letzte Stelle eines finanzgesetzlichen Ansatzes)
uzw	=	und zwar
v	=	vom, von
Vbg	=	Vorarlberg
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
vgl	=	vergleiche
vH	=	vom Hundert
VO	=	Verordnung
VP	=	Verrechnungspost
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
Z	=	Ziffer
zB	=	zum Beispiel
Zl	=	Zahl
zT	=	zum Teil

Diese Abkürzungen wurden - ausgenommen bei Überschriften oder wenn der Zusammenhang die offene Schreibweise verlangt - verwendet. Weitere Abkürzungen, wie bspw die Bezeichnung der überprüften Stelle oder gesetzliche Buchstabenkurzbezeichnungen, sind bei der erstmaligen Erwähnung im Text des betreffenden Beitrages angeführt.

Inhaltsverzeichnis

I. ABSCHNITT

Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen in den Verwaltungsbereichen des Bundes und der Sozialversicherungsträger (ausgenommen Kapitalbeteiligungen)

Absatz/Seite

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes ..... -/7

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Inneres

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Bundespolizeidirektion für Eisenstadt 1/8
Flugpolizei und Flugrettungsdienst 2/8
Einrichtungen der Innenrevision 3/8
Bundespolizeidirektion Wien; Büro für ökonomische Angelegenheiten 4/8
Landesgendarmeriekommando für Kärnten 5/9
Bundespolizeidirektion Linz 6/10
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich 7/10

Absatz/Seite

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Bundesministerium für Inneres — Zivildienst 8/11
Bundespolizeidirektion Wien 9/18
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg 10/24
Landesgendarmeriekommando für Salzburg 11/28
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten 12/36
Bundespolizeidirektion Klagenfurt 13/37

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr:
Schulverwaltung des Bundes 14/42

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Österreichische Hochschülerschaft 15/44
Universität für Bodenkultur 16/57
Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" 17/75

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung

A. Dienststellen der Sozialverwaltung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Landesinvalidenamt für Kärnten 18/84
Einrichtungen der Innenrevision 19/85
Insolvenz-Ausfallgeldfonds 20/85

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Maßnahmen zur Produktiven Arbeitsplatzförderung 21/86
Ersatzforderungen der Republik Österreich gegenüber den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland 22/95

c) Sonstige Wahrnehmungen:
Finanzielle Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung und der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe sowie Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 . 23/96
Private Arbeitsvermittlung 24/96

B. Träger der Sozialversicherung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Betriebskrankenkasse der Firma Joh. Pengg in Thörl/Stmk 25/97
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues 26/97

b) Prüfungsergebnis aus dem Jahre 1983:
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft 27/98

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Ermessensausgaben der laufenden Gebarung 1977 (Krankenanstalten-Kostenrechnung) .. 28/115
Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien 29/116
Fonds „Kampf dem Krebs" 30/117

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds 31/118
Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Graz 32/136

c) Sonstige Wahrnehmungen:
Arbeitsleihvertrag 33/141

Absatz/Seite

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten

Prüfungsergebnis aus dem Jahre 1983:
Österreichisches Kulturinstitut in Budapest 34/142

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Justiz

a) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit, Wien 35/145
Verein „Rettet das Kind" — Graz 36/164
Oberlandesgericht Wien 37/166

b) Sonstige Wahrnehmungen:
Arbeitsleihvertrag 38/174

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Militärkommando OÖ und nachgeordnete Dienststellen 39/176
Militärisches Bauwesen 40/176
Geld- und Rechnungswesen (Heereskassen) 41/176
Militärwirtschaftsdienst 42/176
Buchhaltung 43/177

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Militärkommando NÖ und nachgeordnete Dienststellen 44/177
Flugmelderegiment 45/185

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

a) Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr:
Finanzamt Mödling 46/189

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Finanzamt Zell am See 47/190
Finanzämter Feldbach und Radkersburg 48/198

c) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung:
Abgabenrückstände, Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten 1983 ..... 49/210
Anmerkung einer Einbringungshemmung in Überrechnungs- und Umbuchungsfällen 50/213

d) Finanzschuld:
Finanzschuldengebarung 1983 ..... 51/213

e) Bundeshaftungen:
Haftungsgebarung 1983 ..... 52/225

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Getreidewirtschaftsfonds 53/227
Einrichtungen der Innenrevision beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ... 54/227
Österreichische Bundesforste; Forstverwaltung Mürzzuschlag 55/227
Österreichische Bundesforste; Jagdverwaltung 56/227
Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren in Wels 57/228

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1982:
Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg 58/228
Weinwirtschaftsfonds 59/233

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Förderungsmaßnahmen für Handel und Gewerbe 60/237
Bundeslastverteiler, Wien 61/240

Absatz/Seite

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren:
Bundesmobilienverwaltung ... 62/243
Schnellstraße S 6: Trassenführung ... 63/243
Trassenfestlegung der Tauern Autobahn im Raume Villach ... 64/244
Schloßhauptmannschaft Schönbrunn ... 65/247
Wasserwirtschaftsfonds ... 66/247

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Trassenfestlegung von Bundesstraßen ... 67/247
Bundesstraßenverwaltung; Budgeterstellung und Vollzug ... 68/257
Universität für Bodenkultur, Zubau ... 69/272

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

a) Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr:
Telegraphenbauamt 4 ... 70/275

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Fernmeldebetriebsamt Graz ... 71/275
Postamt 1036 Wien ... 72/281
Telegraphenbauamt Klagenfurt und Fernhochbau Kärnten ... 73/284

II. ABSCHNITT

Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen bei Kapitalbeteiligungen des Bundes

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

a) Allgemeine Wahrnehmungen:
Überblick über die allgemeine Entwicklung der verstaatlichten Industrie ... 74/292

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983:
Heilmittelwerke Wien GesmbH, Wien ... 75/304
Simmering-Graz-Pauker AG, Wien ... 76/310

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mbH, Schwechat ... 77/325
Stölzle-Oberglas AG, Wien ... 78/333

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie Gesellschaft mbH (Bürges), Wien ... 79/351
Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH, Zwentendorf ... 80/368

III. ABSCHNITT

Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen bei sonstigen Rechtsträgern

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983:
Österreichische Postsparkasse ... 81/393
Tochterbanken der Österreichischen Postsparkasse; Bank der Österreichischen Postsparkasse AG; Bankhaus Feichtner und Co AG ... 82/406

IV. ABSCHNITT

Tätigkeit des Rechnungshofes als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) ... 83/418

I. ABSCHNITT

Ergebnisse der Gebarungsüberprüfungen in den Verwaltungsbereichen des Bundes und der Sozialversicherungsträger (ausgenommen Kapitalbeteiligungen)

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) jährlicher Abrechnung der mit dem ORF vereinbarten Pauschalentschädigung für den auf Rechnung des Bundes zu besorgenden „Auslandsdienst des Kurzwellenfunks" (SB 1979 Abs 1.1.9); das BKA stellte eine Behandlung dieses Problems im Rahmen einer beabsichtigten Gesamtreform des Auslandsdienstes auf Kurzwelle in Aussicht;

(2) Abkehr von Abschlüssen kostspieliger „Arbeitsleihverträge auf Dauer" (SB 1979 Abs 1.1.10); das BKA bezeichnete die in seinem Verwaltungsbereich derzeit bestehenden acht Fälle entweder wegen des starren Dienst- und Besoldungsrechtes oder aber infolge eines sachlich begründeten Vertrauensverhältnisses zu bestimmten Mitarbeitern als notwendig;

(3) zentraler Koordinierung des Einsatzes des Kraftwagenparkes des BKA und des BMA (SB 1979 Abs 1.1.17); das BKA erklärte sich ungeachtet gegenteiliger Ansicht des BMA als auch weiterhin um eine entsprechende Vorgangsweise bemüht;

(4) Abschluß von dem Gesetz entsprechenden (Sonder)Verträgen mit den hauptberuflich Vortragenden an der Verwaltungsakademie des Bundes (TB 1980 Abs 1.5); das BKA stellte eine Anpassung der hiefür maßgebenden Gesetzesstelle an die bemängelte Praxis in Aussicht.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Inneres

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Zusammenfassung der Beschaffung und Verwaltung der Dienstkleider für die vier Wachekörper (Bundespolizei, Bundesgendarmerie, Justizwache und Zollwache) (TB 1969 Abs 3);

(2) Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Unterstützungsinstitut der Sicherheitswache in Wien (TB 1969 Abs 2);

(3) Abschluß leistungsorientierter Dienstverträge mit den Polizeiärzten (TB 1971 Abs 14);

(4) Auflassung von Gendarmerieposten mit geringer Personalstärke (TB 1973 Abs 16.1);

(5) Anerkennung und Abgeltung von Reisezeiten als Dienstzeiten außerhalb von Plandienstzeiten (TB 1974 Abs 9.3.1);

(6) Schaffung ausreichender Rechtsgrundlagen für die Anhaltung in Polizeigefangenenhäusern (TB 1976 Abs 8.5.2);

(7) Abstandnahme von der Verrechnung von Nächtigungsgebühren der Gendarmeriebeamten für Zeiten einer Dienstverrichtung im Funkpatrouillendienst (TB 1977 Abs 11.3);

(8) Novellierung der RGV mit dem Ziel einer Gleichstellung von Gendarmerie-, Sicherheitswache- und Kriminalbeamten bei der Verrechnung von Nächtigungsgebühren für Zeiten einer Dienstverrichtung (TB 1980 Abs 12.1.1);

(9) Vorschreibung von Überwachungsgebühren für die besondere Sicherung von Geldinstituten (TB 1982 Abs 7.9).

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Bundespolizeidirektion Eisenstadt

1.1 Der RH hat die Zuerkennung der Gefahrenzulage für ausschließliche Kontrolltätigkeiten bemängelt. Da mit dem BMI keine Meinungsübereinstimmung zu erzielen war, hat der RH diese Frage wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung im gesamten Exekutivbereich (BMI, BMF und BMJ) an das BKA herangetragen (TB 1982 Abs 4.2). Trotz wiederholter Erinnerungen hat das BKA bisher keine Stellungnahme abgegeben.

1.2 Der RH hat eine zeitgemäße Anpassung der Vergütungssätze für Gästezimmer empfohlen. Das BKA hat eine Besprechung unter Einbeziehung des RH in Aussicht gestellt (TB 1982 Abs 4.3). Eine Besprechung in dieser Angelegenheit wurde jedoch bisher nicht anberaumt.

Flugpolizei und Flugrettungsdienst

2.1 Der RH hat aus Ersparungsgründen empfohlen, die Aufgaben des für flugpolizeiliche Belange bei der Fachabteilung des BMI eingerichteten besonderen Journaldienstes außerhalb der normalen Dienststunden auf den für den Ressortbereich bei der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit bestehenden Journaldienst zu übertragen (TB 1981 Abs 10.8.1).

Nach mehrmaligem Schriftwechsel sagte das BMI eine zeitliche Einschränkung des Journaldienstes bei der Flugpolizei sowie Bestrebungen zur Aufhebung der in dieser Journaldienstregelung enthaltenen Rufbereitschaft zu.

2.2 Die innerhalb der Fachabteilung ständig im Flug- und Wartungsdienst verwendeten Exekutivbeamten bezogen neben verschiedenen Zulagen gem § 19b GG 1956 auch eine Gefahrenzulage, die im Zusammenhang mit der 24. GG-Novelle 1972 aus dem bisherigen Mehrleistungsanteil der Flugzulage umgewandelt worden war, ohne daß sich in der Verwendung der Beamten etwas geändert hätte. Der RH hat daher die Einstellung dieser Gefahrenzulage empfohlen (TB 1981 Abs 10.11.1).

Das BMI lehnte dies ab. Eine Äußerung des eingeschalteten BKA steht trotz Betreibung noch aus.

Einrichtungen der Innenrevision

3.1 Der RH hat beim BMI Revisionseinrichtungen festgestellt, die aber einerseits nicht den gesamten Ressortbereich erfaßten und andererseits erweiterungsbedürftig erschienen. Er hat daher empfohlen, entweder die Dienststelle des „Generalinspizierenden der Sicherheitsbehörden und Landesgendarmeriekommanden" zu einer umfassenden Revisionsstelle für den gesamten Ressortbereich auszugestalten oder unter Beibehaltung dieser Revisionseinrichtung eine zusätzliche Dienststelle mit der Revision aller anderen Bereiche des BMI zu betrauen (TB 1981 Abs 1.9.1).

3.2 Das BMI ist der letzterwähnten Empfehlung des RH gefolgt.

Bundespolizeidirektion Wien; Büro für ökonomische Angelegenheiten

4.1.1 Ohne entsprechende Deckung im Organisations- und Geschäftsplan wurden im Büro für ökonomische Angelegenheiten (BÖ) der Bundespolizeidirektion (BPD) Wien sieben Referate eingerichtet, wodurch eine bürointerne feste Aufgabenverteilung und Personalzuteilung mit entsprechend eigenständigen und teilweise vermeidbaren Verwaltungsabläufen entstand.

Der RH hat eine sachbezogene Zuweisung der Aufgaben an die Bearbeiter und eine dementsprechende Aktenverwaltung der Kanzleistelle empfohlen, die sich an dem im BMI und bei den Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeibehörden in Verwendung stehenden Aktenplan ausrichten sollte (TB 1982 Abs 7.2.1).

Nach mehrmaligem Schriftwechsel teilte die BPD Wien mit, daß eine Mehrfachprotokollierung nur in einem verschwindend kleinen Hundertsatz erfolge. Die Referatseinteilung sei vom BMI im Rahmen der Planstellenbewertung anerkannt. Es bestehe kein Anlaß, allenfalls bestehende Untergliederungen bei Zentralstellen oder Bezirkspolizeikommissariaten in den derzeit geltenden Organisations- und Geschäftsplan aufzunehmen. Bei Neuerlassung dieser Vorschrift könnte gegebenenfalls hierüber eine Generalklausel vorgesehen werden.

4.1.2 Dieser Mitteilung hielt der RH seine Feststellungen über Zweigleisigkeiten bei der Bearbeitung von Geschäftsfällen, des regelmäßigen Schriftverkehrs zwischen den Referaten und die ungleichmäßige Auslastung des Personals entgegen. Er verblieb bei seiner Empfehlung.

4.2.1 Für das im Zuge des U-Bahn-Baues in Pavillonform neu gebaute Wachzimmer (WZ) Praterstern lag lediglich ein Mietvertragsentwurf vor, der die Leistung eines Baukostenbeitrages durch den Bund von 8,1 Mill S vorsah. Da aber die Baukosten bereits zu dieser Zeit auf rd 10,2 Mill S angestiegen waren, ergab dies für die Gesamtfläche von 287 m² einen Preis von rd 25 000 S/m².

4.2.2 Nach Auffassung des RH sollte der Bund nur dann die vollen Baukosten tragen, wenn ein Gebäude in sein Eigentum übergeht. Mit der bauführenden Gebietskörperschaft wäre vor Baubeginn eine klare schriftliche Vereinbarung über Art und Höhe der Kostentragung zu treffen gewesen. Angesichts der bereits vor Baubeginn vorhersehbaren hohen Kosten hätten sich die verantwortlichen Dienststellen des Bundes für die Beibehaltung und Instandsetzung des bisherigen, von den ÖBB gemieteten WZ entscheiden sollen. Die Stadt Wien hatte sich zu Beginn der Planung überdies bereit gezeigt, die Kosten zu tragen (TB 1982 Abs 7.4).

4.2.3 Lt Mitteilung der BPD Wien sei der Betrag von 8,1 Mill S lediglich ein Hinweis auf die voraussichtlichen Baukosten und ein Anhaltspunkt für die Veranschlagung gewesen.

4.2.4 Der RH hielt diese Erklärung für ungenügend. Bauherr sei die Stadt Wien gewesen; der Bund sei unter den gegebenen Umständen nur als Mieter dieses Objektes in Betracht gekommen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre eine klare Regelung über die zu erwartende Mietzinszahlung oder der Entschluß zur Beibehaltung des bisherigen WZ zu treffen gewesen.

4.2.5 Die BPD Wien erklärte, sie habe bei den Verhandlungen zur Errichtung eines WZ im U-Bahn-Bereich Praterstern den Zusicherungen der zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien, daß ein Baukostenzuschuß nicht gefordert werde, Glauben geschenkt.

Die vom BMI gemeinsam mit dem BMF geführten Mietvertragsverhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

4.2.6 Der RH ersuchte um Mitteilung der Gründe für die Abstandnahme von der Übernahme der Gesamtbaukosten in das Budget für den U-Bahn-Bau.

4.2.7 Die abschließende Stellungnahme steht noch aus.

4.3.1 Bei Verkehrsunfällen mit Dienstkraftwagen waren mit der Schadensabwicklung neben dem Referat (Ref) 8 des Generalinspektorates (GI) der Sicherheitswache, das Ref 7 des BÖ und je nach der Schadenshöhe auch das BMI, Abt II/3, befaßt, wodurch ein umfangreicher Schriftverkehr entstand.

Der RH hat eine klare Geschäftseinteilung empfohlen (TB 1982 Abs 7.7).

Die BPD Wien sprach sich gegen eine Änderung des ihrer Ansicht nach bewährten Arbeitsablaufes aus.

4.3.2 Der RH verwies in seiner Gegenäußerung auf die von ihm festgestellte arbeitsaufwendige Schadensabwicklung und hielt seine Empfehlung aufrecht.

Landesgendarmeriekommando für Kärnten

5.1.1 Im Bereich des Landesgendarmeriekommandos für Kärnten (LGK) bestanden neun alpine Einsatzgruppen. Die Ausbildung für deren Angehörige erfolgte in zentralen Kursen außerhalb des Kommandobereiches und erforderte einen Zeitaufwand von etwa 6 000 Mannstunden sowie Reisegebühren und Überstunden. Angesichts der dienstlichen Verwendung der alpinen Einsatzgruppen hat der RH die Notwendigkeit für eine solche kostspielige Spezialausbildung in Zweifel gezogen und empfohlen, die Ausbildung nur bis zur Stufe des Alpingendarmen durchzuführen (TB 1982 Abs 8.3.2). So sei in den letzten Jahren nur in einem einzigen Fall eine hochalpine Ausbildung dienstlich erforderlich gewesen. Der Ausbildung im eigenen Kommandobereich wäre außerdem wegen Kosteneinsparungen und gleichzeitiger Erweiterung der Ortskenntnisse gegenüber der bisherigen Übung der Vorzug zu geben.

Das BMI hielt nunmehr dem RH entgegen, das notwendige Ausmaß der Alpinausbildung lasse sich nur aus der Praxis ableiten und auf diese sei die Ausbildung abgestellt.

5.1.2 Der RH ersuchte daraufhin um Mitteilung der für diese Behauptung maßgebenden Grundlagen.

5.1.3 Die Antwort steht noch aus.

5.2 Zur Empfehlung des RH, die Planung und Ausführung der Verkehrsüberwachung auf wichtigen Freilandstraßen kurzfristiger und anpassungsfähiger an vordringliche Diensterfordernisse zu gestalten (TB 1982 Abs 8.9), sagte das LGK nunmehr entsprechende Maßnahmen zu.

5.3.1 Der RH hat die Auflassung einer zweiten, mit Genehmigung des Gendarmeriezentralkommandos eingerichteten Fernschreibvermittlung wegen zu geringer Auslastung bzw wegen der dadurch verursachten Personalbindung und von zusätzlichen Journaldienstgebühren empfohlen (TB 1982 Abs 8.15).

Das BMI hielt dem die räumlich getrennte Unterbringung der Fernschreibvermittlung und der Kriminalabteilung (Krabt) sowie die seit Einführung des Elektronischen Kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) gebotene besondere Dringlichkeit im Fernschreibverkehr entgegen. Weiters sei dadurch der Einbau einer Rohrpostanlage mit geschätzten Kosten von rd 56 000 S vermieden worden.

5.3.2 Der RH wiederholte seine Feststellung einer geringen Auslastung und verwies auf die seit Einrichtung der zweiten Fernschreibvermittlung (1976) verursachten Journaldienstkosten von rd 1,5 Mill S.

5.3.3 Das BMI bezeichnete in seiner Gegenäußerung diese Kostenrechnung als „irrig", weil ein dritter Journalbeamter bereits ab August 1975 genehmigt und die eigene Fernschreibvermittlung für die Krabt erst ab Feber 1976 in Betrieb genommen worden sei.

5.3.4 Die vom RH daraufhin angeforderten Aktenunterlagen wurden vom BMI noch nicht übersandt.

Bundespolizeidirektion Linz

6.1 Angesichts der unterschiedlichen Auslastung der Arbeitskräfte in der Ein- und Auslaufstelle hat der RH dem BMI empfohlen, im gesamten Bereich der Bundespolizei für eine einheitliche und zweckmäßige Vorgangsweise bei der Protokollierung von Geschäftsstücken zu sorgen (TB 1982 Abs 9.4.2).

Das BMI führte die Abweichungen in der Protokollierungsart auf einen Spielraum, den die Protokollierungsvorschrift biete, zurück. Durch organisatorische Maßnahmen und einen anpassungsfähigeren Personaleinsatz seitens der Bundespolizeidirektion (BPD) sei jedoch eine Personaleinsparung erzielt worden.

6.2 Der RH hat die anläßlich der Dienstpragmatik-Novelle 1972, BGBl 213, einvernehmlich mit dem BMI erfolgte Dienstzeitregelung für den Kriminaldienst beanstandet, weil nach einer Überprüfung für das Jahr 1981 die Jahresdienstverpflichtung von 2 008 Stunden im allgemeinen nicht erreicht worden war (TB 1982 Abs 9.5.2).

Nach mehrmaligem Schriftwechsel pflichtete das BMI nunmehr der Auffassung des RH bei und teilte mit, die BPD sei angewiesen worden, ungeachtet der ablehnenden Haltung des Dienststellenausschusses Vorschläge für eine Dienstplanänderung im Sinne der Empfehlung des RH auszuarbeiten.

6.3 Der RH hat den Dienstplan der Diensthundeführer beanstandet, weil die angestrebte ständige Einsatzbereitschaft nicht erreicht wurde. Empfohlen wurde ein Abgehen vom starren „4-Gruppensystem" (TB 1982 Abs 9.8.2).

Die BPD sagte Maßnahmen zu, um ab 1984 die ständige Einsatzbereitschaft zu gewährleisten.

6.4 Der Empfehlung auf eine weitere Herabsetzung des Bestandes an Motorrädern (TB 1982 Abs 9.13.2) kam das BMI nach und setzte den systemisierten Stand nunmehr mit sieben Motorrädern fest.

6.5 Zur Empfehlung des RH, die über die normale sportliche Ertüchtigung der Exekutivbeamten hinausgehende Sonderausbildung zur Heranbildung von Spitzensportlern wegen der damit verbundenen Personalbindung bzw der Kosten einzustellen (TB 1982 Abs 9.21.2), erklärte das BMI, es sei nicht beabsichtigt, in nächster Zeit neuerlich einen derartigen Lehrgang durchzuführen.

Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich

7.1 Bei der Pressestelle der Sicherheitsdirektion für OÖ wurde außerhalb der Normaldienstzeit ein sogenannter „Pressejournaldienst" versehen. Der RH hat empfohlen, diesen „Pressejournaldienst" einzustellen, weil gleichzeitig von einem Beamten des höheren Dienstes sowie des Kriminaldienstes ein Journaldienst versehen wurde (TB 1982 Abs 10.4.1).

7.2 Das BMI verfügte die Einstellung dieses zusätzlichen Journaldienstes.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Bundesministerium für Inneres - Zivildienst

Die wesentlichsten Beanstandungen betrafen die Organisation des Zivildienstes, insb die aufwendigen Verfahrensbestimmungen und die Kostenentwicklung.

8.1 Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung wurden die Angelegenheiten des Zivildienstes im BMI von der Gruppe III/ZD mit dem zusätzlichen Aufgabengebiet „Medienwesen und Öffentlichkeitsarbeit", der Abteilung III/5 mit vorwiegend legistischen und Aufgaben allgemeiner Art und der Abteilung III/6, der die Vollziehung des Zivildienstgesetzes sowie die Führung der Bürogeschäfte der Zivildienstoberkommission und der Zivildienstkommission oblag, besorgt.

Der Personalstand dieser Organisationseinheiten betrug 57 Mitarbeiter sowie zusätzlich 21 Zivildiener.

Organisation des Zivildienstes

8.2.1.1 Gem § 3 Abs 1 des Zivildienstgesetzes (ZDG) vom 6. März 1974, BGBl Nr 187 idgF, ist der Zivildienstpflichtige zu Dienstleistungen heranzuziehen, die dem allgemeinen Besten dienen und den Zivildienstpflichtigen ähnlich wie den Wehrdienstpflichtigen belasten. Diese Dienstleistungen dürfen aber nicht in der Anwendung von Gewalt gegen Menschen bestehen. Bspw sind im § 3 Abs 2 leg cit Dienstleistungen angeführt, die diesen Erfordernissen entsprechen, wie etwa Sozialdienste ua.

8.2.1.2 Wie erhoben wurde, gelangten Zivildienstpflichtige auch anderweitig zum Einsatz. So wurden zB im Rahmen der für den Zivildienst zuständigen Organisationseinheiten des BMI 21 Zivildiener beschäftigt, die im allgemeinen mit Büroarbeiten und Botengängen befaßt waren.

8.2.2 Der RH erachtete derartige Arbeiten nicht mit jenen Belastungen vergleichbar, denen Wehrdiener üblicherweise ausgesetzt sind. Er empfahl daher, Zivildienstleistende entsprechend den gesetzlichen Vorschriften einzusetzen und legte dem BMI die Verwendung beim Schutz oder der Pflege des Waldes, im Bereich des Zivilschutzes oder die verstärkte Heranziehung bei den Feuerwehren nahe.

8.2.3.1 Das BMI erwiderte, gem § 4 Abs 1 ZDG sei der Zivildienst in Einrichtungen zu leisten, die auf Antrag des Rechtsträgers vom zuständigen Landeshauptmann mit Bescheid als geeignete Träger des Zivildienstes anerkannt worden seien. Vor dieser Entscheidung habe der Landeshauptmann ein Gutachten der Zivildienstkommission (nunmehr der Zivildienstoberkommission) einzuholen.

In diesen Gutachten werde regelmäßig die Auffassung vertreten, daß die Voraussetzungen des § 3 ZDG auch dann noch als erfüllt anzusehen seien, wenn die Zivildienstleistenden wenigstens in der Dauer der Grundausbildung der Präsenzdiener einen sie in entsprechender Weise belastenden Einsatz leisten.

8.2.3.2 Die seinerzeitige Zivildienstabteilung des BMI sei vom Landeshauptmann von Wien nach Einholung eines positiven Gutachtens der Zivildienstkommission mit Bescheid aus dem Jahr 1975 als Einrichtung zur Leistung des ordentlichen Zivildienstes anerkannt worden. Die Anzahl der Zivildienstleistenden beim BMI sei ursprünglich mit sechs begrenzt, später aber wegen zu geringer Personalbesetzung in der Fachabteilung mehrmals erhöht und schließlich mit 21 festgesetzt worden. Durch in letzter Zeit vorgenommene Verbesserungen der Arbeitsabläufe sei bereits eine Verminderung der Anzahl der Zivildienstleistenden erreicht worden.

8.2.3.3 Um die Schaffung geeigneter Zivildienstplätze sei das BMI ständig bemüht; so sei es etwa gelungen, zahlreiche Einrichtungen der ÖPTV sowie der ÖBB als Trägerorganisationen zu gewinnen. Bemühungen bei der Bundesstraßenverwaltung sowie bei den Bundesforsten seien hingegen bisher ergebnislos geblieben. Im Bereich der Sozialhilfe sei es mit Unterstützung der Landeshauptmänner gelungen, weitere Zivildienstplätze zu schaffen. Anstrengungen zur Beistellung von Zivildienstplätzen beim Zivilschutz, im Bereich der Feuerwehren oder eines Einsatzes im Bereich der Land- und Forstwirtschaft seien im allgemeinen ergebnislos geblieben. Die Bemühungen würden aber fortgesetzt.

8.2.4 Der RH entgegnete, im Anerkennungsverfahren für Zivildiensteinrichtungen sei der zuständige Landeshauptmann an das Ergebnis der Prüfung gebunden, ob einerseits die Einrichtung dem allgemeinen Besten diene und ob andererseits sich die Belastung des Zivildienstpflichtigen ähnlich wie

die eines Wehrpflichtigen durch den gesamten Wehrdienst darstelle. Eine Auslegung, die gesetzlichen Anforderungen auch dann noch als erfüllt anzusehen, wenn die Zivildienstleistenden wenigstens in der Dauer der Grundausbildung der Präsenzdiener einen sie in entsprechender Weise belastenden Einsatz leisteten, erachtete der RH für unzulässig. Die Erläuterungen zur Regierungsvorlage des Zivildienstgesetzes ließen zwar im Rahmen des Zivildienstes auch die Verrichtung geistiger Arbeiten bei Berücksichtigung der übrigen Grundsätze des § 3 ZDG als möglich erscheinen, legten aber das Schwergewicht im wesentlichen auf die körperliche Arbeit. Maßgebend sei ein ähnlicher Grad der Belastung des Zivildieners mit demjenigen des Präsenzdieners. Eine derartige Belastung sei aber dann nicht anzunehmen, wenn die Dienstleistung nur in Botendiensten, einfachen Schreibarbeiten und sonstigen Büroarbeiten bestehe. Der RH sah sohin den erwähnten Bescheid des Landeshauptmannes von Wien als nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechend an.

Er empfahl, den Widerruf dieser Anerkennung zu beantragen und darüber hinaus die Landeshauptmänner zur Überprüfung der von ihnen als Zivildienstträger anerkannten Einrichtungen im oa Sinne zu veranlassen.

8.3.1.1 Wie bereits erwähnt, setzt die Schaffung eines Zivildienstplatzes zunächst die Anerkennung eines Rechtsträgers als Zivildiensteinrichtung voraus. Entscheidend für das tatsächliche Vorhandensein eines Zivildienstplatzes bleibt aber die Bedarfsmeldung dieses Rechtsträgers, die von Einberufungstermin zu Einberufungstermin unterschiedlich sein kann. Obwohl der Zivildienst eine dem Wehrdienst vergleichbare Staatsbürgerpflicht darstellt, überließ es der Gesetzgeber zunächst im allgemeinen den Anträgen bestimmter Rechtsträger (Bund, Land, Gemeinde oder Gemeindeverbände, sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften oder andere inländische juristische Personen, die nicht auf Gewinn berechnet sind), für Zivildienstplätze zu sorgen. Ergänzt wurde diese Regelung allerdings durch die gem § 10 Abs 2 ZDG bestimmte Verpflichtung der Bundesregierung, im Bereich der Bundesverwaltung jedenfalls so viele Zivildienstplätze zu schaffen, daß jeder Zivildienstpflichtige innerhalb von fünf Jahren ab der Befreiung vom Wehrdienst den ordentlichen Zivildienst antreten kann.

8.3.1.2 Mit Stichtag 31. Dezember 1982 betrug der Gesamtstand an Zivildienstpflichtigen 20 212. Bis dahin hatten 14 108 Zivildiener den ordentlichen Zivildienst abgeleistet oder angetreten. Abgesehen von bewilligten Aufschüben oder Befreiungen in insgesamt 2 535 Fällen oder der Nichtableistung aus anderen Gründen konnten 954 Zivildienstpflichtige wegen Überschreitung der Altersgrenze nicht mehr zum Zivildienst einberufen werden.

8.3.1.3 Mit Zuweisungstermin 1. Oktober 1982 standen den insgesamt 4 346 bescheidmäßig anerkannten Zivildienstplätzen nur Bedarfsmeldungen für 2 361 Zivildiener gegenüber. Bei Einrichtungen des Bundes waren zum selben Zeitpunkt 1 648 Zivildienstplätze anerkannt, ein Bedarf war aber nur für 494 Zivildiener gemeldet.

8.3.1.4 Insgesamt ist die Anzahl der Anträge auf Befreiung von der Wehrpflicht seit 1975 ständig gestiegen, und zwar von 2 481 (1975) auf 4 242 (1982). Dementsprechend stieg auch die Anzahl der Zivildienstpflichtigen, von 1 257 (1975) auf 2 909 (1982).

8.3.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, hat der Bund die gem § 10 Abs 2 ZDG bestehende Verpflichtung zur Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Zivildienstplätzen nur unzureichend erfüllt.

8.3.2.2 Insb für den Fall des weiteren Ansteigens der Anzahl der Zivildienstpflichtigen empfahl der RH, Verhandlungen mit den Gebietskörperschaften mit dem Ziel aufzunehmen, eine möglichst hohe und nach Möglichkeit feststehende Anzahl von Zivildienstplätzen einzurichten. Im Fall einer Novellierung des Zivildienstgesetzes sollte nach Auffassung des RH im Interesse der tatsächlichen Ableistung des Zivildienstes danach getrachtet werden, die bisherige subsidiäre Verpflichtung des Bundes zur Schaffung von Zivildienstplätzen in eine Primärverpflichtung umzuwandeln. Eine nach dem bisherigen Bedarf berechnete Restmenge könnte anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

8.3.3 Das BMI entgegnete, die Bedarfsmeldungen der Trägerorganisationen hätten bisher bei sämtlichen Zuweisungsterminen jedem Zivildienstpflichtigen, dessen Zuweisung möglich war oder der selbst die Zuweisung zum nächstmöglichen Termin angestrebt habe, den Dienstantritt zur frühestmöglichen Zeit erlaubt. Bei Berücksichtigung des Umstandes, daß von den erwähnten 20 212 anerkannten Zivildienstpflichtigen nur 954 wegen Überschreitung der Altersgrenze nicht mehr zum Zivildienst hätten einberufen werden können - das sind lediglich 4,71 vH - habe das BMI seine Verpflichtung zur Vorsorge für genügend Zivildienstplätze erfüllt.

Der Empfehlung des RH, eine entsprechend hohe und nach Möglichkeit feststehende Anzahl von Zivildienstplätzen einzurichten, werde Rechnung getragen. Mit einem Großteil der Trägerorganisationen

sei bereits ein entsprechendes Einvernehmen erzielt worden. Außerdem werde sich die Tatsache erfolgversprechend auswirken, daß ab 1984 anstatt von jährlich zwei Einberufungsterminen nunmehr drei Zuweisungstermine vorgesehen seien.

8.4.1.1 Gem § 7 Abs 2 ZDG dauert der ordentliche Zivildienst acht Monate. Gem § 18 a ZDG ist der Zivildienstleistende während des ordentlichen Zivildienstes einem Grundlehrgang zu unterziehen, der vier Wochen zu dauern hat. Während dieses Grundlehrganges ist der Zivildienstleistende von der Dienstleistung bei Einrichtungen befreit.

Wenngleich der Grundlehrgang der Vorbereitung für den Fall der Leistung eines außerordentlichen Zivildienstes, etwa bei besonderen Notfällen, dienen soll, wird dadurch die Dauer der ordentlichen Zivildienstleistung um nahezu einen Monat verkürzt.

8.4.1.2 Ebenso wie in anderen Staaten erschien der Zivildienst für Wehrpflichtige immer mehr erstrebenswert. Im Verhältnis zu den tauglichen Wehrpflichtigen stieg der Anteil der anerkannten Zivildiener von 2,48 vH (1975) auf 5,37 vH (1982).

8.4.2 Nach Auffassung des RH waren angesichts der durch die Einführung des Grundlehrganges verkürzten eigentlichen Zivildienstleistung eine weiter zunehmende Ablehnung des Wehrdienstes und damit eine verstärkte Anforderung an die Verwaltungsstellen und eine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes zu erwarten. Er empfahl daher, dieser für den Bund voraussichtlich kostenaufwendigen Entwicklung entsprechendes Augenmerk zuzuwenden.

8.4.3 Das BMI erklärte eine ungünstige Vorausschau der weiteren Entwicklung als sachlich nicht gerechtfertigt. Die Anträge auf Befreiung von der Wehrpflicht seien in den Jahren 1976 und 1977 nahezu gleich hoch geblieben, sodann zwar 1978 bis 1980 stark angestiegen, jedoch wieder von 1980 an eher gleichbleibend. Ungeachtet dessen fänden sowohl die Antragslage als auch die mit dem Grundlehrgang verbundenen Kosten entsprechende Beachtung.

8.5.1.1 Gem § 9 ZDG ist dem Zivildienstpflichtigen Gelegenheit zu geben, Wünsche hinsichtlich der Einrichtung vorzubringen, bei der er den Zivildienst ableisten wolle. Soweit Erfordernisse des Zivildienstes nicht entgegenstehen, sind diese Wünsche zu berücksichtigen. Wenn den Wünschen nicht entsprochen werden kann, sind dem Zivildienstpflichtigen soweit als möglich drei andere Einrichtungen zur Wahl vorzuschlagen.

8.5.1.2 Aufgrund dieser Regelung ergab sich bis zur Entscheidung durch den Zivildienstpflichtigen im Fall eines Ersatzvorschlages oft eine Einschränkung der vorhandenen Zuteilungsmöglichkeiten, so daß letztlich nicht alle von den Rechtsträgern für einen bestimmten Einberufungstermin angebotenen Zivildienstplätze besetzt werden konnten. Bei der Bestimmung eines Zivildienstplatzes in entfernteren Gebieten entstanden auch höhere Kosten.

8.5.2 Der RH empfahl daher, im Fall einer Gesetzesnovellierung für eine bessere Auslastung der angebotenen Zivildienstplätze vorzusorgen und die Wahlmöglichkeit einzuschränken.

8.5.3 Das BMI trat der Auffassung des RH bei und sagte entsprechende Veranlassungen zu.

8.6.1 Gem § 8 ZDG ist der Zuweisungsbescheid dem Zivildienstpflichtigen im allgemeinen spätestens vier Wochen vor dem Tag des vorgesehenen Dienstantrittes zuzustellen. Auf Antrag des Zivildienstpflichtigen ist bei Vorliegen berücksichtigungswürdiger Gründe der Antritt des Zivildienstes aufzuschieben. Für die Antragstellung ist keine Frist vorgesehen, so daß der Zivildienstpflichtige den Aufschub bis knapp vor dem Einberufungstermin beantragen kann. War einem solchen Antrag kurz vor dem Einberufungstermin stattgegeben worden, wurde dadurch ein Zivildienstplatz für diesen Termin nicht besetzt.

8.6.2 Nach Auffassung des RH ließ diese Vorgangsweise - ähnlich wie die Wahlmöglichkeit der Zivildienstpflichtigen - einen vermehrten Verwaltungsaufwand und vermeidbare Kosten entstehen. Er empfahl daher, die Einführung einer Fallfrist für die Einbringung des Antrages auf Aufschub eines Zivildienstantrittes zu überlegen.

8.6.3 Das BM erwiderte, an sich könnte die Einführung einer Fallfrist für derartige Antragstellungen durchaus eine Verfahrenserleichterung bewirken, sie müßte allerdings entsprechend weit vor dem Dienstantrittstermin gelegt werden. Außerdem würde sich in jenen Fällen eine soziale Härte ergeben, in denen das Bedürfnis nach einem Aufschub erst kurz vor dem Einberufungstermin entstehe. Darüber

hinaus sei die Bestimmung des § 14 ZDG im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes den entsprechenden Bestimmungen des Wehrgesetzes nachgebildet. Das BMI stellte jedoch Bemühungen um eine zweckmäßige Lösung dieser Frage in Aussicht.

8.7.1.1 Gem § 2 ZDG sind Wehrpflichtige auf ihren Antrag von der Wehrpflicht zu befreien und zivildienstpflichtig, wenn sie es aus schwerwiegenden, glaubhaften Gewissensgründen ablehnen, Waffengewalt gegen andere Menschen anzuwenden und daher bei Leistung des Wehrdienstes in schwere Gewissensnot geraten würden. Dieser Antrag ist im allgemeinen bei der Stellungskommission einzubringen und hat die für die Ablehnung des Wehrdienstes maßgeblichen Gründe und außerdem die Erklärung zu enthalten, daß der Wehrpflichtige im Fall der Stattgebung Zivildienst leisten und seine damit entstehenden Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen werde. Über diesen Antrag entscheidet die Zivildienstkommission. Gegen eine ablehnende Entscheidung ist eine Berufung an die Zivildienstoberkommission zulässig, die endgültig entscheidet.

8.7.1.2 Gem § 53 ZDG haben sowohl die Zivildienstkommission als auch die Zivildienstoberkommission - soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist - das AVG 1950 anzuwenden. Das Verfahren ist daher im allgemeinen mündlich. Sowohl die Zivildienstkommission als auch die Zivildienstoberkommission entscheiden in Senaten.

8.7.1.3 Insgesamt verhandelte die Zivildienstkommission 1982 an insgesamt 240 Tagen, und zwar überwiegend in Wien, aber auch in Graz, Klagenfurt, Linz, Salzburg, Innsbruck und Bregenz, wofür Reisekosten von rd 500 000 S anfielen.

8.7.1.4 Wie anhand der von den Senatsvorsitzenden dem BMI zur Zahlbarstellung übermittelten Vergütungsanträgen erhoben wurde, belief sich 1982 die Zeitdauer der Verhandlungen bei sechs Senaten auf durchschnittlich 14 Minuten, bei einem Senat jedoch auf weniger als neun Minuten. Die Anzahl der Abweisungsfälle lag bei sechs Senaten ungefähr in gleicher Höhe (zwischen 21 vH und 28 vH); bei einem hingegen (rd 15 vH) deutlich niedriger.

8.7.2 Ohne die Entscheidungspraxis der einzelnen Senate in Frage stellen zu wollen, erachtete der RH eine Entscheidung über das Vorliegen von Gewissensgründen im Lauf einer mündlichen Verhandlung als sehr schwierig, aber auch überaus kostenaufwendig. Er empfahl, Überlegungen wegen einer sparsameren Gestaltung des Verfahrens anzustellen.

8.7.3.1 Das BMI sah in der umfangreichen Gestaltung der Geschäftsordnungen der Zivildienstkommission und der Zivildienstoberkommission die Voraussetzungen für ein geordnetes Verfahren für gegeben an; eine wesentliche Umgestaltung dieses Verfahrens wäre nur aufgrund rechtspolitischer Erwägungen vorstellbar.

8.7.3.2 Das BMI gab weiters die dazu eingeholten Stellungnahmen des Vorsitzenden der Zivildienstkommission und des Vorsitzenden der Zivildienstoberkommission bekannt.

8.7.3.3 Der Vorsitzende der Zivildienstkommission bezeichnete die Verhandlungsdauer und Spruchpraxis eines Senates als unbefriedigend, jedoch aufgrund der Rechtslage seiner Einflußnahme entzogen. Wenn auch das Vorliegen von Gewissensgründen bei einem Antragsteller schwierig festzustellen sei, gelänge es aber doch, solche Antragsteller, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Gewissensgründe aufweisen, auszusondern.

Die finanzielle Belastung aus der verfahrensmäßigen Abwicklung habe der Gesetzgeber bewußt in Kauf genommen. Bescheidene Einsparungen ließen sich allenfalls dadurch erzielen, wenn die bisher sechsköpfigen Senate auf drei oder vier Mitglieder begrenzt würden.

8.7.3.4 Wie der Vorsitzende der Zivildienstoberkommission ergänzend bemerkte, liege die Verhandlungsdauer im Rechtsmittelverfahren wesentlich über jener der ersten Instanz. Im übrigen würden vor oder nach Verhandlungen oder in Verhandlungspausen nichtöffentliche Sitzungen abgehalten, die wesentlich weniger Zeit beanspruchten als eine mündliche Verhandlung. Außerdem ließen sich die Verhandlungen durch eine genaue Vorbereitung zeitmäßig kürzen.

8.7.4 Der RH sah sich durch diese Stellungnahmen in seiner Ansicht bestätigt, daß das derzeitige Verfahren überaus kostenaufwendig ist, andererseits aber keinesfalls einen sicheren Nachweis über das Vorliegen entsprechender Gewissensgründe gewährleistet. Er wiederholte daher seine Empfehlung, Überlegungen mit dem Ziel einer zweckmäßigeren und sparsameren Gestaltung des Verfahrens anzustellen.

8.8.1.1 Die Zivildienstkommission besteht gem § 44 ZDG aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern.

Sie entscheidet in Senaten, wobei jedes Mitglied mehreren Senaten angehören kann. Jedem Senat gehören an: der Vorsitzende der Kommission oder einer seiner Stellvertreter als Senatsvorsitzender, ein Vertreter des BMI als Berichterstatter, zwei Mitglieder von Jugendorganisationen und zwei Mitglieder aufgrund eines Vorschlags der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bzw des Österreichischen Arbeiterkammertages.

Allenfalls kann dem Senat auch eine Vertrauensperson des Antragstellers als nicht ständiges Mitglied ohne Stimmrecht angehören. Seit der Zivildienstgesetz-Novelle 1980 genügt zur Beschlußfassung die Anwesenheit von fünf ständigen Mitgliedern.

8.8.1.2 Mit Ende 1982 wies die Zivildienstkommission einen Stand von 161 Mitgliedern auf, davon acht aus dem Richterstand, 26 vom BMI als Berichterstatter, 72 vom Bundesjugendring, 19 von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und 36 vom Österreichischen Arbeiterkammertag.

8.8.1.3 Bis zur Zivildienstgesetz-Novelle 1980 kam es bei der Zusammensetzung der Senate wegen der zur Beschlußfähigkeit bis dahin notwendigen Anwesenheit von sechs Mitgliedern öfter zu Schwierigkeiten, weil gelegentlich einzelne Senatsmitglieder unentschuldigt ferngeblieben waren und der vorgesehene Verhandlungstag deshalb entfallen mußte. Seit der Herabsetzung der Zahl der für die Beschlußfähigkeit des Senates erforderlichen Mitglieder auf nunmehr fünf hat sich die Lage gebessert. Dennoch entstanden zB 1982 entsprechende Mehrkosten, weil bei den Wiener Senaten die vom Österreichischen Arbeiterkammertag zu entsendenden Mitglieder mehrmals die Teilnahme an Verhandlungstagen absagten und daher zu diesen Sitzungen in Wien Beisitzer aus anderen Bundesländern geladen werden mußten. Überdies war bei verschiedenen Senaten mehrmals in diesem Jahr einer der beiden Jugendvertreter den Verhandlungen ohne rechtzeitige Entschuldigung ferngeblieben.

8.8.2 Der RH empfahl, im Interesse einer sparsameren und zweckmäßigeren Gestaltung des Verfahrens die Zahl der Senatsmitglieder von bisher sechs auf drei zu beschränken.

8.8.3 Laut Stellungnahme des BMI wären für eine allfällige Änderung der Zusammensetzung der Senate ausschließlich rechtspolitische Erwägungen maßgebend. Der Vorsitzende der Zivildienstkommission stimmte hingegen der Auffassung des RH zu.

8.8.4 Da das BMI zur Sache selbst nur eine allgemein gehaltene Erklärung abgegeben hatte, ersuchte der RH um eine ergänzende Stellungnahme.

8.9.1.1 Verletzungen der Zivildienstpflicht sind entweder gerichtlich strafbare Handlungen oder als Verwaltungsübertretungen zu ahnden. Eine dem Disziplinarrecht vergleichbare Einrichtung besteht für den Zivildienst nicht.

8.9.1.2 Nach Schätzungen des BMI verletzen etwa 15 vH der Zivildienstleistenden ihre Dienstpflichten. Der überwiegende Teil der Dienstpflichtverletzungen erfolgt bloß aus Leichtsinn.

8.9.1.3 Der Verwaltungsablauf bei Verletzungen der Zivildienstpflicht geht so vor sich, daß zunächst das BMI den vom Rechtsträger gemeldeten Sachverhalt erhebt und - sofern nicht eine gerichtlich strafbare Handlung vorliegt - eine Anzeige an die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde erstattet. Diese führt ein Ermittlungsverfahren durch und erläßt bei Vorhandensein der Voraussetzungen ein Straferkenntnis.

Über die allenfalls in den Zivildienst nicht einzurechnende Zeit und über die allfällige Rückforderung bereits ausgezahlter Vergütungen entscheidet das BMI, wobei Forderungen an den Zivildienstpflichtigen im Verwaltungsweg zu vollstrecken sind.

8.9.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, bewirkt diese Vorgangsweise im allgemeinen, daß den Zivildienstpflichtigen die Folgen für sein Fehlverhalten oft erst nach Monaten treffen. Darüber hinaus entsteht auch bei einem geringfügigen Fehlverhalten ein entsprechender Verwaltungsaufwand.

8.9.2.2 Hiebei gab der RH zu bedenken, daß die Bestrafung eines Fehlverhaltens um so wirksamer sei, je früher sie auf die Verfehlung folge. Im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung empfahl daher der RH, dem vom Rechtsträger zu bestimmenden Vorgesetzten für bestimmte leichtere Vergehen, die bisher Verwaltungsübertretungen darstellten, Disziplinarmaßnahmen einfacher Art einzuräumen. Gegen Disziplinarmaßnahmen sollte nach Auffassung des RH eine Beschwerdemöglichkeit bestehen. Da gem § 23 a ZDG der Vorgesetzte des Zivildienstpflichtigen die Möglichkeit habe, für gute Lei-

stungen eine Belohnung in Form von Freizeit zu gewähren, wäre es nur folgerichtig, auch Disziplinarmaßnahmen für geringes Fehlverhalten vorzusehen.

8.9.3 Laut Stellungnahme des BMI habe sich die Disziplin der Zivildienstleistenden seit 1980 gebessert. Gegen den Wunsch einiger Trägerorganisationen nach Übertragung disziplinarrechtlicher Befugnisse bestünden Bedenken, weil vielfach Vorgesetzte mit Rechtsfragen nicht vertraut seien, was zu einer Reihe von Beschwerden führen könnte. Im übrigen habe das BMI eine Beschleunigung der entsprechenden Verwaltungsstrafverfahren erreicht. Wie die seltene Inanspruchnahme des im § 37 ZDG eingeräumten Beschwerderechtes erkennen lasse, würden allfällige Probleme im Zivildiensteinsatz wohl überwiegend durch unmittelbares Einwirken der Vorgesetzten gelöst. Das BMI beabsichtige daher nicht, der Empfehlung des RH zu folgen.

Kosten des Zivildienstes

8.10.1.1 In den Erläuternden Bemerkungen zur Regierungsvorlage zum Zivildienstgesetz (603 der Beilagen der XIII. GP) wurde unter Pkt 6 zu den finanziellen Auswirkungen folgendes ausgeführt: „Die vorgesehene Konstruktion wird es ermöglichen, mit einem Minimum an zusätzlichem Verwaltungsaufwand auszukommen. Voraussichtlich wird innerhalb des BMI eine neue Abteilung zu schaffen sein. Ihre personelle Stärke wird im wesentlichen von der Zahl der Anträge und der Zahl der anerkannten Zivildienstpflichtigen abhängen. Mindestens wird die neue Abteilung zunächst wohl mit zwei A-Beamten, zwei B-Beamten und zwei Schreibkräften zu besetzen sein. Vor allem dann, wenn die Rechtsträger den Zivildienstleistenden Unterkunft und Verpflegung in natura zur Verfügung stellen können, wird der Wert der Arbeitsleistung, für den der Rechtsträger das übliche Entgelt an den Bund zu leisten hat, teilweise über jenen Beträgen liegen, die der Bund den Zivildienstleistenden auszahlt."

8.10.1.2 In den Erläuternden Bemerkungen wurde die Anzahl der Zivildienstwerber auf jährlich höchstens rd 1 000 Personen geschätzt, worauf auch die Anzahl der sechs Bediensteten abgestellt war.

8.10.1.3 Die Schätzungen des BMI trafen nicht zu. So bestanden zur Zeit der Gebarungsüberprüfung für die Besorgung der Zivildienstangelegenheiten beim BMI eine Gruppe, zwei Abteilungen mit sieben Bediensteten A/a, 22 Bediensteten B/b und dem erforderlichen Kanzleipersonal. Der Gesamtstand an Bediensteten betrug 57, dazu noch vermehrt um 21 Zivildienstleistende. Allein für das Personal wurden 1982 (ohne Dienstgeberbeiträge) rd 10,5 Mill S ausgegeben. Die Ausstattung der Amtsräume erforderte bis Ende Jänner 1983 Ausgaben von nahezu 3 Mill S.

8.10.1.4 Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Zusammenhang mit dem Zivildienst stellten sich für das Jahr 1982 folgendermaßen dar:

	Mill S
Ausgaben:	
Ansatz 1/11177	187,3
Ansatz 1/11178	30,9
Personalkosten	10,6
Materialien	0,3
	229,1
Einnahmen:	
Ansatz 2/11177	43,0
Abgang	186,1
	229,1

8.10.1.5 Der Bund mußte daher 1982 für einen Zivildienstleistenden rd 92 000 S aufwenden.

8.10.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist die bei Einführung getroffene Annahme, der Zivildienst werde sich aus Einnahmen nahezu selbst finanzieren, nicht eingetreten.

8.10.3 Laut Stellungnahme des BMI habe es sich beim Zivildienst und der Einrichtung der hiefür erforderlichen Verwaltung um eine für Österreich neue Rechtsmaterie gehandelt. Die ursprüngliche Erwartung, im Jahr würden sich nur etwa 1 000 Personen für eine Befreiung vom Wehrdienst interessieren, sei schon 1975 übertroffen worden. Da mit wenigen Ausnahmen die Zivildienstverwaltung beim BMI konzentriert sei, habe dieses nicht nur die legistischen, sondern auch die organisatorischen Aufgaben

1*

und Verwaltungstätigkeiten zu besorgen, was eine Personalaufstockung unerläßlich gemacht hätte. Überdies habe der Gesetzgeber dem BMI laufend neue Aufgaben übertragen. Nunmehr sei eine ADV-unterstützte Verwaltungsabwicklung in Vorbereitung bzw bereits teilweise in Durchführung, was eine weitere Senkung des Verwaltungsaufwandes erwarten lasse.

8.11.1.1 Gem § 41 ZDG hat der Rechtsträger dem Bund eine angemessene Vergütung zu leisten, wobei insb der Wert zu berücksichtigen ist, den die Zivildienstleistung für den Rechtsträger hat. Andererseits hat aber der Bund dem Rechtsträger die Kosten für die Einschulung und Fortbildung des Zivildienstleistenden sowie die diesem zustehenden Gebühren und sonstigen finanziellen Leistungen zu ersetzen.

8.11.1.2 Über die sich daraus ergebenden finanziellen Beziehungen hat der Bund jedenfalls vor der Zuweisung eines Zivildienstpflichtigen mit den Rechtsträgern Einzelverträge nach bürgerlichem Recht abzuschließen. Für daraus entstehende Streitigkeiten ist der Zivilrechtsweg zulässig.

8.11.1.3 Obwohl hiebei die Vereinbarung von Pauschalbeträgen zulässig ist, hat das BMI für jeden Einzelfall entsprechende Verträge abgeschlossen. Das BMI ist bei der Berechnung zunächst von den Bruttolohnkosten für die mit den Zivildienstleistenden vergleichbaren hauptberuflichen Bediensteten ausgegangen und hat den Verhandlungen mit den Rechtsträgern im allgemeinen bestimmte Abschläge von den Bruttolohnkosten zugrunde gelegt.

8.11.1.4 Im allgemeinen haben sich dabei folgende Richtsätze für die Vergütung herausgebildet:
a) bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften zwischen 60 vH und 70 vH der Bruttolohnkosten,
b) bei Vereinen und kirchlichen Einrichtungen zwischen 30 vH und 60 vH der Bruttolohnkosten,
c) bei Vereinen, die überwiegend auf Spenden und Subventionen angewiesen sind, unter 30 vH der Bruttolohnkosten und
d) bei Einrichtungen des Roten Kreuzes, des Arbeitersamariterbundes, der Feuerwehr und des Zivilschutzverbandes eine geringfügige oder keine Vergütung.

8.11.1.5 Da aufgrund der kurzen Dauer des Zivildienstes eine entsprechende Einarbeitung des Zivildienstleistenden bei vielen Einrichtungen nur in eingeschränktem Umfang möglich ist, andererseits aber die mit dem Zivildienst verbundene Verwaltungstätigkeit und die Einschulung eine gewisse Belastung für die Rechtsträger darstellt, wurde es für das BMI immer schwieriger, mit diesen zu einer Einigung zu kommen. So ging das Interesse der Einrichtungen an der Bereitstellung von Zivildienstplätzen stetig zurück. Nicht selten dauerten die Verhandlungen des BMI mit den Rechtsträgern mehrere Monate.

8.11.2.1 Nach Ansicht des RH wird mit der Einführung des Grundlehrganges und der dadurch bewirkten verminderten tatsächlichen Zivildienstleistung eine weitere Erschwerung eintreten.

8.11.2.2 Überdies erachtete der RH die gegenwärtige Vorgangsweise bei Regelung der Vergütung als unzweckmäßig, weil sie einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verursacht.
Er empfahl daher, im Wege einer Änderung des Gesetzes die Vergütungssätze für das gesamte Bundesgebiet einheitlich festzusetzen.

8.11.3 Das BMI vermochte sich der Empfehlung des RH nicht anzuschließen. Da die Zivildiensttätigkeiten vielschichtig seien und für jede Tätigkeit eine angemessene Entschädigung zu leisten sei, wären Einzelvereinbarungen nach zivilrechtlichen Bestimmungen weit zweckmäßiger als die Festlegung durch einen Hoheitsakt, die überdies kaum eine Verminderung der Verwaltungstätigkeit erwarten ließe. Das BMI werde aber bemüht sein, die bestehenden innerdienstlichen Richtlinien zu verfeinern, um zu einer einheitlicheren und wirklichkeitsnäheren Vergütungsregelung zu gelangen.
Um den vom RH durch Einführung des Grundlehrganges befürchteten weiteren Rückgang des Interesses von Rechtsträgern entgegenzuwirken, wurden ab 1984 überlappende Zuweisungstermine und für die Schulung und Dienstabwesenheit vergütungsfreie Zeiträume geschaffen.

8.12 Sonstige Empfehlungen oder Beanstandungen des RH betrafen die behördliche Überwachung der Zivildienstleistung, den Widerruf der Befreiung vom Wehrdienst, die Pflichten des Rechtsträgers, die Eignungsuntersuchungen, die Anweisung der Bezüge und Gebühren, die verzögerte Hereinbringung von Übergenüssen und die hiebei festgestellte unterschiedliche Praxis, die Nichtauszahlung des Kleidergeldes mangels Dienstleistung und die ADV-unterstützte Verrechnung gewisser Ansprüche.
Den diesbezüglichen Empfehlungen wurde weitgehend nachgekommen oder eine befriedigende Aufklärung des Sachverhaltes herbeigeführt. In einigen Fällen ist noch ein Schriftverkehr im Gang.

Bundespolizeidirektion Wien

Die Gebarungsüberprüfung erstreckte sich auf die Überstundengebarung, das Fundamt und die Amtsdruckerei. Der Schwerpunkt der Empfehlungen betraf überstundenvermindernde Maßnahmen. Bemängelt wurden die Vollziehung der zivilrechtlichen Fundnormen und das Fehlen einer gesetzlichen Regelung im öffentlich-rechtlichen Bereich des Fundwesens. Bei der Amtsdruckerei ergaben sich insb im Bereich der technischen Ausstattung, des Personaleinsatzes und des Fertigungsprogramms Beanstandungen.

Überstundengebarung

9.1 Die Überprüfung bezog sich nicht auf einzelne Gebarungsfälle, sondern auf die finanziellen Auswirkungen, die sich aus der mit der Dienstpragmatik-Novelle 1972, BGBl Nr 213, und dem Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, BGBl Nr 333, erfolgten Arbeitszeitregelung und Überstundenabgeltung im öffentlichen Dienst ergeben haben. Es wurden dabei alle von den Bediensteten der Bundespolizeidirektion Wien (BPD) in den Jahren 1974 bis 1982 geleisteten Überstunden berücksichtigt.

Der RH überprüfte bei Beachtung der für die Anordnung von Überstunden maßgeblichen Gründe insb die Einsparungsmöglichkeiten.

Jene Überstunden, die für bestimmte gleichartige Dienstverrichtungen so zahlreich und regelmäßig anfielen, daß sie einen beträchtlichen Hundertsatz der Jahressummen erreichten, wurden besonders untersucht.

9.2.1 Im Bereich des Sicherheitswach- und Kriminaldienstes fielen wesentliche Überstunden anläßlich des Schutzes von Geldinstituten sowie beim Kriminaldienst zusätzlich für Streifendienste an.

9.2.2 Der RH empfahl, im ersteren Falle bei den Geldinstituten auf vermehrte Eigenschutzmaßnahmen zu dringen, weil die in den letzten Jahren vorgenommene Erweiterung der Filialnetze die Sicherheitsbehörden vor personelle Probleme stellte, die auf die Dauer mit dem vorhandenen Personal auch durch Überstundenanordnungen nicht lösbar wären. Streifendienste wiederum sollten mehr als bisher zeitlich und örtlich beweglicher gehandhabt sowie fallweise erforderliche Schwerpunkte in engerer Zusammenarbeit mit den Bezirkspolizeikommissariaten gesetzt werden.

9.2.3.1 Das BMI hielt dem entgegen, daß derzeit 400 Geldinstitute und 116 Postämter sicherheitsmäßig zu betreuen wären. Mit einem geringeren Personaleinsatz sei bei der gegenwärtigen Überwachungsart die gleiche vorbeugende Wirkung nicht zu erzielen. Eine Änderung der gegenwärtigen Vorgangsweise sei in erster Linie von einer Änderung der Kriminalitätsentwicklung abhängig.

9.2.3.2 Bei den zentral durchgeführten Streifen des Kriminalbeamteninspektorates und bei der täglichen Funkwagenstreife sei es bereits gelungen, Einsparungen zu erzielen. Diese Streifen umfaßten zum Unterschied von den verschiedenen „Bezirksstreifen" den gesamten örtlichen Wirkungsbereich der Behörde und hätten in erster Linie der Vorbeugung zu dienen. Eine Zentralisierung der gesamten Streifentätigkeit wäre kriminaltaktisch nicht zielführend.

9.2.4.1 Wie der RH erwiderte, ließen die statistischen Unterlagen seit 1978 ein Absinken bei Banküberfällen von mehr als 50 vH (ausgenommen 1981) sowie im Jahr 1982 ein unterschiedliches Überwachungsausmaß in den Bezirken erkennen, das weder aufgrund örtlich unterschiedlicher Gegebenheiten noch aus sicherheitstaktischen Überlegungen erklärbar erschien.

9.2.4.2 Für die Streifendienste hat der RH keineswegs eine gänzliche Zentralisierung, sondern eine verstärkte Abstimmung unter Einbeziehung örtlicher Schwerpunkte empfohlen.

9.2.4.3 Der RH erhielt daher in beiden Fällen seine Empfehlungen aufrecht.

9.2.5 Die BPD stellte nunmehr Änderungen im Ausmaß und in der Art der Bewachung von Geldinstituten in Aussicht, die ohne Beeinträchtigung der zu erfüllenden Aufgaben Einsparungsmöglichkeiten bieten würden. Eine Änderung beim Streifendienst setze eine ADV-unterstützte Erfassung und Auswertung des Kriminalitätsgeschehens voraus, wie dies bereits bei Polizeibehörden einiger Länder geschehe; der BPD stehe eine derartige Möglichkeit derzeit nicht zur Verfügung.

9.2.6 Der RH regte diesbezüglich ein Zusammenwirken mit der ADV-Zentrale des BMI an.

9.3.1.1 In der Zeit von 1974 bis 1982 lag der Überstundenanfall im Bereich des Kriminaldienstes etwa um ein Drittel höher als im Sicherheitswachdienst, obwohl der Personalstand im Kriminaldienst durchschnittlich nur ein Fünftel des Sicherheitswachdienstes betrug.

9.3.1.2 Bereits anläßlich vorausgegangener Gebarungsüberprüfungen hat der RH dieses unverhältnismäßige Abweichen des Überstundenanfalles auf die unterschiedlichen Dienstzeitregelungen zurückgeführt.

9.3.1.3 Die Dienstzeitregelung der Sicherheitswache erlaubt es, grundsätzlich jenen Diensterfordernissen, mit deren Anfall normalerweise gerechnet werden kann, mit dem im Dienst befindlichen Personal zu entsprechen. Die Dienstzeitregelung der Kriminalbeamten wurde hingegen anläßlich der Dienstpragmatik-Novelle 1972 grundsätzlich jener der Verwaltung angeglichen, ohne auf die vom Verwaltungsdienst völlig abweichende Aufgabenstellung Bedacht zu nehmen. Aufgrund dieses Umstandes könnte für den Bereich des Kriminaldienstes auch durch eine Personalaufstockung keine ins Gewicht fallende Überstundenverminderung erreicht werden.

9.3.2 Der RH empfahl daher neuerlich eine entsprechende Änderung der Dienstzeitregelung beim Kriminaldienst.

9.3.3 Das BMI teilte als Ergebnis einer bundesweit durchgeführten Untersuchung mit, eine Dienstplanänderung ließe eine Steigerung des Wirkungsgrades im Kriminaldienst nicht erwarten, wäre jedoch wegen der ablehnenden Haltung der Personalvertretung nur mit größten Schwierigkeiten durchsetzbar.

9.3.4 Der RH erwiderte, ein Untersuchungsbericht sei ihm bisher weder im Rahmen des Prüfungsverfahrens noch zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen. Angesichts der zu gewärtigenden Einsparungen für den Bund sah sich der RH nicht zur Rücknahme seiner Empfehlung veranlaßt.

Der Schriftverkehr ist noch nicht abgeschlossen.

9.4.1.1 Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Überstundenproblems wandte sich der RH an das BKA und teilte folgenden Sachverhalt mit:

Mit der Novellierung des § 28 der Dienstpragmatik, BGBl Nr 213, und der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl Nr 214, beides im Jahre 1972, war die Einführung der Überstunde und ihrer Abgeltung im öffentlichen Dienst verbunden. Dabei wurde von einer Regelung der Dienstzeit in den verschiedenen Dienst- und Verwaltungszweigen sowie von einer genauen Festlegung einzelner Schutzbestimmungen - etwa in bezug auf die tägliche Höchstdienstzeit, eine Begrenzung von Überstundenleistungen sowie die Gewährleistung von Pausen und Ruhezeiten - im Interesse der notwendigen Anpassungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bewußt Abstand genommen.

9.4.1.2 In den vom BKA für die gesamte Bundesverwaltung erlassenen Durchführungsbestimmungen zur 24. Gehaltsgesetz-Novelle wurde hervorgehoben, nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers wäre bei Überstunden in erster Linie Freizeitausgleich zu gewähren. Auf einen entsprechenden Ministerratsbeschluß vom 8. November 1972 wurde verwiesen.

9.4.1.3 Wie die seit 1973 durchgeführten Gebarungsüberprüfungen ergaben, wurde zumindest in Teilen des Vollziehungsbereiches des BMI dieses Ziel nicht erreicht.

	Anzahl der Überstunden	davon Abgeltung durch Freizeitausgleich in vH
1974	764 254	0,74
1975	1 051 607	0,54
1976	1 928 979	0,15
1977	1 914 714	0,42
1978	2 193 000	0,47
1979	2 305 163	0,36
1980	2 390 328	0,42
1981	2 237 028	0,44
1982	2 180 181	0,47

9.4.1.4 Wie ersichtlich, erreichte der Freizeitausgleich nicht einmal annähernd jenen Hundertsatz (5 vH), der für weite Arbeitsbereiche behördenintern in Verhandlungen mit der Personalvertretung bei

günstigsten Personalverhältnissen als noch vertretbarer Höchstwert für die Anwendung eines Freizeitausgleiches vereinbart worden war.

9.4.1.5 Allerdings war bei der Gesamtbeurteilung auch zu berücksichtigen, daß zur Zeit des Wirksamwerdens der Dienstpragmatik-Novelle und der 24. Gehaltsgesetz-Novelle die Monatsdienststundenverpflichtung im Bereich der Sicherheitswache 218 Stunden betragen hat, infolge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung aber auf zuletzt rd 160 Stunden herabgesetzt wurde, ohne daß wesentliche begleitende personelle Maßnahmen ergriffen worden wären.

9.4.1.6 Wie der RH feststellte, hat die Beschränkung der Anordnungsbefugnis für Überstunden auf die höchste Funktionärsebene bei personalstarken Behörden - wie etwa der gegenständlichen BPD - zu einem vermehrten Verwaltungsaufwand geführt, dem jedoch keine entsprechende Kontrolle gegenüberstand.

9.4.1.7 Die vom Gesetzgeber vorgesehene Möglichkeit der vorübergehenden Personalzuweisung, um einem zeitweise erhöhten Arbeitsanfall begegnen und einem vermehrten Überstundenanfall vorbeugen zu können, hat sich in der Praxis zumindest im Exekutivbereich wegen der an sich bestehenden Personalknappheit, aber auch wegen der in hohem Ausmaß gegebenen Spezialisierung - insb im Kriminaldienst - gleichfalls als wirkungslos erwiesen.

9.4.1.8 Weiters zeitigte eine begrenzte Personalaufstockung, sei sie vorübergehend oder dauernd erfolgt, kaum die davon eigentlich zu erwartenden Auswirkungen auf den Überstundenanfall. Eine entsprechend ausreichende Personalaufstockung, die zwangsläufig Auswirkungen hätte zeigen müssen, war aber nicht durchgeführt worden.

9.4.1.9 Nicht zuletzt waren für den Überstundenanfall die Aufgabenstellung der Exekutive und das Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit maßgebend. Letzteres wird durch aufsehenerregende Kriminalfälle oder Terroranschläge immer wieder geweckt und verstärkt. Die für die Anordnung und somit Beurteilung der dienstlichen Notwendigkeit von Überstunden zuständigen Funktionäre, insb die Behörden- und Dienststellenleiter, werden dadurch bei diesen Entscheidungen sehr oft vor schwierige Probleme gestellt. Einerseits tragen sie die volle Verantwortung für ein reibungsloses Funktionieren des gesamten Sicherheitsdienstes, andererseits sehen sie sich den hohen Überstundenzahlen und deren finanziellen Auswirkungen gegenüber, die 1981 einen Einsparungsauftrag des Ministerrates im Ausmaß von 10 vH ausgelöst haben.

9.4.1.10 Regelmäßige Überstundenanordnungen verursachten aber auch einen monatlichen Einkommenszuwachs für die Beamten, die oft ihren Lebensstandard daran ausrichteten.

9.4.1.11 Wie bereits oben erwähnt, hat auch die Dienstzeitregelung im Kriminaldienst überstundenverursachend gewirkt.

9.4.1.12 Insgesamt ist das BMI trotz größter Bemühungen nicht in der Lage gewesen, den Einsparungsaufträgen der Bundesregierung voll zu entsprechen. Auch die Bemühungen des RH, durch seine Prüfungstätigkeit die Überstundenleistungen maßgeblich einzudämmen, waren wenig erfolgreich.

9.4.2 Um den Überstundenanfall mit Aussicht auf Erfolg zu beschränken bzw ein weiteres Ansteigen zu verhindern, hat der RH folgende Maßnahmen empfohlen:
(1) Grundsätzlich sollte im Hinblick auf die festgestellten dauernden hohen Überstundenbelastungen vieler Bediensteter schon aus arbeitsmedizinischen Gründen auch im öffentlichen Bereich während der Dauer allgemeiner Sicherheitsverhältnisse ein Höchstmaß für Überstundenleistungen aufgrund der nunmehr in rd acht Jahren gewonnenen Erfahrungswerte gesetzlich festgelegt werden.
(2) Personalaufstockungen sollten im unbedingt erforderlichen Ausmaß nur in jenen Bereichen in Erwägung gezogen werden, in denen von der Aufgabenstellung und der Diensteinteilung her ein gleichbleibender Personalbedarf ermittelt und überprüft werden kann. Während die - derzeit hohen - Überstundenkosten grundsätzlich nach unten oder oben regelbar sind, fallen mit der Schaffung jeder zusätzlichen Planstelle für den Staatshaushalt sowohl für die Dauer des Aktivstandes als auch für die Pensionszeit und allenfalls für die Ansprüche von Hinterbliebenen zusätzliche Kosten an.
(3) Die im § 15 GG 1956 vorgesehene Möglichkeit einer Pauschalierung von Überstunden wäre zu nutzen, weil der RH die Voraussetzungen für weite Bereiche des Exekutivdienstes als gegeben erachtet. Eine derartige, nach den jahrelangen Erfahrungswerten gestaffelte Pauschalierung würde vorerst einmal die Überstundenanzahl und damit auch deren Kosten festschreiben und den mit der individuel-

len Überstundengebarung verbundenen hohen Verwaltungsaufwand, der nicht selten wieder ein Grund für die Anordnung von Überstunden ist, weitgehend verringern. Da bei wesentlicher Änderung des der Bemessung zugrunde liegenden Sachverhaltes im Gesetz die Möglichkeit der Naubemessung einer pauschalierten Nebengebühr vorgesehen ist, wäre gewährleistet, daß eine derartige Gebarungsart und die damit verbundenen Kosten veränderbar und anpassungsfähig bleiben.

9.4.3.1 Das BKA stimmte dem RH weitgehend zu. Die Darstellungen und Anregungen des RH würden daher zum Anlaß genommen werden, die Reformbestrebungen, insb zur Verminderung des Aufwandes für zeitliche Mehrleistungen, zu verstärken. Die Mitteilung kurz- bzw mittelfristig ergreifbarer Maßnahmen sei jedoch nicht möglich, weil die Verwirklichung von Einsparungsmaßnahmen, wie die Änderung des Dienstzeitsystems des Kriminaldienstes, im Hinblick auf das erforderliche Einvernehmen mit der Personalvertretung auf kaum überwindbare Schwierigkeiten stoßen werde.

9.4.3.2 Zu den Empfehlungen des RH wurde im einzelnen erklärt:

(1) Eine gesetzliche generelle Beschränkung der zulässigen Überstundenanzahl würde die vom RH außer Streit gestellte notwendige Anpassungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes an die jeweilige Lage beeinträchtigen. Zweifellos könnte eine solche Maßnahme gerade im Exekutivdienst zur Forderung nach weiteren Personalaufstockungen führen. Es wäre daher zunächst der Wirkungsgrad der bestehenden Dienstsysteme zu untersuchen. Darüber hinaus sollten alle regelmäßig zu Überstunden führenden Dienste auf die unbedingte Notwendigkeit hin kritisch durchleuchtet werden.

(2) Den Bedenken des RH gegen Personalaufstockungen werde beigetreten. Der Grundsatz, Personalvermehrungen im wesentlichen nur dort vorzunehmen, wo ein gleichbleibender Personalbedarf ermittelt und kontrolliert werden könne, werde bei den Stellenplanverhandlungen seitens des BKA und des BMF ständig vertreten. Darüber hinaus sei der Schaffung von neuen Planstellen in letzter Zeit nur dann zugestimmt worden, wenn aus beschäftigungspolitischen Überlegungen die Einstellung von Bediensteten zu Lasten einzusparender Überstunden vertretbar erschienen sei.

Nach dem derzeitigen Stand der Entwicklung könne diese Vorgangsweise im Unterrichtsbereich und bei der Post- und Telegraphenverwaltung als gelungen angesehen werden, weil mittelfristig insgesamt sogar eine Verminderung des Personalaufwandes erwartet werden dürfe. Bei einer Ausdehnung dieser Vorgangsweise auf die exekutiven Bereiche müßten allerdings die durch die notwendige Ausbildung bedingten Verzögerungen berücksichtigt werden.

(3) Zu der vom RH angeregten generellen Pauschalierung von Mehrleistungsvergütungen werde der Ansicht einer Kostenminimierung im Verwaltungsaufwand ebenso beigetreten wie der Möglichkeit einer Kostenfestlegung im Ausmaß der vorgenommenen Pauschalierung. Zu bedenken wäre allerdings, ob im Hinblick auf den zu erwartenden Versteinerungseffekt eine solche Maßnahme nicht nur die langfristig angestrebte Kostenverminderung in Frage stellen, sondern aus Gründen der notwendigen Anpassungsfähigkeit im exekutiven Dienst weitgehende Anschlußforderungen über das solcherart gesicherte Diensteinkommen hinaus auslösen würde.

9.5 Weitere Beanstandungen des RH betrafen die Führung von Aufzeichnungen über den Überstundenanfall, die Auswertung der Überstundendaten sowie den Überstundenanfall im Fernmeldereferat.

Zum Teil wurde den Anregungen des RH entsprochen, in anderen Fällen ist der Schriftwechsel noch im Gang.

Fundamt

9.6 Das Fundamt ist der Verwaltungspolizeilichen Abteilung der BPD eingegliedert. Es ist für die zentrale Fundgebarung der BPD zuständig. 1982 wurden 32 203 Funde abgegeben bzw angezeigt. 13 701 Fundgegenstände konnten ausgefolgt werden. An Finderlöhnen wurden rd 115 000 S ausbezahlt. Für versteigerte Fundgegenstände wurden rd 316 000 S eingenommen.

Im Fundamt waren zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 21 Mitarbeiter tätig.

9.7.1 Wie erhoben wurde, entsprach die Handhabung des Fundwesens in wesentlichen Belangen - insb hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung von Fundsachen, der Wertgrenzen und der Beachtung der gesetzlichen Pflichten der Behörde als Verwahrer - nicht den Bestimmungen der §§ 388 ff ABGB.

9.7.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, die er bei vorausgegangenen Gebarungsüberprüfungen im Bereich von Bundespolizeibehörden wiederholt festgestellt hatte.

9.7.3 Das BMI verwies auf eine beabsichtigte Neuregelung des öffentlich-rechtlichen Bereiches des Fundwesens. Vorarbeiten hiezu seien bereits im Einvernehmen mit dem BMJ geleistet worden. Die

Verwirklichung dieses Vorhabens werde allerdings angesichts der Schwierigkeit dieses Bereiches noch einen längeren Zeitraum benötigen. Bis dahin werde im Wege von Einzelmaßnahmen versucht werden, die vom RH festgestellten Mängel zu beheben.

9.7.4 Der RH nahm diese Zusage zur Kenntnis.

9.8 Weiters vermerkte der RH kritisch, daß die vom BMI getroffene und ab September 1979 wirksame Verfügung, alle Verluste und Entfremdungen von Reisepässen und Personalausweisen fahndungsmäßig auszuschreiben, von der BPD rd drei Jahre später noch nicht befolgt worden war.

Wie das BMI mitteilte, seien in der Zwischenzeit alle fehlenden Ausschreibungen vorgenommen worden.

9.9.1.1 Mit Erkenntnis vom 13. Oktober 1977, Zl G 8/76-13, hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, daß das Fundwesen sowohl als Angelegenheit des „Zivilrechtswesens" (Art 10 Abs 1 Z 6 B-VG) wie auch als Angelegenheit der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ausgenommen die örtliche Sicherheitspolizei" (Art 10 Abs 1 Z 7 B-VG) in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache sei.

Die Führung der Fundämter war demnach der allgemeinen Sicherheitspolizei zuzuordnen und oblag den Bundespolizeibehörden im Rahmen ihres örtlichen Wirkungsbereiches.

9.9.1.2 Dementsprechend waren bei allen Bundespolizeidirektionen - ausgenommen bei der BPD Schwechat - Fundämter eingerichtet. In der Stadtgemeinde Schwechat werden die Fundangelegenheiten von der Gemeinde wahrgenommen. Das Fundamt ist eine Dienststelle der Gemeinde Schwechat.

9.9.2 Der RH empfahl, für die Übertragung der Fundangelegenheiten an die BPD Schwechat zu sorgen.

9.9.3 Das BMI sagte die Prüfung dieser Frage zu.

9.10.1 Vom Strafbezirksgericht Wien wurden dem Fundamt regelmäßig Fundgegenstände übermittelt, die vom Gericht bis zur Klärung der Sachlage als bedenkliche Funde verwahrt worden waren.

Teilweise handelte es sich dabei um wertlose Gegenstände, zT um solche, deren Verkehrswert unter 50 S lag, und die über das Dorotheum überhaupt nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten zu verwerten waren.

9.10.2 Um Verwaltungsarbeit zu vermeiden, empfahl der RH, diese bereits bei Gericht in Verwahrung befindlichen Gegenstände von diesem versteigern bzw die minderwertigen oder wertlosen Gegenstände vernichten zu lassen.

9.10.3 Die BPD sagte zu, diesbezüglich mit dem Präsidenten des zuständigen Landesgerichtes Fühlung aufzunehmen.

9.11.1 Bei einer im September 1982 erfolgten Überprüfung des Fundamtes durch Organe des Arbeitsinspektorates wurde ua im Prüfungsbericht festgehalten, daß unbekannte Flüssigkeiten erst nach Feststellung ihrer Zusammensetzung bei Beachtung der entsprechenden einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gelagert werden dürften.

Die BPD traf jedoch bis Ende Dezember 1982 keine entsprechende Veranlassung.

9.11.2 Da das Fundamt fallweise mit derartigen Fundgegenständen befaßt wurde und über keinen geeigneten Lagerraum für brennbare Flüssigkeiten der Gefahrenklasse I verfügt, bemängelte der RH die Säumnis der Behörde.

9.11.3 Die BPD führte dazu aus, das Fundamt sei angewiesen worden, Funde von Benzin sofort der Kraftfahrzeugabteilung zur Verwertung zu übergeben. Für andere brennbare oder gefährliche Flüssigkeiten sei, sofern die Menge 20 l übersteige, jeweils gesondert Weisung einzuholen. Wegen der wenigen Anlaßfälle sei die besonders aufwendige Einrichtung eines besonderen Aufbewahrungsraumes nicht erforderlich. Weiters seien in der Zwischenzeit in dem in Frage kommenden Lagerraum zwei entsprechende Hinweistafeln angebracht worden.

9.11.4 Der RH erwiderte, die BPD sei auf die eigentliche Frage der Übernahme von Flüssigkeiten unbekannter Zusammensetzung und somit Gefährlichkeit nicht eingegangen, und ersuchte um ergänzende Stellungnahme.

9.11.5 Die BPD sagte daraufhin entsprechende Maßnahmen zu.

9.12 Weitere Beanstandungen des RH betrafen die Protokollführung, fehlende Vollmachten bei Fundausfolgung, Vergebührungen bei Verlustanzeigen, die Nachweisung bei Fundgeldern, die Beachtung von Sicherheitseinrichtungen in den Lagerräumen, die Behandlung von Lebensmitteln und sonstigen dem Verbrauch unterliegenden Fundgegenständen, die Einlösung von Fundgegenständen geringeren Wertes aus Edelmetall über das Dorotheum, die Handhabung des Finderrechtes bei Exekutivbeamten und die doppelte Personalaktenführung.

Den Anregungen des RH wurde bereits weitgehend Folge geleistet bzw wurden geeignete Maßnahmen in Aussicht gestellt. In einigen Fällen ist der Schriftwechsel noch im Gang.

Amtsdruckerei

9.13 Die Amtsdruckerei ist der Präsidialabteilung der BPD eingegliedert. Ursprünglich war die Amtsdruckerei, die seit 1911 besteht, der Sicherheitswache eingegliedert. Dementsprechend waren anfangs nur Sicherheitswachebeamte beschäftigt. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung im Jänner 1983 gehörten von den insgesamt 36 Bediensteten nur mehr drei dem Stand der Sicherheitswache an.

Von der technischen Ausstattung und Gliederung her erreichte diese Dienststelle den Umfang eines Vollgewerbebetriebes (Setzerei, Druckerei, Buchbinderei).

Nach dem Stand vom Feber 1983 umfaßte das Produktionsprogramm neben unbedruckten Büroartikeln 347 Lagerdrucksorten und weitere 932 Drucksorten, die nur zeitweilig bei Dienststellen der Polizeibehörden und des BMI in Verwendung standen.

9.13.1 Anläßlich einer auf Anregung des BMF wegen eines Wettbewerbes mit der Staatsdruckerei im Jahr 1957 erfolgten Gebarungsüberprüfung durch den RH wurde die Erstellung einer jährlichen Rentabilitätsberechnung empfohlen.

Zufolge diesen Jahresabrechnungen hätte die Amtsdruckerei von 1972 bis 1981 einen Überschuß von rd 4,8 Mill S erwirtschaftet.

9.13.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, kam jedoch diesen wenngleich sehr arbeitsaufwendig erstellten Rentabilitätsberechnungen keine echte Aussagekraft zu. Abgesehen von schwerwiegenden, unberichtigt gebliebenen Rechenfehlern wurden Werte eingesetzt, die schließlich zu unrichtigen Aussagen über den Jahreserfolg führten.

9.13.2.2 Da nach Ansicht des RH für den Betrieb einer Amtsdruckerei bei der BPD die Rentabilitätsfrage allein nicht ausschlaggebend ist, empfahl er nunmehr die Auflassung dieser Berechnungen und die anderwertige Verwendung des damit beschäftigten Bediensteten.

9.13.3 Die BPD kam der Empfehlung nach.

9.14.1 Im Mittelpunkt der gegenständlichen - wie auch bereits der im Jahr 1957 erfolgten Gebarungsüberprüfung - stand die Frage, ob neben der Staatsdruckerei in bestimmten Ressortbereichen eigene Amtsdruckereien unterhalten werden sollten. Vor allem sollte ein Wettbewerb mit der Staatsdruckerei vermieden werden.

Mit dem Staatsdruckereigesetz, BGBl Nr 340/1981, wurde unter der Firmenbezeichnung „Österreichische Staatsdruckerei" ein eigener Wirtschaftskörper geschaffen, der als Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches zu gelten hat. Mit dem Gesetz wurde diesem Wirtschaftskörper für gewisse Druckerzeugnisse eine bundesweite Monopolstellung eingeräumt. Eine Durchbrechung dieser Monopolstellung durch die Hausdruckerei oder Kopierstelle einer Bundesdienststelle oder eines Bundesbetriebes ist nur vorgesehen, wenn dadurch die Erzeugung wirtschaftlicher oder zweckmäßiger wäre.

9.14.2 Aufgrund seiner Prüfungsfeststellungen kam der RH zur Ansicht, durch eine Vereinheitlichung in der Gestaltung von Drucksorten ließe sich einerseits die Anzahl der Lagerdrucksorten erhöhen und andererseits die Anzahl der Sonderdrucksorten in einem beträchtlichen Ausmaß verringern. Dadurch würde sich eine erhebliche Einsparung bei der Herstellung und bei den Verwaltungsabläufen ergeben. Die Herstellung von Drucksorten, welche bei einheitlicher Gestaltung auch von Dienststellen außerhalb der Polizeiverwaltung (zB Bezirkshauptmannschaften, Statutarstädten usw) verwendbar wären (zB im Rahmen der Verkehrsämter, Paßämter bzw im Rahmen von Verrechnungs- und Beschaffungsvorgängen) sollten allein schon wegen der dadurch ermöglichten höheren Auflagenzahl und dementsprechend billigeren Herstellung der Österr. Staatsdruckerei übertragen werden. Bei anderen Drucksorten wären durch genaue Ermittlungen entsprechende Entscheidungsgrundlagen im Zusammenwirken zwischen BMI, BMF sowie Vertretern der Österr. Staatsdruckerei und der Amtsdruckerei

der BPD zu erarbeiten. Sollte die Herstellung solcher Drucksorten bei der Amtsdruckerei billiger kommen, wären die Aufträge dieser zu übertragen. Im gesamten gesehen könnten allenfalls auch eine Verkleinerung des Betriebsumfanges der Amtsdruckerei bewirkt und Einsparungen erzielt werden.

9.14.3 Das BMI sagte nach Bedarfsfeststellung eine entsprechende Überprüfung im Einvernehmen mit der Österr. Staatsdruckerei zu.

9.14.4 Der RH ersuchte um Mitteilung des Ergebnisses.

9.15.1 Die technische Ausstattung der Amtsdruckerei (Setzerei und Druckerei) war veraltet. Zwei Maschinen (Bleisatz) wurden nicht mehr verwendet, andere Maschinen wiesen eine begrenzte Leistungsfähigkeit auf.

9.15.2 Nach Ansicht des RH hat diese Ausstattung, die zum Großteil nicht den Anforderungen eines auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit ausgerichteten Betriebes entsprach, einen vermeidbaren Zeit- und Personalaufwand verursacht.

Er empfahl daher, nach der erwähnten Bedarfsfeststellung die veralteten Maschinen auszusondern und die Amtsdruckerei mit weniger, dafür aber dem neuesten Stand der Setz- und Drucktechnik entsprechenden Geräten auszustatten, wodurch der Maschinenstand verringert, die Leistungsfähigkeit erhöht und der Personalstand herabgesetzt werden könnte.

9.15.3 Das BMI sagte entsprechende Maßnahmen zu.

9.16.1 Auf Antrag der Amtsdruckerei wurde 1978 um rd 601 000 S ein Compugraphik-Fotosetzgerät angekauft. Von den vier zur kostenlosen Einschulung bestimmten Bediensteten waren zwei den Anforderungen dieser neuen Einrichtung nicht gewachsen, was die nachträgliche, diesmal jedoch entgeltliche Einschulung von Bediensteten erforderlich machte.

9.16.2 Wie der RH kritisch vermerkte, hätte die teilweise mangelnde Eignung der einzuschulenden Bediensteten vorher bekannt gewesen sein müssen.

9.17.1 Aus finanziellen Gründen wurde der gleichzeitige Ankauf eines Linienprogramms (rd 29 000 S) und eines Kassettenfilm-Entwicklungsgerätes (rd 50 000 S) unterlassen. Infolge dessen wies das Fotosetzgerät vier Jahre nach dem Ankauf einen äußerst geringen Auslastungsgrad auf. Gerade beim Formulardruck, der in der Anschaffungsbegründung besonders hervorgehoben worden war, wurde weder eine Personaleinsparung noch ein anderer nachweisbarer Rationalisierungserfolg erzielt.

9.17.2 Der RH bemängelte die unwirtschaftliche Art der Planung und Durchführung eines Vorhabens.

9.17.3 Die BPD sagte entsprechende Maßnahmen zur Behebung des Mangels zu.

9.18 Weitere Beanstandungen betrafen die Herstellung von Essensmarken, die Herstellung unbedruckter Büromaterialien, Klein-Druckaufträge, den Verkauf von Drucksorten, die Führung der Inventarkontoblätter, die übermäßige Ausstattung mit Adressiermaschinen sowie die ungenügende Beachtung des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes.

Das BMI und die BPD sagten in den meisten Fällen zu, den Empfehlungen des RH nachzukommen. In einzelnen Angelegenheiten ist noch ein Schriftwechsel im Gang.

Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg

Beanstandungen des RH betrafen insb die bei der Sicherheitsdirektion eingerichtete Datenstation, den Journaldienst, die Überstundengebarung und Dienstverrichtungen für die Bundespolizeidirektion Salzburg.

10.1 Der örtliche Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektion für Salzburg (SD) umfaßt das Gebiet dieses Bundeslandes mit einer Fläche von 7 155 km² und 441 842 Einwohnern.

Zum sachlichen Wirkungsbereich dieser Behörde gehören die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit - ausgenommen die örtliche Sicherheitspolizei -, Paßwesen, Meldewesen, Fremdenpolizei, Waffen-, Munitions- und Sprengmittelwesen, weiters Pressewesen sowie Vereins- und Versammlungsangelegenheiten.

Der Personalstand umfaßte zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 38 Mitarbeiter.

10.2.1 Die rechtskundigen Beamten der SD wurden mit einer Ausnahme regelmäßig zu Lenkerprüfungen bei der Bundespolizeidirektion Salzburg (BPD) herangezogen. Diese behördenfremde Tätigkeit erforderte im Jahresdurchschnitt einen monatlichen Zeitaufwand von acht Stunden. Auf allen Überstundenanordnungsbögen dieser Beamten wurde die kaum erfolgte Abgeltung durch Freizeitausgleich mit der bereits auf den Formularen enthaltenen Aussage: „erhöhter Arbeitsanfall und Gewährung von Freizeitausgleich für geleistete Journaldienste" begründet.

10.2.2 Der RH bemängelte den regelmäßigen Einsatz der Beamten für Lenkerprüfungen bei der BPD wegen des damit verbundenen Arbeitszeitverlustes bei der SD.

10.2.3 Lt Stellungnahme der SD sei die Bestellung der Beamten zu Sachverständigen gem § 126 KFG erfolgt. Eine Beeinträchtigung des Dienstes sei damit nicht verbunden; Überstundenanordnungen seien nur für die Verrichtung von Inspektionsdiensten erforderlich, und schließlich handle es sich bei dieser Frage um eine alle Sicherheitsbehörden betreffende, zentral zu regelnde Angelegenheit.

10.2.4 Das daraufhin vom RH eingeschaltete BMI hat vor einer Entscheidung über diese Fragen entsprechende Erhebungen bei allen Sicherheitsdirektionen angeordnet. Eine Entscheidung ist bisher nicht ergangen.

10.3.1 Die rechtskundigen Beamten der SD wurden von der BPD regelmäßig zu Inspektionsdiensten herangezogen.

10.3.2 Der RH beurteilte diese Dienstverwendung im Rahmen einer der SD nachgeordneten Behörde als rechtswidrig.

10.3.3 Das BMI pflichtete dem RH bei und sagte zu, bei künftigen Dienstverwendungen eine rechtlich einwandfreie Vorgangsweise durch vorübergehende Dienstzuteilungen einzuhalten.

10.4.1 Bis zum Jahr 1980 wurden Mehrdienstleistungen gem § 16 GG 1956 den Kriminalbeamten erst dann finanziell abgegolten, wenn sie monatlich acht Stunden überstiegen. Für die ersten acht Überstunden wurde fast ausnahmslos Freizeitausgleich gewährt. Im Jahr 1981 wurden hingegen durchschnittlich für jeden Beamten nur mehr 1,3 und im Jahr 1982 2,1 Überstunden durch Freizeit abgegolten.

10.4.2 Der RH konnte für diese beiden Jahre weder nach dem Arbeitsanfall noch nach dem Personalstand Gründe für diese geänderte Vorgangsweise erkennen.
Er empfahl, Überstunden erst dann finanziell abzugelten, wenn eingehende Überprüfungen einen Freizeitausgleich aus dienstlichen Erfordernissen ausschließen. In jedem Einzelfall wäre dieser Umstand jedoch nachvollziehbar zu begründen. Allgemein gehaltene Aussagen, wie erhöhter Arbeitsanfall oder Personalausfall, sollten unterbleiben.

10.4.3 Die SD führte die geänderte Vorgangsweise auf gestiegenen Arbeitsanfall, vermehrten Personaleinsatz außerhalb der Dienstzeit für Begleit- und Schutzdienste sowie auf das durchschnittliche Fehlen eines Beamten wegen Urlaubes bzw Krankenstandes zurück. Es werde jedoch weiterhin getrachtet werden, 10 vH der Überstunden durch Freizeitausgleich abzugelten.

10.4.4 Der RH befaßte nunmehr das BMI, weil die von der SD angeführten Gründe mit den vom RH an Ort und Stelle getroffenen Feststellungen nicht übereinstimmten.

10.4.5 Das BMI erwiderte, die SD sei angewiesen worden, Überstunden im Sinne des GG 1956 in erster Linie durch Freizeitausgleich abzugelten und Überstundenanordnungen ausreichend zu begründen.

10.5.1 Wie aus den Eintragungen im Fahrtenbuch zu ersehen war, wurde ein Dienstkraftwagen fast ausschließlich für Fahrten des Sicherheitsdirektors zwischen seiner Wohnung und der Dienststelle verwendet.

10.5.2 Da der Sicherheitsdirektor nicht zu dem in den Richtlinien für die Benützung von Bundes-Personenkraftwagen genannten Personenkreis gehört, dem die Benützung eines Dienstwagens für derartige Fahrten ausdrücklich genehmigt ist, beanstandete der RH diese Fahrten.

10.5.3 Wie das BMI in seiner Stellungnahme ausführte, wurden die Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeidirektionen aus Anlaß der gegenständlichen Beanstandung neuerlich zur genauesten Beachtung der Richtlinien für die Benützung von Bundes-Personenkraftwagen verhalten. Einer Mitteilung der SD zufolge werde das Fahrzeug nunmehr auch in verstärktem Maße bei dienstlicher Notwendigkeit von den rechtskundigen Beamten und Kriminalbeamten ohne Inanspruchnahme eines Kraftfahrers benützt.

10.6.1 Die vom BMI genehmigte Journaldienstregelung für die rechtskundigen Beamten sah eine Abgeltung des dreistündigen Samstagjournaldienstes durch Zeitausgleich vor. Nach den Unterlagen für die Monate Jänner bis einschließlich Mai 1983 wurde diese Regelung häufig nicht eingehalten. Solche Mehrdienstleistungen wurden vielmehr als Überstunden finanziell abgegolten. Gleichzeitig wurde aber diese teilweise nicht eingehaltene Regelung dazu benützt, um die Nichtanwendung der Freizeitabgeltung bei weiteren Überstunden zu begründen.

10.6.2 Der RH bemängelte die Nichteinhaltung der Journaldienstregelung. Er empfahl, wegen der geringeren Kosten künftig die Samstagjournaldienste durch Journaldienstgebühren abzugelten, wodurch gleichzeitig auch die Möglichkeit geschaffen würde, in vermehrtem Ausmaß andere Überstunden durch Freizeitausgleich abzugelten.

10.6.3 Das BMI erklärte, die Journaldienstregelung habe sich bewährt; grundsätzlich würden 10 vH der angeordneten Überstunden durch Freizeit abgegolten. Eine weitere Erhöhung des Freizeitausgleichsanteiles könne ohne Beeinträchtigung des Dienstbetriebes nicht in Kauf genommen werden. Von der SD würden nunmehr entsprechende Aufzeichnungen geführt und geeignete Kontrollmaßnahmen ergriffen.

10.6.4 Der RH erwiderte, die an Ort und Stelle getroffenen Feststellungen hätten keine Bewährung der Journaldienstregelung an Samstagen erkennen lassen. Ebensowenig vermochte der RH der Behauptung einer Beeinträchtigung des Dienstbetriebes bei vermehrter Freizeitabgeltung von Überstunden beizupflichten. Er wiederholte daher seine Empfehlung.

10.7.1.1 Mit der im Rahmen der 24. GG-Novelle eingeführten Gefahrenzulage (§ 19 b GG 1956) sollten den Wachebeamten, die exekutiven Außendienst versehen, die besonderen Gefahren abgegolten werden, die über jene körperlichen und seelischen Beanspruchungen sowie über die besonderen Gefahren hinausgehen, die der normale Wachdienst mit sich bringt und die bereits durch die Wachdienstzulage abgegolten werden.

10.7.1.2 Seit dem Bestand der Datenstation (DASTA) bei der SD versahen die dort beschäftigten 13 Kriminalbeamten in etwa acht Jahren ausschließlich Innendienst, der keine Merkmale eines Wachdienstes aufwies. Dessenungeachtet bezogen die Beamten während dieses Zeitraumes neben der Wachdienstzulage eine pauschalierte Gefahrenzulage. Für ihre Sonderverwendung erhielten die Beamten außerdem eine „EDV-Zulage" in Höhe von monatlich 1 004 S.

10.7.2 Der RH beanstandete die Gewährung der rechtlich nicht gedeckten Wachdienst- und Gefahrenzulagen und empfahl die Einstellung dieser Nebengebühren.

10.7.3 Das BMI stellte in Aussicht, im Rahmen der Dienstaufsicht dafür Sorge zu tragen, daß auch diese Beamten - ähnlich wie dies bei anderen Sicherheitsdirektionen üblich ist - fallweise zu exekutiven Außendienstleistungen herangezogen werden.

10.7.4 Der RH ersuchte daraufhin um Mitteilung des Ausmaßes der bisher von Kriminalbeamten bei den Datenstationen geleisteten exekutiven Dienste und darüber, ob diese Dienstleistungen im Rahmen der Normaldienstzeit oder in Form von Überstunden erfolgten.

10.7.5 Das BMI hat entsprechende Erhebungen zugesagt.

10.8.1.1 Die Kriminalbeamten der „DASTA Salzburg" versahen in vier Gruppen zu je drei Beamten einen Turnusdienst, dessen Ablauf sich wie folgt darstellte:

12 Stunden Tagdienst,
24 Stunden frei,
12 Stunden Nachtdienst,
48 Stunden frei.

Um die 40-Stunden-Woche zu gewährleisten, hatte ein Beamter jede 10. Nachtdiensttour frei.

Ausgenommen von dieser Diensteinteilung war nur der mit der Dienstführung betraute Beamte. Er versah an den Arbeitstagen Montag bis Freitag jeder Normalwoche von 07.30 Uhr bis 15.30 Uhr Normaldienst.

10.8.1.2 Wie festzustellen war, führte dieses Dienstsystem in Verbindung mit der Praxis, jeden Personalausfall ohne Ausnahme in Form von Überstunden auszugleichen, zu einem ständigen, unverhältnismäßig hohen Überstundenanfall ohne Möglichkeit einer Abgeltung durch Freizeitausgleich. Dementsprechend hoch stellte sich die dadurch verursachte finanzielle Belastung dar (1982: 3 511 Überstunden = rd 600 000 S ohne Dienstgeberbeitrag).

Von der ADV-Zentrale des BMI wurde eine Erhebung bezüglich der Arbeitsauslastung der einzelnen Datenstationen im Jahr 1977 zum Anlaß genommen, Schichten, die auf einen erfahrungsgemäß arbeitsschwächeren Zeitraum fallen, bei Personalausfällen nicht auf den vollen Stand ergänzen zu lassen.

In einer von dieser ADV-Zentrale durchgeführten Erhebung betr den Personalausgleich bei Urlauben und Krankenständen wurde von der „DASTA Salzburg" ein teilweiser Personalausgleich angegeben.

10.8.1.3 Nach den Dienstplänen der Monate Mai 1982 bis einschließlich April 1983 entsprach diese Auskunft jedoch nicht den Tatsachen. Jeder Personalausfall war durch Überstundenanordnung ausgeglichen worden.

10.8.2.1 Der RH erachtete ein Dienstsystem, das den erwiesenermaßen unterschiedlichen Arbeitsanfall und dementsprechend unterschiedlichen Personalbedarf nicht berücksichtigt und bekannte Größen (Urlaube und Freizeiten) zur Einhaltung der 40-Stunden-Woche außer acht läßt, als unzweckmäßig und kostenaufwendig.

10.8.2.2 Er empfahl, eine neuerliche Auslastungsüberprüfung vorzunehmen. Dabei sollte jedoch auf Auslastungsschwankungen stärker Bedacht genommen und, darauf gestützt, durch geeignete Maßnahmen der bereits zu einem festen Bestandteil dieses Dienstsystems gewordene Überstundenanfall verringert werden.

10.8.3 Lt Mitteilung des BMI erfolgte die Einführung des geltenden Dienstsystems bei den Datenstationen unter der Voraussetzung, rund um die Uhr ein möglichst reibungsloses Funktionieren zu gewährleisten. Die Dienstgruppen seien mit je drei Beamten besetzt worden, weil erfahrungsgemäß eine Ausfallsquote von 25 bis 30 vH zu erwarten gewesen sei. Die laufende Überprüfung der Auslastungen der Datenstationen habe für die DASTA bei der SD für die Steiermark das günstigste Verhältnis zwischen Überstundenanordnungen und der Transaktionenanzahl ergeben. Das BMI werde bestrebt sein, dieses günstige Verhältnis in Hinkunft auch bei den anderen Datenstationen zu erreichen.

10.9.1 Bei der Überprüfung der Arbeitsbelastung jener Kriminalbeamten, die nicht der DASTA-Gruppe angehörten, wurde bei einem Beamten eine wesentlich geringere Arbeitsauslastung festgestellt. Dieser Beamte wurde nur zu Aktenbearbeitungen im Innendienst herangezogen und war vom Nachtjournaldienst befreit. Er stammte ursprünglich aus dem Bereich der Sicherheitswache, hatte sich für eine Verwendung bei der DASTA als geeignet erwiesen und wurde bereits nach nur einmonatiger Ausbildung - üblicherweise erfordert diese rd 18 Monate - in den Kriminaldienst überstellt. Aus persönlichen Gründen mußte der Beamte jedoch später vom Dienst bei der DASTA abgezogen werden. Die begrenzte Verwendungsmöglichkeit im Kriminaldienst war hauptsächlich auf die unzureichende fachliche Ausbildung für den Kriminaldienst zurückzuführen.

10.9.2 Um eine entsprechende Arbeitsauslastung dieses Beamten zu erreichen und gleichzeitig eine Entlastung der übrigen Kriminalbeamten zu bewirken, empfahl der RH, diesen Beamten anderweitig einzusetzen.

10.9.3 Die SD sagte dies zu.

10.10 Weitere Beanstandungen oder Empfehlungen des RH betrafen das Sonderinventar, die Beschaffung von Büromitteln, den Handverlag, die Verwaltung von Materialien, das Fremdinventar, den Vollzug des Freizeitausgleiches, die Personalaktenführung, die Ermittlung der Fahrtkostenzuschüsse, die Aktenverwaltung, die Ausgaben für die Sicherheitsverwaltung sowie den Bestand an Fotogeräten.

Die SD kam den Empfehlungen in der überwiegenden Anzahl von Fällen nach oder gab befriedigende Aufklärungen.

10.11 Über die bezüglich der Personalauswahl und des Personalersatzes für die „DASTA Salzburg" erfolgten Beanstandungen bzw Empfehlungen wird nach einer vom RH im zweiten Halbjahr 1984 durchgeführten Querschnittsprüfung bei allen Datenstationen berichtet werden.

Landesgendarmeriekommando für Salzburg

Die wesentlichsten Empfehlungen betrafen die Neuordnung des Journaldienstes, die Dienstplanung und den Dienstvollzug sowie den Ankauf von Motorrädern.

11.1 Der örtliche Wirkungsbereich des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg (LGK) erstreckt sich - ausgenommen die Landeshauptstadt Salzburg, für die eine Bundespolizeibehörde zuständig ist - auf das Bundesland Salzburg (7 088 km², 303 629 Einwohner). Der Personalstand betrug 745 Bedienstete. Auf einen Gendarmeriebeamten entfielen 407 Einwohner bzw eine Fläche von 9,51 km².

Organisationsangelegenheiten

11.2.1.1 Wie schon anläßlich der Gebarungsüberprüfung beim Landesgendarmeriekommando (LGK) für Burgenland (TB 1974 Abs 10.1) hat der RH auch bei der Gebarungsüberprüfung beim LGK für Tirol die organisatorischen Verhältnisse bei den Kleinposten als unzweckmäßig bezeichnet, weil angesichts der geltenden Arbeitszeitregelung bei einer Besetzung mit zwei oder drei Beamten nur ein sehr eingeschränkter Außendienst geleistet werden konnte. Da von Gendarmerieposten, bei denen ein ständiger Journaldienst verrichtet wurde, auch dann kein wirksamer Sicherheitsdienst erwartet werden konnte, wenn diese mit höchstens sechs Beamten besetzt waren, hat der RH empfohlen, im Rahmen der vom BMI in Aussicht genommenen Neuregelung des Dienstvollzuges bei der Bundesgendarmerie auch die Journaldienste neu zu gestalten (TB 1979 Abs 3.1).

11.2.1.2 In Verfolgung dieser Empfehlung erstellte das BMI einen Plan für die Neuordnung des Journaldienstes. Dieses Vorhaben wurde ab 1. Juli 1982 zunächst bei einigen Bezirkskommanden, darunter auch im Bereich des Bezirksgendarmeriekommandos (BGK) Zell am See, für die Dauer eines Jahres erprobt. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung war die Erprobung noch im Gang.

11.2.1.3 Der Journaldienst (JD) ist ein Dienst eigener Art, der über die im Dienstplan vorgeschriebenen Stunden (Plandienst) hinaus zu leisten ist und mit der Journaldienstzulage abgegolten wird. Der Zweck des JD besteht in der Gewährleistung der Erreichbarkeit und Einsatzfähigkeit der Gendarmeriedienststellen.

11.2.1.4 Bis zur Erprobungszeit des neuen JD bestand er im wesentlichen aus einem Anwesenheitsdienst in der Dienststelle.

Bei den mit Bewilligung des BMI eingerichteten JD gab es folgende Gruppen:

— Bezirksposten mit durchgehend zwei Journalbeamten,
— Gendarmerieposten mit einem ständigen JD mit einem Journalbeamten; dies waren im allgemeinen alle Posten mit einem Personalstand von mindestens sechs Beamten, und
— Gendarmerieposten mit einem fallweise meistens an Wochenenden oder Feiertagen gehaltenen JD mit einem Journalbeamten; dies waren alle übrigen Posten.

11.2.1.5 Der JD dauerte einheitlich sechs Stunden, und zwar von 02 bis 08 Uhr eines Tages. Allerdings war von den eingeteilten Journalbeamten im Plandienst ein 18-stündiger Vordienst zu halten, so daß die tatsächliche Dienstdauer mindestens 24 Stunden betrug. Da auch für den Journalvordienst die Anwesenheitsverpflichtung in der Dienststelle angeordnet war, bestand der Dienstvollzug für Dienststellen mit einer Personalstärke von höchstens sechs Beamten fast ausschließlich im Innendienst. Außendienste wurden kaum oder nur mit Überstunden geleistet.

11.2.1.6 Mit dem Ziel, eine anpassungsfähigere Dienstplanung zu ermöglichen, eine Verstärkung des exekutiven Außendienstes zu erreichen und eine sozial gerechte Streuung der Nebengebühren anzustreben, erarbeitete das BMI den vorerwähnten Plan mit folgenden Arten eines JD:

— Hauptjournaldienst bei den Bezirks- und Hauptposten mit einem Dauerjournaldienst und
— JD bei allen Gendarmerieposten. Dieser war entsprechend dem zur Verfügung stehenden Personalstand entweder als Dauerjournaldienst oder nach Bedarf an bestimmten Tagen als Tag- und Nachtjournaldienst, als Tagjournaldienst oder als Nachtjournaldienst einzurichten.

Die wesentlichen Neuerungen bestanden darin, daß jeder JD nur mehr aus einer Gesamtdienstzeit von zwölf Stunden, und zwar Vordienst mit acht Plandienststunden und anschließendem JD mit vier Stunden, bestand sowie daß jeder auf einem Posten eingesetzte Beamte im Monat regelmäßig sieben Journaldienste zu verrichten hatte.

Während des JD waren im Gegensatz zu früher von jedem Journaldienstbeamten fünf Stunden im Außendienst zu leisten.

11.2.1.7 Dieser Plan war zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bereits insoferne abgeändert worden, als die Außendienstverpflichtung grundsätzlich nicht mehr bestand. Der Journalbeamte hatte vielmehr nur mehr in besonderen Fällen oder zu kurzzeitigen regelmäßigen Anlaßfällen Außendienst zu versehen.

Ferner war es gestattet worden, den bisher mit zwölf Stunden begrenzten Dienst in bestimmten Fällen zu einem Dienst bis zu 24 Stunden zusammenzuziehen.

11.2.2.1 Bei der stichprobenweisen Überprüfung der im Bereich des BGK Zell am See geleisteten neuen JD stellte der RH fest, daß die dadurch bewirkte finanzielle Belastung des Bundes beträchtlich war. So betrug der Mehraufwand im Bereich des BGK Zell am See in den Monaten Juli bis Dezember 1982 im Vergleich zum Vorjahr mit der alten Regelung des JD rd 620 000 S oder fast 50 vH.

11.2.2.2 Das Ziel, die Erreichbarkeit und Einsatzfähigkeit von Gendarmeriedienststellen außerhalb der im Dienstplan festgelegten Dienststunden zu gewährleisten, war nur bedingt erreicht worden. Aufgrund des vorhandenen Personalstandes war nämlich im Bezirksbereich bei drei Posten der bisherige Dauerjournaldienst aufgelassen worden, so daß insgesamt weniger Gendarmerieposten als bisher dauernd erreichbar waren. Allerdings führte die Regelung der Ableistung von regelmäßig sieben JD im Monat je Beamten vor allem bei den bisher fast nur an Wochenenden oder an Feiertagen journaldienstmäßig besetzten Posten zu einer verstärkten Anwesenheit.

11.2.2.3 Eine anpassungsfähigere Dienstplanung wurde lediglich bei den personalschwachen Dienststellen erreicht. Bei den Dauerjournaldienstposten ergab sich jedoch einerseits wegen der Teilung in Tag- und Nachtjournaldienste und der nunmehr großen Anzahl von Nachtjournaldiensten, andererseits wegen der bei der Bundesgendarmerie bestehenden Dienstzeitregelung - für den Beamten sind neun ganze plandienstfreie Tage je Monat vorzusehen - eine wesentliche Erschwerung der Dienstplanung und als Folge die Anordnung von JD in Überstunden. Allerdings ist im Bereich des BGK Zell am See nach Einführung der neuen JD-Regelung ein Rückgang der Gesamtüberstunden von 10 vH bis 20 vH eingetreten.

11.2.2.4 Die Absicht, den Außendienst zu verstärken, wurde im wesentlichen erreicht. Wenngleich die ursprüngliche Außendienstverpflichtung des Journalbeamten von fünf Stunden später auf den unbedingt notwendigen Außendienst bei einem Ereignis- oder Anlaßfall eingeschränkt worden war, ist vor allem bei personalschwachen Dienststellen auch während des JD verstärkt Außendienst geleistet worden. Nach Ansicht des RH kam der nunmehrige JD einem verlängerten Dienstplan gegen gesonderte Bezahlung - allerdings im Verhältnis zu Überstunden mit geringeren Gebühren - nahe.

11.2.2.5 Das nach Auffassung des RH wesentlichste Ziel der Neuregelung, nämlich die soziale Gerechtigkeit bezüglich der Nebengebühren für die Gendarmeriebeamten, wurde dadurch erreicht, daß nunmehr jeder Beamte Anspruch auf sieben JD im Monat und damit ein regelmäßiges Nebeneinkommen hat.

11.2.2.6 Wie der RH zusammenfassend bemerkte, ist mit der neuen JD-Regelung seiner Empfehlung, ein entsprechendes Netz von stets erreichbaren und einsatzbereiten Gendarmeriedienststellen zu schaffen und darüber hinaus Kleinposten aufzulassen, zumindest aber die JD auf Kleinposten einzustellen, nicht Rechnung getragen worden. Dennoch waren die dargestellten Verbesserungen aus sicherheitsdienstlicher und sozialer Sicht nicht zu übersehen.

11.2.2.7 Der RH empfahl daher, im Hinblick auf die teilweise Einstellung des Dauerjournaldienstes bei einzelnen Posten und die dadurch verminderte Erreichbarkeit von Sicherheitsdienststellen den gesamten Postenaufbau mit dem Ziel neu zu gestalten, das Netz der ständig erreichbaren Dienststellen zu verdichten, dafür aber Dienststellen mit einem Personal von zwei bis höchstens drei Beamten je nach sicherheitspolizeilichem Bedarf zu bloßen Kontaktposten (Besetzung jeweils nur an Vormittagen oder zu besonderen Anlässen) umzuwandeln. Darüber hinaus sollte der Funkpatrouillendienst diesem neuen Dienststellenaufbau angepaßt werden.

11.2.3.1 Laut Stellungnahme des BMI sei nunmehr der Aufwand an Plandienststunden für den JD bei allen Beamten annähernd gleich. Darüber hinaus stünden jetzt jedem Beamten im Monat etwa 100 Plandienststunden vorwiegend für den Außendienst zur Verfügung.

11.2.3.2 Von 1964 bis 1977 seien im Bundesgebiet rd 350 Gendarmerieposten aufgelassen worden. Derzeit bestünden noch etwa 220 Posten mit einem Personalstand von drei oder weniger Beamten. Angesichts der Weitläufigkeit der Überwachungsgebiete müßte bei Errichtung von Kontaktposten ein weiterer Anfahrtweg in Kauf genommen werden. Darüber hinaus würde eine Verringerung des Kontaktes zur Bevölkerung und damit ein Vertrauensverlust für die Exekutive entstehen, sowie auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigt werden. Ein derartiger Plan sei daher kaum durchzuführen.

11.2.3.3 Das BMI stellte zwecks Anpassung des Funkpatrouillendienstes an die geänderten Verhältnisse die Einsetzung einer Arbeitsgruppe in Aussicht.

11.3.1.1 Nach dem Inkrafttreten der 24. GG-Novelle, BGBl 214/72, wurden für den Bereich der Bundesgendarmerie Dienstzeitdurchführungsbestimmungen (DZD 72) erlassen und in der Folge dem Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 angepaßt. Demnach war die Dienstzeit jeweils als Normaldienstplan für eine Woche oder als Wechseldienstplan bzw als Schichtdienstplan für ein Monat zu regeln. Für Gendarmerieposten galt der Wechseldienstplan.

11.3.1.2 Die näheren Bestimmungen über die Erstellung und Durchführung des Wechseldienstplans waren äußerst vielschichtig und umfangreich, so daß sie insb bei personalstarken Dienststellen nur sehr schwierig und mit großem Zeitaufwand gehandhabt werden konnten. Die Erstellung der Dienstpläne erforderte bei Bezirksposten oder einem größeren Hauptposten die Arbeitskraft eines dienstführenden Beamten mindestens für zwei Tage, häufig aber auch für längere Zeit. Überdies erwies sich der einmal für einen Monat im voraus erstellte Dienstplan aufgrund der vielen im Interesse der Dienstnehmer getroffenen Regelungen (Wochenenddienste, Dienstdauer, Ruhezeit, Sicherung des täglichen Schlafes, Freizeitplanung, Berücksichtigung der Wünsche der Beamten, Zusammenziehung der Freizeit, Überstundenausgleich, Plandienstausgleich, Außendienstplanung) sowie infolge Berücksichtigung allgemeiner dienstlicher Interessen, wie vorhersehbarer Anlässe aber auch wegen der Journal-, Funkpatrouillen- und Verkehrsüberwachungsdienste, im wesentlichen als starr und ließ sich an besondere dienstliche Erfordernisse kaum anpassen. Darüber erforderte die Leistung vorhersehbarer Dienste im vollen Ausmaß bereits die Einplanung von Überstunden. Bspw betrug im Bereich des BGK Zell am See 1983 das Verhältnis zwischen den vorhersehbaren und bereits eingeplanten Überstunden einerseits sowie den aus einem besonderen dienstlichen Anlaß zu leistenden Überstunden anderseits bei Dienststellen mit Wechseldienstplan etwa 75 vH zu 25 vH. Aufgrund der Erfahrungen aus früheren Gebarungsüberprüfungen war diese Verhältniszahl für den Bereich der gesamten Bundesgendarmerie als annähernd zutreffend anzusehen. Dies erklärte auch die hohen Ausgaben für Überstundenleistungen im Bereich der Bundesgendarmerie (1982 rd 413 Mill S).

11.3.2 Der RH empfahl daher, die Dienstplanung auf einen kürzeren Zeitraum abzustellen oder die Monatsdienstplanung mit der Abänderung beizubehalten, daß grundsätzlich zunächst nur der Tag der Dienstleistung in den Dienstplan eingesetzt, jedoch die Zeit des Dienstantrittes und die Dauer erst wöchentlich oder 14-tägig im voraus festgesetzt wird. Dadurch würde einerseits eine größere Anpassungsmöglichkeit erreicht, andererseits blieben aber auch die Interessen der Beamten insoweit gewahrt, als ihre freien Tage regelmäßig und rechtzeitig bestimmt werden.

11.4.1 Nach der DZD 72 sind Plandienste am jeweiligen Tag tunlichst zusammenhängend zu planen, wobei die gesamte Dienstdauer in der Regel mit nicht weniger als acht und nicht mit mehr als zwölf Stunden festzusetzen ist.

11.4.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, ist diese eher unbestimmt gehaltene Anordnung bei den Gendarmerieposten, insb aber bei der Verkehrsabteilung des LGK, sehr oft und ohne zwingende dienstliche Notwendigkeit nicht eingehalten worden. So war eine mindestens 13-stündige Dienstdauer insb dann festzustellen, wenn im Rahmen des Dienstes eine Reisebewegung durchzuführen war, die im Zusammenhang mit den in der RGV festgesetzten Grenzen (5,8 und 12 Stunden) für die Höhe der Tagesgebühren zu höheren Vergütungen führte.

11.4.2.2 Der RH hat bereits anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen, insb aber auch im Zusammenhang mit der Überprüfung von Schadensfällen von Dienstfahrzeugen oder von Beschwerden, nicht zuletzt aus arbeitsmedizinischen Gründen empfohlen, die regelmäßige Dauer der Dienstzeiten zu begrenzen.

Aufgrund der nunmehrigen Prüfungsfeststellungen wiederholte er diese Empfehlung.

11.5.1 Eine weitere Einschränkung in der Gestaltung der Dienstpläne ergab sich aus der Bestimmung der DZD 72, wonach die Freizeit in möglichst zusammenhängender Form zu planen ist, wobei eine Zusammenziehung unter bestimmten Voraussetzungen bis zu fünf Tagen zulässig ist. Falls noch ein allfälliger Zeitausgleich für geleistete Überstunden angeschlossen wurde, erschien eine durchgehende Freizeit von mehr als fünf Tagen möglich.

11.5.2 Der RH bezeichnete mit Rücksicht auf die nach der DZD 72 an sich gewährleistete ununterbrochene Ruhezeit von 48 Stunden je Woche die darüber hinausgehende Zusammenziehung der Freizeit als der Dienstplanung und dem Dienstvollzug abträglich.

11.6.1.1 Nach den Richtlinien für die Dienstplanerstellung haben die vorwiegend im Außendienst verwendeten Beamten in der Regel zwei Drittel der Plandienste als Außendienste und von diesen etwa die Hälfte zwischen 18.00 und 06.00 Uhr zu verrichten.

11.6.1.2 Wie erhoben wurde, sind die vorgeschriebenen Außendienststunden, insb jene zur Nachtzeit fast bei keinem der überprüften Gendarmerieposten geleistet worden.

11.6.1.3 Allerdings waren die Eintragungen in den Dienstplänen oft nicht aussagekräftig. War zB Plandienst mit acht oder mehr Stunden zu verrichten, wurde mitunter die gesamte Plandienstdauer als Außendienst eingetragen, obwohl eine derartige ununterbrochene Dienstleistung kaum vorstellbar ist und auch tatsächlich nicht erbracht worden war.

11.6.2 Nach Ansicht des RH wären im Rahmen der Dienstplanung Außendienste nur insoweit vorzuschreiben, als sie tatsächlich körperlich zumutbar sind, also die Dauer der Außendienste zu kürzen und durch Kanzleidienste zu unterbrechen. Jedenfalls sollte aber dafür vorgesorgt werden, daß jeder Außen- oder Innendienst zeitmäßig genau bezeichnet wird.

Zusammenfassend empfahl der RH, die DZD 72 und die Durchführungsrichtlinien sowie auch die Dienstplangestaltung und die Dienstvorschreibungen für die Einzeldienste neu zu regeln.

11.6.3.1 Laut Stellungnahme der BMI räume der Wechseldienstplan dem Beamten die geringste Möglichkeit ein, seine Freizeit entsprechend einzuteilen. Da er bis zum 27. des Vormonats zu erstellen sei, erfahre der Beamte für die erste Woche des Monats seine Diensteinteilung kurz vorher. Es wäre daher nicht vertretbar, für diese unangenehmste Art der Dienstgestaltung zusätzliche Beschränkungen und damit eine weitere soziale Verschlechterung gegenüber Beamten mit einem anderen Dienstplan herbeizuführen. Von der Personalvertretung sei ein entschiedener Widerspruch gegen jede Änderung des Wechseldienstplans zu erwarten.

11.6.3.2 Um eine möglichst weitgehende Vermeidung übermäßig langer Dienste erklärte sich das BMI bemüht, so sei auch die Teilung der bisherigen 24-stündigen JD eine Zielvorstellung der neuen JD-Regelung gewesen. Da allerdings die Beamten der Gendarmerieposten neben der normalen Dienststundenverpflichtung monatlich noch zusätzlich 28 Journaldienststunden zu leisten hätten, könne bei Beachtung der 48-stündigen Ruhezeit je Woche mit einem achtstündigen täglichen Dienst nicht das Auslangen gefunden werden.

11.6.3.3 Nach Meinung des BMI erscheine die mögliche Zusammenziehung der Freizeit bis zu fünf Tagen wohl als sehr großzügig, sie komme jedoch im Dienstbetrieb aber nur in wenigen - zB sozial begründeten - Ausnahmefällen tatsächlich vor.

11.6.3.4 Die erlaßmäßig vorgeschriebene vermehrte Außendienstleistung schließe nicht aus, daß der Beamte kurzzeitig aus bestimmten Anlässen die Dienststelle aufsuche. In gleicher Weise sei die Unterbrechung eines länger dauernden Außendienstes zur Einnahme einer Hauptmahlzeit zulässig. Das BMI halte aber einen Nachweis derartiger Unterbrechungen zwecks Vermeidung unnötiger Schreibarbeiten und angesichts der auch diesfalls gegebenen Erreichbarkeit, nicht für erforderlich.

11.6.3.5 Die Landesgendarmeriekommanden seien im übrigen angewiesen worden, die Vorschreibung von Diensten, die nach ihrer Art und Zeitdauer nicht gegeneinander abgegrenzt sind, nicht mehr zu gestatten.

11.7.1.1 Seit 1964 wird vom BMI-Gendarmeriezentralkommando die Dienstfreistellung von Gendarmeriebeamten für politische Funktionen gestattet. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bestand im

Gendarmeriebereich die Übung, Bürgermeistern eine Dienstfreistellung bis zu einem Arbeitstag oder von zwei halben Arbeitstagen je Woche, anderen Gemeindefunktionären bis zu einem Arbeitstag oder vier halben Arbeitstagen je Monat zur Wahrnehmung ihres politischen Mandats zu gewähren.

11.7.1.2 Beim LGK waren zur Zeit der Gebarungsüberprüfung insgesamt 18 Beamte aufgrund ihres politischen Mandats im beschriebenen Ausmaß teilweise vom Dienst befreit. Daraus ergab sich ein Arbeitsausfall von 44 Arbeitstagen im Monat.

11.7.2.1 Da die Außerdienststellung von Beamten zur Ausübung eines politischen Mandats oder im Rahmen der Wahlwerbung hiezu im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG 1979) geregelt ist, entbehrten die dargestellten Dienstfreistellungen nach Auffassung des RH einer gesetzlichen Grundlage.

11.7.2.2 Überdies äußerte der RH Bedenken, soferne Gendarmeriebeamte als Bürgermeister, Vizebürgermeister oder als andere Gemeindevertreter im örtlichen Wirkungsbereich ihres Gendarmeriepostens tätig waren. Dieser Zustand erschien wohl geeignet, den Beamten an der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben zu behindern oder zumindest die Vermutung einer Befangenheit im Verhältnis zur Bevölkerung des Postenrayons hervorzurufen.

11.7.3.1 Laut Stellungnahme des BMI würden diese Dienstfreistellungen aufgrund von Ministerratsbeschlüssen vom 18. März 1921 und 16. Jänner 1924 gewährt, ließen sich jedoch auch dem Begriff „Sonderurlaub" nach dem BDG 1979 zuordnen. Eine entsprechende Mitteilung über die Dienstfreistellungen der Gendarmeriebeamten, die Funktionen in Gemeinden ausübten, sei bereits 1980 an das BKA erfolgt, dieses habe sich hiezu jedoch nicht geäußert.

11.7.3.2 Aus der Ausübung eines Mandats im Dienstort seien dem BMI bisher keine Schwierigkeiten bekanntgeworden. Es bestehe daher auch kein Grund zur Annahme einer Befangenheit oder einer Behinderung dienstlicher Aufgaben.

11.8.1.1 Die Grundausbildungslehrgänge werden in der Gendarmerieschule Burg Werfen abgehalten. Die Einberufung zum Grundausbildungslehrgang für das Jahr 1982 erfolgte mit 1. Juni, jene für 1983 mit 2. Mai.

11.8.1.2 Aus den vor dem 1. Juli eines Jahres liegenden Einberufungsterminen folgte, daß die Gendarmerieschüler bereits für das jeweils laufende Jahr Anspruch auf vier Wochen Urlaub erwarben. Dadurch ergab sich für die gesamte Dauer des Grundausbildungslehrganges von 16 Monaten ein Urlaubsanspruch von acht Wochen. Diese Einteilung brachte es mit sich, daß der Schulbetrieb auch während der Sommermonate durchlaufend aufrechterhalten werden mußte, wodurch für das Kaderpersonal, insbesondere für die Küchenkräfte, Schwierigkeiten hinsichtlich der Einteilung des Urlaubs entstanden.

11.8.2 Der RH empfahl daher, neu beginnende Kurse nicht vor dem 1. Juli eines Jahres einzuberufen.

11.8.3 Wie das LGK mitteilte, sei vor 1982 die Einberufung zu den Grundausbildungslehrgängen jeweils im Herbst erfolgt. Die seither früher festgesetzten Einberufungstermine seien auf eine Weisung des BMI zurückzuführen.

11.8.4 Der RH ersuchte daraufhin das BMI, der Empfehlung für die Zukunft Rechnung zu tragen. Eine Stellungnahme des BMI steht noch aus.

11.9.1 Die Unterbringung der Gendarmerieschule in örtlicher Trennung vom LGK in Salzburg bewirkte unter anderem, daß das Kaderpersonal nicht voll ausgelastet war. So leisteten die als Lehrer eingesetzten Beamten nur teilweise die geforderte Mindestanzahl für Unterrichtsstunden. Der Küchenreferent, der auch mit den Angelegenheiten der Dienstkleiderbewirtschaftung betraut war, war angesichts der geringen Anzahl von Verpflegsteilnehmern ebenfalls nicht ausgelastet.

11.9.2 Der RH empfahl daher, den im ökonomisch-administrativen Dienst voll ausgebildeten Küchenverwalter dem LGK zuzuteilen und seine bisherigen Aufgaben anderen, nicht voll ausgelasteten Beamten zu übertragen.

11.9.3 Das LGK erklärte sich aufgrund der vielfachen Nebentätigkeiten der Beamten der Schule, der Besuche von Fortbildungskursen, der Ersatzstellungen bei Krankheiten, Urlauben oder Kuraufent-

halten außerstande, der Empfehlung des RH zu folgen. Außerdem sei der Küchenleiter durch eine rege Einkaufstätigkeit ohnehin ausgelastet.

11.9.4 Der RH ersuchte das BMI, die Stellungnahme des LGK zu überprüfen. Eine Benachrichtigung durch das BMI ist noch nicht erfolgt.

11.10.1.1 Bis 1976 verrichteten bei der Kriminalabteilung (Krabt) des LGK zwei Beamte JD. Das LGK beantragte im Jahr 1976 beim BMI eine Erhöhung auf drei Journaldienstbeamte und begründete dies unter anderem mit der Fahrerbeistellung für den Kommandanten der Krabt, mit der außerhalb der Normaldienstzeit auftretenden fallweisen Notwendigkeit, Tatortsicherungen, Erhebungsdienste und Fahndungsmaßnahmen durchzuführen sowie mit dem Anschluß der Alarmanlagen von drei Postämtern an die Krabt, weswegen manchmal ein Personaleinsatz notwendig wäre. Der Antrag wurde vom BMI bewilligt.

11.10.1.2 Wie erhoben wurde, bediente ein Journaldienstbeamter regelmäßig das Fernschreibgerät, ein Beamter war mit der Bedienung des Funkgerätes, der Telefonvermittlung und der Abwicklung des Parteienverkehrs betraut; die Aufgaben des dritten Beamten bestanden vorwiegend in der Durchführung von Kurier- und sonstigen Fahrten.

11.10.2 Nach Ansicht des RH waren die Belastungen der Beamten nicht so umfangreich, daß sie bei Entfall der Kurierfahrten sowie der Lenkung eines Fahrzeuges für den Kommandanten der Krabt nicht von zwei Beamten zu bewältigen gewesen wären. Er empfahl daher, die Kurierfahrten entsprechend zu beschränken und den Kommandanten der Krabt dazu zu verhalten, das Dienstkraftfahrzeug selbst zu lenken.

11.10.3 Das LGK bezeichnete die Belastung des Beamten beim Fernschreibdienst als im allgemeinen groß, nur zwischen Mitternacht und allgemeinem Dienstbeginn sei der Arbeitsanfall naturgemäß geringer. Wenn auch der Parteienverkehr nicht stark sei, wären doch festgenommene oder zu vernehmende Personen immer in den Amtsräumen zu beaufsichtigen. Die Telefonvermittlung sei mangels Durchwählanlage arbeitsaufwendig. Eine Einschränkung der Kurierfahrten sei nur dann möglich, wenn sich alle Dienststellen im selben Haus befänden; das sei aber nicht der Fall. Die Fahrten eines Beamten mit dem Kommandanten der Krabt wären zweckmäßig, weil das Fahrzeug nach Ankunft am Zielpunkt sofort wieder zur Dienststelle zurückkehre und für weitere Fahrten zur Verfügung stünde.

11.10.4 Der RH erhielt angesichts seiner Feststellungen über die Belastung der Journaldienstbeamten seine Empfehlung, auf einen JD mit zwei Beamten überzugehen, aufrecht. Im Hinblick auf die Unterbringung der Verkehrsabteilungsaußenstelle Anif in unmittelbarer Nähe der Krabt wäre überdies eine Zusammenarbeit bei Kurierfahrten leicht möglich.

11.11.1 Für die Durchführung von Radarmessungen wurden von der Verkehrsabteilung je nach der Entfernung des Einsatzortes von Salzburg regelmäßig 12 oder 13 Stunden geplant. Nach Abzug der Rüst- und Fahrtzeit blieben einschließlich einer Mittagspause nur mehr rd acht Stunden für die eigentlichen Radarmessungen. Da der Dienstbeginn im allgemeinen mit sieben Uhr festgesetzt wurde, erreichten die Patrouillen den Einsatzort erst gegen acht Uhr oder später. Mit Rücksicht auf das Dienstzeitende mußten die Radarmessungen etwa gegen 17 Uhr beendet werden.

11.11.2 Da mit dieser Zeiteinteilung gerade die Verkehrsspitzen von den Radarmessungen nicht erfaßt worden waren, empfahl der RH, die Patrouillen zu kürzen, dafür aber zu den Verkehrsspitzen einzusetzen.

11.11.3 Das LGK sagte zu, die Einsatzzeiten beweglicher zu gestalten.

Personalangelegenheiten

11.12.1 Wie eine Überprüfung der Journaldienstabgeltungen ergab, hatten einzelne Beamte des LGK eine Abgeltung durch teilweisen Freizeitausgleich an Stelle der vollen Journaldienstgebühr vorgezogen. Ein derartiger Freizeitausgleich wurde von einzelnen Beamten aber bereits vor der tatsächlichen Ableistung des JD in Anspruch genommen.

11.12.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise.

11.12.3 Laut Mitteilung des LGK habe es sich um Fehleintragungen gehandelt, weil in den angeführten Fällen die Beamten nicht eine Journaldienstabgeltung, sondern einen Plandienstausgleich genommen hätten, in den Aufzeichnungen dies aber unrichtig bezeichnet worden wäre. Das LGK sagte zu, für eine ordnungsgemäße Führung der Aufzeichnungen vorzusorgen.

11.13.1 Wie eine stichprobenweise Überprüfung der Reisegebühren ergab, sind für mehrere Reisezeiten anläßlich der Rückfahrt von Dienstbesprechungen Überstunden verrechnet worden.

11.13.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil der VwGH mit Erk vom 22. Mai 1975, Zl 2169/74-14, eine Überstundenabgeltung für Reisezeiten für nicht zulässig angesehen hat.

11.13.3 Das LGK erklärte dazu, die Dienstzeit der Gendarmeriebeamten sei in der DZD 72 geregelt. Weder diese Vorschrift noch sonstige Erlässe hätten eine Überstundenabgeltung für Reisezeiten als unzulässig bezeichnet.

11.13.4 Der RH hat diese im Gendarmeriebereich bestehende Übung bereits anläßlich einer früheren Gebarungsüberprüfung beanstandet (TB 1974 Abs 9.3). Aufgrund der nunmehrigen Feststellungen wurde die Angelegenheit an das für die zentrale Personalverwaltung zuständige BKA herangetragen, dessen Antwort noch aussteht.

Fahrzeugwesen

11.14.1 Nach den Bestimmungen der Kraftfahrzeugvorschrift für die Bundesgendarmerie können Deckkennzeichen statt des Sachbereichskennzeichens an Gendarmeriefahrzeugen dann geführt werden, wenn der Erfolg der Dienstverrichtung bei Verwendung des Sachbereichskennzeichens in Frage gestellt sein könnte, zB bei Fahrten im staats- oder kriminalpolizeilichen Interesse oder im Verkehrsüberwachungsdienst durch Beamte in Zivilkleidung.

11.14.2 Wie der RH kritisch vermerkte, war ein Fahrzeug, das ausschließlich vom Landesgendarmeriekommandanten verwendet wurde, ebenfalls mit einem Deckkennzeichen ausgestattet. Da für die Fahrten des Landesgendarmeriekommandanten die Verwendung des Deckkennzeichens nicht erforderlich ist, empfahl der RH, dieses Deckkennzeichen einzuziehen oder an ein anderes Fahrzeug mit einer entsprechenden Zweckbestimmung zu übertragen.

11.14.3 In einer allgemein gehaltenen Stellungnahme erklärte das BMI, Deckkennzeichen würden dann eingezogen oder übertragen, wenn dafür keine Notwendigkeit bestehe.

11.14.4 Da das BMI auf den Anlaßfall nicht eingegangen ist, wiederholte der RH seine Empfehlung hinsichtlich dieses Fahrzeuges.

11.15.1.1 Im August 1981 wurden dem LGK vom BMI sechs neue Motorräder zugewiesen. Die Zulassung zum Verkehr erfolgte zwar noch im August, jedoch wurden die Motorräder dem LGK erst im Oktober 1981 übergeben. Witterungsbedingt kamen diese Fahrzeuge erst im 2. Vierteljahr 1982 zum Einsatz.

11.15.1.2 Im September 1982 erfolgte neuerlich eine Zuweisung von fünf neuen Motorrädern. Diese Fahrzeuge wiesen bis zum Ende des 1. Vierteljahres 1983 eine Gesamtfahrleistung von 120 km bis 181 km auf, woraus zu schließen war, daß sie nur für die Überstellungsfahrt nach Salzburg verwendet worden waren.

11.15.1.3 Ende 1982 verfügte die Verkehrsabteilung des LGK über insgesamt 17 Motorräder, wovon sechs als neuwertig zu bezeichnen waren. Die restlichen Motorräder stammten aus den Jahren 1971 bis 1980. Die Jahreskilometerleistungen betrugen 1982 bei den neuen Motorrädern zwischen 4 000 km und 12 000 km, bei den älteren Motorrädern durchschnittlich aber nur rd 5 000 km.

11.15.2 Der RH erachtete die Anschaffung von Motorrädern zu einem Zeitpunkt, zu dem aus witterungsbedingten Gründen ein Einsatz für mehrere Monate unterbleiben muß, als unwirtschaftlich, zumal die Gewährleistungsfrist verkürzt wurde. Überdies wäre nach Auffassung des RH bei einer entsprechenden Auslastung der vorhandenen Motorräder nur eine geringere Anzahl von Neuzuweisungen erforderlich gewesen. Diese Vorgangsweise stand nicht im Einklang mit den bestehenden Haushaltsvorschriften, weil die anweisenden Stellen zum Vollzug einer Ausgabe nur nach Maßgabe des unabweislichen Bedarfes berechtigt sind.

11.15.3 Laut Stellungnahme des BMI seien die Motorräder zum jeweils ehestmöglichen Zeitpunkt bestellt worden, jedoch wäre eine Verkürzung des zeitraubenden Vergabeverfahrens nicht möglich gewesen. Für einen gleichmäßigeren Einsatz der Motorräder werde gesorgt werden.

11.16.1 In der Kraftfahrzeugvorschrift für die Bundesgendarmerie ist auch die Führung der Fahrtenbücher genau geregelt. Insb ist der Zweck jeder Fahrt schlagwortartig einzutragen, allgemeine Angaben, wie zB „Dienstfahrt", sind untersagt.

11.16.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist dieser Weisung vor allem bei Fahrten mit leitenden Beamten nicht entsprochen worden.

11.16.3 Das BMI sagte zu, für die ordnungsgemäße Führung der Fahrtenbücher vorzusorgen.

Verschiedene Feststellungen

11.17.1.1 Das BGK Salzburg war in einem angemieteten Privathaus in der Landeshauptstadt, Mascagnigasse 11, untergebracht.

11.17.1.2 Wie dem Plan für den Neubau des Amtsgebäudes für die Bundespolizeidirektion Salzburg zu entnehmen war, sind für die Bundesgendarmerie neben Kanzleiräumen auch zwei Wohnungen, fünf Garconnieren und 24 Einzelzimmer mit Naßzellen, offenbar für Wohnzwecke, vorgesehen.

11.17.2 Der RH empfahl, an Stelle der vorgesehenen Wohnräumlichkeiten in erster Linie für die Unterbringung von derzeit angemieteten Dienststellen zu sorgen.

11.17.3 Das BMI sagte zu, der Empfehlung des RH zu folgen. Insb das BGK Salzburg werde im neuen Bundesamtsgebäude untergebracht werden.

11.18.1 Wie erhoben wurde, sind bei Inanspruchnahme von in Amtsgebäuden untergebrachten Gästezimmern weder die Bestimmungen des Meldegesetzes noch die des Salzburger Ortstaxengesetzes eingehalten worden.

11.18.2 Der RH empfahl, um die Einhaltung bestehender Vorschriften besorgt zu sein, die 1976 festgelegten Vergütungssätze für Gästezimmer dem seither gestiegenen Lohn- und Preisgefüge anzupassen sowie für Appartements einen höheren Vergütungssatz festzulegen.

11.18.3 Das BMI kam der Empfehlung des RH im eigenen Bereich nach und ergänzte, die allgemeine Anhebung der Vergütungssätze müsse bundeseinheitlich unter der Federführung des BKA erfolgen.

11.18.4 Wie der RH hiezu bemerkte, hat das BKA bereits vor längerer Zeit eine Besprechung in dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt (TB 1982 Abs 4.3).

11.19.1.1 Nach den Bestimmungen des Überwachungsgebührengesetzes, BGBl 214/1964, sind Überwachungsgebühren für besondere Überwachungsdienste einzuheben, die aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Vorschriften zur Überwachung vorwiegend im privaten Interesse gelegener Veranstaltungen oder Vorhaben aus besonderen sicherheitspolizeilichen Gründen mit Bescheid von Amts wegen angeordnet oder aufgrund eines Ansuchens bewilligt werden.

11.19.1.2 Aufgrund dieses Gesetzes haben sowohl der Bund als auch die Länder Überwachungsgebührenverordnungen mit verschiedenen Gebührensätzen für an sich gleichartige Überwachungsdienste erlassen.

11.19.1.3 Da für gleichartige von Bundesorganen erbrachte Leistungen unterschiedliche Tarife bestehen, je nachdem, ob die den Gegenstand des Verfahrens bildende Angelegenheit der Vollziehung nach Bundes- oder Landessache ist, werden die Verpflichteten ungleich belastet.

11.19.2 Der RH empfahl eine Angleichung der betreffenden Gebühren.

11.19.3 Laut Mitteilung des BMI sei mit dieser Anregung das BKA befaßt worden, das sich jedoch bisher dazu nicht geäußert habe.

11.20 Weitere Beanstandungen oder Empfehlungen des RH betrafen Amtshandlungen anläßlich von Radarmessungen, Einzelfälle von Dienstplanangelegenheiten, Fahrtkostenzuschüsse, Inventar- und Materialangelegenheiten, verschiedene Angelegenheiten der Wirtschaftsführung, Angelegenheiten der Alpinausrüstung, Notrufanlagen, die Kostenvorschreibung bei automatischen Telefonnotrufwählanlagen sowie Mietzinsvorauszahlungen.

Diesen Empfehlungen wurde überwiegend entsprochen. In einigen Fällen erfolgte eine befriedigende Klärung des Sachverhalts oder eine Fortsetzung des Schriftverkehrs.

Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten

Beanstandungen des RH betrafen den Dienst der Kriminalbeamten für den Pressebericht, die Verrechnung nicht gerechtfertigter Überstunden, die unbegründete Nichtabgeltung von Überstunden in Freizeitausgleich, die mangelhafte Verrechnung von Kommissionsgebühren und Angelegenheiten des Fahndungswesens.

12.1 Der örtliche Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten (SD) umfaßt das Gebiet des Bundeslandes Kärnten, welches sich auf einer Fläche von 9 532,92 km² erstreckt und 536 727 Einwohner zählt.

Zum sachlichen Wirkungsbereich dieser Behörde gehören die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit - ausgenommen die örtliche Sicherheitspolizei -, Paßwesen, Meldewesen, Fremdenpolizei, Waffen-, Munitions- und Sprengmittelwesen sowie Schießwesen, weiters Pressewesen sowie Vereins- und Versammlungsangelegenheiten. Der Personalstand umfaßte zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 41 Mitarbeiter.

12.2.1 Von der SD wurde täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, von einem rechtskundigen Beamten ein Pressebericht verfaßt, der an den Tagen Montag bis Freitag von Schreibkräften der SD mittels Fernschreiber weitergeleitet wurde. An Samstagen besorgte diese Übermittlungstätigkeit ein Kriminalbeamter, dem diese Dienstleistung regelmäßig mit drei Überstunden abgegolten wurde, obwohl zu dieser Zeit auch ein Kriminalbeamter des Dauerdienstes anwesend war.

12.2.2 Nach Ansicht des RH hätte der Kriminalbeamte des Dauerdienstes die fernschriftliche Weiterleitung des samstägigen Presseberichtes besorgen können. Er empfahl, den zweiten Kriminalbeamten nicht mehr einzuberufen.

12.2.3 Die SD kam dieser Empfehlung nach.

12.3.1 Wie eine Überprüfung der geleisteten Überstunden ergab, lag zum Teil keine Notwendigkeit vor und waren auch unrechtmäßige Verrechnungen erfolgt. So wurden in Einzelfällen Reisebewegungen in Dienstfahrzeugen als Überstunden verrechnet.

12.3.2 Der RH bemängelte die fehlende Notwendigkeit zur Überstundenleistung und die unrechtmäßige Verrechnung von Reisebewegungen als Überstunden.

12.3.3 Laut Stellungnahme der SD werde sie den Überstundenleistungen verstärktes Augenmerk zuwenden.

12.4.1 In einzelnen Fällen sind die von Kriminalbeamten der SD geleisteten Überstunden finanziell abgegolten worden, obwohl Zeitausgleich möglich gewesen wäre. Die Nichtabgeltung wurde mit notwendiger Überwachungstätigkeit der betreffenden Beamten im staatspolizeilichen Interesse (laufende Veranstaltungen politischer und kultureller Art) begründet.

12.4.2 Der RH sah innerhalb des auf die Überstundenleistung folgenden Zeitraumes einen Ausgleich zumindest eines Teiles der Überstunden als möglich an. Er empfahl, in Hinkunft die allgemein gehaltenen Begründungen für die Nichtgewährung von Zeitausgleich zu vermeiden und verstärkt die Möglichkeit des Zeitausgleiches im Sinne des § 16 Abs 1 GG 1956 zu berücksichtigen.

12.4.3 Die SD bezeichnete eine Abschätzung der Möglichkeit von Freizeitausgleich in den angeführten Fällen als nicht möglich, stellte jedoch in Hinkunft deren verstärkte Berücksichtigung in Aussicht.

12.5.1.1 Nach § 36 Abs 3 des Schieß- und Sprengmittelgesetzes hat die SD als Genehmigungsbehörde Überprüfungen der Sprengmittel-Verschleißlager nach Bedarf, mindestens jedoch regelmäßig einmal jährlich, vorzunehmen. Die Kosten der regelmäßigen Nachschau (Kommissionsgebühren) trägt die Partei auch dann, wenn keine Ordnungswidrigkeit festgestellt wurde.

12.5.1.2 Wie erhoben wurde, hat die SD Kommissionsgebühren nur für die regelmäßige Nachschau verrechnet, für eine aufgrund festgestellter Mängel nachträglich durchgeführte Kontrolle jedoch keine Kommissionsgebühr eingehoben.

12.5.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil gem §§ 76 und 77 AVG 1950 für Amtshandlungen außerhalb des Amtes grundsätzlich Bauschbeträge eingehoben werden könnten. Er empfahl daher, für jede Nachschau die entsprechende Kommissionsgebühr einzuheben.

12.5.3 Die SD hat Entsprechendes veranlaßt.

12.6.1 In Einzelfällen sind Fahndungen nach Personen gelaufen, die sich bereits im Gewahrsam einer Behörde befanden. Bspw verbüßte eine Person im Gefangenenhaus des Landesgerichtes Klagenfurt eine Freiheitsstrafe, während im Auftrag des Bezirksgerichtes Dornbirn nach ihr gefahndet wurde. Da die Fahndung nach dem Häftling in Klagenfurt erst verspätet bekannt geworden ist, erfolgte seine Haftentlassung, so daß die Fahndung aufrecht erhalten werden mußte.

12.6.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer zentralen Häftlingsevidenz, durch welche Fahndungshandlungen zweckmäßiger gestaltet werden könnten.

12.6.3 Das angesprochene BMI nahm mit dem BMJ Fühlung auf. Ein Ergebnis steht noch aus.

12.7 Weitere Beanstandungen oder Empfehlungen des RH betrafen den Überbestand eines C-Beamten, den Journaldienst der Konzeptsbeamten an Samstagen, die Verwendung des Handverlages, die ordnungsgemäße Vergebührung mehrerer Eingaben in derselben Sache, die Erfassung und Nutzung des Sonderinventares für staatspolizeiliche Aufgaben und das Fotolabor.

12.8 Über die bezüglich der Personalauswahl und des Personalersatzes für die Datenstation der SD erfolgten Beanstandungen bzw Empfehlungen wird nach einer vom RH im zweiten Halbjahr 1984 vorgenommenen Querschnittsprüfung bei allen Datenstationen berichtet werden.

Bundespolizeidirektion Klagenfurt

Wesentliche Beanstandungen oder Empfehlungen betrafen Überstundenleistungen von Beamten des rechtskundigen Dienstes, die Urlaubsberechnung und Dienstplanung der Polizeiärzte, die Unvereinbarkeit im Zahlungsvollzug im Veranstaltungsamt, die Arbeitseinteilung im Reinigungsdienst, die Sicherung von Amtsräumen, verschiedene Ausrüstungsangelegenheiten sowie die Gebarung der Dienstküche.

13.1 Der örtliche Wirkungsbereich der Bundespolizeidirektion Klagenfurt (BPD) erstreckt sich auf das Gebiet der Landeshauptstadt Klagenfurt mit 120 km², wozu auch das Gebiet des Flughafens Klagenfurt-Wörthersee gehört. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1981 86 303. Im Zuge des Urlaubs- und Reiseverkehres erfolgten 1982 rd 362 000 Übernachtungen.

Der sachliche Wirkungsbereich ist durch Bundes- oder Landesgesetze bestimmt und umfaßt auch die Grenzkontrolle auf dem Flughafen Klagenfurt-Wörthersee.

Der Personalstand der BPD betrug zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 477 Mitarbeiter.

Organisations- und Personalangelegenheiten

13.2.1 Für Beamte des rechtskundigen Dienstes fielen Überstunden fast ausschließlich für Inspektionsdienste bei Veranstaltungen an. Die behördeninternen Richtlinien für die Abgeltung durch Freizeitausgleich wurden jedoch nicht entsprechend eingehalten. Die Begründungen für die Nichtanordnung des Freizeitausgleiches waren stets gleichlautend und allgemein gehalten.

13.2.2 Der RH bemängelte die behördeninterne, auf einen gleichförmigen Ablauf gerichtete Freizeitausgleichsregelung, die noch dazu kaum erfolgte Beachtung dieser Richtlinien und schließlich die stets gleichlautenden Begründungen für die Nichtanwendung des Freizeitausgleiches, weil sie weder aussagefähig noch nachvollziehbar waren.

13.2.3 Das BMI pflichtete den Ausführungen des RH bei und wies die BPD an, den Freizeitausgleich nach den jeweils herrschenden Verhältnissen zu gestalten und eine Anweisung betreffend die genaue Begründung der Nichtanordnung des Freizeitausgleiches zu erlassen.

13.3.1.1 Bei der BPD verrichteten drei im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende Polizeiärzte abwechselnd Dienst nach einem Schichtdienstplan. Der diensthabende Beamte hatte täglich zwischen 11·00 und 13·00 Uhr in der BPD anwesend zu sein. Die restliche Zeit des 24-Stunden-Dienstes leistete er Rufbereitschaft. Wie in anderen Bereichen der Bundespolizei erreichten die Polizeiärzte der BPD nur rd 50 vH der nach dem BDG 1979 als Dienstzeit bestimmten 40 Wochenstunden.

13.3.1.2 Der Aufwand für diese drei Beamten betrug 1983 über 1 Mill S, wobei Führerscheinuntersuchungen besonders entlohnt wurden. Alle drei Polizeiärzte führten eine Privatpraxis, wobei sie die Ordinationszeit so festgelegt hatten, daß der Dienstbeginn bei der BPD nicht immer eingehalten werden konnte.

13.3.1.3 Trotz der günstigen Arbeitszeitregelung hat das BMI für die Dauer der Abwesenheit eines Arztes wegen Krankheit oder Urlaubes eine Vertretung durch einen gesondert bezahlten Vertragsarzt bewilligt.

13.3.2.1 Der RH hat bereits anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen bei Polizeidienststellen auf das Mißverhältnis zwischen dem Ausmaß der Dienstleistung der Polizeiärzte und ihrer Entlohnung hingewiesen (TB 1971 Abs 14).

13.3.2.2 Aufgrund der nunmehrigen Prüfungsfeststellungen wiederholte der RH seine Empfehlung. Überdies erinnerte er an § 56 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, wonach jede Beschäftigung des Beamten außerhalb seines Dienstverhältnisses nur ausgeübt werden darf, soweit sie ihn an der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben nicht behindere. Er empfahl, den Dienstplan der Polizeiärzte auf einen tageweise wechselnden Schichtdienst umzustellen, wodurch die gegenseitige Vertretung der Polizeiärzte zweckmäßiger erfolgen könnte und auch die Ermächtigung zur Vertretung durch einen Vertragsarzt hinfällig wäre.

13.3.3.1 Das BMI pflichtete der Empfehlung des RH nach Abschluß leistungsgerechter Dienstverträge mit den Polizeiärzten bei, bezeichnete aber im Sicherheitsdienst die ständige Bereitschaft eines Amtsarztes als erforderlich. Die Inanspruchnahme in der normalen Dienstzeit betrage nur geringe Zeiträume, weshalb die Dienstpläne nur schwer an die gesetzliche Dienstzeitregelung anzupassen wären. Deshalb seien schon praktische Ärzte zu gutachtlicher Tätigkeit herangezogen worden, welchen aber die erforderliche einschlägige Praxis gefehlt habe. Den Empfehlungen des RH könne daher nur insoweit gefolgt werden, als die Aufrechterhaltung des amtsärztlichen Dienstes gerade noch gewährleistet werden könne.

13.3.3.2 Nach Mitteilung des BMI werde die Dienstzeitfrage der Amtsärzte zusammen mit den betreffenden Unterlagen demnächst an den zuständigen Staatssekretär im BKA herangetragen werden.

13.4.1 Bei Notwendigkeit der besonderen Überwachung einer Veranstaltung ordnete das Veranstaltungsamt die Einhebung der gesetzlich bestimmten Überwachungsgebühren an. Die Zahlungsbescheiddurchschrift wurde formlos aufbewahrt und nach mündlicher Mitteilung des Zahlungseinganges durch die Kasse abgelegt. Da die Schriftstücke in keinem Rückstandsausweis und die Zahlungsverpflichtung nicht im Forderungsausweis durch die Kasse erfaßt wurden, lag die Vorschreibung der Zahlungsverpflichtung und die Überwachung des Gebarungsvollzuges in einer Hand.

13.4.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit den bestehenden Haushaltsvorschriften stehend, wonach die Aufgaben der anweisenden bzw anweisungsbefugten Stellen von jenen der gebarungsvollziehenden (Buchhaltung, Kasse) getrennt zu führen sind.
Er empfahl, einlangende Meldungen oder Anträge auf besondere Überwachungen zu protokollieren und den Gebarungsvollzug der Kasse zu übertragen.

13.4.3 Die BPD erklärte, die Meldungen über Veranstaltungen würden nach dem Aktenplan verwaltet. Den Empfehlungen des RH folgend, würde nunmehr eine Durchschrift für die Kasse zur Aufnahme in den Rückstandsausweis ausgefertigt. Der Zahlungsvollzug werde von der Kasse überwacht, wodurch die Trennung von Vorschreibung und Zahlungsvollzug gewährleistet sei.

13.5.1 Bei der BPD wurden 16 Vertragsbedienstete für Reinigungsarbeiten beschäftigt, von welchen 14 eine nach Quadratmetern bemessene, gleichbleibende Fläche zu betreuen hatten und zwei nach Bedarf eingesetzt wurden.

13.5.2 Wie der RH kritisch vermerkte, war die von einer Reinigungskraft zu betreuende Fläche wesentlich geringer als bei anderen Dienststellen der Bundespolizei. Eine Neuaufteilung der Betreuungsfläche entsprechend dem Schlüssel bei anderen Bundespolizeibehörden würde eine Personalverminderung um fünf Bedienstete ermöglichen.

13.5.3 Laut Stellungnahme der BPD werde die erlaßgemäß festgelegte durchschnittliche Reinigungsfläche je Reinigungskraft zwar nicht erreicht, von den Reinigungskräften seien jedoch zahlreiche verstreut liegende Gebäude zu betreuen, die sich teilweise in schlechtem baulichen Zustand befänden. Das Gebäude der BPD selbst werde seit neun Jahren ständig aus- und umgebaut und die dadurch entstehende Verschmutzung beanspruche die Reinigungskräfte weit über das übliche Maß. Bei der zuletzt erfolgten Neueinteilung der Reinigungsbereiche habe die Personalvertretung für den Fall einer Vergrößerung der Arbeitsflächen einen Einspruch angekündigt.

13.5.4 Der RH nahm die Ausführungen bis zum Ende der Umbauarbeiten zur Kenntnis. Er wird die Angelegenheit weiter behandeln.

13.6.1 Ein Bediensteter des Verkehrsamtes nahm bei einer Dienststelle des Landes Kärnten an den wiederkehrenden Überprüfungen von Kraftfahrzeugen teil. Einer langjährigen Übung folgend, wurde der Bedienstete nach Abschluß der in die Zuständigkeit der BPD fallenden Überprüfungen auch für andere Behörden tätig. Für die Zeit seiner Abwesenheit an seiner Stammdienststelle mußte Ersatz gestellt werden, was auch bei anderen Organisationseinheiten zu Personalverschiebungen führte.

13.6.2 Der RH erachtete die Überprüfungstätigkeit für andere Behörden als nicht in den gesetzlichen Wirkungsbereich der BPD fallend. Er empfahl dieser, die ihr im Rahmen der wiederkehrenden Überprüfung der Kraftfahrzeuge zukommenden Aufgaben nur für den eigenen Zuständigkeitsbereich durchzuführen und den Bediensteten nicht mehr an die Landesdienststelle abzustellen.

13.6.3 Die BPD berief sich hinsichtlich der beanstandeten Vorgangsweise auf eine langjährige Übung, stellte jedoch in Aussicht, der Empfehlung des RH zu folgen.

Wirtschaftsangelegenheiten

13.7.1 Bei einem Gesamtpersonalstand von 477 Bediensteten verfügte die BPD über insgesamt 241 Schreibmaschinen. Da kaum alle Bediensteten gleichzeitig im Amt anwesend sind und darüber hinaus bestimmte Gruppen von Bediensteten, wie etwa Hausarbeiter oder das Reinigungspersonal, keine Schreibmaschinen benötigen, ergab sich bei einzelnen Organisationseinheiten ein weit überhöhter Stand.

13.7.2 Der RH empfahl daher, von Neubeschaffungen Abstand zu nehmen und einen allfälligen Austausch von funktionsunfähig gewordenen Geräten gegen funktionstüchige Geräte innerhalb der Behörde durchzuführen.

13.7.3 Laut Stellungnahme der BPD seien 1983 neben der jährlichen Zuweisung 17 Maschinen im Sachgüteraustausch erworben worden. Durch das Ausscheiden funktionsunfähig gewordener Geräte werde sich bald ein Normalstand an Schreibmaschinen ergeben.

13.8.1 Dem Erkennungsdienst waren sieben und der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle fünf Fotoapparate zugeteilt.

13.8.2.1 Der RH erachtete jeweils einen Überbestand von einem Fotogerät als gegeben. Er empfahl, die beiden Fotoapparate bei Bedarf anderen Behörden zuzuweisen und bei künftigen Bedarfsmeldungen aller Behörden und Dienststellen einen strengeren Maßstab anzuwenden.

13.8.2.2 Der RH hat anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen bei Sicherheitsbehörden derartige Überbestände wiederholt festgestellt. Wenn sie auch bei den einzelnen Dienststellen an sich nur geringfügig sind, stellen sie für den Gesamtbereich der Exekutive einen nicht unbeträchtlichen und vermeidbaren Kostenfaktor dar.

13.8.3.1 Die BPD kam der Empfehlung des RH nach.

13.8.3.2 Das BMI begründete den Überbestand mit der technischen Entwicklung der Geräte. Die Beamten würden alte Geräte nur ungern verwenden.

13.9.1 Der BPD wurden 1982 zwei neue Motorräder zugewiesen, die anfangs August bzw im Dezember polizeilich angemeldet wurden und bis Mitte 1983 nur eine geringe Fahrleistung aufwiesen.

13.9.2 Für den Ankauf hatte daher nach Auffassung des RH 1982 keine Notwendigkeit bestanden, wodurch gegen die Bestimmung der Bundeshaushaltsverordnung verstoßen wurde, wonach Ausgaben nur nach Maßgabe des unabweislichen Bedarfes getätigt werden dürfen.

13.9.3 Laut Stellungnahme des BMI sei der Stand an Motorrädern bei der BPD den Erfordernissen entsprechend und die Zuteilung der zwei Motorräder im Austausch gegen zwei auszusondernde erfolgt. Die geringe Kilometerleistung sei auf lange Lieferfristen der notwendigen Zusatzausrüstung zurückzuführen. In Hinkunft werde der unabweisliche Bedarf aktenkundig gemacht werden.

13.9.4 Dem entgegnete der RH, er habe die Notwendigkeit des Ankaufes der zwei Motorräder nicht grundsätzlich, sondern für das Jahr 1982 in Frage gestellt. Da die langen Lieferfristen für die Zusatzausrüstung dem BMI bekannt gewesen seien, hätte es möglich sein müssen, deren Lieferung mit jener der Motorräder zeitlich abzustimmen. Dadurch wäre eine zu frühe Bindung von Budgetmitteln vermieden worden.

13.10.1 Die insgesamt zehn Motorfahrräder der BPD wiesen sehr unterschiedliche Fahrleistungen auf. Diese betrugen zwischen Jänner und Oktober 1983 zwischen 0 und 1 847 km.

13.10.2 Der RH empfahl, die in Betracht kommenden Dienststellen anzuweisen, von diesen kostengünstigen Fahrzeugen auch Gebrauch zu machen oder die nicht benötigten Motorfahrräder abzuführen.

13.10.3 Laut Mitteilung des BMI seien vier der zehn Motorfahrräder nach Wien verlegt worden. Für die gleichmäßige Auslastung der verbliebenen Motorfahrräder werde gesorgt.

Sonstige Feststellungen

13.11.1 Die Diensträume der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle (KTU) in einem abseits gelegenen alten Gebäude waren ungenügend gesichert. In diesen Räumen wurden Beschußwaffen und Munition, fallweise auch Suchtgifte aufbewahrt.

13.11.2 Im Hinblick auf die mangelnde Überwachung nach Dienstschluß und die dort gelagerten gefährlichen Gegenstände sowie teuren Untersuchungsgeräte empfahl der RH eine bessere Sicherung durch entsprechende bauliche Maßnahmen und die Anbringung einer Alarmanlage.

13.11.3 Die BPD sagte den Einbau einer besonderen Türsicherung und die Einrichtung einer Alarmanlage zu, hielt eine den Sicherheitserfordernissen voll Rechnung tragende Lösung jedoch erst nach Verlegung der KTU in einen geplanten Neubau für möglich.

13.12.1 Die Dienstküche der BPD wies 1982 einen Gebarungsabgang von rd 0,5 Mill S und somit das ungünstigste Gebarungsergebnis aller Polizei-Dienstküchen auf. Dies war durch hohe Personalkosten und den vergleichsweise geringen Essenspreis begründet. Ein Antrag der BPD auf Erhöhung der Essenspreise im Jahr 1981 war vom BMI mit Hinweis auf den bis dahin günstigen Gebarungserfolg abgelehnt worden.

13.12.2 Der RH empfahl, die Betriebszeiten der Dienstküche ebenso wie bei anderen Behörden auf Montag bis Freitag zu beschränken, wodurch eine Personal- und Kosteneinsparung möglich wäre. Die Essenspreise sollten den gegebenen Preisverhältnissen angepaßt werden.

13.12.3 Wie das BMI mitteilte, seien nach Vorliegen der Küchenabrechnung 1983 die Essenspreise um 4 S erhöht worden. Sollte diese Maßnahme nicht ausreichen, sei an die Einstellung des Küchenbetriebes an Samstagen gedacht. Die Schließung am Samstag bringe nach Ansicht der BPD keine Personaleinsparung, weil bei einem täglichen Verpflegungsstand von 250 bis 270 Essensteilnehmern der vorhandene Personalstand von Montag bis Freitag benötigt würde.

13.13.1.1 Im Bereich des BMI wurde zur Zeit der Gebarungsüberprüfung den Bediensteten zu den Kosten des Mittagessens ein Zuschuß von 10 S in Form eines Gutscheines gewährt, wobei der Bedienstete unabhängig von der Preishöhe für das Mittagessen 16 S selbst zu tragen hatte. Lag der Essenspreis - wie zB bei der Dienstküche der BPD - unter 26 S, verminderte sich der Zuschuß des Bundes entsprechend.

Da die Bediensteten bestrebt waren, den Zuschuß voll auszunützen, zahlten sie in der Regel den vollen Betrag für das Essen und lösten den Gutschein bei anderen Vertragsfirmen ein. Durch die geringen Essenspreise verzichtete der Bund einerseits auf Einnahmen, mußte aber aus Budgetmitteln den Abgang der Küchengebarung abdecken. Außerdem kam der gewährte Essenszuschuß im Wege der Küchenabrechnung nicht den Bundeseinnahmen zugute.

13.13.1.2 Im Vergleich dazu hat das Sozialwerk für die Bundesgendarmerie mit Gendarmerieküchen Verträge zur Entgegennahme von solchen Gutscheinen abgeschlossen; die Verpflegungspreise konnten dadurch angehoben und höhere Bundeseinnahmen erzielt werden.

13.13.2 Der RH empfahl, für die Dienstküchen eine einheitliche Regelung vorzusehen und die Essenspreise so zu gestalten, daß der Essenszuschuß im Rahmen der Dienstküche verwendet und der Bundeshaushalt nicht doppelt belastet würde.

13.13.3 Laut Stellungnahme des BMI seien die Verträge des „Sozialwerkes" mit anderen Unternehmungen auf die entfernte Lage einzelner Dienststellen zurückzuführen, deren Beamte nicht die Dienstküche aufsuchen könnten. Durch die Anhebung der Essenspreise würde ein Anreiz für die Bediensteten geschaffen, die Gutscheine vermehrt in den Dienstküchen einzulösen.

13.14.1 Nach dem Kärntner Veranstaltungsgesetz sind Veranstaltungen, die keiner Bewilligung bedürfen und im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde abgehalten werden sollen, bei dieser anzumelden. Solche Meldungen wurden von der BPD auf der Grundlage der Kärntner Landesverwaltungsabgabenverordnung behandelt. Eine Eingabenvergebührung nach dem Gebührengesetz 1957 wurde nicht vorgenommen.

13.14.2 Gestützt auf ein Erkenntnis des VwGH empfahl der RH, solche Meldungen mit der entsprechenden Eingabengebühr zu versehen. Ferner sollten die bis dahin nicht beachteten Bestimmungen über die Mehrfachvergebührung bei Sammelmeldungen und die Vergebührung von Beilagen eingehalten werden.

13.14.3 Die BPD kam diesen Empfehlungen nach.

13.15 Weitere Beanstandungen oder Empfehlungen des RH betrafen den Zubau zum Amtsgebäude, die Journaldienstregelung, den Überstunden-Zeitausgleich der Sicherheitswache, die Notrufzentrale, den Anschluß privater Telefonnotrufanlagen, den Einkauf von Büromaterial, die Unterbringung und Leitung des Fundamtes, die Fundgebarung, Fahrtkostenzuschüsse sowie die Gebarung der Kasse mit privaten Geldmitteln. Den Empfehlungen des RH wurde überwiegend Folge geleistet. In einigen Fällen ist ein Schriftwechsel noch im Gang.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Einhaltung der Bestimmungen des UStG 1972 seitens der Bundessporteinrichtungen (TB 1979 Abs 18.6);

(2) Veranschlagung der für die bauliche Herstellung und Instandhaltung von Sportstätten erforderlichen Mittel beim Kap 64 - Bauten und Technik statt beim Kap 12 - Unterricht (TB 1979 Abs 18.20);

(3) Herbeiführung einer bundesgesetzlichen Regelung für die Errichtung und Erhaltung von Bundesschulen (TB 1980 Abs 17.2);

(4) Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Stmk über den Ersatz des Personal- und Sachaufwandes, welcher infolge der Besorgung von Angelegenheiten der Landesvollziehung durch die Schulbehörden des Bundes in der Stmk verursacht wird (TB 1980 Abs 17.27.2);

(5) Schaffung einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Regelung betreffend die erstinstanzliche Zuständigkeit der Schulbehörden des Bundes für die Pädagogischen und die Berufspädagogischen Akademien sowie für die Zentrallehranstalten (TB 1982 Abs 15.6.1 bis 15.8.4);

(6) Ausarbeitung eines Entwurfes zu einem Studiengesetz für die Pädagogischen und Berufspädagogischen Akademien (TB 1982 Abs 15.9.2);

(7) Erstellung eines einheitlichen Organisationsschemas für die Verwaltung der Pädagogischen Akademien des Bundes (TB 1982 Abs 15.11.2);

(8) Verzicht auf die Verwendung von Lehrern in der Verwaltung der Pädagogischen Akademien als „Übungsschullehrer ohne Klassenführung" (TB 1982 Abs 15.18.2);

(9) Verwaltung der Lehrmittelsammlungen der Pädagogischen Akademien durch Lehrer der Verwendungsgruppe LPA (TB 1982 Abs 15.19.2).

Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr

Schulverwaltung des Bundes

14.1.1 Bei Gebarungsüberprüfungen im Bereich der Schulverwaltung des Bundes wurde wiederholt die Zuweisung von Landesbediensteten zur Dienstleistung an Schulbehörden des Bundes, insb Ämtern der Landesschulräte und der Bezirksschulräte festgestellt.

14.1.2 Der RH hat eine solche Verwendung von Landesbediensteten bei Dienststellen der Bundesverwaltung als der Rechtslage nicht entsprechend bezeichnet und überdies den dadurch bewirkten überhöhten Personalaufwand beanstandet (TB 1974 Abs 19.13.2; TB 1980 Abs 15.8.2, 16.10.2, 17.24.1, 17.24.2).

14.1.3 Nunmehr hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst unter ausdrücklicher Berufung auf die wiederholten kritischen Feststellungen des RH verfügt, daß bei den Schulbehörden des Bundes grundsätzlich keine weiteren Landesbediensteten in Verwendung genommen werden dürfen.

14.2.1 In Städten mit eigenem Statut sind wiederholt leitende Magistratsbeamte der Dienstklassen VIII und IX zu Amtsdirektoren des jeweiligen Bezirksschulrates bestellt worden.

14.2.2 Aufgrund der hohen Kosten, welche der Ersatz der Bezüge dieser Beamten dem Bund verursacht hatte, empfahl der RH, mit den in Betracht kommenden Beamten ein zweites Dienstverhältnis, uzw als teilbeschäftigte Vertragsbedienstete des Bundes, zu begründen (TB 1980 Abs 17.25.2).

14.2.3 Bei künftig zu bestellenden Amtsdirektoren bei den Bezirksschulräten wird das BMUK nunmehr entsprechend der Empfehlung des RH vorgehen.

14.3.1 Bei der Errichtung von Orientierungsstufen und Gesamtschulen hat der Bund mit den in Betracht kommenden Schulerhaltern nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Vereinbarungen über die Aufteilung der Kosten dieser Schulversuche abgeschlossen.

14.3.2 Der RH hat diese Vorgangsweise bemängelt (TB 1980 Abs 17.26.2).

14.3.3 Das BMUK, welches sich seinerzeit außerstande sah, solche Vereinbarungen abzuschließen, teilte nunmehr mit, daß inzwischen entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen worden seien.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Regelung der Entlassung des Landes Stmk aus dem Akademievertrag (TB 1977 Abs 17; TB 1978 Abs 18; TB 1981 Abs 16.1);

(2) Verringerung des Personalstandes in einzelnen Verwaltungsbereichen der Universität Linz (TB 1978 Abs 25.2); nach Mitteilung des BMWF wird das Personal im Rahmen des weiteren Ausbaues der Universität Linz zusätzliche Gebäude zur Betreuung übernehmen müssen;

(3) bundeseinheitlicher Regelung für ein ADV-Inventarisierungssystem (NTB 1978 Abs 73.11); lt Mitteilung des BMWF wurde der von einer Arbeitsgruppe der Universitäts- und Rektoratsdirektoren zwischenzeitlich erarbeitete Systemvorschlag dem BMF zur Stellungnahme übermittelt;

(4) Schaffung personeller Voraussetzungen für Bibliotheken im Sinne des UOG (TB 1979 Abs 23.3; TB 1981 Abs 15.1); lt BMWF finden laufend Umschichtungen von Planstellen für Institutspersonal in solche für Bibliothekspersonal statt, wodurch der Personalstand der Bibliotheken zwischenzeitlich deutlich angehoben wurde;

(5) Einstufung von sportlichen Übungen im Rahmen von Lehraufträgen (TB 1979 Abs 25.4);

(6) Regelung der finanziellen Zuwendungen an ressortfremde Bedienstete im Rahmen des Universitätssports (TB 1979 Abs 25.6);

(7) gesetzlicher Regelung der Nebentätigkeit der Hochschullehrer (TB 1979 Abs 25.23 und 25.24);

(8) Verzicht auf die Erteilung von remunerierten Lehraufträgen als Ersatz für fehlende Planstellen (TB 1980 Abs 19.6 und Abs 20.30; TB 1981 Abs 16.6); laut Mitteilung des BMWF sei aufgrund der 1983 vorgenommenen Schaffung von 20 zusätzlichen Planstellen für Vertragsassistenten und 60 Planstellen für Vertragslehrer die Anzahl der remunerierten Lehraufträge verringert worden;

(9) Übertragung der Personalverwaltung der Bibliotheken an die Universitätsdirektionen (TB 1981 Abs 15.19);

(10) ADV-Einsatz im Bibliothekswesen im Rahmen eines mittelfristigen Gesamtkonzepts (TB 1981 Abs 15.28);

(11) Vermeidung der Dienstzuteilung von Bundesbediensteten an Vereine (TB 1981 Abs 15.29);

(12) Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Gewährung von Reisekostenzuschüssen (zuletzt TB 1981 Abs 15.36, Abs 16.18 und Abs 17.26);

(13) Abstandnahme von langfristigen Entlehnungen zahlreicher Musikinstrumente durch einzelne Lehrkräfte (TB 1981 Abs 16.9);

(14) Vermeidung der freihändigen Vergabe von Leistungen für Lehr-, Studien- und Versuchszwecke (TB 1981 Abs 16.14 und Abs 16.16);

(15) Verhinderung einer übermäßigen Belastung von Universitätsassistenten durch Journaldienste an der Veterinärmedizinischen Universität Wien (TB 1981 Abs 17.10); lt Mitteilung des BMWF müßten die für den Spitalsbereich erforderlichen Journaldienste geleistet werden, andererseits sei es jedoch nicht möglich, an den einzelnen Kliniken die Anzahl der Planstellen für Assistenten nennenswert zu erhöhen;

(16) Vermeidung nicht aussagefähiger Inskriptionszahlen als Grundlage für wesentliche universitäre Entscheidungen (TB 1981 Abs 17.14); laut Mitteilung des BMWF habe eine Arbeitsgruppe mittlerweile gemeinsam mit Vertretern der Universitäten und Kunsthochschulen alle im Zusammenhang mit der Inskription bestehenden Probleme untersucht, jedoch liege ein Endergebnis der Beratungen noch nicht vor;

(17) Schaffung einer materiellrechtlichen Grundlage zur Einhebung von Gebühren für die Behandlung und Verpflegung von Tieren (TB 1981 Abs 17.19);

(18) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Entschädigung der Universitätsassistenten aus Mitteln der außerordentlichen Ambulanzgebühren (TB 1981 Abs 17.20);

(19) Errichtung von Großgeräteabteilungen (TB 1981 Abs 17.30);

(20) Beendigung einer Weiterverwendung von Dienstwohnungen entgegen einem aus Sicherheitsgründen ergangenen behördlichen Räumungsauftrag auf dem Lehr- und Forschungsgut Merkenstein (TB 1981 Abs 17.70); lt Mitteilung des BMWF sei mit der Errichtung neuer Dienstwohnungen im Gutsbereich im Frühjahr 1983 begonnen worden.

Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Österreichische Hochschülerschaft

Da die vom BMWF der Österreichischen Hochschülerschaft zur Verfügung gestellten Beträge im Verhältnis zu den vom RH nicht zu überprüfenden Eigenmitteln gering waren, führte die Gebarungsüberprüfung zu keiner mit anderen Prüfungsergebnissen vergleichbaren Aussage. Hiezu kam, daß sich die einzelnen Hochschülerschaften verschiedenster Formen der Buchführung bedienten, die mit einer Ausnahme nur zum Teil den Grundsätzen materieller und formeller Ordnungsmäßigkeit entsprachen.

15.1 Im Juni 1981 trat die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) an den RH mit dem Ersuchen um Überprüfung ihrer Gebarung heran. Der RH verwies auf die fehlende Rechtsgrundlage dieses Ersuchens, kündigte jedoch gleichzeitig aus eigenem eine Überprüfung an, die in der Zeit von April bis Juli 1982 erfolgte.

Allgemeine Feststellungen zur Aufbau- und Ablauforganisation

15.2.1.1 Gemäß § 1 Abs 1 des Hochschülerschaftsgesetzes 1973 (HSG) bilden die ordentlichen und außerordentlichen Hörer österreichischer und fremder Staatsangehörigkeit bzw Staatenlose an den österreichischen wissenschaftlichen Hochschulen, an der Akademie der bildenden Künste und an den Kunsthochschulen die „Österreichische Hochschülerschaft". Sie ist eine Körperschaft öffentlichen Rechtes. Gemäß § 3 Abs 1 HSG stellen die Hochschülerschaften (HS) an den einzelnen Hochschulen ebenfalls Körperschaften öffentlichen Rechtes dar. Wichtigste Organe der ÖH sind der Zentralausschuß (ZA) und die Hauptausschüsse (HA) bei den einzelnen HS.

Die zur Bedeckung des Aufwandes erforderlichen Mittel stammen aus den Hochschülerschaftsbeiträgen, aus Erträgnissen aus allfälligem Vermögen, Stiftungen, Veranstaltungen und den Wirtschaftsbetrieben sowie sonstigen privaten und öffentlichen Zuwendungen und Spenden. Darüber hinaus hat die Universitätsverwaltung gemäß § 17 Abs 1 HSG den einzelnen HS die erforderlichen Räume und Einrichtungsgegenstände zur Verfügung zu stellen und die Kosten für Bürobedarf und Telefoneinrichtungen nach Maßgabe der hiefür im Verwaltungsaufwand zugewiesenen Mittel zu tragen.

15.2.1.2 Die vom BMWF zur Verfügung gestellten Beträge waren im Verhältnis zu den Eigenmitteln der ÖH gering. Dessen ungeachtet war eine Trennung zwischen Bundes- und Eigenmitteln nicht immer möglich. Die Ursache lag zT an der unterschiedlichen Vorgangsweise der Universitäten bei Zuteilung der Mittel gemäß § 17 HSG. Hiezu kam die den HS im § 19 HSG eingeräumte Befugnis, eigene Wirtschaftsbetriebe zu gründen und daraus Erträge zu erzielen.

15.2.2 Aufgrund dieses Sachverhaltes war es dem RH unmöglich, im Sinne der allgemeinen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln zu überprüfen, ob nicht die Durchführung bestimmter Vorhaben ohne Bundesförderung dann möglich gewesen wäre, wenn aus den Wirtschaftsbetrieben höhere Erträge erzielt worden wären. Weiters brachten es die im § 17 HSG verwendeten unbestimmten Begriffe „Kosten für Bürobedarf und Telefon ..." mit sich, daß einzelne HS Eigenmittel zur Bezahlung dieser Aufwendungen heranzogen, wodurch eine weitere Verflechtung der Gebarung eintrat. Daher konnte der RH nicht in allen Fällen überprüfen, inwieweit die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bei der Gebarung mit Bundesmitteln beachtet wurden.

Der RH hat diese Problematik bereits anläßlich einer Gebarungsüberprüfung der ÖH im Jahre 1968 aufgezeigt (TB 1968 Abs 13), wobei zu diesem Zeitpunkt noch das HSG 1950 galt. Mit dem HSG 1973 wurden jedoch die aufgezeigten Schwierigkeiten nicht beseitigt. Vielmehr wurde durch die Möglichkeit der Gründung von Wirtschaftsbetrieben in Form von Kapitalgesellschaften eine weitere Verflechtung der Gebarung herbeigeführt.

15.2.3 Laut Stellungnahme des BMWF sollten mit Hilfe der Wirtschaftsbetriebe die mit größeren wirtschaftlichen Ausgaben verbundenen Aufgabenbereiche der ÖH auf eine geordnete Grundlage gestellt werden. Sie hätten im wesentlichen ohne Gewinnerzielungsabsicht nach dem Grundsatz der Kostendeckung zu arbeiten.

15.2.4 Der RH vermerkte hiezu, aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung wäre ihm eine Überprüfung, ob die Wirtschaftsbetriebe eine Vollkostenrechnung anstellten und alle erzielbaren Erträge auch tatsächlich erreichten, verwehrt gewesen.

15.3.1 Wie eine Überprüfung der einzelnen HS ergab, bedienten sich diese verschiedener Formen der Buchführung, wobei mit Ausnahme der HS an der Wirtschaftsuniversität Wien kein HA über eine vollständig den Grundsätzen materieller und formeller Ordnungsmäßigkeit entsprechende Buchführung verfügte und dem HSG 1973 entsprechende Jahresabschlüsse erstellt hatte. ZT zeigten sich schwerwiegende materielle Mängel, wie die fehlende Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen, eine fehlerhafte Vermögenserfassung, Doppelverbuchungen ua.

15.3.2 Nach Ansicht des RH ist die gemäß § 24 Abs 1 HSG für Zwecke der Beratung der HS in Vermögensfragen und Fragen der Betriebsführung eingerichtete Kontrollkommission (KK) ihrer Beratungstätigkeit nur unzureichend nachgekommen. Er regte daher an, die KK zu einer verstärkten Überwachung der Buchführung an den HS aufzufordern. Gleichzeitig vermeinte er, daß jeder HA die für ihn sparsamste und zweckmäßigste Form einer Buchführung zu wählen hätte, wobei jedoch eine materielle und formelle Ordnungsmäßigkeit und Vollständigkeit gewährleistet sein müsse.

15.3.3 Das BMWF stimmte diesen Überlegungen zu.

15.4.1 Gemäß § 21 Abs 7 HSG ist jedem Jahresabschluß eines HA ein Prüfungsbericht eines Wirtschaftstreuhänders beizuschließen. Die Hälfte der HA kam bisher dieser Bestimmung nicht nach.

15.4.2 Nach Ansicht des RH wäre überdies zu klären, ob es sich bei der Überprüfung durch den Wirtschaftstreuhänder um eine formelle oder aber auch um eine materielle Überprüfung handeln solle. Nach Auffassung des RH stellt eine ausschließlich formelle Überprüfung eine zu geringe Kontrolle des Jahresabschlusses dar.

15.4.3 Laut Stellungnahme des BMWF stehe dem Wirtschaftstreuhänder lediglich eine formelle Überprüfung zu, eine inhaltliche hätten lediglich die KK und das BMWF vorzunehmen. Die KK hingegen bedauerte, daß die Wirtschaftstreuhänder zu lediglich formalen Prüfungen neigten.

15.4.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

15.5.1 Gemäß § 21 Abs 1 HSG umfaßt der Jahresvoranschlag das jeweilige Kalenderjahr. Gemäß § 4 Abs 3 HSG beginnt die Funktionsperiode aller Organe mit dem auf die Wahl folgenden 1. Juli. Diese unterschiedliche Dauer von Finanzjahr und Funktionsperiode führte verschiedentlich zu Unstimmigkeiten, weil Funktionäre Voranschläge zu vollziehen hatten, die nicht ihren Vorstellungen entsprachen. Weiters traten bei Funktionärswechsel zum Teil Schwierigkeiten bezüglich der Gebarungssicherheit auf.

15.5.2 Der RH empfahl, den Abrechnungszeitraum der Funktionsperiode anzugleichen.

15.5.3 Das BMWF stimmte grundsätzlich zu.

15.6.1 Gemäß § 6 Abs 6 HSG hat jeder HA eine Geschäftsordnung für alle Organe der HS zu beschließen. Einige HA hatten dies bisher unterlassen. In nahezu allen Geschäftsordnungen fehlten nähere Bestimmungen über die Wahl des Vorsitzenden und der Referenten. Hingegen sahen alle Geschäftsordnungen eine Befugnis des Vorsitzenden vor, bis zur Beschlußfassung durch das zuständige Organ Mitglieder der HS oder auch Angestellte vorläufig mit der Leitung von Referaten zu betrauen.

15.6.2 Der RH äußerte Bedenken gegen diese Vorgangsweise, weil eine vorläufige Betrauung mit Referentenfunktionen im HSG nicht vorgesehen ist. Überdies war in den Geschäftsordnungen die Verantwortlichkeit der Funktionäre nicht näher umschrieben, sondern lediglich das Erlöschen der Verantwortlichkeit des Vorsitzenden. Nach Ansicht des RH hätten die Geschäftsordnungen auch die Vorlage eines Rechenschaftsberichtes als Voraussetzung eines Entlastungsverfahrens vorzusehen.

15.6.3 Das BMWF stimmte dem RH zu und kündigte entsprechende Überlegungen an.

15.7.1 Gemäß § 18 Abs 3 HSG sind den Referenten für Finanz-, Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten sowie für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Angestellte beizugeben. Diese Bestimmung wurde von vielen HA nicht beachtet.

15.7.2 Nach Ansicht des RH waren kleinere HA aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, Bedienstete für diese Aufgaben anzustellen. Diese Personalausgaben beanspruchten bei einzelnen HS nahezu 50 vH der Einnahmen und waren eine der wesentlichen Ursachen, warum an diesen Universitäten überhöhte Beträge gem § 17 Abs 1 HSG zur Verfügung gestellt werden mußten. Der RH empfahl daher, die ersatzlose Streichung dieser Gesetzesbestimmung zu überlegen.

15.7.3 Das BMWF bestätigte die finanzielle Belastung der einzelnen HS, erachtete aber Bedienstete zu einer ordnungsgemäßen, von einem Funktionärswechsel unabhängigen Führung der Referate für erforderlich.

15.7.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

15.8.1 Die meisten HS führten keine Verzeichnisse mit wertmäßiger Erfassung der ihnen gehörenden Anlagegüter. Die den HS von den Universitäten zur Führung der Verwaltungsgeschäfte übertragenen Einrichtungsgegenstände wurden durchwegs von den Universitätsdirektionen festgehalten.

15.8.2 Der RH erachtete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit § 21 Abs 6 HSG stehend, wonach das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen im Bereich der ÖH sowie jeder HS in gesonderten Verzeichnissen festzuhalten ist. Gleichzeitig hielt er eine bloße Aufzeichnungspflicht nicht für ausreichend, weil angesichts des häufigen Wechsels der Funktionäre nur eine regelmäßige Inventarkontrolle einen ordnungsgemäßen Übergang des bereitgestellten Inventars gewährleistet. Er empfahl daher, im Rahmen einer Novellierung des HSG für eine Verpflichtung zu einer entsprechenden Inventur vorzusorgen.

15.8.3 Das BMWF kündigte diesbezügliche Überlegungen an.

15.9.1 Die Regelung der nahezu an jeder Universität und Kunsthochschule stattfindenden Veranstaltungen der HS, die außerhalb der Dienstzeit des Universitätspersonals stattfanden, erfolgte nach uneinheitlichen Grundsätzen. Nur in wenigen Fällen verlangte die Universitätsdirektion eine Kaution zur Abdeckung möglicher Schäden. Fallweise waren aufsichtsführende Universitätsbedienstete beizuziehen, ohne daß deren Aufgaben- und Verantwortungsbereich umschrieben worden war. Die Bezahlung hatte in diesen Fällen die HS zu übernehmen. Die Bewilligungen, die sowohl schriftlich als auch nur mündlich erteilt wurden, sahen die Haftung eines Verantwortlichen der HS zur vollen Schadensgutmachung vor, was die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Studenten zweifellos überstieg.

15.9.2 Der RH empfahl, im Zusammenwirken mit den Universitätsverwaltungen einheitliche Richtlinien auszuarbeiten, wobei ua auf die teilweise hohen Werte der zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten, auf die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung von aufsichtsführenden Universitätsbediensteten, einen entsprechenden Versicherungsschutz sowie auf die Rückerstattung der aufgelaufenen Betriebskosten Bedacht zu nehmen wäre.

15.9.3 Das BMWF verneinte die Möglichkeit einer einheitlichen Regelung, weil die Angelegenheit dem autonomen Bereich der Universitäten zuzuordnen sei. Die zur Stellungnahme aufgeforderten Rektoren bestätigten in stark unterschiedlichen Stellungnahmen grundsätzlich die Ansicht des RH, daß durch die Schaffung einheitlicher Richtlinien ein Rahmen für Einzelregelungen geschaffen würde.

15.9.4 Der RH verblieb daher bei seiner Anregung.

15.10.1 Der Vorsitzende und die Referenten des ZA erhielten Aufwandsentschädigungen, die in den Jahren 1980 und 1981 jeweils eine Gesamtsumme von rd 505 000 S erreichten, ohne die gemäß § 13 Abs 5 HSG hiezu erforderliche Genehmigung durch das BMWF. Die fehlende Genehmigung war vom BMWF bereits mehrfach beanstandet worden.

15.10.2 Der RH bemängelte die rechtswidrige Vorgangsweise des ZA. Er empfahl dem BMWF ferner, sich verstärkt um die Durchsetzung seines Genehmigungsrechtes zu bemühen.

15.10.3 Nach der Stellungnahme des BMWF bietet § 23 HSG keine Möglichkeiten der Durchsetzung.

15.11.1 Verschiedentlich waren in den von der Universität zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten Wirtschaftsbetriebe der HS untergebracht. Eine Bezahlung anteiliger Betriebskosten unterblieb, vielmehr kamen derartige Einnahmen gegebenenfalls der HS zugute.

15.11.2 Der RH erachtete einen angemessenen Ersatz der Betriebskosten für angebracht und vertrat die Ansicht, die Wirtschaftsbetriebe hätten die ihnen erwachsenden Betriebsausgaben aus eigenen Mitteln zu decken.

15.11.3 Laut Stellungnahme des BMWF werde dann auf die Bezahlung von Betriebskosten verzichtet, wenn sich der Wirkungsbereich der Wirtschaftsbetriebe ausschließlich auf Zwecke der HS erstreckt.

15.12.1 Die gemäß § 17 Abs 1 HSG von den Universitäts- und Kunsthochschulverwaltungen zu tragenden Kosten der HS für Bürobedarf und Telefon waren stark unterschiedlich. Bspw belief sich der Aufwand an der Universität Wien im Jahre 1981 auf rd 701 000 S, an der Universität Graz auf 502 000 S und an der Universität Innsbruck auf 377 000 S. Hingegen fand die Wirtschaftsuniversität Wien im gleichen Zeitraum mit 88 000 S und die Universität für Bodenkultur mit 41 000 S das Auslangen. Die TU Graz benötigte 358 000 S, die TU Wien lediglich 52 000 S. An den Kunsthochschulen fehlten zT die für derartige Aussagen erforderlichen Unterlagen.

Der auf jeden Studierenden entfallende Anteil des Verwaltungsaufwandes lag im Wintersemester 1980/81 an der Montanuniversität Leoben mit 123,06 S am höchsten, gefolgt von der TU Graz mit 71,88 S und der Universität Linz mit 48,99 S. Vergleichsweise niedrig waren die Ausgaben an der TU Wien mit 12,79 S, an der Universität Salzburg mit 13,25 S und an der Universität Wien mit 15,17 S.

15.12.2 Der RH empfahl, einen Verteilungsschlüssel auszuarbeiten, um in Hinkunft die aufgezeigten Unterschiede zu vermeiden.

15.12.3 Laut Mitteilung des BMWF wurden vorerst von den Rektoren Unterlagen über die bisherige Vorgangsweise angefordert, auf deren Grundlage allgemeine Richtlinien ausgearbeitet werden sollen.

15.13.1 Über die Höhe der in den Jahren 1979 bis 1981 vom BMWF bereitgestellten Mittel für den Verwaltungsaufwand wurde der ZA erst im Oktober 1981 in Kenntnis gesetzt. Andererseits erfolgte die Abrechnung durch den ZA durchwegs verspätet. So betrieb das BMWF die Abrechnung für das Jahr 1978 erstmalig im Feber 1981, weiters im November 1981 und schließlich erfolgreich im März 1982.

15.13.2 Nach Ansicht des RH wären die vom BMWF für Verwaltungszwecke bereitgestellten Mittel rechtzeitig auszuzahlen. Ferner hätte der Verwendungsnachweis durch den ZA zeitnah zu erfolgen.

15.13.3 Das BMWF stimmte dem zu.

15.14.1 Die ÖH erhielt vom BMWF wiederholt Subventionen. In der Mehrzahl der Fälle rechnete sie die getätigten Ausgaben verspätet ab. Bspw waren zur Zeit der Gebarungsüberprüfung die Subventionsmittel für die Jahre 1979 bis 1981 noch nicht abgerechnet. Mehrere diesbezügliche Aufforderungen des BMWF blieben unbeachtet.

15.14.2 Der RH bemängelte die verspäteten Abrechnungen und hielt bei erfolgloser Mahnung die Rückforderung einer Subvention für angebracht.

15.14.3 Laut Stellungnahme des BMWF erschwerte die vorliegende Organisationsform der ÖH eine rasche Abrechnung.

15.14.4 Der RH hielt eine jahrelang fehlende Abrechnung von Subventionen weiterhin für unvertretbar.

15.15.1 Die HS gewährten verschiedenen Instituten und Abteilungen Zuschüsse zu Studienreisen und Exkursionen. Bspw erhielt eine Abteilung des „Mozarteums" im Studienjahr 1980/81 einen Kostenzuschuß für eine Studienreise nach Berlin in Höhe von 14 000 S, eine andere Abteilung dieser Hochschule einen Fahrtkostenzuschuß in Höhe von 10 000 S.

15.15.2 Gemäß § 2 Abs 1 lit h HSG sollten derartige Zuschüsse nur an bedürftige Studenten vergeben werden.

15.15.3 Das BMWF sagte entsprechende Maßnahmen zu.

15.16.1 Gemäß § 19 Abs 1 HSG sind die ÖH und die HS berechtigt, im Interesse der Studierenden Wirtschaftsbetriebe in Form von Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften zu führen. Allerdings wurde im HSG nicht festgelegt, welche Tätigkeiten im Rahmen dieser Wirtschaftsbetriebe durchgeführt werden können.

15.16.2 Nach Ansicht des RH bewirkten die äußerst weitgefaßten Bestimmungen, daß einzelne HS bei der Gründung von Wirtschaftsbetrieben unterschiedliche Teilbereiche ihrer Aufgaben in den Gesellschaftszweck aufnahmen und auch Tätigkeiten, die sich unschwer im Rahmen der HS durchführen ließen, den Wirtschaftsbetrieben zuordneten.

15.16.3 Laut Stellungnahme des BMWF wurden verschiedene Schwierigkeiten bei der Führung von Wirtschaftsbetrieben durch die ÖH erwartet; durch die gewählte Gesellschaftsform seien aber auftretende Fehler rechtzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen gesetzt worden. Nach Ansicht des BMWF sei nunmehr eine genügende Anzahl von Wirtschaftsbetrieben errichtet worden.

15.17.1 Der ZA und die HS gründeten verschiedene Vereine und beteiligten sich an solchen. In diese verlagerten sie die verschiedensten Tätigkeiten, bspw die Herausgabe von Zeitschriften, aber auch die Einrichtung von Krabbelstuben.

15.17.2 Der RH vermeinte, daß die Organisationsform als Körperschaft des öffentlichen Rechtes es den HS ermöglichte, alle im HSG angeführten Aufgaben im Rahmen von Referaten der ÖH zu erfüllen. Erforderlichenfalls wären Wirtschaftsbetriebe zu gründen. Darüber hinaus sollte das BMWF künftig umfangreicher von seinem Aufsichtsrecht Gebrauch machen bzw die KK in stärkerem Maße zu Beratungs- und Kontrolltätigkeiten heranziehen.

15.17.3 Das BMWF erklärte, die Genehmigung von Vereinen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

15.18.1 Das BMWF nahm die Aufsicht über die ÖH und die HS nicht in ausreichendem Maße wahr. Die studentischen Funktionäre wiesen eine weitgehende Unkenntnis der für die HS geltenden Rechts- und Gebarungsvorschriften auf.

15.18.2 Der RH empfahl, unter der Leitung von rechtskundigen Beamten des BMWF regelmäßige Schulungskurse abzuhalten und wegen des häufigen Wechsels der Mandatare und Referenten einen zusammenfassenden Leitfaden über die geltenden Rechts- und Gebarungsvorschriften zu erstellen.

15.18.3 Das BMWF sicherte diesbezügliche Überlegungen zu, stellte aber gleichzeitig fest, daß das HSG keine Sanktionen für die Nichtbeachtung von ministeriellen Aufträgen vorsehe.

15.19.1 Gemäß § 24 HSG ist zur laufenden Überprüfung der Haushaltsvorschriften, zur Beratung und Überprüfung in dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten und zur Beratung der Wirtschaftsbetriebe eine KK einzurichten. Diese hat in Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Erhebungen anzustellen und Überprüfungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Ihr gehören jeweils zwei Vertreter des BMWF, der Finanzprokuratur und des ZA an. Die Mitglieder der KK erfüllten ihre Aufgabe nebenberuflich, wodurch sich allerdings die durchgeführte Kontrolle und Beratung als ungenügend erwies. Überdies hielt die KK im Jahre 1979 lediglich drei, im Jahre 1980 zwei und im Jahre 1981 nur eine Sitzung ab. Die Überprüfung der einzelnen HS ergab, daß die Buchführung und die Jahresabschlüsse zT schwere Mängel aufwiesen, die der KK hätten auffallen müssen. Allerdings hatte ein erheblicher Teil der HS keinen Kontakt mit der KK und unterließ auch die Vorlage eines Jahresabschlusses.

15.19.2 Der RH erachtete eine laufende und genauere Kontrolle der Gebarung der HS durch einen Fachmann für unerläßlich. Die KK hätte aufgrund seiner Berichte die entsprechenden Veranlassungen zu treffen.

15.19.3 Das BMWF teilte mit, es werde in Erwägung gezogen, einen Fachmann aus dem BMWF mit einer durchgängigen Revisionstätigkeit zu betrauen.

15.20.1 Die Mitglieder der KK erhielten eine Aufwandsentschädigung von 500 S je Sitzung. Die erforderlichen Mittel wurden den Ausgabenermächtigungen für die ÖH angelastet.

15.20.2 Da die KK beim BMWF eingerichtet ist, erachtete der RH die Verringerung der für die ÖH vorgesehenen Budgetmittel für unangebracht.

15.20.3 Das BMWF stimmte der Auffassung des RH zu.

15.21.1 Für die Durchführung der Arbeiten bei der KK wurde halbtägig eine Bedienstete der Österreichischen Mensen-BetriebsgesmbH als Sekretärin eingesetzt. Die anteiligen Lohnkosten wurden der Gesellschaft zu Lasten der der ÖH gewidmeten Budgetmittel rückerstattet. Sie beliefen sich für den Zeitraum vom 1. Jänner 1979 bis 31. Dezember 1980 auf 150 000 S. Nachdem die ÖH gegen diese Vorgangsweise Einspruch erhoben hatte, sicherte das BMWF der KK die Bereitstellung von jährlich 400 000 S zu, womit auch die Besoldung der halbtägig eingesetzten Sekretärin zu bestreiten sei.

15.21.2 Der RH äußerte Bedenken gegen die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung der Sekretärin und empfahl, die Notwendigkeit ihrer Anstellung zu überdenken.

15.21.3 Das BMWF verwies auf den erheblichen Arbeitsaufwand der KK und vermeinte, durch das gewählte Anstellungsverhältnis sei die Anzahl der Bundesbediensteten nicht vermehrt worden.

15.21.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung.

15.22.1 Verschiedene HS legten die Jahresabschlüsse und die Berichte der Wirtschaftstreuhänder mit erheblicher zeitlicher Verzögerung vor. Darüber hinaus waren in einigen Fällen die Jahresabschlüsse ungeeignet, einen Einblick in die wirtschaftliche Gebarung der HS zu geben. Verschiedentlich fehlten auch die im HSG vorgesehenen Berichte. Lediglich in Einzelfällen erteilten die Wirtschaftstreuhänder einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

15.22.2 Der RH bemängelte, daß sich die KK auf die schriftliche Anforderung der Jahresabschlüsse beschränkt und bei offensichtlichen Mängeln keine Maßnahmen zu deren Abstellung gesetzt habe.

15.22.3 Laut Stellungnahme des BMWF versuchte die KK in persönlicher Fühlungnahme eine möglichst rasche Vorlage der Rechnungsabschlüsse zu erreichen. Durch eine Neuorganisation der KK würden sich künftig stärkere Einflußmöglichkeiten ergeben.

15.23.1 Zur Senkung der hohen Telefonkosten wurden über Beschluß der KK bei den HS in Salzburg und Innsbruck Fernschreibanschlüsse eingerichtet. In der Folge trat jedoch keine merkbare Verringerung der Telefonkosten ein; vielmehr fielen oft Fernschreibkosten zusätzlich an.

15.23.2 Der RH erachtete die Einrichtung von Fernschreibern als nicht geeignet, den Anfall von Fernsprechgebühren zu verringern. Er bezeichnete es demgegenüber als möglich, gegen entsprechenden Kostenersatz die in einzelnen Universitätsbereichen bereits eingerichteten Fernschreiber mitzubenützen.

15.23.3 Das BMWF gab hiezu noch keine Stellungnahme ab.

Einzelfeststellungen zur Gebarung

15.24.1 Der ZA wickelte seine Finanzgebarung über insgesamt 57 Konten ab.

15.24.2 Der RH hielt es durch eine derartige Vielzahl von Konten für erschwert, einen Überblick über die Gebarung zu gewinnen.

15.24.3 Laut Mitteilung des ZA werde eine Verminderung der Anzahl durch die Vereinigung gleichartiger Konten herbeigeführt.

15.25.1 Die Bargeldgebarung des ZA wurde über vier Kassen abgewickelt, die zum Teil einen überhöhten Bestand aufwiesen. Ferner stimmte das Kassabuch verschiedentlich nicht mit dem tatsächlichen Bestand überein.

15.25.2 Der RH empfahl, die Geschäftsgebarung in einer einzigen Kasse zu vereinen und für eine ordnungsgemäße Kassaführung zu sorgen.

15.25.3 Der ZA sicherte dies zu.

15.26.1 Im September 1982 lagen noch nicht die Jahresabschlüsse 1980 und 1981 vor. Der Jahresabschluß 1979 wurde erst nach zweieinhalb Jahren genehmigt.

15.26.2 Da ein zeitgerecht erstellter Abschluß eine wesentliche Voraussetzung für eine geordnete Wirtschaftsführung darstellt, empfahl der RH, für eine zeitnahe Vorlage der Jahresabschlüsse zu sorgen und die diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen zu beachten.

15.26.3 Der ZA sicherte dies zu.

15.27.1 Im Rahmen von Sonderprojekten gewährte der ZA Mittel zur Durchführung von studentischen Forschungsprojekten, Einführungstutorien, Kulturveranstaltungen und anderen bundesweiten Aktionen.

15.27.2 Wie der RH anhand von Beispielsfällen kritisch vermerkte, wurden die vorgegebenen Richtlinien nicht eingehalten und es kam zu finanziellen Überschreitungen des Budgetrahmens. Er empfahl daher, die begleitende Kontrolle neu zu gestalten.

15.27.3 Laut Stellungnahme des ZA wären die Überziehungen vor allem in der Anlaufphase der Sonderprojekte aufgetreten und hätten sich in engen Grenzen gehalten.

15.27.4 Der RH hielt seine Empfehlung aufrecht.

15.28.1.1 Im Juni 1978 gründete die ÖH den gemeinnützigen Verein „Studentisches Wohnungsservice" mit dem Ziel, studentische Wohnungen durch die Bereitstellung von Wohnplätzen während der Studienzeit zu fördern. Der Verein mietete Wohnungen an, setzte diese unter Inanspruchnahme von Wohnungsverbesserungskrediten instand und vermietete sie sodann an Studenten. Zum 31. März 1981 hatte der Verein für 83 Projekte eine Gesamtsumme an Wohnungsverbesserungsdarlehen von rd 5,24 Mill S aushaften.

15.28.1.2 Für seine Tätigkeit erhielt der genannte Verein in den Jahren 1978 bis 1980 Förderungsmittel des BMWF von insgesamt 4 Mill S. Die ÖH stellte gleichfalls jährlich größere Beträge zur Verfügung.

15.28.1.3 Im Jahre 1979 verursachte der damalige Geschäftsführer einen Kassenabgang von rd 57 000 S, den er entgegen seiner Zusicherung nicht ersetzte. Der ÖH entstanden zusätzliche Kosten für das Gerichtsverfahren.

15.28.2 Der RH vermeinte, daß das BMWF in Ausübung seines Aufsichtsrechtes gem § 23 HSG die Geschäftsführung derartiger Vereine überwachen sollte, wodurch unter Umständen Verluste der ÖH vermieden werden könnten. Weiters wäre die KK in verstärktem Maße zur Beratung heranzuziehen.

15.28.3 Laut Stellungnahme des ZA ermöglicht die im November 1980 geänderte Rechtsform eine ausreichende Kontrolle durch die Organe der ÖH.

15.28.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

15.29.1 Im Mai 1982 erbeuteten unbekannte Täter in den Räumlichkeiten des ZA einen Barbetrag von rd 69 000 S. Der Gesamtschaden belief sich auf etwa 100 000 S, weil auch Schreibtische und Eingangstüren beschädigt worden waren.

15.29.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer wirksamen Sicherung der Geldbestände, obwohl aufgrund einschlägiger Erfahrungen eine vermehrte Obsorge naheliegend gewesen wäre.

15.29.3 Der ZA teilte mit, es seien verstärkte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden.

15.30.1 Der ZA gewährte den HS an den einzelnen Universitäten, aber auch Einzelpersonen sowie den der ÖH nahestehenden Institutionen verschiedentlich Subventionen. Die Geldbeträge stammten teilweise aus Mitteln des BMWF, aber auch aus den Hochschülerschaftsbeiträgen. Dabei unterblieb eine Abstimmung mit den von einzelnen HS vergebenen Subventionen, so daß es Bewerbern möglich war, eine Unterstützung sowohl vom ZA als auch von einer HS zu erhalten.

15.30.2 Der RH bemängelte die Abrechnung der Subventionsmittel, die vielfach nicht nachvollziehbar war oder den Nachweis über eine dem Subventionszweck entsprechende Verwendung vermissen ließ.

15.30.3 Laut Stellungnahme des ZA stehe ihm kein Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Belangen der einzelnen HS zu. Die fehlenden Abrechnungen seien zwischenzeitlich vorgelegt worden.

15.31.1 Gemäß § 21 Abs 7 HSG hat der Wirtschaftsreferent einen schriftlichen Jahresabschluß zu verfassen und diesen nach Gegenzeichnung durch den Vorsitzenden längstens bis Ende April jeden Jahres den Mandataren zuzuleiten. Der letzte diesen Bestimmungen entsprechende Jahresabschluß der HS an der Universität Wien lag für das Jahr 1975 vor.

15.31.2 Das Fehlen von sechs Jahresabschlüssen stellte nach Ansicht des RH einen schweren Verstoß gegen die Bestimmungen des HSG dar. Zwar buchte die mit der Buchhaltung betraute Bedienstete weiterhin fortlaufend die Einnahmen und Ausgaben, es fehlten jedoch die erforderlichen Abschluß- und Eröffnungsbuchungen.

15.31.3 Laut Mitteilung der HS wurde mit der nachträglichen Erstellung der fehlenden Jahresabschlüsse begonnen.

15..32.1 Für eine angemietete Wohnung erhielt die HS an der Universität Wien für die Zeit vom Dezember 1980 bis Feber 1981 eine Stromrechnung von rd 89 000 S vorgeschrieben. Diese wurde ohne Überprüfung der Quästur zur Bezahlung weitergereicht und beglichen.

15.32.2 Da wegen eines Fehlers in der genannten Rechnung rd 76 000 S unbegründet vorgeschrieben worden waren, beanstandete der RH die mangelhafte Prüfung.

15.32.3 Laut Mitteilung des Rektors der Universität Wien ist die vom RH festgestellte Überzahlung im Juli 1982 berichtigt worden.

15.33.1 Die Telefonkosten der HS an der Universität Wien beliefen sich von Jänner bis Mai 1982 auf rd 92 000 S und ließen Gesamtausgaben für 1982 von rd 200 000 S erwarten.

15.33.2 Der RH erachtete diese Ausgaben als wesentlich überhöht und verwies auf den starken Anstieg der Telefonkosten bei einzelnen Fachschaftsvertretungen.

15.33.3 Der Vorsitzende der HS anerkannte die Kritik, verwies aber gleichzeitig auf seine geringe Einflußmöglichkeit auf Fachschaftsvertretungen.

15.34.1 Gemäß § 6 Abs 6 HSG hat jeder HA eine Geschäftsordnung zu beschließen, die der Genehmigung durch das BMWF bedarf. Die HS der Universität Graz leistete acht Jahre hindurch diesem gesetzlichen Auftrag nicht Folge.

15.34.2 Der RH bemängelte die fehlende Aufsicht durch das BMWF.

15.34.3 Laut Mitteilung der HS konnte bisher nicht die erforderliche Mehrheit für einen Entwurf gefunden werden.

15.35.1 Über Auftrag der KK überprüfte ein Wirtschaftstreuhänder im Juli 1981 das Rechnungswesen der HS an der Universität Graz. Er kam hiebei zu dem Schluß, daß die vorgelegte Bilanz keinen Einblick in die tatsächliche Vermögens- und Liquiditätslage zulasse und daß die Vermögensübersicht aufgrund von nachweislich nicht ausgewiesenen Vermögensgegenständen nicht genügend aussagekräftig sei. Dennoch blieben in der Folge weitere Vermögensfragen betreffend die Führung eines Kindergartens und die Bildung von Rücklagen ungeklärt.

15.35.2 Der RH bemängelte die Rechnungslegung und empfahl eine ehestmögliche Lösung der offenen Fragen.

15.35.3 Die HS stimmte zu und verwies auf diesbezügliche Bemühungen.

15.36.1 Die HS an der Universität Graz hatte mit drei Mitarbeitern Dienstverträge abgeschlossen, in denen die vorgesehenen Löhne erheblich über denen vergleichbarer Verträge lagen und überdies 15 mal zur Auszahlung kamen. Darüber hinaus erhielten die Bediensteten großzügige Dienstzeitregelungen und Vertragsbedingungen, die eine Kündigungsmöglichkeit nahezu ausschlossen.

15.36.2 Der RH bemängelte die Vertragsgestaltung und empfahl dem BMWF und der KK, auf eine sparsame Mittelverwendung zu dringen.

15.36.3 Die HS verwies auf die Tatsache, daß die auch von ihr kritisierten Verträge von Vorgängern abgeschlossen worden seien und stellte gleichzeitig die vergeblichen Bemühungen, die Verträge rückgängig zu machen, dar.

15.37.1 Der Jahresabschluß 1979 wurde bei der HS an der Universität Salzburg erst Ende Jänner 1982 erstellt. Im Mai 1982 fehlten noch die Abschlüsse der Jahre 1980 und 1981. Das Kassabuch wies verschiedentlich erhebliche Mängel auf, bspw wurden Beträge überschrieben und unlesbar gemacht. Die der Buchhaltung zugrundeliegenden Belege enthielten in vielen Fällen keine ausreichenden Angaben. Bei Auszahlungsbelegen fehlte verschiedentlich das Datum und die Unterschrift des Empfängers.

15.37.2 Der RH bemängelte die fehlenden Jahresabschlüsse sowie die einer ordnungsgemäßen Buchführung widersprechende Gestaltung des Kassabuches und der Belege.

15.37.3 Die HS sicherte verstärkte Bemühungen zu.

15.38.1 Die HS an der Universität Salzburg gewährte ihren Sekretärinnen einen Urlaubsanspruch von 30 Werktagen. Da ihre bisherige Dienstzeit unter 20 Dienstjahren lag, überstieg das zugestandene Ausmaß erheblich die gesetzlichen Bestimmungen.

15.38.2 Der RH empfahl, im Hinblick auf die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit eine Vertragsänderung anzustreben.

15.38.3 Die HS sicherte diesbezügliche Bemühungen zu.

15.39.1 Die in den Räumlichkeiten der HS an der Universität Salzburg untergebrachte Außenstelle des Österreichischen Komitees für Internationalen Studentenaustausch (ÖKISTA) benützte die Fernsprech- und Fernschreibeinrichtungen der HS ohne Kostenersatz.

15.39.2 Der RH erachtete es für nicht vertretbar, den Betriebsaufwand von privaten Firmen, auch wenn sie im wesentlichen studentischen Interessen dienen, aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

15.39.3 Die HS kündigte eine vertragliche Neuregelung an.

15.40.1 Im Oktober 1979 stahlen unbekannte Täter aus der verschlossenen Handkasse einer Fakultätsvertretung an der Universität Salzburg einen Betrag von 70 000 S.

15.40.2 Der RH bemängelte die unzureichende Aufbewahrung der Geldmittel und empfahl, die Haftung der Referenten zweckentsprechend festzulegen.

15.40.3 Die HS sicherte dies zu.

15.41.1.1 Zahlreiche Veranstaltungen der HS an der Universität Salzburg fanden in der großen Aula der Universität, aber auch in verschiedenen Hörsälen statt. Die Genehmigung der Veranstaltung erfolgte in den vorliegenden Fällen durch den Universitätsdirektor nach Stellung einer Kaution in Höhe von 5 000 S für allfällige Reparaturen. Eine darüber hinausgehende Haftung der Veranstalter blieb bisher weitgehend ungeklärt.

15.41.1.2 Anläßlich eines Rockkonzertes entstand ein Sachschaden von rd 270 000 S. Der Ablauf der Veranstaltung zeigte, daß der eingesetzte Konzeptsbeamte der Bundespolizeidirektion und ein ihm beigegebener Sicherheitswachebeamter sowie die von der Universität beigestellten Bediensteten keine zielführenden Maßnahmen zur Hintanhaltung von Beschädigungen setzen konnten.

15.41.2 Der RH erachtete eine grundsätzliche Regelung über die Abhaltung von Veranstaltungen im Universitätsbereich für dringend geboten. Damit wären die auftretenden Haftungsfragen eindeutig zu klären. Den Einsatz von Universitätsbediensteten gegen Bezahlung durch die HS hielt er hingegen für bedenklich.

15.41.3 Die HS erklärte eine einheitliche Regelung für wünschenswert.

15.42.1 Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung fehlten der HS an der Universität Innsbruck die Abschlüsse der Jahre 1978 bis 1981. Die Buchhaltungskonten waren weitgehend nicht abgeschlossen,

der angestellte Buchhalter vermerkte lediglich die Kontenbewegungen und bildete daraus einen Saldo. Auf den Kontoblättern wurden vielfach Ausbesserungen in Form von Überschreibungen vorgenommen; es fehlten ferner Handzeichen oder sonstige Korrekturvermerke. In Einzelfällen waren Kontoblätter nur in kopierter Form vorhanden. Zahlreiche Buchungen wurden erst überaus verspätet durchgeführt.

15.42.2 Der RH bemängelte die vorliegende Form der Buchführung und erachtete eine rasche und zielführende Änderung der bisherigen Vorgangsweise für dringend geboten.

15.42.3 Laut Stellungnahme der HS wird in Zusammenwirken mit der KK an einer Neuorganisation der Buchhaltung gearbeitet.

15.43.1 Ein von der HS an der Universität Innsbruck angestellter Buchhalter bezog ein Gehalt, das 50 vH des Gehaltes der DKl V/2 der Beamten der allgemeinen Verwaltung entsprach. Dies bedeutete für 1982 ein Jahresgehalt von rd 100 000 S.

15.43.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer schriftlichen Vereinbarung hierüber und stellte das Verhältnis von Leistung zur Entlohnung in Frage.

15.43.3 Die HS sicherte zu, im Zuge der in die Wege geleiteten Umgestaltung des Rechnungswesens auch eine personelle Neuordnung anzustreben.

15.44.1 Die HS an der Universität Innsbruck war in einem Gebäude untergebracht, das im Eigentum der Republik Österreich steht. Sie vermietete einen Teil der bereitgestellten Räumlichkeiten an eine private Firma, die hiefür an die HS ein Benützungsentgelt von 27 000 S jährlich entrichtete. Dieses Entgelt schloß auch die Kosten für die Mitbenützung des Fernschreibers ein.

15.44.2 Der RH vermeinte, daß bei einer Weitervermietung von kostenlos zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten, die Benützungsentgelte dem Eigentümer Bund zukommen sollten.

15.44.3 Die HS sicherte dies zu.

15.45.1 Die HS an der Universität Linz nahm in Dienstverträge großzügige Urlaubsregelungen auf, die zu einem Urlaubsanspruch von mindestens acht Wochen führten, weil sie insbesondere die Ferienzeiten enthielten.

15.45.2 Der RH empfahl, Dienstverträge nach den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit zu gestalten.

15.45.3 Die HS widersprach der Ansicht des RH mit der Begründung, daß die Urlaubsregelung den politischen Zielvorstellungen der Mehrheit der im HA vertretenen Fraktionen entspreche, die Arbeitszeit zu verkürzen. Im übrigen falle auch nicht Arbeit in ausreichendem Maß an.

15.45.4 Der RH verblieb demgegenüber bei seiner Empfehlung.

15.46.1 Im Jahresabschluß 1981 der HS an der Universität Linz sind aufgrund fehlerhafter Buchungen die ausgewiesenen Aufwendungen unrichtig ermittelt worden. Bspw wurden Aufwendungen doppelt verbucht und nicht mehr bestehende Lieferverbindlichkeiten weiterhin ausgewiesen; überdies fehlten Belege.

15.46.2 Der RH empfahl, die im Jahre 1982 in Angriff genommene Neuordnung der Buchhaltung verstärkt fortzusetzen.

15.46.3 Die HS sicherte dies zu.

15.47.1 In den Jahren 1978 bis 1981 überschritt die HS an der Universität Linz die von der Universitätsverwaltung gem § 17 Abs 1 HSG für den Bürobedarf zur Verfügung gestellten Budgetmittel. Im Juli 1981 betrugen die Außenstände der HS bei der Universitätsverwaltung 139 000 S. Eine erste Abschlagszahlung in Höhe von 75 000 S leistete die HS im November 1981.

15.47.2 Der RH bemängelte diese Entwicklung und empfahl, in Hinkunft für eine Einhaltung des vorgegebenen Budgetrahmens zu sorgen.

15.47.3 Die HS nahm hiezu noch nicht Stellung.

15.48.1 Die HS an der TU Wien gründete verschiedene Vereine mit wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten, die nach Ansicht des RH gem § 2 HSG zu den Aufgaben der HS zählten.

15.48.2 Der RH vermeinte, die Bildung von Vereinen sei geeignet, die Geschäftsgebarung unübersichtlich zu gestalten und die Nachvollziehbarkeit der Finanzierung zu erschweren. Er empfahl, die anfallenden Aufgaben im Rahmen der HS wahrzunehmen bzw Wirtschaftsbetriebe zu gründen.

15.48.3 Die HS hielt die Durchführung der in Rede stehenden Tätigkeiten im Rahmen eines Referates zT für ungeeignet. Der verhältnismäßig kurzfristige Wechsel von Referenten erschwere nämlich die Geschäftsführung.

15.48.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

15.49.1 Das Kulturreferat der HS an der TU Wien zeichnete für nahezu alle Veranstaltungen verantwortlich. Hiebei erfolgten Zahlungen ohne die Unterschriften der verantwortlichen Funktionäre. Über den letztmalig im Jahre 1978 von der HS durchgeführten Ball der Technik und eine im Oktober 1980 veranstaltete Tagung fehlten noch im Mai 1982 die Abrechnungen.

15.49.2 Der RH hielt deren Vorlage für dringend geboten und bemängelte die unzureichende finanzielle Abwicklung.

15.49.3 Die HS verwies auf ihre bisher vergeblichen Bemühungen, von den damals verantwortlichen Funktionären die Abrechnungen zu erhalten.

15.50.1.1 Bei der Gebarungsüberprüfung der HS an der TU Graz fehlten die Jahresabschlüsse 1978, 1980 und 1981. Den Jahresabschluß 1979 hatte der HA aufgrund einer unrichtigen Eröffnungsbilanz gebilligt.

15.50.1.2 Anhand von Grundaufzeichnungen der HS erstellte ein Wirtschaftstreuhänder die Buchhaltung. Eine Schlußbilanz zum 31. Dezember 1978 lag jedoch noch nicht vor, weil nach Auskunft des Wirtschaftstreuhänders die diesbezüglichen Belege zeitweise nicht auffindbar waren. Ferner vermerkte der RH eine Anzahl von buchhalterischen Mängeln.

15.50.2 Nach Ansicht des RH war grundsätzlich die materielle und formelle Ordnungsgemäßheit der Buchhaltung in Frage zu stellen sowie im einzelnen das Fehlen des Bilanzzusammenhanges und die mangelnde Erfassung von Sparbuchabhebungen zu beanstanden. Er empfahl daher, umgehend eine Neuordnung der Buchhaltung in Angriff zu nehmen.

15.50.3 Die HS sicherte dies zu.

15.51.1 Den überwiegenden Teil des Verwaltungsaufwandes der HS an der Wirtschaftsuniversität Wien trug diese aus eigenen Mitteln. Die von der Universität jährlich zur Verfügung gestellten Mittel für den Bürobedarf bewegten sich in den Jahren 1978 bis 1981 zwischen 750 und 2 260 S. Im Gegensatz dazu zeigten die von der Universität bezahlten Fernsprechgebühren einen starken Anstieg und erreichten in den Monaten Jänner bis Mai 1982 bereits rd 88 000 S.

15.51.2 Der RH erachtete sinnvolle Maßnahmen zur Verringerung der Fernsprechkosten für angebracht. Der gesamte Verwaltungsaufwand wäre hingegen von der Universitätsverwaltung zu tragen.

15.51.3 Die HS sicherte eine Verringerung der Telefonkosten zu und hielt bezüglich des Verwaltungsaufwandes eine einheitliche Regelung seitens des BMWF für wünschenswert.

15.52.1 Die HS an der Wirtschaftsuniversität Wien führte die Buchhaltung in übersichtlicher und aussagekräftiger Weise, wobei zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bereits der Jahresabschluß 1981 vorlag. Allerdings wurden die Konten der im Durchschreibeverfahren geführten Buchhaltung nahezu jährlich abgeändert. Weiters verfügte die HS über insgesamt neun Bankkonten.

15.52.2 Der RH erachtete eine Verringerung der Anzahl der Bankkonten für zweckmäßig und empfahl eine möglichst gleichbleibende Kontenführung.

15.52.3 Die HS sicherte dies zu.

15.53.1 Die Buchführung bei der HS an der Veterinärmedizinischen Universität Wien wies zahlreiche Mängel auf. Bspw waren im Kassabuch und auf den Kontoblättern vielfach Korrekturen durch Überschreiben der Ziffern angebracht, wobei nicht festgehalten wurde, durch wen die Ausbesserung jeweils erfolgte. Bei den vorhandenen Belegen handelte es sich vorwiegend um Ersatzausfertigungen, weil die Originalrechnungen größtenteils fehlten. Zum Teil fehlten die Unterschriften der verantwortlichen Funktionäre. Ein Nachvollzug der Zahlungen war mangels ausreichender Angebote vielfach unmöglich.

15.53.2 Der RH bemängelte die den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung widersprechende Vorgangsweise.

15.53.3 Die HS kündigte eine Umstellung der Buchführung an, die vor allem durch die Einstellung einer qualifizierten Arbeitskraft erreicht werden sollte.

15.54.1 Die Jahresabschlüsse der HS an der Montanuniversität Leoben wurden bei der Gebarungsüberprüfung vom „Vorsitzenden der Gebarungsstelle der HS" anstelle eines Wirtschaftstreuhänders überprüft. Dieser übermittelte der KK auch regelmäßig Berichte über seine Prüfungstätigkeit. Die Einrichtung eines Vorsitzenden der Gebarungsstelle beruhte auf dem HSG 1950, wurde jedoch durch das HSG 1973 außer Kraft gesetzt.

15.54.2 Der RH bemängelte daher den Fortbestand dieser Einrichtung und die unzureichende Aufsicht durch das BMWF und die KK.

15.54.3 Laut Mitteilung der HS würden die Jahresabschlüsse künftig von einem Wirtschaftstreuhänder geprüft.

15.55.1 Im Auftrag der KK führte ein Wirtschaftstreuhänder im Juni 1981 eine Überprüfung des Rechnungswesens der HS an der Montanuniversität Leoben durch. Sein Bericht enthielt die Feststellung, daß die Buchhaltung und der Jahresabschluß zum Dezember 1980 sowie die Zwischenbilanz zum 31. Mai 1981 nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entsprachen und keinen Einblick in die Vermögensverhältnisse der HS erlaubten.

15.55.2 Wie der RH ergänzend feststellte, wiesen die Abrechnungen der Universitätsbälle 1980 und 1981 erhebliche unaufgeklärte Differenzen auf und es waren Ausgaben in der Buchhaltung nicht erfaßt. Weiters beanstandete der RH Doppelanweisungen in Höhe von insgesamt rd 20 000 S. Er empfahl, die im September 1981 eingeleitete Umorganisation der Buchhaltung fortzusetzen und für unanfechtbare Buchhaltungsunterlagen Sorge zu tragen.

15.55.3 Laut Stellungnahme der HS seien die Mängel den nicht mehr im Amt befindlichen Funktionären anzulasten und würden so rasch als möglich beseitigt.

15.56.1 Die Telefonkosten der HS an der Montanuniversität Leoben erreichten in den Jahren 1978 bis 1981 jeweils mehr als 50 vH der von der Universität gem § 17 HSG zur Verfügung gestellten Budgetmittel. Für das Jahr 1982 zeichnete sich eine neuerliche Steigerung der Telefonkosten um rd 30 vH ab. Dazu stellte der RH fest, daß jeder Student die an der HS befindlichen Telefonapparate benützen konnte.

15.56.2 Der RH empfahl, für eine Senkung der Telefonkosten vorzusorgen.

15.56.3 Die HS wird die Benutzung der Fernsprecher künftig grundsätzlich nur den Funktionären gestatten.

15.57.1 Die Buchhaltung der HS an der Universität für Bildungswissenschaften und deren Jahresabschlüsse erstellte ein Steuerberater. Bei der Gebarungsüberprüfung fehlten allerdings die Abschlüsse der letzten Jahre; der Steuerberater konnte wesentliche Buchhaltungsunterlagen nicht vorlegen.

15.57.2 Der RH empfahl den Wechsel des Steuerberaters.

15.57.3 Die HS sicherte dies zu.

15.58.1 Die HS an der Universität für Bildungswissenschaften hatte ua ein Referat für Frauenbelange eingerichtet. Im Rahmen dieses Referates übernahm sie die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche oder gewährte diesbezügliche Darlehen.

15.58.2 Der RH bemängelte diese Gebarungsfälle, weil sie ohne Unterschrift der zuständigen Referenten erfolgt waren.

15.58.3 Die HS nahm dies zur Kenntnis.

15.59.1 Im Jahre 1981 steuerte die HS an der Universität für Bildungswissenschaften 20 000 S für die Abhaltung einer Lehrveranstaltung eines Ordinarius bei.

15.59.2 Nach Ansicht des RH, der den Ablauf dieser Lehrveranstaltung bereits anläßlich seiner Gebarungsüberprüfung bei der genannten Universität (TB 1982 Abs 29.30) bemängelt hatte, erforderte die als Pflichtlehrveranstaltung abgehaltene Vorlesungsreihe keine finanzielle Unterstützung der HS, weshalb der Förderungsbetrag zurückzufordern wäre.

15.59.3 Das BMWF gab hiezu noch keine Stellungnahme ab.

15.60.1 Der letzte vorliegende Jahresabschluß der HS an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien über das Haushaltsjahr 1978 entbehrte jeglicher Aussagekraft. Jahresabschlüsse der folgenden Jahre konnten nicht vorgelegt werden, ebenso fehlten die Berichte der Wirtschaftstreuhänder. Das von einer Angestellten geführte Kassabuch war vom zuständigen Funktionär letztmalig im November 1979 geprüft worden. Der überwiegende Teil der Gebarung wurde über eine Handkasse abgewickelt; die zugehörigen Eingangsbelege zeigten erhebliche Mängel. Die vorgefundenen Belege waren in überwiegender Anzahl nicht geeignet, einen Nachvollzug des jeweiligen Geschäftsfalles zu ermöglichen.

15.60.2 Der RH hielt die Vorgangsweise mit den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchführung für unvereinbar und empfahl dem BMWF, die Einhaltung der Bestimmungen des HSG sicherzustellen.

15.60.3 Die HS nahm hiezu bisher nicht ausreichend Stellung.

15.61.1 Eine Bedienstete der HS an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien erhielt im Rahmen ihres Dienstvertrages einen Urlaubsanspruch von jährlich bis zu 84 Werktagen zugestanden.

15.61.2 Der RH bemängelte die weit über das gesetzlich vorgesehene Ausmaß hinausgehende Regelung und empfahl, künftig beim Abschluß von Dienstverträgen den vom ZA ausgearbeiteten Mustervertrag zugrunde zu legen.

15.61.3 Die HS nahm hiezu noch nicht Stellung.

15.62.1 Die HS an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien schloß einen Vertrag zur Versicherung von Filmgeräten, die von den Studierenden bei Dreharbeiten außer Haus Verwendung fanden, ab. Die Prämie hiefür betrug im Studienjahr 1981/82 rd 55 000 S. Zwei Drittel dieses Betrages übernahm das BMWF im Wege einer Subvention.

15.62.2 Der RH bemängelte die Gewährung dieser Subvention, weil dadurch der Grundsatz der Nichtversicherung des Bundes umgangen wurde und verwies auf mögliche Beispielsfolgen.

15.62.3 Eine Stellungnahme des BMWF stand noch aus.

15.63.1 Die Buchhaltungsaufzeichnungen der HS an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz erfolgten in Kontoheften mit Bleistifteintragungen. Die vorhandenen Belege wiesen in einigen Fällen Mängel auf, die einen Nachvollzug des zugrundeliegenden Geschäftsfalles unmöglich machten. Die Kassabücher wurden in teilweise unübersichtlicher Form und mit häufigen Korrekturen geführt.

15.63.2 Der RH bezeichnete eine ordnungsgemäße Buchführung als für eine geordnete Haushaltsführung unerläßlich.

15.63.3 Lt Stellungnahme der HS handelte es sich um Mängel früherer Funktionäre; für die Zukunft werde eine ordnungsgemäße Buchführung angestrebt.

15..64.1 Die Tätigkeit der HS an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg erstreckte sich vor allem auf die Herausgabe einer Zeitschrift. In dieser bot sie ua Kredite und finanzielle Unterstützungen auch ohne begründete Bedürftigkeit an. Demgemäß umfangreich war die Inanspruchnahme dieser Begünstigung.

15.64.2 Der RH erachtete Beihilfen und Unterstützungen nur bei nachweislicher sozialer Bedürftigkeit für gerechtfertigt.

15.64.3 Die HS erklärte, sie sei stets bemüht, die Bedürftigkeit der Bewerber im Rahmen ihrer Möglichkeiten festzustellen.

15.65.1 Bei der Gebarungsüberprüfung an der Akademie der bildenden Künste konnte die HS lediglich ein Kassabuch, eine Mappe mit Ein- und Ausgangsbelegen sowie eine Sammlung von Kontoauszügen vorweisen.

15.65.2 Der RH bemängelte das Fehlen von Jahresvoranschlägen, Jahresabschlüssen sowie Prüfungsberichten eines Wirtschaftstreuhänders. Ferner vermerkte er kritisch einen überhöhten Bargeldbestand in der Handkasse (rd 55 000 S).

15.65.3 Eine Stellungnahme der HS stand noch aus.

15.66.1 Die HS an der Hochschule für angewandte Kunst führte nur geringfügige buchhalterische Aufzeichnungen, aufgrund derer es nicht möglich war, einen Jahresabschluß anzufertigen. In den einfachst geführten Kassenaufzeichnungen fehlten monatelang die Eintragungen.

15.66.2 Der RH beanstandete die vorliegenden buchhalterischen Aufzeichnungen mangels materieller und formeller Ordnungsgemäßheit.

15.66.3 Die HS sicherte die erforderlichen Änderungen zu.

15.67.1 Über verschiedene an Studenten ausgezahlte Kredite lagen bei der HS an der Hochschule für angewandte Kunst nur unzureichende Aufzeichnungen vor. Zum Teil waren die vorgemerkten Rückzahlungzeitpunkte bereits erheblich überschritten, ohne daß Mahnungen erfolgten.

15.67.2 Der RH erachtete die Beweiskraft und Nachvollziehbarkeit des Kreditvormerkes für unzureichend und empfahl, künftig eine pünktliche Rückzahlung der Unterstützungen sicherzustellen.

15.67.3 Die HS sicherte dies zu.

15.68.1 Der bei der HS für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz in ausreichender Form geführten Buchhaltung waren zT Belege beigegeben, aus denen der Zweck der Ausgabe nicht ersichtlich war. Weiters fehlten bei Barauszahlung verschiedentlich die erforderlichen Unterschriften.

15.68.2 Der RH bemängelte die Unvollständigkeit der vorliegenden Belege.

15.68.3 Die HS sicherte diesbezügliche Änderungen zu.

Universität für Bodenkultur

Die Universität für Bodenkultur in Wien wies im überprüften Zeitraum die höchste Zuwachsrate an Studenten aller österreichischen Universitäten auf. Wegen der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Abdeckung des erforderlichen Lehrangebotes ließen sich trotz eines umfangreichen Einsatzes nahezu aller verfügbaren Universitätslehrer und Mitarbeiter im Lehrbetrieb Unzulänglichkeiten bei der Gestaltung des Studienbetriebes nicht zur Gänze vermeiden. In weiterer Folge stieg die durchschnittliche Verweildauer der Studenten deutlich an.

Dienstrechtliche Angelegenheiten

16.1.1 Der RH hat bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung betreffend die Universität für Bildungswissenschaften (TB 1982 Abs 29.9) das Fehlen eines Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetzes als erheblichen Nachteil vermerkt.

16.1.2 Aufgrund seiner nunmehrigen Prüfungsfeststellungen bei der Universität für Bodenkultur (UFB) erinnerte der RH an die entsprechenden Entschließungen des Nationalrates und empfahl dem BMWF, einen ehestmöglichen Gesetzesbeschluß anzustreben.

16.1.3 Das BMWF verwies auf die im Gegenstande im wesentlichen beim BKA gegebene Zuständigkeit. Auch nach mehreren Verhandlungsrunden zeichne sich eine Annäherung der Standpunkte zwischen der Verwaltung und der Gewerkschaft derzeit nur in Randbereichen ab.

16.1.4 Der RH hielt es weiterhin für dringend erforderlich, wesentliche Bereiche des Dienstrechtes, bspw die Frage der Nebenbeschäftigung oder die Vorgangsweise im Krankheitsfalle umgehend einer gesetzlichen Regelung zuzuführen.

16.2.1 Die Gesamtzahl der Planstellen für wissenschaftliches Personal an der UFB erhöhte sich in den Jahren 1970 bis 1982 um 46, das sind rd 34 vH. Hiebei ergaben sich jedoch beträchtliche Verschiebungen innerhalb der Struktur, weil die Anzahl der ordentlichen Professoren um 37 vH stieg, jene der ao Professoren um 300 vH, die der Assistenten hingegen nur um 14 vH, weil eine Anzahl von Assistenten zu ao Professoren ernannt wurde, ohne daß die dadurch freiwerdenden Assistentenplanstellen nachbesetzt worden wären. Zufolge dieser Entwicklung blieb der Anteil der ordentlichen Professoren an der Gesamtzahl der Planstellen mit 22 vH gleich, der Anteil der ao Professoren erhöhte sich auf 11 vH, der Anteil der Assistenten verringerte sich hingegen von 71 vH (1970) auf 60 vH (1982).

16.2.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ergaben sich aus der anteilsmäßigen Verminderung der Assistentenplanstellen verschiedene Schwierigkeiten, die sich teilweise noch durch die Umwandlung von Assistentenposten in Planstellen für den wissenschaftlichen Dienst verschärften.
Der RH empfahl, bei Umwandlung von Assistentenplanstellen in solche des wissenschaftlichen Dienstes genauestens die sachlichen Voraussetzungen zu überprüfen. Ferner wären vor der Ernennung von Assistenten zu ao Professoren bei nicht gleichzeitiger Nachbesetzung der Assistentenplanstelle die Auswirkungen auf den Betrieb des jeweiligen Institutes zu untersuchen.

16.2.3 Laut Stellungnahme des BMWF würden Anträge auf Überstellung von Universitätsassistenten zu wissenschaftlichen Beamten künftig verstärkt im Hinblick auf die im Universitätsorganisationsgesetz (UOG) vorgesehene unterschiedliche Aufgabenstellung geprüft. Infolge der Altersstruktur der habilitierten Assistenten sowie aus Standesvertretungsgründen sei eine überdurchschnittlich große Anzahl von Anträgen auf Umwandlung in ao Professorenplanstellen erfolgt. Da vom BKA und vom BMF mit Rücksicht auf das Wesen des Dienstverhältnisses eines ao Professors meist zusätzliche Planstellen verweigert wurden, kam eine Nachbesetzung von Assistentenplanstellen bei Ernennung dieser Planstelleninhaber zum ao Professor in der Regel nicht in Betracht. Das BMWF werde aber künftig bei derartigen Ernennungen die Struktur der betroffenen Institute eingehend untersuchen.

16.3.1 Die Anzahl der Planstellen für nicht wissenschaftliches Personal erhöhte sich von 1970 bis 1982 um 18 vH. Überdurchschnittlich stark stieg die Anzahl der B/b-Planstellen um 109 vH sowie der C/c-Planstellen um 247 vH. Im Gegensatz dazu sank der Bestand an D/d-Planstellen. Eine ähnliche Entwicklung war beim handwerklichen Dienst festzustellen. Insgesamt lag die Erhöhung der Gesamtzahl der Planstellen unter der beim wissenschaftlichen Personal, allerdings trat eindeutig eine Verschiebung zu höher bewerteten Planstellen ein.

16.3.2 Der RH empfahl, der Planstellenbewertung im Bereich des nicht wissenschaftlichen Personals ein verstärktes Augenmerk zuzuwenden.

16.3.3 Das BMWF erklärte, die starke Steigerung bei C/c-wertigen Planstellen sei einerseits durch die Tätigkeit der zuständigen Arbeitsplatzbewertungskommission und die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte bedingt, andererseits stellten die universitären Lehr- und Forschungseinrichtungen immer höhere Anforderungen an die Institutsangehörigen.

16.4.1 In Einzelfällen wurden bei der Einstufung neu berufener Professoren vom Bundespräsidenten auf Antrag des BMWF besoldungsrechtliche Begünstigungen gewährt. Allerdings machte das BMWF bei der UFB in eher geringem Ausmaß von dieser Möglichkeit Gebrauch.

16.4.2 Der RH empfahl neuerlich, die Begünstigung des § 52 GG - insb für die höheren Gehaltsstufen - nur in Ausnahmefällen anzustreben.

16.4.3 Laut Stellungnahme des BMWF wurden an der UFB vergleichsweise wesentlich weniger Universitätsprofessoren höher eingestuft, weil die UFB überdurchschnittlich viele Hausberufungen aufwies.

16.5.1 Gem § 31 Abs 3 UOG ist der Aufgabenbereich jedes ao Universitätsprofessors, insb dessen Lehrverpflichtung, vom BMWF auf Antrag des zuständigen Kollegialorgans festzusetzen, wobei auf den durch die Studienvorschriften gegebenen Bedarf Rücksicht zu nehmen ist. An der UFB lag die zugewiesene Lehrverpflichtung zwischen 22 und 2 Stunden im Semester. Die Belastung einzelner ao Professoren erreichte einschließlich der erforderlichen Vorbereitungszeit ein Ausmaß von mehr als 50 Wochenstunden, lag aber bei anderen im Gegensatz dazu deutlich unter der durchschnittlichen Lehrverpflichtung von sechs bis neun Wochenstunden.

16.5.2 Nach Ansicht des RH sollte die vorgeschriebene bedarfsgerechte Festlegung nicht zu derart großen Unterschieden in der Lehrverpflichtung führen. Er empfahl zu untersuchen, ob die festgelegten Lehrverpflichtungen noch dem bei der jeweiligen Ernennung geltenden Bedarf entsprechen.

16.5.3 Das BMWF stimmte der Feststellung des RH grundsätzlich zu und sagte eine Überprüfung des Ausmaßes der Lehrverpflichtung zu.

16.6.1 Das Ansuchen eines Universitätsassistenten, nach mehrjähriger Tätigkeit in dieser Funktion seine Bestellung zu verlängern, scheiterte im Jahre 1977 am Widerstand des zuständigen Institutsvorstandes und letztlich an der negativen Entscheidung des BMWF. Bereits vor der Ablehnung durch das BMWF stellte der betroffene Mitarbeiter einen Antrag auf Überstellung zum wissenschaftlichen Beamten. Die zuständige Budget- und Dienstpostenplankommission lehnte jedoch die Umwandlung der Assistentenplanstelle mehrheitlich ab. Ohne diesen Beschluß abzuwarten, ernannte das BMWF den Bewerber zum wissenschaftlichen Rat (Dienstklasse VI) und wies ihn dem oa Institutsvorstand zu.

In der Folge verschlechterte sich das Arbeitsklima zwischen dem Institutsvorstand und dem neu ernannten Beamten zunehmend, so daß er überwiegend zu anderen Aufgaben herangezogen werden mußte, nachdem er sich gegen einen Arbeitsplatzwechsel ausgesprochen hatte. Er wurde vom Rektor beauftragt, die Lebensbilder berühmter Wissenschafter der UFB zu bearbeiten. Nach mehr als zweijähriger Tätigkeit lag im Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung noch kein Arbeitsergebnis vor.

16.6.2 Der RH erachtete die dargestellte Form der Überstellung und Weiterverwendung für unzweckmäßig. Er beanstandete ferner die Duldung der mangelhaften Dienstleistung durch die UFB.

16.6.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei infolge der unterschiedlichen Aufgabenstellung nicht zu erwarten gewesen, daß ein als Universitätsassistent ungeeigneter Mitarbeiter auch als wissenschaftlicher Beamter nicht entsprechen werde. Die Meinung des betroffenen Institutsvorstandes sei gehört worden, jedoch für die Beurteilung und Entscheidung in Sachfragen nicht bindend gewesen.

16.6.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

16.7.1 Der in Rede stehende Bedienstete hielt im Rahmen eines ihm erteilten remunerierten Lehrauftrages eine Exkursion ab. In diesem Zusammenhang ersuchte er nachträglich um die Erteilung eines Sonderurlaubes. Unter Hinweis auf den remunerierten Lehrauftrag lehnten der Institutsvorstand und die Leiterin der Personalabteilung den Antrag jedoch ohne schriftliche Erledigung ab, so daß die Exkursion als während der Dienstzeit durchgeführt zu werten war.

16.7.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise und vertrat die Ansicht, zur Vermeidung einer doppelten Bezahlung wären remunerierte Lehraufträge stets außerhalb der Dienstzeit durchzuführen.

16.7.3 Das BMWF stimmte dem RH zu.

16.8.1 Im September 1979 erinnerte das BMWF die Bediensteten der Universitäten an die Pflicht zur Einhaltung der Dienstzeit. Im November 1979 forderte die Universitätsdirektion (UD) alle Institute der UFB auf, die Dienstpläne der Bediensteten vorzulegen. Im April 1981 eröffnete das BMWF den Assistenten die Möglichkeit, eine Gleitzeitregelung einzuführen, woraus allerdings keine Einführung einer Drei- oder Viertagewoche abgeleitet werden dürfe.

Erst Ende August 1981 ersuchte die UD die Institutsvorstände unter Hinweis auf das letztgenannte Rundschreiben des BMWF um die Vorlage der ausständigen Dienstzeitregelungen. Der überwiegende Teil der Universitätsassistenten legte daraufhin die vom Dienststellenausschuß äußerst großzügig entworfene Dienstzeitregelung vor, wonach die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit im Rahmen der Öffnungszeiten des Institutes abgeleistet werde, jedoch Abweichungen von dieser Regelung im Einvernehmen mit dem Institutsvorstand jederzeit möglich seien. Die ao Professoren unterließen es jedoch weiterhin, der Personalabteilung eine Dienstzeitregelung zu übermitteln.

16.8.2 Wie der RH kritisch vermerkte, standen die von den meisten Assistenten gemeldeten Dienstzeitregelungen infolge der allgemein gehaltenen Wendungen nicht im Einklang mit dem BDG 1979 sowie den Erlässen des BMWF. Daß die Vorlage genauer Dienstzeitregelungen ohne Beeinträchtigung des Lehr- und Forschungsbetriebes auch an der UFB möglich ist, zeigten einige in der Personalabteilung aufliegende Dienstzeitmeldungen. Der RH bemängelte auch, daß von den ao Professoren und einigen Assistenten überhaupt keine Dienstpläne vorlagen.

16.8.3 Lt Stellungnahme des BMWF habe sich die unzureichende Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen und Erlässe keinesfalls auf die UFB beschränkt. Wegen der oftmals ungenügenden Dienstaufsicht durch die Institutsvorstände sei auch bei einer formal stärkeren Beachtung der Vorschriften deren Umsetzung in die Praxis im Einzelfall nicht gesichert. Nach Meinung vieler Institutsvorstände und Rektoren ließen sich wissenschaftliche Leistungen nicht in einen Dienstplan zwingen, weil Dienstzeitregelungen der wissenschaftlichen Kreativität entgegenstünden.

16.8.4 Der RH vermochte sich im Hinblick auf die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, aber auch die erwähnten praktischen Beispielsfälle dieser Ansicht nicht anzuschließen.

16.9.1 Der Ordinarius des Institutes für angewandte Mikrobiologie beschäftigte in den Jahren 1973 bis 1978 verschiedene Vertragsassistenten zwecks Durchführung von Forschungsaufträgen zu Lasten eigener Einnahmen. Diese Vertragsassistenten besetzten Planstellen und erhielten ihre Bezüge vom Bundesrechenamt angewiesen, dem der Ordinarius die Aufwendungen aus Forschungsmitteln rückerstattete. Seit dem Jahre 1978 konnte jedoch der Institutsvorstand die vorgeschriebenen Beträge mangels weiterer Forschungsmittel nicht mehr rückerstatten. Im November 1980 verstarb der Ordinarius. Zu diesem Zeitpunkt waren bevorschußte Bezüge in Höhe von rd 715 000 S ausständig.

16.9.2 Der RH bemängelte die Beschäftigung von Vertragsassistenten ohne ausreichende Sicherstellung der erforderlichen Mittel und die mehr als zwei Jahre betragende Verzögerung der Eintreibung der Außenstände durch das BMWF.

16.9.3 Das BMWF verwies auf ausführliche Erlässe betreffend die Aufnahme von Personal zu Lasten der zweckgebundenen Gebarung. Da die Aufnahme durch den Rektor erfolge, sei dem BMWF jedoch eine rechtzeitige Kontrolle im Einzelfall nicht möglich. Eine Eintreibung der Außenstände habe bisher mangels zweckgebundener Mittel des Institutes nicht erfolgen können.

16.10.1 Die UFB schloß mit mehreren Jugendlichen Dienstverträge ab, die mit der Vollendung des 18. Lebensjahres befristet waren. Bei Erreichung dieses Zeitpunktes war mangels vorhandener Planstellen keine Weiterverwendung der Bediensteten möglich.

16.10.2 Nach Ansicht des RH trägt die Schaffung von Planstellen für Jugendliche zweifellos dazu bei, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern und personelle Engpässe im Dienststellenbereich zu beseitigen. Andererseits ist aber bei Dienststellen mit verhältnismäßig kleinem Personalstand eine Weiterverwendung oft nicht möglich. Dadurch geht der für die Ausbildung der Jugendlichen erbrachte Aufwand in der Folge verloren. Der RH regte daher an, die Zuweisung weiterer Planstellen für Jugendliche an personalmäßig kleinere Dienststellen von der Möglichkeit einer späteren Weiterverwendung abhängig zu machen.

16.10.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei es ungeachtet der bestehenden Schwierigkeiten auch bei kleineren Universitäten stets gelungen, jene Vertragsbediensteten, die sich in ihrer bisherigen Tätigkeit bewährt hätten, letztlich auf Dauerplanstellen unterzubringen.

16.11.1 Gem Beschluß der Bundesregierung vom Dezember 1981 war auch für jene Überstunden, deren Abgeltung durch Verordnung pauschal geregelt ist, eine Kürzung der Berechnungsgrundlage um 10 vH anzustreben.

16.11.2 Wie der RH feststellte, haben diese Bestrebungen im Bereich der UFB noch zu keinem Ergebnis geführt.

16.11.3 Lt Stellungnahme des BMWF seien die Universitäten und Hochschulen nicht in der Lage gewesen, Einsparungsmaßnahmen zu setzen. Das BKA sei davon in Kenntnis gesetzt worden.

16.12.1 Gem § 80 UOG ist ein rechtskundiger Verwaltungsbeamter des Bundes zum Universitätsdirektor zu bestellen, der dazu berufen ist, die Geschäfte der UD zu leiten. Das UOG enthält keine Regelung hinsichtlich der Vertretung des Universitätsdirektors. Die Vertretung des Universitätsdirektors bei Urlaub, Krankenstand oder sonstiger Verhinderung nahmen an der UFB die Abteilungleiter entsprechend den ihrer Abteilung zukommenden Aufgaben wahr.

16.12.2 Der RH erachtete aus grundsätzlichen Überlegungen die an der UFB vorgesehene Art der Vertretung des Universitätsdirektors für unzweckmäßig. Er regte daher an, ungeachtet der gebotenen Sparsamkeit im Personalbereich, die Vertretung des Universitätsdirektors im Rahmen einer Novellierung des UOG einer entsprechenden Regelung zuzuführen.

16.12.3 Nach Meinung des BMWF sei die Bestellung eines Stellvertreters mit umfassender Vertretungsbefugnis vom Vorhandensein eines weiteren rechtskundigen Verwaltungsbeamten an jeder Universität abhängig. Angesichts der geänderten Aufgabenstellung der Universitätsdirektoren erscheine künftig die Bestellung eines eigenen rechtskundigen Bediensteten ausschließlich für Rechtsangelegenheiten zweckmäßig. Bis zu dessen Bestellung wäre jedoch die bereichsweise Vertretung des Universitätsdirektors durch den jeweiligen Abteilungsleiter notwendig.

16.12.4 Der RH hielt weiterhin die Regelung der Stellvertretung des Universitätsdirektors im UOG für zweckmäßig.

16.13.1 Bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei der Bibliothek der Technischen Universität Graz (TB 1981 Abs 15.19) hat der RH darauf hingewiesen, daß gemäß § 79 Abs 2 lit a UOG der UD die Besorgung der Personalangelegenheiten einschließlich des Bibliothekspersonals obliege. An der UFB werden die Personalangelegenheiten des Bibliothekspersonals mit Ausnahme der Anweisungsaufgaben von der Bibliotheksdirektion geführt.

16.13.2 Der RH bemängelte die bisher wegen Widerspruchs der Bibliotheksdirektoren erfolgte Abstandnahme von der Zusammenlegung der Personalangelegenheiten und empfahl neuerlich, die vom BMWF im Juni 1979 bereits vorgesehene Übertragung der Besorgung der Personalangelegenheiten und der Führung der Personalevidenz für die Bediensteten der Bibliotheken an die UD ehestens in Kraft zu setzen.

16.13.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei über diese Organisationsfrage nochmals eine eingehende Untersuchung eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden.

16.13.4 Der RH ersuchte um Bekanntgabe des Ergebnisses.

16.14.1 Beim Ausscheiden verschiedener Bediensteter aus dem Dienst entstanden wegen verspäteter Bezugseinstellungen Übergenüsse, denen mitunter erst nach längerer Zeit erste Einbringungsmaßnahmen folgten. Bei einem im November 1980 verstorbenen Ordinarius wurde ein aus der Anweisung des Dezemberbezuges entstandener Übergenuß von rd 36 000 S erst mit Schreiben vom 15. Juli 1982 als Forderung des Bundes zum Nachlaß angemeldet.

16.14.2 Der RH beanstandete die säumige Vorgangsweise der Quästur.

16.14.3 Lt Mitteilung der UFB seien die Übergenüsse zwischenzeitlich zum Teil zurückgezahlt, in den restlichen Fällen sei der Rechtsweg beschritten worden.

16.15.1 Mehrere ao Professoren erhielten Sonderurlaube von mehr als einer Woche genehmigt. In allen Fällen war eine entsprechende Mitbefassung des zuständigen Dienststellenausschusses aus dem Geschäftsstück nicht ersichtlich.

16.15.2 Der RH empfahl, die im § 9 Abs 1 lit g des Bundes-Personalvertretungsgesetzes 1967 vorgesehene Mitwirkung des Dienststellenausschusses in derartigen Fällen künftig zu beachten.

16.15.3 Die UFB sicherte dies zu.

16.16.1 Zu Beginn der Gebarungsüberprüfung lag für die Quästur, der vier B/b- und zwei C/c-Planstellen zugewiesen waren, keine vollständige, auf dem letzten Stand befindliche Geschäfts- und Personaleinteilung vor.

16.16.2 Der RH bemängelte die vorliegende Einteilung der Quästur, welche weder der in Tz 2,11 Abs 1 AKV für Kassen des Bundes allgemein vorgesehenen Gliederung in eine Verrechnungsstelle sowie in eine Zahlungs- und Übertragungsstelle noch den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach. Ferner erschien der Anteil an höher qualifiziertem Personal überhöht. Der RH empfahl, die Planstellen der Quästur einer Bewertung durch die Arbeitsplatzbewertungskommission zu unterziehen, um auf diese Weise den vorgesehenen geringeren Anteil an B/b-Planstellen zu erreichen.

16.16.3 Das BMWF erklärte sich weiterhin bemüht, beim Ausscheiden von Bediensteten eine Personaleinstufung im Sinne der Richtlinien zu erzielen.

Verwaltungsorganisation

16.17.1 In der aufgrund des UOG vorgenommenen Institutsneugliederung der UFB wurde der größte Teil der vor dessen Inkrafttreten eingerichteten Institute beibehalten. Insgesamt wurde lediglich in fünf Fällen aus fachverwandten Instituten ein größeres gemeinsames Institut errichtet. Bei diesen Zusammenlegungen blieben allerdings die vorhergehenden Institutsstrukturen weitgehend unangetastet.

16.17.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise des BMWF, weil die durch die Einrichtung größerer Einheiten gegebenen Möglichkeiten zu Einsparungen nicht in ausreichendem Maße genützt wurden. Er empfahl daher, verstärkt Verwaltungskonzepte für mehrere Institute zu erarbeiten, die eine Zusammenfassung der Verwaltungstätigkeit ermöglichen. Weiters wären zusätzliche gemeinsame Einrichtungen für Institute gem § 56 UOG zu schaffen.

16.17.3 Lt Stellungnahme des BMWF habe sich die Institutsneugliederung nach dem UOG an der UFB wegen der vorgegebenen Personalverhältnisse und der engen Verbindung zwischen Universität und außeruniversitärer Praxis besonders schwierig gestaltet. Die trotz Zusammenlegung einiger Institute weitgehende Beibehaltung der alten Strukturen wurde vom BMWF bedauert.

16.17.4 Der RH hielt es dennoch für geboten, die UFB von der Sinnhaftigkeit größerer Institutseinheiten zu überzeugen.

16.18.1 Die im Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur vom 10. Juli 1969 vorgesehenen Prüfungsfächer stimmten zu einem wesentlichen Teil weder in ihrer inhaltlichen Begrenzung noch in ihrer Benennung mit den wissenschaftlichen Fächern überein, für die an der UFB Institute errichtet wurden. Bspw sieht das Bundesgesetz für den Studienzweig Forstwirtschaft das Fach „Forstliche Produktionslehre" als Prüfungsfach der 2. Diplomprüfung vor. Für diesen Fachbereich wurden jedoch die Institute Waldbau, Forstliche Ertragslehre, Forstökologie und Forstentomologie sowie Forstschutz errichtet.

16.18.2 Der RH erachtete diese Institutsgliederung als nicht im Einklang mit § 46 Abs 5 UOG stehend, wonach die Errichtung von zwei oder mehreren Instituten für dasselbe wissenschaftliche Fach unzulässig ist. Er empfahl daher, bei Instituten auf die im Studienrichtungsgesetz vorgesehenen Prüfungsfächer Bedacht zu nehmen.

16.18.3 Das BMWF gab hiezu noch keine Stellungnahme ab.

16.19.1 Gem § 1 des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1969 über Studienrichtungen der Bodenkultur sind die betreffenden Studienrichtungen im Sinne der Grundsätze und Ziele des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes (AHStG) zu gestalten. Die Studienziele der jeweiligen Studienabschnitte wurden jedoch nicht im einzelnen umschrieben, obwohl dies gem § 3 Abs 1 lit d AHStG den besonderen Studiengesetzen vorbehalten ist.

16.19.2 Wie der RH kritisch vermerkte, erfolgte mangels Umschreibung der Studienziele im besonderen Studiengesetz eine unterschiedliche Ausbildung in den einzelnen Fächern der verschiedenen Studienzweige ohne ausreichende gesetzliche Grundlage. Er regte eine entsprechende Gesetzesinitiative an.

16.19.3 Das BMWF sah die Umschreibung der Studienziele der einzelnen Studien in der zuletzt genannten Bestimmung nicht als zwingend an.

16.19.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht, weil genau umschriebene Studienziele wohl für das Ausmaß der erforderlichen Vertiefung in den einzelnen Studienfächern und sodann für die Festlegung unterschiedlicher Stundenausmaße bestimmter Fächer in den einzelnen Studienzweigen grundlegend seien.

16.20.1 Im Vorlesungsverzeichnis bezeichneten mehrere Institute ihre Untergliederungen, die Teilgebiete wissenschaftlicher Fächer betrafen, als Fachgebiete. Dies geschah insb in jenen Fällen, in denen ordentliche Professoren diese vertraten.

16.20.2 Der RH empfahl, in Hinkunft die Begriffsbestimmungen des UOG zu beachten, wonach unter „Abteilung" die Gliederung eines Institutes, unter „Fachgebiet" aber die Zusammenfassung mehrerer wissenschaftlicher Fächer bezeichnet ist.

16.20.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei die Gliederung in Fachgebiete in jenen Instituten erfolgt, für die noch keine Institutsordnungen mit entsprechender Abteilungsgliederung erlassen worden seien. Das BMWF werde jedoch der Empfehlung des RH nachkommen.

16.21.1 Für die Studienrichtungen Forst- und Holzwirtschaft, Kulturtechnik und Wasserwirtschaft sowie Lebensmittel- und Gärungstechnologie wurde im Studienjahr (Stj) 1982/83 die Inskription von Freifächern in einem jeweils genau festgelegten Stundenausmaß für verbindlich erklärt.

16.21.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, weil dadurch möglicherweise zusätzliche Lehrveranstaltungen erforderlich wurden. Er empfahl, den verbindlichen Besuch von Freifächern aus den Studienordnungen und Studienplänen zu streichen.

16.21.3 Lt Stellungnahme der Vorsitzenden der betreffenden Studienkommissionen sei die Vorschreibung dieser Freifächer zur Inskription aus didaktischen Gründen sinnvoll und überdies einvernehmlich mit dem BMWF erarbeitet und von diesem auch genehmigt worden.

16.21.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

16.22.1 Die Anzahl der Studierenden an der UFB nahm in den vergangenen Stj überdurchschnittlich zu, was eine erhöhte Anzahl von Lehrveranstaltungen, aber auch einen stetig wachsenden Bedarf an Personal für die Betreuung der Studenten in zahlreichen Übungen bedingte.

16.22.2 Nach Ansicht des RH wäre eine unzureichende Erfüllung der Lehraufgaben geeignet, eine Verlängerung der Studienzeit durch Wartezeiten bis zur Zulassung zu einer Prüfung oder aber eine ungenügende Ausbildung durch unzureichende Betreuung in Vorlesungen und Übungen zu bewirken.

16.22.3 Das BMWF erklärte sich bemüht, die vordringlichsten Stellenplananträge der UFB zu befriedigen, hielt aber einen der Anzahl der Studierenden entsprechenden Zuwachs an Planstellen derzeit nicht für möglich.

16.23.1 Für 1984 beantragte die UFB insgesamt 48 zusätzliche Planstellen für Universitätsassistenten, davon sieben als besonders vordringlich. Darunter befand sich ein Antrag des Institutes für Waldbau, den dieses bereits zum 19. Male vorlegte und der in den letzten Jahren stets vorrangig gereiht war.

16.23.2 Der RH erachtete die oftmalige Wiederholung einer Antragstellung als verwaltungsökonomisch unzweckmäßig. Im Falle einer als unberechtigt beurteilten Antragstellung wäre dies dem Institutsvorstand zeitgerecht mitzuteilen.

16.23.3 Lt Mitteilung des BMWF wurde dem Institut für Waldbau im Wege einer personellen Umschichtung nunmehr eine zusätzliche Planstelle zugeteilt.

16.24.1.1 Für 1984 beantragte die UFB weiters 59 Planstellen für sonstige Bedienstete, davon zwölf als besonders vordringlich.

16.24.1.2 Wie erhoben wurde, wiesen insb zahlreiche Laborbereiche der UFB eine ungenügende Personalausstattung auf, so daß verschiedentlich Professoren Laborarbeiten vornahmen. An einzelnen Instituten wurden wiederum Laboranten wegen Personalknappheit zT zu Reinigungsarbeiten herangezogen.

16.24.2 Der RH erachtete eine sparsame, aber den dringenden Bedürfnissen gerecht werdende Personalausstattung für zweckmäßig.

16.25.1.1 Die Raumkommission der UFB beschäftigte sich seit dem Jahre 1977 jährlich in mehreren Sitzungen mit dem steigenden Raumbedarf der einzelnen Institute. Den Erhebungen zufolge stieg die Anzahl der Bediensteten von rd 300 (1970) auf 535 (1978), die durchschnittliche Hörerzahl von 1 250 (1970) auf 3 400 (1982). Diesem Zuwachs stand bis 1978 ein Nutzflächenzuwachs von 6 vH gegenüber. Zur Behebung der auftretenden Raumknappheit begannen verstärkt Überlegungen für einen Neubau.

16.25.1.2 Als kurzfristige Maßnahme siedelte die UFB einzelne Institute in angemieteten Wohnungen im Nahbereich der Universität an. Diese Anmietungen stellten eine Weiterführung von vormaligen Außenstellen der Wirtschaftsuniversität dar, die diese nach Fertigstellung ihres Neubaus nicht mehr benötigte. Das BMWF erhob keinen Einwand gegen die Fortsetzung der Mietverhältnisse, obwohl erhebliche Kosten anfielen. Diese betrugen bspw für vier Mietwohnungen für die Monate Juli bzw August 1982 bis Dezember 1982 rd 367 000 S.

16.25.2 Der RH erachtete eine längerfristige Weiterführung dieser Anmietungen für unwirtschaftlich und empfahl, ehestens zielführende Überlegungen zur Beseitigung der vorhandenen Raumknappheit anzustellen.

16.25.3 Lt Mitteilung des BMWF seien im Zusammenwirken mit dem BMF und dem BMBT zwei Gebäude erworben worden. Zusammen mit den noch möglichen Verdichtungen im Hauptstandort werde es voraussichtlich gelingen, die räumlichen Bedürfnisse weitestgehend zu erfüllen.

16.26.1 Trotz Raumknappheit in verschiedenen Bereichen der UFB waren andererseits einzelne Räumlichkeiten nicht sinnvoll genutzt. Bspw verfügten zahlreiche Institute über Dunkelkammern sowie über teilweise große Räume, die überwiegend Bibliothekszwecken gewidmet waren. An einigen Instituten bestanden voneinander unabhängig arbeitende Werkstätten. Weiters erhielt ein außerhalb der Universitätsorganisation stehendes Verpackungslabor für Lebensmittel und Getränke aufgrund eines Beschlusses des Professorenkollegiums vom November 1960 Räumlichkeiten im Ausmaß von rd 120 m² zur Verfügung gestellt. Auch die Gesellschaft zur Förderung der UFB verfügte über Räumlichkeiten.

16.26.2 Der RH empfahl Überlegungen zur verstärkten Freimachung solcher Räumlichkeiten. Insgesamt wäre die bisherige Raumzuteilung zu überdenken und eine Mehrfachausstattung an Geräten und Maschinen durch eine Zentralisierung von Werkstätten zu vermeiden.

16.26.3 Die UFB sicherte derartige Überlegungen im Rahmen der Einbeziehung von neuen Räumlichkeiten zu, erklärte aber die Raumzuteilung an außeruniversitäre Einrichtungen für zweckmäßig.

16.26.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

16.27.1 Im Feber 1982 schloß das BMWF mit der Leitung des Stiftes Zwettl einen Vertrag über ein Forschungsprojekt mit einem Finanzierungsrahmen von rd 1,2 Mill S ab, das vom Institut für Wasserwirtschaft wissenschaftlich betreut und geleitet wurde.

16.27.2 Nach Auffassung des RH wäre der gegenständliche Forschungsauftrag gem § 15 Abs 4 des Forschungsorganisationsgesetz (FOG) unmittelbar an das Institut für Wasserwirtschaft zu vergeben gewesen. Er empfahl, in Hinkunft Forschungsprojekte, bei deren Antragstellung bereits die Durchführung durch ein Universitätsinstitut zu ersehen ist, diesem Institut unmittelbar zu erteilen.

16.27.3 Das BMWF hielt die Übertragung des Forschungsauftrages an das Stift Zwettl für sachlich gerechtfertigt, weil an diesem Ort das Projekt durchgeführt wurde, das Stift bedeutende Leistungen, vor allem finanzieller Natur, erbrachte und wesentliche organisatorische Aufgaben wahrnahm.

16.27.4 Der RH erwiderte, die wissenschaftliche Leitung eines Projektes hätte für dessen Zuordnung wohl ausschlaggebend zu sein.

16.28.1 Im Jänner 1980 übertrug das BMWF dem Österreichischen Fischereiverband in Scharfling einen Forschungsauftrag. Zur Erfüllung dieses Vertrages schloß der Verband mit einem am Institut für Wasserwirtschaft tätigen Wissenschaftler einen Werkvertrag mit einem Pauschalhonorar von 390 000 S ab. Ein weiterer Werkvertrag mit einem Honorar von 478 000 S ermöglichte die Fortsetzung der Arbeiten.

16.28.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, weil gem § 49 Abs 4 UOG der gegenständliche Forschungsauftrag unmittelbar mit dem Institut für Wasserwirtschaft abzuschließen und im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung des Institutes von der Quästur abzurechnen gewesen wäre.

16.28.3 Nach Ansicht des BMWF waren für den Erfolg des Projektes die einheitliche Projektleitung und die Praxiserprobung von gleichrangiger Bedeutung, weshalb die gewählte Form der Vergabe des Auftrages die günstigste Lösung dargestellt habe.

16.28.4 Da wesentliche Leistungen eines Universitätsinstitutes vorlagen, verblieb der RH bei seiner Ansicht.

16.29.1 Einzelne Institute der UFB schlossen mit Dissertanten, Diplomanden, aber auch mit anderen Studenten Werkverträge über eine Mitwirkung an einzelnen Forschungsvorhaben ab.

16.29.2 Nach Ansicht des RH stand diese Vorgangsweise nicht im Einklang mit der bestehenden Rechtslage. Gem § 23 Abs 6 UOG besitzen Diplomanden und Dissertanten ein auf die Anfertigung der Diplomarbeit bzw Dissertation oder auf das Ausbildungsziel der betreffenden Lehrveranstaltung eingeschränktes Recht auf Benützung von Universitätseinrichtungen für wissenschaftliche Arbeiten. Eine Betrauung von Studenten mit selbständigen Forschungsaufträgen durch ein Institut ist im UOG nicht vorgesehen.

16.29.3 Da jedoch eine derartige Mitwirkung sowohl von den Studenten als auch von den Universitätslehrern gewünscht wird, empfahl der RH, für eine entsprechende gesetzliche Regelung zu sorgen.

16.29.4 Das BMWF bezeichnete es vor allem an der UFB für sinnvoll, Diplomarbeiten und Dissertationen über praxisnahe Themen zu vergeben. Überdies würde solcherart auch eine Finanzierung der anfallenden Reisespesen durch dritte Personen ermöglicht.

16.29.5 Wie der RH erwiderte, sehen die geltenden Vorschriften für die Anfertigung von Diplomarbeiten und Dissertationen grundsätzlich kein Entgelt vor. In einzelnen Fällen wären Werkverträge mit Studierenden auch unabhängig von Diplomarbeiten bzw Dissertationen abgeschlossen worden. Er verblieb bei seiner Empfehlung, die Vorgangsweise einer Regelung zuzuführen.

16.30.1 Die UFB wies wiederholt gegenüber dem BMWF darauf hin, daß ein erheblicher Teil der Diplomarbeiten außerhalb der Universität durchgeführt wurde. Die erforderlichen Arbeiten der Studenten bedürften hiebei einer anleitenden und kontrollierenden Mitwirkung der Universitätslehrer, mehrmals auch an Ort und Stelle. Die erforderlichen Geldmittel für solche Reisen fehlten jedoch.

16.30.2 In Übereinstimmung mit der UFB erachtete es der RH für die im wesentlichen praxisorientierte Ausbildung an der UFB als geboten, die Studenten im Sinne einer bestmöglichen Berufsvorbildung anzuhalten, Diplomarbeiten aus dem Bereich ihrer künftigen Tätigkeit zu wählen. Angehende Fachleute, bspw im Forststraßenbau oder in der Lawinen- und Wildbachverbauung, sollten ihre Kenntnisse auch im Gelände erwerben.

16.30.3 Lt Mitteilung des BMWF seien die für diese Betreuung erforderlichen Kosten mit jährlich 525 000 S anzusetzen. Aufgrund dieser großen finanziellen Belastung sei eine Verwirklichung bisher nicht möglich gewesen. Derartige Überlegungen würden bei künftigen Budgetberatungen berücksichtigt werden.

16.31.1 Gemäß einem Verwaltungsübereinkommen vom November 1972 stellten die Österreichischen Bundesforste der UFB für die Errichtung eines Lehrforstgebäudes im Lehrforst „Rosalia" kostenlos einen Baugrund im Ausmaß von rd 2 000 m² zur Verfügung. In den folgenden Jahren wurden mehrere Pläne des Gebäudes verworfen, so daß seine Errichtung im Feber 1983 weiterhin unabsehbar war.

16.31.2 Der RH bemängelte die Verzögerung des Projektes über die Dauer von elf Jahren.

16.31.3 Lt UFB läge die Endplanung des Gebäudes nunmehr vor. Seine rasche Errichtung werde als vordringlich erachtet.

16.32.1 Aufgrund eines Angebotes einer einschlägig tätigen Firma bestellte der damalige Vorstand des Institutes für angewandte Mikrobiologie im Juni 1974 eine Groß-Sterilisationsanlage zum Preis von 510 000 S. Lt Mitteilung des derzeitigen Institutsvorstandes hat diese Sterilisationsanlage nicht einwandfrei gearbeitet; sie wurde daher bereits 1977 außer Betrieb gesetzt und seither nicht mehr verwendet.

16.32.2 Der RH bemängelte die Verzögerung der Behebung der technischen Gebrechen.

16.32.3 Lt Stellungnahme der UFB seien seinerzeitige Bemühungen zum Erwerb eines anderen Erzeugnisses, das in vieler Hinsicht wesentlich besser geeignet gewesen wäre, ohne Erfolg geblieben.

16.33.1 Wie erhoben wurde, war die Zielsetzung des UOG in bezug auf die Einrichtung einer Zentralbibliothek an der UFB weitgehend noch nicht erfüllt. Zahlreiche Buchbestände befanden sich an den einzelnen Instituten. Ihre Erfassung durch die Universitätsbibliothek unterblieb weitgehend. Die Katalogisierung, Inventarisierung und Verwaltung der zT überaus umfangreichen Bestände an den Instituten wurde vielmehr, und zwar zT überaus mangelhaft, von Institutsbediensteten wahrgenommen.

16.33.2 Nach Ansicht des RH überstiegen Institutsbibliotheken mit 5 000 Bänden den Umfang einer Handbibliothek bei weitem. Abgesehen von den Räumen, welche durch ihre Verwendung für Bibliothekszwecke den eigentlichen Institutszwecken verlorengingen, erschien auch die geordnete Verwaltung und somit eine für wissenschaftliche Zwecke geeignete Verwendung der Bücher nicht in wünschenswertem Umfang gesichert. Der RH empfahl, verstärkt die Zentralbibliothek zur Verwaltung der Institutsbestände heranzuziehen und eine Übergabe der zum Handgebrauch nicht notwendigen Werke an die zentrale Bibliothek zu veranlassen.

16.33.3 Die UFB nahm diese Anregungen zur Kenntnis, bezeichnete jedoch den Raum der Zentralbibliothek für zusätzliche Bücher aus den Institutsbereichen als ungenügend.

16.34.1 An der UFB fand während jedes Stj eine Reihe von wissenschaftlichen Veranstaltungen statt, die zT während des Lehrbetriebes, zT in den Abendstunden durchgeführt wurden. Infolge der großen Anzahl von Teilnehmern sah sich die UD meist genötigt, dafür einen der beiden großen Hörsäle bereitzustellen. Da sich die Veranstaltungen verschiedentlich über mehrere Tage erstreckten und wegen der großen Anzahl von Hörern eine Verlegung der zu dieser Zeit angesetzten Lehrveranstaltungen (LV) in kleinere Hörsäle meist nicht möglich war, ergaben sich Engpässe im Lehrbetrieb, die auch zur Absage von LV (bspw innerhalb von zwei Monaten in 52 Fällen) führten.

16.34.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise und empfahl, künftig nach Möglichkeit die vorlesungsfreie Zeit sowie verstärkt Wochenende für diese im § 105 UOG vorgesehenen Veranstaltungen heranzuziehen.

16.34.3 Die UFB bezeichnete die Weiterbildung von Absolventen als eine wesentliche Aufgabe der Universität und die als Folge der Raumknappheit erfolgten Absagen von LV in ihrem Ausmaß als vertretbar.

16.34.4 Der RH folgte letzterer Beurteilung nicht und empfahl, die allfällige Mitbenützung von Räumen der seinerzeitigen Wirtschaftsuniversität zu überlegen.

16.35 Weiters bemängelte der RH die ungenügenden Maßnahmen zur Erreichung eines wirkungsvollen Brandschutzes. Lt Mitteilung der UFB wurden die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt.

Studienbetrieb

16.36.1 Die Gesamtzahl der an der UFB inskribierten Studenten erhöhte sich jährlich durchschnittlich um 14 vH und stieg von 2 569 Studenten (1979/80) auf 3 828 Hörer (1982/83). Zu dieser Entwicklung trug der im Stj 1981/82 erstmalig angebotene Studienversuch über Landschaftsökologie und Landschaftsgestaltung wesentlich bei, der großes Interesse fand.

16.36.2 Da der steigenden Hörerzahl eine verminderte Anzahl der remunerierten Lehraufträge gegenüberstand, hielt der RH neue und erweiterte Lehrangebote für erforderlich.

16.37.1 Die durch den großen Andrang bedingte Teilung verschiedener LV brachte eine erhebliche Belastung der Universitätsassistenten mit sich. Im Sommersemester (SS) 1982 bspw erbrachten einzelne Universitätsassistenten bis zu 21,9 Stunden wöchentlich an Lehrtätigkeit. Wenngleich es sich bei der Lehrtätigkeit der Assistenten überwiegend um die Betreuung von Übungen handelte, war auch für diese Aufgabe eine zT erhebliche Vorbereitungszeit erforderlich.

16.37.2 Wie der RH kritisch vermerkte, beschränkte der überwiegende Einsatz der Universitätsassistenten im Lehrbereich deren Möglichkeit, der Verpflichtung zur wissenschaftlichen Arbeit nachzukommen.

16.38.1 Studenten, die LV bereits erfolgreich abgeschlossen hatten, mußten vielfach mit der Teilnahme an der zugehörigen Übung auf ein späteres Semester warten. Derartige Unzulänglichkeiten im Studienbetrieb trugen wesentlich zur Erhöhung der durchschnittlichen Verweildauer von sieben Jahren (1970) auf bereits 10,5 Jahre (1979) bei.

16.38.2 Der RH erachtete es für dringend geboten, die Studiendauer dem vorgesehenen Zeitraum anzunähern.

16.38.3 Lt Stellungnahme der UFB verursache die geringe personelle Ausstattung und die beschränkte Möglichkeit zur Gewährung von remunerierten Lehraufträgen große Schwierigkeiten, den Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten. Durch die Belastung in der Lehre bestehe außerdem die Gefahr einer Vernachlässigung der Forschung.

16.38.4 Der RH ersuchte um eine ergänzende Stellungnahme betreffend die vorgesehenen Maßnahmen zur Einhaltung der vorgesehenen Studiendauer.

16.39.1 Zahlreiche Professoren der UFB wiesen eine Lehrtätigkeit auf, die erheblich über der anderer Universitäten lag und in Einzelfällen weit über 30 Stunden wöchentlich ausmachte. Allerdings erreichten verschiedentlich LV unter der Bezeichnung „Anleitung zu wissenschaftlichen Arbeiten" sowie „Durchführung einer Diplomarbeit" bis zu 75 vH ihrer Lehrtätigkeit.

16.39.2 Da sich diese LV nicht ohne weiteres in die im § 16 AHStG angeführte Lehrtätigkeit einordnen und von den gleichfalls zahlreich angebotenen LV „Diplomandenseminar" und „Privatissimum" schwer abgrenzen ließen, erachtete der RH eine Klärung für angebracht. Falls diese LV künftig in gleichem Maße wie alle anderen bei der Bezahlung von Kollegiengeld berücksichtigt werden, wäre die hiefür erbrachte Arbeitsleistung in nachvollziehbarer Form festzuhalten.

16.39.3 Lt Stellungnahme der UFB sei der Arbeitsaufwand für die Betreuung von Diplomanden schwierig zu bestimmen. Einer der betroffenen Professoren legte eine Aufstellung vor, derzufolge er 139 Stunden eines Semesters für die Betreuung von Diplomanden aufwendete.

16.39.4 Der RH erbat eine eingehendere Stellungnahme.

16.40.1 Die sechsstündige LV „Volkswirtschaftslehre" mußte von allen Studenten sämtlicher Studienrichtungen durch eine Prüfung erfolgreich abgeschlossen werden. In den vergangenen Jahren hielt diese Vorlesung ausschließlich ein Ordinarius ab.

16.40.2 Im Sinne der von den Universitäten grundsätzlich angestrebten Meinungsvielfalt erachtete es der RH für angebracht, dieses zu einem zentralen Wissensbereich erklärte Fachgebiet von mehreren Vortragenden anbieten und prüfen zu lassen.

16.40.3 Lt Stellungnahme der UFB sei eine vielfältigere Vermittlung von Wissensgebieten im allgemeinen durch Personalmangel begrenzt, im vorliegenden Falle jedoch zwischenzeitlich ein zweiter Prüfer bestellt worden.

16.41.1 Im Jahre 1971 beantragte die UFB die Errichtung einer Lehrkanzel für Physik, an der auch Meteorologie betreut werden sollte. Mangels Einigung in den langwierigen Berufungsverhandlungen wurde 1977 von der Besetzung der Planstelle vorerst abgesehen. Das erforderliche Lehrangebot wurde weiterhin in Form von remunerierten Lehraufträgen abgedeckt.

Im Jahre 1978 wurde die Planstelle umbenannt und ein Institut für „Meteorologie, Klimatologie und Grundlagen der Physik" geschaffen. Die Ausschreibung dieser Planstelle erfolgte im November 1979.

Die mit 1. Oktober 1981 auf die Planstelle eines ordentlichen Universitätsprofessors für Meteorologie und Klimatologie ernannte Ordinaria erhielt bei ihrer Berufung eine günstige Einstufung. Die Ordinaria bot im Wintersemester (WS) 1982/83 keine LV an. Für das SS 1983 kündigte sie, ebenso wie im vorjährigen SS, eine zweistündige Vorlesung und eine einstündige Übung an. Sie bekundete die Absicht, auch künftig die Vorlesungs- und Übungstätigkeit ausschließlich auf das SS zu beschränken, um im WS nachhaltige Forschungsarbeit durchführen zu können. Die Vorlesung aus Physik im Ausmaß von sechs Wochenstunden hielt wie bisher ein Lehrbeauftragter.

16.41.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise bei dieser Berufung, weil ein wesentlicher Bereich des Grundlagenfaches Physik weiterhin durch einen remunerierten Lehrauftrag abgedeckt werden mußte. Im übrigen erschien das Lehrangebot des Institutsvorstandes äußerst gering.

16.41.3 Lt Stellungnahme der UFB sei bei dem für den Agrarbereich sachbezogen gewählten Schwerpunkt Meteorologie und Klimatologie die vollständige Betreuung der physikalischen Grundlagen durch einen Bewerber nicht anzunehmen gewesen.
Lt Stellungnahme des BMWF sei wohl in der Ausschreibung die Betreuung einführender LV in Teilbereiche der Physik erwähnt, im Ernennungsdekret jedoch lediglich die Lehrverpflichtung zur ordnungsgemäßen Vertretung des Faches Meteorologie und Klimatologie angeführt worden.

16.41.4 Der RH erbat weitere Ausführungen bezüglich des geringen Lehrangebotes.

16.42.1 Wie erhoben wurde, fanden Vorlesungen ohne vorherige Ankündigung nicht zum angegebenen Zeitpunkt statt. Verschiedentlich beschränkte sich der Besuch der LV auf ein bis zwei Hörer.

16.42.2 Nach Ansicht des RH wäre ein unzureichender Besuch zum Anlaß zu nehmen, die Notwendigkeit dieser LV zu überprüfen oder sie erforderlichenfalls in größeren zeitlichen Abständen anzubieten. Unter Umständen könnte auch eine geänderte Problemstellung durch den Vortragenden das Interesse der Studierenden neu beleben.

16.42.3 Die UFB stimmte den Überlegungen zu.

16.43.1 Im Vorlesungsverzeichnis der UFB fehlte durchgehend die Angabe der Vorlesungszeit, die sodann lt Aushang „nach Vereinbarung" erfolgen sollte. Die Abhaltung von LV in Blockform erfolgte oftmals, wurde aber nur in Einzelfällen erwähnt.

16.43.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, die es den Studierenden mangels rechtzeitiger Information schwierig machte, eine auf die Vorlesungszeiten der LV abgestimmte Inskription vorzunehmen.

16.43.3 Die UFB berief sich auf die geringe Hörsaalkapazität und die zeitgerechte Abstimmung der LV mit den Studenten. Die gewünschten Änderungen in der derzeitigen Vorgangsweise würden in den Studienkommissionen beraten.

16.43.4 Der RH ersuchte um Bekanntgabe der diesbezüglichen Beschlüsse.

16.44.1 Wie aus den Ankündigungen über den tatsächlichen Beginn ersichtlich war, wurde eine größere Anzahl von LV jeweils erst in der 3. Woche des Semesters begonnen. Überdies bewirkte die Abhaltung von LV in Blockform verschiedentlich deren Anfall in Teilen, manchmal überhaupt erst am Ende des Semesters.

16.44.2 Im Sinne der Verpflichtung gem § 19 AHStG, jede LV in wenigstens 14 Wochen eines Semesters anzubieten, erachtete es der RH für angebracht, unverzüglich zu Beginn des Semesters mit den LV zu beginnen. Die Abhaltung weiterhin als erforderlich erachteter Block-LV wäre bereits zu Semesterbeginn bekanntzugeben und mit dem gesamten Vorlesungsbetrieb abzustimmen.

16.44.3 Die UFB nahm die Anregungen zur Kenntnis.

16.45.1 Die Leiter von verschiedenen LV hielten die vorgesehenen Prüfungen in überaus gedrängter Form ab. Bspw nahm ein Professor im SS 1982 an einem Tag 196 Prüfungen ab, ein Lehrbeauftragter prüfte an einem Tag 132 Studenten über seine Vorlesung und die dazugehörige Übung. Wie hiezu erklärt wurde, seien die Kenntnisse der Kandidaten verschiedentlich bereits durch die Mitarbeit in der LV bekannt gewesen. Als Abgeltung für die geleistete Tätigkeit wurden jedoch in allen Fällen 107 S je Prüfung - in gleicher Höhe wie bei Abnahme einer Staatsprüfung - gewährt.

16.45.2 Der RH empfahl, eine Abstufung in der Höhe des Entgeltes je nach dem tatsächlich erforderlichen Aufwand zu überlegen.

16.45.3 Lt Stellungnahme der UFB nehme die Ausbesserung schriftlicher Arbeiten verschiedentlich umfangreiche Zeit in Anspruch. Das BMWF berief sich auf die geltende Gesetzeslage.

16.45.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung.

16.46.1 Eine von einem Ausländer angebotene LV schien zwar bereits seit mehreren Jahren im Vorlesungsverzeichnis auf, allerdings war der Vortragende durch weltpolitische Ereignisse an der Erfüllung seiner Verpflichtung gehindert.

16.46.2 Der RH erachtete ein derartiges Lehrangebot, das immerhin von 36 Studenten inskribiert worden war, ohne Ersatzstellung für unzweckmäßig.

16.46.3 Lt Mitteilung des UFB wurde von diesem Lehrangebot nunmehr Abstand genommen.

16.47.1 Die UFB erhielt im Jahre 1982 rd 172 000 S an Einnahmen aus Studienbeiträgen und Taxen, wobei vor allem Studienbeiträge von Ausländern anfielen.

16.47.2 Da sich seit dem Inkrafttreten des Hochschul-Taxengesetzes 1972 das Lohn- und Preisgefüge wesentlich geändert hat, empfahl der RH dem BMWF, um eine Anpassung der Taxen bemüht zu sein.

16.47.3 Lt BMWF wird eine entsprechende Gesetzesnovelle vorbereitet.

Verwaltungsaufwand

16.48.1 Der Vorstand des Institutes für Bodenforschung und Baugeologie erwarb mit Zustimmung des BMWF im Juli 1981 ein Plasma-Emissionsspektrometer im Wert von 1,3 Mill S. Mangels des erforderlichen Bedienungspersonals konnte das Gerät jedoch vorerst nicht in Betrieb genommen werden. Im September 1982 erklärte sich das BMLF bereit, ab März 1983 einen Vertragsbediensteten für die Dauer eines Jahres bis zu zwei Tage in der Woche dem Institut unter der Bedingung zuzuteilen, daß dieser zur Hälfte seiner Tätigkeit chemische Bodenuntersuchungen der Bundesanstalt für Bodenkartierung und Bodenschutz an dem Gerät durchführen könne.

16.48.2 Der RH bemängelte die Genehmigung zur Anschaffung des Gerätes, obwohl kein Bedienungspersonal dafür bereitgestellt werden konnte.

16.48.3 Das BMWF begründete die Genehmigung mit Zusagen bei den Berufungsverhandlungen. Dabei habe der Institutsvorstand erklärt, vorübergehend das Gerät mit dem am Institut beschäftigten Personal in Betrieb nehmen zu können.

16.48.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung, in Hinkunft Geräte stets erst nach gesicherter Zuweisung der erforderlichen Planstelle zu beschaffen.

16.49.1 Die fotografische Ausrüstung der Institute wies eine starke Typenaufsplitterung auf. Bei 21 Instituten bestanden überdies Dunkelkammern unterschiedlichster Ausstattung.

16.49.2 Da der RH die Fotoausarbeitung in außeruniversitären Labors für kostengünstiger erachtete, empfahl er, die Auflassung nicht unbedingt benötigter Dunkelkammern, die Zusammenfassung der vorhandenen Geräte in einem zentralen Pool und den Verzicht auf Neuanschaffungen.

16.49.3 Lt Stellungnahme der UFB erfordere die wissenschaftliche Dokumentation eine gute fototechnische Ausstattung, die Möglichkeiten einer Vereinheitlichung würden jedoch überprüft.

16.50.1 In einem Hörsaal baute die UFB eine Projektionskabine und ein Vorführgerät für 35-mm-Kinofilme um rd 480 000 S ein. Der Hörsaal wurde jedoch von der zuständigen Behörde für die Vorführung von Filmen nicht zugelassen.

16.50.2 Der RH bemängelte die mangelhafte Bauplanung.

16.50.3 Lt Mitteilung der UFB werde das Gerät, wenn die Voraussetzungen für seine Inbetriebnahme nicht noch nachträglich geschaffen werden können, im Sachgüteraustausch zur Verfügung gestellt werden.

16.51.1 An Fernsprechgebühren hatte die UFB im Jahre 1982 rd 770 000 S, dh um 28,2 vH mehr als 1978 zu entrichten. Die rückerstatteten Kosten für private Ferngespräche gingen gleichzeitig von 5,2 vH der Gesamtsumme (1978) auf 1,8 vH (1982) zurück. Privatgespräche wurden über die Quästur abgerechnet, vielfach aber wesentlich verspätet bezahlt.

16.51.2 Der RH empfahl, die Notwendigkeit der dienstlichen Ferngespräche durch den zuständigen Institutsvorstand monatlich bestätigen zu lassen und die Abrechnung privater Ferngespräche zu beschleunigen.

16.51.3 Die UFB hat Entsprechendes veranlaßt.

16.52.1 Die Reinigungsarbeiten führten fortlaufend acht VB und 15 Mitarbeiter einer - ohne vorherige Ausschreibung - betrauten Reinigungsfirma durch; letzterer wurden 1981 und 1982 jeweils rd 3 Mill S bezahlt.

16.52.2 Der RH bemängelte das Fehlen von Ausschreibungen und empfahl, die Preisangemessenheit der Vertragsfirma durch Einholung von Vergleichsangeboten zu überprüfen.

16.52.3 Die UFB sicherte dies zu.

16.53.1 Das BMWF gewährte im Jahre 1981 verschiedenen Bediensteten der UFB Reisekostenzuschüsse (RKZ), welche die Quästur weisungsgemäß bei Sozialleistungen verbuchte.

16.53.2 Der RH bemängelte - wie schon anläßlich von Gebarungsüberprüfungen bei anderen Universitäten (vgl TB 1978 Abs 25.38.2, TB 1979 Abs 24.18.2, TB 1980 Abs 19.20.2, TB 1981 Abs 16.18.2 und TB 1982 Abs 29.63.2) - die fehlende gesetzliche Grundlage für eine derartige Verbuchung. Er ersuchte gleichzeitig, bis zu einer gesetzlichen Regelung dieses Bereiches eine weitestgehende Zurückhaltung bei der Gewährung von RKZ zu üben.

16.53.3 Das BMWF erklärte sich neuerlich um die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bemüht.

16.54.1 Wie erhoben wurde, hat die UFB eine überaus große Anzahl von Reiserechnungen der Buchhaltung des BMUK unvollständig und mangelhaft ausgefüllt vorgelegt.

16.54.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil nach den Bestimmungen der Reisegebührenvorschrift (RGV) und einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom Juni 1967 jeder Beamte die Angaben für das Ausmaß der Reisezulage und der Reisekostenvergütung aus eigener Kenntnis zu machen hat. Weiters empfahl er dem BMWF, im Einvernehmen mit dem BKA grundsätzliche Überlegungen anzustellen, den Universitäten und Kunsthochschulen - mit dem Ziele einer Entlastung der Buchhaltung und einer wirksameren Kontrolle - die Überprüfung von Reiserechnungen zu übertragen.

16.54.3 Lt Stellungnahme des BMWF würden bei Vorliegen größerer Mängel die Reiserechnungen zur Berichtigung rückgemittelt. Die empfohlene Übertragung der Überprüfung sei nach den bisherigen Erfahrungen nicht zweckmäßig.

16.54.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung.

16.55.1 Die Betreuung der an der UFB in Betrieb stehenden Kraftfahrzeuge nahm zT die Wirtschaftsabteilung, zT aber auch das jeweilige Institut vor, das über das Fahrzeug verfügte. Dadurch bedingt unterblieb verschiedentlich die erforderliche Überprüfung eines zweckmäßigen Einsatzes.

16.55.2 Der RH erachtete es für zweckmäßig, die verwaltungsmäßige Betreuung sämtlicher Kraftfahrzeuge der Wirtschaftsabteilung zuzuordnen. Weiters bemängelte er die Form der Behandlung von Treibstoffrechnungen.

16.55.3 Die UFB nahm die empfohlenen Änderungen vor.

16.56.1 Mit dem der UD zur Verfügung stehenden Pkw wurden in siebenjähriger Betriebszeit lediglich rd 39 000 km zurückgelegt. Die Kilometerleistung im Jahre 1981 betrug bspw nur knapp 3 000 km.

16.56.2 Der RH empfahl, bei einem späteren Ausscheiden des noch als überaus gepflegt zu bezeichnenden Fahrzeuges von einer Neuanschaffung Abstand zu nehmen.

16.56.3 Die UFB gab hiezu noch keine Stellungnahme ab.

16.57.1 Die Wirtschaftsabteilung erwarb im Jahre 1982 mehrere Schreibmaschinen, obwohl noch keine Anforderung durch Institute vorlag. Der RH fand fünf dieser Schreibmaschinen in einem Lagerraum im Keller vor.

16.57.2 Der RH bemängelte diesen Ankauf, der teilweise überdies unter verspäteter Ausstellung eines Bestellscheines erfolgte.

16.57.3 Lt Stellungnahme der UFB bestand auch ohne schriftliche Anträge großes Interesse an neuen Schreibmaschinen. Überdies wäre die Wirtschaftsabteilung bestrebt, preisgünstig einzukaufen.

16.57.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

16.58.1 Im Oktober 1981 ließ die UD vorerst probeweise eine Textverarbeitungsanlage (TVA) aufstellen. Die Lieferfirma bot das Textsystem samt einem Programmpaket zu einem Preis von rd 363 000 S an. Zusätzlich legte sie ein Angebot zur Entwicklung von Software für die Inventarverwaltung zum Preis von 60 000 S vor. Nachdem mehrere Vorstellungen des Universitätsdirektors um Genehmigung der Anlage und der Software beim BMWF erfolglos geblieben waren, bestellte er die Anlage im Dezember 1981. Erst im Juni 1982 erfolgte die Genehmigung durch das BMWF.

16.58.2 Der RH bemängelte die vom Universitätsdirektor gewählte Vorgangsweise, insb dessen eigenmächtige Entscheidung, ein Programmpaket für eine den Richtlinien für die Inventar- und Materialverwaltung des Bundes (RIM) nicht entsprechende Inventarisierung im Wert von 60 000 S ohne Genehmigung des BMWF zu bestellen. Ferner beanstandete der RH die Vorgangsweise des BMWF, das letztlich die Kosten für das ohne seine Genehmigung bestellte und mangelhafte Inventarisierungsprogramm übernahm.

16.58.3 Die UFB bezeichnete die Anschaffung wegen des geringen Personalstandes als erforderlich. Sie sollte einen Beitrag einer kleinen Universität zur Durchführung einer Inventarisierung mittels ADV darstellen. Weiters stelle die gewählte Inventarführung nach Ansicht des Universitätsdirektors keine wesentliche Abweichung von der RIM dar.
Lt Stellungnahme des BMWF sei es in nachträglichen Verhandlungen mit der Lieferfirma gelungen, den Kaufpreis auf 297 000 S zu verringern. Die Vorgangsweise des Universitätsdirektors sei jedoch nicht ordnungsgemäß gewesen.

16.58.4 Der RH verblieb bei seiner Beanstandung.

16.59.1 Im Feber 1982 führte die Wirtschaftsabteilung eine Ausschreibung für die Bestuhlung eines Hörsaales durch. Von den sechs beteiligten Firmen erhielt jene den Zuschlag, die mit 207 000 S das preislich höchste Angebot vorlegte und gegenüber dem Billigstbieter einen Preisunterschied von 43 000 S aufwies. Eines der günstigeren Angebote beinhaltete darüber hinaus einen Medienschrank, den die UFB letztlich um zusätzlich rd 15 600 S erwarb.

16.59.2 Der RH bemängelte die Art der Auftragserteilung, zumal zur Entscheidung über die Auftragsvergabe anstelle der Fachgruppenkommission die Universitätsverwaltung zuständig gewesen wäre.

16.59.3 Nach Mitteilung der UFB sei die UD mit der Auftragsvergabe durch die Kommission einverstanden gewesen, die sie für besser befähigt erachtet habe, die Qualität und Preisangemessenheit der Angebote zu beurteilen.

16.59.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

16.60.1 Wiederholt legten bei den von Instituten getätigten Ankäufen die Käufer die von ihnen bereits vorweg bezahlten Rechnungen der Quästur vor und ersuchten um Überweisung des Rechnungsbetrages auf ihr privates Konto.

16.60.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise und empfahl gleichzeitig, künftig eine Trennung bei der Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit vorzunehmen.

16.60.3 Die UFB stimmte den Überlegungen zu.

16.61.1.1 Im Jahre 1975 erfolgte die Inbetriebnahme des Franz Schwackhöfer-Haus benannten Institutsneubaues. Bei der Ausführung des Baues, der als Versuchsbau für die Erprobung neuer Baumethoden bezeichnet wurde, fand im Gegensatz zur üblichen Bauausführung überwiegend Stahl bestimmter Art Verwendung. Auf die Forderung der UFB, vor der Planung Vergleichsangebote für eine andere Bauweise einzuholen, wurde vom BMWF nicht näher eingegangen.

16.61.1.2 Nach Inbetriebnahme des Gebäudes zeigten sich zT erhebliche Mängel. So erwies sich die Raumaufteilung des Gebäudes nicht in allen Bereichen als günstig. Übermäßig große Gangflächen verringerten die Arbeitsflächen. Infolge mangelhafter Isolierung der Außenwände trat im Sommer durch starke Wärmeabstrahlung eine übermäßige Erhöhung der Raumtemperatur und im Winter eine starke Kälteeinstrahlung auf. Die Montage von Außenjalousien erbrachte nicht in allen Fällen eine Verringerung der Wärmebelastung, führte aber zu zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Wartung und Reparatur. Eine ausreichende Schallisolierung zwischen den Räumen fehlte. Trotz des als Schutzschicht vorgesehenen Rostbelages trat vor allem bei den Hohlräumen der Profilbleche, im Bereich des Fundamentes des Gebäudes, aber auch an einer Auffahrtsrampe, eine übermäßig starke Rostentwicklung auf.

16.61.1.3 Für den im Keller des Gebäudes untergebrachten Chemikalienraum waren Be- und Entlüftung sowie Versorgungsleitungen nicht zweckentsprechend. Eigene Auffangmöglichkeiten für ausfließende Chemikalien und ihre Behandlung als Sondermüll waren nicht vorgesehen, die Ableitung erfolgte in das allgemeine Kanalsystem. Die Absonderung radioaktiven Materials erschien bei starker Auslastung des Isotopenlabors als möglich.

16.61.1.4 In einem Schreiben vom November 1982 äußerten die Vorstände von vier Universitätsinstituten schwere Bedenken, weil im Gebäude aufgrund seiner unkonventionellen Stahlbauweise sämtliche vertikalen und horizontalen tragenden Stahlteile mit Asbestzement umkleidet seien, was in den zwar durch eine nicht dichtende, abgehängte Zwischendecke verdeckt wurde, eine Anreicherung der Luft mit gesundheitsschädlichen Asbestfasern aber nicht ausschloß.

16.61.2 Der RH sah erhebliche Nachteile in der Errichtung eines Universitätsgebäudes in Form eines Versuchsbaues. Darüber hinaus ließ ein Teil der Mängel Fehlleistungen der ausführenden Firmen und eine ungenügende Kontrolle durch die zuständigen Bediensteten erkennen. Der RH empfahl die eheste Beseitigung der sicherheitstechnischen Fehler, die vordringliche Untersuchung des Schadstoffgehaltes der Luft und eine Instandsetzung der schadhaften Blechteile.

16.61.3 Wie das BMWF mitteilte, sei vom zuständigen BMBT eine Stellungnahme erbeten worden. Diese werde nach ihrem Einlangen übermittelt werden.

16.61.4 Ungeachtet der unbestrittenen Zuständigkeit des BMBT für die Bauführung sah der RH eine befriedigende Lösung nur in Zusammenarbeit mit den Benützern als zielführend an.

16.62.1 Wie im Bereich der Quästur erhoben wurde, sind bei der Ausstellung von Zahlungs- und Verrechnungsaufträgen wiederholt die Unvereinbarkeitsbestimmungen unbeachtet geblieben und fehlten Vermerke über die Kontierungsprüfung ebenso wie die Unterschrift eines Zeichnungsberechtigten. Ausbesserungen erfolgten in Form von Überschreibungen, Lackierungen, Radierungen usw. In einer Vielzahl von Fällen unterzeichnete der Quästursleiter unzuständigerweise als Anweisungsberechtigter.

16.62.2 Der RH empfahl, den Leiter der Quästur auf die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Kassenvorschrift hinzuweisen, in welcher die hier unbeachtet gebliebenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung enthalten sind.

16.62.3 Die UFB sicherte dies zu.

16.63.1 Im Juni 1980 nahm die Buchhaltung des BMUK eine Prüfung der Gebarungsbelege an der Quästur der UFB vor. Die Erhebungen führten zu einer Reihe von Bemängelungen, die zahlreiche Umbuchungen erforderlich machten.

16.63.2 Wie der RH kritisch vermerkte, sind sämtliche Umbuchungen unrichtig durchgeführt und somit die festgestellten Mängel neuerlich nicht richtiggestellt worden.

16.63.3 Die UFB sicherte eine Abstellung derartiger Mängel zu.

16.64.1 An einigen Instituten waren bis zu fünf Bedienstete, darunter Sekretärinnen und verschiedentlich auch Vertragsbedienstete, zeichnungsberechtigt.

16.64.2 Der RH empfahl, die Zeichnungsberechtigung auf den Universitätsdirektor und die Institutsvorstände sowie erforderlichenfalls deren Stellvertreter zu beschränken.

16.64.3 Die UFB sicherte dies zu.

16.65 Weitere Beanstandungen bzw Empfehlungen des RH betrafen die Errichtung von Mietverträgen, die Führung von Inventaraufschreibungen, die Anpassung des Bargeldbestandes an den zu erwartenden Gebarungsumfang, eine Verringerung der zahlreich geführten Handkassen, die Einrichtung einer zentralen Poststelle sowie die Auflassung der von den Instituten bisher geführten, oft sehr umfangreichen und zeitaufwendigen buchhalterischen Hilfsaufzeichnungen.
Die UFB sicherte eine sorgfältige Prüfung aller Anregungen zu.

Versuchswirtschaft Großenzersdorf

16.66.1 Auf Antrag der UFB wandelte das BMWF gem § 56 UOG im Oktober 1982 den bisher bestehenden Betrieb in eine gemeinsame Institutseinrichtung „Versuchswirtschaft Großenzersdorf" (VGE) der Institute für Bodenforschung und Baugeologie, für Pflanzenschutz, für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, für Tierproduktion sowie für Wasserwirtschaft um.

16.66.2 Nach Ansicht des RH wäre angesichts möglicher Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Personalverwaltung und der Führung eines größeren landwirtschaftlichen Betriebes die Organisationsform gem § 83 Abs 1 lit b UOG als besondere Universitätseinrichtung zweckmäßiger gewesen.

16.66.3 Lt Stellungnahme des BMWF habe trotz seines Hinweises auf die Organisationsform gem § 83 UOG die UFB einer gemeinsamen Einrichtung nach § 56 UOG den Vorzug gegeben. Anhand der bisherigen Erfahrungen sei nunmehr zu untersuchen, ob künftig das Nebeneinander der VGE als eigener Einrichtung und der Versuchsstation als Abteilung des Institutes für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung zweckmäßig sei. In diese Untersuchung werde auch der erhobene Vorwurf, wirtschaftlich günstige Ergebnisse würden der Versuchsstation zugerechnet, Mißerfolge hingegen der VGE angelastet, einzubeziehen sein.

16.67.1 Beim Betrieb der VGE ergab sich ein Abgang von rd 2,3 Mill S (1978), 1,75 Mill S (1979), 1,4 Mill S (1980) und 2,2 Mill S (1981). Die Verbesserung des Betriebsergebnisses bis 1980 hatte ihre Ursache vor allem in der Auflassung der Tierproduktion.

16.67.2 Der RH erachtete den Einsatz dieser Mittel für den Betrieb einer Landwirtschaft nur für vertretbar, wenn die vorhandenen Möglichkeiten auch ausreichend genützt werden. Er gewann aber den Eindruck, daß dies bei einzelnen Instituten nicht der Fall war.

16.67.3 Lt Stellungnahme des BMWF habe insb die unklare Trennung zwischen der VGE und der Versuchsstation des Institutes für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung dazu geführt, daß immer weniger andere Institute die Versuchswirtschaft nutzten.

16.68.1 Im Rahmen eines Baurechtsvertrages erhielt eine Unternehmung im Jahre 1972 die Berechtigung, auf dem Grundstück der VGE ein Umlaufgewächshaus zu errichten. Vereinbart wurde ein Bauzins von jährlich 2 200 S und eine Vertragsdauer bis 30. April 2001. Die Versuchstätigkeit begann im September 1972. Nachdem das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung sich im Dezember 1974 aus der ursprünglichen Forschungsgemeinschaft zurückgezogen hatte, arbeitete ab diesem Zeitpunkt ausschließlich die Privatunternehmung bzw später deren Rechtsnachfolger im Versuchsgewächshaus.

Erst am 11. Juni 1979 schloß das BMWF mit der Firma ein Benützungsübereinkommen, worin für die bis 31. Dezember 1978 aufgelaufenen Betriebskosten eine pauschalierte Abgeltung von 200 000 S vereinbart wurde.

16.68.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise als unwirtschaftlich und unzweckmäßig, weil ein rechtsgültiges schriftliches Benützungsübereinkommen ab Beginn der Zusammenarbeit fehlte, andererseits eine langfristige Bindung durch einen Baurechtsvertrag eingegangen wurde und die vereinbarte Abgeltung angesichts der aufgelaufenen Betriebskosten von insgesamt 1,5 Mill S zu gering war.

16.68.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei die Gewährung eines Baurechtes und die Errichtung eines gemeinsamen Versuchsgewächshauses seinerzeit auf größtes Interesse der Professoren der UFB gestoßen. Da sämtliche Investitionen durch private Firmen getätigt wurden, wäre eine andere Rechtsform nicht zu verwirklichen gewesen. Ein späterer Erwerb des Gewächshauses sei nicht sinnvoll erschienen, weil seitens der UFB kein tatsächlicher Bedarf an dem Gewächshaus bestand. Bezüglich der Betriebskosten habe das private Unternehmen erhebliche Mehraufwendungen geltend gemacht, die aus der Aufkündigung der seinerzeit vereinbarten Zusammenarbeit mit dem Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung entstanden seien.

16.68.4 Der RH verblieb bei seiner Beanstandung und empfahl, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine weitere Belastung der Budgetmittel zu vermeiden.

16.69.1 Das Institut für Tierproduktion betrieb bis zum Jahre 1979 an der VGE die Mast von Stieren, war aber dann an deren Weiterführung angesichts der begrenzten Möglichkeiten nicht mehr interessiert. Weitere Planungen über die Errichtung einer Tierversuchsstation brachten keine Ergebnisse.

16.69.2 Der RH erachtete es für wenig zielführend, das Forschungsgebiet der Tierproduktion ausschließlich theoretisch zu betreiben und empfahl, in Zusammenarbeit mit der Veterinärmedizinischen Universität die Planung der Tierversuchsstation voranzutreiben.

16.69.3 Das BMWF sicherte diesem Vorhaben Vorrang zu.

16.70.1 Im Bundesvoranschlag 1982 war für die VGE eine Ausgabenermächtigung für Anlagen in der Höhe von 700 000 S vorgesehen. Rd 564 000 S davon wurden nicht für Anlagen der VGE verwendet, sondern für die Errichtung von Laborräumen und den Ankauf von Laborgeräten und Büroeinrichtungen der Versuchsstation des Institutes für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung. Dadurch konnten verschiedene, von der VGE benötigte Geräte nicht angekauft werden.

16.70.2 Der RH bemängelte die teilweise zweckwidrige Verwendung der Mittel.

16.70.3 Lt Stellungnahme der UFB sei die Aufteilung der Geldmittel einvernehmlich erfolgt.

16.70.4 Der RH erwiderte, diese Vorgangsweise habe nicht der Zweckbestimmung der getrennt zugeteilten Haushaltsmittel entsprochen.

16.71.1 Die VGE hatte bei verschiedenen Genossenschaften Geschäftsanteile im Werte von 67 900 S gezeichnet, jedoch bisher in der Buchhaltung nicht erfaßt. Die VGE beglich die Anteile zT mit Gutschriften oder Rabatten, welche die Genossenschaften der VGE gewährten.

16.71.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil die Quästur diesen Vermögensbestand nicht erfaßte hatte, die Zahlungen nicht in der Bundesverrechnung erfaßt und Einnahmen nicht kontengerecht verbucht worden waren.

16.71.3 Die UFB kündigte die erforderlichen Änderungen an.

16.72.1 Mit einer der Genossenschaften betrieb die VGE einen umfangreichen Güteraustausch (jährlich rd 1,6 Mill S). Mangels vollständiger Erfassung der Geschäftsfälle auf dem Personenkonto war der Stand an Forderungen und Schulden zum jeweiligen Jahresende nicht zur Gänze im Bundesrechnungsabschluß erfaßt.

16.72.2 Der RH empfahl, zumindest einmal jährlich eine Kontenabstimmung mit der Genossenschaft durchzuführen.

16.72.3 Die UFB bestritt eine fehlerhafte Vorgangsweise, kündigte aber gleichzeitig Verbesserungen für die Zukunft an.

16.73.1 Im Zusammenhang mit der Einführung der „Mehrwertsteuer" richtete die UFB im Jänner 1973 an das Finanzamt für Körperschaften das Ansuchen, von einer Versteuerung ihrer Einnahmen abzusehen, weil die erzeugten Produkte der Lehre und Forschung dienten und mit wesentlich höheren Personalkosten und Sachaufwand belastet seien als bei Erwerbsbetrieben.

Das Finanzamt für Körperschaften erteilte hiezu die Auskunft, daß die UFB kein Unternehmen im Sinne des § 2 Abs 3 UStG sei und es sich daher beim Verkauf der erzeugten Produkte um einen nicht steuerbaren Umsatz handle. Die UFB entrichtete daher keine Umsatzsteuer.

16.73.2 Der RH erachtete es als vorrangige Aufgabe der VGE, landwirtschaftlich tätig zu sein und der UFB auf diese Weise zu nützen. Da diese Tätigkeit nachhaltig in Erwerbsabsicht durchgeführt wird und die aus dem Verkauf von Bodenprodukten an Dritte erzielten Einnahmen nahezu die Betriebsaufwendungen deckten, empfahl der RH eine Überprüfung der Rechtsansicht des Finanzamtes für Körperschaften.

16.73.3 Das BMF nahm eine Überprüfung der UFB vor, als deren Ergebnis die umsatzsteuerliche Erfassung der Erträge veranlaßt wurde.

Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum"

Die im Rahmen einer Querschnittsprüfung an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" vorgesehene Überprüfung der Wirtschaftabteilung und der Abteilung für Gebäude und Technik verlor an Bedeutung angesichts der hiebei zutage tretenden Unzukömmlichkeiten und Mängel bei der Durchführung der Aufgaben des Rektorates.

Instrumentenankäufe und andere Erwerbstätigkeiten

17.1.1.1 Mit 26. Mai/9. Juni 1981 wurde zwischen dem BMWF und der Landeshauptstadt Innsbruck eine Vereinbarung über die Errichtung einer Abteilung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" (KHM) für Musikerziehung in Innsbruck geschlossen. Die Stadt Innsbruck verpflichtete sich hiebei ua zur Ausstattung der Räumlichkeiten mit Möbeln, Geräten, Instrumenten und Büchern im Gesamtwert von rd 2 Mill S entsprechend einer der Vereinbarung angeschlossenen Bedarfsliste.

17.1.1.2 Die Stadt Innsbruck übertrug dem Rektoratsdirektor (RD) der KHM die Durchführung der Ankäufe. Am 30. Juli 1981 überwies die Stadtgemeinde auf ein vom RD eröffnetes privates Sparkonto den vorgesehenen Betrag.

17.1.1.3 Der RD beausgabte zur Errichtung der Außenstelle rd 2,06 Mill S. Dieser Betrag konnte wegen der angefallenen Zinsengutschriften aus der bereitgestellten Summe bedeckt werden. Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Abrechnungsunterlagen wurde dem RD durch den Magistratsdirektor der Stadt Innsbruck bestätigt.

17.1.1.4 Ein Vergleich der tatsächlich angekauften Gegenstände mit jenen der Bedarfsliste ergab wesentliche Abweichungen. Nicht vorgesehene Anschaffungen betrafen ua eine Bronzetafel um rd 16 000 S, Jalousien um rd 38 000 S, eine Teeküche um rd 30 000 S, eine elektronische Fernsprechanlage um rd 34 000 S. Anstelle der vorgesehenen vier Büromaschinen im Wert von rd 30 000 S wurden sieben um rd 50 000 S angekauft. Die für die Einrichtung insgesamt vorgesehenen Ansätze überschritt der RD um 49 vH.

17.1.1.5 Hingegen wurden für Instrumente entgegen den veranschlagten rd 1,02 Mill S lediglich rd 0,83 Mill S aufgewendet. Während die Bedarfsliste den Kauf von fünf Klavierflügeln und eines Pianinos vorsah, erwarb der RD lediglich drei Flügel sowie ein neues und ein gebrauchtes Pianino.

17.1.2 Da die Bedarfsliste einen integrierenden Bestandteil des eingangs erwähnten Vertrages bildete, hätten nach Ansicht des RH Abänderungen des Vertragsinhaltes eines Einvernehmens der Vertragspartner bedurft, während unvereinbarte Abweichungen eine unzulässige Eigenmächtigkeit des RD darstellten. Als unzutreffend erachtete er dessen Ansicht, er hätte lediglich gegenüber der Stadtgemeinde Innsbruck Rechenschaft abzulegen, weil er nur als Privatperson bzw Sachverständiger aufgrund eines mündlichen Ersuchens des zuständigen Magistratsdirektors gehandelt habe.

17.1.3 Lt Stellungnahme des BMWF seien die Ankäufe im Mai 1982 an Ort und Stelle überprüft und festgestellt worden, daß der Großteil der in der Bedarfsliste angeführten Gegenstände angekauft und ordnungsgemäß inventarisiert worden sei. Die Abweichungen von der Bedarfsliste erschienen aufgrund der räumlichen und personellen Gegebenheiten als sachlich gerechtfertigt. Bei den Klavieren habe sich ein Minderbedarf aufgrund einer nach Vertragsabschluß eingetretenen Änderung der räumlichen Verhältnisse ergeben. Insgesamt könne nach Auffassung des BMWF dem RD ein eigenmächtiges Verhalten nicht angelastet werden.

17.1.4 Der RH verblieb angesichts der eindeutigen Vertragsbestimmungen bei seiner Auffassung.

17.2.1.1 Anläßlich der Errichtung der Außenstelle, aber auch für die Verwendung an der KHM in Salzburg, erwarb der RD verschiedene gebrauchte Instrumente. Zur Prüfung der Preisangemessenheit zog der RH einen gerichtlich beeideten Sachverständigen für Geigenbau als Gutachter heran. Nach dessen Feststellungen war der Kaufpreis für einen von einem Bediensteten der KHM erworbenen Kontrabaß um 35 000 S, für eine Viola um 20 000 S, für die Konzertviola einer privaten Anbieterin um 9 000 S und für eine von einer Privatperson stammende Viola d'amore um 35 000 S überhöht.

17.2.1.2 Der Sachverständige des RH billigte dem Kontrabaß, der im August 1981 vom RD um 75 000 S netto von einem Bediensteten der KHM erworben worden war, einen Verkehrswert von etwa 40 000 S zu. Nach dem Sachverständigengutachten hätte es sich im Gegensatz zu den Angaben des RD keinesfalls um ein Meisterinstrument gehandelt. Ein solches war für den vorgesehenen Zweck eines Übungsinstrumentes für angehende Musikerzieher in Innsbruck auch nicht erforderlich. Im Juni 1982 bestätigte ein Geigenbauer, der mit der KHM in dauernder Geschäftsverbindung steht, daß der Wert des von ihm reparierten Instrumentes zwischen 70 000 S und 80 000 S liege.

17.2.1.3 Im Juli 1981 erwarb der RD für die Außenstelle Innsbruck von der Musiziergemeinschaft Salzburg zum Preis von 70 000 S eine Viola mit Bogen und Etui. Einem Aktenvermerk des RD war zu entnehmen, daß der Kaufpreis auf einer Auskunft des Herstellers beruht hatte.

Der RD teilte dem RH mit, er habe das Instrument namens der Musiziergemeinschaft von einer Studentin, einem Mitglied dieser Gemeinschaft, erworben. Um zu vermeiden, daß infolge ihres ausländischen Wohnsitzes das Geld ins Ausland hätte überwiesen werden müssen, habe er aus devisenrechtlichen Erwägungen den Ankauf über die Musiziergemeinschaft abgewickelt und der Studentin, die in Salzburg eine Wohnung besaß, den Kaufschilling bar ausgefolgt.

Im Gegensatz zum RD, der das Instrument als Meisterviola bezeichnet hatte, vertrat der Sachverständige des RH die Auffassung, es handle sich um eine durchschnittliche deutsche Arbeit im Wert von 35 000 S zuzüglich des Wertes für Bogen und Etui von 15 000 S.

17.2.1.4 Im März 1980 kaufte ein Vertreter des RD bei einer privaten Anbieterin zum Preis von 47 000 S eine Konzertviola. Ein Nachweis der Preisangemessenheit konnte von der KHM nicht vorgelegt werden. Nach Mitteilung des Käufers habe er die Annahme des Angebotes nur stellvertretend für den RD getätigt. Er sei an diesbezüglichen Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Der RD gab an, er könne sich an den Kauf nicht erinnern.

Nach der gutächtlichen Äußerung des Sachverständigen des RH wurde das Instrument um 9 000 S überzahlt.

Der bereits erwähnte, mit der KHM in Geschäftsbeziehung stehende Geigenbauer bezifferte im Juni 1983 den Wert des Instrumentes mit 60 000 S.

17.2.1.5 Aufgrund eines Angebotes vom Juli 1980 bestellte der RD bei einem privaten Anbieter ein als Meister-Viola-d'amore bezeichnetes Instrument zu einem Kaufpreis von 45 000 S. Im Gegensatz zu der in der Quästur aufliegenden Originalrechnung wies die Rechnungsablichtung in der Instrumentenverwaltung drei Aktenvermerke auf. In einem beanstandete die ehemalige Leiterin der Wirtschaftsabteilung einen 17 cm langen Riß am Boden des Instrumentes. In einem weiteren Vermerk hielt diese Bedienstete fest, daß dieser Schaden nach Auskunft des RD und dessen Stellvertreters ohne Bedeutung sei. Schließlich vermerkte der RD im November 1982, daß das Instrument ohne Beschädigung übernommen worden wäre.

Wie aus den Aufzeichnungen der Instrumentenverwaltung ersichtlich war, ist das Instrument seit dem Ankauf nicht entlehnt worden. Bezüglich des Risses vermeinte der RD, daß jedes Instrument im Lauf der Zeit Schäden bekomme, diese aber für den Wert des Instrumentes ohne Bedeutung seien.

Der Sachverständige des RH bezifferte den Wert des Instrumentes mit 10 000 S und billigte ihm nur mindere Qualität zu.

Nach Erklärung des RD läge der Wert des Instrumentes nach Meinung von Geigenbauern deutlich über dem Einkaufspreis.

17.2.1.6 Aufgrund eines Angebotes der Musiziergemeinschaft Salzburg bestellte der RD im Feber 1981 eine von ihm als Meistergeige bezeichnete Violine zum Preis von 8 000 S. Den Angaben des RD zufolge bot dieses Instrument ein pensionierter ausländischer Musiker, der gelegentlich bei der Musiziergemeinschaft mitwirkte, zum Kauf an. Diesem habe er vom Bankkonto der Musiziergemeinschaft, für welches er zeichnungsberechtigt war, die Kaufsumme vorschußweise ausbezahlt. Nach dem Erwerb des Instrumentes für die KHM habe er den Kaufpreis auf das Konto der Musiziergemeinschaft überweisen lassen. Er benütze das Instrument bedarfsweise gemeinsam mit Studierenden im Rahmen der Lehrtätigkeit.

Das erworbene Instrument entlehnte ein Student erstmals im Oktober 1982 für einen Tag, ab November 1982 war die Violine an den RD verborgt.

Nach dem Gutachten des Sachverständigen des RH handle es sich bei der Geige um eine einfache böhmische Schulvioline mit einem Wert von 1 500 S. Allerdings befänden sich im Etui des Instrumentes zwei Bögen, die zwar in der Rechnung nicht aufschienen, jedoch einen Wert darstellten, der den Kaufpreis letztlich knapp überstiegen hätte.

17.2.2 Der RH bemängelte die aufgezeigten Unzulänglichkeiten beim Ankauf dieser Instrumente. Insb beanstandete er, daß vor dem jeweiligen Ankauf kein Schätzgutachten eingeholt und nach dem Gutachten des Sachverständigen des RH für die angeführten Instrumente ein um rd 100 000 S zu hoher Preis bezahlt worden war.

Da der von der KHM nachträglich mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragte Geigenbaumeister mit der Hochschule in enger Geschäftsbeziehung stand, erachtete der RH das Gutachten und die dafür angefallenen Kosten für entbehrlich.

17.2.3 Lt Stellungnahme des BMWF stimmten die Professoren der KHM hinsichtlich des Wertes der erworbenen Instrumente nicht mit dem vom RH bestellten Sachverständigen überein. Es vermeinte, bei der Schätzung von gebrauchten Musikinstrumenten komme es erfahrungsgemäß auch zwischen Fachleuten nicht selten zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten.

17.2.4 Der RH hielt das Werturteil des von ihm bestellten Wiener gerichtlich beeideten Sachverständigen für hinreichend begründet und verblieb bei seiner Ansicht.

17.3.1 Unter den für Innsbruck angekauften Instrumenten befand sich ein gebrauchtes Pianino, welches der RD anstelle eines in der Bedarfsliste vorgesehenen neuen Pianinos über Vermittlung eines seinerzeitigen Hochschulbediensteten im November 1981 um 28 000 S privat erwarb. Da der Wert des Pianinos in Hochschulkreisen angezweifelt wurde, ließ der RD das Instrument nachträglich schätzen. In einem Gutachten vom Mai 1982 bewertete ein Klavierbauer das Pianino mit 20 000 S. Im Oktober 1982 wurden daraufhin durch den vermittelnden Hochschulbediensteten 3 000 S rückerstattet. Der vom RH bestellte Sachverständige billigte dem Instrument einen Wert zwischen 15 000 S und 20 000 S zu.

17.3.2 Der RH beanstandete den Ankauf des gebrauchten Pianinos als eigenmächtige Abweichung von der Bedarfsliste, das Fehlen einer objektiven Bewertung vor dem Erwerb, allenfalls durch Einholung des Urteils eines der an der KHM zahlreich einschlägig tätigen Professoren, sowie die Kenntnisnahme von der unzureichenden Rückerstattung eines Teiles des überhöhten Preises.

17.3.3 Das BMWF gab die Meinung des RD wieder, wonach gut erhaltene gebrauchte Instrumente im Handel nicht erhältlich gewesen seien. Das Pianino sei überdies vor dem Ankauf von einem Mitarbeiter einer bekannten Wiener Klavierbaufirma begutachtet worden.

17.3.4 Der RH erwiderte, diese Begutachtung werde nunmehr erstmalig behauptet und sei nicht durch Unterlagen belegt. Er verblieb bei seiner Ansicht.

17.4.1 Lt Rechnung vom 12. Oktober 1982 erwarb der RD von einem Innsbrucker Klavierbauer ein neues Pianino ausländischer Herkunft zum Preis von 93 000 S. Gleichzeitig nahm der Lieferant ein von der KHM ausgeschiedenes Pianino zu dem von ihm vorgeschlagenen Preis von 18 000 S in Zahlung.

17.4.2 Der RH erachtete es als unzweckmäßig, den Wert des in Zahlung gegebenen Instrumentes lediglich vom Erwerber festsetzen zu lassen. Mit dem Kauf eines teuren ausländischen Instrumentes sei der RD ferner erheblich von der vorgegebenen Bedarfsliste abgewichen, die den Erwerb eines österreichischen Instrumentes zum Preis von etwa 60 000 S vorgesehen habe.

17.4.3 Das BMWF teilte die Auffassung des RD mit, der Preis beruhe auf der Qualität des Instrumentes. Im übrigen hätten auch andere Fachleute das ausgeschiedene Pianino als schlecht bezeichnet.

Das BMWF schloß sich der Auffassung des RH an, daß vor einem Ausscheiden des Pianinos durch einen Fachmann zu prüfen gewesen wäre, ob eine Reparatur wirtschaftlich vertretbar wäre bzw ob das Instrument nach einer Instandsetzung den Anforderungen des Unterrichts genügt hätte.

17.5.1 Bei der Überprüfung des für die Errichtung der Außenstelle in Innsbruck eröffneten Bankkontos stellte der RH Abhebungen von 45 000 S bzw 38 783 S fest, die nach einiger Zeit in derselben Betragshöhe wieder als Einlage aufschienen, ohne daß diese mit Ankäufen in Verbindung gestanden wären. Nach Mitteilung des RD habe er diese Beträge für einen beabsichtigten Ankauf eines Cellos behoben. Da es zu keinem Kaufabschluß gekommen sei, habe er die Geldmittel wieder dem Konto zugeführt. Weiters gab er an, daß über diese Geldbewegungen keine Belege angefertigt worden seien. Auffallend war, daß der RD einige Wochen nach der Abhebung von 45 000 S einen gleichen Betrag an einen Hochschulbediensteten als Entgelt für ein Pianino, das dieser für den Privatbesitz des RD erwarb, überwiesen hatte.

17.5.2 Der RH wies darauf hin, daß die endgültige Bedarfsliste keinen Ankauf eines Cellos vorgesehen hätte. Er bemängelte, daß der RD öffentliche Mittel, die ihm zur Erfüllung eines bestimmten Zweckes anvertraut worden waren, ohne Beleg für die angeblich probeweise Überlassung eines Instrumentes verwendete.

17.5.3 Nach Mitteilung des BMWF sei das Ergebnis dieser Gebarungsüberprüfung der zuständigen Disziplinarkommission übermittelt worden.

17.6.1.1 Im Zusammenhang mit dem Ankauf von zwei Instrumenten war die Frage zu klären, welche Stellung der RD bei der Musiziergemeinschaft Salzburg einnahm. Einer Kommission des BMWF gegenüber erklärte der RD im Oktober 1982, daß er für die Musiziergemeinschaft nicht zeichnungsberechtigt gewesen sei.

17.6.1.2 Demgegenüber stellte der RH fest, daß der RD namens der Musiziergemeinschaft Salzburg wiederholt Veranstaltungsräume an der Universität Salzburg bestellte, daß er für die Gemeinschaft mehrmals Subventionsansuchen beim Land Salzburg einbrachte und daß er für jenes Konto, auf dem die Subventionsbeträge eingingen, zeichnungsberechtigt war. Auf mehrmalige Vorhaltungen gab dies der RD letztlich zu.

17.6.2 Der RH erachtete die Vermengung von dienstlicher und privater Tätigkeit für bedenklich.

17.6.3 Lt Mitteilung des BMWF wurde das Prüfungsergebnis des RH, in dem mehrfach der Vorwurf einer Dienstpflichtverletzung durch den RD erhoben wird, der zuständigen Disziplinarkommission zur Kenntnis gebracht und von dieser zum Anlaß genommen, zunächst die Suspendierung des Bediensteten zu verfügen.

17.7.1 Die Einrichtungsgegenstände für die Außenstelle Innsbruck erwarb der RD von einer Tiroler Verlagsanstalt. Der Auftrag im Wert von rd 345 000 S sah an Zahlungsbegünstigungen 2 vH Skonto, 3 vH Mengenrabatt und die Zubilligung von geringfügigen Sonderwünschen ohne Aufpreis vor. Die Einholung weiterer Angebote unterblieb, weil nach Aussage des RD mit dem Verlagshaus eine Tiroler Unternehmung als bestgeeigneter Anbieter gegeben schien.

17.7.2 Der RH erachtete bei einem Auftrag dieser Größenordnung selbst auch unter Zeitdruck preisvergleichende Maßnahmen für unabdingbar, zumal die Zahlungsbedingungen im Vergleich zu den dem BMWF bekannten Anbietern, die bis zu 38 vH Nachlaß auf die Listenpreise gewähren, sehr ungünstig waren.

17.7.3 Das BMWF teilte die Ansicht des RH.

17.8.1 Den Erwerb der bibliothekarischen Erfordernisse der Außenstelle in Innsbruck nahm der Bibliotheksdirektor der KHM vor, dem für diesen Zweck rd 600 000 S zur Verfügung standen. Ohne Ausschreibung oder Einholung von Vergleichsangeboten vergab er die Aufträge an drei Innsbrucker Firmen, wobei diese nur geringe Preisnachlässe und keinen Skonto gewährten.

17.8.2 Ungeachtet des behaupteten Zeitdrucks wären nach Ansicht des RH auch in diesem Falle Preisvergleiche vorzunehmen und möglichst günstige Zahlungsbedingungen anzustreben gewesen.

17.8.3 Lt Stellungnahme des BMWF wären entsprechend den Gepflogenheiten des Buchhandels Preisnachlässe auch bei Bestellung größeren Umfanges in nur sehr geringem Ausmaß zu erwarten.

17.8.4 Der RH verblieb im Hinblick auf seine anläßlich der Überprüfung von Universitätsbibliotheken gemachten Erfahrungen bei seiner Ansicht.

Personalangelegenheiten

17.9.1 Als Vergütung für zusätzliche Tätigkeiten erhielt der RD eine Verwendungszulage gem § 30a Abs 1 Z 3 GG, deren Höhe der Erbringung von etwa 20 Überstunden monatlich entsprach. Ferner nahm er einen Lehrauftrag (LA) für „Viola und Viola d'amore" über fünf Semesterwochenstunden wahr, wofür einschließlich der erforderlichen Vorbereitung eine Belastung mit zehn Wochenstunden anzunehmen ist.

Wie erhoben wurde, erbrachte er einen Teil seines LA während der Dienstzeit seiner Verwaltungstätigkeit, was er mit der Anwendung einer Gleitzeitregelung erklärte.

17.9.2 Im Hinblick auf seine dienstliche Stellung und juridische Ausbildung erachtete der RH ein höheres Maß an Verantwortlichkeit des RD bezüglich der Einhaltung seiner Dienstzeit für notwendig. Im übrigen empfahl der RH die Führung zentraler Aufzeichnungen über den Zeitpunkt der Abhaltung sämtlicher LA.

17.9.3 Lt Stellungnahme des BMWF wurde wiederholt in Erlässen auf die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Dienstzeit hingewiesen und die Form der Abhaltung von LA erläutert.

17.10.1 Nach dem Jahresbericht 1981/82 der KHM hatte der RD im Jahre 1982 mit der Musiziergemeinschaft Salzburg an insgesamt 30 Konzerten in Spanien, Portugal und Marokko mitgewirkt. Wie aus der Urlaubskartei ersichtlich, war für die Abwesenheit im April 1982 weder ein Erholungsurlaub noch ein Sonderurlaub genehmigt worden.

17.10.2 Der RH bemängelte die ungerechtfertigte Abwesenheit vom Dienst.

17.10.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei ein Disziplinarverfahren eingeleitet und dem Rektor der KHM nahegelegt worden, erforderlichenfalls eine neue Leistungsfeststellung vorzunehmen.

17.11.1 In den Jahren 1981 und 1982 schieden jeweils 20 vH der Bediensteten, vor allem bei den Entlohnungsgruppen d, e und p5 aus.

17.11.2 Nach Ansicht des RH war diese starke Personalfluktuation in einer unzweckmäßigen Auswahl bei Aufnahme der Bediensteten durch den RD begründet. Er empfahl, die KHM auf das Erfordernis einer sorgfältigeren Personalauswahl hinzuweisen, weil die Ausbildung von Mitarbeitern einen erheblichen Aufwand einer Dienststelle erfordere.

17.11.3 Lt Stellungnahme des BMWF stellte das verhältnismäßig geringe Angebot an geeignetem Personal eine Erschwernis bei der Auswahl dar. Man werde jedoch bemüht sein, künftig verstärkt auf die allgemeine Eignung der Bewerber und ihre Fähigkeit zur Eingliederung zu achten.

Lehrveranstaltungen

17.12.1 An der Abteilung für Streich- und andere Saiteninstrumente lehrten insgesamt sechs Professoren sowie mehrere Assistenten und Lehrbeauftragte. Lediglich für die von allen Orchestern benötigte Viola wurde seit mehreren Jahren kein Professor an die KHM berufen. Die erforderlichen Lehrveranstaltungen deckte der in diesem musikalischen Fachbereich ausgebildete RD in Form von remunerierten LA ab. Der zuständige Abteilungsleiter erklärte hiezu, die KHM habe seit 1975 wiederholt die Planstelle eines ordentlichen Hochschulprofessors für Viola beantragt.

17.12.2 Der RH erachtete die Schaffung dieser Planstelle für angebracht.

17.12.3 Lt Stellungnahme des BMWF werde die Schaffung dieser Planstelle bei den Stellenplanverhandlungen mit dem BKA beantragt werden.

17.13.1 Der Leiter der Rechtsabteilung der KHM erbrachte in den vergangenen Studienjahren einen jeweils zweistündigen LA zum Thema „Urheber-, Theater- und Vertragsrecht". Die Lehrtätigkeit des Vortragenden, der nach eigener Aussage über keine einschlägige praktische Erfahrung verfügte, wurde von Studenten mehrmals als unzureichend kritisiert.

17.13.2 Der RH empfahl, den LA nach Möglichkeit einem erfahrenen Fachmann anzuvertrauen.

17.13.3 Das BMWF kündigte an, nach Ablauf des Studienjahres (Stj) 1983/84 eine Neuausschreibung des LA vorzunehmen. Der bisherige Vortragende habe auf eine Weiterführung verzichtet.

17.14.1 Der Leiter der Abteilung für Gebäude und Technik hielt in den vergangenen Stj eine jeweils dreistündige remunerierte Übung „Bühnentechnik", ein weiterer Bediensteter der Gebäudeabteilung eine fünfstündige Übung je Semester für „Bühnenelektrik und Beleuchtung". Durch diese LA sollten im wesentlichen Überstundenleistungen im Rahmen von Veranstaltungen der KHM abgegolten werden.

17.14.2 Der RH erachtete die Abgeltung von Überstunden in dieser Form für unzulässig. Unbedingt erforderliche Mehrleistungen wären vom Rektor anzuordnen, das Ausmaß ihrer tatsächlichen Erbringung überprüfbar festzuhalten und nach den gesetzlichen Vorschriften zu entlohnen.

17.14.3 Lt Mitteilung des BMWF habe die KHM beschlossen, die in Rede stehenden LA zu erweitern und durch Praktiker zu ergänzen. Durch die Erweiterung der LA würden Überstunden entbehrlich werden.

17.14.4 Angesichts der beabsichtigten Erweiterung hielt der RH eine Ausschreibung zur Ermittlung der bestmöglichen Fachkräfte für unbedingt erforderlich.

17.15.1 Im Stj 1981/82 genehmigte das BMWF für einen erst kurzfristig an der KHM tätigen Klavierstimmer einen zehnstündigen remunerierten LA über „Grundfragen des Klavierstimmens und der Klavierpflege". Im Folgejahr ersuchte der zuständige Abteilungsleiter neuerlich um einen remunerierten LA im Umfang des Vorjahres. Das Abteilungskollegium lehnte diesen Antrag zwar vorerst ab, gab jedoch gleichzeitig die Bereitschaft zu erkennen, diesen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu beantragen.

17.15.2 Nach Auffassung des RH ist ein remunerierter LA im Ausmaß von zehn Semesterwochenstunden nur dann sachlich gerechtfertigt, wenn die Güte der gebotenen Lehrtätigkeit erwiesen ist. Überdies wäre die Notwendigkeit eines vielstündigen LA vorweg festzustellen.

17.15.3 Lt Mitteilung des BMWF würden künftig in ähnlich gelagerten Fällen der Umfang und die Notwendigkeit des LA vorweg geprüft und eine Ausschreibung vorgenommen werden.

17.16.1 Im Stj 1982/83 bewilligte das BMWF erstmalig einen zwölfstündigen und einen achtstündigen LA für „Funktionale Assistenz" im Fachbereich der Liedinterpretation. Neu eingerichtet wurden auch funktionale Assistenzen im Ausmaß von 13 bzw 20 Stunden in zwei Ausbildungsklassen für Violine.

17.16.2 Der RH erhob grundsätzliche Bedenken gegen diese Vorgangsweise, die lediglich als Versuch zur Beseitigung von Personalengpässen gedacht war. Nach seiner Ansicht sollten im Rahmen der Ausbildungsklassen einzelner Professoren lediglich jene begabten Studenten aufgenommen werden, die von den Professoren auch tatsächlich unterrichtet werden können.

17.16.3 Das BMWF stellte für das Jahr 1983 zusätzliche Planstellen für 20 Vertragsassistenten und 60 Vertragslehrer in Aussicht, so daß der Ersatz von LA durch Dienstverträge auch zu einer Verringerung der Anzahl der funktionalen Assistenten führen werde.

17.17.1 Im Stj 1982/83 erbrachte ein Lehrbeauftragter remunerierte Lehraufträge im Gesamtausmaß von 22 Semesterwochenstunden, worunter sich auch acht als Übung bezeichnete Stunden befanden, die in der Bewilligung des BMWF als „reine Forschungstätigkeit" ausgewiesen wurden.

17.17.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise, Forschungstätigkeit durch LA zu honorieren.

17.17.3 Lt Mitteilung des BMWF erhielt der Lehrbeauftragte die Planstelle eines Bundeslehrers zur Verfügung gestellt, in deren Rahmen er sämtliche bisherige Verpflichtungen zu erfüllen haben werde.

Instrumentenverwaltung

17.18.1 Verschiedentlich hatten Professoren und andere Hochschulangehörige eine größere Anzahl von Instrumenten über einen längeren Zeitraum entlehnt. Bspw besaß eine Lehrbeauftragte elf Blockflöten zT bereits seit dem Jahre 1968, ein anderer Hochschulangehöriger vier Harfen seit dem Jahre 1973 und ein weiterer sechs Violinen seit dem Jahre 1981 bzw 1982. Auch der RD hatte fünf Instrumente seit den Jahren 1972, 1974, 1981 und 1982 entlehnt.

17.18.2 Nach Ansicht des RH sollten Instrumente nur in möglichst geringer Zahl und keinesfalls über einen Zeitraum von mehreren Jahren verliehen werden. Bei einer Weitergabe der von Lehrkräften entlehnten Instrumente an Studierende wäre dies aktenkundig festzuhalten, um jederzeit Unterlagen über den Verbleib und die Verantwortlichkeit hinsichtlich der vielfach wertvollen Instrumente zu besitzen.

17.18.3 Das BMWF teilte diese Ansicht.

17.19.1 Im September 1982 stellte die für die Instrumentenverwahrung zuständige Bedienstete fest, daß insgesamt 16 verschiedene Instrumente, darunter ein Pianino und andere Instrumente mit erheblichem Wert, fehlten. Erst im April 1983 nahm die im November 1980 bestellte Inventurkommission der KHM ihre Arbeit auf, blieb aber bis zur Gebarungsüberprüfung hinsichtlich der Klärung des Aufbewahrungsortes der fehlenden Instrumente erfolglos.

17.19.2 Der RH bemängelte die Säumnis der KHM, die seit Jahren keine wirksamen Maßnahmen zum Rückerhalt fehlender Instrumente ergriffen hatte.

17.20.1 Verschiedentlich unterblieb die Rückstellung von Instrumenten, weil diese zwischenzeitlich abhanden gekommen bzw nicht mehr auffindbar waren. Obwohl die Leiterin der Wirtschaftsabteilung der KHM den Neuwert einer von einem Studenten entlehnten Baßgambe, die lt Diebstahlsanzeige vom April 1980 in Mailand abhanden gekommen war, mit rd 10 000 DM ermittelt hatte, bezifferte der RD anläßlich der zur Zeit der Gebarungsüberprüfung erfolgten Einschaltung der Finanzprokuratur den Wiederbeschaffungswert lediglich mit rd 3 000 DM. Ähnlich zögernd wurde auch in anderen Fällen vorgegangen.

17.20.2 Der RH bemängelte die verzögerten und unzureichenden Maßnahmen des RD und empfahl, wertvolle Instrumente an Studenten nur in Ausnahmefällen und kurzfristig zu verleihen, wobei der Nachweis einer entsprechenden Versicherung des Instrumentes durch den Entlehner zu erbringen wäre.

17.20.3 Lt Mitteilung des BMWF würden die schwerwiegenden Mängel und Versäumnisse zum Anlaß genommen, eine einheitliche und befriedigende Regelung der Entlehnvorgänge für alle Musikhochschulen zu treffen.

Verwaltungsangelegenheiten

17.21.1 Im Mai 1980 bot ein an der KHM tätiger Lehrbeauftragter für Baßtuba eine gebrauchte Kontrabaßtuba aus seinem Besitz um 23 500 S zum Kauf an. Am darauffolgenden Tag unterfertigte der RD die diesbezügliche Bestellung. Von der auf dem Bestellschein angeführten Möglichkeit eines Skontoabzuges von 3 vH wurde nicht Gebrauch gemacht.

17.21.2 Nach Ansicht des RH wäre die Notwendigkeit des Ankaufes vorher festzustellen gewesen, weil das angekaufte Instrument ausschließlich im Lehrbereich des Verkäufers Verwendung fand. Ferner kritisierte der RH den Skontoverzicht, der auch beim Ankauf von anderen Instrumenten erhebliche finanzielle Nachteile mit sich brachte.

17.21.3 Lt Stellungnahme des BMWF nehme das Verfahren zur Zuteilung von Budgetmitteln auch bei einer raschen Durchführung soviel Zeit in Anspruch, daß der zur Geltendmachung von Preisnachlässen mögliche Zeitraum nicht eingehalten werden könne.

17.21.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht, es sollten alle Bemühungen unternommen werden, um die öffentlichen Mittel bestmöglich einzusetzen.

17.22.1 Im September 1981 beauftragte die KHM eine Orgelbaufirma, vor Durchführung verschiedener Bau- und Installationsarbeiten eine Orgel vorübergehend abzubauen. Die Kosten für den Ab- und neuerlichen Aufbau beliefen sich auf rd 55 000 S. Zusätzlich fielen allerdings Reparaturkosten von knapp 59 000 S an, die zur Behebung eines durch unsachgemäße Lagerung entstandenen Schadens erforderlich waren.

17.22.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der KHM, die einen offensichtlich ungeeigneten Lagerraum zur Verfügung gestellt hatte. Mangels rechtzeitiger Bekanntgabe des Schadens war allerdings eine Klärung des Verschuldens nicht mehr möglich.

17.22.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei kein Verschulden eines Hochschulbediensteten feststellbar.

17.23.1 Die Aufwendungen für die Reinigung aller Gebäude der KHM stiegen von rd 315 000 S (1978) auf rd 2,1 Mill S (1981) bzw rd 1,9 Mill S (1982). Im August 1978 erfolgte erstmalig eine Ausschreibung von Reinigungsarbeiten für einen Teilbereich des Hochschulgebäudes.

17.23.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise, weil kein ordnungsgemäßes Ausschreibungsverfahren im Sinne der ÖNORM A 2050 stattfand.

17.23.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei der Reinigungsauftrag aufgrund von Empfehlungen durch eine andere Universitätsverwaltung ergangen.

17.24.1 Im Jahr 1979 bemängelte der RD mehrmals die Tätigkeit der damals tätigen Reinigungsfirma und kündigte sie schließlich Ende Oktober 1979 unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist. Ungeachtet dieser Kündigung blieb die Reinigungsfirma weiterhin tätig. Ende März 1980 sprach der RD neuerlich die Kündigung aus, dennoch lagen weitere Rechnungen der Firma aus späterer Zeit vor.

Unter Bezugnahme auf eine Unterredung mit dem RD legte eine andere Reinigungsunternehmung im März 1980 ein Angebot über die Unterhaltsreinigung an der KHM vor. Eine Angebotseinholung bei anderen Firmen unterblieb, der neue Bieter erhielt in der Folge Reinigungsaufträge im Gesamtwert von rd 1,9 Mill S (1981) bzw rd 1,7 Mill S (1982).

17.24.2 Nach Ansicht des RH wäre angesichts der Auftragshöhe eine öffentliche Ausschreibung vorzunehmen und vor Vertragsabschluß das Einvernehmen mit dem BMF herzustellen gewesen.

17.24.3 Das BMWF stimmte hinsichtlich der Mitbefassung des BMF der Auffassung des RH zu und gab bekannt, daß der Vertrag mit der Reinigungsunternehmung gekündigt werde.

17.25.1 Auf zwei Rechnungen der Reinigungsfirma vom Dezember 1981 vermerkte der RD, daß infolge mangelhafter Reinigung ein Preisabzug von 10 vH zu erfolgen hätte. Ein undatierter Vermerk des damaligen Abteilungsleiters für Gebäude und Technik setzte diese Verfügung mit der Begründung außer Kraft, die bemängelte Reinigung sei nachträglich erfolgt.

17.25.2 Nach Ansicht des RH hätten Verfügungen des RD nur von diesem oder dem vorgesetzten Rektor widerrufen werden können.

17.25.3 Eine Stellungnahme hiezu liegt nicht vor.

17.26.1 Wie der RH anläßlich seiner örtlichen Prüfung feststellte, waren die Reinigungsleistungen in einigen Bereichen der KHM ungenügend.

17.26.2 Der RH empfahl, in Anbetracht der hohen Reinigungskosten eine zweckentsprechende Kontrolle der Leistungen vorzunehmen und bei Nichterbringung der verrechneten Arbeiten wirksame Maßnahmen zu setzen.

17.26.3 Das BMWF stellte dies in Aussicht.

17.27.1 Am 21. Jänner 1981 teilte der Rektor der KHM dem damaligen Leiter der zentralen Gebäudeverwaltung schriftlich mit, die von der an der KHM tätigen Reinigungsfirma angebotene Bezahlung einer Reise von Bediensteten der KHM nach Griechenland wäre dankend abzulehnen.

17.27.2 Nach Ansicht des RH hätte dieser Vorfall zum Anlaß genommen werden sollen, die Auftragserteilung an diese Firma anhand der Vergabevorschriften zu überprüfen.

17.28.1 Gemäß § 16 des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes obliegt dem Rektor die Wahrung der Einhaltung der geltenden Bestimmungen. Er kann jedoch dem RD unter seiner Dienstaufsicht Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen. Wenn auch keine schriftlichen Unterlagen darüber vorlagen, so war dies an der KHM offensichtlich in verschiedenen Angelegenheiten der Fall.

17.28.2 Im Hinblick auf die festgestellten Mängel hielt der RH die Dienstaufsicht des Rektors für unzureichend.

17.28.3 Das BMWF teilte die Rechtfertigung des Rektors mit, er sei von den seiner Dienstaufsicht unterstehenden Bediensteten des Rektorates nicht immer ausreichend informiert worden. Bspw sei ihm der Erlaß des BMWF vom 6. Juli 1981, der im Zusammenhang mit der Errichtung der Außenstelle Innsbruck von Bedeutung war, erst am 19. September 1983 in Kopie zugegangen. Überdies sei in die Amtszeit des Rektors die Übersiedlung eines großen Teiles der KHM in den Neubau und die Sanierung des Altbaues gefallen, was ein Höchstmaß an Arbeitsleistung erforderte.

17.28.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht und vermeinte, der Rektor habe dafür Sorge zu tragen, daß ihm über die wesentlichen Vorgänge der KHM berichtet würde.

17.29.1 Seit Juli 1979 stand an der KHM ein Gerät für die Anfertigung von Kopien für private Zwecke zur Verfügung. Bis April 1982 betrug der für eine Kopie zu entrichtende Betrag auf Weisung des RD 1,50 S. Aufgrund einer mündlichen Dienstanweisung besorgten die diensthabenden Portiere das Inkasso, wobei sie mit der Quästur 1,— S je Kopie abrechneten und den Rest als „Schwundgeld" vereinnahmten. Von Juli 1979 bis April 1982 behielten die Bediensteten unter diesem Titel rd 127 000 S ein.

17.29.2 Nach Ansicht des RH bestand offenbar die Absicht, den Bediensteten unter der Bezeichnung „Schwundgeld" eine gem § 20 a GG 1956 als Fehlgeldentschädigung bezeichnete Zahlung zukommen zu lassen. Da jedoch die Bediensteten nicht in erheblichem Ausmaß mit der Annahme oder Auszahlung von Bargeld beschäftigt waren, fehlten die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für eine derartige Zahlung.

17.29.3 Lt BMWF sei nach Aussage des RD die finanzielle Regelung vom seinerzeitigen Leiter der zentralen Gebäudeverwaltung und der Personalvertretung vereinbart worden. Die Portiere hätten diese Tätigkeit nicht unmittelbar für die KHM ausgeübt. Das BMWF schloß sich dieser Auffassung zwar nicht an, sah aber keine Rechtsgrundlage für die Geltendmachung eines Ersatzanspruches gegenüber dem RD oder anderen Bediensteten der KHM.

17.30.1 Im April 1982 erklärte der auch als Hauswart in einem Gebäude der KHM tätige Leiter der Abteilung für Gebäude und Technik seinen Austritt aus dem Bundesdienst. Die für die Räumung der Wohnung erwünschte Investitionsablöse bezifferte er mit rd 35 000 S und bot gleichzeitig die Übernahme der zum Neuwert von rd 100 000 S nach Maß angefertigten Küche an. Nach anfänglicher Ablehnung des BMWF stimmte dieses schließlich einer Zahlung von rd 53 000 S zu, weil der Rektor versicherte, sämtliche Gegenstände seien für eine künftige Verwendung der Räumlichkeiten durch die KHM erforderlich gewesen.

17.30.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der KHM, weil verschiedene Punkte der Ablöseforderung ohne die Vorlage von Rechnungen anerkannt wurden und eine entsprechende Verwendbarkeit einzelner Gegenstände fraglich erschien.

17.30.3 Lt Stellungnahme des BMWF sei die nunmehrige Zahlung für den Ankauf von Gegenständen, die im Rahmen der KHM einem neuen Verwendungszweck dienen könnten, erbracht worden.

17.30.4 Der RH hielt die Wiederverwendbarkeit der Gegenstände nur zT als gegeben und verblieb bei seiner Ansicht.

17.31.1 Die an der KHM anfallenden Energiekosten stiegen stark von 753 000 S (1978) auf 4 015 000 S (1982), bedingt durch die Inbetriebnahme des neuen Teiles der KHM. Mangels ausreichender Budgetmittel erhöhte sich der diesbezügliche Schuldenstand von 32 000 S (1978) auf 1 855 000 S (1982).

17.31.2 Der RH erachtete es für angebracht, künftig Vorsorge für eine den Erfordernissen angepaßte Budgetmittelzuweisung zu treffen.

17.31.3 Lt BMWF würden dem BMF diesbezügliche Anträge vorgelegt werden.

17.32.1 Der RD schloß mit einer Bewachungsunternehmung einen Vertrag über die Bewachung der KHM ab Jänner 1979. Die Kosten hiefür stiegen innerhalb von vier Jahren um rd 140 vH auf rd 196 000 S (1982) an. Die Vertragsbedingungen sahen eine Bindung für fünf Jahre vor.

17.32.2 Der RH bemängelte die unterbliebene Einholung von Vergleichsangeboten und die lange vertragliche Bindung.

17.32.3 Nach Mitteilung des BMWF gab es bei Auftragserteilung in Salzburg nur zwei einschlägig tätige Firmen. Der Vertrag sei nach Ablauf der Vertragsdauer im September 1983 aufgekündigt worden.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Erweiterung des § 420 Abs 7 ASVG dahin gehend, daß auch ehemalige Versicherungsvertreter von der Anstellung bei diesem Sozialversicherungsträger ausgeschlossen sein sollten (TB 1979 Abs 32.17.2.1);

(2) Schaffung gemeinsamer fachärztlicher Begutachtungsstellen der Pensionsversicherungsträger (TB 1980 Abs 26.16.2);

(3) Pauschalierung von Überstundenvergütungen bei den Arbeitsinspektoraten (zuletzt TB 1981 Abs 18.2);

(4) Überarbeitung der Einreihungsrichtlinien für die Bediensteten der Landesarbeitsämter (zuletzt TB 1981 Abs 19.1);

(5) Vereinheitlichung der Arbeitsweise des Psychologischen Dienstes im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung (TB 1978 Abs 30.11 und TB 1981 Abs 20.3);

(6) Ausarbeitung von Belastungsnormen für sämtliche Aufgabenbereiche der Arbeitsmarktverwaltung (TB 1980 Abs 23.3 und TB 1981 Abs 20.2).

A. Dienststellen der Sozialverwaltung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Landesinvalidenamt für Kärnten

18.1 Zu der vom RH empfohlenen Zusammenlegung von Verwaltungseinrichtungen des Landesarbeitsamtes und des Landesinvalidenamtes (LIA) in Kärnten (TB 1980 Abs 24.1 und 24.2, TB 1982 Abs 30.1) gab das BMS bekannt, daß mit 1. Juli 1984 die gemeinsame Führung der Personal- und Sachverwaltung dieser Ämter vorgesehen sei.

18.2.1 Hinsichtlich der Neugestaltung des Normenkataloges (TB 1980 Abs 24.7 und TB 1982 Abs 30.2) ist nach Mitteilung des BMS der Arbeitskreis der Leiter der LIÄ zu dem Ergebnis gelangt, die vom RH empfohlene Arbeitsplatzuntersuchung im Rentenbereich müßte sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken, würde aber wesentlich erschwert, weil sich die zu untersuchenden Arbeitsverhältnisse sowohl im Beobachtungszeitraum als auch in der Folge dauernd änderten. Nach Ansicht des BMS bedürfe es zur Ermittlung von Durchschnittswerten für die zumutbare Belastung eines Rentenreferenten langzeitiger Beobachtungen der täglichen Arbeitserfolge im Rahmen der Qualitäts- und Produktivitätsunterschiede. Es stellten sich solchen Arbeitsplatzuntersuchungen allerdings die Vielfalt der Erledigungen und der damit verbundenen Denkprozesse, der unregelmäßige Arbeitsanfall und die unterschiedliche Häufigkeit gleichartiger Erledigungen entgegen. Nach Auffassung des BMS würde daher die vom RH vorgeschlagene Normenerstellung an der Ermittlung der zumutbaren Belastung bei Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede scheitern. Der vom BMS eingeschlagene Weg der rückschauenden Betrachtung des Auslastungsgrades der Rentenreferenten nach Maßgabe von Zeitmessungen und der Verfahrens- und Belegartenstatistiken sei daher der einzig zielführende.

18.2.2 Der RH hielt dem entgegen, daß mit der vom BMS gewählten Vorgangsweise wohl relative Belastungswerte zu einem bestimmten Ist-Wert als Ausgangsgröße ermittelt werden könnten. Es wäre aber dadurch nicht geklärt, inwieweit diese Ausgangsgröße der durchschnittlich zumutbaren Arbeitsbelastung entspreche, so daß keine ausreichende Grundlage für eine Beurteilung eines zweckmäßigen, wirtschaftlichen und sparsamen Personaleinsatzes gegeben wäre. Der RH verkannte zwar nicht die mit der Ermittlung von Belastungsnormen verbundenen Schwierigkeiten, erachtete aber dennoch die Überarbeitung des Normenkataloges im Sinne seiner Empfehlungen für erforderlich. Schließlich ersuchte er das BMS um Bekanntgabe, ob und mit welchem Erfolg die Tätigkeiten zur Neugestaltung des Normenkataloges hinsichtlich der anderen Organisationseinheiten der LIÄ fortgesetzt wurden.

18.3 Der vom BMS angekündigte Entwurf einer Sondervorschrift für das automatisierte Datenverarbeitungsverfahren für den Bereich der LIÄ (TB 1980 Abs 24.20) ist dem RH nunmehr zugegangen.

Einrichtungen der Innenrevision

19. Die vom BMS und vom BMGU in Aussicht gestellte Revisionsordnung (TB 1981 Abs 1.43) ist dem RH noch nicht zugegangen.

Insolvenz-Ausfallgeldfonds

20.1.1 Entgegen der Zusage des BMS, bei einer Novellierung des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes (IESG) eine Grundlage für eine pauschalierte Abgeltung des Verwaltungsaufwandes zu schaffen (TB 1982 Abs 33.4), hat es lt nunmehriger Mitteilung vorerst von einer Verwirklichung der Empfehlung des RH Abstand genommen, weil der aufgrund des Insolvenzrechtsänderungsgesetzes sich ab 1. Jänner 1984 ergebende Arbeitsaufwand und die damit verbundenen Verwaltungskosten noch nicht abgeschätzt werden könnten.

20.1.2 Nach Ansicht des RH reicht die genannte Änderung gesetzlicher Bestimmungen nicht aus. Er ersuchte neuerlich um Mitteilung, wann mit der Vorbereitung einer entsprechenden Novellierung des IESG durch das BMS gerechnet werden könne.

20.2.1.1 Die Empfehlung des RH, für die Bewilligung von Stundungen und Ratenzahlungen durch den Insolvenz-Ausfallgeldfonds (IAGF) im Zuge einer Novellierung des IESG eine einwandfreie rechtliche Grundlage zu schaffen (TB 1982 Abs 33.5), wurde ungeachtet einer entsprechenden Zusage seitens des BMS bisher nicht verwirklicht.

20.2.1.2 Die gleichfalls in Aussicht gestellten Abschreibungsrichtlinien (TB 1982 Abs 33.5) seien nach Mitteilung des BMS bereits ausgearbeitet worden. Mit der Inkraftsetzung müsse jedoch wegen der in parlamentarischer Behandlung stehenden Änderung des Organhaftpflichtgesetzes noch zugewartet werden.

20.2.2 Der RH ersuchte, ihn auf dem laufenden zu halten.

20.3 Zu der Feststellung des RH betreffend die im IESG fehlende gesetzliche Deckung für die Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Standpunkte bei der Entscheidung über einen Verzicht oder eine Stundung von Forderungen des IAGF (TB 1982 Abs 33.6) teilte das BMS mit, daß ab 1. Jänner 1984 keine arbeitsmarktpolitischen Gutachten mehr eingeholt würden, weil aufgrund geänderter Rechtslage in diesen Angelegenheiten nunmehr der Beirat für Arbeitsmarktpolitik zu hören sei.

20.4 Der Empfehlung des RH, die Einreihungsrichtlinien für die Bediensteten der LAÄ und AÄ um die Bewertung der im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Geschäftsfällen nach dem IESG anfallenden Tätigkeiten zu ergänzen (TB 1982 Abs 33.9), ist das BMS mittlerweile nachgekommen.

20.5.1 Zu dem Hinweis des RH auf die Notwendigkeit der Schaffung objektiver Maßstäbe für eine ausgeglichene Auslastung der Bediensteten als Grundlage einer ordnungsgemäßen Personalbewirtschaftung (TB 1982 Abs 33.11) hat das BMS keine weitere Stellungnahme abgegeben.

20.5.2 Der RH wird diese Angelegenheit weiter behandeln.

20.6 Die in Aussicht gestellten Richtlinien für die Einschautätigkeit bei den Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung (TB 1982 Abs 33.13) wurden vom BMS mittlerweile erlassen.

20.7.1 Das BMS teilte bezüglich der Anregungen des RH zwecks Konzentration des Verfahrens bei den AÄ (TB 1982 Abs 33.16) mit, daß eine Verwirklichung der Maßnahmen aufgrund der hiefür erforderlichen legistischen Anpassung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

20.7.2 Der RH ersuchte, ihn auf dem laufenden zu halten.

20.8.1 Die Arbeiten am Entwurf der vom RH empfohlenen Richtlinien für die Behandlung von Schadensfällen (TB 1982 Abs 33.17) sind nach Mitteilung des BMS noch im Gang.

20.8.2 Der RH ersuchte um Bekanntgabe des Ergebnisses.

20.9 Der Empfehlung des RH, eine Mitwirkung behördenfremder Personen am internen Verwaltungsablauf bei der Vollziehung des IESG künftig auszuschließen (TB 1982 Abs 33.18), ist das BMS nunmehr nachgekommen.

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Maßnahmen zur Produktiven Arbeitsplatzförderung

Nach den Ergebnissen einer vom BMS in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie aus dem Jahre 1978 und den Erfahrungswerten der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung war der Beihilfengewährung zum Ausgleich kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen gem § 27 Abs 1 lit b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (Wintermehrkostenbeihilfe) im Hinblick auf die Verringerung der Winterarbeitslosigkeit keine erkennbare Wirkung beizumessen. Der RH empfahl daher grundsätzlich die Einstellung dieser Maßnahme. In Einzelfällen wurde die Rückforderung von Beihilfenbeträgen empfohlen sowie beim Landesarbeitsamt NÖ eine gerichtlich strafbare Handlung festgestellt. Weitere Anregungen galten der Verbesserung des Verfahrens und der Gebarungssicherheit.

Wirksamkeit der Wintermehrkostenbeihilfen

21.1.1.1 Im Herbst 1977 beauftragte das BMS die „Arbeitsgemeinschaft für finanzwissenschaftliche Forschung und Information" mit der Erarbeitung einer Studie über Wirksamkeit und Alternativen der Beihilfen im Rahmen der Wintermehrkosten (WMK)-Produktiven Arbeitsplatzförderung (PAF).

21.1.1.2 Die dem BMS im März 1978 vorgelegte Studie zeigte im Ergebnis keinen eindeutigen positiven Zusammenhang zwischen WMK-Zuschüssen und Verringerung der Winterarbeitslosigkeit im Bauwesen. Die WMK-Beihilfe sei in bezug auf die Verringerung der Winterarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft nicht (mehr) wirksam; dh, daß bei Einstellen der Beihilfen in weiten Teilen des Bundesgebietes keine Veränderung der Bau-Winterarbeitslosigkeit zu erwarten sei und insb in den Problemgebieten mit keiner sichtbaren Erhöhung der Winterarbeitslosigkeit gerechnet werden könne. Auf entsprechende Erfahrungen bei der Wildbach- und Lawinenverbauung wurde hingewiesen, wo sich nach Ende der Förderung 1973 geringere saisonale Beschäftigungsschwankungen zeigten.

Begründet wurde diese Einschätzung der Wirksamkeit der WMK-Beihilfe ua damit, daß es eine Reihe sonstiger Umstände gäbe, die wesentlich tiefgreifender in die Richtung verringerter Winterarbeitslosigkeit im Bauwesen wirkten. Dazu zählten das zunehmende Eigeninteresse der Bauunternehmer, ihre Betriebe wegen der hohen Fixkosten das ganze Jahr über möglichst gleichmäßig auszulasten und die Bauvorhaben wegen des Zinsendruckes aufgrund der Vorfinanzierung möglichst rasch zu beenden, sowie der technologische Fortschritt im Winterbau.

Schließlich seien auch die Unternehmer und Arbeitnehmer der Ansicht, daß die WMK-Zuschüsse im Vergleich zum Umsatz oder auch zu den Gesamtkosten einen so geringen Betrag ausmachten, daß sie keine Auswirkung auf personelle Entscheidungen hätten und nicht mehr als eine Subvention darstellen könnten.

21.1.1.3 Als Reformvorschlag wurde zunächst die auch von Arbeitnehmern (Betriebsräten) und Arbeitgebern in der Bauwirtschaft immer wieder geforderte stärkere Abstimmung und vorausschauende Planung sowie der entsprechend zeitliche Einsatz der Bauaufträge der öffentlichen Hand angeführt. Da der Anteil des in Österreich aufgrund öffentlicher Aufträge erwirtschafteten Bauproduktionswertes am gesamten Bauproduktionswert (Hoch- und Tiefbau einschließlich Instandsetzungsarbeiten) zwischen 45 vH und 50 vH liege, könnte allein dadurch die Bau-Winterarbeitslosigkeit weitgehend vermieden werden. Dieser Zielsetzung stünden aber Jahrzehnte negativer Erfahrungen in der Bemühung um eine Bau-Koordination entgegen.

Unter dem Gesichtspunkt einer leichter zu verwirklichenden Reform wurde daher vorrangig die regionale Konzentration des Einsatzes von Budgetmitteln zur Bekämpfung der Bau-Winterarbeitslosigkeit befürwortet und schließlich angeregt, das bisherige Förderungssystem zumindest allmählich mit einer neuen Zielvorstellung zu verändern.

21.1.2.1 Nach den Feststellungen des RH waren hinsichtlich der WMK-Beihilfen seit dem Jahre 1978 keine Veranlassungen in Richtung einer grundlegenden Umgestaltung des Beihilfensystems erfolgt.

Der RH erachtete sohin aufgrund der Studie sowie der darin verwerteten Erfahrungswerte der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung als Ergebnis gesichert, daß der WMK-Beihilfe als Förderungsmaßnahme mit dem Ziel der Verringerung der Winterarbeitslosigkeit jedenfalls keine erkennbare, meßbare und damit beweisbare Wirkung zuzumessen ist, weil die Entwicklung der Winterbeschäftigung tatsächlich durch andere Umstände maßgeblicher beeinflußt wird.

21.1.2.2 Fehlte aber demgemäß der eindeutige Zusammenhang zwischen dem finanziellen Mitteleinsatz für die WMK-Förderung und dem im § 27 Abs 1 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes 1969, BGBl Nr 31/1969 idgF, (AMFG) vorausgesetzten Ziel und Zweck der Sicherung von Arbeitsplätzen, so mangelte es nach Auffassung des RH damit auch an der gesetzlichen Deckung dieser Ausgaben. Darüber hinaus erschien die im § 35 Abs 2 AMFG genannte Voraussetzung einer Beihilfengewährung, volkswirtschaftlich nützlich und im öffentlichen Interesse gelegen zu sein, nicht als erfüllt.

21.1.2.3 Der RH hielt es deshalb für nicht vertretbar, die WMK-Förderung mit ständig steigendem Ausgabenrahmen von 86 Mill S (1980) auf zuletzt 155 Mill S (1983) weiter aufrechtzuerhalten und empfahl deren Einstellung. Er bemängelte, daß das BMS die seit dem Frühjahr 1978 bekannten Ergebnisse der von ihm selbst in Auftrag gegebenen Studie noch keiner folgerichtigen Auswertung zugeführt hatte.

21.1.2.4 Der RH unterstützte die in der Studie enthaltenen Anregungen, vordringlich die gegenseitige Abstimmung und zeitliche Steuerung öffentlicher Bauaufträge voranzutreiben und Entwürfe für eine zweckmäßige Förderung allenfalls im Wege einer gesetzlichen Neuregelung zu erarbeiten.

21.1.3.1 Lt Mitteilung des BMS habe die aufgrund seines Auftrages vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung im April 1984 erstellte Studie über „Saisonale und konjunkturelle Faktoren der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik" unter Bezugnahme auf den Zeitraum 1974 bis 1983 ebenfalls ergeben, daß die WMK-Beihilfe nicht ausreiche, die Schwankungen zwischen Sommer- und Winterbeschäftigung auszugleichen.

21.1.3.2 Um die gegenseitige Abstimmung und zeitliche Steuerung öffentlicher Bauvorhaben voranzutreiben, ist das BMS an das BMBT herangetreten. Dessen Bemühungen zur Baukoordinierung äußerten sich insb im Rahmen der jährlichen Vorschau und mittelfristigen Prognose, seien jedoch immer wieder auf Widerstände, vor allem im Bereich der Länder und Gemeinden, gestoßen. Das BMS werde allerdings weiterhin zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit auf eine Verstärkung der Baukoordinierung drängen und die Bemühungen anderer Stellen in derselben Richtung unterstützen.

21.1.3.3 Das BMS sagte zu, es werde die eingeleiteten Bemühungen zur Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für eine Neuregelung des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente für die Bauwirtschaft fortsetzen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten auf der Grundlage des AMFG unter Einschaltung der Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien für Finanzen und für Handel, Gewerbe und Industrie beraten. Über die Ergebnisse werde der RH unterrichtet werden.

Wintermehrkosten

21.2.1.1 WMK-Beihilfen gem § 27 Abs 1 lit b AMFG konnten nach § 28a leg cit zur Beschaffung der für Arbeiten in den Wintermonaten erforderlichen Ausrüstung sowie zur Abgeltung der Mehrkosten bis zur vollen Höhe, die durch die Ausführung dieser Arbeiten in den Wintermonaten entstehen, gewährt werden.

In den hiezu vom BMS erlassenen allgemeinen Regelungen wurde das Ziel der WMK-Beihilfe damit umschrieben, die Winterbeschäftigung in der Bauwirtschaft möglichst nahe an die Sommerbeschäftigung heranzuführen. Durch die Beihilfen sollten die Bemühungen der Unternehmung unterstützt und entsprechend abgegolten werden. Förderbar waren nur Baustellen, auf denen für die Durchführung der Vorhaben im Winter ausreichende Winterbauschutzausrüstung vorhanden war, wobei die möglichen Schutzvorkehrungen bspw aufgezählt wurden.

21.2.1.2 Nach den Feststellungen des RH war die Höhe der im Einzelfall entstandenen Wintermehrkosten für die Förderung nicht bedeutsam und wurde auch von den Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung nicht erhoben oder überprüft. Nur das Vorhandensein der Winterschutzvorkehrungen war im angeordneten Stichprobenverfahren von 10 vH der Baustellen zu kontrollieren.

Grundlage für die Beihilfenberechnung war vielmehr die Förderungszahl, das ist die Anzahl der Arbeiter, um die ein bestimmter Mindestbeschäftigtenstand überschritten wurde, und der jeweils festgesetzte Beihilfensatz je förderbaren Arbeiter und Woche.

21.2.2 Da gem § 28a AMFG die Bemessung der Beihilfenhöhe in einem Verhältnis zu ermittelten bzw nachgewiesenen Wintermehrkosten zu stehen hat, erachtete der RH die Beihilfengewährung nach der Anzahl von Arbeitskräften und Beihilfensätzen als unzulässig. Auch die in der genannten Studie getroffene Feststellung, wonach die Wintermehrkosten zumeist schon in den Preisen inbegriffen seien und den Bauherrn, nicht aber das Bauunternehmen belasten, ließ die Unzulässigkeit der WMK-Förderung erkennen, die übrigens vom BMS aus demselben Grund für die Bausparten Straßen-, Kraftwerks- und Tunnelbau bereits erkannt und allgemein festgelegt worden war.

21.2.3 Lt Stellungnahme des BMS betrage der WMK-Zuschuß jeweils nur einen Bruchteil der tatsächlichen Wintermehrkosten, weil schon die Voraussetzung ausreichender Winterschutzvorkehrungen einer überhöhten Beihilfe vorbeuge. Zur Übernahme von Wintermehrkosten durch den Bauherrn komme es nicht, weil die Angebote schon aus Wettbewerbsgründen einerseits immer unter der Annahme günstigerer Witterungsverhältnisse, andererseits unter Berücksichtigung der WMK-Beihilfen erstellt würden. Für den Ausschluß der Sparten Straßen-, Kraftwerks- und Tunnelbau von der Förderung seien im wesentlichen budgetäre Überlegungen maßgeblich gewesen.

21.2.4 Der RH vermißte in den Ausführungen des BMS einen Nachweis für den Zusammenhang zwischen den entstandenen Wintermehrkosten und der Bemessung der Beihilfe. Da auch die Annahmen über die Berechnungsgrundlagen in den Angeboten der Baufirmen nicht beweisbar erschienen, erhielt er seine Kritik aufrecht.

Baustellenförderung

21.3.1.1 Seit dem Winter 1979/1980 wurde die Ermittlung der Anzahl der förderbaren Arbeitskräfte nicht mehr durch Gegenüberstellung des jeweiligen Sommer- und Winter-Gesamtbeschäftigtenstandes einer Bauunternehmung, sondern durch den Vergleich des jeweils auf einer einzelnen Bau- oder Arbeitsstelle vorhandenen Beschäftigtenstandes vorgenommen.

21.3.1.2 Wie die Erfahrungsberichte einiger Landesarbeitsämter (LAÄ) aufzeigten, kamen verschiedene Baufirmen nunmehr trotz Verringerung der Gesamtbeschäftigtenstände in den Genuß der WMK-Förderung und war es bei entsprechenden Personalumschichtungen sogar möglich, dieselben Arbeitskräfte zweimal zu fördern. Die LAÄ berichteten ferner von der gestiegenen Anzahl der Begehren, dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand sowie Schwierigkeiten, baustellenbezogene Auskünfte über Beschäftigtenstände zu erhalten bzw solche zu überprüfen.

21.3.2.1 Nach Ansicht des RH ließ die Loslösung von der Anzahl des Gesamtbeschäftigtenstandes den im § 27 Abs 1 AMFG geforderten Zusammenhang zwischen der Förderungsgewährung und dem Beitrag der Unternehmung zur Sicherung der Beschäftigung nicht mehr erkennen. Überdies ermöglichte der Grundsatz der Baustellenförderung höhere Förderungen als der allgemeinen Beschäftigungslage entsprochen hätte.

21.3.2.2 Der RH empfahl dem BMS, wegen der Mängel und Unzulänglichkeiten des Systems der Baustellenförderung die WMK-Förderung wieder unternehmungsbezogen zu gestalten.

21.3.3 Das BMS bezeichnete die Feststellungen des RH als grundsätzlich zutreffend. Die Einführung des Grundsatzes der Baustellenförderung hätte insb eine Verlagerung auf Gebiete mit ungünstigen regionalökonomischen Gegebenheiten und die Begünstigung kleinerer und mittlerer Betriebe bezweckt, überdies aber auch zu einem Sinken der Ausgaben für WMK-Beihilfen von rd 125 Mill S (1978/79) auf 72 Mill S (1979/80) geführt. Im Bewußtsein der aufgezeigten Nachteile werde nunmehr eine stärker unternehmungsbezogene Gestaltung überlegt.

Beihilfenfälle

21.4.1.1 Einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) zur Errichtung des Kernbaues des Allgemeinen Krankenhauses in Wien wurden vom BMS bzw Landesarbeitsamt (LAA) Wien in den Jahren 1974 bis 1977 und im Jahre 1979 WMK-Beihilfen in der Gesamthöhe von rd 2,04 Mill S zuerkannt.

Das Kontrollamt der Stadt Wien hat in seinem „Bauwirtschaftlichen Prüfbericht über den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (Universitätskliniken)" aus dem Jahre 1981 Mängel bei der Abrechnung der Winterleistungen durch die ARGE aufgezeigt.

Zufolge der Vertragsabmachungen waren die Kosten aller Wintererschwernisse und Winterschutzvorkehrungen in erster Linie vom Auftraggeber zu tragen; im Hinblick auf das Interesse des Auftraggebers an der termingemäßen Abwicklung der Bauführung war eine Einstellung der Arbeiten während der Wintermonate ausgeschlossen. Als Vergütung der Winterbaumaßnahmen stand für sämtliche Arbeiten im Freien bei Temperaturen unter Null Grad eine Aufzahlung von 5 vH auf die Arbeitsanteile der Angebots-Einheitspreise zu, sofern durch die Produktive Arbeitslosenfürsorge (PAF) für die Wintermehrkosten kein Zuschuß gewährt werde.

Obwohl wegen Inanspruchnahme einer WMK-Beihilfe durch die ARGE keine Berechtigung für die Vergütung durch den Auftraggeber vorlag, wurde diese dennoch verrechnet und anerkannt. Aufgrund der Kritik des Kontrollamtes belastete sodann der Auftraggeber die ARGE mit einer Rückforderung von rd 3,89 Mill S.

21.4.1.2 Das BMS bzw das LAA Wien haben einer ARGE beim Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf für Förderungszeiträume in den Jahren 1974, 1977 und 1978 WMK-Beihilfen im Gesamtbetrag von rd 650 000 S gewährt.

Wie der RH anläßlich seiner Gebarungsüberprüfung der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH (GKT) feststellte, waren nach den maßgeblichen Vereinbarungen jeweils in die Preise sämtliche Kosten einzurechnen, die eine termingemäße Durchführung der Arbeiten ermöglichten, auch die für alle wie immer gearteten Wintererschwernisse. Nach dem Terminplan waren alle Arbeiten innerhalb der ausbedungenen Fertigstellungsfrist auch in den Wintermonaten fortzuführen und bei Überschreitung des Endtermines oder vereinbarter Zwischentermine schließlich Vertragsstrafen vorgesehen.

21.4.1.3 Die gleichen Umstände lagen auch bei Arbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Kernkraftwerkes Zwentendorf bezüglich der WMK-Beihilfengewährungen an eine weitere Bauunternehmung für die Jahre 1975 und 1976 im Ausmaß von zusammen rd 254 000 S vor.

21.4.2 Nach Ansicht des RH standen in den angeführten Fällen die Förderungsgewährungen nicht im Einklang mit den §§ 27 Abs 1 lit b und 28a AMFG sowie den „Allgemeinen Bedingungen für die Gewährung von WMK-Beihilfen". Arbeiten, die wegen vorgegebener Fertigstellungstermine oder sonst im Interesse der Bauherrn bzw Bauführer rasch und daher auch im Winter auf jeden Fall weiterzuführen waren, kamen für eine Förderung nicht in Betracht.

Der RH empfahl daher dem BMS, die gewährten WMK-Beihilfen im Hinblick auf die Vertragsbestimmungen rückzufordern.

21.4.3 Das BMS teilte mit, es habe aufgrund der Empfehlung des RH die Finanzprokuratur eingeschaltet. Die Äußerung der Finanzprokuratur bzw die darauf begründeten Veranlassungen des BMS würden dem RH umgehend mitgeteilt.

Zur Abkürzung des Verfahrens sei mittlerweile die bei der Errichtung des Kernbaues des Allgemeinen Krankenhauses in Wien tätig gewesene ARGE von der Finanzprokuratur zur Rückzahlung der gewährten WMK-Beihilfen eingeladen worden. Über den weiteren Fortgang werde dem RH gesondert berichtet werden.

21.5.1.1 Der damalige Bundesminister für Finanzen trat am 14. Dezember 1978 an den Bundesminister für soziale Verwaltung mit der Bitte heran, die Förderung einer in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Bauunternehmung in Höhe von 30 Mill S aus Mitteln des AMFG zu ermöglichen.

21.5.1.2 Der Bundesminister für soziale Verwaltung erklärte sich mit Schreiben vom 15. Dezember 1978 bereit, zur Abwehr der schweren Gefährdung von 2 300 Arbeitsplätzen im Falle eines Konkurses dieser Unternehmung und der sich daraus ergebenden Folgekonkurse zahlreicher weiterer Firmen mit Gefährdung von zusätzlichen 2 500 Arbeitsplätzen im Beirat für Arbeitsmarktpolitik für die Zuerkennung einer Beihilfe im Gesamtbetrag von 30 Mill S unter der Bedingung einzutreten, daß die Gläubiger der Unternehmung einen der Sach- und Rechtslage entsprechenden Beitrag leisten.

21.5.1.3 In einem dem Beirat für Arbeitsmarktpolitik am 21. Dezember 1978 vorgelegten Arbeitspapier führte das BMS aus, mangelnde Eigenkapitalausstattung, damit zusammenhängend hohe Zinsenbelastung sowie unternehmerische Fehlentscheidungen bei der Aufnahme neuer Produktionszweige und im Auslandsgeschäft hätten die Unternehmung in eine konkursreife Lage gebracht. Die von der Arbeitsmarktverwaltung angesprochenen Mittel sollten die Voraussetzungen für die Zahlungsfähigkeit schaffen und einen Zeitgewinn ermöglichen, um das Sanierungskonzept der Unternehmung durchzuführen. Vorgeschlagen wurde die Gewährung von:

(1) 15 Mill S in Zuschußform gem § 28 Abs 4 lit b AMFG unter der Auflage, daß die Firma oder ihre Rechtsnachfolger in den nächsten Jahren bis zur Höhe dieses Betrages keine Mittel aus dem Titel der WMK-Beihilfen zuerkannt bekommen, und

(2) 15 Mill S als unverzinsliches Darlehen gem § 27 Abs 1 lit a AMFG mit zehnjähriger Tilgung, deren Beginn nach erfolgreichem Abschluß der Sanierungsphase ab 1. Jänner 1981 erfolgen sollte.

21.5.1.4 Aufgrund der Zustimmung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik und des BMF unterrichtete das BMS die Unternehmung mit Schreiben vom 28. Dezember 1978 über die Beihilfengewährung in der vorstehend dargestellten Form.

21.5.1.5 In einer Besprechung vom 16. Jänner 1979 wurde vom BMS gemeinsam mit Vertretern des Beihilfenwerbers eine einseitige Willenserklärung als Ersatz einer vertraglichen Vereinbarung entworfen, die am 19. Jänner 1979 unterfertigt wurde. Hiebei wurde der Zuschuß von 15 Mill S als Vorschußleistung auf künftig zu gewährende Beihilfen aus dem Titel der Winterbauförderung gem § 27 Abs 1 lit b AMFG bezeichnet.

21.5.1.6 In der nach Überweisung des Förderungsbetrages von 30 Mill S verfaßten Schuldurkunde wurde die Darlehensgewährung als Maßnahme gem § 27 Abs 1 lit a in Verbindung mit § 28 Abs 2 AMFG bezeichnet und als Zweck die Ermöglichung jener Maßnahmen, die zur Sanierung der Unternehmung und damit zur Erhaltung der Arbeitsplätze erforderlich seien, angeführt.

21.5.2.1 Der RH erachtete die rechtliche Begründung der Zuschußgewährung von 15 Mill S als widersprüchlich, sofern sie als Vorschußleistung auf zukünftig zu gewährende Beihilfen aus dem Titel der Winterbauförderung gem § 27 Abs 1 lit b AMFG verstanden wurde.

Nach Auffassung des RH bot das AMFG keine Handhabe, die Förderung ungewisser künftiger WMK vorwegzunehmen. Mangels Vorliegens eines erfaßbaren förderbaren Verhaltens des Beihilfenwerbers stand die Vorgangsweise des BMS nicht im Einklang mit § 17 Abs 2 der Bundeshaushaltsverordnung (BHV), wonach die Inanspruchnahme von finanzgesetzlichen Ausgabenermächtigungen vor ihrer endgültigen Verwendung unstatthaft ist. Angesichts des drohenden Konkurses des Beihilfenwerbers war dessen weiterer Bestand und daher die Möglichkeit künftiger Ansprüche auf WMK-Beihilfen, die eine Abstattung im Wege der Aufrechnung ermöglichen könnten, ungewiß. Nach dem bisherigen Anfall von WMK-Beihilfen entsprach die Vorschußleistung dem Bedarf von insgesamt 18 Jahren. Eine derart lange Zeitspanne für die vollständige Aufrechnung erschien dem RH im Hinblick auf die damit zusammenhängende Bindung der vorzeitig hingegebenen Mittel der Arbeitsmarktverwaltung nicht vertretbar.

21.5.2.2 Der RH bemängelte weiters, daß es das BMS unterlassen hatte, die der Unternehmung anteilsmäßig aus der WMK-Beihilfengewährung an Arbeitsgemeinschaften jeweils zustehenden Beihilfenbeträge bei der Abstattung des Zuschusses zu berücksichtigen; dem BMS mußte bekannt gewesen sein, daß die Firma an rund 75 Arbeitsgemeinschaften beteiligt war.

Der RH empfahl dem BMS, künftig die der Unternehmung im Zusammenhang mit Arbeitsgemeinschaften gewährten WMK-Beihilfen in die Aufrechnung miteinzubeziehen, um eine Abstattung innerhalb eines vertretbaren Zeitraumes zu erreichen.

21.5.3.1 Lt Stellungnahme des BMS sei der gegenständliche Zuschuß gem § 28 Abs 4 lit b AMFG jedoch unter der Auflage gewährt worden, daß die Unternehmung in den nächsten Jahren keine WMK-Beihilfen zuerkannt bekommen sollte. Für den Fall einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmung sollten also die eingesetzten Mittel im Laufe der Zeit durch Einbehalt künftig zu gewährender WMK-Beihilfen an die Arbeitsmarktverwaltung zurückfließen. Da ansonsten der Zuschuß verloren gewesen wäre, sei diese Auflage vom Standpunkt der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit besonders zweckmäßig gewesen, wenn auch dieser Rückfluß eine längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Ein haushaltsrechtlicher Verstoß wegen vorzeitiger Anweisung von WMK-Mitteln sei ausgeschlossen, weil es sich nicht um solche gehandelt habe.

21.5.3.2 Die Berechnung des Zuschusses sei im Sinne der genannten Bestimmung unter Berücksichtigung des einfachen Aufwandes, welcher der Arbeitslosenversicherung im Falle der Nichtgewährung der Beihilfe erwachsen würde, erfolgt.

21.5.3.3 Das BMS stellte eine Untersuchung in Aussicht, inwieweit ein Einbehalt von Anteilen an WMK-Beihilfen bei Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung der geförderten Unternehmung rechtlich möglich sei. Über das Ergebnis werde noch gesondert berichtet werden.

21.5.4 Der RH hielt die rechtlichen Ausführungen des BMS für nicht zutreffend und verblieb bei seinen Beanstandungen, weil eine gesetzliche Ermächtigung für die vom BMS gewählte Vorgangsweise fehlte; die angeführten wirtschaftlichen Vorteile wären auch bei der gesetzmäßigen Gewährung eines Darlehens erzielbar gewesen.

21.6.1 Im gegenständlichen Falle wurde der zweite Teil der Förderung als unverzinsliches Darlehen von 15 Mill S gewährt.

21.6.2.1 Der RH erachtete diesfalls die Voraussetzungen des § 27 Abs 1 lit a AMFG als nicht erfüllt, zumal in der Verbesserung der betrieblichen Zahlungsfähigkeit bzw der Abwehr einer schweren Gefährdung von Arbeitsplätzen im Falle eines Konkurses keine Förderung von bestimmten Arbeiten und keine Beschaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten zu erblicken war, wie dies die genannte Gesetzesstelle erfordert. Da die unter Mitwirkung der öffentlichen Hand eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen vielmehr einen Ausgleich mit den Gläubigern, weiters die Ausgliederung gewisser Teilbetriebe oder Betriebsstätten bzw deren Fortführung in Form von Arbeitsgemeinschaften mit anderen Partnern ermöglichen sollten, war offensichtlich nicht die Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten, sondern eine wirtschaftliche Gesundschrumpfung der Unternehmung bezweckt. Dies ließ auch ein Schreiben der Unternehmung vom 24. Feber 1981 an den Bundesminister für soziale Verwaltung erkennen, in dem um Umwandlung der Beihilfen in nichtrückzahlbare Zuschüsse ersucht wurde, weil die Beihilfe gerade die Kosten des Ausgleichsverfahrens gedeckt habe und gänzlich verbraucht worden sei.

21.6.2.2 Obwohl eine Beihilfengewährung gem § 27 Abs 1 lit a AMFG zufolge § 28 Abs 1 leg cit eine angemessene Beteiligung von Gebietskörperschaften oder Finanzierungs-, Kredit- oder Garantieeinrichtungen, die für Zwecke der Verbesserung der Regional- und Wirtschaftsstruktur öffentliche Mittel erhalten, voraussetzt, ist im vorliegenden Falle eine entsprechende Verteilung der finanziellen Lasten unterblieben, was der RH bemängelte.

21.6.2.3 Der RH setzte sich auch kritisch mit der Ermittlung der Beihilfenhöhe durch das BMS auseinander.

Gem § 28 Abs 2 AMFG konnte die Beihilfe als unverzinsliches Darlehen bis zu einer Höhe von 20 vH der auf den einzelnen Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der zu fördernden Maßnahme entfallenden Kosten gewährt werden. Mangels einer genau beschriebenen Maßnahme zur Beschaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten war es im vorliegenden Falle nicht möglich, Kosten eindeutig auf einen zu fördernden Arbeitsplatz zu beziehen. Dessen ungeachtet hatte das BMS die gesamte Beihilfenhöhe von 30 Mill S aufgrund einer im Konkursfall erwarteten durchschnittlichen dreimonatigen Arbeitslosigkeit von 2 000 bis 2 500 Arbeitskräften und einem durchschnittlichen Arbeitslosengeld von 5 000 S je Person ermittelt. Selbst wenn man die Gesamtbeihilfe den Gesamtkosten der zu fördernden Maßnahme gleichsetzte, ergab nach Ansicht des RH die Teilung des Gesamtbetrages je zur Hälfte als vorschußweise WMK-Beihilfe und als unverzinsliches Darlehen für den Darlehensteil eine Förderung von 50 vH der Kosten je Arbeitsplatz, also eine wesentliche Überschreitung der gesetzlichen Höchstgrenze.

21.6.2.4 Nach Auffassung des RH war überdies die in der Schuldurkunde festgelegte Verpflichtung, den Beschäftigtenstand möglichst aufrechtzuerhalten und größere Veränderungen bekanntzugeben, mangels Bestimmung eines Mindestbeschäftigtenstandes nicht geeignet, den Förderungszweck sicherzustellen. Gem § 28 Abs 6 AMFG hätte der Beihilfenempfänger bei entsprechender Sanktion verpflichtet werden müssen, alle rd 2 300 gefährdeten und geförderten Arbeitsplätze zu sichern.

21.6.2.5 Schließlich bemängelte der RH auch die Vertragsbestimmung, mit der ein zusätzlicher tilgungsfreier Zeitraum von zwei Jahren eingeräumt wurde, weil gemäß § 28 Abs 2, zweiter Satz AMFG Darlehen längstens innerhalb von zehn Jahren ab dem Tag der Überweisung abzustatten sind, falls nicht ein kürzerer Zeitraum vereinbart wurde.

21.6.3.1 Lt Stellungnahme des BMS sei das Förderungsziel, die für die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Sanierungsmaßnahmen nötige Zeit zu gewinnen, im § 28 Abs 4 lit b AMFG ausreichend klar-

gestellt. Die Zusätzlichkeit von Arbeitsplätzen ergäbe sich übrigens auch ohne Ausweitung der betrieblichen Tätigkeit aus dem Gegensatz zur ansonsten erfolgenden Betriebseinstellung.

21.6.3.2 Eine Beteiligung anderer Stellen an der Maßnahme sei wohl angestrebt, jedoch im Hinblick auf das gegebene außergewöhnlich dringende arbeitsmarktpolitische Erfordernis einer Beihilfengewährung nicht als Förderungsvoraussetzung festgelegt worden.

21.6.3.3 Zur Bemessung der Beihilfenhöhe bemerkte das BMS, der Sanierungsbedarf der Unternehmung zum Zeitpunkt der Antragstellung sei mit 200 bis 250 Mill S angegeben worden.

21.6.3.4 Zur tilgungsfreien Zeit von rd zwei Jahren räumte das BMS ein, es habe verabsäumt, als Grundlage für die Beihilfengewährung in die Förderungszusage auch § 36 Abs 2 AMFG aufzunehmen, der die Abstattung von Darlehen innerhalb von bis zu 20 Jahren zuläßt.

21.6.4 Der RH erwiderte, die Darlehensgewährung habe sich zufolge der Schuldurkunde auf § 27 Abs 1 lit a in Verbindung mit § 28 Abs 2 AMFG gestützt, so daß die Bezugnahme des BMS auf das Förderungsziel und auf § 28 Abs 4 lit b AMFG, der doch die Voraussetzungen und Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses regle, verfehlt sei. Das nunmehr geltend gemachte außergewöhnlich dringende arbeitsmarktpolitische Erfordernis für die Beihilfengewährung sei weder aktenkundig noch sonst näher begründet worden. Schließlich sei auch der für die Sanierung der Unternehmung angegebene Mittelbedarf nicht mit den Kosten einer zu fördernden Maßnahme im Sinne des AMFG gleichzusetzen. Aus diesen Überlegungen erhielt der RH seine Beanstandungen aufrecht.

Gebarungssicherheit

21.7.1.1 Im Oktober 1981 hatte eine Kreditunternehmung vom LAA NÖ drei mit der Zweckwidmung WMK-Beihilfen versehene Beträge in der Gesamthöhe von 588 224 S zur Überweisung auf näher bezeichnete Konten erhalten. Da es sich bei den angegebenen Kontonummern um solche anonymer Sparbücher handelte, wurde das LAA um Bestätigung ersucht, ob die Überweisung auch tatsächlich durchgeführt werden sollte.

21.7.1.2 Die daraufhin eingeleitete Überprüfung ergab 15 Fälle von Fälschungen bzw Veränderungen von Beihilfenakten, aufgrund welcher ein Bediensteter einen Gesamtbetrag von 3 953 679 S auf die von ihm eigens eingerichteten Konten zur Anweisung gebracht hatte.

21.7.1.3 Mit Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien wurde der ehemalige Bedienstete im März 1982 des Verbrechens des schweren gewerbsmäßigen Betruges schuldig erkannt und zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt.

21.7.1.4 Der verursachte Schaden konnte durch Freigabe von bei Gericht hinterlegten Barbeträgen und Sparbüchern bzw durch aufrechnungsweise Einbehaltung von Bezügen des ehemaligen Bediensteten zu einem Teilbetrag von 1 040 168,70 S hereingebracht werden. Durch die Finanzprokuratur wurden weitere Schritte, insb zur Geltendmachung der gesetzlichen Zinsen, zur Kraftloserklärung weiterer Sparbücher sowie zur Pfändung und Verwertung eines Exekutionsobjektes, unternommen.

21.7.1.5 Das LAA NÖ nahm überdies verschiedene Verfahrensänderungen vor, um die Gebarungssicherheit zu verstärken und eine Wiederholung eines derartigen Schadensfalles zu verhindern.

21.7.2 Der RH beanstandete die mangelhafte Ablauforganisation und die zT mangelnden Kontrollmöglichkeiten.

Im übrigen bezeichnete er die vom BMS veranlaßten Änderungen im Verfahrensablauf als zweckmäßig und unterbreitete noch weitere Vorschläge zur Verbesserung des WMK-Beihilfen-Verfahrens, insb hinsichtlich Überprüfung der Begehren, Delegierung von Aufgaben, Ausstellung von Kontobestätigungen sowie Verstärkung der Dienst- und Fachaufsicht.

21.7.3 Lt Mitteilung des BMS würden nunmehr regelmäßig Einschauen auf dem Gebiet der WMK-Beihilfen durchgeführt.

21.7.4 Der RH sieht weiteren Mitteilungen bezüglich der Schadensgutmachung entgegen.

Verfahren

21.8.1.1 Nach den Verfahrensbestimmungen über die Gewährung der WMK-Beihilfen hatten die AÄ mindestens ein Zehntel aller von den Bauunternehmungen eingebrachten Anzeigen und Beihilfenbegehren stichprobenweise zu prüfen. Die Gestaltung der Prüfungen und die Auswahl der Stichproben blieb jedoch den AÄ überlassen.

21.8.1.2 Infolgedessen wurden Begehren von Unternehmungen mit Sitz außerhalb des AA-Bereiches überhaupt nicht oder nur fallweise überprüft und bei manchen AÄ immer dieselben Unternehmungen in die jährliche Überprüfung einbezogen, während alle übrigen Unternehmungen seit Jahren ungeprüft blieben. Schließlich wurden auch Beihilfenbegehren mit hohen Förderzahlen und WMK-Beihilfen von über 500 000 S nicht geprüft.

21.8.2 Der RH bemängelte den äußerst geringen Umfang der Prüftätigkeit und die hiefür maßgebliche Anordnung, aufgrund derer 90 vH der Beihilfenbegehren auf Gewährung der WMK-Beihilfen oder 1982 rd 90 Mill S von vornherein von einer Prüfung ausgeschlossen blieben.

Er empfahl dem BMS, unter ordnungsgemäßer Anwendung der Bestimmungen für die Haushaltsführung des Bundes und zur Vermeidung finanzieller Nachteile für die Arbeitsmarktverwaltung künftig sicherzustellen, daß in jedem Einzelfall die Voraussetzungen und Grundlagen für die Gewährung von WMK-Beihilfen überprüft werden.

21.8.3 Lt Stellungnahme des BMS sei ab dem Winter 1983/84 der Prüfanteil auf 20 vH der Begehren angehoben worden; auch Sammelbegehren mit einem voraussichtlichen Beihilfengesamtbetrag von über 100 000 S sowie Begehren auswärtiger Firmen seien nunmehr zu prüfen. Eine Prüfung sämtlicher Begehren anhand der Unterlagen im Betrieb sei allerdings insb im Hinblick auf die große Anzahl (1983: 4 662 bewilligte Begehren) verwaltungsmäßig und personell nicht zu bewältigen, wäre aber auch im Zusammenhang mit der zwingenden Einführung von Beschäftigtenlisten in den Betrieben nicht erforderlich.

21.8.4 Der RH beurteilte die Erhöhung des Prüfanteils auf 20 vH im Hinblick auf die Vorschriften über die Haushaltsführung des Bundes als unzureichend und verblieb bei seiner Empfehlung, weil auch die Einführung einer Beschäftigtenliste, die allein auf den Angaben des Betriebes beruhe, hiefür keinen ausreichenden Ersatz biete. Schließlich erachtete der RH eine umfassende Prüfung als möglich, weil im Jahresdurchschnitt bloß rd 47 Fälle je Arbeitsamt zu bewältigen wären.

21.9.1 Im Bereich des LAA Bgld und bei weiteren drei LAÄ wurden den um WMK-Beihilfen ansuchenden Bauunternehmungen zusätzlich zu dem üblichen Begehrensformular weitere listenmäßige Aufstellungen über die in die Förderung einzubeziehenden Arbeitskräfte und deren Beschäftigungstage abverlangt, um insb ungerechtfertigte Begehren nach Möglichkeit von vornherein ausschließen zu können. Das BMS hat im Jahre 1982 die Einführung solcher Hilfslisten allgemein empfohlen.

21.9.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurden die Hilfslisten mit anderen amtsinternen Aufzeichnungen, wie der Ausländerkartei und den Unterlagen betr das Schlechtwetterentschädigungsverfahren, nicht abgestimmt, wodurch Fälle unzulässiger Förderung von Ausländern oder von Arbeitskräften anderer Baustellen unerkannt blieben.

Er empfahl, die Führung der Hilfslisten verbindlich aufzutragen und ihre entsprechende Auswertung anzuordnen.

21.9.3 Lt Mitteilung des BMS sei die Überprüfung der Angaben in den Hilfslisten mit den den AÄ zur Verfügung stehenden Unterlagen in Fällen eines begründeten Verdachtes angeordnet worden.

21.10.1 Die AÄ waren im Zusammenhang mit der Gewährung von WMK-Beihilfen an Bauunternehmungen mit der Entgegennahme und stichprobenweisen Prüfung der Anzeigen und Begehren befaßt, hatten die Förderzahl zu berechnen und sodann alle Unterlagen dem zuständigen LAA zur Bearbeitung vorzulegen.

21.10.2 Wie der RH kritisch vermerkte, war der weitere Arbeitsablauf bei den LAÄ aufwendig gestaltet. Er empfahl dem BMS, den gesamten Aufgabenbereich den AÄ zu übertragen, weil hiedurch eine wesentliche Vereinfachung und Straffung der Ablauforganisation zu erreichen wäre. Die Mehrbelastung der AÄ wäre gegenüber dem bisherigen Verfahren unwesentlich und die Gebarungssicherheit dadurch sicherzustellen, daß die Berechnung und die Genehmigung jeweils von einem verschiedenen Sachbearbeiter durchgeführt wird. Jedenfalls würde auch eine Beschleunigung bei der Auszahlung der Beihilfen bewirkt werden.

21.10.3 Das BMS befürchtete bei Delegierung der WMK-Beihilfe an die AÄ nachteilige Auswirkungen auf die Gebarungssicherheit, die derzeit einheitliche Entscheidungspraxis und die Möglichkeit zur Überwachung des ab 1979 vorgegebenen Budgetierungsrahmens. Schließlich fehlten ihm Anhaltspunkte dafür, inwieweit durch die Übertragung der WMK-Beihilfen-Bearbeitung an die AÄ eine wesentliche Vereinfachung und Straffung der Ablauforganisation tatsächlich erreicht werden könnte.

21.10.4 Der RH wies auf die bisherigen Erfahrungen mit der Delegierung anderer Beihilfenarten nach dem AMFG an die AÄ hin, die zu einer merkbaren Verkürzung des Verfahrens geführt haben. Die aus Anlaß des Betrugsfalles beim LAA NÖ eingeführten Verfahrensänderungen wären bei Übertragung der Bearbeitung an die AÄ entbehrlich. Da dem RH auch die Wahrung einer einheitlichen Entscheidungspraxis und die Überwachung des Budgetrahmens im Wege erlaßmäßiger Regelungen durchaus möglich erschien, verblieb er bei seiner Empfehlung.

Sonstige Feststellungen

21.11.1 Die vom BMS als Lose-Blatt-Sammlung aufgelegten Durchführungsbestimmungen zum AMFG entsprachen bezüglich der WMK-Beihilfen nicht dem letzten Stand und waren infolge häufiger Änderungen durch Einzelerlässe bzw Weisungen nicht mehr überschaubar.

21.11.2 Um diesen Arbeitsbehelf zweckmäßig verwenden zu können, empfahl der RH, jeweils eine zeitnahe Berichtigung vorzunehmen.

21.11.3 Das BMS sagte dies zu.

21.12.1 Der Prüfdienst des BMS war beim LAA NÖ (mit Ausnahme der Erhebungen im Zusammenhang mit dem Betrugsfall) auf dem Gebiet der WMK-Beihilfen seit fast 14 Jahren und beim LAA Bgld zumindest seit mehr als 15 Jahren nicht mehr tätig gewesen.

21.12.2 Der RH bemängelte die Vernachlässigung der Prüftätigkeit und empfahl, entsprechend § 4 Abs 1 des Bundesministeriengesetzes 1973 vorzugehen.

21.12.3 Das BMS stellte eine verstärkte Ausübung der Fach- und Dienstaufsicht im Rahmen der Einschautätigkeit in Aussicht.

21.13.1 Der RH hat bereits anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen bei LAÄ und AÄ wiederholt Abweichungen von der Geschäftseinteilung festgestellt.

21.13.2 Aufgrund gleichartiger Feststellungen beim LAA NÖ bemängelte der RH das Versäumnis des BMS, trotz entsprechender Zusagen diese Unzulänglichkeiten abzustellen.

21.13.3 Lt Mitteilung des BMS sei der betreffende Mangel bereits behoben und es bemüht, durch Einwirken auf die zuständigen Personalabteilungen ähnliche Mängel in Hinkunft auszuschließen.

21.14.1 Entgegen einem Erlaß des BMS hat das LAA NÖ die Anweisungsberechtigung für den Leiter der für die WMK-Beihilfen zuständigen Fachabteilung beibehalten.

21.14.2 Der RH empfahl dem BMS, um eine umgehende Beachtung seiner Erlässe besorgt zu sein.

21.14.3 Lt Stellungnahme des BMS könne es sich nur im Rahmen der alle drei Jahre stattfindenden Einschauen davon überzeugen, ob die LAÄ alle erlaßmäßigen Anordnungen tatsächlich befolgen.

21.14.4 Der RH entgegnete mit dem Hinweis auf die Verwaltungsübung der Bundesministerien, den nachgeordneten Dienststellen gleichzeitig mit einer erlaßmäßigen Anordnung aufzutragen, über deren Vollzug zu berichten. Bei offensichtlicher Nichtbeachtung einer Weisung wäre jedenfalls der hiefür maßgebliche Organwalter zur Verantwortung zu ziehen.

21.15.1 Weitere vom RH aufgezeigte Mängel und Unzulänglichkeiten betrafen das Formularwesen, die Einschautätigkeit der LAÄ bei den AÄ, die Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht durch die zuständigen Abteilungsleiter der AÄ, die Vertretung der Bearbeiter für die WMK-Beihilfen sowie die Prüfung der Kostenträgerausdrucke durch die AÄ.

21.15.2 Lt Mitteilung des BMS seien entsprechende Maßnahmen veranlaßt worden.

Ersatzforderungen der Republik Österreich gegenüber den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland

22.1 Im Jahr 1983 wurde die Überprüfung der von der Republik Österreich im Zusammenhang mit der Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland gegenüber den Vereinten Nationen (UNO) erhobenen Ersatzforderungen fortgesetzt (TB 1981 Abs 22 und TB 1982 Abs 32). Nach Aufstellung des BMS betrugen die bis 31. Dezember 1982 angefallenen Ersatzansprüche insgesamt 2 089 370 S.

22.2 Der RH stellte bei einer stichprobenweisen Untersuchung der betreffenden Aktenunterlagen neben Bearbeitungs- und Verfahrensfehlern auch Mängel in der Ermittlung der Höhe der Ersatzforderungen fest. Nach entsprechender Berichtigung bestätigte der RH schließlich den gegenüber der UNO zum Ersatz anzusprechenden Gesamtbetrag mit 2 117 414 S.

22.3 Wie der RH vermerkte, hat die UNO die bisher gegen sie erhobenen Forderungen (TB 1981 Abs 22.2 und TB 1982 Abs 32.1) noch nicht beglichen. Er ersuchte das BMS zu erwirken, daß von der UNO entsprechend der seinerzeitigen Zusage die bisher nach innerstaatlichem Recht erbrachten und vom RH einschließlich 1982 in der Gesamthöhe von rd 9,09 Mill S bestätigten Leistungen umgehend ersetzt werden.

22.4 Nach Mitteilung des BMS habe die österreichische Vertretung bei der UNO mehrmals den Ersatz der angemeldeten Beträge betrieben. Wie sich herausgestellt habe, seien die Unterlagen bei der UNO vermutlich in Verstoß geraten. Die UNO habe die eingetretene Verzögerung bedauert und eine vorrangige Erledigung zugesagt.

22.5 Zwischenzeitlich ist von der UNO ein Betrag von rd 7,2 Mill S überwiesen worden. Hinsichtlich der Restforderung wird einer weiteren Stellungnahme entgegengesehen.

22.6 In der Frage der Weiterleitung der von der UNO einlangenden Abgeltungen für die nach dem ASVG erbrachten Leistungen (TB 1982 Abs 32.3) gab das BMS bekannt, daß es prüfe, ob den Kranken- und Pensionsversicherungsträgern (analog zum § 117 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, BGBl Nr 200/1967) ein Kostenersatz für Dienstbeschädigungen und Berufskrankheiten im Zusammenhang mit der Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland eingeräumt werden könne. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem RH bisher noch nicht zugegangen.

22.7.1 In einem Schadensfall nach dem Heeresversorgungsgesetz stellte der RH neben Mängeln bezüglich der Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit, der Ermittlung der Bemessungsgrundlage und der Gewährung von Vorschüssen auch eine ungerechtfertigte Verfahrensdauer von nahezu sechs Jahren fest.

22.7.2 Der RH legte daher dem BMS nahe, geeignete Maßnahmen zu treffen, die künftig eine ordnungsgemäße Verfahrensführung gewährleisten.

22.7.3 Das BMS hat das betroffene Landesinvalidenamt bereits im Erlaßwege angewiesen, daß in Hinkunft keine weiteren „Ladenhüter" erzeugt würden.

c) Sonstige Wahrnehmungen

Finanzielle Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung und der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe sowie Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977

Der Abgang aus der finanziellen Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung im Jahr 1983 in Höhe von rd 1 380 Mill S mußte mangels verfügbarer Mittel des Reservefonds vorschußweise vom Bund getragen werden.

23.1 Die finanzielle Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung schloß 1983 mit einem vom Bund vorschußweise getragenen Aufwand von rd 16 223 Mill S und einer Deckung von rd 14 843 Mill S, demnach mit einem Abgang von rd 1 380 Mill S, der mangels verfügbarer Mittel des Reservefonds gem § 64 Abs 7 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977 (AlVG) vorläufig aus Bundesmitteln zu decken war.

23.2.1 Der RH hat diesen Abgang im Bundesrechnungsabschluß 1983 im Sinne der im Vorjahr unter Bedachtnahme auf die Bestimmung des § 64 Abs 7 zweiter Satz AlVG veranlaßten Richtigstellung der Jahresrechnung gem § 9 Abs 1 des Rechnungshofgesetzes 1948 (TB 1982 Abs 34.2) dargestellt, nämlich als Forderung des Bundes gegen künftige, ansonsten dem Reservefonds zuzuführenden Überschüsse aus der zweckgebundenen Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung. Ungeachtet dessen verblieb das BMF bei seiner Auffassung, daß mit der Abgangsdeckung des Bundes gem § 64 Abs 7 AlVG eine Forderung des Bundes gegenüber dem Reservefonds begründet worden sei.

23.2.2 Zwischenzeitlich wurde der § 64 Abs 7 AlVG mit BG vom 29. November 1983, BGBl Nr 594, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1984 im Sinne der vom BMF gewünschten Vorgangsweise dahingehend geändert, daß vorschußweise getragene Gebarungsabgänge der Arbeitsmarktverwaltung dem Bund vom Reservefonds zu ersetzen sind, was jedoch nach Meinung des RH erstmals für den Bundesrechnungsabschluß 1984 zum Tragen kommt.

23.3 Hinsichtlich der vom RH angeregten Neugestaltung des Nachweises über die zweckgebundene Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung (TB 1982 Abs 34.3) konnten bisher mit dem BMF noch keine Ergebnisse erzielt werden. Eine weitere Befassung in dieser Angelegenheit wurde allerdings einvernehmlich in Aussicht genommen.

23.4 Die vom RH empfohlene gesetzliche Regelung bezüglich allfälliger ungedeckter Abgänge aus der zweckgebundenen Gebarung der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe und der Einbringung hiedurch entstandener Forderungen des Bundes (TB 1981 Abs 23.2 und TB 1982 Abs 34.5) steht weiterhin noch aus.

Private Arbeitsvermittlung

24.1.1 Der RH hatte das BMS darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes die Vermittlung von Arbeitskräften durch Private unerlaubt und verwaltungsbehördlich strafbar sei (TB 1982 Abs 35).

24.1.2 Da nach Auffassung des BMS die Tätigkeit der immer zahlreicher werdenden Personalberatungsfirmen nicht den Tatbestand der unerlaubten Arbeitsvermittlung erfülle, ersuchte der RH das BMS um Stellungnahme zur Beurteilung des Unternehmensgegenstandes derartiger Firmen, der in der „Suche und Auswahl" von Arbeitskräften besteht.

24.2 Trotz dreier Betreibungen des RH gab das BMS keine Stellungnahme ab.

B. Träger der Sozialversicherung

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Betriebskrankenkasse der Firma Joh. Pengg in Thörl/Stmk

25. Zu der vom RH empfohlenen Sicherstellung der im § 445 Z 1 ASVG vorgesehenen Übernahme der Verwaltungskosten einer Betriebskrankenkasse durch den Betriebsunternehmer (TB 1981 Abs 28.5) teilte das BMS mit, es habe nunmehr in der 16. Ergänzung der Rechnungsvorschriften für eine einheitliche Vorgangsweise Vorsorge getroffen. Danach sind zunächst neben dem Aufwand für die Verwaltungskörper alle noch nicht vom Betriebsunternehmer getragenen Verwaltungskosten zu erfassen und diesem Bruttoverwaltungsaufwand die Vergütungen gem § 82 ASVG gegenüberzustellen. Ein allfälliger Saldo wäre entweder vom Betriebsunternehmer auszugleichen und unter der Post „Sonstige Ersätze" nachzuweisen oder als „Anderweitiger, Sonstiger und Außerordentlicher Ertrag" in die Erfolgsrechnung aufzunehmen. Damit konnte erstmals seit Inkrafttreten des ASVG in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des RH eine einheitliche Verrechnung des Verwaltungsaufwandes bei den Betriebskrankenkassen erreicht werden.

Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues

26.1 Zur neuerlichen Besetzung des Dienstpostens des Direktionssekretärs in G II (TB 1982 Abs 37.3) teilte die Anstalt mit, daß dieser vom RH beanstandeten Postenvergabe nunmehr die derzeitige Nichtbesetzung eines F III-Dienstpostens gegenüberstünde, wodurch ein gewisser Einsparungseffekt erzielt worden sei.

26.2 Bezüglich der Ausübung politischer Mandate durch Anstaltsbedienstete (TB 1982 Abs 37.11) haben die seitens der Anstalt zugesagten Erhebungen nunmehr ergeben, daß bei dem davon betroffenen Personenkreis, nämlich drei Gemeinderäten, einem Stadtrat und einem Abgeordneten zum Nationalrat, das Ausmaß der mandatsbedingten Dienstfreistellungen keine erhebliche Beeinträchtigung der Dienstleistungen bewirkt habe, weshalb auch die in § 27 DO.A vorgesehene Überprüfung der Nebeneinkünfte unterblieben sei.

26.3 Nachdem auch das BMS dem Standpunkt des RH, wonach der Nettoaufwand für Prothetik der Krankenversicherung anzulasten wäre (TB 1982 Abs 37.19), beitrat, änderte die Anstalt ab 1984 ihre bisherige Verrechnungspraxis, womit künftig eine ungerechtfertigte Belastung der Pensionsversicherung hintangehalten wird.

26.4 Der Empfehlung des RH, für Anstaltsfahrzeuge Haftpflichtversicherungen ohne Leihwagenanspruch abzuschließen (TB 1982 Abs 37.31), ist die Anstalt zwischenzeitlich nachgekommen.

26.5 Der RH beanstandete die Gewährung einer Entschädigungsleistung an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Obmannes, weil ihm der dafür erforderliche Kausalzusammenhang zwischen dem funktionsbedingten Auslandsaufenthalt und der zum Ableben führenden Erkrankung zweifelhaft erschien (TB 1982 Abs 37.34). Nachdem die zur Klärung der Frage des Vorliegens eines Arbeitsunfalles im Sinne der §§ 175 bis 177 ASVG berufene AUVA aus formalen Gründen eine Prüfung dieses Falles abgelehnt hatte, betonte das BMS zwar die Befugnis der Anstalt, die maßgebliche Vorfrage nach dem Kausalzusammenhang selbst zu prüfen und zu entscheiden. Es stellte jedoch gleichzeitig fest, daß nach der ständigen Rechtsprechung ein derartiger Kausalzusammenhang mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit durch eine gutächtliche Äußerung eines medizinischen Sachverständigen erwiesen werden müßte. Aufgrund dieses Erlasses des BMS beauftragte die Anstalt neuerlich ihren ehemaligen Chefarzt mit der medizinischen Überprüfung. Dieser stellte nunmehr - wie schon seinerzeit bei der Beschlußfassung über die Gewährung der in Rede stehenden Entschädigungsleistung - fest, daß ein Kausalzusammenhang zwischen der Dienstreise in die Tropen und dem späteren Krankheitsverlauf erklärt werden könne.

26.6 Da die Bediensteten der Anstalt trotz gleichartiger Tätigkeit und gleichartigen Arbeitsbedingungen regelmäßig in den Genuß einer höheren Altersversorgung als die Bediensteten anderer SV-Träger gelangten, regte der RH eine Überprüfung der derzeitigen Rechtslage an (TB 1982 Abs 37.13). Eine Stellungnahme des für Dienstrechtsangelegenheiten der SV-Bediensteten zuständigen Hauptverbandes ist dem RH auch bisher nicht zugegangen.

b) Prüfungsergebnis aus dem Jahre 1983

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

Der RH empfahl Einsparungen im leitenden Dienst und bei einigen Organisationseinheiten. Eine vom RH vorgeschlagene Änderung der Kostenaufteilung wird zu nennenswerten Einsparungen bei den Bundesbeiträgen führen. In den neu errichteten Ambulatorien wurde noch keine befriedigende Auslastung erzielt. Bei der Gewährung freiwilliger sozialer Zuwendungen überschritt die Anstalt den zulässigen Rahmen. Abrechnungsunterlagen für Dienstreisen erwiesen sich als mangelhaft.

27.1 Die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (Anstalt oder SVA) mit Hauptsitz in Wien und Landesstellen in allen Bundesländern ist Träger der Kranken- und Pensionsversicherung für die gewerblich Selbständigen und die Angehörigen bestimmter freier Berufe in Österreich. Im Geschäftsjahr 1983 erzielte die Anstalt, die insgesamt 1 313 Dienstnehmer beschäftigte, Erträge von 14 208,6 Mill S, wovon 2 930,8 Mill S auf die Krankenversicherung (KV) und 11 277,8 Mill S auf die Pensionsversicherung (PV) entfielen. Die Aufwendungen der KV beliefen sich auf 2 757,5 Mill S, jene der PV auf 11 229,7 Mill S, so daß sich ein Mehrertrag von 221,4 Mill S ergab. Ohne den in der PV seitens des Bundes zu leistenden Beitrag gem § 34 Abs 2 GSVG von 4 391,5 Mill S wäre die PV freilich mit einem Abgang von rd 4,3 Milliarden S belastet gewesen.

Organisation

27.2.1 Obwohl die Anstalt, einem Wunsche des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger (HV) und des BMS folgend, bei der Erstellung des Dienstpostenplanes 1981 bereit war, 17 Dienstposten des höheren Dienstes (Gehaltsgruppe F) im Hinblick darauf zu sperren, daß die meisten Angehörigen des leitenden Dienstes (Gehaltsgruppe G) ohnehin zugleich als Abteilungsleiter tätig waren, versagte der HV auch dem solcherart abgeänderten Dienstpostenplan die Zustimmung, weil die Anzahl der G-Posten im Vergleich zu anderen SV-Trägern als zu hoch erschien. In der Folge verringerte die Anstalt zwar die Anzahl der G-II-Dienstposten in der Hauptstelle von neun auf sechs und in den Landesstellen von 18 auf 16, beschloß jedoch gleichzeitig, die bisherige personelle Besetzung des leitenden Dienstes - insgesamt waren im Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung 24 Bedienstete in G II eingereiht - bis auf weiteres beizubehalten.

27.2.2 Der RH erachtete die Anzahl von Leitungsposten als überhöht, weil nicht nur die Leiter der Landesstellen, sondern auch deren ständige Stellvertreter G-II-Posten bekleideten. Er empfahl, in den Landesstellen Vorarlberg, Burgenland, Kärnten, Salzburg und Tirol, in denen insgesamt nur 39, 40, 63, 65 bzw 72 Bedienstete beschäftigt waren, auf die Bestellung eines ständigen Stellvertreters des leitenden Angestellten der Landesstelle zu verzichten.

27.2.3.1 Die SVA berief sich in ihrer Stellungnahme auf die Dienstordnung (DO.A), wonach die ernannten Stellvertreter von Landesstellenleitern in G II einzureihen wären, bekundete aber ihre Bereitschaft, weitere G-II-Posten entsprechend den Vorschlägen des RH einzusparen.

27.2.3.2 Das BMS nahm diese Zusage der Anstalt ohne weitere Veranlassung zur Kenntnis.

27.3.1 Weitere Möglichkeiten zur Einsparung höherwertiger Dienstposten bestanden in der Zusammenlegung von Abteilungen sowie in einer strafferen Zuordnung von Aufgabenbereichen bei einzelnen Landesstellen. Die Einführung gemischter Verrechnungs- und Vergütungsgruppen böte darüber hinaus die Möglichkeit, Arbeitsspitzen abzubauen.

27.3.2 Der RH empfahl der Anstalt, solche Organisationsmaßnahmen weiter zu betreiben, um die damit verbundenen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

27.3.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.4.1.1 Der Personalstand der Anstalt entwickelte sich seit 1978 wie folgt:

Stichtag: 31. Dezember	1978	1979	1980	1981
Gesamtpersonalstand	1 192	1 238	1 296	1 305
davon KV	426	437	449	461
PV	766	801	847	844
Verwaltungspersonal	938	979	1 012	960
davon KV	300	312	312	262
PV	638	667	700	698
Eigene Einrichtungen	71	80	86	89
Ärzteverrechnung	92	94	103	156

Im Vergleich dazu entwickelte sich der Stand an Versicherten und Pensionisten wie folgt:

Versicherte KV	284 438	283 476	283 118	279 256
Versicherte PV	175 300	174 500	184 500	185 800
Pensionen	131 292	133 297	134 447	135 730

27. 4.1.2 Der Zuwachs im Gesamtpersonalstand war somit höher als es der Zunahme des Versicherten- bzw des Pensionsstandes entsprochen hätte.

27.4.1.3 Am stärksten war die Erhöhung bei der Ärzteverrechnung (+70 vH), die sich auch im Vergleich mit anderen SV-Trägern personell als überbesetzt erwies. Während nämlich ein Bediensteter der Ärzteverrechnung bei den Gebietskrankenkassen im Durchschnitt 6 127 Versicherte, bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) immer noch 2 731 und bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVAB) 2 539 Versicherte betreute, waren es bei der Anstalt nur 1 790 Versicherte.

27.4.2 Der RH empfahl der Anstalt, geeignete Maßnahmen zur wirksameren Gestaltung und Abwicklung der Ärzteverrechnung zu ergreifen.

27.4.3.1 Die Anstalt sagte dies zu.

27.4.3.2 Auch das BMS erachtete derartige Maßnahmen für geboten.

27.5.1 Die räumliche Aufteilung der Landesstelle Niederösterreich zwischen Wien und Baden ist zwar im § 195 GSVG vorgesehen, verursachte aber einen erhöhten Verwaltungsaufwand.

27.5.2 Der RH empfahl, längerfristig die Auflassung des Landesstellenteiles in Baden anzustreben.

27.5.3.1 Die SVA erinnerte daran, daß ihre Vorgängerin im Bereich der KV, nämlich die gewerbliche Selbständigen Krankenkasse für das Land Niederösterreich, ihren Sitz in Baden hatte und damit alle räumlichen und personellen Voraussetzungen für diese Dienststelle erfüllt waren. Der mit der Aufteilung der Landesstelle verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand sei mit der Einführung der ADV-unterstützten Verwaltungsführung vermindert worden.

27.5.3.2 Das BMS teilte zwar grundsätzlich die Meinung des RH, nahm aber gleichzeitig die Ausführungen der SVA über die weitgehende Verminderung des Mehraufwandes durch den ADV-Einsatz zur Kenntnis.

Personalwesen

27.6.1 Entgegen der Anordnung des § 36 Abs 4 DO.A, wonach bei der Besetzung von Dienstposten der Gehaltsgruppen D bis G den Angestellten Gelegenheit zur Bewerbung zu geben ist, verzichtete die SVA in den letzten Jahren zumeist auf die vorgeschriebene Ausschreibung.

27.6.2 Der RH beanstandete den Verstoß gegen die DO.A.

27.6.3 Die Anstalt sagte eine genaue Beachtung dieser Dienstrechtsbestimmung zu.

27.7.1.1 Gem § 27 DO.A (§ 27 DO.B) ist den Angestellten (Ärzten) die zur pflichtgemäßen Ausübung eines öffentlichen Mandates erforderliche Freizeit zu gewähren. Sollte jedoch die Ausübung einer solchen Funktion die Arbeitsleistung stark beeinträchtigen und mit einem wesentlichen Einkommen verbunden sein, so können die Dienstbezüge gekürzt oder gänzlich eingestellt werden.

27.7.1.2 Obwohl die Anstalt bei drei Bediensteten von der Ausübung öffentlicher Mandate - darunter eines Nationalratsmandates - Kenntnis hatte, verabsäumte sie es bis zur Gebarungsüberprüfung das Ausmaß der Arbeitsverhinderung und die Höhe des mit der Mandatsausübung verbundenen Einkommens zu erheben, so daß sie zB hinsichtlich des Abgeordneten erst mit 1. Jänner 1983 die gänzliche Einstellung der Dienstbezüge verfügen konnte.

27.7.2 Der RH empfahl, die Bestimmungen des § 27 DO.A bzw DO.B ordnungsgemäß zu vollziehen und insbesondere die im Sinne einer sparsamen Personalführung gebotenen Folgerungen hinsichtlich der Bezugsfortzahlung zu ziehen.

27.7.3 Wie die Anstalt mitteilte, sei das Dienstverhältnis mit dem Abgeordneten zum Nationalrat zum 31. Mai 1983 aufgelöst worden und habe ein weiterer Bediensteter seine politische Funktion mit 30. Juni 1983 zurückgelegt, während die übrigen betroffenen Bediensteten nur ehrenamtlich oder gering entschädigte Funktionen bekleideten.

27.8.1.1 Zur Behebung eines unverschuldeten und glaubwürdig nachgewiesenen Notstandes kann ein SV-Träger gem § 65 Abs 3 DO.A Dienstnehmern oder deren Hinterbliebenen nicht rückzahlbare Aushilfen gewähren.

27.8.1.2 Die Anstalt machte von dieser Möglichkeit im Vergleich zu anderen SV-Trägern häufiger Gebrauch und unterließ bei allen 35 seit Juni 1975 gewährten Aushilfen die Dokumentation der erforderlichen Nachweise über den behaupteten Notstand.

27.8.2 Wie der RH kritisch vermerkte, fanden auch Ansuchen Berücksichtigung, in welchen der Notstand mit hohen Internatskosten für schulpflichtige Kinder oder mit finanziellen Belastungen wegen eines Kuraufenthaltes, der Anschaffung von Kontaktlinsen sowie notwendiger Zahnreparaturen begründet wurde.

Der RH erinnerte an das Gebot einer sparsamen Personalwirtschaft und empfahl, Aushilfen ausnahmslos nur bei erwiesenen und unverschuldeten Notlagen zu gewähren.

27.8.3 Die Anstalt sagte eine engere Auslegung des Begriffes „Notstand" zu.

27.9.1 Die Anstalt gestand ihrem leitenden Angestellten eine über die Ansätze der DO.A hinausgehende Erhöhung der laufenden Dienstbezüge um 20 vH zu, die auch für die Berechnung der sonstigen nach gesetzlichen Vorschriften oder nach der DO.A zustehenden bezugs- und pensionsrechtlichen Ansprüche maßgeblich sein sollte. Im Hinblick auf die stark nivellierende Wirkung der allgemeinen Bezugsregelung habe auch der HV seine Zustimmung zum Abschluß derartiger Sonderverträge mit langdienenden leitenden Angestellten der größten österreichischen SV-Träger gegeben.

27.9.2 Der RH beanstandete den Abschluß dieses Sondervertrages, zumal die unterschiedliche Größe der SV-Träger ohnedies bei der Bemessung der Leitungszulage durch deren Abstufung zwischen 10 vH bis 80 vH des ständigen Monatsbezuges ausreichend Berücksichtigung finde, was eine Spanne von 64 vH ergebe.

27.9.3.1 Die Anstalt erklärte dazu, sie habe bei Abschluß dieses Sondervertrages alle Vorschriften beachtet und sich im übrigen der Vorgangsweise der anderen großen SV-Träger angeschlossen.

27.9.3.2 Das BMS verwies auf jene Antwort, mit welcher der Bundesminister zur parlamentarischen Anfrage Nr 101/J betreffend die Aufstockung der Gehälter der Generaldirektoren der SV-Träger am 6. September 1979 Stellung genommen hatte, wonach ihm in seiner Eigenschaft als oberste Aufsichtsbehörde eine Einflußnahme auf die bezugsrechtliche Gestaltung eines Dienstverhältnisses im Bereich der SV nicht zustehe.

27.9.4 Der RH erwiderte, er erachte die den Rahmen der DO.A überschreitende Anhebung der Bezüge der leitenden Angestellten in Anbetracht der finanziellen Lage der österreichischen SV für nicht vertretbar.

27.10.1 Dem Leiter der Betriebsküche der Haupt- und Landesstelle Wien rechnete die Anstalt nicht nur bei der Ersteinstufung großzügig Vordienstzeiten an, sondern gewährte ihm auch in den Jahren 1973, 1976 und 1979 ao Vorrückungen um jeweils eine Bezugsstufe, weiters eine in der Dienstordnung nicht gedeckte Erschwerniszulage sowie ein Überstundenpauschale. Ferner wurden ihm in den Jahren 1977, 1978 und 1981 einmalige Belohnungen im Gesamtausmaß von vier Monatsbezügen zuge-

sprochen. Darüber hinaus übernahm die Anstalt die Kosten der Teilnahme des Küchenchefs am Seminar „Vorbereitung auf die Befähigungsprüfung im Gast- und Schankgewerbe".

27.10.2 Der RH beanstandete den überhöhten Gesamtbezug des Küchenleiters, der um 50 vH höher lag als jener der Leiter von Betriebsküchen oder Großküchen, die Mahlzeiten für Gemeinschaftsverpflegungen herstellen. Er empfahl daher, dienstrechtlich nicht gedeckte Zulagen einzustellen und die Zuerkennung von Zulagen und Überstundenpauschalien an vergleichbaren Gesamtbezügen der Privatwirtschaft zu messen. Die Kosten eines Seminars sollten nur dann übernommen werden, wenn die dort vermittelten Kenntnisse überwiegend für den Anstaltsdienst erforderlich sind.

27.10.3 Die Anstalt rechtfertigte den Gesamtbezug ihres Küchenleiters damit, daß er aufgrund seines großen Fachwissens auch zur Planung und Einrichtung der Küchen in den Sonderkrankenanstalten und den Landesstellen herangezogen werde und ihm darüber hinaus die Beratung und Kontrolle der übrigen Küchenleiter sowie die Koordinierung des Wareneinkaufs obliege. Bezüglich der Seminarkosten werde man der Empfehlung des RH in Hinkunft Rechnung tragen.

27.10.4 Der RH erachtete die gegebene Begründung für nicht ausreichend und verblieb bei seiner Ansicht.

27.11.1 Die Anstalt gewährte den in der Sonderkrankenanstalt Baden beschäftigten Bediensteten Ortszulagen, deren Höhe für Ortsansässige 514 S und für Ortsfremde 1 028 S im Monat betrug. Die in der benachbarten Landesstelle Baden tätigen Dienstnehmer erhielten, wenn sie außerhalb der Gemeinde Baden wohnten, lediglich einen Fahrtkostenzuschuß.

27.11.2 Nach Auffassung des RH stehen die Ortszulage und der Fahrtkostenzuschuß in einem engen sachlichen Zusammenhang, weil einerseits bei Festlegung der Ortszulage auf die Lage der Arbeitsstätte und des Wohnortes Bedacht zu nehmen ist und andererseits im Falle der Gewährung einer Ortszulage der sonst gebührende Fahrtkostenzuschuß zu entfallen hat. Letztlich sollte mit beiden Nebengebühren der Mehraufwand des Dienstnehmers für die tägliche Fahrt zwischen Wohn- und Dienstort abgegolten werden.

Aus diesen Gründen erachtete der RH die Zuerkennung von Ortszulagen an die in Baden wohnhaften Bediensteten der Sonderkrankenanstalt als ungerechtfertigt und hinsichtlich der außerhalb von Baden wohnhaften Dienstnehmer als überhöht, weil ein sonst gebührender Fahrtkostenzuschuß erfahrungsgemäß weitaus niedriger wäre.

27.11.3.1 Die Anstalt erklärte ihre Vorgangsweise als nicht im Widerspruch zu den bestehenden Dienstrechtsvorschriften gelegen und der Übung anderer SV-Träger angepaßt, die in Baden Krankenanstalten unterhielten. Im übrigen diene die Ortszulage auch dazu, verstärkt Anreize zu einer Tätigkeit außerhalb einer Landeshauptstadt zu bieten.

27.11.3.2 Das BMS bezeichnete die Ausführungen des RH als gegen die geltende Dienstrechtslage gerichtet. Die Einführung der Ortszulage gehe auf eine Zeit zurück, in der es schwierig gewesen sei, Personal für entlegene Krankenanstalten zu finden. Im übrigen könne eine Lösung im Sinne der Empfehlungen des RH nur durch eine entsprechende Änderung der Dienstordnungen herbeigeführt werden, auf die jedoch dem BMS als Aufsichtsbehörde kein Einfluß zukäme.

Leistungswesen

27.12.1 In einigen Fällen anerkannte die Anstalt Durchschriften von Einkommensteuer-Erklärungen als Beweismittel zur Leistungsbemessung.

27.12.2 Nach Meinung des RH entbehrten diese Schriftstücke der Beweiskraft, weil deren Einreichung beim Finanzamt nicht immer nachzuweisen war und überdies erst nach Veranlagung das tatsächliche Betriebsergebnis feststeht.

27.12.3.1 Die Anstalt erklärte, sie greife nur in jenen Fällen, in denen die Einkommensteuer-Bescheide nicht mehr vorhanden seien, auf die Einkommensteuer-Erklärungen als Beweismittel zurück.

27.12.3.2 Das BMS stimmte dem RH zu und lud die Anstalt ein, ihre Vorgangsweise näher zu begründen.

27.12.3.3 Das BMF bezeichnete die Durchschriften von Einkommensteuer-Erklärungen zum Nachweis des Einkommens als im allgemeinen ungeeignet, weshalb nur in besonders begründeten Ausnahmefällen auf diese gegriffen werden dürfte.

27.12.3.4 Wie die Anstalt ergänzend ausführte, wären jene Versicherten, die schon anläßlich der Beitragsbemessung die Vorlage ihrer Einkommensteuer-Bescheide unterlassen hätten, auch später im Pensionsfeststellungsverfahren dazu kaum in der Lage. Da jedoch nach der Änderung des § 229 GSVG die benötigten Daten von den Abgabenbehörden direkt der Anstalt übermittelt würden, könne künftig eine Beweisführung an Hand von Steuererklärungen ohnedies entfallen.

27.13.1 Obwohl in zahlreichen Fällen die Versicherten bereits anläßlich der erstmaligen Darlegung ihrer Berufslaufbahn Hinweise auf den Erwerb ausländischer Versicherungszeiten gegeben hatten, unterließ die Anstalt die unverzügliche Einleitung des zwischenstaatlichen Verfahrens.

27.13.2 Der RH empfahl, wegen der erfahrungsgemäß langen Verfahrensdauer für eine rechtzeitige Einleitung des zwischenstaatlichen Verfahrens zu sorgen.

27.13.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.14.1 Im Zuge von Wanderversicherungsverfahren hatte die Anstalt bei anderen PV-Trägern die dort erworbenen Versicherungszeiten und jährlichen Bemessungsgrundlagen zu erheben. Da die angesprochenen Träger diese Bemessungsgrundlagen bereits aufgewertet bekanntgaben, mußten solche Anfragen in jenen Fällen wiederholt werden, in denen das jeweilige Verfahren im betreffenden Kalenderjahr nicht abgeschlossen werden konnte. Dies bedeutete eine Verzögerung und erhebliche Mehrbelastung bei allen beteiligten PV-Trägern.

27.14.2 Der RH regte an, die jährlichen Bemessungsgrundlagen unaufgewertet bekanntzugeben, da die bescheidausfertigende Anstalt die Aufwertungsfaktoren den einschlägigen Gesetzen entnehmen und die Rechenoperationen selbst vornehmen könne. Zwecks einheitlicher Vorgangsweise aller PV-Träger schlug er vor, diese Anregung an den HV heranzutragen.

27.14.3 Der HV stellte entsprechende Maßnahmen in Aussicht.

27.15.1 Gem § 20 GSVG haben die Leistungsempfänger der Anstalt jede Änderung der für den Fortbestand der Bezugsberechtigung maßgeblichen Verhältnisse binnen zwei Wochen anzuzeigen. Diese Meldepflicht erwies sich in jenen Fällen als ungenügend, in denen Pensionswerber bereits nach Antragstellung einem Nebenerwerb nachgingen und so die Anspruchsvoraussetzungen für eine Alterspension möglicherweise nicht mehr erfüllten.

27.15.2 Der RH empfahl, diese Meldepflicht bereits ab Antragstellung einzuführen.

27.15.3.1 Auch die Anstalt pflichtete der Auffassung des RH bei und erklärte, diese Änderung bereits angeregt zu haben.

27.15.3.2 Wie das BMS mitteilte, habe es eine entsprechende Änderung des ASVG, GSVG und BSVG vorbereitet.

27.16.1 Zur Kontrolle der Apothekenabrechnungen setzte die Anstalt in der Landesstelle Wien zwei und in den Landesstellen Steiermark und Oberösterreich je einen Bediensteten ein, während in den übrigen Landesstellen diese Aufgabe Pharmazeuten im Rahmen von Werkverträgen wahrnahmen. Hiebei wurde neben der laufenden Retaxierung aller Rezepte mit einem Rechnungsbetrag über 1 000 S auch einmal jährlich von jeder Apotheke eine Monatsabrechnung genauer überprüft. Trotz dieses bescheidenen Kontrollprogrammes kam es bei den Kontrollen der Apothekenabrechnungen zu erheblichen Rückständen.

27.16.2 Der RH führte diese Rückstände auf eine personelle Unterbesetzung zurück und empfahl neben der Aufarbeitung der Rückstände insbesondere eine gezielte Überprüfung jener Apotheken, deren Abrechnungen sich öfters als fehlerhaft erwiesen hatten oder deren Inhaber auch über Gewerbeberechtigungen verfügten. Weiters erachtete es der RH für zweckmäßig, jene Ärzte, deren Verschreibquote über dem Durchschnitt lag, im Wege des chefärztlichen Dienstes über bestehende Möglichkeiten einer ökonomischen Verschreibweise zu unterrichten.

27.16.3 Die SVA bezeichnete angesichts der großen Zahl der abgerechneten Rezepte nur schwerpunktmäßige und stichprobenartige Kontrollen als wirtschaftlich vertretbar. Da Hausapotheken führende Ärzte eher zu einer unökonomischen Verschreibweise neigten, werde man einen Schwerpunkt der Überprüfung auf deren Abrechnungen legen. Im übrigen plane der HV angesichts der jüngsten Vorfälle auf dem Heilmittelsektor im Einvernehmen mit den Vertragspartnern eine maschinelle Abrechnung der Rezepte.

27.17.1 Im Zuge der stichprobenartigen Überprüfung der für 1982 vorgelegten Abrechnungen von acht Kuranstalten stellte der RH besonders umfangreiche Behandlungsserien in jenen drei Instituten fest, die einem bei der Anstalt im chefärztlichen Dienst beschäftigten Facharzt gehörten. Im Vergleich zu den meisten anderen Kuranstalten ergaben sich nämlich doppelt so hohe Behandlungshonorare je Patient. In jenen besonders aufwendigen Fällen, in denen die Verordnung durch den erwähnten Chefarzt als Eigentümer der Kuranstalten selbst oder durch bei ihm beschäftigte Ärzte erfolgte, betrug der Verordnungsdurchschnitt nahezu das Zehnfache anderer Institute. Auf einigen Patientenscheinen wurde die Behandlung nicht vom Patienten, sondern von Bediensteten des Institutes bestätigt.

27.17.2 Der RH erachtete die in den Kuranstalten beschäftigten Ärzte aufgrund des Gesamtvertrages als zur Verordnung nicht berechtigt und sah beim Inhaber der Behandlungsinstitute eine mögliche Interessenkollision mit seiner Funktion als Anstaltsarzt als gegeben an. Er empfahl weiters, starken Abweichungen von Verordnungsdurchschnitten nachzugehen sowie Verordnungen nicht dazu befugter Ärzte oder Verordnungen mit mangelhaften Behandlungsbestätigungen zurückzuweisen.

27.17.3 Die Anstalt verneinte die Möglichkeit einer Interessenkollision, weil ihr Arzt mit der Begutachtung von Pensionswerbern befaßt gewesen sei; überdies sei er mit Ende Mai 1983 aus dem Anstaltsdienst ausgeschieden. Ansonsten wurde eine Befolgung der Empfehlungen des RH zugesagt.

27.18.1 Die Anstalt betrieb am Sitz der Hauptstelle ab Juli 1980 eine fachärztliche Untersuchungsstelle, die zusätzlich ein medizinisch-chemisches Labor, eine Röntgenstation, einen Bewegungsraum für heilgymnastische Behandlungen, ein Diagnosebecken und eine Belastungskammer umfaßte.

27.18.2 Nach Ansicht des RH handelte es sich bei den genannten medizinischen Einrichtungen im Hinblick auf ihren Umfang und ihre Möglichkeiten um selbständige und bewilligungspflichtige Ambulatorien gem §§ 2 und 3 des Krankenanstaltengesetzes (KAG). Er empfahl deshalb, um die Anerkennung als Ambulatorium bemüht zu sein.

27.18.3.1 Die Anstalt erklärte, sie habe bereits einmal mit der zuständigen Magistratsabteilung die Stellung ihrer fachärztlichen Untersuchungsstelle nach dem KAG erörtert, werde dies aber im Hinblick auf die Empfehlung des RH wiederholen.

27.18.3.2 Das BMS bezweifelte die Rechtsansicht des RH, unterbreitete aber diese Frage zuständigkeitshalber dem BMGU.

27.18.3.3 Das BMGU trat der Auffassung des RH bei.

27.18.3.4 Im Hinblick darauf sagte die Anstalt eine weitere Behandlung der Angelegenheit zu.

27.19.1 Die Röntgenstation, in der ein Arzt und zwei Assistentinnen beschäftigt waren, wies im Eröffnungsjahr 1981 1 745 Leistungen und bis November 1982 insgesamt 1 788 Leistungen aus. Erfahrungsgemäß könnte eine vollbeschäftigte Röntgen-Assistentin eine etwa zehnfache Leistung erbringen. Im medizinisch-chemischen Labor, das nicht, wie sonst üblich, von einem Facharzt für Labordiagnostik, sondern vom stellvertretenden Chefarzt, einem Facharzt für innere Medizin, geleitet wurde, erbrachte man 1981 2 622 und 1982 3 723 Leistungen, was im Hinblick auf den gegebenen Personalstand einer Auslastung von einem Drittel entsprach. Im heilgymnastischen Bereich wurden 1982 126 Übungen mit Einzelpersonen und 321 mit Gruppen durchgeführt sowie 460 Begutachtungen von Pensionswerbern vorgenommen, so daß die dafür verwendete Fachkraft nur zu einem Viertel ihrer Arbeitszeit ausgelastet war. Die Belastungskammer wurde seit ihrer Errichtung medizinisch nie genutzt; sie diente vielmehr den Anstaltsbediensteten einmal wöchentlich als Sauna. Für alle genannten Einrichtungen fehlten Rentabilitätsrechnungen.

27.19.2 Falls sich die Auslastung nicht verbessern sollte, empfahl der RH, zur Senkung des Personalaufwandes vermehrt Teilzeitbeschäftigungen in Erwägung zu ziehen. Überdies wären für die Laboreinrichtungen Wirtschaftlichkeitsberechnungen anzustellen.

27.19.3 Lt Stellungnahme der Anstalt handle es sich bei den genannten Werten nur um die Anzahl der Behandlungsfälle und nicht um die der Einzelleistungen, die regelmäßig ein Vielfaches hievon ausmachten. Außerdem hätten die Laborkräfte zusätzlich im Rahmen der fachärztlichen Begutachtung mitzuwirken. Auf die Anstellung eines Facharztes für Labordiagnostik habe man aus Ersparnisgründen verzichtet. Die Anstalt erklärte sich jedenfalls als um eine Steigerung der Auslastung bemüht, bspw durch den Aufbau entsprechender Programme für Heilgymnastik und Anschlußheilverfahren, und stellte überdies Rentabilitätsrechnungen in Aussicht.

27.19.4 Bezüglich der Leistungswerte des Personals erwiderte der RH, daß zB eine Vollauslastung der Röntgenassistentin erst bei fünf oder sechs Aufnahmen je Fall gegeben wäre, was aber vom Üblichen beträchtlich abwiche.

27.19.5 In einer neuerlichen Stellungnahme betonte die Anstalt, die Anzahl der beschäftigten röntgentechnischen Assistentinnen von zwei auf eine reduziert zu haben und im medizinisch-technischen Labor um eine quantitative Steigerung bemüht zu sein.

Liegenschafts- und Bauwesen

27.20.1 Der RH befaßte sich allgemein mit der organisatorischen Abwicklung des Liegenschaftswesens der SVA.

27.20.2 Da nach Ansicht des RH der Grunderwerb zum Zwecke der Errichtung eines Bauwerkes und das Bauvorhaben selbst im wirtschaftlichen Zusammenhang zu sehen sind, sollten diese Vorgänge zweckmäßigerweise der gemeinsamen Genehmigung des HV unterzogen werden. Eine entsprechende Änderung des § 31 Abs 6 lit a ASVG wäre zu überlegen, wonach der Erwerb von Grundstücken, die von vornherein zur Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden bestimmt sind, ebenfalls der Zustimmung des HV unterliegen sollte.

27.20.3 Das BMS erachtete eine derartige Regelung für nicht zweckmäßig bzw entbehrlich, weil gem § 438 ASVG solche Rechtsgeschäfte ohnehin ein gemeinsames Vorgehen des Vorstandes und des Überwachungsausschusses notwendig machten sowie gem § 447 Abs 1 ASVG der Erwerb von Liegenschaften an die Genehmigung des BMS gebunden sei.

27.20.4 Der RH erwiderte, der in letztgenannter Bestimmung geregelte Genehmigungsfall trete wegen der an den Gebarungsumfang ausgerichteten Wertgrenzen kaum mehr ein, so daß gem § 447 Abs 2 leg cit eine bloße Anzeige der diesbezüglichen Verwaltungskörperbeschlüsse an das BMS ausreiche. Angesichts dieser Gegebenheiten wäre zumindest eine ehestmögliche Anpassung der Wertgrenze an die geänderte Ertragslage bei den SV-Trägern anzustreben.

27.20.5 Das BMS sagte eine Prüfung dieser Anregung zu.

27.21.1 Die Anstalt erwarb im Jahre 1977 eine in unmittelbarer Nähe ihrer Sonderkrankenanstalt für Rheumaerkrankungen in Baden gelegene Liegenschaft im Ausmaß von 5 625 m² samt einem darauf befindlichen, renovierungsbedürftigen Villenobjekt mit einer Grundfläche von 349 m² und drei Wohnetagen um 5,7 Mill S. Dieser Grundkauf sollte der Schaffung einer Platzreserve für die Sonderkrankenanstalt, einer Trainingseinrichtung zur Behandlung von Rheumapatienten und der Errichtung von Dienstwohnungen dienen.

27.21.2 Da in der Folge allein für die Gebäudeinstandsetzung 2,8 Mill S aufgewendet wurden, die Therapieeinrichtungen nur für einen eingeschränkten Patientenkreis Verwendung fanden und das zweite Obergeschoß des Gebäudes überhaupt unbenutzt blieb, erachtete der RH den Grundkauf als unwirtschaftlich. Auch als Platzreserve für eine allfällige Erweiterung der Sonderkrankenanstalt war die Lage des Grundstückes wegen der dazwischen durchführenden Straße nur bedingt geeignet.

Der RH erblickte in dem Gesamtvorhaben eher eine Vermögensveranlagung und empfahl, solche Vorhaben allein nach der Aufgabenstellung der SVA als Kranken- und Pensionsversicherungsträger zu verwirklichen. Überdies sollte zur besseren Nutzung des Objektes das zweite Obergeschoß umgehend der geplanten Verwendung zugeführt werden.

27.21.3 Die Anstalt erklärte, die Liegenschaft nicht zur Vermögensveranlagung, sondern nur für Zwecke der Sonderkrankenanstalt erworben zu haben, wobei mit verhältnismäßig geringem Mitteleinsatz Dienstwohnungen geschaffen werden konnten.

27.21.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht, die genannte Liegenschaft sei nur bedingt für Zwecke der Sonderkrankenanstalt verwendungsfähig. Im übrigen lasse schon die Tatsache, daß kein Bedarf an der im zweiten Obergeschoß gelegenen Wohnung bestehe, die Notwendigkeit des Kaufes eines Objektes dieser Größenordnung als unzweckmäßig erscheinen.

27.22.1 Zur Errichtung eines notwendig gewordenen Neubaues ihrer Landesstelle in Graz beschloß die Anstalt, von einer gesetzlichen Interessenvertretung ein Grundstück im Ausmaße von rd 2 500 m² um 1 350 S/m² zu erwerben. Obwohl das Angebot vom April 1974 weder ein Vorkaufs- oder Wiederkaufsrecht noch eine Wertsicherung des Kaufpreises enthielt, räumte die SVA anläßlich des endgültigen Vertragsabschlusses der Vertragspartnerin diese Rechte ein und erklärte sich darüber hinaus zu einer jährlichen Verzinsung des Kaufpreises in Höhe von 8,5 vH, bezogen auf Feber 1974, bereit.

27.22.2 Der RH erachtete diese Vorgangsweise als unwirtschaftlich, weil die SVA ohne ursprüngliche Verpflichtung Zinsen in Höhe von 360 000 S zahlte und mit dem unentgeltlichen Zugeständnis des Vorkaufs- und Wiederkaufsrechtes eine wesentliche Beeinträchtigung der Verkehrsfähigkeit und damit eine Wertminderung der Liegenschaft in Kauf nahm.

27.22.3 Lt den Stellungnahmen der Anstalt sei das Gebäude ihrer Landesstelle insbesondere aus Gründen der Kostenersparnis an den Gebäudekomplex der Kammer angegliedert worden, weshalb sich diese für den Fall der Änderung der Zweckwidmung des Objektes durch ein Wiederkaufsrecht habe absichern wollen. Zur Verzinsung des Kaufpreises sei es wegen des langen Zeitraumes, der zwischen Angebot und Vertragsabschluß lag, gekommen. Im übrigen werde sie künftig den diesbezüglichen Ansichten des RH entsprechend Rechnung tragen.

27.23.1 Bereits im Zuge der Raumplanung für den Neubau der Hauptstelle in Wien, Wiedner Hauptstraße, wurde unter anderem die Unterbringung einer Bankfiliale im Erdgeschoß erwogen. Der diesbezügliche Vorvertrag vom Mai 1971 sah die Vermietung von 103 m² mit einer Monatsmiete von 90 S/m² vor, wobei dieser Zins bis zur Fertigstellung mit dem Baukostenindex und ab Benützung durch die Mieterin mit dem Index der Verbraucherpreise wertgesichert werden sollte. Des weiteren verzichteten die SVA zehn Jahre und die Mieterin drei Jahre auf das Kündigungsrecht.

Nach dem endgültigen Mietvertrag vom Feber 1974 vermietete die Anstalt letztlich 127 m² um ein monatliches Entgelt von 93 S/m², obwohl die Miete laut Berechnung nach der ursprünglichen Vereinbarung zum 1. Oktober 1973 113 S/m² hätte betragen müssen. Die SVA trug damit dem Begehren der Vertragspartnerin Rechnung, wonach die Miete auf Basis der tatsächlichen Baukosten unter Vernachlässigung der Aufwendungen für gewisse Gebäudeteile - wie Aufzüge, Verkehrsflächen udgl - ermittelt werden sollte. Darüber hinaus trat das Bankinstitut im Jänner 1982 unter Hinweis auf die unbefriedigende Ertragslage dieser Filiale an die Anstalt mit dem Ansinnen heran, die inzwischen durch die Wertsicherung auf 138,86 S/m² angewachsene Monatsmiete entsprechend zu vermindern. Daraufhin beschloß der Verwaltungsausschuß eine Herabsetzung um rd 25 vH auf 104,15 S/m².

27.23.2 Nach Ansicht des RH stand die Überlassung von Räumlichkeiten zum Betrieb einer Bankfiliale grundsätzlich nicht im Einklang mit dem § 43 GSVG, wonach die Mittel der Versicherung nur für gesetzlich vorgeschriebene oder zulässige Zwecke verwendet werden dürfen. Darüber hinaus sei die dargestellte Begünstigung der Vertragspartnerin unwirtschaftlich gewesen.

27.23.3 Lt Stellungnahme der Anstalt habe sich der Betrieb der Bankfiliale durchaus bewährt und sei durch die Herabsetzung der Miete lediglich eine Schließung der Filiale vermieden worden. Im übrigen habe sich die Anstalt an den ortsüblichen Mietpreisen ausgerichtet und durch Vermietung die für die Verwaltung wenig geeigneten Raumeinheiten bestens verwertet.

27.23.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

27.24.1 Für den Zubau zum Verwaltungsgebäude in Wien legte die SVA der Baubehörde Einreichpläne vor, die Anfang 1977 genehmigt wurden. Obwohl diese Pläne die baureife Durcharbeitung der Bauaufgabe ermöglichen sollten, enthielten sie vielfach nur schematische Raumanordnungen; in den oberen Geschoßen waren nur Gänge und Naßräume genauer dargestellt, das erste Untergeschoß schien als Keller mit verschiedenen Lagerräumen auf. Nach endgültiger Erstellung des Raum- und Funktionsprogrammes wurden im Frühjahr 1978 - also nach Beginn der Bauarbeiten - völlig überarbeitete Einreichpläne der Baubehörde neuerlich zur Genehmigung vorgelegt. Die verspätete Bewilligung dieser Pläne im Oktober 1978 brachte die Detailplanung in einen unaufholbaren Verzug. Die Anstalt mußte für den Planwechsel ein zusätzliches Architektenhonorar von 260 000 S, eine ungenaue Kostenberechnung und zahlreiche durch Zeitdruck begründete Planungsmängel hinnehmen.

27.24.2 Der RH hielt diese Mehrkosten bei einer zweckmäßigeren Planung für vermeidbar und empfahl, künftig nur solche Planungen behördlich genehmigen zu lassen, die den tatsächlichen Ausführungswünschen entsprechen.

27.24.3 Die Anstalt wendete ein, daß zum Zeitpunkt der Ersteinreichung noch nicht feststand, ob das erste Untergeschoß für Autoabstellplätze oder für die fachärztliche Untersuchungsstelle verwendet werden sollte. Hiefür habe die Haltung der Baubehörde den Ausschlag gegeben, weil während des Genehmigungsverfahrens vorhandene Garagenplätze im Hauptgebäude zugunsten des Neubaues umgewidmet werden konnten, so daß die Unterbringung der fachärztlichen Untersuchungsstelle möglich geworden sei.

27.25.1 Im Zuge der Erdaushubarbeiten für die Erstellung der Fundamentplatte und der Kellermauern brachen die angrenzenden Straßenstücke ein; bei einem der Nachbarhäuser traten unerwartet große Setzungserscheinungen auf. Obwohl die Planer zuvor Probegrabungen und Probebohrungen hatten durchführen lassen und über ein Bodengutachten verfügten, reichten die geplanten Maßnahmen nicht für die vorschriftsmäßige Absicherung der Baugrubenwände aus. Es entstand beträchtlicher Mehraufwand, der dem Hersteller der Baugrubenumschließung in der Folge von der Schlußrechnung abgezogen wurde. Der Bauzeitverlust von elf Wochen konnte aber nicht mehr aufgeholt werden. Der Architekt räumte ein, daß nicht alle Möglichkeiten der Bodenuntersuchung genutzt worden wären und die Zusammenarbeit zwischen der Bauunternehmung und dem Gutachter nicht zweckentsprechend gewesen sei.

27.25.2 Der RH empfahl, künftig Bodenuntersuchungen mit der nötigen Sorgfalt durchführen zu lassen.

27.25.3 Die Anstalt führte aus, sie habe alle Vorkehrungen getroffen, um eine einwandfreie Durchführung der Baugrubenumschließung erwarten zu können.

27.25.4 Der RH erhielt im Hinblick auf die zuvor erwähnte Aussage des Architekten seine Beanstandung aufrecht.

27.25.5 Die SVA nahm die Kritik des RH schließlich mit dem Hinweis zur Kenntnis, bei künftigen Bauvorhaben allenfalls einen Prüfingenieur einzusetzen.

27.26.1 Die Planungsentscheidung, in den Obergeschossen sämtliche Fußböden estrichlos, also direkt auf der Rohdecke zu verlegen, hätte die Herstellung völlig ebenflächiger und genau waagrechter Stahlbetonplattendecken nötig gemacht. Einerseits konnte der Bauunternehmer diese Forderung vielfach nicht erfüllen, andererseits konnten nachträglich gewünschte Gefälleausbildungen - bspw bei Naßräumen - wegen der fehlenden Höhentoleranz nicht mehr hergestellt werden.

27.26.2 Obwohl solche Rohdeckenoberflächen theoretisch herstellbar sind, hätte der Planer nach Meinung des RH eine den Bautoleranzen angepaßte Ausgleichsschicht vorsehen müssen.

27.26.3 Die SVA wandte ein, sie hätte wegen der vorgegebenen Gebäudehöhe die Deckendimensionen sparsamst festlegen oder auf die Herstellung eines notwendigen Geschosses verzichten müssen. Bei gleichgelagerten Bauausführungen wolle sie künftig den Hinweis des RH berücksichtigen.

27.27.1 Als Ausgleichsbehälter für das im zweiten Kellergeschoß gelegene Therapiebecken wurde ein Stahlbehälter eingebaut, der wegen Rostbildung im zweiten Benützungsjahr gegen einen Edelstahlbehälter ausgetauscht werden mußte.

27.27.2 Der RH hielt die Kosten für den ersten Behälter für vermeidbar.

27.27.3 Die Anstalt stimmte der Auffassung des RH zu.

27.28.1 Kurz nach Inbetriebnahme des Therapiebeckens ließ die Anstalt eine der bestehenden Stiegen ändern und ein Therapiepodest einbauen. Noch im nächsten Jahr mußte die Höhe des Podestes verändert werden.

27.28.2 Der RH hielt die Planungsmaßnahmen für unrichtig.

27.28.3 Die Anstalt begründete ihr Vorgehen mit dem erst später gefaßten Beschluß, den zu betreuenden Patientenkreis um die Schwerbehinderten zu erweitern.

27.29.1 Der für den elektrischen Anschluß der Röntgengeräte im Erdgeschoß notwendige Fußbodenkanal aus Stahlblech fehlte im Leistungsverzeichnis über die Starkstromarbeiten. Dieser Unterflurkanal mußte bei Aufbringung des Estrichs raschest hergestellt werden, um eine Bauverzögerung zu vermeiden, weshalb man auf die Einholung von Angeboten verzichtete. Der Stahlblechkanal wurde kurz nach seiner Verlegung aus Gründen des Strahlenschutzes demontiert, mit Bleiblech unterlegt und endgültig montiert.

27.29.2 Wie der RH kritisch vermerkte, machten die Kosten je Laufmeter für die Erstverlegung 3 384 S aus, während in einer anderen Röntgenstation für einen gleichdimensionierten Stahlblechkanal rd 1 000 S je Laufmeter verrechnet worden waren. Bei sorgfältiger Planung hätte eine ordnungsgemäße Preisermittlung und Preisprüfung erhebliche Mehrkosten verhindert.

27.29.3 Die Anstalt teilte die Meinung des RH.

27.30.1 Zahlreiche eingesehene Regierechnungen wiesen unter dem Titel „Planänderungen" erhebliche Summen aus. So wurden bspw Zwischenwände abgetragen und neu errichtet, Türstöcke ausgelöst und versetzt (rd 300 000 S), Kabel nachträglich verlegt (rd 120 000 S) udgl.

27.30.2 Der RH hielt den entstandenen Mehraufwand für vermeidbar.

27.30.3 Die Anstalt begründete die Planänderungen mit Erkenntnissen, die während der Baudurchführung gewonnen worden waren.

27.31.1 Die im Zuge der Planung erstellten Leistungsverzeichnisse umschrieben die ausgeschriebenen Leistungen. Einzelne aufgrund von Planungsänderungen nachträglich an die ausführenden Unternehmungen vergebene Leistungen unterlagen aber nicht den bei der Ausschreibung vereinbarten Bedingungen, sondern einer Preisgestaltung ohne Wettbewerbsdruck. Bei Sanitärinstallationen erhöhte sich der Auftragswert von 2,3 Mill S nachträglich auf 4,3 Mill S, bei Spenglerarbeiten um 40 vH und bei der Innenverglasung um 150 vH.

27.31.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wären diese umfangreichen Nachtragsaufträge bei genauer Erstellung der Leistungsverzeichnisse vermeidbar gewesen.

27.31.3 Die SVA wendete ein, sie habe den Architekten und weitere Sonderfachleute zur umfassenden und auftragsgerechten Erstellung der Leistungsverzeichnisse verpflichtet. Durch genauere Ausarbeitung der Leistungsverzeichnisse hätten auch nach Meinung der Anstalt Nachtragsangebote vermieden werden können.

27.32.1 Die Vergabe von Leistungen erfolgte mit Ausnahme einiger freihändiger Vergaben durch beschränkte Ausschreibung, wobei der Bauausschuß die einzuladenden Firmen bestimmte. Die Angebote wurden unter Ausschluß der Bieter von zwei leitenden Bediensteten und einem Mitglied des Bauausschusses eröffnet. Nach Prüfung der Angebote führte man Preisverhandlungen mit den günstig liegenden Bietern und ermittelte so den Bestbieter.

27.32.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit der ÖNORM A 2050 stehend, wonach bei größeren Bauvorhaben grundsätzlich eine öffentliche Ausschreibung vorzuziehen ist, weiters die Bieter an der Angebotseröffnung teilnehmen können sowie Verhandlungen mit den Bietern untersagt sind, wenn Preisnachlässe bezweckt werden oder sonst gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung der Bieter verstoßen wird.

27.32.3 Die Anstalt vertrat die Auffassung, mit ihrer Vorgangsweise die zweckmäßigste und günstigste Form der Ausschreibung gewählt zu haben. Sie habe mit den Bietern keine Preisverhandlungen geführt, sondern lediglich Zahlungsbedingungen vereinbart.

27.32.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung, weil auch Zahlungsbedingungen bei der Preisbeurteilung mit zu berücksichtigen sind.

27.33.1 Für das Öffnen und Schließen der Gipsständerwände und der Mineralfaserhängedecken sowie für das Abnehmen und Wiederaufbringen von Fliesen wegen zusätzlich eingebrachter Sanitär- und Elektroleitungen wurden in den Regierechnungen erhebliche Kosten geltend gemacht.

27.33.2 Nach Ansicht des RH wären diese Kosten bei zeitgerechter Abstimmung vermeidbar gewesen.

27.33.3 Die Anstalt schloß sich der Meinung des RH an.

27.34.1 Die örtliche Bauaufsicht hatte die Aufmaßaufnahme und die Prüfung der Rechnungen vorzunehmen, während die Prüfung der Schlußrechnungen dem Architekten oblag, der die Leistungen der Bauaufsicht als richtig voraussetzte. Fehler bei der Aufmaßaufnahme machten eine neuerliche Prüfung erforderlich, die der Architekt als Mehraufwand seiner Büroleistung betrachtete und der Anstalt gesondert in Rechnung stellen wollte. Dies lehnte die Anstalt ab, übernahm aber selbst die Berichtigung zahlreicher Schlußrechnungen, um der mangelnden Zusammenarbeit zwischen den beiden Ziviltechnikerbüros entgegenzuwirken. In der Folge mußte sie jedoch Einsprüche gegen die von ihr richtiggestellten Schlußrechnungen abwehren, was nicht immer gelang. So mußte die SVA bspw bei Holzausstattung, Labormöbeln und Malerarbeiten Nachverrechnungen von insgesamt 440 000 S zustimmen, während für Baumeisterarbeiten 500 000 S und für Innenausbauarbeiten 225 000 S zusätzlich zugestanden wurden.

27.34.2 Der RH erblickte in diesen Zusatzkosten eine Folge unklarer Vertragsformulierungen und mangelhafter Leistungsverzeichnisse. Er empfahl, künftig die zuständigen Fachleute zur Zusammenarbeit zu verpflichten, ohne auf das Recht auf laufende Kontrolle zu verzichten.

27.34.3 Die Anstalt teilte die Auffassung des RH.

27.35.1 Das Leistungsverzeichnis über Baumeisterarbeiten enthielt Stahlbetonkonstruktionen und die erforderlichen Schalungen, unterschieden nach Fachwerkbauteilen und Wänden. In der Schlußrechnung zeigte sich eine auffallende Verschiebung der Massen zu den jeweils teureren Ausführungsformen hin, wodurch sich der Schlußrechnungspreis um rd 390 000 S erhöhte.

27.35.2 Der RH empfahl der Anstalt, künftig auch der Massenüberprüfung erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

27.35.3 Die Anstalt sagte dies zu.

Rechnungs- und Wirtschaftswesen

27.36.1 Im Jahre 1982 ersuchte die Anstalt das BMS, die Aufteilung von Zinsenerträgnissen auf die Bereiche KV und PV abweichend von den Rechnungsvorschriften aufgrund gesonderter Berechnungen zu genehmigen und begründete dies damit, daß der Bereich KV ungeachtet seines negativen Reinvermögens wegen hoher unberichtigter Versicherungsleistungen über bedeutende flüssige Mittel und entsprechende Zinsenerträgnisse verfüge. Das BMS entsprach dem Ersuchen vorbehaltlich einer Prüfung an Ort und Stelle. In Anwendung des neuen Schlüssels rechnete die Anstalt für 1981 rd 38,7 Mill S an Zinsenerträgen der KV und rd 19,7 Mill S der PV zu. Die Rechnungsvorschriften (RV) hätten den Ausweis von Zinsenerträgen bei der KV angesichts des ungedeckten Abganges nicht gestattet.

27.36.2 Der RH pflichtete der Anstalt darin bei, daß von der „Allgemeinen Rücklage" allein nicht immer Rückschlüsse auf den Bestand von zinsenbringenden Geldmitteln zu ziehen seien, erachtete jedoch den nunmehr verwendeten Aufteilungsschlüssel als dem tatsächlichen Geldfluß beider Versicherungszweige nicht entsprechend. Die SVA legte nämlich der Berechnung der auf die KV und PV entfallenden Anteile der Zinsen von kurzfristigen Einlagen die Geldbestände zum Monatsende zugrunde und wählte somit einen Zeitpunkt, zu dem die PV wegen der jeweils kurz zuvor erfolgten Überweisung der Pensionen über den niedrigsten Geldbestand während eines Monates verfügte. Dieser Einlagenstand entsprach jedoch nach Auffassung des RH dem jährlichen, beträchtlichen Geldumsatz der PV in keiner Weise.

Ebensowenig vermochte die für gebundene Einlagen angestellte Zinsenberechnung zu befriedigen, die sich nach Darstellung der SVA auf statistische Aufzeichnungen stützte. Wenn auch ein negatives Kapitalkonto nicht notwendigerweise den Umfang durchlaufender Gelder beeinflußt, bezweifelte der RH, daß eine bestehende Überschuldung die längerfristige Veranlagung von Geldmitteln gestattete.

Der RH empfahl daher, einen Aufteilungsschlüssel auszuarbeiten, dessen Grundlage im wesentlichen das Beitragsaufkommen beider Versicherungszweige bildet und somit den tatsächlichen Verhältnissen eher entspricht. Eine für 1981 vom RH nach dem Beitragsumfang vorgenommene Zinsenaufteilung zeigte, daß aufgrund des von der SVA angewendeten Schlüssels die Vermögenserträgnisse der KV um rd 20 Mill S überhöht ausgewiesen wurden, was in diesem Umfang zur Überweisung eines höheren Bundesbeitrages bei der PV führte.

27.36.3.1 Das BMS kündigte eine verbindliche Regelung zur Aufteilung von Vermögenserträgnissen an, die auf dem Reinvermögen der einzelnen Versicherungszweige beruhen soll.

27.36.3.2 Die SVA vertrat gegenüber dem BMS den Standpunkt, eine Aufteilung der Zinsen von kurzfristigen Einlagen aufgrund des jeweiligen Geldbestandes entspräche den tatsächlichen Verhältnissen.

27.36.4 Der RH hielt an seiner Ansicht fest und wiederholte seine Empfehlung, für die Aufteilung der Zinsen sämtlicher Guthaben mit Ausnahme der Sperreinlagen, welche der PV direkt zurechenbar sind, einen das Beitragsaufkommen berücksichtigenden Schlüssel anzuwenden.

27.37.1.1 Ungeachtet der Tatsache, daß die Beitragsabteilungen sowohl für die KV als auch für die PV tätig wurden, lastete die Anstalt seit ihrem Bestehen die gesamten Personalkosten des Beitragsbereiches der PV an. Im Zuge einer im März 1978 vorgenommenen Einschau beanstandete das BMS diese einseitige Kostenzuordnung und schlug vor, künftig den auf den Beitragseinzug entfallenden Personalaufwand im Verhältnis der den beiden Versicherungszweigen direkt zurechenbaren Personalkosten aufzuteilen. Dies hätte in den Jahren 1974 bis 1977 einen Teilungsschlüssel von etwa 50 : 50 ergeben und die PV sowie den Bundesbeitrag wesentlich entlastet.

27.37.1.2 Die Anstalt nahm diese Beanstandung des BMS zum Anlaß, für die Kostenstelle „Beitragswesen" überhaupt eine neue Aufteilung zu erarbeiten. Sie ging dabei von der Überlegung aus, daß die KV nur mit jenen Kosten belastet werden sollte, die seit der Übernahme der Beitragsvorschreibung und -einhebung für den KV-Bereich durch die ehemalige Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft zusätzlich anfielen (Grundsatz der „Zusatzkalkulation"). Zu diesem Zwecke entwickelte sie einen Aufteilungsschlüssel, der hinsichtlich des ADV-Aufwandes auf die Zuordnung der Buchungszeilen und hinsichtlich des übrigen Aufwandes, insb auch des Personalaufwandes, auf die Zuordnung der verwendeten Formblätter Bedacht nahm. Entsprechend dem Grundsatz der „Zusatzkalkulation" wurden jedoch nur jene Buchungszeilen oder Formblätter, die ausschließlich die KV betrafen, diesem Versicherungszweig zugerechnet, während der Rest der PV unabhängig davon zugeordnet wurde, ob er nur für die PV allein oder für beide Versicherungszweige von Bedeutung war. Aufgrund dieser Berechnungsmethode hatte in den Jahren 1979 bis 1982 die PV rd 91,5 vH der Gesamtkosten der Beitragseinhebung zu tragen.

27.37.1.3 Wie die vom RH vorgenommene Überprüfung ergab, waren jedoch 85 vH aller Formblätter in gleicher Weise für die KV wie für die PV von Belang.

27.37.2 Nach Ansicht des RH hätte ein auf Buchungszeilen und Formblätter abgestellter Schlüssel bei richtiger Zuordnung zu einer Kostenteilung im Verhältnis von 50 : 50 geführt. Um jedoch aufwendige Zusatzerhebungen zu vermeiden, schlug der RH vor, den Aufwand für die Beitragseinhebung im Verhältnis der Beitragseingänge den beiden Versicherungszweigen anzulasten. Die 1982 aufgelaufenen Einhebungskosten von 113 Mill S wären demnach im Verhältnis von 47 : 53 zwischen der KV und der PV aufzuteilen gewesen; gegenüber der von der SVA gewählten Methode der „Zusatzkalkulation" wäre die PV und damit der Beitrag des Bundes um rd 44 Mill S entlastet worden.

27.37.3.1 Die Anstalt rechtfertigte ihren Aufteilungsschlüssel mit dem Hinweis auf den unterschiedlichen Arbeitsaufwand für die Beitragsbemessung in der KV und PV. Der rückläufige Anteil des Verwaltungsaufwandes am Gesamtaufwand von 3,6 vH (1974) auf 2,7 vH (1982) in der PV und von 5,4 vH auf 4,1 vH in der KV beweise, daß die mit der im Jahre 1974 erfolgten Fusionierung angestrebten Einsparungen im Verwaltungsbereich beiden Versicherungszweigen zugute gekommen seien.

27.37.3.2 Das BMS schloß sich der Ansicht des RH an, hielt eine Aufteilung des Einhebungsaufwandes im Verhältnis von 50 : 50 für angemessen und trug der Anstalt zunächst auf, schon den Rechnungsabschluß 1982 entsprechend zu berichtigen. Da auch das BMF wegen der Auswirkungen auf den Bundesbeitrag Interesse an einer derartigen Kostenzuordnung bekundete, nahm das BMS eine Ergänzung der RV in Aussicht, wonach bei allen SV-Trägern mit mehreren Versicherungszweigen die Kosten der Beitragseinhebung nach dem Verhältnis der Beitragseingänge aufzuteilen wären.

27.37.3.3 In einer weiteren Stellungnahme sprach sich die Anstalt gegen die vorgeschlagene Kostenteilung aus und führte ergänzend aus, daß nur rd 80 vH der Pflichtversicherten in der PV auch bei ihr krankenversichert wären.

27.37.3.4 Um die mit einer Berichtigung verbundenen Verwaltungskosten zu vermeiden, nahm das BMS den von der Anstalt erstellten Rechnungsabschluß 1982 schließlich unverändert zur Kenntnis, gestattete darüber hinaus über deren Ersuchen für das Geschäftsjahr 1983 einen Aufteilungsschlüssel von 80,9 vH für die PV und 19,1 vH für die KV und forderte die Anstalt auf, ab dem Jahre 1984 den

Gesamtaufwand des Beitragsbereiches im Verhältnis der Beitragseingänge den beiden Versicherungszweigen anzulasten. Die in Aussicht genommene Ergänzung der RV ist dem RH bisher allerdings noch nicht zugegangen.

27.38.1.1 Entgegen ihrer bisherigen Übung verzichtete die Anstalt ab dem Jahre 1980 darauf, die ADV-Kosten der Gehaltsverrechnung, die 1978 noch mit 2,9 Mill S und 1979 nur mehr mit 1,5 Mill S angenommen worden waren, direkt der Personalabteilung zuzuordnen.

27.38.1.2 Da aufgrund des Standes der Automation Datenfernverarbeitungskosten nur im Bereich des Beitragswesens und der KV anfielen, teilte die Anstalt bis zum Jahre 1980 diesen Aufwand verursachungsgerecht zwischen den beiden genannten Bereichen auf. Im Gegensatz dazu wurde jedoch im Jahre 1981 der auf das Beitragswesen entfallende Kostenanteil der Datenfernverarbeitung ungerechtfertigt der PV direkt zugeordnet. Angesichts des unter Abs 27.37 erwähnten, die PV ohnedies belastenden Aufteilungsschlüssels der Beitragseinhebungskosten schlug die daraus sich ergebende Mehrbelastung der PV mit 1,3 Mill S zu Buche.

27.38.1.3 Die Anstalt wickelte zwar die Baranweisungen der KV über das Beitragskonto ab, lastete aber die entsprechenden Geldverkehrskosten nicht direkt der KV an, wodurch die PV mit weiteren 221 000 S belastet wurde.

27.38.1.4 Die Anstalt legte die Gesamtkosten für elektrische Energie nach dem Flächenschlüssel um, ohne vorher den Strombedarf von Großverbrauchern, wie ADV, Sauna usw, zu ermitteln und direkt anzulasten.

27.38.2 Der RH empfahl, die Aussagekraft der Kostenrechnung zu verbessern und schon im Hinblick auf den in der PV zu leistenden Bundesbeitrag verstärkt auf eine verursachungsgerechte Kostenaufteilung zu achten.

27.38.3 Die Anstalt berichtigte die Zuordnung der ADV-Kosten der Gehaltsverrechnung und der Geldverkehrskosten und sagte eine sorgfältige Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Kostenrechnung zu.

27.39.1 Die vom BMS im Einvernehmen mit dem BMF erteilte Genehmigung, in Baden eine Sonderkrankenanstalt zu errichten, war an die Bedingung geknüpft, 30 vH des gesamten Errichtungsaufwandes und später auch des Betriebsaufwandes aus Mitteln der KV zu bestreiten. Hingegen wurde die Errichtung einer Sonderkrankenanstalt in Bad Ischl unter der Auflage bewilligt, Bau- und Betriebskosten zwischen PV und KV im Verhältnis 30 : 70 aufzuteilen, wobei die Errichtungskosten zunächst im voraus aus Mitteln der KV gegen spätere Rückzahlung finanziert werden sollten.

27.39.2 Der RH empfahl, den in allen anderen Bereichen der SVA anzuwendenden Grundsatz der möglichst genauen Ermittlung und Zuordnung von Kosten der KV und PV auch bei der Errichtung und beim Betrieb von eigenen Einrichtungen zu beachten.

27.39.3.1 Die SVA teilte die Auffassung des RH.

27.39.3.2 Das BMS wies die Anstalt an, im Sinne der Empfehlung des RH zu handeln.

27.40.1.1 Bei der Errichtung eines Zubaus zum bestehenden Gebäude der Landesstelle in Linz buchte die SVA den Aufwand für Umbauarbeiten im Altbau mit rd 2,6 Mill S als Erhaltungsaufwand, statt ihn als Herstellungsaufwand zu aktivieren und der Steuer für den Selbstverbrauch gem § 29 UStG 1972 zu unterziehen.

27.40.1.2 Gemeinsam mit mehreren Miteigentümern errichtete die SVA 1978 in Feldkirch ein Wohn- und Geschäftshaus mit Tiefgaragen. Von den darauf entfallenden Bau- und Grundkosten bezahlte die SVA zunächst nur rd 2,9 Mill S und behielt 400 000 S bis zur lastenfreien Verbücherung der Garagen im Jahre 1980 zurück. Statt in der Bilanz für 1978 den Gesamtbetrag zu aktivieren und 400 000 S als Verbindlichkeit auszuweisen, buchte die Anstalt zunächst 2,9 Mill S auf dem Bestandkonto, den Restbetrag von 400 000 S jedoch erst mit dessen Bezahlung im Jahre 1980.

27.40.1.3 In den Jahren 1979 bis 1981 führte die SVA in ihrer 1978 in Baden erworbenen Villa Erneuerungsarbeiten mit einem Aufwand von rd 2,8 Mill S durch, die als Erhaltungsaufwand gebucht wurden.

27.40.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise und empfahl, die gebotenen Aktivierungen im Sinne der einschlägigen Bestimmungen vorzunehmen und die steuerlichen Vorschriften zu beachten.

27.40.3.1 Lt Mitteilung der SVA sei die auf die Errichtung eines Gebäudes in Feldkirch entfallende Steuer für den Selbstverbraucher mittlerweile aufgrund einer abgabenbehördlichen Prüfung berichtigt worden. In den beiden anderen Fällen habe es sich nicht um aktivierungspflichtigen Erhaltungsaufwand gehandelt, weil die Wesensart des alten Verwaltungsgebäudes in Linz nicht geändert wurde bzw weil in Baden Wohnungen für Bedienstete der Rheuma-Sonderkrankenanstalt geschaffen wurden.

27.40.3.2 Das BMS folgte der Ansicht des RH hinsichtlich der Aktivierung von Erneuerungsarbeiten.

27.40.3.3 Die SVA sagte dies schließlich zu.

27.41.1 Die SVA wendete hinsichtlich der Errichtungskosten einer Sonderkrankenanstalt verschieden hohe Abschreibungssätze an, wodurch sich in den Erfolgsrechnungen von 1978 bis 1981 überhöhte Aufwendungen von rd 3,9 Mill S ergaben.

27.41.2 Da alle Teile eines Gebäudes eine wirtschaftliche Einheit bilden, erachtete der RH eine unterschiedliche Abschreibung weder als zweckmäßig noch in den bestehenden Vorschriften gedeckt.

27.41.3.1 Lt Stellungnahme der SVA ermöglicht die RV ein Abgehen von den vorgesehenen Abschreibungssätzen in begründeten Fällen.

27.41.3.2 Das BMS wies die SVA an, Abschreibungen künftig im Sinne der Ausführungen des RH vorzunehmen.

27.42.1 In den Jahren 1978 bis 1981 erfolgten Zuweisungen an Rücklagen für den Unterstützungsfonds der KV und PV im zulässigen Höchstausmaß zu Lasten der Erfolgsrechnung. Der Rücklagenstand erreichte 1981 bei der KV rd 12,1 Mill S und bei der PV rd 45,9 Mill S.

27.42.2 Angesichts der Gebarung und Vermögensentwicklung der Fonds sah der RH die Bildung von Rücklagen in einem derartigen Ausmaß nicht als erforderlich an. Er empfahl, die jährlichen Zuweisungen künftig dem Mittelbedarf anzupassen.

27.42.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.43.1 Die von der SVA ausgewiesenen freiwilligen sozialen Zuwendungen an ihre Bediensteten stiegen von rd 6 Mill S (1978) auf rd 9,8 Mill S (1981) und überschritten somit den in der 33. ASVG-Novelle von 5 auf 3,5 vH der Gesamtlohnsumme herabgesetzten gesetzlichen Höchstsatz. Die Anstalt rechtfertigte ihre Vorgangsweise mit einer Übergangsbestimmung, wonach vom zuständigen Verwaltungskörper schon beschlossene Sozialleistungen ungeachtet des herabgesetzten Höchstsatzes beibehalten werden durften. Allerdings oblag die Beschlußfassung über die Gewährung sozialer Zuwendungen seit Jänner 1974 aufgrund eines Vorstandsbeschlusses dem Obmann und dem Büro.

27.43.2 Der RH äußerte dagegen Bedenken, weil solcherart Bedienstete der Anstalt in eigener Sache zu entscheiden hatten.

27.43.3.1 Die SVA erklärte die Steigerung der Sozialausgaben vor allem mit der vollständigen Erfassung der Kosten der Betriebsküche und sagte Überlegungen hinsichtlich der künftigen Vorgangsweise bei der Zuerkennung von freiwilligen sozialen Zuwendungen zu.

27.43.3.2 Das BMS kündigte nach Ablauf eines angemessenen Zeitraumes eine entsprechende Überprüfung an.

27.44.1 Auch nach der Neuordnung der Verrechnung der Werksküche ließ SVA jeweils 20 vH der Personal- und Sachkosten sowie die auf die Werksküche entfallende Abschreibung vom Gebäude und von der Einrichtung zur Gänze bei den Sozialausgaben unberücksichtigt.

Begründet wurde diese Vorgangsweise mit den Auflagen des Arbeitnehmerschutzgesetzes, wonach für den Aufenthalt während der Arbeitspausen entsprechende Plätze mit einer ausreichenden Zahl von Sitzgelegenheiten und Tischen für das Einnehmen der Mahlzeiten sowie Einrichtungen für das Wärmen mitgebrachter Speisen zur Verfügung zu stellen seien.

27.44.2 Nach Ansicht des RH wären auch angesichts dieses Gesetzesauftrages die Abschreibungen nur anteilig als Pflichtleistung, jedoch der Aufwand für das Küchenpersonal zur Gänze als freiwillig zu betrachten.

27.44.3.1 Die SVA stützte ihre gegenteilige Ansicht einerseits auf die Erläuterungen zum Kontenrahmen, andererseits auf die Notwendigkeit, die gesetzlich zur Verfügung zu stellenden Einrichtungen zu warten und zu reinigen.

27.44.3.2 Das BMS lud den HV ein, die einschlägigen Richtlinien so zu ergänzen bzw auszulegen, daß Abschreibungen im Bereiche des Sozialfonds entsprechend berücksichtigt werden. Der HV sagte einen diesbezüglichen Bericht zu.

27.44.4 Der RH erwiderte, daß der Betrieb einer Werksküche weit über die Pflichtleistung hinausgehe.

27.45.1 Im Jahre 1979 verteilte die SVA an ihre Bediensteten Gutscheine im Wert von rd 914 000 S (netto, ohne Umsatzsteuer), welche in Sportgeschäften eingelöst werden konnten.
Ferner errichtete die SVA im Zubau des Wiener Verwaltungsgebäudes eine Sauna, welche 1981 in Betrieb genommen und vorerst ausschließlich von Anstaltsbediensteten gegen eine geringe Kostenbeteiligung genützt wurde (vgl auch Abs 27.19.1).

27.45.2 Der RH sah diese großzügigen Sozialleistungen als nicht im Einklang mit der angespannten finanziellen Lage der SVA stehend an und empfahl, künftig entsprechende Einsparungen anzustreben.

27.45.3 Lt Stellungnahme der SVA sei eine Wiederholung der Gutscheinausgabe nicht vorgesehen. Die in der fachärztlichen Untersuchungsstelle untergebrachte Sauna sei im Hinblick auf eine im Bau befindliche Sonderkrankenanstalt errichtet worden und stehe den Bediensteten bis zur Benützung für medizinische Zwecke zur Verfügung.

27.45.4 Der RH erwiderte, diese Maßnahme sei ungeachtet der Überschreitung des für Sozialausgaben gesetzlich zulässigen Höchstsatzes erfolgt.

27.46.1 Die Anstalt machte für Zuschüsse aus Mitteln des Unterstützungsfonds im Bereich der KV grundsätzlich den Vorsteuerabzug geltend.

27.46.2 Dem RH erschien diese Vorgangsweise bedenklich, weil § 12 Abs 8 UStG 1972 den Vorsteuerabzug auf Leistungen beschränkt, die von SV-Trägern aufgrund gesetzlicher oder satzungsgemäßer Vorschriften als Sachleistungen gewährt werden können, während Zuschüsse aus dem Unterstützungsfonds als freiwillige und einmalige Geldzuwendungen anzusehen sind, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Angesichts der unterschiedlichen Vorgangsweisen der SV-Träger empfahl der RH, eine endgültige Klarstellung herbeizuführen.

27.46.3 Lt Mitteilung der Anstalt habe sie gegen die im Zuge einer Betriebsprüfung durch das FA für Körperschaften erfolgte Nichtanerkennung des Vorsteuerabzuges Berufung erhoben, über die jedoch noch nicht entschieden sei.

27.47.1 Die Anstalt kaufte im Jahre 1979 einen Pkw um rd 354 000 S, unterließ jedoch, abweichend vom Beschluß des Verwaltungsausschusses, den Verkauf des zu ersetzenden Dienstwagens. Dieser wurde erst anläßlich des Erwerbes eines weiteren Dienstwagens der gehobenen Preisklasse im Jahre 1980 verkauft.

27.47.2 Da der RH einen zusätzlichen Dienstwagen für entbehrlich hielt, empfahl er die Einsparung eines der beiden Wagen.

27.47.3 Die Anstalt trat der Ansicht des RH bei und teilte mit, im Falle des Ausscheidens eines der beiden Dienstfahrzeuge von einer Ersatzbeschaffung absehen zu wollen.

27.48.1 In den für die Dienstwagen geführten Fahrtenbüchern fehlten nähere Angaben über den Zweck der Fahrten, fallweise auch zweifelsfreie Eintragungen über den Ausgangs- und Zielpunkt.

27.48.2 Der RH hielt eine genauere Führung der Fahrtenbücher ua auch für die Ermittlung des Sachbezugswertes für unerläßlich, weil der leitende Angestellte den Dienstwagen auch für Privatfahrten benutzen durfte.

27.48.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.49.1.1 Viele Auslandsdienstreisen standen im Zusammenhang mit der Anschaffung und Verwendung der ADV-Anlage. In einigen Fällen wurden keine oder nur unvollständige Reisebelege vorgelegt.

27.49.1.2 Die Reiserechnungen und Fahrausweise für die im Jahre 1975 durchgeführten Dienstreisen wurden vorzeitig vernichtet.

27.49.1.3 Für den Besuch eines im Herbst 1976 von einem internationalen Büromaschinenhersteller in den USA veranstalteten Seminars durch drei leitende Angestellte lagen weder die Flugtickets sämtlicher Teilnehmer noch die entsprechenden Rechnungen vor.

27.49.2 Der RH bemängelte die Nichtbeachtung der im § 58 Abs 1 lit l RV festgelegten siebenjährigen Aufbewahrungspflicht, wodurch sich eine Beurteilung der in mehreren Fällen auch ins Ausland führenden Dienstreisen hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit als unmöglich erwies. Weiters sah er den Nachweis entstandener Kosten erst durch eine ordnungsgemäß ausgestellte und mit Zahlungsbestätigung versehene Rechnung als erbracht an.

27.49.3 Nach mehrmaligem Schriftwechsel schloß sich die Anstalt vollinhaltlich der Auffassung des RH an.

27.50.1 Seminare und Veranstaltungen im Ausland wurden vielfach von mehreren Bediensteten besucht. Die Anstalt übernahm auch dann die Reisekosten, wenn ihr Mitarbeiter von einem Büromaschinenhersteller zu einem Vortrag eingeladen worden war.

27.50.2 Nach Ansicht des RH hätte in den meisten Fällen die Entsendung nur eines Vertreters der Anstalt zu Fachtagungen genügt. Bei kostspieligen Reisen bedürfte es einer eingehenden Überlegung, ob der Reiseaufwand durch die bei derartigen Veranstaltungen zu erwartenden Wissensbereicherung ausreichend zu rechtfertigen ist. Vortragsangeboten wäre in Zukunft nur mehr näherzutreten, wenn für sie keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

27.50.3 Lt Stellungnahme der Anstalt würden Auslandsreisen nur aus betrieblicher Notwendigkeit genehmigt. Die Kosten der mit der Projektierung von Datenverarbeitungssystemen im Zusammenhang stehenden Dienstreisen würden durch die projektbezogene Auswahl der Geräte und die Berücksichtigung zukunftsorientierter Systeme mehr als hereingebracht.

Automatisierte Datenverarbeitung

27.51.1 Obwohl die Anstalt zahlreiche Hardware-Komponenten bereits mehrere Jahre hindurch angemietet hatte, begann sie erst 1979 Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit eines Ankaufs ihres Maschinenparks anzustellen. Da die bisher geleisteten Mietzahlungen teilweise auf den Kaufpreis angerechnet werden sollten und mit einer Verwendung der Geräte über den errechneten Zeitpunkt der Amortisierung des Kaufes hinaus gerechnet wurde, entschloß sie sich zum Ankauf dieser Maschinen und erzielte damit eine Ersparnis in Höhe von rd 25 Mill S.

27.51.2 Nach Ansicht des RH wäre die Ersparnis bei einer vorausschauenden ADV-Einsatzplanung und einem dementsprechend früheren Ankauf größer gewesen.

27.51.3 Die SVA verwies auf die Vorteile der Miete, die im Bedarfsfalle eine kostengünstigere Anpassung des Maschinenparks an Neuentwicklungen und an geänderte betriebliche Erfordernisse gestatte und sagte die Erstellung einer vorausschauenden ADV-Einsatzplanung zu.

27.52.1 Das Datenfernverarbeitungssystem der SVA erfuhr in den Jahren 1979 und 1981 in zwei Phasen eine erhebliche Ausweitung, bis schließlich im Juni 1982 in allen Dienststellen insgesamt 228 Bildschirme zur Verfügung standen. Abgesehen von jenen 64 Bildschirmen, die ausschließlich für Vergütungsfälle vorgesehen waren, wiesen die Sichtgeräte jedoch eine sehr ungleichmäßige Auslastung auf: 134 Terminals waren mit weniger als 18 Transaktionen je Stunde belastet, wobei 77 Schirme sogar eine durchschnittliche Belastung von weniger als zehn Transaktionen verzeichneten.

27.52.2 Da erfahrungsgemäß 18 Transaktionen in der Stunde als Untergrenze für einen wirtschaftlichen Einsatz gelten, erachtete der RH die Auslastung als unzureichend. Er sah dies darin begründet, daß nur für die Buchhaltung, die Gehaltsverrechnung und Teile des Vergütungswesens, nicht aber für die übrigen Bereiche der KV, der PV und des Beitragswesens entsprechende Transaktionsprogramme zur Verfügung standen. Der RH empfahl, geeignete Maßnahmen zur Beschleunigung der Programmerstellung zu treffen und bis zur befriedigenden Auslastung der vorhandenen Bildschirme auf die Anschaffung neuer Geräte zu verzichten.

27.52.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.53.1 Der Programmierabteilung gehörten neben dem Abteilungsleiter und sechs Systemprogrammierern insgesamt 22 weitere Programmierer bzw Analytiker an, die - in vier Gruppen gegliedert - die Arbeitsgebiete Beitrag, Rechnungswesen, PV und KV zu betreuen hatten.

27.53.2 Nach Ansicht des RH erschwerte diese Organisationsform im Bedarfsfalle die Heranziehung von Mitarbeitern in einer anderen Fachgruppe, was letztlich nicht nur einen unausgewogenen Personaleinsatz bewirkte, sondern auch zum ungleichen Entwicklungsstand der Online-Anwendungen führte. Er empfahl anstelle der Gliederung nach Aufgabengebieten die Schaffung eigener Gruppen für Analytiker, Programmierer und Systemprogrammierer sowie einer besonderen Wartungsgruppe.

27.53.3 Die Anstalt sagte dies zu.

27.54.1 Zur Vorbereitung und Grobplanung von ADV-Projekten bestanden der technische Arbeitskreis und der Arbeitskreis Koordinierung.

27.54.2 Der RH empfahl, die genannten Arbeitskreise durch ein einziges Automationskomitee zu ersetzen, das alle ADV-Projekte koordinieren, hinsichtlich der Dringlichkeit reihen und letztlich bezüglich des Projektfortschrittes überwachen sollte.

27.54.3 Die Anstalt ist der Empfehlung des RH gefolgt.

27.55.1 Obwohl nach den Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes die Leistung von mehr als 300 Überstunden unzulässig ist, erbrachten im Jahre 1981 drei Programmierer höhere Mehrleistungen; im Jahre 1982 waren es bereits fünf Programmierer, wobei einer von ihnen sogar 819 Überstunden leistete. 1982 fielen in der Programmierabteilung insgesamt 4 777 Überstunden an, was der 2,5fachen Jahresarbeitszeit eines vollbeschäftigten Dienstnehmers entsprach.

27.55.2 Der RH empfahl, die Überstundenleistungen zumindest auf das gesetzlich zulässige Ausmaß zurückzuführen.

27.55.3 Die Anstalt sagte diesbezügliche Bemühungen zu.

27.56.1 Der Anteil der Assembler-Programme war mit rd 60 vH sehr hoch, wobei dieser Programmiersprache insb im Beitragswesen und in der PV eine führende Rolle zukam.

27.56.2 Unter Hinweis auf den hohen Wartungs- und Änderungsaufwand der Assembler-Programme empfahl der RH die Umstellung auf höhere Programmiersprachen.

27.56.3 Lt Mitteilung der SVA ist dies in neuen Aufgabenbereichen bereits erfolgt.

27.57.1 Die Wartung der vorhandenen 228 Bildschirme kostete rd 2 Mill S jährlich.

27.57.2 Der RH empfahl, auf vorbeugende Wartungen zu verzichten und nur im Bedarfsfall Servicedienste in Anspruch zu nehmen.

27.57.3 Die SVA sparte bereits 1983 durch eine Zusatzvereinbarung zum Wartungsvertrag 460 000 S ein.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Neufassung der Einreihungsrichtlinien für die Bediensteten der Untersuchungsanstalten der Sanitätsverwaltung (zuletzt TB 1981 Abs 29);

(2) Erlassung von Richtlinien für die Bewertung der Tätigkeiten bei den veterinärmedizinischen Bundesanstalten (zuletzt TB 1980 Abs 29.2);

(3) Umgestaltung der Hebammenausbildung und Erlassung einer Gebarungsvorschrift für die Bundeshebammenlehranstalten (zuletzt TB 1981 Abs 32).

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Ermessensausgaben der laufenden Gebarung 1977 (Krankenanstalten-Kostenrechnung)

28.1.1 Der RH hat das BMGU wiederholt ersucht, ihm abschließend und unter Berücksichtigung des Gutachtens (TB 1982 Abs 40.3 bis Abs 40.8) seine Stellungnahme zur Preisangemessenheit der Leistungen der ARGE-Kostenrechnung mitzuteilen (TB 1982 Abs 40.1.4).

Wie das BMGU nunmehr mitteilte, habe es in Zusammenarbeit mit der Finanzprokuratur die Rückforderung des Betrages von 48,8 Mill S im anhängigen Verfahren damit begründet, daß alle zwischen der Republik Österreich und der ARGE-Kostenrechnung abgeschlossenen Verträge mit Höchsthonorarvereinbarung den tatsächlichen Anfall der vorgeschlagenen Kosten und ordnungsgemäße, dh mit Belegen versehene Abrechnung festlegen. Im Klagewege soll zunächst eine belegmäßige Nachweisung der Kosten bzw eine aufgeschlüsselte Bekanntgabe der Manntagsleistungen erwirkt werden. Erst dann wäre es prozeßökonomisch sinnvoll, die Höhe der Rückforderung gegebenenfalls neu zu bewerten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheine dem BMGU jedenfalls eine genaue ziffernmäßige Bewertung der Preisangemessenheit der Leistungen der ARGE-Kostenrechnung ohne die Prüfung der derzeit noch nicht vorliegenden Belege nicht zweckmäßig, zumal auch eine richterliche Beweiswürdigung des Gutachtens noch ausstehe.

Überdies hätten die Sachverständigen in ihrem Gutachten selbst dargelegt, sie wären bei allen durchgerechneten Varianten bemüht gewesen, im Zweifelsfall Annahmen zu treffen, die zu Gunsten der ARGE-Kostenrechnung lauten, damit sie sich „auf der sicheren Seite der Argumentation befinden" und daß sie sich durchaus bewußt gewesen wären, „daß eine, allein auf den schriftlich festgehaltenen Ergebnissen beruhende Aufwandsschätzung unzureichend sein muß".

28.1.2 Der RH erblickte in dieser Stellungnahme des BMGU einen Widerspruch zu früheren Festlegungen, wonach es das im Auftrag des Untersuchungsrichters erstellte Gutachten auch für die eigene Beurteilung der Preisangemessenheit der Vertragsleistungen als geeignet bezeichnet hätte (TB 1982 Abs 40.1.1), nahm die Ausführungen jedoch zunächst zur Kenntnis und ersuchte um zeitgerechte Mitteilung über die endgültige Beurteilung der Preisangemessenheit.

28.2.1.1 Das BMGU hat zugesagt, dem RH über den Prozeßverlauf betreffend die im Zusammenhang mit den zwischen der ARGE-Kostenrechnung und dem BMGU abgeschlossenen Verträgen anhängigen Gerichtsverfahren (TB 1982 Abs 40.2.1) zu berichten.

28.2.2.1 Lt Mitteilung des BMGU sei im Zivilverfahren am 29. März 1984 eine einstweilige Verfügung über 3,6 Mill S gegenüber dem beklagten Gesellschafter der ARGE-Kostenrechnung erlassen und der Republik Österreich eine Sicherheitsleistung von 2 Mill S aufgetragen worden.

In der Frage der Anspruchsbescheinigung im Rahmen der einstweiligen Verfügung sei die Ausschöpfung des Instanzenzuges zu erwarten, so daß das Hauptverfahren weiterhin verzögert werde.

Ferner habe die Finanzprokuratur mit Schriftsatz vom 9. März 1984 dem Gericht die Beweismittel für die Ansprüche im Provisorialverfahren und auch für das Hauptverfahren bekanntgegeben. Dabei sei das Leistungsbegehren von 48 862 701 S hinsichtlich des Teilbetrages von 11 282 510 S auch auf die zwischen den Streitteilen abgeschlossenen Verträge mit Maximalhonorarvereinbarung (Zweckzuschuß, Rationalisierung I, Personalschulung, Infodienst und Rationalisierung II) und weiterhin auf den Langzeitvertrag vom 3. Oktober 1977 gestützt. Zur umfassenden finanziellen Absicherung der Republik Österreich sei die Geltendmachung weiterer Ansprüche sowohl aus dem Langzeitvertrag als auch aus allen anderen Verträgen ausdrücklich vorbehalten worden.

Damit sei nach Ansicht des BMGU den kritischen Feststellungen des RH bezüglich der von ihm veranlaßten Maßnahmen (TB 1982 Abs 40.2.2.2) weitestgehend Rechnung getragen worden.

28.2.1.3 Wie aus den Beantwortungen der Anfragen von Abgeordneten zum Nationalrat durch den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz vom 11. Mai 1984 und vom 5. Juni 1984 hervorging, hat die ARGE-Kostenrechnung bereits im Juli 1983 eine weitere Klage mit einer Forderung von rd 16,6 Mill S gegen die Republik Österreich betreffend vermeintliche restliche Vertragsansprüche aus dem Langzeitvertrag bis Ende 1981 und Auslaufarbeiten im Jahr 1980 für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds eingebracht. Überdies hat sich die Republik Österreich im März 1984 dem Strafverfahren gegen die Gesellschafter der ARGE-Kostenrechnung mit 22 316 388 S (dieser Betrag wurde aufgrund des Gutachtens zum Preis-Leistungsverhältnis ermittelt; TB 1982 Abs 40.3) als Privatbeteiligte angeschlossen.

28.2.2 Der RH nahm die Mitteilungen des BMGU zur Kenntnis und ersuchte, ihm über die weitere Entwicklung zeitnah zu berichten.

Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien

29.1.1 Die vom RH empfohlene Geschäfts- und Personaleinteilung (TB 1982 Abs 41.1) ist noch nicht erlassen worden; lt Mitteilung des BMGU seien die diesbezüglichen Arbeiten wegen personeller Veränderungen bei der Bundesanstalt (BA) und der ausstehenden Auswertung einer kürzlich vorgenommenen Ist-Zustandserhebung der Anstaltsorganisation noch im Gang.

29.1.2 Der RH ersuchte, ihm die getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

29.2.1 Zur Empfehlung des RH, von einer Gruppeneinteilung bei der BA abzusehen (TB 1982 Abs 41.3), stellte das BMGU eine Klärung im Zusammenhang mit der neuen Geschäfts- und Personaleinteilung in Aussicht.

29.2.2 Der RH wiederholte seine Empfehlung.

29.3.1 Zur Empfehlung des RH, die Arbeitsplatzuntersuchungen zur Feststellung des Personalbedarfes der BA voranzutreiben (TB 1982 Abs 41.5), teilte das BMGU mit, es hätte solche bei einer vor kurzem erfolgten Einschau nur in Ansätzen durchführen können. Im übrigen sei die Ausarbeitung von Belastungsnormen angesichts der Vielfalt der zu erfassenden Tätigkeiten kaum durchführbar.

29.3.2 Der RH empfahl, die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und ersuchte um Bekanntgabe der Ergebnisse.

29.4 Obwohl der RH klargestellt hatte, daß die Weitergewährung eines Zusatzurlaubes an die in der hygienisch-bakteriologischen bzw der radiologischen Abteilung dauernd beschäftigten Bediensteten der BA einen auch nach Auffassung des BKA gesetzlich nicht begründbaren Verzicht auf Dienstleistungen bei fortgesetzter Bezahlung bewirken würde, den das BMGU allein zu verantworten habe (TB 1982 Abs 41.6), hat es seine bisherige Vorgangsweise beibehalten.

29.5.1 Trotz übereinstimmender Ansicht von BKA, BMF und RH, wonach eine Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Taxanteilen an die Bediensteten der Lebensmitteluntersuchungsanstalten nicht mehr gegeben sei und die Auszahlungen daher zwingend einzustellen wären (TB 1982 Abs 41.7), sah das BMGU eine Lösung dieses Problems nur im Wege der Gesetzgebung als möglich an.

29.5.2 Der RH verblieb angesichts des unbestrittenen Fehlens einer materiellrechtlichen Grundlage bei seiner Empfehlung zur Einstellung der Zahlungen.

29.6.1.1 Hinsichtlich der Behandlung der von den Bediensteten der BA aus ihrer Sachverständigentätigkeit gem § 48 des Lebensmittelgesetzes 1975 (LMG 1975) angesprochenen Sachverständigengebühren wurde bereits zwischen BKA, BMGU und RH Übereinstimmung darüber erzielt, daß diese Gebühren von den Bediensteten zur Gänze an die BA weiterzuleiten wären. Der RH hat einen Bericht des BMGU über die Erlassung der hiezu erforderlichen generellen Anordnungen an die Bediensteten sowie betreffend die Schaffung der verrechnungstechnischen Voraussetzungen erwartet (TB 1982 Abs 41.8).

29.6.1.2 Das BMGU teilte nunmehr mit, seiner Meinung nach vermöge sich die Annahme, daß die Gebühren an Sachverständige nach § 48 LMG 1975 an die BA abzuführen wären, auf keine rechtliche Grundlage zu stützen. Das BMGU bezog sich dabei auf ein Rechtsgutachten, wonach es sich bei den Sachverständigen nicht um solche im Sinne des Gebührenanspruchsgesetzes 1975 handle und somit der Anspruch auf Sachverständigengebühren fraglich sei. Hierüber hätten aber die Gerichte im Einzelfall zu entscheiden.

Darüber hinaus habe das BMJ dem BMGU mitgeteilt, daß es die Gerichte nicht veranlassen könne, in den Ladungen ersichtlich zu machen, ob es sich um die Ladung als Sachverständiger nach § 48 LMG 1975 oder als allgemein beeideter Sachverständiger im Sinne des Bundesgesetzes, BGBl Nr 173/1975, handle. Zur Klärung dieser Frage habe bereits die Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes eingebracht.

29.6.2 Der RH erwiderte, die zT bekannten Darlegungen des BMGU berücksichtigten in keiner Weise den bereits erzielten Verhandlungsstand. Er bezeichnete neuerlich eine Regelung über die Behandlung der Sachverständigengebühren seitens des BMGU für notwendig, weil die Auffassung des RH, wonach die von den Bediensteten der BA für ihre Tätigkeit als Sachverständige bei Gericht angesprochenen Gebühren wegen des unmittelbaren Zusammenhanges mit den dienstlichen Tätigkeiten an die BA abzuführen wären, nicht nur im Ergebnis durch das auch vom BMGU erwähnte Rechtsgutachten gestützt werde, sondern auch bereits in der Rechtsprechung durch Abweisung des Antrages eines Bediensteten der BA, ihm die Gebühren für die Sachverständigentätigkeit gem § 48 LMG 1975 zuzusprechen und als private Einnahme anzuweisen, bestätigt worden sei.

29.7 Zur Empfehlung des RH, den Gebührentarif für die Berechnung der Kosten der Untersuchungen und Begutachtungen neu zu überarbeiten (TB 1979 Abs 41.22), stelle das BMGU eine entsprechende Novelle in Aussicht, die noch im Laufe des Jahres 1984 in Kraft treten werde.

29.8 Bezüglich der Hereinbringung der hohen Außenstände an Untersuchungsgebühren (TB 1982 Abs 41.9), gab das BMGU eine Verringerung des Standes an offenen Forderungen auf rd 8,7 Mill S Ende 1983 bekannt.

Im übrigen gestalte sich insb die Hereinbringung der aushaftenden Untersuchungsgebühren gegenüber dem Land Wien sehr schwierig, weil dieses die entsprechenden Aufforderungen der BA nur schleppend behandle; eine Beschleunigung der Hereinbringungsmaßnahmen wäre bei verstärktem Personaleinsatz möglich, dieser komme aus wirtschaftlichen Gründen jedoch nicht in Frage.

29.9.1 Zur Empfehlung des RH, einen Austausch des bei der BA in Verwendung stehenden geländetüchtigen Fahrzeuges gegen ein solches für betriebliche Zwecke vorzunehmen (TB 1982 Abs 41.10), führte das BMGU aus, daß nur mit dem Geländewagen ein unmittelbares Zufahren zu entlegeneren Wasservorkommen, die ansonsten nur durch einen Fußmarsch zu erreichen sind, möglich sei.

29.9.2 Der RH bezeichnete die vom BMGU angeführten Fälle des Einsatzes unter besonderen Verhältnissen als Ausnahmen, die es nicht rechtfertigten, dafür ständig ein geländetüchtiges, hohe Anschaffungs- und Betriebskosten verursachendes Fahrzeug zu halten.

Fonds „Kampf dem Krebs"

30.1 Zum Fehlen einer materiellgesetzlichen Grundlage und zur Absichtserklärung, die durch die Aktion „Kampf dem Krebs" aufgebrachten Geldmittel um den gleichen Betrag zu erhöhen (TB 1982 Abs 42.1 und Abs 42.2), hat das BKA die bisher ausständige Stellungnahme nachgeholt. Dieser zufolge sei ein förmlicher Beschluß der Bundesregierung aus Gründen, die heute nicht mehr erhoben werden könnten, nicht vorgelegen; es hätte jedoch keinen Zweifel darüber gegeben, daß diese Maßnahme in den Absichten der Bundesregierung gelegen war.

30.2 Zur Frage nach dem Nettoertrag der Spendenaktion „Kampf dem Krebs" (TB 1982 Abs 42.8) gab das BMGU nunmehr bekannt, die letzte Belegeinschau im BMF habe keine vollständige Klärung gebracht, so daß dem Ersuchen des RH erst später nachgekommen werden könne.

30.3.1 Bezüglich der vom RH empfohlenen Anrechnung der durch Überzahlung entstandenen Zinsenerträge des Fonds auf den Verdoppelungsbetrag des Bundes (TB 1982 Abs 42.9) teilte nunmehr das BMGU mit, daß im Zusammenhang mit der Überweisung der Förderungsmittel des BMGU ein Zinsenertrag in Höhe von rd 12 140 000 S festgestellt worden sei. Das BMF habe einen Rückforderungsanspruch in dieser Höhe angenommen. Da aus diesem Titel bereits anläßlich der Auszahlung der letzten Förderungsrate an den Fonds „Kampf dem Krebs" ein Pauschalbetrag in Höhe von 1,50 Mill S einbehalten worden sei, verbleibe nunmehr ein Rest von rd 10,64 Mill S.

Im Hinblick auf das mit einer allfälligen gerichtlichen Durchsetzung dieses Rückforderungsanspruches verbundene Prozeßrisiko habe sich das BMF mit einer Abstandnahme von der Geltendmachung dieses Rückforderungsanspruches und dem damit verbundenen Verzicht in gleicher Höhe einverstanden erklärt.

30.3.2 Der RH hielt diesen ihm vom BMGU mitgeteilten Standpunkt des BMF nicht für ausreichend begründet, zumal der Fonds „Kampf dem Krebs" nach Mitteilung des BMGU mit Stichtag 7. November 1983 über veranlagte Mittel von rd 89 171 200 S verfügte. Überdies hätte ein Forderungsverzicht, der 10 Mill S übersteigt, gem Art XII Abs 12 BFG 1984 der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art 42 Abs 5 B-VG bedurft, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen wäre. Der RH ersuchte deshalb auch das BMF um Stellungnahme.

30.4.1 Ergänzend teilte das BMGU dem RH mit, es seien Verhandlungen im Gang, den Fonds von einer anderen Organisation weiterführen zu lassen. Die ordnungsgemäße Verwaltung und bestmögliche Veranlagung der vorhandenen Mittel auch während der Übergangsphase sei sichergestellt, das Zustandekommen einer endgültigen Vereinbarung aber noch nicht absehbar.

30.4.2 Der RH ersuchte, ihn im Gegenstande auf dem laufenden zu halten.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds konnte die bei seiner Gründung im Jahre 1978 in ihn gesetzten Erwartungen nur teilweise erfüllen. Obwohl den Krankenanstaltenträgern mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, ist der angestrebte Übergang vom unbefriedigenden System der Abgangsdeckung zu dem einer leistungsorientierten Bezuschussung nicht gelungen.

Rechtsgrundlagen

31.1 Angesichts der immer größer werdenden finanziellen Schwierigkeiten der Spitalsfinanzierung wurde versucht, eine Einrichtung zu schaffen, in der die Interessen aller am Krankenanstaltenwesen Beteiligten vertreten sein sollten.

Mit der Vereinbarung gemäß Art 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds, BGBl Nr 453/1978 (Vereinbarung), kamen die Vertragspartner schließlich überein, die Leistung von Betriebs- und Investitionszuschüssen an die Rechtsträger öffentlicher sowie privater gemeinnütziger Krankenanstalten zu gewährleisten. Gleichzeitig wurde zwischen den Gebietskörperschaften und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger vereinbart, die Beziehungen der Träger der Sozialversicherung zu den Rechtsträgern der Krankenanstalten neu zu gestalten und einen besonderen Beitrag der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung zur Finanzierung der Krankenanstalten vorzusehen. Zu diesem Zweck wurde mit Bundesgesetz vom 30. Juni 1978, BGBl Nr 454 (Fondsgesetz), ein Krankenanstalten Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF) mit eigener Rechtspersönlichkeit eingerichtet.

Die wesentlichen Ziele dieser neugeschaffenen Einrichtung waren, den Rechtsträgern der österreichischen Krankenanstalten mehr finanzielle Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen, modernen betriebswirtschaftlichen Methoden in Krankenanstalten zum Durchbruch zu verhelfen und einen Übergang vom Grundsatz der Abgangsdeckung auf ein leistungsorientiertes Kostenzuschußsystem herbeizuführen.

Finanzierung

31.2.1 Die Mittel des KRAZAF waren nach dem Fondsgesetz durch Beiträge des Bundes, der Länder und Gemeinden, der Krankenversicherungsträger sowie durch Darlehen, Spenden, Vermögenserträge und sonstige Mittel aufzubringen.

Vom KRAZAF wurden in den Jahren 1978 bis 1981 den Rechtsträgern von Krankenanstalten folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

1978	1979	1980	1981
	Mill S		
2 581	2 896	3 080	3 354

Die neue Regelung bewirkte, daß rd 40 vH aller bei den Krankenanstalten entstandenen Betriebsabgänge der ordentlichen Gebarung durch den KRAZAF abgedeckt werden konnten.

31.2.2 Der RH hielt die KRAZAF-Lösung zwar für geeignet, kurzfristig zu einer Verbesserung der Abgangsdeckung der Spitäler beizutragen, vermochte sie jedoch nicht als eine dauerhafte Lösung der Krankenanstaltenfinanzierung anzusehen.

Als nachteilig erwiesen sich insb die Bindung der Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften an die Umsatzsteuer sowie die Festlegung der Pflegegebührenersätze im verhältnismäßigen Ausmaß der Erhöhungen der Beitragseinnahmen aller Krankenversicherungsträger. Zufolge dieser Regelungen war angesichts der Kostensteigerungen in den Spitälern eine ständige Erweiterung der entstehenden Finanzierungslücke abzusehen. Da hiefür keine Lösungsansätze vorgesehen worden waren, hat das Modell der Mittelaufbringung im Wege des KRAZAF nach Auffassung des RH von Anfang an das Merkmal der Selbstauflösung in sich getragen.

31.2.3 Nach Stellungnahme der Fondsversammlung habe die Kündigungsmöglichkeit allen Vertragspartnern gewährleistet, Verhandlungen zwecks Fortentwicklung des Systems über die anfangs gesetzten Grenzen hinaus einzuleiten. 1982 sei es solcherart gelungen, die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und neue Wege für deren Verteilung zu vereinbaren. Insgesamt habe sich die KRAZAF-Lösung als Mittel, die Probleme der Krankenanstaltenfinanzierung einer jeweils angemessenen Lösung zuzuführen und auf die Kostenentwicklung in den Spitälern einzuwirken, bewährt.

31.2.4 Der RH sah seine Kritik durch die im Anschluß an seine Gebarungsüberprüfung eingetretene weitere Entwicklung bestätigt. Zum Abschluß einer neuen Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG ist es nur gekommen, weil für die Jahre 1983 und 1984 die Bereitstellung zusätzlicher Mittel des Bundes und der Träger der Sozialversicherung von insgesamt 785 Mill S vorgesehen wurde.

Leistungsorientierung - Strukturreform

31.3.1 Im Sinne der vom KRAZAF angestrebten leistungsorientierten Bezuschussung hätte durch eine auf Leistungsparametern beruhende Zuschußgewährung eine allgemeine Kostensenkung bzw Dämpfung der Ausgaben im Spitalsbereich bewirkt werden sollen.

31.3.2 Der RH erachtete die Bemühungen, einen reibungslosen Übergang vom System der Abgangsdeckung zu einem leistungsorientierten Kostenzuschußsystem zu gewährleisten, im wesentlichen als erfolglos. Die Vernachlässigung begleitender Maßnahmen zu verstärkter Leistungsorientierung hat bei gleichzeitig vermehrter Mittelbereitstellung eine unkontrollierte weitere Steigerung der Ausgaben zugelassen, so daß weder eine Verbesserung der Ökonomie bei den Krankenanstalten erzielt noch eine Gesamtsanierung des Spitalsfinanzierungssystems herbeigeführt worden ist.

31.3.3 Nach Ansicht der Fondsversammlung habe der KRAZAF im Bereich der Mittelverteilung seine Aufgaben erfüllt, wodurch die Liquiditätslage der Rechtsträger wesentlich verbessert worden sei. Die erforderlichen Strukturreformen hätten jedoch nicht zu Ende geführt werden können.

31.3.4 Der RH sah dadurch seine grundsätzliche Kritik bestätigt.

31.4.1.1 Da in den Jahren 1978 bis 1982 die erforderlichen Strukturreformen nicht durchgesetzt worden waren, verschärfte sich das Finanzierungsproblem und führte schließlich zur Kündigung der Vereinbarung durch das Land Salzburg. Um jedoch die Wiederanwendung des Abgangsdeckungssystems nach dem Krankenanstaltengesetz (KAG) zu vermeiden, traten die Vertragspartner in neue Verhandlungen ein und bemühten sich um eine Lösung, die mit der bei der Gründung des KRAZAF von der Problemstellung her deckungsgleich war.

31.4.1.2 Nach einer grundsätzlichen Einigung zwischen dem Bund und den Ländern wurde eine neue Vereinbarung für die Jahre 1983 und 1984 unterzeichnet. Der Bund und die Träger der sozialen Krankenversicherung sollten in den genannten Jahren beträchtliche zusätzliche finanzielle Leistungen an den KRAZAF erbringen. Umfassende Strukturreformen im Bereich des Krankenanstaltenwesens sollten es ermöglichen, ab dem Jahre 1985 das Abgangsdeckungssystem durch ein leistungsbezogenes Finanzierungssystem zu ersetzen und die Leistungserbringung im Krankenhaus als einen Teilbereich des Gesundheitssystems langfristig finanzierbar zu machen.

31.4.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist weder durch die erste noch durch die zweite Vereinbarung eine leistungsorientierte Bezuschussung auch nur annäherungsweise in dem beabsichtigten Umfang verwirklicht worden. Der KRAZAF erwies sich keinesfalls als wirksames Instrument der Planung und Kostensteuerung zur Erreichung einer ökonomischen Spitalsführung, sondern nur als solches zur vermehrten Mittelaufbringung und -verteilung.

31.4.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung würden die für die Jahre 1983 und 1984 zusätzlich zur Verfügung gestellten Geldmittel ausschließlich nach Leistungskriterien verteilt. Nach diesen Aufteilungsgrundsätzen sollten Erfahrungen für künftige Finanzierungsmodelle gewonnen werden.

31.4.4 Der RH vermochte die Regelung für die Jahre 1983 und 1984 nicht als entscheidende Veränderung auf dem Gebiet der Krankenanstaltenfinanzierung bzw -strukturform anzuerkennen. Schon angesichts der Höhe dieser zusätzlichen Mittel handle es sich lediglich um eine Sonderzuschußregelung.

31.5.1 Das BMGU erteilte im Jahre 1976 der ARGE-Kostenrechnung den Auftrag, ein leistungsorientiertes Zuschußmodell zu entwickeln. Wie der RH schon in seinem Bericht an den Nationalrat vom März 1979 über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung hinsichtlich der Gebarungsgruppe 8 „Aufwendungen - Laufende Gebarung (Ermessensausgaben)" des Bundesfinanzgesetzes 1977 festgestellt hat, ist das Ergebnis aus dem genannten Vertrag vom BMGU ohne weitere Veranlassungen abgelegt worden.

31.5.2 Der RH beanstandete anläßlich der gegenständlichen Gebarungsüberprüfung neuerlich das Fehlen einer Verwertung der seinerzeitigen Ausarbeitungen.

31.5.3 Nach Mitteilung der Fondsversammlung hätten die aus diesem Projekt gewonnenen Ergebnisse in den Verhandlungen um eine Neuregelung der Krankenhausfinanzierung wertvolle objektive Entscheidungsgrundlagen gebildet.

31.5.4 Der RH hielt an seiner Kritik fest, weil die Auswertung von Teilergebnissen bzw die Verwendung von Datenmaterialien aus dem Projekt nicht als ausreichende Nutzung des gesamten Auftrages zu beurteilen war.

31.6.1 Nach dem KAG war die Regelung des Pflegekostenersatzes, der von den Sozialversicherungsträgern an die Rechtsträger von Krankenanstalten zu leisten ist, dem Abschluß privatrechtlicher Verträge vorbehalten. Das Ergebnis war eine Vielzahl von Einzelregelungen, die keineswegs gewährleisteten, daß die von den Sozialversicherungsträgern zu entrichtenden Pflegekostenersätze auch stets den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wurden. Diese unbefriedigende Regelung wurde deshalb in Kauf genommen, weil zum damaligen Zeitpunkt noch keine genauen Unterlagen vorhanden waren, um im Gesetz selbst den Kostenanteil der Krankenkassen für die Verpflegskosten zu bestimmen. Auch in der Folgezeit ist eine diesbezügliche gesetzliche Regelung unterblieben.

31.6.2 Nach Ansicht des RH wären in Anbetracht der langen Geltungsdauer des KAG und der Ausführungsgesetze die Voraussetzungen für eine entsprechende gesetzliche Regelung seit langem erfüllt gewesen. Überdies sei durch die mit der KAG-Novelle 1978 eingeführte Dynamisierung der Pflegegebührensätze keine befriedigende Lösung erzielt worden. Sie sei auf der bisherigen unzulänglichen Regelung aufbauend nicht geeignet gewesen, die unverhältnismäßig emporschnellenden Kosten in ein für die Krankenanstalten auf die Dauer wirtschaftlich tragbares Verhältnis zu den Einnahmen zu bringen.

Fondsgesetz

31.7.1.1 Die Stadt Linz als Rechtsträger des A. ö. Krankenhauses der Stadt Linz hatte gegen die Republik Österreich, vertreten durch das BMGU, beim Verfassungsgerichtshof einen Anspruch auf Nachzahlung von Zweckzuschüssen für die Jahre 1972 bis 1975 in der Höhe von 11,042 Mill S geltend gemacht und auch zugesprochen erhalten. Unter Bezugnahme auf § 4 Abs 7 des Fondsgesetzes wurde dieser Betrag als Zuschuß des KRAZAF im Jahre der Überweisung (1978) gewertet.

Infolgedessen erhielten im Jahre 1978 die zuschußberechtigten Rechtsträger von Krankenanstalten den ihnen verhältnismäßig zustehenden Anteil nur von dem um rd 11,042 Mill S verringerten Gesamtbetrag bemessen.

31.7.1.2 Im Hinblick auf die höchstgerichtliche Entscheidung über die zeitliche Zuordnung der vom Bund geleisteten Zweckzuschüsse legten die Rechtsträger öffentlicher Krankenanstalten in Ober-

österreich der Fondsversammlung in weiterer Folge eine Aufstellung gleichartiger Forderungen in der Höhe von rd 42 Mill S vor.

31.7.1.3 Über die Zulässigkeit der Belastung des KRAZAF mit den Nachzahlungen für die Stadt Linz bestanden unter den Fondsmitgliedern wesentliche Auffassungsunterschiede. Daher wurde die Lösung dieser Frage in der Nebenabrede zur zweiten KRAZAF-Vereinbarung mittels Festlegung eines generellen Klagsverzichtes bis 31. Dezember 1984 auf einen jedenfalls nicht vor dem Jahre 1985 liegenden Zeitpunkt verschoben.

31.7.2.1 Nach Ansicht des RH waren die unterschiedlichen Auffassungen über die Zulässigkeit der Nachzahlung von Zweckzuschüssen durch das Fehlen einer eindeutigen Klarstellung in der Vereinbarung und im Fondsgesetz bedingt.

31.7.2.2 Da § 4 Abs 7 des Fondsgesetzes sich nur auf die Durchführung der laufenden Bezuschussung im Jahre 1978 bezogen hat, erachtete es der RH nicht für zulässig, dem KRAZAF aus der Zeit vor der Fondsregelung herrührende Nachzahlungen wegen zu geringer Zuschußleistungen des Bundes anzulasten, zumal der KRAZAF mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet worden ist und keine Rechtsnachfolge bezüglich allenfalls offener Verpflichtungen des Bundes festgelegt wurde.

31.7.2.3 Mangels Übergangsbestimmungen war nach Ansicht des RH die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung von vornherein mit einer bedeutenden Unsicherheit belastet, was wesentlich dazu beigetragen hat, daß seit dem Jahre 1978 keine der im Fondsgesetz angeordneten jährlichen Endabrechnungen zustande gekommen ist.

31.8.1 Mit der KAG-Novelle 1978 wurden die §§ 57 bis 59a KAG aufgehoben. § 59a KAG war jedoch die gesetzliche Grundlage für die Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 10. Mai 1977, BGBl Nr 328, betreffend die Anwendung eines bundeseinheitlichen Buchführungssystems, das eine Kostenermittlung und eine Kostenstellenrechnung in den Krankenanstalten ermöglicht (Krankenanstaltenkostenrechnungsverordnung - KRV). Im Fondsgesetz wurde auf die KRV unmittelbar Bezug genommen, womit der Frage der Weitergeltung der KRV besondere Bedeutung zukam.

31.8.2 Nach Ansicht des RH ist im Sinne von Lehre und Rechtsprechung mit dem § 59a KAG auch die darauf gestützte KRV außer Kraft getreten, jedoch wäre eine Klarstellung durch ausdrückliche Aufhebung der KRV zweckmäßig gewesen. Um jedoch den Fortbestand einer vom RH grundsätzlich als sinnvoll angesehenen einheitlichen Kostenrechnung in den Krankenanstalten sicherzustellen, wäre gleichzeitig eine diesbezügliche Verordnungsermächtigung in das Fondsgesetz aufzunehmen oder im Fondsgesetz der Fondsversammlung eine Zuständigkeit zur Erlassung entsprechender Richtlinien einzuräumen gewesen.

31.8.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung sei unbeschadet formalrechtlicher Überlegungen weiterhin Voraussetzung für eine Zuschußgewährung an Krankenanstalten, daß diese ein Buchführungssystem anwenden, das inhaltlich der außer Kraft getretenen KRV entspricht. Eine förmliche Klarstellung werde bei der Abfassung einer neuen Vereinbarung in Erwägung gezogen.

31.9.1 Der KRAZAF hat die erste Abschlagszahlung von Zuschüssen an die Rechtsträger von Krankenanstalten geleistet, ohne daß zu diesem oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt von den Zuschußempfängern entsprechende Anträge an den Fonds gerichtet und von der Fondsversammlung hierüber entschieden worden wäre. Die Rechtsträger hatten ihre Anträge für das Jahr 1978 aufgrund der bis dahin geltenden Rechtslage beim BMGU eingebracht.

31.9.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, für die eine Rechtsgrundlage (Übergangsbestimmung) fehlte.

31.9.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung habe die unvorhergesehene Verzögerung des Inkrafttretens der Fondsregelung eine Einhaltung förmlicher Verfahrensvorschriften unmöglich gemacht, jedoch sei die Vorgangsweise zweckmäßig und wirtschaftlich gewesen.

31.9.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

31.10.1 Für die Zuschußgewährung im Jahre 1981 hatten einige Krankenanstalten Anträge auf Zuerkennung von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen zeitgerecht eingebracht, jedoch fehlten die

zusätzlich geforderten Nachweise über die Ergebnisse der Kostenstellenrechnung für das Jahr 1980. Diese Krankenanstalten wurden in die Berechnung und Auszahlung von Zuschüssen unter der Auflage aufgenommen, die von dem jeweils zuständigen Amt der Landesregierung als richtig bestätigten Ergebnisse der Kostenstellenrechnung 1980 bis zu einem späteren Zeitpunkt nachzureichen.

31.10.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil nach dem Fondsgesetz weder eine Erstreckung der Frist für die Vorlage der Anträge noch bei Fehlen einer der geforderten Beilagen eine Bezuschussung zulässig ist.

31.10.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung sei die im Fondsgesetz vorgesehene Frist mangels zweifelsfreier Abfassung nicht als Ausschlußfrist, sondern nur als Ordnungsvorschrift zu verstehen.

31.10.4 Der RH hielt seine Bemängelung unter Hinweis auf den klaren Wortlaut des Fondsgesetzes aufrecht.

31.11.1.1 Bei der Prüfung der Betriebsabgänge für das Jahr 1977 hat der KRAZAF Uneinheitlichkeiten in der Abgangsermittlung der einzelnen Krankenanstalten festgestellt. Eine bundeseinheitliche Ermittlung der Betriebsergebnisse wurde für zwingend notwendig erachtet. Als geeignete Grundlage wurde das Kostenrechnungssystem gemäß KRV angesehen, wobei die Neuregelung im Rahmen einer Novation der Vereinbarung erfolgen sollte.

31.11.1.2 Die Fondsversammlung faßte einen mehrheitlichen Beschluß, bei der Berechnung des Betriebsabganges Zinsenaufwendungen nicht als Ausgaben und Zinsenerträge nicht als Einnahmen zu bewerten.

31.11.2 Nach Ansicht des RH bedeutete dieser Beschluß eine Abänderung der bisherigen Berechnungsgrundlagen, wozu es einer Novellierung des Fondsgesetzes bedurft hätte. Mangels einer solchen gesetzlichen Regelung ist es ferner zu Uneinheitlichkeiten bei der Abgangsermittlung und in weiterer Folge zu einer ungleich gewichteten Zuschußgewährung gekommen. Der Beschluß der Fondsversammlung über die Erlassung entsprechender Richtlinien ist ohne gesetzliche Ermächtigung erfolgt.

31.11.3 Nach Auffassung der Fondsversammlung habe sich die Ermächtigung hiefür aus § 6 des Fondsgesetzes ergeben.

31.11.4 Der RH hielt diese Auffassung für nicht zutreffend, weil auch im Sinne einer Äußerung des BKA-Verfassungsdienstes die im § 6 des Fondsgesetzes bestimmte Richtlinienzuständigkeit keine allgemeine, sondern eine auf bestimmte Gegenstände bezogene sei, zu denen der Betriebsabgang nicht gehöre.

31.12.1 Die im Fondgesetz ausdrücklich nur für die Jahre 1978 und 1979 getroffene Regelung über die Aufteilung der Fondsmittel wurde auch über diesen Geltungszeitraum hinaus angewendet.

31.12.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil es einer entsprechenden Novellierung des Fondsgesetzes bedurft hätte.

31.12.3 Die Fondsversammlung bezeichnete einen Analogieschluß für die Folgejahre als zulässig.

31.12.4 Der RH vermochte dieser Ansicht der Fondsversammlung nicht beizutreten, weil dies für die gesamte Dauer des Bestandes des KRAZAF ein Festhalten an den überwiegend abgangsorientierten Verteilungsregeln bedeutet und eine Fortentwicklung des Zuschußsystems nicht zugelassen hätte.

31.13.1 In der Vereinbarung sowie im Fondsgesetz waren zur Bezeichnung der durch den KRAZAF zu erbringenden Leistungen mehrfach unklare Begriffe verwendet, so daß sich ihre Durchführung zT als unmöglich erwiesen hat.

31.13.2 Der RH empfahl eine Bereinigung im Zuge künftiger legistischer Vorhaben.

31.13.3 Die Fondsversammlung stellte dies in Aussicht.

31.14.1 Obwohl der KRAZAF gem § 17 des Fondsgesetzes jährlich Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten hat, lagen diesbezügliche Berichte nicht vor.

31.14.2 Der RH beanstandete dieses Versäumnis.

31.14.3 Nach Mitteilung der Fondsversammlung würden zur Zeit noch Überlegungen angestellt, in welcher Form und mit welchem Inhalt dieser Jahresbericht zu erstellen wäre.

Nebenabrede

31.15.1 Die Vertragspartner haben zur Vereinbarung eine Nebenabrede mit Wirkung für die Jahre 1978 und 1979 getroffen, mit der einzelne Punkte der Vereinbarung inhaltlich abgeändert werden sollten. Lediglich das Land OÖ hat den Abschluß der Nebenabrede dem verfassungsgemäß zuständigen Organ zur Genehmigung vorgelegt.

31.15.2 Nach Ansicht des RH fehlte mangels verfassungsgesetzlicher Genehmigung der Nebenabrede, mit der vom Fondsgesetz abweichende Regelungen getroffen worden waren, die Grundlage für deren inhaltliche Anwendung.

31.15.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung sei die Nebenabrede schon im Hinblick auf den Teilnehmerkreis nur als politische Absichtserklärung zu werten.

31.15.4 Der RH sah damit seine Auffassung als bestätigt an.

31.16.1 Die Nebenabrede erhob entgegen den Bestimmungen der Vereinbarung und des Fondsgesetzes ab dem Jahre 1980 die Anwendung eines Buchführungssystems nach der KRV zur ausschließlichen Bedingung für die Zuschußgewährung. Der KRAZAF hat in allen Fällen die Einhaltung dieser Bedingung der Nebenabrede durchgesetzt.

31.16.2 Mangels rechtlicher Verbindlichkeit der Nebenabrede erachtete der RH diese Vorgangsweise als nicht im Gesetz gedeckt.

31.16.3 Nach Mitteilung der Fondsversammlung wurde die Möglichkeit, ersatzweise auch den Nachweis geeigneter Maßnahmen zur Anwendung des Buchführungssystems als ausreichend gelten zu lassen, in die neue Vereinbarung nicht mehr aufgenommen.

31.17.1 Die dem Fonds für die Jahre 1978 und 1979 zur Verfügung stehenden Mittel waren in zwei Teilbeträge zu 60 vH (Teilbetrag 1) bzw 40 vH (Teilbetrag 2) aufzuteilen. Die Verteilung der Mittel des Teilbetrages 2 oblag der Fondsversammlung, die dabei auf der Grundlage von ihr zu erlassender Richtlinien vorzugehen hatte. Nach den in der Nebenabrede festgelegten Grundsätzen sollten die Mittel für die Verwirklichung vordringlicher gesundheitspolitischer Vorhaben eingesetzt werden und somit ansatzweise eine leistungsbezogene Vergabe bezwecken.
Aufgrund eines Beschlusses der Fondsversammlung wurde jedoch der gesamte Teilbetrag 2 im Jahre 1978 nach dem alten System der Abgangsdeckung zur Anweisung gebracht.

31.17.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil die Richtlinien die unabdingbare Voraussetzung für die Verteilung des Teilbetrages 2 gewesen wären.

31.17.3 Die Fondsversammlung bestätigte die Auffassung des RH, daß sie dem Zweck der raschen finanziellen Entlastung der Rechtsträger von Krankenanstalten gegenüber dem Ziel der Abkehr vom bisherigen Grundsatz der Abgangsdeckung den Vorzug gegeben habe.

31.18.1 In der Nebenabrede war für die Entscheidung in verschiedenen Angelegenheiten das Einvernehmen zwischen Bund und Ländern vorgesehen.

31.18.2 Nach Ansicht des RH stand diese Regelung nicht im Einklang mit den Grundsätzen und dem Zweck der Vereinbarung, alle wichtigen Entscheidungen der Fondsversammlung als repräsentativem Organ für alle an der Spitalsfinanzierung Beteiligten vorzubehalten.

31.19.1 Zur neuen Vereinbarung für die Jahre 1983 und 1984 haben die Vertragsparteien gleichfalls eine Nebenabrede getroffen, in der sie hinsichtlich noch ungelöster Probleme der Krankenanstaltenfinanzierung unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen Klagsverzicht bis zum 31. Dezember 1984 vereinbarten. Für bereits anhängige Verfahren wurde ein Ruhen bis zu dem genannten Zeitpunkt vereinbart.

31.19.2 Der RH erblickte im Inhalt dieser Nebenabrede, die gleichfalls mangels entsprechender verfassungsmäßiger Beschlußfassung als rechtlich nicht gedeckt erschien, das Eingeständnis, daß einige der wesentlichsten, finanziell bedeutsamsten und strittigsten Fragen der Spitalsfinanzierung nach wie vor nicht gelöst worden sind. Er bemängelte die bisherigen Versäumnisse des KRAZAF, der aus diesem Grunde außerstande gewesen sei, die Gebarung für die einzelnen Jahre seines Bestandes ordnungsgemäß abzuschließen und der im Fondsgesetz verankerten Pflicht zur Erstellung verschiedener Endabrechnungen nachzukommen. Die Absichtserklärung, die Mittel aus dem KRAZAF ab dem Jahre 1985 nach Leistungskriterien auf die Krankenanstalten zu verteilen, ließ überdies erkennen, daß auch die neue Vereinbarung wiederum nur als Übergangslösung angesehen werden könne.

31.19.3 Die Fondsversammlung beurteilte die vom Klagsverzicht betroffenen ungelösten Fragen zwar nicht als so wesentlich, sagte aber Bemühungen um deren Lösung zu. Im übrigen könne die neue Vereinbarung nicht nur als Übergangslösung angesehen werden. Durch die Einrichtung eines Arbeitskreises, dem die Erarbeitung alternativer Finanzierungssysteme obliege, seien die Voraussetzungen geschaffen worden, im Wege des KRAZAF den Übergang zu einem leistungsbezogenen Zuschußsystem fortzusetzen.

31.19.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

Durchführung der Fondsaufgaben

31.20.1 Dem Auftrag im Fondsgesetz, Richtlinien über die bauliche Ausgestaltung, apparative Ausstattung von Krankenanstalten, die Anschaffung und den Verbrauch von Medikamenten sowie den Personaleinsatz zu beschließen, ist der KRAZAF trotz mehrfacher Behandlung entsprechender Vorschläge bisher nicht nachgekommen.

31.20.2 Nach Ansicht des RH zeigte sich hierin die mangelnde Fähigkeit des KRAZAF, die unterschiedlichen Interessen aufeinander abzustimmen und rasch wirksame Maßnahmen zu setzen.
Er empfahl, die entsprechenden Beschlußfassungen allenfalls unter Anrufung des Schlichtungsausschusses oder im Wege einer Mehrheitsentscheidung bzw Entscheidung mit Stimme des Vorsitzenden anzustreben.

31.20.3 Die Fondsversammlung nahm diese Anregung entgegen.

31.21.1 Ein Vorschlag der Geschäftsstelle des KRAZAF für eine leistungsbetonte Zuschußgewährung auf der Grundlage der für das Jahr 1979 erarbeiteten sogenannten Länderformel wurde von der Fondsversammlung zunächst verworfen. Nachdem die Geschäftsstelle des KRAZAF ein weiteres, abgeändertes Berechnungsmodell in Vorlage gebracht hatte, wurde mangels Einstimmigkeit hierüber von der Fondsversammlung beschlossen, den zuständigen Landesregierungen die Entscheidung über die Anwendung einer dieser beiden Berechnungsmodelle freizustellen. In der Folge haben sich nur die Länder OÖ und Sbg für die Anwendung der stärker leistungsorientierten, abgeänderten Länderformel entschieden.

31.21.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist es dem KRAZAF nicht gelungen, die Frage der leistungsgerechten Bezuschussung von Krankenanstalten einer wirksamen und allgemein annehmbaren Lösung zuzuführen. Trotz vorhandener Unterlagen aus dem Jahre 1976 sind bisher keine geeigneten Leistungsparameter erlassen worden.

31.21.3 Die Fondsversammlung nahm hiezu nicht Stellung.

31.22.1 Der Antrag der Geschäftsstelle des KRAZAF, einen Beschluß über die Berechnung der Betriebs- und sonstigen Zuschüsse aus den Länderquoten des Teilbetrages 2 nach der neuen Vereinbarung ausschließlich nach einer modifizierten Länderformel zu fassen, wurde nicht weiter behandelt. Vielmehr wurde an der bisherigen, in Abhängigkeit vom System der Betriebsabgangsdeckung gestalteten Länderformel festgehalten.

31.22.2 Da diese Formel noch überwiegend aus dem Jahre 1979 stammte und ursprünglich nur für die Anwendung in diesem Jahr bestimmt war, empfahl der RH, zwecks wirksamer Mittelvergabe ehestens den fehlenden Beschluß über die im Gesetz vorgesehenen Richtlinien herbeizuführen.

31.22.3 Die Fondsversammlung nahm hiezu nicht Stellung.

31.23.1 Die vom KRAZAF für die Vergabe von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen sowie von Investitionszuschüssen erlassenen Richtlinien einschließlich der Grundsätze für die Verteilung wurden in Protokollen festgehalten und den Mitgliedern der Fondsversammlung sowie einzelnen beigezogenen Experten durch Übersendung der Protokolle zugänglich gemacht. Diesen blieb es überlassen, die Richtlinien den durch sie vertretenen Rechtsträgern und Organen zur Kenntnis zu bringen.

31.23.2 Der RH hielt entsprechend der Bedeutung der Richtlinien eine gesetzliche Regelung über deren Kundmachung für zweckmäßig.

31.23.3 Die Fondsversammlung stellte entsprechende Überlegungen im Zuge der Vorbereitung eines neuen Fondsgesetzes in Aussicht.

31.24.1 Die gem § 4 Abs 3 des Fondsgesetzes den Anträgen auf Gewährung von Zuschüssen angeschlossenen Kostenrechnungsergebnisse wurden für das Jahr 1978 im Auftrag des BMGU von der ARGE-Kostenrechnung und für die Folgejahre von der Geschäftsstelle des KRAZAF im BMGU selbst ausgewertet.

31.24.2 Der RH bewertete diese Leistungen als gesetzlich nicht aufgetragene, freiwillige Unterstützung des BMGU gegenüber den Krankenanstaltenträgern und verwies auf die fehlende gesetzliche Grundlage für die Übernahme der mit diesen Aufgaben verbundenen Personal- und Sachkosten durch den Bund.

Im Hinblick auf die Bedeutung und die Zweckmäßigkeit einer zentralen Auswertung der Kostenrechnungsergebnisse empfahl er, diese Aufgabe gesetzlich ausdrücklich als solche des KRAZAF festzulegen.

31.24.3 Die Fondsversammlung hielt die bisherige Auswertung der Kostenrechnung für im neuen Fondsgesetz begründet.

31.24.4 Der RH vermochte wegen der im neuen wie im alten Fondsgesetz gleichlautenden Bestimmungen dieser Auffassung nicht zu folgen und hielt seine Empfehlung aufrecht.

31.25.1 Zwecks Bereinigung von Unklarheiten im Zuge der Auswertung der Kostenrechnungsergebnisse wurden die Krankenanstalten von den Mitarbeitern der Geschäftsstelle des KRAZAF in regelmäßigen Abständen besucht.

31.25.2 Der RH hielt diese sogenannten Betreuerreisen mit dem Grundsatz der Sparsamkeit für nicht vereinbar. Er empfahl, nur in besonderen Fällen Besprechungen an Ort und Stelle vorzusehen.

31.25.3 Die Fondsversammlung bezeichnete hingegen die regelmäßige Pflege persönlicher Kontakte und eines umfangreichen Erfahrungsaustausches als vorteilhaft.

31.25.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung, die Lösung von Sachfragen zunächst auf fernmündlichem oder schriftlichem Weg anzustreben.

31.26.1 Gem § 7 des Fondsgesetzes obliegt dem KRAZAF die Anpassung der Richtlinien für das von den Rechtsträgern von Krankenanstalten anzuwendende Buchführungssystem an den jeweils neuesten Stand der medizinischen, technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

31.26.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist der KRAZAF diesen ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben nicht nachgekommen.

31.26.3 Nach Mitteilung der Fondsversammlung seien entsprechende Vorarbeiten im Gange.

31.27.1 Gem § 8 Abs 1 des Fondsgesetzes hat der KRAZAF Richtlinien für ein einheitliches System der Leistungserfassung und der Leistungsstatistik der Krankenanstalten zu erlassen. Bereits 1977 hatte das BMGU der ARGE-Kostenrechnung ua die Aufgabe übertragen, einen bundeseinheitlichen Rahmen für eine Krankenhausbetriebsstatistik zu erarbeiten und in weiterer Folge ein verbessertes, abgestimmtes Modell vorgelegt bekommen. Nachdem weiters im Jahre 1979 eine Statistikkommission eingesetzt worden war, wurden die Statistikrichtlinien von der Fondsversammlung erst im November 1981 beschlossen.

Die nach § 8 Abs 2 des Fondsgesetzes dem KRAZAF aufgetragene Festlegung von Bewertungskriterien für die Ergebnisse der Kostenstellenrechnung stand zur Zeit der Gebarungsüberprüfung noch aus.

31.27.2 Der RH beanstandete die Verzögerung der Beschlußfassung, weil einerseits die Erstellung einer bundeseinheitlichen Statistik bereits einen Teil des Langzeitauftrages an die ARGE Kostenrechnung gebildet hatte und andererseits die Dringlichkeit des Vorliegens vergleichbarer Daten vor allem für die Auswertung der Kostenstellenrechnung bekannt war.

Er bemängelte weiters, daß der erfolgte Beschluß nur die erste Stufe einer Leistungsstatistik darstellte, und empfahl, die Aufstellung und Abstimmung medizinischer Leistungskataloge zu beschleunigen, um in Verbindung mit der Kostenrechnung Leistungs- und Betriebsvergleiche aussagekräftiger zu gestalten.

31.27.3 Die Fondsversammlung sah bereits in der mittels Fragebogen erfolgten Einholung von Statistikdaten den Gesetzesauftrag als erfüllt an.

31.27.4 Der RH erhielt seine Kritik aufrecht.

31.28.1 Eine weitere Aufgabe des KRAZAF bestand in der Erstattung von Rationalisierungsvorschlägen für die Planung, Errichtung und Ausstattung sowie den Betrieb von Krankenanstalten.

31.28.2 Wie der RH kritisch vermerkte, sind derartige Verbesserungsvorschläge bisher nicht erstattet worden.

31.28.3 Die Fondsversammlung nahm hiezu nicht Stellung.

31.29.1 Dem KRAZAF war schließlich auch die Weiterentwicklung des österreichischen Krankenanstaltenplanes unter Bedachtnahme auf die Landes-Krankenanstaltenpläne aufgetragen.

Das BMGU hatte ursprünglich die ARGE-Kostenrechnung mit dieser Aufgabenstellung betraut.

31.29.2 Der RH hielt diese Beauftragung für nicht unmittelbar notwendig, zumal allgemeine planerische Zielvorstellungen bereits bundesgesetzlich durch die 2. KAG-Novelle, BGBl Nr 281/1974, festgelegt worden waren. Ferner waren bereits neben dem gesamtösterreichischen Krankenanstaltenplan in allen Bundesländern Krankenanstaltenpläne vorhanden, die bei entsprechender Fortschreibung brauchbare Grundlagen für eine Neustrukturierung des österreichischen Krankenanstaltenwesens gebildet hätten. Das erforderliche Datenmaterial wäre überdies beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) vorhanden gewesen.

31.30.1.1 Die Ausarbeitungen der ARGE-Kostenrechnung hatten die verfassungsmäßige Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern auf diesem Gebiet nicht berücksichtigt, sondern waren zentralistischen Vorstellungen gefolgt. Sie wurden deshalb von einigen Fondsmitgliedern als unbrauchbar angesehen. Im übrigen wurde die Zulässigkeit eines Bundeskrankenanstaltenplanes überhaupt bestritten.

31.30.1.2 Da vom ÖBIG in der Zwischenzeit ein Angebot für die Weiterentwicklung der Krankenanstaltenplanung in Österreich erstellt worden war, bemühte sich die Geschäftsstelle des KRAZAF, einen Beschluß der Fondsversammlung zur Beauftragung des ÖBIG mit der Fortschreibung des österreichischen Krankenanstaltenplanes herbeizuführen.

31.30.2 Dem RH schien diese Absicht sinnvoll und die Angebotssumme vergleichsweise günstig.

31.30.3 Die Fondsversammlung konnte sich auf keine Weiterführung des Vergabeverfahrens einigen.

31.31.1 Die Länder billigten einem österreichischen Krankenanstaltenplan unter Hinweis auf die mit der Landesraumplanung untrennbar verbundenen Länderkrankenanstaltenpläne nur eine Koordinationsfunktion zu, erklärten sich jedoch bereit, einheitliche Richtwerte für die Fortschreibung der Länderpläne zu erarbeiten. Die sodann in weiterer Folge ausgearbeiteten Richtlinien wurden jedoch vom ÖBIG als überprüfungs- bzw ergänzungsbedürftig und teilweise unvollständig bezeichnet; weitere Maßnahmen der Fondsversammlung blieben aber aus.

31.31.2 Der RH wies auf ein Gutachten der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahre 1970 hin, wonach die Entwicklung des österreichischen Spitalsystems auf einer regionalen Basis innerhalb des Rahmens eines Gesamtplanes erfolgen sollte. Die Planungsbehörde sollte das Land sein, die Bundesregierung müsse aber eine führende Rolle bei der Anregung, Anleitung und Koordinierung der Vorbereitung der Pläne einnehmen.

Der RH bemängelte die Säumnis des KRAZAF, der in den fünf Jahren seines Bestandes keinen Beitrag zur Weiterentwicklung des österreichischen Krankenanstaltenplanes geleistet hat.

31.31.3 Lt Mitteilung der Fondsversammlung habe das BMGU einen Werkvertrag mit dem ÖBIG mit dem Ziel abgeschlossen, bis Ende 1984 einen gesamtösterreichischen Krankenanstaltenplan auszuarbeiten.

Fondsversammlung

31.32.1 Über die Rechtsstellung der Mitglieder der Fondsversammlung des KRAZAF war im Fondsgesetz keine umfassende Regelung enthalten. Lediglich die Voraussetzung und das Verfahren für die Berufung waren festgelegt.

31.32.2 Nach Ansicht des RH handelt es sich bei der Mitgliedschaft zur Fondsversammlung um ein Ehrenamt. Er empfahl, diese Tatsache sowie die Verpflichtung zu der damit verbundenen Aufwandsentschädigung gesetzlich festzulegen.

31.33.1 Auch die Stellvertretung von Mitgliedern der Fondsversammlung war im Fondsgesetz selbst nicht geregelt. Die Geschäftsordnung enthielt für den Fall der Verhinderung eines Mitgliedes die Bestimmung, daß von der entsendenden Stelle eine andere Person als Mitglied bestellt werden könne.

31.33.2 Der RH hielt den dadurch bewirkten oftmaligen Wechsel der Mitgliedschaft in der Fondsversammlung für nicht zweckmäßig und empfahl, eine gesetzliche Regelung der Stellvertretung für Mitglieder der Fondsversammlung, etwa in Form einer Verpflichtung zur Bestellung von Ersatzmitgliedern, zu treffen.

31.34.1 Die Geschäftsstelle des KRAZAF hat vielfach von Mitgliedern der Fondsversammlung nur persönlich und nicht durch die sie entsendungsberechtigten Körperschaften namhaft gemachte Vertreter, bzw auch solche, die keine persönlich ausgestellte Vertretungsbefugnis nachweisen konnten, als stimmberechtigte Mitglieder der Fondsversammlung anerkannt und bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit berücksichtigt.

31.34.2 Der RH erhob wegen der Zuzählung dieser nicht ordnungsgemäß bestellten Personen zum Kreis der stimmberechtigten Mitglieder Bedenken hinsichtlich der Gültigkeit der Beschlüsse der Fondsversammlung.

31.34.3 Die Fondsversammlung sagte zu, die Empfehlungen des RH bei den Beratungen für eine nächstfolgende Vereinbarung zu berücksichtigen.

31.35.1.1 Die Beschlußfassungen in der Fondsversammlung sollten nach dem Fondsgesetz grundsätzlich einstimmig erfolgen. Bei fehlender Einstimmigkeit war binnen dreier Monate auch eine Entscheidung mit einfacher Stimmenmehrheit möglich; kam auch eine solche Mehrheit nicht zustande, sollte die Stimme des Vorsitzenden entscheiden. Darüber hinaus bestand für jedes Mitglied der Fondsversammlung die Möglichkeit, einen Schlichtungsausschuß um Vermittlung in der Sache zu ersuchen.

31.35.1.2 In der tatsächlichen Handhabung wurde jedoch grundsätzlich die Einstimmigkeit verlangt. So wurde bspw ein Antrag betreffend die Berechnungsart für ein verstärkt leistungsorientiertes Bezuschussungssystem wegen der sich abzeichnenden Unstimmigkeiten keiner Beschlußfassung zugeführt, sondern von der Geschäftsstelle des KRAZAF durch einen Zusatzantrag ergänzt, der schließlich zum einstimmigen Beschluß erhoben wurde und den Landesregierungen die Möglichkeit einräumte, zwischen dem alten abgangsorientierten und dem neu beantragten Berechnungsvorgang für die Zuschußverteilung zu wählen.

31.35.2.1 Nach Ansicht des RH war zufolge dieser Vorgangsweise wohl Einstimmigkeit erzielt worden, jedoch dem Interesse der einzelnen Mitglieder der Fondsversammlung der Vorrang gegenüber dem Gesamtinteresse des KRAZAF gegeben, die tatsächliche Entscheidung in der Sache von der Fondsversammlung auf die Landesregierungen verlagert und somit der Zweck des KRAZAF überhaupt in Frage gestellt worden. Der RH legte daher nahe, die Beschlußfassungsregeln insb bei Nichtzustandekommen von einstimmigen Beschlüssen künftig dem Gesetz gemäß zu befolgen.

31.35.2.2 Der RH kritisierte ferner die nach der Geschäftsordnung des KRAZAF eingeräumte Möglichkeit, einstimmige Beschlüsse über einzelne Teile der Tagesordnungspunkte oder eine Verta-

gung herbeizuführen, als dem Grundsatz der beschleunigten Behandlung der Sachfragen und der Verfahrenskonzentration widersprechend. Er empfahl daher, die Bestimmungen der Geschäftsordnung des KRAZAF betreffend die Beschlußfassung der Fondsversammlung denen des Fondsgesetzes anzupassen.

31.35.3 Nach Ansicht der Fondsversammlung sei der Vorsitzende nach der Geschäftsordnung lediglich dazu verhalten, nicht sogleich vom Grundsatz der Einstimmigkeit auf den Grundsatz der Mehrstimmigkeit überzugehen.

31.35.4 Der RH verblieb unter Hinweis auf den aus dem Fondsgesetz ableitbaren Grundsatz der Verfahrenskonzentration bei seiner Empfehlung.

Geschäftsstelle des KRAZAF

31.36.1 Nach der Geschäftseinteilung des BMGU war die Geschäftsstelle des KRAZAF als eigene Organisationseinheit unmittelbar dem Bundesminister unterstellt.

31.36.2 Der RH sah diese organisatorische Sonderregelung zwar gem § 7 Abs 3 des Bundesministeriengesetzes 1973, BGBl Nr 389 idgF, an sich als zulässig, deren Voraussetzungen aber als nicht gegeben an, weil die wesentlichen Aufgaben der Geschäftsstelle des KRAZAF, wie zB Angelegenheiten der Krankenanstaltenfinanzierung, -planung und -ökonomie, in enger Verbindung mit dem Zuständigkeitsbereich der Sektion II des BMGU (Volksgesundheit) standen. Er empfahl daher, die Geschäftsstelle des KRAZAF der Sektion II des BMGU einzugliedern, die legistischen und rechtlichen Angelegenheiten aber der Sektion IV des BMGU zuzuweisen.

31.36.3 Lt Stellungnahme des BMGU handle es sich um eine besondere Art von Aufgaben, die nur im Rahmen einer sonstigen organisatorischen Einrichtung im Sinne des § 7 Abs 3 des Bundesministeriengesetzes 1973 wahrgenommen werden können.

31.36.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung, weil er die im Gesetz genannten Voraussetzungen (zusammenfassende Behandlung aller zum Wirkungsbereich des Bundesministeriums gehörenden Geschäfte oder Beratung und Unterstützung des Bundesministers auf dem Gebiet der allgemeinen Regierungspolitik) nicht als gegeben ansah.

31.37.1 Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und dem Bundesminister für Finanzen wurde einem Beamten des BMF ab 1. November 1980 die Funktion des Leiters der Geschäftsstelle des KRAZAF übertragen.

31.37.2 Der RH bemängelte die Besetzung dieser Funktion unter Außerachtlassung der Bestimmungen des Ausschreibungsgesetzes, BGBl Nr 700/1974 idgF.

31.37.3 Lt Stellungnahme des BMGU sei es wegen des Abbruches der Geschäftsbeziehungen zur ARGE-Kostenrechnung und der dadurch notwendig gewordenen vorzeitigen Übernahme aller Aufgaben durch das BMGU naheliegend gewesen, jenen Beamten des BMF, der bereits besondere Erfahrungen auf diesem Gebiet aufzuweisen hatte, mit der Leitung der Geschäftsstelle des KRAZAF zu betrauen. Im übrigen handle es sich bei der Geschäftsstelle des KRAZAF um eine Einrichtung von vorübergehendem Bestand, was eine ausnahmsweise Abstandnahme von einer Ausschreibung der Funktion zulässig erscheinen lasse.

31.37.4 Der RH erhielt seine Beanstandung aufrecht, weil das Ausschreibungsgesetz für Ausnahmeregelungen keinen Raum offenläßt.

31.38.1 Der genannte Beamte des BMF übte die Funktion des Leiters der Geschäftsstelle des KRAZAF zunächst als Nebentätigkeit aus, wobei ein Arbeitsumfang von durchschnittlich zehn Wochenstunden angenommen wurde. Über sein Ansuchen wurde er dem BMGU dienstzugeteilt.

31.38.2 Der RH kritisierte diese Vorgangsweise, weil eine zufriedenstellende Ausübung dieser Funktion mit einem derart geringen Arbeitsaufwand nicht zu erwarten war. Er empfahl daher die ehestmögliche Übernahme auf eine Planstelle des BMGU.

31.38.3 Das BMGU hat diese Übernahme mittlerweile durchgeführt.

31.39.1 Nach der im Juli 1980 seitens des BMGU erfolgten vorzeitigen Auflösung der Vertragsbeziehungen zur ARGE-Kostenrechnung hatten vier ehemalige Angestellte dieser Firma dem BMGU ihre Mitarbeit angeboten. Ihre Gehaltsforderungen waren jedoch stark überhöht. Angesichts der Notsituation wurde den Gehaltsforderungen von drei ehemaligen Angestellten der ARGE-Kostenrechnung nach Herstellung des Einvernehmens zwischen BMGU und BKA im Wege von zweijährigen Sonderverträgen voll entsprochen.

31.39.2.1 Da ursprünglich ein Abschluß dieser Sonderverträge nur für ein Jahr in Aussicht genommen war, bemängelte der RH die längere Laufzeit ohne eine nachvollziehbare Begründung.

31.39.2.2 Der RH beanstandete ferner das Fehlen einer Feststellung des Personalbedarfes vor dieser Anstellung. Wie der ersatzlose Austritt zweier ehemaliger Angestellter der ARGE-Kostenrechnung zeigte, hätte die Geschäftsstelle des KRAZAF schon von vornherein mit einer geringeren Anzahl von Mitarbeitern das Auslangen finden können.

31.39.2.3 Der RH empfahl, auch zwecks Vermeidung einer ungleichen Behandlung der übrigen Bediensteten der Geschäftsstelle des KRAZAF, die bestehenden Sonderverträge in Dienstverträge mit schemamäßiger Entlohnung umzuwandeln.

31.39.3.1 Lt Stellungnahme des BMGU hätten die in der Geschäftsstelle vorhandenen eigenen Mitarbeiter zur Bewältigung der vorzeitig und unvermutet angefallenen Aufgaben nicht ausgereicht. Die Heranziehung der ehemaligen Angestellten der ARGE-Kostenrechnung sei dringend erforderlich gewesen.

31.39.3.2 Nunmehr hätten drei der ehemaligen Angestellten der ARGE-Kostenrechnung ihre Dienstverhältnisse vorzeitig beendet, der vierte sei mittlerweile in ein Dienstverhältnis mit schemamäßiger Entlohnung übernommen worden.

31.39.4 Der RH verblieb angesichts dieser Mitteilung bei seiner Auffassung, eine geringere Anzahl von Mitarbeitern hätte ausgereicht.

Verträge mit der ARGE-Kostenrechnung

31.40.1.1 Da das BMGU zur Verwaltungstätigkeit des KRAZAF im eigenen Bereich weder über das erforderliche Personal verfügte noch für die technischen Einrichtungen rechtzeitig Vorsorge getroffen hatte, wurde in einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz vereinbart, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und Personalersparnis die Verwaltung des KRAZAF mittels eines Werkvertrages von Dritten besorgen zu lassen.

31.40.1.2 Mit dem Hinweis auf das aufgrund bereits laufender Aufträge gegebene Fachwissen der ARGE-Kostenrechnung wurde deren Beauftragung ohne Ausschreibung gemäß ÖNORM A 2050 in Erwägung gezogen. Die ARGE-Kostenrechnung legte einen Vertragsentwurf mit einer Angebotssumme von 142 544 000 S (einschließlich USt) bei unbefristeter Laufzeit und frühester Kündigungsmöglichkeit nach fünfjähriger Vertragsdauer sowie Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist vor.

31.40.1.3 Der im Genehmigungsverfahren für den Abschluß dieses Vertragswerkes mitbefaßte Bundesminister für Finanzen versagte seine Zustimmung, weil

(1) die Führung der Geschäfte für den KRAZAF ausschließlich vom BMGU übernommen werden sollte,

(2) die Laufzeit des Vertrages im Hinblick auf die Laufzeit der Vereinbarung zu lange sei,

(3) die Gesamtkosten für die Jahre 1978 bis 1982 mit insgesamt rd 142 Mill S zu hoch seien,

(4) die Gefahr bestehe, daß sich die ARGE-Kostenrechnung aus der Führung der Fondsgeschäfte laufend Aufträge erteilen lasse und

(5) die Auftragserteilung einer politischen Kritik unterzogen werden könnte, für die er nicht bereit sei, Verantwortung zu übernehmen.

Das BMF wäre aber einverstanden, der ARGE-Kostenrechnung die aufgrund von Vorarbeiten entstandenen Kosten abzugelten und ihr die Durchführung der noch unbedingt erforderlichen Arbeiten vertragsmäßig zu überantworten.

31.40.2 Auch nach Ansicht des RH hätte das BMGU für die Verwaltung des KRAZAF alle Vorbereitungen zu treffen gehabt, um diese Aufgaben mit eigenem Personal und technischen Hilfsmitteln bewältigen zu können. Das BMGU hat es offensichtlich verabsäumt, das in seinem Auftrag und auf

seine Kosten von der ARGE-Kostenrechnung erarbeitete Fachwissen für eine jederzeitige Fortführung der Verwaltung entsprechend zu sichern und sich damit seinem eigenen Auftragnehmer ausgeliefert. Insb bezeichnete es der RH als unzweckmäßig, einen Vertrag für die Verwaltung des KRAZAF über mindestens fünf Jahre zu errichten, wenn die für diese Einrichtung selbst grundlegende Vereinbarung zunächst nur für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen worden war.

31.41.1 Die ARGE-Kostenrechnung hatte zum Nachweis der Preisangemessenheit ihres Angebotes Unterlagen über Mannmonatskosten anderer Betriebsberater vorgelegt, die das BMGU veranlaßten, keinerlei Einwendungen gegen die Honorarhöhe bzw die Preisangemessenheit zu erheben.

31.41.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMGU, das auf eigene Vergleichserhebungen verzichtet hat. Unberücksichtigt blieben bei Beurteilung der Preisangemessenheit die von der ARGE-Kostenrechnung verlangten zusätzlichen Aufwendungen für Fachkonsulenten zwischen 140 000 S und 240 000 S (auf Mannmonate umgerechnet), verschiedene Nebenkosten mit Zuschlägen von 20 vH der Personalkosten sowie das Fehlen von Angaben über den Umfang des Personaleinsatzes.

31.42.1 Im Hinblick auf die Ablehnung des vorgesehenen Vertrages seitens des BMF forderte das BMGU die ARGE-Kostenrechnung auf, eine detaillierte Abrechnung für die bereits durchgeführten Arbeiten und ein Angebot für die noch durchzuführenden Arbeiten vorzulegen.

Daraufhin wurde der ursprüngliche Vertragsentwurf vom BMF und der ARGE-Kostenrechnung abgeändert und bei den Honoraren für 1978 und 1979 eine Kürzung im Ausmaß von rd 16,755 Mill S vorgenommen.

31.42.2 Dem RH war nicht ersichtlich, aufgrund welcher Kalkulationsunterlagen diese Kürzungen erfolgten.

31.43.1 Die ARGE-Kostenrechnung legte sodann über Aufforderung des BMF für das Jahr 1978 sowie für das Jahr 1979 jeweils getrennte Angebote in Form von Vertragsentwürfen vor. Hinsichtlich der Forderung des BMGU nach detaillierten Angaben über Personal- und Sachaufwand bzw Zeit- und Kostenplänen verwies die ARGE-Kostenrechnung lediglich auf den Leistungskatalog der Angebote.

31.43.2.1 Dem RH war nicht ersichtlich, ob und in welcher Weise Besprechungen der ARGE-Kostenrechnung mit dem BMGU einen Niederschlag bei der endgültigen Vertragstextierung gefunden haben. Dem RH konnten weder zum ursprünglichen Angebot noch zu den Vertragsentwürfen für die Jahre 1978 und 1979 darauf bezugnehmende Originale vorgelegt werden. Für die Nachvollziehbarkeit der Willensbildung innerhalb des BMGU und die lückenlose Erfassung des gesamten Vergabevorganges reichten die vorhandenen, mit großen Unsicherheiten behafteten Kopien nicht aus.

31.43.2.2 Da trotz Aufforderung des BMGU die ARGE-Kostenrechnung keine näheren Angaben über den Personaleinsatz machte und dies vom BMGU offensichtlich widerspruchslos hingenommen wurde, war weder eine Beurteilung der Preisangemessenheit noch eine begleitende Überwachung der Leistungserbringung auf vertragsgerechte Einhaltung der Termine möglich.

31.44.1 Das Angebot der ARGE-Kostenrechnung enthielt die Leistungen des Auftragnehmers getrennt nach den Leistungsbereichen Forschung und Entwicklung sowie Unterstützungsleistungen für die Fondsverwaltung. Der KRAZAF-Vertrag 1978 wurde schließlich am 20. November 1978 mit dem Hinweis auf bereits geleistete Vorarbeiten über die Gesamtsumme von 9 794 000 S (einschließlich USt) abgeschlossen.

31.44.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer eindeutigen Abgrenzung des Leistungsumfanges für den auf zehn Monate beschränkten Vertragszeitraum sowie die Aufnahme von Bereichen, die bereits durch laufende Verträge abgedeckt waren, in die Leistungsbeschreibung, was auf eine mangelnde Sorgfalt bei der Abfassung des Vertragstextes schließen ließ.

31.45.1 Das BMF machte seine Zustimmung zu der Betrauung der ARGE-Kostenrechnung von einer positiven Entscheidung der Fondsversammlung abhängig; eine entsprechende Beschlußfassung unterblieb jedoch.

31.45.2 Der RH stimmte mit der Auffassung des BMF überein, wonach Aufträge, die sich auf Aufgaben des KRAZAF bezogen, nicht ohne Ermächtigung der Fondsversammlung zu vergeben waren.

31.46.1 Der Vertragsaufbau folgte im wesentlichen dem Langzeitvertrag, vor allem im Hinblick auf die Aufgliederung der Berechnungsgrundlagen für das Honorar.

31.46.2 Wie der RH kritisch vermerkte, fehlten jedoch im Gegensatz zum damaligen Vertrag ein Terminplan sowie eine detaillierte Aufgliederung der kalkulierten Manntage nach Teilleistungen und Qualifikationsstufen.

Dem RH war weiters nicht ersichtlich, aus welchem Grund das BMGU den gegenüber Vorausträgen an die ARGE-Kostenrechnung erhöhten Mannmonatssätzen zugestimmt und auch die im Gegensatz zum Langzeitvertrag mit 20 vH der Personalkosten einheitlich festgelegte Höhe der Nebenkosten nicht in Frage gestellt hatte.

31.47.1 Die Gesamtkosten der auftragsgegenständlichen Leistungen wurden unter ausdrücklichem Hinweis auf die Bestimmung des Kostenumfanges und die Aufgliederung der einzelnen Teilleistungen ausgewiesen.

31.47.2 Nach Ansicht des RH war diese Honorarvereinbarung abweichend von den Vorausträgen weder eindeutig als Pauschalhonorar noch als Maximalhonorar gestaltet. Mangels vertraglich klarer Festlegung war eine nachträgliche Überprüfung des tatsächlichen Personaleinsatzes nicht möglich.

31.48.1 Der im Vertrag vereinbarte Zahlungsplan sah für die seit Arbeitsbeginn verstrichenen Monate jeweils eine Zahlung von 2,5 Mill S bei Auftragserteilung sowie im Folgemonat vor. Die Restabrechnung sollte — bei einer Laufzeit der vertragsgegenständlichen Leistung bis 31. Dezember 1978 — nach vollständiger Erfüllung, spätestens aber bis 28. Dezember 1978 erfolgen.

31.48.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMGU, das die ARGE-Kostenrechnung Monate hindurch Leistungen ohne vertragliche Grundlage und daher auch ohne Einigung über das Honorar erbringen ließ. Die schließlich vereinbarte Restabrechnung entbehrte jeder kaufmännischen Vorsicht, weil sie die ordnungsgemäße Prüfung und Abnahme der erbrachten Leistung vor der endgültigen Bezahlung ausschloß.

31.49.1 Für das Jahr 1979 legte die ARGE-Kostenrechnung ebenfalls ein in Vertragsform gehaltenes, sowohl im Aufbau als auch in der Leistungsbeschreibung dem KRAZAF-Vertrag 1978 nachgebildetes Angebot vor, das Gesamtkosten in Höhe von 15 930 000 S (einschließlich USt) aufwies.

In einem mit einschneidenden Veränderungen versehenen weiteren Vertragsentwurf wurde das Rechtsverhältnis zwischen BMGU und ARGE-Kostenrechnung eindeutig als Werkvertrag bezeichnet und ein Pauschalhonorar vereinbart.

Auf die Zuordnung des Honorars nach Teilleistungen, die Definition des Kostenumfanges, die Vereinbarung über die Manntagesätze, ADV-Leistungen und Nebenkosten war diesfalls ohne Hinweis auf einen hiefür Verantwortlichen verzichtet worden.

31.49.2 Dem RH schien diese Regelung unwirtschaftlich, weil sich das BMGU damit jeder Kontrollmöglichkeit begab und für die günstigere Vertragsgestaltung nicht einmal eine entsprechende Honorarminderung erwirkt hatte.

31.50.1 Das BMF übte beim Vertragsentwurf für 1979 Kritik an der Höhe der Kosten und an einer Reihe von im Leistungsverzeichnis aufscheinenden Tätigkeiten, die seiner Ansicht nach vom BMGU selbst durchzuführen gewesen wären.

Vom BMGU wurde hingegen das Pauschalhonorar als angemessen bezeichnet und die Übernahme von Arbeiten mit dem Hinweis auf das Fehlen geeigneten Personals abgelehnt.

31.50.2 Der RH vermochte den Ausführungen des BMGU nicht zu folgen, weil eine Beurteilung der Preisangemessenheit nur bei einem klar bestimmten Leistungsumfang möglich gewesen wäre. Der Vertragsentwurf enthielt hinsichtlich einzelner Leistungsbereiche lediglich Hinweise auf Vorausträge, die jedoch auf Maximalhonorare in Höhe der nachgewiesenen Kosten und nicht auf Pauschalhonorare abgestellt waren.

31.51.1 Wegen der nach Ansicht des BMF erforderlichen Einbindung des KRAZAF in die Verantwortung für die Auftragsvergabe wurde eine Teilung des ursprünglichen Werkvertrages in zwei Verträge vorgenommen. Der Werkvertrag I mit einem Pauschalhonorar von 3 658 000 S (einschließlich USt) betraf Bereiche, die das BMGU unmittelbar berührten. Der Werkvertrag II mit einem Pauschalhonorar von 12 272 000 S (einschließlich USt) sollte die Leistungen betreffend die Tätigkeit des BMGU für den KRAZAF umfassen. Eine Honorar- bzw Textänderung trat durch diese Aufteilung nicht ein.

31.51.2 Der RH bemängelte anhand von Beispielen die unsystematische und nicht genaue Teilung der Aufträge.

31.52 Die Erarbeitung von Kennzahlen und Richtlinien für die Planung, die Errichtung und die Ausstattung von Krankenanstalten war im KRAZAF-Vertrag 1978 mit einem Betrag von 1 298 000 S und im Werkvertrag II It Angebot mit einem Anteil am Pauschalhonorar von 472 000 S enthalten.

Genaue Nachweise über den tatsächlich erbrachten Personaleinsatz fehlten. Überdies sind die Vorstellungen der ARGE-Kostenrechnung in der Praxis aufgrund des Einstimmigkeitsgrundsatzes in der Fondsversammlung nur zu einem sehr kleinen Teil verwirklicht worden. Aus diesen Gründen war dem RH eine Prüfung der Angemessenheit der erbrachten Leistungen nicht möglich.

31.53.1 Die Honoraranteile für die Erarbeitung von Kennzahlen, Richtlinien und Führungsgrundsätzen für den Betrieb von Krankenanstalten betrugen It KRAZAF-Vertrag 1978 1 770 000 S und gem Angebot für den Werkvertrag II für das Jahr 1979 519 200 S.

31.53.2 Nach Ansicht des RH war auf dem Gebiet der Kennzahlenentwicklungen und Betriebsanalysen kaum Bedarf nach Forschungsaufträgen gegeben, weil bspw bereits im Jahre 1978 die Veröffentlichung eines Handbuches über betriebswirtschaftliche Kennzahlen für das Krankenhaus erfolgte.

31.54.1 Ein weiterer Leistungspunkt war die Erstellung von Richtlinien für die Dokumentation der Daten in Krankenanstalten. Im Schlußbericht 1979 bezeichnete es die ARGE-Kostenrechnung als zweckmäßiger, vor Herausgabe eines für diesen Zweck zu erarbeitenden Anwenderhandbuches erst Rücksicht auf die Ergebnisse der Leistungsstatistikkommission des KRAZAF zu nehmen.

31.54.2.1 Da die als Dokumentationsleistungen bezeichneten Tätigkeiten größtenteils eigentlich Berichte zu anderen Verträgen mit dem BMGU dargestellt hatten, waren sie nach Ansicht des RH bereits als abgegolten anzusehen. Darüber hinaus erachtete er es als schwerwiegende Unterlassung, daß das BMGU nicht auf einer Vorlage des angekündigten Handbuches als eigentlichen Leistungsnachweises bestanden hat.

31.54.2.2 Als unzutreffend erschien dem RH ferner der Hinweis der ARGE-Kostenrechnung im Schlußbericht 1979, die Leistungspunkte des Auftrages hätten zwar im Wortlaut dem seinerzeitigen mehrjährigen Angebot entsprochen, im Hinblick auf die in den Jahren 1978 und 1979 „vorgenommene Honorarreduktion (ca 50 vH)" hätten aber nur Grundzüge für diese Richtlinien erarbeitet werden können. Nach den vorgelegenen Unterlagen ist demgegenüber die ursprüngliche Angebotssumme nämlich unverändert in die endgültigen Verträge aufgenommen worden.

31.55.1 Die Arbeiten der ARGE-Kostenrechnung zu dem Leistungsbereich Führungs- und Managementgrundsätze für die Krankenanstaltsleitungen erschöpften sich im Jahre 1978 in der Wiedergabe einiger Krankenanstaltenordnungen und allgemeiner Aussagen über Stellenpläne und Stellenbeschreibungen.

31.55.2 Die Erklärung der ARGE-Kostenrechnung im Schlußbericht 1979, der Umfang der zu lösenden Aufgaben sei wesentlich größer gewesen als ursprünglich angenommen, war für den RH mangels Vorlage eines Nachtrages mit einer entsprechend zusammenfassenden Berichterstattung nicht überprüfbar.

31.56.1 Die im ursprünglichen Mehrjahresangebot mit 2 124 000 S bewertete Weiterführung der Tätigkeit der Rationalisierungskommission des BMGU wurde auf Betreiben des BMF im Angebot für den Werkvertrag II auf 2 006 000 S herabgesetzt. Anstelle der angekündigten Dokumentation über diese im Rahmen des Anhanges zum Schlußbericht 1979 wurden die Arbeitsergebnisse lediglich in zweifacher Ausfertigung dem BMGU übergeben.

31.56.2 Eine Überprüfung der Preisangemessenheit war dem RH wegen des Pauschalhonorars und Fehlens von Kostennachweisen nicht möglich.

31.57.1 Für die Weiterführung des Informationsdienstes Krankenhaus wurde der Kalkulation für das Jahr 1979 unverändert gegenüber dem ursprünglichen Mehrjahresangebot ein Betrag von 944 000 S zugrunde gelegt. Inhaltlich waren die Erweiterung des Empfängerkreises und die Einbeziehung weiterer Themenkreise vertraglich vereinbart.

31.57.2 Angesichts der nur geringen Erweiterung des Empfängerkreises und des Unterbleibens einer inhaltlichen Ergänzung hätte das BMGU nach Ansicht des RH die Angemessenheit des Pauschalhonorars bzw die vertragsgemäße Leistungserbringung in Frage zu stellen gehabt.

31.58.1 Das Entgelt für die Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen wurde unter dem Hinweis auf das Erfordernis gekürzter Veranstaltungsprogramme von ursprünglich 1 770 000 S auf 708 000 S vermindert.

31.58.2 Im Vergleich zu dem Vorauftrag, der ein Maximalhonorar in Höhe der nachgewiesenen Kosten bei gleichzeitiger Abstellung auf die Anzahl der auszubildenden Personen vorsah, war dem RH daher eine Überprüfung der Angemessenheit des gegenständlichen Pauschalvertrages mangels Umschreibung des Leistungsumfanges nicht möglich.

31.59.1.1 Der KRAZAF-Vertrag 1978 umfaßte im Leistungsbereich B Unterstützungsleistungen durch die ARGE-Kostenrechnung für das BMGU bei dessen Tätigkeit für den KRAZAF.

Für die Fortführung dieser Unterstützungsleistungen im Jahre 1979 hatte das BMGU mit der ARGE-Kostenrechnung den Werkvertrag II mit einer Gesamtauftragssumme von 10,4 Mill S (ohne USt) abgeschlossen, der die gleiche Leistungsstruktur wie der KRAZAF-Vertrag 1978 aufwies und im Leistungsbereich B für die Unterstützungsleistungen ein Honorar von 8,1 Mill S (ohne USt) festlegte.

31.59.1.2 Über Aufforderung des BMGU übermittelte das ÖBIG eine ausführliche Darstellung der Möglichkeiten und voraussichtlichen Kosten einer Übernahme dieser Unterstützungsleistungen für das Jahr 1980. Es erklärte sich auch grundsätzlich bereit, im Laufe des Jahres 1980 sämtliche Arbeiten für den KRAZAF, somit auch die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, schrittweise zu übernehmen und bezifferte die Gesamtkosten für das Jahr 1980 mit voraussichtlich 3,5 Mill S. Davon waren allerdings die Kosten für die Erstattung von Rationalisierungsvorschlägen und die Weiterentwicklung der Kostenrechnung für Krankenanstalten ausgenommen.

31.59.1.3 Zur Ausführung kam es allerdings nicht, weil die Verwaltung des KRAZAF im BMGU durch eine eigene Organisationseinheit zur Gänze übernommen wurde.

31.59.2 Dessenungeachtet erschienen dem RH die vorläufigen Kostenschätzungen des ÖBIG bemerkenswert in Gegenüberstellung zu den von der ARGE-Kostenrechnung bisher für die Unterstützungsleistungen im Bereich der Fondsverwaltung vorgelegten Honorarnoten von 5,2 Mill S (1978) und 8,1 Mill S (1979) sowie dem letztlich unterbreiteten Angebot von 17,9 Mill S (1980). Der Unterschied machte die wirtschaftlichen Nachteile einer fehlenden Ausschreibung der an die ARGE-Kostenrechnung vergebenen Leistungen deutlich.

31.60.1.1 Das BMGU stellte bei Prüfung der von der ARGE-Kostenrechnung nach Abschluß der Arbeiten aufgrund des KRAZAF-Vertrages und der Werkverträge I und II vorgelegten Berichte fest, daß eine Reihe von Vertragsleistungen noch nicht erbracht waren.

31.60.1.2 Da alle diese Vertragsarbeiten vom Auftraggeber bereits bestätigt und auch bezahlt worden waren, forderte das BMGU die ARGE-Kostenrechnung im Mai und August 1981 auf, die noch offenen Vertragsleistungen zu erfüllen.

31.60.1.3 Die ARGE-Kostenrechnung entgegnete, daß keine Vertragsleistungen offen seien.

31.60.1.4 Da mittlerweile der Nationalrat in einer Entschließung vom 25. Feber 1981 den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz ersucht hatte, alle Zahlungen an die ARGE-Kostenrechnung, deren Berechtigung noch nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, unter Einschaltung der ordentlichen Gerichte trotz des damit verbundenen Prozeßrisikos zurückzufordern, wurde die Finanzprokuratur vom BMGU um Prüfung ersucht, ob eine Rückforderung des gegenständlichen Auftragsentgeltes möglich sei.

31.60.1.5 Die Finanzprokuratur hielt bezüglich des KRAZAF-Vertrages 1978 eine gerichtliche Rückforderung für gerechtfertigt und empfahl hinsichtlich der Werkverträge I und II im wesentlichen, einen Teilrücktritt vom Vertrag auszusprechen, die entsprechend ermittelten Entgeltbeträge zurückzufordern und vom vereinbarten Recht der Vertragsstrafe Gebrauch zu machen.

31.60.1.6 Auch die Rechtssektion des BMGU legte nahe, im Sinne der Empfehlungen der Finanzprokuratur vorzugehen.

31.60.1.7 Die Geschäftsstelle des KRAZAF schlug in Kenntnis dieser Stellungnahme jedoch vor, mit der endgültigen Entscheidung über die Einbringung einer Klage zuzuwarten, insb weil hinsichtlich der ARGE-Kostenrechnung bereits mehrere Prozesse bei Gericht anhängig seien.

31.60.2.1 Der RH bemängelte die Vorgangsweise des BMGU, das nicht schon nach der erstmaligen Vorlage der für eine Auswertung durch den Auftraggeber ungeeigneten Leistungsberichte entsprechende Maßnahmen gesetzt hatte, um das Berichtswesen von der ARGE-Kostenrechnung in befriedigender Weise gestalten zu lassen.

31.60.2.2 Der RH beanstandete ferner die Anweisung der Honorare jeweils in der vertraglich vereinbarten vollen Höhe, obwohl der Auftragnehmer die Leistungen nicht auch in demselben Umfang erfüllt hatte.

31.60.2.3 Schließlich vermißte der RH trotz der eindeutigen Vorschläge der Finanzprokuratur Schritte des BMGU, die in der Entschließung des Nationalrates vom 25. Feber 1981 enthaltenen Empfehlungen zu verwirklichen.

31.61.1.1 Nach der Entscheidung des BMGU, sämtliche Fondsarbeiten künftig selbst durchzuführen, kam die ARGE-Kostenrechnung ihrer vertraglichen Verpflichtung zur Leistung aller Arbeiten, die für die volle Übernahme der Tätigkeiten für den KRAZAF durch das BMGU notwendig waren, zwar nach, weigerte sich jedoch, bestimmtes maschinenlesbares ADV-Datenmaterial herauszugeben, so daß diesbezüglich vom BMGU der Klagsweg beschritten werden mußte.

31.61.1.2 Da die benötigten Daten und Verfahrensabläufe rekonstruiert werden konnten, war die Weiterführung der KRAZAF-Tätigkeiten durch das BMGU möglich, doch wurden hiefür mühselige Arbeiten und jedenfalls zusätzliche Kosten aufgewendet.

31.61.2.1 Der RH beurteilte es als Versäumnis des BMGU, für einen solchen Fall im Rahmen der Vertragsgestaltung mit der ARGE-Kostenrechnung nicht entsprechend vorgesorgt zu haben.

31.61.2.2 Die Beantwortung des BMGU zur parlamentarischen Anfrage N J/6, XV. GP, wonach die Ergebnisse aller Arbeiten, die von der ARGE-Kostenrechnung als Auftragnehmer geleistet wurden und werden, dem BMGU für die Abwicklung der gesamten Tätigkeiten des KRAZAF zur Verfügung stünden, entsprach insofern nicht den Tatsachen, als sich die ARGE-Kostenrechnung geweigert hatte, das erwähnte ADV-Datenmaterial dem Auftraggeber auszuhändigen.

31.62.1 Für die Durchführung von Unterstützungsleistungen für die Verwaltung des KRAZAF im Jahre 1980 legte die ARGE-Kostenrechnung dem BMGU eine zunächst unverbindliche Kostenschätzung in der Höhe von 26 668 000 S vor. Aus Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit bereits kritisierten Auftragsvergaben an die ARGE-Kostenrechnung sowie die teilweise Übernahme der Arbeiten durch das BMGU wurden jedoch bei den Budgetverhandlungen für die Leistungen der ARGE-Kostenrechnung im Jahr 1980 nur noch 4 Mill S vorgesehen.

Unter diesen Bedingungen erstellte die ARGE-Kostenrechnung ein weiteres Angebot für die Übergabe- und Auslaufarbeiten in Höhe von 3 963 635,34 S (einschließlich USt), nachdem sie bereits vorher vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz mündlich den Auftrag zugesprochen erhalten hatte. Ein diesbezüglich vom BMGU vorbereiteter Werkvertrag wurde von der ARGE-Kostenrechnung später nicht unterfertigt.

31.62.2 Wie der RH kritisch vermerkte, lag der Beauftragung kein schriftlicher Vertrag zugrunde und war infolge der fehlenden Leistungsbeschreibung die Kontrolle der Leistungserfüllung und der darauf beruhenden Entgelte bedeutend erschwert.

Mangels inhaltlicher und förmlicher Abgrenzung des Leistungsumfanges für die Übergangs- und Auslaufarbeiten des KRAZAF im Jahre 1980 hat das BMGU - unbeschadet der in anderen Fällen bereits erwiesenen nachteiligen Entwicklung der Vertragsbeziehungen mit diesem Partner - nicht einmal mehr den an eine Auftragsvergabe zu stellenden Mindestanforderungen entsprochen.

31.63 Die Fondsversammlung verwies hinsichtlich des gesamten Problemkreises ARGE-Kostenrechnung auf den vom BMGU erstellten „Bericht über die zwischen der ARGE-Kostenrechnung und dem BMGU abgeschlossenen Verträge" aus dem Jahre 1980. Im übrigen bleibe der Ausgang der zur Zeit laufenden zivil- und strafrechtlichen Verfahren abzuwarten. Erst dann könne zu Fragen, welche die Prozesse berühren, abschließend Stellung genommen werden.

31.64 Über den Prozeßverlauf in den anhängigen Verfahren hat der RH im Abs 28 des vorliegenden TB berichtet.

Verschiedene Feststellungen

31.65.1.1 Die Bestimmung im Fondsgesetz, daß dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die Führung der Geschäfte der Fondsversammlung obliegt, gab innerhalb dieser wiederholt Anlaß für Unklarheiten.

31.65.1.2 Die Geschäftsstelle des KRAZAF hat in weiter Auslegung des Begriffes die gesamte Fondsverwaltung übernommen, so daß auch die daraus entstandenen Kosten zu Lasten des BMGU gehen.

31.65.2 Der RH hielt es daher für erforderlich, bereits im Gesetz die Vertretungsbefugnis des KRAZAF nach außen und die Führung der Geschäfte der Fondsversammlung im engeren Sinn zu regeln, die Verwaltung des KRAZAF bzw die Geschäftsführung des Fonds eindeutig bestimmten Organen zuzuordnen und deren Geschäftsbereiche gegenseitig klar abzugrenzen. Zwecks rascher, sparsamer und wirksamer Geschäftsabwicklung sowie zur Entlastung der derzeit bestehenden umfassenden Zuständigkeit der Fondsversammlung wäre hiebei die Möglichkeit der Delegation von Aufgaben innerhalb der Fondsorganisation vorzusehen.

31.65.3 Die Fondsversammlung sagte entsprechende Bemühungen zu.

31.66.1 Die Frage der Kostentragung für die Durchführung von Fondsaufgaben insb im Zusammenhang mit der Einsetzung von Kommissionen, Expertenkomitees und Sachverständigen war gesetzlich nicht näher geregelt.

31.66.2 Der RH erachtete eine Übernahme derartiger Kosten durch den Bund mangels entsprechender gesetzlicher Grundlage für nicht zulässig. Er empfahl, um die erforderlichen Klarstellungen bemüht zu sein. Die aus der Durchführung von Fondsaufgaben gem § 3 des Fondsgesetzes entstehenden Kosten wären aus Mitteln des KRAZAF zu bestreiten, weil eine Übernahme solcher Kosten durch das BMGU eine über das gesetzlich festgelegte Ausmaß hinausgehende Beitragsleistung des Bundes an den KRAZAF bewirken würde.

31.66.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung komme die gesamte Kostentragung dem BMGU zu.

31.66.4 Da eine derartige Verpflichtung des BMGU nur bezüglich jener Kosten, die sich aus der Führung der Geschäfte der Fondsversammlung im engeren Sinne ergeben, besteht, erhielt der RH seine Empfehlung aufrecht.

31.67.1 Mangels Zustandekommens einer einstimmigen Beschlußfassung in der Frage der Festlegung der Vorgangsweise bei Rechtsträgerwechsel oder Schließung von Krankenanstalten wurde ein Schlichtungsverfahren eingeleitet. Der Schlichtungsausschuß gelangte hierauf zur einvernehmlichen Auffassung, daß die Behandlung dieses Punktes vorläufig ausgesetzt werden sollte, was von der Fondsversammlung ohne weitere Beschlußfassung zur Kenntnis genommen wurde.

31.67.2 Der RH fand es bedauerlich, daß die Lösung der gegenständlichen Frage über die Einschaltung des Schlichtungsausschusses nicht erreicht worden war. Er empfahl daher, das Schlichtungsverfahren neu zu regeln und festzulegen, daß der Schlichtungsausschuß als Ergebnis seines gesetzlichen Vermittlungsauftrages verwertbare Empfehlungen an die Fondsversammlung zu unterbreiten hat.

31.67.3 Die Fondsversammlung sagte dies zu.

31.68.1.1 Seit seiner Errichtung im Jahre 1978 hat der KRAZAF keine der gesetzlich vorgesehenen Endabrechnungen über die gewährten Zuschüsse sowie die erhaltenen Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften und der Träger der Krankenversicherung erstellt, weil sich die Mitglieder der Fondsversammlung noch immer nicht über grundsätzliche Vorfragen bezüglich der ersten Endabrechnung für das Jahr 1978, an welche alle übrigen Endabrechnungen anschließen, einigen konnten. Auch ein diesbezüglich eingeleitetes Schlichtungsverfahren ist ergebnislos geblieben.

31.68.1.2 Die Fondsversammlung stellte in Aussicht, nach Klärung der betreffenden Vorfragen die Endabrechnungen vorzunehmen.

31.68.2 In diesem Zusammenhang empfahl der RH, durch entsprechende Bestimmungen im Fondsgesetz jährliche Rechnungsabschlüsse für den KRAZAF verbindlich vorzuschreiben.

31.68.3 Die Fondsversammlung sagte entsprechende Überlegungen zu.

31.69.1 Die gem § 7 des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes zu überweisenden Umsatzsteuerertragsanteile werden vom BMF im Wege des BMGU an den KRAZAF überwiesen.

31.69.2 Der RH empfahl, zwecks Verwaltungsvereinfachung und Vermeidung finanzieller Nachteile für den KRAZAF, eine unmittelbare Überweisung an diesen.

31.69.3 Die Fondsversammlung sah keine Notwendigkeit, von der bisherigen Vorgangsweise abzugehen.

31.69.4 Der RH hielt insb unter Hinweis auf die möglichen Zinsenverluste seine Empfehlung aufrecht, zumal das BMF den finanzausgleichsrechtlichen Charakter dieser Regelung und die Möglichkeit einer direkten Überweisung bestätigte.

31.70.1 Die dem KRAZAF zugeflossenen Mittel wurden vom BMGU jeweils bis zum Zeitpunkt ihrer Verteilung an die Rechtsträger der Krankenanstalten bei der Österreichischen Postsparkasse fruchtbringend angelegt.

31.70.2.1 Da über die Anlage der Mittel im Fondsgesetz keine Bestimmungen vorhanden waren, empfahl der RH, solche Bestimmungen vorzubereiten und dabei das Erfordernis der jederzeitigen Verfügbarkeit der Mittel zu berücksichtigen.

31.70.2.2 Ferner erachtete der RH für die Entscheidung über die Anlage der Fondsmittel und für die Führung diesbezüglicher Verhandlungen ausschließlich die Fondsversammlung als beschlußfassendes Organ des KRAZAF für zuständig.

31.70.3 Lt Stellungnahme der Fondsversammlung seien im Sinne der Geschäftsführung des Fonds diese Entscheidungen vom BMGU zu treffen gewesen.

31.70.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

31.71.1 Arbeitstagungen des KRAZAF wurden mitunter in Tagungsorten der gehobenen Kategorie abgehalten, was auch im Kreis der Fondsmitglieder zu Kritik an den hohen Tagungskosten führte.

31.71.2 Der RH empfahl, die von der Fondsversammlung beschlossenen Tagungen künftig in zweckentsprechender und sparsamer Form abzuhalten und die Notwendigkeit der Teilnahme von Mitarbeitern der Geschäftsstelle des KRAZAF an solchen Tagungen jeweils eingehend zu prüfen.

31.71.3 Die Fondsversammlung stellte eine entsprechende Neugestaltung der Arbeitstagungen in Aussicht.

Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Graz

Der RH zeigte Mängel in der Organisation und in der Haushaltsführung auf und bezeichnete den Personalstand der Anstalt als überhöht. Eine Wiederverlautbarung des Tierseuchengesetzes sowie eine Gesamtreform des Veterinärrechtes erwiesen sich als dringend geboten.

Organisation

32.1.1 Das BMGU hatte von der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Graz (BA) für die im Jahre 1982 eingesetzte Kommission für die Arbeitsplatzbeschreibung und -bewertung (Kommission) Organisationsunterlagen in Form eines Organigramms und einer Geschäftseinteilung angefordert.

Das Organigramm der BA wies neben der Leitung drei Organisationseinheiten für Verwaltung, Kanzlei und Allgemeine Arbeiten sowie fünf Abteilungen für den Bereich der Untersuchungstätigkeiten auf, wovon eine Abteilung in zwei Referate unterteilt war. Die Geschäftseinteilung der BA entsprach in ihrer Gliederung der durch das Organigramm vorgegebenen Aufbauorganisation der BA.

32.1.2 Nach Auffassung des RH war das Organigramm nicht geeignet, einen klaren Überblick über die vorhandene Organisation zu gewähren, weil es aufgrund zahlreicher Untergliederungen mit Doppel- bzw Dreifachverwendungen von Mitarbeitern den Eindruck einer wesentlich größeren Gesamtorganisation erweckte. Die Geschäftseinteilung wiederum war nicht auf den letzten Stand gebracht und entsprach nicht der tatsächlichen Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Mitarbeiter der BA.

Der RH empfahl, diese Unterlagen zeitnah zu führen, um als Entscheidungsgrundlage für die Kommission dienen zu können.

32.1.3.1 Das mitbefaßte BKA schloß sich inhaltlich den vom RH vorgebrachten Anregungen an.

32.1.3.2 Das BMGU teilte mit, es habe die BA entsprechend angewiesen.

32.2.1 Bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei den Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen in Linz und Innsbruck hat der RH empfohlen (TB 1974 Abs 42.5), Bewertungsrichtlinien für die bei den veterinärmedizinischen Bundesanstalten vorkommenden Tätigkeiten zu erlassen, um eine einheitliche Zuordnung der Tätigkeiten zu den jeweiligen Verwendungs-/Entlohnungsgruppen und eine dementsprechend gleichmäßige Personalbewirtschaftung bei allen Bundesanstalten zu gewährleisten.

32.2.2 Wie der RH nunmehr kritisch vermerkte, hat die mit dieser Aufgabe betraute Kommission ihre Tätigkeit noch nicht abgeschlossen. Mangels derartiger Bewertungsrichtlinien verblieb die für den Rechnungsführer der BA vorgesehene Planstelle der Verwendungsgruppe B auch nach dem Anschluß an die zentrale ADV-Anlage im Bundesrechenamt weiterhin bei der BA. Andererseits erfolgte die Befundung von Proben im Rahmen der Brucellose-Agglutination durch einen Bediensteten der Verwendungsgruppe B, bei den übrigen veterinärmedizinischen Bundesanstalten aber durch Tierärzte (Verwendungsgruppe A).

Der RH legte daher dem BMGU nahe, die von der Kommission begonnenen Arbeiten zu beschleunigen.

32.2.3 Lt Mitteilung des BMGU habe die Kommission nach Erstellung eines Tätigkeitskatalogs mit der Bewertung der einzelnen Tätigkeiten begonnen.

32.3.1 Über den Dienstbetrieb der veterinärmedizinischen Bundesanstalten, die Genehmigungsbefugnisse des Direktors und sonstiger Bediensteter, über die Vertretung der Anstalten nach außen und die allgemeinen Grundsätze für die Zusammenarbeit der Bediensteten waren keine näheren Regelungen in Form einer Geschäftsordnung vorhanden. Ebenso fehlte eine Kanzleiordnung.

32.3.2 Der RH bemängelte die Säumnis des BMGU, welches die gem § 6 des Bundesgesetzes über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl Nr 563/1981, vorgesehenen Organisationsmaßnahmen noch nicht getroffen hat.

32.3.3 Das BMGU stellte die Erlassung von Geschäfts- und Kanzleiordnung nach Abschluß der Arbeiten der Kommission in Aussicht.

Personalangelegenheiten

32.4.1 Der Personalstand der BA umfaßte zur Zeit der Gebarungsüberprüfung nach drei Neueinstellungen im Jahre 1983 insgesamt 25 Bedienstete.

32.4.2 Der RH gelangte aufgrund des festgestellten Arbeitsanfalles zur Auffassung, daß die BA die ihr zugewiesenen Aufgaben auch mit einem um drei Mitarbeiter auf insgesamt 22 Bedienstete verringerten Personalstand hätte erfüllen können, und wies auf einzelne Beispielsfälle der Möglichkeit der Personaleinsparung hin.

32.4.3 Das BMGU teilte grundsätzlich die Ansicht des RH, führte jedoch an, daß sich der Arbeitsumfang der BA seit der Gebarungsüberprüfung wesentlich erhöht habe. Die BA werde im übrigen immer mehr in das Untersuchungsprogramm des Schweinegesundheitsdienstes in der Steiermark eingeschaltet und sei außerdem mit einer Reihe neuer Aufgaben befaßt worden.

So hätten zur Sicherung der Durchführung des neuen Rinderleukosegesetzes sowie zur Vornahme bakteriologischer Untersuchungen von Futtermitteln aufgrund der gestiegenen Zahl der Untersuchungsfälle der BA drei Planstellen zugeteilt werden müssen. Das BMGU werde jedoch im Hinblick auf die vom RH aufgezeigten personellen Reserven der BA die Möglichkeiten zur Personaleinsparung nützen.

32.4.4 Der RH ersuchte das BMGU um Bekanntgabe der getroffenen Maßnahmen.

32.5.1 Die BA hat im Jahre 1983 beim BMGU für eine Laborkraft die Überstellung in eine höhere Entlohnungsgruppe beantragt und mit der Verwendung in einem bestimmten Referat sowie mit einer Reihe von höherwertigen Tätigkeiten begründet.

32.5.2 Der RH beanstandete die mangelnde Übereinstimmung der Aufgaben in der Antragstellung mit der Geschäftseinteilung und das Fehlen einer ausführlichen Tätigkeitsbeschreibung.

32.5.3 Lt Mitteilung des BMGU seien die fehlenden Unterlagen nachgereicht worden und hätten eine überwiegend höherwertige Tätigkeit der Bediensteten ergeben.

Angelegenheiten des Tierseuchenrechtes

32.6.1 Infolge der Entwicklung auf dem Gebiet der Veterinärmedizin war es erforderlich, die diesen Rechtsbereich betreffenden Vorschriften jeweils entsprechend zu erweitern bzw anzupassen. Die Rechtslage im Bereiche des Veterinärwesens ist demnach durch eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und eine Reihe von Staatsverträgen gekennzeichnet.

32.6.2 Wie der RH feststellte, führte die erschwerte Übersicht über dieses Rechtsgebiet immer wieder zu Schwierigkeiten bei der Rechtsanwendung.

Der RH hielt es daher auch unter Hinweis auf die Erläuterungen zur Regierungsvorlage vom 27. November 1973 (977 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP) für geboten, die seit langem beabsichtigte Gesamtreform des Tierseuchenrechtes ehestens in die Wege zu leiten.

32.6.3 Das BMGU pflichtete zwar der Ansicht des RH bei, erklärte sich aber wegen der ungünstigen Personallage zu einer Fortsetzung der legistischen Arbeiten außerstande.

32.6.4 Der RH hielt es für unwirtschaftlich, die bereits begonnenen Arbeiten einzustellen und verblieb bei seiner Empfehlung.

32.7.1 Die rechtlichen Grundlagen für die Bekämpfung von Tierseuchen sind im wesentlichen im Gesetz vom 6. August 1909, RGBl Nr 177, betreffend die Abwehr und Tilgung von Tierseuchen (Tierseuchengesetz), enthalten, das jedoch durch mehrfache Novellierungen unübersichtlich geworden ist.

32.7.2 Im Interesse der Rechtssicherheit und Benützerfreundlichkeit empfahl der RH, unabhängig von der ausstehenden Gesamtreform des Tierseuchenrechtes die Wiederverlautbarung des Tierseuchengesetzes in die Wege zu leiten.

32.7.3 Das BMGU bezeichnete die Anregung des RH als begründet, sah sich aber mangels Personal außerstande, ihr nachzukommen.

32.7.4 Der RH verblieb in Übereinstimmung mit einer gleichlautenden Stellungnahme des BKA bei seiner Empfehlung.

32.8.1 Im Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung war der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz der im § 8 Abs 1 des mit 1. Jänner 1982 in Kraft getretenen Bundesgesetzes über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten enthaltenen Verpflichtung, die Höhe der für die Inanspruchnahme der Tätigkeiten der Anstalten zu entrichtenden Entgelte in einem Tarif festzusetzen, noch nicht nachgekommen.

32.8.2 Der RH empfahl, dies ehestens nachzuholen.

32.8.3 Lt Mitteilung des BMGU ist der Anstaltstarif mittlerweile erlassen worden.

32.9.1 Im § 8 Abs 1 des Bundesgesetzes über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten fehlt eine eindeutige Regelung, wie die Höhe der für die Inanspruchnahme der Tätigkeiten der Anstalten zu entrichtenden Entgelte festzusetzen ist.

32.9.2 Der RH legte daher dem BMGU nahe, eine Neufassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Kostendeckung vorzubereiten.

32.9.3 Das BMGU gab hiezu trotz eines neuerlichen Ersuchens keine Stellungnahme ab.

32.10.1 Im Zuge der Einfuhr lebender Tiere für Zucht- bzw Nutzzwecke nach Österreich hatte die BA die Untersuchung der Blutproben der eingeführten Tiere vorzunehmen, um eine Einschleppung von Seuchen zu verhindern. Die BA war angewiesen worden, dem BMGU regelmäßig über die Anzahl der eingelangten Blutproben zu berichten und insb Unterschiede zwischen der Anzahl der vom Grenztierarzt abgefertigten Tiere und der zur Untersuchung eingelangten Blutproben aufzuzeigen.

32.10.2 Wie der RH kritisch vermerkte, haben die Grenztierärzte der BA zwar wiederholt die Einfuhr von Tieren gemeldet, dieser jedoch keine Blutproben übermittelt. Diesfalls unterblieben Meldungen an das BMGU, weil nach dessen Weisung nur im Fall der Einsendung von Blutproben eine Berichtspflicht auferlegt war.

Der RH empfahl eine entsprechende Klarstellung, um die Maßnahmen zur Vermeidung der Einschleppung von Tierseuchen wirkungsvoll zu gestalten.

32.10.3 Nach Mitteilung des BMGU seien nunmehr eindeutige Weisungen ergangen.

32.11.1 Die BA hat die bei ihr anfallenden Tierkadaver regelmäßig an die Steirische Tierkörperverwertungs-GesmbH (TKV) übergeben, hingegen das bei den Sektionen sowie das aufgrund der Bang- bzw Leukoseuntersuchungen gesammelte Blut in das öffentliche Abwassernetz eingeleitet.

32.11.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise der BA, weil nach der Tierkörperverwertungsverordnung für das Land Steiermark tierisches Blut ebenso wie Tierkadaver zu behandeln gewesen wäre.

32.11.3 Nach Mitteilung des BMGU wird nunmehr das bei den Sektionen anfallende Blut an die TKV abgeliefert.

32.11.4 Mangels eines entsprechenden Berichtes über die Verwertung des in anderen Fällen anfallenden Blutes ersuchte der RH um eine ergänzende Mitteilung.

Kassen- und Rechnungswesen

32.12.1 Obwohl anläßlich des mit 1. Juni 1982 erfolgten ADV-mäßigen Anschlusses der Kasse der BA an das Bundesrechenamt die Entgegennahme von Bareinzahlungen für Untersuchungen nur noch in Ausnahmefällen als zulässig erklärt wurde, erfolgten weiterhin in großer Zahl Bareinzahlungen, die gesammelt und am darauffolgenden Tag auf das Postscheckkonto der BA überwiesen wurden.

32.12.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als unwirtschaftlich und unzweckmäßig.

32.12.3 Das BMGU hat die BA entsprechend angewiesen.

32.13.1 Die BA war bisher ausschließlich von der Ministerialbuchhaltung überprüft worden, so daß in wesentlichen Bereichen, wie zB Organisation, Personalauslastung, Einstufung der Bediensteten, Einhaltung der Geschäftseinteilung und Rationalisierung des Dienstbetriebes, noch keine Überprüfung erfolgt war.

32.13.2 Der RH erinnerte das BMGU an die ihm nach dem Bundesministeriengesetz 1973 obliegende Verpflichtung zur Dienst- und Fachaufsicht.

32.13.3 Das BMGU teilte mit, es habe nunmehr auch die veterinärmedizinischen Untersuchungsanstalten in die Prüftätigkeit der Innenrevision einbezogen.

Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten

32.14.1 Die BA hat seit mehreren Jahren in den Bedarfsanforderungen an das BMGU zwecks Erstellung des Anschaffungsplanes regelmäßig den Ankauf eines Notstromaggregates in der Höhe von rd 60 000 S bis 90 000 S angemeldet. Obwohl das BMGU regelmäßig die Ankaufsbewilligung erteilte, wurde ein solches Gerät bisher nie angeschafft.

32.14.2 Wie der RH kritisch vermerkte, diente die Anforderung des Notstromaggregates lediglich der Schaffung einer budgetären Reserve, um diese ohne die sonst erforderlichen gesonderten Geneh-

migungen des BMGU regelmäßig für Sonderanschaffungen außerhalb des Anschaffungsplanes verwenden zu können.

Er empfahl, künftig bei der Voranschlagserstellung auf die sachlich begründeten, unabweisbaren Erfordernisse des Voranschlagsjahres zu achten.

32.14.3 Das BMGU bezeichnete ein Notstromaggregat für die Ausstattung des strahlensicheren Laboratoriums als notwendig, jedoch hätten die verschärften Bestimmungen der Importländer für den österreichischen Vieh- und Fleischexport immer wieder die Anschaffung von neuen Untersuchungsbehelfen vordringlich gemacht.

32.14.4 Der RH erwiderte, diesfalls wäre eine gesonderte Genehmigung erforderlich gewesen, und sah im übrigen seine Auffassung im Verzicht auf ein Notstromaggregat als bestätigt an.

32.15.1 Das BMGU hat die BA im Dezember 1981 fernmündlich ermächtigt, den Jahresausgabenbetrag beim fg Ans 1/17958 „Veterinärmedizinische Anstalten; Aufwendungen" um 50 000 S zu überschreiten, wofür 300 000 Stück Korken für Probenröhrchen angeschafft wurden.

32.15.2 Nach Ansicht des RH bestand für diese Anschaffung angesichts des Vorrates von einem Jahresbedarf (rd 150 000 Stück Korken) keine sachliche Notwendigkeit.

32.15.3 Lt Stellungnahme des BMGU sei die Anschaffung im Hinblick auf erwartete Preissteigerungen erfolgt.

32.16.1 Mit Erlaß aus dem Jahre 1968 waren die Untersuchungsanstalten ua ermächtigt worden, bestimmte Anschaffungen bis zu einem hiefür festgelegten Betrag auch außerhalb der jährlichen Anschaffungspläne ohne vorherige Genehmigung durch die Zentralstelle durchzuführen.

32.16.2 Der RH empfahl, die Betragsgrenzen entsprechend der angestrebten Verwaltungsvereinfachung zu erhöhen.

32.16.3 Das BMGU sagte dies zu.

32.17.1 Als Begründung für die Anschaffung eines neuen Dienstkraftwagens teilte die BA im März 1979 dem BMGU schriftlich mit, ihr sei bereits im Jänner 1978 für den alten Dienstkraftwagen die Ausstellung der Begutachtungsplakette gem § 57 a des Kraftfahrgesetzes zunächst verweigert worden, diese habe jedoch schließlich „durch List bei einer anderen Firma" erlangt werden können.

32.17.2 Nach Ansicht des RH hätte die Vorgangsweise der BA einer näheren Untersuchung im Hinblick auf allenfalls disziplinär bedeutsame Handlungen bedurft.

32.17.3 Lt Mitteilung des BMGU seien aufgrund eines ihm vorliegenden Sachverständigen-Gutachtens die technischen Voraussetzungen für die Zulassung ohnehin gegeben gewesen.

32.17.4 Der RH erwiderte, diesfalls wäre die Neuanschaffung eines Dienstkraftwagens nicht zu genehmigen gewesen.

32.18.1 Der im Juli 1979 der BA neu zugeteilte Kleinbus wies eine jährliche Leistung von rd 4 300 km auf. Der Einsatz von täglich nur rd zwei Stunden betraf im wesentlichen Fahrten zum Transport des Mittagessens für die Bediensteten, das Abholen der Dienstpost vom Bahnhof bzw Postamt sowie den Transport der Rechnungsbelege in das Landesinvalidenamt für Steiermark.

32.18.2 Nach Auffassung des RH bestand daher keine sachliche Notwendigkeit zur Anschaffung des Dienstkraftwagens. Er empfahl, das Fahrzeug im Sachgüteraustausch einer anderen Dienststelle mit nachweislichem Bedarf zur Verfügung zu stellen.

32.18.3 Lt Stellungnahme des BMGU war für den Bedarf ausschlaggebend, daß eine außerplanmäßige Abholung von Proben jederzeit gewährleistet sein müsse.

32.18.4 Der RH erhielt angesichts des geringen Umfanges derartiger Fahrten seine Empfehlung aufrecht.

32.19.1 Im Gebäude der BA befanden sich drei Dienstwohnungen, die über die Zentralheizungsanlage des Hauses mit Wärme versorgt wurden. Die erlaßmäßig festgelegten Vergütungen für den Wärmeanschluß waren seit dem Jahr 1971 unverändert geblieben, obwohl sich die Brennstoffkosten um rd 370 vH erhöht hatten.

32.19.2 Der RH erachtete eine Anpassung der Vergütungen für angezeigt.

32.19.3 Nach Mitteilung des BMGU wurden die entsprechenden Veranlassungen getroffen.

32.20.1 Dem Direktor und seinem Stellvertreter standen die amtlichen Rufnummern auch außerhalb der Dienstzeit über Nebenstellenanschlüsse in den Dienstwohnungen im Amtsgebäude für private Zwecke zur Verfügung. Die Gebühren für die Privatgespräche wurden nicht gesondert ermittelt und den Bediensteten auch nicht zum Ersatz vorgeschrieben.

32.20.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise und empfahl, die beiden Nebenstellenanschlüsse in den Dienstwohnungen aufzulassen.

32.20.3 Nach Mitteilung des BMGU wären die Benützer der Dienstwohnungen damit einverstanden; es würde jedoch auch eine andere Lösung erwogen, um die jederzeitige telefonische Erreichbarkeit dieser Bediensteten sicherzustellen.

32.20.4 Der RH ersuchte, ihn auf dem laufenden zu halten.

32.21.1 Die BA hat im Dezember 1982 auf ihr Ersuchen von der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren 100 500 Stück Einweg-Reagenzröhrchen kostenlos erhalten. Diese lagerten rd ein halbes Jahr nach der Übernahme durch die BA noch immer originalverpackt im Keller des Anstaltsgebäudes.

32.21.2 Der RH empfahl, diese Untersuchungsbehelfe einer Dienststelle mit nachweislichem Bedarf zur Verfügung zu stellen.

32.21.3 Der Empfehlung des RH wurde entsprochen.

32.22 Weitere Beanstandungen bzw Empfehlungen des RH betrafen die Bedarfsprüfung bei Anschaffungen, die Einhaltung der Haushaltsvorschriften hinsichtlich der Bestätigung der sachlichen Richtigkeit von Lieferungen und Leistungen sowie die Regelung des Zuschusses für den Mittagstisch.
Die überprüfte Stelle sagte entsprechende Maßnahmen zu.

c) Sonstige Wahrnehmungen

Arbeitsleihvertrag

33.1 Anläßlich der Antragstellung um Eröffnung von Ausgabenposten beim fg Ans 1/17008 „Ministerium: Aufwendungen" stellte der RH fest, daß das BMGU mit der Stadt Graz einen Arbeitsleihvertrag abgeschlossen hatte, wonach ein in deren Diensten stehender Magistratsbeamter dem BMGU als Sekretär des Staatssekretärs gegen Ersatz der Personalkosten zur Verfügung gestellt wurde, weil mit dem Bediensteten keine Einigung über eine sondervertragliche Entlohnung erzielt werden konnte.

33.2 Der RH vertrat die Auffassung, daß der Abschluß von Arbeitsleihverträgen im Hinblick auf die Bestimmungen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes nicht unbedenklich sei, ein Umgehen der Dienst- und Besoldungsrechtsvorschriften darstelle und eine dem Beschäftigten gegenüber ungünstigere Rechtsstellung des BMGU bewirke.
Unabhängig von seinen rechtlichen Bedenken wies der RH darauf hin, daß der Kontenplan des Bundes die Verrechnung des Aufwandes für derartige Arbeitsleihverträge zwar beim Sachaufwand vorsehe, seiner Auffassung nach diese jedoch beim Personalaufwand zu erfolgen hätte. Er ersuchte das BMF, eine entsprechende Änderung des Kontenplanes in die Wege zu leiten.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Bereinigung des Stellenplanes, weil der finanzgesetzlich genehmigte Personalstand ohne Zustimmung der BReg um 33 Bedienstete überzogen wurde (SB 1976 Abs 8);

(2) Schaffung einer materiellgesetzlichen Grundlage für die freiwilligen Beiträge der Republik Österreich zu den Kosten der UN-Cypernaktion (TB 1977 Abs 35.1);

(3) Erlassung der nach § 21 Abs 3 GehG vorgesehenen Verordnung der BReg für die Bemessung der Auslandsverwendungszulage (TB 1981 Abs 37.2);

(4) Beachtung der Bestimmungen des Dienstrechtsverfahrensgesetzes bei der Zuerkennung von Zulagen gem § 21 GehG bzw von sonstigen Nebengebühren (TB 1981 Abs 38.1);

(5) Festsetzung angemessener Vergütungen gem § 24 GehG für die Benützung der den Missionschefs zur Verfügung gestellten Dienstwohnungen (TB 1981 Abs 38.3); nach Mitteilung des BMA sei eine diesbezügliche Neuregelung des § 21 GehG derzeit Gegenstand von Verhandlungen.

Prüfungsergebnis aus dem Jahre 1983

Österreichisches Kulturinstitut in Budapest

Durch mangelhafte Planungskoordination, Kompetenzänderungen, Verzögerungen von Entscheidungen, aber auch durch Änderungen der Sachlage entstand ein verlorener Aufwand von rd 10 Mill S. Überdies wirkte sich auch die Personalrotation im BMA nachteilig aus, weil sie alle Maßnahmen, deren Durchführung einen längeren Zeitraum umfaßt, behindert.

34.1.1.1 Zur Errichtung eines Gebäudes für das österreichische Kulturinstitut (KI) erwarb der Bund, vertreten durch das BMUK, 1972 in Budapest um 1,5 Mill S ein Grundstück. Der nach einem Architektenwettbewerb verfaßte Planentwurf sah eine Gebäudenutzfläche von 3 800 m² vor, den 1974 das nunmehr zuständige BMA ungarischen Stellen zur Detailplanung übergab. Die nach Abschluß der Detailplanung 1977/78 erstmals erhobenen Herstellungskosten hätten voraussichtlich 110 Mill S betragen. Auch nach einigen Abstrichen erschienen dem BMA derart hohe Kosten nicht mehr vertretbar, und es entschied, das KI im bundeseigenen Botschaftsgebäude unterzubringen (Nutzfläche 450 m²). Der verlorene Planungsaufwand betrug in diesem Zusammenhang 8,2 Mill S.

34.1.1.2 Das für den Neubau des KI angekaufte Grundstück befindet sich noch im Bundeseigentum und muß gärtnerisch betreut werden. In der vom BMA geführten Liegenschaftskartei bzw in der Bestands- und Erfolgsverrechnung war der verlorene Planungsaufwand - in unterschiedlicher Höhe - als wertvermehrend dargestellt.

34.1.2.1 Der RH anerkannte gegenüber dem BMA, daß dieses die Planung vom BMUK übernommen habe, bemängelte aber, daß erst 1978 versucht worden war, die Errichtungs- und Folgekosten eines solchen Bauwerkes festzustellen. Er wies insb darauf hin, daß früher angestellte Kostenüberlegungen vermutlich einen Großteil des nunmehr als verloren zu wertenden Planungsaufwandes erspart hätten.

34.1.2.2 Das seinerzeit für den Neubau angekaufte Grundstück empfahl der RH zu veräußern und den verlorenen Planungsaufwand, soweit noch in der Bestands- bzw Liegenschaftsrechnung erfaßt, abzuschreiben.

34.1.3.1 Lt Stellungnahme des BMA sei für das viel zu groß geplante Bauvorhaben das BMUK verantwortlich gewesen. Im Rahmen des BMA habe sich das Konzept der österreichischen Auslandskulturpolitik von der Idee, „repräsentative Kulturstützpunkte" zu schaffen, abgewendet. Veränderliche regionale Schwerpunkte und die unmittelbare Förderung kultureller Programme schienen dem BMA nunmehr zweckmäßiger.

34.1.3.2 Wegen des Grundstückes wären Verkaufsverhandlungen im Gange, die Bestandsrechnung wäre bereits berichtigt worden.

34.1.4 Der RH erwiderte, vom BMA hätte zwar nur ein Teil, aber zumindest der Aufwand für die Detail- und Einreichpläne erspart werden können. Er ersuchte um abschließende Mitteilung über den Grundstückverkauf.

34.2.1.1 Nachdem 1978 vom Projekt eines Neubaues für das KI Abstand genommen worden war, beauftragte das BMA einen Architekten mit der Planung des zur Unterbringung des KI notwendig erscheinenden Umbaues des Botschaftsgebäudes. Diese Umbaukosten wurden vorerst auf 4,5 Mill S geschätzt. Gegen diesen Umbauplan vorgebrachte Bedenken außenpolitischer Art, Sicherheitsüberlegungen und ein angeblich wesentlich kostengünstigerer Alternativvorschlag der Österreichischen Botschaft (ÖB) Budapest waren weder Anlaß für eine eingehende Erörterung noch für eine Projektänderung. In der Folge erhöhten sich die Kostenschätzungen für den geplanten Umbau beträchtlich. Dem im Juni 1979 abgeschlossenen Architektenvertrag lagen bereits geschätzte Baukosten von 14 Mill S zugrunde. In einem Aktenvermerk vom 16. November 1979 waren erstmals Gesamtkosten von 26 Mill S genannt. Die dritte Gebührennote des Architekten ging von 22 Mill S Baukosten aus und wurde vom BMA vorerst nur auf der Grundlage geringerer Baukosten bevorschußt, der Restbetrag aber schließlich doch bezahlt. Nach der Ausschreibung hätten sich die voraussichtlichen Gesamtbaukosten auf 28 Mill S belaufen, worauf im Juni 1981 der Bundesminister nach einem Lokalaugenschein entschied, daß der geplante Umbau nicht durchzuführen wäre. Die Schlußabrechnung des Architekten sah einen Betrag in Höhe von 10 vH für in Auftrag gegebene, aber nicht erbrachte Leistungen vor (§ 1168 ABGB).

34.2.1.2 Bei der im November 1981 geplanten Generalsanierung des Botschaftsgebäudes wurde vorerst derselbe Architekt befaßt, dann aber die seinerzeit ausgesprochene Auflösung des Vertragsverhältnisses bekräftigt und das Einvernehmen über die der noch nicht ausbezahlten Honorarnote zugrunde gelegten Baukostensumme bestritten. Daraufhin erhöhte der Architekt seine Forderung nach § 1168 ABGB beträchtlich; diese Forderung ist nunmehr Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens.

34.2.2 Im Hinblick auf das laufende Gerichtsverfahren bemängelte der RH nur die neuerlich erkennbaren Kommunikations- und Planungsfehler, insb die Tatsache, daß die Bauplanung nicht in befriedigender Abstimmung mit der Bedarfs- und Finanzplanung erfolgt war und daher dem Bund neuerlich ein verlorener Planungsaufwand in Millionenhöhe entstand. Der RH empfahl für die künftige Bauplanung ein Ablaufschema, bei dem insb die Kostenplanung in den jeweiligen Ablaufphasen mit wachsender Genauigkeit fortzuschreiben wäre, weiters wären Planungsleistungen künftig allenfalls nur stufenweise in Auftrag zu geben.

34.2.3 Lt Stellungnahme des BMA sei es bemüht gewesen, das Projekt auf eine zweckmäßige Größe zu verringern und die bisherige Übung aufzugeben, Bautenprogramme weitgehend in die Hände des mit der Planung betrauten Architekten zu legen. Die den Gegenstand des anhängigen Rechtsstreites bildende Schlußrechnung wäre vom BMA bereits akontiert und somit eine nachträgliche Erhöhung abzulehnen gewesen.

34.2.4 Der RH erwiderte, die aufgezeigten Mängel seien vor allem in der seinerzeitigen Bedarfs- und Ablaufplanung des BMA und nicht nur in der Bindung an den Architekten gelegen gewesen.

34.3.1 Das BMA erteilte den Auftrag zur Generalsanierung des Botschaftsgebäudes an die Bauunternehmung aufgrund der im Zusammenhang mit der Umbauplanung durchgeführten Ausschreibung, obwohl die vergebene Bauleistung sowohl der Art als auch dem Ausmaß nach nicht der ausgeschriebenen Leistung gleich war. Ein Drittel der Auftragssumme wurde als Anzahlung vereinbart und der Inhaber der Bauunternehmung mit der örtlichen Baukontrolle betraut.

34.3.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil verschiedene Leistungen auf diese Weise freihändig vergeben worden waren. Überdies stand die Vereinbarung einer derart hohen Anzahlung nicht im Einklang mit den Vergabebestimmungen des Bundes, und es war wegen möglicher Interessenkonflikte die Bauüberwachung durch Vertreter der ausführenden Unternehmung als unzweckmäßig anzusehen.

34.3.3 Lt Stellungnahme des BMA hätten die Änderungen im Bauvorhaben im wesentlichen nur in Verringerungen des Bauvolumens bestanden. Sowohl Zeitersparungsgründe als auch Kostenüberlegungen hätten für die Vergabe aufgrund der seinerzeitigen Ausschreibung gesprochen; die hohe Anzahlung wäre in dem beträchtlichen Aufwand für eine Bauführung im Ausland begründet gewesen.

34.3.4 Nach Ansicht des RH hat dies nicht ein Abgehen von den Vergabebestimmungen gerechtfertigt.

34.4.1 Da im Gebäude der ÖB Budapest auch die Handelsdelegation untergebracht war, vereinbarte das BMA mit der Bundeswirtschaftskammer, daß diese als Kostenbeitrag den vierten und fünften Teilbetrag der Baukosten bezahlen sollte, wobei dieser Kostenbeitrag als Mietzinsvorauszahlung gewertet würde.

34.4.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Bruttoverrechnung stehend; solcherart wurde die durch Zahlung der Bundeswirtschaftskammer (3,25 Mill S) gegebene Wertschöpfung nicht in der Bestandsverrechnung des Bundes erfaßt.

34.4.3 Vom BMA wurde die Bezeichnung „Mietzinsvorauszahlung" als irrtümlich verwendet bezeichnet. In der Verrechnungsfrage wurde nach einem Schriftwechsel schließlich der Auffassung des RH entsprochen.

34.5.1.1 Weiters stellte der RH im Zusammenhang mit der Planung der Umbauarbeiten Mängel bei der Überprüfung von Gebührennoten fest. Bspw wurden an Stelle von in einer Teilrechnung beanstandeten Nebenkosten andere Aufwendungen in einer geänderten Rechnung geltend gemacht und in dieser Form vom BMA anerkannt. In einem Fall bezahlte das BMA die in der Architektenteilrechnung enthaltenen Nebenleistungen, ohne daß diese ordnungsgemäß belegt waren. Entgegen den Verfahrensvorschriften für die Verrechnung des Bundes wurden alle Gebührennoten und Belege unmittelbar der Fachabteilung des BMA und nicht der Buchhaltung vorgelegt. Wie der RH bereits mehrfach anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen bemängelt hat (TB 1981 Abs 37.10), waren auch in diesem Gebarungsfall die Bestellverpflichtungen nicht in der Phasenbuchhaltung erfaßt. Die Dokumentation und Aktenführung war mangelhaft, über Besprechungen mit dem Architekten waren vielfach nur Aktenvermerke des Architekten vorhanden, was im Zusammenhang mit dem im BMA üblichen Personalrotationssystem besonders nachteilig sein kann.

34.5.1.2 Da zur Zeit der Gebarungsüberprüfung keiner der 1978 für das gegenständliche Umbauprojekt verantwortlich gewesenen Bediensteten noch bei der Zentralstelle Dienst versah, regte der RH an, in der für Bauangelegenheiten zuständigen Fachabteilung des BMA in stärkerem Maße Bedienstete einzusetzen, die nicht oder nur in größeren Zeitabständen von der Personalrotation betroffen sind.

34.5.2 Das BMA anerkannte diese Bemängelungen des RH und erklärte, es sei Vorsorge getroffen worden, daß sich ähnliche Vorgänge nicht wiederholten. Mit der Schaffung eines eigenen Baureferates sei dafür gesorgt worden, daß nunmehr fachkundige Bedienstete, die nicht von der Personalrotation betroffen seien, zur Verfügung stünden.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Justiz

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Neuordnung bzw Vereinfachung des gerichtlichen Gebührenwesens (TB 1975 Abs 31.15); lt Mitteilung des BMJ sei der Entwurf eines neuen Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes bereits fertiggestellt und zur Begutachtung versendet worden;

(2) Entfall der mehrfachen Führung von Standesausweisen und Personalakten (TB 1976 Abs 34.1 und TB 1979 Abs 46.2); das BMJ stellte entsprechende Veranlassungen nach Umstellung dieser Vormerke auf ADV-Unterstützung in Aussicht;

(3) Zusammenlegung von kleineren Bezirksgerichten insb in NÖ (TB 1978 Abs 43.10 und TB 1979 Abs 47.1); das BMJ verwies hiezu auf eine diesbezügliche Absichtserklärung im Art IX § 25 der zwischen dem Bund und NÖ geschlossenen Vereinbarung gem Art 15a B-VG, BGBl Nr 113/1983;

(4) Durchführung von exekutiven Verkäufen auch bei den jeweiligen Zweiganstalten des Dorotheums (TB 1979 Abs 47.2); das BMJ stellte eine Berücksichtigung dieser Empfehlung im Rahmen seines Vorhabens zur Änderung des Exekutionsrechtes in Aussicht;

(5) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auszahlung der Unterstützungsbeiträge an Rechtspraktikanten (TB 1979 Abs 48); das BMJ erklärte sich nunmehr bereit, eine Behebung dieses Mangels anzustreben;

(6) Angleichung der Sonderurlaubsregelung für Richter an die Bestimmungen des BDG 1979 (TB 1980 Abs 36.5); nach Mitteilung des BMJ werde anläßlich einer Novelle zum RDG auch auf diesen Umstand Bedacht genommen werden;

(7) Schaffung eines Organisationsgesetzes und Erlassung einer Geschäftsordnung für die Generalprokuratur (TB 1980 Abs 37.1); das BMJ stellte ein „Staatsanwaltschaftsgesetz" sowie in weiterer Folge auch eine Geschäftsordnung für die staatsanwaltschaftlichen Behörden in Aussicht.

a) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit, Wien

Dieser Verein führt die Bewährungshilfe in acht Bundesländern mit Bundesbediensteten und auf Rechnung des Bundes durch. Der RH erachtete die wegen der Ausgliederung dieser Verwaltungsaufgabe besonders notwendige Dienstaufsicht und Kontrolle durch das BMJ als mangelhaft; fallweise unmittelbare Eingriffe des Ressortleiters trugen nicht zur Verbesserung der Sachlage bei. Ein großer Teil der Bemängelungen war durch die „Vereinslösung" bedingt. Der vom Verein abgelehnte stärkere Einsatz von ehrenamtlichen Bewährungshelfern wäre nicht nur für die Tätigkeit vorteilhafter, sondern auch kostengünstiger.

Allgemeines

35.1 Aufgabe der Bewährungshilfe ist insb die Resozialisierung Straffälliger. Der erste Ansatz zu einem „Strafvollzug in Freiheit" erfolgte mit der „Schutzaufsicht" in dem Gesetz über die bedingte Verurteilung aus 1920. Der Verein „Rettet das Kind" in Graz startete 1957 einen Modellversuch über die Betreuung jugendlicher Straffälliger, der zur Betonung des Hilfeleistungszweckes als „Bewährungshilfe" bezeichnet wurde. Mit dem Jugendgerichtsgesetz 1961 erfolgte die rechtliche Verankerung der Bewährungshelfer, die vom Gericht bestellt werden und diesem zu berichten haben. Da eine Organisationsnorm aber noch fehlte, förderte das BMJ in der Folge im Interesse der Erfüllung dieser Verwaltungsaufgabe Vereine durch finanzielle Mittel und Bereitstellung von Bediensteten. Diese Übung erhielt mit dem BG vom 27. März 1969 über die Bewährungshilfe, BGBl Nr 146 (BewHG), eine materiell-gesetzliche Deckung, wobei sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Bewährungshelfer (ea bzw ha BewHelfer) vorgesehen waren. In einer Übergangszeit sollte die „Vereinslösung" vorläufig beibehalten werden. Das StGB brachte die Bewährungshilfe (BewHilfe) auch für Erwachsene; die BewHG-Novelle 1980, BGBl Nr 578, schuf die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, die seinerzeit nur als vorläufig vorgesehene Vereinslösung auch weiter beibehalten zu können.

Die BewHilfe ist in acht Bundesländern dem „Verein für BewHilfe und soziale Arbeit" (Wiener Verein) übertragen, in der Steiermark führte bis 1982 der Verein „Rettet das Kind" (Grazer Verein) die BewHilfe durch. Auseinandersetzungen zwischen den ha BewHelfern und der Geschäftsführerin des Grazer Vereins waren 1982 Anlaß für die Verbundlichung der Geschäftsstelle Leoben und schließlich 1983 im Zusammenhang mit einem Strafverfahren auch der von Graz, so daß derzeit zwei Dienststellen des Bundes und 14 vom Wiener Verein geführte Geschäftsstellen bestehen. Im Interesse einer BewHilfe im weiteren Sinn betreibt der Wiener Verein mit Förderung des Bundes darüber hinaus „Heime" (§ 13 BewHG) und Einrichtungen der Entlassenenhilfe (Art II der BewHGNov 1980).

Der Gebarungsumfang der BewHilfe im weiteren Sinn ist von rd 10 Mill S (1970) auf rd 112 Mill S (1983) angestiegen (die Kostenschätzung zum BewHG im Jahr 1969 ging von einem Jahresbedarf von rd 15 Mill S aus). Die Anzahl der ha BewHelfer ist im selben Zeitraum von 35 auf 205 angestiegen, die Anzahl der ea BewHelfer hat sich eher geringfügig (von rd 400 auf etwa 500) erhöht. Die Anzahl der betreuten Fälle nahm gleichzeitig von mehr als 1 000 auf mehr als 4 000 zu.

Die Überprüfungstätigkeit des RH erstreckte sich auf das BMJ, auf mehrere Geschäftsstellen, Heime und die Zentralstelle für Haftentlassene in Wien, die der Wiener Verein führt, auf die damals noch bestehende Geschäftsstelle des Grazer Vereins, die Bundesdienststelle in Leoben und das vom Verein DOWAS in Innsbruck gemeinsam mit dem Wiener Verein betriebene Heim. Die Prüfungsfeststellungen sind entsprechend der Bedeutung in zwei Bereiche, nämlich „Wiener Verein" und „Grazer Verein", gegliedert.

Personalangelegenheiten

35.2.1 Im Hinblick auf die freie Gestaltungsmöglichkeit der Dienstleistung im Rahmen der gesetzlichen Dienstzeit kam den Dienstbüchern, die von den ha BewHelfern der Verw(Entl)Gr B/b zum Beweis ihrer dienstlichen Tätigkeit zu führen waren, eine besondere Bedeutung zu. Wie eine stichprobenweise Überprüfung ergab, hatten die ha BewHelfer die Zeiten der Reisebewegungen regelmäßig auch dann als Dienstzeiten ausgewiesen, wenn die Zeiten vor Beginn oder nach dem Ende der täglichen Dienstleistung lagen. In einem Fall waren sogar durch Jahre hindurch ohne Beanstandung bei mehrtägigen Dienstreisen die gesamten Abwesenheitszeiten (also auch die Nachtstunden) als Dienstzeiten geltend gemacht worden. Wurden die ungerechtfertigt als Dienstzeit bezeichneten Zeiten in Abzug gebracht, so wurde fallweise nicht einmal die Normaldienstzeit erbracht.

35.2.2 Der RH bemängelte die unzureichende Dienstaufsicht seitens des BMJ, die nicht zuletzt in der unzulänglichen personellen Besetzung der zuständigen Fachabteilung mitbegründet war. Unter Hinweis auf die Judikatur des VwGH zur „Dienstreisezeit" erachtete der RH eine generelle Anerkennung der Reisezeit für BewHelfer weder als gerechtfertigt noch im Verhältnis zu anderen Bundesbediensteten aus Gründen der Gleichbehandlung als vertretbar. Im Hinblick auf die seinerzeit in Aussicht gestellte gesetzliche Regelung der dienstzeitrechtlichen Wertung der Reisezeit wurde dieser Sachverhalt auch dem BKA mit dem Ersuchen zur Kenntnis gebracht, um diese gesetzliche Regelung bemüht zu sein.

35.2.3 Das BMJ stellte verstärkt Überprüfungen der Dienstzeitberechnungen und eine Befassung des BKA mit der Frage der Wertung von Ausbleibezeiten in Aussicht.

Das BKA schilderte in seiner Stellungnahme die Rechtslage sowie den 1973 erfolgten Versuch der Vorbereitung einer Regelung über die Wertung von Reisezeiten als Dienstzeit, der aber sowohl von den Gewerkschaften als auch von der Bundeswirtschaftskammer als unbefriedigend bezeichnet worden war; aus diesem Grunde werde vom BKA derzeit keine legistische Lösung dieser Frage angestrebt. Im Hinblick auf die vom RH aufgezeigten Mängel sei das BKA aber um eine Abklärung der dienstzeitrechtlichen Sonderregelung für die ha BewHelfer bemüht.

35.2.4 Der RH nahm die Zusicherung des BMJ zur Kenntnis. Dem BKA erwiderte der RH, daß bei der derzeitigen Rechtslage Bedienstete bestrebt wären, Dienstreisen weitestgehend in der Dienstzeit abzuwickeln, was bei längeren Anreisezeiten zur Folge hätte, daß entweder die Zeit für die unmittelbare Dienstverrichtung im Zielort in unvertretbarer Weise verkürzt oder die Dienstreise auf den nächsten Tag ausgedehnt werde. Da in beiden Fällen dem Bund nicht unbedeutende Mehrkosten erwachsen, bedauerte der RH, daß das BKA keine legistische Lösung vorsehe. Über die angekündigte Abklärung der dienstzeitrechtlichen Sonderregelung für ha BewHelfer ersuchte der RH um weitere Informationen.

35.3.1 Für die Dauer einer dienstlichen Abwesenheit aller Bediensteten der Zentralstelle für Haftentlassene übernahmen vier BewHelfer der Geschäftsstelle Wien die Vertretung und wurden hiefür gesondert entlohnt, wobei diese Entschädigungen auch für Zeiten bezahlt wurden, die bei ihrer Dienststelle als Dienstleistungen ausgewiesen waren.

35.3.2 Der RH empfahl, die zu Unrecht bezahlten Beträge (insgesamt 5 380 S) zurückzufordern.

35.3.3 Lt Mitteilung des Vereins ist dies erfolgt.

35.4.1 Seit Beginn der BewHilfe erhielten die bundesbediensteten BewHelfer zusätzlich zu ihren vom Bund unmittelbar bezahlten Bezügen eine als Anreiz für die Gewinnung von Mitarbeitern gedachte nicht unbeträchtliche sogenannte „Vereinszulage", die in den ersten Jahren unversteuert ausbezahlt und vom Bund aus dem Sachaufwand ersetzt worden war. Nach dem Inkrafttreten der 24. GehGNov versuchte das BMJ in Erkenntnis der Rechtswidrigkeit dieser Vereinszulage in Verhandlungen mit dem Verein, dem Dienststellenausschuß und den Gewerkschaftsvertretern eine besoldungsrechtliche Erfassung dieser Zulage, insb durch eine „Überstundenregelung". Ohne entsprechende Erhebung der tatsächlich erbrachten Überstundenleistungen war das Ziel, mit der Überstundenabgeltung, aber auch mit einer Aufwandsentschädigung und einer Erschwerniszulage die Höhe der „Vereinszulage" zu erreichen. Dementsprechend wurde die Überstunden-, Sonn- und Feiertagsvergütung mit VO des BMJ vom 23. Jänner 1976, BGBl Nr 49, in Hundertsätzen des Gehaltes der GehSt 2 der DKl V festgesetzt, wobei sich der Hundertsatz zweimal (jeweils nach vierjähriger praktischer Tätigkeit) erhöhen sollte. Aufgrund dieser VO wurde diese Pauschale unabhängig von der tatsächlichen Leistung bzw Verwendung an alle Bundesbedienstete in diesem Bereich ausbezahlt.

35.4.2 Der RH erachtete - abgesehen von der Unzulässigkeit der seinerzeitigen „Vereinszulage" - insb die Voraussetzungen der §§ 15 ff GehG für diese Zahlungen als nicht gegeben, die eher eine Art „Dienstzulage" und keine leistungsbezogene Nebengebühr waren.

35.4.3.1 Lt Stellungnahme des BMJ handle es sich bei der BewHilfe - ähnlich wie bei den Richtern oder Hochschulprofessoren - um einen Bereich, bei dem zeitliche Mehrdienstleistungen mangels dienstplanmäßig geregelter Dienstzeit nicht feststellbar wären. Zeitliche Mehrdienstleistungen könnten daher diesfalls nicht subjektbezogen, sondern nur gruppenbezogen pauschaliert werden. Die Höhe des Pauschales hätte sich auf schlüssige und glaubwürdige Berichte von Geschäftsstellenleitern gestützt.

35.4.3.2 Das BKA berief sich auf einen Bericht des Finanz- und Budgetausschusses vom 7. Juni 1972 (365 der Beilage XIII. GP), dem zufolge eine Pauschalierung (bei Richtern) von Überstunden dem Sinn der Neuregelung (24. und 26. GehGNov) entsprechen sollte.

35.4.4 Der RH erwiderte, die Erfassung der zeitlichen Mehrdienstleistungen stelle gerade bei BewHelfern, die im Gegensatz zu Richtern oder Hochschulprofessoren eine gesetzliche Dienstzeitverpflichtung hätten und als Nachweis darüber ein „Dienstbuch" führten, kein besonderes Problem dar. Allerdings wären die angegebenen Berichte der Geschäftsstellenleiter, insb im Hinblick auf die in verschiedenen Bereichen zugegebene Mangelhaftigkeit der Dienstaufsicht für ein Ermittlungsverfahren nicht ausreichend gewesen.

35.5.1 Den Beschluß der BReg vom 9. Dezember 1981, nach dem auch pauschal geregelte Überstunden hätten verringert werden sollen, brachte das BMJ dem Verein zwar zur Kenntnis und dieser informierte wieder die Geschäftsstellen, ohne daß jedoch entsprechende Maßnahmen erfolgt wären.

35.5.2 In Verbindung mit den kritischen Bemerkungen über die Dienstzeit der ha BewHelfer und die Pauschalierung von Nebengebühren vertrat der RH die Auffassung, daß insb die in diesem Bereich vorgefundenen Mängel verstärkt Anlaß zur Verwirklichung dieses Ministerratsbeschlusses hätten sein müssen. Der RH setzte von diesem Sachverhalt auch das BKA in Kenntnis.

35.5.3 Lt Stellungnahme des BMJ sei eine Verringerung der Arbeitslast der BewHelfer nicht erreichbar gewesen. Nach den Materialien zum BewHG wäre eine deutliche Personalvermehrung geplant, der Aufgabenbereich der BewHilfe wäre mit November 1980 noch erweitert worden. Die ungünstige wirtschaftliche Lage erschwere die Arbeit der BewHelfer zusätzlich. Dem BMJ schien daher eine Änderung der Pauschalierungsverordnung aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen nicht durchführbar.

Das BKA berief sich auf die eigenverantwortliche Durchführung des genannten Ministerratsbeschlusses durch die ausschließlich zuständigen Bundesministerien, was allerdings nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hätte.

35.5.4 Der RH erwiderte, „Arbeitslast" müßte nicht auch zeitliche Mehrleistungen bedeuten, überdies seien die Grundlagen für die Festsetzung der pauschalierten Überstunden weder seinerzeit ordnungsgemäß ermittelt noch zwischenzeitlich regelmäßig überprüft worden.

35.5.5 Bei einer entsprechend gleichmäßigeren Auslastung und einem stärkeren Einsatz von ea BewHelfern sollte im übrigen ohne Personalvermehrung das Auslangen gefunden werden.

35.6.1 Die Fallbelastung war sowohl zwischen den Geschäftsstellen als auch zwischen den BewHelfern sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt betreute 1981 jeder ha BewHelfer 16 Fälle. Ea BewHelfer betreuten vereinzelt genausoviele Fälle wie ha BewHelfer. Eine ha BewHelferin führte ihre Betreuungsfälle im Karenzurlaub als ea BewHelferin weiter. Vergleichsweise betrug in der BRD die durchschnittliche Belastung bei einem ha BewHelfer 55 Fälle und hatte Anfang 1982 jeder Sozialarbeiter in den österreichischen Strafanstalten im Schnitt etwa 130 Häftlinge zu betreuen.

35.6.2 Unbeschadet verschiedener Gründe für eine unterschiedliche Belastung betrachtete der RH die festgestellten Unterschiede als zu groß, zumal nur sehr wenige ha BewHelfer überhaupt in die Nähe der gesetzlich vorgesehenen Höchstfallzahl (30 Betreuungsfälle) gekommen waren. Weiters stellte der RH die Zweckmäßigkeit der Festlegung einer starren Obergrenze für die Anzahl der Betreuungsfälle in Frage und erachtete die Festlegung eines Richtwertes für zweckmäßiger. Abschließend empfahl der RH auch unter Hinweis auf den von ihm angeregten stärkeren Einsatz von ea BewHelfern einen Aufnahmestopp für ha BewHelfer.

35.6.3 Lt Stellungnahme des BMJ seien die Betreuungsleistungen der BewHelfer in der BRD und der Sozialarbeiter im Strafvollzug nicht mit den von ha BewHelfern nach dem österreichischen Modell vergleichbar. Ein Richtwert könnte wohl bald als neue Höchstleistungsgrenze verstanden werden. Grundsätzlich seien die Dienstbehörde bzw der unmittelbare Vorgesetzte verantwortlich, für eine entsprechende Auslastung zu sorgen.

35.6.4 Der RH anerkannte zwar gewisse Unterschiede zwischen dem deutschen und dem österreichischen Betreuungsmodell, nicht aber solche im Betreuungserfolg. Auch bei der BewHilfe wäre nach Ansicht des RH auf ein angemessenes wirtschaftliches Verhältnis zwischen Betreuungsaufwand und -erfolg zu achten.

35.6.5 Dem entgegen gab das BMJ zu bedenken, der Erfolg der BewHilfe wäre keine meßbare Größe, und die Bedeutung der BewHilfe läge in ihrer Verfügbarkeit, wobei die Anforderungen und die geographische Lage sehr unterschiedlich wären. Mittels verstärkter Dienstaufsicht werde vor allem in den westlichen Bundesländern auf eine bessere Auslastung der BewHelfer hingewirkt werden.

35.6.6 Der RH anerkannte zwar die Bemühungen des BMJ, bezweifelte aber, ob sie bei der derzeitigen Organisationsform (Vereinslösung, Dienstaufsicht für das gesamte Bundesgebiet bei der Zentralstelle) den gewünschten Erfolg zeitigen werden. Der RH hielt weiterhin die Festlegung eines Richtwertes von etwa 25 Fällen, bei dem ao Belastungen wie bereits jetzt in Form von Fallabstrichen berücksichtigt werden müßten, für zweckmäßiger.

35.7.1 Im Jahr 1982 waren in der BewHilfe etwa 200 ha BewHelfer, die 3 200 Fälle, und etwa 500 ea BewHelfer, die 1 200 Fälle betreuten, tätig. Der Personalaufwand für die ha BewHelfer betrug einschließlich Kilometergeld 52 Mill S, dh für einen Betreuungsfall - ohne Sachaufwand - durchschnittlich 16 250 S. Eine Betreuung durch ea BewHelfer, die je Fall eine monatliche Aufwandsentschädigung von 400 S erhielten, belastete den Bund mit 4 800 S.

Nach § 1 BewHG sind zur BewHilfe ha oder ea Helfer heranzuziehen. Organisierte Versuche zur Motivierung von Personen zur Mitarbeit als ea BewHelfer waren kaum feststellbar. Trotzdem stand in den meisten Geschäftsstellen eine ausreichende Zahl von Interessenten zur Verfügung.

35.7.2.1 Dem RH erschienen außer der finanziellen Betrachtung folgende Vorteile der Betreuung durch ea BewHelfer gegeben:

(1) Eine geringere Zahl von Betreuungsfällen ermöglicht eine stärkere Beschäftigung und Beziehung.

(2) Vielfach wäre ein familiärer Kontakt möglich.

(3) Als ea BewHelfer werden ältere und somit meist psychisch gefestigtere Personen tätig.

(4) Beim stärkeren Einsatz von ea BewHelfern könnte fallweise auftretenden geschlechtsspezifischen Problemen von vornherein durch die größere Auswahlmöglichkeit besser vorgebeugt werden.

(5) Bei schwerwiegenden beruflichen Schwierigkeiten des ea BewHelfers oder bei Nichteignung wäre ein Ausscheiden problemlos möglich.

(6) Stärkere Verankerung der Tätigkeit „BewHilfe" im öffentlichen Bewußtsein.

Als Vorteile, die überwiegend nur im ländlichen Raum gegeben sind, dort aber besondere Bedeutung haben, waren zu nennen:

(7) Der ea BewHelfer ist im Ort bekannt, was wieder die Integration des Betreuten erleichtert.

(8) Er ist dem Betreuten „nahe" und kann daher den Lebenswandel des Betreuten leichter im Auge behalten.

(9) Wegzeit und Kilometergeld entfallen.

Überschritten sah der RH die Möglichkeiten der ea BewHelfer in der Regel bei Betreuten mit häufigem Wohnsitzwechsel im Gerichtshofsprengel und allenfalls bei besonders schwierig gelagerten Betreuungsfällen.

35.7.2.2 Die noch immer zu erwartende Zunahme der Zahl der Betreuungsfälle, die bei der BewHilfe für Erwachsene vielfach längeren Probezeiten und die bevorstehende Ausweitung der Aufgaben der BewHilfe infolge des in Vorbereitung befindlichen Jugendgerichtsgesetzes ließen den RH auch für die Zukunft einen gesteigerten Personalbedarf erwarten, der aber durch den stärkeren Einsatz von ea BewHelfern zumindest abgefangen werden könnte. Der RH empfahl daher, künftig zur Betreuungstätigkeit möglichst ea BewHelfer einzusetzen und die ha BewHelfer mit außerordentlichen Fällen und mit der Abstimmung und Unterstützung der Tätigkeit der ea BewHelfer zu betrauen. Bei Beachtung dieser Empfehlung wäre künftig eine Personalkostenersparung in Millionenhöhe zu erwarten.

35.7.3 Das BMJ bezeichnete den vom RH angestellten Kostenvergleich als nicht vollständig und für den Einsatz keinesfalls als ausschlaggebend. Die „geographische Nähe" sollte kein ausschlaggebendes Merkmal für die Auswahl eines BewHelfers sein; in bestimmten Gebieten wäre es auch schwierig, ea BewHelfer zu finden. Unter Beibehaltung der bisherigen Linie werde das BMJ aber bei Berücksichtigung der Hinweise des RH um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ha und ea BewHelfern bemüht sein.

35.7.4.1 Der RH anerkannte die Unvollständigkeit des Kostenvergleichs, wies jedoch nach, daß die Berücksichtigung des sonstigen Aufwandes (Beratung und Supervision ist bspw nur für ha BewHelfer vorgesehen) das Kostenverhältnis zugunsten der ea BewHelfer verschieben würde. Sowohl ein statistischer Vergleich des Betreuungserfolges als auch die bei der Gebarungsüberprüfung gewonnenen Erfahrungen hätten keine auffallenden Unterschiede zwischen der Tätigkeit von ha bzw ea BewHelfern gezeigt. Darüber hinaus gab der RH zu bedenken, daß die Betreuungsarbeit sowohl Zeit des BewHelfers als auch Zeit des Betreuten erfordere. Die ha BewHelfer leisteten aber den größten Teil ihrer Dienstzeit im Rahmen der üblichen Arbeitszeiten. Probleme jugendlicher Schützlinge würden aber vielfach gerade in der Freizeit (Wochenende) auftreten, und in dieser Zeit wäre in der Regel weder die Geschäftsstelle besetzt noch der ha BewHelfer erreichbar.

35.7.4.2 Darüber hinaus lenkte der RH die Aufmerksamkeit des BMJ noch auf folgende Gesichtspunkte:

(1) Seit Inkrafttreten des BewHG, das von einer Führung der BewHilfe durch ea und ha BewHelfer ausgeht, sei die Anzahl der ha BewHelfer um 700 vH, die der ea BewHelfer um 20 vH gestiegen.

(2) Im Wiener Verein waren die ea BewHelfer als Mitglieder bzw Funktionäre praktisch nicht vertreten.

(3) Es erscheine daher naheliegend, daß der Verein keine organisierten Bemühungen zur Gewinnung weiterer ea BewHelfer unternehme.

(4) In verschiedenen Geschäftsstellen waren ea BewHelfer bzw Personen, die sich für diese ea Tätigkeit interessierten, vorgemerkt, ohne daß ihnen Fälle zur Betreuung übertragen worden wären.

35.7.4.3 Wenn auch die ha BewHelfer weiterhin das Rückgrat der österreichischen BewHilfe bilden sollten, wandte sich der RH nachdrücklich gegen eine Ausweitung ihres Personalstandes, weil die kostengünstigeren Möglichkeiten zu einer zumindest gleichwertigen Besorgung dieser Verwaltungsaufgaben durch verstärkten Einsatz von ea Helfern bzw eine entsprechende Auslastung der bereits im Dienststande befindlichen ha BewHelfer noch nicht ausgeschöpft seien.

35.7.5 Das BMJ erklärte, ohne Aufgabenvermehrung keine ins Gewicht fallende Vermehrung der Planstellen für ha BewHelfer anzustreben. Im übrigen bedürfe der stärkere Einsatz ea BewHelfer vor allem der Mitwirkung des Vereins, der aber seit eineinhalb Jahrzehnten den Standpunkt vertrete, daß eine wirksame BewHilfe den Einsatz ausgebildeter, hauptberuflicher Fachkräfte zur Voraussetzung habe.

35.7.6 Der RH sah diesbezüglich eine Lösung darin, daß nach seinen Vorstellungen mehrere ea BewHelfer in einer Gruppe zusammengefaßt von einem erfahrenen ha BewHelfer geführt und unterstützt werden sollten.

35.8.1 Für bundesbedienstete ha BewHelfer, welche die Sozialakademie besucht haben, ist derzeit keine dienstliche Grundausbildung im Sinne des § 24 BDG 1979 vorgesehen. Überdies hatten gerade jüngere BewHelfer(innen) bei ihren Dienstverrichtungen vielfach Schwierigkeiten bzw waren sie nur beschränkt einsetzbar.

35.8.2 Der RH empfahl, für eine entsprechende Grundausbildung der BewHelfer vorzusorgen, weil eine genauere Kenntnis des Verfassungsrechtes und der Behördenorganisation, des Dienst- und Besoldungsrechtes sowie des Verfahrensrechtes auch für sie durchaus notwendig wäre. Zweckmäßigerweise wären für die besonders schwierige Tätigkeit als BewHelfer Absolventen der Sozialakademie nicht sofort nach Beendigung ihrer Ausbildung heranzuziehen, sondern eher in anderen Sozialberufen bereits tätig gewesene Personen.

35.8.3 Das BMJ stellte eine entsprechende Grundausbildung und Dienstprüfung für BewHelfer in Aussicht, bezeichnete aber die Gewinnung von bereits berufserfahrenen Mitarbeitern als schwierig. Die Ausgewogenheit der Personalstruktur und das hohe Maß an Außendiensttätigkeit würden eher für den Einsatz jüngerer Mitarbeiter sprechen.

35.9.1 Zur Besorgung der Verwaltungs- und Kanzleiaufgaben waren in den Geschäftsstellen rd 50 Vereinsbedienstete beschäftigt, deren Bezüge dem Verein zur Gänze aus Bundesmitteln - uzw zu Lasten des Sachaufwandes - rückerstattet wurden.

35.9.2 Da gemäß § 26 BewHG auch für Verwaltungsaufgaben Bundesbedienstete zur Verfügung zu stellen wären, empfahl der RH, entsprechende Vorsorge im Stellenplan zu treffen und bewährte Vereinsbedienstete in den Bundesdienst zu übernehmen.

35.9.3 Das BMJ sah demgegenüber im BewHG die Besorgung der Verwaltungs- und Kanzleiaufgaben als nicht ausdrücklich geregelt an.

35.9.4 Der RH verblieb angesichts des, seines Erachtens zweifelsfreien Gesetzeswortlautes bei seiner Empfehlung.

35.10.1 Das BMJ hat Ende 1979 dem Antrag des Vereins auf Genehmigung einer Betriebsvereinbarung, mit der die Entlohnung der damals rd 100 Vereinsbediensteten den überwiegend günstigeren Bezugsansätzen des Kollektivvertrages für die Handelsangestellten angepaßt werden sollte, unter der Voraussetzung zugestimmt, daß der Verein in der Lage sei, den „mit der Gehaltsregelung verbundenen Mehraufwand bei den im Wirtschaftsjahr 1980 zur Verfügung stehenden Budgetmitteln einzusparen". Dessenungeachtet ist die für Vereinsausgaben bestimmte Budgetpost in diesem Verrechnungszeitraum um rd 1,317 Mill S überschritten worden.

35.10.2 Nach Ansicht des RH hätte das BMJ bei den monatlichen Mittelzuweisungen auf die Erfüllung dieser Einsparungsbedingung zu achten gehabt. Er empfahl, künftig Angaben über den mit einer Bezugsregelung verbundenen Mehraufwand ordnungsgemäß zu überprüfen.

35.10.3 Lt Stellungnahme des BMJ sei mit den im Sachaufwand insgesamt veranschlagten Mitteln das Auslangen gefunden worden.

35.10.4 Der RH erwiderte, vom BMJ wäre die Einsparungsbedingung nicht bei anderen Budgetposten, sondern ausschließlich vom Verein selbst bei der für seine Aufwendungen vorgesehenen Budgetpost zu erfüllen gewesen.

35.11.1 Die Vereinsangestellten erhielten analog zu den Bestimmungen des § 20 b GehG Fahrtkostenzuschüsse. Hiebei wurden in einigen Fällen die vom Bediensteten selbst zu tragenden Eigenanteile nur mit dem Betrag von 185 S monatlich anstatt mit den Kosten des jeweils zu benützenden innerstädtischen Massenverkehrsmittels festgesetzt.

35.11.2.1 Der RH empfahl dem Verein, die zu hohen Fahrtkostenzuschüsse neu zu bestimmen.

35.11.2.2 Im Interesse einer gleichartigen Behandlung aller Bundesbediensteten und aus Sparsamkeitsgründen regte der RH gegenüber dem BKA an, den nunmehr bereits seit 1975 unverändert gebliebenen Eigenanteil des Fahrtkostenzuschusses den in Wien geltenden Tarifen anzugleichen, womit auch die ursprünglich vorhandene Ausgewogenheit der von allen Bundesbediensteten zu tragenden Eigenanteile wieder erreicht wäre. 1981 wurden für Fahrtkostenzuschüsse an Bedienstete des Bundes rd 148 Mill S ausgegeben.

35.11.3 Der Verein ist der Empfehlung des RH bereits nachgekommen. Das BKA bestätigte die Überlegungen des RH im Hinblick auf die Ausgewogenheit und sagte zu, diesem Grundgedanken folgend erneut um eine sparsamere Regelung bemüht zu sein.

35.11.4 Der RH wird diese Angelegenheit weiter behandeln.

35.12.1 Das BMJ bewilligte bundesbediensteten ha BewHelfern sogenannte „Reisekostenzuschüsse" (bspw zur Teilnahme an Seminaren, deren Besuch aber nicht unmittelbar im dienstlichen Interesse lag) und wies den Verein an, diese gesetzlich nicht vorgesehenen Reisekostenzuschüsse aus den ihm vom Bund zugewiesenen Haushaltsmitteln zu bezahlen. Auch die Kilometergelder für die ha BewHelfer wurden über den Verein verrechnet und wurden somit in der Bundesverrechnung nicht als „Ausgaben für Personal", sondern als „Entgelt für BewHilfe Vereinigungen" nachgewiesen.

35.12.2 Der RH bemängelte die fehlende materiellrechtliche Deckung für Reisekostenzuschüsse und die Verrechnung von Zahlungen an Bundesbedienstete in der Postenklasse 7.

35.12.3 Das BMJ sah nach dem Ansatz- und Kontenplan „Reisekostenzuschüsse" als freiwillige Sozialleistung an und sagte hinsichtlich der Zahlungen an Bundesbedienstete eine ordnungsgemäße Verrechnung zu.

35.12.4 Der RH erwiderte zum erstgenannten Fall, eine Verrechnungsvorschrift könne eine materiell-gesetzliche Grundlage nicht ersetzen.

35.13.1 Das BMJ bezahlte bisher für die mehrmals jährlich stattfindenden Vereinsveranstaltungen die Reisekosten für zahlreiche ha BewHelfer, welche eine Vereinsfunktion ausübten.

35.13.2 Der RH erhob grundsätzliche Bedenken gegen eine Übernahme der Reisekosten sowie des infolge Arbeitsausfalles auch anteiligen Personalaufwandes, zumal zahlreiche Bundesbedienstete in Berufsorganisationen oder ähnlichen Vereinigungen tätig seien, ohne dafür vom Bund einen Mehraufwandersatz zu erhalten.

35.13.3 Das BMJ gab zu bedenken, eine scharfe Trennung zwischen Vereinsfunktionen und gesetzlichen Bewährungshilfeaufgaben wäre oft nur schwer möglich, sagte aber künftig eine strengere Beurteilung bei der Bewilligung solcher Dienstreisen zu.

35.14.1 Für die Tätigkeit der BewHelfer außerhalb der Ballungszentren war die Verwendung von Pkw erforderlich; der Bund als Dienstgeber gewährte für die Anschaffung von Pkw bisher keine Unterstützung, wohl aber wurde vom Verein etwa die Hälfte der ihm zugeflossenen Spenden bzw Subventionen für „Autodarlehen" verwendet.

35.14.2 Der RH sah diese Vorgangsweise nicht als gerechtfertigt an und empfahl unter Hinweis auf das Besoldungsrecht, künftig allenfalls Bezugsvorschüsse oder Geldaushilfen zu gewähren.

35.14.3 Das BMJ legte eine Stellungnahme des BMF vor, wonach es Aufgabe der Dienststelle wäre, durch Beistellung von Dienstkraftwagen für eine zweckmäßige Besorgung dienstlicher Aufgaben zu sorgen. Die Anschaffung eines Pkw läge diesfalls also nicht im Interesse des Bediensteten, auf dessen Interessenlage allein der unbestimmte Gesetzesbegriff „berücksichtigungswürdige Gründe" im § 23 GehG abstelle. Darüber hinaus würde bei einer Eröffnung von Bezugsvorschußmöglichkeiten für die Anschaffung privater Kfz im Hinblick auf die große Zahl von Bediensteten, die private Kfz dienstlich benötigten, und im Hinblick auf die Beschränktheit der Mittel für diesen Zweck kaum etwas für echte Notfälle übrigbleiben.

35.14.4 Der RH erwiderte, der Einsatz von Dienstkraftwagen bei der BewHilfe käme unvergleichbar teurer als die derzeitige Übung, weshalb die Anschaffung eines Pkw einen objektiv berücksichtigungswürdigen Grund im Sinne des Gesetzes darstelle. Das BMJ sollte im Rahmen seines finanziellen Wirkungsbereiches die Gewährung von Bezugsvorschüssen für Autokäufe nicht von vornherein ausschließen, sondern nach genauer Prüfung der Sachlage im Einzelfall dem Gesetz entsprechend entscheiden.

35.15.1 In den acht Wiener Außenstellen wurden seit 1976 von den dort eingeteilten ha BewHelfern jeweils auf zwei Jahre bestellte sogenannte „Außenstellensprecher" gewählt, deren Zuständigkeit neben der Betreuungstätigkeit Vertretungsaufgaben und verschiedene Verwaltungsgeschäfte umfaßte. Dies war Anlaß für eine Verminderung der Fallbelastung dieser Bediensteten um 26,7 vH, so daß daraus im Bereich Wien ein zusätzlicher Personalbedarf von mehr als zwei vollbeschäftigten B-Bediensteten entstand.

35.15.2 Da die Funktion eines Außenstellensprechers weder in den dienstrechtlichen Vorschriften noch im Personalvertretungsgesetz vorgesehen ist, vertrat der RH die Auffassung, daß deren Tätigkeit - sofern diese allenfalls in einem gewissen Umfang benötigt würde - zweckmäßigerweise von den Teamleitern wahrgenommen werden sollte. Sonstige Wünsche und Anliegen der Bediensteten wären entweder im Dienstweg oder über die Personalvertretung an die Vereinsleitung bzw gegebenenfalls an das BMJ heranzutragen.

35.15.3 Der Verein vertrat hingegen die Ansicht, daß diese Außenstellensprecher insb zur Beschaffung und Verteilung von Spendenmitteln sowie zur Planung und Durchführung von Wohn-, Arbeits- und Freizeitprojekten beibehalten werden sollten, bezeichnete sie als ein wertvolles Mitbestimmungsmodell der BewHelfer und den „Fallabzug" daher als gerechtfertigt.

35.15.4 Da die vom Verein angeführten Aufgabenbereiche der Außenstellensprecher vereinsinterne Angelegenheiten betreffen, das Mitbestimmungsmodell jeder gesetzlichen Grundlage entbehre und dem Bund aufgrund der vorgenommenen Fallabstriche ein zusätzlicher Personalaufwand von rd 1,5 Mill S erwachse, vermeinte der RH, daß eine allfällige Beibehaltung der Einrichtung der Außenstellensprecher nur im Rahmen der Vereinsautonomie ohne Kostenbelastung des Bundes erfolgen dürfte.

35.16.1 Der Verein schloß mit dem seinerzeitigen Obmann, einer pensionierten Bediensteten der Gemeinde Wien, unbeschadet der ehrenamtlichen Tätigkeit einen Konsulentenvertrag ab. Die Versteuerung der Honorare erfolgte erst ab 1972; unzuständige Vereinsorgane erhöhten - unter Mitwirkung der Betroffenen - mehrfach diese Honorare in Anlehnung an die Akademikerbezüge im öffentlichen Dienst. Über den Umfang und die Abgrenzung der ehrenamtlichen von der bezahlten Tätigkeit als „geschäftsführender Obmann" herrschte sowohl bei den Vereinsorganen als auch bei den zuständigen Beamten des BMJ Unklarheit, zumal diese Funktionärin meist unmittelbar mit dem damaligen Bundesminister in Verbindung trat. Eine 1979 erfolgte Änderung der Satzung des Vereins sah anstelle eines „geschäftsführenden Obmannes" einen hauptamtlichen, bezahlten Generalsekretär vor. Trotzdem blieben aber die Bezugsgrundlagen für die nun nur mehr ehrenamtlich Tätige aufrecht und bildeten 1981 die Grundlage für eine Abfertigung in Höhe von 9,5 Monatsgehältern (270 000 S). In der Folge wurde mit ihr ein Werkvertrag über die Ausarbeitung eines Entwurfes eines Kommentares zum BewHG und eines Handbuches für BewHelfer abgeschlossen. Obwohl dem Verein weder der Entwurf eines Kommentares noch eines Handbuches zur Verfügung gestellt worden war, wurde das vereinbarte Honorar (9 000 S) angewiesen. Der Kommentar selbst ist in der Zwischenzeit als Privatwerk erschienen. Als Ergebnis der Werkvertragstätigkeit konnte der Verein letztlich nur eine eineinhalbseitige Ausarbeitung über die Gliederung eines Kommentares vorlegen.

35.16.2 Nach Abwägung der verschiedenen Gesichtspunkte kam der RH zu der Auffassung, daß bis zur Berufung des hauptamtlich bezahlten Generalsekretärs zwischen dem ea Obmann und dem Verein tatsächlich ein Dienstverhältnis bestanden habe. Über diesen Zeitpunkt hinausgehende weitere Tätigkeiten für den Verein wären aber ab 1980 nur mehr ehrenamtlich - also unbezahlt - zu erbringen gewesen. Abgesehen davon, daß dadurch die Abfertigung um 2 ½ Monatsbezüge niedriger gewesen wäre, waren insb die ab 1980 nicht gerechtfertigten Bezugszahlungen in Höhe von etwa 500 000 S und die Bezugserhöhungen durch unzuständige Organe des Vereins zu bemängeln.

Im Falle des Werkvertrages sah der RH die Honorarzahlung sowohl formell als auch inhaltlich nicht als gerechtfertigt an.

35.16.3 Der Verein erklärte dazu nur, von der Betroffenen seien alle ihr Dienstverhältnis und ihren Abfertigungsanspruch betreffenden Angelegenheiten mit dem Bundesminister für Justiz besprochen und mit seinem Wissen erledigt worden. Die Abfassung des zwischenzeitlich erschienenen Kommentars wäre sowohl im Interesse des Vereins als auch des BMJ gelegen gewesen.

35.16.4 Der RH erblickte im Hinweis, alles wäre mit dem seinerzeitigen Bundesminister besprochen worden, keine sachliche Rechtfertigung für die bemängelte Vorgangsweise. Hinsichtlich der Ausarbeitung eines Kommentares sah der RH das „Werk" im Sinne des Vertrages nicht nur als die Befriedigung eines allgemeinen Interesses an, weil dieses bloß eine Förderung rechtfertigen würde.

35.17.1 Als Geschäftsstellenleiter waren in verschiedenen Landesgerichtssprengeln Angehörige der VerwGr B tätig, obwohl gem § 4 Abs 2 BewHG die Leiter A-Beamte sein sollten. Während nach § 7 Abs 1 BewHG nur den Dienststellenleitern die Verpflichtung zur Abhaltung von Besprechungen mit BewHelfern übertragen war, würde diese aber sinnvollerweise auch von anderen BewHelfern erfüllt.

35.17.2 In beiden Fällen empfahl der RH eine legistische Lösung anzustreben, um die Rechtslage den wirtschaftlichen und zweckmäßigen Gegebenheiten anzupassen.

35.17.3 Das BMJ sah die aufgezeigten Probleme als im Wege der Auslegung lösbar an.

35.17.4 Der RH teilte diese Auffassung nicht, nahm aber von einer weiteren Behandlung im Hinblick auf die Fülle anderer Probleme Abstand.

Organisation und Verwaltung

35.18.1 Im BewHG 1969 war vorgesehen, daß die BewHilfe bis zum Abschluß ihres Aufbaues privaten Vereinigungen übertragen werden kann; nach der BewHG-Nov 1980 kann die Übertragung an Ver-

eine auch auf unbestimmte Zeit erfolgen. Mit Ausnahme der Steiermark ist die BewHilfe in ganz Österreich dem „Verein für BewHilfe und soziale Jugendarbeit" (Wiener Verein) übertragen worden, der 390 Mitglieder hat. Außer den Mitgliedsbeiträgen (rd 30 000 S) sowie den Subventionen und Spenden (rd 1 Mill S) verfügt der Verein über keine eigenen Mittel; die haushaltsrechtlichen Regelungen des Bundes hat er sinngemäß anzuwenden. Die ha BewHelfer sind Bundesbedienstete, Dienstbehörde ist das BMJ.

35.18.2 Der RH sah zumindest in der derzeitigen Form der „Vereinslösung" für die BewHilfe keine Vorteile, sondern wies auf die verschiedentlich durch die Vereinslösung bedingten Bemängelungen hin:

(1) Die Eigenleistungen des Vereins betrugen nur einen Bruchteil der Gesamtgebarung.

(2) Allein die im Verhältnis zum Bundesdienst wesentlich günstigere Abfertigungsregelung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten des Wiener Vereins bei weitem.

(3) Die Darstellung des Personalaufwandes für die Vereinsbediensteten im Sachaufwand beeinträchtigt die Übersichtlichkeit des Bundeshaushalts.

(4) Der Verein lehnt den kostengünstigeren Einsatz von ea BewHelfern ab.

(5) Die Bundesdienststelle Leoben habe ihre Aufgaben eher besser als die überprüften Geschäftsstellen des Wiener Vereins erfüllt.

(6) Auch die strafrechtlichen Vorfälle bei der Geschäftsstelle Graz wären bei einer Bundesdienststelle kaum eingetreten.

Darüber hinaus verwies der RH zu Vergleichszwecken auf die Regelung der BewHilfe in den Niederlanden und in Schweden und anerkannte insb im Hinblick auf die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungsgesellschaften, die in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge tätig seien, die grundsätzliche Zweckmäßigkeit der Besorgung von Gemeinschaftsaufgaben durch Privatrechtssubjekte.

Insb da der Wiener Verein fast ausschließlich mit öffentlichen Mitteln wirtschaftet, beurteilte der RH das österreichischen Modell der BewHilfe nur als eine „Scheinprivatisierung" und empfahl, bei Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen, die „BewHilfe im engeren Sinn" in die Justizverwaltung zu übernehmen. Der Wiener Verein hätte dann - durchaus auch mit Förderungszuwendungen, aber auch mit einem entsprechenden Eigeneinsatz - bei den Heimen und bei der Entlassenenhilfe weiterhin ein wichtiges Aufgabengebiet.

35.18.3 Lt Stellungnahme des BMJ sei die BewHilfe als private Initiative entstanden und vom Gesetzgeber 1980 die Beibehaltung der Vereinslösung entschieden worden. Das österreichische Mischsystem biete die Möglichkeit, die Vorteile der Führung der BewHilfe durch einen privaten Verein mit den Vorteilen der hoheitlichen Verwaltungstätigkeit zu verbinden. Neben einer größeren Wirkung und Beweglichkeit, einer Entlastung des öffentlichen Haushaltes und einer Überwindung haushaltsrechtlicher und kompetenzrechtlicher Schranken, spreche für die Beibehaltung der Vereinslösung deren Bewährung seit zwei Jahrzehnten, die unmittelbare Umsetzung der Erkenntnisse der Psychologie und Sozialarbeit sowie die Betreuung von Verurteilten, deren Vertrauensverhältnis zu dem BewHelfer durch eine Eingliederung in den Staatsapparat gestört werden könnte. Eine „Verstaatlichung" würde nur ein Mehr an obrigkeitlicher Steuerbarkeit und bürokratischer Kontrolle bringen, Initiative und Einsatzbereitschaft aber verlorengehen lassen.

35.18.4 Der RH erwiderte, die bei der Gebarungsüberprüfung gewonnenen Erfahrungen hätten eher gezeigt, daß den erkennbaren Nachteilen des Mischsystems keine Vorteile gegenüberstünden. Die üblicherweise mit einer Ausgliederung öffentlicher Aufgaben verbundenen Vorteile lägen jedenfalls nicht vor, unklar sei - insb auch im Hinblick auf die Erfahrungen bei der Geschäftsstelle Leoben - weshalb die Umsetzbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse bei öffentlichen Stellen nicht gegeben sein sollte bzw weswegen die „Verstaatlichung" eine Änderung in der Haltung der ha BewHelfer, die ohnehin Bundesbeamte seien, bewirken sollte. Abschließend stellte der RH in Frage, ob bei der gegenwärtigen Organisationsform eine durchgreifende und dauernde Beseitigung der aufgezeigten Mängel möglich wäre.

35.18.5 Das BMJ vertrat die Auffassung, daß bei der Verbundlichung der Geschäftsstellen Graz und Leoben der Anlaßfall nicht außer Betracht bleiben dürfe, weiters gäbe es auch zwischen den Bundesdienststellen und dem Wiener Verein eine Reihe von Verbindungen. Überdies sollten Organisationsfragen der BewHilfe nicht vorrangig nach den Möglichkeiten bürokratischer Kontrolle und Aufsicht beurteilt werden.

35.18.6 Der RH erblickte in den Ausführungen des BMJ keine neuen Überlegungen, die ein Abrücken von seiner Auffassung rechtfertigten.

35.19.1 Nach § 14 BewHG unterstehen die Dienststellen der BewHilfe - auch bei Berücksichtigung der aus § 24 BewHG ableitbaren Vereinslösung - unmittelbar dem BMJ. Die Aufsicht übte das BMJ - durch eine aus zwei Bediensteten bestehende Verwaltungsabteilung - neben einer jährlichen, jeweils vorher angekündigten, kurzen Überprüfung an Ort und Stelle durch eine monatliche Überprüfung der Abrechnungen aus, wobei dieser Überprüfung mangels der für eine inhaltliche Prüfung vielfach notwendigen Unterlagen (Fahrtenbücher, Dienstbücher, Akten udgl) fast nur formale Bedeutung zukam.

35.19.2 Der RH gelangte zur Auffassung, daß zahlreiche Bemängelungen ihre Ursache in der unzweckmäßigen Organisation und der weitgehend fehlenden Kontrolle haben. Er empfahl unter Hinweis auf eine vergleichbare Regelung bei den Justizanstalten, die laufende unmittelbare Aufsicht den Präsidenten der Gerichtshöfe zu übertragen, die diese Funktion aufgrund ihres dauernden örtlichen Naheverhältnisses viel besser als die Zentralstelle ausüben könnten.

35.19.3 Dem BMJ erschien es schon wegen Überlastung der Gerichtshöfe wirtschaftlicher, die Kontrollen im Bereich der Geschäftsstelle vorzusehen und die Prüfung durch die Buchhaltung des OLG Wien und durch das BMJ zu verstärken. Im Interesse einer Präventivwirkung würden diese Kontrollen künftig unvermutet erfolgen.

35.19.4 Der RH bezweifelte wegen des geringen Umfanges der Geschäftsstellen der BewHilfe die Ablehnung der Delegation von Aufsichtsaufgaben an die Gerichtshöfe und stellte die Wirksamkeit bzw Zweckmäßigkeit der geplanten stärkeren Kontrolle von Wien aus im Hinblick auf die Entfernungen und die damit verbundenen Kosten in Frage.

35.19.5 Das BMJ sah die im BewHG vorgesehene Trennung der Gerichtsbarkeit und der BewHilfe im Fall der Verwirklichung des Vorschlages des RH als gefährdet an, weil der BewHelfer zumindest praktisch zum Vollzugsorgan des Gerichtes werde. Das BMJ wäre aber jedenfalls um eine vermehrte Prüftätigkeit der Fachabteilung an Ort und Stelle bemüht.

35.19.6 Der RH konnte sich der Auffassung des BMJ nicht anschließen.

35.20.1 Während die von den ha BewHelfern geführten „Dienstbücher" dem Zweck eines möglichst lückenlosen Arbeitsnachweises dienten und sohin auch zur Beurteilung des Auslastungsgrades dieser Bediensteten geeignet erschienen, sollten die nach dem BewHG für jeden Betreuten geführten „Tagebücher" über den jeweils jüngsten Stand und die nächsten Zielsetzungen der Betreuungsarbeit Aufschluß geben. Die Dienstbücher wurden bisher nur für die in die Verwendungs- bzw Entlohnungsgruppe B(b) eingestuften ha BewHelfer und von diesen oft nur unvollständig, schwer leserlich oder sonst mangelhaft geführt; die Tagebücher boten oft nur eine Zusammenfassung des Betreuungsverlaufes in einem längeren Zeitraum.

35.20.2 Da die Eintragungen im Dienstbuch wegen der freien Gestaltungsmöglichkeit der Dienstzeit der ha BewHelfer ein wichtiges Hilfsmittel bei der Handhabung der Dienstaufsicht, der Überprüfung der Reiserechnungen, der Kilometergeldabrechnungen und der Fahrtenbücher darstellten, empfahl der RH, die Art und Dauer der einzelnen Amtshandlungen genau anzuführen, die wöchentliche Gesamtarbeitszeit gesondert auszuweisen und die Dienstbücher häufiger zu überprüfen. Überdies wäre die Verpflichtung zur laufenden Führung eines Dienstbuches auch auf alle mit Fallbetreuungen befaßten A(a)-Bediensteten auszudehnen und für eine dem Gesetz entsprechende laufende Führung der Tagebücher zu sorgen.

35.20.3 Während das BMJ versprach, auf eine vorschriftsgemäße Führung der Tagebücher zu drängen, wurde die empfohlene Ausdehnung der Verpflichtung zur Führung von Dienstbüchern auf die in der BewHilfe tätigen A(a)-Bediensteten mit dem Hinweis für entbehrlich gehalten, daß auch andere öffentlich Bedienstete dieser Verwendungsgruppe ohne dienstplanmäßig geregelte Arbeitszeit - wie etwa Richter - keine derartigen Nachweise zu führen hätten.

35.20.4 Da die ha BewHelfer im Gegensatz zu den Richtern eine gesetzliche Dienstzeitverpflichtung zu erfüllen hätten, hielt der RH seine Empfehlung aufrecht.

35.21.1 Die Auszahlung der Aufwandsentschädigungen an die ea BewHelfer erfolgte bisher über die Geschäftsstellen. Die vom BMJ den Vereinigungen der BewHilfe überwiesenen Gelder wurden aber nicht immer sofort an die Anspruchsberechtigten weitergegeben, sondern vorerst zur Deckung vorübergehender Finanzierungslücken verwendet bzw kurzfristig bei Geldinstituten angelegt. Die in die-

sem Zusammenhang angefallenen Zinsen wurden gegenüber dem Bund nicht entsprechend ausgewiesen bzw verrechnet.

35.21.2 Im Interesse eines sicheren Zahlungsvollzuges und um eine vorzeitige Inanspruchnahme von Budgetmitteln zu verhindern, empfahl der RH, die Aufwandsentschädigungen - ohne die Geschäftsstellen mit dem Zahlungsvollzug zu belasten - unmittelbar an die ea BewHelfer anzuweisen, wobei aus Gründen der Verwaltungsökonomie ein längerer Abrechnungszeitraum erwogen werden sollte.

35.21.3 Das BMJ sagte zu, dieser Empfehlung nachzukommen.

35.22.1 Die Außenstelle Schottengasse wurde nur in geringem Maße, teilweise sogar nicht für Zwecke der BewHilfe genützt, verursachte aber Kosten von 140 000 S jährlich.

35.22.2 Der RH empfahl eine Kündigung des Untermietvertrages.

35.22.3 Die Außenstelle Schottengasse wurde am 1. Juli 1983 aufgelassen.

35.23.1 Der Verein hat als Erwerber einer „Bahnkontokarte" der ÖBB die damit verbundene Tarifermäßigung an alle daran interessierten Mitarbeiter sämtlicher Geschäftsstellen in der Weise weitergegeben, daß diesen nach Entrichtung des für die jeweilige Strecke errechneten Fahrpreises die daraus sich ergebende Ermäßigung sowohl für Privatfahrten als auch für Dienstreisen - diese wurden dem Dienstgeber zum Normaltarif in Rechnung gestellt - ausschließlich selbst zugute kam.

35.23.2 Wie der RH kritisch vermerkte, stand diese Vorgangsweise nicht im Einklang mit den allgemein geltenden Tarifbestimmungen der ÖBB, wonach jede Form der entgeltlichen Weitergabe solcher vom Bahnkontoinhaber ausgestellter Fahrausweise unstatthaft ist. Er empfahl, bei weiterem Bezug solcher Bahnkontokarten die Fahrausweise künftig nur noch für Dienstreisen auszustellen und die Fahrpreise über die Verlagsgeldergebarung - sohin mit dem BMJ - abzurechnen.

35.23.3 Der Verein gab hiezu keine Stellungnahme ab.

35.23.4 Der RH sah sich daher veranlaßt, seine Beanstandung bzw Empfehlung zu wiederholen.

35.24.1 Wie stichprobenweise Inventuren insb im Bereich der Wiener Geschäftsstelle zeigten, waren die Inventargegenstände nicht als Bundeseigentum gekennzeichnet, lagen Abweichungen des Ist- vom Sollbestand vor und sind die in den Bestandsaufzeichnungen der Justizanstalten erfaßten Inventargegenstände der Geschäftsstellen bisher noch nie auf Vollzähligkeit überprüft worden.

35.24.2 Der RH empfahl, im Zusammenwirken mit den Justizanstalten auf die Einhaltung der Richtlinien für die Inventar- und Materialverwaltung zu achten.

35.24.3 Lt Mitteilung des BMJ und des Wiener Vereins ist das Erforderliche bereits veranlaßt worden.

Budget- und Verrechnungsangelegenheiten

35.25.1 In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage für das 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1982, BGBl Nr 536, hat das BMJ die Überschreitung der beim fg Ans 1/30508 veranschlagten Mittel um 1,5 Mill S mit der erforderlich gewesenen Aufstockung der Anzahl ea BewHelfer begründet. Diese Begründung war offenkundig unzutreffend, weil sich eine finanzielle Mehrbelastung keinesfalls aus einer höheren Anzahl ea BewHelfer, sondern ausschließlich aus einer Vermehrung der von diesen betreuten Fälle hätte ergeben können; die Fallzahlenentwicklung zeigte jedoch in diesem Zeitraum keine Zunahme der ea Betreuungen.

35.25.2 Der RH bemängelte die Fehlinformation.

35.25.3 Lt Stellungnahme des BMJ sei die angeführte Erläuterung bloß als Beispiel für die dynamische Entwicklung der BewHilfe - somit für deren verstärkte Inanspruchnahme im allgemeinen - anzusehen gewesen.

35.25.4 Der RH erwiderte, die gewählte Formulierung sei zweifellos mißverständlich gewesen.

35.26.1.1 Die gem § 13 Abs 4 BewHG vom BMJ an Heime der BewHilfe zu leistenden Vorschüsse wurden in der Weise beantragt, daß die Heimleitungen den voraussichtlichen Bedarf für die Folgemonate dem Verein mitteilten, der seinerseits aufgrund dieser Voranschläge die Anforderung der Vorschüsse beim BMJ veranlaßte.

35.26.1.2 Die von den Heimen erstellten Voranschläge waren verschiedentlich überhöht, was letztlich zur Bildung von Guthaben führte.

35.26.2 Zur Vermeidung solcher Barmittelbindungen empfahl der RH, der Bedarfsermittlung nur das sachlich begründete, unabweisliche Erfordernis zugrunde zu legen.

35.26.3 Der Verein sagte dies zu.

35.27.1 Die der Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe vom Bund zur Verfügung gestellten Förderungsmittel erbrachten zwischen 1980 und 1982 fast 70 000 S an Zinsen. Dieser Zinsenertrag war bisher in der Buchhaltung des Vereins nicht erfaßt, sondern nur in den Sparbüchern ausgewiesen worden.

35.27.2 Der RH empfahl, diesen Zinsenertrag umgehend buchmäßig zu vereinnahmen.

35.27.3 Der Verein anerkannte diese Empfehlung.

35.28.1 Obwohl die vom Wiener Verein betriebenen sieben Heime mit Ablauf des Jahres 1980 noch über beträchtliche Reste aus früheren Mittelzuweisungen verfügten, wurden ihnen vom BMJ im Jänner des Folgejahres noch weitere erhebliche Budgetmittel zu Lasten des bereits abgelaufenen Verrechnungszeitraumes überwiesen. Infolgedessen nahmen die Heimverwaltungen in den ersten beiden Monaten des Jahres 1981 noch keine Mittel zu Lasten des neuen Voranschlages in Anspruch und erhielten erst wieder für März 1981 entsprechende Mittelzuweisungen. Das Gesamtausmaß der solcherart herbeigeführten Ausschöpfung von ansonsten vom Verfall zu Jahresende bedrohten Ausgabenermächtigungen belief sich auf 1 881 000 S.

35.28.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit den einschlägigen haushaltsrechtlichen Vorschriften stehend und empfahl dem BMJ mehr Budgetdisziplin.

35.28.3 Das BMJ sagte dies zu.

35.29.1 Entsprechend der vom Vereinsvorstand seinerzeit beschlossenen Geschäftsordnung waren für die Zuständigkeit des Vereins in bestimmten Personal- und Gebarungsangelegenheiten die zwischen dem BMJ und der Vereinsleitung diesbezüglich vereinbarten Richtlinien maßgebend. Allerdings war weder der Zentralstelle noch den Vereinsorganen der Bestand solcher Richtlinien bekannt.

35.29.2 Angesichts der insb auf dem Gebiet der BewHilfe vorherrschenden Unsicherheit über die Grenzen der dem BMJ obliegenden Aufsichtspflichten hielt der RH einvernehmliche Regelungen solcher Art zweifellos für zweckmäßig; er empfahl deshalb dem BMJ, die Vereinsleitung zur Erarbeitung einer diesbezüglichen Vereinbarung ehestmöglich einzuladen.

35.29.3 Das BMJ sagte dies zu.

Berichte und Betreuungstätigkeit

35.30.1 Die von den BewHelfern zur Information der Gerichte verfaßten Führungsberichte (§ 20 BewHG) zeigten in einer Reihe von Fällen deutliche Abweichungen von den Tagebucheintragungen bzw von in neuerlichen Gerichtsverfahren zu Tage getretenen Lebensumständen. So waren oft bedeutsame ungünstige Entwicklungen in den Lebensumständen der Betreuten, wie bspw dauernde Arbeitsunlust, Alkohol- oder Drogenmißbrauch, unsteter Lebenswandel, in den Führungsberichten entweder verschwiegen, verharmlost oder vom BewHelfer nicht zur Kenntnis genommen worden.

35.30.2 Der RH empfahl, im Sinne der §§ 51 ff StGB, bedeutsamere, wenn auch ungünstige Entwicklungen im Leben des Schützlings auch außerhalb der im BewHG vorgeschriebenen halbjährlichen Berichterstattung dem Gericht unverzüglich, umfassend und objektiv mitzuteilen, sowie die Führungsberichte der Fachaufsicht zu unterziehen.

35.30.3 Der Verein bemerkte, die Einschätzung, ob eine ungünstigere Entwicklung des Schützlings durch die Arbeit des BewHelfers behoben werden könne oder eine Anordnung durch das Gericht notwendig wäre, obliege nur dem BewHelfer, weil ansonsten eine unzumutbare Störung des Vertrauensverhältnisses vorliege. Die im BewHG vorgesehene Möglichkeit der Berichtsergänzung durch den Geschäftsstellenleiter würde jedoch als unverzichtbares Mittel seiner Fachaufsicht gewahrt.

35.30.4 Demgegenüber verblieb der RH bei seiner Empfehlung, im Zweifel dem Gericht eher häufiger zu berichten.

35.31.1 Die BewHelfer kamen in einer Reihe von Fällen der gesetzlichen Verpflichtung zur halbjährlichen, schriftlichen Berichterstattung nicht nach. Als Begründung wurde ua vorgebracht, der Bericht sei mündlich erstattet worden, der Bericht wäre ohnehin einige Monate später verfaßt worden und sozialarbeiterische Gesichtspunkte hätten gegen eine rechtzeitige Berichterstattung gesprochen. Mehrfach waren nach teilweise mehrjähriger Verzögerung erst neuerliche Strafverfahren Anlaß für Berichte. Aber auch die Gerichte verlangten nur selten die Vorlage der Berichte. Nur in einem Fall war eine solche Dienstpflichtverletzung Anlaß für ein Disziplinarverfahren gegen einen ha BewHelfer, das aber - weil der Geschäftsstellenleiter die Unterlassung der Berichterstattung gebilligt hatte - eingestellt wurde.

35.31.2 Der RH wandte sich grundsätzlich gegen die Einstellung mancher ha BewHelfer, die im angenommenen Interesse des sozialtherapeutischen Erfolges, den aber nach ihrer Auffassung nur sie selbst beurteilen könnten, bestehende Vorschriften vielfach zugunsten einer Rechtfertigung der Betreuten in den Hintergrund zu drängen. Da ein rechtzeitiges Tätigwerden der BewHilfe in Verbindung mit dem zuständigen Gericht den Betreuten möglicherweise vor weiteren Straftaten hätte abhalten können und daher im Interesse des Rechtsschutzes der Bevölkerung notwendig gewesen wäre, beanstandete der RH die vielfach fehlende Dienstaufsicht durch die Geschäftsstellenleiter und die ungenügende Ahndung der dargestellten Dienstpflichtverletzungen.

35.31.3 Das BMJ sagte zu, sowohl bei der BewHilfe als auch bei den Gerichten auf Einhaltung bzw Überwachung der Berichtspflicht zu dringen. Im gewissen Gegensatz dazu erklärte der Verein, die BewHelfer - die keine juristisch geschulten Verwaltungsbeamten, sondern Sozialarbeiter seien - sollten die Berichtspflicht „tunlichst" einhalten.

35.31.4 Der RH erwiderte, letztere Auffassung entspräche nicht dem Gesetz, was auch ohne juristische Fachkenntnisse erkennbar sei. Sollte ein sachlich gerechtfertigtes Bedürfnis an einer zeitlich flexiblen Regelung der Berichtspflicht bestehen, wäre eine Gesetzesänderung anzustreben.

35.32.1 Betreuungsgespräche fanden eher selten in der Geschäftsstelle statt; meist besuchten die BewHelfer ihre Betreuten zu Hause oder in Lokalen, wobei oftmals der Schützling nicht angetroffen wurde, aber weite Wegstrecken zurückgelegt werden mußten. Von der Möglichkeit, vorher fernmündlich die Anwesenheit ihrer Schützlinge zu erheben, machten die BewHelfer nur selten Gebrauch. Fallweise wurden entfernt wohnende Betreute nach Besuchen von Veranstaltungen und Lokalen vom BewHelfer mit seinem Kfz nach Hause gebracht, wofür seitens des BewHelfers Kilometergeld verrechnet wurde.

35.32.2 Um unnütze Aufwendungen zu vermeiden, empfahl der RH, vor Fahrtbeginn die Anwesenheit des Betreuten möglichst fernmündlich zu erheben, die erwähnten Heimfahrten für Schützlinge zu unterlassen und Haus- und Lokalbesuche nur dann zu vereinbaren, wenn dies aus Aufsichtsgründen notwendig ist.

35.32.3 Lt Stellungnahme des Vereins stehe die Auswahl des Treffpunktes in engerem Zusammenhang mit methodischen Überlegungen und seien Haus- und Lokalbesuche geradezu unerläßlich, um die Schützlinge kennenzulernen. Auch wäre eine fernmündliche Verständigung manchmal aus sachlichen Gründen nicht angezeigt.

35.32.4 Der RH anerkannte die Ausführungen des Wiener Vereines für einen Teil der Fälle, hielt aber vermehrte Sparsamkeit im Betreuungsbereich für angezeigt.

35.33.1 In einzelnen Fällen fanden monatelang keine persönlichen Aussprachen mit den Schützlingen statt, wenngleich die BewHelfer verschiedentlich versuchten, die Lebensumstände der Betreuten über Angehörige oder Nachbarn zu erfragen.

35.33.2 Der RH empfahl, im Sinne des § 22 BewHG zumindest einmal monatlich eine persönliche Aussprache mit dem Schützling herbeizuführen, weil dieser sich ansonsten sehr leicht der BewHilfe entziehen oder „abgleiten" könnte.

35.33.3 Der Verein nahm dies zur Kenntnis, hielt aber gegen Ende der Betreuung auch eine Lokkerung der persönlichen Kontakte für zweckmäßig.

35.34.1 Bewirtungsspesen und ähnliche im Zusammenhang mit der Betreuung den ha BewHelfern entstandene Kosten vergütete das BMJ bis 40 S ohne Belegnachweis. Die Inanspruchnahme dieser Spesenverrechnungsmöglichkeit war sehr unterschiedlich.

35.34.2 Nach Ansicht des RH gingen derartige Spesen (1981 rd 220 000 S) über die eigentliche Betreuungstätigkeit hinaus und sollten allenfalls aus Mitteln der Sozialfürsorge bzw aus Eigenmitteln der Vereine bestritten werden.

35.34.3 Lt Mitteilung des BMJ würden künftig Spesenverrechnungen nur in gerechtfertigten Ausnahmefällen, möglichst sparsam und nur mehr gegen Belegnachweis genehmigt.

35.35.1 Die Beratung von Schützlingen über die Möglichkeiten eines Aufschubes oder überhaupt einer Befreiung von der Ableistung des ordentlichen Präsenzdienstes oder in Angelegenheiten ihres Strafverfahrens udgl war nicht immer objektiv. Eine jüngere BewHelferin besuchte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit ihrem männlichen Betreuten an einem Samstag ein Schwimmbad und wies hiefür als Dienstzeit 13 Stunden und 15 Minuten aus.

35.35.2 Der RH vermeinte, daß in diesen Fällen der Rahmen der BewHilfe bereits überschritten worden wäre und empfahl, künftig zuweitgehende Betreuungsmaßnahmen zu unterlassen bzw um eine objektive Information der Schützlinge bemüht zu sein.

35.35.3 Lt Stellungnahme des Vereins ergebe sich aus der Verpflichtung des BewHelfers, dem Schützling mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, auch die Notwendigkeit für eine Beratung in verschiedenen wichtigen Angelegenheiten des täglichen Lebens, wobei der Umfang in erster Linie vom Betreuungskonzept des einzelnen BewHelfers abhänge.

35.35.4 Der RH verblieb bei seiner Beanstandung bzw Empfehlung.

35.36.1 In zahlreichen Fällen betreuten ea BewHelfer weit mehr als fünf, vereinzelt bis zu 13 Schützlinge. Ein zwingender Grund für die Übertragung so vieler Betreuungsfälle an einzelne ea BewHelfer war nicht ersichtlich.

35.36.2 Der RH erachtete eine Überschreitung der im § 17 Abs 3 BewHG festgesetzten Zahl von fünf Betreuungsfällen in der Regel nur in besonders begründeten Ausnahmefällen für vertretbar.

35.36.3 Der Verein begründete die überhöhten Betreuungszuweisungen mit örtlichen Überlegungen sowie mit der großen Erfahrung und verfügbaren Freizeit der betroffenen ea BewHelfer.

35.36.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung.

Bewährungshilfe-Heime und Zentralstelle für Entlassenenhilfe

35.37.1.1 Die vom Wiener Verein geführten Heime waren größere Wohnungen, in denen fünf bis zehn Schützlinge in Ein- bis Dreibettzimmern untergebracht waren. Die Heimleiter waren meist Bundesbedienstete, als Erzieher wurden vier bis fünf Vereinsbedienstete und ein bis zwei Zivildiener tätig. Von den Betreuungspersonen wurden, in den Ablauf des täglichen Lebens (Einkaufen, Kochen udgl) eingebettet, im Sinne einer Resozialisierung Gespräche geführt bzw gemeinsame Aktivitäten geplant. Neben diesen Betreuern hatte jeder Schützling noch einen eigenen BewHelfer, der ihn mehr oder weniger häufig besuchte und ebenfalls um die Resozialisierung bemüht war. Die Kosten für drei derartige Heime in Wien mit einem Durchschnittsbelag von nicht ganz acht Schützlingen haben 1981 ohne den Personalaufwand für bundesbedienstete Heimleiter 4,7 Mill S betragen.

35.37.1.2 Nach einer zwischen einer privaten Vereinigung und dem BMJ bestehenden Vereinbarung stehen bis zu 30 Heimplätze in den von dieser Einrichtung geführten Anstalten zur Verfügung. 1981 waren dort durchschnittlich 16 Schützlinge untergebracht, wofür als Aufwandsersatz nur etwa 0,5 Mill S anfielen.

35.37.2 Nach Ansicht des RH ging der vom Wiener Verein in seinen Heimen entfaltete Betreuungsaufwand weit über die im § 13 BewHG vorgesehene „Unterkunft" hinaus. Er empfahl, angesichts der wesentlich geringeren Kosten Schützlinge in erster Linie in den Heimen der privaten Vereinigung unterzubringen.

35.37.3.1 Der Verein erklärte den Begriff der „geeigneten Unterkunft" nicht nur als „Wohnung", sondern als „betreute Wohnsituation", die ähnlich einer Ersatzfamilie über einen längeren Zeitraum eine „Sozialisationsstruktur" bieten müsse und über die ambulante Betreuung durch den bestellten BewHelfer weit hinausgehe.

35.37.3.2 Das BMJ erklärte ergänzend, in den Heimen der privaten Vereinigung könnten nur Schützlinge untergebracht werden, die nicht einer solchen intensiven sozialarbeiterischen Betreuung bedürften.

35.37.4 Der RH erwiderte, zur Verwirklichung der vorgebrachten Überlegungen hinsichtlich der Notwendigkeit einer abgestuften Betreuung wären entsprechende gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen.

35.38.1 Der Wiener Verein stufte Heimerzieher unabhängig von ihrer Ausbildung und auch ohne entsprechende Erhebung und Wertung ihrer Tätigkeiten in die Entlohnungsgruppe b ein. So war in einigen Fällen außer Erfahrungen als Insasse von Justizanstalten bzw Erziehungsheimen keine abgeschlossene Ausbildung ersichtlich. Diese Vereinsbediensteten erhielten weiters noch das Überstundenpauschale wie BewHelfer und überdies noch Nebengebühren für Sonntags-, Feiertags- und Nachtdienste analog dem Erzieherschema der Gemeinde Wien.

35.38.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise und empfahl die Schaffung einer eigenen Betriebsvereinbarung für Heimerzieher, die insb eine der Eigenart dieses Dienstes angepaßte Arbeitszeitregelung enthalten und ansonsten an vergleichbaren Bundesdienstverhältnissen ausgerichtet sein sollte.

35.38.3 Nach Mitteilung des Vereins werde seit längerem über den Abschluß einer Betriebsvereinbarung verhandelt. Die Anstellung von Mitarbeitern ohne einschlägige Berufsausbildung, jedoch mit „verwertbarer lebensgeschichtlicher Erfahrung" sei aus „konzeptiv-inhaltlichen Überlegungen" erfolgt, weil derartige Mitarbeiter durch die gemeinsame Lebenserfahrung einen unmittelbaren Zugang zu den Problemen und Schwierigkeiten des Schützlings hätten und somit leichter eine Veränderung herbeiführen könnten als andere Mitarbeiter, die über eine entsprechende Ausbildung verfügten. Die gleiche Einstufung von ausgebildeten Sozialarbeitern und „Betreuern mit lebensgeschichtlicher Erfahrung" wäre eine sozialpolitische Errungenschaft des Vereins.

35.38.4 Der RH erwiderte, er verkenne nicht die „spezielle Qualifikation" der als seinerzeitige Insassen von Justizanstalten bzw Erziehungsheimen „praktisch geschulten" Mitarbeiter für ihre Tätigkeit, verneinte aber die Gleichstellung dieser „Ausbildung" mit einer „sozialakademischen". In vergleichbaren Landeserziehungsanstalten für Schwererziehbare wäre sowohl die Tätigkeit der Ausbildner als auch der Heimerzieher (die beide eine umfängliche und abgeschlossene Berufsausbildung aufwiesen) nur c-wertig eingestuft.

Im Interesse einer eingehenden inhaltlichen Bewertung der Tätigkeit dieser Heimerzieher ersuchte der RH das in dieser Frage zuständige BKA um gutächtliche Äußerung, die bisher aber noch nicht eingelangt ist.

35.39.1 Die Heimleiter in Wien waren Bundesbedienstete, die nach dem Dienstrecht des Bundes wie ha BewHelfer besoldet wurden, zusätzlich aber vom Verein eine „Heimleiterzulage" von rd 2 500 S monatlich erhielten, die vom Verein dem Bund als Aufwandskostenersatz angelastet wurde.

35.39.2 Nach Ansicht des RH stand diese Vorgangsweise nicht im Einklang mit § 13 Abs 2 BewHG, der nur eine Aufwandsvergütung, nicht aber die Bereitstellung von Bundesbediensteten vorsah, deren „Heimleiterzulage" überdies der gesetzlichen Grundlage entbehrte.

35.39.3 Der Verein erklärte, der Einsatz der Bundesbediensteten habe sich bei der Errichtung der Heime als vorteilhaft erwiesen, die aus der „Pionierzeit" stammende „Heimleiterzulage" hätte den zeitlichen Mehraufwand für diese Leitungsfunktion abgelten sollen. Das BMJ sagte zu, künftig ha BewHelfer möglichst nicht mehr als Heimleiter einzusetzen und keine Heimleiterzulagen zu bezahlen.

35.39.4 Der RH erwiderte, Mehrleistungen würden sohin seit der 24. GehG-Novelle doppelt abgegolten. Da jedoch in den laufenden Fällen keine Einstellung dieser gesetzlich nicht gedeckten Zahlungen erfolgte, sah der RH das mangelnde Durchsetzungsvermögen des BMJ gegenüber dem Verein bestätigt.

35.40.1 Bis 1981 ist sowohl der Festsetzung als auch der Hereinbringung der Heimkostenbeiträge kaum Beachtung geschenkt worden. Das ab 1981 feststellbare Bemühen um zumindest teilweise Eigenfinanzierung führte insb dazu, daß bei verschiedenen anderen Stellen der öffentlichen Hand gegebene soziale Möglichkeiten (Kinderbeihilfe, Unterstützung durch Arbeitsamt bzw Jugendfürsorge, Wohnkostenbeihilfe) angesprochen wurden. Unterlagen über die finanziellen Verhältnisse der Heiminsassen waren meist nicht vorhanden und die Heimleiter nur mangelhaft über die Arbeits- bzw Verdienstlage ihrer Schützlinge in Kenntnis gesetzt. Auch die Zahlungsabwicklung war nicht ordnungsgemäß, Quittungen und Buchungen fehlten. Im wesentlichen erschien es dem Gutdünken der Heiminsassen überlassen, welche Heimkostenbeiträge sie in welcher Höhe bezahlten.

35.40.2 Nach Ansicht des RH war die Einhebung angemessener Heimkostenbeiträge sowohl im § 13 Abs 3 Z 3 BewHG begründet als auch von erzieherischem Wert. Er empfahl die ordnungsgemäße Führung von Unterlagen über die Heiminsassen und über die Kassengebarung.

35.40.3 Der Verein anerkannte die Notwendigkeit der Führung von gewissen Aufzeichnungen über Schulden, Einkommen, Arbeitsverhältnisse udgl.

35.41.1.1 Der Wiener Verein mietete 1971 eine seinerzeit auch als Botschaftsgebäude verwendete Villa in Pötzleinsdorf als BewHilfe-Heim an. Der Bestandgeber hatte dem Heimleiter für das Zustandekommen des Mietvertrages eine Provision von monatlich 1 000 S des vom BMJ zu bezahlenden Mietzinses zugesagt. Diesen Betrag hätte der Heimleiter angeblich - ebenso wie eine Beteiligung von 5 000 S am Verkauf der Kücheneinrichtung - im Einvernehmen mit der Vereinsleitung für die Freizeitgestaltung der Schützlinge verwenden wollen. Als Mietzins wurden monatlich 14 000 S vereinbart, ein Betrag, der sowohl weit über dem Hauptmietzins (4 500 S) als auch über dem von Sachverständigen festgestellten örtsüblichen Mietzins lag. Obwohl der Vertrag als „Untermietvertrag" gekennzeichnet war, behauptete der seinerzeit geschäftsführende Obmann des Vereins vor Gericht, daß ihm der Umstand der „Untermiete" nicht bekanntgewesen wäre.

35.41.1.2 Für Installationen und sonstige Einrichtungen dieses Objektes wurden 1971 vom BMJ rd 240 000 S aufgewendet. Insgesamt wurden für dieses Heim (Durchschnittsbelag 15 Burschen) vom BMJ ohne die Personalkosten für den Heimleiter in zwei Jahren etwa 2,8 Mill S zur Verfügung gestellt.

35.41.1.3 Im Hinblick auf das Verhalten der Heiminsassen, die offenbar vom Heimleiter nicht unter Kontrolle gehalten werden konnten, erhob der Bestandgeber bereits im Juli 1971 eine Räumungsklage. Nach einer Reihe weiterer Schwierigkeiten wurde das Heim mit 31. Jänner 1973 geräumt, ohne daß die Vertreter des Vereins - trotz bereits bekannter Schadenersatzforderungen wegen Verwüstungen - um eine ordnungsgemäße Übergabe bemüht gewesen wären. In der Folge erhoben der Hauseigentümer bzw Bestandgeber Schadenersatzforderungen (Wiederinstandsetzungskosten 560 000 S).

35.41.1.4 Mangels eigener Mittel des Vereins wandte sich der damals geschäftsführende Vereinsobmann an den Bundesminister für Justiz und ersuchte um möglichst rasche Bereitstellung von Bundesmitteln zur Schadensabdeckung. Ende 1973 wies das BMJ die unter Ans 1/30508 noch vorhandenen Budgetmittel gegen nachträgliche Verrechnung an den Rechtsvertreter des Vereins an. Von diesem erhielt der Bestandgeber, gegen den schon wegen mehrerer Exekutionsverfahren schwerste Bedenken hätten bestehen müssen, 300 000 S für die Schadensbehebung zur Verfügung gestellt, ohne daß eine Entfertigungserklärung vorgelegen wäre. Ungeachtet dessen klagten in weiterer Folge sowohl der Hauseigentümer als auch der Bestandgeber den Verein, wobei jedes dieser Verfahren in den letzten Jahren mehrere Instanzen beschäftigte. Eines der beiden Verfahren konnte formal beendet werden, wobei vom Bund für den Wiener Verein Anwaltskosten von etwa 34 000 S zu bezahlen waren. Das zweite Verfahren ist derzeit mit einem in der Zwischenzeit auf über 700 000 S angewachsenen Streitwert noch im Gange.

35.41.2.1 Der RH bemängelte gegenüber dem Verein einerseits die Entscheidung, in einer der teuersten Wohngegenden Wiens ein Heim in einem Villenobjekt eingerichtet zu haben und andererseits die der damaligen Vereinsleitung bekannten, äußerst bedenklichen Provisionsvereinbarungen im Zusammenhang mit dem Abschluß des Mietvertrages, weiters die aufgezeigten Fehler des Heimleiters und der Vereinsleitung sowie die zu späte Information des BMJ.

35.41.2.2 Dem BMJ gegenüber hielt der RH vor, daß alle für dieses Heim geleisteten Zahlungen gesetzlich nicht gedeckt waren, daß die Überweisung von Bundesmitteln an den Rechtsvertreter des Vereins zu treuen Handen ohne Rechtstitel und Fälligkeit erfolgte und nicht einmal als „Vorschuß gegen Verrechnung" verbucht worden ist, sowie trotz Zahlung dieser beträchtlichen Summe kein Vergleich erreicht werden konnte.

35.41.3.1 Der Verein erklärte, die aus der örtlichen Lage entstandenen Schwierigkeiten seien vorerst nicht erkennbar gewesen. Das Angebot des Bestandgebers, monatlich 1 000 S zu bezahlen, wäre als Spende für die Jugendbetreuung gewertet worden. Der nur einmal (wegen späterer Pfändung des Mietzinses) bezahlte Betrag sei tatsächlich als Zuschuß für Ausflüge verwendet worden. Ungeachtet der großen Schwierigkeiten mit diesem Heim und der hohen Kosten dieses Experiments hätten gerade diese Erfahrungen die Voraussetzungen für die Führung von BewHilfe-Heimen erkennen lassen.

35.41.3.2 Das BMJ gab zu bedenken, der Verein habe mangels eigener finanzieller Mittel weder Heime einrichten noch betreiben können. Im vorliegenden Falle habe es sich um einen Modellversuch gehandelt.

35.41.4 Der RH erwiderte, mit dem allgemein vorhandenen Erfahrungswissen und der üblichen Sorgfalt hätten sich jene Investitionen vermeiden lassen, zu denen das BMJ keineswegs berechtigt war und die sich als verfehlt herausstellten.

35.42.1 Nach den Bestimmungen des BewHG wäre das BMJ verpflichtet, aufgrund gutächtlicher Äußerungen der Dienststellenleiter über den Bedarf an Heimplätzen jährlich mit den hiefür in Frage kommenden Heimträgern entsprechende Verträge abzuschließen und darin auch eine Vergütung des aus den Heimplätzen erwachsenden Aufwandes zu vereinbaren. Trotz jährlich erstatteter Bedarfsmeldungen wurden hinsichtlich der sieben Heime des Wiener Vereins bisher noch nie solche Verträge abgeschlossen.

35.42.2 Angesichts der finanziellen Folgewirkungen empfahl der RH, künftig zeitgerecht derartige Vereinbarungen zu schließen.

35.42.3 Das BMJ teilte mit, die hiezu erforderlichen Maßnahmen bereits eingeleitet zu haben.

35.43.1 Aufgrund des BewHG steht zwar die Entscheidung über Heimaufnahmen nach Anhörung des zuständigen Geschäftsstellenleiters ausschließlich dem BMJ zu, tatsächlich ist dieses mangels einer anderen Entscheidungshilfe auf die Vorschläge der Geschäftsstelle angewiesen, die vielfach die Aufnahme bereits vorgenommen hat.

35.43.2 Angesichts des offenkundig nur förmlichen Tätigwerdens des BMJ empfahl der RH, eine Anpassung des Gesetzes an die praktische Handhabung zu überlegen.

35.43.3 Das BMJ erklärte, auf die in vereinzelten Fällen genützte Möglichkeit einer Ablehnung von Aufnahmeanträgen auch in Hinkunft nicht verzichten zu wollen.

35.44.1 Obwohl eine vom Wiener Verein als Außenstelle eines seiner Heime geschaffene Notschlafstelle großteils aus Bundesmitteln errichtet wurde und seit ihrer Eröffnung zur Gänze aus solchen betrieben wird, wurden die vorhandenen Heimplätze bisher nur zu etwa 60 vH für Schützlinge der BewHilfe in Anspruch genommen, während die übrigen Aufnahmen über Vermittlung anderer Betreuungsorganisationen erfolgten. Desgleichen wurden den Erhaltern eines Innsbrucker Heimes, das nach einer Vereinbarung jeweils zur Hälfte Schützlingen der BewHilfe zur Verfügung steht, außer anteiligen Betriebskosten auch Instandsetzungsarbeiten ersetzt.

35.44.2 Der RH beanstandete angesichts der Beschränkung der gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme der Kosten der Unterbringung in bereits bestehenden Heimen die weitergehenden Leistungen.

35.44.3 Das BMJ erachtete den für diese Notschlafstelle übernommenen Investitionsaufwand von rd 386 000 S angesichts der Heimfrequenz als geringfügig und die Unterstützung der Errichtung solcher Heime auf dem Subventionsweg für vertretbar.

35.44.4 Der RH erwiderte, derartige Zuwendungen wären als Förderungsausgaben darzustellen.

35.45.1 Das Heim „Katzelsdorf" wurde wegen verschiedener disziplinärer Mißstände (Trunkenheit der Heiminsassen, nächtliche Abwesenheit an Arbeitstagen, Arbeitsverweigerungen und Vernachlässigung der täglichen Hausarbeiten) am 30. Juni 1982 geschlossen. Die Dienstverhältnisse mit den drei Erziehern wurden aber erst mit 30. September 1982 aufgelöst, jedoch die Erbringung der bis dahin noch zu leistenden Arbeitszeit (einschließlich der pauschalierten Überstunden) fiktiv für Juni 1982 vereinbart.

35.45.2 Nach Ansicht des RH hatte die mangelhafte Tätigkeit der Heimerzieher bei Beaufsichtigung und Betreuung zur Schließung des Heimes geführt, weshalb die infolge verspäteter Kündigung angefallenen rd 100 000 S an Personalausgaben als unvertretbar erschienen.

35.45.3 Lt Stellungnahme des Vereins hätten die Erzieher mit allen Insassen „rund um die Uhr" gelebt und deren Nöte und Sorgen geteilt, Vorkommnisse bei so schwierigen Jugendlichen aber nicht verhindern können. Angesichts der mit der Schließung des Heimes verbunden gewesenen Schwierigkeiten sei man um eine einvernehmliche Lösung der arbeitsrechtlichen Belange bemüht gewesen.

35.45.4 Der RH erhielt seine Bemängelungen aufrecht.

35.46.1 Da das Heim „Katzelsdorf" 3 km außerhalb der nächsten Ortschaft lag, wurden die Heiminsassen - soweit sie überhaupt einer geregelten Arbeit nachgegangen waren - mangels eines öffentlichen Verkehrsmittels täglich mit dem Heimauto zur Arbeit gebracht und von dort wieder abgeholt. Hiezu waren zuletzt zwei Kfz in Verwendung, mit denen allein 1981 einschließlich von Freizeitfahrten mit den Schützlingen insgesamt rd 51 000 km zurückgelegt wurden (Treibstoff- und Betriebskosten rd 103 000 S).

35.46.2 Der RH erachtete einen mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbaren, abgelegenen Heimstandort für unzweckmäßig und beanstandete den hohen Aufwand für die Kfz.

35.46.3 Lt Stellungnahme des Vereins sollte der Standort eine Belästigung bzw Gefährdung der Nachbarschaft weitgehend vermeiden.

35.46.4 Der RH erwiderte, der abgelegene Heimstandort habe die notwendige soziale Integration der Insassen eher erschwert, zumal die Heimbewohner den überwiegenden Teil ihrer Freizeit ohnedies in der nahegelegenen Stadt verbrachten.

35.47.1 Kurz bevor die beiden Heimfahrzeuge auffallend billig (Kleinbus: 1 500 S, Pkw: 500 S) an einen Bundesbediensteten bzw den Sohn eines ha BewHelfers veräußert wurden, ließ die Heimverwaltung an den Fahrzeugen noch verschiedene Reparaturarbeiten durchführen.

35.47.2 Der RH, der die Wirtschaftlichkeit dieser Ausgaben nicht einsah, empfahl, derartige Veräußerungen künftig erst nach verläßlicher und nachvollziehbarer Ermittlung des Zeitwertes vorzunehmen oder im Versteigerungswege durchzuführen.

35.47.3 Lt Stellungnahme des Vereins sei der Erhaltungszustand beider Fahrzeuge nicht besonders gut gewesen, weshalb hiefür keine anderen Kaufinteressenten gefunden werden konnten.

35.47.4 Demgegenüber verblieb der RH bei seiner Empfehlung.

35.48.1 Das BMS beabsichtigte, im Dezember 1981 die Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe in Linz mit 337 500 S und jene in Salzburg mit 133 000 S zu fördern, weil es mit Bescheid vom 19. Mai 1981 dem Verein die unentgeltliche Arbeitsvermittlung Haftentlassener gem § 17 Abs 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes übertragen hatte. Entgegen dieser Absicht des Förderungsgebers überwies der Verein der Zentralstelle in Linz jedoch bloß 80 000 S und der in Salzburg lediglich 70 000 S, die restlichen 320 500 S an erhaltenen Förderungsmitteln jedoch der Zentralstelle für Haftentlassene in Wien.

35.48.2 Der RH bemängelte diese eigenmächtige Umschichtung von Förderungsmitteln.

35.48.3 Lt Stellungnahme des Vereins wären die Förderungsmittel in den Zentralstellen Linz bzw Salzburg gegen Jahresende nicht mehr so dringend benötigt worden, hätten aber bei der Zentralstelle Wien zur Überbrückung fehlender Kassenmittel gedient, weil die vom BMJ gewährten Zuwendungen meist erst verspätet einlangten.

35.48.4 Demgegenüber verblieb der RH bei seiner Ansicht.

Sonstige Angelegenheiten

35.49.1 Wie aus den Erläuterungen zum Art II der BewHG-Nov 1980 hervorging, strebte der Bundesgesetzgeber im Hinblick auf den engen Bezug der Haftentlassenenhilfe zur Sozialhilfe eine entsprechende Förderung durch die Länder an.

35.49.2 Da eine solche Zusammenarbeit erst in einigen Ländern erfolgt und sich bspw durch eine finanzielle Unterstützung der Haftentlassenenhilfe zeigt, legte der RH dem BMJ nahe, die in den Erläuterungen vorgesehene, auf den Abschluß von Vereinbarungen nach Art 15a B-VG gerichteten Bemühungen verstärkt fortzusetzen.

35.49.3 Das BMJ sagte dies zu.

35.50.1 Inwieweit die BewHilfe zu einer Resozialisierung, dh zu einem Nichtrückfall des Betreuten führt, läßt sich derzeit nur im Einzelfall und nur während der Betreuungszeit feststellen. Eine statistische Erfassung erfolgt - entgegen den verschiedentlich in Zeitungen verbreiteten Meldungen - weder während des Betreuungsverlaufes noch nach Beendigung der BewHilfe.

35.50.2 Der RH bezeichnete es zwecks Beurteilung des Nutzens bestimmter staatlicher Maßnahmen für zweckmäßig, den Betreuungsverlauf und innerhalb eines Folgezeitraumes allenfalls neuerlich gesetzte Straftaten - ähnlich wie in anderen Bereichen der Justiz - zu erfassen und statistisch auszuwerten.

35.50.3 Das BMJ sagte zu, die Einführung einer Statistik über die Tätigkeit der BewHilfe in Zusammenarbeit mit dem Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und unter Mitwirkung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zu überlegen.

35.51.1 Ein vom Verein angeblich unbedingt benötigter Pkw wurde vielfach nur zu Privatfahrten (Urlaub, Zweitwohnsitz) des ehemaligen Vereinsobmannes benutzt; wie die zwischenzeitlich erfolgte Einsparung dieses Pkw zeigte, hatte keine unbedingte Notwendigkeit für einen Dienstkraftwagen bestanden.

35.51.2 Der RH beanstandete diese Aufwendungen ebenso wie den Betrieb eines Kastenwagens (samt Beschäftigung eines Kraftwagenlenkers), der überwiegend nur zum Transport von Übersiedlungsgut von Betreuten eingesetzt war, weil solche Fahrten nach Auffassung des RH über die im BewHG vorgesehene Betreuung hinausgingen.

35.51.3 Der Verein erachtete angesichts des hohen Alters des seinerzeitigen Obmannes die Heranziehung des Pkw für Privatfahrten als vertretbar. Das BMJ sah im Hinblick auf den Umfang der Aufgaben des Vereins in der Bereitstellung eines Kfz mit Lenker keinen ungerechtfertigten Aufwand.

35.51.4 Der RH erwiderte, solche Aufwendungen sollten nicht aus Bundesmitteln, sondern allenfalls aus Vereinsmitteln getragen werden.

35.52.1 Anläßlich einer 1980 abgehaltenen Arbeitstagung gab der Verein im Rahmen der vom Ludwig-Boltzmann-Institut vierteljährlich erscheinenden Reihe „Kriminalsoziologische Biographie" einen Tagungsbericht heraus. Von den 690 gedruckten Berichten, welche an die Tagungsteilnehmer sowie an verschiedene Einrichtungen der BewHilfe hätten verkauft werden sollen, waren zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung noch immer 520 Berichte vorhanden.

35.52.2 Der RH empfahl, künftig in ähnlichen Fällen die Bedarfseinschätzung sorgfältiger vorzunehmen.

35.52.3 Der Empfehlung des RH wurde beigepflichtet.

35.53.1 Zur Supervision wurden in Wien überwiegend Sozialarbeiter der Gemeinde Wien gegen Honorar herangezogen. Schriftliche Honorarvereinbarungen bzw Angaben über Art, Zeit und Dauer der Tätigkeit fehlten. In Salzburg und Innsbruck war ein in Linz tätiger ha BewHelfer mit der Supervision betraut, wodurch beachtliche Reisekosten anfielen.

35.53.2 Der RH empfahl dem Verein, um die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl von BewHelfern für diese Tätigkeit bemüht zu sein, Verträge schriftlich abzuschließen, bei den Belegen im Interesse der Nachvollziehbarkeit auf eine Aufgliederung der Leistung zu bestehen und möglichst ortsansässige Superviser heranzuziehen.

35.53.3 Der Verein sagte dies zu.

35.54.1 Das BMJ hat bei der Überprüfung der Telefonabrechnungen der Geschäftsstellen der BewHilfe in den Jahren 1980 und 1981 verschiedentlich ein Ansteigen der Fernsprechgebühren bis zu 50 vH festgestellt. Die aus diesem Grunde erlassene Anweisung, entsprechende Sparmaßnahmen zu ergreifen, blieb jedoch erfolglos.

35.54.2 Der RH empfahl, den Einbau von Fernwahlsperren zu erwägen und die Geschäftsstellenleiter aufzufordern, ihre Dienstaufsicht in verstärktem Ausmaß wahrzunehmen.

35.54.3 Seitens der überprüften Stelle wurde die Kostensteigerung mit der Erhöhung der Sprechgebühren sowie mit einer erhöhten Belastung der Geschäftsstellen begründet.

35.54.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung.

35.55 Weitere Bemängelungen bzw Empfehlungen des RH betrafen Energiesparmaßnahmen, die Vorsorge für Erste-Hilfe-Leistung und die Führung von Karteikarten bei den Zentralstellen für Haftentlassene. Im Betreuungsbereich wurde die Notwendigkeit der Lagerung von Habseligkeiten der Betreuten in den Geschäftsstellen in Frage gestellt und die nach Auffassung des RH unzulässige Werbung für politische Parteien bzw die Freigabe von Carnabis in einer Geschäftsstelle bzw in einem Heim bemängelt.

In den aufgezeigten Fällen wurde den Empfehlungen des RH großteils entsprochen und die Behebung der aufgezeigten Mißstände im Rahmen des Möglichen zugesagt.

Verein „Rettet das Kind" - Graz

Die Vereinsorgane übten die ihnen zustehende Kontrolle, insb im Hinblick auf die beherrschende Stellung der ehemaligen Geschäftsführerin nahezu überhaupt nicht, das BMJ nur unzureichend aus; die Überprüfung des RH war durch die Beschränkung auf die Bundesgebarung und durch die Entwendung von Belegen erschwert. Der - durch die Vereinslösung begünstigte - strafbare Sachverhalt führte zur Verurteilung der Geschäftsstellenleiterin und zur „Verbundlichung" der Bewährungshilfe in Graz.

36.1.1 Ein Einbruch in der Geschäftsstelle im August 1981, bei dem im wesentlichen nur Buchhaltungsunterlagen entwendet worden waren, war Anlaß zu einer gewissen, aber nicht ausreichenden Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen. So wurden auch während der Gebarungsüberprüfung Unterlagen entwendet und ein Notschlüsselkasten aufgebrochen.

36.1.2 Der RH empfahl weitere Verbesserungen der Sicherheitsvorkehrungen und bezeichnete die Einstellung der szt Erhebungen über den Einbruch durch die Staatsanwaltschaft ohne Einvernahme der an den Buchhaltungsunterlagen interessierten Personen als nicht verständlich.

36.1.3 Lt Mitteilung des BMJ seien die Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit aufgegriffen worden. Die Einstellung des Verfahrens sei erfolgt, weil eine Eingrenzung des Täterkreises aussichtslos erschienen und das Entwenden der Buchhaltungsunterlagen als bloße Gehässigkeit gewertet worden wäre.

36.1.4 Der RH erwiderte, daß die auch über die steirische Lokalpresse geführten Auseinandersetzungen, der geringe materielle Wert der entwendeten Gegenstände, der Umfang der Buchhaltungsunterlagen, die nicht mehr aufgetaucht wären, und die Tatsache, daß nur ein Teil der Türen aufgebrochen worden war, nicht bloß als Gehässigkeit hätten gesehen werden sollen.

36.2.1 Der Grazer Verein forderte beim BMJ die Aufwandsentschädigungen für die ea BewHelfer aufgrund der Anzahl der Betreuten an. Die Auszahlung an die ea BewHelfer erfolgte aber nur, wenn tatsächlich eine Betreuungsleistung erbracht worden war. 1981 wurden deshalb um rd 95 000 S weniger als vom BMJ angefordert an die ea BewHelfer ausbezahlt. Die Tatsache dieses Überschusses war

weder der damaligen Geschäftsstellenleiterin (nach ihrer Angabe) noch dem BMJ bekannt. Eine Überprüfung der Abrechnungen dieser Aufwandsentschädigungen in den vorvergangenen Jahren war wegen des erwähnten Abhandenkommens der betreffenden Belege nicht möglich.

36.2.2 Da die Voraussetzungen für die an das BMJ gerichteten Anforderungen in den Vorjahren die gleichen wie für 1981 waren, nahm der RH eine Überzahlung auch für diese Zeit als gegeben an und empfahl dem BMJ, zumindest die für 1979 und 1980 aller Wahrscheinlichkeit nach zu Unrecht bezahlten rd 280 000 S zurückzuverlangen.

36.2.3 Das BMJ forderte daraufhin den Verein schriftlich zur Rückzahlung der 1981 erfolgten Überzahlung auf. Zur Klärung, inwieweit eine Forderung auf Rückzahlung der auf 1979 und 1980 entfallenden Beträge mit Erfolg geltend gemacht werden könnte, wurde die Finanzprokuratur eingeschaltet. Hinsichtlich dieser Forderung wären nach Ansicht des BMJ auch die Einbringlichkeit, das Prozeßrisiko sowie allenfalls Billigkeitserwägungen zu berücksichtigen.

36.2.4 Der RH erwiderte, der Grazer Verein habe zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung etwa über 2,5 Mill S verfügt, denen damals offenbar keine nennenswerten Verbindlichkeiten gegenübergestanden seien. Er empfahl deshalb, die Angelegenheit beschleunigt zu betreiben und ihn darüber auf dem laufenden zu halten.

36.3.1 Die Lohnkosten der in der Geschäftsstelle Graz tätigen Vereinsbediensteten bezahlte fast ausschließlich der Bund, obwohl diese Bediensteten nicht unerheblich für den Verein tätig waren. Der Sachaufwand für die Geschäftsstelle wurde zur Gänze aus Bundesmitteln bestritten.

36.3.2 Wie der RH kritisch vermerkte, hätte der Grazer Verein seit Jahren einen entsprechenden Kostenbeitrag leisten müssen. Er empfahl, eine solche Beteiligung - soweit keine Verjährung vorliegt - geltend zu machen.

36.3.3 Das BMJ teilte vorerst die Auffassung des RH nicht, sagte jedoch schließlich zu, bei den abschließenden Vergleichsverhandlungen mit dem Grazer Verein um die Hereinbringung zumindest eines Teiles der dem Bund zu Unrecht entstandenen Kosten bemüht zu sein.

36.4.1 Der Grazer Verein bezahlte auf Kosten des Bundes von 1978 bis 1981 zu hohe Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds. Erst eine Steuerprüfung führte zur Rückvergütung der Überzahlungen, die der Grazer Verein dem Bund aber nur für 1981 und nicht auch für die Vorjahre anrechnete. Den mit der Überprüfung befaßten Stellen des BMJ war weder die Überzahlung, noch die unvollständige Rückvergütung aufgefallen.

36.4.2 Der RH wies auf den nicht zuletzt durch die Organisation bedingten Überprüfungsmangel hin und empfahl eine unverzügliche Hereinbringung der nicht weiter verrechneten Rückvergütungen (rd 20 000 S).

36.4.3 Der Empfehlung des RH wurde nach Mitteilung des BMJ bereits entsprochen.

36.5 Der Grazer Verein beanspruchte vom Bund Bezugskostenersätze für Bürokräfte, deren Bezüge aber tatsächlich das Landesarbeitsamt Graz aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung getragen hatte. Insb aufgrund dieses Sachverhaltes wurde ein zwischenzeitlich mit rechtskräftiger Verurteilung der damaligen Geschäftsstellenleiterin beendetes Strafverfahren eingeleitet. Die zu Unrecht geltend gemachten Personalkostenersätze (114 000 S) erhielt der Bund als Privatbeteiligter zugesprochen.

36.6.1 Der Grazer Verein hatte 1980 eine Förderungszuwendung von 40 000 S zur Unterstützung Haftentlassener erhalten. Zur Überwachung der ordnungsgemäßen Abrechnung diente dem BMJ eine Fristsetzung auf dem Geschäftsstück, die aber ohne Grund und Namenszeichen gestrichen wurde. Die nach den Verrechnungsvorschriften vorgesehene ADV-mäßige Erfassung der noch offenen Abrechnungsverpflichtung war, so wie auch in anderen Fällen, auch diesfalls unterblieben, so daß das Fehlen der Abrechnung nicht auffallen konnte.

36.6.2 Da zur Zeit der Gebarungsüberprüfung die Verwendung dieser Förderungsmittel noch nicht abgerechnet war, empfahl der RH, dies ehestmöglich nachzuholen.

36.6.3 Das BMJ sagte eine Abstellung der Formalmängel zu und erklärte, dem Grazer Verein seien für den geförderten Zweck Ausgaben in der genannten Höhe entstanden, die noch überprüft würden.

36.7.1 Die dem Grazer Verein vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel waren gemeinsam mit den Vereinsgeldern (überwiegend Spenden aus der Aktion „Licht ins Dunkel") seit Jahren auf einem mit nur 1 vH verzinsten Girokonto angelegt. Von diesem hob die seinerzeitige Geschäftsstellenleiterin mittels Scheck, den der zeichnungsberechtigte Obmann wegen seiner häufigen Abwesenheit jeweils schon im vorhinein blanco unterschrieben hatte, größere Bargeldbeträge ab. Erst seit März 1982 (Ankündigung der Gebarungsüberprüfung) bestanden für Bundes- und Vereinsgelder getrennte Konten. Die Vereinsgelder waren zu günstigeren Bedingungen veranlagt.

36.7.2 Der RH bezeichnete eine getrennte Kontenführung für die Vereins- bzw Bundesgelder aus Gründen der Gebarungssicherheit als notwendig. Damit wäre auch das Problem der Verzinsung der verlagerten Bundesmittel - derzeit werden die Zinsen in der Bundesverrechnung nicht erfaßt - lösbar gewesen. Bei bargeldloser Abwicklung der Gebarung wäre zudem eine Rekonstruktion nach Entwendung der Buchhaltungsunterlagen möglich gewesen. Weiters bemängelte der RH die ungünstige Veranlagung größerer Beträge über längere Zeit auf einem bloß mit 1 vH verzinsten Girokonto.

36.7.3 Das BMJ verwies auf die zwischenzeitlich vollzogene Trennung vom Grazer Verein. Der Grazer Verein selbst, vertreten durch einen neu zusammengesetzten Vorstand, bedauerte ebenfalls die gemeinsame Kontoführung, weil dadurch die Beweisführung, wem die entzogenen Gelder zugeflossen wären, kaum möglich erschiene.

36.8.1 In den als Nachweis über die dienstliche Tätigkeit zu führenden „Dienstbüchern" fehlten vielfach Angaben über die Dauer der an verschiedenen Orten ausgeübten Amtshandlungen. Für die Zeit des Aufenthaltes in der Geschäftsstelle waren Angaben über Art und Dauer der dort geleisteten Tätigkeiten überhaupt nicht vorhanden. Die Überprüfung der Dienstbücher war nicht regelmäßig erfolgt, sofern diese durch die teilweise sehr unordentliche Führung überhaupt möglich gewesen wäre; ein Dienstbuch fehlte überhaupt.

36.8.2 Der RH verwies auf die Bedeutung der Dienstbücher im Hinblick auf die weitgehend freie Gestaltung der Dienstzeit und empfahl daher, um eine ordnungsgemäße und vollständige Führung sowie um eine laufende Überwachung bemüht zu sein.

36.8.3 Die Erfüllung dieser Empfehlungen wurde zugesagt.

36.9 Weitere Bemängelungen im Betreuungsbereich betrafen die fallweise weit über der gesetzlichen Höchstzahl liegende Anzahl der von ea BewHelfern betreuten Schützlinge, die mangelhafte Führung der „Tagebücher", die Bewirtung von Betreuten in Lokalen zu Lasten von Bundesmitteln und die vielfach unrichtige Darstellung der Lage der Schützlinge in den dem zuständigen Gericht vorzulegenden Führungsberichten. Weiters gab noch die überhöhte Verrechnung von Kilometergeld, die äußerst großzügige Handhabung des Fernsprechers, dessen Gebrauch ohne jede Kontrolle bzw Kostenersatz auch vorsprechenden Betreuten ermöglicht wurde, und das Fehlen einer entsprechenden Vorsorge für Erste Hilfe Anlaß zu Prüfungsfeststellungen.

Diese Bemängelungen wurden im wesentlichen anerkannt und Abhilfe in Aussicht gestellt; nur hinsichtlich der als überhöht bezeichneten Verrechnung von Kilometergeld wurden verschiedene Einwendungen (längere, aber sicherere und schneller befahrbare Autobahn, „Verfahren" wegen Ortsunkenntnis und dgl) erhoben, die aber vom RH weitgehend entkräftet werden konnten.

36.10 Hinsichtlich der Organisation der Dienstaufsicht, des verstärkten Einsatzes von ea BewHelfern und der Führung der BewHilfe durch Vereine verwies der RH im Hinblick auf die im wesentlichen gleichartige Sachlage auf seine grundsätzliche Stellungnahme zu diesen Fragen beim Wiener Verein. Die Führung der BewHilfe durch einen Verein hat sich in Graz verschiedentlich eindeutig zum Nachteil des Bundes ausgewirkt.

Oberlandesgericht Wien

Um der infolge Reformbedürftigkeit der Vorschriften für das gerichtliche Einbringungswesen zunehmenden Überlastung der Einbringungsstelle zu begegnen, hat der RH verschiedene Vereinfachungen empfohlen. Bei der Verwahrungsabteilung und im Beschaffungswesen traten Mängel wegen Nichtbeachtung der maßgeblichen Vorschriften auf.

37.1 Der RH überprüfte im April und Mai 1983 die Gebarung der Einbringungsstelle (Est), der Verwahrungsabteilung (VerwAbt) und der mit dem Beschaffungswesen betrauten Verwaltungsabteilung 7 des Oberlandesgerichtes Wien (OLG Wien).

Einbringungsstelle

37.2.1 Die von den Kostenbeamten der Gerichte erlassenen Zahlungsaufträge, ausgenommen die Aufträge zur Zahlung einer Geldstrafe, werden derzeit der Est beim jeweils zuständigen OLG übermittelt. Dort werden sie überprüft, registriert, die Erstausfertigungen an den Zahlungspflichtigen gesendet, die Forderungsbeträge vorgeschrieben und die Zahlungseingänge bis zur fristgerechten Bezahlung und Verbuchung in einer Zwischenablage überwacht. Im gesamten Bundesgebiet fielen 1982 rd 411 000 solcher Zahlungsaufträge an, von denen 54,7 vH innerhalb der gesetzlichen Zahlungsfrist oder knapp danach bezahlt wurden, so daß in diesen Fällen keine Eintreibungsmaßnahmen ergriffen werden mußten.

37.2.2 Im Hinblick auf diesen hohen Anteil der ohne Eintreibungsmaßnahmen beglichenen Zahlungsaufträge erschien es dem RH vorteilhafter, die Zustellung der Zahlungsaufträge - so wie dies auch schon bisher bei der Einhebung von Geldstrafen vorgesehen ist - den Gerichten zu übertragen. Nur bei Nichtbezahlung wäre der Zahlungsauftrag einschließlich des Rückscheines der Est zur Eintreibung zu übersenden, die sodann - wie bisher - die Vollstreckbarkeit festzustellen sowie allfällige Zustellanstände zu beheben hätte. Bei den Gerichten würde ferner die derzeit bei verspäteten Zahlungseingängen oftmals notwendige Ausstellung und Übersendung einer Zahlungs- und Löschungsverfügung entfallen. Überdies würde eine Zusendung der Zahlungsaufträge vom Gericht an die Zahlungspflichtigen infolge unmittelbarer Auskunftserteilung durch den Kostenbeamten ein verbessertes Bürgerservice bringen und schließlich auch die Gebühreneinbringung infolge Entfalles der Abfertigungszeit bei der Est wesentlich beschleunigen.

37.2.3 Das BMJ stellte zunächst noch 1984 eine Neuordnung des Gerichtsgebühren- und Einbringungsrechtes in Aussicht, durch die auch die Einbringungsstelle sowie die gerichtlichen Kostenbeamten und Rechnungsführer entlastet werden sollten. Der Vorschlag des RH würde jedoch den Gerichtsbediensteten erhebliche Mehrarbeit bringen, weil die Kostenbeamten die Zustellung der Zahlungsaufträge überwachen, die Gesetzmäßigkeit des Zustellvorganges überprüfen und eine weitere Zustellung veranlassen müßten. Im übrigen würde sich infolge der geplanten Phasenpauschalierung die Anzahl der Zahlungsaufträge ohnedies erheblich vermindern und sich dadurch eine wesentliche Entlastung der Est ergeben.

37.2.4 Der RH erwiderte, daß die für die Gerichte als zu belastend empfundenen Tätigkeiten auch weiterhin von der Est zu besorgen wären und auch schon jetzt ein Teil der Gebühreneinbringung von den Gerichtsbediensteten vorgenommen werde. Im übrigen teile er die Ansicht des BMJ, daß jede Mehrbelastung der Gerichtsbediensteten tunlichst zu vermeiden wäre, was auch in seinen Reformvorschlägen gebührend berücksichtigt worden sei.

37.2.5 Das BMJ befürchtete dennoch eine unerwünschte Arbeitsvermehrung für die Geschäftsabteilungen der Gerichte, weshalb es sich neuerlich gegen den Vereinfachungsvorschlag des RH aussprach.

37.2.6 Da jedoch die vom RH vorgeschlagene Vorgangsweise bereits bei den Geldstrafen vorteilhaft angewendet wird und auch die Einwendungen des BMJ den RH nicht zu überzeugen vermochten, wird er die Angelegenheit weiter verfolgen.

37.3.1 Ein erheblicher Teil der in Strafsachen erlassenen und der Est übermittelten Zahlungsaufträge wurde zur Einbringung von Geldstrafen ausgefertigt. Anders als bei den in Zivilrechtssachen erlassenen Zahlungsaufträgen verursachte die Eintreibung dieser Geldstrafen sowohl bei der Est als auch bei den Exekutionsgerichten einen überdurchschnittlich hohen Verwaltungsaufwand, dem aber nur ein bescheidener Einbringungserfolg gegenüberstand.

37.3.2 Der RH stellte deshalb zur Erwägung, bei der Einforderung von Geldstrafen auf solche Eintreibungsversuche zu verzichten und bei fruchtlosem Verstreichen der Zahlungsfrist die dem Verurteilten ja bereits angedrohte Ersatzfreiheitsstrafe zu verhängen. Da hiebei dem Verurteilten die Möglichkeit gewahrt bliebe, den Antritt der Freiheitsstrafe durch Bezahlung der Geldstrafe abzuwenden und auch entsprechende Zahlungserleichterungen sowie eine Mäßigung des Tagessatzes zu erwirken, wäre mit einer solchen Maßnahme keine für den Verurteilten unzumutbare Härte verbunden.

37.3.3 Das BMJ wendete ein, daß es hiedurch im Belieben des Verurteilten stünde, eine Geldstrafe zu bezahlen oder die Ersatzfreiheitsstrafe anzutreten. Auch könnte ein solches Vorgehen zu einer „Trotzreaktion" der Verurteilten führen und damit einen häufigeren Vollzug der Ersatzfreiheitsstra-

fen nach sich ziehen. Überdies hätten Berechnungen für die Jahre 1979 und 1980 ergeben, daß der weitaus überwiegende Teil aller Geldstrafen hereingebracht werden konnte, was nicht zuletzt auch auf die Eintreibungstätigkeit der Einbringungsstellen zurückzuführen sei.

37.3.4 Der RH erwiderte, zwecks Vermeidung der wohl nur sehr vereinzelt zu befürchtenden „Trotzreaktion" könnte der Verurteilte durch ein entsprechend formuliertes Mahnschreiben nochmals an seine Zahlungspflicht erinnert werden. Überdies zog der RH die behauptete hohe Erfolgsquote bei der Einbringung von Geldstrafen in Zweifel, weil diese für den Bereich der Est beim OLG Wien bloß ein Ausmaß von etwa 15 vH aller ihr zugegangener Zahlungsaufträge - also lediglich 2,6 vH der Summe sämtlicher einzutreibender Geldstrafen - erreicht habe. Dies lasse vermuten, daß vom BMJ auch alle jene Strafgelder mitberücksichtigt worden seien, die von den Verurteilten noch vor Befassung der Est beglichen worden wären und somit gar keiner Eintreibungsmaßnahmen bedurft hätten. Da dem RH die Einwände des BMJ nicht stichhältig erschienen, empfahl er dem BMJ, seinen Standpunkt nochmals zu überdenken.

37.4.1 Im Strafverfahren bestimmt der Richter sowohl die Höhe der Geldstrafe als auch den Pauschalkostenbeitrag. Obwohl diese beiden vom Verurteilten zu bezahlenden Beträge somit von ein- und demselben Organ festgelegt werden und auch die zur Einbringung dieser Beträge vorgesehenen Zahlungsaufträge von ein- und demselben Organ, nämlich dem Kostenbeamten, zu erlassen sind, werden sie nicht gemeinsam, sondern in zwei voneinander getrennten Vorgängen eingefordert. Zwischen der Erlassung der Zahlungsaufträge und deren Einlangen bei der Est verstrichen nach Feststellung des RH oft viele Monate. Da die Abfertigung dieser beiden Zahlungsaufträge zu verschiedenen Zeiten erfolgte, mußten im Fall der Nichtbezahlung auch zwei Exekutionsanträge gestellt werden.

37.4.2 Der RH erachtete diese getrennte Vorgangsweise als unzweckmäßig. Da ein gemeinsames Vorgehen sowohl für die Est als auch für die Kostenbeamten der Gerichte eine wesentliche Arbeitsvereinfachung bedeuten und sich außerdem auf den Einbringungserfolg bei den Pauschalkosten günstig auswirken würde, empfahl er, ein entsprechend geändertes Zahlungsauftragsformblatt aufzulegen.

37.4.3 Der Stellungnahme des BMJ zufolge würde eine solche gemeinsame Einhebung der Geldstrafen und der Verfahrenskosten den vorhandenen kriminalpolitischen Unterschied verwischen. Überdies erschien es dem BMJ fraglich, wie es dem Verurteilten hiebei verständlich gemacht werden könnte, daß Gesuche auf Stundung von Geldstrafen und Kosten an verschiedene Stellen zu richten wären. Das BMJ sagte dennoch eine nochmalige eingehende Überprüfung zu.

37.4.4 Zu den Bedenken des BMJ bemerkte der RH, daß für die Einhebung der Geldstrafen und der Pauschalkosten jeweils ein eigener Vordruck verwendet werden könnte, die dann gemeinsam dem Verurteilten zu übermitteln wären.

37.5.1 Im Jänner und Feber 1982 wiesen von den in der Est in Zivilsachen angefallenen Zahlungsaufträgen (Gesamtanfall 1982 rd 185 000) eine große Anzahl (rd 15 bis 20 vH) Beträge auf, die, ausgenommen die Einhebungsgebühr, 50 S nicht überstiegen. Da bei derartigen Zahlungsaufträgen gem § 11 des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962 von der Eintreibung abzusehen ist, sind die nicht bezahlten am Jahresende zu löschen.

37.5.2 Der RH empfahl, künftig Forderungen bis zum Höchstausmaß von 50 S nicht mehr mittels Zahlungsauftrages, sondern nur mehr durch die einfachere Zahlungsaufforderung einzuheben. Dadurch würde nicht nur eine fühlbare Entlastung der Est und der Kostenbeamten bei den Gerichten erreicht werden, sondern es würden infolge Wegfalles der Gebühr für den Rückschein auch noch Postgebühren erspart werden.

37.5.3 Das BMJ sagte zu, dieser Empfehlung im Rahmen der geplanten Reform des Gebühren- und Kostenwesens zu entsprechen.

37.6.1 Die Zustellung von Zahlungsaufträgen an im Ausland wohnhafte Zahlungspflichtige verursacht nicht nur verhältnismäßig hohe Barauslagen, sondern wegen der häufig notwendigen Begleitschreiben und der zuweilen erforderlichen Befassung anderer Dienststellen auch einen erheblichen Arbeitsaufwand. Entsprechend einer diesbezüglichen Weisung des BMJ aus dem Jahr 1957 ist deshalb bei Forderungen bis zu 50 S von der Ausfertigung eines solchen Zahlungsauftrages abzusehen.

37.6.2 Der RH vertrat die Ansicht, daß diese aufwendigen Zustellungen infolge der seither eingetretenen Geldwertänderung auch für manche Forderungen über 50 S wirtschaftlich kaum mehr vertretbar seien und empfahl daher dem BMJ eine Neufestsetzung dieser Betragsgrenze.

37.6.3 Das BMJ stellte in Aussicht, die Empfehlung des RH in seine diesbezüglichen Reformüberlegungen einzubeziehen.

37.7.1 Die elektromechanischen Buchungsmaschinen der Est wurden Ende 1982 wegen hoher Störungsanfälligkeit gegen vier neue elektronische Geräte ausgewechselt, mit welchen nicht nur die Buchungsfälle wesentlich rascher als bisher abgewickelt, sondern auch eine Reihe früher nur händisch erstellter Statistiken und Abschlußergebnisse automatisch ausgedruckt werden können. Dies bewirkte eine bedeutende Personalentlastung.

Dennoch fanden bereits im Frühjahr 1983 Gespräche über eine neuerliche, und zwar gänzliche Umstellung auf ADV statt. Die Kosten sollten sich auf rd 5 bis 6 Mill S belaufen; mit einer Personalersparnis könne - zumindest am Anfang - nicht gerechnet werden.

37.7.2 Da diese kostenaufwendige Investition voraussichtlich auch keine Verwaltungsvereinfachung brächte und zudem in der derzeit verwendeten Anlage noch ausreichende Kapazitätsreserven vorhanden waren, empfahl der RH, von diesem Vorhaben abzusehen.

37.7.3 Das BMJ erklärte hiezu, daß es in allen Est einen möglichst weitgehenden Einsatz von ADV-Geräten anstrebe. Dieses Vorhaben beschränke sich aber nicht auf eine neuerliche Umstellung des Buchungsverfahrens, sondern sei Teil eines umfassenderen Konzepts. Es seien schon brauchbare Softwarepakete entwickelt worden, die ohne weiteres den Erfordernissen der Est angepaßt werden könnten. Auch würden die Kosten nur etwa 800 000 bis 850 000 S betragen. Das BMJ werde daher weiterhin Möglichkeiten zur Umstellung der Est auf ADV untersuchen.

37.7.4 Der RH erwiderte, weitere Automatisierungsmaßnahmen wären nur dann durchzuführen, wenn sich nach einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse der Personal- und Sachgebarung ein den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechender eindeutiger und nachvollziehbarer Vorteil ergäbe.

37.7.5 Das BMJ bekannte sich zu diesen Grundsätzen.

37.8.1 Wegen erfolglos gebliebener Fahrnispfändung sieht sich die Est sehr häufig genötigt, die vollstreckbare Forderung durch Lohnpfändung hereinzubringen, wozu es in den meisten Fällen einer Anfrage an die Sozialversicherungsträger zur Bekanntgabe eines allfälligen Arbeitgebers bedarf. Derartige Auskünfte werden von diesen im allgemeinen auch erteilt, lediglich die Wiener Gebietskrankenkasse weigerte sich seit geraumer Zeit, einem solchen Ersuchen nachzukommen, weil ihres Erachtens die hiefür nötigen Voraussetzungen der im § 7 Abs 2 des Datenschutzgesetzes, BGBl Nr 565/1978, den Organen der öffentlichen Verwaltung eingeräumten Globalermächtigung für die Einbringungsstellen nicht gegeben seien. Im übrigen verweigerten bisher auch einzelne Finanzämter die von der Est erbetene Mitteilung des Einheitswertes von Liegenschaften zahlungspflichtiger Parteien mit dem Hinweis, daß für eine solche Auskunft kein zwingendes öffentliches Interesse vorläge.

37.8.2 Da die äußerst ungünstige Erfolgsentwicklung der Est in erheblichem Maß auf die durch die Auskunftsverweigerung der Wiener Gebietskrankenkasse verwehrte Möglichkeit von Lohnpfändungen zurückzuführen war und alle Bemühungen des BMJ um eine einvernehmliche Regelung fruchtlos blieben, empfahl der RH dem BMJ, eine diesem Anliegen entsprechende Gesetzesänderung anzustreben. Dem OLG Wien legte er nahe, den Finanzämtern gegenüber auf Erteilung der für das Eintreibungsverfahren zweckdienlichen Auskünfte weiterhin zu bestehen.

37.8.3 Das BMJ stellte eine Regelung im Zuge der bereits in Angriff genommenen Neugestaltung des Gerichtsgebühren- und Einbringungsrechtes in Aussicht. Ebenso versprach das OLG Wien, im Sinne der Empfehlung des RH vorzugehen.

37.9.1 Entsprechend dem Geschäftsablauf in der Est verblieben die neuangefallenen Zahlungsaufträge bis nach Ablauf der Zahlungsfrist im Zentralregister, während die dazu ausgefertigten Namenskarten an die nach der Geschäftseinteilung zuständigen Exekutionsabteilungen weitergeleitet wurden. Diese Vorgangsweise verursachte insofern einen erheblichen Arbeitsaufwand, als bei fristgerechter Bezahlung der Forderung - derzeit in rd 100 000 Fällen jährlich - zunächst die numerisch gereihten Namenskarten und sodann auch die ebenso gereihten Zahlungsaufträge nach den buchstabenorientierten Zuständigkeitsmerkmalen der Geschäftseinteilung sortiert und letztere vor Abgabe an das Aktenlager wieder entsprechend zurückgereiht werden mußten. In der Abfertigungsstelle wurde überdies auch noch ein entbehrlicher Vormerk festgestellt.

37.9.2 Der RH empfahl, künftig die Namenskarten nicht mehr sofort, sondern erst nach fruchtlosem Ablauf der Zahlungsfrist an die Exekutionsabteilungen weiterzuleiten und damit auch diese von einem Großteil der laufenden Reihungsarbeiten in ihren Namenskarteien zu entlasten. Außerdem empfahl er, auf die Weiterführung des als entbehrlich erachteten Vormerks zu verzichten.

37.9.3 Das OLG Wien sagte letzteres zu und erwartete für das Zentralregister nach dessen Einbeziehung in das beabsichtigte ADV-System eine wesentliche Arbeitsentlastung.

37.10.1 Entsprechend einer ressortinternen Vorschrift durfte der Leiter der Est die Löschung uneinbringlich gewordener Forderungen ua nur bis zu einem Betrag von 2 000 S eigenverantwortlich anordnen. Die Entscheidungsbefugnis über höhere Beträge sowie über alle Rückzahlungen, die aufgrund von Mehr- oder Doppelzahlungen bzw irrtümlichen Einzahlungen zu veranlassen waren, oblag dem Präsidenten des OLG.

37.10.2 Der RH gab zu bedenken, daß die für Forderungslöschungen bereits vor mehr als drei Jahrzehnten festgesetzte Betragsgrenze wegen der inzwischen eingetretenen Geldwertänderung zu einer erheblichen Mehrbelastung des Oberlandesgerichtspräsidiums geführt habe. Er empfahl daher dem OLG Wien, die diesbezügliche Befugnis des Leiters der Est in vertretbarem Ausmaß zu erweitern. Ebenso hielt er die Befassung des Oberlandesgerichtspräsidenten mit der Entscheidung über die Rückerstattung irrtümlicher Zahlungen angesichts der bereits von der Est wiederholt vorgenommenen Kontrollen für entbehrlich und empfahl dem BMJ, die hiefür bestehende Entscheidungsverpflichtung des Oberlandesgerichtspräsidenten entweder gänzlich zu beseitigen oder zumindest auf eine bestimmte Betragsgrenze zu beschränken.

37.10.3 Das OLG Wien teilte hiezu mit, daß es die Löschungsbefugnis des Leiters der Est bereits bis zu einem Betrag von 5 000 S erweitert habe. Das BMJ stellte eine der Empfehlung des RH entsprechende Vorschriftsänderung in Aussicht.

37.11.1 In der als Organisationseinheit der Est eingerichteten Abfertigungsstelle bestand schon seit etlichen Jahren ein nahezu gleichbleibender Aufarbeitungsrückstand von 20 000 bis 25 000 Zahlungsaufträgen. Infolgedessen wurden die von den Gerichten eingelangten Zahlungsaufträge den Zahlungspflichtigen erst fünf bis sechs Wochen später zugestellt, als dies bei umgehender Bearbeitung möglich gewesen wäre.

37.11.2 Der RH empfahl deshalb dem OLG Wien, der Abfertigungsstelle durch eine befristete Personalverstärkung die Bewältigung dieser Rückstände zu ermöglichen.

37.11.3 Das OLG Wien sagte dies zu.

37.12.1 Die offen gebliebenen Zahlungsaufträge wurden bisher regelmäßig erst nach rd sechs Wochen an die für Eintreibungsmaßnahmen zuständigen Exekutionsabteilungen weitergeleitet. Weitere Verzögerungen der Eintreibungen ergaben sich auch dadurch, daß zahlreiche Gerichte unvertretbar lange (bis zu 1¾ Jahren) mit der Übersendung der vollstreckbar gewordenen Zahlungsaufträge an die Est zur Einhebung einer Geldstrafe zugewartet hatten.

37.12.2 Angesichts der gesetzlich vorgesehenen Zahlungsfrist von 14 Tagen empfahl der RH, um eine raschere Weiterleitung der Zahlungsaufträge bemüht zu sein.

37.12.3 Das OLG Wien hat Entsprechendes veranlaßt.

37.13.1 Die Kostenbeamten können zur Hereinbringung der im Verfahren aufgelaufenen Gebühren und Kosten entweder sofort einen Zahlungsauftrag ausfertigen und damit den gesamten Einhebungsvorgang auf die Est übertragen oder den Zahlungspflichtigen mittels einer Zahlungsaufforderung einladen, den fälligen Betrag binnen 14 Tagen unmittelbar beim Sachgericht zu entrichten. Obwohl der letztere Einhebungsvorgang wesentlich einfacher ist, sich schon bisher in vielen Fällen als durchaus erfolgreich erwiesen hat und auch die zunehmende Anfallsbelastung der Est wesentlich günstiger beeinflussen würde, wird er insb in letzter Zeit nur noch selten angewendet und in der Regel sofort ein Zahlungsauftrag an die Est abgefertigt.

37.13.2 Der RH empfahl daher dem OLG Wien, den Kostenbeamten nahezulegen, künftig wieder in vermehrtem Maß der Versendung von Zahlungsaufforderungen - was insb bei Rechtsanwälten, Notaren, Geldinstituten und als zahlungswillig bekannten Parteien auch erfolgversprechend sein wird - den Vorzug zu geben.

37.13.3 Das OLG Wien hat dies veranlaßt.

37.14.1 Der den Kostenbeamten obliegenden Verpflichtung, alle ihnen aus den Verfahrensakten bekannten Umstände über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Zahlungspflichtigen mittels der von ihnen ausgefertigten Zahlungsaufträge auch der Est bekanntzugeben, wurde bisher nur selten entsprochen.

37.14.2 Da hiedurch die Einleitung erfolgversprechender Exekutionsmaßnahmen oft verzögert und manchmal auch gänzlich vereitelt worden war, empfahl der RH, die Kostenbeamten sämtlicher Sprengelgerichte in geeigneter Weise an ihre diesbezügliche Verpflichtung zu erinnern.

37.14.3 Das OLG Wien teilte mit, daß es dieser Empfehlung bereits nachgekommen sei.

37.15.1 Mit dem Einführungsgesetz zum Strafvollzugsgesetz, BGBl Nr 145/1969, war im Jahr 1970 die bis dahin achttägige Zahlungsfrist für die nach dem StGB verhängten Geldstrafen auf 14 Tage erweitert worden. Demgegenüber ist im Gerichtlichen Einbringungsgesetz (GEG) 1962 für Geldstrafen aller Art noch immer eine bloß achttägige Zahlungsfrist vorgesehen.

37.15.2 Der RH empfahl daher dem BMJ, im Interesse einer möglichst klaren Vollzugsanweisung für eine Änderung dieser Bestimmung des GEG 1962 zu sorgen.

37.15.3 Das BMJ stellte eine entsprechende Regelung im Zuge der Neuordnung des Gerichtsgebühren- und Einbringungsrechtes in Aussicht.

37.16.1 Die Planstelle des Rechnungsführers der Est wurde beim gehobenen Dienst in der Gerichtskanzlei (VerwGr B) systemisiert. Seit der Umstellung auf eine elektronische Buchungsanlage im Dezember 1982 wurden die wichtigsten bis dahin vom Rechnungsführer erstellten Verrechnungsaufzeichnungen automatisch ausgedruckt, so daß dem bei der Est tätigen Rechnungsführer nur mehr Aufgaben verblieben, die sich qualitativ kaum von jenen eines Rechnungsführers bei Gericht, dessen Tätigkeit als Fachdienst bei Gericht (c-wertig) eingestuft ist, unterscheiden.

37.16.2 Der RH empfahl deshalb, diese Planstelle so rasch wie möglich mit einem Bediensteten der Verwendungsgruppe C zu besetzen.

37.16.3 Das OLG Wien meinte hingegen, daß die Aufgabe des als b-wertig anzusehenden Rechnungsführers nicht nur in der Führung der Amtsrechnung und des Geldbuches bestehe, sondern auch in der Abstimmung dieser beiden Aufschreibungen mit jenen des Journals der Buchungsabteilung, in der Durchführung von Rückzahlungen und ferner in verschiedenen Erhebungen.

37.16.4 Der RH erwiderte, die derzeitige Tätigkeit des Rechnungsführers bei der Est entspreche weitgehend dem Anforderungsprofil für Mitarbeiter der Verwendungsgruppe C im Rechnungsdienst. Er verblieb deshalb bei seiner Empfehlung.

37.17.1 Die im Gebäude der Est vorhandenen Fernsprechnebenstellen waren ebenso wie sämtliche im Justizpalast sowie im Palais Trautson eingerichteten Telefonverbindungen einer zentralen Nebenstellenanlage angeschlossen und über eine gemeinsame Kurzrufnummer erreichbar. Das gesamte Nebenstellennetz war allerdings mit keinen Einrichtungen zur Verhinderung aktiv herstellbarer Fernverbindungen ausgestattet, so daß von allen Sprechstellen jederzeit auch unangemeldete Überlandgespräche ohne Befassung der Fernsprechvermittlung geführt werden konnten.

37.17.2 Der RH verwies auf die durch den Einbau von Sperren für Überlandgespräche erfahrungsgemäß erzielbaren Einsparungen und empfahl dem OLG Wien, auch in seinem Bereich die Durchwahlmöglichkeit auf jene Nebenstellen einzuschränken, bei denen diese aus dienstlichen Gründen - wie etwa bei Behördenleitern und Journalrichtern - geboten wäre.

37.17.3 Das OLG Wien teilte hiezu mit, die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme untersuchen zu wollen.

37.17.4 Der RH ersuchte um Bekanntgabe des Ergebnisses.

37.18.1 Um den dringenden Raumbedarf mehrerer Justizdienststellen zu decken, erwarb der Bund 1974 zwei in unmittelbarer Nähe des Justizpalastes gelegene Liegenschaften. Das BMJ veranlaßte

nach der Kündigung eines Unternehmens die Umgestaltung der Räume vom Erdgeschoß bis zum 2. Stock, in denen in der Folge die Est untergebracht wurde. Weitere Justizdienststellen sollten nach Kündigung und Absiedlung der im 3. und 4. Stock befindlichen sechs Mieter in diese Gebäude übersiedeln.

Das BMJ beantragte zu diesem Zweck 1975 beim BMBT die Freimachung dieser sechs Mietwohnungen gegen Entschädigung, obwohl es sich bei den Mietern um keine Sozialfälle handelte. Aufgrund von Interventionen entschied der damalige Bundesminister für Justiz schließlich, daß der Kündigungsantrag nicht mehr weiter verfolgt werden sollte.

37.18.2 Da gem § 19 des Mietengesetzes idF von 1974 ein wichtiger Kündigungsgrund auch dann vorlag, wenn ein dem Bund gehörender Mietgegenstand auf eine Art verwendet werden sollte, die in höherem Maße den Interessen der Verwaltung dient als die gegenwärtige Verwendung, wäre ein Entschädigungsangebot gar nicht notwendig gewesen. Der seinerzeitige Kündigungsverzicht des Bundesministers für Justiz hatte für den Bund zur Folge, daß drei Abteilungen des LG f ZRS Wien sich noch immer im bereits unter Raummangel leidenden BG Favoriten befinden, für zwei neu geschaffene Abteilungen weitere Räume im Ausmaß von 220 m² um jährlich 127 200 S angemietet werden mußten, während für die gegenständlichen Wohnungen, die ein Gesamtausmaß von 960 m² umfassen, 1982 nur 16 236 S an Miete vereinnahmt wurden. Infolge der zwischenzeitlich geänderten Gesetzeslage wäre bei Kündigung allerdings nunmehr ein entsprechender Wohnungsersatz zu beschaffen.

Der RH empfahl, sich neuerlich um die Freimachung dieser Wohnungen zu bemühen, sofern dies wirtschaftlich noch vertretbar erscheint.

37.18.3 Das BMJ bekundete diese Absicht.

Verwahrungsabteilung

37.19.1 Über jeden bei der VerwAbt eingelangten Erlag ist dem zur Verfügung über den Erlagsgegenstand ausschließlich zuständigen Gericht zu berichten, welches sodann mit Beschluß den Verwahrauftrag zu erlassen oder sonst sachgemäß zu verfügen hat.

37.19.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurden in einigen Fällen die Verwahraufträge vom Gericht monatelang nicht erlassen, weshalb sie von der VerwAbt betrieben werden mußten. Um dies zu vermeiden, empfahl der RH, die Verwahrschaftsgerichte auf die Notwendigkeit einer umgehenden Verfügung über die hinterlegten Massen hinzuweisen.

37.19.3 Nach Mitteilung des OLG Wien wurde Entsprechendes veranlaßt.

37.20.1 Die von den Verwahrschaftsgerichten erlassenen Ausfolgeaufträge waren in vielen Fällen so mangelhaft, daß sich die VerwAbt veranlaßt sah, die Ausfolgeaufträge zur Verbesserung bzw Ergänzung der Beschlüsse an die Verwahrschaftsgerichte zurückzusenden.

37.20.2 Da Ausfolgeaufträge aus Sicherheitsgründen streng formgebunden sind und die Fehlerbehebung einen vermeidbaren Verwaltungsmehraufwand verursacht hatte, empfahl der RH, auf eine genaue Beachtung der maßgeblichen Bestimmungen hinzuwirken.

37.20.3 Das OLG Wien hat Entsprechendes veranlaßt.

37.21.1 Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind geringwertige Verwahrnisse (das sind Verwahrnisse, deren Wert ein Jahr lang 200 S oder drei Jahre lang 2 000 S nicht übersteigt) für den Bund einzuziehen. Nicht geringwertige Verwahrnisse sind einzuziehen, wenn sie während 30 Jahren nicht ausgefolgt wurden.

37.21.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurde diesen Bestimmungen seitens der Verwahrschaftsgerichte in vielen Fällen nicht entsprochen. In einem Fall handelte es sich um einen Erlag aus dem Jahr 1926.

Der RH empfahl, rechtzeitig für die Einziehung von Verwahrnissen zu sorgen.

37.21.3 Das OLG Wien hat Entsprechendes veranlaßt.

37.22.1 Bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung beim OLG Innsbruck hat der RH empfohlen, die im § 287 lit b Geo enthaltene Wertgrenze von 4 000 S für Erläge aufzuheben, weil seit der Einführung des Nebenkontensystems bei den Gerichten auch die von diesen verwalteten Gelder in das Kassensy-

stem des Bundes einbezogen sind. Das BMJ hingegen verwies auf die dann zu erwartende starke Mehrbelastung einzelner Rechnungsführer und schob die beabsichtigte Maßnahme bis zur Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung auf. Schließlich ersuchte auch das BMF um Prüfung, ob es aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nicht zweckmäßig wäre, Gelderläge weitestgehend durch die Verwahrschaftsgerichte selbst verwalten zu lassen.

Wie nunmehr erhoben wurde, haben lediglich vier Verwahrschaftsgerichte im Sprengel des OLG Wien eine größere Anzahl von Gelderlägen an die VerwAbt überwiesen, während dies bei den übrigen Gerichten kaum vorkam.

37.22.2 Der RH wiederholte seine Empfehlung, Gelderläge grundsätzlich vom Rechnungsführer des Verwahrschaftsgerichtes zu verwalten und hielt die vom BMJ eingewendete Mehrbelastung einzelner Rechnungsführer noch für vertretbar, zumal andererseits der mit den Überweisungen zwangsläufig verbundene Arbeitsaufwand dadurch erspart würde.

37.22.3 Das BMJ stellte vor einer endgültigen Entscheidung in dieser Angelegenheit noch Untersuchungen über die personellen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahme in Aussicht.

37.22.4 Der RH erwiderte, er sehe dem Ergebnis dieser Untersuchung mit Interesse entgegen; eine mögliche stärkere Belastung einzelner Rechnungsführer würde wohl durch eine deutliche Entlastung der VerwAbt ausgeglichen.

37.23.1 Das BMJ hat angeordnet, für den Bereich der gerichtlichen Verwahrung das mit einem Rundschreiben des BMF geregelte Verfahren zur Sicherung von Abgabenforderungen des Bundes (Einnachrichtenverfahren) anzuwenden. Ergänzend wurde jedoch festgestellt, daß ein Zuwarten mit der Ausfolgung, wie dies im Pkt A Abs 7 dieses Rundschreibens vorgesehen ist, der Bestimmung des § 320 Abs 1 Geo widersprechen würde und daher für den Bereich der gerichtlichen Verwahrung unzulässig sei.

Wie erhoben wurde, ist in vielen Fällen die Benachrichtigung des zuständigen Finanzamtes erst nach der Anweisung des Erlages an den Berechtigten erfolgt. Demnach wäre in solchen Fällen die Finanzbehörde gar nicht mehr in der Lage gewesen, etwaige gegen den Empfangsberechtigten bestehende Abgabenforderungen rechtzeitig beim Verwahrschaftsgericht geltend zu machen. Aus diesem Grund hat das BMF das BMJ bereits ersucht, zu überprüfen, ob nicht schon im Zeitpunkt des Erlages eine Verständigung der Finanzbehörden möglich wäre.

37.23.2 Der RH legte dem BMJ nahe, diese Angelegenheit einvernehmlich mit dem BMF einer Lösung zuzuführen.

37.23.3 Das BMJ sagte dies zu.

37.24 Weitere Bemängelungen bzw Anregungen betrafen die nichtbegründete Befreiung von Verwahrungsgebühren und die Anhebung der seit 1962 unverändert gebliebenen Gebührensätze.

Das BMJ und das OLG Wien traten den diesbezüglichen Empfehlungen des RH bei.

Beschaffungswesen

37.25.1 Mit der Herstellung von Einrichtungsgegenständen, wie bspw von Schreibmaschinentischen, Aktenböcken, Aktenregalen, Grundbuchspulten udgl, beauftragte das OLG Wien zumeist gewerbliche Möbeltischlereien.

37.25.2 Nach Ansicht des RH sollten für derartige Anfertigungen aus Gründen der Sparsamkeit vorerst die Betriebe der Justizanstalten herangezogen werden. Er empfahl, erst nach Ausschöpfung dieser Möglichkeit solche Aufträge an Privatunternehmungen zu vergeben, wie dies auch im Pkt 1,31 der ressortinternen Richtlinien zur ÖNORM A 2050 vorgesehen ist.

37.25.3 Das OLG Wien erklärte die Fremdvergabe derartiger Aufträge mit gelegentlicher Arbeitsüberlastung oder Mangel an geeigneten Arbeitskräften in den Betrieben der Strafvollzugsanstalten, die es jedoch künftig stärker heranziehen werde.

37.26.1 Um den Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes zu entsprechen, wonach den Bediensteten ein Aufenthaltsraum mit Sitzgelegenheiten bzw Einrichtungen für das Wärmen von Speisen zur Verfügung zu stellen sind, wurden ua Kücheneinrichtungen für das Arbeitsgericht Wien (Einbauküche bestehend aus einem Elektroherd mit Backrohr, Kühlschrank usw) um rd 38 500 S und für das BG Tulln (Elektromulde, Kühlschrank mit Gefrierfach, Abwäsche usw) um rd 42 500 S angekauft.

37.26.2 Nach Ansicht des RH ist die Anschaffung derartiger Kücheneinrichtungen umfang- und qualitätsmäßig weit über das gesetzlich erforderliche Ausmaß hinausgegangen und war unwirtschaftlich, weil diese Einrichtungen nur gering benützt würden. Er empfahl daher, derartige Anschaffungen den jeweiligen Erfordernissen anzupassen.

37.26.3 Das OLG Wien sagte dies zu.

37.27.1 Bei der Einrichtung von Verhandlungssälen des Jugendgerichtshofes wurden von einer Unternehmung 76 zur sonstigen Einrichtung farblich nicht passende Klappstühle geliefert, weshalb das OLG Wien deren Austausch verlangte. Gleichzeitig wurde zugesagt, die zurückgegebenen Sitzmöbel zu einem späteren Zeitpunkt neuerlich anzukaufen. Diese Zusage wurde zum Jahresende eingelöst und die Klappstühle vor den Verhandlungssälen des StrafBG Wien aufgestellt (Gesamtpreis rd 147 000 S).

37.27.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise, weil die Anschaffung letztlich ohne ausreichenden Preisvergleich, Qualitäts- und Bedarfsprüfung erfolgte. Er empfahl, Anschaffungen künftig sorgfältiger zu planen und nur nach Maßgabe des unabweislichen Bedarfes sowie bei Beachtung größter Sparsamkeit vorzunehmen.

37.27.3 Das OLG Wien sagte dies zu.

37.28.1 Aufgrund einer 1981 erfolgten Ausschreibung bestellte das OLG Wien um rd 336 000 S 66 Stück der am preisgünstigsten angebotenen Diktiergeräte einer ausländischen Markenfirma.
Einer Firma, die zT in Österreich erzeugte Diktiergeräte angeboten hatte, deren Angebot jedoch nach dem Ergebnis der beschränkten Ausschreibung nicht berücksichtigt werden konnte und die sich deshalb übergangen erachtete, gab das OLG Wien die schriftliche Zusicherung, bei der nächsten derartigen Auftragsvergabe alle Erzeugnisse österreichischer Firmen auch dann zu berücksichtigen, wenn sie preislich nicht wesentlich höher (bis etwa 6 vH Unterschied) als die anderer Herkunft liegen sollten.

37.28.2 Der RH bezeichnete eine derartige Vorgangsweise als bedenklich, weil in jedem einzelnen Vergabefall sämtliche für die Annahme eines Angebotes sprechenden technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte sorgfältig abzuwägen sind. Eine solche Zusicherung widersprach zudem Pkt 1,31 der Richtlinien zur ÖNORM A 2050, wonach für alle Bieter dieselben Wettbewerbsbedingungen zu gelten haben.

37.28.3 Die überprüfte Stelle nahm dies zur Kenntnis.

37.29.1 Wie aus der für die Buchhaltung des OLG Wien geltenden Geschäftseinteilung ersichtlich war, wurden Bedienstete sowohl für Tätigkeiten der Buchhaltung (Vorprüfung von Rechnungen) als auch der anweisenden Stelle (Bestellwesen) verwendet.

37.29.2 Da dies den haushaltsrechtlichen Bestimmungen widersprochen hatte, empfahl der RH, bei Erlassung der Geschäftseinteilung für 1984 eine entsprechende Änderung herbeizuführen.

37.29.3 Das OLG Wien sagte dies zu.

37.30 Weitere Bemängelungen betrafen die Nichteinhaltung der ressortinternen Vergaberichtlinien, die dezentrale Anschaffung von Maschinen zur Raumreinigung, die Vorlage von Angeboten und Rechnungen an das OLG Wien sowie die vorzeitige Bezahlung einer Rechnung.
Das OLG Wien ist den diesbezüglichen Empfehlungen des RH beigetreten.

b) Sonstige Wahrnehmungen

Arbeitsleihvertrag

38.1.1 Im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Verrechnungspost erhielt der RH davon Kenntnis, daß das BMJ aufgrund eines Arbeitsleihvertrages mit der Gemeinde Wien einen Kraftwagenlenker verpflichtet hatte.

38.1.2 Der RH nahm diese Posteneröffnung zwar zur Kenntnis, erhob jedoch gegen den Arbeitsleihvertrag unter Hinweis auf seine Ausführungen im Bericht über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung hinsichtlich der Gebarungsgruppe 8 „Aufwendungen - laufende Gebarung

(Ermessensausgaben)" des BFG 1977 (Abs I.8) sowohl rechtliche als auch wirtschaftliche Bedenken. Er empfahl von dem Arbeitsleihvertrag zurückzutreten und als Kraftwagenlenker - wie schon bisher - nur Bedienstete des Bundes heranzuziehen.

38.1.3 Das BMJ sah den Einsatz von Bediensteten aufgrund eines Arbeitsleihvertrages als verfassungsmäßig unbedenklich, eine unzulässige Vermischung von Personal- und Sachaufwand nicht als gegeben und den Einzel- als Ausnahmefall an. Ergänzend gab das BMJ die Mehrkosten dieses Kraftwagenlenkers jährlich mit rd 80 000 S bekannt.

38.1.4 Der RH erwiderte, Art 20 Abs 1 B-VG ginge ausdrücklich von der Organstellung der Bediensteten aus, die aber beim Abschluß eines Arbeitsleihvertrages fehle, weil mit der Arbeitsleihkraft kein Rechtsverhältnis begründet würde. Gerade die Bindung einer entsprechenden Planstelle bei Übernahme der Personalkosten für einen nicht im Bundesdienst stehenden Bediensteten zeige durch die Verwendung des Wortes „Personalkosten" deutlich, daß es sich hier um einen getrennt vom Sachaufwand zu veranschlagenden Personalaufwand handle. Der RH verblieb bei seiner Empfehlung, den gegenständlichen Arbeitsleihvertrag zu beenden.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Nichtverwendung von Grundwehrdienern für Schreibarbeiten und Hilfsdienste anstelle von Zivilbediensteten bzw von für den Truppendienst nicht mehr geeigneten Militärpersonen (TB 1976 Abs 38.8); das BMLV erklärte sich mangels Planstellen oder geeigneter Bewerber genötigt, Systemerhalter (Funktionssoldaten) für Hilfsdienste in der Heeresverwaltung einzusetzen;

(2) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für im Wehrgesetz nicht vorgesehene Hilfen, die vom Bundesheer für Gemeinden, Vereine und Firmen sowie bei Sportveranstaltungen udgl laufend geleistet werden (TB 1975 Abs 36.21 und TB 1977 Abs 41.4); das BMLV bezeichnete eine Änderung der gesetzlich festgelegten Aufgaben des Bundesheeres weder als notwendig noch als zweckmäßig, stellte aber die Ablehnung von Hilfeleistungen in Aussicht, welche im Rahmen der militärischen Ausbildung als nicht vertretbar erscheinen;

(3) Einstellung der widmungswidrigen Verwendung von Heeresfahrzeugen als zusätzliche Dienstkraftwagen bei der Zentralstelle (TB 1977 Abs 42.22); lt Mitteilung des BMLV würden die 50 Kfz der Verfügungskompanie und 149 Kfz des Kommandobataillons für das Armeekommando in seiner Eigenschaft als oberstes militärisches Führungskommando bereits in Friedenszeiten benötigt, um eine allfällige Mobilmachung oder Alarmierung des Bundesheeres sofort vorbereiten zu können;

(4) Maßnahmen gegen die seit der Heeresgliederung 1972 eingetretene Vermehrung der Kaderstände beim Armeekommando, bei höheren Kommanden und den Heeresämtern im Verhältnis zur Kaderpersonallage bei den Truppenkörpern, Anpassung der Organisationspläne an den Stellenplan lt Bundesfinanzgesetz, Maßnahmen zur Verringerung überhöhter Personalstände und Verkürzung der Instanzenwege, Anpassung der Personalstärken der Kasernkommanden an den jeweiligen Bedarf, Verwendung von Zivilbediensteten anstelle von Militärpersonen auf nicht militärspezifischen Planstellen (insb TB 1975 Abs 36.6, TB 1977 Abs 43, TB 1978 Abs 46.1 und Abs 48, TB 1979 Abs 51.5, TB 1981 Abs 46.18); lt Zusage des BMLV werde eine möglichst weitgehende Verringerung der überhöhten Personalstände „durch neue Organisationsstrukturen" und die vermehrte Verwendung von Zivilbediensteten angestrebt;

(5) Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung für Offizierskasinos, Unteroffiziersmessen und Soldatenheime (TB 1981 Abs 46.21); wegen der Verschiedenartigkeit der einzelnen Einrichtungen erschien dem BMLV weiterhin eine gemeinsame Verwaltung als nicht zweckmäßig;

(6) Reform des Verfahrens zur Ermittlung und Auszahlung der Gebührenansprüche für Reservisten bei militärischen Übungen; dadurch Einsparung von 50 bis 60 Planstellen (TB 1982 Abs 47); lt Mitteilung des BMLV werde die Arbeitsgruppe „Organisation des Wirtschaftsdienstes" auch alle mit dem Gebührenvollzug zusammenhängenden Tätigkeiten untersuchen.

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Militärkommando OÖ und nachgeordnete Dienststellen

39.1 Aufgrund der Empfehlung des RH, den seit Inbetriebnahme im Jahre 1959 nicht entsprechend genützten Truppenübungsplatz (TÜPl) Dachstein-Oberfeld wegen der hohen Betriebskosten aufzulassen oder Möglichkeiten einer besseren Nutzung zu untersuchen, stellte das BMLV die Auflassung des TÜPl zum 31. Dezember 1981 in Aussicht (TB 1981 Abs 46.23). Nunmehr teilte das BMLV mit, daß der TÜPl Dachstein-Oberfeld weiterhin militärisch genutzt werde.

39.2 Die vom RH seit 1969 schon wiederholt empfohlene Regelung der Nebengebühren für die auf hochalpinen TÜPl beschäftigten Bundesbediensteten (TB 1981 Abs 46.24) ist noch immer ausständig. Die unrechtmäßige Auszahlung von Übungs- und Zuteilungsgebühren, die bei den Angehörigen der TÜPl Dachstein-Oberfeld und Ramsau im Oktober 1977 eingestellt wurde, wird bei den Angehörigen der TÜPl Seetaleralpe und Walchen/Lizum noch immer fortgesetzt. Der jährliche Aufwand für diese gesetzlich nicht gedeckten Zahlungen beträgt rd 3 Mill S.

Der Schriftverkehr mit dem BKA und dem BMLV ist weiter im Gange.

Militärisches Bauwesen

40.1.1 Die Netzfunkstelle für das Luftraumüberwachungssystem „Goldhaube" (TB 1980 Abs 41.14 bis 41.17) ist nach Mitteilung des BMLV nunmehr fertiggestellt und dem Benützer übergeben worden; die Gesamtkosten hätten 45,08 Mill S betragen.

40.1.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist der Fertigstellungstermin somit um sechs Jahre überschritten worden; die Kosten lagen um mehr als 250 vH höher als die in den Aufträgen vom Herbst 1976 enthaltenen Bestellsummen.

40.2 Der RH empfahl anläßlich der im April 1983 erfolgten Zusammenlegung der beiden Bauämter (TB 1982 Abs 45) dem BMLV, die schon seit Jahren angekündigte Neuausgabe der „Richtlinien für das militärische Bauwesen" zu beschleunigen und dabei auch die Belange der Landesbefestigung bzw des militärischen Sperrwesens zu berücksichtigen, um eine Vereinheitlichung in der Abwicklung der Bauangelegenheiten auch im Bereich der nachgeordneten Kommanden und Dienststellen zu erreichen.

Eine Erledigung steht noch aus.

Geld- und Rechnungswesen (Heereskassen)

41. Die vom RH wiederholt empfohlene Umwandlung der derzeitigen „Forterhaltungsgebühr" in eine monatliche Aufwandsentschädigung, die vom BMLV zuletzt für den 1. Jänner 1984 zugesagt worden war (TB 1982 Abs 46), wurde neuerlich aufgeschoben. Ein Schriftverkehr ist im Gange.

Militärwirtschaftsdienst

42.1 In den Organisations- und Personalangelegenheiten für den Militärwirtschaftsdienst (TB 1982 Abs 48.2 bis 48.7) wurde im wesentlichen kein Fortschritt erzielt. Das BMLV stimmte bisher keiner der vom RH empfohlenen Personaleinsparungen zu. Es begründete dies zuletzt im allgemeinen damit, daß der Militärwirtschaftsdienst nicht nur auf die kostengünstigste Bewältigung des Friedensbetriebes ausgerichtet sein könne, sondern auch den Erfordernissen in Fällen von Krisen und eines Einsatzes gem § 2 des Wehrgesetzes 1978 bestmöglich entsprechen müsse. Ein eigens errichteter Arbeitskreis „Organisation des Wirtschaftsdienstes" (OrgdWiD), dessen Tätigkeit sich über einen längeren Zeitraum erstrecken werde, habe die Aufgabe, die OrgdWiD den Erfordernissen der Raumverteidigung und der wirtschaftlichen Landesverteidigung anzupassen. Dieser Arbeitskreis wurde zB bezüglich der vom RH beanstandeten Errichtung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes für einen leitenden Beamten der trotz Aufgabenverringerung zu einer Abteilung erhobenen Verwaltungsgruppe der Heeresbekleidungsanstalt (TB 1982 Abs 48.2.1.2) beauftragt, die Notwendigkeit dieses Arbeitsplatzes „hinsichtlich der Wahrnehmung anderer Aufgaben" zu prüfen.

42.2 Der RH wies darauf hin, daß das BMLV für die überprüften Wirtschaftskörper mit Wirkung vom 1. März 1982 neue Organisationspläne in Kraft gesetzt und die Bundesregierung das neue Raumverteidigungskonzept bereits am 28. Feber 1978 beschlossen habe. Er war daher bei seiner Gebarungsüberprüfung davon ausgegangen, daß die vorgelegten Organisationspläne bereits unter Berücksichti-

gung der Erfordernisse der Raumverteidigung und der damit verbundenen wirtschaftlichen Erfordernisse erstellt worden wären.

Die Errichtung des bspw erwähnten Arbeitsplatzes war offenbar unnötig und entsprach wegen fehlender Aufgaben, welche die volle Normalarbeitszeit eines Menschen erfordern, nicht § 36 Abs 2 BDG 1979. Es wäre somit nicht im nachhinein zu prüfen, welche Aufgaben diesem Arbeitsplatz zugewiesen werden könnten; vielmehr wäre dieser aufzulassen gewesen.

Der Schriftverkehr mit dem BMLV ist noch im Gange.

Buchhaltung

43.1 Hinsichtlich der vom RH bemängelten Personalstände bei der Buchhaltung (BH) des BMLV (TB 1982 Abs 49.4 bis 49.6) wurde bisher keine volle Einigung erzielt. Für den Zeitpunkt der vorgesehenen Übersiedlung der BH in neue Räumlichkeiten (TB 1982 Abs 49.1) wurde zwar eine Verminderung der Anzahl der Bediensteten in der Verrechnungsstelle 1 zugesagt, jedoch nicht in dem vom RH als notwendig angesehenen Ausmaß. Bei der Besoldung wurde auf Besonderheiten des Ressorts verwiesen, die nach Auffassung des BMLV einen höheren Bearbeiterstand rechtfertigten. Auch bei der Prüfungsstelle lehnte das BMLV eine Verminderung in dem im Prüfungsergebnis dargelegten Umfang ab.

43.2 Das BMLV nahm die Vorhaltungen über die Anwendung der Phasenbuchführung zur Kenntnis (TB 1982 Abs 49.7) und traf zwischenzeitlich Maßnahmen, die eine vorschriftsmäßige Erfassung aller Geschäftsfälle in der Haushaltsverrechnung sicherstellen sollen.

43.3 Bezüglich der Anschaffung eines Kleincomputers für die Besoldung der UN-Soldaten (TB 1982 Abs 49.10) gab das BMLV bekannt, daß die Anlage vermutlich ab Ende 1985 veräußert oder im Sachgüteraustausch zur Verfügung gestellt werde. Bis dahin sollen die Besoldung und weitere im Zuge der UN-Verwaltung notwendige Tätigkeiten einem bestehenden ADV-System der Bundesverwaltung übertragen werden.

Damit würde der Empfehlung des RH, der anstelle der Anschaffung eines eigenen Computers von Anfang an die Einbindung der UN-Besoldung in das Bundesrechenamt für zweckmäßiger erachtet hatte (TB 1982 Abs 49.10.2), entsprochen werden.

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Militärkommando Niederösterreich und nachgeordnete Dienststellen

Die organisatorischen und personellen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des neuen Landwehrkonzeptes in die Praxis waren - sowie schon beim Militärkommando Oberösterreich (TB 1981 Abs 46) - auch in Niederösterreich festzustellen. Bei der Geräte- und Materialausstattung insb bei Kraftfahrzeugen wirkte sich die beengte Budgetlage der Landesverteidigung in Form von Fehlbeständen und überaltertem Gut aus. Anlaß zur Kritik gaben unter anderem die Inbetriebnahme der Ostarrichi-Kaserne sowie die Form der Unterstützung der Heeressportvereine.

Organisation und Personal

44.1.1.1 Nach der ursprünglichen Zielvorstellung für die Heeresgliederung 1972 sollte im Befehlsbereich des Militärkommandos (MilKdo) NÖ nebst kleinen aktiven Kadern für die Landwehrregimentskommanden der „raumgebundenen Landwehr" nur ein Landwehrausbildungsregiment aufgestellt werden. Dieses Regiment sollte einerseits die Friedensbasis für die nach dem Milizsystem aufzustellende „mobile Landwehr" bilden, andererseits sollte es von den zum Grundwehrdienst heranstehenden Wehrpflichtigen soviele in den entsprechenden Waffengattungen ausbilden, wie für die mobile und die raumgebundene Landwehr gebraucht werden. Statt dessen wurden aufgrund der als „Fortsetzung der bisher zur Heeresgliederung 1972 getroffenen Verfügungen" bezeichneten Landwehrorganisation 1978 fünf Landwehrstammregimenter (LWSR) gebildet. Die Aufstellung eines weiteren LWSR ist geplant. Dies hatte zur Folge, daß der weitaus größte Teil des zur Verfügung stehenden Kaderpersonals bei den vermehrten Regimentskommanden und Stabskompanien (StbKp) sowie bei den Wirtschaftsversorgungsstellen (WiVersSt) der LWSR Verwendung fand und für die Aufstellung der Ausbildungskompanien (AusbKp) nur wenig Kaderpersonal übrig blieb.

44.1.1.2 Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung verteilte sich das Kaderpersonal der LWSR zu 34 vH auf die Kommanden und StbKp, zu 34 vH auf die WiVersSt und zu 32 vH auf die AusbKp. Von diesen bestand in erster Linie das Kompaniekommando mit einer Versorgungsgruppe. Die Ausbildungsgrup-

pen waren bei vier LWSR mit insgesamt 13 AusbKp im Durchschnitt nur halb so stark besetzt wie vorgesehen.

44.1.1.3 Der hohe Fehlbestand an Ausbildungsgruppenkommandanten ist ua auch auf die niedrige Bewertung der betreffenden Unteroffiziersfunktionen zurückzuführen, weil die anderen im Befehlsbereich MilKdo NÖ (88 vH) größtenteils höher bewertet waren.

44.1.1.4 Im Interesse der Güte der Ausbildung erließ das Armeekommando die Weisung, die Anzahl jener Wehrpflichtigen, die eine sechsmonatige allgemeine und waffeneigene Grundausbildung erhalten sollen, um danach als Reservist zu einer MobEinheit der mobilen oder raumgebundenen Landwehr beordert werden zu können, nur nach Maßgabe der vorhandenen Ausbildungsgruppenkommandanten festzusetzen. Aufgrund der dementsprechend für 1983 und 1984 festgesetzten Einberufungskontingente wurde vom MilKdo NÖ ein Ausstoß an mobbeorderungsfähigen sechs Monate-Grundwehrdienern (GWD) erwartet, der nicht einmal ausreicht, um die laufenden Abgänge bei den zur Zeit mobbeorderten Reservisten zu ersetzen, geschweige denn den Personal-Fehlbestand auf die laut Landesverteidigungsplan bis 1986 zu erreichende Heeresstärke abzubauen.

44.1.2 Der RH erachtete die Verteilung des Kaderpersonals als unzweckmäßig und stellte angesichts der schon für den eigenen Bereich ungenügenden Ausbildungskapazität des MilKdo NÖ die Anordnung in Zweifel, daß dieses auch für das MilKdo OÖ mobbeorderungsfähige sechs Monate-GWD auszubilden habe (TB 1981 Abs 46.1.3).

44.1.3 Das BMLV begründete die hohen Personalstände der Regimentskommanden, StbKp und WiVersSt mit den Personalstärken der in ihnen enthaltenen MobTrupps, Materialerhaltungs- und Kraftfahrzügen. Die Bewertung der Arbeitsplätze für Ausbildungsgruppenkommandanten sei im Einvernehmen mit dem BKA festgesetzt worden, werde aber neuerlich überprüft werden. Der voraussichtliche Fehlbestand an mobbeorderungsfähigen Reservisten wäre aufgrund neuerer Erhebungen niedriger; zu seiner Abdeckung wäre eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden. Die Ausbildung mobbeorderungsfähiger GWD für das MilKdo OÖ im Bereich des MilKdo NÖ sei nicht mehr vorgesehen.

44.1.4 Der RH erwiderte, MobTrupps, Materialerhaltungs- und Kraftfahrzüge hätten schon früher bestanden; eine notwendig gewordene Erweiterung dieser Einrichtungen wäre daher auch ohne die zusätzlichen, nur für den Friedensbetrieb vorgesehenen Regimentskommanden durchführbar gewesen. Die zur Abdeckung des Fehlbestandes an mobbeorderungsfähigen Reservisten genannten Maßnahmen stellten größtenteils nur Notmaßnahmen dar.

44.2.1.1 Während allgemein ein Mangel an mobbeorderungsfähigen sechs Monate-GWD besteht, wurden für eine bestimmte Waffengattung mehr GWD ausgebildet als erforderlich waren. Für diese Waffengattung wurde ein eigenes LWSR errichtet, obwohl die Landwehrorganisation 1978 nur die Errichtung von LWSR als territoriale Zonenkommanden vorsieht und für zwei der in NÖ vorgesehenen Raumsicherungs- bzw Schlüsselzonen noch keine LWSR bestehen.

44.2.1.2 In den Jahren 1979 und 1980 wurden von den ausgebildeten GWD des genannten LWSR nur 20 vH mobbeordert. Um die Ausbildungskapazität dieses LWSR zu nützen und in besonderen Ausbildungsbereichen zu verbessern, wurden ihm ab 1981 von anderen LWSR weitere einschlägige Aufgaben übertragen.

44.2.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist mit der Schaffung eines LWSR für eine bestimmte Waffengattung von den Grundsätzen der Landwehrorganisation 1978 abgegangen worden, wonach jedes LWSR die Ausbildung für alle Waffengattungen seiner MobVerbände selbst durchzuführen hätte.

44.2.3 Lt Stellungnahme des BMLV könnte in der betr Waffengattung den Ausbildungserfordernissen nur in größeren Formationen ab Kompanieebene und nicht durch einzelne Ausbildungszüge bei allen LWSR entsprochen werden. Ein Abgehen vom seinerzeitigen Grundsatz der Durchführung der Ausbildung für alle mobzugeordneten Verbände durch die einzelnen LWSR sei jedoch grundsätzlich nur für die gegenständliche und zwei weitere Waffengattungen vorgesehen.

44.2.4 Der RH antwortete, die erwähnten Ausbildungserfordernisse hätten schon bei der Erstellung des LWSR-Konzeptes bekannt sein müssen, weshalb ein Landwehrausbildungsregiment für NÖ mit nach Waffengattungen gegliederten Ausbildungskompanien zweckmäßiger gewesen wäre.

44.3.1 Der Bundesminister für Landesverteidigung gab in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (Nr 1776/J vom 16. März 1982) bekannt, daß etwa 30 vH aller GWD Systemerhalter (Funktionssoldaten) seien. Wie der RH erhoben hat, lag im Befehlsbereich des MilKdo NÖ der Anteil der Systemerhalter, die an keiner waffeneigenen Grundausbildung teilnehmen und nach acht Wochen allgemeiner Grundausbildung zu verschiedenen Diensten eingeteilt werden, jedoch bei 70 vH. Im Bereich des MilKdo OÖ (TB 1981 Abs 46.1) war dieser Anteil noch höher.

44.3.2 Der RH ersuchte angesichts dieses Sachverhaltes das BMLV um Aufklärung des Unterschiedes.

44.3.3 Lt Stellungnahme des BMLV gebe es zwei Gruppen von Systemerhaltern (Gruppe E und F), wobei nur die Soldaten der Gruppe F, die für Funktionen zur Aufrechterhaltung des Friedensbetriebes des Bundesheeres notwendig seien, als Systemerhalter im eigentlichen Sinn zu bezeichnen wären. Auf die Systemerhalter der Gruppe E, die zwar in einer ihrem Zivilberuf entsprechenden Funktion Dienst versehen, grundsätzlich aber für eine dem Einsatz angemessene Funktion ausgebildet und mobbeordert würden, treffe dies hingegen nicht zu. Der Systemerhalteranteil der Gruppe F, der bei den MilKden größer sei als bei der Bereitschaftstruppe und den Landwehrrahmenverbänden, betrage auf das gesamte Bundesheer bezogen rd 30 vH.

44.3.4 Der RH erwiderte, in der Praxis des Heeresbetriebes sei kein Unterschied zwischen den beiden Gruppen festzustellen.

Auf diese Angelegenheit wird im Zuge einer anderen Gebarungsüberprüfung noch eingegangen werden.

44.4.1 Die für Militärpersonen und Zivilbedienstete des MilKdo NÖ systemisierten Planstellen stiegen von Jänner 1972 bis Jänner 1978 um 68 und bis Mai 1982 um weitere 32, davon 12 vorläufig „gesperrte" Planstellen an. Für den aktiven Kader des mit 1. Juli 1978 errichteten Stabsbataillons waren um drei Planstellen weniger vorgesehen als für die entsprechenden Teile der diesem Kader eingegliederten ehemaligen Stabskompanie. Während sich der tatsächliche Stand an Zivilbediensteten im Vergleichszeitraum von 85 auf 132 erhöhte, wurden deren Planstellen von 80 auf 37 vermindert.

44.4.2 Wie der RH kritisch vermerkte, sei die allgemeine Planstellenvermehrung größer als es der mit 1972 eingetretenen Aufgabenvermehrung entsprechen würde. Als nicht zweckmäßig sah er die Verringerung der Planstellen für Zivilbedienstete bzw deren Umwandlung in teurere Planstellen für Militärpersonen an, weil sich an den in den Bereich der Heeresverwaltung fallenden Aufgaben der MilKden durch die Heeresgliederung nichts Wesentliches geändert hat.

44.4.3 Lt Stellungnahme des BMLV seien den MilKden durch die Heeresgliederung 1972 Aufgaben übertragen worden, die über reine Verwaltungsaufgaben weit hinausgingen. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Führungstätigkeit im Einsatzfall sollte der militärische Kader bereits im Frieden in den MilKden eingegliedert sein. Im einzelnen wurden die Planstellenvermehrungen mit verschiedenen organisatorischen Maßnahmen begründet.

44.4.4 Der RH erachtete diese Begründungen für unzureichend und ersuchte um weitere Erläuterungen.

44.5.1 Da in der Vergangenheit nicht alle für Militärpersonen vorgesehenen Planstellen mit Offizieren und Unteroffizieren besetzt werden konnten, wurden vor allem in Bereichen der Heeresverwaltung und des Wirtschaftsdienstes Zivilbedienstete auch in leitenden Funktionen herangezogen. Andere Zivilbedienstete, die ebenfalls in der WiVersSt auf militärischen Planstellen eingesetzt waren, hatten aufgrund mangelnder Eignung für den Wehrdienst nicht einmal eine MobEinteilung.

44.5.2 Der RH empfahl, wie bereits früher anläßlich ähnlicher Feststellungen (zuletzt TB 1982 Abs 48.1.2 (2)), Zivilpersonen vermehrt zu verwenden und regte an, militärische in zivile Planstellen umzuwandeln. Allerdings müßte hiebei entsprechend dem Milizcharakter des Bundesheeres auf eine Mobverwendungsfähigkeit Rücksicht genommen werden.

44.5.3 Das BMLV führte die Heranziehung von Zivilbediensteten auf personelle Engpäße bzw auf organisatorische Umstellungen zurück. Im Rahmen einer geplanten Neuorganisation des Wirtschaftsdienstes würde auch der Bedarf an militärischen Planstellen in diesem Bereich untersucht werden, wobei jedoch aus Gründen der Einsatzvorbereitung weiterhin militärische Planstellen auch im Friedensbetrieb vorgesehen werden müßten.

44.5.4 Der RH wird die Ausarbeitung der Neuorganisation abwarten.

44.6.1 Wie stichprobenweise durchgeführte Arbeitsplatzuntersuchungen ergaben, wurden systemisierte Arbeitsplätze widmungswidrig verwendet, dadurch nicht der Wirklichkeit entsprechende höherwertige Tätigkeitsmerkmale ausgewiesen und der Gewährung von Verwendungszulagen gem § 30a des Gehaltsgesetzes 1956 zugrundegelegt. Mehr als die Hälfte der formell als Ausbildungsgruppenkommandanten eingeteilten und als solche zu zeitverpflichteten Soldaten ernannten Angehörigen eines LWSR waren in anderen Funktionen tätig, für die keine entsprechenden Arbeitsplätze systemisiert bzw frei waren.

44.6.2 Der RH wiederholte die anläßlich ähnlicher Fälle schon vorgebrachten Bemängelungen.

44.6.3 Das BMLV sagte entsprechende Maßnahmen zu.

44.7.1.1 Im Jahr 1981 wurde im Armeebereich eine neue Form der Überstundenregelung eingeführt. Den Kommandanten der Heeres- und Truppenkörper wurde jeweils für ein Jahr eine bestimmte Gesamtzahl von Überstunden (ab 1982 nur mehr finanziell abzugeltende Überstunden) zur Selbstverwaltung im eigenen Befehlsbereich zugewiesen. Mangels genauer Bedarfserhebungen sind die von der Bundesregierung verfügten Überstundeneinsparungen im wesentlichen nur gleichmäßig auf die einzelnen Kontingente umgelegt worden.

44.7.1.2 Eine stichprobenweise Überprüfung der Festsetzung, Verwaltung und Abrechnung der Überstunden gestaltete sich wegen unzureichender Unterlagen schwierig. Außerdem stimmten mitunter die Aufzeichnungen über den Dienstbetrieb (Tages-, Wochendienstpläne udgl) nicht mit den Überstundenabrechnungen überein, so daß letztlich auf Privataufschreibungen und mündliche Auskünfte zurückgegriffen werden mußte, um die Ordnungsmäßigkeit der verrechneten Leistungen zumindest glaubhaft zu machen.

44.7.2 Der RH erachtete dieses Verfahren als unzweckmäßig und zu verwaltungsaufwendig. Nachdem bei militärischen Übungen die Mehrleistungen des Kaderpersonals ohnehin schon teilweise pauschal erfaßt werden, empfahl der RH, von der im Gehaltsgesetz 1956 vorgesehenen Möglichkeit der Pauschalierung von Nebengebühren in vermehrtem Ausmaß Gebrauch zu machen und auf diese Weise die Truppe von Verwaltungsarbeiten zu entlasten.

44.7.3 Das BMLV erklärte hiezu, die Empfehlung des RH sei nicht zielführend, weil aufgrund von Versetzungen, Dienstzuteilungen, Kursbesuchen udgl die Pauschalierungsbescheide zu oft geändert werden müßten, wobei stets das Einvernehmen mit dem BKA und BMF herzustellen wäre.

44.7.4 Der RH regte daraufhin einen internationalen Vergleich und eine allfällige gesetzliche Sonderregelung an.

44.8 Weitere Beanstandungen des RH auf dem Gebiet des Personalwesens betrafen ua die Notwendigkeit sowie die Auslastung von bestimmten Arbeitsplätzen und die unrichtige Zuerkennung von Nebengebühren. Teilweise ist hierüber noch ein Schriftwechsel im Gange.

Geräte- und Materialverwaltung

44.9.1.1 Wie eine Überprüfung der Ausrüstung der Landwehr sowie der Verwaltung von Geräten und Material im Bereich des MilKdo NÖ ergab, war die Ausstattung bei einigen Waffensorten, bei verschiedenen Ausrüstungsgegenständen und bei Pionier-Booten und -Fähren unvollständig.

44.9.1.2 In geringerer Anzahl als vorgesehen, waren geländegängige Lastkraftwagen, Spezialfahrzeuge, Großraumbusse, Krafträder und Anhänger verfügbar. Auch bei der Munitionsausstattung waren nicht alle Sorten in voller Höhe vorhanden.

44.9.2 Das BMLV erklärte sich bemüht, die Fehlbestände im Rahmen der budgetären Möglichkeiten weiter zu verringern.

44.10.1 Der Kraftfahrzeugbestand des MilKdo NÖ war zT überaltert, das Durchschnittsalter der Kfz betrug mehr als zehn Jahre. Ein bei den LWSR verwendeter geländegängiger Kraftfahrzeugtyp war über 20 Jahre alt und dementsprechend reparaturanfällig. Die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft erforderte hohe Instandsetzungskosten.

44.10.2 Wie der RH bereits wiederholt anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen bei anderen Dienststellen bekundet hat, erachtete er Reparaturen an stark überalterten Fahrzeugen als unzweckmäßig. Diese Fahrzeuge zählten zwar auf den Stand, im Einsatzfalle wären sie aber wegen der großen Reparaturanfälligkeit nur von geringem Nutzen.

44.10.3 Das BMLV verwies allgemein auf den Mangel an Budgetmitteln und bezeichnete bei einzelnen Fahrzeugtypen eine Ausscheidung trotz hoher Instandsetzungskosten aus militärischen Gründen als nicht vertretbar. Ihre Verfügbarkeit wäre jedenfalls zu Beginn eines Einsatzes - vor allem bis zum Wirksamwerden von Maßnahmen zur Aufstockung des Fahrzeugbestandes (zB durch Aufbringung nach dem Militärleistungsgesetz) - von Bedeutung. Der vollständige Ersatz der überalterten geländegängigen Fahrzeuge sei zwar eingeleitet worden, wäre aber lt dem dzt gültigen Investitionsprogramm nicht vor Ablauf weiterer acht Jahre möglich.

44.11.1.1 Bei der Ersatzteil- und Materialverwaltung im Bereich des MilKdo NÖ stellte der RH verschiedene Mängel in der Verrechnung und im Belegwesen fest, die zT auf die fehlende fachliche Vorbildung des Personals und zT auf eine mangelhafte Unterweisung oder Dienstaufsicht zurückzuführen waren.

44.11.1.2 Obwohl die Bestände an Versorgungsgütern lt Vorschrift regelmäßig und bei bestimmten Anlässen einer Inventur zu unterziehen sind, lag die letzte Bestandsprüfung in einem Lager bereits acht und in einem anderen vier Jahre zurück.

44.11.2 Der RH ersuchte um Aufklärung einiger Materialeinkäufe und empfahl, in Hinkunft durch Verstärkung der Dienstaufsicht und Belehrungen für die Einhaltung der Vorschriften zu sorgen.

44.11.3 Das MilKdo NÖ nahm zu den Ausführungen des RH ausführlich Stellung und traf die entsprechenden Veranlassungen.

44.12.1 Obwohl die Truppe ab Juni 1980 die Kraftfahrzeugappelle vierteljährlich durchzuführen hatte, betrugen die Zeiträume zwischen den Appellen bei verschiedenen Einheiten des MilKdo NÖ teilweise fünf bis 33 Monate.

44.12.2 Da diese Kraftfahrzeugappelle auch zur Erhöhung der Verkehrssicherheit der Fahrzeuge dienen, empfahl der RH, in Hinkunft durch verstärkte Dienstaufsicht auf deren ordnungsgemäße Durchführung zu achten.

44.12.3 Das MilKdo NÖ kam dieser Empfehlung nach.

44.13 Weitere Bemängelungen des RH bezogen sich auf die zeitgerechte Durchführung der vorgeschriebenen Wartungsdienste bei Räderfahrzeugen, die Ausstattung und die Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen in den Werkstätten, die Lagerung von Feldzeuggerät, die Schlüsselverwaltung, die Verwaltung von Kanzleimaterial usw. Das MilKdo NÖ sagte die erforderlichen Maßnahmen zu.

Bauangelegenheiten

44.14.1.1 Im September 1982 wurde dem Bundesheer der erste Bauabschnitt der Ostarrichi-Kaserne bei Amstetten, bestehend aus den Mannschaftsunterkünften sowie dem Kommando- und dem Wirtschaftsgebäude, übergeben. Die für einen geregelten und ordnungsgemäßen militärischen Betrieb notwendigen Folgeeinrichtungen fehlten jedoch noch.

44.14.1.2 Mit der Belegung der Kaserne wurde schon Monate vor dem Übergabezeitpunkt begonnen, sie war mit der Verlegung eines LWSR bereits Ende April 1982 abgeschlossen.

44.14.1.3 Die vorzeitige Belegung der Kaserne führte zu verschiedenen Unzulänglichkeiten, vor allem hinsichtlich der geschützten Lagerung von empfindlichen Waffen und Geräten. Infolge Fehlens von Garagen, Flugdächern udgl waren mehrere Panzerabwehrkanonen und sämtliche Kraftfahrzeuge im Freien abgestellt. Die Reparaturen und Wartungsarbeiten wurden in Spratzern bzw St. Pölten durchgeführt, was einen großen Zeit- und Kostenaufwand verursachte. Die Betankung der Fahrzeuge erfolgte zunächst aus Kanistern, zu deren Befüllung mehrmals in der Woche Treibstoff aus Melk (40 km entfernt) herangeholt wurde.

44.14.1.4 Auch wegen des fehlenden Schießplatzes im Raume Amstetten entstanden wegen der Schießausbildung in Völtendorf (bei St. Pölten) Zeitverlust, Kosten und Fahrzeugverschleiß. ZB waren an einem Tag zwei Lastkraftwagen zum Transport der Soldaten zum Schießplatz Völtendorf und zurück eingesetzt, die dabei diese Strecke vier- bzw fünfmal zurücklegten, was 561 km bzw 680 km ergab. An diesem Tag waren keine weiteren Fahrzeuge zum Mannschaftstransport verfügbar, weil 19 Lastkraftwagen wegen der fehlenden Wartungs- und Reparaturmöglichkeiten nicht mehr fahrbereit waren.

44.14.1.5 Die Planung und Ausführung des Kasernenbaues wies Mängel auf. So wurde zB beim Kommandogebäude die lichte Höhe der Durchfahrt von und zur Laderampe des zentralen Bekleidungsmagazins zu gering bemessen, so daß sie von den Heeres-Lkw nicht benützt werden konnte und eine eigene Zufahrtsstraße errichtet werden mußte. Bei einer anderen Rampe war die Zufahrt von Lkw mit Ladebühnen nicht möglich, weil sich davor eine Stiege befindet. Außerdem war vor der Doppeltüre nur ein Blechgitter mit ungenügender Tragkraft als Lichtschachtabdeckung angebracht. Der Mannschaftsspeisesaal, das Soldatenheim, das Offizierskasino und die UO-Messe waren für den Fall des vollen Belages der Kaserne im Endausbau zu klein ausgelegt.

44.14.2.1 Der RH bemängelte die Verlegung zu einem verfrühten Zeitpunkt, weil Zufahrtsstraßen noch nicht fertiggestellt waren und im gesamten Kasernenbereich noch Erdarbeiten, Pflasterungen und sonstige Bodenbefestigungen vorgenommen wurden. Wegen des Zuganges über unbefestigte Flächen unterlagen die Plastikfußböden in den einzelnen Gebäuden einer großen Abnutzung.

44.14.2.2 Nach Ansicht des RH nötigte die Übergabe einer unvollendeten Kaserne an die Truppe zu kostspieligen vorläufigen Lösungen und war mit Leerläufen im Ausbildungsbetrieb verbunden. Er empfahl, alle angefallenen Mängel auch baulicher Art zu erfassen, um diese bei der Errichtung neuer Kasernen vermeiden zu können.

44.14.3.1 Lt Stellungnahme des BMLV sei der Bezug der Ostarrichi-Kaserne noch vor dem Vollausbau wegen Fortschreitens des Heeresaufbaues zwingend gewesen. Die Schaffung der noch fehlenden Einrichtungen hätte mangels zur Verfügung stehender Mittel auf eine zweite Bauphase verschoben werden müssen.

44.14.3.2 Die Errichtung eines Garagengebäudes mit Wartungsbox und einer Kfz-Werkstätte werde als vordringlich betrieben werden. Vorläufig seien auf dem Kasernengelände zwei Werkstättenzelte errichtet worden, in denen allerdings nur in der warmen Jahreszeit Arbeiten durchgeführt werden können. Außerdem werde ein geeignetes Werkstättengelände in Amstetten zwecks vorübergehender Anmietung gesucht. Die Inbetriebnahme der Behelfstankstelle sei Ende Feber 1983 erfolgt. Der Baubeginn für eine Schulschießanlage in der Nähe der Kaserne werde noch im Jahre 1984 angestrebt. Für die Größe von Soldatenheimen, Offizierskasinos und UO-Messen sei im Jahre 1982 eine Raumbedarfsrichtlinie erlassen worden. Eine zusammenfassende Mängelliste werde den planenden Architekten zur Kenntnis gebracht werden.

44.15.1 Von den Kasernkommanden und vom Baureferat des MilKdo NÖ werden laufend im eigenen Wirkungsbereich und zu Lasten von Budgetmitteln des BMLV kleinere Bauvorhaben sowie Maler- und Anstreicherarbeiten in Kasernen durchgeführt.

44.15.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist bei den mit Truppenkräften durchgeführten Arbeiten die Materialverrechnung nicht immer vorschriftsgemäß erfolgt und sind unverbrauchte Materialreste nicht verbucht worden. Außerdem wurden Aufträge freihändig vergeben, obwohl wegen der Betragshöhe beschränkte Ausschreibungen hätten vorgenommen werden müssen.

Der RH empfahl, in Hinkunft die Vorschriften über die Materialaufschreibungen und die Vergabe zu beachten.

44.15.3 Das MilKdo NÖ sagte dies zu.

44.16.1 Im Bereich des MilKdo NÖ befanden sich feste Anlagen, die noch keinerlei sanitäre Einrichtungen aufwiesen.

44.16.2 Der RH empfahl, auch im Interesse des Umweltschutzes eine Lösung zu suchen, die einen hygienisch einwandfreien Übungsablauf sowohl für die Übungsteilnehmer als auch für die Anrainer gestattet.

44.16.3 Das BMLV sagte dies zu.

Wirtschaftliche Angelegenheiten

44.17.1 Eine bei drei Truppenküchen bzw Kochstellen durchgeführte Gegenüberstellung der Verpflegsgebühren für Frühstück, Mittag- und Abendessen mit den tatsächlichen Ausgaben ergab Unterschiede zu den festgesetzten Normkosten.

44.17.2 Der RH empfahl eine Neufestsetzung, um eine Begünstigung der entgeltlich an der Verpflegung Teilnehmenden gegenüber den GWD auszuschließen.

44.17.3 Das BMLV begründete den Unterschied mit einer geringeren Teilnahme an der Abendkost, sagte aber vor einer allgemeinen Erhöhung des Tageskostgeldes eine nähere Untersuchung der Verteilung auf die einzelnen Mahlzeiten zu.

44.18.1 Bei der Schaffung von Soldatenheimen (TB 1981 Abs 46.21) stellten vielfach Warenlieferanten die für den laufenden Betrieb notwendige Einrichtung der Räumlichkeiten gegen die Verpflichtung zur ausschließlichen Abnahme dieser Waren für eine bestimmte Dauer zur Verfügung.

44.18.2 Da die Errichtung von Soldatenheimen in den gesetzlichen Aufgabenbereich des Bundesheeres fällt (§ 9 a des Heeresgebührengesetzes), bemängelte der RH die beschriebene Vorgangsweise, weil die Soldaten durch Ausschaltung des Wettbewerbes mittelbar über höhere Preise die entsprechenden Kosten zu tragen hätten.

44.18.3 Das BMLV verfügte nunmehr ein entsprechendes Verbot.

44.19.1 Die Soldatenheime werden verschiedentlich auf ihre ordnungsgemäße Gebarung überprüft. Allein im Bereich eines MilKdo fällt diese Aufgabe drei Stellen zu (WiVersSt, „Kasse" und „Intendanzabteilung"). Ungeachtet der bestehenden Zuständigkeitsabgrenzung erfolgten vielfach Kontrollhandlungen nebeneinander und ohne gegenseitige Abstimmung.

44.19.2 Der RH regte neuerlich eine Zusammenlegung des Prüfungswesens an, wobei anhand von Preis- und Leistungsvergleichen vermehrt die Art der Warenbeschaffung bei den einzelnen Soldatenheimen untersucht werden sollte.

44.19.3 Das BMLV stellte derartige Überlegungen in Aussicht.

44.20 Der RH beanstandete ferner bei Zahlstellen zu hohe Bargeldbestände, unzulässige Ausbesserungen in den Buchaufschreibungen und sonstige Formalfehler, in Truppenküchen die Verwendung von ärztlich nicht untersuchtem Personal sowie bei der Bekleidung die unterbliebene Rückforderung der an 174 Wehrpflichtige der Reserve ohne MobBeorderung in persönliche Verwahrung übergebenen Stücke. Das MilKdo NÖ sagte die künftige Beachtung der einschlägigen Vorschriften und eine Belehrung des Personals zu.

Sonstige Feststellungen

44.21.1.1 Im Zusammenhang mit einer Neuregelung des militärischen Bauwesens zwischen dem BMBT und BMLV übergab im Jahre 1981 die Bundesgebäudeverwaltung den Schießplatz Felixdorf und den Übungsplatz Großmittel in die Verwaltung des Bundesheeres. Da mit der Verwaltungsübergabe kein Personalwechsel von Bediensteten des Bautenressorts verbunden worden war, forderte das MilKdo NÖ bei den vorgesetzten Dienststellen Bedienstete zur Betreuung der Liegenschaften an. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung war diese Angelegenheit noch nicht erledigt.

44.21.1.2 Die übergebenen Anlagen befanden sich in einem äußerst schlechten Zustand. Die Wälder waren forstlich vernachlässigt, weiters bestanden Fremdnutzungen (Landwirtschaft, Jagd, Mülldeponien udgl), deren Umfang und rechtliche Zulässigkeit erst zur Zeit der Gebarungsüberprüfung ermittelt wurde. Vor allem aber waren die Liegenschaften noch mit Rückständen aus dem Krieg übersät, so daß die Truppe nur eingeschränkt und unter „äußerster Vorsicht" die Plätze für den eigentlich vorgesehenen Übungszweck benutzen konnte.

44.21.2 Der RH bezeichnete eine Lösung der Personalfrage als dringlich, eine militärische Nutzung unter den angeführten Bedingungen aber als unzumutbar.

44.21.3 Das BMLV verwies auf die Zuständigkeit des BMI für den Entminungsdienst.

44.22.1.1 Im Bereich des MilKdo NÖ bestanden zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 16 Heeressportvereine (HSV), denen entsprechend der allgemeinen Übung militärische Bauten und Liegenschaften zur Errichtung und zum Betrieb von eigenen Sportanlagen (Tennisplätze, Schießstände, Kegelbahnen, Flugpisten für Modellflieger udgl) zur Verfügung standen. Entsprechend den Bedingungen des Vereinsgesetzes können den HSV nicht nur aktive Angehörige des Bundesheeres sowie Angehörige der Miliz, sondern auch Familienangehörige sowie sonstige interessierte Zivilpersonen beitreten. Laut einer Mitteilung des BMLV über die Zusammensetzung aller HSV in Österreich sind mehr als die Hälfte aller Mitglieder Zivilpersonen.

44.22.1.2 Die Errichtung der Sportstätten auf den vom Bundesheer überlassenen Liegenschaften und Bauten erfolgt grundsätzlich auf Kosten und in eigener Verantwortung der HSV-Mitglieder. Allerdings wirkte mitunter die Truppe durch Abstellung von Arbeitskräften und sonstigen Einrichtungen des Heeres (zB Lkw, Baumaschinen) am Bau von Sporteinrichtungen mit. Derartige Hilfen wurden begünstigt, weil zwischen den örtlichen Heeresorganen und den Vereinsfunktionären in der Regel ein Naheverhältnis oder eine Personalunion bestand.

44.22.1.3 Für die Überlassung von Liegenschaften und Bauten hatten die HSV in der Regel kein Entgelt zu entrichten. Bei Benützung sonstiger Einrichtungen des Heeres (heereseigene Sportstätten, Schießplätze, Kfz udgl) war grundsätzlich ein Kostenersatz zu leisten (zB Benzinersatz bei Kfz-Benützung). Der Österr Heeressportverband, der Dachverband der HSV, wurde überdies durch eine jährliche finanzielle Förderung aus dem Budget des BMLV unterstützt (1982: 616 000 S).

44.22.2 Wenn auch der RH anerkannte, daß Sportvereinigungen wie die HSV für das Ansehen und das Wirken des Bundesheeres im allgemeinen sehr nützlich und zweckdienlich sind, hat er dennoch die Art und Weise der Unterstützung durch das Bundesheer als nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung stehend beanstandet. Die unentgeltliche Überlassung von Bauten und Grundstücken sowie die sonstigen personellen und materiellen Hilfen ließen nur schwer oder praktisch überhaupt nicht den tatsächlichen Umfang aller Förderungsmaßnahmen erkennen. Der RH empfahl eine weitgehende personelle, räumliche und finanzielle Trennung zwischen HSV-Betrieb und Heeresbetrieb sowie die unverzügliche Einstellung der Heranziehung von GWD für Hilfsdienste.

44.22.3.1 Das BMLV bezeichnete die HSV als eine Art „Betriebssportvereinigung", wobei dank der Lage der HSV-Sportstätten auf militärischem Boden das Milizsystem und der Gedanke der umfassenden Landesverteidigung gefördert würden. Die teilweise Mitwirkung von GWD sowie sonstige Hilfen wären nur in den Fällen vorgesehen, wo die Sportstätten nach Fertigstellung auch für heeresinterne Ausbildungszwecke mitbenützt werden könnten. Außerdem dürfe nur das BMLV eine derartige Unterstützung bewilligen, wobei grundsätzlich Kostenersatz zu leisten wäre.

44.22.3.2 Weiters beurteilte das BMLV die enge persönliche Beziehung zwischen Vereinstätigkeit und dienstlichem Aufgabenbereich als günstig, weil dadurch ein Wirken der Vereine im Sinne des Bundesheeres sichergestellt wäre. Bezüglich der derzeit in Vorbereitung befindlichen Neuregelung der HSV-Benützungsabkommen habe die Finanzprokuratur rechtliche Bedenken angemeldet. Schließlich lasse die Senkung der jährlichen Direktförderung von 1,8 Mill S (1968) auf 555 600 S (1983) den Abbau von Sachleistungen nicht möglich erscheinen.

44.22.4 Da mehr als die Hälfte aller HSV-Mitglieder heeresfremde Personen sind, vermochte der RH der Auffassung von der „Betriebssportvereinigung" nicht beizupflichten. Er hielt auch die Bemängelung der Assistenzleistungen als im Wehrgesetz nicht gedeckt aufrecht und erbat die Stellungnahme der Finanzprokuratur zur Einsicht.

44.23.1.1 Soldaten, die sich auf längere Zeit zum Dienst beim Bundesheer verpflichten (seit Wehrrechtsänderungsgesetz 1983 „Zeitsoldaten"), haben ab einer Verpflichtungsdauer von mindestens drei Jahren Anspruch auf berufliche Bildung im Rahmen des Wehrdienstes. Die daraus entstehenden Kosten (Ausbildung, Soldfortzahlung, Verpflegung und Unterkunft) trägt zur Gänze der Bund. Die Dauer der beruflichen Bildung richtet sich nach deren Art, ist jedoch mit einem Drittel der Verpflichtungszeit als längerdienender Soldat begrenzt.

44.23.1.2 Seit dem Wehrrechtsänderungsgesetz 1983 sind nur solche Berufe zulässig, gegen welche die Arbeitsmarktverwaltung wegen mangelnder Eignung des Bewerbers oder aus Gründen des Arbeitsmarktes keinen Einwand erhebt.

44.23.1.3 Seit der Einrichtung der beruflichen Bildung im Bundesheer im Jahre 1974 fielen bis Ende 1982 aus dem Budget des BMLV insgesamt rd 13,3 Mill S an reinen Ausbildungskosten an. In diesem Zeitraum machten 1 367 Soldaten von der Möglichkeit der beruflichen Bildung Gebrauch, wobei in 631 Fällen (46 vH) die Ausbildung abgeschlossen wurde.

Die Mehrheit der anspruchsberechtigten Soldaten meldete sich überhaupt nicht zur beruflichen Bildung an. Bei den „freiwillig verlängerten GWD" betrug die Beteiligungsquote im angegebenen Zeitraum rd 33 vH und bei den „zeitverpflichteten Soldaten" rd 12 vH. Nur bei der zahlenmäßig verhältnismäßig kleinen Gruppe von „Offizieren auf Zeit" nahmen 75 vH an der beruflichen Bildung teil.

44.23.2 Angesichts der verhältnismäßig geringen Teilnehmerzahl an einer beruflichen Bildung und des Verhältnisses von Aufwand zum Erfolg stellte der RH die Einrichtung der beruflichen Bildung in der gegebenen Form in Frage. Offensichtlich stellte das Bildungsangebot keinen Anreiz dar, sich für einen längeren Zeitraum zu verpflichten. Der RH erachtete eine Neuregelung für überlegenswert, bei der die berufliche Bildung den Betrieb des Bundesheeres so wenig wie möglich belastet (Bildungsanspruch nach Beendigung des Wehrdienstes, Ersatz der Kosten gegen Vorlage von Zeugnissen udgl).

44.23.3 Das BMLV bestätigte zwar die bisher geringe Teilnahme an der beruflichen Bildung, erwartete jedoch eine vermehrte Inanspruchnahme, weil dem „Zeitsoldaten" eine Übernahme als Beamter in das Heer und die Heeresverwaltung weitgehend verwehrt sein dürfte. Die Empfehlung des RH in Richtung einer Verlagerung der Ausbildung außerhalb des Wehrdienstes wurde abgelehnt, weil sie keine Kostenverringerung erwarten ließe. Anstelle der militärischen Unterkunft und Truppenverpflegung wären dann die Lebenshaltungskosten für die Zeit der Ausbildung zu ersetzen.

44.23.4 Der RH erwiderte, bei der Beurteilung des derzeitigen Aufwandes wären auch sämtliche Begleitkosten einer beruflichen Bildung im Rahmen des Dienstbetriebes zu berücksichtigen. Der Schriftwechsel wird noch fortgesetzt.

44.24.1 Im Bereich des MilKdo NÖ befanden sich zur Zeit der Gebarungsüberprüfung 1 471 Naturalwohnungen (NW). Wegen der Wohnungsfürsorge des BMLV für seine Bediensteten im Wege von NW, statt wie allgemein üblich Mietwohnungen, besteht schon seit rd zehn Jahren ein umfangreicher Schriftverkehr mit dem BMLV (TB 1974 Abs 52, TB 1975 Abs 35, TB 1976 Abs 36, TB 1977 Abs 38, Sonderbericht betr die Ermessensausgaben der Laufenden Gebarung 1977 Abs 9.13, TB 1979 Abs 50.3, TB 1980 Abs 39.1, TB 1981 Abs 43). Eine befriedigende Regelung ist bisher nicht erfolgt.

44.24.2 Aufgrund von Wahrnehmungen bei der gegenständlichen Gebarungsüberprüfung beanstandete der RH die Nichtbeachtung des seit 1. Jänner 1980 in Kraft befindlichen § 80 Abs 9 BDG 1979, womit die Zulässigkeit der Weiterbenützung von NW durch Ruhestandsbeamte, Hinterbliebene ehemaliger Ressortangehöriger und an einen anderen Dienstort versetzte Bedienstete eingeschränkt wurde, sowie das Auswahlverfahren für die Zuweisung von NW. Der Schriftwechsel hierüber ist noch im Gang.

Flugmelderegiment

Die Geräteausstattung war zT mangelhaft und unvollständig. Trotzdem wurde eine Umgliederung, die zu einer Vergrößerung und Aufwertung der Kommandostruktur des Flugmelderegiments führte, vorgenommen.

45.1.1 Als Teilbereich des militärischen Luftraumüberwachungssystems „Goldhaube" hat der RH das Flugmelderegiment (FlumR) überprüft.

45.1.2 Die Ergebnisse dieser Gebarungsüberprüfung unterliegen teilweise der Geheimhaltung, der RH kann daher in diesem - der Öffentlichkeit zugänglichen - Bericht auf viele Belange nur auszugsweise und unter teilweiser Vermeidung von Orts- und sonstigen Angaben eingehen.

45.2.1 Kurz nach der Gebarungsüberprüfung wurde das FlumR umgegliedert und das Kommando Luftraumüberwachung (KdoLRÜ) aufgestellt. Im Zuge dieser Umgliederung, die wegen Erweiterung des Aufgabenbereiches erfolgte - zu der bisherigen Luftraumüberwachungs- und Meldeorganisation kamen nun auch Führungs- und Leitaufgaben usw -, wurde das neue Kommando in den Brigadestand erhoben, was zu einer Vermehrung der Planstellen sowohl in mengenmäßiger als auch bewertungsmäßiger Hinsicht führte.

45.2.2 Der RH zog die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme in Zweifel, weil das KdoLRÜ nunmehr zwar um 129 mehr und zT höherwertige Planstellen als das ehemalige FlumR aufwies, aber - zumindest zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung - noch für 158 Planstellen das Personal fehlte und kein funktionierendes bzw einsatzfähiges Radargerät zur Bewältigung der übertragenen Aufgaben zur Verfügung stand. Bekanntlich fehlte es an leistungsfähigen Abfangjägern und geeigneten Luftabwehrgeräten, die aufgrund der neuen Organisationsform vom KdoLRÜ geführt bzw geleitet und eingesetzt werden sollten.

45.2.3 Lt Stellungnahme des BMLV sei die Umgliederung aufgrund systembedingter Aufgabenänderung erforderlich gewesen. Eine größere Anzahl zusätzlicher Planstellen sei aufgrund der Projekterfordernisse notwendig, die Neuaufnahmen aber erst nach Einnahme der neuen Gliederung durchführbar gewesen. Wie das KdoLRÜ bekanntgab, seien die Neuaufnahmen zum Großteil durchgeführt.

45.3.1 Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung stand der Flugmeldezentrale nur das Radarbild der zivilen Flugsicherungsstellen zur Überwachung des Luftraumes zur Verfügung. Alle bisher in Gebrauch gestandenen Radargeräte (sowohl das Großgerät als auch die mobilen Stationen) waren - zT schon vor Jahren - entweder abgebaut, ausgeschieden oder stillgelegt worden.

Das in Verwendung stehende, neu beschaffte Radargerät befand sich noch im Verantwortungsbereich der Projektleitung „Goldhaube", weil es dem KdoLRÜ wegen des Ausbleibens zufriedenstellender Erprobungsergebnisse noch nicht übergeben werden konnte.

45.3.2 Nach Ansicht des RH hat die vom BMLV gewählte Vorgangsweise, ein zwar sehr modernes, aber noch nicht voll einsatzfähiges Gerät beim Bundesheer einzuführen, eine jahrelange Ausbildungs- und Ausrüstungslücke bewirkt, weil die veralteten, noch in Gebrauch gestandenen Geräte abmontiert bzw ausgeschieden wurden, ehe noch ein gebrauchsfähiger Ersatz zur Verfügung stand. Er empfahl, in Hinkunft die Truppe nur mit ausgereiftem und bereits bewährtem Gerät auszustatten. Es sei für das Heer eines Kleinstaates zu kostspielig, Entwicklungsarbeiten ausländischer Firmen bei der geringen zum Erwerb vorgesehenen Stückzahl mitzufinanzieren. Für die Gesamtbeurteilung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Vorhabens erschien auch das Fehlen von Einrichtungen für die Verteidigung des Luftraumes von Bedeutung.

45.3.3 Lt Stellungnahme des BMLV seien die Anlagen und Einrichtungen des alten Großgerätes bereits überholt gewesen. Die Reichweite der zur Verfügung stehenden mobilen Radargeräte sei für die heutigen Verhältnisse zu gering gewesen. In der Planungsphase (1975/76) sei daher zur Überlegung gestanden, entweder ein ausgereiftes und truppenerprobtes Gerät mit verhältnismäßig veralteter Technologie oder Geräte neuester Technologie für die nächsten 15 bis 20 Jahre zu beschaffen. Da zu diesem Zeitpunkt eine entscheidende Weiterentwicklung auf dem Radarsektor erfolgt sei, habe man die letztere Vorgangsweise gewählt und mit Anlaufschwierigkeiten gerechnet. Die Lieferfirma habe jedoch die größte Reife glaubhaft machen können, so daß ihr der Zuschlag erteilt worden sei.

Aufgrund der nicht zufriedenstellenden Geräteausstattung seien bereits Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet worden. Lt dem derzeit gültigen Zeitplan würden ab Juli 1985 alle in der Gesamtplanung enthaltenen ortsfesten und mobilen Anlagen zur Verfügung stehen. Nach Vorliegen der Dokumentation und Abschluß der Einschulung könnte dann das KdoLRÜ schrittweise mit dem neuen Gerät ausgerüstet werden.

Der Abbau und die Ausscheidung des veralteten Geräts sei vorgenommen worden, um die neuen Geräte aufbauen zu können. Die Doppelbelastung durch Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft und Schulung bzw Mitwirkung am neuen System wäre für die Truppe nicht lösbar gewesen. Die Kontrolle und Überwachung des Luftraumes sei aber auch in der Übergangszeit ebenso wie ein zügiger Projektabschluß gewährleistet.

45.4.1 Ein Vergleich des für das KdoLRÜ vorgesehenen Ausstattungs-Solls an Feldzeuggerät mit den beim FlumR vorhandenen Ist-Beständen ergab zum Zeitpunkt der Umgliederung Fehlbestände an Handfeuerwaffen, an Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie an anderem Gerät.

45.4.2 Nach Ansicht des RH war insb mangels schwerer geländegängiger Kranwagen eine rasche und problemlose Verlegung der mobilen Radarstationen beeinträchtigt, was auch durch MobFahrzeuge kaum bewerkstelligt werden könnte.

45.4.3 Das BMLV erklärte sich bemüht, die zur Verfügung stehenden Budgetmittel mit größtmöglicher Wirkung einzusetzen. Die Fehlbestände an Handfeuerwaffen und bei einigen Fahrzeugtypen seien bereits ausgeglichen worden. Bei Werkstättenfahrzeugen und Anhängern sei das Planungsverfahren noch nicht abgeschlossen, die Beschaffung jedoch für 1985 vorgesehen. Eine Kranwagen-

type stehe in Erprobung, so daß die Beschaffung und Zuweisung Ende 1985 erfolgen könne. Der große Bedarf an Standard-Lastkraftwagen könne derzeit und auf längere Sicht aus budgetären Gründen nur in geringem Maße abgedeckt werden, auch hier seien geeignete Nachfolgemuster in Erprobung.

45.5.1 Bei der Verwaltung des Feldzeuggeräts stellte der RH nur kleinere Mängel fest. Die Verwaltung der Schlüssel zu den Waffenkammern und Gerätemagazinen bzw deren Hinterlegung in den Alarmschlüsselkästen erfolgte nicht immer vorschriftsgemäß.

45.5.2 Der RH empfahl vermehrte Sorgfalt, weil wegen des zT hohen Wertes und der besonderen Beschaffenheit des verwalteten Geräts sowohl einer raschen und reibungslosen Zugriffsmöglichkeit zu diesen Beständen als auch deren sicherer Verwahrung größte Bedeutung zukommt.

45.5.3 Lt Mitteilung des KdoLRÜ seien die festgestellten Mängel behoben.

45.6 Weitere Beanstandungen des RH betrafen Werkstätten samt Nebenräumen des FlumR, deren Ausstattung nicht den Bestimmungen des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes und der Allgemeinen Dienstnehmerschutzverordnung entsprach, die verzögerte Instandsetzung einer fehlerhaften Hebebühne, die Vornahme von Schweißarbeiten in ungeeigneten Räumen, die vorschriftswidrige Unterlassung von Monatsabschlüssen in den Kfz-Fahrtenbüchern, die Nichtdurchführung vorgeschriebener Kfz-Appelle und die Reparaturdauer von Fahrzeugen.

Die Empfehlungen des RH wurden im wesentlichen befolgt.

45.7.1 Im Zuge der stichprobenweisen Überprüfung von Reiserechnungen und Überstundennachweisen stellte der RH Unregelmäßigkeiten bei der Inanspruchnahme von Reisegebühren und Überstunden fest.

45.7.2 Der RH empfahl erhöhte Sorgfalt bei der Bestätigung der sachlichen Richtigkeit von Reiserechnungen, die Einleitung zusätzlicher Untersuchungen und die Rückforderung der Übergenüsse.

45.7.3 Lt Mitteilung des BMLV seien Vorkehrungen gegen eine Doppelverrechnung von Reisegebühren getroffen worden. Die Übergenüsse - bei denen es sich durchwegs um kleinere Beträge gehandelt habe - seien bereits zur Einzahlung gebracht worden. In drei Fällen seien Strafanzeigen erstattet worden, die allerdings von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt worden seien. In mehreren Fällen seien aber von der zuständigen Disziplinarkommission Ordnungsstrafen verhängt worden.

45.8.1 Infolge geänderter Voraussetzungen auf dem Radarsektor der Luftraumüberwachung standen Teile einer erst vor rd 15 Jahren fertiggestellten ehemaligen militärischen Großraumradarstation leer und unbenützt.

45.8.2 Da diese Station seinerzeit unter Aufwendung beträchtlicher finanzieller Mittel errichtet und ein zugehöriges „Freischichtgebäude" erst 1975 erbaut wurde, empfahl der RH, eine sinnvolle und zweckmäßige Verwendung der ansonsten brachliegenden Räume zu überlegen.

45.8.3 Lt Mitteilung des BMLV seien Vorschläge für eine weitere militärische Nutzung der leerstehenden Bauteile und des Freischichtgebäudes in Ausarbeitung. Andere Teile würden dem Bundesamt für Zivilluftfahrt für den Betrieb eines Wetterradars, dessen Daten auch militärischen Stellen zur Verfügung stünden, überlassen werden. Die Planungen dazu seien im Gange, ein Verwaltungsübereinkommen mit dem BMV werde bereits ausgearbeitet.

45.9.1 Im Zuge der Gebarungsüberprüfung stellte der RH in der Schwarzenbergkaserne bei zwei Kompanieunterkünften in den Naßgruppen eine Reihe von Mängeln fest. Da sich die Arbeiten in einem Objekt wegen wochenlanger Arbeitsunterbrechungen über neun Monate erstreckten und die Grundwehrdiener die in einem rd 80 m entfernten Nachbargebäude befindlichen Einrichtungen mitbenützen mußten, kam es insb in der kalten Jahreszeit zu Unzukömmlichkeiten und auch zu Beschwerden durch Soldatenvertreter.

45.9.2 Der RH beanstandete die Säumnis der für die Bauaufsicht verantwortlichen Bundesgebäudeverwaltung II im Bereich des BMBT, die sich auch in der nachlässigen Montage der Armaturen, der unebenen Verlegung der Bodenfliesen und mehrmaligen Undichtheiten äußerte.

45.9.3 Lt Stellungnahme des BMBT entspreche eine Bauzeit von neun Monaten für die Instandsetzung von zwei Naßgruppen den üblichen Erfahrungswerten, weil immer wieder Trocknungsprozesse

eingeschoben werden mußten. Eine Reihe von Mängeln sei bereits behoben worden, hinsichtlich der anderen, rein optischen Mängel sei ein Qualitätsabzug in Höhe von 15 vH vom Rechnungsbetrag vorgenommen worden.

45.10 Weitere Beanstandungen bzw Empfehlungen betrafen die umständliche und unübersichtliche Gebarung mit den als sog „Kreditverlag" zugewiesenen Ausgabenermächtigungen (rd 2 Mill S jährlich), die nicht vorschriftsgemäße Verwahrung überhöhter Bargeldbestände, die vorschriftswidrige Verwahrung von Kassenschlüsseln, was einen Diebstahl ermöglichte, die Verpflegsabrechnung ortsfester Radarstationen, die geringe Auslastung der Truppenküche an Sonn- und Feiertagen sowie den Einsatz ärztlich nicht untersuchter Personen bei der Ausgabe von Lebensmitteln.

Lt Mitteilung der überprüften Stelle wurde Entsprechendes veranlaßt.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Bestehen und die Tätigkeit des Zollwache-Massafonds (TB 1967 Abs 57.1 bis 57.8);

(2) Abbau der Rechtsmittelrückstände bei den zur Bearbeitung zuständigen Abteilungen in den Finanzlandesdirektionen (TB 1975 Abs 38.4, TB 1979 Abs 53.12, TB 1980 Abs 46.6 und Abs 46.35 und TB 1982 Abs 52.28);

(3) Soforterledigung persönlich eingereichter Anträge bei den Lohnsteuerstellen der Finanzämter (TB 1976 Abs 39.28 und TB 1982 Abs 53.30);

(4) Klärung der abgabenrechtlichen Stellung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (TB 1976 Abs 39.31);

(5) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Zollwachvorschrift (TB 1977 Abs 44.2.3 und 44.2.4);

(6) Durchgehender Trennung von Zollamts- und Grenzstreifdienst bei den Zollwachabteilungen (TB 1977 Abs 44.3.3.3 bis 44.3.4.2);

(7) Gesetzlicher Regelung der Liebhaberei im Einkommensteuerrecht (TB 1977 Abs 46.26);

(8) Abstandnahme von der Verwendung der „gross default clause" in Kreditverträgen des Bundes (TB 1977 Abs 60.1 bis 60.5);

(9) Organisatorischer Änderungen im Bereich der Punzierungsverwaltung (TB 1979 Abs 53.26 und TB 1981 Abs 51.2.2.2);

(10) Aufhebung des Erlasses des BMF vom August 1978, mit dem eine generelle Gewährung von Billigkeitsmaßnahmen gem § 236 BAO bei ausländischen Retorsionsmaßnahmen aufgrund des ab 1. Juli 1978 in Kraft getretenen Straßenverkehrsbeitrages verfügt wurde (TB 1979 Abs 53.31 und TB 1980 Abs 46.27);

(11) Gesetzliche Neuordnung des Branntweinmonopols, insb auch im Hinblick auf die Verwendung von Biosprit (TB 1979 Abs 54.33 und TB 1982 Abs 53.35);

(12) Neufassung von § 35 des Zollgesetzes (TB 1979 Abs 57.1 bis 57.6);

(13) Übertragung der Bearbeitung zollrechtlicher Finanzstrafsachen in den Finanzlandesdirektionen an die für Zollangelegenheiten zuständigen Fachabteilungen (Nachtrag TB 1979 Abs 82.8.1.1 bis 82.8.4.2 und TB 1980 Abs 43.20.1 bis 43.20.4);

(14) Erlassung von Prüfungsrichtlinien für die Gebarung mit unentgeltlichen Schulbüchern bei Schulen und Schulbuchhändlern (TB 1980 Abs 46.10);

(15) Herabsetzung des kostenaufwendigen Personaleinsatzes beim Zollamt Flughafen Wien während der Nachtstunden und des Wochenendes auf das nach dem Arbeitsanfall erforderliche Ausmaß (TB 1982 Abs 50.3.2.1, 50.3.2.2 sowie 50.9.1 bis 50.10.4);

(16) Erlassung der ausständigen Verordnung des Bundesministers für Finanzen über das Nachtdienstgeld für nicht der Zollwache angehörende Organe der Zollverwaltung (TB 1982 Abs 50.18.1 bis 50.18.2.2);

(17) Vornahme der zur zollsicheren Überwachung und Abschließung erforderlichen Absperr- und Sicherungsmaßnahmen im Flughafen Wien (TB 1982 Abs 50.7.1 bis 50.7.4);

(18) Gewährleistung einer personell ausreichend besetzten Betriebsprüfung als Voraussetzung für eine zeitnahe Überwachung des Abgabenaufkommens wegen der fehlenden Überprüfung der eingereichten Erklärungen im Bereich der Sofortbemessung (TB 1982 Abs 52.33).

a) Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr

Finanzamt Mödling

46.1 Ein Abgabepflichtiger - der laut eigener Aussage bei bester Gesundheit war, gleichzeitig infolge seiner Einkommensteuerschuld (Höchststand 1,7 Mill S) an Depressionen litt und dessen Arbeitsfähigkeit nach Angabe seines behandelnden Arztes nur durch Beseitigung der Quelle des Leidens wiederhergestellt werden könnte - betrieb unter Ausnutzung aller verfahrensrechtlichen Möglichkeiten über einen Zeitraum von mehreren Jahren hartnäckige Steuerverweigerung. Das Finanzamt (FA) versuchte die gesetzlichen Möglichkeiten des Vollstreckungsverfahrens auszuschöpfen, wurde daran jedoch durch verschiedene, nach Ansicht des RH gesetzlich nicht gedeckte Weisungen der Oberbehörde gehindert, so daß es die bereits festgesetzten Abgabenansprüche nicht durchsetzen konnte.

Die Weisungen des BMF führten im Ergebnis zur Aussetzung von Abgaben- und Nebenansprüchen in Höhe von rund 693 000 S und zur Nachsicht von Nebengebühren in Höhe von rd 244 000 S.

Der RH hat entsprechende Einbringungsmaßnahmen zur Hereinbringung des am Jahresende 1982 noch immer mit rd 760 000 S ausgewiesenen Abgabenrückstandes als dringend erforderlich bezeichnet (TB 1982 Abs 52.38).

46.2 Auf Ersuchen des RH berichtete das BMF über die weitere Gebarungsentwicklung in diesem Fall, daß am 22. Dezember 1983 auf dem Abgabenkonto des Pflichtigen ein Rückstand von rd 651 000 S aushaftete. Außerdem bestand noch eine weitere Abgabenschuld in Höhe von rd 570 000 S, für die gemäß § 231 der Bundesabgabenordnung die Einbringung ausgesetzt worden war; die gesamten Abgabenschulden betrugen somit insgesamt 1 221 000 S. Am 28. Dezember 1983 überwies der Abgabepflichtige einen Betrag von 500 000 S, wodurch der Gesamtrückstand auf 721 000 S absank. Im Hinblick auf diese Zahlung schloß sich das BMF dem Antrag der FLD für Wien, Niederösterreich und Burgenland auf Löschung der in Höhe von 570 000 S ausgesetzten Abgabenschuld und auf Gewährung einer Nachsicht für die in der laufenden Gebarung befindliche Abgabenschuld in Höhe von rd 151 000 S an. Die Abschreibung der Abgabenforderung wurde mit Zweckmäßigkeitsüberlegungen begründet, wobei insbesondere das hohe Alter des Abgabepflichtigen und der Umstand, daß er einen Kredit aufgenommen und dem FA überwiesen hat, Berücksichtigung fanden. Nach Ansicht des BMF sei die im Verhandlungswege durch die FLD erreichte Lösung als die für die Abgabenverwaltung günstigste zu bezeichnen, wenn berücksichtigt werde, daß gerade im Hinblick auf das Alter des Abgabepflichtigen mit weiteren Zahlungen nicht gerechnet werden könne.

46.3 Zusammenfassend vermerkte der RH, daß dieser hartnäckige Steuerverweigerer von seinem zum 22. Dezember 1983 mit 1 221 000 S aushaftenden Abgabenrückstand lediglich 500 000 S (41 vH) entrichtet hat, ihm hingegen 721 000 S (59 vH) erlassen wurden. Die Empfehlung des RH, dafür zu sorgen, daß dieser zahlungsunwillige Steuerschuldner wie andere Staatsbürger zur Erfüllung seiner Abgabenverpflichtung verhalten wird, wurde vom BMF offensichtlich mißachtet.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Finanzamt Zell am See

Das Finanzamt Zell am See ist eine zufriedenstellend geführte Verwaltungseinheit. Die vorgefundenen Mängel waren - bis auf jene in der Strafsachen- und Vollstreckungsstelle - zum überwiegenden Teil geringer Art und wurden weitgehend noch während der Gebarungsüberprüfung behoben.

Allgemeines

47.1 Der RH führte im Mai und Juni 1983 beim Finanzamt Zell am See (FA) eine Gebarungsüberprüfung durch. Dieses FA nahm im Jahre 1982 mit einem Aufkommen (Nettoabstattung) von 1 305 Mill S unter den fünf FÄ mit allgemeinem Aufgabenkreis im Bereich der Finanzlandesdirektion für Salzburg (FLD Salzburg) den dritten Rang ein. Das FA Zell ist ein FA der Kategorie 2.

Die zum 1. Jänner 1983 erfaßten 11 439 Veranlagungsfälle verteilten sich auf 4 461 Branchenfälle, 186 nichtbuchführungspflichtige sowie 17 buchführende land- und forstwirtschaftliche Betriebe, 4 786 Rayonsfälle und 1 989 sonstige Veranlagungsfälle.

Beim FA waren zum 1. Jänner 1983 98 Bedienstete beschäftigt, das sind 62 vH des nach den Grundsätzen des vom BMF erstellten Soll-Stellenplanes zum 1. Jänner 1983 ermittelten Personalbedarfes von 159 Bediensteten.

Das FA war zur Zeit der Gebarungsüberprüfung in einem bundeseigenen Gebäude zufriedenstellend untergebracht.

Veranlagungsabteilung

47.2.1 In einigen Fällen wurden Bedienstete des FA oder deren Ehegatten betreffende Veranlagungsakten weder vom Amtsvorstand in der vorgesehenen Aufzeichnung erfaßt noch in unregelmäßigen Abständen einer Überprüfung unterzogen.

47.2.2 Der RH empfahl, die diesbezüglichen Weisungen des BMF über die Approbation zu beachten.

47.2.3 In seiner Stellungnahme berichtete das FA, daß die Überwachungsliste erstellt wurde und die entsprechenden Überprüfungen laufend durchgeführt werden.

47.3.1 Bei der stichprobenweisen Durchsicht von Abgabenakten wurden zahlreiche Bearbeitungsfehler festgestellt.

47.3.2 Der RH empfahl, sofern die Behebungsfrist gemäß § 299 BAO noch offen war, einen entsprechenden Antrag an die FLD Salzburg zu stellen bzw in Fällen, in denen die erlassenen Bescheide noch nicht rechtskräftig waren, deren Richtigstellung im eigenen Wirkungsbereich zu veranlassen.

47.3.3 Das FA sagte noch während der Prüfung an Ort und Stelle eine derartige Behebung zu und versprach, die beanstandeten Mängel in Hinkunft zu vermeiden.

47.4.1 Wiederholt erklärten Abgabepflichtige langjährig Verluste, die vom FA ohne nähere Ermittlung der Veranlagung zugrundegelegt wurden. Teilweise war das fehlende Ermittlungsverfahren die Folge mehrjähriger Sofortbemessung. Auch wurden in diesen Fällen keine zeitnahen abgabenbehördlichen Buch- und Betriebsprüfungen vorgenommen.

47.4.2 In den aufgezeigten Fällen empfahl der RH, die Entstehung der erklärten und anerkannten Verluste zu untersuchen; soferne erforderlich und wegen der angespannten Personallage in der Betriebsprüfungsabteilung auch möglich, wurde eine abgabenbehördliche Buch- und Betriebsprüfung angeregt.

47.4.3 Das FA führte in seiner Stellungnahme die Veranlagung von Verlusten dieser Abgabepflichtigen einerseits auf das geltende Veranlagungssystem und andererseits auf die Unterbesetzung der Betriebsprüfungsabteilung zurück. Infolge der begrenzten Anzahl der Bedarfsprüfungsfälle erscheine es ihm zweckmäßiger, Betriebsprüfungen bei jenen Abgabepflichtigen durchzuführen, bei denen aufgrund der örtlichen Kenntnisse mit größeren Abgabennachforderungen zu rechnen sei. Die Veranlagungsreferenten wurden aber angewiesen, die Ursachen der erklärten Verluste anläßlich der nächsten Überprüfung genau zu untersuchen.

47.5.1.1 Beim FA sind zahlreiche Abgabepflichtige erfaßt, die Einkünfte aus Zimmervermietungen erklären. Diese Vermietungen werden häufig als Nebenerwerb von zumeist in nichtselbständiger Arbeit stehenden Personen ausgeübt. Die Aufwendungen, wie beispielsweise für Absetzung für Abnutzung, Energiebezüge, Zinsen und dergleichen, übersteigen die Einnahmen oftmals, wodurch Verluste eintreten, die im Wege des Verlustausgleiches wiederum zur Rückerstattung von bereits entrichteter Lohnsteuer führen. Das FA stellte überdies nicht in allen Fällen das Verhältnis der Nutzfläche zwischen der Privatwohnung und den vermieteten Zimmern fest, weshalb die Abgrenzung zwischen betrieblichen und privaten Aufwendungen nicht eindeutig getroffen werden konnte.

47.5.1.2 Eine große Anzahl derartiger Unternehmen hat seit ihrem Bestehen noch keine Steuerleistung erbracht. Zum einen führen hohe Vorsteuern im Bereich der Umsatzsteuer zu Abgabenrückzahlungen, zum anderen ergibt sich aus dem Verlustausgleich eine teilweise bis vollständige Rückzahlung der ursprünglich im Abzugswege einbehaltenen Lohnsteuer. Bei geschickt angelegten Beteiligungsverhältnissen kommen auch mehrere Familienmitglieder in den Genuß von Lohnsteuergutschriften.

47.5.2.1 Nach Ansicht des RH dürfte der zufolge derartiger Sachverhalte verursachte Steuerausfall beträchtlich, wenn auch ziffernmäßig schwer feststellbar sein.

47.5.2.2 Dem FA empfahl der RH, künftig bei der Veranlagung solcher Einkünfte bei allen Überprüfungsfällen die Nutzfläche der Privatwohnung und der vermieteten Räumlichkeiten zu ermitteln. Allenfalls wäre auch gelegentlich eine Besichtigung der vermieteten Räume an Ort und Stelle vorzunehmen, um die Richtigkeit der erklärten Angaben zu überprüfen.

47.5.2.3 Dem BMF empfahl der RH eine Verstärkung der Betriebsprüfung bei privaten und gewerblichen Zimmervermietern, eine besondere Bedachtnahme auf die Abgrenzung des privaten vom betrieblich veranlaßten Aufwand sowie Einkunftsquellen, die langjährig keine Steuerleistung erbringen, als Liebhaberei einzustufen.

47.5.3.1 Das FA wird den Empfehlungen des RH entsprechen.

47.5.3.2 Das BMF führte hiezu lediglich aus, daß die gewerblichen Zimmervermieter im Rahmen des allgemeinen Auswahlsystems für Betriebsprüfungen einer Prüfung unterliegen. Private Zimmervermieter werden - in der Regel - als Kleinbetriebe im Bedarfsfall geprüft.

47.6.1 Wie eine stichprobenweise Überprüfung der Veranlagungsakten von Zahnärzten und Dentisten ergab, war in den Anlageverzeichnissen zum Teil Anlagevermögen erfaßt, dessen Betriebsnotwendigkeit zumindest zweifelhaft war. Im einzelnen handelte es sich um Stereoanlagen, Waschmaschinen, Fotokameras, Diaprojektoren, Kassettenrekorder sowie einen Video-Rekorder und TV-Monitor. Vielfach wurden bei diesen Abgabepflichtigen auch „Reisespesen", „Reisekosten" bzw „Km-Gelder, Tagesdiäten" als Betriebsausgaben anerkannt, ohne daß dem Veranlagungsakt die betriebliche Veranlassung zu entnehmen war. Im einzelnen handelte es sich um Beträge zwischen 10 000 S und 80 000 S. In einigen Fällen waren bei der Ermittlung des Gewinnes aus selbständiger Arbeit keine Kosten für den Betrieb eines Personenkraftwagens und auch keine Fahrt- bzw Reisespesen berücksichtigt; in anderen Fällen wurden derartige Aufwendungen im Betrag von 8 000 S bis 30 000 S geltend gemacht und anerkannt.

47.6.2 Der RH empfahl, im Rahmen der vorgesehenen Betriebsprüfungen die erforderlichen Erhebungen zu veranlassen.

47.6.3 Das FA sagte dies zu.

47.7.1 Infolge mangelhafter Zusammenarbeit zwischen der Veranlagungsabteilung und der Lohnsteuerstelle wurde einem Abgabepflichtigen Lohnsteuer (rd 90 000 S) für im Jahre 1981 zugeflossene Geschäftsführerbezüge in Höhe von 250 000 S erst am 25. April 1983 vorgeschrieben.

47.7.2 Der RH empfahl in Hinkunft eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lohnsteuer- und Veranlagungsabteilung.

47.7.3 Das FA nahm die Empfehlung des RH zur Kenntnis.

47.8.1 In zwei Fällen wurden Abgabennachsichten in Höhe von 55 000 S und 150 000 S erteilt, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

47.8.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise und regte an, in Hinkunft Nachsichten nur bei Vorliegen einer Unbilligkeit im Sinne des § 236 BAO zu gewähren.

47.8.3 Das FA räumte ein, daß es im ersten Fall zweckmäßiger gewesen wäre, die Einbringung gemäß § 231 BAO auszusetzen, vertrat jedoch zum zweiten Fall die Auffassung, daß die Gesellschaft im Zeitpunkt der Nachsichtsgewährung praktisch vermögenslos war und eine Haftung der Geschäftsführer nicht geltend gemacht werden konnte.

47.9.1 Die Veranlagungsleitstelle hielt sich bei der Festsetzung von Vorauszahlungen anläßlich der Eröffnung von Gewerbebetrieben an die ungeprüften Angaben der Abgabepflichtigen, unterließ es gelegentlich, Abgabenerklärungen, in denen sie ein Eingabehindernis vorfand, dem zuständigen Referat zur Behebung dieses Eingabehindernisses zuzuleiten, wickelte die Aktenabtretungen an andere FÄ in der Mehrzahl der Fälle nicht den Vorschriften entsprechend ab, achtete im Falle der Angabe von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in den Einkommensteuererklärungen nicht immer auf das Vorliegen von ordnungsgemäß bestätigten Lohnzetteln und war bei der Überwachung der von ihr eingeräumten Fristen säumig.

47.9.2 Der RH empfahl eine zeitnahe Festsetzung der Vorauszahlungen und Fristüberwachung. Ferner wäre künftig auf die Vorlage von ordnungsgemäß bestätigten Lohnzetteln zu dringen und es wären überhaupt die Bestimmungen der „Dienstanweisung Veranlagung und Betriebsprüfung" zu beachten.

47.9.3 Das FA sagte dies zu.

47.10.1 In einem Fall verursachte eine fehlerhafte Neuaufnahme, welche durch eine Namensgleichheit und die mangelnde Mitwirkungsbereitschaft beider Abgabepflichtiger begünstigt wurde, erheblichen und vermeidbaren Verwaltungsaufwand.

47.10.2 Der Anregung des RH, bei der Neuaufnahme von Abgabepflichtigen aufgrund von Kontrollmitteilungen eine Überprüfung vorzunehmen, wird das FA nachkommen.

Betriebsprüfungsabteilung

47.11.1 In der Betriebsprüfungsabteilung wurden fallweise verschiedene Mängel festgestellt.

47.11.2 Der RH empfahl, in Hinkunft die Auftragsbücher der Betriebsprüfungsabteilung nach der „Dienstanweisung Veranlagung und Betriebsprüfung" zu führen, alle Prüfungshandlungen in die Arbeitsbögen aufzunehmen, die Anzahl der Prüfungstage zu vermerken, die Arbeitsunterlagen in den Arbeitsbögen fortlaufend zu numerieren, ein Inhaltsverzeichnis der Arbeitsbögen zu erstellen, die Tagebücher der Betriebsprüfer künftig entsprechend den vorgesehenen Formularen zu führen und den Arbeitszeitaufwand auf dem Deckblatt des Arbeitsbogens richtig zu erfassen, auf eine fehlerlose Ausfertigung der Berichte über das Ergebnis der Buch- und Betriebsprüfung zu achten sowie organisatorische Vorkehrungen für eine rasche Genehmigung der Prüfungsberichte und eine rechtzeitige Eingabe der steuerlichen Bemessungsgrundlagen zu treffen.

47.11.3 Das FA stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht bzw hat es in der Zwischenzeit die Mängel behoben.

Lohnsteuerstelle

47.12.1 Aus den eingesehenen Berichten über Lohnsteuerprüfungen ging nicht hervor, in welcher Weise sich die einzelnen Prüfer auf die Prüfung vorbereiteten. In einigen Fällen unterblieb die Mitteilung des Prüfungsergebnisses an die Strafsachenstelle sowie die Ausfertigung von Kontrollmitteilungen.

47.12.2 Der RH regte an, für eine gründliche Vorbereitung der Lohnsteuerprüfer Sorge zu tragen und deren Art und Weise im Bericht ersichtlich zu machen, sämtliche Prüfungsberichte ohne Rücksicht auf die Höhe der Nachforderungen der Strafsachenstelle zur strafrechtlichen Würdigung zuzuleiten und der Ausstellung von Kontrollmitteilungen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

47.12.3 Das FA sagte dies zu.

47.13.1 Bei einer Lohnsteuerprüfung vertrat der Prüfer die Auffassung, daß die Bezüge eines geschäftsführenden Gesellschafters in Anbetracht der Höhe seiner Beteiligung am Stammkapital im

Ausmaß von 66,3 vH im Jahre 1980 zu Unrecht dem Lohnsteuerabzug unterworfen wurde. Aufgrund dieser rechtlichen Beurteilung wurde der Gesellschaft ein zu viel entrichteter Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von rd 23 000 S gutgeschrieben und dem Ansuchen des Abgabepflichtigen auf Rückerstattung der für das Jahr 1980 einbehaltenen Lohnsteuer in Höhe von rd 102 000 S mit Rückzahlungsbescheid für im Abzugswege entrichtete Abgaben entsprochen. Da der Abgabepflichtige in seiner Einkommensteuererklärung für das Jahr 1980 jedoch lediglich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erklärte, wurde er für das Jahr 1980 zur Einkommensteuer nicht veranlagt, weshalb dem Abgabepflichtigen im Jahre 1980 zur Gänze unversteuerte Einkünfte zuflossen.

47.13.2 Da die rechtliche Beurteilung durch das FA unrichtig war und auch die Folgen einer Rückerstattung der Lohnsteuer für 1980 nicht bedacht wurden, so daß dem Abgabengläubiger ein Schaden in Höhe von rd 125 000 S erwuchs, empfahl der RH, den Haftungs- und Zahlungsbescheid gemäß § 299 BAO aufzuheben sowie den Dienstgeberbeitrag und die Lohnsteuer vorzuschreiben.

47.13.3 Das FA kam, wie es in seiner Stellungnahme mitteilte, der Empfehlung des RH unverzüglich nach und schrieb Abgaben im obigen Gesamtbetrag vor.

Bewertungsstelle

47.14.1 Anfang Mai 1983 wies die Bewertungsstelle hohe Arbeitsrückstände auf. Im einzelnen handelte es sich um rund 200 Einheitswerterklärungen betreffend das Grundvermögen, 1 100 Abgabenerklärungen über Erwerbsvorgänge nach dem Grunderwerbsteuergesetz, 750 Gerichtsbeschlüsse, 470 Benützungsbewilligungen sowie 2 500 Auszüge aus dem Grundstücksverzeichnis. Das FA nahm eine Überprüfung der in den Erklärungen zur Feststellung des Einheitswertes bebauter Grundstücke enthaltenen Angaben durch Besichtigung des Grundstückes im Außendienst nur selten vor. Zwischen Bewertungsstelle und Veranlagungsabteilung fand kein Austausch von Kontrollmaterial statt.

47.14.2 Der RH empfahl, die angeführten Arbeitsrückstände vordringlich zu erledigen, Angaben in den Erklärungen für bebaute Grundstücke auch im Außendienst an Ort und Stelle zu überprüfen und Kontrollmitteilungen für die Veranlagungsabteilung auszufertigen.

47.14.3 In seiner Stellungnahme berichtete das FA von einer starken Verminderung der Arbeitsrückstände. Den übrigen Anregungen des RH wird es nach Maßgabe personeller Möglichkeiten entsprechen.

Verbrauchsteuerstelle

47.15.1 Von den Bediensteten des FA wurden im Jahre 1981 166, im Jahre 1982 120 und in den Monaten Jänner bis Mai des Jahres 1983 34 dieselgetriebene Kraftfahrzeuge bzw Maschinen in Ausübung der amtlichen Aufsicht nach dem Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz überprüft, wobei es bloß im April 1983 zu einem Aufgriff kam.

47.15.2 Da der Unterschied zwischen Heizöl- und Dieselpreis erheblich ist und die verbotswidrige Verwendung von steuerbegünstigem Gasöl begünstigt, empfahl der RH nach Maßgabe des vorhandenen Personals eine Verstärkung der Gasölkontrollen.

47.15.3 Das FA sagte dies zu.

Strafsachenstelle

47.16.1 Die Anzahl der jährlich eingeleiteten und rechtskräftig erledigten Strafverfahren sank langfristig leicht ab und war - auch im Vergleich zu FÄ ähnlicher Größenordnung - gering. Im gesamten überprüften Zeitraum war der Anteil an fahrlässigen Abgabenverkürzungen überaus hoch. Im Jahre 1981 wurden keine Abgabenhinterziehungen außer bei der Umsatzsteuer festgestellt.

47.16.2 Der RH empfahl daher dem FA, auf eine einwandfreie Vollziehung des Finanzstrafgesetzes bedacht zu sein.

47.17.1.1 Eine vom abgabenrechtlichen Erhebungsdienst im März 1982 angefertigte Aufstellung über im Jahre 1981 ausbezahlte Honorare an freie Mitarbeiter einer Bildungseinrichtung war nur teilweise bearbeitet. Dieses Kontrollmaterial war weder der Veranlagungsleitstelle zugeleitet noch strafrechtlich ausgewertet worden.

47.17.1.2 Wie eine Mitte 1980 von der Kraftfahrzeugsteuerstelle im Hinblick auf das Straßenverkehrsbeitragsgesetz vorgenommene Überprüfung der Jahre 1978 und 1979 ergab, hatten mehrere Abgabepflichtige die gesetzliche Anzeige- und Erklärungspflicht verletzt. Diesen Abgabepflichtigen wurden bescheidmäßig Nachforderungen in einer Gesamthöhe von rd 800 000 S vorgeschrieben. Die über diesen Sachverhalt in der Strafsachenstelle eingelangten Meldungen blieben unbearbeitet.

47.17.1.3 Die im Wege der ADV erstellten Überwachungslisten über erfolglose Erinnerungen zur Entrichtung der Vorauszahlungen an Abgabe von alkoholischen Getränken, zur Abfuhr der Lohnsteuer und zur Entrichtung des Dienstgeberbeitrages zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sowie über Anmeldungen für diese Abgaben wurden zwar vom Strafreferenten abgezeichnet, jedoch nicht ausgewertet.

47.17.2 Der RH empfahl, das Kontrollmaterial und die Überwachungslisten regelmäßig und vollständig auszuwerten sowie die entsprechenden Strafverfahren einzuleiten.

47.17.3 Das FA hat gemäß seiner Stellungnahme 16 Strafverfahren eingeleitet, wovon elf bereits rechtskräftig abgeschlossen sind. Die Auswertung von Kontrollmaterial und Überwachungslisten wird in Hinkunft regelmäßig wahrgenommen werden.

47.18.1 Eine im Jahr 1981 bei einem Abgabepflichtigen vorgenommene abgabenbehördliche Buch- und Betriebsprüfung ergab schwerwiegende formelle und materielle Mängel, welche unter anderem zu einer Erhöhung der Erlöse im Schätzungswege führten. Daneben stellte der Prüfer bei der Umsatzsteuerrevision der Voranmeldungszeiträume Jänner bis September 1981 eine zu Unrecht geltend gemachte Vorsteuer von rd 325 000 S fest. Die Abgabenerklärungen und Umsatzsteuervoranmeldungen waren teilweise überhaupt nicht, teilweise vom Abgabepflichtigen oder seiner Mitgesellschafterin und Ehefrau unterschrieben. Der Prüfer vermerkte als Ursache der mangelhaften Buchführung einerseits die Unkenntnis der Buchhalterin und andererseits die „schlampige und nahezu gewissenlose" Art der Erstellung der Steuerbilanzen und Abgabenerklärungen durch den Steuerberater. Das FA leitete im März 1982 lediglich gegen den Abgabepflichtigen selbst, nicht jedoch gegen die drei beteiligten Personen ein Finanzstrafverfahren ein und teilte dem Beschuldigten im Juni 1982 mit, daß bei dem gegenständlichen Finanzvergehen die gerichtliche Zuständigkeit gegeben sei und die Anzeige an die Staatsanwaltschaft in den nächsten Tagen erfolgen werde. Dies geschah jedoch in der Folge nicht.

47.18.2 Der RH empfahl daher dem FA, den gesamten Sachverhalt im Untersuchungsverfahren genau und zügig festzustellen, das Vorliegen allfälliger bestimmter strafrechtlicher Tatbestände bei dem Beschuldigten und den anderen drei Beteiligten durch Erhebungen zu klären und erst im Anschluß daran allfällige gerichtliche oder finanzstrafbehördliche Strafverfahren zu veranlassen.

47.18.3 Das FA berichtete von der Fortsetzung des Untersuchungsverfahrens.

Finanzkasse

47.19.1 Obwohl Bescheide über die Festsetzung von Abgabenerhöhungen nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz vom FA in Anbetracht der Änderung der Wohnorte von Abgabepflichtigen nicht ordnungsgemäß zugestellt werden konnten, stellte die Finanzkasse Rückstandsausweise zur Durchsetzung dieser abgabenbehördlichen Ansprüche im Wege der Einbringung aus. In Einzelfällen kam es außerdem zu fehlerhaften Stundungszinsenberechnungen, überhöhter Abschreibung von Säumniszuschlägen, einem Gebarungsfehler durch Doppelbuchung und verzögerter Bearbeitung von Zahlungserleichterungsansuchen.

47.19.2 Der RH beanstandete diese Mängel und empfahl, in Hinkunft die einschlägigen Bestimmungen der Finanzkassenvorschrift zu beachten.

47.19.3 Das FA sagte dies zu.

47.20.1 Die Finanzkasse stellte keinen in sich geschlossenen Bereich dar, weil sich darin auch Räumlichkeiten der Lohnsteuer- und Beihilfenstelle befanden.

47.20.2 Der RH empfahl eine Verbesserung der Kassensicherheit durch entsprechende räumliche Anordnung.

47.20.3 Das FA stellte die Unterbringung der Finanzkasse in einem abgeschlossenen Bereich, bauliche Veränderungen und die Anschaffung eines Tresors in Aussicht.

Vollstreckungsstelle

47.21.1 Die langjährige Entwicklung in der Vollstreckungsstelle ist durch ein leichtes Ansteigen der Vollstreckungsaufträge (im Jahre 1982 5 278 erteilte Aufträge) gekennzeichnet. Die Vollstreckungsaufträge wurden im Prüfungszeitraum zwischen 12 vH und 16 vH durch Teilzahlungen und zwischen 1 vH und 2 vH durch Sachpfändungen ohne Teilzahlung erledigt. Versteigerungen und Freihandverkäufe kamen in sehr kleiner Anzahl vor. Forderungs- und Lohnpfändungen waren in geringem Ausmaß vorhanden. Der Rückstand einschließlich der Aussetzungen blieb mit einem Wert von 7,2 vH der Nettovorschreibungen im Jahre 1982 seit dem Jahre 1978 annähernd gleich.

47.21.2 Der RH empfahl dem FA, vermehrt Forderungs- und Lohnpfändungen sowie Versteigerungen und Freihandverkäufe durchzuführen.

47.21.3 Das FA sagte dies zu.

47.22.1 Der Innendienst führte die Vollstreckungsakten teilweise nicht ordnungsgemäß und kam seinem Auftrag zur Vollziehung der Vollstreckung nicht in allen Fällen hinreichend nach.

47.22.2 Der RH regte an, die Vollstreckungsakten übersichtlich zu gestalten, für eine rasche Bearbeitung der Rückstandsausweise und eine einwandfreie Abstattungsverrechnung Sorge zu tragen sowie allfällige Daten der Bewertungsstelle für die Besicherung zu verwerten. Die Bediensteten der Vollstreckungsstelle sollten in Zusammenarbeit mit deren Leiter durch entsprechende Schulung zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben angeleitet werden.

47.22.3 Das FA sagte dies zu.

47.23.1 Öfters vollzogen die Vollstrecker nicht die ihnen erteilten Vollstreckungsaufträge. Andererseits führten sie fallweise auch Vollstreckungshandlungen ohne einen dazu erteilten Vollstreckungsauftrag durch. Sie nahmen ferner von der Weiterführung einer bereits begonnenen Vollstreckungshandlung Abstand, wenn der Abgabenschuldner auf künftig beabsichtigte Abstattungen hinwies, die Zahlung der laufenden selbst zu berechnenden Abgaben nachwies oder erklärte, künftig mit dem FA Verhandlungen über eine Abstattungsregelung führen zu wollen. Daneben beschränkten sich die Vollstrekker beim Vollzug manchmal auf die Entgegennahme von Teilzahlungen. Gelegentlich nahmen sie Teilzahlungen in beträchtlicher Höhe entgegen, vermerkten dies aber nicht im dafür auf dem Rückstandsausweis vorgesehenen Datenfeld. In mehreren Fällen wurden auch keine Pfändungsgebühren für stattgefundene Amtshandlungen verrechnet.

47.23.2 Der RH empfahl, erteilte Vollstreckungsaufträge auch zu vollziehen sowie die Berichterstattung über den Vollzug zu verbessern.

47.23.3 Das FA stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht.

47.24.1 In drei Einzelfällen (Rückstände 500 000 S sowie 1,3 und 2 Mill S) hat die säumige Vorgangsweise der Vollstreckungsstelle ua sogar zu einem völligen Stillstand der Vollstreckungsmaßnahmen geführt. Im letzten Fall hat die FLD Salzburg die Aussetzung der Einbringung verfügt.

47.24.2 Der RH empfahl, die Einbringung der aushaftenden Rückstände zu betreiben, künftig zur Kenntnis gelangte strafbare Handlungen rechtzeitig anzuzeigen, bei Aussetzung und Wiederaufnahme der Einbringung auf die gesetzlichen Voraussetzungen zu achten und die gesetzlich vorgeschriebenen Einbringungsmaßnahmen auch tatsächlich zu vollziehen sowie im Hinblick auf ein eröffnetes Konkursverfahren die Haftung gegenüber Bürgen geltend zu machen. Er ersuchte in allen Fällen, ihm die getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

47.24.3.1 Lt Stellungnahme des FA sei im ersten Fall die zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung aushaftende Abgabenschuld fast zur Gänze hereingebracht worden. Über das Vermögen des zweiterwähnten Abgabepflichtigen und das seiner Ehefrau sei das Konkursverfahren eröffnet, letzteres allerdings in einen Zwangsausgleich übergeleitet worden. Die Aussichten, den Abgabenrückstand von derzeit rd 2,9 Mill S hereinzubringen, wurden als ungünstig beurteilt.

47.24.3.2 Lt Mitteilung der FLD Salzburg sei die Aussetzung im März 1984 abgelaufen und das FA angewiesen worden, die Wiedervorschreibung des vollen Aussetzungsbetrages vorzunehmen und alle Möglichkeiten der Einbringung dieser alten Steuerschuld auszuschöpfen.

Feststellungen gegenüber der FLD Salzburg

47.25.1 Die letzte vollständige Amtsinspektion des FA durch das Steuerlandesinspektorat fand im Jahre 1977 statt. Unvermutete Skontrierungen der Finanzkasse wurden in den Jahren 1972 und 1979 sowie über Anregung des RH während dessen Gebarungsüberprüfung vorgenommen. Die vom RH festgestellten schwerwiegenden Mängel bei der Strafsachen- und Vollstreckungsstelle waren zT bereits im Jahre 1977 vom Steuerlandesinspektorat beanstandet worden.

47.25.2 Da lange Abstände zwischen den Prüfungen die Gebarungssicherheit gefährden und darüber hinaus zur Folge haben, daß Fehler über sehr lange Zeit nicht behoben werden, empfahl der RH, in Hinkunft die Abstände zwischen den Prüfungen der Steuerlandesinspektorate zu verkürzen sowie den Vollzug der Prüfungsempfehlungen zu überwachen.

47.25.3 In ihrer Stellungnahme führte die FLD Salzburg die geringe Inspektionstätigkeit in der Vergangenheit auf die Abwanderung ausgebildeter Bediensteter zu anderen Gebietskörperschaften zurück. Sie habe jedoch trotz der schwierigen personellen Lage im Jahre 1983 drei FÄ überprüft und beabsichtige im Jahr 1984 wiederum bei drei FÄ Inspektionen durchzuführen. Darüber hinaus wird die FLD Salzburg ab dem Jahre 1985 in der Lage sein, alle Finanzkassen jährlich zu überprüfen.

47.26.1 Gewisse Beanstandungen waren auf die mangelnde Erfahrung eines Bediensteten bzw auf langjährig eingeschliffene Vorgangsweisen zurückzuführen.

47.26.2 Nach Ansicht des RH sollten gerade künftige Führungskräfte in einer modernen Verwaltung zwecks Erweiterung ihrer Fähigkeiten mehrere Dienststellen und deren zum Teil doch unterschiedliche Arbeitsweisen kennenlernen. Der RH empfahl daher der FLD, diesen Bediensteten im Hinblick auf eine von ihm zukünftig angestrebte Führungsposition zu veranlassen, seine Erfahrung durch Dienstverrichtung bei anderen Dienststellen der Finanzverwaltung zu erweitern.

47.26.3 Lt Bericht der FLD wurde eine entsprechende Dienstzuteilung zu anderen FÄ im Bereich der FLD veranlaßt.

47.27.1 Insgesamt wiesen Ende 1981 65 Großbetriebe als letztgeprüftes Jahr 1975 oder davor aus. Der Anteil dieser Großbetriebe, die Ende 1981 zum Teil bis zu 14 Jahren nicht geprüft worden waren, an der Gesamtanzahl der Großbetriebe betrug 32,5 vH.

47.27.2 Der RH empfahl daher, unter Bedachtnahme auf die gleichmäßige Behandlung aller Abgabepflichtigen, in Hinkunft auch bei Großbetrieben um eine vertretbare Prüfungsdichte und um kürzere Prüfungsabstände bemüht zu sein.

47.27.3 Die FLD Salzburg erklärte die unzureichende Besetzung der Großbetriebsprüfungsabteilung beim FA Salzburg-Stadt mit der Altersstruktur sowie dem erforderlichen Neuausbau der Betriebsprüfungsabteilungen der FÄ Salzburg-Stadt und Salzburg-Land und berichtete weiters von den geplanten Prüfungsmaßnahmen.

Feststellungen gegenüber dem BMF

47.28.1 Für die einzelnen Abteilungen der FÄ bestehen derzeit verschiedene Vorgangsweisen bei der Ermittlung des Personalbedarfs. Wie am Beispiel des FA Zell am See erkennbar, ging die bevorzugte Bedarfserfüllung für diejenigen Abteilungen, für die der neue Bedarf gilt, zu Lasten der übrigen Abteilungen. Das ungleiche Ausmaß der Bedarfserfüllung schafft Abteilungen unterschiedlicher Wertigkeit und erschwert die Vergleichbarkeit.

47.28.2 Der RH empfahl, einheitliche Richtlinien zur Ermittlung und Erfüllung des Bedarfes zu erstellen.

47.28.3 Lt Stellungnahme des BMF werde längerfristig eine Vereinheitlichung der Maßstäbe angestrebt, jedoch müsse das Ergebnis der derzeit in Erörterung befindlichen Steuerreform abgewartet werden. Erforderlich wäre darüber hinaus eine gründliche Untersuchung der einzelnen Arbeitsplätze unter Berücksichtigung der fortschreitenden Automatisierung und der der Finanzverwaltung neu zugewachsenen Aufgaben.

47.29.1 Eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine aufkommensneutrale Einführung der Neuorganisation der Veranlagung und Betriebsprüfung war - worauf der RH seinerzeit auch hingewiesen hatte - die Gewährleistung eines ausreichenden Personalstandes für die Betriebsprüfung.

47.29.2 Wie der RH anhand seiner Prüfungsergebnisse bei FÄ mehrmals aufzeigte, hat die vom BMF vorgenommene Bedarfsermittlung die zeitnahe Überwachung des Abgabenaufkommens nicht ausreichend sichergestellt, weil der fehlenden Überprüfung der eingereichten Erklärungen im Bereich der Sofortbemessung bisher keine ausreichend gesicherte Betriebsprüfung gegenüberstand. Der RH empfahl daher neuerlich, die Anzahl der Betriebsprüfer entsprechend zu vermehren.

47.29.3 Das BMF erklärte sich als weiterhin um den nach dem Modell Veranlagung-Betriebsprüfung erforderlichen Ausbau der Betriebsprüfung bemüht, der sich jedoch infolge einer äußerst ungünstigen Altersstruktur verzögert habe.

47.30.1 Nach dem am 1. Juli 1978 in Kraft getretenen Straßenverkehrsbeitragsgesetz unterliegt auch die Beförderung von Gütern im Inland mit Fahrzeugen mit ausländischem Kennzeichen der Beitragspflicht. Da einzelne Staaten in der Folge dazu übergingen, von österreichischen Unternehmen bei Güterbeförderungen in ihrem Staatsgebiet neue Abgaben einzuheben, bestehende zu erhöhen oder bisher sistierte Abgaben wieder einzuheben, wodurch eine wesentliche Verschlechterung der Wettbewerbsverhältnisse österreichischer Unternehmer eintrat, begegnete das BMF dieser für die österreichische Wirtschaft nachteiligen Entwicklung damit, daß österreichischen Unternehmern im Erlaßwege die Möglichkeit eingeräumt wurde, diese aus Anlaß der Einführung des Straßenverkehrsbeitrages neu auftretenden Belastungen unter Anwendung des § 236 BAO berücksichtigen zu lassen.

47.30.2 Da § 7 des Straßenverkehrsbeitragsgesetzes den Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für Beförderungen mit Fahrzeugen mit ausländischem Kennzeichen den Beitrag durch Verordnung zu erhöhen, soweit dies zur Erzielung einer den Grundsätzen der Gegenseitigkeit entsprechenden Behandlung erforderlich ist, empfahl der RH, die Herstellung von Gegenrecht zu erwägen. Er erinnerte an die vom BMF in diesem Zusammenhang zugesagte Überprüfung (TB 1980 Abs 46.27.3).

47.30.3 Das BMF verhielt sich der Empfehlung gegenüber eher ablehnend und meinte, es hätte immer den Grundzügen der österreichischen Politik entsprochen, bilaterale Probleme im Verhandlungswege zu lösen.

47.31.1.1 Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs erfolgt bundesweit über die Österreichische Postsparkasse bzw die Oesterreichische Nationalbank. Die Österreichische Postsparkasse stellt nun zum Unterschied von der Oesterreichischen Nationalbank der elektronischen Datenverarbeitungsanlage des Bundesrechenamtes im Rahmen des automatisierten Abgabeneinhebungs- und -verrechnungsverfahrens zur automatischen Verarbeitung von Zahlungen ohne Verrechnungsweisung - soferne sich der Abgabepflichtige vorkodierter Erlagscheine bedient - die hiefür auf Magnetbändern gespeicherten Daten zur Verfügung. Diese maschinell verarbeiteten Erlagscheine stellen eine beträchtliche arbeitsmäßige Entlastung der Finanzverwaltung dar, da in diesen Fällen keine Dateneingabe erforderlich ist.

47.31.1.2 Im Bereich der FLD Salzburg wurde der überwiegende Teil des Zahlungsverkehrs über die Oesterreichische Nationalbank und nicht über die Österreichische Postsparkasse abgewickelt, obwohl der Anteil jener Belege, der einer maschinellen Verarbeitung zugänglich wäre, überdurchschnittlich hoch ist.

47.31.2 Da es für den RH nicht einsichtig war, warum ein an sich bewährtes Verfahren nicht auch auf die Oesterreichische Nationalbank übertragbar wäre und er dieses Verfahren für äußerst wirtschaftlich und zweckmäßig erachtete, empfahl er dem BMF, mit der Oesterreichischen Nationalbank ehestmöglich in zielführende Verhandlungen einzutreten.

47.31.3 Das BMF bekundete das Interesse an einem automatisierten Datenaustausch mit der Oesterreichischen Nationalbank, jedoch stünden der Verwirklichung dieses Vorhabens derzeit noch technische Schwierigkeiten gegenüber. Bemühungen um eine Lösung wurden zugesagt.

47.32.1 Die gesetzliche Verpflichtung, die Einkommensteuererklärungen grundsätzlich bis zum 31. März jeden Jahres einzureichen (§ 134 Abs 1 BAO), steht in Fällen nichtselbständiger Einkünfte in Widerspruch mit § 84 des Einkommensteuergesetzes 1972, wonach Lohnzettel erst nach dem 31. März des folgenden Kalenderjahres ausgestellt werden dürfen. Das BMF behilft sich, indem es von der im

§ 134 BAO eingeräumten Möglichkeit einer allgemeinen Fristerstreckung - bei Beziehern lohnsteuerpflichtiger Einkünfte - Gebrauch macht. Die Einkommensteuerformulare weisen hingegen in der rechts oben aufgedruckten Belehrung darauf hin, daß die Erklärung bis 31. März jeden Jahres beim FA einlangen muß.

47.32.2 Da nachgereichte Lohnzettel für die FÄ vermeidbaren Verwaltungsaufwand verursachen, empfahl der RH, die oben erwähnte Belehrung dahingehend zu erweitern, daß auf die generelle Fristverlängerung für Bezieher nichtselbständiger Einkünfte hingewiesen wird.

47.32.3 Dieser Empfehlung kam das BMF in der Zwischenzeit nach; in den Einkommensteuererklärungen für 1984 ist ein entsprechender Vermerk enthalten.

47.33.1 Derzeit besteht keine umfassende und mit der ADV hergestellte Ermittlung des Erfolges der einzelnen Vollstreckungsstellen.

47.33.2 Nach Ansicht des RH würde eine Aufgliederung des Einbringungserfolges nach Vollstrekkungsstellen und Vollstreckungsarten bei einem bundesweiten Vergleich einen wertvollen Aufschluß über den Erfolg und die Arbeitsweise der einzelnen Stellen sowie eine Wertung des Erfolges der einzelnen zur Verfügung stehenden Einbringungsarten ermöglichen. Er empfahl auch im Interesse der Dienstaufsicht entsprechende Vorkehrungen.

47.33.3 Das BMF stellte unter Rücksichtnahme auf die Verwaltungsökonomie die Erarbeitung eines diesbezüglichen Erfassungsmodells in Aussicht.

47.34.1 Im Bereich des geprüften FA fanden im Brennjahr 1981/82 144 Brennverfahren bei Hausbrandberechtigten statt. Kontrollen unmittelbar vor dem Brennverfahren erfolgten überhaupt nicht, Betriebskontrollen in zwei Fällen. Die Verschlußsiegel an den Brenngeräten wurden nur in 21 Fällen im selben Monat wie das Brennverfahren, in 123 Fällen erst im Folgemonat oder viele Monate später, in Einzelfällen bis zu fünf Monate nach dem Brennverfahren angebracht.

47.34.2 Der RH empfahl daher dem BMF zu erwägen, die Überwachung der Brennverfahren von Hausbrandberechtigten wegen des geringen Abgabenaufkommens dieser Abgabepflichtigen nur noch stichprobenartig durchzuführen sowie die Gewährung von Brennrechten für Abfindungsbrennereien gegenüber jenen von Hausbrandberechtigungen zu verstärken.

47.34.3 Das BMF sagte entsprechende Überlegungen zu.

Finanzämter Feldbach und Radkersburg

Beide Ämter zählen zu den kleineren Organisationseinheiten der Finanzverwaltung, weshalb es vor allem beim Finanzamt Radkersburg zu einer Ämterhäufung bei den leitenden Bediensteten kommt.

Allgemeines

48.1 Der RH führte im Herbst 1983 bei den Finanzämtern Feldbach (FA Feldbach) und Radkersburg (FA Radkersburg) eine Gebarungsüberprüfung durch. Das Abgabenaufkommen (Nettoabstattung) dieser Finanzämter (FÄ) betrug im Jahre 1982 620,9 Mill S bzw 182,3 Mill S; sie nahmen unter den 14 FÄ der Finanzlandesdirektion für Steiermark (FLD Stmk) nach dem Abgabenaufkommen den 8. bzw 14. Rang ein. Das FA Feldbach zählte zur Kategorie 3, das FA Radkersburg zur Kategorie 4.

Zum 1. Jänner 1983 waren im FA Feldbach 4 874, im FA Radkersburg 2 323 Veranlagungsfälle erfaßt. Im FA Feldbach waren zum selben Zeitpunkt 73 Bedienstete beschäftigt, das sind 67,6 vH des nach den Grundsätzen des vom BMF erstellten Soll-Stellenplanes ermittelten Personalbedarfes von 108 Bediensteten. Das FA Radkersburg verfügte über 30 Bedienstete, das entspricht bei einem Soll von 41 Bediensteten einer Bedarfsdeckung von 73,2 vH.

In der Folge werden die bei den einzelnen FÄ getroffenen Feststellungen gesondert, jedoch die Auswirkungen gegenüber der FLD Stmk und dem BMF zusammengefaßt dargestellt.

Finanzamt Feldbach

Amtsleitung

48.2.1 Einige Erledigungen in Familienbeihilfenangelegenheiten, die an Bedienstete des FA oder deren Ehegatten ergingen, waren weder vom Amtsvorstand noch von dessen Stellvertreter genehmigt.

48.2.2 Der RH empfahl dem Vorstand, künftig den Erlaß des BMF über die Approbations- und Zeichnungsregelung für die FÄ zu beachten.

48.2.3 Der Vorstand sagte dies zu.

48.3.1 In der Veranlagungs-, der Betriebsprüfungsabteilung sowie in der Lohnsteuer- und Beihilfenstelle beachteten dort tätige Bedienstete die Bestimmungen des § 76 der Bundesabgabenordnung über die Befangenheit von Organwaltern der Abgabenbehörden verschiedentlich nicht. Eine Bedienstete der Lohnsteuerstelle bearbeitete in den Jahren 1975 bis 1979 und 1981 Anträge auf Berichtigung und auf Eintragung von Freibeträgen auf der Lohnsteuerkarte ihres Bruders bzw ihrer Tochter, wobei in einem Fall die Ermittlung des steuerfreien Betrages für Sonderausgaben fehlerhaft war.

48.3.2 Der RH brachte diesen Sachverhalt dem Amtsvorstand noch während der Gebarungsüberprüfung zur Kenntnis und regte sowohl eine Belehrung als auch entsprechende disziplinäre Maßnahmen an.

48.3.3 Das FA nahm die Feststellungen des RH im wesentlichen zur Kenntnis, erachtete die Rechtfertigung der Bediensteten bei der Ermittlung des Freibetrages für glaubhaft und beließ es bei einer Belehrung.

48.3.4 Im Hinblick auf die Mißachtung der gesetzlichen Vorschrift über die Befangenheit während mehrerer Jahre hielt der RH jedoch eine Ermahnung im Sinne des § 109 Abs 2 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 für gerechtfertigt, worauf er in seiner Antwort auf die Stellungnahme auch hinwies.

48.4.1 Im September 1982 wurde in einer anonymen Anzeige die Ehegattin eines leitenden Beamten des FA zumindest der Abgabenverkürzung beschuldigt. Der Vorstand, der sich die Erledigung dieser Anzeige vorbehalten hatte und sie erst knapp vor Beginn der Gebarungsüberprüfung der Veranlagungsleitstelle zur weiteren Veranlassung übermittelte, war nur in äußerst schleppender und unzureichender Weise um die Aufklärung der Angelegenheit bemüht.

48.4.2 Der RH empfahl dem Vorstand, ein geordnetes Ermittlungsverfahren vorzunehmen und ersuchte um Mitteilung der getroffenen Maßnahmen.

48.4.3 Der Vorstand kam dieser Empfehlung weitgehend nach - so ergaben sich nunmehr Veranlagungsverfahren zur Umsatzsteuer der Jahre 1981 und 1982 -, wies jedoch den Vorwurf einer schleppenden und unzureichenden Aufklärung zurück.

48.4.4 Der RH hielt seine Feststellung aufrecht und begründete sie neuerlich eingehend.

48.5.1 Verschiedenen Angehörigen der Betriebsprüfungsabteilung des FA wurden in anonymen Anzeigen Dienstpflichtverletzungen vorgeworfen. Im einzelnen handelte es sich um die entgeltliche Verfassung von Steuererklärungen, die Annahme eines Geschenkes im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung, das Fliegen mit einem Motorflugzeug während der Dienstzeit und im Krankenstand, das Antreten einer Urlaubsreise am letzten Tag eines Krankenstandes, die Nichteinhaltung der im Außendienst vorgesehenen Dienstzeit, Vortragstätigkeiten während der Dienstzeit sowie das Auftreten als Festredner und die Teilnahme an einer öffentlichen Feierstunde während eines Krankenstandes. In einigen Fällen entsprachen die Anzeigen den Tatsachen; der Vorstand des FA führte zu diesen und den anderen Fällen die erforderlichen ergänzenden Erhebungen jedoch nicht mit dem notwendigen Nachdruck durch bzw ermittelte wesentliche Sachverhalte nicht mit ausreichender Sorgfalt.

48.5.2.1 Der RH wies insb darauf hin, daß die angezeigte Pfuschertätigkeit von Betriebsprüfern auch den Angehörigen der steuerberatenden Berufe bekannt sei und sich auf die Durchsetzung von Prüfungsfeststellungen nachteilig auswirken könne. Er empfahl dem Vorstand, selbst bei anonymen Anzeigen glaubwürdige Vorwürfe restlos aufzuklären, und regte an - soweit noch zweckmäßig -, die unterlassenen Erhebungen nachzuholen.

48.5.2.2 Da einer dieser Bediensteten, obwohl er mit Erkenntnis der Disziplinarkommission beim BMF für schuldig befunden worden war, seine Dienstpflichten dadurch verletzt zu haben, daß er für zehn teilweise von ihm selbst veranlagte Abgabepflichtige gegen Entgelt Abschlüsse und Steuererklärungen erstellte, in der Folge mit Zustimmung der FLD Stmk zum Betriebsprüfer bestellt wurde, empfahl der RH der FLD, in Hinkunft nur Bedienstete mit einwandfreiem dienstlichen Verhalten zu Betriebsprüfern zu bestellen.

48.5.3.1 Der Vorstand entgegnete in seiner Stellungnahme, für ihn sei ein Fehlverhalten durch mangelhafte Ermittlungstätigkeit nicht erkennbar; der Verhinderung von Pfuschertätigkeit im Sinne des § 56 der Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung werde erhöhte Beachtung zugewendet und anonymen Anzeigen mit einiger Glaubwürdigkeit werde nachgegangen.

48.5.3.2 Die FLD Stmk meinte, eine mit einer Disziplinarstrafe gesühnte Dienstpflichtverletzung dürfe zu keinen dienstrechtlichen Nachteilen führen. Im Falle der Feststellung einer Wiederholung einer derartigen Dienstpflichtverletzung werde eine sofortige Verwendungsänderung verfügt werden.

48.5.4 Der RH hielt in seiner Erwiderung gegenüber dem Vorstand den Vorwurf einer mangelhaften Ermittlungstätigkeit aufrecht und begründete dies neuerlich eingehend.

48.6.1 Wie eine stichprobenweise Prüfung der jahrgangsweise abgelegten Sammelanträge der Steuerberater auf Fristverlängerung ergab, enthielten sie - vermutlich von Bediensteten der Leitstelle angebrachte - händische Eintragungen, wodurch die solcherart nachträglich in die Listen aufgenommenen Abgabepflichtigen in den Genuß der allgemeinen Fristverlängerungsregelung kamen. In mehreren Fällen fehlten in den Abgabenakten solcher nachgetragener Abgabepflichtiger Vollmachten für den betreffenden Steuerberater.

48.6.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit der „Dienstanweisung Veranlagung und Betriebsprüfung" stehend. Überdies war bei Vorliegen von fachkundig erstellten Abgabenerklärungen und Rechnungsabschlüssen ohne Angabe des Verfassers der Verdacht einer Pfuschertätigkeit, bei Bediensteten der Finanzverwaltung sogar die Gefahr einer Befangenheit gegeben. Der RH empfahl daher, die fehlenden Vollmachten einzufordern und die übrigen Fälle entsprechend zu untersuchen.

48.6.3 Diesen Empfehlungen kam das FA nach.

48.7.1 Ein Gruppenleiter der Betriebsprüfungsabteilung suchte an einzelnen Tagen drei und mehr Betriebsprüfer am Prüfungsort auf, wodurch Tageswegstrecken von über 100 km anfielen, die zu einer hohen Reisekostenvergütung durch die Abgeltung des anfallenden Kilometergeldes führten. In allen derartigen Fällen bestätigte der Amtsvorstand, daß die Dienstreise über amtlichen Auftrag erfolgt war und die Verwendung des eigenen Personenkraftwagens im Dienstinteresse lag.

48.7.2 Der RH empfahl, in Hinkunft darauf zu achten, daß bloße Überwachungen der Anwesenheit fernmündlich vorgenommen und unzweckmäßige Reisebewegungen vermieden werden.

48.7.3 Den Empfehlungen des RH wird entsprochen werden.

Veranlagungsabteilung

48.8.1 Bei der stichprobenweisen Durchsicht von Abgabenakten wurden zahlreiche Bearbeitungsfehler festgestellt, die sowohl eine Folge der Sofortbemessung waren als auch infolge Flüchtigkeit anläßlich der Aktenbearbeitung in den Referaten verursacht wurden.

48.8.2 Der RH empfahl, falls vom FA die Abänderung einer Veranlagung in einem der angeführten Fälle für notwendig erachtet wird und hiezu die §§ 293 (Schreib- und Rechenfehler) und 299 (Aufsichtsrecht der FLD), der Bundesabgabenordnung keine Möglichkeit bieten, soweit die Verjährungsfristen für die Berichtigungen noch nicht abgelaufen sind, die Durchführung einer Nachschau oder Betriebsprüfung. Er ersuchte auch um Bekanntgabe der getroffenen Veranlassungen.

48.8.3 In seiner Stellungnahme kam das FA diesem Ersuchen zufriedenstellend nach.

48.9.1 In vielen Fällen erledigte das FA Feldbach Anträge auf Zahlungserleichterungen erst nach ein bis drei Monaten. Wiederholt dauerten Erledigungen, wie bspw die Weitergabe von eingelangten Abgabenerklärungen oder Betriebsprüfungsberichten samt den dazugehörigen Eingabebogen an die Finanzkasse und deren Eingabe durch die Datenstation, ohne ersichtlichen Grund unverhältnismäßig lange.

48.9.2 Der RH empfahl eine raschere Erledigung der Anträge auf Zahlungserleichterung und regte an, künftig darauf zu dringen, daß alle mit Erledigungen befaßten Stellen diese ohne unnötigen Aufschub durchführen.

48.9.3 Das FA wird dieser Empfehlung in Hinkunft nachkommen.

48.10.1.1 Ein Abgabepflichtiger betrieb zwei Landwirtschaften im Gesamtausmaß von rd 14,7 ha. Er erklärte in den Jahren 1973 bis 1981 aus dem Betrieb der Landwirtschaft Verluste von insgesamt 2,1 Mill S bei Einnahmen während dieser Jahre von rd 68 000 S. Anläßlich einer abgabenbehördlichen Buch- und Betriebsprüfung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen der Jahre 1973 bis 1977 wurde wohl eine Verminderung der in diesen Jahren angefallenen Verluste um rund ein Drittel vorgenommen, Liebhaberei jedoch nicht angenommen.

48.10.1.2 Ein weiterer Abgabepflichtiger erklärte neben seinen Einkünften aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit als Arzt auch Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft im Buschenschank und erzielte in den Jahren 1976 bis 1981 Verluste von insgesamt rd 671 000 S.

48.10.2 Der RH empfahl, bei Beurteilungen von Tätigkeiten, die auf Dauer gesehen Gewinne oder Einnahmenüberschüsse nicht erwarten lassen, Liebhaberei anzunehmen, weiters in beiden Fällen eine Betriebsprüfung vorzunehmen und in Hinkunft in derartigen Fällen gem § 200 Abs 1 der Bundesabgabenordnung vorläufige Bescheide zu erlassen.

48.10.3 Das FA nahm die Empfehlung zur Kenntnis.

48.11.1 Im September 1982 langte im BMF eine anonyme Anzeige ein, in der ein Abgabepflichtiger der „Schwarzgeschäfte" beschuldigt und insbesondere auf die „Schwarzmästerei" bei Verwandten hingewiesen wurde. Die mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragte Steuerfahndungsstelle beim FA Graz-Stadt stellte im Zuge der Vorerhebungen beim Abgabepflichtigen finanzstrafrechtlich bedeutsame Tatbestände fest, nämlich Schwarzlieferungen und Lieferungen an einen wahrscheinlich fingierten Abnehmer durch den Bruder des Abgabepflichtigen sowie einen ungeklärten Vermögenszuwachs für die Jahre 1975 bis 1981 in Höhe von rd 1,7 Mill S. Im Abgabenakt befindet sich lediglich ein Hinweis des Amtsvorstandes, daß nach Vorliegen der Abgabenerklärungen für das Jahr 1982 eine Betriebsprüfung durchzuführen ist.

48.11.2 Der RH beanstandete die nachlässige Durchführung der vorangegangenen Betriebsprüfungen und empfahl, die vorgesehene Betriebsprüfung der Jahre 1980 bis 1982 im Zusammenwirken mit der Steuerfahndungsstelle beim FA Graz-Stadt durchzuführen sowie in Hinkunft auch bei anonymen Anzeigen § 82 des Finanzstrafgesetzes zu beachten.

48.11.3 Das FA verwies auf die Stellungnahme der FLD Stmk. Diese verneinte den von der Steuerfahndungsstelle festgestellten ungeklärten Vermögenszuwachs und berichtete, daß im Feber 1984 eine Anschlußprüfung begonnen hätte.

48.12.1 In mehreren Einzelfällen wurde das Ermittlungsverfahren nachlässig durchgeführt sowie in einem Konkursverfahren mehr als 14 Monate verspätet die Vorsteuer in Höhe von rd 118 000 S berichtigt.

48.12.2 Der RH empfahl dem FA, künftig die Möglichkeiten des Ermittlungsverfahrens voll auszuschöpfen, die sogenannten Überprüfungsfälle gründlicher zu bearbeiten und die Berichtigung von Vorsteuerabzügen stets zeitnah vorzunehmen.

48.12.3 Das FA sagte dies zu.

48.13.1 Die Veranlagungsleitstelle hielt sich bei der Festsetzung von Vorauszahlungen bei Neuaufnahmen an die ungeprüften von den Abgabepflichtigen gemachten Angaben, wickelte Aktenabtretungen an andere FÄ nicht vollständig ordnungsgemäß ab und berücksichtigte nicht, daß eine Veranlagung von Verlusten bei nichtbuchführenden Land- und Forstwirten unzulässig ist.

48.13.2 Der RH empfahl, anläßlich von Neuaufnahmen zeitnah Vorauszahlungen festzusetzen, in Hinkunft Sichtvermerke aller Abteilungen des FA anzubringen, um zu gewährleisten, daß alle im FA vorhandenen Unterlagen dem abzutretenden Akt angeschlossen werden, und bei nichtbuchführenden Landwirten, die einen Verlust aus Land- und Forstwirtschaft erklären, sowohl die dafür geltende Verordnung des Bundesministers für Finanzen als auch die „Dienstanweisung Veranlagung und Betriebsprüfung" zu beachten.

48.13.3 Das FA sagte zu, den Empfehlungen des RH in Hinkunft nachzukommen.

Betriebsprüfungsabteilung

48.14.1 Der RH stellte anhand verschiedener Beispiele fest, daß die Dienstaufsicht des Gruppenleiters der Betriebsprüfungsabteilung mangelhaft war und beanstandete einige Mängel.

48.14.2 So empfahl der RH ua, den Beginn der Prüfungsvorbereitungen und der Prüfungshandlungen in Hinkunft derart zu wählen, daß Veranlagungsakten nicht über einen zu langen Zeitraum hindurch unbearbeitet im Bereich der Betriebsprüfungsabteilung verbleiben, innerbetriebliche Vergleiche zweckmäßigerweise in gerundeten Beträgen anzustellen, den Beginn einer abgabenbehördlichen Prüfung auf dem Prüfungsauftrag eindeutig zu bestätigen, Aktenvermerke ausführlicher zu gestalten, die für den jeweiligen Prüfungsfall verbrauchte Anzahl der Arbeitstage in allen Fällen zu vermerken, für eine entsprechende Führung der Betriebsprüfungskartei zu sorgen sowie bei Betrieben, die wirtschaftlich zusammengehören, Prüfungshandlungen zugleich durchzuführen.

48.14.3 In seiner Stellungnahme erwiderte das FA, der Gruppenleiter wäre seiner Dienstaufsicht bisher weitgehend nachgekommen, er werde aber bestrebt sein, sie noch zu verbessern. Im übrigen sagte das FA die Einhaltung der Empfehlungen des RH zu.

48.14.4 Der RH verblieb hingegen bei seiner Feststellung der mangelhaften Dienstaufsicht und begründete sie nochmals eingehend.

48.15.1 In vielen Fällen waren in den Arbeitsbögen keine Vermerke über tatsächlich durchgeführte Prüfungshandlungen, wie die Ermittlung der Kalkulationsgrundlagen, kalkulatorische Verprobungen der Richtigkeit der erklärten Umsätze, die Beurteilung der Deckung von Vermögenszugängen und der Lebenshaltungskosten, enthalten. In einigen Fällen fehlten Vermerke über Einwendungen der Abgabepflichtigen oder der steuerlichen Vertreter zu den Feststellungen des Betriebsprüfers sowie die Ergebnisse der Verhandlungen von Vor- und Schlußbesprechungen, die ein Abgehen von den Feststellungen des Betriebsprüfers (bspw kalkulatorische Umsatzdifferenzen) begründeten.

48.15.2 Der RH empfahl daher, alle Prüfungshandlungen in den Arbeitsbögen festzuhalten und diese derart zu führen, daß daraus der Ablauf der Betriebsprüfung jederzeit belegt werden könne.

48.15.3 Das FA sagte dies zu.

Lohnsteuerstelle

48.16.1 Verschiedentlich erfolgte die Anweisung der Abgeltungsbeträge gemäß § 35 Abs 4 des Einkommensteuergesetzes 1972 nicht an den Anspruchsberechtigten, sondern an den Ehegatten, wurden die Zahlungsaufträge zur Auszahlung von Heiratsbeihilfen von Jänner bis Juni 1983 nicht mindestens einmal wöchentlich angewiesen und waren Rechtsmittel zum Teil erheblich länger als sechs Monate unerledigt. Ferner befanden sich in der Lohnsteuerstelle zu Beginn der Gebarungsüberprüfung 377 unbearbeitete Mitteilungen von Versicherungsunternehmen, 1 020 unbearbeitete Anzeigen über die Ausschreibung einer Lohnsteuerkarte nach Abschluß der allgemeinen Ausschreibung bzw Änderung der Lohnsteuerkarte der Jahre 1980 bis 1982 sowie 245 unbearbeitete Mitteilungen der Bausparkassen. Außerdem wurde es gelegentlich unterlassen, die Übersichtsblätter über Errichtungskosten und Darlehenstilgung für die Errichtung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen mit der gebotenen Genauigkeit und Sorgfalt zu führen.

48.16.2 Der RH regte an, den diesbezüglichen Weisungen des BMF zu entsprechen, Rechtsmittel zeitnah zu erledigen, anfallendes Kontrollmaterial zügig zu bearbeiten sowie für eine aufsichtsbehördliche Aufhebung des fehlerhaften Bescheides über den Jahresausgleich zu sorgen.

48.16.3 Das FA sagte dies zu.

Strafsachenstelle

48.17.1.1 Im Geschäftsverteilungsplan war für den Leiter der Strafsachenstelle kein Stellvertreter vorgesehen. Die im Wege der ADV erstellten Überwachungslisten wurden vom Strafreferenten weder abgezeichnet noch strafrechtlich ausgewertet. Desgleichen wurden die im Jahre 1983 von den Referaten erstatteten Meldungen über Umsatzsteuerabschlußzahlungen bei Überprüfungsfällen und händisch gekennzeichneten Überprüfungsfällen weder in der Vormerkliste festgehalten noch strafrechtlich ausgewertet. Vom FA vorgenommene Ermittlungen über die Tätigkeiten von Versicherungsvertretern führ-

ten in einigen Fällen zur Neuaufnahme von Abgabepflichtigen und zu nachträglichen Steuervorschreibungen. Die Veranlagungsabteilung setzte die Strafsachenstelle von diesen Sachverhalten jedoch nicht in Kenntnis. Von den in die Vormerkliste aufgenommenen 211 Fällen waren rd 25 vH beginnend mit dem Jahre 1980 noch nicht bearbeitet. Das FA unterließ es bei seinen Vorerhebungen, den strafbestimmenden Wertbetrag zu errechnen. Ein Vergleich der Anzeigen der Verbrauchsteuerstelle mit den bei der Strafsachenstelle eingelangten Anzeigen ergab, daß zwei im Jahre 1978 von der Verbrauchsteuerstelle der Strafsachenstelle übersandte Anzeigen nicht erfaßt waren. In den Jahren 1977 bis 1980 waren besonders lange Zeiträume zwischen dem Zeitpunkt der Anzeige und jenem der Erledigung durch die Strafsachenstelle festzustellen.

48.17.1.2 Insgesamt schwankte die Anzahl der jährlich eingeleiteten und rechtskräftig erledigten Strafverfahren stark. So kam die Tätigkeit im Jahre 1978 fast zum Stillstand, während 1980 ein außerordentliches Ansteigen der rechtskräftig erledigten Strafverfahren zu bemerken war.

48.17.2 Zur Verbesserung der Straftätigkeit empfahl der RH, für den Leiter der Strafsachenstelle einen Vertreter zu bestellen, Abschlußzahlungen an Umsatzsteuer und Abgabe von alkoholischen Getränken ab 20 000 S in Listenform festzuhalten und die 1983 erstatteten Meldungen sowie auch die anderen erwähnten Überwachungslisten regelmäßig und vollständig auszuwerten, die bisher nicht bearbeiteten Fälle zügig auszuwerten, künftig bei der Abwicklung von Strafverfahren zuerst den strafbestimmenden Wertbetrag zu errechnen sowie insgesamt die Vollziehung des Finanzstrafgesetzes zu verbessern.

48.17.3 Das FA nahm die Empfehlungen des RH im wesentlichen zur Kenntnis.

Vollstreckungsstelle

48.18.1.1 Im Geschäftsverteilungsplan war für den Leiter der Vollstreckungsstelle kein Stellvertreter vorgesehen. Die Aktenführung im Innendienst der Vollstreckungsstelle und die Erledigungen des Vollstreckers wiesen Mängel auf.

48.18.1.2 In der langjährigen Entwicklung nahmen die Vollstreckungsaufträge etwas zu. Die Vollstreckungsaufträge wurden im Prüfungszeitraum zwischen 5 vH und 12 vH durch Teilzahlungen (mit und ohne Sachpfändungen) und zwischen 20 vH und 27 vH durch Sachpfändungen ohne Teilzahlung erledigt. Versteigerungen kamen in kleiner Anzahl, Freihandverkäufe dagegen überhaupt nicht vor. Forderungspfändungen fielen in geringem Ausmaß an. Der Rückstand einschließlich der Aussetzungen verdoppelte sich von 1978 bis 1982 auf 8,42 vH der Nettovorschreibung.

48.18.2 Der RH empfahl, im Geschäftsverteilungsplan einen Vertreter für den Leiter der Vollstrekkungsstelle vorzusehen, die Vollstreckungsakten übersichtlicher zu gestalten und allfällige Daten der Bewertungsstelle für die Besicherung zu verwerten, erteilte Vollstreckungsaufträge zu vollziehen und beim Erwerb von Sicherheiten auf die hinreichende Deckung der Abgabenforderungen zu achten sowie vermehrt Forderungspfändungen, Versteigerungen und gegebenenfalls Freihandverkäufe durchzuführen.

48.18.3 Das FA sagte dies zu.

Finanzamt Radkersburg

Verwaltungsstelle

48.19.1 Ende 1982 umfaßte die Bibliothek 840 Druckwerke, die teilweise veraltet und daher nur noch beschränkt verwendungsfähig waren. Von der Verwaltungsstelle wurden die Vermerke auf den Zeitkarten der die Einhaltung der Sollzeit überwachenden Abteilungsleiter nicht entsprechend ausgewertet.

48.19.2 Der RH empfahl, im Interesse der Verwaltungsvereinfachung veraltete Druckwerke auszuscheiden und die einzuhaltende Sollzeit wirksam zu überwachen.

48.19.3 Das FA kam diesen Empfehlungen bereits nach.

Veranlagungsabteilung

48.20.1 Verschiedene Abgabepflichtige gaben oftmals seit mehreren Jahren trotz Aufforderung keinerlei Steuererklärungen ab. Die Festsetzung der Abgaben erfolgte aufgrund von Schätzungen gemäß § 184 der Bundesabgabenordnung. Auch die wiederholte Verhängung von Zwangsstrafen und die teilweise vorgenommene Bestrafung wegen fahrlässiger Abgabenverkürzung zeitigte keinen Erfolg. Da die Abgabepflichtigen die Schätzungen ohne Widerspruch hinnahmen, waren diese offenbar für sie eher von Vorteil.

48.20.2 Der RH empfahl daher, in Hinkunft schon im Hinblick auf die im § 114 der Bundesabgabenordnung vorgesehene gleichmäßige Behandlung der Abgabepflichtigen jene, die keine Abgabenerklärungen abgeben, mit den gesetzlich vorgesehenen Mitteln - bis zum Höchstausmaß der Zwangsstrafe - zur Erfüllung dieser ihnen gesetzlich auferlegten Verpflichtung zu veranlassen.

48.20.3 Das FA meinte in seiner Stellungnahme, gerade die Festsetzung der Zwangsstrafe nach der Einkommenslage zeige, daß das Einkommen auch ohne Steuererklärungen mit größter Wahrscheinlichkeit von Amts wegen richtig ermittelt werden könne.

48.20.4 Der RH verwies in seiner Erwiderung auf die gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe von Erklärungen, die für alle Abgabepflichtigen in gleicher Weise gelte, sowie auf den Zweck der Zwangsstrafe.

48.21.1 In Einzelfällen anerkannte das FA die den Einkommensteuererklärungen beigelegten Lohnzettel, wenn auch die Ausfertigung mangelhaft war. Ein in einem Abgabenakt angeschlossener Lohnzettel für das Jahr 1979, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit nicht bestätigt war, wies bei der einbehaltenen Lohnsteuer erheblich andere Daten auf, als ein mit einem anderen Abgabenakt vorgelegter Lohnzettel über denselben Bezug, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit bestätigt war.

48.21.2 Der RH empfahl, künftig auf die ordnungsgemäße Ausfertigung von Lohnzetteln zu achten und zu klären, welcher der beiden genannten Lohnzettel die richtigen Daten enthält.

48.21.3 Das FA stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht. Wie die Überprüfung der beiden Lohnzettel sodann ergab, enthielten beide Unrichtigkeiten.

48.22.1 Die geprüften Veranlagungsakten zeigten verschiedene Mängel, die sowohl eine Folge der Sofortbemessung waren als auch durch Flüchtigkeit anläßlich der Aktenbearbeitung verursacht wurden.

48.22.2 Der RH empfahl, künftig auf eine genauere Aktenbearbeitung zu achten. Weiters wären bei Berichtigungen von Abgabenbescheiden jeweils die Entscheidungsgründe leicht nachprüfbar darzustellen. Bei der Datenkontrolle wären in jedem Fall die Durchführungsvermerke auf den Belegen anzubringen. Falls vom FA die Abänderung der Veranlagung in einem dieser Fälle für notwendig erachtet wird und hiezu die §§ 293 (Schreib- und Rechenfehler) und 299 (Aufsichtsrecht der FLD) der Bundesabgabenordnung keine Möglichkeit bieten, wäre, soweit die Verjährungsfrist für die Berichtigung noch nicht abgelaufen ist, eine Nachschau oder Betriebsprüfung durchzuführen.

48.22.3 Die Stellungnahme des FA war in einigen Fällen unbefriedigend; ein Schriftwechsel ist noch im Gang.

48.23.1 Von den im Hotel-, Gast- und Privatzimmerverzeichnis von Bad Radkersburg für 1983 ausgewiesenen Beherbergungsbetrieben waren elf Privatquartiere steuerlich nicht erfaßt. Eine Durchsicht der Abgabenakten von Zimmervermietern ließ zum Teil schwerwiegende Mängel erkennen. So machte bspw ein Abgabepflichtiger in der Gewinnermittlung aus seiner selbständigen Tätigkeit für sein „Personalwohnhaus" eine vorzeitige Abschreibung in Höhe von rd 540 000 S geltend, schien im eingangs erwähnten Verzeichnis der Beherbergungsbetriebe als Vermieter einer Ferienwohnung in diesem „Personalwohnhaus" auf, erklärte jedoch bisher keinerlei Einnahmen aus dieser Tätigkeit. Auch schien in diesen Fällen die Abgrenzung zwischen Kosten der privaten Lebensführung und betrieblichem Aufwand nicht gewährleistet.

48.23.2 Der RH empfahl, den steuerlich nicht erfaßten Privatzimmervermietern Abgabenerklärungen zuzusenden, künftig bei der Veranlagung von derartigen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung in allen Überprüfungsfällen die Nutzfläche der Privatwohnung und der vermieteten Räumlichkeiten zu ermitteln und - sofern erforderlich - bei einigen der aufgezeigten Fälle Bedarfsprüfungen anzuordnen.

48.23.3 Das FA sagte die steuerliche Überwachung der nichterfaßten Betriebe zu, behauptete hingegen, die Abgrenzung der Nutzflächen sei weitgehend vorgenommen. In einigen Fällen wurden Veranlassungen zu Bedarfsprüfungen getroffen.

48.23.4 Ein Schriftwechsel ist noch im Gang.

48.24.1 In einigen Fällen mit ausgeglichenen Verlusten während mehrerer Jahre fiel auf, daß die zugrundeliegenden Tätigkeiten neben einer hauptberuflichen Tätigkeit ausgeübt wurden. Die anerkannten Verluste führten bei der Veranlagung zur Einkommensteuer infolge Anrechnung von Lohnsteuer zu Einkommensteuergutschriften.

48.24.2 Der RH empfahl, bei Beurteilung von Tätigkeiten, die auf Dauer gesehen Gewinne oder Einnahmenüberschüsse nicht erwarten lassen (Liebhaberei), die einschlägige Rechtsprechung zu berücksichtigen und im Zweifelsfall vorerst gemäß § 200 der Bundesabgabenordnung vorläufige Bescheide zu erlassen. In einigen Fällen wären nach einem dreijährigen Beobachtungszeitraum Betriebsprüfungen angebracht.

48.24.3 Das FA nahm die Anregungen zur Kenntnis.

48.25.1 In einem Fall beanstandete der RH das Unterbleiben einer im Rahmen einer Festsetzung der Umsatzsteuervorauszahlung bereits vorgenommenen Berichtigung des Vorsteuerabzuges in Höhe von 640 000 S bei der Umsatzsteuerveranlagung, in einem weiteren Fall die Mißachtung der Hinzurechnungsbestimmungen des Gewerbesteuergesetzes.

48.25.2 Der RH empfahl, anläßlich von Veranlagungen zur Umsatzsteuer die Ergebnisse des bisherigen Verfahrens zu berücksichtigen und die Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes genauer zu beachten.

48.25.3 Das FA nahm die Feststellungen des RH zur Kenntnis.

48.26.1 Aufgrund einer anonymen Anzeige fand bei einem Abgabepflichtigen im Mai 1981 eine abgabenbehördliche Buch- und Betriebsprüfung der Jahre 1978 und 1979 durch die Großbetriebsprüfungsabteilung beim FA Graz-Stadt statt. Es wurde festgestellt, daß das Rechnungswesen im Prüfungszeitraum nicht ordnungsmäßig gewesen sei. Dazu kamen kalkulatorische Differenzen in beiden Jahren sowie beträchtliche Abgänge bei der Vermögenszuwachsrechnung. Diese Feststellungen hatten Zuschätzungen zu Umsatz und Gewinn in Höhe von 300 000 bzw 120 000 S für die Jahre 1978 und 1979 zur Folge. Im Juni 1981 ergingen die aufgrund der Feststellungen der Betriebsprüfung geänderten Bescheide; das steuerliche Mehrergebnis betrug rd 192 000 S. Aufgrund der Ergebnisse eines 26 Monate dauernden Berufungsverfahrens kam das FA letztlich zu Zuschätzungen in Höhe von 180 000 S bzw 50 000 S in den Jahren 1978 und 1979. Die bisher vorgeschriebenen Mehrsteuern verminderten sich um 84 000 S auf insgesamt 108 000 S.

48.26.2 Der RH beanstandete das Unterbleiben der vom FA aufgrund des ungeklärten Vermögenszuwachses beabsichtigten Veranlagungen der Jahre 1972 bis 1977, ohne daß dem Akteninhalt die Ursachen hiefür zu entnehmen waren, die leichtfertige Anerkennung vom Berufungswerber vorgelegter Bestätigungen, die Annahme zu geringer dem Lebensstandard des Abgabepflichtigen nicht entsprechender Lebenshaltungskosten in den Jahren 1978 und 1979 sowie die lange Dauer des Verfahrens. Der RH empfahl, in Hinkunft alle Umstände und Beweismittel kritisch zu würdigen sowie für eine straffe Durchführung des Verfahrens zu sorgen.

48.26.3 Das FA erläuterte in seiner Stellungnahme nunmehr das Unterbleiben der für die Jahre 1972 bis 1977 beabsichtigten Veranlagungen, holte in einem Fall die unterlassene Beweisführung nach und verwies im übrigen auf die Schwierigkeit des Falles. In Hinkunft werde es bemüht sein, auch umfangreiche Verfahren zu straffen.

Betriebsprüfungsabteilung

48.27.1 In der Betriebsprüfungsabteilung wurden vereinzelt Mängel verschiedener Art festgestellt.

48.27.2 Der RH empfahl, nicht dasselbe Prüfungsorgan mehrmals hintereinander mit der Überprüfung desselben Betriebes zu betrauen, die Auftragsbücher der Betriebsprüfungsabteilung ordnungsge-

mäß zu führen, den Beginn der Prüfungsvorbereitungen und der Prüfungshandlungen in Hinkunft derart zu wählen, daß Veranlagungsakten nicht über einen langen Zeitraum hindurch unbearbeitet im Bereich der Betriebsprüfungsabteilung verbleiben und die Betriebsprüfungskartei sorgfältig zu führen.

48.27.3 Das FA nahm die Empfehlungen des RH zur Kenntnis.

48.28.1.1 In vielen Fällen waren in den Arbeitsbögen keine Vermerke über tatsächlich durchgeführte Prüfungshandlungen, wie die Ermittlung der Kalkulationsgrundlagen, kalkulatorische Verprobungen der Richtigkeit der erklärten Umsätze, die Beurteilung der Deckung von Vermögenszugängen und der Lebenshaltungskosten, enthalten.

48.28.1.2 In einigen Fällen fehlten in den Arbeitsbögen Vermerke über Einwendungen der Abgabepflichtigen oder der steuerlichen Vertreter zu den Feststellungen des Betriebsprüfers und die Ergebnisse der Vor- und Schlußbesprechungen, die die Begründung für ein Abgehen von den Feststellungen des Betriebsprüfers darstellen.

48.28.2 Der RH empfahl, alle Prüfungshandlungen in die Arbeitsbögen aufzunehmen und diese derart zu führen, daß der Ablauf der Betriebsprüfung nachvollziehbar ist.

48.28.3 Die Empfehlungen des RH werden in Hinkunft beachtet.

Lohnsteuerstelle

48.29.1 Zahlungsaufträge zur Auszahlung von Heiratsbeihilfen wurden von Jänner bis Juli 1983 nicht mindestens einmal wöchentlich zur Auszahlung angewiesen. Verschiedentlich erfolgte die Anweisung der Abgeltungsbeträge gem § 35 Abs 4 des Einkommensteuergesetzes 1972 nicht an den Anspruchsberechtigten, sondern an den Ehegatten. Einige Berichte über abgeschlossene Lohnsteuerprüfungen wurden der Strafsachenstelle nicht zugeleitet.

48.29.2 Der RH empfahl die Einhaltung der diesbezüglichen Weisungen des BMF.

48.29.3 Das FA sagte dies zu.

Strafsachenstelle

48.30.1.1 Verschiedene unter Verwendung der ADV erstellte Überwachungslisten wurden entweder zwar vom Strafreferenten abgezeichnet, jedoch nicht immer vollständig ausgewertet oder dem Strafreferenten nicht zur Kenntnis gebracht. Viele in die Vormerkliste in den Jahren 1981 bis 1983 eingetragene, zum Teil schon durch Betriebsprüfungen abgeschlossene Fälle waren noch nicht strafrechtlich ausgewertet. Außerdem war die Ursache für das Absehen von der Einleitung eines Strafverfahrens nicht immer mit einem Aktenvermerk belegt.

48.30.1.2 Die Anzahl der jährlich eingeleiteten und rechtskräftig erledigten Strafverfahren war 1982 im Vergleich zu FÄ ähnlicher Größenordnung gering und mit Ausnahme des Jahres 1980 annähernd gleichbleibend. Die erreichten Strafhöhen entsprachen insoweit nicht den gesetzlichen Strafdrohungen, da bei Vorsatzdelikten als Höchststrafe das Zweifache, bei Fahrlässigkeitsdelikten das Einfache und bei Ordnungswidrigkeiten die Hälfte des Verkürzungsbetrages vorgesehen ist.

48.30.2 Der RH empfahl, die erwähnten Überwachungslisten regelmäßig und vollständig auszuwerten, in die Vormerkliste auch sämtliche finanzstrafrechtlich bedeutsamen Fälle aus Berichten über Betriebsprüfungen und Lohnsteuerprüfungen aufzunehmen, die bisher nicht bearbeiteten Fälle zügig auszuwerten sowie die Vollziehung des Finanzstrafgesetzes zu verbessern.

48.30.3 Das FA nahm die Feststellungen und Empfehlungen im wesentlichen zur Kenntnis.

Finanzkasse

48.31.1 In einem Einzelfall wurde ein in der Abgabenerklärung ausgewiesener Betrag von der Datenaufbereitung anläßlich der Ermittlung der Abstimmsumme nicht berücksichtigt und auch von der Dateneingabe nicht erfaßt, ohne daß dies der Datenkontrolle auffiel. Eine beantragte Umbuchung wurde zweifach durchgeführt und eine Stundungszinsenberechnung fehlerhaft vorgenommen.

48.31.2 Der RH empfahl die genauere Beachtung der entsprechenden Vorschriften.

48.31.3 Das FA sagte dies zu.

Vollstreckungsstelle

48.32.1 Die langjährige Entwicklung in der Vollstreckungsstelle ist durch ein kräftiges Ansteigen der Vollstreckungsaufträge gekennzeichnet. Diese wurden im Prüfungszeitraum zwischen 2 vH und 6 vH durch Teilzahlungen (mit und ohne Sachpfändung) und zwischen 12 vH und 15 vH durch Sachpfändungen ohne Teilzahlungen erledigt. Versteigerungen und Freihandverkäufe kamen äußerst selten vor. Forderungspfändungen erfolgten nur in sehr geringfügigem Ausmaß. Der Rückstand einschließlich der Aussetzungen blieb mit einem Wert von 6 vH der Nettovorschreibung im Jahre 1982 seit dem Jahre 1978 annähernd gleich. In der Abwicklung wurden geringe Mängel festgestellt.

48.32.2 Der RH empfahl, für eine Vertretung des Leiters der Vollstreckungsstelle im Geschäftsverteilungsplan vorzusorgen, die Ablage der Vollstreckungsakten übersichtlicher zu gestalten, beim Erwerb von Sicherheiten auf die Zweckmäßigkeit der Vollstreckungshandlungen und auf die hinreichende Deckung der Abgabenforderungen zu achten sowie vermehrt Forderungspfändungen, Versteigerungen und gegebenenfalls Freihandverkäufe durchzuführen.

48.32.3 Das FA stellte diesbezügliche Veranlassungen in Aussicht.

Feststellungen gegenüber der FLD für Steiermark

48.33.1 Die fast ausschließliche Verwendung eines Bediensteten als Kraftfahrer, wie sie im FA Feldbach, welches über 73 Bedienstete verfügt, üblich war, erschien dem RH unwirtschaftlich.

48.33.2 Er empfahl daher, langfristig anzustreben, daß Bedienstete derjenigen Stellen, die den Dienstkraftwagen hauptsächlich verwenden, die Kraftfahrzeugzuverlässigkeitsprüfung ablegen, um sodann den Dienstkraftwagen - wie bspw im FA Radkersburg - im Turnus zu benützen.

48.33.3 Die FLD sagte dies zu.

48.34.1 Auch im Bereich der Großbetriebsprüfungsabteilung beim FA Graz-Stadt waren Mängel zu beanstanden.

48.34.2 Der RH empfahl, auch bei Großbetrieben - zumindest in Teilbereichen - Verprobungen der verbuchten Erlöse vorzunehmen und darüber im Aktenvermerk zu berichten, bei Betriebsprüfungen ohne Ergebnis ausführliche Aktenvermerke zu erstellen sowie Prüfungsberichte mit hohem Mehrergebnis rasch zu bearbeiten.

48.34.3 Die FLD nahm die Feststellungen des RH zur Kenntnis und wird die Empfehlungen in Hinkunft beachten.

Feststellungen gegenüber dem BMF

48.35.1.1 Allgemein wird sowohl von den Staatsbürgern als auch von der Verwaltung eine zunehmende Unübersichtlichkeit und damit verbundene Erschwerung der Anwendung des Steuerrechtes sowie ein Ansteigen des Verwaltungsaufwandes beklagt.

48.35.1.2 Seit 1972 wurden einzelne Abgabengesetze bis zu 22mal novelliert.

48.35.1.3 Die Gesetzessprache ist teilweise unverständlich; das Ausfüllen der verschiedenen von der Abgabenverwaltung aufgelegten Formulare ist dem Abgabepflichtigen oft nur noch mit rechtsfreundlichem Beistand möglich.

48.35.1.4 Der Umfang des Amtsblattes der Österreichischen Finanzverwaltung lag in den letzten Jahren im Durchschnitt bei rd 750 Seiten. Der Umfang der von den Bediensteten der Finanzverwaltung anzuwendenden Vorschriften und Verwaltungsanweisungen ist beträchtlich, entzieht sich jedoch einer mengenmäßigen Feststellung.

48.35.1.5 Die einzelnen Abgabengesetze weisen zum Teil bis zu 38 Befreiungstatbestände auf. Nach den Erfahrungen des RH sind allein mit der Bearbeitung von Rechtsmitteln in Grunderwerbsteuerangelegenheiten einzelne Geschäftsabteilungen mit bis zu 50 vH ihrer Verwaltungstätigkeit ausgelastet. Bestrebungen, die Anzahl der Grunderwerbsteuerbefreiungen zu vermindern und den Steuersatz aufkommensneutral zu senken, blieben bisher ohne Erfolg.

48.35.1.6 In Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" des Bundesvoranschlages werden insgesamt über 40 Abgaben verrechnet, denen etwa gleichviele Abgabengesetze entsprechen. Elf dieser Abgaben sind als Steuern mit geringfügigen Erträgen anzusehen.

48.35.1.7 Ende März 1983 waren bei allen FÄ im Bundesgebiet über 2 000 Berufungen der Veranlagungsjahre bis 1978 und über 13 000 der Veranlagungsjahre ab 1979 unerledigt. In den Finanzlandesdirektionen lagen über 3 000 Rechtsmittel der Veranlagungsjahre bis einschließlich 1978 und rd 2 800 der Folgejahre. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der FLD für Wien, Niederösterreich und Burgenland betrug im Jahre 1979 rd 12 Monate und ist seit damals ständig im Steigen begriffen. Im Jahre 1981 wurden in der Österreichischen Steuerzeitung auf 256 Seiten 346 Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes veröffentlicht; im Jahre 1982 waren es bereits 483 Erkenntnisse auf 344 Seiten. Aufgrund einer Erhebung der Finanzverwaltung wurde festgestellt, daß im Jahre 1982 ein FA 456 Erlässe des BMF und 270 Verfügungen der FLD erhielt.

48.35.2.1 Die unbestrittenermaßen erforderliche Verwirklichung des Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung darf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nicht vernachlässigen. Die Abgabenerhebung verursacht nämlich sowohl für die Abgabepflichtigen als auch für die Verwaltung beträchtliche Kosten, weshalb nach Ansicht des RH eine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung anzustreben ist. Kostenverminderungen bei der Abgabenerhebung könnten einerseits durch eine aufkommensneutrale Abschaffung von Steuern mit geringfügigen Erträgen sowie durch eine Rechtsvereinfachung erreicht werden, die jedoch die Mindesterfordernisse des Rechtsschutzes nicht außer acht läßt. Die Rechtsvereinfachung müßte sowohl den Normunterworfenen bezüglich der Gesetze, Verordnungen, Abgabenerklärungen und Formulare als auch der Verwaltung bezüglich der Verwaltungsverordnungen zugute kommen. Eine Rechtsvereinfachung sollte vor allem bei denjenigen Abgabengesetzen beginnen, die die meisten Abgabepflichtigen betreffen und die die Verwaltung vornehmlich belasten. Besondere Beachtung verdient die hohe Anzahl von unerledigten Rechtsmitteln und die damit im Zusammenhang stehenden Erschwernisse (Rechtsunsicherheit, Hemmung von Folgeveranlagungen usw).

48.35.2.2 Der RH regte daher - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - nachstehende Maßnahmen im Interesse einer Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Steuerrechtes an:

(1) Eine verständliche Gesetzessprache,
(2) eine einfache Formulargestaltung,
(3) die aufkommensneutrale Abschaffung der Steuern mit geringfügigen Erträgen,
(4) die Durchforstung der zahllosen Ausnahmebestimmungen sowie
(5) eine Verminderung der Gesetzesnovellierungen und der Erlaßtätigkeit.

48.35.2.3 Neben diesen allgemeinen Maßnahmen wären bspw noch folgende Vereinfachungen im einzelnen, die eine entsprechende Breitenwirkung hätten, zu erwägen:

(1) Verminderung der in die Umsatzsteuervoranmeldung aufzunehmenden Daten auf den zur Überwachung des Aufkommens erforderlichen Umfang und

(2) Einhebung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Versicherungsunternehmungen oder bargeldlose Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer.

48.35.2.4 Der RH ist sich bewußt, daß es auf absehbare Zeit nicht leicht sein wird, das Abgabenrecht überschaubarer zu machen. Eine sachgerechte Verringerung bestehender Normen und der künftigen Normenerzeugung wird deshalb nur in einer „Politik der kleinen Schritte" erfolgen können. Ein Beginn wäre jedoch dringend erforderlich.

48.35.3 Das BMF pflichtete den Ausführungen des RH grundsätzlich bei, verwies auf die in Ansätzen bereits vorhandenen Bestrebungen, die Empfehlungen zu verwirklichen bzw auf die dabei auftretenden Schwierigkeiten und meinte zu den Vereinfachungsvorschlägen auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsteuer, bei eingehender Abwägung aller Vor- und Nachteile des derzeitigen Systems zeige sich, daß die Nachteile anderer möglicher Einhebungsarten nicht allein für den Abgabepflichtigen, sondern auch für die Finanzverwaltung noch größer wären.

48.36 Der RH empfahl weiters dem BMF, dafür zu sorgen, daß die den Betriebsprüfungsabteilungen der FÄ zur Verfügung gestellten Listen aussagekräftige Daten enthalten, eine im Interesse der Gebarungssicherheit allenfalls erforderliche Klarstellung der Approbations- und Zeichnungsregelung für die FÄ zu veranlassen, die „Dienstanweisung Veranlagung und Betriebsprüfung" in einigen Teilbereichen zu ändern, sicherzustellen, daß die Steuerlandesinspektorate Durchschriften der von den Zollämtern ausgestellten Kontrollmitteilungen aus Anlaß der Berichtigung des Vorsteuerabzuges erhalten und die Vordrucke für den „Antrag auf Berücksichtigung erhöhter Werbungskosten für das Kalenderjahr 19.." (Spesenbuch) sowie den Inhalt der Zahlungsaufträge bei der Auszahlung von Heiratsbeihilfen zu verbessern.

Das BMF stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht.

48.37.1 Oftmals fehlte auf Lohnzetteln die mit Firmenstempel, Unterschrift und Datum vorschriftsmäßig anzubringende Bestätigung der Richtigkeit und Vollständigkeit. Die Angaben in den Lohnzetteln wurden von den FÄ ungeprüft der Veranlagung zugrunde gelegt.

48.37.2 Der RH empfahl dem BMF, die FÄ anzuweisen, nur ordnungsgemäß gezeichnete Lohnzettel der Veranlagung zugrunde zu legen. Bei nichtselbständigen Bezügen ab einer bestimmten Höhe sollte eine stichprobenartige Kontrolle der in den Lohnzetteln ausgewiesenen Daten im Rahmen von beim Aussteller routinemäßig vorgenommenen Lohnsteuerprüfungen in der Weise erfolgen, daß dem für die Erhebung der Lohnsteuer örtlich zuständigen FA eine Kopie des der Veranlagung zugrunde gelegten Lohnzettels übermittelt wird.

48.37.3 Das BMF wird diese Empfehlungen in die Überlegungen betr die Neuorganisation bzw Verbesserung der Ablauforganisation des Lohnsteuerverfahrens einbeziehen.

48.38.1 Bei den im Jahre 1983 durchgeführten Überprüfungen der FÄ Zell am See, Feldbach und Radkersburg stellte der RH bei der Abwicklung der verwaltungsbehördlichen Strafverfahren verschiedene Mängel fest.

48.38.2 Gemäß § 57 des Finanzstrafgesetzes sind Finanzvergehen von Amts wegen zu verfolgen. Aufgabe des BMF ist es, gebietsweise Unterschiede und Mängel bei der Vollziehung des Finanzstrafgesetzes zugunsten einer einheitlichen, von der Gesetzmäßigkeit der Vollziehung getragenen Vorgangsweise zu beseitigen. Der RH regte daher an, für eine solche Vollziehung des Finanzstrafgesetzes zu sorgen. Dabei könnte ein Erlaß, der sich im einzelnen mit allen Abschnitten des verwaltungsbehördlichen Strafverfahrens und den dabei immer wieder auftretenden Mängeln befaßt, als Hilfestellung für die FÄ dienen.

48.38.3 Hiezu führte das BMF in seiner Stellungnahme aus, bei den vom RH festgestellten Mängeln in der Durchführung verwaltungsbehördlicher Verwaltungsstrafverfahren handle es sich nicht so sehr um allgemeine Probleme der Auslegung des Finanzstrafgesetzes, sondern um Fehlleistungen in Einzelfällen. Eine allgemeine Dienstanweisung zum Finanzstrafgesetz könnte sicher zu einer größeren Einheitlichkeit beim Vollzug des Gesetzes beitragen; das BMF hat durch die Erstellung von Richtlinien zur Hausdurchsuchung und Personendurchsuchung bereits einen ersten Schritt dazu getan.

48.39.1 Die Finanzkassenvorschrift enthält Bestimmungen über die Unvereinbarkeit bestimmter Funktionen und Tätigkeiten in der Finanzkasse. Die Einhaltung dieser Bestimmungen fällt den Finanzkassen jedoch nicht immer leicht und stößt insb bei FÄ der Kategorie 4 - wie bspw beim FA Radkersburg - infolge geringerer Personalzuteilung immer wieder auf große Schwierigkeiten.

48.39.2 Der RH empfahl daher, die FÄ der angesprochenen Kategorie von der Anwendung dieser Bestimmungen der Finanzkassenvorschrift in bestimmten Fällen auszunehmen.

48.39.3 Das BMF stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht.

48.40.1 Im Bereich der Finanzkasse traf der RH unterschiedliche Vorgangsweisen an.

48.40.2 Er empfahl, für eine bundeseinheitliche Ablage der Belege zu sorgen, eine Kontrolle der im Fernschreibprotokoll ausgedruckten Kennzahlen anzuordnen und, um zu vermeiden, daß nach einer Aussetzung sich ergebende Guthaben voreilig erstattet werden, Aussetzungen auf der Kontotasche anmerken zu lassen.

48.40.3 Während sich das BMF den ersten beiden Empfehlungen nicht anschloß - diesbezüglich ist noch ein Schriftwechsel im Gange -, traf es zur Verwirklichung der letztgenannten Empfehlung bereits erlaßmäßige Veranlassungen.

48.41.1 Die Dienstanweisung über die Einhebung der Abgaben, welche die Vorschriften des 6. Abschnittes der Bundesabgabenordnung zum Gegenstand hat, bedarf einer Überarbeitung.

48.41.2 Der RH regte an, die Dienstanweisung auf den letzten Stand zu bringen.

48.41.3 Hiezu teilte das BMF mit, an der Änderung werde bereits gearbeitet.

c) Sonstige Wahrnehmungen auf dem Gebiete der Finanzverwaltung

Abgabenrückstände, Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten 1983

49.1 Nach den Ausdrucken des Bundesrechenamtes zur ADV-unterstützten Haushalts- und Abgabenverrechnung betrugen die auf Abgabenkonten ausgewiesenen Abgabenrückstände der Abgabepflichtigen Ende 1983 für die beim Kap 52 verrechneten Abgaben 24 400,4 Mill S. Sie waren gegenüber dem Vorjahr um 2 031,8 Mill S oder 9,1 vH höher. Diesen Abgabenrückständen standen Ende 1983 auf Abgabenkonten ausgewiesene Guthaben von 5 173,6 Mill S gegenüber, so daß mit 31. Dezember 1983 aus dieser Abgabengebarung Nettorückstände von 19 226,8 Mill S verblieben. Diese Nettorückstände waren um 2 056,0 Mill S oder 12,0 vH höher als im Vorjahr.

49.2 Die auf Abgabenkonten ausgewiesenen Rückstände von 24 400,4 Mill S gliedern sich in fällige Rückstände von 21 874,0 Mill S, die im Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1983 als Forderungen bei den haushaltsmäßigen Einnahmen (Tabelle A.1.2.) nachgewiesen wurden, und in nichtfällige Rückstände von 2 526,4 Mill S. Eine weitere Gliederung der Abgabenrückstände nach Abgabenarten und Anteilen an den Gesamtrückständen sowie an den fälligen und nichtfälligen Rückständen zeigt die folgende Aufstellung:

Abgabenrückstände Ende 1983 (Kap 52)

Abgabenart	fällig Mill S	fällig vH		nicht fällig Mill S	nicht fällig vH		Summe Mill S	Summe vH
Einkommen- und Vermögensteuern	7 234,9 [1]	29,6	(33,1)	1 968,5	8,1	(77,9)	9 203,4	37,7
Umsatzsteuern	11 628,0 [2]	47,6	(53,1)	238,2	1,0	(9,5)	11 866,2	48,6
Einfuhrabgaben	722,2	3,0	(3,3)	—	—	—	722,2	3,0
Verbrauchsteuern	482,8	2,0	(2,2)	3,4	0,0	(0,1)	486,2	2,0
Stempel- und Rechtsgebühren	144,7	0,6	(0,7)	28,7	0,1	(1,1)	173,4	0,7
Verkehrsteuern	567,9	2,3	(2,6)	237,0	1,0	(9,4)	804,9	3,3
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	1 093,5	4,5	(5,0)	50,6	0,2	(2,0)	1 144,1	4,7
Summe (Kap 52)	21 874,0	89,6	(100,0)	2 526,4	10,4	(100,0)	24 400,4	100,0
davon wurden verrechnet:								
auf nicht oder teilweise automatisierten Konten	434,6	1,8		342,8	1,4		777,4	3,2
auf automatisierten Konten der Finanzämter	16 486,5	67,5		2 183,6	9,0		18 670,1	76,5
und der Zollämter	4 952,9 [3]	20,3		—	—		4 952,9	20,3
Summe	21 439,4	87,8		2 183,6	9,0		23 623,0	96,8

[1] davon entfallen auf:

	Mill S	vH	vH des Aufkommens
veranlagte Einkommensteuer	3 674,9	50,8	15,9
Lohnsteuer	1 329,2	18,4	1,8
Körperschaftsteuer	752,9	10,4	9,2
Gewerbe- und Bundesgewerbesteuer	1 065,4	14,7	9,8
übrige Einkommen- und Vermögensteuern	412,5	5,7	3,7
Summe (Titel 520 und 521)	7 234,9	100,0	–

[2] davon entfallen auf:

	Mill S	vH	vH des Aufkommens
Einfuhrumsatzsteuer, die fast ausschließlich gem § 175 des Zollgesetzes 1955 gestundet wurde	3 049,3	26,2	5,3

[3] davon entfallen auf fast ausschließlich gem § 175 des Zollgesetzes 1955 gestundete Eingangsabgaben 3 466,1 Mill S.

49.3 Von den Ende 1983 fälligen Abgabenrückständen auf automatisierten Konten in Höhe von 21 439,4 Mill S entfielen auf Abgabenrückstände

	Mill S	vH
für die Zahlungserleichterungen bewilligt waren	2 578,5	12,0
für die Ansuchen um Zahlungserleichterung vorlagen	1 450,5	6,8
deren Einbringung ausgesetzt wurde	1 593,1	7,4
auf sonstige Rückstände	15 817,3	73,8
Summe	21 439,4	100,0
hievon befanden sich in Vollstreckung	12 878,8	60,1

49.4 Die Entwicklung der Rückstände an öffentlichen Abgaben (Kap 52) in den Jahren 1974 bis 1983 zeigen die folgenden Übersichten:

Jahr	Brutto-Einnahmen	Abgaben-Nettorückstände	Änderungen gegenüber dem Vorjahr: Brutto-Einnahmen	Abgaben-Nettorückstände
	Mill S		vH	
1974	141 473,9	6 007,0	+ 21,6	+ 20,1
1975	149 013,0	6 260,0	+ 5,3	+ 4,2
1976	162 784,8	6 547,7	+ 9,2	+ 4,6
1977	180 360,6	7 900,9	+ 10,8	+ 20,7
1978	201 031,7	8 678,0	+ 11,5	+ 9,8
1979	218 044,7	10 064,9	+ 8,5	+ 16,0
1980	235 677,7	11 307,4	+ 8,1	+ 12,3
1981	260 118,3	13 719,2	+ 10,4	+ 21,3
1982	267 723,3	17 170,8	+ 2,9	+ 25,2
1983	281 773,0	19 226,8	+ 5,2	+ 12,0

Abgaben-Bruttorückstände

Jahr	Brutto-Einnahmen	fällig (Einnahmenforderungen)	Änderungen gegenüber dem Vorjahr
	Mill S		vH
1974	141 473,9	7 710,7	+ 23,9
1975	149 013,0	7 930,2	+ 2,8
1976	162 784,8	9 009,8	+ 13,6
1977	180 360,6	9 859,2	+ 9,4
1978	201 031,7	10 995,0	+ 11,5
1979	218 044,7	12 670,4	+ 15,2
1980	235 677,7	14 117,8	+ 11,4
1981	260 118,3	16 498,4	+ 16,9
1982	267 723,3	19 686,1	+ 19,3
1983	281 773,0	21 874,0	+ 11,1

Jahr	nicht fällig (Verwaltungsforderungen)	Änderungen gegenüber dem Vorjahr	Summe	Änderungen gegenüber dem Vorjahr
	Mill S	vH	Mill S	vH
1974	1 541,4	– 6,9	9 252,1	+ 17,4
1975	1 700,5	+ 10,3	9 630,7	+ 4,1
1976	1 367,1	– 19,6	10 376,9	+ 7,7
1977	1 759,1	+ 28,7	11 618,3	+ 12,0
1978	1 961,3	+ 11,5	12 956,3	+ 11,5
1979	1 820,7	– 7,2	14 491,1	+ 11,8
1980	2 123,3	+ 16,6	16 241,1	+ 12,1
1981	1 997,9	– 5,9	18 496,3	+ 13,9
1982	2 682,5	+ 34,3	22 368,6	+ 20,9
1983	2 526,4	– 5,8	24 400,4	+ 9,1

49.5 Eine nähere Aufgliederung der Abgabenrückstände nach Abgabenarten (Kap 52) zeigt für die Jahre 1974 bis 1983 folgende Entwicklung:

Abgaben-Bruttorückstände

Jahr	Einkommen- und Vermögensteuern fällig	Einkommen- und Vermögensteuern nicht fällig	Umsatzsteuern fällig	Umsatzsteuern nicht fällig
		Mill S		
1974	4 206,2	1 051,3	2 770,9	286,5
1975	3 509,8	1 209,5	3 277,5	280,9
1976	3 386,7	1 041,9	4 348,9	142,8
1977	3 302,6	1 339,2	5 260,9	165,3
1978	3 741,3	1 502,9	5 770,5	172,3
1979	4 112,0	1 450,4	6 561,0	110,3
1980	4 778,8	1 575,2	7 423,4	250,1
1981	5 657,3	1 536,1	8 705,2	183,2
1982	6 672,3	2 130,6	10 360,0	248,6
1983	7 234,9	1 968,5	11 628,0	238,2

Jahr	Einfuhrabgaben fällig	Einfuhrabgaben nicht fällig	Verbrauchsteuern fällig	Verbrauchsteuern nicht fällig
		Mill S		
1974	295,3	30,0	41,9	1,7
1975	459,0	31,5	168,1	1,1
1976	537,3	—	165,3	—
1977	469,3	—	198,7	—
1978	500,4	—	210,9	—
1979	626,9	—	375,3	—
1980	531,0	—	296,7	—
1981	535,5	—	284,7	—
1982	683,8	—	468,2	—
1983	722,2	—	482,8	3,4

Jahr	Stempel- und Rechtsgebühren fällig	Stempel- und Rechtsgebühren nicht fällig	Verkehrsteuern fällig	Verkehrsteuern nicht fällig	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben fällig	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben nicht fällig
			Mill S			
1974	4,5	27,0	115,7	121,8	276,2	23,1
1975	10,2	31,0	153,7	125,4	351,9	21,1
1976	20,9	20,3	154,1	137,6	396,6	24,5
1977	32,4	36,2	151,4	185,9	443,9	32,5
1978	48,0	33,0	208,0	222,2	515,9	30,9
1979	72,4	44,0	332,2	184,2	590,6	31,8
1980	87,1	41,3	329,3	215,4	671,4	41,3
1981	93,9	34,5	419,6	197,8	802,2	46,3
1982	91,8	50,5	448,9	200,9	961,1	51,7
1983	144,7	28,7	567,9	237,0	1 093,5	50,6

Gesamt-Summe Kap 52

Jahr	fällig	nicht fällig	Summe
		Mill S	
1974	7 710,7	1 541,4	9 252,1
1975	7 930,2	1 700,5	9 630,7
1976	9 009,8	1 367,1	10 376,9
1977	9 859,2	1 759,1	11 618,3
1978	10 995,0	1 961,3	12 956,3
1979	12 670,4	1 820,7	14 491,1
1980	14 117,8	2 123,3	16 241,1
1981	16 498,4	1 997,9	18 496,3
1982	19 686,1	2 682,5	22 368,6
1983	21 874,0	2 526,4	24 400,4

49.6 Die von den Finanzämtern im Jahre 1983 gem den §§ 235 und 236 der Bundesabgabenordnung verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten erhöhten sich gegenüber dem Jahre 1982 um 203,3 Mill S oder 24,3 vH auf 1 038,5 Mill S. Davon wurden 580,8 Mill S (55,9 vH) wegen absoluter Uneinbringlichkeit gelöscht und 457,7 Mill S (44,1 vH) aus Billigkeitsgründen nachgesehen. Im Vergleich zum Jahre 1982 haben die Löschungen um 116,0 Mill S, die Nachsichten hingegen um 87,3 Mill S zugenommen.

Bezogen auf die Brutto-Gesamteinnahmen beim Kap 52 (281 773,0 Mill S) beliefen sich diese Abschreibungen (Löschungen und Nachsichten) im Jahre 1983 auf 0,37 vH.

Anmerkung einer Einbringungshemmung in Überrechnungs- und Umbuchungsfällen

50.1 Mit Erlaß vom 23. September 1982, Zl 72 3002/10-VII/2, führte das BMF zur Vermeidung von ungerechtfertigten Säumnisfolgen und Einbringungsmaßnahmen anläßlich der Erledigung von Umbuchungs- und Überrechnungsanträgen die Möglichkeit der Anmerkung einer Einbringungshemmung durch das FA ein. Diese Anmerkung bewirkt auf dem jeweiligen (Abgaben-)Konto ein Aussetzen der Überwachungsmaßnahmen. Die Löschung der Anmerkung einer Einbringungshemmung erfolgt entweder durch das FA selbst oder aber - nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes - automatisch. Diese Löschung zieht - rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Anmerkung - auf dem (Abgaben-)Konto die Wiederaufnahme (einschließlich allfälliger Nachholung) der ausgesetzten Überwachungsmaßnahmen nach sich.

50.2 Wie der RH gegenüber dem BMF kritisch vermerkte, ist die Anmerkung bzw Löschung einer Einbringungshemmung in Überrechnungs- und Umbuchungsfällen im § 230 BAO nicht vorgesehen und könnte der Zweck dieser Regelung — nämlich um die mit Verzögerungen bei der Erledigung von Überrechnungen bzw Umbuchungen verbundenen ungerechtfertigten Säumnisfolgen und Einbringungsmaßnahmen zu vermeiden — durch die Anordnung einer sofortigen Bearbeitung derartiger Anträge zweckmäßiger und mit einem geringeren organisatorischen Aufwand erreicht werden.

50.3 Lt Stellungnahme des BMF werde von ihm keine Auflassung des bereits bewährten Verfahrens in Erwägung gezogen; dieses stelle seiner Auffassung nach auch keine erweiterte Auslegung der Bestimmungen des § 230 BAO dar, sondern gewährleiste vielmehr unter Vermeidung ungerechtfertigter Säumnisfolgen den ordnungsgemäßen Vollzug der Bestimmungen des § 211 Abs 1 lit g BAO.

50.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß der getroffenen erlaßmäßigen Regelung eine gesetzliche Grundlage fehle.

d) Finanzschuld

Finanzschuldengebarung 1983

51.1 Im Rahmen der ihm gem § 10 des Rechnungshofgesetzes 1948 auferlegten Kontrolle der Finanzschuldengebarung des Bundes überprüfte der RH die vom Bundesminister für Finanzen im Jahre 1983 durchgeführten Kreditoperationen, die in der folgenden Übersicht aufgegliedert werden, auf ihre Gesetzmäßigkeit und ihre ordnungsgemäße Eintragung in das Hauptbuch der Staatsschuld.

Soweit den Bund verpflichtende Schuldurkunden ausgestellt wurden, vollzog der Präsident des RH die erforderliche Gegenzeichnung.

Kreditoperationen im Ausland

51.2 Auslandskredite gem Art VIII Abs 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes (BFG) 1983, BGBl Nr 1

(1) Anleihen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen US-$	Nominale in Millionen öS	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1983 in vH
1983	150	2 533,5	11,25	98,4688	6,9778	März 1990	11,6478
	DM	öS					
1983, 1. Tranche	100	704	8	97,40	9,9805	Juli 1993	8,48101
1983, 2. Tranche	100	704	7,625	97,775	5,9805	Juli 1989	8,17902
	Yen	öS					
1983	20 000	1 423,6	8,2	97,371	10	März 1989—1992	8,7589

(2) Schuldverschreibungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen		Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1983 in vH
	sfr	öS					
1983/I	170	1 421,2	5,625	98,625	5	April 1986—1988	6,0326
1983/II	175	1 511,3	6	99,125	6	September 1986—1989	6,24912
	DM	öS					
1983	100	703,7	7,5	98,41	8	Mai 1991	7,8232
	hfl	öS					
1983	100	635,75	7,5	97,925	4,9944	Feber 1988	8,0831

(3) Kredite

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen		Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1983 in vH
	DM	öS					
1983	120	844,44	variabel [1]	99,625	8	Juli 1989—1991	[17]
DM-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/II	197,48	1 389,173 060	variabel [2]	99,625	8	Mai 1989—1991	[17]
DM-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/III, I. Tranche	51,094	360,059 418	variabel [3]	99,6875	8	Juli 1989—1991	[17]
DM-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/V	130,85	919,810 075	variabel [4]	99,625	8	August 1989—1991	[17]
DM-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/VI II. Tranche	78,81	554,113 110	variabel [5]	99,625	8	Oktober 1989—1991	[17]
	sfrs	öS					
sfrs-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/III, II. Tranche	21,125	179,773 750	variabel [6]	99,6875	8	Juli 1989—1991	[17]
sfrs-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/VI, I. Tranche	64,782	561,789 504	variabel [7]	99,625	8	September 1989—1991	[17]
	hfl	öS					
hfl-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/I	136,175	848,778 775	variabel [8]	99,625	7,926	März 1989—1991	[17]

[1]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (15. Juli bis 17. Oktober 1983) beträgt 5,75 vH. Für die weiteren Zinsperioden (1, 3, 6, 9 oder 12 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[2]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (19. Mai bis 19. August 1983) beträgt 5,4375 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[3]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (1. Juli 1983 bis 3. Jänner 1984) beträgt 6 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[4]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (25. August bis 24. November 1983) beträgt 5,75 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[5]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (7. Oktober 1983 bis 9. Jänner 1984) beträgt 6,25 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[6]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (1. Juli 1983 bis 3. Jänner 1984) beträgt 5,25 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[7]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (26. September 1983 bis 26. März 1984) beträgt 5,125 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[8]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (8. April bis 8. Oktober 1983) beträgt 5,5 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[17]) Gem Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (sh zuletzt TB 1982 Abs 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 51.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen hfl	öS	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1983 in vH
hfl-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/III, III. Tranche	58,4	366,460 000	variabel [9])	99,6875	8	Juli 1989—1991	[17])
hfl-Ausnützung des US-$ Rollover-kredites 1983/IV	231,216	1 450,880 400	variabel [10])	99,625	8	Juli 1989—1991	[17])

	US-$	öS
US-$ Rolloverkredit 1983/I [11])		
US-$ Rolloverkredit 1983/II [12])		
US-$ Rolloverkredit 1983/III [13])		
US-$ Rolloverkredit 1983/IV [14])		
US-$ Rolloverkredit 1983/V [15])		
US-$ Rolloverkredit 1983/VI [16])		

[9]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (28. Juli bis 28. Oktober 1983) beträgt 6,125 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[10]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (25. Juli bis 25. Oktober 1983) beträgt 6,125 vH. Für die weiteren Zinsperioden (3 bzw. 6 Monate nach Wahl) liegt der Zinssatz 0,375 vH über der Interbankrate (LIBOR-London).

[11]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/I wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (hfl) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[12]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/II wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (DM) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[13]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/III wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (1. Tranche in DM, II. Tranche in sfrs und III. Tranche in hfl) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[14]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/IV wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (hfl) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[15]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/V wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (DM) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[16]) Der US-$ Rolloverkredit 1983/VI wurde bereits bei der ersten Ziehung zur Gänze in einer Alternativwährung (I. Tranche in sfrs und II. Tranche in DM) ausgenützt und wird daher bei den Krediten in der tatsächlich in Anspruch genommenen Währung ausgewiesen.

[17]) Gem Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1963 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (sh zuletzt TB 1982 Abs 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 51.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

(4) Aufgrund der angeführten Kreditermächtigungen wurde somit der Auslandsmarkt mit einem Betrag im Gegenwert von 17 112 Mill S in Anspruch genommen.

Kreditoperationen im Inland

51.3 Inlandskredite gem Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 BGBl Nr 1

(1) Bundesanleihen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen S	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gem BFG 1983 in vH
Investitionsanleihe 1983—98/1	2 383	8,5	97,775	15	Jänner 1994—1998	8,86847
Investitionsanleihe 1983—95/2	617	8,25	97,745	12	Jänner 1986—1995	8,74793
Investitionsanleihe 1983—98/3	2 304	8,25	97,795	15	März 1994—1998	8,60944
Investitionsanleihe 1983—91/4	1 696	8	97,465	8	März 1988—1991	8,60821
Investitionsanleihe 1983—93/5	1 848	8	97,775	10	Mai 1989—1993	8,46650
Investitionsanleihe 1983—89/6	1 152	8	98,775	6	Mai 1987—1989	8,34725
Investitionsanleihe 1983—98/7	1 314	8	97,765	15	Juli 1984—1998	8,46864
Investitionsanleihe 1983—91/8	1 186	8	97,985	8	Juli 1988—1991	8,48088
Investitionsanleihe 1983—98/9	2 314,5	8	97,275	15	Oktober 1989—1998	8,49061
Investitionsanleihe 1983—93/10	1 021,5	8	97,775	10	Oktober 1987—1993	8,46650
Investitionsanleihe 1983—91/11	1 164	8	98,055	8	Oktober 1988—1991	8,46385
Investitionsanleihe 1983—2003/12	407	8	97,065	20	November 1994—2003	8,46698
Investitionsanleihe 1983—98/13	2 151	8	97,315	15	November 1989—1998	8,48349
Investitionsanleihe 1983—93/14	1 942	8	97,815	10	November 1989—1993	8,45793

(2) Bundesobligationen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen S	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gem BFG 1983 in vH
1983—93/1	3 590	8	98,75	10	April 1989—1993	8,25949
1983—89/2	240	8,375	99,5	6	April 1989	8,5008
1983—93/3	900	8	98,75	10	Juni 1989—1993	8,25949
1983—93/4	3 600	8	98,75	10	Juni 1989—1993	8,25949
1983—93/5	400	8	98,75	10	Juli 1989—1993	8,25949
1983—95/6	4 385	8	98,25	12	September 1990—1995	8,32998
1983—95/7	400	8	98,25	12	Oktober 1992—1995	8,31212
1983—99/8	5 400	8	98,25	16	Dezember 1992—1999	8,28498

(3) Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit Jahre	Laufzeit Monate	jährliche Gesamtbelastung gem BFG 1983 in vH	Konversionszusagen Jahre	Konversionszusagen Monate	Mögliche Gesamtlaufzeit Jahre	Mögliche Gesamtlaufzeit Monate
2 175	8	99,7888	1	6	8,1580	1	6	3	—
300	8	99,7888	1	6	8,1580	3	—	4	6
95	7,5	99,8130	1	6	7,63894	1	6	3	—
3 820	7,5	99,8130	1	6	7,63894	3	—	4	6
3 315	7,75	99,8707	1	6	7,84634	1	6	3	—
120	7,75	99,8707	1	6	7,84634	3	—	4	6
300	7,75	99,8707	1	6	7,84634	1	6	3	—

(4) Darlehen von Kreditunternehmungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen S	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gem BFG 1983 in vH
1983	7 650	variabel [1])	100	20	Jänner 1989—2003	[9])
1983/II	1 400	variabel [2])	100	20	Feber 1994—2003	[9])
1983/III	1 950	variabel [3])	100	20	März 1989—2003	[9])
1983/IV	1 515	variabel [4])	100	20	Mai 1994—2003	[9])
1983/VI	2 850	variabel [5])	100	20	Juni 1986—2003	[9])
1983/VII	3 550	variabel [6])	100	20	Juni 1986—2003	[9])
1983/VIII	950	variabel [7])	100	20	Juli 1986—2003	[9])
1983/IX	300	variabel [8])	100	15	September 1989—1998	[9])
1983/X	100	8,5	100	10	September 1989—1993	8,5

[1]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (20. Jänner bis 20. April 1983) beträgt 9,125 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,75 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 20. Jänner 1984.

[2]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (25. Feber bis 24. Mai 1983) beträgt 9 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,75 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 25. Feber 1984.

[3]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (25. März bis 24. Juni 1983) beträgt 8,875 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,75 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 25. März 1984.

[4]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (25. Mai bis 24. August 1983) beträgt 8,5 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,4375 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 25. Mai 1984.

[5]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (27. Juni bis 26. September 1983) beträgt 8,625 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,5 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 27. Juni 1984.

[6]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (29. Juni bis 28. September 1983) beträgt 8,625 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,5 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 29. Juni 1984.

[7]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (15. Juli bis 14. Oktober 1983) beträgt 0,625 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,5 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 15. Juli 1984.

[8]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (29. September bis 28. Dezember 1983) beträgt 0,75 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der folgenden Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,375 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte. Erste Zinsenzahlung am 29. September 1984.

[9]) Gemäß Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (sh zuletzt TB 1982, Abs 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 55.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

(5) Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmungen

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen S	Zinssatz vH	Nettoerlös in vH des Nominales	Laufzeit in Jahren	Monat und Jahr der Tilgung	jährliche Gesamtbelastung gem BFG 1983
Versicherungstreuhanddarlehen 1983						
Ausgabe A	844	variabel [1])	99,875	10,2	Juni 1989—1993	[5])
Ausgabe B	2 056	variabel [2])	99,875	15,2	Juni 1989—1998	[5])
Ausgabe A 1	258	variabel [3])	99,875	9,7	Juni 1989—1993	[5])
Ausgabe A 2	216	variabel [3])	99,875	9,5	Juni 1989—1993	[5])
Ausgabe B 1	698	variabel [4])	99,875	14,7	Juni 1989—1998	[5])
Ausgabe B 2	977	variabel [4])	99,875	14,5	Juni 1989—1998	[5])
Ausgabe C 1	544	variabel [3])	99,875	14,7	Juni 1987—1998	[5])
Ausgabe C 2	807	variabel [3])	99,875	14,5	Juni 1987—1998	[5])

[1]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (31. Mai 1984) beträgt 9,625 vH. Für die Folgejahre bestimmen sich die Zinsen nach folgender Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für den Monat Juli eines jeden Jahres gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,375 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte; mindestens 7,5 vH, höchstens 10 vH.

[2]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (31. Mai 1984) beträgt 8,75 vH. Für die Folgejahre bestimmen sich die Zinsen nach folgender Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für den Monat Juli eines jeden Jahres gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,5 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte; mindestens 7,5 vH, höchstens 10 vH.

[3]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (1. Juni 1984) beträgt 8,625 vH. Für die Folgejahre bestimmen sich die Zinsen nach folgender Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für den Monat Juli eines jeden Jahres gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,375 vH-Punkte; mindestens 7,5 vH, höchstens 10 vH.

[4]) Der Zinssatz für die Zeit bis zur ersten Zinsenfälligkeit (1. Juni 1984) beträgt 8,75 vH. Für die Folgejahre bestimmen sich die Zinsen nach folgender Formel: Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für den Monat Juli eines jeden Jahres gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,4 vH-Punkte; mindestens 7,5 vH, höchstens 10 vH.

[5]) Gemäß Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (sh zuletzt TB 1982, Abs 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 51.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

(6) Aufgrund des Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 wurde somit der Inlandsmarkt mit einem Betrag von 77 205 Mill S in Anspruch genommen.

51.4 Der Bundesminister für Finanzen war überdies im Jahre 1983 gem Art VIII Abs 1 Z 2 BFG 1983 ermächtigt, kurzfristige Kreditoperationen zur vorübergehenden Kassenstärkung durchzuführen, wobei der jeweilige Stand der Verpflichtungen aus solchen Finanzschulden den Betrag von 15 Milliarden S nicht übersteigen durfte. Der höchste Stand dieser Verpflichtungen erreichte 2 000 Mill S und blieb somit unter dem vorgesehenen Limit.

Aufgrund dieser Ermächtigung wurde im Berichtsjahr der Inlandsmarkt mit den nachstehend angeführten Kreditoperationen in Anspruch genommen.

Bezeichnung der Schuld	Nominale in Millionen S	Zinssatz in vH	Laufzeit in Monaten	Laufzeit in Tagen	Monat der Tilgung
Bundesschatzscheine	2 000	2,25	3	—	Juli 1983
Bundesschatzscheine	2 000	2,25	3	—	Oktober 1983
Bundesschatzscheine	2 000	2,25	3	1	Dezember 1983

51.5 Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) hat dem Bund zur Einlösung von Bundesschatzscheinen, welche zum Zwecke des Erlages der österreichischen Quote für internationale Finanzinstitutionen gem § 1 des 3. Schatzscheingesetzes 1948, BGBl Nr 159, idgF begeben wurden, aufgrund des in der Anlage zum Bundesgesetz vom 22. Feber 1979, BGBl Nr 97, enthaltenen Übereinkommens zwischen dem BMF und der OeNB weitere mit 2 vH p. a. verzinsliche Kredite in Höhe von 442,170 Mill S gewährt.

Gesamtüberblick über die Schuldaufnahmen im Jahre 1983 und Schuldenstand zum 31. Dezember 1983

51.6 Der Bundesminister für Finanzen hat die ihm erteilten gesetzlichen Ermächtigungen zur Durchführung der Kreditoperationen — abgesehen von solchen zur Kassenstärkung, die vor Ablauf des Finanzjahres 1983 zu tilgen waren — auf dem inländischen und ausländischen Kapitalmarkt in nachstehend angeführtem Umfang ausgenützt:

Ermächtigung	Betrag laut Ermächtigung	ausgenützter Betrag in Schilling	Rest
Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983			
Ursprüngliches Limit gem Art 1 Abs 1 BFG 1983	74 267 265 000	—	—
Erhöhung des Limits durch Ausübung der Ermächtigung gem Art III Abs 1 Z 1 BFG 1983	3 525 450 000	—	—
Erhöhung des Limits durch Ausübung der Ermächtigung gem Art III Abs 2 BFG 1983	9 321 000 000	—	—
Erhöhung des Limits durch Ausübung der Ermächtigung gem Art III Abs 3 a BFG 1983 idF der 1. BFG-Novelle, BGBl Nr 548/1983	7 331 550 000	—	—
Erhöhung des Limits durch Ausübung der Ermächtigung gem Art VIII a Abs 2 BFG 1983 iV mit § 64 Abs 11 d BG vom 14. November 1977, BGBl Nr 609/77, idF d BG vom 10. Dezember 1982, BGBl Nr 638/1982	21 000 000	—	—
Zwischensumme	94 466 265 000	94 317 328 092	148 936 908
§ 1 des Bundesgesetzes vom 27. Feber 1963 betreffend auf Schilling lautende Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, BGBl Nr 51, idF d BG vom 13. Mai 1964, BGBl Nr 109, vom 6. Mai 1968, BGBl Nr 158, vom 22. Feber 1979, BGBl Nr 97, und vom 8. April 1981, BGBl Nr 218	[1])	442 170 638,28	[2])
Gesamtsumme	—	94 759 498 730,28	—

[1]) Durch die am 14. März 1979 in Kraft getretene Neufassung des § 1 des Bundesgesetzes vom 27. Feber 1963, BGBl Nr 51 — sie erfolgte durch Art I des Bundesgesetzes vom 22. Feber 1979, BGBl Nr 97 —, wurde die in dieser Gesetzesstelle enthaltene Ermächtigung zur Kreditaufnahme bei der OeNB, unabhängig von dem in § 1 des 3. Schatzscheingesetzes 1948, BGBl Nr 159, idgF festgelegten Limit, mit einem Höchstbetrag von 3 500 Mill S begrenzt, auf das die bis 31. Dezember 1982 von der OeNB gewährten Kredite im Betrag von 2 444 591 355 S anzurechnen sind, woraus sich ein ausnützbarer Limitrahmen von 1 055 408 645 S ergibt.

[2]) Limitrest mit 31. Dezember 1983 somit 613 238 006,72 S.

51.7 Auf dem ausländischen Kapitalmarkt führte der Bund im Berichtsjahr Kreditoperationen im Gegenwert von rd 17 112 Mill S durch. Diesen Kreditaufnahmen standen Tilgungen in Höhe von 5 276 Mill S gegenüber. Unter Berücksichtigung der Schulderhöhungen durch Nettokursverluste von 5 403 Mill S erhöhte sich somit der Stand der nichtfälligen Auslandsschuld im Jahr 1983 von 108 351 Mill S um netto 17 239 Mill S oder 15,9 vH auf 125 590 Mill S.

Die Kreditaufnahmen im Inland erbrachten im Berichtsjahr 77 647 Mill S. Diesem Betrag standen Schuldtilgungen von 20 276 Mill S gegenüber, so daß die nichtfällige Inlandsschuld im Jahr 1983 von 233 230 Mill S um netto 57 371 Mill S oder 24,6 vH auf 290 601 Mill S wuchs.

Im Berichtsjahr erhöhte sich somit die gesamte nichtfällige Finanzschuld des Bundes von 341 581 Mill S um 74 610 Mill S oder 21,8 vH auf 416 191 Mill S.

Die fällige Finanzschuld des Bundes betrug am 31. Dezember 1983 82 911 965,29 S und war um 2 411 910,87 S oder 3,03 vH höher als 1982.

Prolongierung von Finanzschulden

51.8 Durch Art XI des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1972, BGBl Nr 244, idF des Art II des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1975, BGBl Nr 636, und des Art VII des Bundesgesetzes vom 31. März 1976, BGBl Nr 143, wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Kredite zur Zwischenfinanzierung der Vorratsentlastung gem § 27 des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl Nr 233, im Gegenwert von 10 Milliarden S aufzunehmen und ohne Begrenzung der Laufzeit zu prolongieren.

Gestützt auf diese Ermächtigung wurden die im Finanzjahr 1973 erstmals mit einer Laufzeit von drei Monaten begebenen und in den Finanzjahren 1974 bis 1982 mehrmals prolongierten, mit 2,25 vH verzinslichen Bundesschatzscheine im Nominale von 4 000 Mill S (zuletzt TB 1982, Abs 55.8) in dem nach Tilgung von je 200 Mill S in den Jahren 1975, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981 und 1982 sowie in einer Tilgung von gleichfalls 200 Mill S im Feber 1983 verbliebenen Restnominale von 2 400 Mill S im Berichtsjahr neuerlich um jeweils drei Monate prolongiert, wobei die Laufzeit aufgrund der letzten Prolongation über das Jahr 1983 hinausreichte.

51.9 Weiters hat der Bundesminister für Finanzen in Ausnützung der Ermächtigung des Art VIII Abs 1 Z 3 lit a BFG 1983 zur Prolongierung der Schuldverpflichtungen des Bundes aus Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten im Berichtsjahr die Laufzeit von im Finanzjahr 1978 gem Art VIII a BFG 1978 zur Sonderfinanzierung der Errichtung von Bundesstraßen und Autobahnen im Nominale von 501,339 Mill S erstmals begebenen dreimonatigen Bundesschatzscheinen mit einem Zinssatz von 2,25 vH (TB 1978 Abs 53.3.3), und zwar hinsichtlich der nach Tilgung von Bundesschatzscheinen im Nominale von 27 Mill S im Jahre 1979 (TB 1979 Abs 59.5.1.3 und 59.5.1.4), im Nominale von 87 Mill S im Jahre 1980 (TB 1980 Abs 53.5.2.2), im Nominale von 232,339 Mill S im Jahre 1981 (TB 1981 Abs 57.5.2.1) und im Nominale von 45 Mill S im Jahre 1982 (TB 1982 Abs 55.9) verbliebenen Restschuld von Nominale 110 Mill S, ab März 1983 mehrmals um weitere drei Monate wie folgt verlängert:

Bundesschatzscheine

Nominale in Mill S	Zinssatz vH	Prolongierung um Monate	Gesamtlaufzeit seit der Erstbegebung in Jahren	und Monaten	Nochmalige Prolongation um Jahre	und Monate
90	2,25 [1])	4 × 3	5	5	—	3
20	2,25 [1])	4 × 3	5	5	1	3

[1]) Die jährliche Gesamtbelastung gemäß BFG 1983 entspricht dem Zinssatz.

51.10 Aufgrund derselben gesetzlichen Ermächtigung wurden auch die im Jahre 1980 (Jänner bzw Oktober) zu einem Zinssatz von jeweils 2,25 vH begebenen Bundesschatzscheine von 3 300 Mill S bzw 2 750 Mill S (TB 1980 Abs 53.3.1.3) mit einer ursprünglichen Laufzeit von jeweils 3 Monaten, die auch in den Jahren 1981 und 1982 mehrmals verlängert worden waren (TB 1981 Abs 57.5.3 und TB 1982 Abs 55.10), sowie die im Dezember 1982 zu einem Zinssatz von gleichfalls 2,25 vH begebenen Bundesschatzscheine im Nominale von 2 700 Mill S [TB 1982 Abs 55.3 (3)] im Berichtsjahr insgesamt viermal um jeweils weitere 3 Monate zu sonst unveränderten Bedingungen prolongiert.

Konversion von Finanzschulden

51.11 Der Bundesminister für Finanzen hat im Wege der Konversion von Schuldverpflichtungen gem Art VIII Abs 1 Z 3 lit b BFG 1983 folgende Kreditoperationen vorgenommen:

(1) Bundesschatzscheine

Nominale in Millionen S	Zinssatz der Bundesschatzscheine vH ursprünglich	neuen	Nettoerlös in vH des Nominales der Bundesschatzscheine ursprünglich	neuen	Laufzeit der Bundesschatzscheine ursprünglich Jahr	Monate	neuen Jahr	Monate	jährliche Gesamtbelastung gem BFG in vH 1982	1983
250	10,5 [1])	8,5	99,9999 [1])	99,76635	1	6	1	6	10,50011 [1])	8,67818
150	10,25 [2])	8	99,9999 [2])	99,7888	1	6	1	6	10,25011 [2])	8,15803
250	9,75 [3])	7,75	97,9999 [3])	99,7157	1	6	1	6	11,31021 [3])	7,96216
1 050	11 [4])	7,75	99,6499 [4])	99,7157	1	6	1	6	11,27286 [4])	7,96216
175	11 [4])	7,75	99,6499 [4])	99,7157	1	6	1	6	11,27286 [4])	7,96216
375	11 [5])	7,75	99,8999 [5])	99,8707	1	6	1	6	11,07782 [5])	7,84634
275	11 [6])	7,75	99,8999 [6])	99,8707	1	6	1	6	11,07782 [6])	7,84634
200	10,25 [7])	7,75	99,6499 [7])	99,8707	1	6	1	6	10,52023 [7])	7,84634
925	10,5	7,75	99,7199	99,8707	1	6	1	6	10,71675	7,84634
975	10,5	7,75	99,7199	99,8707	1	6	1	6	10,71675	7,84634
755	9,5	7,75	99,7799	99,8012	1	6	1	6	9,66828	7,89823
675	9,5	7,75	99,7799	99,8012	1	6	1	6	9,66828	7,89823
1 475	9,5 [8])	7,75	99,7799 [8])	99,8012	1	6	1	6	9,66801 [8])	7,89823
500	9,5 [9])	7,75	97,7799 [9])	99,8012	1	6	1	6	9,66801 [9])	7,89823

[1]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1979 (Zinssatz 7,25 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 6 Monate, jährliche Gesamtbelastung 7,4353 vH) begeben worden.
[2]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1977 (Zinssatz 8 vH, Nettoerlös 99,7999 vH, Laufzeit 1 Jahr 6 Monate, jährliche Gesamtbelastung 8,1497 vH) begeben worden.
[3]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1978 (Zinssatz 7,25 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 5 Monate 27 Tage, jährliche Gesamtbelastung 7,4362 vH) begeben worden.
[4]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1980 (Zinssatz 9,25 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 6 Monate, jährliche Gesamtbelastung 9,4406 vH) begeben worden.
[5]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1979 (Zinssatz 7,25 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 6 Monate, jährliche Gesamtbelastung 7,4353 vH) begeben worden.
[6]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1980 (Zinssatz 8,75 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 5 Monate 21 Tage, jährliche Gesamtbelastung 8,9419 vH) begeben worden.
[7]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1980 (Zinssatz 8,75 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 5 Monate 20 Tage, jährliche Gesamtbelastung 8,94216 vH) begeben worden.
[8]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1981 (Zinssatz 10 vH, Nettoerlös 98,4499 vH, Laufzeit 11 Monate 20 Tage, jährliche Gesamtbelastung 11,77697 vH) begeben worden.
[9]) Diese Bundesschatzscheine waren im Wege der Konversion einer Schatzscheinemission aus dem Jahre 1979 (Zinssatz 7 vH, Nettoerlös 99,7499 vH, Laufzeit 1 Jahr 5 Monate 28 Tage, jährliche Gesamtbelastung 7,1853 vH) begeben worden.

(2) Weiters wurde das im Finanzjahr noch aushaftende Restnominale des im Juni 1981 begebenen Bankendarlehens 1981/IV in Höhe von 2 400 Mill S (ursprüngliches Gesamtnominale 3 000 Mill S — sh TB 1981 Abs 57.3.1.4 —) nach der im Jahre 1982 bereits vorgenommenen Teilkonversion in die Investitionsanleihe 1982—94/4 in Höhe von 600 Mill S in das Bankendarlehen 1983/V bzw in die Bundesobligationen 1983—93/2 zu nachstehenden Konditionen konvertiert:

	Nominale des Kredites in Millionen S		Zinssatz des Kredites in vH		Nettoerlös des Kredites in vH des Nominales		Laufzeit des Kredites in Jahren		jährliche Gesamtbelastung des Kredites gem BFG 1981 in vH		
	urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen	
Bankendarlehen 1983/V	1 200	1 200	variabel [1])	variabel [2])	100	100	5	20	[3])	[3])	
Bundesobligationen 1983—93/2 .	1 200	1 200	variabel [1])	8	100	99,05	5	10	[3])	8,20460	

[1]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (3. Juli bis 30. September 1981) betrug 12,875 vH. Für die weiteren Zinsperioden (jeweils am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember jeden Jahres) lag der Zinssatz um 1 Hundertsatzpunkt über der durchschnittlichen Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen für das Kalenderquartal vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB.

[2]) Der Zinssatz für die erste Zinsperiode (31. Mai 1983 bis 31. Mai 1984) beträgt 8,625 vH. Für die Folgetermine bestimmen sich die Zinsen nach der Formel: vierteljährliche Anpassung des Zinssatzes an dieSekundärmarktrendite der Bundesanleihen vor dem Zinstermin gem Tab 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB zuzüglich 0,5 vH-Punkte, gerundet auf 0,125 vH-Punkte (Zinstermine: Mai, August, November und Feber eines jeden Jahres).

[3]) Gem Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Kreditoperationen mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (zuletzt TB 1982, Abs 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 51.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

(3) Schließlich erfolgte die Konversion der im Dezember 1981 aufgenommenen Bundesstraßen-Vorfinanzierung Niederösterreich (TB 1981 Abs 57.3.1.6). In der Person des Gläubigers und in der Bezeichnung des Kredites traten keine Veränderungen ein. Die Konditionen sind aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Nominale des Kredites in Mill S		Zinssatz des Kredites in vH		Nettoerlös des Kredites in vH		Laufzeit des Kredites in Jahren		jährliche Gesamtbelastung des Kredites gem BFG 1981 in vH	
urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen	urspr	neuen
212	212	4	variabel [1])	100	100	rd 3,5	2,5	4	[2])

[1]) Der Zinssatz für die erste Zinsenfälligkeit (1. Dezember 1983 bis 30. Juni 1984) beträgt 5,24 vH. Für die Folgetermine ist der Zinssatz gleich dem aus dem Aufwand für 4 von der betreffenden Gebietskörperschaft zu bedienende Kredite aus dem Jahre 1981 sich ergebenden durchschnittlichen Zinssatz, wobei von der Republik Österreich die Hälfte der Zinsen getragen wird.

[2]) Gem Art VIII Abs 1 Z 1 BFG 1983 ist für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Kreditoperationen mit variablen Zinssätzen die sich für den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ergebende Gesamtbelastung maßgebend. Da diesem Hundertsatz, der nur für einen Bruchteil der Laufzeit die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt, kein Aussagewert zukommt und seine Heranziehung zu Vergleichen mit Krediten zu festen Zinssätzen zu unrichtigen Schlußfolgerungen führen könnte, wird in der gegenständlichen Übersicht bei den zu variablen Zinssätzen aufgenommenen Krediten von der Anführung der Höhe der Gesamtbelastung gem BFG 1983 Abstand genommen. Entsprechend der bisherigen Vorgangsweise (zuletzt TB 1982, Abs. 55.13) ist jedoch auch im vorliegenden TB — unter Abs 51.13 — eine Zusammenstellung enthalten, in der die tatsächlich angewandten Zinssätze und die tatsächliche Gesamtbelastung aller Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen aufscheinen, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen.

Kreditoperationen zu variablen Zinssätzen

51.12 Bei den zu veränderlichen Zinssätzen durchgeführten Kreditoperationen ist die Auswirkung der Kreditkonditionen nur dann feststellbar und der Vergleich mit den im selben Zeitraum zu festen Zinssätzen aufgenommenen Krediten nur dann möglich, wenn die während der gesamten Dauer dieser Kreditoperation sich ergebende Zinsenbelastung überblickt werden kann.

51.13 Der RH faßt daher alle in den Jahren bis einschließlich 1983 aufgenommenen derartigen Kredite, für die im Jahr 1983 Zinsen anfielen, wie folgt zusammen:

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983				Durchschnittlicher Zinssatz 1983	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme
	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.		
	vH				vH	vH
sfrs-Rolloverkredit 1978	4,875	4,875	6	5,25	5,25	5,567708 [1])
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1979/I .	4,625	4,625	5,375	5,375	5	6,90625 [2])

[1]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 5,63597 vH.

[2]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,954887 vH.

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983 vH 1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	Durchschnittlicher Zinssatz 1983 vH	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme vH
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1979/II, Ausgabe A	4,625	4,625	5,875	5	5,03125	6,929687 [3]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1979/II, Ausgabe B	3,75	4,5	4,5	4,75	4,375	5,94012 [4]
sfrs-Rolloverkredit 1980/I, Ausgabe A	4,75	3,75	5,5	5,5	4,875	6,640625 [5]
sfrs-Rolloverkredit 1980/I, Ausgabe B	4,375	4,375	5,5	4,875	4,78125	6,757812 [6]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1980/I	4,5	4,5	5,5	5	4,875	6,828125 [7]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1980/II	4,75	4,1875	4,1875	5,1875	4,578125	6,859375 [8]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/I	4,5625	4,5625	5,6875	5,6875	5,125	6,927083 [9]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/II, Ausgabe A	3,1875	4,5625	4,5625	4,4375	4,1875	6,458333 [10]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/II, Ausgabe B	4,6875	4,625	4,625	6,5625	5,125	6,875 [11]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/II, Ausgabe C	4	4	5,375	4,9375	4,578125	7,223958 [12]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/II, Ausgabe D	4	4	5,375	4,9375	4,578125	7,510408 [13]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/III	4,375	4,375	5,25	4,9375	4,734375	6,640625 [14]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1981/IV	4,5	3,875	5,0625	4,75	4,546875	6,645833 [15]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/I	4,6875	3,75	5,4375	5,4375	4,828125	7,302083 [16]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/II	4,25	4,4375	4,4375	4,6875	4,453125	7,088541 [17]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe A und B	4,1875	4,1875	5,5625	5,5625	4,875	7,442708 [18]
Yen-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe B, Tranche 1	7,4375	7,4375	6,875	6,875	7,15625	7,421875 [19]
Yen-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe B, Tranche 2	7,375	7,375	7	7	7,1875	7,432291 [20]

[3]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,978403 vH.
[4]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 5,986195 vH.
[5]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,692394 vH.
[6]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,806027 vH.
[7]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,878509 vH.
[8]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,906519 vH.
[9]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,948198 vH.
[10]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,505864 vH.
[11]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,923578 vH.
[12]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,273412 vH.
[13]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,560579 vH.
[14]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,699033 vH.
[15]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,681798 vH.
[16]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,362155 vH.
[17]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,165411 vH.
[18]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,494694 vH.
[19]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,473806 vH.
[20]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,484251 vH.

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983 1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	Durchschnittlicher Zinssatz 1983	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme
	vH				vH	vH
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe A 1	7	7	5,9375	5,9375	6,46875	9,270833 [21]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe A 2	6,875	6,875	5,8125	6,1875	6,4375	9,270833 [22]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1981/III, Ausgabe A und B	8,625	5,5625	5,5625	6,125	6,46875	9,359375 [23]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/I, Ausgabe A	6,9375	6,9375	5,875	6,25	6,5	7,71875 [24]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/I, Ausgabe B	6,875	6,875	5,9375	5,9375	6,40625	7,921875 [25]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/I, Ausgabe C	4,4375	4,4375	5,375	5,375	4,90625	6,078125 [26]
hfl-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/I, Ausgabe D	6,0625	6,0625	6	6,625	6,1875	7,515625 [27]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/II	4,375	4,375	4,9375	5,625	4,828125	4,632812 [28]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1982/III	4,5	4,5	5,5625	5,5625	5,03125	4,890625 [29]
sfrs-Ausnützung des DM-Rolloverkredites 1982/I	3,5625	4,375	4,375	4,875	4,296875	4,820312 [30]
hfl-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/I	—	5,5	5,5	6,625	5,875	5,875 [31]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/II	—	5,4375	5,8125	6,625	5,95833	5,95833 [32]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/III, Tranche 1	—	—	6	6	6	6 [33]
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/III, Tranche 2	—	—	5,25	5,25	5,25	5,25 [34]
hfl-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/III, Tranche 3	—	—	6,125	6,625	6,375	6,375 [35]
hfl-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/IV	—	—	6,125	6,6875	6,40625	6,40625 [36]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/V	—	—	5,75	6,625	6,1875	6,1875 [37]

[21]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 9,327585 vH.
[22]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 9,327585 vH.
[23]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 9,416358 vH.
[24]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,814370 vH.
[25]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 8,018553 vH.
[26]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,167127 vH.
[27]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 7,61069 vH.
[28]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 4,697174 vH.
[29]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 4,953401 vH.
[30]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 4,863721 vH.
[31]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 5,951016 vH.
[32]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,034532 vH.
[33]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,0635 vH.
[34]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 5,3112 vH.
[35]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,439724 vH.
[36]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,484135 vH.
[37]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,264592 vH.

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983 vH 1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.	4. Viertelj.	Durchschnittlicher Zinssatz 1983 vH	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme vH	
sfrs-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/VI, Tranche 1	—	—	—	5,125	5,125	5,125	[38]
DM-Ausnützung des US-$-Rolloverkredites 1983/VI, Tranche 2	—	—	—	6,25	6,25	6,25	[39]
DM-Rolloverkredit 1983/I	—	—	5,75	6,375	6,0625	6,0625	[40]
Konversionsdarlehen 1981, Ausgabe A und B	11	11	11	9,25	10,5625	10,416667	[41]
Versicherungstreuhand-darlehen 1981	10,9	10,9	9,25	9,25	10,075	10,15	[42]
Versicherungstreuhand-darlehen 1981/II, Ausgabe A und B	10,9	10,9	9,25	9,25	10,075	10,725	[43]
Bankendarlehen 1981/III	11,5	9,11	9,11	9,11	9,7075	10,537916	[44]
Bankendarlehen 1981/IV	10,375	9,375	—	—	9,875	11,583333	[45]
Bankendarlehen 1982/II	11,75	9,11	9,11	9,11	9,77	10,76	[46]
Bankendarlehen 1982/IV	10,75	10,75	8,8	8,8	9,775	10,2625	[46]
Bankendarlehen 1982/V	10,07	9,34	8,93	8,93	9,3175	10,21555	[46]
Bankendarlehen 1982/VI	10,07	9,34	8,93	8,93	9,3175	10,21555	[46]
Bankendarlehen 1982/VII	10,07	9,34	8,93	8,93	9,3175	10,01375	[46]
Bankendarlehen 1983	9,125	8,875	8,875	8,875	8,9375	8,9375	[46]
Bankendarlehen 1983/II	9	8,875	9	8,875	8,9375	8,9375	[46]
Bankendarlehen 1983/III	—	8,875	8,875	9,125	8,95833	8,95833	[46]
Bankendarlehen 1983/IV	—	8,5	8,75	8,5	8,5833	8,5833	[46]
Bankendarlehen 1983/V	—	8,625	8,75	8,5	8,625	8,625	[46]
Bankendarlehen 1983/VI	—	—	8,625	8,875	8,75	8,75	[46]
Bankendarlehen 1983/VII	—	—	8,625	8,875	8,75	8,75	[46]
Bankendarlehen 1983/VIII	—	—	8,625	8,625	8,625	8,625	[46]
Bankendarlehen 1983/IX	—	—	—	8,75	8,75	8,75	[46]

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983 vH	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme vH	
Banken-Konversionsdarlehen 1981/I, Ausgabe A, B und C	11,4	10,95	[47]
Banken-Konversionsdarlehen 1981/II, Ausgabe A, B und C	11,04	10,77	[48]
Banken-Konversionsdarlehen 1981/III, Ausgabe A, B und C	11,12	10,81	[49]
Banken-Konversionsdarlehen 1981/IV, Ausgabe A, B und C	11,06	10,78	[50]

[38]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 5,1981 vH.
[39]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,327327 vH.
[40]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 6,139092 vH.
[41]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,302872 vH, für die Ausgabe B 10,287876 vH.
[42]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 10,178348 vH.
[43]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,754673 vH, für die Ausgabe B 10,755104 vH.
[44]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 10,537916 vH.
[45]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt 11,599133 vH.
[46]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme ist gleich dem Zinssatz.
[47]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,721270 vH, für die Ausgabe B 10,713662 vH und für die Ausgabe C 10,774024 vH.
[48]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,539604 vH, für die Ausgabe B 10,501431 vH und für die Ausgabe C 10,529683 vH.
[49]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,596708 vH, für die Ausgabe B 10,558163 vH und für die Ausgabe C 10,547808 vH.
[50]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,572206 vH, für die Ausgabe B 10,582862 vH und für die Ausgabe C 10,595958 vH.

Bezeichnung der Schuld	Zinssatz 1983 vH	Durchschnittlicher Zinssatz seit der Kreditaufnahme vH
Banken-Konversionsdarlehen 1981/V, Ausgabe A, B und C	10,94	10,72 [51])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/VI, Ausgabe A, B und C	11,06	10,78 [52])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/VII, Ausgabe A, B und C	11,08	10,79 [53])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/VIII, Ausgabe A und B	11,12	10,81 [54])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/IX, Ausgabe A, B und C	11,29	10,895 [55])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/X, Ausgabe C	11,38	10,94 [56])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/XI, Ausgabe B und C	11,4	10,95 [57])
Banken-Konversionsdarlehen 1981/XII, Ausgabe C, D, E und F	11,06	10,78 [58])
Schulbaukredit der Gemeinde Wien 1978	4,25	4,97791 [46])
Bundesstraßen-Vorfinanzierung NÖ 1983	5,24	5,24 [46])

[46]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme ist gleich dem Zinssatz.
[51]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,567248 vH, für die Ausgabe B 10,396913 vH und für die Ausgabe C 10,448158 vH.
[52]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,642878 vH, für die Ausgabe B 10,534412 vH und für die Ausgabe C 10,495909 vH.
[53]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,522934 vH, für die Ausgabe B 10,482983 vH und für die Ausgabe C 10,551971 vH.
[54]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,737962 vH, und für die Ausgabe B 10,704408 vH.
[55]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe A 10,8227 vH, für die Ausgabe B 10,722999 vH und für die Ausgabe C 10,718974 vH.
[56]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe C 10,707933 vH.
[57]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe B 10,895671 vH, und für die Ausgabe C 10,940182 vH.
[58]) Die durchschnittliche jährliche Gesamtbelastung seit der Kreditaufnahme beträgt für die Ausgabe C 10,537294 vH, für die Ausgabe D 10,664588 vH, für die Ausgabe E 10,649817 vH, und für die Ausgabe F 10,547617 vH.

Kennzahlen zur Entwicklung der Staatsschuld

51.14 Die folgenden Aufstellungen vermitteln einen Überblick über die Entwicklung der nicht fälligen Finanzschuld, der Zinsenverpflichtungen und des jährlichen Schuldendienstes (Zinsen, Begebungskosten und Tilgungsaufwand) seit dem Jahr 1967 [1]), und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch bezogen auf die Summe der jeweiligen Bundesausgaben, die Einwohnerzahl und den Nettobetrag der nicht zweckgebundenen öffentlichen Abgaben.

[1]) Die Entwicklung der Zinsenverpflichtungen kann erst seit dem Jahre 1978 nachgewiesen werden, ab dem diese Verpflichtungen anläßlich der einzelnen Schuldaufnahmen ADV-mäßig erfaßt und laufend fortgeschrieben werden.

Stand der Finanzschulden am 31. Dezember	Betrag Mill S	Zuwachs der Finanzschulden seit 31. Dez 1967 vH	jährliche Zuwachsrate	Schuldquote je Einwohner in Österreich S	Summe der Bundesausgaben (laut Bundesrechnungsabschluß) Mill S	Finanzschulden in vH der Summe der Bundesausgaben
1967	34 579	–	–	1 549	36 279	30,2
1974	63 395	183	12,8	8 399	167 133	37,9
1975	100 417	290	58,4	13 370	196 697	51,1
1976	133 782	387	33,2	17 811	221 900	60,3
1977	164 581	476	23	21 880	236 658	69,5
1978	199 167	576	21	26 526	265 521	75
1979	230 999	668	15,9	30 771	288 134	80,1
1980	261 180	755	13,1	34 798	306 492	85,2
1981	295 278	854	13,1	39 082	339 456	87,0
1982	341 581	988	15,7	45 208	372 774	91,6
1983	416 191	1 203	21,8	55 117	407 791	102,6

Stand der Zinsenverpflichtungen am 31. Dezember	Betrag Mill S	Zuwachs der Zinsenverpflichtungen ab 31. Dezember 1978 vH	jährliche Zuwachsrate	Zinsenverpflichtungen in vH des Standes der Finanzschulden
1978	79 177	—	—	39,7
1979	95 429	20,5	20,5	41,3
1980	105 643	33,4	10,7	40,4
1981	141 019	78,1	33,5	47,6
1982	156 106	97,16	10,7	45,7
1983	196 528	148,21	25,9	47,2

Jahr	Zinsen u Begebungskosten f d Finanzschuld (lt BRA) Mill S	Gesamtaufwand f d Finanzschuldendienst (Zinsen, Begebungskosten u Tilgung) Mill S	Summe der Bundesausgaben laut BRA in Mill S	Zinsen und Begebungskosten in vH der Summe der Bundesausgaben	Gesamtaufwand f d Finanzschuldendienst in vH der Summe der Bundesausgaben
1967	1 712	4 090	76 407	2,2	5,3
1974	3 759	10 639	167 133	2,2	6,4
1975	5 805	13 104	196 697	2,9	6,7
1976	9 021	19 758	221 900	4,1	8,9
1977	10 748	22 730	236 658	4,5	9,6
1978	13 789	29 552	265 521	5,2	11,1
1979	15 737	33 727	288 134	5,5	11,7
1980	17 809	35 985	306 492	5,8	11,7
1981	20 762	44 925	339 456	6,1	13,2
1982	25 686	50 901	372 774	6,9	13,6
1983	27 394	52 943	407 791	6,7	13,0

Jahr	Zinsen u Begebungskosten f d Finanzschuld (lt BRA) Mill S	Gesamtaufwand f d Finanzschuldendienst (Zinsen, Begebungskosten u Tilgung) Mill S	Nettoertrag d nicht zweckgebundenen öffentl Abgaben in Mill S	Zinsen u Begebungskosten in vH des Nettoertrages der nicht zweckgebundenen öffentl Abgaben	Gesamtaufwand f d Finanzschuldendienst in vH des Nettoertrages d nicht zweckgebundenen öffentl Abgaben
1967	1 712	4 090	30 956	5,5	13,2
1974	3 759	10 639	79 143	4,7	13,4
1975	5 805	13 104	84 113	6,9	15,6
1976	9 021	19 758	91 337	9,9	21,6
1977	10 748	22 730	101 754	10,6	22,3
1978	13 789	29 552	106 865	12,9	27,6
1979	15 737	33 727	121 104	13	27,8
1980	17 809	35 985	129 835	13,7	27,7
1981	20 762	44 926	145 075	14,3	31,0
1982	25 686	50 901	148 233	17,3	34,3
1983	27 394	52 943	158 168	17,3	33,5

e) Bundeshaftungen

Haftungsgebarung 1983

52.1 Das Haftungsobligo des Bundes betrug am 31. Dezember 1983 insgesamt 629 128 Mill S und war damit gegenüber dem Stand von 560 861 Mill S Ende 1982 um 68 267 Mill S oder 12,1 vH höher.

Auf Haftungen kraft gesetzlicher Anordnung entfielen 109 659 Mill S und auf Haftungsübernahmen aufgrund gesetzlicher Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen 519 469 Mill S.

52.2 Im Berichtsjahr selbst hat der Bundesminister für Finanzen im Namen des Bundes Haftungen im Ausmaß von 80 336 Mill S übernommen. Dieser Betrag gliedert sich nach Wirtschaftszweigen wie folgt auf:

	Mill S
Ausfuhrförderung	30 346
Ausfuhrfinanzierungsförderung	10 692
Verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft	9 705
Sonstige verstaatlichte Unternehmungen	9 355

	Mill S
Straßenbau	12 916
Sonstige Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist	1 843
Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mbH	800
Anleihen des Wasserwirtschaftsfonds	2 031
Land- und Forstwirtschaft (Agrarinvestitionskredite und bäuerliche Besitzstrukturfonds)	279
Sicherung wertvollen Ausstellungsgutes	95
Erdölbevorratung	55
Polenkohlebeschaffung	271
Prämiensparförderung	14
Kredit an die Jugoslawische Nationalbank	1 934

52.3 Diesem Zuwachs standen im Berichtsjahr Verminderungen in Höhe von 37 584 Mill S sowie eine Nettozunahme infolge Kursänderungen von 7 643 Mill S gegenüber, so daß sich der Stand der auf gesetzlichen Ermächtigungen fußenden Haftungsübernahmen von 469 073 Mill S Ende 1982 um netto 50 396 Mill S oder 10,7 vH auf 519 469 Mill S erhöhte.

52.4 Im Jahre 1983 entstanden dem Bund durch Schadenszahlungen und sonstige Kosten aus Haftungsübernahmen Aufwendungen in Höhe von 4 709 Mill S, das sind um 448 Mill S oder 10,51 vH mehr als im Vorjahr (1982: 4 261 Mill S). Demgegenüber ergaben sich aus Entgelten und Rückersätzen Einnahmen von 3 181 Mill S, das sind um 402 Mill S oder 11,2 vH weniger als im Vorjahr (1982: 3 583 Mill S). Es ergab sich somit ein Abgang von 1 528 Mill S (1982: 678 Mill S).

52.5 Aus der nachstehenden Übersicht ist die Entwicklung des Haftungsobligos zu ersehen:

Jahr	Haftungs-obligo Mill S	Zuwachs seit 31. Dezember 1957	jährliche Zuwachs-rate vH	Quote je Einwohner Österreichs S	Summe der Bundes-ausgaben (lt Bun-desrechnungs-abschluß) Mill S	Summe des Haftungsobligos in vH der Summe der Bundesausgaben
1957	12 050	—	—	1 730	36 279	33,2
1974 [1]	120 192	897,4	22,4	15 924	167 133	71,9
1975	157 571	1 207,6	31,1	20 980	196 697	80,1
1976	204 408	1 596,3	29,7	27 204	221 900	92,1
1977	256 896	2 031,9	25,7	34 162	236 658	108,6
1978	317 003	2 530,7	23,4	42 220	265 521	119,4
1979	382 601	3 075,1	20,7	50 988	288 134	132,8
1980	369 582	2 967,1	−3,4	49 241	306 492	120,6
1981	500 770	4 055,8	35,5	66 280	339 456	147,5
1982	560 861	4 654,4	12,0	74 233	372 775	150,5
1983	629 128	5 221	12,1	83 317	407 791	154,2

[1]) Ab dem Jahre 1970 wurden die jeweils am 31. Dezember bestehenden Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse in das Haftungsobligo einbezogen, für die der Bund gem § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl Nr 458, haftet.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Schaffung einer Bemessungsgrundlage für Zuwendungen des Bundes an den Weinwirtschaftsfonds nach dem Wegfall der Weinsteuer (TB 1974 Abs 75.22);

(2) Übertragung der Auszahlung und Verrechnung des Bergbauernzuschusses gemäß den Bestimmungen über die Haushaltsführung des Bundes vom Land- und forstwirtschaftlichen Rechenzentrum an die Buchhaltung des BMLF und das Bundesrechenamt sowie Eingliederung des genannten Rechenzentrums in die Bundesverwaltung (TB 1979 Abs 84, TB 1980 Abs 57 und TB 1981 Abs 60);

(3) Erlassung entsprechender Durchführungsverordnungen zur Wahrnehmung von Förderungsaufgaben des BMLF durch Organe der Bundesländer gemäß Art 104 Abs 2 B-VG (TB 1980 Abs 58.17 und TB 1981 Abs 61.5);

(4) Ausarbeitung einer Revisionsordnung durch die Österreichischen Bundesforste (TB 1981 Abs 1.124).

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Getreidewirtschaftsfonds

53.1 Zur Angelegenheit der Ausmahlungssätze für Mahlerzeugnisse bestätigte das vom RH mit dieser Angelegenheit befaßte BMHGI (TB 1982 Abs 59.1.2.2), daß die amtliche Mühlenkalkulation nicht die vollen tatsächlichen Erlöse der Mühlen enthalte und es daher zu Mehrausbeuten und Mehrerlösen komme. Das BMHGI wies jedoch darauf hin, daß diesen Mehrerlösen möglicherweise auch Mehrkosten aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen als Voraussetzung für die Erzielung dieser Mehrausbeuten gegenüberstünden, die ebenfalls nicht in der Mühlenkalkulation berücksichtigt wären. Diese Vorgangsweise einer nur teilweisen Kostenabdeckung durch die behördliche Preisfestsetzung verursache für die Mühlen den durchaus wünschenswerten Zwang zur Rationalisierung, was auch im Einklang mit dem vom Gesetzgeber mit dem Mühlengesetz angestrebten Ziel einer Strukturbereinigung im Bereich der Mühlenwirtschaft stünde.

53.2 Der RH wies auf den Umstand hin, daß die Gesamtzahl der Mühlen im Zeitraum 1979 bis 1982 lediglich von 480 auf 462 gesunken sei, und erwiderte, daß die Praxis der nur teilweisen Kostenabdeckung durch die behördliche Preisfestsetzung keinen ausreichenden Rationalisierungseffekt gebracht habe; bei Zutreffen der Behauptung des BMHGI hätten in den letzten Jahren weitaus mehr kleinere Mühlen stillgelegt werden müssen. Unter Hinweis auf die innerhalb von fünf Jahren erzielten beachtlichen Mehrerlöse aufgrund von Mehrausbeuten im Ausmaß von insgesamt mehr als einer halben Milliarde S wiederholte der RH nochmals seine Kritik am gegenwärtigen System.

Einrichtungen der Innenrevision beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

54. Das BMLF hat nunmehr eine Revisionsordnung (TB 1982 Abs 60.2) erlassen, die mit 1. Jänner 1984 in Kraft getreten ist.

Österreichische Bundesforste; Forstverwaltung Mürzzuschlag

55.1 Betreffend die Verrechnung des von Forstverwaltungen zu bundesforsteeigenen Sägewerken gelieferten Holzes (TB 1982 Abs 63.3) ergab sich keine Änderung der unterschiedlichen Auffassungen zwischen der Generaldirektion (GD) der Österreichischen Bundesforste (ÖBF) und dem RH. Wie einer Mitteilung der GD zu entnehmen war, betrugen im Jahre 1982 die Preisnachlässe für das an die bundesforsteeigenen Sägewerke gelieferte Holz gegenüber den im freien Verkauf erzielbaren Erlösen insgesamt rd 11,6 Mill S oder rd 9 vH.

55.2 Die GD nahm die Bemängelungen und Empfehlungen des RH zu verschiedenen noch offenen Angelegenheiten zur Kenntnis. Dies betraf insb Feststellungen zum Holzverkauf (TB 1982 Abs 63.4 und 63.5), zu Bestandverträgen (TB 1982 Abs 63.10) sowie zum Forststraßenbau (TB 1982 Abs 63.11).

55.3 Weiters übermittelte die GD den Runderlaß über die Vergabe des Jagd- bzw Fischereiausübungsrechts im Wege der Ausschreibung, der den Bemängelungen des RH betreffend das von den ÖBF gewählte Verfahren (TB 1982 Abs 63.8) Rechnung trug.

Österreichische Bundesforste; Jagdverwaltung

56.1 Zur Angelegenheit der Jagdkassen (TB 1982 Abs 64.2) teilte die GD der ÖBF mit, daß die mit dem Ziel einer Neuregelung dieses Bereiches eingeleiteten Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien und das Ergebnis dem RH nach Vorliegen bekanntgegeben werde.

56.2 Zu den Wildabschüssen durch Bedienstete der ÖBF (TB 1982 Abs 64.4) berichtete die GD von der am 1. März 1983 in Kraft getretenen neuen Dienstvorschrift für die Forstmeister der ÖBF, wonach die Zuständigkeit für die Freigabe der für Betriebsangehörige vorgesehenen Abschüsse in der Regiejagd dem Forstmeister übertragen wurde. Der Genehmigung der GD seien jedoch die Abschüsse höherwertiger Trophäenträger vorbehalten.

56.3.1.1 Die Bekanntgabe des Wertes der unentgeltlichen Wildabschüsse durch betriebsfremde Personen (TB 1982 Abs 64.6) lehnte die GD für das Jahr 1982 ab. Der RH forderte die GD auf, diese Bewertung so wie in den Vorjahren auch für 1982 nachzuliefern. Im übrigen wurden im Jahre 1982 auf Einladung von Regierungsmitgliedern oder Zentralstellen 21 und auf Einladung der ÖBF zehn unentgeltliche Wildabschüsse vorgenommen.

56.3.1.2 Das BMF gab bekannt, es könne die Auffassung des RH zur Veranschlagung und Verrechnung der unentgeltlichen Abschüsse im Bereich der ÖBF nicht teilen, soweit sie nicht im Interesse anderer Ressorts erfolgten. Die Meinung des BMF stehe im übrigen mit den einschlägigen Bestimmungen des in parlamentarischer Behandlung befindlichen Initiativantrages betreffend das Bundeshaushaltsgesetz in Übereinstimmung.

56.3.2.1 Da das BMF in der Frage der Vergütung von unentgeltlichen Abschüssen, die im Interesse anderer Betriebe oder Dienststellen des Bundes vergeben werden, der Auffassung des RH beigetreten ist, empfahl der RH, bei den Voranschlagserstellungen darauf Bedacht zu nehmen.

56.3.2.2 Im Hinblick darauf, daß ein großer Teil der unentgeltlichen Abschüsse bei den ÖBF im Interesse des BMLF vergeben wurde, empfahl der RH dem BMLF, die üblichen Abschußtaxen zu vergüten.

Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren in Wels

57.1 Zu den finanziellen Ergebnissen der Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren in Wels-Thalheim (BA) (TB 1982 Abs 65.6) gab das BMLF bekannt, daß im Jahre 1984 die Tarife dieser und einiger anderer landwirtschaftlicher Bundesanstalten für Leistungen, welche die Anstalten an Dritte für den Bund als Träger von Privatrechten erbringen, neu geregelt wurden.

57.2 Das BMLF hat inzwischen den Empfehlungen des RH folgend eine Samengewinnungs-, Lager- und Vertriebsordnung (TB 1982 Abs 65.9) erstellt. Die Aufzeichnungen über die Besamungen würden nunmehr lückenlos durchgeführt und überwacht werden.

57.3 Zur Verrechnung des Stickstoffpauschales mit dem Besamungsverein Wels (TB 1982 Abs 65.13) hat das BMLF die BA angewiesen, der Anregung des RH hinsichtlich einer zweimonatigen Abrechnungsphase zu entsprechen.

57.4 Betreffend die Vergabe von Aufträgen (TB 1982 Abs 65.15) hat das BMLF der BA die strenge Einhaltung der von ihm erlassenen Richtlinien über das Vergabewesen aufgetragen.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1982

Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg

Die Gebühren für die Überprüfung von Maschinen und Geräten durch die Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg waren bei weitem zu niedrig angesetzt. Das Werkstättenpersonal war mehr als die Hälfte seiner Arbeitszeit allein mit Verwaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie mit Arbeiten für fremde Stellen befaßt. Der RH empfahl, die vielen von Bediensteten der Anstalt geleisteten Überstunden durch organisatorische Maßnahmen zu verringern.

58.1 Die Bundesanstalt für Landtechnik in Wieselburg (BA) wurde im Jahre 1946 gegründet. Ihr Aufgabenbereich umfaßt insbesondere die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Landtechnik, die Untersuchung von Verfahren der landwirtschaftlichen Arbeitswirtschaft sowie die Prüfung landwirtschaftlicher Fahrzeuge, Maschinen und Geräte nach verschiedenen Merkmalen (technische und leistungsmäßige Eigenschaften für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Betriebs- und Arbeitssicherheit, Wirtschaftlichkeit ua) und die Verleihung von Prüfzeichen hierüber. Für die Durchführung der Prüf- und Forschungsaufgaben standen der BA in den Jahren 1977 bis 1982 rd 103,9 Mill S zur Verfügung; hingegen wurden im gleichen Zeitraum nur rd 10,3 Mill S (rd 10 vH der Ausgaben) vereinnahmt.

Finanzielle Ergebnisse

58.2.1 In den Jahren 1977 bis 1982 ergaben sich beim Aufwand für das Personal der BA (durchschnittlich 65 Bedienstete) Minderausgaben in Höhe von 6,7 vH bis 11,8 vH des Voranschlages; der Personalaufwand bewegte sich zwischen rd 10,7 Mill S und rd 15,8 Mill S. Bei den laufenden Einnahmen (Prüfgebühren, Erlöse aus dem Verkauf von Druckwerken) wurden im gleichen Zeitraum - vom Jahr 1981 abgesehen - zwischen 31,9 vH und 75,2 vH über dem Voranschlag liegende Mehrerlöse erzielt.

58.2.2 Der RH empfahl eine genauere Abstellung des Voranschlages an die zu erwartenden Kosten und Einnahmen.

58.2.3 Das BMLF erklärte hiezu, trotz seiner Bemühungen die Ausgaben für den Personalaufwand genau zu berechnen, sei es beispielsweise wegen unvorhersehbarer Beförderungen, Abfertigungen und Geldaushilfen zu Abweichungen gegenüber dem Voranschlag gekommen. Bei den laufenden Einnahmen werde das BMLF künftighin bemüht sein, die Vorausschätzungen genauer zu treffen.

58.2.4 Ergänzend bemerkte der RH, daß die Voranschlagsabweichungen bei der BA größer waren als beim fg Ansatz 1/60510, bei dem der Personalaufwand von zusammen sieben Dienststellen veranschlagt war.

Gebühren

58.3.1 Das BMLF regelte in einer Dienstanweisung im Jahre 1962 die Tätigkeit der BA und die Gebühren (Tarife) für die Überprüfung von Maschinen und Geräten durch die BA. In der Prüfungsordnung vom Dezember 1977 wurden die Mindestsätze der Prüfungstaxen seitens der BA wesentlich erhöht. Für bestimmte Arten von Prüfungen legte die BA überdies Tarife außerhalb der Prüfungsordnung fest; hierüber bestanden keine schriftlichen Verfügungen des Anstaltsleiters.

58.3.2 Der RH bemängelte das eigenmächtige Vorgehen der BA, die zur Änderung der Anstaltsgebühren nicht berechtigt war, sowie die Duldung dieser Handlungsweise durch das BMLF.

58.3.3 Lt Stellungnahme des BMLF seien bisher bestimmte Grundsätze nach Absprache zwischen der zuständigen Fachabteilung und der BA für die Gebührenverrechnung herangezogen worden. In Hinkunft werde für einen geordneten Schriftverkehr gesorgt werden.

58.4.1 Von den Ausgaben der BA entfielen rd 68 vH auf die Überprüfungstätigkeit und rd 32 vH auf die Forschung. Im Zeitraum von 1978 bis 1982 standen den Ausgaben für die Überprüfungstätigkeit von insgesamt rd 60,9 Mill S entsprechende Einnahmen von nur insgesamt rd 8,3 Mill S gegenüber. Somit war lediglich ein kleiner Teil der Ausgaben für die Überprüfungstätigkeit durch die daraus erzielten Einnahmen gedeckt.

58.4.2 Der RH bemängelte die unzureichende Beachtung des im § 9 Abs 1 des BG vom 27. April 1982 über die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl Nr 230, festgelegten Grundsatzes, bei der Festsetzung der Entgelte auf den der BA entstandenen Aufwand Bedacht zu nehmen, und empfahl, auf eine kostendeckende Tarifgestaltung hinzuwirken.

58.4.3 Lt Stellungnahme des BMLF sei es agrarpolitisch wichtig, daß möglichst viele Landmaschinen und Geräte geprüft werden. Die Tarife bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen seien kostendeckend, für die übrigen Prüfungen habe das BMLF die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses nicht außer acht lassen können.

58.4.4 Der RH erwiderte, angesichts der Summe von rd 8 Milliarden S, die jährlich von der österreichischen Landwirtschaft für den Ankauf von Landmaschinen aufgewendet werde, sei diese Haltung nicht verständlich. Er gab zu bedenken, daß weder eine Förderungsaktion des BMLF noch günstigere Tarife ausreichen würden, Fehlinvestitionen hintanzuhalten. Er hielt deshalb seine Empfehlungen weiter aufrecht.

Verrechnung

58.5.1 In mehreren Fällen fertigte die BA Rechnungen über ihre Leistungen erheblich, uzw bis zu zehn Monate, verspätet aus.

58.5.2 Im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsführung empfahl der RH, künftighin die Ausfertigung von Rechnungen unverzüglich vorzunehmen.

58.5.3 Lt Mitteilung des BMLF sei die BA entsprechend angewiesen worden.

58.6.1 Gem § 14 a Abs 1 der Gebarungs- und Verrechnungsrichtlinien des BMLF ist auf allen Rechnungen und sonstigen Zahlungsaufforderungen, soweit durch fachliche Richtlinien keine andere Zahlungsweise bestimmt ist, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Einzahlung innerhalb von 30 Tagen ab Ausstellungstag der Rechnung zu leisten ist. Die Zahlungen erfolgten, wie die Praxis zeigte, in der Mehrzahl der Fälle erst kurz vor, mitunter sogar nach dem 30. Tag nach Ausstellung der Rechnung.

58.6.2 Der RH hielt eine vierzehntägige Zahlungsfrist für ausreichend und empfahl, die genannte Bestimmung der Richtlinien entsprechend zu ändern.

58.6.3 Hiezu teilte das BMLF mit, es könne sich der Meinung des RH nicht anschließen, weil bei der Tätigkeit von Bundesdienststellen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung auch die in der Privatwirtschaft geltenden Gepflogenheiten zu wahren seien.

58.6.4 Der RH gab zu bedenken, daß auch in der Privatwirtschaft kürzere Fristen als 30 Tage durchaus üblich seien und wiederholte seine Empfehlung.

Maschinen und Geräte

58.7.1 Das BMLF verfügte im Jahre 1962, daß die Erprobung des praktischen Einsatzes von Spezialmaschinen für Bergbauernbetriebe von der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (BAAL) durchzuführen ist, während die funktions- und materialmäßige sowie konstruktive Prüfung durch die BA zu erfolgen hat. Im Gegensatz dazu nahm die BA auch bei Maschinen für Bergbauernbetriebe die Erprobung des praktischen Einsatzes vor. Das BMLF genehmigte hiefür im Jahre 1975 die Errichtung einer eigenen Abteilung an der BA, verabsäumte es jedoch, die Zuständigkeit zwischen der BA und der BAAL ausreichend abzugrenzen. Der Anweisung des BMLF an die BAAL im Jahre 1981, sämtliche Arbeiten auf landtechnischem Gebiet mit der BA abzustimmen, wurde bisher nicht ausreichend entsprochen. Überdies zeigte sich, daß die praktische Erprobung von Maschinen und Geräten durch die BA bei privaten landwirtschaftlichen Betrieben ohne schriftliche Abmachungen vorgenommen worden war.

58.7.2 Der RH empfahl, zur ursprünglichen Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der BA und der BAAL wieder zurückzukehren, die später errichtete Abteilung bei der BA aufzulassen und mit den Betrieben über die Durchführung der praktischen Erprobung von Maschinen und Geräten schriftliche Verträge abzuschließen.

58.7.3 Das BMLF gab bekannt, es werde die im Jahre 1981 erlaßmäßig angeordnete Abstimmung der Arbeitsprogramme beider Bundesanstalten genauestens überwachen.

58.7.4 Der RH ersuchte das BMLF, auch zu seinen Empfehlungen betreffend die praktische Erprobung der Maschinen und Geräte bei privaten Betrieben Stellung zu nehmen.

58.8.1 Zwischen dem Abschluß der Prüfung durch die BA und der Zustellung der Prüfberichte an die Antragsteller lagen durchschnittlich 242 Tage; in zwei Fällen betrug die Zeitsspanne mehr als ein Jahr.

58.8.2 Da die Leistungen der BA gegen Entgelt erfolgen und die Prüfberichte für den Absatz der geprüften Maschinen und Geräte von Bedeutung sind, empfahl der RH, für eine raschere Erstellung der Prüfberichte zu sorgen.

58.8.3 Lt Mitteilung des BMLF sei eine entsprechende Weisung an die BA ergangen.

Personal

58.9.1 Das Werkstättenpersonal leistete im Jahre 1981 rd 17 000 Arbeitsstunden; hievon entfielen auf die Arbeitsbereiche Prüftätigkeit 1 530 Stunden (9,0 vH), Versuchstätigkeit 5 049 Stunden (29,7 vH), Verwaltung und Instandhaltung 8 670 Stunden (51,0 vH), Arbeiten für fremde Stellen 476 Stunden (2,8 vH) und Unterricht 1 275 Stunden (7,5 vH).

58.9.2 Der RH erachtete den Anteil der Verwaltungs- und Instandhaltungsarbeiten sowie der Arbeiten für fremde Stellen (zusammen 53,8 vH) als hoch. Er bemängelte die häufige Heranziehung von qualifiziertem Personal (Tischler, Maurer) für Arbeiten, die auch Hilfskräfte hätten durchführen können. Weiters hätten viele Arbeiten kostengünstiger von Dritten ausgeführt werden können. Der RH empfahl, die Verwaltungs- und Instandhaltungsarbeiten auf ein vertretbares Ausmaß einzuschränken.

58.10.1 Zwei Fachkräfte der Tischlerei der BA leisteten in den Jahren 1980 und 1981 insgesamt 3 506 Arbeitsstunden; hievon entfielen 2 499 Stunden auf die Herstellung von Möbeln, Fußböden und Türen, 550 Stunden auf die Versuchs- und Prüftätigkeit und 457 Stunden auf Arbeiten für Dritte.

58.10.2 Der RH bemängelte angesichts der Aufgabenstellung der BA die Erzeugung von Büromöbeln.

58.11.1 Im Schuljahr 1982/83 waren 24 der 65 Anstaltsbediensteten als Lehrer an der Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalt Francisco Josephinum in Weinzierl (HBLA) eingesetzt und unterrichteten zT während und auch außerhalb der Dienstzeit der BA. Bei einer Unterrichtstätigkeit innerhalb der Dienstzeit der BA wurden die Bediensteten der Verwendungsgruppen A und B sowie zwei Bedienstete der Verwendungsgruppe C bis zu zehn Unterrichtsstunden je Woche ohne Bezugskürzung freigestellt und erhielten zusätzlich die volle Entlohnung für ihre Lehrtätigkeit. Den übrigen als Lehrer eingesetzten Bediensteten wurde für die Unterrichtsstunden während der Dienstzeit der BA die Mehrwertigkeit der Unterrichtsstunden vergütet.

58.11.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, welche die Vergütung einer bei der BA nicht erbrachten Leistung, aber auch eine ungünstigere Behandlung der als Lehrer tätigen Bediensteten des Fach- und Hilfsdienstes mit sich brachte.

58.12.1 An der BA wurden in den Jahren 1978 bis 1982 insgesamt rd 3 600 bezahlte Überstunden geleistet. Die Anzahl der Überstunden nahm bis zum Jahre 1980 zu und war seither rückläufig. Ein Großteil der Überstunden wurde durch laufende Mehrarbeiten bestimmter Personen erbracht.

58.12.2 Der RH bezeichnete eine Verringerung dieser ständigen Überstunden durch organisatorische Maßnahmen als zweckmäßig und erstattete in mehreren Fällen entsprechende Einsparungsvorschläge.

58.13.1 Fünf Bedienstete der BA in leitenden Funktionen erhielten verschiedene Zulagen; hingegen wurden drei Abteilungsleitern keine Zulagen gewährt.

58.13.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, weil für diese unterschiedliche Behandlung keine Aufklärung gegeben wurde. Er empfahl, die Zulagen entsprechend der Aufgabenstellung und Leistung der Bediensteten zu gewähren.

58.13.3 Das BMLF gab zu den vorstehenden und zu noch weiteren Bemängelungen und Empfehlungen des RH auf dem Personalsektor bekannt, es habe die Prüfungsfeststellungen des RH zum Anlaß genommen, die hierin festgestellten Unzulänglichkeiten genau zu durchleuchten und entsprechende Lösungen vorzunehmen. Hievon werde der RH Mitteilung erhalten.

58.13.4 Der RH erwiderte, angesichts der wesentlichen Überschreitung der gem § 5 RHG dreimonatigen Frist zur Stellungnahme hätte er eine frühere Erledigung als möglich angesehen.

Inventar- und Materialverwaltung

58.14.1 Nach den Richtlinien für die Inventar- und Materialverwaltung (RIM) sind der Inventar- und Materialbestand unbeschadet der jährlichen Inventur mindestens einmal innerhalb von fünf Jahren einer unvermuteten kommissionellen Prüfung zu unterziehen. An der BA wurde eine derartige Prüfung erst einmal und nur in geringem Umfang vorgenommen, als im Jahre 1980 Teile der Inventargruppe „Meßgeräte" und des Sonderinventars kontrolliert wurden.

58.14.2 Der RH bemängelte die unzureichende Dienstaufsicht des BMLF und empfahl, kommissionelle Prüfungen künftighin auf mehrere Inventargruppen auszudehnen und auch eine entsprechende Prüfung der Materialbestände ehestens in die Wege zu leiten.

58.15.1 In den Jahren 1977, 1978 und 1981 unterblieb die vorgeschriebene Inventur an der BA überhaupt. In den Jahren 1979 und 1980 legte die BA die Ergebnisse der durchgeführten Inventur dem BMLF nicht vor.

58.15.2 Der RH ersuchte, künftighin die Richtlinien genau einzuhalten.

58.16.1 In der Abteilung für Meßtechnik der BA lagerten erhebliche Mengen von verschiedenen Kabeln, die bisher von der Materialverwaltung nicht erfaßt wurden; sie waren nicht für den sofortigen Verbrauch bestimmt, sondern auf Vorrat eingekauft worden. Der Einkaufspreis der Kabel betrug rd 50 000 S.

58.16.2 Der RH empfahl, eine entsprechende Nachweisung umgehend zu veranlassen.

58.16.3 Das BMLF teilte zu diesen und anderen Angelegenheiten der Inventar- und Materialverwaltung mit, es habe der BA die strenge Einhaltung der RIM aufgetragen.

Sonstige Feststellungen

58.17.1 Im Jahre 1981 lud die BA fünf Firmen im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung zur Legung von Angeboten für den Ankauf eines Allradschleppers ein. Nach der Angebotseröffnung im Dezember 1981 betrug das niedrigste Anbot rd 374 000 S; der Zuschlag unterblieb jedoch aus budgetären Gründen. Nachdem in den folgenden Monaten die BA bei den beiden günstigsten Anbietern Nachtragsangebote eingeholt hatte, entschloß sie sich im August 1982 zum Ankauf des Allradschleppers beim seinerzeitigen Billigstbieter, dessen Preisangebot nunmehr um rd 28 000 S höher lag.

58.17.2.1 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, die mehrfach nicht im Einklang mit den Ausführungsbestimmungen des BMLF zur ÖNORM A 2050 stand. So war der Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung aktenmäßig nicht begründet, der Text der beschränkten Ausschreibung mangelhaft und ein Angebot noch vor Angebotseröffnung geöffnet worden. Mangels zeitgerechter finanzieller Vorsorge kam es zu erheblichen Mehrkosten.

58.17.2.2 Angesichts dieser und ähnlicher Mängel bei anderen Anschaffungen empfahl der RH, künftighin die Vorschriften über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen genauestens zu beachten.

58.17.3 Lt Mitteilung des BMLF ist die BA entsprechend angewiesen worden.

58.18.1 Die Gebäude der BA waren zT in sehr schlechtem Zustand; insbesondere waren an Fenstern, Dachrinnen und an der Dacheindeckung erhebliche Gebrechen festzustellen. Obwohl die BA jährlich das BMLF hierüber unterrichtete, hat das BMLF zur Behebung dieser Mängel nichts veranlaßt bzw andere Erneuerungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgezogen.

58.18.2 Der RH empfahl, die aufgezeigten Schäden ehestens zu beheben, um eine Gefährdung der Bausubstanz zu vermeiden.

58.18.3 Das BMLF erklärte sich bemüht, die Bausubstanz zu erhalten und zu verbessern, jedoch wären Baumaßnahmen nur nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel für den Bundeshochbau möglich.

58.19.1 Die BA führte in den Jahren 1977 bis 1982 bauliche Maßnahmen und Instandhaltungsarbeiten in den Büro- und ADV-Räumen, den Werkstätten, am Anstaltsgelände und in den Naturalwohnungen im Ausmaß von jährlich 400 bis 800 Stunden mit eigenem Personal durch. Der Materialaufwand wurde von der Bundesgebäudeverwaltung getragen.

58.19.2 Der RH erachtete die BA nicht als für die Gebäudeinstandhaltung und die Errichtung neuer Bauten zuständig sowie die Zuweisung von Planstellen für Arbeiter als unzweckmäßig, deren Auslastung nur durch verschiedene, nicht anstaltseigene Arbeiten möglich ist.

58.19.3 Das BMLF bezeichnete die für Instandsetzungsarbeiten an Hochbauten im Ressortbereich veranschlagten Mittel als unzureichend. Für die von den einzelnen Ressorts in Eigenregie durchzuführenden Sofortmaßnahmen kleineren Umfanges nehme das BMBT in Aussicht, eine Regelung durch Verwaltungsübereinkommen vorzunehmen.

58.19.4 Der RH ersuchte um Übermittlung des betreffenden Verwaltungsübereinkommens zwischen dem BMBT und dem BMLF.

58.20 Weitere Bemängelungen und Empfehlungen des RH betrafen Vergütungen für Leistungen der BA, Außenstände, die Kassengebarung, die Kraftfahrzeuge, den Werkstättenbetrieb, die Prüfzeichen, die Prüfberichte, die Betriebsordnungen der BA, die Ausgaben der BA für Leistungen der Post, den Verkauf von Druckwerken, die Müllabfuhr, die Dokumentation der Empfänger von Forschungsberichten, die räumliche Lage der BA, die Überprüfung der BA durch die Buchhaltung des BMLF sowie den Schriftverkehr der BA mit dem BMLF. Die mangelhafte Einhaltung von Vorschriften sowie gewisse Eigenmächtigkeiten im Bereich der BA war auf eine nicht ausreichende Dienstaufsicht durch das BMLF zurückzuführen.

Das BMLF teilte dazu mit, daß es den Empfehlungen des RH bereits vielfach nachgekommen sei. Es werde vor allem seine Dienstaufsicht über die BA in Hinkunft ordnungsgemäß wahrnehmen.

Weinwirtschaftsfonds

Der Werbelinie des Weinwirtschaftsfonds auf der Grundlage von österreichischen Weinen kontrollierter Qualität („Österreichisches Weingütesiegel", „Wein aus Österreich") fehlte das entsprechende Angebot an derartigen Weinen, weil seitens der Weinproduzenten und der Weinhändler nur ein geringes Interesse an diesen Qualitätskennzeichnungen bestand. Zu den verschiedenen Aktionen des Weinwirtschaftsfonds auf dem Gebiete der Inlandswerbung unterbreitete der RH Einsparungsvorschläge.

59.1 Der Weinwirtschaftsfonds (WWF) wurde mit dem Weinwirtschaftsgesetz (WWG) 1969, BGBl Nr 296, errichtet und hat zur Stabilisierung des Weinmarktes beizutragen. Sein Tätigkeitsbereich erstreckt sich vorwiegend auf Werbemaßnahmen für Produkte des Weinbaues im In- und Ausland; daneben leitete der WWF andere Aktionen (Traubensaft-Absatzförderungsaktion, Brennweinaktion, Weinessigaktion usw) in die Wege. Im Zeitraum 1972 bis 1981 erhielt der WWF für seinen Zweckaufwand Zuwendungen des Bundes in Höhe von rd 390 Mill S und der Länder in Höhe von rd 8 Mill S; in der gleichen Zeitspanne betrug der Aufwand des WWF für die Inlandswerbung rd 173 Mill S, für die Auslandswerbung rd 157 Mill S und für sonstige Maßnahmen rd 37 Mill S.

59.2 Die österreichischen Weinernten stiegen im Jahresdurchschnitt der letzten Jahrzehnte von rd 1,1 Mill hl (1950 bis 1960) über rd 2,0 Mill hl (1961 bis 1971) auf rd 2,6 Mill hl (1972 bis 1981). Das Rekordjahr 1982 erbrachte rd 4,9 Mill hl. Der Weinverbrauch im Inland blieb in den Jahren 1972 bis 1981 mit rd 2,7 Mill hl im Jahr ziemlich gleich. Dagegen stieg die Ausfuhr von rd 0,05 Mill hl (1970), rd 0,1 Mill hl (1971) und rd 0,2 Mill hl (1972) bis auf rd 0,5 Mill hl (1981); allerdings fiel der Ausfuhrdurchschnittspreis je Liter von 16,10 S (1970) auf 15,19 S (1981).

Werbemaßnahmen

59.3.1 Zur Kennzeichnung geprüfter österreichischer Qualitätsweine dient das „Österreichische Weingütesiegel", das seit 1. Feber 1973 vom BMLF für Weine, die den Bestimmungen des § 19 des Weingesetzes 1961, BGBl Nr 187, entsprechen, über Antrag vergeben wird. Daneben wird seit September 1970, gleichfalls über Antrag, vom Österreichischen Weininstitut nach entsprechender Prüfung die Verbandsmarke „Wein aus Österreich" zur Kennzeichnung kontrollierter österreichischer Tafelweine vergeben. Der WWF richtete im Zuge seiner Werbeaktivitäten im In- und Ausland seine Werbelinie auf die Begriffe „Österreichischer Wein" und „hohe Qualität" aus und verwies hiebei vor allem auf die Weine mit dem „Österreichischen Weingütesiegel" und mit der Verbandsmarke „Wein aus Österreich".

59.3.2.1 Wie der RH vermerkte, fand die angebotene Qualitätskennzeichnung bei den Interessenten (Weinproduzenten und Weinhändler) wenig Anklang, weil nur für 5,6 vH des Inlandsweines der Jahre 1973 bis 1981 Weingütesiegel beantragt und genehmigt worden waren. Fachleute schätzten hingegen das Ausmaß der siegelfähigen Weine auf 65 bis 75 vH. Auch die Verbandsmarke wurde in den Jahren 1974 bis 1981 lediglich für 9 vH der Gesamterntemengen zuerkannt, was angesichts der vorhandenen Mengen an Tafelwein gleichfalls sehr niedrig war. Da der beworbene Wein kontrollierter Qualität nicht in repräsentativem Ausmaß im Verkaufsangebot vorhanden war, wurde er vom Konsumenten nicht im erforderlichen Umfange in den Verkaufsregalen angetroffen. Der RH empfahl dem WWF, die Ursachen dieses Zustandes festzustellen und diesem Mangel durch geeignete Maßnahmen abzuhelfen.

59.3.2.2 Angesichts der geringen Inanspruchnahme des „Österreichischen Weingütesiegels" empfahl der RH dem BMLF, Möglichkeiten zur Vereinfachung des Verfahrens zu untersuchen. Weiters wäre zu klären, in welchem Verhältnis die für die Zuerkennung des Weingütesiegels zu entrichtenden Gebühren zu den damit verbundenen Kosten stünden.

59.3.3.1 Lt Stellungnahme des WWF seien Ursache für das nicht befriedigende Ausmaß der Verwendung der Kennzeichnung vor allem die hohen Kosten für die Erlangung des Weingütesiegels und die lange Zeitspanne zwischen Antrag und Verleihung dieser Kennzeichnung; in Einzelfällen störe die grafische Gestaltung der Kontrollzeichen. Der WWF habe zur Beseitigung aller Nachteile bereits dem BMLF Vorschläge erstattet, die im Zuge der nächsten Novellierung des Weingesetzes 1961 beraten werden.

59.3.3.2 Das BMLF gab lediglich bekannt, es habe dem WWF den Sachverhalt mitgeteilt, um ihn zu entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.

59.3.4 In dieser Stellungnahme des BMLF vermißte der RH eine Aussage zu den gestellten Fragen, weshalb er um diesbezügliche Ergänzung ersuchte.

59.4.1 Trotz der Inlandswerbung blieb der Pro-Kopf-Verbrauch an Wein im Zeitraum von 1972 bis 1981 ungefähr gleich. Darüber hinaus waren verschiedenen Werbeerfolgskontrollen, einem Werbemitteltest sowie den Untersuchungsergebnissen einer vom WWF beauftragten Werbefirma aus dem Jahre 1982 mehrere für den Werbeerfolg ungünstige Tatsachen zu entnehmen, wie zB eine sinkende Wahrnehmung der Weinwerbung durch die Konsumenten, keine Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Weingütesiegels, ein weiterhin hohes Informations- und Prestigemanko in bezug auf österreichischen Wein sowie eine weitgehend mangelhafte Vorstellung österreichischer Weine in der Gastronomie und in Handelsketten.

59.4.2 Angesichts dieser Tatsachen hielt der RH einen weiteren Einsatz der Mittel für die Inlandswerbung im bisherigen Ausmaß und in der bisher geübten Praxis nur dann für gerechtfertigt, wenn sich auf einigen der angeführten Gebiete deutliche Erfolge abzeichneten.

59.4.3 Lt Stellungnahme des WWF seien das Image des österreichischen Weines und sein Absatz in den letzten zehn Jahren trotz eines wesentlich stärkeren Werbedrucks durch konkurrenzierende Getränke gefestigt worden. Die geringere Wahrnehmung der Werbung in späteren Jahren sei eine Folge des geringeren Werbedrucks der Werbemaßnahmen des Fonds infolge niedrigen Budgets; ebenso habe man den Bekanntheitsgrad des Weingütesiegels und der Verbandsmarke „Wein aus Österreich" halten können. Der Umstand des Gleichbleibens des Pro-Kopf-Verbrauches an Wein sei im Hinblick auf die gegebene Marktlage als Erfolg zu werten; ebenso sei die Distribution von österreichischem Wein sowohl im Lebensmittelhandel als auch in der Gastronomie als sehr gut zu bezeichnen.

59.4.4 Da der WWF auf dem Gebiete der Inlandswerbung die gleichbleibende Höhe des Absatzes als Erfolg betrachtete, regte der RH an, angesichts einer in Hinkunft erforderlichen verstärkten Auslandswerbung zu untersuchen, ob der gleiche Effekt nicht durch eine sparsamere, jedoch gezielte Inlandswerbung erreicht werden könne.

59.4.5 Der WWF bestätigte das Erfordernis einer verstärkten Auslandswerbung, befürchtete aber von einer sparsameren Inlandswerbung längerfristig negative Auswirkungen auf den Absatz österreichischer Weine.

59.4.6 Der RH hielt in einer nochmaligen Erwiderung eine kritische Beurteilung der Tätigkeiten des WWF auf dem Gebiete der Inlandswerbung für angezeigt und empfahl, für den Einsatz der Werbemittel eine Rangordnung aufzustellen.

59.5.1 Seit dem Jahre 1972 gewährt der WWF österreichischen Unternehmungen und Organisationen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft (Weinhandelsunternehmungen, Winzergenossenschaften, Weinbautreibende, Weinbauverbände ua) bestimmte Zuwendungen für die Anschaffung von Werbemitteln, die dem WWF geeignet erscheinen, den Absatz österreichischer Qualitätsweine und Weinbauerzeugnisse zu fördern. Im Rahmen dieser Werbemittelaktionen wendete der WWF von 1978 bis 1981 rd 9,7 Mill S auf. Die geförderten Werbemittel waren insbesondere Getränkebehälter aus Glas mit dem Weingütesiegel oder der Verbandsmarke (Weingläser, Krüge, Kannen udgl), auf die rd 85 vH der gesamten Zuwendungen des WWF entfielen. Weitere Werbemittel waren Tragtaschen, Servietten, Getränkemappen, T-Shirts und andere Artikel mit textlichen und bildlichen Werbeaussagen.

59.5.2 Der RH wertete diese Maßnahmen als wirkungsvolles Mittel zur Förderung des qualitätsbewußten Weinkaufs, Vertiefung der Weinkenntnisse der Konsumenten sowie Erhöhung der Wertschätzung des österreichischen Weines im Wege einer Anreicherung mit Prestigefaktoren. Er regte deshalb an, eine gezielte Auswahl der Werbemittel vorzunehmen. Anstelle der bisher vorherrschenden Weinglaswerbung wäre vermehrt Informations- und Gestaltungsmaterial in die Aktionen einzubeziehen sowie der Aktivitätenkatalog zu bereichern.

59.5.3 Der WWF kündigte die vermehrte Aufnahme von Informations- und Gestaltungsmaterial in das Werbemittelangebot und eine Untersuchung an, in welcher Form Werbemittel für Siegelwein verstärkt angeboten werden könnten.

59.6.1 Im Rahmen der Gemeinschaftswerbung in den österreichischen Fremdenverkehrsgebieten versuchte der WWF, Österreich bei den Urlaubsgästen als Weinland bekanntzumachen, das Ansehen österreichischer Qualitätsweine zu heben und den Urlaubsgast zur Verkostung österreichischer Weine

anzuregen. Hiebei wurden während der Sommermonate in den Touristikzentren Österreichs „Weinwochen" veranstaltet, in deren Rahmen verkaufsfördernde Maßnahmen durchgeführt wurden.

Daneben fanden in ausgewählten gastronomischen Betrieben „Bunte Abende" sowie „Heurigenabende" statt, wobei der WWF in den Jahren 1978 und 1979 allein für die Durchführung des künstlerischen Programmes (Honorare, Diäten und Spesen für die mitwirkenden Künstler) rd 1,5 Mill S ausgab; je Besucher ergab sich ein Aufwand von rd 87 S.

59.6.2 Der RH bezeichnete die Aufwendungen dann als gerechtfertigt, wenn sie mit einer ernsthaften und informativen Weinwerbung in Zusammenhang standen. Er bemängelte aber die Veranstaltung der „Bunten Abende" im Jahre 1978, in dem für ein reines Unterhaltungsprogramm (Fremdenverkehrssketches) rd 550 000 S an die mitwirkenden Künstler bezahlt wurden. Der RH empfahl, die Mittel künftighin sparsamer einzusetzen und von der Durchführung solcher Unterhaltungsdarbietungen ohne jeden Bezug auf die Weinwerbung Abstand zu nehmen.

59.6.3 Lt Mitteilung des WWF seien infolge der hohen Kosten derartige Weinwerbeveranstaltungen seit 1979 nicht mehr durchgeführt worden und aus budgetären Gründen in nächster Zeit auch nicht vorgesehen.

59.7.1 In den Jahren 1978 bis 1981 erhielten Betriebe des Lebensmittelhandels bzw -großhandels Zuwendungen des WWF für die Durchführung verschiedener Verkaufsförderungsaktionen im Zusammenhang mit dem Verkauf österreichischer Weinbauerzeugnisse. Hiebei vergütete der WWF den Firmen für die Werbung (Zeitungswerbung, Blickfangplakate, Flugblätter, Fernsehwerbung) 30 vH der entstandenen Kosten. Der WWF brachte mehrfach von den in Rechnung gestellten Kosten erhebliche Beträge (bis zu 78 vH der Gesamtkosten) in Abzug und gewährte dementsprechend geringere Zuwendungen, weil sich die Werbung auch auf andere Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfes bezog und der WWF nur die Kostenanteile für Wein gelten ließ.

59.7.2 Im Interesse einer ausschließlich auf österreichische Weine von geprüfter Qualität gezielten Absatzwerbung empfahl der RH, entsprechende Bestimmungen in die Werberichtlinien aufzunehmen und die Zuwendung von Förderungsmitteln von der richtliniengemäßen Vorgangsweise der Firmen abhängig zu machen.

59.7.3 Der WWF stellte eine entsprechende Ergänzung der Werberichtlinien in Aussicht.

59.8.1 Der WWF hat im Jahre 1978 insgesamt 13 Angebote verschiedener Organisationen, in ihren Zeitschriften und Veröffentlichungen Werbeeinschaltungen durchzuführen, aufrecht erledigt und hiebei rd 127 000 S ausgegeben.

59.8.2 Der RH bemängelte in mehreren Fällen die Erteilung solcher Aufträge, obwohl die Auflagen der Zeitschriften sehr gering bzw die Kosten der Einschaltungen verhältnismäßig hoch oder die durch die Veröffentlichung erreichten Zielgruppen für die Weinwerbung nicht geeignet waren. Er empfahl daher, künftighin bei der Vergabe von Einschaltungen jeden Einzelfall nach Werbewirksamkeit, Zielgruppe und Preisangemessenheit streng zu beurteilen.

59.8.3 Der WWF stellte die Festlegung von Mindestanforderungen für die Einschaltung einer Anzeige in Druckmedien in Aussicht.

59.9.1 Der WWF beschloß im Jahre 1982, in den USA eine Werbekampagne für österreichischen Wein für die Dauer von drei Jahren durchzuführen, wobei ein jährlicher Kostenrahmen von rd 5 Mill S vorgesehen war. Die vom WWF beauftragte Werbeagentur stellte hiebei den Werbeslogan „Austrian Wines make you feel like yodelling" in den Mittelpunkt ihres Werbekonzeptes. Da aber österreichische Weinexporteure gegen den Gebrauch des Wortes „Yodelling" Einwände erhoben hatten, führte der WWF schließlich für das Print-Werbematerial eine zweite Variante in Form des Werbeslogans „Austrian Wines from the heart of Europe" wahlweise ein, von der auch die Mehrzahl der Weinexporteure Gebrauch machte. Die Außenhandelsstellen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in Chicago und Los Angeles bemängelten gleichfalls das „Yodelling"-Werbekonzept und äußerten den Wunsch, in Hinkunft in den Entscheidungsprozeß für das Werbekonzept eingebunden zu werden, da ja erwartet werde, daß die Werbekampagne auch von den Außenhandelsstellen mitgetragen wird.

59.9.2 Der RH regte an, in Hinkunft die Außenhandelsstellen zeitgerecht von den wesentlichen Aussagen eines Werbekonzeptes in Kenntnis zu setzen, weil sich ihre Beurteilung auf Kenntnisse der Gegebenheiten im Zielland zu stützen vermag. Im vorliegenden Falle wäre es angesichts veranschlagter

Gesamtwerbekosten von rd 15 Mill S und eines umstrittenen Werbekonzepts zweckmäßig gewesen, bei den Zielgruppen einen vorherigen repräsentativen Werbemitteltest durchzuführen.

Schließlich bemängelte der RH die Einführung eines zweiten Werbeslogans, weil es dadurch zu einer Spaltung der Werbelinie und in der Folge zu einer Schwächung der Gesamtwirkung der Werbekampagne gekommen sei.

59.9.3 Der WWF teilte die Auffassung des RH betreffend die Befassung der Außenhandelsstellen und den Werbemitteltest, hielt aber im vorliegenden Fall bei beiden Varianten den Begriff „Austrian Wines" als beherrschend; der Kompromiß sei im Hinblick auf die geteilte Meinung der Exporteure notwendig gewesen.

59.10.1 Zum Zwecke des Kennenlernens der charakteristischen österreichischen Weinbauprodukte veranstaltete der WWF gemeinsam mit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung und dem Fremdenverkehrsverband im Jahre 1980 für sechs Journalisten aus den USA eine Informationsreise mit dem Besuch österreichischer Weinbaugebiete. Der WWF trug die Kosten für die Betreuung der Gäste in Höhe von rd 70 000 S. Obwohl von den ausländischen Journalisten entsprechende Berichte in den Print-Medien ihres Landes als Gegenleistung erwartet wurden, konnte nur bei einem Teilnehmer der Journalistenreise die Abfassung eines Presseartikels in Erfahrung gebracht werden.

59.10.2 Der RH empfahl, künftighin von den für die Auswahl der Journalisten verantwortlichen Werbefirmen Dokumentationen über die von den Teilnehmern verfaßten und zur Veröffentlichung gelangten Presseartikel zu verlangen.

59.10.3 Wie der WWF hiezu bekanntgab, werde künftighin in verstärktem Maße durch die jeweilige Werbefirma bzw unter Mithilfe der Außenhandelsstellen eine Dokumentation über die Veröffentlichung einschlägiger Presseartikel erstellt; weiters werde eine Berechnung des Erfolges in Form einer Gegenüberstellung der Aufwendungen zum Wert der Veröffentlichungen vorgenommen.

Sonstige Feststellungen

59.11.1 Im Rahmen der Brennweinaktionen gewährte der WWF den Aktionsbetrieben (Unternehmungen mit Sitz und Kellerei in Österreich, die zur Erzeugung von Weindestillat befugt sind) pauschale Zuwendungen je Liter für solche österreichische Weine oder für österreichischen Traubenmost gem Weingesetz 1961, welche der Herstellung von Weindestillat zugeführt wurden. Aus den Rechnungen über den Ankauf von Wein ging öfters nicht hervor, daß es sich hiebei um österreichischen Wein handelte.

59.11.2 Der RH empfahl, in den künftigen Richtlinien für die Abwicklung der Brennweinaktion entsprechende Bestimmungen aufzunehmen, die den Aktionsbetrieb verpflichten, als Erfordernis für den Bezug der Zuwendungen vom Weinabgabebetrieb eine Bestätigung, daß der abgegebene Wein österreichischer Herkunft ist, einzuholen und diese dem WWF vorzulegen.

59.11.3 Lt Mitteilung des WWF sei von den Teilnehmern der Brennweinaktion 1982 die Bestätigung der österreichischen Herkunft des gekauften Weines verlangt und eine entsprechende Überarbeitung der Richtlinien veranlaßt worden.

59.12 Weitere an den WWF gerichtete Bemängelungen und Empfehlungen betrafen die Nachweisungen der eingesetzten Mittel und des Erfolges, die Einhaltung der Jahresvoranschläge, die Koordinierung der Regionalwerbung mit der Gemeinschaftswerbung, die Vergabe von Werbekampagnen, die Zuwendungen des WWF für die Bekanntgabe regionaler Weinveranstaltungen, die Weinwerbung bei der Fußballweltmeisterschaft in Spanien, die Traubensaft-Absatzförderungsaktion, das Sitzungsprotokoll der Verwaltungskommission, die Zusammensetzung von Fondsorganen, Buchungsrückstände und Reisekostenvergütungen.

Der WWF ist in der Mehrzahl der angeführten Angelegenheiten den Anregungen des RH nachgekommen.

Angelegenheiten, die das BMLF bzw das BMHGI betreffen

59.13.1 Der RH hat bereits anläßlich der letztmaligen Gebarungsüberprüfung des WWF die im § 19 WWG enthaltene Bestimmung, die jährliche Zuwendung des Bundes an den WWF habe 30 bis 50 vH des Aufkommens an Weinsteuer zu betragen, wegen des Entfalles der Weinsteuer seit dem 1. Jänner 1971 als änderungsbedürftig bezeichnet (TB 1974 Abs 75.22).

59.13.2 Mangels einer geänderten Finanzierungsvorsorge erinnerte der RH an die Novellierungsbedürftigkeit des § 19 WWG.

59.13.3 Das BMLF stimmte der Auffassung des RH zu.

59.14.1 Gemäß § 6 WWG ist im Falle des Widerrufes von gewährten Zuwendungen seitens des WWF deren Zurückzahlung zuzüglich einer Verzinsung für die Zeit vom Auszahlungstag bis zur Zurückzahlung mit einem 2 vH über dem Diskontsatz der Oesterreichischen Nationalbank liegenden Zinssatz vorgesehen.

59.14.2 Wie der RH vermerkte, stand diese Bestimmung nicht in Einklang mit den „Allgemeinen Bestimmungen für die Förderung der Landwirtschaft (Kap 60)" des BMLF, wonach bei Rückerstattung von Förderungsmitteln unter gleichen Umständen diese vom Tag der Auszahlung an mit 3 vH über dem jeweiligen Diskontsatz der Oesterreichischen Nationalbank im Jahr zu verzinsen sind. Da er eine Anhebung der Höhe der Zinsen angesichts des mit der Kontrolle und Rückforderung verbundenen erheblichen verwaltungsmäßigen Aufwandes für gerechtfertigt hielt, empfahl der RH, für eine entsprechende Novellierung des § 6 WWG Sorge zu tragen.

59.14.3 Das BMLF wird den Anregungen des RH nachkommen.

59.15 Der RH gab dem BMLF weiters noch Anregungen zu den Fragen der Bestellung des Geschäftsführers des WWF und der Heranziehung von Sachverständigen im geschäftsführenden Ausschuß des WWF. Dazu wurden die erforderlichen Veranlassungen angekündigt bzw als bereits vorgenommen mitgeteilt.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Abschluß eines Vertrages mit der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhandges mbH (ÖHT) über die Abwicklung der „ERP-Ersatzaktion (TB 1982 Abs 66.12)";

(2) vertraglicher Regelung über Gutachten der ÖHT im Rahmen der „Hilfs- und Sicherungsaktion" für Fremdenverkehrsbetriebe (TB 1982 Abs 66.13);

(3) budgetmäßiger Darstellung von Aufwendungen und Erträgen der „Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie GesmbH (Bürges)" (TB 1982 Abs 66.14);

(4) Auflage von bindenden Erklärungen für die widmungsgetreue Verwendung von Förderungsmitteln für Fremdenverkehrsinvestitionen nach dem Finanzausgleichsgesetz (TB 1982 Abs 66.17);

(5) Verschmelzung der vielfältigen Förderungsaktionen des BMHGI für Fremdenverkehrsinvestitionen sowie Verringerung der Abwicklungsstellen (TB 1982 Abs 66.18).

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Förderungsmaßnahmen für Handel und Gewerbe

Nach mehreren Gebarungsüberprüfungen im Bereich der Wirtschaftsförderung des BMHGI hat der RH grundlegende Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die bisher nur zögernd aufgegriffen wurden.

60.1 Im Anschluß an die Gebarungsüberprüfung betreffend die Mittel der Fremdenverkehrsförderung (TB 1982 Abs 66) hat der RH anläßlich der nunmehrigen Gebarungsüberprüfung bei dem „Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie Gesellschaft mbH (Bürges)" (im vorliegenden TB Abs 79) zusätzliche Erkenntnisse aus der Förderungstätigkeit des BMHGI gewonnen, die er nachstehend zusammenfassend darstellt.

Veranlagung von Förderungsmitteln

60.2.1.1 Die Mittel zur Förderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 werden vom Bund aus der Gewerbesteuer aufgebracht. Nach einer vertraglichen Vereinbarung werden diese Steuermittel in monatlich gleichbleibenden Teilen an die Bürges überwiesen. Die Mittelbereitstellung erfolgt somit ohne Rücksicht auf die Anzahl von Förderungswerbern. Außerdem benötigt die Bürges die gesamten Förderungsmittel für einen Förderungsfall nicht auf einmal, weil sie die genehmigten Zinsenzuschüsse erst in den nachfolgenden zehn bis zwanzig halbjährlichen Abrechnungsperioden an die kreditgewährenden Institute weiterleitet. Dadurch sammeln sich bei der Bürges erhebliche Reserven an, die bis zum Zeitpunkt ihrer Auszahlungsfälligkeit großteils auf Festgeldkonten und in festverzinslichen Wertpapieren veranlagt werden.

60.2.1.2 Ende 1982 betrug diese Reserve 1,23 Milliarden S. Davon waren 1,1 Milliarden S durch genehmigte Zinsenzuschüsse für spätere Auszahlungen gebunden, während über einen Betrag von rd 130 Mill S noch nicht verfügt war.

60.2.2 Der RH erachtete diese Ansammlung von Bundesmitteln bei der Bürges als unwirtschaftlich. Wie schon anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei der Fremdenverkehrsförderung (TB 1982 Abs 66.12) ausgeführt, steht es nicht im Einklang mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, daß der Bund einen Teil seines jährlichen finanziellen Bedarfes auf dem inländischen Kapitalmarkt aufnimmt, während andererseits im Eigentum des Bundes stehende Rechtsträger ihre Reserven wieder auf dem inländischen Kapitalmarkt veranlagen. Der RH empfahl daher, dieses Guthaben im Einklang mit dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz dem Bundeshaushalt einzuverleiben und die jährlich fälligen Zuschüsse als Vorbelastung auszuweisen.

60.2.3 Lt Stellungnahme des BMHGI hat eine im April 1984 gegründete Arbeitsgruppe „Entbürokratisierung der Wirtschaft" Verbesserungsvorschläge im Förderungsbereich zu erarbeiten. Nach Meinung des BMHGI sollte über die Verfügung der Förderungsmittel nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz erst entschieden werden, wenn das Ergebnis der Arbeitsgruppe vorliegt. Ein Termin wurde allerdings nicht genannt.

Verteilung der Förderungsmittel

60.3.1 Wenn in einigen Förderungsaktionen gegen Jahresende hin nicht genügend Förderungsansuchen vorlagen, wurde in Beirats- und Aufsichtsratsitzungen der Bürges angeregt, die nachfolgend einlangenden Förderungsanträge großzügig zu genehmigen, um noch vorhandene Mittel ganz auszuschöpfen.

60.3.2 Nach Ansicht des RH hätte sich die Genehmigung von Förderungsmitteln nicht an der Größe budgetärer Restposten, sondern ausschließlich an der Zielsetzung der Richtlinien auszurichten, um die eingesetzten öffentlichen Mittel zur angestrebten volkswirtschaftlichen Wirkung zu bringen.

60.3.3 Das BMHGI begründete die beanstandete Vorgangsweise mit einem in den letzten Jahren eingetretenen Investitionsrückgang, der es seiner Meinung nach notwendig erscheinen ließ, die übrigen konjunkturfördernden Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen.

60.3.4 Der RH erwiderte, die beim BMHGI veranschlagten Förderungsmittel hätten bestimmten betrieblichen Verbesserungen zu dienen, während allgemeine konjunkturfördernde Maßnahmen aus anderen Bereichen des Bundeshaushaltes finanziert werden. Überdies erschien es zweifelhaft, ob eine auf das jeweilige Jahresende beschränkte großzügige Vergabe von Förderungsmitteln die erhoffte konjunkturbelebende Wirkung zu zeigen vermag.

60.4.1 Die Ziele mehrerer Förderungsaktionen waren nahezu gleichlautend auf verbesserte Leistungsfähigkeit der Gewerbebetriebe ausgerichtet.

60.4.2.1 Dieser gemeinsame Leitsatz ließ es dem RH unverständlich erscheinen, daß mehrere Förderungsaktionen eingerichtet wurden, die sich im wesentlichen nur nach der Höhe der Förderungsmöglichkeit unterschieden.

60.4.2.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurden infolge dieser Vielfalt von Förderungsaktionen mit einheitlicher Zielrichtung manche Investitionen entweder in Stufen durchgeführt und mehrmals die Förderung beantragt oder in Teile zergliedert und gleichzeitig bei mehreren Aktionen zur Förderung einge-

reicht. Bspw förderte die Bürges richtliniengemäß manchmal den Umbau von Hotelzimmern aus der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion, wobei die eingerichteten Naßräume ausgenommen und mit Investitionsprämien aus der „Komfortzimmeraktion" unterstützt wurden. Nicht selten waren nebeneinander auch ERP-Mittel und weitere Förderungsmittel nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, aus der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion sowie schließlich noch aus einer Prämienaktion genehmigt worden.

60.4.2.3 Nach Ansicht des RH führten mehrfache Anträge zu mehrfachem Prüfungsaufwand, mehrfachen Genehmigungen, mehrfacher Zahlungsabwicklung und manchmal auch zu unzulässigen Doppelförderungen. Die Vielzahl der möglichen Förderungsaktionen war nicht zuletzt für den Förderungswerber so verwirrend, daß er sich auf die Beratung von Geldinstituten verlassen mußte, wobei auch diese nicht immer vollständig über alle Förderungsmöglichkeiten informiert waren. Der RH empfahl daher neuerlich eine Verschmelzung der Förderungsaktionen.

60.4.3 Das BMHGI gab dazu - wie auch im Vorjahr - keine endgültige Stellungnahme ab. Seiner Meinung nach sollte zunächst das Ergebnis der eingesetzten Arbeitsgruppe „Entbürokratisierung der Wirtschaft" abgewartet werden. Allerdings war die Bürges im Dezember 1983 angewiesen worden, einen Teil der Förderungsanträge nach der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion in den Jahren 1983 und 1984 als Anträge nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz zu behandeln.

60.4.4 Dieser erste Schritt zur Verschmelzung von Förderungsaktionen sollte nach dem Dafürhalten des RH erweitert und auch auf andere Förderungsaktionen des BMHGI ausgedehnt werden.

60.5.1 Zum Zeitpunkt der nunmehrigen Gebarungsüberprüfung wurden elf Förderungsaktionen für Gewerbebetriebe teilweise vom BMHGI, von der „Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhand GesmbH" und von der Bürges abgewickelt.

60.5.2 Wie schon bei der vorangegangenen Gebarungsüberprüfung (TB 1982 Abs 66.18) ist der RH auch diesmal zur Überzeugung gelangt, daß eine Verringerung der Förderungsstellen vorteilhaft wäre. Dabei wurde in erster Linie eine Übertragung der Förderungsaktionen des BMHGI an die Bürges vorgeschlagen.

60.5.3 Dazu hat das BMHGI keine Stellungnahme abgegeben.

60.6.1 Die Förderungsbedingungen für die einzelnen Aktionen schrieb das BMHGI mit Richtlinien vor. Während die für Fremdenverkehrsbetriebe vorgesehenen Förderungsaktionen überwiegend eine „fremdenverkehrsmäßige Bedeutung" des geförderten Betriebes vorsahen, fehlte in den Prämienaktionen „Komfortzimmer und Sanitärräume" sowie „jederzeit warme Küche" diese Voraussetzung. Somit kann sich jeder Gastwirt um Förderungsmittel aus diesen Aktionen bewerben, auch wenn er vom Fremdenverkehr nicht berührt wird, wie etwa Kantinen usw.

60.6.2 Der RH erblickte in dieser unterschiedlichen Vorgangsweise einen Widerspruch zum Haushaltsrecht des Bundes, weil diese Finanzmittel im Bundesfinanzgesetz als Förderungsausgaben für den Fremdenverkehr veranschlagt werden. Eine Ergänzung der Richtlinien wurde daher vorgeschlagen.

60.6.3 Das BMHGI hat dazu keine Stellungnahme abgegeben.

60.7.1 Nach den Feststellungen des RH hat das BMHGI einzelne Förderungsrichtlinien nicht selten verspätet erstellt und erst rückwirkend in Kraft gesetzt. Insbesondere die Richtlinien nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz sind in den Jahren 1977, 1980 und 1982 mit erheblicher Verspätung bei der Bürges eingelangt. Den letzten Teil der ab Jänner 1983 anzuwendenden Richtlinien hat die Bürges erst am 2. März 1983 erhalten.

60.7.2 Nach Ansicht des RH wurde durch diese Verzögerungen die Tätigkeit der Bürges wesentlich behindert. Aber auch Kreditinstitute und Förderungswerber waren davon betroffen, weil Förderungsanträge und Kreditzusagen unter nicht mehr gültigen Bedingungen eingereicht wurden. Im Interesse der angestrebten Förderungsziele empfahl der RH, Neufassungen oder Änderungen von Richtlinien rechtzeitig zu erstellen.

60.7.3 Dem widersprach das BMHGI nicht.

Kontrolle der Mittelverwendung

60.8.1.1 Zum Zeitpunkt der Genehmigung einer Förderung - ausgenommen nach den Prämienaktionen - liegen der Bürges bestenfalls Kostenvoranschläge und Projektsbeschreibungen vor. Im Genehmigungsschreiben wird das kreditgewährende Institut verpflichtet, die ordnungsgemäße Durchführung des Investitionsvorhabens und die widmungsgemäße Verwendung des Kredites zu bestätigen. Die Bürges gab sich nach den Feststellungen des RH auch damit zufrieden, daß Kreditinstitute fallweise nur die widmungsgemäße Inanspruchnahme des Kredites, nicht jedoch die vollständige Durchführung des Investitionsvorhabens bestätigten. Die tatsächlich angefallenen Gesamtkosten wurden nicht überprüft.

60.8.1.2 Es war daher nicht auszuschließen, daß Förderungsnehmer die Kostenvoranschläge eines umfangreicheren Investitionsvorhabens vorlegen und später eine preisgünstigere Variante ausführen. Damit könnte erreicht werden, daß der Anteil der Förderungsmittel an den Gesamtkosten weit über das in den Richtlinien vorgesehene Ausmaß zu liegen kommt, ohne daß die Bürges davon Kenntnis erhält.

60.8.2 Der RH hielt diese Kontrolle der Mittelverwendung durch die Kreditinstitute für unzureichend. Er empfahl, die Förderungsnehmer zur Vorlage einer Rechnungszusammenstellung nach Abschluß der Investitionstätigkeit zu verpflichten. Zweifelhafte oder nicht plausible Abrechnungen sollten dann von der Bürges durch Einblick in die Originalrechnungen überprüft werden.

60.8.3 Diese Empfehlung hat das BMHGI aufgegriffen und im April 1984 verfügt, daß bei Förderungen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz eine Aufstellung aller, die geförderte Investition betreffenden Rechnungen vorzulegen ist.

60.8.4 Der RH hat diese Änderung mit Befriedigung vermerkt; eine gleichlautende Auflage in den anderen Förderungsaktionen steht allerdings noch aus.

Bundeslastverteiler, Wien

Seit Ende der siebziger Jahre wurden entscheidende Schritte zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung in Krisenzeiten gesetzt. Dessenungeachtet empfahl der RH allen zuständigen Stellen Österreichs, den Lenkungsorganen raschest ein entsprechend wirkungsvolles Instrumentarium zur Verfügung zu stellen und ein Gesamtkrisenmodell für die Energieversorgung Österreichs zu schaffen.

61.1. Anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) (VG) im Jahre 1983 hat der RH erstmalig seit Beginn der Zweiten Republik auch eine Gebarungsüberprüfung beim Bundeslastverteiler (BLV) durchgeführt. Der BLV war immer personengleich mit dem jeweiligen Generaldirektor der VG.

Rechtliche und organisatorische Grundlagen

61.2. Bereits in den dreißiger Jahren hatten die meisten europäischen Staaten Maßnahmen zur Lenkung und Verteilung der elektrischen Energie nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeführt. Während der NS-Zeit bestanden zwei entsprechende Verordnungen, die jedoch auf den damaligen zentralistischen Einheitsstaat zugeschnitten waren und nach Wiedererlangung der staatlichen Selbständigkeit Österreichs 1945 nicht angewendet werden durften. Mit Zustimmung des Alliierten Rates organisierten die Leiter der größten Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs die Lastverteilung auf freiwilliger Basis. Die Erfahrungen dieses Österreichischen Elektrizitätswirtschaftskomitees wurden im Lastverteilungsgesetz 1946 verwertet, wodurch die Lastverteilung wieder zu einer hoheitsrechtlichen Aufgabe wurde. Als Lenkungsstelle fungierte der BLV; dem bundesstaatlichen Grundsatz wurde durch die Einrichtung der Landeslastverteiler (LLV) und dem demokratischen Gedanken durch die Schaffung der Beiräte des BLV und der LLV Rechnung getragen.

Es folgten mehrere Novellierungen und die Lastverteilungsverordnung 1957. Das befristete Lastverteilungsgesetz wurde laufend verlängert. Weiters hatte der Gesetzgeber im Art I auch eine Verfassungsbestimmung beschlossen, wonach die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie in diesem Gesetz enthalten sind, sowie die Vollziehung dieser Vorschriften auch in jenen Belangen Bundessache sind, hinsichtlich derer das B-VG in der Fassung von 1929 etwas anderes vorsah. Auf diese Weise war eine Verlängerung dieses Gesetzes bzw eine Gesetzestextänderung an die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit im Nationalrat gebunden.

Am 30. Juni 1976 trat das Lastverteilungsgesetz, nach seiner letzten Verlängerung Mitte 1974, außer Kraft.

61.3. Zwecks Zusammenfassung der Lenkungsmaßnahmen für die gesamte Energieversorgung Österreichs wurde mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1976 das BG vom 23. Juni 1976, BGBl Nr 319/1976, über Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung (Energielenkungsgesetz) (ELG) vom Nationalrat beschlossen. Das ELG war gleichfalls mit einer Verfassungsbestimmung im oben erwähnten Sinn versehen und weiters auf zwei Jahre befristet, wobei das während der örtlichen Prüfung in Geltung befindliche ELG 1982 mit 30. Juni 1984 auslief.

Nach dem Vorliegen des endgültigen Prüfungsergebnisses über den BLV wurde mit BG vom 27. Juni 1984, BGBl Nr 267/1984, das ELG novelliert und bis 30. Juni 1988 - somit erstmals auf vier Jahre - verlängert. Das ELG trägt nunmehr in einigen Punkten den vom RH in seinem Prüfungsergebnis vorgebrachten Anregungen Rechnung.

Das ELG unterscheidet Lenkungsmaßnahmen für Energieträger (zB Erdöl, feste fossile und gasförmige Brennstoffe) und solche zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung. Die Lenkungsmaßnahmen sind durch Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vorzusehen. Zur Beratung des Bundesministers sind zwei Beiräte, uzw der Energielenkungsbeirat und der Lastverteilungsbeirat, einzurichten. Zur Durchführung von Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung ist im Rahmen des BMHGI ein BLV einzurichten, der Mitglied des Vorstandes oder Prokurist der VG sein muß. Die Durchführung der Lenkungsmaßnahmen hinsichtlich der Landesverbrauchskontingente obliegt dem zuständigen LLV, der Mitglied des Vorstandes oder Prokurist der jeweiligen Landesgesellschaft (§ 3 des 2. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl Nr 81/1947) sein muß. Er ist vom Landeshauptmann zu bestellen. Der derzeitige Generaldirektor der VG wurde mit Wirkung vom 12. November 1979 zum BLV bestellt. Die Kosten des BLV hat die VG und jene der LLV die jeweilige Landesgesellschaft zu tragen.

61.4.1 Im Zusammenhang mit der rechtlichen und organisatorischen Stellung des BLV erschienen dem RH einige Fragen bzw Problemkreise ungelöst, wobei die Grenzen zu der nachstehend aufzuzeigenden Durchführungsproblematik von Lenkungsmaßnahmen der Elektrizitätsversorgung als durchaus fließend zu verstehen sind.

61.4.2 So sollte nach Ansicht des RH vom Gesetzgeber ein unbefristetes Energielenkungsgesetz erlassen werden, um dem BLV zu ermöglichen, langfristig vorausschauende Maßnahmen, die naturgemäß mit erheblichem Arbeits- und Zeitaufwand verbunden sind, in Angriff zu nehmen.

61.4.3 Lt Stellungnahme des BLV habe er die Anregungen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie herangetragen. In der Novelle 1984 wäre diesem Gedanken insofern schon Rechnung getragen worden, als eine Verlängerung anstatt um zwei Jahre nunmehr auf vier Jahre vorgesehen sei.

61.5.1 Ende 1982 übermittelte der Lastverteilungsbeirat dem BMHGI ein Arbeitspapier zu einem Vier-Stufen-Plan betreffend die Lenkungsmaßnahmen sowie die Verordnungsentwürfe im Sinne des ELG. Aus Zweckmäßigkeitsgründen trat der BLV für eine sofortige Erlassung dieser Verordnungen als Grundlage für die Vorbereitung und Ausarbeitung von Lenkungsmaßnahmen ein. Außerdem sollte bis Ende 1983 ein Energiekrisenmodell - als integriertes Input- und Output-System - fertiggestellt sein.

61.5.2 Da bis Mitte 1984 das Gesamtkrisenmodell nicht vorlag, regte der RH die Schaffung eines solchen für Österreich an und empfahl, die Frage des Zeitpunktes der Verordnung neu zu überdenken und allenfalls neue gesetzliche Grundlagen anzustreben.

61.5.3 Lt Mitteilung des BLV stehe ein umfassendes Projekt zur Krisenbewirtschaftung in Ausarbeitung. Der Zeitpunkt der Verordnung könne nur durch legistische Maßnahmen geklärt werden.

61.6.1 Die VG stellt im Sinne des ELG den Hilfsapparat für die Besorgung der Aufgaben des BLV.

61.6.2 Der RH erachtete einige rechtliche Probleme sowohl für den Organwalter BLV als auch für den ihm im Rahmen der VG zur Verfügung stehenden Hilfsapparat als ungelöst, etwa in bezug auf Amtshilfe (Art 22 B-VG), Amtsverschwiegenheit (Art 20 Abs 3 B-VG) und Amtshaftung (Art 23 B-VG), ebenso aber auch die Verfahrensregelung im Falle der Durchführung von Lenkungsmaßnahmen durch den BLV. Der RH empfahl, um eine eindeutige Klärung dieser Fragen bemüht zu sein.

61.6.3 Der BLV stellte eine Befassung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie in Aussicht. In der Novelle 1984 des ELG wäre insofern bereits eine teilweise Klarstellung erfolgt, als es sich bei den Verfügungen des BLV bzw der LLV um verfahrensfreie Verwaltungsakte handle.

61.7 Zur Feststellung des RH, daß ihm der aus 37 Mitgliedern bestehende, zur Beratung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie berufene Lastverteilungsbeirat zu schwerfällig erschiene, teilte der BLV mit, diesbezüglich wäre an den Gesetzgeber bzw an das zuständige BMHGI heranzutreten.

Praktische Durchführung von Lenkungsmaßnahmen

61.8 Insgesamt umfaßt die Tätigkeit des BLV im Sinne des ELG drei Aufgabenbereiche, uzw die Krisenvorsorge, die notwendige Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bearbeitung und Herausgabe alljährlicher Veröffentlichungen.

61.9.1 Im Rahmen der Krisenvorsorge wurde die Tätigkeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen seit Ernennung des derzeit im Amt befindlichen BLV nachhaltig vorangetrieben. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag bei der praktischen Durchführung und legistischen Verankerung der Krisenvorsorge gemäß einem Vier-Stufen-Plan, der eine Steigerung der Stromsparmaßnahmen bis hin zur Flächenabschaltung vorsieht. Als Probleme stellen sich:

(1) Derzeit fehlt ein grenzüberschreitendes Vertragswerk im internationalen Stromaustauschverkehr (UCPTE-Bereich), welches eine abgestimmte Vorgangsweise im Krisenfall ermöglichen würde.

(2) Mit Vertretern der Bundesländer befindet sich ein Lastabwurfkonzept in Ausarbeitung, um einerseits im Krisenfall einen Gesamtzusammenbruch des Netzes zu vermeiden sowie regionale Versorgungsvorteile hintanhalten zu können und andererseits doch eine dezentrale Versorgung aufrechtzuerhalten.

(3) Auch die Verzahnung mit der Versorgung der ÖBB ist nicht eindeutig gelöst. Bei Flächenabschaltungen würden Signalanlagen und Weichen ausfallen, und zwar auch dann, wenn die ÖBB in der Lage sind, den zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes notwendigen Strom zu liefern.

(4) Dringend erforderlich erscheint die Stromversorgung von Trinkwasser- und Kläranlagen.

(5) Im Bereich der Landesverteidigung müßte sichergestellt sein, daß sich der Objektschutz nicht nur auf Kraftwerke, sondern auch auf das wesentlich empfindlichere Stromversorgungsnetz erstreckt.

(6) Da sich ferner in einigen Bundesländern das Versorgungsgebiet der jeweiligen Landesgesellschaft nicht mit den Landesgrenzen deckt (zB in Wien, NÖ und OÖ), steht teilweise nur ein unzureichendes Datenmaterial für die Festlegung von Lenkungsmaßnahmen zur Verfügung.

61.9.2 Der RH empfahl daher allen mit der Krisenvorsorge befaßten Stellen Österreichs, die bisher gezeigten Bemühungen mit Nachdruck fortzusetzen, um raschest den Lenkungsorganen jenes Instrumentarium zur Verfügung stellen zu können, das auch in Notzeiten eine Mindestversorgung Österreichs mit elektrischem Strom gewährleistet.

61.9.3 Lt Stellungnahme des BLV sei die Auslandsabteilung der VG beauftragt worden, ein wirksames Vertragswerk zur Regelung der Beziehungen zwischen den UCPTE-Partnern für den Krisenfall auszuarbeiten. Das Verzahnungsproblem mit den ÖBB werde in besonderen Arbeitsgruppen untersucht und in den Gesamtbereich der Lenkungsmaßnahmen eingebaut werden. Im Bereich der Landesverteidigung hätte der BLV bereits entsprechende Initiativen gesetzt. Die Frage der Landesgrenzen überschreitenden Versorgungsgebiete der Landesgesellschaften würde in den mit der Vorbereitung von Lenkungsmaßnahmen befaßten Arbeitsgruppen behandelt werden.

61.10.1 Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen hat die VG jährlich eine Vielzahl von Statistiken und Publikationen erarbeitet, was sie bspw im Jahr 1983 mit etwa 6,7 Mill S belastet hat.

61.10.2 Der RH empfahl daher, bei voller Befriedigung des Informationsbedürfnisses des zuständigen BMHGI nach wichtigen Daten der Elektrizitätswirtschaft, eine Kostenminimierung ins Auge zu fassen.

61.10.3 Lt Stellungnahme des BLV sei er um einen Kostenbeitrag von den Empfängern dieser Publikationen sowie um eine Kostenbeteiligung des BMHGI bemüht.

61.11.1 Aufgrund des ELG hat die VG die Kosten des BLV zu tragen. Diese umfassen auch die personellen und sachlichen Mittel des Hilfsapparates innerhalb der VG. Für das Jahr 1983 ermittelte die VG Gesamtkosten in Höhe von rd 15 Mill S. Für 1984 ist noch die Aufnahme zweier Mitarbeiter vorgesehen.

61.11.2 Aus Kostenkontrollgründen empfahl der RH eine genaue Erfassung des Tätigkeitsanteiles der Mitarbeiter der VG für den BLV und die Schaffung einer eigenen Kostenstelle.

61.11.3 Der BLV sagte dies zu.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Veranschlagung von Ausgaben baulicher Maßnahmen für die Unterrichts- und Wissenschaftsverwaltung beim Kap 64 (TB 1972 Abs 77.2, zuletzt TB 1981 Abs 67);

(2) gesetzlicher Festlegung eines straßenrechtlichen Baubewilligungsverfahrens (TB 1972 Abs 78.3, zuletzt TB 1981 Abs 68.3.2.1);

(3) Schaffung von Richtlinien für die Bemessung von Straßenquerschnitten nach der Verkehrsfrequenz (TB 1977 Abs 76.19 und 76.20);

(4) Schaffung von Richtlinien für die Bemessung des Straßenoberbaues entsprechend dem maßgeblichen Schwerverkehr (TB 1977 Abs 76.19 und 76.37);

(5) Überarbeitung des „Belagsplanes" für Autobahnen und Schnellstraßen (TB 1977 Abs 76.40);

(6) Erstattung von aus der Bundesmineralölsteuer bezahlten Aufwendungen für Sacheinlagen in das Grundkapital einer Autobahngesellschaft (TB 1977 Abs 77.6);

(7) Regelung für beamtete Aufsichtsratsmitglieder bezüglich Reise- und sonstiger Gebühren (TB 1977 Abs 77.7, Nachtrag zum TB 1980 Abs 84.51 bis 84.52, zuletzt TB 1982 Abs 82.36);

(8) Schaffung eines gemeinsamen Pkw-Fuhrparkes für alle im Regierungsgebäude untergebrachten Ministerien (TB 1977 Abs 13.1.6.4);

(9) Anpassung der vom BMF erlassenen Ausführungsbestimmungen zur ÖNORM A 2050 an deren Zielsetzung (TB 1980 Abs 84.50);

(10) Verpflichtung für das Bundesland Wien, in der Auftragsverwaltung die Haushaltsvorschriften des Bundes anzuwenden (TB 1981 Abs 54);

(11) Abänderung des Übertragungsvertrages gem IAKW-Finanzierungsgesetz (TB 1982 Abs 82.22).

a) Nachträge zu Berichten aus den Vorjahren

Bundesmobilienverwaltung

62.1 Der RH hat empfohlen, den Standort Messepalast auf seine Eignung zur Unterbringung der Schausammlungen der Bundesmobilienverwaltung (BMobV) zu überprüfen (TB 1978 Abs 60.11).
Wie das BMBT nunmehr bekanntgab, sei der drückende Raummangel der BMobV durch Ankauf eines Nachbarobjektes beseitigt worden.

62.2 Nach Ansicht des RH sollte im Zuge der Neustrukturierung der Bundesmuseen unter Einbeziehung des Messepalastes dennoch die Zweckmäßigkeit einer Verlegung der Schausammlungen wegen des derzeitigen ungünstigen Standortes Mariahilferstraße untersucht werden. Der RH wird die Angelegenheit weiter behandeln.

Schnellstraße S 6: Trassenführung

63.1 Wie bereits berichtet, hat sich der Bautenminister der Kritik des RH bezüglich der Trassenwahl der S 6 im Raume Wartmannstetten-Gloggnitz dem Grunde nach angeschlossen und die Trassenverordnung teilweise abgeändert.
Aufgrund der Mängel des Straßenprojektes hat der RH auch die Vorgangsweise des Amtes der NÖ LReg bei der Planungsvergabe und der Planungsdurchführung untersucht und eine weitere Berichterstattung in Aussicht gestellt (TB 1981 Abs 68.7).

63.2 Wie erhoben wurde, haben im Bereich des Amtes der NÖ LReg, Gruppe GB/2, 50 Beamte (vom techn. Fachoffizial bis zum w. Hofrat) Nebenbeschäftigungen (von Zeichenarbeiten bis zu Detailprojekten) ausgeübt, die weder gemeldet noch zulässig waren. Auftraggeber waren 45 Ziviltechniker, denen nach den „Standesregeln" die Beschäftigung von Beamten wegen der Vermutung einer Befangenheit nicht erlaubt gewesen wäre.

63.3 Das Amt der NÖ LReg hat inzwischen eine Reihe von Disziplinarverfahren durchgeführt und, soweit dem RH bekannt, auch Strafen ausgesprochen.

63.4 Im Beiblatt zu den Angeboten für Vermessungs- und Projektierungsarbeiten im Straßenbau der Abteilung B/2-F des Amtes der NÖ LReg wurde der Hinweis aufgenommen, daß die Heranziehung von aktiven Bediensteten der Gruppe GB/2 zu Arbeiten aus dem jeweiligen Auftragsverhältnis unzulässig ist.

63.5 Wie dem RH bekannt wurde, hat auch die Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland Disziplinarverfahren abgewickelt.

63.6 Mit Verordnung der Bundesingenieurkammer sind im Juni 1984 neue „Standesregeln" (Pkt 2,5) in Kraft getreten, um „unerwünschte Kooperationen zwischen Ziviltechnikern und öffentlichen Bediensteten zu hindern".

Trassenfestlegung der Tauern Autobahn im Raume Villach

64.1 Der RH hat die Trassenfestlegung der A 10 im Raume Villach/Nord als unwirtschaftlich und unzweckmäßig beanstandet sowie die erzielbaren Kosteneinsparungen mit über 1 Milliarde S beziffert (TB 1982 Abs 69.13.4.6). Der Bundesminister hatte vorerst zu den Prüfungsergebnissen vom Dezember 1982 nicht ausreichend Stellung genommen.

64.2 Eine weitere Stellungnahme übersandte der Bundesminister dann Ende März 1984, die gleichfalls nicht auf alle Beanstandungen und Empfehlungen des RH einging.

64.3.1 Der RH war bei seinen Prüfungsfeststellungen davon ausgegangen, daß die Entscheidung des Bundesministers vor allem „aufgrund der vorliegenden Sachdarstellung" getroffen worden war, die allerdings vom RH als unvollständig angesehen wurde (TB 1982 Abs 69.6).

Nunmehr wurde die Unvollständigkeit dieser Darstellung zwar nicht in Abrede gestellt, jedoch mitgeteilt, daß der Bundesminister aufgrund der Besprechungen auch mit den örtlichen Stellen „über die maßgebenden Umstände ohnedies voll informiert war".

64.3.2 Wie der RH hiezu bemerkte, wurde allerdings neuerlich nicht dargelegt, in welchem Ausmaß der Bundesminister über die maßgebenden Umstände tatsächlich hiebei informiert worden war.

64.4.1 Der RH hat die Nichtbeachtung landesgesetzlicher Regelungen der Raumordnung als Teil der funktionellen Gesichtspunkte der Trasse beanstandet.

Wie das BMBT nunmehr mitteilte, habe es angenommen, die Trasse entspreche diesen Bestimmungen, weil die Trasse vom Land Kärnten vorgeschlagen und gemeinsam mit der Stadt Villach vertreten wurde.

64.4.2 Hiezu verwies der RH auf die alleinige Verantwortung des Bundesministers für Bauten und Technik für die Verordnung einer Trasse. Daran ändere auch nichts, daß die Trasse vom Land Kärnten selbst vorgeschlagen worden sei. Der Annahme des BMBT, daß die Berücksichtigung der raumordnungs- und strukturpolitischen Gesichtspunkte schon durch das Land Kärnten erfolgt sei, hielt der RH entgegen, daß diese Gesichtspunkte als wesentliche Merkmale der funktionellen Bedeutung des Straßenzuges vom Bundesminister für Bauten und Technik gem § 4 BStG vor Erlassung einer Verordnung zu beachten sind. Die Annahme, die Trasse 4/II entspreche den raumordnungs- und strukturpolitischen Gesichtspunkten besser als andere, hat sich nach Ansicht des RH als unrichtig erwiesen.

64.5.1 Der RH hat eindringlich auf die Gefährdung der Wasserversorgung der Stadt Villach durch die verordnete Trasse hingewiesen und die Vorgangsweise der Bundesstraßenverwaltung dementsprechend beanstandet. Das BMBT hat dazu nicht Stellung genommen.

64.5.2 Der RH brachte in Erinnerung, daß am 3. April 1974 ein Verwaltungsübereinkommen zwischen dem BMBT und dem BMLF abgeschlossen worden war, um im Zusammenhang mit der Planung

von Bundesstraßen die Interessen der Wasserwirtschaft zu berücksichtigen. Der RH beanstandete, daß die gemeinsam erarbeiteten Richtlinien und Dienstanweisungen nicht beachtet wurden und wies insbesondere auf folgende Gesichtspunkte hin: „1. In Schutzgebieten nach § 34 Abs 1 und § 35 Wasserrechtsgesetz (WRG) widerspricht die Errichtung einer Bundesstraße den Erfordernissen der Wasserversorgung und ist daher zu vermeiden. Es sollte nur aus unabdingbaren Gründen für eine Straßenerrichtung eine Ausnahme gemacht werden ..."

Der RH hielt im Falle der Nordumfahrung Villach keine „unabdingbaren Gründe" für gegeben, welche die Führung der Autobahn durch das gemäß § 34 und § 35 WRG geschützte Gebiet des Tiefbrunnens „Urlaken" erzwingen; die von ihm empfohlene Trassenführung (Variantengruppe 5 mit allfälligen weiteren Abänderungen) hätte das Wasserschutzgebiet des Brunnens „Urlaken" - da in Fließrichtung unterhalb des Brunnens liegend - nicht berührt.

64.6.1 Die Trassenentscheidung des Bundesministers hat sich sehr wesentlich auf die mit Mehrheit beschlossene Empfehlung des Raumordnungsbeirates (ROB) gestützt. Nach Ansicht des RH waren aber Unterlagen, Gutachten, Informationen usw, die dem ROB zur Verfügung standen, mangelhaft oder unrichtig (TB 1982 Abs 69.2.2).

Lt nunmehriger Stellungnahme des BMBT wäre eine Überprüfung dieser Empfehlung nicht erforderlich gewesen, weil sie nur zum Teil zur Entscheidungsfindung beitragen konnte.

64.6.2 Der RH erinnerte an die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr 1368 vom 30. Juli 1981 durch den Bundesminister, der ausdrücklich als „wichtig" bezeichnet hat, „daß der Raumordnungsbeirat beim Amte der Kärntner Landesregierung nach sorgfältiger Abwägung aller Vor- und Nachteile die Trassenführung gemäß dem Generellen Projekt 1980 befürwortet. Sollte die von Professor Dipl.-Ing. Dr. H. K. ausgearbeitete Nutzwertanalyse keine ausschlaggebend neuen Erkenntnisse bringen, sehe ich keine Veranlassung, mich bei meiner Entscheidung über das Urteil des Raumordnungsbeirates beim Amte der Kärntner Landesregierung hinwegzusetzen." Wenn also dem Urteil des ROB so großes Gewicht zugemessen wurde, dann kam dem Informationsstand dieses Beirates größte Bedeutung zu. Eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Frage war (und ist) der Schutz der Wasserversorgung (Tiefbrunnen „Urlaken"). Wie vom RH bereits im TB 1982 berichtet worden war, wurde das dem Beirat vorgelegene Gutachten später so „berichtigt", daß das Ergebnis in sein Gegenteil gekehrt wurde; dieser Umstand wurde jedoch weder dem ROB noch dem BMBT zur Kenntnis gebracht. Auch das Gutachten der Landesplanung enthielt Ungenauigkeiten, deren Berichtigung später vom Vorsitzenden des Beirates - ergebnislos - erbeten wurde. Schließlich wurden die in jahrelangen Planungen erarbeiteten Varianten dem Beirat vorenthalten und nur die kurzfristig abgeänderten Fassungen (langer Tunnel) zur Beratung vorgestellt.

Angesichts des erwiesenen, teilweise falschen, teilweise mangelhaften Informationsstandes des Beirates obliegt es nunmehr dem Entscheidungsträger, den Wert der Empfehlung des Beirates entsprechend zu beurteilen.

64.7.1 Wie der RH ausgeführt hat, wurde im Verlaufe des Anhörungsverfahrens nach § 4 BStG der Stellungnahme der Gemeinde Treffen nicht die gleiche Bedeutung zugemessen wie der anderer Gemeinden (TB 1982 Abs 69.7.1.2). Lt nunmehriger Stellungnahme des BMBT hätte die Gemeinde Treffen im Anhörungsverfahren keine grundlegenden Einwände gegen die Trassenführung vorgebracht.

64.7.2.1 Demgegenüber erinnerte der RH an den Bericht des Amtes der Kärntner LReg über das Ergebnis des Anhörungsverfahrens, wonach die Gemeinde Treffen neuerlich „in ihrer Stellungnahme vom 19. Dezember 1980 bekräftigt, daß sie die Variante 4, also das vorliegende generelle Projekt 1980, ablehnt. Als Begründung werden die befürchteten Beeinträchtigungen der Bewohner, des Fremdenverkehrs, des Erholungsraumes und der Landschaft, der Wasservorkommen und der Landwirtschaft angeführt." Auch der Bundesminister hat auf die Parlamentarische Anfrage Nr 1368 vom 30. Juli 1981 mitgeteilt, daß die Gemeinde Treffen die Trassenführung gemäß dem genehmigten Projekt 1980 ablehnt.

64.7.2.2 Der RH gab zu bedenken, daß es dem Bundesminister für Bauten und Technik obliegt, alle vorgebrachten Stellungnahmen auf ihre objektiven Inhalte, die allein für die Entscheidungsfindung maßgeblich sind, zu prüfen.

64.8.1 Der RH hat beanstandet, daß weder die Bundesstraßenverwaltung noch die Bundesstraßenbehörde untersucht hatten, inwieweit die Forderungen der Stadt Villach, die weitgehend der Verordnung „Entwicklungsprogramm für den Raum Villach" (LGBl Nr 40/1977) entsprachen, durch die zur Diskussion stehenden Varianten erfüllt werden können.

Lt nunmehriger Stellungnahme des BMBT erschien es entbehrlich zu prüfen, ob die „von der Stadt Villach geforderten zusätzlichen Prämissen" auch auf andere Trassenführungen zutreffen.

64.8.2 Der RH hielt dieser Auffassung entgegen, daß die funktionelle Bedeutung des Straßenzuges (§ 4 BStG) das BMBT verpflichtet, alle maßgebenden Umstände objektiv zu erfassen und zu prüfen, welche Trassenvariante den gesetzlichen Zielen am besten entspricht.

64.9.1 Der RH hat beanstandet, daß die dem Anhörungsverfahren zugrundeliegenden Pläne unvollständig und mangelhaft waren (TB 1982 Abs 69.4.2.2). Lt Stellungnahme des BMBT hätten gemäß der damaligen Rechtslage die aufgelegten Pläne durchaus den formalen Voraussetzungen entsprochen.

64.9.2 Dem RH erschien eine Beschränkung auf „formale Voraussetzungen" dann nicht zielführend, wenn offenbar ist, daß damit dem Zweck des „Anhörungsverfahrens" - bestmögliche Information - nicht entsprochen werden kann. Auch die mit der Novelle 1983 zum BStG 1971 ergänzte Bestimmung („ausreichende Planunterlagen") bedarf nach Auffassung des RH einer näheren Erläuterung; etwa Trassenfestlegung nach Lage und Höhe.

64.10.1 Der RH hat die wesentlich schlechtere Verkehrsanbindung der Stadt Villach durch die verordnete Trasse gegenüber der Variante 5/I aufgezeigt. Insb die Verschiebung der Anschlußstelle Villach/West aufgrund der Trassenänderung (langer Tunnel) brachte nicht wieder gutzumachende Nachteile für Villach (TB 1982 Abs 69.8.2). Lt nunmehriger Stellungnahme des BMBT habe es aufgrund der Rechtslage die Erfordernisse des Umweltschutzes verbunden mit denen des Durchzugsverkehrs höher als die des Nahverkehrs bewertet.

64.10.2.1 Zur erheblichen Verlängerung des Oswaldibergtunnels (auf rd 4 450 m) als Umweltschutzmaßnahme verwies der RH auf das BStG, in dem Maßnahmen zum Schutz der Nachbarn vorgesehen sind; allerdings nur soweit, als dies durch einen im Hinblick auf den erzielbaren Zweck wirtschaftlich vertretbaren Aufwand erreicht werden kann. Um diesen Gesetzesauftrag erfüllen und die Gleichmäßigkeit in der Behandlung aller Bürger gewährleisten zu können, hat das BMBT eine Dienstanweisung „zur Erfassung und Bewertung von Lärmimmissionen" erlassen. Danach können aus wirtschaftlichen Erwägungen Maßnahmen nur dann vertreten werden, wenn die von der Bundesstraße ausgehenden Lärmimmissionen 65 dB (A) tagsüber und 55 dB (A) nachts überschreiten. Im Falle der Streusiedlung Wollanig - sie liegt 700 bis 950 m von der ursprünglichen Trasse entfernt am gegenüberliegenden Drauufer - wurde diese Dienstanweisung nicht beachtet. Das Amt der Kärntner Landesregierung (Abt 17) hatte sogar erklärt, daß „ohne Rücksicht auf die gewaltigen Mehrkosten" das Siedlungsgebiet Wollanig nicht durch die Autobahn beeinträchtigt werden soll.

64.10.2.2 Der RH äußerte die Erwartung, daß das BMBT seine eigene Dienstanweisung beachtet, die erforderlichen Untersuchungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen hinsichtlich des Lärmschutzes Wollanig nachträglich durchführt und das Ergebnis bei seinen weiteren Überlegungen berücksichtigt.

64.11.1 Der RH hat beanstandet, daß das BMBT der Wirtschaftlichkeit nicht die im BStG vorgeschriebene Beachtung geschenkt hat. Auch der von der Bundesstraßenverwaltung beauftragte Gutachter bezeichnete die verordnete Trasse (4/II) als die „volkswirtschaftlich ungünstigste Variante" (TB 1982 Abs 69.5.1.2).

Lt nunmehriger Stellungnahme des BMBT sei im vorliegenden Fall der Schutz des Siedlungsgebietes Wollanig höher zu bewerten gewesen als die Baukostenersparnis, die überdies, nach Auskunft des Amtes der Kärntner Landesregierung, lediglich rd 400 Mill S betragen würde.

64.11.2.1 Nach Ansicht des RH hat das BMBT bei der Bewertung des Schutzes der Nachbarn weder die im BStG 1971 bestimmte Vorgangsweise noch die eigene Dienstanweisung eingehalten. Die Beachtung der Wirtschaftlichkeit, wie sie im BStG verankert ist, setzt Kosten- und Nutzenvergleiche von Variantenlösungen voraus. Dies insb dann, wenn mit „gewaltigen Mehrkosten" (für die Verlängerung des Oswaldibergtunnels) zu rechnen war.

64.11.2.2 Dem vom RH vorgelegten Kostenvergleich vom 25. November 1982 des für diese Aufgabe vereidigten Sachverständigen wurde nur die allgemein gehaltene Auskunft des Amtes der Kärntner Landesregierung, die Mehrkosten betrügen „lediglich" rund 400 Mill S, entgegengehalten. Der RH vermochte sich mangels entsprechender Unterlagen mit diesem Mehrkostenbetrag nicht auseinanderzusetzen, hielt aber jedenfalls einen Betrag von 400 Mill S als nicht unbeachtlich.

64.11.2.3 Die nunmehr vorgesehene Finanzierung der Umfahrung Villach über die ASFinAG auf dem Kreditwege belastet die künftigen für den Straßenbau zweckgebundenen Einnahmen - falls der Ausbau tatsächlich nach der Variante 4/II erfolgt - zusätzlich mit 1 bis 1,5 Milliarden S nach Schätzung von Kärntner Dienststellen, nach überschlägiger Berechnung des RH sogar 3 bis 3,5 Milliarden S.

64.12.1 Das BMBT erklärte abschließend die getroffene Entscheidung für voll gerechtfertigt.

64.12.2 Der RH empfahl demgegenüber nochmals, die Trassenführung der „A 10 Umfahrung Villach" zu untersuchen und dabei die Anregungen des seinerzeitigen Gutachters der Bundesstraßenverwaltung zur Verbesserung der Variante 5/I zu berücksichtigen, wie dies ursprünglich dem RH zugesagt worden war.

Schloßhauptmannschaft Schönbrunn

65.1 Der RH hat empfohlen, von der Einhebung eines gesetzlich vorgesehenen Erhaltungsbeitrages bei Vermietungen Gebrauch zu machen (TB 1982 Abs 70.8). Das BMF hat zwischenzeitlich der Einhebung zugestimmt und die Angelegenheit dem BKA zur Koordinierung vorgelegt. Der RH wird die Angelegenheit weiter behandeln.

65.2 Zur Frage von Provisionszahlungen anläßlich des Verkaufes von Werbematerial (TB 1982 Abs 70.19) hat das BMBT eine neuerliche Befassung des BKA zwecks einwandfreier Klärung der Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Dementsprechend hat das BMBT am 25. Juli 1983 ein Schreiben an das BKA gerichtet. Eine Stellungnahme ist noch nicht erfolgt, der RH wird die Angelegenheit weiter behandeln.

65.3 Hinsichtlich der Zuständigkeit des Bundes für alle Angelegenheiten der Bundestheater mit Ausnahme bestimmter baubehördlicher Belange hat der RH eine rechtliche Bereinigung empfohlen (TB 1982 Abs 70.21). Das BKA-Verfassungsdienst ersuchte in einer Antwortnote an das BMBT, vorläufig von Handlungen zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes Abstand zu nehmen, weil eine Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen (Art 10 Abs 1 Z 13-BVG) beabsichtigt sei.

Wasserwirtschaftsfonds

66.1 Der RH hat über das Ergebnis der Gebarungsüberprüfung beim Wasserwirtschaftsfonds (WaWiFo) berichtet (TB 1982 Abs 90). Der anschließend geführte Schriftwechsel zeigte das BMBT bemüht, die vom RH angeregten Reformen weiterzuführen. So wurden zB neue Förderungsrichtlinien und neue technische Richtlinien ausgearbeitet und in Kraft gesetzt.

66.2 Die vom RH empfohlenen ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Mahnungen brachten - trotz inzwischen gestiegener Gesamtdarlehenssumme - eine Verringerung der Tilgungsrückstände von rd 600 Mill S (August 1982) auf rd 421 Mill S (Feber 1984). Die fälligen Außenstände wurden dank Bemühungen des WaWiFo zwar vorerst nur um 30 vH gesenkt; dennoch führten diese Einnahmen von fast 180 Mill S dazu, daß dieser Betrag für neue Darlehen zur Verfügung steht, ohne daß der Fonds zusätzliche Anleihen zu begeben hatte. Angesichts der üblichen Zinssätze brachte dies eine Ersparnis von über 14 Mill S jährlich.

66.3 Ein ähnlich positives Ergebnis zeigte sich auch bei den Verzugszinsen, die aufgrund der Beanstandung nunmehr ordnungsgemäß vorgeschrieben werden. Wie den Bilanzen des WaWiFo zu entnehmen ist, stiegen die Erträge aus Verzugszinsen von 913 000 S (1982) auf 8 390 000 S (1983), also auf mehr als das Neunfache.

66.4 Da über einige Kritikpunkte noch Auffassungsunterschiede bestehen, wird der RH über die weitere Entwicklung berichten.

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Trassenfestlegung von Bundesstraßen

Pyhrn Autobahn, Abschnitt Graz

Obwohl unbestrittene Verkehrsprognosen eindeutig nachgewiesen hatten, daß aufgrund des starken Quell- und Zielverkehrs der Stadt Graz im Gegensatz zu anderen Trassen der Bau des Plabutsch-Tunnels kaum eine Entlastung der innerstädtischen Verkehrsprobleme bringen werde, hat sich der Bundesminister für Bauten und Technik unter mehrfacher Außerachtlassung von Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes für diesen aufwendigen Tunnelbau entschieden.

67.1.1.1 Für die Planung der A 9 (Pyhrn Autobahn) im Raume Graz wurden mehrere Verkehrsgutachten eingeholt. Zählungen aus dem Jahre 1968 hatten ergeben, daß von der im Norden der Stadt erhobenen Verkehrsmenge 83 vH ihre Quelle bzw ihr Ziel in Graz haben und sich lediglich 7 vH noch südlich von Graz („Durchgangsverkehr") feststellen ließen. Bezogen auf den Süden von Graz betrug der Anteil des Quell- und Zielverkehrs 78 vH, der des nördlich der Stadt feststellbaren Durchgangsverkehrs 14 vH. Die aus diesem Ergebnis zwingend abzuleitende Schlußfolgerung, nämlich eine Trassenführung möglichst nahe an der Stadt (Westtangente) anzustreben, wurde durch die „Verkehrsuntersuchung Region Graz" aus dem Jahre 1975 erhärtet.

Für die Verkehrszusammensetzung im Bereich Graz ergab bspw eine Zählung des Frühjahrs-Werktagsverkehrs (1973) auf der Zählstelle Eggenberger-Gürtel (24 Stunden, beide Fahrtrichtungen):

Durchgangsverkehr	1 508 Kfz
Ziel- und Quellverkehr	9 018 Kfz
Binnenverkehr	20 118 Kfz

Allerdings erhöht sich der Anteil des Durchgangsverkehrs im Sommer-Spitzenverkehr bei etwa gleichbleibendem Ziel- und Quellverkehr wesentlich.

Nach dem Ergebnis der „Umlegungsprognose" hätte die „Eggenberger Trasse" (Westtangente) den rd 7,5fachen Gesamtverkehr der Plabutsch-Tunneltrasse und den überwiegenden Teil des Ziel- und Quellverkehrs aufgenommen.

Die genannten Verkehrsuntersuchungen kamen eindeutig zum Schluß, daß „die Führung der Pyhrn Autobahn A 9 im Bereich von Graz, so lange diese nur den Fernverkehr aufnimmt, das städtische Straßennetz . . . nicht verbessert". Die kritische Lage am Eggenberger Gürtel „wird auch nicht durch den Ausbau der Pyhrn Autobahn durch den Plabutsch oder westlich davon behoben". Beim Vergleich zwischen der Führung der A 9 als Westtangente in Tunnellage, als Tunnel durch den Plabutsch oder westlich dieses Höhenzuges kamen die Gutachten zu der Schlußfolgerung, „daß die Führung als Westtangente am verkehrswirksamsten ist".

67.1.1.2 In dem einen integrierenden Bestandteil des Bundesstraßengesetzes 1971 (BStG) bildenden Verzeichnis 1 (Bundesstraßen A) war der Verlauf der A 9 nur großräumig beschrieben: „Sattledt (A 1, A 8) - Liezen - St. Michael bei Leoben - Graz - Staatsgrenze bei Spielfeld". Durch die im Verzeichnis 3 (Bundesstraßen B) für die B 67 b [„Graz/Eggenberg (A 9)- . . ."] und für die B 67 c [„Graz/Wetzelsdorf (A 9)- . . ."] festgelegten Straßenverläufe zeigte sich jedoch eindeutig die Absicht des Gesetzgebers, die B 67 b (Eggenberger-Gürtel Straße) und die B 67 c (Wetzelsdorfer Straße) mit der A 9 im Stadtgebiet von Graz zu verknüpfen.

67.1.1.3 Da sowohl im Norden als auch im Süden der Stadt Autobahnabschnitte fertiggestellt wurden, haben sich Zwangspunkte ergeben, deren Verbindung offensichtlich durch die Eggenberger Trasse vorgesehen war.

Die Verbindung der Fixpunkte erfolgt jedoch nunmehr nicht - wie ursprünglich geplant - durch eine etwa 8 km lange fast gerade Linie, sondern durch einen rd 11 km langen Bogen; dieser umfaßt neben einer 1,2 km langen Unterflurstrecke einen etwa 8,6 km langen Tunnel, der somit allein länger als die gesamte Eggenberger Trasse ist. Entgegen der wesentlichen Aufgabe eines Tunnelbaues, nämlich die Strecke zwischen zwei Punkten zu verkürzen, wird durch den Plabutsch-Tunnel - der überdies die Eigenart aufweist, daß ein Höhenzug nicht quer, sondern längs durchstoßen wird - die Trasse verlängert.

67.1.1.4 Die Baukosten wurden wiederholt geschätzt, wobei stets die Tunnelbaukosten wesentlich über denen der „Eggenberger Unterflurtrasse" lagen.

In einer Information für den Bundesminister für Bauten und Technik vom Juli 1975 schienen folgende Werte auf:

	Mill S
PlabutschTunnel	
Zwischenausbau (1 Tunnelröhre)	1 476
Endausbau	2 459
Eggenberger Unterflurtrasse	
Zwischenausbau (1 Tunnelröhre)	rd 1 000
Endausbau	rd 1 800

67.1.1.5 Im März 1973 widerrief das BMBT seine im Oktober 1970 gegebene Zustimmung zum Generellen Entwurf für den Ausbau der Eggenberger Trasse. Ende April 1975 fand in Graz eine Volksbefragung statt, bei der die Bevölkerung zwischen folgenden drei Trassen wählen konnte: a) Plabutsch-Tunnel Raach—Webling, b) Plabutsch-Tunnel Raach—Seiersberg, c) „Irgendeine andere Trasse

irgendwo außerhalb des Gemeindegebietes von Graz". Die „Eggenberger Unterflurtrasse" stand also gar nicht zur Diskussion.

Etwa ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung der Stadt Graz nahm an der Volksbefragung teil; davon entschieden sich rd 62 vH für die Tunneltrasse Raach—Webling.

Sowohl der Gemeinderat der Stadt Graz als auch das Amt der Stmk LReg schlossen sich diesem Ergebnis an. Das Vorprojekt für die Plabutsch-Tunneltrasse wurde Ende Mai 1975 dem BMBT zur Genehmigung vorgelegt.

67.1.1.6 Ohne eine Trassenentscheidung vorzubereiten, wurde der Bundesminister für Bauten und Technik von der Sektion III am 10. Juli 1975 um Weisung gebeten, „ob eine Trassenentscheidung entsprechend dem Ergebnis der Volksbefragung und im Sinne des Antrages des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zu treffen ist, ob die Entscheidung noch offen bleiben soll, oder ob auch noch andere Varianten weiter im Auge behalten und untersucht werden sollen". Dabei wurde zwar auf die Mehrkosten des Plabutsch-Tunnels und die Vorteile einer Westtangente (Eggenberger Trasse) verwiesen, jedoch wurden die Verkehrszählungsergebnisse nicht erwähnt.

Der Bundesminister entschied am 17. Juli 1975, daß „nur eine Trassenentscheidung entsprechend dem Ergebnis der Volksbefragung ... getroffen werden kann" und andere Varianten nicht mehr zu untersuchen seien.

67.1.1.7 Dem Antrag des Amtes der Stmk LReg vom Juli 1976 um Erlassung der §-4-Verordnung lagen wesentliche Gutachten sowie das Ergebnis der „neuen Verkehrszählung" nicht bei. Nach einer Erinnerung des BMBT übermittelte das Amt zwar einen Großteil der szt in Auftrag gegebenen Gutachten, verwies jedoch dazu darauf, daß „auf Grund der riesigen Komplexität des Problems die Untersuchungsziele erst mit fortschreitender Planung formuliert und der Untersuchungsrahmen exakter abgesteckt werden (konnten)"; das heißt, daß sich diese Gutachten im wesentlichen auf die - inzwischen abgelehnte - Eggenberger Unterflurtrasse bezogen hatten und nur mehr zum Teil der (damaligen) „Planungswirklichkeit" entsprachen.

Noch anläßlich einer Besprechung am 2. November 1976, an der unter dem Vorsitz des Bundesministers für Bauten und Technik Vertreter des Amtes der Stmk LReg und der Stadt Graz teilgenommen hatten, wurde - lt Protokoll - ua festgestellt, daß noch wesentliche Unterlagen fehlten.

67.1.1.8 Trotzdem erkannte die Bundesstraßenbehörde (damals Abt III/9), daß bei Beachtung des BStG 1971 das Zutreffen der dort angeführten Voraussetzungen (ua gefahrlose Benützung, Wirtschaftlichkeit, Erfordernisse des Verkehrs, funktionelle Bedeutung des Straßenzuges, Schutz der Nachbarn mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand) „im vorliegenden Fall problematisch" sei, verwies auf die Abweichung von der im BStG 1971 verlangten Einbindung der Bundesstraßen B 67 b und B 67 c und bemerkte, daß durch die Führung der A 9 im Tunnel ein Anschluß dieser beiden Bundesstraßen, insbesondere in den im Gesetz genannten Stadtteilen, nicht mehr möglich ist. Sodann wurde allerdings vermerkt: „die vorgegebenen Planungsuntersuchungen lassen jedoch auch die Plabutsch-Tunneltrasse als Bestandteil der Pyhrnautobahn zu" und auf die Ministerweisung Bezug genommen.

Die §-4-Verordnung erging am 3. November 1976.

67.1.1.9 Noch nach Erlassung der §-4-Verordnung versuchte das BMBT immer wieder - allerdings nicht sehr erfolgreich -, vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung jene Unterlagen zu erhalten, die an sich schon vorher erforderlich gewesen wären.

67.1.2.1 Der RH kritisierte die Vorgangsweise des BMBT im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung. Zunächst entsprach die §-4-Verordnung vom 3. November 1976 für die Plabutsch-Tunneltrasse nicht dem BStG 1971 in der damals geltenden Fassung, weil dieses Gesetz die Verknüpfung der A 9 im Raume Graz mit den Bundesstraßen B 67 b und B 67 c vorgesehen hatte und die für die Anbindung des überaus starken Quell- und Zielverkehrs der Stadt Graz erforderlichen Anschlüsse bei der Plabutsch-Tunneltrasse mit wirtschaftlich vertretbaren Mitteln nicht herzustellen sind. Der Umstand, daß die Novellierung des BStG vom 20. Jänner 1983 hinsichtlich der genannten Bundesstraßen eine Änderung brachte, vermag nach Ansicht des RH nichts an dem Umstand zu ändern, daß der Straßenverlauf der A 9 im Bereich des Plabutsch-Tunnels nach wie vor den Erfordernissen des Verkehrs und der funktionellen Bedeutung dieses Straßenabschnittes nicht voll entspricht.

67.1.2.2 Weiters hatte - wie der RH kritisch vermerkte - das BMBT keine vergleichbaren Kostenschätzungen verlangt und seiner Entscheidungsfindung zugrunde gelegt. Dennoch war jederzeit deutlich zu erkennen, daß die Eggenberger Unterflurtrasse wesentlich billiger als die Tunnellösungen sein mußte.

67.1.2.3 Der Bau des aufwendigen Plabutsch-Tunnels wird nach Ansicht des RH zur Folge haben, daß im Bereich Graz-West zur Entlastung des Grazer Binnenverkehrs der Bau einer zusätzlichen Westtangente notwendig werden wird. Der RH empfahl zu untersuchen, inwieweit diese Baulast den Bund zu Recht treffen wird, weil die parallel zum Plabutsch-Tunnel verlaufenden Straßenzüge keine Bedeutung für den Durchzugsverkehr mehr haben werden.

67.1.2.4 Wie der RH überdies beanstandete, wurde bei der getroffenen Entscheidung die im Bundesstraßengesetz geforderte Wirtschaftlichkeit sowohl hinsichtlich des Baues und des Betriebes als auch bei Maßnahmen zum Schutz der Nachbarn nicht entsprechend berücksichtigt.

67.1.2.5 Die vom Amt der Stmk LReg dem BMBT im August 1976 vorgelegten Gutachten stammten aus einer Zeit, in der die Plabutsch-Tunneltrasse noch nicht erwogen wurde; lediglich eine „ergänzende Stellungnahme" des Landeshygienikers bezog - ohne Abstützung auf die Einzelgutachten - diese Trasse in die Überlegungen mit ein. Es war also nie zu einer umfassenden gegenüberstellenden Bewertung aller in Frage kommenden Trassenvarianten - insb durch eine Kosten-Nutzen-Untersuchung - gekommen. Die seit dem Frühjahr 1975 vorliegende „Verkehrsuntersuchung Region Graz" wurde dem BMBT vom Amt der Stmk LReg zunächst nur auszugsweise übergeben. Nach Ansicht des RH war sohin die Erlassung der §-4-Verordnung aufgrund unvollständiger Unterlagen erfolgt.

67.1.2.6 Die Beachtung der funktionellen Bedeutung eines Straßenzuges, wie sie im BStG vorgesehen ist, umfaßt „sämtliche raumordnungs- und strukturpolitischen Probleme". Für den Raum Graz ergab sich daraus die Notwendigkeit, das Stadtzentrum nicht nur vom Durchzugsverkehr zu entlasten, sondern darüber hinaus durch Schaffung einer Westtangente den Ziel- und Quellverkehr, ebenso wie den Binnenverkehr, über mehrere Anschlußstellen zu verteilen. Durch den nunmehr bereits im Bau befindlichen Tunnel kann es nach Ansicht des RH lediglich zur Vorbeileitung des geringen Durchzugsverkehrs kommen, während zB der Eggenberger- und der Bahnhofgürtel weiter überlastet bleiben werden.

67.1.2.7 Überdies war bei der Standortwahl für das neue Grazer Unfallkrankenhaus ein verkehrsmäßiger Anschluß an die A 9 (Eggenberger Trasse) vorgesehen gewesen. Der Umstand, daß eine solche Verbindung nicht mehr möglich ist, erwies nach Ansicht des RH neuerlich die unzweckmäßige und unbedachte Trassenentscheidung.

67.1.2.8 Der RH erachtete die vom Bundesminister für Bauten und Technik verordnete Plabutsch-Tunneltrasse aus den eingehend dargelegten Gründen als nicht dem Gesetzesauftrag entsprechend. Es wäre Aufgabe des BMBT als Bundesstraßenverwaltung und Bundesstraßenbehörde gewesen, den von der Stadt Graz vorgebrachten und vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung weitgehend unverändert weitergegebenen Vorschlag sorgfältig zu untersuchen und eine fachlich und rechtlich einwandfreie Trassenentscheidung vorzubereiten.

67.1.2.9 Dem BMBT wurde zusammenfassend empfohlen, sich in Hinkunft schon in die ersten Planungsaktivitäten einzuschalten und noch vor Baubeginn eines Straßenabschnittes die Fortsetzung der Trasse auch mit den vom Weiterbau Betroffenen abzuklären; jedenfalls wären Zwangspunkte, vorzeitig hergestellte Objekte usw zu vermeiden. Nach Auffassung des RH wird es insbesondere in Ermangelung eines straßenrechtlichen Baubewilligungsverfahrens - die Einführung eines solchen Verfahrens hat er wiederholt angeregt - immer wieder zu Bürgerinitiativen und Protestaktionen kommen. Dies sollte jedoch keinesfalls dazu führen, die Trassenwahl vor allem in Hinblick auf ihre „Durchsetzbarkeit" zu beurteilen. Dem BMBT obliegt es vielmehr, gerade in „sensiblen" Gebieten die subjektiven Meinungsäußerungen sorgfältig zu prüfen und eine objektive, den Gesetzen entsprechende Lösung zu verwirklichen.

67.1.3.1 Lt Stellungnahme des BMBT sei seit langem klar gewesen, daß der damalige Gesetzesauftrag nicht mehr dem in der Volksbefragung zum Ausdruck gebrachten Willen der Grazer Bevölkerung und einer umweltgerechten Verkehrsführung entsprochen habe. Aus diesem Grunde sei vom Bau der Anschlußstrecken der B 67 b und B 67 c abgesehen und eine Gesetzesänderung vorbereitet worden, die jedoch erst 1983 zum Tragen kam.

67.1.3.2 Nach Meinung des BMBT wären die im § 4 Abs 1 des BStG (in der damals geltenden Fassung) für die Festlegung des Straßenverlaufes durch Verordnung angeführten Bestimmungsgründe (wie gefahrlose Benützung der Straße; Herabsetzung der Beeinträchtigung der Nachbarn durch den künftigen Verkehr; Wirtschaftlichkeit; Erfordernisse des Verkehrs; funktionelle Bedeutung des Straßenzuges) als gleichwertig anzusehen, wobei zwar eine Berücksichtigung aller dieser Einflußgrößen bei der

Entscheidung erforderlich sei, nicht aber ein mathematisch nachvollziehbarer Ausgleich, da sie einander doch oftmals widersprächen.

67.1.3.3 Gerade im Falle der Autobahnführung im Raume Graz habe sich das BMBT um Findung einer geeigneten Trasse sehr bemüht.

67.1.3.4 Zur Empfehlung, ein straßenrechtliches Baubewilligungsverfahren anzustreben, verwies das BMBT auf die Novellen 1975 und 1983 zum BStG 1971. Sowohl durch die Verbesserung des Anhörungsverfahrens, welches jedermann die Möglichkeit einräume, zu aufgelegten Planunterlagen Stellung zu nehmen, als auch durch verstärkte Berücksichtigung der „Umweltverträglichkeit" und auch der Wirtschaftlichkeit seien die Entscheidungsgrundlagen gegenüber der Vergangenheit wesentlich erweitert worden.

67.1.4.1 Der RH bezeichnete die Haltung des BMBT als widersprüchlich, weil im vorliegenden Falle erst 7½ Jahre nach der nicht gesetzentsprechenden §-4-Verordnung für die Tunneltrasse das Bundesstraßengesetz dieser Linienführung angepaßt wurde, wogegen im Falle der Brigittenauer Brücke (siehe Abs 67.2) trotz in Vorbereitung stehender Abänderung des Bundesstraßengesetzes (Verzicht auf die A 20 und die A 5) auf der Befolgung des noch geltenden Gesetzestextes bestanden wurde.

67.1.4.2 Ohne die vom BMBT erwähnten, durch die Novellen 1975 und 1983 eingetretenen Verbesserungen der Rechte von Betroffenen zu unterschätzen, verblieb der RH nach wie vor bei seiner Ansicht, daß dadurch ein von ihm bereits wiederholt angeregtes straßenrechtliches Baubewilligungsverfahren nicht ersetzt werden könne.

67.1.4.3 Nach Ansicht des RH trafen überdies fast alle gegen die Westtangente vorgebrachten Gründe auch auf die durch deren Nichtausbau betroffenen Anrainer zu, weil doch die wissenschaftlichen Untersuchungen für die Bewohner des Straßenzuges Bahnhof- und Eggenberger-Gürtel aus dem Bau des kostenaufwendigen Plabutsch-Tunnels kaum eine Entlastung erwarten ließen. Bei jeder Trassenauswahl wäre zu bedenken, daß sich nicht nur durch die Veränderung eines Zustandes, sondern auch durch dessen Beibehaltung untragbare Belastungen ergeben können.

67.1.4.4 Wie schließlich auch der vom RH behandelte Fall der A 10 Villach/Nord (siehe Abs 64) zeigte, ist als Folge der für den Plabutsch-Tunnel getroffenen Entscheidung der im „Grazer Beispiel" angewendete Begriff der „Durchsetzbarkeit" einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise entgegengesetzt worden.

Straßen sollten jedoch nicht als „Wege des geringsten Widerstandes", sondern gemäß den Vorschriften des Gesetzes dort gebaut werden, wo sie gebraucht werden und ihre Herstellung, Benützung und Erhaltung mit wirtschaftlich vertretbaren, sparsamen und zweckmäßigen Maßnahmen möglich ist.

Brigittenauer Brücke

Der Bau der Brigittenauer Brücke in Wien war nach Auffassung des RH nicht gerechtfertigt. Die Zustimmung des Bautenministeriums hiefür erfolgte, obwohl schon im frühen Planungsstadium schwerwiegende Zweifel an der Notwendigkeit bzw Verkehrswirksamkeit dieser Brücke vorgebracht worden waren.

67.2.1.1 Bereits im vorigen Jahrhundert wurde die Errichtung einer Brücke im Bereich der jetzigen Brigittenauer Brücke (BB) erwogen. 1971 wurde die Brücke als Teil der A 20 in das Straßenverzeichnis des neuen BStG aufgenommen. In den in der Folge (1972 und 1975) vom BMBT erstellten Dringlichkeitsreihungen für den Ausbau des Bundesstraßennetzes wurde der BB eine hohe Dringlichkeit bescheinigt (Rang 4 unter den 29 Wiener Autobahnabschnitten), die für die Verkehrswirksamkeit der BB wesentlichen Anschlußstücke (A 20 zum Gürtel bzw A 5 in Richtung Donaufeld) wurden hingegen als weniger dringlich eingestuft (A 20: Rang 19, A 5: Rang 7).

67.2.1.2 Ein erstes von der Magistratsabteilung 18 der Stadt Wien (Stadtstrukturplanung) vorgelegtes Generelles Projekt für die BB wurde im Dezember 1975 vom BMBT abgelehnt, weil inzwischen die autobahnmäßige Verbindung der BB zum Gürtel in Frage gestellt und sogar der Verzicht auf die gesamte Autobahnstrecke zwischen Gürtel und Stammersdorf „ernstlich" erwogen worden war.

67.2.1.3 Auf eine Absichtserklärung Wiens hin, „den Bau der A 20 bzw A 5 beiderseits der geplanten Brücke in späterer Zeit durchzuführen", wurde am 1. Juli 1976 ein neues Generelles Projekt in Auftrag gegeben. Der Einsturz der Reichsbrücke am 1. August 1976 wirkte sich auf die Planung für

die BB vorerst nur insofern aus, als auf eine Beschleunigung dieses Projekts gedrungen wurde: Baubeginn der BB sollte „deutlich vor Baubeginn Reichsbrücke" sein; selbst ein „Hinauszögern des Umbaus (der Floridsdorfer Brücke), bis die Traisenbrücke (BB) fertig ist", wurde erwogen.

67.2.1.4 Ein modifiziertes „Generelles Projekt 1976" (GP 76) wurde sodann am 30. November 1976 von der MA 18 dem BMBT zur Genehmigung vorgelegt. Zunächst sollte nur ein halbseitiger Ausbau mit Anbindungen an den Handelskai (B 10) sowie an die A 22 und die Donauturmstraße ausgeführt werden.

Die technische Beurteilung dieses Projektes durch die Planungsabteilung des BMBT beschränkte sich im wesentlichen auf eine kommentarlose Wiedergabe der wichtigsten Aussagen des Technischen Berichtes. Die Trassierungselemente wurden für entsprechend angesehen, die Baukosten für die erste Ausbaustufe mit 600 Mill S angegeben. Nicht erwähnt wurde, daß die Verkehrsuntersuchungen überholt waren (Daten aus 1971 und 1972) und eine neue Untersuchung, welche die Lage nach dem Reichsbrückeneinsturz berücksichtigte, erst in Ausarbeitung stand.

Zur Wirtschaftlichkeit und funktionellen Bedeutung dieses Straßenzuges (gesetzliche Voraussetzungen gem § 4 BStG) wurde nicht Stellung genommen.

Die Bundesstraßenbehörde im BMBT (BStr-Behörde) regte in ihrer Beurteilung einerseits eine Änderung der Planung für die Anschlußstelle Brigittenau an, andererseits gab sie zu bedenken, daß gegen die geplante Trassenführung Widerstände zu erwarten seien und „eine direkte Anfechtung einer diesbezüglichen Verordnung beim VfGH (siehe Plabutsch - Graz) grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden" könne. Sie drängte daher auf eine ausführlichere Beurteilung der funktionellen Bedeutung des Straßenzuges und der Wirtschaftlichkeit der Bauausführung, weil die BB ohne eine wirtschaftlich und funktionell vertretbare Weiterführung nach Norden und Süden nicht den im BStG 1971 geforderten Voraussetzungen entspreche.

67.2.1.5 Der erstgenannten Anregung der BStr-Behörde Folge leistend, wurde sodann von der MA 18 im März 1977 ein Änderungsvorschlag für die Anschlußstelle Brigittenau als „Änderung 1977" vorgelegt. Die Planungsabteilung des BMBT stimmte dieser Änderung voll zu und ergänzte die Vorschreibungen nach § 4 BStG dahin gehend, daß „die funktionelle Bedeutung bereits durch die im BStG festgelegte Charakteristik einer Autobahn gegeben ist und die Trassenführung der A 20 und der A 5 diese Bedeutung berücksichtigt, weiters daß aufgrund der vorliegenden Vorstudie die Ausführbarkeit in Richtung Norden (A 5) und in Richtung Süden (A 20) in technischer Hinsicht möglich erscheint". Über Kosten und Wirtschaftlichkeit könnten ohne Probebohrungen und konkretere Planungen noch keine Aussagen gemacht werden. Im übrigen sei die erste Ausbaustufe der BB jedenfalls so gewählt, daß auch bei Nichtverlängerung die Brücke als „Gemischtverkehrsbrücke" Verwendung finden könnte: „Die funktionelle Bedeutung der BB wäre in diesem Fall als Verbindungsspange der A 22 zur B 10 (Handelskai) gegeben."

67.2.1.6 Bei diesem Stand der Bearbeitung des Projekts im BMBT (Ende April 1977) teilte der Bundesminister für Bauten und Technik zu einer parlamentarischen Anfrage mit, daß die Verwirklichung der BB vom Ergebnis des in Arbeit befindlichen Verkehrskonzepts der Stadt Wien abhängig gemacht werde und ein Verzicht auf diese Brücke „durchaus auch denkbar" wäre. Bereits im darauffolgenden Monat erteilte er jedoch dem GP 76 in seiner geänderten Form (Änderung 1977) die bedingte Genehmigung zur Weiterführung der Planung und stimmte auch der Einleitung des gem § 4 BStG vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens für dieses Projekt zu.

67.2.1.7 In der erwähnten parlamentarischen Anfragebeantwortung hatte der Bundesminister für Bauten und Technik auch erklärt, daß in der Reihung des Ausbaus der Donaubrücken der Reichsbrücke und der Floridsdorfer Brücke Vorrang vor der BB zukäme. Tatsächlich wurde mit dem Bau dieser beiden Brücken vor der BB begonnen, und zwar mit einer jeweils gegenüber der Altbrücke wesentlich vergrößerten Leistungsfähigkeit (Floridsdorfer Brücke mit 2 x 2 Fahrspuren im April 1977, Reichsbrücke mit 2 x 3 Fahrspuren im Jänner 1978). Für die BB konnte hingegen zwischen Juni 1977 und Mai 1978 keine Planungstätigkeit festgestellt werden.

67.2.1.8 Der Baubeschluß für die BB erfolgte im April 1978 im Rahmen eines Übereinkommens der Bundesminister für Bauten und Technik und Finanzen mit dem Bürgermeister von Wien über die Sonderfinanzierung von Bundesstraßenbauten in Wien. Dementsprechend wurde die BB mit einem Sonderfinanzierungsrahmen von 800 Mill S und einem Zuschuß der Stadt Wien von 30 Mill S in das Bauprogramm 1979 aufgenommen. Das vom Bundesminister für Bauten und Technik als Entscheidungsvoraussetzung genannte Verkehrskonzept für Wien war zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt. In der Folge wurde jedoch von der MA 18 eine eigene Broschüre zur (verkehrstechnischen) Rechtfertigung der BB ausgearbeitet.

67.2.1.9 In dem im Dezember 1978 veröffentlichten „Bericht über den Stand der Planung der BB" wurde - aufbauend auf Modellberechnungen eines Universitätsprofessors - die maßgebliche Nachfrage im donauquerenden Verkehr für den Planfall 1 (mit BB) auf 14 500 Kfz/h (Anteil BB: 2 500 Kfz/h), für den Planfall 2 (ohne BB) auf 13 900 Kfz/h geschätzt. Die Leistungsfähigkeit der Donaubrücken wurde für den Planfall mit BB auf 15 250, für den ohne BB auf 13 750 Kfz/h geschätzt. Damit ergab sich für die (maßgebliche) morgendliche Spitzenstunde beim Planfall mit BB eine Auslastung von 95 vH, bei dem ohne BB eine solche von 101 vH, womit die verkehrstechnische Notwendigkeit der BB für die MA 18 belegt erschien.

67.2.1.10 Zur Zeit der Veröffentlichung des Berichts war noch eine Vereinfachung des Knotens Donaustadt der BB entworfen und in einer Besprechung zwischen BMBT und der Stadt Wien auch gutgeheißen worden. Diese Vereinfachung hätte eine Verringerung der Flächenbeanspruchung und auch der Kosten dieses Bauwerks zur Folge gehabt. Diese schon gutgeheißene Vereinfachung wurde jedoch nicht verwirklicht.

67.2.1.11 Das für die Erlassung einer §-4-VO erforderliche Anhörungsverfahren wurde in der Zeit zwischen dem 22. November 1978 und 20. Feber 1979 durchgeführt. Im Vorlagebericht vom 5. März 1979 der MA 18 über die Ergebnisse dieses Verfahrens wurde ein Bau der BB mit 2 x 2 Spuren als „höchst dringend" bezeichnet sowie festgestellt, daß „zur Zeit" die autobahnmäßigen Verlängerungen von der Brücke weg (A 20 und A 5) nicht beabsichtigt seien. Bezüglich der verkehrstechnischen Notwendigkeit der Brücke beschränkte sich diese Ausarbeitung der MA 18 auf die Feststellungen, daß die BB im Stadtentwicklungsplan vorgesehen und eine entsprechende Vereinbarung zwischen Bund und Land Wien getroffen worden sei. Die Brücke diene der „Verklammerung und Integration" des Stadtteils jenseits der Donau mit dem Zentrum und böte neben einer zusätzlichen Querungsmöglichkeit für die U-Bahn zusätzliche Erschließungsmöglichkeiten für die Donauinsel.

67.2.1.12 Die BStr-Behörde im BMBT prüfte das Ergebnis des Anhörungsverfahrens und ersuchte die drei zuständigen Fachabteilungen um „ausführliche" Stellungnahmen zum Vorlagebericht. Insbesondere sollte angesichts des notariell beglaubigten „Verzichts" des Wiener Bürgermeisters auf die A 20 durch die Brigittenau eine allfällige Präjudizierung der Weiterführung der A 20 durch die BB und die Erfüllung des Verfassungsauftrages nach Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geprüft werden.

Die Planungsabteilung ließ die „Verzichtserklärung" unbeachtet, verwies auf das noch geltende BStG, in dem eine Autobahnverbindung von der A 5 über die BB bis zum Gürtel festgelegt ist und bestätigte die Durchführbarkeit. Die funktionelle Bedeutung der BB wäre jedoch allenfalls auch allein in einer Querverbindung zwischen der A 22 (Donauufer-Autobahn) und der B 10 (Handelskai) gegeben. Somit sei durch die BB keine Präjudizierung einer Verlängerung gegeben.

Die Budgetabteilung indessen kam hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit dieses Projekts zu der Auffassung, daß die Notwendigkeit der Brücke vor einer Bauentscheidung noch anhand von Daten über die zu erwartende Verkehrsfrequenz belegt werden sollte.

67.2.1.13 Noch während dieser Bearbeitung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens im BMBT entschloß sich die Stadt Wien zu einem Verzicht auf bauliche Vorsorgen für die U-Bahn und beantragte beim BMBT die Errichtung der BB gleich mit Vollquerschnitt (2 x 3 Spuren). In einer diesbezüglichen Besprechung der maßgeblichen Funktionäre der Stadt Wien und des BMBT Anfang Juli 1979 wurden von Vertretern des BMBT jedoch ernste Bedenken vorgebracht, die sich nicht nur auf die Bemessung des Querschnittes der BB, sondern auch auf die noch ungeklärte Weiterführung der A 20 bzw A 5 und insbesondere auch auf die rechtlichen Probleme bei der Erlassung einer §-4-VO bezogen. So vertrat die BStr-Behörde die Auffassung, daß das vorliegende Projekt gegenüber dem der Anhörung zugrunde liegenden Projekt grundlegend geändert worden und die funktionelle Bedeutung der BB ohne Weiterführung der A 20 bis zum Gürtel nicht gegeben sei; überdies erscheine auch die „Wirtschaftlichkeit der Bauführung für eine sechs- bis achtspurige Brücke als Ufer-zu-Uferverbindung zwischen A 22 und B 10 mehr als fraglich". Entsprechend sei im Falle einer Anfechtung der beantragten VO „mit größter Wahrscheinlichkeit" mit der Aufhebung durch den VfGH wegen Gesetzwidrigkeit zu rechnen.

Ungeachtet dieser Bedenken wurde jedoch in dieser Besprechung im Sinne des Wiener Antrags auf Verbreiterung entschieden, wonach eine vierspurige Brücke mit zusätzlichen „Manöverspuren" (= 2 x 3 Fahrspuren) zur Ausführung gelangen sollte. Dabei erklärte der Bundesminister für Bauten und Technik, auch die gegenständliche Verordnung „trotz rechtlicher Bedenken ... durchziehen zu wollen" und genehmigte drei Tage später auch die Änderung des Generellen Projektes auf Vollquerschnitt (Brückenbreite nunmehr 32,25 m).

67.2.1.14 In der Folge wurde auch das Prüfungsverfahren über die Anhörungsergebnisse im BMBT ohne weitere Einwendungen zu Ende geführt. Die BStr-Behörde warnte allerdings neuerlich vor einer Anfechtung der VO vor den Höchstgerichten und empfahl, mit der Unterfertigung der VO bis zum Abschluß des „Grundeinlösungsverfahrens" zuzuwarten, womit das Risiko einer Anfechtung „völlig reduziert wäre". Die VO wurde vom Bundesminister schon Ende August 1979 unterfertigt und mit BGBl Nr 394/1979 vom 25. September 1979 kundgemacht.

67.2.2.1 Der RH hat die hohe Einstufung der BB in den Dringlichkeitsreihungen des BMBT, die mehrmals als Begründung für diesen Bau verwendet wurde, überprüft. Aufgrund der gegebenen Sachlage sah er die hochrangige Reihung für die BB nicht als gerechtfertigt an, weil einerseits das Verkehrsbedürfnis auf der entsprechenden Achse (A 5 - A 20) auch schon zum Zeitpunkt der Erstellung der Reihung als gering zu erkennen war und andererseits eine Brücke ohne Anschlußstrecken zu keinem verkehrswirksamen Ergebnis führen konnte.

67.2.2.2 Hinsichtlich des Genehmigungsvorganges für das GP 76 bzw die Änderung 1977 kritisierte der RH, daß die Bedenken bezüglich Wirtschaftlichkeit und funktioneller Bedeutung dieses Projekts bei der fachlichen Beurteilung unberücksichtigt blieben. So wurde es trotz der bekannten Unzulänglichkeit der im Projekt beigebrachten verkehrstechnischen Prognosen (Nichtbeachtung der erwarteten Kapazitätsausweitungen der Nachbarbrücken nach dem Reichsbrückeneinsturz!) verabsäumt, die Notwendigkeit der BB anhand wirklichkeitsnaher Untersuchungen - wie vom Bundesminister für Bauten und Technik im Parlament zugesagt - eingehend zu überprüfen; auch wurde, ohne die im Projekt in Aussicht gestellte Überarbeitung der Prognosen durch den Projektsverfasser abzuwarten, die Genehmigung, zwei Wochen nachdem der Bundesminister für Bauten und Technik im Parlament einen Verzicht auf die BB als denkbar bezeichnet hatte, erteilt.

67.2.2.3 Der RH beanstandete weiters das Fehlen einer fachlich objektiven Beurteilung des Vorhabens vor Erlassung der §-4-VO, obwohl die BStr-Behörde dies für erforderlich erachtet hatte. Während die nicht sichergestellte Weiterführung der BB nach Norden und Süden für die Planungsabteilung beim GP 1975 noch einen Ablehnungsgrund dargestellt hatte, hinderte diese grundlegende Einschränkung der Verkehrsfunktion der BB die Planungsabteilung später nicht, sogar einer Verbreiterung der Brücke (Änderung 1979) zuzustimmen.

67.2.2.4 Die bereits erwähnte Ausarbeitung der MA 18 zur verkehrstechnischen Rechtfertigung der BB, die vom BMBT offenbar als Entscheidungsgrundlage für den Bau der BB anerkannt worden ist, bot dem RH mehrfach Anlaß zur Kritik. Die den Prognosemodellen zugrunde liegenden Annahmen waren teilweise nicht mehr zutreffend (Modellfall mit BB setzte die Autobahnverbindung zum Gürtel voraus, wodurch sich die Verkehrsnachfrage auf der BB verdoppelte) und auch einseitig verzerrt (pessimistische Annahmen über die Spurkapazitäten der Brücken bzw über die Aufteilung Individualverkehr: öffentlicher Verkehr). Darüber hinaus ging die Arbeit der MA 18 von der Vorstellung eines „Donaukordons" (= Gesamtheit aller Donaubrücken) aus, wonach nur die Gesamtdeckung der donauquerenden Verkehrsnachfrage - unabhängig von ihrer Lage im Kordon - zu untersuchen war. Diese Vorstellung war verfehlt und entsprach nicht dem Stand der Verkehrswissenschaft, weil etwa einem Bedarf bei der Nordbrücke nicht durch eine Verbreiterung der Praterbrücke abgeholfen werden könne. Nach Auffassung des RH hätte auch das BMBT erkennen müssen, daß der in dieser Arbeit geführte verkehrstechnische „Nachweis" der Notwendigkeit der BB einer kritischen Beurteilung keineswegs standhielt.

67.2.2.5 Im Zusammenhang mit den Auffassungsunterschieden über die Spurkapazitäten der Donaubrücken beanstandete der RH auch die Säumnis des BMBT, das - obwohl schon 1977 vom RH aufgefordert - noch immer keine Richtlinien über die Bemessung von Bundesstraßenquerschnitten in Abhängigkeit von der Verkehrsnachfrage erlassen hat. Bei Vorliegen derartiger Richtlinien wäre es nach Auffassung des RH nicht so leicht möglich gewesen, mit Fehleinschätzungen die Notwendigkeit bzw die Größenbemessung dieser Brücke zu untermauern.

67.2.2.6 Nach Ansicht des RH hätten die Dimensionierungen der Brücke und der Anschlußbauwerke überprüft werden müssen, sobald der Verzicht auf die beidseitigen Verlängerungen feststand. Auch hätte die „isolierte" Brücke mit ihrem geringen Verkehrsaufkommen in sparsamerer Form an das umliegende Verkehrsnetz angeschlossen werden können. Der RH kritisierte die Großzügigkeit der verwirklichten Lösungen umso mehr, als zB die Vereinfachung eines Knotens zunächst zwar gutgeheißen, später aber nicht verwirklicht wurde.

67.2.3 Das BMBT nahm zum Ergebnis dieser Gebarungsüberprüfung in einem kurzen Schreiben Stellung und erklärte, daß „bei diesem Vorhaben derartige Faktoren vorgelegen haben, die das BMBT

letzten Endes veranlaßt haben, trotz aller immer wieder vorgebrachten Bedenken dem Vorhaben zuzustimmen". So sei die BB in Stufe 1 der Dringlichkeitsreihung enthalten und werde die Verkehrswirksamkeit nicht nur durch eine leistungsfähige Weiterführung des Verkehrs erreicht, sondern werde auch aufgrund der gegebenen Netzgestaltung mit der Parallelführung von Donauufer-Autobahn und Handelskai „eine starke Verteilungs- und Spangenfunktion" eintreten. Auch sei beabsichtigt, „die gegebenen Kapazitäten in diesen beiden hochrangigen Straßenzügen allenfalls durch eine geeignete Wechselverkehrszeichenanlage zu aktivieren und damit die Verteilungsfunktion der BB noch mehr in Wirksamkeit treten zu lassen". Im übrigen sei die Brücke „vor allem aus diesen Gründen" (= Verteilungsfunktion der BB) von der Gemeinde Wien „immer wieder massiv verlangt worden" und hätte dieselbe „auch noch eine ganze Reihe durchaus verständlicher Gründe" vorgebracht und diese „immer wieder mit örtlichen Verkehrsbedürfnissen, bezogen aber auch auf spätere Anschlüsse, untermauert". So gesehen erscheine es aber „verständlich, daß die einzelnen Fachabteilungen kaum anders als vom RH beschrieben handeln konnten", darum sei auch auf die (umfangreichen) Ausführungen des RH nicht im einzelnen eingegangen worden. Lediglich zur Frage der Bemessungsrichtlinien teilte das BMBT mit, daß eine Überprüfung der bisher angewendeten Regeln der Technik in Auftrag gegeben wurde.

67.2.4.1 Der RH sah sich durch die Stellungnahme des BMBT in seiner Auffassung bestätigt, daß die Errichtung der BB gemäß den Beurteilungsgesichtspunkten des BStG und gemäß den auch vom BMBT zu beachtenden Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit nicht zu vertreten war. Eine Investitionsentscheidung der gegebenen Größenordnung (Bausumme letzlich 1,47 Milliarden S - ohne Finanzierungskosten) hätte einer umfassenden, vorurteilsfreien und sachlich begründeten Beurteilung ausreichender und sorgfältig erstellter Entscheidungsgrundlagen bedurft. Die vom BMBT dargelegten Überlegungen reichten keinesfalls zur Rechtfertigung der BB aus.

67.2.4.2 Sowohl die unrichtige Dringlichkeitsreihung der BB als auch die vom BMBT nunmehr aufgezeigte „Verteilungsfunktion" erachtete der RH für unzureichende Begründungen für dieses Bauwerk.

67.2.4.3 Der RH erinnerte aufgrund der zu Tage getretenen Auffassung einzelner Fachabteilungen an deren Aufgabe, Projekte fachlich qualifiziert und unvereingenommen zu beurteilen und nicht dem - auch noch so nachdrücklich vorgebrachten - Verlangen politischer Institutionen oder Mandatare zu entsprechen.

67.2.4.4 In den nachdrücklichen Forderungen Wiens nach der BB unter Bezugnahme auf „örtliche Verkehrsbedürfnisse" erblickte der RH keinen tauglichen Rechtfertigungsgrund für die BB als Bundesstraßen-Bauwerk, weil doch Bundesstraßen gemäß Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG auf ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr gründen.

67.2.4.5 Hinsichtlich der Bemessung von Straßenquerschnitten sieht der RH der Herausgabe entsprechender Richtlinien entgegen.

67.2.4.6 Abschließend verblieb der RH bei seiner Empfehlung an das BMBT, in Hinkunft in erhöhtem Maße um eine gewissenhafte und ordnungsgemäße Planung, Entscheidung und Durchführung derartiger Vorhaben besorgt zu sein, um weiteren Fehlinvestitionen vorzubeugen.

Schnellstraßen

Als Voraussetzung für den Bau von Bundesstraßen wurde mit dem Bundesstraßengesetz 1971 die Verpflichtung geschaffen, Trassen durch Verordnungen festzulegen. Im Zusammenhang mit Schnellstraßen-Ersatzstraßen hat das BMBT jedoch §-4-Verordnungen erlassen, deren Gesetzmäßigkeit dem RH zweifelhaft erschien.

67.3 Als mit dem BStG 1971 die neue Straßenkategorie der „Bundesschnellstraßen" geschaffen wurde, war - mit Rücksicht darauf, daß solche Straßen damals noch kaum bestanden - eine Übergangsbestimmung erforderlich; dieser zufolge bleibt dann, wenn eine neue S-Straße an Stelle eines bis dahin bestehenden Bundesstraßen B-Zuges tritt, dieser als „Ersatzstraße" zunächst Bundesstraße, ist nach Fertigstellung der neuen S-Straße jedoch als Bundesstraße aufzulassen. Diese „Ersatzstraßen" erhielten mit Verordnung des BMHGI Dreihunderternummern (zB 333 für S 33).

67.4.1 Im Bundesland Wien war bis zum Inkrafttreten des BStG 1971 der Straßenzug „Eßlinger Hauptstraße/Lannesstraße—Eßlinger Hauptstraße/Landesgrenze NÖ" keine Bundesstraße. Dennoch wurde der Verlauf der B 301 auch für diesen Bereich als Ersatzstraße für die S 1 (Wien/Kaisermühlen [A 20, A 22, A 24]—Groß Enzersdorf—Staatsgrenze bei Schloßhof) verordnet.

67.4.2 Nach Ansicht des RH entbehrte diese Verordnung der gesetzlichen Grundlage, weil die im § 33 Abs 5 BStG 1971 verlangte Voraussetzung für den durch Eßling führenden Abschnitt nicht gegeben war.

67.4.3 Das BMBT stimmte der Auffassung des RH zu und teilte mit, daß die seinerzeit in diesem Raum vorgesehene A 21 an der Stadtgrenze verlaufen und der Abschnitt Eßlinger Hauptstraße/Lannesstraße—Eßlinger Hauptstraße/Landesgrenze NÖ richtigerweise der B 3 zuzuordnen gewesen wäre.

67.4.4 Wie der RH ergänzend bemerkte, ist aufgrund der Novellierung des BStG im Jahre 1983 die S 1 zur Gänze entfallen und eine Weiterführung der A 21 nördlich der Donau nicht mehr vorgesehen.

67.5.1.1 Zwischen Krems und St. Pölten bestand als Nord-Süd-Verbindung die B 32, die über Mautern, Furth, Paudorf, Meidling i. T. und Statzendorf verlief. In West-Ost-Richtung führte die B 226 von Mautern über Palt, Angern und Hollenburg nach Traismauer. Von Traismauer über Herzogenburg nach St. Pölten bestand keine Bundesstraßenverbindung.

67.5.1.2 Noch vor Inkrafttreten des BStG 1971 wurde mit dem Bau der neuen Donaubrücke östlich von Krems und - als deren Fortsetzung Richtung Süden - mit der Planung des Aufstieges auf den „Göttweiger Berg" begonnen.

67.5.1.3 Im BStG 1971 wurden für diesen Raum folgende Straßenzüge festgelegt:

a) S 33 „Kremser Schnellstraße": St. Pölten (A 1)—Traismauer —Krems/Nord (B 35).

In der Novelle 1983 wurde die Streckenbeschreibung wie folgt ergänzt: St. Pölten (A 1, S 34)—Herzogenburg—Traismauer—Krems/Nord (B 35).

b) B 43 „Traismaurer Straße": Mitterndorf (B 1)—Gemeinlebarn—Traismauer—S 33.

67.5.1.4 Die Ersatzstraße für die S 33 erhielt lt einer Verwaltungsverordnung des BMHGl vom Juli 1972 die Bezeichnung B 333 und wurde mit „St. Pölten (B 1)—Mautern—Krems (B 3)" beschrieben.

67.5.1.5 In der Verordnung vom Mai 1977, BGBl Nr 361, mit welcher der Verlauf der Bundesstraßen in NÖ verlautbart wurde, weicht die Beschreibung der S 33 vom BStG 1971 wesentlich ab und sind ua die Orte Statzendorf, Meidling i. T. und Paudorf erwähnt. Dieser Straßenzug entspricht dem der alten B 32.

67.5.1.6 Auch eine §-4-Verordnung vom August 1977, BGBl Nr 462, bezeichnete die Straße zwischen Paudorf und Statzendorf als Teil der S 33; obwohl §-4-Verordnungen aus den Jahren 1975 und 1976 für die S 33 richtig und eindeutig die Trasse über Herzogenburg und Traismauer beschrieben hatten.

67.5.1.7 Die Verordnung vom Mai 1977, BGBl Nr 361, nennt für die B 43 als westlichen Endpunkt „Palt/S 33".

67.5.2.1 Der RH beanstandete in diesem Zusammenhang, daß die neugeschaffene S 33 nicht an die Stelle der B 32 (alt) über Paudorf, Meidling i. T. und Statzendorf tritt, weil sie durch die Trasse über Traismauer und Herzogenburg andere Verkehrsbeziehungen übernimmt. Somit entspricht die Verordnung über die Ersatzstraßen hinsichtlich der S 33 bzw der B 333 nicht dem Bundesstraßengesetz. Die B 32 (alt) scheint hingegen im Verzeichnis der Bundesstraßen B nicht mehr auf und ist daher aufgelassen.

67.5.2.2 Die Beschreibung der B 333 vom Juli 1972 über „Mautern" erachtet der RH insofern als unrichtig, als dieser Ort gar nicht mehr erreicht wird, sondern die Straße damals bereits von Paudorf nordwärts zur Anschlußstelle Krems-Süd und zur neuen Donaubrücke geplant bzw gebaut war.

67.5.2.3 Die Erwähnung der Orte Paudorf und Statzendorf als an der S 33 gelegen war nach Ansicht des RH sowohl in der Verordnung vom Mai 1977 (Straßenverläufe in NÖ) als auch vom August 1977 (§-4-Verordnung) unrichtig.

67.5.2.4 Die B 43 (neu) führt - dem BStG 1971 entsprechend - zur S 33 bei Traismauer/Nord. Die Bezeichnung des westlichen Endpunktes der B 43 mit „Palt/S 33" in der Verordnung vom Mai 1977 ist unrichtig; die S 33 berührt den Ort Palt nicht.

67.5.2.5 Der RH beanstandete abschließend die Vorgangsweise der Straßenbauverwaltung, die gleichzeitig mit dem Bau der S 33 (über Traismauer), für den - wegen Mittelknappheit - ein Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und dem Land Niederösterreich (Sonderfinanzierungsübereinkommen) abgeschlossen worden war, auch den Straßenzug der alten B 32 über Paudorf, Statzendorf mit Kosten von über 145 Mill S als „Ersatzstraße" ausgebaut hat.

67.5.3.1 Das BMBT bezeichnete zwar die Auffassungen des RH als „formal richtig", hielt dem jedoch entgegen, daß die im BStG 1971 enthaltene Wendung „an Stelle treten" in funktioneller Hinsicht auszulegen wäre. Die S 33 übernehme funktionell nicht nur die Verbindung St. Pölten—Krems, sondern auch jene zwischen dem Waldviertel und (über die West Autobahn) den Zentralräumen Wien und Linz. Lediglich die Verbindung zwischen benachbarten Ortschaften auf der St. Pölten-Kremser Straße bzw der S 33 falle bei den genannten Straßenzügen auseinander. Vom Standpunkt des gem Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG für Bundesstraßen maßgeblichen Durchzugsverkehrs trete nach Auffassung des BMBT die S 33 an Stelle der ehemaligen St. Pölten-Kremser Straße, wie die nunmehr durchgehend befahrbare Schnellstraße auch zeige.

67.5.3.2 Auch hinsichtlich des Verlaufes der Ersatzstraße B 333 stimmte das BMBT den Ausführungen des RH, daß nämlich die Gemeinden Furth und Mautern nicht berührt werden, zu; es vermeinte jedoch, daß nach Inkrafttreten des BStG 1971, somit „während des Zustandes der Ersatzstraße eine Verordnung gem § 4 BStG 1971 für diesen Bereich nicht erlassen worden" sei.

67.5.3.3 Die Führung der B 43 ist - wie das BMBT weiter ausführte - im Zusammenhang mit der Beanstandung hinsichtlich der B 333 zu sehen; die Bezeichnung „Palt/S 33" sei - weil die S 33 in ihrer endgültigen Form noch nicht bestanden habe - zwecks Schließung des Netzes (B 333) notwendig gewesen.

67.5.3.4 Auf die Frage des gleichzeitigen Ausbaues der S 33 und der „Ersatzstraße" ging das BMBT nicht ein.

67.5.4 Der RH sah in den beschriebenen widersprüchlichen und nicht gesetzesgemäßen Verordnungen nicht nur Formfehler; er gab zu bedenken, daß auch alle auf gesetzwidrige Verordnungen gestützten hoheitlichen Handlungen (Grunderwerb durch Enteignung ua) sowie darauf bezogene Verwaltungstätigkeiten und Gebarungsfälle der erforderlichen gesetzlichen Grundlage entbehren. Insbesondere in Ermangelung eines Baurechtsverfahrens im Bereich der Bundesstraßenverwaltung maß der RH den gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Festlegung von Trassen besondere Bedeutung zu.

Bundesstraßenverwaltung; Budgeterstellung und -vollzug

Das vom BMBT seit einigen Jahren angewandte Arbeitsmodell für die Investitionsplanung:

1. Dringlichkeitsreihung (Grobe Festlegung des Baubeginns eines Abschnittes durch Dringlichkeitsstufen)

2. Mehrjahresfinanzplan (Jahresbezogene Festlegung des Baubeginns und der Finanzierungsraten eines Abschnittes)

3. Bauprogramm (Festlegung des jährlichen Budgetansatzes für jede Maßnahme - Teil des Abschnittes)

wurde bisher nur ungenügend in die Praxis umgesetzt.

Auch die Bemühungen des BMBT um den Aufbau eines umfassenden Straßeninformationssystems für Lenkungs- und Leitungszwecke hatten bisher noch keinen Erfolg.

Funktionelle Straßenbewertung

68.1.1 Zu Beginn des Jahres 1967 wurde im BMBT mit den Arbeiten für ein generelles Straßenbaukonzept Österreichs begonnen. Als Vorarbeit sollte vorerst der Umfang des Bundesstraßennetzes, unterteilt in einzelne Kategorien, festgelegt werden.

Im Oktober 1970 lag das Ergebnis einer „funktionellen Bewertung" des gesamten „höherrangigen Straßennetzes" in Form einer Einteilung nach „Kategorien" vor. Als Kriterium für die Bedeutung der einzelnen Straßenzüge wurde die „Funktion" zugrunde gelegt.

Von den Merkmalen der fünf Bewertungs-„Kategorien" entsprachen nur jene der Kategorie I dem Kriterium Durchzugsverkehr voll und jene der Kategorie II zum größten Teil; die Merkmale der Kategorien III, IV und V („Erschließen", „Zufahrten", „Verbindungen", „Parallelstraßen") standen jedoch nicht mit dem „Durchzugsverkehr" in Verbindung. Als Ergebnis der Kategorisierung wurden insgesamt 14 365 km, davon 3 656 km in den Kategorien I und II, erfaßt.

Diese Ergebnisse der Neubewertung waren Grundlage für die Verzeichnisse jener Straßenzüge, die mit Bundesstraßengesetz 1971 (BGBl Nr 286/1971) zu Bundesstraßen erklärt wurden.

68.1.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise bei der Bewertung, weil für die Festlegung als Bundesstraße weitgehend Merkmale herangezogen wurden, die nicht der Zuständigkeitsabgrenzung gemäß Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG (Angelegenheiten der wegen ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr durch Bundesgesetz als Bundesstraße erklärten Straßenzüge) entsprachen.

Nach Ansicht des RH hätte eine Bewertung als Bundesstraße einzig auf die Bedeutung für den Durchzugsverkehr abgestellt sein müssen. Da sich die Verfassungslage diesbezüglich nicht geändert hat, erschien nach wie vor als maßgebend, was 1920 bzw 1921 (erstes Bundesstraßengesetz) unter „Durchzugsverkehr" verstanden worden war. Mit dem BStG 1921 wurden insgesamt 3 620,4 km des vormaligen Reichsstraßennetzes wegen ihrer Bedeutung für den Durchzugsverkehr als Bundesstraßen übernommen (mit dem Burgenland kamen 1923 weitere 157 km dazu). Diese vormaligen Reichsstraßen dienten seit langem als „Hauptverkehrsadern" dem großräumigen Verkehr, was ua aus ihrer Bezeichnung, ihrer Kilometrierung und ihrer farbigen Markierung hervorging.

Das damalige Bundesstraßennetz (1923) umfaßte also rd 3 777 km, eine Länge, die etwa der des ÖBB-Hauptbahnennetzes (rd 3 700 km) gleichkam. Die Entwicklung des Straßenverkehrs war 1921 sicherlich nicht vorhersehbar, hat aber nicht zu einer Zersplitterung bzw Verästelung des Durchzugsverkehrs, wohl aber zu einer starken Ausweitung des Flächenverkehrs geführt. Der Durchzugsverkehr - im Sinne der Bundeszuständigkeit, also großräumig - hat sich gegenüber 1921 aufgrund des Ausbaues des „hochrangigen Straßennetzes" aber eher auf dieses Netz konzentriert.

Ohne die Entwicklung des mit der Erhaltung oder gar dem Neubau von Straßen verbundenen finanziellen Aufwandes vorhersehen zu können, war schon 1921 anläßlich der Festlegung des Bundesstraßennetzes darauf Rücksicht genommen worden, „den Ländern eine übermäßige Belastung durch den Aufwand für Straßenpflege zu ersparen".

In der Folge nahmen aber die finanziellen Anforderungen an die Straßenverwaltungen so zu, daß, wie auch den Erläuterungen zum BStG 1948 zu entnehmen ist, die „Straßenbaulast" gegenüber dem „Durchzugsverkehr" in den Vordergrund rückte. Mit dem Beginn des Autobahnbaues wurde dann auch eine zweckgebundene Bundeseinnahme (damals Zuschlag zur Mineralölsteuer, später Bundesmineralölsteuer , heute Mineralölsteuer), eingeführt. Das Bundesstraßennetz wurde von rd 3 800 km (1923) auf über 12 000 km (1971) erweitert.

68.1.3 Das BMBT berief sich in seiner Stellungnahme auf die ihm obliegende Vollziehung des Bundesstraßengesetzes und damit auf die Bewertung aller im Verzeichnis angeführten Straßen ohne Unterschied auf deren Bedeutung für den Durchzugsverkehr.

68.1.4.1 Der RH erwiderte, das BMBT habe in seinen Veröffentlichungen zwar zwischen „hochrangigem" und „niederrangigem" Bundesstraßennetz unterschieden, jedoch bisher noch keine Überlegungen hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit dieser Unterscheidung angestellt. Der Mißerfolg bei der Einhaltung der Dringlichkeitsreihung für die Bundesstraßen B sei auf deren überwiegend lokale Bedeutung zurückzuführen. Für die Bundesstraßen B sei daher erwogen worden, den für den Ausbau dieser Straßen erforderlichen Finanzbedarf ohne Dringlichkeitsreihung für die einzelnen Bundesländer bereit zu stellen. Nach Ansicht des RH würde mit dieser „Modellvorstellung" zwar weitgehend den Sachzwängen auf dem Gebiet der Bundesstraßen B entsprochen, die bundesgesetzliche Zuständigkeit und Verantwortung jedoch nicht verändert. So hätte zwar der Bundesminister für Bauten und Technik nach wie vor die Verantwortung für die Verwaltung der Bundesstraßen B, ohne jedoch im einzelnen die Verwendung der Mittel beeinflussen zu können.

68.1.4.2 Der RH hielt bei folgerichtiger Beachtung der im Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG gezogenen Grenzen, der Erfordernisse einer zweckmäßigen und sparsamen Verwaltung sowie der Erfahrungen mit der „Auftragsverwaltung" die Rückgabe des „niederrangigen Bundesstraßennetzes" an die Länder für überlegenswert. Zur finanziellen Bedeckung der damit verbundenen Länderaufgaben könnten im Wege des Finanzausgleichgesetzes (FAG) den Ländern bestimmte Hundertsätze der Mineralölsteuer zur Verfügung gestellt werden, deren Höhe an den in den letzten drei bis fünf Jahren im Durchschnitt für dieses Straßennetz ausgegebenen Mitteln auszurichten wäre. Damit wäre die Finanzierung für den Bereich dieses Straßennetzes - es entspricht weitgehend den Bundesstraßen B - zwar von den Eingängen der Mineralölsteuer abhängig, aber gesetzlich gesichert, was im Hinblick auf die zu erwartenden Engpässe in der Straßenfinanzierung von Bedeutung wäre.

Durch die Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit wäre eine raschere Anpassungsfähigkeit an örtliche Bedürfnisse gegeben. Die eindeutige, nur mehr dem Land zukommende Verantwortung, würde die Eingliederung dieses Straßennetzes in die Planungen des Landes ermöglichen und einem wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Mitteleinsatz förderlich sein. Das BMBT, von Verwaltungstätigkeit entlastet, könnte sich mehr als bisher den Aufgaben des Leitens, Lenkens, Koordinierens und Kontrollierens im Bereich des hochrangigen Straßennetzes widmen.

68.1.5 Das BMBT bekannte sich den Anregungen des RH gegenüber aufgeschlossen und stellte entsprechende Erörterungen auf fachlicher und politischer Ebene in Aussicht, schätzte aber den Meinungsbildungsprozeß als langwierig ein.

Dringlichkeitsreihung

68.2.1 Anläßlich der Beschlußfassung des BStG 1971 hat der Nationalrat in einer Entschließung den Bundesminister für Bauten und Technik aufgefordert, sämtliche Ausbaumaßnahmen der Bundesstraßen in einem nach Dringlichkeit geordneten Bedarfsplan festzulegen, der alle fünf Jahre neu erstellt werden sollte.

Die daraufhin erstellte „Dringlichkeitsreihung für Autobahnen und Schnellstraßen 1972" sollte auch Grundlage für die Planung des übrigen Straßennetzes sein. In Tabellen sind, getrennt für Autobahnen und Schnellstraßen, die einzelnen Bauabschnitte - jedoch nur bundesländerweise - in fünf Stufen gereiht.

Nach Abfassung einer Dringlichkeitsreihung (DR) für die Ausbaumaßnahmen auf Bundesstraßen B und Überarbeitung der DR 1972 wurde die Dringlichkeitsreihung 1975 für Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen B veröffentlicht. Die Tabellen der DR 1975 waren, getrennt nach den einzelnen Straßenkategorien, wieder nur bundesländerweise gegliedert.

Im Jahre 1980 erschien eine weitere DR, deren Reihungstabellen ebenfalls straßenkategorien- und bundesländerweise getrennt waren; eine gesamtösterreichische Reihung ist auch in der DR 1980 nicht enthalten.

In der „Dringlichkeitsreihung 1980" des BMBT wurde auch ein Vergleich der in den Jahren 1975 bis 1980 bei den Bundesstraßen durchgeführten Ausbaumaßnahmen mit den vorgesehenen Dringlichkeitsstufen veröffentlicht. Bei den Bundesstraßen B waren von 716,1 km der Dringlichkeitsstufe 1 nur 255,7 km ausgebaut worden, dagegen weitere 682,5 km der Dringlichkeitsstufen 4 - 7. Das BMBT stellte hiezu lediglich fest: „Bei den Bundesstraßen B ist ein auf die Abschnitte der ersten Dringlichkeitsstufen konzentrierter Ausbau nicht festzustellen."

Obwohl die Reihung bei den Bundesstraßen B im wesentlichen nach den Vorschlägen der Länder erfolgt war, ist eine Einhaltung der festgelegten Reihungen nicht möglich gewesen, weil sie offenbar unvermutet auftretenden regionalen bzw lokalen Bedürfnissen angepaßt werden mußten.

68.2.2 Nach Ansicht des RH wäre eine Dringlichkeitsreihung der Bundesstraßen nicht bundesländerweise, sondern entsprechend der dem BMBT im Bundesministeriengesetz übertragenen Zuständigkeit bundesweit abzufassen und dabei auf die unterschiedliche Investitionstätigkeit bei den einzelnen Straßenkategorien zu achten. Während beim hochrangigen Straßennetz (Autobahnen und Schnellstraßen) die Investitionen vor allem den Neubau ganzer Straßenzüge betreffen, die einzelnen Abschnitte daher einer überregionalen Planung bedürfen, sind die Ausbaumaßnahmen bei den Bundesstraßen B doch mehr lokal begrenzt. Die Festlegungen in der DR sollten sodann, nach Abstimmung mit einem Mehrjahresfinanzplan, die Grundlage für die Aufnahme neuer Bauabschnitte in die Jahresbauprogramme der Bundesstraßenverwaltung bilden. Solcherart wäre eine wirtschaftlich vernünftige, bedarfsgerecht abgestufte und zugleich wirksame Investitionsplanung machbar.

68.2.3 Das BMBT teilte mit, die bisherigen Erfahrungen würden ebenso wie die Empfehlungen des RH bei der im Jahre 1985 fällig werdenden DR Berücksichtigung finden.

Finanzplanung

68.3.1.1 Der erste Mehrjahresfinanzplan für den Bundesstraßenbau wurde im Jahre 1974 im BMBT ausgearbeitet und diente auch als Unterlage zum langfristigen Investitionsprogramm des Bundes 1975-1984. Der RH hat sich bereits anläßlich der Überprüfung des Gebarungsvollzuges 1975 mit diesem Finanzplan kritisch befaßt (SB 1975 Abs 15.11).

68.3.1.2 Im Jahre 1976 wurde ein weiterer Mehrjahresfinanzplan für den Autobahnbau (beschleunigter Ausbau der Süd Autobahn A 2) in Angriff genommen, jedoch nicht zu Ende geführt, da sich nach Ansicht des BMBT die Zielvorstellungen als undurchführbar erwiesen und neue Standpunkte abzeichneten.

68.3.1.3 In der Folge wurden die Grundlagen überarbeitet und im Jahre 1977 ein Mehrjahresfinanzplan für den Autobahnbau 1978 - 1987 (MFP/A-87) entworfen. Vorausgesetzt wurde die Verwendung von 50 vH der zweckgebundenen Einnahmen für den Autobahnbau. Den geschätzten Einnahmen wurden die voraussehbaren Ausgaben gegenübergestellt. Die Differenzbeträge sollten bundesländerweise auf die einzelnen Neubauvorhaben aufgeteilt werden. Dazu sollte ein Aufteilungsschlüssel für die neun Bundesländer („Länderquote") festgelegt und für die nächsten Jahre grundsätzlich beibehalten werden.

Es zeigte sich jedoch, daß die rechnerisch zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen würden, auch nur die bereits begonnenen Bauvorhaben in vertretbaren Zeiträumen abzuschließen.

68.3.1.4 Die Budgetabteilung der Straßenbausektion des BMBT (Abt III/3) hat daher die Erschließung neuer Finanzquellen als notwendig bezeichnet, um den bedarfsgerechten weiteren Ausbau der Autobahnen zu gewährleisten. Weiters sollten Möglichkeiten zur Verringerung der Baukosten verstärkt berücksichtigt werden und die Ausbaupläne auf die Möglichkeit des Hinausschiebens des Baubeginns überprüft werden, insb bei solchen Abschnitten, die ihre Verkehrswirksamkeit erst im Zusammenwirken mit dem Bau angrenzender Abschnitte erreichen. Vor allem sollte die Ausweitung der Gesellschafts- und Vorfinanzierungsstrecken auf ihre Zweckmäßigkeit untersucht sowie die der Dringlichkeitsreihung aus dem Jahre 1972 überarbeitet werden.

68.3.1.5 Zur Weiterführung des Bundesstraßenbaues hat das BMBT in der Folge für einige Bauabschnitte mit Bundesländern Sonderfinanzierungsübereinkommen mit einem Gesamtumfang von 6 633 Mill S abgeschlossen. Weiters wurde ein Staatsvertrag mit Kärnten geschlossen (BGBl Nr 38/1980), worin diesem Bundesland zusätzliche Mittel für den Autobahnbau von 1 600 Mill S zugesagt wurden. Diese wurden allerdings nur durch eine Umschichtung zu Lasten der zweckgebundenen Mittel der übrigen Bundesländer für Kärnten freigemacht; das Gesamtausmaß der Straßenbaumittel hat sich dadurch nicht erhöht.

68.3.2.1 Nach Ansicht des RH wäre der MFP/A-87 jährlich auf Übereinstimmung mit dem Gebarungserfolg zu überprüfen und bei Abweichungen zu überarbeiten gewesen. Dabei sollten die Unterlagen für die in den künftigen Jahren zur Verfügung stehenden Ausbaumittel so genau wie möglich erfaßt werden, um die notwendigen Entscheidungen, wie bspw die Neuinangriffnahme von Autobahnabschnitten, Verzögerungen oder Beschleunigungen im Bau befindlicher Abschnitte oder die Erschließung neuer Finanzierungsquellen entweder selbst treffen oder aufgrund aussagefähiger Unterlagen in die Wege leiten zu können.

68.3.2.2 Der RH erachtete allerdings die bei Erarbeitung des Mehrjahresfinanzplanes für den Autobahnbau gewählte Methode nicht als zielführend. Ausgehend von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der veranschlagten Mittel für Bundesstraßen A, B und S wäre vor der Aufteilung dieser Mittel der Gesamtbedarf und nicht nur der für den Autobahnbau zu erheben gewesen. Bis zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung (1983) lag überdies kein Mehrjahresfinanzplan für den Ausbau der Bundesstraßen B und S vor.

68.3.2.3 Dem RH erschien weiters weder die Festlegung eines gleichbleibenden Schlüssels für die Mittelaufteilung zwischen BStr A einerseits und BStr B und S andererseits noch die Festlegung einer gleichbleibenden „Länderquote" für den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes als zweckmäßig.

Um den Mehrjahresfinanzplan zu einer ausreichenden Entscheidungshilfe für die Gestaltung der jährlichen Bauprogramme und Lenkung des österreichischen Straßenbaues zu machen, hätten in Varianten die Zusammenhänge zwischen der Höhe der benötigten Mittel und Zeitraum sowie Baudauer der vorgesehenen Baumaßnahmen ersichtlich gemacht werden müssen.

68.3.2.4 Der RH beanstandete weiters die Vorgangsweise des BMBT, das die begonnenen Arbeiten nicht zu Ende geführt hat. Zwar wurde der Bundesminister vor einem „zeitaufwendigen abschließenden Vervollkommnen des Planes" im Dienstwege am 15. März 1978 um Weisung für die weitere Vorgangsweise ersucht. Eine solche Weisung wurde aber nie erteilt, vielmehr das Geschäftsstück der Abt III/3 unbearbeitet rückgemittelt, wo es bis zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung ohne weiteren Erledigungsvermerk verblieb.

68.3.2.5 Nach Ansicht des RH hätte das BMBT nach dem Vorliegen der Ergebnisse des MFP/A-87 vor allem für die Bereitstellung der finanziellen Mittel für jene verkehrswirksamen Abschnitte, in welchen zu diesem Zeitpunkt bereits mit Einzelbaumaßnahmen begonnen worden war, zu sorgen gehabt, bevor weitere Abschnitte im Sonderfinanzierungsweg in Angriff genommen wurden. Nach den Angaben im MFP/A-87 war jeweils ab 1981 und 1984 mit einem sprunghaften Ansteigen der Zahlungen

an Straßenbaugesellschaften zur Vermeidung einer Haftungsinanspruchnahme des Bundes sowie mit erhöhten Rückzahlungen für Sonderfinanzierungskredite zu rechnen. Der vom BMBT eingeschlagene Weg führte zu einer Verstärkung dieser Entwicklung, so daß in den folgenden Jahren immer höhere Beträge aus den zweckgebundenen Mitteln der Bundesstraßenverwaltung für Schuldentilgungen eingesetzt werden mußten und daher nicht bauwirksam verwendet werden konnten.

68.3.3 Das BMBT bezeichnete in seiner Stellungnahme die Kritik des RH bezüglich der jährlichen Überarbeitung des Mehrjahresfinanzplanes als berechtigt, erklärte sich aber stets bemüht, durch Verbesserung der Ermittlungsgrundlagen und -merkmale die Genauigkeit der Aussagen zu erhöhen. Die Anforderungen der längerfristigen Finanzplanung würden im Aufbau des Bauprogrammes berücksichtigt werden.

68.4.1.1 Im Sommer 1979 hat das BMBT die in seiner Auftragsverwaltung tätigen Landeshauptmänner ersucht, eine Aufstellung der Kosten der in Bau und der in Planung stehenden Abschnitte auf Autobahnen und Schnellstraßen bekanntzugeben. Die Meldungen der Bundesländer hat das BMBT in einem Mehrjahresfinanzplan für den Autobahnbau (MFP/A-80/1) für die Jahre 1980 - 1984 verwertet.

68.4.1.2 Die Schnellstraßenbauvorhaben wurden nach Bundesländern und Bauabschnitten und den in den Folgejahren benötigten Mitteln erfaßt, weitere Überlegungen hinsichtlich der Aufbringung dieser Mittel wurden jedoch nicht angestellt. Für die Bundesstraßen B wurde kein Finanzplan ausgearbeitet.

68.4.1.3 Der für Autobahnen erstellte MFP/A-80/1 war im Gegensatz zu seinem Vorläufer nicht auf die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mittel abgestellt, sondern nahm die benötigten Mittel für den Ausbau und für sonstige Ausgaben als Grundlage für die Feststellung der fehlenden Finanzmittel. Bei Ermittlung der Ausgaben ging das BMBT von den Bedarfsmeldungen der Bundesländer aus und erhöhte deren Summe um eine angenommene Baukostensteigerung von 7 vH jährlich. Diesem als Bruttoausbausumme bezeichneten Betrag wurden die Ausgaben für Aufwendungen (FAG usw), Erhaltung, Geräte, für Rückzahlungen aus Sonderfinanzierungsverträgen sowie für Zahlungen an Sondergesellschaften zugerechnet und damit die Summe der voraussichtlichen Ausgaben bestimmt.

68.4.1.4 Dieser Ausgabensumme wurden die voraussichtlichen Einnahmen - nämlich nunmehr 52 vH der Bundesmineralölsteuer, sonstige zweckgebundene Einnahmen, Mautüberschüsse und Sonderfinanzierungsmittel - gegenübergestellt; der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen (in allen Jahren Ausgabenüberhänge) stellte die Summe der jeweils fehlenden Finanzierungsmittel dar. Die Abdekkung dieser Fehlbeträge sollte nach den Vorstellungen des BMBT entweder durch Erhöhungen der bestehenden zweckgebundenen Einnahmen oder durch Schaffung zusätzlicher Einnahmen erfolgen.

68.4.2 Nach Ansicht des RH waren Unsicherheiten dieser Finanzplanung insb bei den Verpflichtungen des Bundes aus Sonderfinanzierungsverträgen und für Zahlungen an Straßensondergesellschaften zur Vermeidung von Haftungsinanspruchnahmen des Bundes, vor allem aber bei den Baukostenschätzungen gegeben. Als unbeeinflußbar war auch die Einnahmenentwicklung aus der Bundesmineralölsteuer (nunmehr Mineralölsteuer) anzunehmen. Umso mehr wäre eine laufende Überwachung der Entwicklung und eine darauf beruhende Berichtigung des Planes erforderlich gewesen. Eine solche Weiterbearbeitung und Fortschreibung war aber ungeachtet der Erfahrungen aus dem vorhergangenen Mehrjahresfinanzplan (MFP/A-87) auch beim MFP/A-80/1 nicht festzustellen.

68.4.3 Das BMBT sagte eine Bedachtnahme auf die Anregungen des RH zu und stellte vor allem folgende Maßnahmen in Aussicht:

(1) Konkretisierung der Datengrundlage für Neubau-, Ausbau- und Ersatzinvestitionen;

(2) vermehrter Einsatz von ADV, insbesondere zur Verminderung des Rechenaufwandes bei der Variation von Ausbau- und Finanzplänen;

(3) laufende Anpassung der Pläne;

(4) stärkere Berücksichtigung der mehrjährigen Ausbauprogramme ausgehend von einer gesamtösterreichischen Einnahmen-Ausgabenrechnung;

(5) Aufstellung von mehrjährigen Ausbauplänen unter Bedachtnahme auf die jeweiligen Bauzeitpläne.

68.5.1 Über Auftrag des Büros des Bundesministers vom März 1982 untersuchte die für die langfristige Finanzplanung zuständige Abt III/4 die Auswirkungen möglicher zusätzlicher Sonderfinanzierungen für bestimmte Autobahn- und Schnellstraßenabschnitte; dieses „Grundnetz" von 306,9 km betraf die Autobahnen A 2, A 8, A 10, A 11, und A 12 sowie die Schnellstraßen S 6, S 16 und S 36.

68.5.2 Wie der RH anhand eines Vergleiches des Grundnetzes mit den Reihungen der DR 80 feststellte, wurden 70,2 km Autobahnen und Schnellstraßen der Dringlichkeitsstufe 1a, 54,7 km der Dringlichkeitsstufe 1b und 66 km der Dringlichkeitsstufe 2 in das Grundnetz aufgenommen; außerdem aber auch 92,1 km Autobahnen und Schnellstraßen, die nicht in den Stufen 1a, 1b oder 2 gereiht sind oder in der DR 1980 überhaupt nicht aufschienen. Demgegenüber fanden Autobahn- und Schnellstraßenabschnitte von 17,8 km der Dringlichkeitsstufe 1a und 101,5 km der Dringlichkeitsstufe 1b keine Aufnahme in das bevorzugt herzustellende Grundnetz.

68.6.1 Zur Erfassung des Mittelbedarfes für die kommenden Jahre hat die Abt III/4 die voraussehbaren Belastungen der zweckgebundenen Einnahmen wie folgt zusammengefaßt:

- Erhaltungskosten
- Refinanzierungen (Bedarf für Zuschüsse an Straßensondergesellschaften, Vorsorge für Schuldentilgung aus Sonderfinanzierungen)
- Überhang (Vorbelastungen für die im Bauprogramm 1982 aufscheinenden Bauabschnitte - Neubau)
- Sonstige (alle übrigen, die zweckgebundenen Mittel belastenden Ausgaben, wie zB Straßenforschung)

68.6.2 Wie der RH kritisch vermerkte, waren die Baukosten in der Zusammenfassung höher geschätzt als im MFP/A-80 und dort vorgesehene Kosteneinsparungsmöglichkeiten, wie etwa der Halbausbau einiger Strecken, nicht berücksichtigt worden. Diese Einsparungen hätten eine Verringerung der Baukostensumme um etwa 3 Milliarden S ergeben; das entspricht bei einer Finanzierung auf dem Kreditwege bei 20jähriger Laufzeit Minderausgaben von 12,5 (bei 9 vH Zinsen) bis 13,6 (bei 10 vH Zinsen) Milliarden S.

68.7.1.1 Aufbauend auf den Vorbelastungen für die Jahre bis 1992 hat die Abt III/4 Prognosevarianten unter verschiedenen Voraussetzungen erstellt, wobei jedoch in jedem Fall nur die Errichtung des Grundnetzes (306,9 km Autobahnen und Schnellstraßen) sowie die Fertigstellung der bereits begonnenen Bauvorhaben berücksichtigt wurde.

Eine Variante sah eine reine Budgetfinanzierung vor, eine andere die Finanzierung des Grundnetzes nur aus Fremdmitteln, wobei von einem Zinssatz von 9 vH jährlich und einer Tilgung ab 1993 ausgegangen wurde.

Bei der Variante „Budgetfinanzierung" würde vorerst, während der mit zehn Jahren angenommenen Bauzeit, ein wesentlich höherer Bedarf an zusätzlichen Mitteln entstehen, als bei einer Kreditfinanzierung; nach Ablauf der Bauzeit würden jedoch keine zusätzlichen Mittel mehr benötigt. Bei der Variante „Kreditfinanzierung" würden erst nach Ablauf der Bauzeit Beträge für die Annuitätenzahlungen anfallen, uzw für die Laufzeit der Kredite, das sind 20 - 30 Jahre. Die Höhe dieser zusätzlichen Mittel läge je nach Zinsenhöhe und Laufzeit zwischen 3 421 und 5 303 Mill S jährlich.

Da die besprochenen Varianten stets davon ausgingen, daß die im Bauprogramm 1982 aufscheinenden Bauvorhaben zu Ende geführt, an neuen Vorhaben aber nur die im Grundnetz enthaltenen Abschnitte begonnen werden, hat die Abt III/4 eine weitere Variante erarbeitet, die für die Jahre bis 1992 gleich hohe Neubauausgaben wie 1982 zuzüglich einer Baukostensteigerung von 7 vH jährlich vorsah. Diese Variante zeigte steigende Belastungen für die Jahre 1982 - 1992 von 16,5 bis 29,5 Milliarden S, dh Mehrerfordernisse gegenüber den Einnahmenschätzungen von 1,0 bis 13,7 Milliarden S.

68.7.1.2 Das BMF erhielt diese Ausarbeitung Ende April 1982 und zog daraus folgende Schlüsse:

(1) Eine Weiterführung des Straßenbaues mit den zur Verfügung stehenden bzw prognostizierten zweckgebundenen Einnahmen würde einen Ausbau des Grundnetzes erst ab 1987 in geringem Umfange ermöglichen.

(2) Wenn das Grundnetz zur Gänze auf dem Kreditweg finanziert und bis zur Fertigstellung 1992 nur Zinsen bezahlt werden, fehle jährlich eine Milliarde S; ab dem Zeitpunkt der Rückzahlung (1993) fehlen jedoch jährlich 5 Milliarden S, obwohl keine neuen Arbeiten mehr in Angriff genommen werden können.

(3) Infolgedessen müßten ab 1983 dem Bundesstraßenbau jährlich 2 Milliarden S zusätzliche „Steuereinnahmen" zugeführt werden, um den Ausbau des Grundnetzes zusätzlich zu den „normalen" Baumaßnahmen in den Jahren bis 1992 zu sichern. Ab 1992, dem Beginn der Rückzahlungen, könnte der weitere Ausbau nur in geringem Umfang weitergeführt werden.

Das BMF bezeichnete weiters eine Weiterführung des „normalen" Straßenbaues für eine „kontinuierliche, wenn auch laufend sinkende Weiterbeschäftigung der Straßenbaubetriebe" als unbedingt erforderlich. Darüber hinaus blieben jedoch noch weitere, über das Grundnetz hinausgehende Neubaumaßnahmen offen.

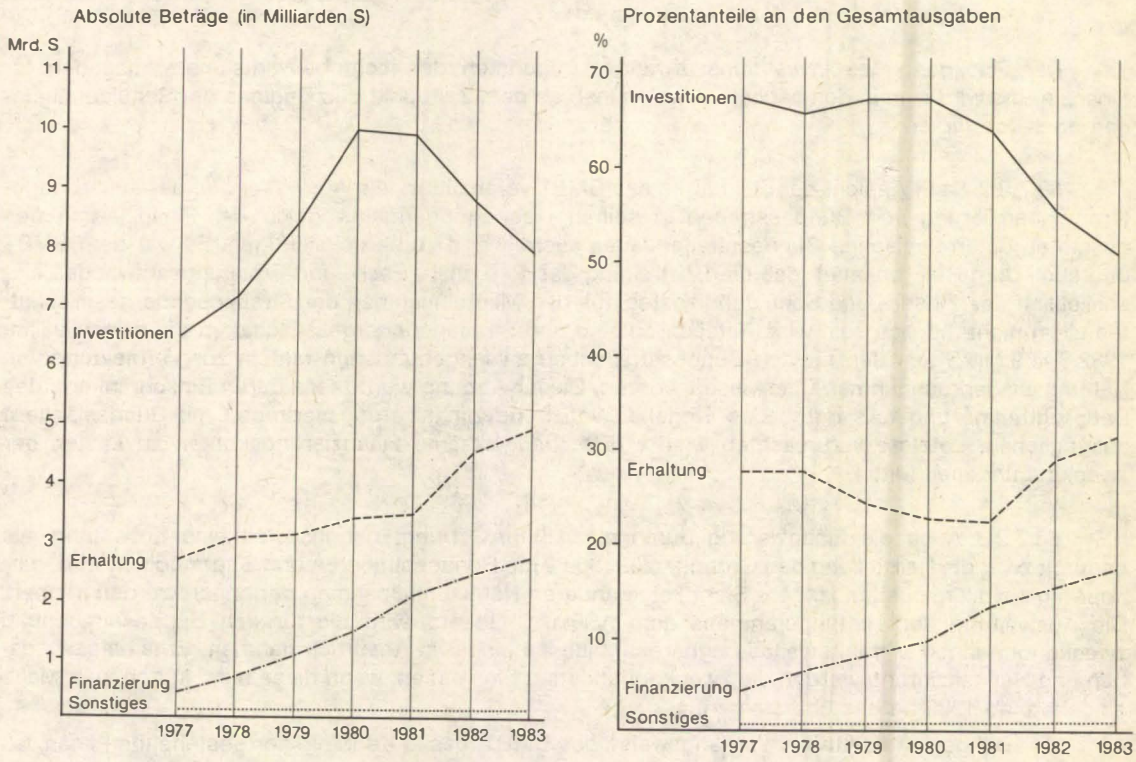
Das BMF regte die Gründung einer Finanzierungsgesellschaft in seinem Zuständigkeitsbereich sowie die Schaffung neuer, für den Bundesstraßenbau zweckgebundener Einnahmen an, wodurch dem Straßenbau jährlich etwa 2 Milliarden S zugeführt werden können; andere Alternativen, wie die Einschränkung des Grundnetzes oder die Erstreckung der Bauzeit bis 1997 bei späterem Baubeginn (1985), wären wegen der sich daraus ergebenden großen Schwierigkeiten nicht möglich.

68.7.1.3 Im Sinne dieser Überlegungen wurde das Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFinAG) errichtet wird, beschlossen und im BGBl Nr 591/1982 kundgemacht.

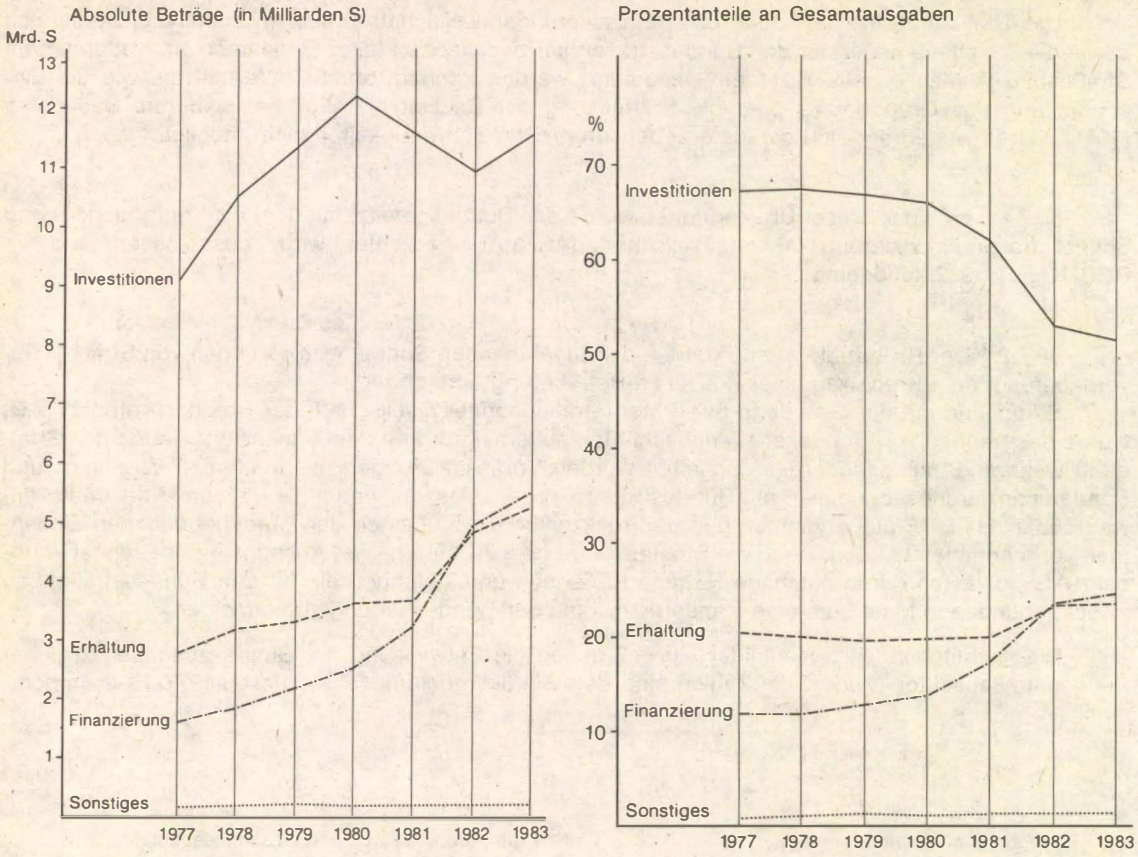
68.7.2.1 Der RH hat die Auswirkungen der zunehmenden Sonderfinanzierungen von Straßenbauvorhaben auf dem Kreditweg einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Beginnend mit der Gründung der ersten Straßensondergesellschaft, der Brenner Autobahn AG, wurde der Neubau von Bundesstraßenabschnitten außerhalb des Budgets finanziert. Neben der Gründung weiterer Straßensondergesellschaften wurden Vorfinanzierungen mit Baufirmen vereinbart und Sonderfinanzierungsabkommen mit Bundesländern abgeschlossen, wobei die nötigen Mittel im Kreditwege über das BMF aufgenommen und die Rückzahlungen zu Lasten der zweckgebundenen Einnahmen vorgenommen wurden. Auch die Straßensondergesellschaften - mit Ausnahme der Brenner Autobahn AG - belasten durch namhafte Beträge für Zinsen und Tilgungen die für den Bundesstraßenbau zweckgebundenen Mittel, um eine Inanspruchnahme der Bundeshaftung zu vermeiden.

Die nachstehenden Schaubilder 1 und 2 geben die Entwicklung der Bundesausgaben auf dem Bundesstraßensektor wieder; die Zahlen sind den Bundesrechnungsabschlüssen 1977-1983 entnommen.



Zusammen mit den in den Jahresabschlüssen der Straßensondergesellschaften ausgewiesenen Beträgen derselben Jahre ergeben sich die Werte in den Abbildungen 3 und 4.



Der Rückgang des Investitionsaufwandes zugunsten der nicht bauwirksamen Ausgaben für Finanzierung wird sich in den nächsten Jahren insb ab dem Zeitpunkt des Beginns der Schuldentilgungen noch verstärken.

68.7.2.2 Nach Ansicht des RH hat es das BMBT verabsäumt, die Auswirkungen der außerbudgetären Finanzierung von Bundesstraßen in seinen Überlegungen hinsichtlich der Finanzierung des gesamten österreichischen Bundesstraßenbaues ausreichend zu berücksichtigen. Es war dem BMBT und auch dem BMF bekannt, daß die Bestreitung des Personal-, Sach- und Erhaltungsaufwandes einschließlich des Zinsen- und Schuldendienstes aus den Mauteinnahmen der Straßensondergesellschaften allein nicht möglich sein wird. Tatsächlich sind den Straßensondergesellschaften bis einschließlich 1982 7 479 Mill S aus den für den Bundesstraßenbau zweckgebundenen Mitteln zur Vermeidung von Haftungsinanspruchnahmen überwiesen worden. Dieser Abgang wurde teils durch Einschränkung des Bauprogramms und teils durch das Eingehen von Sonderfinanzierungsverträgen mit Bundesländern ausgeglichen. Letztere verursachten wieder nicht bauwirksame Finanzierungskosten zu Lasten der zweckgebundenen Mittel.

68.7.2.3 Auch die Finanzierung durch die ASFinAG bringt nur insoweit eine Entlastung, als dadurch zwar die Herstellung des Grundnetzes (306,9 km Bundesstraßen A und S) ermöglicht wird, darüber hinaus allerdings auf längere Sicht keine anderen Neubaumaßnahmen begonnen werden können. Die Ausweitung des Haftungsrahmens gem ASFinAG-Gesetz, wird die für den Bundesstraßenbau zweckgebundenen Mittel in weitaus höherem Maße als bisher in Anspruch nehmen; Erhaltungsausgaben und Refinanzierung werden die zweckgebundenen Einnahmen, wenn diese nicht in höherem Maße eingehen, ab 1989 bereits übersteigen.

Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMBT, das in Kenntnis der bestehenden finanziellen Lage auf dem Gebiete der Bundesstraßen nur „Zwischenlösungen" den Vorzug gegeben hat, die zwar kurzfristig den Weiterbau ermöglichen, sodann aber wegen der Finanzierungsengpässe die Lage deutlich verschlechtern werden.

68.7.2.4 Wenn man internationalen Untersuchungen über die Nutzungsdauer von Unterbau, Oberbau, Brücken und Ausstattungen (zB beim Oberbau 25 Jahre) folgt, ist für die nach dem ASFinAG-

Gesetz finanzierten Straßenabschnitte die Erneuerung des Oberbaues bereits zu einem Zeitpunkt zu gewärtigen, in dem infolge der mit 30 Jahren begrenzten Laufzeit der Fremdmittelaufnahmen die Refinanzierung noch nicht abgeschlossen sein wird.

68.7.3 Das BMBT hat dazu nicht gesondert Stellung genommen, sondern auf seine unter Abs 68.4.3 wiedergegebenen Ausführungen verwiesen.

Bauprogramme

68.8.1 Die Höhe der den Bundesstraßenverwaltungen in den Ländern zur Verfügung stehenden Jahresausgabenhöchstbeträge wird durch das BMBT mit der Genehmigung der Bauprogramme für die einzelnen darin enthaltenen Baumaßnahmen in den Bundesländern festgelegt.

Die in den einzelnen „Länderbauprogrammen" enthaltenen Ausgabenhöchstbeträge sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Vertretern des BMBT und den Vertretern der Bundesländer (Bundesstraßenverwaltungen).

68.8.2 Wie der RH kritisch vermerkte, stimmten trotz der eingehenden Abstimmung der Bauprogramme zwischen dem BMBT und den Ländern in einzelnen Fällen die angegebenen Gesamtkosten nicht mit den letzten Kostenschätzungen überein, wurden die Ausgabenhöchstbeträge für die einzelnen Baumaßnahmen nicht eingehalten und schienen Baumaßnahmen in den Bauprogrammen auf, die - manchmal auch durch längere Zeit hindurch - nicht in Angriff genommen wurden.

68.8.3 Lt Stellungnahme des BMBT werde das Bauprogramm im Herbst eines jeden Jahres in Absprachen mit den durchführenden Stellen ausgearbeitet, wobei als Grundlage die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Rahmenbedingungen und möglichen Vorschauen dienten. Da sich die Grundlagen im Laufe der Geltungsdauer der Bauprogramme etwa wegen neuerer Kostenschätzungen der Baudienststellen oder aufgrund von Bürgerinitiativen ändern könnten, seien Anpassungen immer wieder notwendig. Das BMBT erwartete aber von der nunmehr in Angriff genommenen Verflechtung des Bauprogrammes mit der Haushaltsverrechnung des Bundes eine Beschränkung dieser Abweichungen auf ein Mindestmaß.

68.9.1 Gleich zu Beginn seiner Gebarungsüberprüfung hat der RH festgestellt, daß das BMBT seiner Aufgabe, die Einhaltung der Bauprogramme zu überwachen, nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Einer der Gründe hiefür lag in der Aufgabenverteilung in der Sektion III des BMBT. Die „Budgetabteilung" dieser Sektion (Abt III/3) hatte zwar eine allgemeine Überwachung der den Bundesländern zugewiesenen Ausgabenhöchstbeträge vorgenommen, nicht jedoch die Aufteilung auf die einzelnen Baumaßnahmen. Den technischen Fachabteilungen der Sektion III fehlten wiederum für finanzielle Fragen die entsprechenden Unterlagen. Überdies standen dem BMBT keine geeigneten Grundlagen zur Verfügung, aus denen der Bauablauf der einzelnen Vorhaben leicht und rasch abzulesen gewesen wäre. Infolgedessen wurde der Abwicklung der vom BMBT genehmigten Bauprogramme in den Bundesländern nur mäßige Beachtung geschenkt, so daß bspw das Amt der Kärntner Landesregierung eine förmliche Übereinstimmung der Bauausgaben mit den Ansätzen im Bauprogramm als „unwesentlich" bezeichnete.

68.9.2.1 Um geeignete Voraussetzungen für die Überwachung der Bauprogramme, aber auch für eine klarere Veranschlagung der Straßenbaumittel zu schaffen, hat der RH bereits während der Gebarungsüberprüfung angeregt, das Ansatz- und Postenschema für die Veranschlagung der Ausgaben und Einnahmen der Bundesstraßenverwaltung so zu ändern, daß es sowohl eine längerfristige Finanzplanung als auch eine Überwachung und Auswertung des Gebarungserfolges ermöglicht.

68.9.2.2 Da auch der bestehende Kostenstellenkontenrahmen für die Überwachung der Bautätigkeit an den einzelnen Bauvorhaben nicht geeignet erschien, empfahl der RH eine ADV-gerechte Neugliederung.

68.9.3.1 Das BMBT hat die Anregungen des RH aufgegriffen und umgehend mit der Ausarbeitung eines neuen Ansatz- und Postenschemas sowie eines neuen Kostenstellenplanes begonnen. Die Entwürfe des BMBT wurden in eingehenden Besprechungen (ua BMBT, BMF und RH) erörtert. Deren Ergebnis fand schließlich im Bundesfinanzgesetz 1982 und im Teilheft zum Kap 64 seinen Niederschlag.

68.9.3.2 Das neugeschaffene Kostenstellensystem bietet die Möglichkeit, das Bauprogramm ADV-unterstützt zu erstellen. Erstmals wurde das Bauprogramm 1984 in Zusammenarbeit mit den Bundesländern auf dieser Grundlage erarbeitet und der Voranschlagserstellung 1984 zugrunde gelegt. Vom

Bundesrechenamt während des Jahres zur Verfügung gestellte Kontrollausdrucke bieten dem BMBT nunmehr die Möglichkeit, das Baugeschehen in den Ländern laufend zu überwachen und Abweichungen vom Bauprogramm festzustellen.

68.9.4 Der RH würdigte die Kooperationsbereitschaft der zuständigen Stellen im BMBT und BMF, die dazu geführt hat, daß nunmehr die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen sind, das Baugeschehen auf den Bundesstraßen überblicken zu können. Damit wurden seine diesbezüglichen Anregungen (TB 1970 Abs 75.30 und 75.31) verwirklicht.

68.10.1 Das Bauvorhaben Uraniabrücke in Wien schien im Bauprogramm der Bundesstraßenverwaltung erstmals im Jahre 1973 und weiter in den Jahren 1974 und 1975 auf. In den Jahren 1976—1979 wurde die Uraniabrücke nicht in die Bauprogramme aufgenommen, sondern erst wieder ab dem Jahre 1980. Die Gesamtkosten wurden im Jahre 1973 mit 48 Mill S, in den Jahren 1974 und 1975 mit 100 Mill S, in den Jahren 1980—1982 mit 175 Mill S und im Jahre 1983 mit 128,5 Mill S angegeben. In der Beilage D zu den Teilheften 1982 und 1983 für das Kap 64 lauteten die Gesamtkosten auf 195 Mill S. In allen Bauprogrammen waren für das jeweilige Jahr entsprechende Bauraten vorgesehen. Das Bauvorhaben schien weder in der Dringlichkeitsreihung 1975 noch 1980 auf, da es in beiden Ausarbeitungen als „in Bau" befindlich bezeichnet war, obwohl bis Ende 1983 noch keine Bautätigkeit erfolgte.

68.10.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMBT, ein Bauvorhaben ohne sichergestellten Baubeginn jahrelang in die Bauprogramme aufzunehmen und hiefür Bauraten in Millionenhöhe bereitzustellen, die in Anbetracht der äußerst knappen Mittel für andere Bauvorhaben dringend erforderlich gewesen wären. Erfahrungsgemäß wird von der Auftragsverwaltung versucht, solche nicht verwendeten Bauraten für Baumaßnahmen zu verwenden, für die das BMBT keine Mittel bereitgestellt hat.

68.10.3 Seitens des BMBT erfolgte hiezu keine Stellungnahme.

68.11.1.1 Der Abschnitt „Ortsdurchfahrt Dornbirn" der Vorarlberger Bundesstraße B 190 schien erstmals im Bauprogramm 1972 auf. Obwohl das Baulos in sämtlichen Bauprogrammen der Jahre 1972 bis 1983 enthalten war, erfolgte bis Ende 1983 kein Baubeginn. Bis Mitte 1983 lag nicht einmal eine genehmigte Detailplanung für das Bauvorhaben vor.

68.11.1.2 Trotzdem war mit der Grundeinlösung bereits im Jahre 1972 begonnen worden. Schon drei Monate nach Erlassung der VO gem § 4 BStrG 1971 wurden einer Brauerei rd 37,3 Mill S und bis Mitte 1974 weitere rd 2,0 Mill S gezahlt. Außer in diesem Fall ging die Einlösung der weiteren Grundflächen bis 1977 nur langsam vor sich und war bis Ende 1983 noch nicht abgeschlossen.

68.11.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMBT, das einerseits die Herstellung der Ortsdurchfahrt Dornbirn zwar alljährlich in die Bauprogramme aufgenommen, trotz der Dringlichkeit der Baumaßnahme jedoch deren Inangriffnahme und Durchführung nicht angeordnet und betrieben hat, andererseits aber trotz des Fehlens einer Detailplanung der Grundeinlösung mit Ausgaben von insgesamt fast 100 Mill S zugestimmt hat, die für den Ausbau des Bundesstraßennetzes seit über 10 Jahren keinen unmittelbaren Nutzen erbrachten.

68.11.3 Das BMBT begründete die Grundeinlösung mit dem von allen Stellen erwarteten baldigen Baubeginn; eine Bürgerinitiative habe zu dieser Zeit noch nicht bestanden. Außerdem sei bekannt gewesen, daß die Inhaber der Brauereigrundstücke größere Investitionen geplant hatten.

68.12.1 Das Bauprogramm 1981 sah erstmals die definitive Decke der Strecke Wiener Neustadt—Seebenstein der A 2 mit Gesamtkosten von 225 Mill S vor. Ein Anteil von 55,0 Mill S davon war für die definitive Decke der S 6 im Abschnitt Seebenstein—Wartmannstetten—Neunkirchen bestimmt. Als Baurate 1981 waren für die A 2 7,0 Mill S und für die S 6 25,0 Mill S vorgesehen.

Im Bauprogramm für das Jahr 1982 waren die Gesamtkosten mit 240 Mill S (davon 71 Mill S für S 6) angegeben. Bauraten für 1982 waren weder für die A 2 noch für die S 6 vorgesehen.

Im Bauprogramm für das Jahr 1983 waren wieder Gesamtkosten von 240 Mill S angegeben; der Anteil für die S 6 fiel auf 40 Mill S. Die Jahresraten 1983 waren mit 80 Mill S für die A 2 und mit 30 Mill S für die S 6 vorgesehen. Bis Juli 1983 wurden keine Arbeiten durchgeführt.

68.12.2 Der RH kritisierte die Vorgangsweise der NÖ Bundesstraßenverwaltung, welche die als dringend dargestellten Arbeiten an der definitiven Decke der A 2 und der S 6 angeblich aus finanziellen Gründen weder 1981 noch 1982 durchgeführt hat. Die NÖ Bundesstraßenverwaltung hat die Meldung von angeblich schweren Schäden auf der „provisorischen Fahrbahn" in erster Linie für die Anforderung

zusätzlicher Ausgabenhöchstbeträge ausgenützt, die insgesamt in erhöhtem Ausmaß zur Verfügung gestellten Mittel aber für andere Maßnahmen verwendet.

68.12.3 Das BMBT hat dazu nicht gesondert Stellung genommen.

68.13.1 Wie in den meisten neu errichteten Teilen des hochrangigen Bundesstraßennetzes erfolgte auch im Bereich der A 2 (Wiener Neustadt—Seebenstein) und der S 6 (Seebenstein—Wartmannstetten) die Verkehrsfreigabe auf einer „provisorischen Fahrbahndecke". In den verbindlichen Richtlinien und Vorschriften für den Straßenbau (RVS) ist ohne Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrsbelastung vorgeschrieben, daß die „provisorische Fahrbahndecke" als 14 cm bituminöse Tragschichte - statt nur 8 cm bei gleichzeitiger Herstellung der definitiven Decke (22 cm Betondecke) - eingebaut wird. Ohne auf die Benützungsdauer einzugehen, wird in den RVS überdies verlangt, daß die „obere Schicht bis zur Aufbringung der definitiven Fahrbahndecke den Verkehrsanforderungen . . . entspricht".

68.13.2 Der RH hielt diese Vorschreibungen in den RVS für mangelhaft und gab zu bedenken, daß sowohl die maßgebende Verkehrsbelastung (Anzahl der Lkw über 5 t) als auch die vorgesehene Benützungsdauer wesentlichen Einfluß auf Dicke und Qualität des Oberbaues haben. Weiters erfordert schon die Benützung über eine einzige Frost-Tau-Periode den frostsicheren Aufbau der provisorischen Fahrbahn. Eine wirtschaftliche und zweckmäßige Anwendung der Ausbaustrategie mit provisorischer Fahrbahn setzt daher auch die Erfassung der Mehrkosten (zB Erhöhung der bituminösen Tragschicht um 75 vH, Tieferlegung des Unterbauplanums) sowie die Festlegung der Gebrauchsdauer voraus. Eine provisorische Fahrbahn so lange befahren zu lassen bis sie zerstört ist bzw - wie hinsichtlich des gegenständlichen Bauloses behauptet - bis sie ihre Tragfähigkeit weitgehend eingebüßt hat, war nach Auffassung des RH nicht geeignet, den bestmöglichen Mitteleinsatz zu gewährleisten.

68.13.3 Lt Stellungnahme des BMBT hätten die bisherigen Erfahrungen die Dimensionierung einer 14 cm dicken BTS-Schicht - aufgebracht in zwei Schichtlagen von 8 cm und 6 cm Dicke (wobei letztere bereits die Qualität einer „Trag-Verschleißschicht" für eine „gewisse Zeitdauer" aufzuweisen hat, die allerdings von der Verkehrsbelastung, dem Winterdienst ua bestimmt wird) - als im allgemeinen für fünf Jahre ausreichend erwiesen. Mit diesem, seit langem praktizierten zweistufigen Ausbau auf Autobahnen könnten allfällige Setzungen im Unterbau noch vor der Aufbringung der definitiven Fahrbahndecke preiswert mit BTS-Mischgut entsprechender Qualität behoben werden.

Nach Meinung des BMBT entsprach diese Vorgangsweise bestmöglich der gebotenen Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit und war dem stufenweisen Deckenaufbau in der BRD nach der Vorschrift RSTO 75 vergleichbar.

68.13.4 Der RH erwiderte, die erwähnte deutsche Vorschrift kenne abweichend von der österreichischen Übung keinen provisorischen, sondern nur einen endgültigen Ausbau, der nach der zum Zeitpunkt der Fertigstellung zu erwartenden maßgeblichen Verkehrsbelastung (Lkw über 5 t) dimensioniert sei. Wenn eine Zunahme der Verkehrsbelastung dies erfordere, werden im Zuge der Erhaltungsarbeiten weitere Belagsschichten aufgebracht. Demgegenüber bewirken die Verkehrsfreigaben von Neubaustrecken mit nicht verkehrsbezogen dimensioniertem Oberbau hohe Kapitalbindung bei Überdimensionierung bzw hohe Instandhaltungskosten bei Unterdimensionierung und/oder zu langen Betriebszeiten.

68.14.1.1 Das Amt der NÖ Landesregierung teilte im August 1980 dem BMBT mit, Messungen sowie „tiefe Netzrisse" an der provisorischen Fahrbahndecke der A 2 hätten einen kritischen Zustand aufgezeigt, der entsprechende Baumaßnahmen unaufschiebbar macht. Beantragt wurde lt Belagsplan des BMBT die definitive Decke in Zementbetonbauweise (22 cm) herzustellen. Die öffentliche Ausschreibung erfolgte ein Jahr später gleichzeitig mit den Belagsarbeiten für die S 6. Insgesamt wurden 68 Varianten in bituminöser Bauweise angeboten. Obwohl die billigste Variante der freien Alternativangebote (bituminöse Bauweise) auf rd 166 Mill S lautete, beantragte das Amt der NÖ Landesregierung am 9. Feber 1982, die Herstellung gemäß Amtsentwurf (22 cm Zementbeton) mit einer Angebotssumme von rd 270 Mill S zu vergeben. Die Außerachtlassung der freien Alternativangebote erklärte das Amt der NÖ Landesregierung mit dem Fehlen der Vergleichbarkeit, die eine gesonderte Ausschreibung erfordert hätte.

68.14.1.2 Die Vernachlässigung der Einsparungsmöglichkeit von rd 100 Mill S begründete die NÖ Autobahnverwaltung auf Vorhalt des RH, der bereits früher auf den im Ausland erfolgreich praktizierten „stufenweisen Ausbau" verwiesen hatte (TB 1977 Abs 76.40.4), mit der Notwendigkeit, den als ministerielle Weisung geltenden Belagsplan des BMBT einzuhalten. Sie verwies aber in ihrem Vergabeantrag auf die vom RH aufgezeigte Einsparungsmöglichkeit von rd 100 Mill S, was seitens des BMBT intern als „unzulässige Einmischung des RH!" bezeichnet wurde.

68.14.1.3 Der Bundesminister ersuchte am 16. April 1982 die Sektion III um Berücksichtigung der Variantenangebote. Weiters sei die Entscheidung noch offen, ob nur eine vorläufige Sanierung erfolgen solle.

68.14.1.4 Zwischenzeitlich hatte das Amt der NÖ Landesregierung (Bundesstraßenverwaltung) den technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragend, beim BMBT die Abänderung des Belagsplanes sowie die Ausführung der definitiven Fahrbahndecke in stufenweisem Ausbau auf bituminöser Basis beantragt und die als erste Ausbaustufe vorzusehende Deckenverstärkung als die technisch und wirtschaftlich günstigste Maßnahme bezeichnet.

68.14.1.5 Die zuständige Abteilung im BMBT lehnte eine Änderung des Belagsplans ab, weil die Betondecke der bituminösen Decke wirtschaftlich überlegen sei und überdies Beispielsfolgerungen zu besorgen wären. „Dies würde nicht nur dem sehr guten Ruf des österreichischen Betonstraßenbaues schaden, sondern es könnten auch die langjährig erfolgten Investitionen auf diesem Spezialsektor des Straßenbaues nicht weiter genützt werden, was die österreichische Bauwirtschaft sicher nicht auf sich ruhen lassen werde."

68.14.2.1 Der RH beanstandete die Vorgangsweise des BMBT, das - ungeachtet der wesentlichen Änderungen der technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten - nach wie vor an seinem Belagsplan aus dem Jahre 1971 festhielt. Schon anläßlich früherer Gebarungsüberprüfungen im Bereich der Bundesstraßenverwaltung (TB 1977 Abs 76.38, 76.39, 76.40) hat der RH eine Überarbeitung dieses Rahmenplanes angeregt.

68.14.2.2 Außerdem erinnerte der RH im Hinblick auf die Äußerung betreffend die Zuständigkeit des RH daran, daß er ua gemäß § 2 Abs 2 RHG verpflichtet ist, bei Ausübung seiner Kontrolle auch die Möglichkeit der Herabminderung von Ausgaben wahrzunehmen.

68.14.3 Lt Stellungnahme des BMBT sei der Belagsplan bereits mehrmals abgeändert und den neueren Erfordernissen angepaßt worden.

68.15.1.1 Nachdem die Zuschlagsfrist für die Deckenbaulose der A 2 und der S 6 im März 1982 abgelaufen war, wurde im August 1982 die Ausschreibung aufgehoben. Der Abschnitt der S 6 wurde nunmehr in bituminöser Bauweise, der der A 2 alternativ in Zementbeton und Asphaltbeton ausgeschrieben.

68.15.1.2 Die Arbeiten auf der S 6 wurden einer Arbeitsgemeinschaft mit einer Auftragssumme von rd 32 Mill S übertragen. Der Billigstbieter der Ausschreibung 1981 hatte für diesen Straßenabschnitt mit rd 60 Mill S (22 cm Betondecke) angeboten.

68.15.1.3 Das Ergebnis der Ausschreibung für die Fahrbahndecke der A 2 erbrachte für die Variante in bituminöser Bauweise (22 cm) ein Billigstangebot mit rd 165 Mill S und für die Variante Beton (22 cm) eines mit 182 Mill S. Aufgrund der Ausschreibung 1981 hatte der damalige Billigstbieter dieselben Arbeiten mit rd 210 Mill S, also mehr als 15 vH teurer, angeboten.

Nach Befassung der „Vergabekommission" - und entsprechend der von ihr in geheimer Abstimmung mehrheitlich gegebenen Empfehlung - wurde die Herstellung der definitiven Decke auf der A 2 in Zementbetonbauweise vergeben. Die Vergabe aufgrund der Ausschreibung 1982 und die teilweise Abänderung des Belagsplanes hat immerhin eine Einsparung von rd 50 Mill S gegenüber dem Angebotsergebnis 1981 gebracht.

68.15.2.1 Der RH beanstandete die Überdimensionierung der Fahrbahndecken auf Teilen der A 2 und S 6, wodurch trotz der vorangeführten Ersparungen noch immer Mehrkosten von rd 50 Mill S verursacht wurden.

Für die A 2 als Variante zur 22 cm dicken Betondecke eine ebenso dicke Asphaltdecke auszuschreiben war nach Ansicht des RH sachlich nicht begründet, hatte aber den Preisvergleich zugunsten der Betondecke beeinflußt.

68.15.2.2 Als widersprüchlich erschien dem RH die Vorgangsweise des BMBT, das zur selben Zeit für die definitive Fahrbahndecke auf der vergleichsweise stärker befahrenen A 12 (Vomp—Innsbruck/Ost) eine 11 cm Asphaltdecke als technisch einwandfrei und wirtschaftlich sinnvoll genehmigte.

68.15.3 Lt Stellungnahme des BMBT sei für den Abschnitt der A 2 die angebotene Zementbetondecke lediglich um 10 vH teurer als die Asphaltdecke gewesen und daher wegen der längeren Haltbarkeit vorgezogen worden.

68.15.4.1 Der RH erwiderte, bei einer geringeren, aber ausreichenden Auslegung (11 cm starker Asphalt wie auf der A 12), hätte der Preisunterschied über 20 vH betragen; über 30 Mill S wären dann für andere dringend erforderliche Maßnahmen der Bundesstraßenverwaltung zur Verfügung gestanden.

68.15.4.2 Nach Ansicht des RH sollte sich angesichts der gegenwärtigen Finanzlage die Bundesstraßenverwaltung mehr denn je verpflichtet fühlen, die sich durch neuere Erkenntnisse in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht bietenden Möglichkeiten zu nutzen, darunter auch eine zweckentsprechende Gestaltung des Oberbaues. Der RH erinnerte an seine bereits 1977 gegebene Empfehlung, Dimensionierungsvorschriften für den Oberbau auszuarbeiten und die Möglichkeiten im Bereich der Erhaltung durch „Recycling" des Asphaltbelages zu nutzen.

68.15.5 Das BMBT stellte entsprechende Ausarbeitungen in einem Arbeitskreis in Aussicht.

68.16.1 Im Bauprogramm für das Jahr 1979 war erstmals der Abschnitt Wartmannstetten—Oberdanegg der S 6 mit Gesamtkosten von 50 Mill S enthalten. Die Bauarbeiten wurden im November 1979 vergeben und begannen im Frühjahr 1980. In den Bauprogrammen der Jahre 1980, 1981 und 1982 waren die Gesamtbaukosten jeweils mit 85 Mill S angegeben. Im Bauprogramm 1983 schienen die Gesamtkosten mit rd 87 Mill S und rd 78 Mill S als bisher verbraucht auf.

Mit Verordnung, BGBl Nr 526/1979, wurde die Trasse festgelegt. Obwohl die provisorische Fahrbahndecke nunmehr aufgebracht ist, kann dieser rd 3 km lange Abschnitt nicht dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden, weil weder eine provisorische Abfahrt zum bestehenden Straßennetz besteht noch die weitere Strecke der S 6 fertiggestellt ist.

68.16.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise der Straßenbauverwaltung, die Grunderwerb, Ausschreibung und Vergabe der Bauarbeiten schon vor Erlassung der § 4-Verordnung durchgeführt hat, sowie die Inangriffnahme dieses Bauloses, von dem zum Zeitpunkt der Bauvergabe bekannt war, daß es nach Fertigstellung noch jahrelang nicht dem Verkehr zur Verfügung stehen werde. Der verfrühte Baubeginn hatte zur Folge, daß die investierten Baukosten (bis 1982 rd 78 Mill S) für wichtige Maßnahmen wie zB für die Sanierung der provisorischen Fahrbahn im angrenzenden Teilstück der S 6 (Seebenstein—Wartmannstetten) fehlten. Teile des fertiggestellten Straßenstückes wurden als Tennisplatz verwendet.

68.16.3 Das BMBT berief sich auf einen Beschluß der Bundesregierung über den bevorzugten Ausbau der Schnellstraßen im Mur- und Mürztal. Die § 4-Verordnung sei innerhalb eines Monates nach Vergabe der Bauarbeiten erlassen worden.

Zahlungen an Straßensondergesellschaften

68.17.1 Im Jahre 1982 hat das BMBT der Autobahnen- und Schnellstraßen-Aktiengesellschaft (ASAG) insgesamt 887 Mill S überwiesen.

Dazu teilte das BMF dem BMBT mit, daß von einer Überweisung der ASFinAG an das BMBT im Gesamtausmaß von 2 250 650 000 S ein Teilbetrag von 800 Mill S den Ersatz für Ausgaben der ASAG betreffe.

68.17.2 Wie der RH kritisch vermerkte, hat es das BMBT verabsäumt, das BMF auf den Unterschiedsbetrag von 87 Mill S aufmerksam zu machen, obwohl es gesetzlichen Anspruch auf vollen Ersatz der aus den zweckgebundenen Mitteln geleisteten Kosten hat. Weiters unterließ es das BMBT, diesen Betrag als Forderung zu verbuchen.

68.17.3 Das BMBT gab bekannt, dieser Betrag werde auf künftige Zuweisungen an die ASFinAG angerechnet werden.

68.18.1 Im § 5 Abs 9 des Arlberg Schnellstraßen Finanzierungsgesetzes, BGBl Nr 113/1973, wird der Bundesminister für Bauten und Technik ermächtigt, jährlich nicht rückzahlbare Beiträge aus den Mitteln der Bundesmineralölsteuer an die Gesellschaft so lange zu leisten, bis die Erträge aus den Benützungsentgelten die Aufwendungen der Gesellschaft für den Schuldendienst, die Straßenerhaltung und angemessene Verwaltungskosten decken. Die jährliche Höhe solcher Beiträge darf den Unterschied zwischen den vorgenannten Aufwendungen und Erträgen nicht übersteigen.

Unter Berufung auf die eingangs erwähnte Bestimmung hat das BMBT in den Jahren 1973 bis 1980 insgesamt 1 025 Mill S an die Arlberg Straßentunnel Aktiengesellschaft (ASTAG) überwiesen.

68.18.2 Wie der RH aus den Bilanzen der ASTAG feststellte, überstiegen diese Zahlungen jedoch den im Gesetz genannten Unterschiedsbetrag um rd 371 Mill S.

Der RH beanstandete die gesetzwidrige Verwendung der zweckgebundenen Mittel die dazu führte, daß in Höhe dieses Betrages in den Jahren 1973 bis 1980 wegen der unzureichenden zweckgebundenen Einnahmen Bauvorhaben der Bundesstraßenverwaltung zurückgestellt oder kostenaufwendige Sonderfinanzierungen in Kauf genommen wurden.

68.19.1 Im § 3 Abs 7 des Bundesgesetzes betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl Nr 306/1971, wird bestimmt, daß Zahlungen des Bundes, die dieser zur Vermeidung einer Inanspruchnahme aus der Haftung leistet, aus dem Ertrag der Bundesmineralölsteuer zu leisten sind.

Unter Hinweis auf diese Gesetzesstelle hat das BMBT in den Jahren 1972 bis 1976 insgesamt 810 Mill S an die Brenner Autobahn Aktiengesellschaft (BAG) überwiesen.

Bereits Anfang September 1972 war in Verhandlungen zwischen den Bundesministern für Finanzen und für Bauten und Technik vereinbart worden, aus den für dieses Jahr erwarteten Mehreinnahmen aus der Bundesmineralölsteuer 300 Mill S an die BAG zu überweisen. Dadurch „würde sich eine Verringerung der Belastung des Bundes für die Zukunft aufgrund der Haftungsübernahme ergeben".

68.19.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise des BMBT, weil es als Grundlage für die Zahlung von einer reinen Vermutung ausging und keinen Nachweis einer für das laufende Jahr vorhersehbaren Haftungsinanspruchnahme des Bundes von der Gesellschaft gefordert hat. In gleicher Weise fehlten die entsprechenden Nachweise für die Zahlungen der Jahre 1973 bis 1976.

68.19.3 Das BMBT gab zu den Zahlungen an die ASTAG und die BAG bekannt, es werde unter Berücksichtigung der Neuregelung durch das ASFinAG-Gesetz in verstärktem Ausmaß für eine genaue Verrechnung Sorge tragen.

Straßeninformationssystem

68.20.1.1 Wie bereits unter Abs 68.1 dargestellt, wurde Ende 1967 mit einer Neubewertung des Bundesstraßennetzes begonnen. Die Ergebnisse sollten in einer Straßendatenbank (Straßenkataster) anstelle der bisherigen händischen Aufzeichnungen des BMBT ADV-mäßig erfaßt und laufend in Vormerk gehalten werden.

68.20.1.2 Im Jänner 1969 nahm das BMBT das Angebot eines Ziviltechnikers, der über eine ADV-Anlage verfügte, für die Einrichtung einer Straßendatenbank mit einer Summe von rd 817 000 S an. Vertraglich wurde ua vereinbart, daß die Daten leicht überprüft und bei Änderung der Verhältnisse ohne besonderen Aufwand ergänzt, angepaßt und erweitert werden können. Die Ergebnisse (Lochkarten und Programme) sollten in das Eigentum der Republik Österreich übergehen.

68.20.1.3 Bis 1977 wurden dem Auftragnehmer alljährlich Folgeaufträge für die Fortführung der Straßendatenbank sowie für Auswertungen und graphische Darstellungen erteilt; darüber hinaus erhielt er zusätzliche Aufträge für Sonderarbeiten. Die Gesamtsumme der hiefür geleisteten Zahlungen betrug über 13 Mill S.

68.20.1.4 Im Hinblick auf die jährlich anfallenden hohen Kosten beabsichtigte das BMBT in weiterer Folge, den Straßenzustand durch die eigene ADV-Abteilung in Vormerk halten zu lassen. Im Frühjahr 1977 stellte das BMBT dazu außerdem fest, der Nutzen der Straßendatenbank sei wegen des dürftigen Informationsgehaltes und der wenig benützerfreundlichen Darbietungsweise gering. Über die endgültige Gestaltung der Straßendatenbank bestand allerdings noch keine Klarheit. Es wurde schließlich in Aussicht genommen, die vorhandenen Daten im Laufe des Jahres 1977 zu übernehmen und ein vollkommen neues Konzept zu erarbeiten, das „dem Informationsbedürfnis der interessierten Stellen unter Bedachtnahme auf eine günstige Kosten-Nutzen-Relation weitestgehend entgegenkommt".

68.20.1.5 Im April 1977 wurde der bisherige Auftragnehmer ersucht, die Übergabe der Unterlagen an das BMBT in die Wege zu leiten.

68.20.1.6 Im Juni 1977 nahm das BMBT Erhebungen vor, wieweit das vorhandene Datenmaterial dem Dienstgebrauch dient, welche Vorstellungen für ein umfassendes Informationssystem bestehen und inwieweit das vorliegende Material erweitert oder verändert werden solle. Wie hiebei festgestellt wurde, war das vorhandene Datenmaterial vom BM entweder nicht verwendet oder seine Verwendbarkeit überhaupt in Zweifel gezogen worden. Von den befragten Bundesländern bezeichneten drei das Datenmaterial als ausreichend, die übrigen legten Änderungswünsche vor.

68.20.1.7 Im Mai 1978 war die Übernahme der Unterlagen vom bisherigen Auftragnehmer abgeschlossen. Seither unterblieb eine Weiterführung. Die übernommenen Lochkarten lagern bei der ADV-Abteilung des BMBT und blieben seit Übernahme ungenützt. Seit 1978 wird nur mehr die Länge des Bundesstraßennetzes statistisch erfaßt; Straßenzustand, Belagsart usw werden nicht in Vormerk gehalten.

68.20.2 Nach Ansicht des RH ließ die überwiegend negative Beurteilung der Straßendatenbank im Jahre 1977 durch die Benützer darauf schließen, daß vor Auftragserteilung zur Führung der Straßendatenbank keine ausreichenden Überlegungen über deren Inhalt und ihren Aussagewert für die künftigen Benützer (BMBT, Bundesstraßenverwaltungen in den Ländern) angestellt worden waren.

Auch die vom Auftragnehmer verwendete ADV-Organisationsform war nicht zweckentsprechend ausgewählt bzw weiterentwickelt worden, wie eine Beurteilung durch die ADV-Abteilung des BMBT bereits im November 1975 ergeben hatte. Lt dieser Beurteilung waren die eingangs angeführten Bedingungen der Vergabe nicht erfüllt worden.

Für andere als nur statistische Zwecke, etwa als Grundlage für die Bauprogramme, konnte das Datenmaterial nicht verwendet werden, da kein Bezug zu Kosten und zum Budget bestand. Für Zwecke der Straßenstatistik allein hätte aber die Weiterführung der bis 1967 aufgrund der Bestandsmeldungen der Bundesländer geführten händischen Aufzeichnungen des BMBT genügt, wie dies auch die Weiterführung der Bundesstraßenstatistik ab 1978 beweist.

Wie der RH sohin meinte, sind der Auftrag zur ADV-mäßigen Führung einer Straßendatenbank sowie die anschließenden Folgeaufträge ohne ausreichende Bedarfsanalyse und ohne fachliche Beurteilung der Verarbeitungsergebnisse vergeben und somit rd 13 Mill S nicht zweckmäßig eingesetzt worden.

68.20.3 Das BMBT bezeichnete die Straßendatenbank für die verschiedensten Zwecke der Straßenverwaltung - wie zur Straßenstatistik, zur Neubewertung der Bundesstraßen und zur Dringlichkeitsreihung - als unentbehrlich.

68.20.4 Der RH hielt dieser Ansicht entgegen, daß die Straßendatenbank im Jahre 1977 durch die ADV-Abteilung und die Fachabteilungen der Sektion III des BMBT als in „keiner Weise den Erfordernissen der Bundesstraßenverwaltung hinsichtlich Aussagekraft, Aktualität und einwandfreier Verwendbarkeit" entsprechend beurteilt und seither nicht mehr fortgeführt worden war, weshalb auch das alte Datenmaterial für Ausarbeitungen nicht mehr verwendbar erschien.

68.21.1 In weiterer Folge wurde im BMBT ein Arbeitskreis zur Ausarbeitung der Grundlagen für den Aufbau eines Straßeninformationssystems gebildet. Das im Jänner 1980 vorgelegte Konzept entsprach jedoch nicht den Vorstellungen des BMBT, da es auf seine Belange zu wenig Rücksicht nahm.

Ein in der Folge gegründeter zweiter Arbeitskreis kam über Vorarbeiten nicht hinaus. Bis März 1982 lag kein Konzept für ein Straßeninformationssystem vor, das den erwarteten Anforderungen gerecht werden konnte.

68.21.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist es innerhalb einer fast fünfjährigen Untersuchungs- und Projektsvorbereitungstätigkeit dem BMBT somit nicht gelungen, über Bedarfserhebungen für ein Straßeninformationssystem hinauszukommen.

68.21.3 Das BMBT gab hiezu keine Stellungnahme ab.

68.22.1.1 Im April 1982 wurde dem BMBT von der Arbeitsgemeinschaft (Arge) zweier Universitätsprofessoren die Durchführung eines Straßenforschungsvorhabens angeboten. Dabei sollten in Form einer Bestandsaufnahme der derzeitigen Organisation und des derzeitigen Informationsstromes innerhalb der Bundesstraßenverwaltung die Grundlagen für den Aufbau eines ADV-unterstützten Informationssystems erarbeitet werden. Dieses sollte den Bedarf des Ministerbüros an „aktueller Information über die finanztechnischen Phasen der Straßen- und Autobahnprojekte des Bundes sowie über die Verwendung der vom Bund bereitgestellten Mittel der Straßenerhaltung" decken.

68.22.1.2 Im Juni 1982 genehmigte der Bundesminister für Bauten und Technik den Abschluß eines Werkvertrages mit der Arge für ein „Straßenbau-Informationssystem/Bestanderhebung und Maßnahmenplanung". Die Auftragssumme, die nach erbrachten Leistungen abgerechnet werden sollte, lautete auf 390 000 S. Fehlende Kenntnisse der Auftragnehmer im Bereich der Bauverwaltung sollten durch Beistellung eines qualifizierten Beamten des BMBT für mindestens vier Wochen ausgeglichen werden.

68.22.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht den Vergabevorschriften entsprechend. Weiters hätten zumindest einzelne Themenstellungen durch eigene Mitarbeiter des BMBT, wie bspw die Klarstellung der Zuständigkeit und der Rechtslage von der Rechtsabteilung, „die Phasen der Projektsverfolgung in der Mehrphasenbuchhaltung der Länder und des Bundes" aber von der Buchhaltung zufriedenstellend beantwortet werden können. Der RH empfahl, grundsätzlich außenstehende Berater erst für jene Fragen heranzuziehen, die mit dem eigenen Wissensstand nicht gelöst werden können.

68.22.3 Lt Stellungnahme des BMBT sollte die Erhebung der Aufbau- und Ablauforganisation nahtlos mit einer gleichzeitig laufenden Neuordnung Hand in Hand gehen, weshalb Bedienstete des BMBT zur gemeinsamen Arbeit mit den außenstehenden Fachleuten abgestellt wurden.

68.23.1 Bis Ende November 1982 legte die Arge ihren Endbericht (24 Seiten) vor, nämlich eine Bestandsaufnahme der „Ist-Situation", ein Flußdiagramm über den „Ablauf eines Straßenbauvorhabens" mit Kompetenzverteilung der Straßenbauverwaltung und der für die Haushaltsverrechnung des Bundes maßgeblichen Gliederungselemente. In der „Stellungnahme zur Ist-Situation" wurde zutreffenderweise bemerkt, nach der bestehenden Zuständigkeitsverteilung sei jede Abteilung der Sektion III nur mit einem Teil der Bauabwicklung betraut und es gäbe im gesamten Ministerium keine Stelle, bei der übersichtliche und zusammenhängende Informationen anfielen. Die Arge empfahl daher die Entwicklung eines Straßeninformationssystems als Teilsystem der in Entwicklung befindlichen Straßendatenbank. Im ersten Realisierungsschritt sollten Finanzdaten aus der Haushaltsverrechnung des Bundes sowie Planungs- und Genehmigungsdaten aus dem BMBT gewonnen werden.

68.23.2.1 Da das Verrechnungssystem des Bundes einen Großteil des unmittelbaren Informationsbedarfes über das laufende Baugeschehen abdeckt, bezeichnete der RH den Aufbau einer „Parallelbuchführung" zur Haushaltsverrechnung innerhalb des Straßeninformationssystems als unwirtschaftlich und empfahl eine verstärkte Nutzung der Verrechnungsdaten der Bundeshaushaltsverrechnung. Allerdings wären in geeigneter Form die Daten der Sondergesellschaften einzubeziehen.

68.23.2.2 Überdies wäre nach Ansicht des RH zu untersuchen, ob anstelle der gewünschten ADV-unterstützten Informationsgewinnung nicht auch zumindest in Teilbereichen mit konventionellen Organisationsmaßnahmen das Auslangen gefunden werden könnte.

68.23.3 Das BMBT gab bekannt, daß den Anregungen des RH vollinhaltlich gefolgt werde.

68.24.1 Die Arge legte im Dezember 1983 dem BMBT die Honorarnote für die Durchführung des Analyseauftrages in Höhe von rd 350 000 S vor. Der Gesamtbetrag errechnete sich aus Stundenleistungen der beiden als Projektleiter eingestuften Professoren und ihrer vier Mitarbeiter sowie dem Aufwand für Schreib- und Kopierarbeiten.

68.24.2 Nach Ansicht des RH hätte der Umfang des Projektes in den abgerechneten Phasen „Ist-Zustandserhebung und Grobanalyse" auch mit einem geringeren Personaleinsatz erbracht werden können. Insb wäre die starke Einbindung von ADV-Fachleuten entbehrlich gewesen.

68.24.3 Lt Stellungnahme des BMBT sei eine nachträgliche Überprüfung von Forschungsaufträgen, insb bei Beurteilung des erforderlichen Zeitaufwandes, problembehaftet, jedoch seien rd 40 000 S gegenüber der Auftragssumme eingespart worden. Die Einschaltung von ADV-Fachleuten schon in der Phase der Ist-Zustandserhebung ermögliche kürzere Einarbeitungszeiten in den Folgephasen.

68.24.4 Dem hielt der RH entgegen, daß im zwischenzeitlich erteilten Folgeauftrag mit einer Auftragssumme von 700 000 S wieder Ist-Zustände und die Erhebung von Informationsbedürfnissen enthalten sind.

Universität für Bodenkultur, Zubau

69.1 Anläßlich einer umfassenden Gebarungsüberprüfung von Universitätsneubauten hat der RH bereits die Fassade des Zubaues zum Wilhelm-Exner-Haus aus „rostträgem" Stahl beanstandet, insb weil die BGV I Wien die ausführende Unternehmung nicht innerhalb der Gewährleistungsfrist zur Behebung offensichtlicher Mängel veranlaßt hatte. Die BGV I Wien sagte damals zu, ein Gutachten über das Korrosionsverhalten des verwendeten Stahls einzuholen (TB 1980 Abs 64.20). Der Bau war als Versuchsbau geplant.

69.2.1.1 Im Zuge einer 1982 eingeleiteten Nachprüfung befaßte sich der RH mit der Weiterentwicklung der Angelegenheit und stellte ein Fortschreiten der Rostschäden fest. Nach dem von der BGV I Wien beauftragten Gutachten vom März 1981 entsprach der verwendete Stahl in seiner chemischen Zusammensetzung der beauftragten Werkstoffgüte. Die Korrosionsschäden seien auf ungeeignete Fensterputzmittel, vorwiegend aber auf nicht oder zu wenig rasch abgetrocknete Niederschläge zurückzuführen. Die BGV I Wien unterließ es, die Frage der Haftung für die Mängel zu prüfen.

69.2.1.2 Erfahrungsberichte der im Gebäude untergebrachten Institute wiesen auch auf eine mangelhafte Wärmedämmung der Außenwände hin. Die Montage von Außenjalousien erbrachte nicht in allen Fällen eine Verringerung der Wärmebelastung, sondern führte zu zusätzlichen Schwierigkeiten bei der Wartung.

69.2.2 Der RH beanstandete die Mängel dieses Bauwerkes und bezeichnete es als unzweckmäßig, ein Universitätsgebäude in Form eines „Versuchsbaues" zu errichten. Ein Teil der Mängel lasse zudem Fehlleistungen der Planer, der ausführenden Unternehmungen und eine ungenügende Kontrolle durch die zuständigen Bediensteten erkennen.

69.2.3 Das BMBT hob in seiner Stellungnahme vom Feber 1984 den Versuchscharakter des Zubaues hervor, mit dem praktisch erprobt werden sollte, ob mit einem Stahlbau den wechselnden Nutzungen besser entsprochen werden könne als mit einem Stahlbetonbau. Die bauphysikalischen Anforderungen seien tatsächlich nicht gänzlich erfüllt worden. Es läge in der Natur eines Versuches, daß er auch negative Ergebnisse zeitigen könne. Die BGV I Wien sei seinerzeit bei Bekanntwerden der Mängel beauftragt worden, Verbesserungsarbeiten vorzuschlagen. Mitte 1983 seien Sanierungsarbeiten der Rostschäden ausgeschrieben worden. Eine thermische Verbesserung der Gebäudehülle des Zubaues soll entsprechend einem Gutachten vom Dezember 1983 in Angriff genommen werden.

69.2.4.1 Der RH erwiderte, es sei nicht Aufgabe des BMBT, Großversuche der Bauwirtschaft zu finanzieren. Vielmehr wären von den Planern und Herstellern entsprechende Nachweise über solche Bauweisen und Baustoffe zu verlangen, über welche im Ressort keine ausreichenden Erfahrungen vorhanden sind. Sollten keine ausreichenden Nachweise vorgewiesen werden, aber dennoch nach den Regeln der technischen Wissenschaften ein nennenswerter Erfolg zu erwarten sein, wäre ein Versuchsbau kleineren Umfanges vertretbar. Dabei wäre eine Inanspruchnahme von Mitteln aus der Bauforschung denkbar.

69.2.4.2 Der RH beanstandete zusätzlich die Mängelbehebung auf Kosten des Bundes, weil nach den nunmehr vorliegenden Gutachten sowohl die Korrosionsschäden als auch die Wärmeverluste nicht auf das Material selbst, sondern auf seine unzweckmäßige Verwendung bei Planung und Ausführung zurückzuführen waren. Planungs- und Ausführungsfehler wären aber im Wege der Haftung gemäß §§ 1299 und 1300 ABGB sowohl gegenüber dem planenden Architekten, der die Verwendung von „rostträgem Stahl" empfohlen hatte, als auch gegenüber der ausführenden Unternehmung, welche die beigestellten Konstruktionspläne nicht im Sinne der ÖNORM B 2110 gerügt und keine Verbesserung verlangt hatte, geltend zu machen gewesen. Der RH empfahl, zeitgerecht entsprechende Veranlassungen zu treffen.

69.2.4.3 Hinsichtlich der beabsichtigten Verbesserung der Gebäudehülle hielt es der RH für zweckmäßig, allenfalls einen Ersatz der vorhandenen Fassadenelemente durch korrosionsbeständigere, besonders hoch wärmegedämmte Elemente zu überlegen, um den kostspieligen Tausch der Fenster zu vermeiden. Das BMBT hätte in diesem Fall nur die Mehrkosten für die erhöhte Wärmedämmung zu tragen, die erfahrungsgemäß nur einen Bruchteil der eigentlichen Sanierungskosten ausmachen.

69.3 Der RH wird über die Angelegenheit weiter berichten.

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

Nicht verwirklicht wurden die Empfehlungen des RH hinsichtlich:

(1) Behandlung fiktiver Überstunden, deren Abgeltung derzeit nicht im Einklang mit dem Gesetz steht (TB 1982 Abs 72.5); lt Mitteilung der Post- und Telegraphenverwaltung (PTV) seien Gespräche mit der Personalvertretung aufgenommen worden, um eine Lösung im Sinne der Empfehlung des RH zu finden;

(2) Auflassung der Telegraphenzentralstation Wien und der Postautohauptwerkstätte (TB 1978 Abs 62.12.2 und 63.14.2); lt Mitteilung der PTV könnten frühestens in sechs Jahren die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Fernamt und Telegraphenzentralstation zusammenzulegen, die Auflassung der Postautohauptwerkstätte werde nach Fertigstellung des Neubaues der Postautobetriebsleitung Wien um die Jahreswende 1984/85 neuerlich untersucht werden;

(3) Schaffung einer ausreichenden Rechtsgrundlage für ruhegenußfähige Belohnungen (TB 1979 Abs 72.4.2); lt Mitteilung der PTV sei beim BKA und beim BMF beantragt worden, auch den Bediensteten des Verwaltungs- und Rechnungsdienstes die Betriebssonderzulage zu gewähren;

(4) Abstandnahme von der Miete eines Großzeltes, für das bereits Mietkosten in Höhe des vierfachen Anschaffungspreises anfielen (TB 1979 Abs 72.10); lt Mitteilung der PTV werde angestrebt, den Mietvertrag aufzulösen und mit sparsamsten Mitteln einen Wetterschutz für die Betriebsmittel der Paketumleitung bis zum Neubau zu gewährleisten;

(5) Einführung eines Turnus- bzw Schichtdienstes für einige Stellen im Kabelbaudienst aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes und zwecks Einsparung von Sonntags- und Feiertagsüberstunden (TB 1980 Abs 68.2.2 und 68.3.2); lt Mitteilung der PTV werde sie im Zuge der Umorganisation des Kabelbaudienstes in Wien trachten, eine weitgehende Verminderung der anfallenden Überstunden zu erreichen;

(6) Vergabe von bisher in Eigenregie besorgten Arbeiten der Haustechnik an private Auftragnehmer und Auflassung des Telegraphenbauamtes 4 (TB 1981 Abs 70.8.2); lt Stellungnahme der PTV sei die Auflassung des Telegraphenbauamtes 4 wegen der steigenden Bedeutung der Haustechnik nicht zweckmäßig; im Rahmen eines post- und haustechnischen Konzeptes würden die Aufgabenstellungen des Amtes neuerlich untersucht; die Vergabe von Aufträgen an Private erfolge, wo es wirtschaftlich sei;

(7) Abgeltung der aus der betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Fortführung von Nebenbahnen entstehenden Mehrkosten von jährlich rd 1 Milliarde S gemäß § 18 Abs 1 lit c des Bundesbahngesetzes (zuletzt TB 1980 Abs 70.16 und TB 1981 Abs 72.7);

(8) Zusammenlegung zahlreicher, nicht sehr leistungsfähiger Kleinwerkstätten im Bahnbetrieb nach einem Gesamtkonzept (TB 1971 Abs 67.8 und TB 1978 Abs 64.18);

(9) Änderung des Prämienlohnsystems in den Bahnwerkstätten (zuletzt TB 1978 Abs 64.17 und TB 1979 Abs 74.10);

(10) Einbeziehung des Elektrotechnischen Dienstes und des Kraftwagendienstes der ÖBB in die Koordinierungsebene der Bundesbahndirektion (zuletzt TB 1979 Abs 73.3 und TB 1980 Abs 70.1);

(11) verwaltungsmäßiger Zusammenfassung mehrerer an einem Ort gelegener Dienststellen der ÖBB (TB 1974 Abs 91.18.2 und TB 1981 Abs 72.61.1.1);

(12) Neugestaltung der Fahrplanstruktur der ÖBB zur Bekämpfung von Zugverspätungen (TB 1974 Abs 91.26 und TB 1980 Abs 70.18);

(13) Einrichtung einer Preisbegutachtungsstelle nach ausländischem Vorbild zur Beobachtung von Fertigungszeiten und -methoden bei Lieferanten der ÖBB (TB 1976 Abs 63.7 und TB 1980 Abs 70.10.2.2);

(14) eingehender Voruntersuchungen als Voraussetzung zur Schaffung einer leistungsfähigen Zentralverschiebeanlage im Westen Österreichs (TB 1980 Abs 70.7);

(15) Einrichtung einer Stelle für Arbeitstechnik zur bestmöglichen Gestaltung von Arbeitsabläufen und Arbeitsplätzen (TB 1981 Abs 72.1.2.2).

Den im vorigen TB enthaltenen Empfehlungen, eine überfachdienstliche Stabsstelle zur Reihung und Überwachung der Investitionen der ÖBB nach betrieblichen Prioritäten zu errichten (TB 1974 Abs 91.4 und TB 1981 Abs 72.6) und die Bauarbeiten auf der Strecke mit dem laufenden Betrieb rechtzeitig abzustimmen (TB 1974 Abs 91.26 und TB 1980 Abs 70.17), sind die ÖBB zwischenzeitlich nachgekommen.

a) Nachtrag zu einem Bericht aus einem Vorjahr

Telegraphenbauamt 4

70.1 Im Zuge der Gebarungsüberprüfung des Telegraphenbauamtes 4 (TB 1981 Abs 70) hat sich der RH auch grundsätzlich mit dem Nebengebührenrecht der Post- und Telegraphenverwaltung (PTV) befaßt. Er äußerte Bedenken sowohl hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des § 68 der Reisegebührenvorschrift 1955 (RGV 1955) wie auch hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit der Nebengebührenvorschrift (NGV) der PTV. Wegen der damals noch offenen Stellungnahme des BKA-Verfassungsdienstes wurde die Angelegenheit im TB 1981 Abs 70.11 nur nachrichtlich erwähnt. Nach zweimaliger Erinnerung liegt nunmehr eine Äußerung des BKA vor.

70.2 Im § 68 RGV 1955 ist für die PTV eine Ausnahmeregelung vorgesehen. Danach bestimmt das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit dem BKA und dem BMF, inwieweit für Dienstverrichtungen im Bereich der PTV anstelle der in den Abschnitten I bis V des ersten Hauptstückes der RGV 1955 geregelten Gebühren besondere Vergütungen gewährt werden. Eine Regelung dieser besonderen Vergütungen enthält die NGV. Rechtlich gesehen handelt es sich bei der NGV um eine Dienstanweisung der Generaldirektion für die PTV, die im Post- und Telegraphenverordnungsblatt Nr 21/1955 verlautbart wurde; dazu erging eine Reihe von Nachträgen. Die NGV wurde nie im Bundesgesetzblatt kundgemacht.

70.3 Dem RH erschien grundsätzlich schon § 68 RGV 1955 als verfassungsrechtlich bedenklich, weil er im Sinne von Art 18 B-VG keine ausreichende Determinierung der den Post- und Telegraphenbediensteten gebührenden besonderen Vergütungen beinhaltet. Die mangelnde Kundmachung der NGV als Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt im Sinne des § 2 Abs 1 Z f, BGBl Nr 293/1972, bewirkte weiters nach Auffassung des RH, daß die „Besonderen Vergütungen" der PTV gem § 68 RGV 1955 mit dem Gesetz nicht im Einklang stehen. Die Bedeutung dieser Gebarung erhellt daraus, daß im Jahre 1980 diese Vergütungen schon fast 320 Mill S erreichten.

70.4 Im April 1984 äußerte das BKA dazu, daß wegen der zu erwartenden budgetären Folgen keine Maßnahmen in bezug auf eine Änderung der bestehenden Rechtslage beabsichtigt seien.

70.5 Der RH erwiderte, bei allem Verständnis für die schwierige Finanzlage des Bundes könnten budgetäre Folgen kein Grund sein, um auf Dauer schwerwiegende rechtliche Bedenken außer acht zu lassen. Er verblieb daher bei seiner Empfehlung, Maßnahmen in die Wege zu leiten, um dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung auch auf dem Gebiete des Nebengebührenwesens der PTV Geltung zu verschaffen.

b) Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Fernmeldebetriebsamt Graz

Infolge der verspätet durchgeführten Systemisierung des Personalstandes des nachgeordneten Telegraphenamtes wurden mögliche Einsparungen beim Personalaufwand nicht genützt. Erhebliche Einnahmen entgingen der Post- und Telegraphenverwaltung durch die nicht ordnungsgemäße Vergabe von Naturalwohnungen. Die Entlohnung der leitenden Bediensteten der Erdefunkstelle Aflenz entsprach nicht den an diesen Personenkreis gestellten hohen Anforderungen.

71.1 Das Fernmeldebetriebsamt Graz (FBA) hat seinen Sitz in 8010 Graz, Marburgerkai 43 - 45 und untersteht unmittelbar der Post- und Telegraphendirektion für Steiermark (PTD). Der örtliche Wirkungsbereich des FBA erstreckt sich auf das Bundesland Steiermark. Die sachliche Zuständigkeit umfaßt im wesentlichen den Betrieb, die Entstörung und die Instandhaltung aller technischen Einrichtungen für den Fernsprech-, Fernschreib- und Telegraphenverkehr sowie zur Übermittlung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Weiters obliegt dem FBA die Annahme und Übermittlung von Telegrammen (Telegraphenamt), die Überwachung der eigenen und fremden Funkdienste sowie die Ausforschung von Störungsquellen und von unbefugten Sendern. Vom FBA wird die einzige Erdefunkstelle Österreichs bei Aflenz betrieben. Das Amt gliedert sich in fünf Abteilungen.

Der durchschnittliche Personalstand betrug im Jahre 1981 1 052 Bedienstete. Die durchschnittliche Überstundenzahl war mit acht je Bediensteten und Monat verhältnismäßig niedrig.

Die Anzahl der Fernsprech-Hauptanschlüsse in der Steiermark betrug Ende 1982 rd 307 500. Der jährliche Zuwachs an Hauptanschlüssen belief sich in den Jahren 1978 bis 1982 auf durchschnittlich rd 22 450. Die Fernsprechdichte lag Ende 1982 bei 25,3 Hauptanschlüssen je 100 Einwohner.

Personal

71.2.1 Beim Telegraphenamt Graz (TA) entwickelten sich im überprüften Zeitraum Arbeitsmenge und Personalstand wie folgt:

Jahr	Anzahl der bearbeiteten Telegramme	Personalsystemstand mit Jahresbeginn
1977	292 595	38
1978	277 556	35
1979	259 929	35
1980	258 324	29
1981	302 381	29

Wie ersichtlich, sank die Anzahl der vom TA bearbeiteten Telegramme ständig bis zum Jahr 1980, stieg jedoch 1981 über die Werte der vier Vorjahre. In Übereinstimmung mit dem Verkehrsrückgang wurde der Personalsystemstand vom Jahr 1977 bis zum Jahr 1980 zurückgenommen, im Jahr 1981 aber trotz der beträchtlichen Steigerung des Verkehrsaufkommens um rd 17 vH unverändert beibehalten. Die Ende des Jahres 1981 durchgeführte Systemisierung des TA ergab sogar einen zu hohen Stand, weshalb mit 1. Juni 1982 vier Arbeitsplätze eingezogen wurden.

71.2.2 Nach Ansicht des RH ließ die Ende 1981 vorgenommene Systemisierung, die trotz Anstieges der Verkehrsleistung zur Einziehung mehrerer Arbeitsplätze führte, deutlich erkennen, wie beträchtlich überhöht der Personalsystemstand des TA in den Jahren vorher gewesen war. Wäre der Personalsystemstand bereits ab dem Jahr 1977 auf den mit 1. Juni 1982 festgesetzten Stand gesenkt worden - was aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens der Vorjahre angebracht gewesen wäre - hätten bis Mitte 1982 rd 10 Mill S an Personalkosten eingespart werden können. Im Interesse eines wirtschaftlichen Personaleinsatzes empfahl der RH, in Hinkunft die Systemisierung leistungsbezogen durchzuführen.

71.2.3 Lt Stellungnahme der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (GD) sei der jeweils zuständige Amtsvorstand verpflichtet, entbehrlich gewordene Planstellen zur Einziehung zu beantragen.

71.3.1 Die „Zentrale Foto- und Drucktechnische Stelle" (ZFDSt) mit neun Bediensteten gehört organisatorisch zum FBA, arbeitet aber überwiegend für die PTD oder andere nachgeordnete Dienststellen. Dies gilt insbesondere für die beiden Buchbinder, die Hausdruckerei, die Kopierstelle und den für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Fotografen. Lediglich die Zählerstandsfotografie mit einem Erfordernis von vier bis sechs Manntagen im Monat gehört zum alleinigen Aufgabenbereich des FBA.

71.3.2 Wie der RH kritisch vermerkte, erhielten sieben der neun Bediensteten die Mehrleistungszulage im Fernmeldebau- und -betriebsdienst ohne ausreichende Begründung, weil ihre Arbeit nur zum geringsten Teil Angelegenheiten des Fernmeldebetriebsdienstes betraf. Weiters empfahl der RH, die ZFDSt aus dem Verband des FBA zu lösen und ihrem Aufgabenbereich entsprechend in die allgemeine Kanzlei der PTD einzugliedern. Lediglich die Zählerstandsfotografie sollte auch künftig vom FBA besorgt werden.

71.3.3 Zur Änderung des Empfängerkreises der Fernmeldemehrleistungszulage erklärte sich die GD außerstande. Gegen die Eingliederung der ZFDSt in die Kanzlei der PTD spräche nach Auffassung der GD ihr Bestreben, den Personalstand in der Verwaltung möglichst niedrig zu halten.

71.4.1 In den Jahren 1979, 1980 und 1981 fielen im Bereich des FBA jährlich rd 19 000 Überstunden für Hauswarttätigkeiten an. Hauswarte werden in der Regel in die Verwendungsgruppe E (Hilfsdienst) eingestuft. Die Bediensteten, die neben ihrer normalen Dienstleistung zu diesen Tätigkeiten mittels systemisierter Mehrleistungen herangezogen wurden, waren jedoch überwiegend in die Verwendungsgruppen C (Fachdienst) und D (mittlerer Dienst) eingestuft. Zwei Bedienstete, die jeweils in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April als Heizer tätig waren, gehörten sogar der Verwendungsgruppe B (gehobener Dienst) an.

71.4.2 Der RH bemängelte die Abgeltung der E-wertigen Hauswarttätigkeiten in Form von Überstundenvergütungen, was zur unterschiedlichen Entlohnung gleichartiger Dienste führte. Er empfahl die Einstufung der Hauswarttätigkeiten als Nebentätigkeit gem § 37 BDG 1979 und eine einheitliche Vergütung gem § 25 Abs 1 Gehaltsgesetz 1956.

71.4.3 Lt Mitteilung der GD seien entsprechende Erhebungen eingeleitet worden, jedoch müsse sowohl die Zentrale Personalvertretung befaßt wie auch die Zustimmung des BMF eingeholt werden.

71.5.1.1 In verschiedenen Orten der Steiermark wurden 45 Naturalwohnungen von Bediensteten des FBA bewohnt. Gemäß § 80 BDG 1979 stellt die Überlassung einer Naturalwohnung eine Sachleistung dar, für die der Beamte laut § 24 des Gehaltsgesetzes 1956 eine angemessene Vergütung zu leisten hat. Da die Bundesregierung die gesetzlich vorgesehene Verordnung bisher nicht erlassen hat, wurden und werden noch die von den Bediensteten zu entrichtenden Vergütungen von der GD jeweils im Einvernehmen mit dem BKA und dem BMF festgelegt. Die Bescheide der GD wurden den Bediensteten grundsätzlich zusammen mit den von der PTD über die Zuweisung der Naturalwohnungen erlassenen Bescheiden übermittelt.

71.5.1.2 In einer Reihe von Fällen wurden Wohnungen schon lange von Bediensteten bewohnt, dem Erfordernis nach bescheidmäßiger Zuweisung und Festsetzung der zu leistenden Vergütung aber entweder überhaupt nicht oder sehr verspätet Rechnung getragen.

71.5.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise, wodurch dem Bund erhebliche Beträge entgingen. Er empfahl, die offenen Forderungen an Wohnungsvergütungen so weit wie bzw so rasch als möglich genau festzustellen und einzufordern, um weitere finanzielle Verluste des Bundes hintanzuhalten. Die Befassung der Innenrevision mit einer Überprüfung der gesamten Wohnungsgebarung der PTD für Steiermark wurde angeregt.

71.5.3 Lt Stellungnahme der GD seien 13 Rückstandsbeträge von zusammen rd 600 000 S den Wohnungsinhabern zur Nachzahlung vorgeschrieben worden. Diese Beträge würden nach Maßgabe der Belastbarkeit der betroffenen Bediensteten des FBA hereingebracht werden. Der für die Unzukömmlichkeiten verantwortliche Bedienstete sei wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden. Die Einschaltung der Innenrevision wurde veranlaßt.

71.6.1 Auch die Abrechnung der Heizkosten erfolgte bei Naturalwohnungen nicht ordnungsgemäß. Zum 30. September 1982 bestanden bei 28 Bediensteten des FBA Heizkostenrückstände von insgesamt rd 270 000 S, weil die für die Heizperiode 1979/80 erwachsenen Heizkosten den Wohnungsinhabern erst in der Mitte des Jahres 1982 zur Gänze vorgeschrieben worden waren. Für die Heizperioden 1980/81 und 1981/82 waren von den Wohnungsinhabern in den meisten Fällen viel zu gering bemessene Pauschalbeträge als Abschlagszahlung eingehoben worden. Da eine sofortige Bezahlung der hohen Rückstände in einem Betrag den Bediensteten nicht zugemutet werden konnte, wurde in den meisten Fällen eine Abstattung in 24 Monatsraten zugestanden. Stundungszinsen wurden nicht festgelegt.

71.6.2 Der RH empfahl, Vorsorge für die genaue Ermittlung und rechtzeitige Vorschreibung der Heizkostenanteile zu treffen.

71.6.3 Die PTD Graz sagte dies zu.

Erdefunkstelle Aflenz

71.7.1.1 Zum Bereich des FBA zählt als eigene Organisationseinheit die Erdefunkstelle Aflenz (EFA). Ihr Bau wurde im Oktober 1977 begonnen. Die provisorische Inbetriebnahme erfolgte im Dezember 1979; im Mai 1980 war die Gesamtanlage fertiggestellt. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung Mitte 1982 umfaßte der Personalstand der EFA 26 Bedienstete.

71.7.1.2 Aufgrund der Vielfalt der eingesetzten Geräte und Techniken stellt der Dienst in der EFA an die fachliche Qualifikation der Bediensteten erhebliche Anforderungen. Während in anderen Stellen in der Regel nur Geräte einer Betriebssparte zu betreuen sind, erfordert der Dienst in der EFA vom Personal hohes theoretisches Fachwissen in allen Bereichen der Fernmeldetechnik, aber auch auf dem Gebiete der Prozeßrechner sowie praktische Erfahrung in der Bedienung und Wartung aller dieser Anlagen, um Störungseingrenzungen und Reparaturen an allen Systemen der Station durchzuführen.
Die erforderliche Einschulung einer Reihe von Bediensteten im Ausland (Japan, Schweiz, BRD) erforderte im Durchschnitt rd 310 000 S.

71.7.2 Wie der RH feststellte, waren die leitenden Bediensteten der EFA mit ihrer Bezahlung unzufrieden. Da diese Bediensteten grundsätzlich normalen Tagdienst von 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr versahen, fielen bei ihnen - im Gegensatz zu den bei der EFA im Turnusdienst rd um die Uhr eingesetzten

Bediensteten - wesentlich geringere Nebengebühren an (Überstundenvergütung, Sonn- und Feiertagsvergütung, Nachtdienstgeld, Sonn- und Feiertagszulage). Aus diesem Grunde bewarb sich bspw kein geeigneter Bewerber um die Leitung der Anlagengruppe B, so daß ein Bediensteter der EFA angewiesen werden mußte, diese Stelle zu übernehmen. Hingegen bemühten sich der Leiter der EFA sowie drei andere im Ausland ausgebildete Bedienstete um ausgeschriebene Arbeitsplätze bei anderen Dienststellen.

Der RH empfahl, im Rahmen des damals für die Bediensteten der PTV geplanten neuen Besoldungsschemas finanzielle Anreize zu schaffen, um die Abwanderung von hochqualifizierten Bediensteten der EFA hintanzuhalten.

71.7.3 Laut Stellungnahme der GD liege der besoldungsmäßige Vorteil des neuen leistungsbezogenen Gehaltsschemas darin, daß es kein Dienstklassensystem enthalte; daher könne bereits nach Übernahme der Aufgaben die Verleihung der höheren Planstelle erfolgen und damit ein entsprechend höherer Bezug zur Auszahlung gelangen.

71.8.1 Obwohl bei Turnusdiensten in der EFA, die rd um die Uhr gehen, als längste durchgehende Dienstzeit planmäßig 10 1/2 Stunden vorgesehen waren, ergaben sich in vielen Fällen aufgrund von Dienstzusammenziehungen erhebliche Abweichungen. Häufig wurden ununterbrochene Dienste von über 24 Stunden geleistet, jedoch waren auch Dienste ohne Unterbrechung zwischen 30 Stunden und 40 Stunden nicht selten und wurden in einem Fall 55 1/4 Stunden verzeichnet.

71.8.2 Der RH erachtete derart lange Arbeitszeiten sowohl aus Gründen des Schutzes der Gesundheit der Bediensteten als auch wegen der Qualität der Arbeitsleistung als bedenklich. Er empfahl, künftig die von den Bediensteten der EFA ohne Ruhepausen geleisteten Dienststunden auf das übliche Ausmaß zu begrenzen und Dienstzusammenziehungen nur mehr in Ausnahmefällen zu gestatten.

71.8.3 Die GD hat das FBA entsprechend angewiesen.

71.9.1 Wegen einer großzügigen Form der Urlaubsabwicklung lag die tatsächlich geleistete durchschnittliche Wochenstundenzahl der im sechswöchigen Turnus tätigen Bediensteten der EFA oft deutlich unter der in § 48 BDG 1979 festgelegten Wochendienstzeit von 40 Stunden. Bei tageweiser Abwicklung des Urlaubes nahmen nämlich viele Bedienstete vornehmlich an jenen Tagen ihren Urlaub, an denen sie turnusmäßig einen über acht Stunden dauernden Dienst abzuleisten gehabt hätten. Auf diese Weise erzielte praktisch jeder Turnusbedienstete jährlich eine zusätzliche Freizeit von umgerechnet 10 bis 12 Arbeitstagen. In Summe machte dies bei den 12 im Turnusdienst eingesetzten Bediensteten jährlich rd 120 bis 140 zusätzliche freie Tage aus.

71.9.2 Um derartige Gestaltungsmöglichkeiten auszuschließen, empfahl der RH, gem § 78 BDG 1979, das Urlaubsausmaß von Beamten im Schicht- oder Wechseldienst in Stunden auszudrükken.

71.9.3 Lt Stellungnahme werde dieser Empfehlung seit 1. Jänner 1983 entsprochen.

71.10.1 Die EFA verfügte zunächst über einen und ab April 1980 über zwei Dienstkraftwagen, die vorwiegend für Fahrten zum Dienstantritt und für Heimfahrten nach Dienstschluß zwischen Bruck an der Mur und der EFA verwendet wurden.

71.10.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil gemäß den von der BReg beschlossenen „Richtlinien für die Benützung von Kraftfahrzeugen des Bundes" Dienstkraftwagen für Fahrten zum Dienstantritt und für Heimfahrten nur von Beamten der Dienstklasse IX und Leitern von Sektionen bei den Obersten Organen und in den Bundesministerien verwendet werden dürfen.

Er empfahl, die Benützung von Dienstkraftfahrzeugen für Fahrten von der Dienststelle zur Wohnung nur in jenen Fällen zu genehmigen, in denen ein Bediensteter für unvermutet auftretende Arbeiten bei der Dienststelle benötigt wird und ein Massenbeförderungsmittel nicht mehr zur Verfügung steht. Im übrigen erachtete der RH eines der beiden Fahrzeuge als entbehrlich.

71.10.3 Lt Stellungnahme sei ersterer Empfehlung bereits entsprochen worden, das zweite Fahrzeug jedoch wegen der entlegenen Unterbringung der EFA und der Wichtigkeit dieser Stelle als Reserve für Notfälle unbedingt erforderlich.

71.11.1 Gemäß § 34 Abs 1 der Reisegebührenvorschrift (RGV) gebührt verheirateten Beamten, die nach der Versetzung in einen anderen Dienstort einen doppelten Haushalt führen, grundsätzlich bis zur Erlangung einer zumutbaren Wohnung eine Trennungsgebühr. Zum 1. Jänner 1982 bezogen bei der EFA acht Bedienstete derartige Gebühren, was mit der dauernden Benützung von Nächtigungszimmern in der EFA begründet wurde.

71.11.2 Nach Ansicht des RH war in vier Fällen wegen der bloß fallweisen Nächtigungen in den Nächtigungszimmern der EFA nicht die Führung eines doppelten Haushaltes abzuleiten, wie dies auch aus dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 19. Juni 1963, Zl 73/62, hervorgeht. Weiters erschien in sieben Fällen die gleichzeitige Zuerkennung von Trennungsgebühren und eines Wohnungsdienstanschlusses am Wohnsitz ihrer Familie sachlich nicht gerechtfertigt, weil die Voraussetzungen für diese Maßnahmen einander ausschließen.

71.11.3 Wie die GD mitteilte, werde künftig eine Trennungsgebühr nicht mehr zuerkannt werden, wenn der Antragsteller an seinem Familienwohnsitz über einen Wohnungsdienstanschluß verfüge.

Sonstige Feststellungen

71.12.1 Für die Unterbringung von Fernmeldefahrzeugen waren in verschiedenen Orten der Steiermark Garagen angemietet. Die wertgesicherten Kosten lagen zwischen 300 und 500 S je Fahrzeug und Monat. Zu den Mietkosten kommen noch Arbeitszeitverluste wegen der täglichen Überstellung der Fahrzeuge zwischen Garage und Dienststelle.

71.12.2 Der RH erachtete es aus Gründen der Sparsamkeit für geboten, nicht nur die Ausstattung der Garagen, sondern von Zeit zu Zeit auch die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit ihrer weiteren Anmietung zu überprüfen. Er empfahl weiters, alle Fahrzeuge, die den ergangenen Richtlinien zufolge nur gesichert abzustellen sind, grundsätzlich möglichst unmittelbar bei der Dienststelle abzustellen. Außerdem wäre allenfalls die Errichtung von Fertigteilgaragen oder Flugdächern auf posteigenen Grundstücken zu überlegen.

71.12.3 Lt Mitteilung der GD sei die PTD entsprechend angewiesen worden.

71.13.1 Die Fernmeldeinspektion (FMI) übte anläßlich ihrer Prüfungen im Bereich des FBA häufig Kritik wegen vorschriftswidriger bzw überhaupt fehlender Abschottungen von Kabelführungen, die aus Gründen des Brandschutzes vorgeschrieben sind. Wie der RH feststellte, waren derartige schwerwiegende Mängel mehr als drei Jahre später noch nicht beseitigt.

71.13.2 Der RH empfahl, künftig dem Brandschutz erhöhtes Augenmerk zu schenken. Außerdem sollte für derartige Arbeiten nicht ausschließlich nur posteigenes Personal eingesetzt werden, worauf ein Teil der Verzögerungen zurückzuführen war.

71.13.3 Laut Mitteilung der GD werde die Brandsicherheit in Wählamtsgebäuden durch Anwendung der modernsten Technologien, durch Schulungsmaßnahmen sowie Beiziehung der Lieferfirmen des Materials für die Kabelabschottungen wesentlich erhöht.

71.14.1 Anläßlich der ADV-unterstützten Lagerbestandsaufnahmen zu den Bilanzstichtagen waren die dem Lager für die Fernschreiberinstandhaltung unmittelbar von Firmen - also nicht über die zentrale Warenbeschaffung - zugegangenen Ersatzteile mangels PTV-eigener Warennummern nicht erfaßt worden; ihr Wert belief sich Ende 1981 auf rd 1,6 Mill S.

71.14.2 Der RH empfahl, durch organisatorische Maßnahmen die vollständige Erfassung der Lagervorräte sicherzustellen.

71.14.3 Lt Stellungnahme sei bereits Entsprechendes veranlaßt worden.

71.15.1 Für das neue Wählamt (WA) Köflach, in dem Mitte 1982 drei Techniker und eine Reinigungskraft tätig waren, waren 23 Waschbecken, 22 Spiegel, zehn elektrische Uhren, 14 Ablagetische, acht Schreibtische, acht Besuchertische, zehn Drehsessel, 61 andere Sessel verschiedener Ausführung und sechs Hocker beschafft worden. Beim ebenfalls neuen WA Raaba betrug für drei beschäftigte Personen der Bestand an Einrichtungsgegenständen neun Waschbecken, acht elektrische Warmwasser-Speicher, sechs elektrische Uhren, 11 zweiteilige Spinde, 14 Ablage-, sechs Besucher-, sieben Schreib- und zwei Werktische, ferner sieben Dreh-, drei gepolsterte und 24 normale Sessel und acht Hocker.

71.15.2 Der RH empfahl, aus Sparsamkeitsgründen künftig die Erstausstattung mit sanitären Einrichtungen, Möbeln usw auf das dem tatsächlichen Personalstand entsprechende Maß zu beschränken.

71.15.3 Die GD machte zwar ein Interesse an der einheitlichen Erstausstattung von Neubauten geltend, sagte aber zu, bei den beweglichen Einrichtungsgegenständen künftig der Empfehlung des RH zu entsprechen. Die PTD Graz werde unabhängig davon vorerst die nicht benötigten Ausstattungsgegenstände umgehend entfernen und anderen Dienststellen zur Verfügung stellen.

71.16.1 Beim Austausch von Gleichrichteranlagen wird das FBA vom Bauamt zur Überprüfung und Nachregelung der neu errichteten Gleichrichter herangezogen. Gearbeitet wird in den Nachtstunden, damit allfällige Betriebsstörungen in die verkehrsschwächste Zeit fallen. In zwei Fällen wurde der Gleichrichtertausch jeweils in einer rd 32stündigen Arbeitsperiode ohne Nachtruhe vollzogen. Es wurden nur einige kurze Arbeitspausen von zusammen je rd sechs Stunden eingelegt.

71.16.2 Da es beim Austausch von Gleichrichtern zu keinen Betriebsstörungen gekommen war, wegen Übermüdung aber eine Gefährdung des Personals gegeben ist, empfahl der RH die Verlegung dieser Arbeiten in die Tagesstunden.

71.16.3 Lt Stellungnahme werde der Empfehlung des RH entsprochen.

71.17.1 Die Geltendmachung von Garantieleistungen wird erleichtert, wenn die Organe des Betriebsamtes ohne Einsichtnahme in die beim Bauamt aufliegenden Versanddokumente der Lieferfirmen auf einfache Weise feststellen können, wann die Garantiefrist abläuft.

71.17.2 Der RH empfahl, für die unterschiedlich langen Garantiezeiten einen Farbcode zu schaffen und diesen allgemein anzuwenden, insb also auch bei den Bauarbeiten der Fernmeldezentralbauleitung.

71.17.3 Die GD sagte eine geeignete Art der Kennzeichnung zu.

71.18.1 Seit Juli 1978 wurden neue vorläufige Instandhaltungsunterlagen für Wählämter mit Koordinatenschaltertechnik im Ortsnetz Graz angewendet. Wegen der damit verbundenen Verlängerung der Fristen für die regelmäßigen Instandhaltungsarbeiten wurde eine erhebliche Arbeitszeiteinsparung erzielt. Diese Erfahrung veranlaßte die PTD für Steiermark im Oktober 1980, bei der GD zu beantragen, diese Instandhaltungsvorschrift bei sämtlichen Ortsämtern gleicher Bauart einzuführen. Diesem Antrag wurde mit der Begründung, daß in absehbarer Zeit mit Ausgabe der Fernmeldebetriebsvorschrift eine bundeseinheitliche Regelung zu erwarten sei, nicht stattgegeben.

71.18.2 Nach Ansicht des RH brachte die Verzögerung bei der Ausgabe zweckentsprechender Instandhaltungsvorschriften mangels Anpassung der Wartungsintervalle an den tatsächlichen Bedarf einen erheblichen Mehraufwand mit sich. Er empfahl, die Angelegenheit mit Vorzug zu behandeln.

71.18.3 Lt Stellungnahme der GD sei die allgemeine Einführung der 1975 versuchsweise eingeführten verminderten Wartung für Koordinatenschalterämter jahrelang am Einspruch der Personalvertretung gescheitert. Ab Jänner 1984 wurde mit Ausgabe der neuen Betriebsvorschrift die eingeschränkte Wartung allgemein eingeführt.

71.19 Weitere Bemängelungen oder Anregungen des RH betrafen ua die Dienstzeit und die Zulagen für Lenker, die Garagierung von Privat- und Dienstkraftwagen, die Sonn- und Feiertagsvergütungen im Schichtdienst, die Entgelte für die Benützung von Nächtigungszimmern, die Auflassung eines Lagers, den Umbau des Fernmeldebetriebsgebäudes in Graz-Gries, die Planung und Revision der Wählamtsbatterien, die Tätigkeit von Instandhaltungsbautrupps, Gewährleistungsansprüche der PTV, das Auftreten von Blitzschäden, die Aufsicht über Funkanlagen sowie die Personalbemessung der Funküberwachungsstelle.

Die GD hat ausführlich Stellung genommen sowie die Abstellung von Mängeln zugesagt oder über bereits durchgeführte Maßnahmen berichtet.

Postamt 1036 Wien

Die Abweichung der Diensteinteilungen der Zusteller vom Normaldienstplan, eine wesentlich vor Ablauf dieser Dienstzeit liegende Rückkunftszeit, eine Tagesleistungskennzahl, die nicht auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Zustellbezirken eingeht, und die erheblich über dem Durchschnitt liegende Anzahl von Krankenständen bewirkten eine ungerechtfertigte Überstundengebarung.

72.1 Das Postamt (PA) 1036 Wien ist seit 1980 zur Gänze im „Postzentrum Wien Süd" am Südbahnhof untergebracht. Seine Zuständigkeit umfaßt die Paketzustellung für ganz Wien, die Eilpaketzustellung für die Wiener Bezirke 1 bis 8 und den Telefonbuchversand; weiters ist es Verzollungs-PA, insbesondere obliegt ihm die Zollstellung der aus dem Ausland einlangenden Pakete und Briefsendungen.

Mit Hilfe von 210 Zustellfahrzeugen werden jährlich durchschnittlich 4,8 Mill Pakete an insgesamt rd 880 000 Abgabestellen zugestellt. Am 1. Jänner 1983 betrug der Personal-Ist-Stand 707 Bedienstete und vier Teilkräfte.

72.2.1.1 Für die Paketzusteller besteht ein Normaldienstplan, der eine Regelarbeitszeit von fünf mal acht Stunden in der Woche vorsieht. Dieser Dienstplan dient aber nur als Grundlage für gewisse Abrechnungszwecke. Tatsächlich werden die Zusteller schon seit langem in der Regel an vier Tagen in der Woche für zehn Stunden zur Arbeit eingeteilt, wobei jeweils die letzten zwei Stunden als Überstunden gelten; für diese wird am fünften Normalarbeitstag Ersatzruhezeit gewährt oder, falls dies nicht möglich ist, werden sie bezahlt. Es besteht also tatsächlich eine Viertagewoche. Im Jahre 1982 bspw wurden nur 3,9 vH der von den Paketzustellern geleisteten Dienste im Rahmen der Normaldiensteinteilung von acht Stunden je Arbeitstag abgewickelt.

72.2.1.2 Der Dienst der Paketzusteller beginnt um 7.00 Uhr und endet bei der tatsächlich Viertagewoche lt Diensteinteilung um 17.00 Uhr. Die Rückkunftzeiten der Paketzusteller werden durch den Platzmeister anläßlich der Abgabe der Fahrtberichte im sogenannten Wagenbuch festgehalten.

72.2.1.3 Wie erhoben wurde, lag die Rückkehrzeit vieler Paketzusteller wesentlich vor Ablauf ihrer festgelegten Dienstzeit, nämlich zwischen 14.30 Uhr und 15.30 Uhr. Da die Paketzusteller dann nur noch ihre tägliche Abrechnung mit einem Zeitbedarf von etwa einer halben Stunde durchzuführen haben, lagen in diesen Fällen somit beträchtliche Abweichungen zwischen Soll- und Ist-Dienstzeit vor.

72.2.1.4 Eine genaue Untersuchung für den Monat April 1982 ergab bei den Paketzustellern, die eine Arbeitszeit von zehn Stunden im Tag gehabt hätten, eine Differenz zwischen Soll- und Ist-Dienstzeit von insgesamt rd 2 700 Stunden, wobei Minderzeiten von weniger als einer Dreiviertelstunde je Tag nicht berücksichtigt wurden. Es handelte sich fast ausschließlich um gutgeschriebene, jedoch nicht tatsächlich erbrachte Überstunden, weil diese Minderzeiten in der Regel nur den Zeitraum von 15.00 bis 17.00 Uhr betrafen, für den im Zehnstundentag - wie bereits erwähnt - automatisch jeweils zwei Überstunden angeordnet wurden. Von den im Monat April 1982 insgesamt ausgewiesenen 7 100 Überstunden der Paketzusteller wurden also etwa 38 vH nicht geleistet. Für das ganze Jahr 1982 muß daher mit rd 25 000 nicht geleisteten Überstunden gerechnet werden, die einem Betrag von rd 2,2 Mill S entsprechen.

72.2.2 Der RH empfahl, Überstundenanordnungen unverzüglich zurückzuziehen, falls sich eine Überstundenleistung als nicht gerechtfertigt herausstellt. Außerdem wurde angeregt, die recht unterschiedlichen Rückkunftszeiten der Paketzusteller als Beurteilungsgrundlage für die Festlegung von individuellen Leistungskennzahlen (Abs 72.4.2) heranzuziehen.

72.2.3 Lt Stellungnahme der GD hat die Post- und Telegraphendirektion (PTD) Wien ab 1. Juli 1984 eine dem Gesetzesauftrag entsprechende Dienstzeit festgesetzt. Als Regeldienstzeit gilt - wie im Normaldienstplan festgesetzt - eine tägliche Arbeitszeit Montag bis Freitag von 7.00 bis 15.00 Uhr.

72.3.1 Die unter Abs 72.2.1.1 angeführte tatsächliche Viertagewoche führte bei der Verrechnung von Überstunden durch Rückrechnung auf die Fünftagewoche gem Normaldienstplan zu Mißbräuchen. So wurden Überstundenverrechnungen trotz Wochenleistung von nur 40 Stunden dadurch ermöglicht, daß der planmäßig dienstfreie Tag nachträglich auf einen Krankentag umgeändert wurde, Zusteller monatelang in jeder Woche je einen Krankentag meldeten, sich vom Dienst freistellen ließen oder einen Urlaubstag verbrauchten. In einem Fall wurden bei einer Monatsleistung von insgesamt nur zehn Stunden zwei Überstunden verrechnet.

72.3.2 Da gem § 48 BDG die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten 40 Stunden beträgt, kam nach Auffassung des RH eine Entschädigung von Überstunden nur insoweit in Betracht, als ein Bediensteter über die für seinen Arbeitsplatz festgesetzte Wochenpflichtleistung hinaus auf Anordnung eine erfaßbare Mehrleistung tatsächlich erbracht hat. Wird ein Bediensteter an seinem (flexiblen) dienstfreien Tag krank, kann dies nicht als erbrachte Mehrleistung gewertet werden. Unter Bezugnahme auf ein Verwaltungsgerichtshoferkenntnis in einem ähnlichen Fall empfahl der RH, die Anzahl der monatlich zu bezahlenden Überstunden in der Art zu errechnen, daß am Monatsende von der Gesamtzahl tatsächlich geleisteter Stunden die im jeweiligen Monat zu leistende Normalarbeitszeit von 40 Stunden je Woche abgezogen wird.

72.3.3 Lt Stellungnahme der GD habe sie schon in einer Dienstanweisung vom Jahre 1981 festgestellt, daß Erkrankungen an dienstfreien Tagen nicht zu Überstunden führen könnten. Im Juli 1984 sei mit Dienstanweisung an die PTD Wien klargestellt worden, daß gem § 48 Abs 2 BDG 1979 die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten - unabhängig von der Festsetzung einer Normalleistung - 40 Stunden betrage. Im Sinne von § 49 Abs 1 BDG 1979 könne von einer Überstunde begrifflich erst dann gesprochen werden, wenn die davor liegende Dienstzeit von 40 Stunden auch tatsächlich erbracht worden ist. Die Ermittlung von Überstunden etwa anhand von Richtzahlen, Schlüsselwerten und ähnlichem könne nur den Zweck erfüllen, das Höchstausmaß der möglichen Überstunden festzulegen. Für die Beurteilung seien nur konkrete Zeiträume, nicht aber fiktiv errechnete Größen von Bedeutung.

72.4.1.1 Wegen der im Jahre 1980 erfolgten Übersiedlung der Zustellabteilung in das Postzentrum Süd leitete die PTD Anfang 1981 eine Personalbedarfsermittlung für den Paketzustelldienst ein. Aufgrund von Erhebungen an Ort und Stelle und auf Grundlage der geltenden Zeitwerte wurde nach Verhandlungen mit der Personalvertretung je Bediensteten eine tägliche Zustelleistung von 76 Paketen für acht Stunden bzw von 95 Paketen für den tatsächlichen Zehnstundentag verfügt. Weiters wurde festgelegt, daß bei der Leistungszahl 76 durchschnittlich 52 Abgabestellen und bei jener von 95 durchschnittlich 65 Abgabestellen zu berühren sind. Vergleichsweise hat die GD bereits im Jahre 1978 bei der Paketzustellung in München für den Normalarbeitstag eine Tagesleistung je Zusteller von 120 bis 150 Paketen - also deutlich mehr als in Wien - festgestellt.

72.4.1.2 Wie aus den „Zustellübersichten" hervorging, haben manche Zusteller die geforderten Durchschnittsleistungen nicht oder nur knapp erbracht, während die Werte anderer Zusteller erheblich darüberlagen. Diese Unterschiede waren nicht nur auf individuelle Ursachen, sondern in sehr erheblichem Maße auch auf die verschiedene Struktur der Zustellbezirke - Anzahl der Abgabestellen, Wegzeiten - zurückzuführen. In den vom Amt monatlich erstellten Leistungsübersichten waren zwar die im Durchschnitt von einem Zusteller je Arbeitstag zugestellten Pakete, nicht jedoch die Anzahl der jeweils berührten Abgabestellen enthalten.

72.4.2 Der RH erachtete die Regelung und Erfassung der Leistungen, die nicht auf die Besonderheiten der einzelnen Zustellbezirke einging, als unzweckmäßig. Eine geringere Anzahl von Empfängern in einem Zustellbezirk ermöglicht je Zustellfahrt die Abgabe einer größeren Anzahl von Paketen, während eine große Anzahl von Abgabestellen zu einer Verringerung der Zustelleistung in der gleichen Zeit führt. Der RH empfahl, im Zusammenwirken mit den Zustellern und der Personalvertretung gerechtere, dh den unterschiedlichen Verhältnissen in den einzelnen Zustellbezirken angepaßte, Leistungszahlen zu erstellen.

72.4.3 Laut Stellungnahme der GD sei die PTD angewiesen worden, für eine gleichmäßige Auslastung des Zustellpersonals Sorge zu tragen.

72.5.1 Für die Betreuung der im Paketzustelldienst eingesetzten Kraftfahrzeuge wurden bei der Personalbedarfsermittlung als Vorbereitungs- und Abstellzeiten je Fahrzeug und Tag 25 Minuten und für die Fahrzeugreinigung je Fahrzeug und Woche zwei Stunden angesetzt. Die entsprechenden Zeitwerte im Postautodienst betragen dagegen je Fahrzeug nur noch 15 Minuten täglich bzw 30 Minuten je Woche.

72.5.2 Nach Ansicht des RH könnten bei Anwendung der letzteren Zeitwerte auch im Paketzustelldienst fast elf Systemposten eingespart werden. Dementsprechend ergäbe sich bei dem beim PA 1036 gebräuchlichen Zehnstundentag eine Erhöhung der durchschnittlichen Paketanzahl je Zusteller und Arbeitstag von 95 auf 100, ohne daß organisatorische Maßnahmen oder eine Änderung des mit der Personalvertretung vereinbarten durchschnittlichen Zeitwertes für die Zustellung eines Paketes nötig wären. Der RH empfahl, die für den Postautodienst festgesetzten Zeitwerte auch für die Ermittlung des Personalsystemstandes im Paketzustelldienst heranzuziehen.

72.5.3 Wie die GD mitteilte, sei die Verwirklichung der Empfehlung des RH bisher am Widerstand der Personalvertretung gescheitert.

72.6.1 Dem PA 1036 gelang es nur fallweise, alle anfallenden Pakete am selben Tag zuzustellen. Im Jahr 1981 gab es nur 64 und im Jahr 1982 nur 52 rückstandsfreie Arbeitstage. Im letzteren Jahr betrugen die täglichen Rückstände durchschnittlich 21 vH der zur Zustellung bestimmten Pakete. Dadurch ergaben sich Laufzeitverlängerungen, die besonders an Freitagen, wegen des arbeitsfreien Wochenendes, auffielen. Zufolge des besonders starken Paketneuzuganges am Wochenbeginn kam es manchmal auch vor, daß am Freitag schon zustellreife Pakete auch am Montag noch nicht zugestellt wurden. Da bei der Gestaltung der Dienstpläne auf vorhandene Rückstände oft nur unzureichend Bedacht genommen wurde, erhielten Zusteller auch in verkehrsstarken Zeiten für geleistete Überstunden Freizeitausgleich. Insb erhielt an manchen Freitagen eine größere Anzahl von Bediensteten dienstfrei, obgleich an diesen Tagen viele Pakete nicht zugestellt werden konnten.

72.6.2 Nach Ansicht des RH sollten zur Verbesserung des Kundendienstes durch Abbau der Rückstände neben einer individuellen Leistungsverbesserung insbesondere Ersatzruhezeiten während verkehrsstarker Zeiten, vor allem an Freitagen, nur in Ausnahmefällen gewährt werden.

72.6.3 Die GD sagte eine Berücksichtigung eine dieser Empfehlungen zu.

72.7.1 Die Anzahl der Krankentage der Paketzusteller stieg von 1979 bis 1982 um rd 18 vH; diese Zuwachsrate lag wesentlich über dem Gesamtdurchschnitt beim PA 1036. Der Anteil der Kurzkrankenstände (ein bis drei Tage) stieg beim Zustellpersonal von rd 30 vH (1979) auf 40 vH (1982).

72.7.2 Nach Ansicht des RH hat die geltende Handhabung bei der Berechnung von Normaldienstzeit und Überstunden die Kurzkrankenstände geradezu begünstigt. Er empfahl, die Dienstaufsicht zu verbessern.

72.7.3 Laut Stellungnahme habe die PTD Wien das PA 1036 angewiesen, die Krankenstände der Paketzusteller besonders zu überwachen und Bedienstete, die gehäufte Krankenstände aufweisen, unverzüglich namhaft zu machen.

72.8.1 In der Wirtschaftsstelle wurden den diensttuenden Reinigungskräften, die während ihrer normalen Arbeitszeit die Arbeit infolge von Krankheit, Urlaub usw abwesender Bediensteter mitbesorgten, Überstunden gutgeschrieben. Die Anzahl dieser fiktiven Überstunden betrug rd 700 (1980), rd 1 600 (1981) und rd 1 400 (1982).

72.8.2 Der RH bezeichnete die Errechnung und Bezahlung von Überstunden aufgrund von Systemisierungsrichtwerten ohne tatsächliche zeitliche Mehrdienstleistung als gesetzlich nicht gedeckt. Er empfahl, eine Neusystemisierung des Reinigungsdienstes vorzunehmen, weil die derzeitigen Zeitwerte überhöht erschienen.

72.8.3 Laut Stellungnahme seien seit Juni 1983 keine derartigen Überstunden mehr verrechnet worden.

72.9.1 Gemäß § 266 der Postordnung hat der Absender die für die Übermittlung des eingezogenen Nachnahmebetrages erforderliche Nachnahmepostanweisung dem Paket beizugeben oder sie auf der Briefsendung haltbar zu befestigen. Beim PA 1036 werden im Jahr rd 300 000 Nachnahmepakete zugestellt. In bis zu 30 vH der Fälle wird wegen verspäteten Einlangens der nicht mit den Paketen gemeinsam beförderten Originale der Nachnahmepostanweisungen vom Zusteller eine Ersatz-Nachnahmepostanweisung ausgefertigt. Die Ausstellung der Ersatz-Nachnahmepostanweisungen verursacht zusätzliche Arbeit für die Postbediensteten, aber auch einen wesentlichen Nachteil für die Großaufgeber, weil die Buchungsmerkmale des Originals verlorengehen. Unrichtige oder unleserliche Ausstellung von Ersatz-Nachnahmepostanweisungen führt oft zu Fehlüberweisungen von Nachnahmebeträgen.

72.9.2 Im Interesse einer wirtschaftlicheren Betriebsabwicklung empfahl der RH, den Aufgebern zwingend vorzuschreiben, die Nachnahmepostanweisungen mit den Sendungen zu vereinigen.

72.9.3 Lt Stellungnahme der GD bestünden wegen der Verwendung von ADV-Anlagen bei den Großaufgebern Bedenken gegen diesen Vorschlag, jedoch würden andere organisatorische Maßnahmen zur Problemlösung versucht werden.

72.10.1.1 Für die Zustellung von Eilpaketen, Telegrammen und anderen eiligen Sendungen erhalten die Zusteller den sogenannten Eillohn. Beim PA 1036 beliefen sich die Eillöhne im Jahr 1982 auf rd 146 000 S, im gesamten Bundesbereich auf rd 7 Mill S. Die Höhe der Eillöhne wird jeweils mittels einer im Post- und Telegraphenverordnungsblatt verlautbarten Dienstanweisung festgelegt.

72.10.1.2 Bereits im Jahre 1957 hat die für postdienstliche Belange zuständige Abteilung der GD die Umwandlung in eine Nebengebühr vorgeschlagen, weil es sich beim Eillohn um keine Postbeförderungsgebühr handle und die Voraussetzungen für seine Gewährung lediglich in einer internen Dienstvorschrift der PTV geregelt seien. Weitere Veranlassungen unterblieben zunächst.

72.10.1.3 Erst Ende 1980 legte die GD dem BKA die rechtliche Problematik der Eillöhne dar, zumal die zentrale Personalvertretung herangetreten sei, die in Frage stehenden Ortseillöhne auf eine gesetzmäßige Grundlage zu stellen und deren Umwandlung in eine Erschwerniszulage gem § 19 a des Gehaltsgesetzes 1956 in die Wege zu leiten. Obwohl eine Stellungnahme ausständig war, erfolgte eine weitere Erhöhung der Eillöhne mit 1. Juli 1982.

72.10.2 Da die Angelegenheit schon sehr lange anhängig ist, empfahl der RH, die Bemühungen um Schaffung einer einwandfreien rechtlichen Grundlage für die Eillöhne verstärkt fortzusetzen.

72.10.3 Wie die GD mitteilte, sei sie wegen Umwandlung des Eillohnes in eine anspruchsbegründende Nebengebühr neuerlich an das BKA herangetreten.

72.11.1 Häufig bringen Zusteller Pakete zurück, die wegen unvollständiger oder fehlerhafter Anschrift nicht zugestellt werden konnten. In diesen Fällen versucht das PA 1036 zunächst anhand des amtlichen Telefonbuches oder anderer Behelfe, die richtige Anschrift zu ermitteln. Gelingt dies nicht, wird eine Anfrage an jenes Abgabepostamt gerichtet, in dessen Zustellbereich die mangelhafte Anschrift liegen dürfte. Eine Abschrift dieser Anfrage wird gleichzeitig dem Zentralmeldeamt zwecks Auskunft übermittelt. Erfahrungsgemäß werden von den Abgabepostämtern innerhalb von zwei bis drei Tagen etwa 80 vH der Anfragen zufriedenstellend beantwortet. Von den an das Zentralmeldeamt ergangenen Gleichschriften werden nur etwa 60 vH im Laufe etwa einer Woche positiv erledigt. In den Jahren 1981 und 1982 fielen jährlich jeweils rd 27 000 derartige schriftliche Anfragen an.

72.11.2 Der RH erachtete die Befassung des Zentralmeldeamtes als vermeidbar, weil die postinternen Erhebungen ohnedies in rd 80 vH der Fälle eine Zustellung ermöglichten.

72.11.3 Laut Stellungnahme werde das Zentralmeldeamt künftig nur mehr befaßt werden, wenn die postinternen Nachforschungen ergebnislos blieben.

72.12 Weitere Bemängelungen oder Anregungen des RH betrafen ua die Zuteilung von Urlaubs- und Krankenersatzkräften, Dienstzuteilungen von Beamten, den Reinigungsdienst an Samstagen, die Prüfung der richtigen Einhebung der Abgabegebühren, die Aufgabe von selbstbezettelten Paketen mit gleicher Aufgabenummer, die Gebührenumrechnung bei Nachnahmesendungen aus dem Ausland, die Zustellung von Eilpaketen an Samstagnachmittagen und Sonntagen, die Pauschalierung der Eillöhne, Kassenunterschiede, telefonische Auskünfte über Postsendungen, Angelegenheiten des Kraftfahrwesens und den Postverzollungsdienst.

Die GD hat ausführlich Stellung genommen sowie die Abstellung von Mängeln zugesagt oder über bereits durchgeführte Maßnahmen berichtet.

Telegraphenbauamt Klagenfurt und Fernmeldehochbau Kärnten

Bei der Beschaffung von Räumlichkeiten für den Betriebsversuch der Zusammenlegung von Fernmeldegebührenverrechnung und Rundfunkamt kam es zu Unzukömmlichkeiten. Beim Neubau des Fernmeldegebäudes Klagenfurt-Mitte wurden verschiedentlich wirtschaftliche Überlegungen vernachlässigt. Beim Telegraphenbauamt wurde empfohlen, einen Gebrauchtmarkt für Nebenstellenanlagen zu schaffen.

Allgemeines

73.1.1 Das Telegraphenbauamt Klagenfurt (TBA) untersteht unmittelbar der Post- und Telegraphendirektion für Kärnten (PTD). Der örtliche Wirkungsbereich des TBA erstreckt sich auf das Bundesland Kärnten. Die sachliche Zuständigkeit umfaßt im wesentlichen die Planung, die Herstellung und die

Instandhaltung von Fernmeldeaußen- sowie die Planung und Herstellung von Fernmeldeinnenanlagen. Der durchschnittliche Personalstand des TBA betrug im Jahr 1982 618 Bedienstete.

Die Anzahl der Fernsprechhauptanschlüsse in Ktn erhöhte sich von rd 89 400 (Anfang 1978) auf rd 135 600 (Anfang 1983), also um rd 51,67 vH. Ende 1982 betrug die Anzahl der Hauptanschlüsse 25,26 je 100 Einwohner. Ktn lag damit hinsichtlich der Fernsprechdichte knapp hinter der Stmk und vor dem Bgld an vorletzter Stelle.

73.1.2 Gegenstand der Gebarungsüberprüfung waren auch Fernmelde-Hochbauten in Ktn. Für Neubauten, Umbauten und Instandhaltung von Gebäuden sowie den Erwerb von Grundstücken wurden aus Mitteln gemäß dem Fernmeldeinvestitionsgesetz von 1978 bis 1982 rd 302 Mill S aufgewendet.

Fernmeldehochbau

Randverbauung des Autobusbahnhofes in Klagenfurt

73.2.1.1 Die Fernmeldegebührenverrechnung (FGV) war im alten Fernmeldebetriebsgebäude Klagenfurt am Benediktinerplatz untergebracht, das Rundfunkamt Klagenfurt hingegen in einem Mietgebäude am Südbahngürtel. Die PTD beabsichtigte, diese beiden Dienststellen als Betriebsversuch zu einer Abteilung der Buchhaltung zusammenzufassen. Als Koordinator dieses Betriebsversuches wurde der Buchhaltungsvorstand bestellt.

73.2.1.2 Die Nutzfläche der alten Räume betrug für die FGV 283 m² und für das Rundfunkamt 232 m², zusammen also 515 m². Für die räumliche Vereinigung der beiden Stellen wurde das alte Fernmeldebetriebsgebäude am Benediktinerplatz in Aussicht genommen. Da jedoch eine längere Dauer des Umbaues dieses Gebäudes abzusehen war, suchte die PTD im Jahre 1980 für die Dauer von vier bis fünf Jahren ein geeignetes Mietobjekt zur Unterbringung des geplanten Betriebsversuches. Hiefür boten sich drei Möglichkeiten an.

73.2.1.3 Das von einer Versicherungsanstalt angebotene Mietobjekt (686 m² zu rd 55 S/m² monatlich) wurde im August 1980 vom Koordinator des Betriebsversuches und dem Liegenschaftsreferenten der PTD besichtigt, aber ohne nähere Erläuterungen als baulich und verkehrsmäßig ungünstig bezeichnet. Das Mietangebot eines Geldinstitutes wurde nicht einmal besichtigt, weil es nach Aussage des Koordinators zu teuer gekommen wäre; nähere Angaben hiezu fehlten. Nur die Anmietung der von einer Baufirma in der Randverbauung des Autobusbahnhofes angebotenen Räume (538 m² zu rd 100 S/m² monatlich) wurde ernsthaft in Betracht gezogen und im September 1980 diesbezüglich antragstellend an die GD berichtet. Erst auf deren Aufforderung wurde vom Liegenschaftsreferenten im November 1980 ein genaues Raumprogramm erstellt.

73.2.2.1 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil das für die Beurteilung der Eignung der angebotenen Mietobjekte maßgebliche Raumprogramm erst erstellt wurde, nachdem die Entscheidung zugunsten des Angebotes der Baufirma bereits gefallen war. Außerdem wurde die für die Mitwirkung bei derartigen Vorhaben zuständige Hochbauabteilung weder bei der Besichtigung der angebotenen Räume beigezogen noch bei der nachträglichen Verfassung des Raumprogrammes mitbefaßt. Von den für die Ablehnung des verhältnismäßig preisgünstigen Angebots der Versicherungsanstalt angegebenen Gründen (baulich und verkehrsmäßig ungünstig) wurde der erste nicht näher geprüft, der zweite war aber wegen der Lage im Stadtzentrum als unzutreffend anzusehen. Weiters fehlten für alle drei angebotenen Objekte Überlegungen der PTD hinsichtlich der jeweils nötigen Ausgestaltungs- bzw Umbaukosten sowie über die Höhe der zu erwartenden Betriebskosten.

73.2.2.2 Der RH empfahl, künftig vor der Anmietung von Räumen alle angebotenen Objekte gemäß Pkt 4.3 der Allgemeinen Hochbaubestimmungen aufgrund eines maßgeblichen Raumprogrammes nicht nur in betrieblicher, sondern auch in hochbaulicher Sicht auf ihre Eignung hin zu prüfen. Das Ergebnis dieser Beurteilung wäre von den Fachabteilungen, die den Raumbedarf geltend gemacht haben, und von der Hochbauabteilung schriftlich festzuhalten.

73.2.3 Lt Stellungnahme der GD habe im erstgenannten Fall die Besichtigung die völlige Nichteignung des Objektes ergeben, im zweitgenannten Fall sei - wie die nunmehrigen Erhebungen der PTD ergeben hätten - der PTV nie ein Mietangebot (weder schriftlich noch mündlich) zugegangen, ein diesbezüglicher irrtümlicher Hinweis im Geschäftsstück der PTD aber nicht rechtzeitig berichtigt worden. Die Entscheidung über das Angebot der Baufirma sei unter Zeitdruck erfolgt, weshalb die Hochbauabteilung der PTD nicht eingeschaltet worden sei. In Hinkunft werde aber vor Entscheidungen über die Anmietung oder den Ankauf von Räumen ein hochbautechnisches Gutachten eingeholt werden.

Das Verkehrs-Arbeitsinspektorat teilte dazu mit, es habe der PTV angeboten, künftig bei der Beurteilung von zur Anmietung in Aussicht genommenen Räumen unter dem Gesichtspunkt des Arbeitnehmerschutzes mitzuwirken.

73.3.1.1 Nachdem sich die PTD entschlossen hatte, für den Betriebsversuch die Räume beim Autobusbahnhof von der Baufirma nicht nur zu mieten, sondern zu erwerben, kam es zum Abschluß eines Kaufvertrages vom September 1981 über den Erwerb von rd 601 m² im dritten Obergeschoß des Westflügels in Wohnungseigentum um einen Kaufpreis - einschließlich der Wertsicherung bis Dezember 1981 - von rd 9,5 Mill S.

73.3.1.2 Ebenfalls im September 1981 wurden im vierten Obergeschoß rd 316 m² angemietet; der wertgesicherte Hauptmietzins betrug 95 S/m² (ohne USt). Dabei wurde auch ein Vorkaufsrecht der PTV auf fünf Jahre um wertgesichert rd 5,2 Mill S auf der Preisbasis April 1981 vereinbart. Die PTV verpflichtete sich hingegen, bei Kündigung des Mietverhältnisses den ursprünglich von der Baufirma geplanten Zustand - also Wohnungen - herzustellen oder statt dessen einen ebenfalls wertgesicherten Pauschalbetrag von 800 000 S auf der Preisbasis April 1981 zu zahlen.

73.3.2.1 Da die Unterbringung des Betriebsversuches beim Autobusbahnhof nur eine vorübergehende Maßnahme für höchstens fünf Jahre sein sollte, stellte der RH bezüglich des in Wohnungseigentum erworbenen dritten Obergeschosses einen Kostenvergleich Kauf und Miete für diesen Zeitraum an. Zuzüglich Grunderwerbsteuer von 760 000 S und Finanzierungskosten (unter Berücksichtigung eines bei der FMIG-Zwischenfinanzierung üblichen Zinssatzes von etwa 9 vH jährlich) für fünf Jahre von rd 5,8 Mill S kam der Erwerb von Wohnungseigentum somit auf rd 16,1 Mill S. Demgegenüber hätte die Miete für fünf Jahre - auf Basis der für das vierte Obergeschoß getroffenen Vereinbarungen - bei Annahme einer Steigerung der Verbraucherpreise in diesem Zeitraum um 28 vH rd 5,4 Mill S betragen. Dem RH erschien es fraglich, ob dieser Unterschiedsbetrag von rd 10,7 Mill S bei Veräußerung der gegenständlichen Büroräume nach Ablauf der fünf Jahre hereinzubringen sein werde.

73.3.2.2 Untersuchungen der PTD über die Weiterverwendung der in Wohnungseigentum erworbenen Räume nach Ablauf von fünf Jahren, also nach Übersiedlung des Betriebsversuches in die bis dahin instandgesetzten Räume des Altgebäudes am Benediktinerplatz, ergaben für andere Betriebszwecke - insb für das benachbarte und unter Raumnot leidende Bahnhofpostamt - nur eine sehr beschränkte Eignung. Die Möglichkeit einer Anmietung mit Optionsrecht zum Ankauf wie beim vierten Obergeschoß wäre nach Ansicht des RH auch aus diesem Grunde vorzuziehen gewesen.

73.3.2.3 Zusammenfassend empfahl der RH, vor dem Erwerb von Räumlichkeiten die dem vorgesehenen Verwendungszweck bzw der Verwendungsdauer entsprechende Rechtsform auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten sorgfältiger zu prüfen.

73.3.3 Laut Stellungnahme der GD erklärten sich die beim Kostenvergleich Kauf - Miete festgestellten Unterschiedsbeträge aus dem finanziellen Risiko, das die Baufirma durch die Errichtung der Bauten am Rande des Autobusbahnhofes eingegangen ist. Im übrigen habe sich mittlerweile eine Verlegung der FGV und des Rundfunkamtes in das alte Fernmeldebetriebsgebäude am Benediktinerplatz nicht mehr als durchführbar herausgestellt, vielmehr würden die dort vorhandenen Räume nach dem Umbau zur Gänze für andere Dienststellen benötigt. Der Betriebsversuch einer Zusammenlegung von FGV und Rundfunkamt verbleibe somit am gewählten Standort. Die Frage einer Veräußerung der im Wohnungseigentum erworbenen Büroräume stelle sich damit nicht mehr. Aufgrund der jüngsten Entwicklung werde nunmehr die Ausübung der Kaufoption für die bis jetzt angemieteten Räume untersucht.

73.4.1.1 Für die Büroräume beim Autobusbahnhof fielen als Kosten der sogenannten „Sonderausstattung" von rd 1,38 Mill S tatsächlich Umbauarbeiten für ursprünglich geförderte Eigentumswohnungen an, bei denen die Bauarbeiten schon sehr weit gediehen waren.

73.4.1.2 Das Angebot der Baufirma vom Mai 1981 über die ergänzende Sonderausstattung wurde von der Liegenschaftsabteilung der PTD erst Anfang Oktober 1981, also nach Abschluß des Kaufvertrages, dem zuständigen Hochbaureferenten vorgelegt. Die in diesem Angebot angegebenen - und von der PTV auch bezahlten - Preise waren bei einem Großteil der Positionen unüberprüfbare Pauschalbeträge („zusätzliche Verfliesungsarbeiten", „Liefern und Montieren von Wandklosetten", „Verrohrung für Alarmanlagen - geschätzt -", „Mehrinstallation von Schukosteckdosen ca 100 Stück" usw).

73.4.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der PTD, welche die „Sonderausstattung" ohne genaues Leistungsverzeichnis und ohne rechtzeitige Befassung des Hochbaureferenten in Auftrag gegeben hat. Eine sorgfältige Überprüfung der tatsächlich durchgeführten „Sonderausstattung" seitens der PTD vor der Bezahlung fand offensichtlich nicht statt. Wenn die PTV überdies ihre Wünsche bezüglich der baulichen Gestaltung des vierten Stockwerkes rechtzeitig bekanntgegeben hätte, wären die in diesem Geschoß im Rahmen der sogenannten „Sonderausstattung" durchgeführten Abbrucharbeiten in Höhe von rd 280 000 S nicht notwendig geworden. Außerdem wurde die fehlende Einbehaltung eines Haftungsrücklasses bemängelt.

73.4.3 Lt Stellungnahme der GD habe im gegenständlichen Fall die Pauschalierung den Vorteil einer Verwaltungsvereinfachung gebracht, weil zur Zeit der Kauf- und Mietverhandlungen die Bauführung noch voll im Gange gewesen sei. Die Nichteinbehaltung eines Haftungsrücklasses erkläre sich aus der Behandlung der Sonderausstattungskosten als Teil des Kaufpreises. Die Einsparung der durch Abbrucharbeiten verursachten Kosten in Höhe von 280 000 S wäre deshalb nicht möglich gewesen, weil die Entscheidung der PTV nicht früh genug getroffen worden sei.

73.5.1 Die Büroräume beim Autobusbahnhof wurden zur Unterbringung des Betriebsversuches einer Zusammenlegung von FGV und Rundfunkamt verwendet. Während diese vorher getrennt in verschiedenen Objekten untergebrachten Dienststellen über eine Büronutzfläche von zusammen 515 m² verfügt hatten und im Raumprogramm für die Zusammenlegung eine Fläche von 683 m² vorgesehen war, wurden dem Kauf- bzw Mietvertrag insgesamt 917,58 m² erworben. Gegenüber dem Raumprogramm ergab sich eine Vergrößerung der Nutzfläche von rd 235 m² hauptsächlich durch große Gang- und Terrassenflächen (rd 160 m²) wegen der ursprünglichen Planung als Wohngebäude; weiters ist der Warteraum für Kunden 73 m² groß gegenüber vorgesehenen 10 m².

73.5.2 Nach Ansicht des RH waren die von der PTV angekauften bzw angemieteten Räume für den gegenständlichen Betriebsversuch nur schlecht geeignet. Die versetzte Lage der Büros in zwei Geschossen ist weder für den Betriebsablauf noch für den Kundenverkehr günstig. Die Terrassen im Ausmaß von insgesamt 124 m² sind weitgehend nutzlos, obwohl ihr Ankauf (drittes Obergeschoß) rd 1 Mill S kostete bzw die Miete im vierten Obergeschoß hiefür monatlich rd 3 000 S ausmacht. Der RH empfahl, künftig neue Räume erst nach genauer Prüfung - unter Einschaltung der Hochbautechniker - zu erwerben.

73.5.3 Die GD erklärte, die Betriebsfachleute hätten die Räumlichkeiten für den Betriebsversuch funktionell für voll geeignet gehalten. Die PTD werde künftig in jedem Fall bei Entscheidungen über die Anmietung bzw über einen Kauf von Räumen ein hochbautechnisches Gutachten einholen.

Neubau des Fernmeldegebäudes Klagenfurt-Mitte

73.6.1.1 Infolge ständiger Verkehrszunahmen und der Einführung neuer Dienste auf dem Fernmeldesektor war der Platz im alten Fernmeldegebäude im Zentrum von Klagenfurt zu knapp geworden. Die PTV errichtete daher in unmittelbarer Nähe ein neues Fernmeldegebäude, das genügend Platz und darüber hinaus auch Reserven bot. Es wurde nach sechsjähriger Bauzeit im Dezember 1982 fertiggestellt. Die Hochbaukosten beliefen sich auf rd 195 Mill S. Der umbaute Raum beträgt 72 280 m³ bei 15 244 m² Nutzfläche.

73.6.1.2 Ein Teil der Fassadenverkleidung dieses Gebäudes sollte nach dem Wunsch des planenden Architekten in Naturstein ausgeführt werden. Die erste Ausschreibung im August 1978 sah als Material zwei ausländische Steinarten vor. Einige Firmen legten zwar Angebote vor, äußerten jedoch erhebliche technische Bedenken hinsichtlich des gewählten Materials. Die Steinmetzarbeiten wurden daher im Oktober 1978 neuerlich ausgeschrieben, jedoch wieder mit negativem Erfolg, weil der nunmehr vorgesehene Untersberger Marmor nicht in ausreichender Menge vorhanden war. Bei einer dritten Ausschreibung im April 1979 wurde Naturstein (Konglomerat) nur mehr für das Erdgeschoß und eine Teilfläche im dritten Obergeschoß (zusammen rd 413 m²) vorgesehen. Diese Ausschreibung führte zwar zum Erfolg; die Firma, die den Zuschlag erhielt, führte die Arbeiten aber sehr mangelhaft aus. Der größere Teil der ursprünglich in Naturstein geplanten Fassadenverkleidung war schon vorher (März 1979) in Weißeternit ausgeschrieben worden. Dieses Material erwies sich nicht nur als dem Gestaltungskonzept des Baues voll entsprechend, sondern auch um rd 3 Mill S billiger als die früheren Natursteinangebote.

73.6.2 Der RH kritisierte die noch immer teure Fassadengestaltung, weil bei Ausführung in Kunstharzputz - wie dies etwa beim Wählamt Friesach geschehen ist - mindestens 572 000 S hätten einge-

spart werden können. Er empfahl, der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bei der Gestaltung von Bauwerken, einschließlich der Materialwahl, besonderes Augenmerk zuzuwenden.

73.6.3 Lt Stellungnahme der GD sei der bei der Nachkalkulation ermittelte Bruttokubikmeterpreis des Gebäudes von 2 625,60 S für einen Bau dieser Größenordnung als überaus wirtschaftlich anzusehen. Sowohl aus architektonischen Gründen als auch wegen des erforderlichen Oberflächenschutzes wäre für ein Gebäude dieser städtebaulichen und repräsentativen Bedeutung ein einfacher Fassadenverputz im Erdgeschoß nicht in Erwägung gezogen worden.

73.7.1 Die Herstellung der Stiegen und Böden in den Vorräumen wurde 1978 in „Krastaler Marmor" öffentlich ausgeschrieben. Die Ausführung in diesem Material kostete rd 1 Mill S. Im Gegensatz dazu entschied sich die PTD zwei Jahre später bei der Hauptstiege des Wähl- und Verbundamtes St. Veit/Glan für eine Ausführung in Kunststein, die um rd 45 vH billiger kam.

73.7.2 Nach Ansicht des RH wäre für ein Betriebsgebäude, das keine besonderen repräsentativen Funktionen zu erfüllen hat, der qualitativ dem Marmor zumindest gleichwertige, jedoch um beinahe die Hälfte billigere Kunststein zu wählen. Im vorliegenden Fall hätten dadurch mindestens rd 450 000 S erspart werden können.

73.7.3 Wegen der zentralen Bedeutung des Gebäudes hielt die GD die Wahl des teuren Natursteines für gerechtfertigt; weil es ständig von Führungen postfremder Personen besucht werde, habe es auch eine repräsentative Funktion.

Das Verkehrs-Arbeitsinspektorat ergänzte in seiner Stellungnahme die Kritik des RH durch den Hinweis, daß polierte Natursteinböden bei Stiegen, Fluren und Gängen eine ausgesprochene Rutschgefahr darstellten und somit nicht nur teuer seien, sondern auch nach den Bestimmungen des § 24 der Allgemeinen Arbeitnehmerschutzverordnung, BGBl Nr 218/1983, nicht entsprächen.

Hiezu hat die GD mitgeteilt, daß sie die in den Technischen Hochbaurichtlinien enthaltenen Anforderungen der Gleitsicherheit überprüfen werde.

73.8.1 Im Fernmeldegebäude Klagenfurt-Mitte wurde für die Zugänge zu den Personenliften in allen Stockwerken - einschließlich der beiden Kellergeschosse - eine Wandverkleidung aus französischen Mosaikfliesen bis in eine Höhe von 2,90 m über dem Fußboden vorgesehen. Bei 860 S/m² ergaben sich Gesamtkosten von rd 120 000 S.

73.8.2 Der RH kritisierte diese verhältnismäßig teure Form des Wandschutzes. Da die gegenständlichen Aufzüge überwiegend nur der Beförderung von Bediensteten dienen, hätte ein leicht zu reinigender Wandbelag, in wesentlich geringerem Umfang angebracht, den angestrebten Erfolg, nämlich Schutz vor Verschmutzung, gewährleistet.

73.8.3 Die GD machte auch in diesem Fall Gründe der Repräsentation geltend. Als Alternative hätte sich lediglich eine noch teurere Steinverkleidung angeboten.

73.8.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung, daß im Inneren des Betriebsgebäudes keine Notwendigkeit für eine repräsentative Gestaltung gegeben war.

73.9.1.1 Im April 1979 wurden die Abhängedecken für den Neubau des Fernmeldegebäudes Klagenfurt-Mitte ausgeschrieben und an die bestbietende Firma um rd 2,36 Mill S vergeben. Eine oberösterreichische Firma hatte zusätzlich zu ihrem dem Leistungsverzeichnis entsprechenden Hauptangebot ein freies Variantenangebot mit der Endsumme von rd 1,76 Mill S ausgearbeitet, worauf die PTD jedoch nicht näher einging.

73.9.1.2 Für die Decken einiger nichttechnischer Betriebsräume wie Lehrsaal, Kantine usw wurde bereits im Leistungsverzeichnis ein ausländisches Erzeugnis vorgesehen. Lt vorliegenden Alternativangeboten wären in Österreich hergestellte Rasterdecken um rd 204 000 S bzw rd 148 000 S billiger als das ausländische Erzeugnis gewesen. Die PTD zog es jedoch angeblich aus architektonischen Gründen vor, das ausländische Fabrikat zu verwenden.

73.9.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der PTV, die entgegen den Ausführungsbestimmungen zu Pkt 2,21 der ÖNORM A 2050 ausländische Decken mit genauer Markenbezeichnung in das Leistungsverzeichnis aufgenommen hatte. Überdies empfahl der RH, auf Alternativangebote dann ernsthaft einzugehen, wenn dadurch die Möglichkeit geboten wird, dem Bund beträchtliche Kosten zu ersparen.

73.9.3 Lt Stellungnahme der GD sei die Rasterdecke aus formalen Gründen vorgezogen worden. Die angebotene Alternative zum Gesamtoffert sei technisch nicht gleichwertig gewesen, weil insb anstatt Gipskarton- bzw Gipsdecken Metalldecken angeboten worden seien. Der Auslandsanteil habe nur 15 vH des Gesamtangebotes betragen.

73.9.4 Der RH erwiderte, bloß subjektiv-ästhetische Überlegungen könnten nicht die vorschriftswidrige Ausschreibung ausländischer und zudem weitaus teurerer Materialien rechtfertigen. Im übrigen wäre schon vor Zuschlagserteilung zu untersuchen gewesen, ob nicht auch Metalldecken den Zweck erfüllt hätten und das Ergebnis samt Begründung aktenmäßig festzuhalten gewesen.

Telegraphenbauamt

73.10.1 Die Reinigung des TBA-Gebäudes und des angeschlossenen Sozialtraktes wird von einer Privatfirma besorgt. Seit Eröffnung des TBA-Gebäudes im Jahre 1972 bzw seit Inbetriebnahme des Sozialtraktes im Jahre 1973 war dieselbe Firma mit den Reinigungsarbeiten betraut. Erst aufgrund einer Dienstanweisung der GD vom Oktober 1981, wonach die Vertragsdauer bei Reinigungsarbeiten fünf Jahre nicht überschreiten darf, erfolgte im Monat März 1982 eine Neuausschreibung. Dabei ging eine andere Firma als Bestbieter hervor. Die Ausgaben für die Reinigungsarbeiten konnten ab 1. Juni 1982 erheblich gesenkt werden. Betrugen die Ausgaben für die frühere Firma im Jahre 1982 (Jänner bis Mai) im Monat durchschnittlich rd 68 000 S, beliefen sie sich für die neue Firma anschließend lediglich auf rd 36 000 S, also um rd 32 000 S im Monat (46,9 vH) weniger.

73.10.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der PTD, weil durch Beobachtung der Preisentwicklung für Reinigungsarbeiten die Unwirtschaftlichkeit der aus den Zeiten der Hochkonjunktur stammenden Verträge schon eher hätte erkannt werden können. Er empfahl, Vergabeentscheidungen jeweils wirtschaftlich begründet zu treffen.

73.10.3 In der Stellungnahme verwies die GD auf ihre einschlägige Dienstanweisung aus dem Jahre 1981.

73.11.1 Im Juni 1983 betrug die Länge der vom überprüften TBA an die „Telekabelfernsehnetz Klagenfurt Betriebsgesellschaft mbH (Telekabel)" vermieteten Rohrzüge 12 300 m. Das monatliche Entgelt hiefür beträgt aufgrund einer Festsetzung im Jahre 1967 bei Alleinbenützung eines Rohrzuges je Kilometer 400 S. Wie bei der GD festgestellt wurde, lag schon seit Juni 1972 ein Vorschlag für die Erhöhung der gegenständlichen Entgelte von monatlich 400 S auf 1 770 S vor; mit Rücksicht auf die Gebührenerhöhungen im Jahre 1974 sollten aber seinerzeit die Entgelte nicht gleichzeitig erhöht werden. Bereits anläßlich seiner Gebarungsüberprüfung beim Kabelbauamt hat der RH die unzureichende Höhe der gegenständlichen Entgelte bemängelt (TB 1980 Abs 68).

73.11.2 Nach Ansicht des RH stand die Vorgangsweise der PTV nicht im Einklang mit Pkt I (3) der Richtlinien des BMF für die Erstellung des Bundesvoranschlages 1982, wonach alle Ressorts zu prüfen hatten, „ob die derzeit festgesetzten Entgelte für die Leistungen der Bundesverwaltung noch angemessen oder erforderlichenfalls aufgrund eingetretener Änderungen anzupassen sind". Der RH empfahl, die seit dem Jahre 1967 unverändert gebliebenen Entgelte raschest den gestiegenen Kosten anzupassen.

73.11.3 Die GD stellte eine entsprechende Veranlassung in Aussicht.

73.12.1.1 Anläßlich der Einführung des ADV-gestützten Telefon-Anmelde-Auskunftssystems (TAS) wurden in der Anmeldestelle des TBA, bei zehn Baubezirken und in einer Direktionsabteilung Büromöbel für insgesamt 12 neu einzurichtende Bildschirm-Arbeitsplätze benötigt. Hiezu war von der zuständigen Fachabteilung der GD die Weisung ergangen, daß die Arbeitsplätze in sämtlichen Ausstattungsdetails einem in Linz aufgestellten Musterarbeitsplatz zu entsprechen hätten. Unter Bezugnahme auf diese Anweisung wurden von der PTD im Juli 1982 ohne Ausschreibung Büromöbel im Werte von mehr als 295 000 S bei jener Wiener Firma bestellt, welche die Möbel für die PTD Linz geliefert hatte.

73.12.1.2 Aufgrund eines Erfahrungsberichtes der PTD Linz hat die ua auch für die ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen zuständige Abteilung der GD festgestellt, daß die fraglichen Möbel für Bildschirmarbeitsplätze nicht voll den Anforderungen entsprechen. Insb wurde bemerkt, daß die individuelle Höhenverstellbarkeit eines Arbeitstisches zwar einen hohen technischen Aufwand und damit Mehrkosten erfordere, aber entbehrlich sei. Dieses Gutachten wurde bei der angeführten Weisung auf einheitliche Ausstattung der TAS-Arbeitsplätze nicht berücksichtigt.

73.12.2 Der RH bemängelte die entstandenen Mehrausgaben und empfahl, künftig vor der allgemeinen Einführung von Spezialmöbeln die Ergebnisse der Begutachtung durch die zuständige Stelle der PTV abzuwarten.

73.12.3 Die GD sagte dies zu. Das ebenfalls befaßte Verkehrs-Arbeitsinspektorat erklärte, ein Austausch oder Umbau der Möbel, die aus ergonomischer Sicht den Anforderungen nicht bestmöglich entsprechen, werde angestrebt.

73.13.1 Dem TBA standen Ende 1982 143 Lkw - die meisten mit einer für den Fernmeldebaudienst erforderlichen Sonderausstattung - zur Verfügung. Die Sonderausstattungen wurden jeweils von einer Werkstätte der PTV eingebaut, wodurch sich in manchen Fällen die Inbetriebnahme der Fahrzeuge beträchtlich (bis zu 15 Monate) verzögerte.

73.13.2 Nach Ansicht des RH könnte die unwirtschaftliche Stehzeit der Fahrzeuge durch eine bessere Abstimmung des Anschaffungszeitpunktes mit den Werkstätten wesentlich gesenkt werden. Andernfalls wären Einbauarbeiten an Privatfirmen zu vergeben. Ähnliche Empfehlungen hat der RH bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei der Postautohauptwerkstätte gegeben (TB 1978 Abs 63).

73.13.3 Lt Stellungnahme der GD sei in einem Falle eine größere Verzögerung entstanden, weil es sich bei dem eingebauten Gerät um eine technische Neuentwicklung gehandelt habe. Im übrigen sei bereits Vorsorge getroffen, um künftig die Zeiten für Fahrzeugeinbauten wesentlich zu senken.

73.14.1 Das TBA verfügte Ende 1982 über 74 Fahrzeuganhänger; sie wurden aber nur sehr wenig genutzt. Bspw wiesen von den 31 Mastentransportanhängern leichter Bauart 16, also mehr als die Hälfte, weniger als je zehn Einsatztage im Jahr 1982 auf. Fünf Anhänger waren im Jahr 1982 sogar überhaupt nicht eingesetzt worden. In den Jahren 1980 und 1981 war die Anzahl der nicht in Betrieb genommenen Anhänger mit sechs bzw sieben sogar noch höher gewesen. Äußerst unwirtschaftlich genutzt wurden auch die Mastentransportanhänger für Schwer-Lkw.

73.14.2 Nach Ansicht des RH hätte es angesichts der geringen Nutzung sicherlich genügt, für mehrere am gleichen Ort stationierte Bautrupps je einen gemeinsamen Anhänger zur Verfügung zu stellen; dies gilt sinngemäß auch für die Schweranhänger der Bezirksbauführungen. Er empfahl, künftig vor der Zuteilung von Anhängern den tatsächlichen Bedarf zu erheben, weil der „Systemplan für die Ausstattung von Stellen des Fernmeldedienstes mit Kraftfahrzeugen" doch nur die Obergrenze für die Fahrzeugausstattung der einzelnen Organisationseinheiten angebe.

73.14.3 Die GD hielt auch bei unwirtschaftlicher Auslastung der Anhänger eine Zuteilung betrieblich für gerechtfertigt, weil die Investitionskosten (25 000 S) nur gering und die Laufzeit (bis zu 25 Jahren) lang sei.

73.14.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

73.15.1 Regelmäßig wiederkehrende Bauleistungen bei der Errichtung und Instandhaltung von Fernmeldekabelanlagen sowie bei der Abtragung von außer Betrieb genommenen oberirdischen Fernmeldeanlagen bis zu einem Einzelwert von 250 000 S werden von der PTV grundsätzlich nicht einzeln bei Anfall ausgeschrieben, sondern zu den Bedingungen und Preisen sogenannter Jahresbauverträge vergeben; diese werden nach dem Preisaufschlags- und -nachlaßverfahren gemäß Pkt 1,612 der ÖNORM A 2050 ausgeschrieben. Da in Kärnten die Neuausschreibung nicht jährlich erfolgte, bezeichnete die PTD diese Verträge als „Gebietsbauverträge". Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bestand für die zehn Baubezirke je ein derartiger Vertrag. Die an die Auftragnehmerfirmen geleisteten Zahlungen betrugen im Jahre 1982 rd 19,9 Mill S.

73.15.2 Der RH hat bei anderen Bauämtern schon ähnliche Fälle bemängelt und die Herausgabe bundeseinheitlicher Richtlinien empfohlen. Nach Ansicht des RH sollten derartige Verträge möglichst jährlich neu ausgeschrieben werden, aber auch bei Stabilität des Baumarktes keinesfalls länger als über zwei bis drei Bausaisonen laufen. Er erinnerte daher an seine Empfehlung.

73.15.3 Die GD berichtete von der Neuausschreibung sämtlicher zehn Gebietsbauverträge beim TBA Klagenfurt und stellte die Ausarbeitung eines bundeseinheitlichen Jahresbauvertrages in Aussicht.

73.16.1 Im Bundesland Kärnten waren Mitte 1983 1 274 Münzfernsprecher in Betrieb. Hievon waren 666 Stück mit einer auch tagsüber fortwährenden Beleuchtung ausgestattet. Diese Maßnahme soll ihre Auffindbarkeit in der Dunkelheit verbessern, Störungsbehebungen an den Lichtschaltern einsparen und Verschmutzungen durch Passanten hintanhalten. Die Beleuchtung mit jeweils 32 Watt Dauerleistung entspricht einem jährlichen Stromverbrauch von rd 280 Kilowatt-Stunden je Fernsprechzelle.

73.16.2 Der RH empfahl, zwecks Energieeinsparung die Fernsprechzellen mit Dämmerungsschaltern nachzurüsten und künftig eine derartige Schaltmöglichkeit von vornherein vorzusehen.

73.16.3 Im Hinblick auf die Kosten der Installation von Dämmerungsschaltern bezweifelte die GD die Wirtschaftlichkeit der empfohlenen Maßnahme, stellte aber bei neuen Fernsprechzellen einen Betriebsversuch in Aussicht. Weiters werde durch den Einsatz von Sparlampen eine wesentliche Senkung des Stromverbrauches angestrebt.

73.17.1 Für posteigene (p. e.) Nebenstellenanlagen (NStAnl) wurde die monatliche Gebühr gem § 5 Abs 1 der Fernmeldegebührenordnung (FGO) für die Überlassung und Instandhaltung mit 2,1 vH des handelsüblichen Preises festgelegt; sie ist für neue und für gebrauchte gleich hoch. Die in den letzten Jahren in rascher Aufeinanderfolge eingetretenen Änderungen der technischen Ausführungsform von NStAnl haben wegen dieser Gebührenregelung bei den Interessenten für p. e. NStAnl den Wunsch nach Überlassung von Anlagen in jeweils modernster Ausführung hervorgerufen. Wie der RH feststellte, ist es daher schwierig, wenn nicht sogar unmöglich geworden, für gebrauchte Anlagen einen Interessenten zu finden. Sofern sich nicht eine Einsatzmöglichkeit bei einer Postdienststelle ergab, mußten auch technisch einwandfreie Anlagen wegen mangelnder Absatzfähigkeit an die Telegraphenzeugverwaltung in Wien abgeführt und dort auf Lager gelegt werden.

73.17.2 Der RH empfahl deswegen, einen Markt für gebrauchte NStAnl aufzubauen. Hiezu wäre der gem § 5 Abs 1 FGO als Grundlage für die Gebührenberechnung dienende „handelsübliche Preis" gebrauchter Geräte als der Zeitwert (Verkehrswert) zur Zeit der neuerlichen Vermietung der Anlage zu verstehen. Weiters empfahl der RH, die Ausführungsbestimmung zum § 23 der Fernsprechordnung, wonach für teilnehmereigene Nebenstellenanlagen nur „neue ungebrauchte Fernsprecheinrichtungen" abgegeben werden dürfen, entsprechend zu ändern.

73.17.3 Lt Mitteilung der GD habe sie bereits Mitte bzw Ende 1983 eine Regelung für den Verkauf von rückgewonnenen funktionsfähigen Nebenstellenanlagen in konventioneller Technik zu einem herabgesetzten Preis (Zeitwert) getroffen. Eine verbilligte Vermietung solcher Anlagen werde jedoch aus verrechnungstechnischen Gründen - für gleiche Anlagen würden unterschiedliche Gebühren eingehoben werden - nicht in Betracht gezogen. Diese Anlagen würden, soweit ein Kundenwunsch vorliege, zu den gleichen Bedingungen wie rückgewonnene Nebenstellenanlagen in moderner Technik (SPC-Technik), dh zu den jeweils gültigen Überlassungsgebühren, weitervermietet.

73.17.4 Der RH erwiderte, verrechnungstechnische Gründe dürften kein Anlaß sein, um kaufmännische Überlegungen außer acht zu lassen. Der von der GD erwähnte Gleichheitsgrundsatz werde am ehesten wohl dadurch verletzt, daß für Anlagen mit geringerem Marktwert (konventionelle Technik) eine gleichhohe Gebühr wie für die höherwertigen Anlagen in moderner Technik verlangt wird.

73.18.1 Bei p. e. NStAnl sind die Anschaffungskosten bei der derzeit 1,4 vH des Nennwertes betragenden monatlichen Überlassungsgebühr nach sechs Jahren durch die Gebühreneinnahmen gedeckt. Dabei ist allerdings die Verzinsung des eingesetzten Kapitals nicht berücksichtigt; schon bei einer Zinsbelastung von 8,5 vH ergibt sich eine erforderliche Einsatzdauer von mehr als 8,5 Jahren, um Amortisation und Verzinsung zu decken.

73.18.2 Der RH hielt es für unnötig, durch Ankauf und Vermietung (Überlassung) von NStAnl in Wettbewerb zu den von der Industrie angebotenen Mietanlagen zu treten. Dadurch wird nur der Kapitalbedarf der PTV - und damit das Zwischenfinanzierungserfordernis - erhöht, ohne daß ein Bedarf gegeben wäre, den die Fernsprechteilnehmer nicht auch anderweitig decken könnten. Es wurde daher zur Erwägung gestellt, die Überlassung von p. e. NStAnl überhaupt einzustellen.

73.18.3 Lt Mitteilung der GD werde aufgrund ihrer Kalkulationsgrundlagen der Nebenstellensektor als aktiv angesehen, weshalb eine Änderung in der Vorgangsweise nicht in Erwägung gezogen werde.

73.18.4 Der RH nahm in Aussicht, die Kalkulation der PTV bei nächster Gelegenheit näher zu überprüfen.

73.19.1.1 Der RH hat bereits anläßlich der Gebarungsüberprüfung beim Fernmeldebetriebsamt in Salzburg empfohlen, die Dienstanschlüsse der PTV (NStAnl oder Einzelanschlüsse) für den automatischen Auslandsfernverkehr grundsätzlich zu sperren (TB 1980 Abs 70.11).

73.19.1.2 Wie nunmehr erhoben wurde, ist bei der für das neue Fernmeldebetriebsgebäude in Klagenfurt angekauften NStAnl die Auslandsfernwahlsperre einzelner Sprechstellen möglich, aber bis Juni 1983 nicht aktiviert worden.

73.19.2 Im Hinblick auf die zwischenzeitlich öffentlich bekanntgewordene gelegentliche mißbräuchliche Verwendung von Dienstsprechstellen für Auslandsferngespräche empfahl der RH neuerlich, die Dienstanschlüsse der PTV für den automatischen Auslandsfernverkehr grundsätzlich zu sperren. Angesichts der Kosten dieser Maßnahme wäre zunächst bei der Anlage in Klagenfurt die bereits vorgesehene Auslandsfernwahlsperre zu aktivieren und in weiterer Folge diese Sperre auf die technisch hiefür bereits geeigneten anderen NStAnl oder Einzelanschlüsse auszudehnen.

73.19.3 Die GD wendete erneut die hohen Kosten - derzeit rd 10 000 S je Amtsleitung - ein. Selbst bei modernsten Anlagen sei die Aktivierung dieses Leistungsmerkmales gesondert zu bezahlen. Außerdem könne die mißbräuchliche Verwendung von Dienstanschlüssen nicht von vornherein angenommen werden.

73.19.4 Der RH verblieb bei seiner Empfehlung, weil jedes Verbot nur so gut sei, wie seine Einhaltung kontrolliert werden könne.

73.20.1 Weitere Bemängelungen oder Anregungen des RH betrafen die Versendung von Rechnungen über Nebenstellenanlagen, die Überprüfung von Arbeitsaufträgen, die Genehmigung von Bestellungen und Arbeitsaufträgen, Bewertungsmängel bei der Lagerbestandsaufnahme, Mängel der Fahrtberichte, die Organisation und Wirtschaftlichkeitsnachrechnung bei Fernmeldeaußenbauten, offene Bauabrechnungen und die Organisation der Abrechnung, die Tätigkeit und Organisation der Zeichenstelle, die Organisation und Arbeit beim Kabelmeßbezirk, die Montage von Stromversorgungsanlagen sowie beim neuen Fernmeldegebäude Klagenfurt die Beschaffung der Nebenstellenanlage und die Ausschreibung der Elektroinstallationen.

Die GD hat ausführlich Stellung genommen sowie die Abstellung von Mängeln zugesagt oder über bereits durchgeführte Maßnahmen berichtet.

II. ABSCHNITT

Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen bei Kapitalbeteiligungen des Bundes

Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes

a) Allgemeine Wahrnehmungen

Überblick über die allgemeine Entwicklung der verstaatlichten Industrie

74.1 Dem RH standen für den vorliegenden Bericht außer den Ergebnissen seiner Gebarungsüberprüfungen bei einzelnen verstaatlichten Unternehmungen auch sämtliche ihm gem § 12 Abs 2 des RH-Gesetzes 1948 übermittelten Jahresabschlüsse von Unternehmungen der verstaatlichten Industrie, die statistischen Meldungen und Erhebungen des BKA und die Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung zur Verfügung.

74.2 Eine Beurteilung der längerfristigen Entwicklungen dieser Unternehmungen läßt die Besprechung entsprechender Zahlenreihen als zweckmäßig erscheinen. Die branchenweise Zusammenfassung von Unternehmungen und andere gesellschaftsrechtliche Maßnahmen sowie eine Erfassung von sonstigen Beteiligungen, die erst durch ein erweitertes Meldewesen ermöglicht wurde, machen allerdings einen Vergleich mit den Zahlenangaben in früheren Berichten nur bedingt möglich. Für das Jahr 1983 lagen zur Zeit der Erstellung des TB großteils erst vorläufige Zahlen vor.

74.3 Zur Erfüllung der der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG) durch die ÖIG-Gesetznovelle 1969 übertragenen Aufgaben zur branchenweisen Zusammenfassung ihrer Konzernunternehmungen wurden bis 1979 Fusionen durchgeführt. Die ÖIAG war zum 31. Dezember 1983 an zehn Gesellschaften zu 100 vH beteiligt, bei 18 weiteren Gesellschaften bestand eine Minderheitsbeteiligung.

Konjunkturlage

74.4 Der selbsttragende Konjunkturaufschwung in den USA, welcher durch eine seit 1982 ununterbrochen expansive Fiskalpolitik in Gang gebracht wurde, brachte eine Verbesserung der internationalen Wirtschaftslage im Jahre 1983 mit sich. Zwischen den USA (reales Bruttoinlandsprodukt + 3,3 vH) und Europa (+ 1 vH) zeigte sich jedoch ein deutliches Wachstumsgefälle, was nicht zuletzt auf die in den meisten europäischen Ländern verfolgte Politik zur Stabilisierung der Budgets zurückzuführen war. Außerdem haben nach wie vor bestehende Strukturschwierigkeiten in einigen wichtigen Schlüsselbranchen (zB Stahlindustrie) den beginnenden europäischen Aufschwung behindert.

In den OECD-Ländern stieg 1983 das Bruttonationalprodukt um 2,4 vH, nachdem 1982 ein Rückgang von 0,3 vH zu verzeichnen war. Geringer war das Wachstum in den europäischen OECD-Ländern (1982: + 0,6 vH). Neben der leichten Belebung der privaten Konsumnachfrage brachte seit Mitte 1983 vor allem das Anspringen der Exporte die Konjunktur in Europa in Gang. Vor allem die Exporte in die USA, nach Kanada und Japan entwickelten sich günstig, wobei der hohe Dollarkurs die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Dollaranbietern verbesserte.

Wichtigstes Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung war eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosenraten sind in den europäischen OECD-Ländern von 9,5 vH (1982) auf 10,6 vH (1983) angestiegen. Besonders schwerwiegend war das Problem der Jugendarbeitslosigkeit; 1983 waren etwa 18 vH der Bevölkerungsgruppe bis 24 Jahre arbeitslos.

74.5 Im Jahre 1983 ist - so wie in den meisten westlichen Industriestaaten - auch in Österreich eine drei Jahre andauernde Stagnations- und Rezessionsphase zu Ende gegangen. Das Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes von 1,9 vH lag über dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder (+ 1,2 vH; BRD + 1,3 vH), aber etwas unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder (+ 2,4 vH). Die gesamtwirtschaftliche Aktivität Österreichs belebte sich im Laufe des Jahres immer deutlicher. Dieser Entwicklung förderlich war die Ankündigung von steuerlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des Budgets 1984, vor allem der Anhebung aller Umsatzsteuersätze und der Einführung einer Zinsertragsteuer. Es wurden dadurch Vorziehkäufe, namentlich von dauerhaften Konsumgütern, und entsprechende Importe ausgelöst. Die Einführung der Zinsertragsteuer ab 1984 hat Ende 1983 auch das Sparverhalten kurzfristig verändert. Die Spar- und Termineinlagenentwicklung schwächte sich ab, die Wertpapierkäufe nahmen stark zu. Die solcherart beschleunigte Importnachfrage gegen Jahresende brachte eine Drehung des Saldos der Leistungsbilanz von einem Überschuß im Jahr 1982 (+ 12,2 Milliarden S) in ein Defizit im Jahre 1983 (— 1,3 Milliarden S). Dieser Umschwung ereignete sich in den letzten beiden Monaten des Jahres, nachdem noch im Oktober 1983 der seit Jahresbeginn kumulierte Leistungsbilanzüberschuß um 2,9 Milliarden S über dem Vergleichswert von 1982 lag.

74.6 Als Folge der allmählichen Überwindung der Stagnation ging ab Jahresmitte 1983 die Arbeitslosigkeit zurück und das Stellenangebot erholte sich. Im Jahresdurchschnitt wurden um rd 22 100 (das sind — 0,8 vH) weniger Beschäftigte als im Vorjahr gezählt. Dieser Beschäftigungsrückgang schlug sich voll im Zuwachs der Arbeitslosenzahl nieder. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate erreichte damit 1983 4,5 vH und war damit um 0,8 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Besondere Probleme stellten die Jugendarbeitslosigkeit (ihre Arbeitslosenrate betrug 5,1 vH einschließlich Lehrstellensuchende) und die allgemeine Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit, die von durchschnittlich zehn Wochen zu Jahresbeginn auf zwölfeinhalb Wochen am Jahresende gestiegen ist. Während Ende August 1982 erst 13 700 oder 20 vH aller Arbeitslosen länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, erhöhte sich die Anzahl der Dauerarbeitslosen bis Ende August 1983 auf 22 700 oder 26 vH aller Arbeitslosen.

74.7 Die Inlandsnachfrage wuchs mit 2,5 vH im Jahresdurchschnitt etwas stärker als das reale Brutto-Inlandsprodukt. Da der Lageraufbau besonders in der zweiten Jahreshälfte kunjunkturbedingt zunahm, stieg das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen um 4 vH. Der private Konsum hat im Jahresdurchschnitt real um 4,4 vH zugenommen, wobei sich neben den Vorzieheffekten auch die Erhöhung der verfügbaren persönlichen Einkommen um real 3,4 vH und das Sinken der Sparquote von 10,1 vH 1982 auf 9 vH 1983 förderlich auswirkten.

74.8 Verbesserungen der wirtschaftlichen Erwartungen und der Ertragslage haben dazu geführt, daß die Brutto-Anlageinvestitionen mit — 1,6 vH 1983 deutlich schwächer zurückgingen als 1982 (— 5,4 vH). Die Industrieinvestitionen verzeichneten allerdings auch 1983 mit real — 10,5 vH (1982: — 16 vH) wieder einen bedeutenden Rückgang. Die Investitionsquote der Industrie (Investitionen in vH des Umsatzes) ist mit 5,5 vH beträchtlich unter den langjährigen Durchschnitt von 7,5 vH gesunken.

74.9 Die gesamtwirtschaftliche Produktion (Brutto-Inlandsprodukt einschließlich Land- und Forstwirtschaft) stieg 1983 um 1,9 vH. Da die Landwirtschaft ihre hohen Ernteerträge von 1982 nicht mehr wiederholen konnte und sich die übrigen Grundstoff- und Bergbaubereiche nur schwach entwickelten, sank die Wertschöpfung des Primärbereiches um 3,1 vH. Der Sekundärbereich produzierte ebenso wie die Industrie um 0,9 vH mehr als im Vorjahr. Der Tertiärbereich erzielte ein leicht überdurchschnittliches Wachstum von 2,9 vH (Handel + 4,7 vH). Das Wachstum der Kapazitäten hat sich in der Gesamtwirtschaft 1983 weiter deutlich verlangsamt (+ 1,5 vH nach 2,5 vH 1982). In der Industrie haben sich die Kapazitäten erstmals in der Nachkriegszeit absolut verringert (— 0,3 vH), nachdem das Wachstum der Kapazitäten in den vorangegangenen Jahren fast 3 vH betragen hatte (1982: + 1 vH). Da die Produktion in der Gesamtwirtschaft etwas stärker gewachsen ist als die Kapazitäten, hat die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung (95,5 vH) gegenüber 1982 (95 vH) leicht zugenommen. In der Industrie lag die Kapazitätsauslastung mit 80 vH gleich hoch wie im Herbst 1982. Diese Werte lagen jeweils unter jenen der letzten schweren Rezession im Jahr 1975.

74.10 Die Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft (Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen) hat 1983 um 2,7 vH (1982: + 2,4 vH) zugenommen, weil bei einem Wirtschaftswachstum von 1,9 vH die Zahl der Erwerbstätigen um 0,8 vH zurückgegangen ist. In der Industrie war das Produktivitätswachstum noch kräftiger (+ 5,2 vH nach 3,2 vH 1982). Infolge dieser günstigen Entwicklung sind die Arbeitsstückkosten (Lohnsumme je Produktion) sowohl in der Gesamtwirtschaft (+ 2,4 vH) als auch in der Industrie (— 0,5 vH) schwächer gewachsen als die Lohneinkommen. Im internationalen Vergleich hat sich die relative Arbeitskostenposition Österreichs - gemessen am Durchschnitt der Handelspartner - 1983 leicht verbessert (— 1 vH 1983 gegenüber — 0,4 vH 1982; im Vergleich zur BRD aber etwas verschlechtert: + 1 vH gegenüber — 0,4 vH 1982).

74.11 Im Zuge der internationalen Konjunkturerholung hat auch der Welthandel wieder etwas zugenommen (Jahresdurchschnitt 1983 real zwischen 1 vH und 2 vH nach — 2 vH 1982). Österreich konnte mit einem Zuwachs der Exporte von real 4,1 vH seine Position auf den Weltmärkten weiter ausbauen. Die Marktanteilsgewinne waren allerdings hauptsächlich auf den Export von Kolbenverbrennungsmotoren in die BRD, nach Belgien und Spanien sowie auf Weizenlieferungen in die Oststaaten zurückzuführen. In den Ländern der europäischen Freihandelszone (EFTA) traten Marktanteilsverluste von über 4 vH ein. In den westlichen Industriestaaten (+ 4,9 vH) war die Nachfrage nach österreichischen Gütern insgesamt stärker als in den Entwicklungsländern (— 12 vH; OPEC — 0,5 vH). Der Absatz in den USA (+ 4,5 vH) und in Japan (+ 20,3 vH) wurde nicht zuletzt durch für Österreich vorteilhafte Wechselkurse begünstigt.

Die Importe verzeichneten aufgrund der Vorziehkäufe bei Konsumgütern (+ 13,2 vH) hohe Zuwachsraten. Die Bezüge von Rohstoffen (— 3,3 vH) und Energie (— 10,5 vH, jeweils nominell) gingen auch 1983 zurück. Das Defizit der Handelsbilanz hat 1983 wieder zugenommen (auf — 68,5 Milliarden S oder 5,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes), nachdem es 1982 deutlich abgebaut werden konnte. Durch einen Rückgang im Reiseverkehr verringerte sich auch der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz von + 44,3 Milliarden S 1982 auf + 37,5 Milliarden S 1983.

Forschung und Entwicklung

74.12 Nach dem gem § 24 Abs 3 des Forschungsförderungsgesetzes 1967 von der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegenden Bericht über die Lage und Bedürfnisse der Forschung in Österreich, betrugen die Ausgaben zur Forschung und Entwicklung (FuE) von Staat und Wirtschaft in Österreich im Jahre 1983 rd 17,2 Milliarden S, das sind um 5,3 vH mehr als im Vorjahr (rd 16,3 Milliarden S). Im Vergleichszeitraum 1981/82 hatten die Aufwendungen für FuE um 8,0 vH zugenommen. Gemessen am nominellen Brutto-Inlandsprodukt blieb der Anteil der Ausgaben für FuE, die 1983 zu 34,6 vH vom Bund, 13,1 vH von den Bundesländern, somit zusammen 47,7 vH von der öffentlichen Hand, zu 51,1 vH von der Wirtschaft und 1,2 vH von sonstigen Einrichtungen (Oesterreichische Nationalbank, Jubiläumsfonds der Nationalbank usw) finanziert wurden, mit 1,43 vH gleich gegenüber dem Vorjahr.

74.13 Im Bereich der verstaatlichten Industrie wurde 1983 mit 2 671,8 Mill S für Forschungsausgaben einschließlich der Lagerstättenforschung, um 2,2 vH weniger als 1982 ausgegeben. Die Aufwendungen lagen damit um 51,7 vH über jenen des Jahres 1979, wiesen aber seit diesem Zeitraum erstmals sinkende Tendenz auf. Die nachstehende Übersicht läßt den FuE-Aufwand in den einzelnen Bereichen der verstaatlichten Industrie erkennen:

	1979	1980	1981	1982	1983
			Mill S		
Bergbauindustrie	22,3	32,8	22,3	46,7	63,1
Eisenerzeugende Industrie	208,7	194,5	214,7	201,9	208,3
Gießerei/Metallindustrie	45,4	39,4	34,9	46,6	50,3
Eisen- und Metallwarenindustrie	91,3	90,9	116,4	98,8	103,3
Maschinen-, Stahl-, Fahrzeugindustrie	258,2	345,1	423,4	514,7	469,6
Elektroindustrie	111,7	120,5	122,4	144,7	166,5
Chemische Industrie	315,3	334,1	382,7	443,4	474,4
Erdölindustrie	708,2	930,3	1 028,1	1 235,0	1 134,4
Insgesamt	1 761,1	2 087,7	2 345,7	2 731,7	2 671,8
davon Lagerstättenforschung	690,0	914,4	997,9	1 228,9	1 143,0

Wie schon in den Vorjahren war auch 1983 der Anteil der Erdölindustrie am gesamten FuE-Aufwand mit 42,5 vH der höchste, er sank jedoch gegenüber 1982 um 8,2 vH bzw absolut um 100,6 Mill S. Die Chemieindustrie vergrößerte ihren Anteil von 16,2 vH im Jahre 1982 auf 17,8 vH im Jahre 1983. Die FuE-Ausgaben der Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugindustrie waren 1983 um 45,1 Mill S oder 8,8 vH niedriger als im Vorjahr.

74.14 Der Stand an FuE-Personal hat sich 1983 um 90 auf 2 277 vermindert. Der Personalfaktor (das heißt der Anteil des FuE-Personals an der Gesamtbeschäftigtenzahl in vH) blieb damit mit 2,27 gleich wie im Vorjahr. Der Forschungskoeffizient (das heißt der Anteil der FuE-Ausgaben am forschungsmaßgeblichen Umsatz in vH) lag mit 2,19 unter dem des Jahres 1982 (2,24). Wie daraus zu ersehen ist, sind die Forschungsausgaben schwächer als der entsprechende Umsatz gestiegen.

74.15 Im Jahre 1983 stellte die ÖIAG gemäß Auftrag des ÖIG-Gesetzes Mittel zur Förderung von Forschungsvorhaben in Höhe von 47,4 Mill S zur Verfügung (1982: 36,7 Mill S). Von diesem Betrag entfielen rund zwei Drittel auf Projekte im Finalbereich einschließlich Industrieanlagenbau und ein Drittel auf Projekte der Lagerstättenforschung (Suche nach Blei-Zink-Vorkommen im Grazer Bergland und nach Lithium-Vorkommen im Koralpengebiet).

Finanzierungserfordernisse

74.16 Das Nominalkapital der mit 100 vH der Anteilsrechte beherrschten Konzerngesellschaften der ÖIAG laut Anlage zum ÖIG-Gesetz betrug zum 31. Dezember 1983 ebenso wie zum Vorjahresstichtag 8 757 Mill S. Angesichts der schwierigen Lage einzelner Wirtschaftszweige hat die ÖIAG im Jahre 1983 die Beteiligungswerte der VOEST-ALPINE Aktiengesellschaft (VA) um 6 132 Mill S und der Elin-Union AG für elektrische Industrie (Elin) um 592 Mill S aktivseitig wertberichtigt, nachdem bereits in den beiden Vorjahren der Beteiligungsansatz der VA um insgesamt 5 300 Mill S abgeschrieben worden war.

Wegen der anhaltend schlechten Ergebnisse war es auch 1983 wieder nötig, den Unternehmungen der verstaatlichten Industrie 3 674 Mill S in Form von Kapitalerhöhungen und Gesellschafterzuschüssen zuzuführen. Während der letzten fünf Jahre gelangten somit Mittel in Höhe von 12 360 Mill S an die Konzerngesellschaften der ÖIAG zur Einzahlung, von denen der weitaus größte Teil, nämlich 11 489 Mill S, in den letzten drei Jahren aufgewendet wurde. An Dividendenerträgen konnten demgegenüber seit 1981 nur 880 Mill S verzeichnet werden, davon entfielen auf 1983 255 Mill S (1982: 290 Mill S).

Mit der für die Vereinigte Edelstahlwerke AG (VEW) bestimmten Gesellschaftereinlage bei der VA in Höhe von 1 550 Mill S, der Kapitalerhöhung bei der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG (VMW) im Gesamtausmaß von 500 Mill S sowie mit der Resteinzahlung von 37,5 Mill S auf die 1982 beschlossene Kapitalerhöhung und der Gesellschaftereinlage von 40 Mill S bei der Bleiberger Bergwerks-Union (BBU) schöpfte die ÖIAG ihren Finanzierungsrahmen auf der Grundlage des Bundesgesetzes vom 30. November 1982, BGBl Nr 633/1982, voll aus.

74.17 Im September 1983 legte die ÖIAG dem Bundeskanzler als Eigentümervertreter ein Memorandum mit Konzepten und Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmungsstruktur vor. In der Grundstoffproduktion müßten demnach überhöhte Verwaltungsgemeinkosten abgebaut und eine Verringerung der Kapazitäten, verbunden mit einer weiteren Konzentration der Produktion, erreicht werden. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit von Produktionen hätte sich in Zukunft stärker als bisher an betriebswirtschaftlichen Merkmalen auszurichten. Die Personalkosten wären auf allen

Ebenen - insbesondere durch Aussetzung bzw Senkung von freiwillig gewährten Sozialleistungen - einzudämmen. Senkungen von Strom- und Erdgaspreisen sollten die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Marketing-Aktivitäten müßten wesentlich verstärkt werden. In den traditionellen Industriegebieten sollten neue Produktionen in den Bereichen Final- und Hochtechnologieindustrie angesiedelt werden. Schon bestehende verlustbringende Finalproduktionen wären einzustellen, sofern sie nicht innerhalb von drei Jahren in die Gewinnzone geführt werden können.

74.18 Nach Prüfung der von der ÖIAG vorgelegten Zusammenfassung der Unternehmungskonzepte erklärte die Eigentümervertretung die Bereitschaft, die Finanzierung der Weiterführung der Strukturverbesserungen in der verstaatlichten Industrie zu sichern. Nach einer Regierungsvorlage hat der Nationalrat das Bundesgesetz vom 29. November 1983, BGBl Nr 589/1983, beschlossen, mit dem das ÖIAG-Anleihegesetz und das ÖIG-Gesetz geändert wurden. In den folgenden Jahren durchzuführende Finanzierungsmaßnahmen der ÖIAG im Ausmaß von 16,6 Milliarden S waren damit gesichert. Von diesem Betrag wurden - für die Jahre 1983 und 1984 - 6 Milliarden S für die VA, 2,6 Milliarden S für die VEW, 1,5 Milliarden S für die Chemie Linz Aktiengesellschaft (CL), 0,9 Milliarden S für die Elin, 0,5 Milliarden S für die VMW und 0,1 Milliarden S für die BBU vorgesehen. 1 496,1 Mill S brachte die ÖIAG im Rahmen dieser neuen Finanzierungsmöglichkeit im Jahre 1983 auf, wobei 1 200 Mill S - davon 600 Mill S zweckbestimmt für die VEW - bei der VA, 200 Mill S bei der CL und 96,1 Mill S bei der Elin verwendet wurden.

Das gleiche Bundesgesetz legte auch ein volles Einschaurecht der ÖIAG bei den Unternehmungen der verstaatlichten Industrie fest.

Ertragslage

74.19 Insgesamt konnten die verstaatlichten Unternehmungen nach einem Verlust von 649,9 Mill S im Jahre 1982 nach Bildung bzw Auflösung von Rücklagen und der dann vorgenommenen Saldierung aller ausgewiesenen bilanzmäßigen Gewinne und Verluste im Geschäftsjahr 1983 einen vorläufigen Gewinn von 135,1 Mill S erwirtschaften.

Die Eisen- und Stahlindustrie befand sich 1983 im neunten Jahr ihrer Krise. Die zunehmenden Produktionseinschränkungen und mengenmäßigen Importbeschränkungen in Europa und Übersee hatten auch auf die österreichische Eisen- und Stahlindustrie nachteilige Auswirkungen. Weiterhin unbefriedigende Preise bei den Hüttenprodukten bzw bei den Produkten der hüttennahen Verarbeitung sowie die Anlaufkosten bei neuen Produktionen und die in manchen Bereichen aufgetretenen Auslastungsprobleme waren maßgebliche Gründe für das negative Ergebnis der VA im Jahre 1983 in der Höhe von 38,7 Mill S, nachdem Gesellschaftereinlagen von 2 550 Mill S geleistet wurden (1982 war bei einem Verlust von 314 Mill S ein Gesellschafterzuschuß von 500 Mill S und eine Rücklagenauflösung von 430 Mill S nötig gewesen). In diesem Ergebnis waren verrechnete Verluste der VOEST-ALPINE Werkzeug und Draht AG von 189,2 Mill S, der VOEST-ALPINE Hebetechnik und Brückenbau AG von 54,3 Mill S, der VOEST-ALPINE Montagegesellschaft mbH von 16,6 Mill S, der VOEST-ALPINE Energie-Service Gesellschaft mbH von 3,6 Mill S und der Alpen-Dekorstein Austria Gesellschaft mbH von 22,3 Mill S sowie Gewinne der VOEST-ALPINE Stahlhandel AG von 41,1 Mill S, der VOEST-ALPINE Interhandel Gesellschaft mbH von 213,9 Mill S, der VOEST-ALPINE Krems Gesellschaft mbH von 0,3 Mill S, der Austro Mineral, Österreichische Gesellschaft für Lagerstättenerschließung, Bergbau und Mineralwirtschaft Gesellschaft mbH von 0,04 Mill S, der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau Gesellschaft von 248,8 Mill S, der Binder & Co AG von 23,0 Mill S, der Norikum Maschinenbau- und Handel Gesellschaft mbH von 1,5 Mill S, der VOEST-ALPINE Consulting Engineering Gesellschaft mbH von 27,3 Mill S und der VOEST-ALPINE Medizintechnik Gesellschaft mbH von 50,8 Mill S enthalten.

Der Jahresverlust der VEW betrug 1983 nach Zuführung von Gesellschaftereinlagen in Höhe von insgesamt 2 150 Mill S (davon 1 550 Mill S aufgrund des Bundesgesetzes, BGBl Nr 633/1982 und 600 Mill S aufgrund des Bundesgesetzes, BGBl Nr 589/1983) 197,4 Mill S (1982: – 148,2 Mill S nach Auflösung einer gesetzlichen Rücklage von 1 800 Mill S). Die Hauptursachen für dieses ungünstige Ergebnis waren nach wie vor Bedarfsrückgänge, vor allem bei den ausländischen Kunden, aber auch Verschiebungen der Währungsparitäten, Handelsbarrieren, Finanzierungsschwierigkeiten und Devisenprobleme in den Abnehmerländern.

Der seit 1980 andauernde Schrumpfungsprozeß auf den internationalen Rohöl- und Mineralölproduktenmärkten hat im Jahre 1983 deutlich abgenommen. Die heimische Nachfrage hat sich von dem Markteinbruch im ersten Quartal 1983 bis Jahresende nicht zur Gänze erholt, so daß auch der Umsatz der ÖMV-Aktiengesellschaft (ÖMV) um 5,6 vH zurückging. Dennoch erzielte die ÖMV unter Berücksichtigung von Rücklagenauflösungen in Höhe von 305,3 Mill S und der Inanspruchnahme steuerlicher Investitionsbegünstigungen (vorzeitige Abschreibung 816,6 Mill S) einen Jahresgewinn von 240 Mill S (1982: 210 Mill S bei Rücklagenauflösungen von 281,3 Mill S und vorzeitiger Abschreibung von 925 Mill S). Infolge des gefallenen Mineralölprodukteabsatzes schloß die „Martha" Erdölgesellschaft mbH das

Geschäftsjahr 1983 mit einem Verlust von 4,9 Mill S (1982: — 15,4 Mill S) ab. Die Elan Mineralölvertrieb AG verzeichnete 1983 einen Gewinn von 6,5 Mill S (1982: — 15,3 Mill S).

Die Petrochemieindustrie wies im Jahre 1983 einen Aufschwung auf. In Österreich führte die Einbindung der Petrochemie in die Raffinerie zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Geschäftsentwicklung der ÖMV Petrochemietöchter, Petrochemie Schwechat Gesellschaft mbH (PCS) und Danubia Olefinwerke Gesellschaft mbH (DAN), die mit Genehmigung des Aufsichtsrates der ÖMV und nach Zustimmung der ÖIAG mit 1. Jänner 1984 fusioniert worden sind, hat sich 1983 wesentlich gebessert. Die PCS schloß das Geschäftsjahr 1983 mit einem Gewinn von 101,8 Mill S ab (1982 betrug der Verlust 168,6 Mill S). Die Bilanz der DAN wies aufgrund einer kräftigen Marktbelebung, verbunden mit einer Festigung der Preise, einen Gewinn von 71,8 Mill S auf (1982 betrug der Verlust 279 Mill S, wurde aber durch einen Gesellschafterzuschuß der ÖMV in der Höhe von 220 Mill S und durch Rücklagenauflösungen von 52 Mill S auf den in der Bilanz ausgewiesenen Betrag von 7 Mill S gemindert).

Die Chemische Industrie begann sich 1983 weltweit von den Rückschlägen der vergangenen Jahre zu erholen. Auch die österreichische Chemieindustrie wuchs mit einer nominellen Zuwachsrate von 5,8 vH (real: 2,8 vH). Infolge höherer Erlöse in der zweiten Jahreshälfte, betrieblicher Einsparungen und der Entwicklung des Dollarkurses, konnte die CL ihre wirtschaftliche Lage leicht verbessern und schloß das Geschäftsjahr 1983 mit einem Verlust von 591 Mill S ab, der durch eine Gesellschaftereinlage von 500 Mill S auf 91 Mill S vermindert wurde (1982 entstand bei der CL trotz der Veräußerung der Petrochemieinteressen ein Verlust von 705,1 Mill S, der durch Rücklagenauflösung auf 118,4 Mill S verringert wurde).

Die Elin konnte 1983 ihren Umsatz um 3,7 vH auf 7 832 Mill S ausweiten, wobei beträchtliche Zuwächse im Inlandsgeschäft erzielt wurden (+ 14,4 vH). Dagegen konnten die Exportumsätze nicht mehr das Ausmaß des Jahres 1982 erreichen (— 9,6 vH). Nach Zuführung einer Gesellschaftereinlage aufgrund des Bundesgesetzes, BGBl Nr 589/1983, von 600 Mill S, wurde das Geschäftsjahr mit einem Abgang von 16,1 Mill S abgeschlossen (1982: — 160 Mill S nach Rücklagenauflösung von 200 Mill S). In dem Ergebnis der Elin waren 1983 überrechnete Gewinne der Austria-Email-EHT AG von 16,1 Mill S und der Kabel- und Drahtwerke AG von 20,3 Mill S enthalten.

Im Bereich der Nichteisen-(NE-)Metallindustrie konnte die VMW unter Fortsetzung der Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in Verbindung mit einem kräftigen Anstieg der Aluminiumpreise nach zwei Verlustjahren wieder in die Gewinnzone geführt werden. Die verstärkte Nachfrage nach Hüttenaluminium aufgrund eines allgemeinen konjunkturellen Aufschwunges brachte einen Umsatzzuwachs um 16,8 vH auf 7 415 Mill S. Als Jahresergebnis 1983 wurde ein Gewinn von 115 Mill S ausgewiesen (1982 verzeichnete die VMW trotz eines Gesellschafterzuschusses von 331,5 Mill S einen Verlust von 363,5 Mill S, welcher durch eine Kapitalherabsetzung sowie gleichzeitige Erhöhung auf das ursprüngliche Nominalkapital ausgeglichen wurde). Bei der Enzesfeld-Caro Metallwerke AG gingen aufgrund der Einstellung der Walzwarenproduktion - diese Erzeugnisse werden künftig als Handelsware vertrieben - die Umsatzerlöse um 13,5 vH zurück. Das Geschäftsjahr schloß mit einem positiven Ergebnis von 5,8 Mill S (1982: Verlust 13,4 Mill S). Die Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik AG weitete ihren Umsatz aufgrund mehrerer Geschäfte im Bereich des Projekt- und Anlagenbaues gegenüber 1982 um 36,1 vH aus und erzielte im Geschäftsjahr 1983 ein positives Ergebnis von 2,6 Mill S (1982: 14,1 Mill S).

Bei der BBU hoben sich 1983 positive und negative Umsatztendenzen der einzelnen Geschäftsbereiche und Produktgruppen weitgehend auf, so daß der Gesamtumsatz annähernd auf dem Vorjahresniveau blieb. Das Ergebnis fiel 1983 mit — 3,3 Mill S im Vergleich zum Vorjahr wesentlich besser aus (1982: — 17,5 Mill S unter Berücksichtigung von Rücklagenauflösungen und der Bergbauförderung von insgesamt 143 Mill S).

Eine ausgeprägte Investitionsgüterrezession beeinflußte im Jahre 1983 international die Lage des Maschinen-, Stahl-, Anlagen- und Schiffsbaues. Die für die österreichische verstaatlichte Industrie wichtigsten Erzeugnisgruppen entwickelten sich unterschiedlich. Einer wertmäßig rückläufigen Produktion im allgemeinen Maschinen-, Stahl-, Schiffs- sowie Werkzeugmaschinenbau stand eine positive Produktionsentwicklung bei Lokomotiven und im Dampfkessel- und Apparatebau gegenüber. Die Simmering-Graz-Pauker AG konnte 1983 trotz eines Umsatzrückganges von 3,5 vH vor allem wegen Kostensenkungsmaßnahmen ein ausgeglichenes Jahresergebnis (+ 0,2 Mill S) erwirtschaften (1982: + 0,3 Mill S). Trotz internationaler Flaute im Schiffsbau konnte die österreichische Schiffswerften AG Linz-Korneuburg ihren Umsatz 1983 um 1,5 vH steigern und ein ausgeglichenes Ergebnis (— 0,5 Mill S) erzielen (1982: — 17,3 Mill S).

Im Braunkohlenbergbau der ÖIAG-Gruppe wurde 1983 ein Rückgang des Absatzes um 15,1 vH verzeichnet. Dennoch konnte die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG das Geschäftsjahr nach ausreichender Dotierung der Erschwernisrückstellung und der Schließungskostenrückstellung mit einem Gewinn von 11,1 Mill S (1982: 25,2 Mill S) abschließen.

74.20 Die oben dargestellten Ergebnisse sind insofern nicht uneingeschränkt vergleichbar, als die Inanspruchnahme der Investitionsbegünstigungen nicht bei allen Unternehmungen in gleichem Maße erfolgte.

74.21 Die Dividendenleistungen an die ÖIAG beliefen sich 1983 auf 255,19 Mill S, dh um 35,12 Mill S weniger als im Vorjahr. Von der ÖMV wurde eine Dividende von 210 Mill S (1982: 240 Mill S) vereinnahmt. Die Siemens AG Österreich schüttete 1983 an die ÖIAG einen Gewinnanteil von 45,19 Mill S (1982: 49,66 Mill S) aus.

Steuerleistung

74.22 Nach den vorliegenden vorläufigen Zahlen lag die buchmäßige Steuerleistung der verstaatlichten Industrie 1982 mit 11 166,8 Mill S um 7,8 vH über jener des Vorjahres (Vergleichszeitraum 1980/81: + 13,5 vH). Ausschlaggebend für dieses erhöhte Steueraufkommen war die um 775,9 Mill S gestiegene Umsatzsteuer (Saldo aus Umsatzsteuer und Vorsteuer) und die um 123,5 Mill S gestiegene Mineralölsteuer. Die Abgaben aus Vermögenssteuer und Erbschaftsäquivalent sanken gleichzeitig um 86,7 Mill S.

	1978	1979	1980	1981	1982 [1]
			Mill S		
Steuerleistung insgesamt	11 828,7	10 065,6	9 129,8	10 363,6	11 166,8
Körperschaftssteuer und Zuschläge	339,2	100,8	332,4	1,6	0,1
Gewerbesteuer	367,1	370,4	442,8	265,4	275,3
Grundsteuer und allfällige Landeszuschläge	31,7	33,6	33,8	37,1	37,0
Lohnsummensteuer	342,7	367,2	395,1	420,6	441,9
Kraftfahrzeugsteuer	5,3	5,4	5,5	5,8	6,5
Gesellschaftssteuer	21,4	7,6	6,2	15,3	25,9
Aufsichtsratsabgabe	4,8	4,6	4,8	4,6	3,5
Vermögenssteuer und Erbschaftssteueräquivalent	440,7	404,8	370,5	285,7	199,0
Mineralölsteuer	7 465,1	7 188,8	7 546,0	8 122,4	8 245,9
Investitionssteuer	86,3	—	—	—	—
Umsatzsteuer	11 738,1	11 769,4	12 902,9	16 454,7	17 271,7
Vorsteuer	– 9 605,8	– 10 961,9	– 13 573,5	– 16 645,3	– 16 686,4
U-Bahn-Abgabe	6,6	6,6	6,7	6,7	6,4
Sonstige Steuern	585,5	768,3	656,6	1 389,0	1 340,0

[1]) Vorläufiges Ergebnis.

Investitionen

74.23 Die Investitionen der verstaatlichten Industrie wiesen 1983 in Summe einen beträchtlichen Rückgang auf. Insgesamt betrugen sie 5 550 Mill S, das sind um 2 774 Mill S oder 33,3 vH weniger als im Vorjahr. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf die 1982 erfolgte Fertigstellung des Casing- und Tubingwerkes der VA in Kindberg (Investitionssumme 1982: 1,4 Milliarden S) und die stark verringerte Investitionstätigkeit der Mineralölindustrie (– 32,2 vH) zurückzuführen.

	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹)
			Mill S			
Eisen- und Stahlindustrie	2 873	3 775	4 393	3 322	4 625	2 658
Maschinen- und Schiffsbau	316	358	325	263	171	90
Mineralölindustrie	4 489	3 316	3 345	2 661	2 441	1 656
Chemische Industrie	522	234	355	448	319	476
Elektroindustrie	196	271	305	409	329	241
NE-Metallindustrie	231	310	315	294	363	309
Kohlenbergbau	138	168	186	127	76	120
Verstaatlichte Industrie insgesamt	8 765	8 432	9 224	7 524	8 324	5 550

¹) Vorläufiges Ergebnis.

74.24 Infolge der gesunkenen Investitionstätigkeit ergab sich 1983 in Summe eine wesentlich verminderte Investitionsquote (Anteil des Investitionsaufwandes am Umsatz). Während diese im Jahr 1978 im Gesamtdurchschnitt für die verstaatlichte Industrie noch 7,3 vH betrug, ist sie seither laufend gefallen - die Erhöhung 1982 war nur auf die Großinvestition der VA in Kindberg zurückzuführen - und erreichte 1983 nur mehr 2,9 vH. Die höchste Investitionsquote innerhalb der verstaatlichten Industrie nahm mit 7,1 vH der Kohlenbergbau ein, welcher gemeinsam mit der chemischen Industrie höhere Werte als im Vorjahr erzielte. Die Investitionsquoten aller anderen Bereiche lagen 1983 niedriger als 1982, wobei die Durchschnittswerte früherer Jahre wesentlich unterschritten wurden.

Seit 1978 entwickelte sich die Investitionsquote in den einzelnen Sparten der verstaatlichten Industrie wie folgt:

	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹)
			vH			
Eisen- und Stahlindustrie	6,0	7,2	8,0	5,8	7,4	4,0
Maschinen- und Schiffsbau	6,8	7,1	5,5	4,9	2,9	1,5
Mineralölindustrie	10,1	6,3	4,8	3,1	3,1	2,1
Chemische Industrie	5,7	2,1	2,8	3,1	2,1	2,5
Elektroindustrie	3,2	4,4	4,7	5,7	3,6	2,5
NE-Metallindustrie	3,9	4,5	4,3	3,4	4,2	3,1
Kohlenbergbau	12,4	15,1	15,3	8,5	3,8	7,1
Verstaatlichte Industrie insgesamt	7,3	6,2	5,9	4,2	4,6	2,9

¹) Vorläufiges Ergebnis.

74.25 Die stark verminderte Investitionstätigkeit des Jahres 1983 ergab auch eine niedrigere Investitionsintensität (Investitionsaufwand je Beschäftigten), die im Gesamtdurchschnitt mit rund 53 200 S um 31,6 vH unter der des Jahres 1982 mit rund 77 800 S lag. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, ist die Investitionsintensität gegenüber dem Vorjahr in der chemischen Industrie um 49,7 vH und im Kohlenbergbau um 60,9 vH gestiegen, während sie in der Eisen- und Stahlindustrie um 41,0 vH, im Maschinen- und Schiffsbau um 45,0 vH, in der Mineralölindustrie um 30,4 vH, in der Elektroindustrie um 25,7 vH und in der NE-Metallindustrie um 12,0 vH gefallen ist. Mit rund 191 900 S je Beschäftigten stand der Ölsektor innerhalb der verstaatlichten Industrie jedoch wie in den Vorjahren weiter an der Spitze. Seit 1979 entwickelte sich die Investitionsintensität in den einzelnen Wirtschaftszweigen folgendermaßen:

	1979	1980	1981	1982	1983 [1]
			1 000 S		
Eisen- und Stahlindustrie	54,0	63,7	53,1	77,3	45,6
Maschinen- und Schiffsbau	43,2	38,2	30,1	20,0	11,0
Mineralölindustrie	366,5	366,1	291,4	275,6	191,9
Chemische Industrie	29,3	44,0	51,1	36,8	55,1
Elektroindustrie	29,4	33,1	41,1	34,2	25,4
NE-Metallindustrie	43,9	44,1	35,1	45,1	39,7
Kohlenbergbau	44,2	50,4	36,1	22,0	35,4
Verstaatlichte Industrie insgesamt	73,1	80,4	67,8	77,8	53,2

[1]) Vorläufiges Ergebnis.

Personal

74.26 Die Anzahl der in der verstaatlichten Industrie Beschäftigten wies 1983 eine weiterhin fallende Tendenz auf. Mit 104 295 Dienstnehmern waren um 3,9 vH weniger als 1982 beschäftigt, wobei sich die Anzahl der Arbeiter um 3 247 (4,4 vH) und die der Angestellten um 1 136 (3,3 vH) verringert hat. In der gesamten österreichischen Industrie fanden in diesem Zeitraum um 23 845 (4,1 vH) weniger Arbeiter und Angestellte Beschäftigung als 1982.

	1979	1980	1981	1982	1983
Beschäftigte:					
Österreichische Industrie insgesamt	627 525	624 878	613 913	588 983	565 138
Verstaatlichte Industrie	111 765	113 051	110 992	108 578	104 295
davon:					
Arbeiter	77 856	78 237	76 080	73 692	70 445
Angestellte	33 909	34 814	34 912	34 886	33 750

74.27 Im Jahre 1983 war der Beschäftigtenstand in allen Bereichen der verstaatlichten Industrie rückläufig. In der Eisen- und Stahlindustrie sank die Anzahl der Mitarbeiter um 2 827 (4,6 vH), im Maschinen- und Schiffsbau um 396 (4,6 vH), in der Mineralölindustrie um 307 (3,4 vH), in der chemischen Industrie um 273 (3,1 vH), in der Elektroindustrie um 155 (1,6 vH), in der NE-Metallindustrie um 264 (3,3 vH) und im Kohlenbergbau um 61 (1,8 vH).

	1979	1980	1981	1982	1983
Beschäftigte:					
Eisen- und Stahlindustrie	66 411	65 411	62 531	61 053	58 226
Maschinen- und Schiffsbau	8 280	8 503	8 725	8 549	8 153
Mineralölindustrie	9 048	9 136	9 131	8 938	8 631
Chemische Industrie	7 982	8 801	8 760	8 914	8 641
Elektroindustrie	9 194	9 969	9 950	9 626	9 471
NE-Metallindustrie	7 054	7 539	8 375	8 044	7 780
Kohlenbergbau	3 796	3 692	3 520	3 454	3 393

74.28 Der gesamte Personalaufwand der verstaatlichten Industrie stieg von 35,8 Milliarden S (1982) um 2,8 vH auf 36,9 Milliarden S (1983), je Beschäftigten von rd 330 200 S (1982) auf rd 353 500 S (1983), dh um 7,1 vH.

Produktion

74.29 Der Anteil des verstaatlichten Bereiches an der industriellen Gesamterzeugung Österreichs - gemessen am Bruttowert der Erzeugung - betrug im Jahre 1983 20,8 vH, während er im Vorjahr noch bei 21,8 vH gelegen hatte. Schon im Vergleichszeitraum 1981/82 war eine Abnahme um einen Prozentpunkt zu beobachten.

74.30 Der Mengenausstoß zeigte bei den wichtigsten Grundstoffen, Halbzeugen und jenen Fertigwaren, die eine gewichtsmäßige Zusammenfassung erlauben, in den Jahren 1979 bis 1983 folgende Entwicklung:

	1979	1980	1981	1982	1983
			Millionen t		
Kohle	2,18	2,22	2,50	2,68	2,35
Eisenerz	3,20	3,20	3,05	3,33	3,54
Roheisen	3,70	3,49	3,48	3,11	3,32
Rohstahl	4,61	4,33	4,37	3,99	4,23
Walzwaren	3,54	3,39	3,39	3,11	3,37
davon Bleche	2,45	2,33	2,42	2,32	2,49
Erdöl	1,40	1,15	1,01	0,98	0,95
			1 000 t		
Hüttenaluminium roh	121,8	116,2	127,5	123,6	143,6
Kathodenkupfer	32,8	31,3	28,4	31,6	33,1
Zinkmetall	26,3	25,4	25,8	26,9	27,2
Hüttenblei	16,8	17,0	16,1	17,9	17,1
Hochdruckpolyäthylen	80,0	127,2	156,1	113,5	190,1
Schwefelsäure	176,4	273,6	165,5	157,2	139,8
			Millionen m³		
Erdgas	1 496,1	1 228,4	862,7	764,5	614,6

74.31 Wie diese Übersicht erkennen läßt, konnte die Eisen- und Stahlindustrie ihre Produktion gegenüber 1982 durchwegs steigern. So wurden 1983 um 6,8 vH mehr Roheisen, um 6,0 vH mehr Rohstahl und um 8,4 vH mehr Walzwaren — davon 7,3 vH mehr Bleche — erzeugt. Gleichzeitig wurde die Erzeugung von Hüttenaluminium um 16,2 vH, von Kathodenkupfer um 4,8 vH und von Zinkmetall um 1,1 vH erhöht. Aufgrund einer zunehmend günstigen Marktlage wies die Produktion von Hochdruckpolyäthylen mit 67,5 eine hohe Steigerungsrate auf. Der Kohlenabbau verringerte sich um 12,3 vH, die Förderung von Erdöl ging um 3,1 vH zurück, jene von Erdgas um 19,6 vH. Die Erzeugung von Schwefelsäure wurde um 11,1 vH zurückgenommen.

Umsatz

74.32 Der Gesamtumsatz der verstaatlichten Industrie stieg von 188,3 Milliarden S (1982) um 1,1 vH auf 190,3 Milliarden S. Von den einzelnen Wirtschaftszweigen wies die chemische Industrie mit rd 2,9 Milliarden S (das sind 17,6 vH) die wertmäßig größte Steigerungsrate aus, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie mit rd 2,0 Milliarden S (das sind 3,2 vH). Die NE-Metallindustrie erhöhte ihren Umsatz um 15,0 vH, die Elektroindustrie um 4,5 vH und der Maschinen- und Schiffsbau um 2,4 vH. Aufgrund von Verbrauchseinschränkungen hatten die Mineralölindustrie (— 5,7 vH) und der Kohlenbergbau (— 0,3 vH) Umsatzrückgänge zu verzeichnen.

	1979	1980	1981	1982	1983[1])
			Mill S		
Eisen- und Stahlindustrie	52 384,6	55 211,4	57 124,2	64 251,6	66 299,2
Maschinen- und Schiffsbau	5 048,9	5 952,8	5 360,9	5 951,3	6 095,6
Mineralölindustrie	52 382,4	69 037,3	84 517,0	82 299,5	77 592,7
Chemische Industrie	11 022,8	12 496,5	14 455,7	16 344,6	19 218,1
Elektroindustrie	6 217,0	6 445,5	7 196,8	9 144,5	9 555,9
NE-Metallindustrie	6 929,5	7 256,1	8 557,9	8 594,3	9 886,9
Kohlenbergbau	1 111,0	1 218,7	1 490,3	1 698,2	1 693,0
Verstaatlichte Industrie insgesamt	135 096,3	157 618,3	178 702,8	188 284,0	190 341,4

[1]) Vorläufiges Ergebnis.

Auftragslage

74.33 Die Auftragseingänge der verstaatlichten Industrie waren 1983 mit 76,9 Milliarden S um 17,5 vH geringer als im Vorjahr. Den wertmäßig größten Einbruch verzeichnete die Eisen- und Stahlindustrie mit 12,2 Milliarden S (— 22,3 vH), gefolgt vom Maschinen- und Schiffsbau mit 2,9 Milliarden S (— 35,3 vH). In der chemischen Industrie gingen 16,8 vH, in der Elektroindustrie 4,1 vH und im Kohlenbergbau 3,8 vH weniger Aufträge als 1982 ein. Nur in der NE-Metallindustrie konnte ein Anstieg der Auftragseingänge von 13,8 vH verzeichnet werden.

74.34 Entsprechend dem geringeren Auftragseingang war auch der Auftragsstand der verstaatlichten Industrie mit 69,9 Milliarden S zum Jahresende 1983 um 21,9 vH geringer als am Stichtag des Vorjahres. Die Eisen- und Stahlindustrie hatte einen um 16,9 Milliarden S (das sind 28,8 vH) geringeren Auftragsstand, welcher praktisch zur Gänze auf die schlechtere Auftragslage des Industrieanlagenbaues der VA zurückzuführen war. In der chemischen Industrie verringerte sich der Auftragsstand um 45,2 vH, in der Elektroindustrie um 14,1 vH, im Maschinen- und Schiffsbau um 5,7 vH und im Kohlenbergbau um 0,6 vH. Die NE-Metallindustrie verzeichnete einen Anstieg des Auftragsstandes um 27,2 vH.

Außenhandelsbeziehungen

74.35 Die Ausfuhrtätigkeit der verstaatlichten Industrie konnte 1983 die beträchtlichen Zuwachsraten der beiden vorangegangenen Jahre nicht mehr erreichen. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 3,6 vH und lag damit deutlich unter den Werten der Vergleichszeiträume 1980/81 (14,4 vH) und 1981/82 (14,8 vH). Die Zunahme war auch geringer als bei den Exporten der übrigen österreichischen Wirtschaft, die sich 1983 gegenüber 1982 um 3,9 vH erhöhten (im Vergleichszeitraum 1981/82: 3,5 vH). Der Anteil am Gesamtexport blieb mit 23,2 vH gleich wie im Vorjahr. Seit 1979 entwickelten sich Österreichs Exporte folgendermaßen:

Jahr	Ausfuhrleistungen der verstaatlichten Industrie		Ausfuhrleistungen der übrigen österreichischen Wirtschaft		Österreichs Ausfuhr insgesamt		Anteil der verstaatlichten Industrie an der Gesamtausfuhr
	Mill S	Index	Mill S	Index	Mill S	Index	vH
1979	42 942	100	163 311	100	206 253	100	20,8
1980	46 748	109	179 421	109	226 169	109	20,6
1981	53 919	126	198 850	121	251 769	122	21,4
1982	61 955	144	204 905	125	266 860	129	23,2
1983	64 160	149	212 979	130	277 139	134	23,2

74.36 Innerhalb der verstaatlichten Industrie zeigten die Ausfuhrleistungen der einzelnen Wirtschaftszweige gegenüber dem Vorjahr eine unterschiedliche Entwicklung. Die NE-Metallindustrie erzielte mit 20,5 vH gegenüber dem Vorjahr die größte Zuwachsrate. Der Chemie- und Ölsektor exportierte um 17,1 vH und die Eisen- und Stahlindustrie um 0,3 vH mehr als im Vorjahr. Das Auslandsgeschäft in der Elektroindustrie ging — nach einem starken Wachstum im Jahre 1982 — um 7,3 vH zurück. Auch der Maschinen- und Schiffsbau (— 2,4 vH) und der Kohlenbergbau (— 0,7 vH) verzeichneten Rückgänge. Im einzelnen erlösten die Wirtschaftszweige der verstaatlichten Industrie folgende Auslandsumsätze:

	1979	1980	1981	1982	1983
			Mill S		
Eisen- und Stahlindustrie	29 820,0	31 667,0	38 020,2	43 582,3	43 706,5
Maschinen- und Schiffsbau	1 764,4	2 508,2	1 499,2	1 497,7	1 462,1
Chemie- und Ölsektor	6 449,4	6 851,0	8 154,7	8 659,6	10 136,9
Elektroindustrie	1 626,2	2 086,7	1 941,9	3 727,8	3 454,0
NE-Metallindustrie	3 272,7	3 301,2	3 793,1	4 458,6	5 372,2
Kohlenbergbau	8,8	29,4	32,4	28,9	28,7
Verstaatlichte Industrie insgesamt	42 941,5	46 443,5	53 441,5	61 954,9	64 160,4

74.37 Im Jahre 1983 stiegen die Ausfuhren der verstaatlichten Industrie mehr als der Gesamtumsatz. Dadurch erhöhte sich auch ihr Anteil am Gesamtumsatz von 32,9 vH 1982 auf 33,7 vH 1983, wobei allerdings Inlands- und Auslandsmarkt in den einzelnen Wirtschaftszweigen von unterschiedlicher

Bedeutung waren. Von den einzelnen verstaatlichten Industriebereichen verzeichnete die Eisen- und Stahlindustrie mit 65,9 vH (1982: 68,4 vH) weiterhin die höchste Exportquote. Es folgten (jeweils in vH) die NE-Metallindustrie mit 54,3 (1982: 51,9), die chemische Industrie mit 51,2 (1982: 52,3), die Elektroindustrie mit 36,2 (1982: 40,8), der Maschinen- und Schiffsbau mit 24,0 (1982: 25,2), der Kohlenbergbau mit 1,7 (1982: 1,7) und der Ölsektor mit 0,4 (1982: 0,1).

Die starke Exporttätigkeit der Eisen- und Stahlindustrie drückte sich auch in ihrem Anteil am Gesamtexport der verstaatlichten Industrie in Höhe von 68,1 vH (1982: 70,1 vH) aus. Es folgten (jeweils in vH) der Chemiebereich mit 15,3 (1982: 13,8), die NE-Metallindustrie mit 8,4 (1982: 7,2) und die Elektroindustrie mit 5,4 (1982: 6,1). Der Anteil der übrigen Industriezweige lag unter 3 vH.

74.38 In der regionalen Verteilung der Exporte der verstaatlichten Industrie zeigt sich eine starke Zunahme der Ausfuhrleistung in die Staaten Osteuropas um rd 5,5 Milliarden S oder 43,1 vH. Der Anteil der Ausfuhren in die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) blieb mit 32,1 vH gleich wie im Vorjahr, während Einbußen beim Exportanteil in die Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) von 5,1 vH und in die übrigen Länder von 18,2 vH hingenommen werden mußten.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Außenhandelsverflechtungen der verstaatlichten Industrie mit den einzelnen Wirtschaftsräumen seit 1979:

Jahr	Ausfuhr insgesamt	EG		EFTA		Osteuropa (ohne Jugoslawien und Albanien)		Übrige Länder	
	Mill S	Mill S	vH	Mill S	vH	Mill S	vH	Mill S	vH
1979	42 941,5	17 200,1	40,1	3 320,0	7,7	9 372,6	21,8	13 048,8	30,4
1980	46 443,5	17 637,3	38,0	3 893,5	8,4	8 836,2	19,0	16 076,5	34,6
1981	53 441,5	18 577,2	34,8	3 967,2	7,4	10 288,7	19,3	20 608,4	38,5
1982	61 340,2	19 682,7	32,1	3 591,9	5,9	12 825,1	20,9	25 240,5	41,1
1983	64 160,4	20 593,9	32,1	3 593,1	5,6	18 346,8	28,6	21 626,6	33,7

74.39 Die Einfuhren der verstaatlichten Industrie zeigten mit einem neuerlichen Rückgang um 3,5 vH auf 50,9 Milliarden S eine abweichende Tendenz zu den gesamtösterreichischen Importen, welche 1983 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 vH anstiegen. Der Anteil der Importe der verstaatlichten Industrie am gesamtösterreichischen Import verringerte sich somit von 15,9 vH (1982) auf 14,6 vH (1983). Maßgeblich für den Rückgang der Einfuhren der verstaatlichten Industrie war die Verringerung jener aus den OPEC-Ländern um 23,3 vH gegenüber dem Vorjahr auf 11,0 Milliarden S und aus der Sowjetunion um 9,8 vH auf 11,0 Milliarden S. Die Importe aus den EG-Ländern erhöhten sich um 21,6 vH auf 14,8 Milliarden S. Seit 1979 entwickelten sich die Einfuhren aus den einzelnen Regionen folgendermaßen:

Jahr	Einfuhr insgesamt	EG		EFTA		Osteuropa (ohne Jugoslawien und Albanien)		Übrige Länder	
	Mill S	Mill S	vH	Mill S	vH	Mill S	vH	Mill S	vH
1979	33 404,9	8 691,4	26,0	958,2	2,9	10 533,4	31,5	13 221,9	39,6
1980	43 801,9	7 972,4	18,2	1 182,1	2,7	14 914,6	34,0	19 732,8	45,2
1981	56 120,8	9 623,1	17,1	1 557,2	2,8	19 839,9	35,4	25 100,6	44,7
1982	52 728,4	12 161,6	23,1	1 669,8	3,2	16 982,2	32,2	21 914,8	41,5
1983	50 873,6	14 784,0	29,1	1 888,0	3,7	16 855,9	33,1	17 345,7	34,1

74.40 Die „Handelsbilanz" der verstaatlichten Unternehmungen (Salden der direkten Aus- und Einfuhren) war im Berichtsjahr mit 13,3 Milliarden S aktiv und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Milliarden S verbessert. Maßgeblich dafür war vor allem die Erhöhung des aktiven Saldos der Eisen- und Stahlindustrie um 2,1 Milliarden S (das sind 8,0 vH) und die Verringerung des Defizites des Chemie- und Ölbereiches um 3,1 Milliarden S (das sind 14,2 vH). Im einzelnen entwickelten sich die entsprechenden Salden in den einzelnen Industriebereichen folgendermaßen:

	1979	1980	1981	1982	1983
			Mill S		
Verstaatlichte Unternehmungen insgesamt	+ 9,536,6	+ 2 641,7	— 2 679,3	+ 8 611,8	+ 13 286,7
Eisen- und Stahlindustrie	+ 18 405,8	+ 20 971,0	+ 23 908,5	+ 25 701,0	+ 27 759,4
Chemische und Mineralölindustrie	— 12 195,0	— 22 288,6	— 29 868,4	— 21 842,2	— 18 735,5
Elektroindustrie	+ 718,3	+ 1 083,1	+ 811,7	+ 1 905,4	+ 1 156,2
NE- Metallindustrie	+ 1 396,2	+ 1 060,3	+ 1 527,9	+ 1 949,9	+ 2 561,5
Maschinen- und Schiffsbau	+ 1 222,6	+ 1 809,1	+ 928,1	+ 881,1	+ 536,4
Kohlenbergbau	— 11,4	+ 6,6	+ 12,8	+ 16,6	+ 8,8

b) Prüfungsergebnisse aus den Jahren 1982 und 1983

Heilmittelwerke Wien GesmbH, Wien

Die Ertragslage dieser Pharma-Tochtergesellschaft der CHEMIE LINZ AG hat sich nach Verschmelzung mit einer chemischen Fabrik im Jahr 1977 äußerst ungünstig entwickelt. Weiters war die Inbetriebnahme einer neuen Pharmabetriebsstätte des Konzerns in Wien im Jahr 1981 für die Heilmittelwerke Wien GesmbH mit hohen Belastungen verbunden.
Der RH erachtete eine umgehende Bereinigung der in den letzten Jahren aufgetretenen unternehmungspolitischen Fragen als dringend notwendig.

75.1 Von März bis Mai 1982 hat der RH die Gebarung der Heilmittelwerke Wien GesmbH, Wien (HMW), überprüft; es handelte sich hiebei um eine Erstprüfung dieser im Jahr 1969 von der CHEMIE LINZ AG, Linz (CL), aus dem Besitz der Stadt Wien übernommenen Gesellschaft. Zufolge der sehr engen Verflechtungen zwischen CL und HMW war gegenständliche Prüfung, deren Schwergewicht aus Gründen der Zeitnähe vornehmlich auf den Jahren 1975 bis 1981 lag, vor allem eine Ergänzung bzw Abrundung der bei der CL im Jahr 1981 vorgenommenen Gebarungsüberprüfung (TB 1982 Abs 79). Sowohl die HMW selbst als auch die CL erklärten sich in ihrer Stellungnahme grundsätzlich - ausgenommen die Feststellungen in Abs 75.19 und 75.20 - mit dem Prüfungsergebnis einverstanden.

Rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung

75.2 Gegenstand der Unternehmung ist im wesentlichen die Herstellung und der Vertrieb chemischer, pharmazeutischer bzw kosmetischer Artikel aller Art sowie die Förderung, die Abfüllung und der Vertrieb natürlicher Mineralwässer.

75.3 Im Jahr 1977 hat die HMW durch Verschmelzung die Chemische Fabrik Dr. Eric Hessle GesmbH (Hessle), die damals zu 95 vH im Eigentum der CL gestanden war - 5 vH hielt die HMW selbst -, aufgenommen. Das Stammkapital der HMW, das vorher 5 Mill S betragen hatte, war aus diesem Anlaß auf 8,8 Mill S erhöht worden und blieb seither unverändert.

75.4 Die Nettoumsätze der HMW stiegen von 52,2 Mill S (1970) auf 120,7 Mill S (1976), sodann (einschließlich Hessle) auf 177,9 Mill S (1977) und 252,9 Mill S (1980), verminderten sich dann aber auf 242,2 Mill S (1981).

75.5 Die Ertragslage hat sich nach der Aufnahme von Hessle sehr ungünstig entwickelt; den in den Jahren 1975 bis 1977 insgesamt erzielten Gewinnen von 15,9 Mill S standen 1978 bis 1981 Verluste von insgesamt 81,8 Mill S (davon 34,2 Mill S im Jahr 1981) gegenüber.

Organisation

75.6.1 Der Erwerb der HMW im Jahre 1969 sollte die Stellung der CL auf dem Gebiet der Pharmazie stärken und das Erzeugungsprogramm der HMW den entsprechenden Marktanteil des Konzerns festigen sowie nach Möglichkeit erweitern. Zu diesem Zweck wurde die HMW vertraglich so eng an die Muttergesellschaft gebunden (Organschaftsverhältnis ab 1. Jänner 1970, weitgehende Übertragung von Aufgaben an die Organe der CL zwecks einheitlicher Leitung, Durchführung einer Reihe von Dienstleistungen namentlich auf dem Gebiet des Rechnungswesens durch die CL), daß eine eigenständige Unternehmungspolitik der HMW nicht mehr gegeben war; Forschungsprogramme, Erzeugungs- und Verkaufsprogramm waren von der Muttergesellschaft festzulegen.

Die an sich schwierige Lage der Sparte Pharma der CL - vom RH bereits im TB 1982 dargestellt - hat besonders in den letzten Jahren auch bei der HMW voll durchgeschlagen. Überdies war die von der CL veranlaßte Verschmelzung von Hessle mit der HMW verwaltungsmäßig nicht entsprechend vorbereitet worden.

Im Hinblick auf die verstreuten und überalteten Produktionsstätten der HMW hat die CL ein neues Pharma-Betriebsgebäude für den Gesamtkonzern auf den Aldergründen in Wien errichtet, dessen Kosten die HMW zu einem großen Teil zu tragen hatte. Weiters hat die CL eine für die HMW ungünstige Aufteilung von deren ehemaliger Produktion durch Verlagerung eines Teiles nach Linz angeordnet.

75.6.2 Nach Ansicht des RH ist eine Organisationseinheit in Form einer Tochtergesellschaft mit eigener Produktion nur dann sinnvoll, wenn es ihr möglich ist, im Rahmen der Ziele des Konzerns in Eigenverantwortlichkeit ihre Aufgaben als „Profitcenter" zu erfüllen. Im Sinne einer Ergebnisverantwortlichkeit der Geschäftsführung dürfte aber hiebei die Erfüllung von an die HMW übertragenen Aufgaben nicht von vornherein durch ein Übermaß zu tragender Kosten und weitgehende Einschränkung in der Entscheidungsbefugnis belastet sein. Der RH erachtete eine diesbezügliche Entscheidung der CL als überfällig.

75.7.1 Gemäß Organisationsplan der HMW sind bei pharmazeutischen Produkten und Pflastern die Produktion, die Lagerung, der Transport und der Verkauf jeweils verschiedenen Abteilungsleitern zugeordnet, während der Zweig Mineralwasser unter einheitlicher Leitung steht. Bei der Ablauforganisation hält sich die HMW weithin an die entsprechenden Richtlinien der CL.

75.7.2 Im Hinblick auf die günstige Entwicklung im Bereich Mineralwasser (siehe Abs 75.33) empfahl der RH Untersuchungen, ob und inwieweit eine entsprechende Zusammenfassung der Verantwortung auch bei den anderen Produkten die Wirtschaftlichkeit verbessern könnte. Für die Ablauforganisation wären Organisationsanweisungen zu erstellen, die den Größenverhältnissen der HMW besser entsprechen.

Finanzwirtschaft

75.8 Die Bilanzsumme der HMW hat sich vornehmlich zufolge der Aufnahme von Hessle von 59 Mill S (1976) auf 119 Mill S (1977) annähernd verdoppelt und ist auf 143,2 Mill S (1980) gestiegen, anschließend jedoch auf 137 Mill S (1981) zurückgegangen.

75.9 Der Anteil des Anlagevermögens (1976 5,6 Mill S, 1981 19,8 Mill S) war verhältnismäßig gering; im Jahr 1977 war er mit 22 vH am höchsten und ist in den Folgejahren stark zurückgegangen (1981 14,5 vH). Das Jahr 1981 brachte insofern eine einschneidende Strukturänderung, als die CL mit Ausnahme der Mineralwasserförder- und Abfüllanlagen in Deutschkreutz (Bgld) alle zum Betrieb der HMW auf der neuen Betriebsstätte in Wien („Aldergründe") vorgesehenen Anlagen übernommen und in der Folge der HMW - wie das Gebäude - gegen Entgelt wieder zur Verfügung gestellt hatte.

In der Entwicklung des Umlaufvermögens von 54 Mill S (1976) auf 92 Mill S (1977) und 117 Mill S (1981) spiegelte sich neben der Verschmelzung mit Hessle vor allem die allgemeine Preisentwicklung in Form gestiegener Bestandswerte (voran Handelswaren und Kundenforderungen) wider.

75.10 Das wirtschaftliche Eigenkapital (buchmäßiges Eigenkapital, Rücklagen aufgrund von Steuerbegünstigungen sowie Sozialkapital) deckte ab 1977 nicht mehr das Anlagevermögen, geschweige denn Teile des Umlaufvermögens. Der Eindruck einer unterkapitalisierten Unternehmung wurde jedoch dadurch gemildert, daß es sich bei den eingesetzten Fremdmitteln zu einem großen Teil um Konzernverbindlichkeiten handelte (1981 61 vH der gesamten Fremdmittel in Höhe von 119 Mill S).

75.11 Da der HMW ab 1981 die Hauptbetriebsstätte auf den Aldergründen von der CL zur Verfügung gestellt wird, zeigte die sich aus der HMW-Gebarung allein ergebende Kapitalstruktur nur zum Teil die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Das von der CL für die Überlassung dieses Teiles des Anlagevermögens verrechnete Entgelt belastete die Ergebnisrechnung der HMW in einer Weise, als ob diese dafür Fremdkapital einsetzen müßte.

75.12.1 Da insb ab 1978 die Aufwendungen (vor allem für Personal, Material- und Wareneinsatz sowie Nettozinsen) stärker gestiegen sind als die Betriebsleistung, waren durchwegs negative ordentliche Ergebnisse die Folge.

75.12.2 Nach Ansicht des RH hätte Ziel unternehmerischer Bemühungen der HMW in erster Linie die Verbesserung der zufolge dieser Aufwand-Ertragschere eingetretenen ungünstigen Verhältnisse durch entsprechende Maßnahmen sowohl auf der Beschaffungs- als auch auf der Absatzseite zu sein.

Investitionen

75.13 Bei Prüfung der Investitionen befaßte sich der RH vor allem mit der Entscheidungsfindung, Planung, Präliminierung, Vergabe, Abnahme und Wirtschaftlichkeitsrechnung. Zufolge des bereits seit 1974 bestandenen Planes der CL, alle Pharmabetriebsstätten des Konzerns im Raum Wien an einen neuen Standort zusammenzulegen, hat die HMW selbst 1975 bis 1980 insgesamt nur mehr 33,7 Mill S investiert, wovon der Großteil (26,3 Mill S) auf den Bereich Mineralwasser (Betrieb Deutschkreutz) entfiel.

75.14.1 Schriftliche Richtlinien bezüglich der Investitionsabwicklung lagen im Bereich der HMW nicht vor.

75.14.2 Ungeachtet des Umstandes, daß die Hauptplanung und die Programmerstellung bzw -durchführung im überprüften Zeitraum von der CL durchgeführt worden waren, deren Organisationsvorschriften insoweit zur Anwendung kamen, hielt der RH die Erlassung zusammenfassender, schriftlich niedergelegter Richtlinien zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abwicklung insb umfangreicherer Investitionen für zweckmäßig.

75.15.1 Im Jahr 1971 war die Kapazität einer vorhandenen Anlage zur Herstellung von Lanatilin (eines Wirkstoffes zur Behandlung von Herzerkrankungen) um rd 4,3 Mill S auf das Zehnfache erweitert worden. Zufolge eines neu auf den Markt gekommenen gleichartigen Wirkstoffes, dessen Preis aber unter den Herstellkosten der HMW lag, ist die Anlage Ende 1973 stillgelegt worden, gewisse Anlagenteile konnten erst in den Jahren 1981 und 1982 wieder einer Verwendung zugeführt werden.

75.15.2 Der RH kritisierte die offensichtlich zu optimistische Markteinschätzung für das zu erzeugende Produkt, der zufolge die erweiterte Anlage bereits nach rd zweieinhalbjähriger Produktionsdauer wieder stillgelegt wurde.

75.16.1 Zur Nutzung der auf dem Markt gegebenen Möglichkeiten hat die HMW ihre Mineralwasserabfüllanlage in Deutschkreutz im Jahr 1975 in zwei Stufen (Aufwand rd 23,5 Mill S) ausgebaut.

75.16.2 Der RH kritisierte bei der Abwicklung dieses Vorhabens die Beanspruchung finanzieller Mittel vor der Erstellung der entsprechenden Detailprogramme als einer ordnungsgemäßen Investitionskontrolle widersprechend sowie das Fehlen von Wirtschaftlichkeitsnachrechnungen ab dem zweiten Betriebsjahr, obzwar sich wohl die Absatzmengenerwartungen, nicht aber die angestrebten Nettoerlöse verwirklichen ließen. Für Baumeister-, Straßen- und Bitukiesbelagsarbeiten (Gesamtaufwand 4,5 Mill S) wurden Aufträge im Wert von rd 1,5 Mill S (somit rd 33 vH) im Anhängeverfahren im Zuge nachträglicher Änderungen und zusätzlicher Leistungen vergeben, obwohl bei größerem Bestellumfang erfahrungsgemäß günstigere Einheitspreise zu erzielen sind.

Kaufmännische Betriebswirtschaft

75.17.1 Das betriebliche Rechnungswesen der HMW ist an das System der Muttergesellschaft angepaßt. Diese Anlehnung brachte der HMW zwar alle Vorteile der Teilnahme an einem ausgebauten System (insb an der ADV-Anlage im Off-line-Verfahren), war aber insofern auch mit Nachteilen verbunden, als kurzfristige, aus betrieblichen Umständen angezeigte Anpassungen erschwert waren.

75.17.2 Dem Wunsch der HMW, in nächster Zukunft über ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes, verbessertes Rechnungswesen zu verfügen, das durch einen schnelleren Informationsfluß die Voraussetzung für rasche Entscheidungen bildet, pflichtete der RH bei, zumal die Ausführung kaum mit nennenswerten Mehrkosten verbunden wäre.

75.18.1 Im Zuge der Aufnahme von Hessle war die Einrichtung einer ADV-Anlage für die Fakturierung, die Lagerbestandsführung, die Absatzstatistik sowie die Lizenz- und Provisionsabrechnung beschlossen worden. Von Anfang an (Inbetriebnahme Anfang 1979) traten bei der Anwendung jedoch Mängel in einem Ausmaß auf, daß die vorgesehenen Zwecke nicht erfüllt werden konnten. Mangels vollständiger Erfassung waren die Ergebnisse der verarbeiteten Daten unbrauchbar. Die HMW mußte in Zusammenarbeit mit der CL eine entsprechende Neuplanung beginnen und bis zur Arbeitsaufnahme einer neuen Anlage auf den Aldergründen teilweise die Dienste eines fremden Rechenzentrums in Anspruch nehmen.

75.18.2 Der RH kritisierte diese Vorgangsweise, weil mangels ausreichender organisatorischer Vorbereitungen die Arbeiten nicht nur mit einer unzureichenden Maschinenkonfiguration, sondern wegen der bereits eingetretenen Funktionsuntüchtigkeit der Voranlage auch ohne vorherigen Testbetrieb aufgenommen werden mußten.

75.19.1 Wie im CL-Konzern üblich, werden kalkulatorische Zinsen und Wagniskosten in die laufende Kostenrechnung nicht einbezogen.

75.19.2 Nach Ansicht des RH entsprach diese Betriebsabrechnung nicht dem Grundsatz der Substanzerhaltung, zumal auch der von der CL vertretene Standpunkt, eine summarische Anführung der insgesamt notwendigen Zinsen wäre ausreichend, die für Einzelentscheidungen bedeutsame Kenntnis der vollen Kosten praktisch ausschloß.

75.19.3 Lt Stellungnahme der CL müßten für solche Entscheidungen gegebenenfalls Sonderrechnungen angestellt und die tatsächlichen Zinsen berücksichtigt werden.

75.20.1 Die Gliederung der Kostenstellen der HMW erlaubte nicht in allen Fällen die verursachungsgerechte Ermittlung der Herstellkosten.

75.20.2 Nach Ansicht des RH wäre der Kostenstellenabgrenzung besonderes Augenmerk zu widmen.

75.20.3 Lt Stellungnahme der CL sei die Kostenaufteilung wegen der bestehenden Überlappungen beim Personal- und Geräteeinsatz in der gesamten pharmazeutischen Fertigung problembehaftet, gleichwohl aber bei der HMW der Aufbau eines eigenen, von der CL losgelösten und entsprechend aussagefähigen Kostenrechnungssystems im Gange.

Materialwirtschaft

75.21.1 Die Aufgaben der Beschaffung für die HMW sind gemäß Konzernvereinbarung bis auf einen geringfügigen Werkseinkauf an die CL übertragen. Zufolge der besonderen Erfordernisse der HMW-Produktion ist diese Regelung mit einem verhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Zeitaufwand verbunden und hatte eine Reihe von Unzulänglichkeiten in der Abwicklung zur Folge.

75.21.2 Nach Ansicht des RH müßten daher die CL und die HMW umgehend die aufgetretenen Probleme untersuchen und entsprechende organisatorische Voraussetzungen schaffen, die eine zweckmäßige und wirtschaftliche Einkaufsabwicklung sicherstellen.

75.22.1.1 Auf Wunsch der CL hat die HMW 1979 von einer anderen Tochtergesellschaft eine Abfüllanlage um rd 350 000 S übernommen, ohne dafür eine Verwendung zu haben. Der größte Teil liegt auf Lager, weil Veräußerungsversuche bisher gescheitert sind.

75.22.1.2 Ähnlich war ein von der CL für das neue Auslieferungslager (siehe Abs 75.24.1) um rd 500 000 S angeschaffter Stapler für die vorgesehenen Zwecke kaum einsetzbar; trotz anderweitiger Verwendung erreichte die Auslastung bestenfalls 60 vH.

75.22.2 Der RH bemängelte diese Anschaffungen als unwirtschaftlich und unzweckmäßig.

75.22.3 Lt Stellungnahme der CL wurde dieser Stapler zwischenzeitlich abgestoßen.

75.23.1 Zufolge des nach der Verschmelzung Hessle erweiterten Geschäftsumfanges sind die Lagerbestände, insb jene an Handelswaren, von 40 Mill S (1976) auf 85 Mill S (1980) stark gestiegen; erst anläßlich der Übersiedlung auf die Aldergründe war ein Rückgang auf 58 Mill S (1981) zu verzeichnen.

Ungeachtet des in den letzten Jahren insgesamt verbesserten Lagerumschlages bei Pharmarohstoffen waren große Mengen von gewissen Rohstoffen und vor allem von Packmitteln auf Lager gehalten worden, die zT seit Jahren keine Verwendung mehr fanden.

75.23.2 Der RH beanstandete die Überbevorratung wegen der Kapitalbindung und empfahl, die Lagerhaltung dem Bedarf anzupassen.

75.24.1 Lt Konzernvereinbarung mit der CL betreut die HMW ab 1981 im Rahmen ihres Lagers auch das zentrale Pharma-Auslieferungslager der CL für Österreich; von den ermittelten Lagerkosten erhielt die HMW jedoch nur rd die Hälfte des gemäß Umschlag auf die CL entfallenden Anteiles ersetzt.

75.24.2 Der RH empfahl eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse.

Personalwesen

75.25 Die Personalpolitik lag grundsätzlich in der Verantwortung der Geschäftsführung der HMW, bedurfte aber insb in Fällen von Systemänderungen der Genehmigung der CL.

75.26.1.1 Die Erhöhung des Gesamtpersonalstandes von 153 Bediensteten (Ende 1975) auf 215 (Ende 1981) folgte vornehmlich aus der Aufnahme von Hessle. Seither ist der Personalstand auf 188 Mitarbeiter (Ende 1982) zurückgegangen.

75.26.1.2 Von den im Feber 1982 geführten Dienstnehmern waren nur 95 (44 vH) wenigstens seit 1979 bei der HMW beschäftigt, von den seit 1979 insgesamt 120 Zugängen waren nur 60 bis zu diesem Zeitpunkt verblieben.

75.26.2 Nach Ansicht des RH war ein derart starker Personalwechsel geeignet, die durch Erfahrung und Zusammenwirken wesentlich bestimmte Leistungsfähigkeit der Belegschaft zu beeinträchtigen. Weiters bringen die immer wieder nötige Einarbeitungszeit für neues und nachlassendes Interesse beim abgehenden Personal Nachteile. Der RH empfahl daher, auf beständige Dienstverhältnisse erhöhtes Augenmerk zu legen.

75.27 Der Gesamtpersonalaufwand stieg von 23 Mill S (1975) um 183 vH auf 65,1 Mill S (1981). Der Aufwand je Arbeitnehmer erhöhte sich um 101 vH von 150 600 S (1975) auf 302 700 S (1981), wogegen der Umsatz je Arbeitnehmer nur um 76 vH von 715 700 S (1975) auf 1,26 Mill S (1981) angewachsen war.

75.28 Das Lohn- und Gehaltsschema der HMW näherte sich insgesamt jenem der CL.

Absatzwirtschaft

75.29 Die Umsatzstruktur der HMW hat sich insofern stark geändert, als bei einer Vervierfachung des Gesamtumsatzes von 59,2 Mill S (1972) auf 242,2 Mill S (1981) der Anteil der Pharmaspezialitäten stark zurückgegangen ist. Dieser Anteil hatte 1972 65 vH betragen, ist bis 1976 auf 49 vH gesunken, betrug im Jahr 1977 nach der Verschmelzung Hessle nur mehr 37 vH und ist bis 1981 noch weiter auf 31 vH gefallen.

75.30.1 Aussagefähige Fabrikateerfolgsrechnungen hat die HMW zunächst nicht erstellt; erstmalig im September 1979 zeigte eine aufgrund des Verlustes 1978 vorgenommene Ergebnisrechnung eine Gliederung nach Produktgruppen, die eine Beurteilung nach Ertragskraft bzw Verlustbringern erlaubte.

75.30.2 Der RH kritisierte die Säumnis der HMW bei Erstellung einer entsprechenden Ergebnisrechnung, zumal ein solches Rechenwerk die Voraussetzung für die notwendigen Entscheidungen einer ergebnis- und zukunftsbezogenen Geschäftsführung ist.

75.31.1 Die Spezialitäten - es handelt sich hiebei vornehmlich um die ursprünglichen Erzeugnisse der HMW - bildeten in der zweiten Hälfte des überprüften Zeitraumes bei weitem nicht mehr jenen ertragsmäßigen Rückhalt wie zuvor. Im Jahr 1980 erbrachten sie zwar noch einen Deckungsbeitrag von 21 Mill S bzw 14 vH der entsprechenden Nettoerlöse in Höhe von 77,9 Mill S, 1981 war der diesbezügliche Wert jedoch mit 4,3 Mill S negativ.

75.31.2 Der RH erblickte die Ursache dieser Entwicklung vornehmlich darin, daß die HMW ihr Vertriebsprogramm bei den Spezialitäten nicht entsprechend erweitert hat. Er empfahl, künftig der Frage des erzielbaren angemessenen Rohertrages besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

75.32.1 Die Gruppe der Nichtspezialitäten (Umsatz 1981 93,7 Mill S) umfaßte neben Desinfektika und ähnlichem (zT auch Handelsware) vor allem sogenannte Einmalartikel wie zB Einwegspritzen, deren Absatz in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Durch die Übernahme des Programms von Hessle wurde die genannte Gruppe um Pflaster und technische Bänder eigener Erzeugung erweitert, dazu kam der Vertrieb verschiedener Kosmetika.

75.32.2 Nach Ansicht des RH wird die Geschäftsführung im Hinblick auf die zT hohen Unterdekkungen in dieser Produktgruppe - die von Hessle übernommenen Artikel haben sich als ausgesprochene Schwachstellen erwiesen - nicht umhin können, das Erzeugungs- bzw Vertriebsprogramm entsprechend zu bereinigen, wenn es nicht gelingt, die daraus rührenden Verluste abzubauen.

75.33 Die Erlöse aus dem Verkauf des unter dem Namen „Juvina" vertriebenen Mineralwassers sind von 2,4 Mill S (1972) nicht zuletzt durch die in Deutschkreutz vorgenommenen Investitionen (vgl Abs 75.16.1) auf 33,7 Mill S (1981) gestiegen und haben auch beachtliche Deckungsbeiträge erbracht (1981 4,8 Mill S). Die Förderung und der Vertrieb von Mineralwasser ist zum erfolgreichsten Zweig der HMW geworden.

Ausblick

75.34 Lt zusammenfassender Stellungnahme der HMW liegen die Ursachen der vom RH angezogenen Probleme sehr weit zurück. Die auf pharmazeutischem Gebiet zwar historisch interessante, aber doch wesentlich veraltete Produktpalette habe nicht weiterentwickelt werden können. Dazu komme noch die Beschränkung im Produktprogramm auf Salben und Liquida, die bei dem aktuellen medikamentösen Trend immer weniger Verwendung fänden.

Mit dem Bau der neuen Anlage auf den Aldergründen und deren Inbetriebnahme habe die Unternehmung ihren Betrieb zwar rein technisch auf eine neue Grundlage stellen können, eine Sanierung sei jedoch nur mit einem neuen Vertriebsprogramm möglich. Der Schwerpunkt für die Zukunftsarbeit sei daher eine Erweiterung und Modernisierung der Produktpalette, um jene Deckungsbeiträge zu erwirtschaften, die zur Sicherung des Bestandes absolut notwendig seien.

Zum Teil seien diese Maßnahmen schon sehr erfolgreich mit der mit 1. Jänner 1984 erfolgten Verlagerung des Inlandverkaufes der CL auf dem pharmazeutischen Sektor nach Wien eingeleitet worden, so daß die HMW - wie es das ursprüngliche Konzept für den Bau der neuen Anlage auf den Aldergründen vorgesehen habe - zum schlagkräftigen Instrument des Inlandverkaufes aller CL-Spezialitäten ausgebaut werde. Dies werde nun auch die Hereinnahme von entsprechenden Produkten zum weiteren Ausbau des Verkaufsprogramms ermöglichen, andererseits sei es sicher notwendig, die bestehende Angebotspalette der HMW weiterhin kritisch zu durchforsten.

Inzwischen sei der Bereich Kosmetika wegen unbefriedigender Verkaufserlöse aufgelassen, eine flexiblere Organisationsform geschaffen und der Einkauf von Handelswaren zur HMW verlagert worden. Weiters sei internen Erfordernissen der HMW durch Abkoppelung von dem ihr nicht entsprechenden ADV-System der CL und durch Errichtung eines eigenen ADV-Systems Rechnung getragen worden. Damit verbunden seien der teilweise schon vorher erfolgte, teilweise noch weiter zu vervollständigende Ausbau der Erfolgsrechnung und damit die Erstellung eines sinnvollen Steuerungsmechanismus für die Verkaufsabteilung.

Dies alles - neben in sich geschlossenen Verkaufsgruppen nach dem Modell der Juvina - werde es möglich machen, in Zukunft die HMW zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu führen.

Die Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses, bereinigt um die Bewertungsdifferenzen des Lagers, von 42 Mill S Verlust 1982 auf nur noch 28 Mill S 1983 zeige die beginnende Sanierung und lasse ein ausgeglichenes Ergebnis in den nächsten zwei Jahren erwarten.

75.35 Lt Stellungnahme der CL habe die zuletzt überaus unbefriedigende Ertragslage der HMW den Vorstand veranlaßt, im Zusammenhang mit der konzeptiven Überarbeitung der gesamten Pharmaaktivitäten im Konzern auch eine Geschäftsfeldbereinigung bei der HMW in Angriff zu nehmen.

In Hinkunft werde der gesamte Inlandsvertrieb mit Ausnahme der Erzeugnisse der CL-Tochtergesellschaften Schwab & Co GesmbH und Leopold & Co, Chemisch pharmazeutische Fabrik GesmbH, in der HMW konzentriert und von dieser wahrgenommen. Ärzten, Apotheken, Krankenanstalten, aber auch dem österreichischen Drogeriefachhandel werde eine möglichst umfassende Palette an Spezialitäten, Generica, pharmazeutischen Produkten und auch an homöopathischen Erzeugnissen angeboten werden. Ferner seien auf dem Gebiet der Parapharmazeutika weitere Aktivitäten geplant. Die CL erwarte sich von den inzwischen von der HMW und von der CL getroffenen und noch vorgesehenen Maßnahmen eine entscheidende Wende, die innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Rückkehr zu einem positiven Geschäftsergebnis der HMW ermöglichen sollte.

Simmering-Graz-Pauker Aktiengesellschaft, Wien

Der Fahrzeugbau (Werke Simmering und Graz) ist umsatzmäßig rückläufig. Die Auslastung und Ertragslage des Paukerwerkes gestalten sich schwierig, weil beim kalorischen Kraftwerksbau die in verstärktem Maße notwendigen Exporte einen geringeren Eigenfertigungsanteil bei größerem Risiko aufweisen. Trotz der in letzter Zeit unternommenen Anstrengungen zur Konsolidierung der Unternehmung werden weitere Maßnahmen notwendig sein.

76.1 Der RH hat in den Jahren 1982 und 1983 in zwei Teilen die Gebarung der Simmering-Graz-Pauker AG (SGP) überprüft. Die Überprüfung behandelte im Anschluß an jene vom Jahre 1970 die Gebarung der Jahre bis 1981 bzw 1982 sowie die laufende Gebarung. Aus Gründen der Aktualität fanden auch die nach Beendigung der örtlichen Erhebungen dem RH übermittelten Unterlagen Berücksichtigung. Die Prüfungshandlungen erfolgten bei der Zentralverwaltung, dem Werk Simmering und dem Paukerwerk in Wien sowie im Werk Graz.

76.2 Gegenstand der Unternehmung ist der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, der Stahl- und Eisenbau, der Kessel-, Apparate- und Anlagenbau, die Werkstoffverfeinerung sowie der Vertrieb dieser Erzeugnisse, ferner die Vornahme einschlägiger Handelsgeschäfte und überhaupt jede Betätigung, die unmittelbar oder mittelbar den Gesellschaftszweck zu erfüllen bestimmt ist. Produktionsmäßig sind dem Werk Simmering insb Fahrzeug-, Motoren- und Maschinenbau, dem Werk Graz Fahrzeug- und Containerbau und dem Paukerwerk Kessel-, Rohrleitungs-, Apparate-, Behälter- und Maschinenbau zugeordnet.

76.3 Die SGP erzielte im Jahre 1982 Bruttoerlöse von rd 2 955 Mill S, davon rd 2 006 Mill S im Fahrzeugbau sowie knapp über 600 Mill S durch Ausfuhren. Ende 1982 betrug der Auftragsstand 10 Milliarden S, davon 7,9 Milliarden S im Paukerwerk.

Ende 1982 waren ohne Vorstand, jedoch einschließlich 77 Präsenzdiener und Karenzurlauber, 4 794 Mitarbeiter beschäftigt, davon 396 Lehrlinge. Der gesamte Personalaufwand erreichte 1982 rd 1,4 Milliarden S.

Das Grundkapital betrug im Jahre 1982 400 Mill S.

Rechtliche Verhältnisse

76.4 Bei der SGP handelt es sich um eine gem dem 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl Nr 168/1946, verstaatlichte Unternehmung. Gem der ÖIG-Gesetznovelle 1969, BGBl Nr 47/1970, sind die Anteilsrechte des Bundes an der Gesellschaft in das Eigentum der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG, Wien (ÖIAG) übergegangen.

Im Jahre 1980 beschloß die Hauptversammlung eine Verkürzung des Firmenwortlautes (früher Simmering-Graz-Pauker AG für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau). Gleichzeitig wurde in den Unternehmungsgegenstand gem Satzung ausdrücklich auch der Kessel-, Apparate- und Anlagenbau einbezogen.

76.5.1 Gem § 15 der Satzung wählt der AR unverzüglich nach seiner Wahl auf die Dauer der Funktionsperiode einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Im überprüften Zeitraum hat der AR jeweils nur einen Stellvertreter gewählt. Verschiedene Bestimmungen der Satzung gingen vom tatsächlichen und nicht von dem gem der Satzung möglichen Zustand aus.

Bezüglich der Beschlußfähigkeit des AR enthält die Satzung im § 16 Abs 4 nur die Bestimmungen, daß ein AR-Mitglied ein anderes schriftlich mit seiner Vertretung bei einer einzelnen Sitzung betrauen kann und daß das vertretene AR-Mitglied bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit einer Sitzung nicht mitzuzählen ist. Das Recht, den Vorsitz zu führen, kann nicht übertragen werden.

76.5.2 Nach Ansicht des RH sollten folgerichtig alle einschlägigen Bestimmungen der Satzung mit der vorgegebenen Möglichkeit der Wahl mehrerer Stellvertreter in Einklang stehen. Als änderungsbedürftig bezeichnete der RH jene Bestimmungen in der Geschäftsordnung für den AR, die im Widerspruch zum § 16 Abs 4 der Satzung standen bzw die nur durch die Satzung, nicht jedoch durch die Geschäftsordnung festgesetzt werden können.

76.5.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes bestehe nach Rücksprache mit der Rechtsabteilung der ÖIAG die Absicht, die Satzungen der ÖIAG-Töchter zu vereinheitlichen.

76.6.1 Für die Zeit vor dem März 1976 konnte der RH mangels Protokollführung nicht beurteilen, ob für die behandelten Themen eine Konstituierung des Präsidiums als Ausschuß des AR erforderlich

gewesen wäre. Seit Feber 1980 ist die Errichtung eines Präsidialausschusses auch in der Satzung vorgesehen. Die Entscheidung, ob und mit welchen Zuständigkeiten der Ausschuß betraut wird, lag dennoch weiterhin beim Gesamt-AR.

76.6.2 Der RH empfahl, der Tätigkeit des Präsidialausschusses durch Beschluß des AR in Form einer Geschäftsordnung eine rechtlich eindeutige Basis zu geben.

76.6.3 Lt Stellungnahme wurde ein entsprechender Entwurf der Geschäftsordnung für den Präsidialausschuß dem AR vorgelegt.

76.7.1 Auch für den in der Satzung nicht genannten Bilanzausschuß bestand keine Geschäftsordnung.

76.7.2 Der RH empfahl eine entsprechende Festlegung.

76.7.3 Der Vorstand hat eine entsprechende Ausarbeitung dem AR vorgelegt.

76.8.1 Gem § 4 der vom AR beschlossenen Geschäftsordnung für den Vorstand ist eine Sitzung des Vorstandes beschlußfähig, wenn höchstens ein Vorstandsmitglied verhindert ist und dieses ein anderes Vorstandsmitglied mit der Ausübung seines Stimmrechtes betraut hat.

76.8.2 Eine derartige Bestimmung birgt nach Ansicht des RH die Gefahr, daß der Vorstand unter Umständen vorübergehend - bis zur nächsten Sitzung des AR - beschlußunfähig wird.

76.8.3 Die überprüfte Gesellschaft stellte eine entsprechende Neufassung der Geschäftsordnung für den Vorstand in Aussicht.

Wirtschaftliche Entwicklung

76.9 Die Bilanzsumme erhöhte sich zunächst von 1 653,3 Mill S (1970) um 126 vH auf 3 732,3 Mill S (1976), sank jedoch wieder bis auf 3 368,3 Mill S (1978). Einem Anstieg auf den bisher höchsten Wert von 4 729,5 Mill S (1981) folgte wieder ein geringfügiger Rückgang auf 4 716 Mill S (1982). Für den gesamten überprüften Zeitraum lag die Erhöhung bei 185 vH.

76.10 Das ausgewiesene Anlagevermögen stieg von 235 Mill S (1970) auf 421,9 Mill S (1975), sank auf 371,2 Mill S (1976) und stieg bis auf 861,5 Mill S (1981) bzw nur mehr 848,2 Mill S (1982). Das buchmäßige Anlagevermögen erhöhte sich sohin im überprüften Zeitraum um 260 vH. Die Verminderung des buchmäßigen Anlagevermögens im Jahre 1976 war im wesentlichen durch hohe vorzeitige Abschreibungen bedingt; im Jahre 1982 lagen hingegen die Normalabschreibungen über den Zugängen beim Sachanlagevermögen.

Während Ende 1982 die Finanzanlagen 110 Mill S (davon 108,3 Mill S Wertpapiere) ausmachten, wurde das Sachanlagevermögen mit 738,2 Mill S ausgewiesen, um 230 vH mehr als 1970. In diesem Zeitraum waren Sachanlagen von rd 2 200 Mill S zugegangen. Der Anteil des Sachanlagevermögens einschließlich Bewertungsreserve am Gesamtvermögen stieg von 16,1 vH (1970) auf 25,9 vH (1980) und sank wieder auf 21,6 vH (1982).

76.11 Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 1 396,7 Mill S (1970) um 176 vH auf 3 861 Mill S (1982). Der höchste Wert war mit 3 866,5 Mill S im Jahre 1981 zu verzeichnen. Die in den letzten Jahren verhältnismäßig hohen sonstigen Forderungen - mit einem Höchststand von 892,8 Mill S (1980) - betrafen im wesentlichen eine Forderung an die Österreichische Kontrollbank AG aus deren Haftungsübernahme für eine zweifelhaft gewordene Forderung aufgrund eines Exportgeschäftes. Überdurchschnittlich stark stiegen auch die Halb- und Fertigfabrikate von 202,6 Mill S (1970) um 456 vH auf 1 125,8 Mill S (1982).

76.12 Das Grundkapital wurde 1979 durch Auflösung versteuerter Rücklagen von 350 Mill S auf 400 Mill S erhöht. Die gesetzliche Rücklage stieg zugleich von 35 Mill S auf 40 Mill S. Die versteuerte Rücklage erreichte 1982 mit 105 Mill S wieder den Wert von 1980.

Das buchmäßige Eigenkapital stieg von 609,2 Mill S (1970) auf seinen Höchstwert von 623,7 Mill S (1979) und sank anschließend auf 596,4 Mill S (1982). Unter Berücksichtigung der Bewertungsreserve und des Sozialkapitals verminderte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 10,9 vH gegenüber 1979. Der Anteil des wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital ging beständig bis auf 24,7 vH (1982) zurück.

76.13 Das Fremdkapital war mit 3 836,2 Mill S (1982) um 275,5 vH höher als 1970. Von wesentlicher Bedeutung waren die Anzahlungen von Kunden mit 1 936,7 Mill S (1982) um 863 vH mehr als 1970 sowie die langfristigen Bankverbindlichkeiten zur Exportfinanzierung mit 748,1 Mill S (1982) um 387 vH mehr als 1970.

Die Rückstellungen erhöhten sich von 280 Mill S (1970) nicht ganz gleichmäßig auf 927,3 Mill S (1981) und sanken sodann auf 646,7 Mill S (1982). Von ausschlaggebender Bedeutung für die Höhe der Rückstellungen waren vor allem drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Garantiearbeiten und Gewährleistungsverpflichtungen sowie noch anfallende Kosten auf bereits fakturierte Aufträge.

76.14 Durch Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken und nicht betriebsnotwendigem Vermögen konnte der Cash-flow im Jahre 1981 um 41,5 Mill S (43,4 vH) und im Jahre 1982 um 25,8 Mill S (21,5 vH) erhöht werden.

76.15 Die Liquidität als Verhältnis der kurzfristigen Aktiva (ein bis drei Monate) zu den kurzfristigen Passiva hat sich von 1,21 (1970) auf 1,7 (1982) verbessert.

76.16 Die Bruttoumsatzerlöse stiegen von 922,3 Mill S (1970) auf 2 954,8 Mill S (1982), dh um 220 vH und real um 51 vH. Die Umsatzentwicklung verlief wegen Veränderungen im Absatz einzelner Produktgruppen sowie wegen der Abrechnung von Großaufträgen in einzelnen Jahren nicht gleichmäßig. Der bisherige Höchstwert betrug 3 596,7 Mill S (1980).

Von den Erlösen entfielen bis zu 94 vH (1978) auf das Inland, der höchste Exportanteil betrug 41,4 vH (1980).

Der betriebliche Aufwand erhöhte sich von 962,2 Mill S (1970) auf 3 138,1 Mill S (1982) um 226 vH. Kennzeichnend für die Entwicklung bzw Lage der SGP in den letzten Jahren war, daß seit 1980 der betriebliche Aufwand über der Betriebsleistung lag, und zwar um 2,9 vH (1980), 8,9 vH (1981) und 9 vH (1982).

76.17 Das ordentliche Unternehmungsergebnis war in den Jahren 1970 (57,3 Mill S) bis 1979 (73,6 Mill S) positiv. Seither verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmung ständig. Das negative ordentliche Unternehmungsergebnis vergrößerte sich von 31,5 Mill S (1980) auf 70,3 Mill S (1981) und auf 90,2 Mill S (1982). Aber auch dem negativen Ergebnis des Jahres 1982 lag ein positiver Zinsensaldo in Höhe von 168,9 Mill S zugrunde. Die Entwicklung des Unternehmungsergebnisses ist vor allem auf die Verluste des Paukerwerkes zurückzuführen.

Aufgrund von ao Erträgen (insb Veräußerung von Anlagen) sowie der Auflösung von Rücklagen (1981) konnten in den Jahren 1980 bis 1982 noch geringfügige Jahresgewinne ausgewiesen werden. 1979 wurde letztmalig eine Dividende (5 vH) auf das Grundkapital ausgeschüttet.

76.18 Die Gesamtkapitalrentabilität betrug 1970 rd 2,4 vH, hatte mit 3,8 vH 1975 ihren Höchststand, lag seit 1979 unter 2 vH und betrug im letzten Jahr des überprüften Zeitraumes 1,4 vH. Die Eigenmittelrentabilität lag bis 1979 zwischen 1,7 und 2,9 vH und war in den Jahren 1980 bis 1982 praktisch nicht gegeben. Die Betriebsleistung je Beschäftigten stieg von 232 000 S (1970) bis zum Höchstwert von 740 000 S (1980) und fiel sodann auf rd 606 000 S (1982). Einer Verringerung der Betriebsleistung je Beschäftigten seit 1980 um 18 vH stand eine Erhöhung des durchschnittlichen Personalaufwandes um 10 vH gegenüber.

Unternehmungspolitik

76.19 Wie die geldwertbereinigte Umsatzentwicklung bzw Prognose 1970 bis 1986 zeigt, ist der Fahrzeugbau sowohl umsatz- als auch ertragsmäßig rückläufig. Hiebei gingen nicht nur die in einzelnen Jahren erzielten beachtlichen Exportumsätze in den letzten Jahren stark zurück, sondern ist auch der Inlandsumsatz schwächer geworden. Aus diesem Grunde stehen in Hinkunft für die Verlustabdeckung der verlustbringenden Sparten immer weniger Mittel zur Verfügung.

76.20 Für die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität des Paukerwerkes (700 000 Stunden) wird von der Unternehmungsleitung ein Durchschnitt von 400 Stunden je 1 Mill S Umsatz, dh ein Jahresumsatz von 1 750 Mill S, angestrebt. Das Werk erzielte jedoch nur im Jahre 1980 einen Umsatz von 1,6 Milliarden S.

Der Auftragsstand der SGP erreichte erstmalig Ende 1982 10 Milliarden S, wovon 6,3 Milliarden S auf den Kraftwerksbau, 1,8 Milliarden S auf den Fahrzeugbau, 1,1 Milliarden S auf den Apparatebau (Rauchgasentschwefelung) und 0,8 Milliarden S auf verschiedene andere Projekte entfielen.

Die Verluste in den Jahren 1979 bis 1982 (Ist-Betriebsergebnisse) erreichten beim Kessel- und Turbinenbau 601,5 Mill S und beim Apparatebau (einschließlich sonstiger Erzeugnisse) 317,8 Mill S, ins-

gesamt also 919,3 Mill S. Der Verlustanteil am Umsatz betrug im erstgenannten Bereich 20,4 vH, im letzteren sogar 73,9 vH.

Zunehmend schwieriger wurde die Auslastung des Paukerwerkes auch dadurch, daß bei der Hereinnahme von Exportaufträgen im Kraftwerksbereich der Anteil der Eigenfertigung in den letzten Jahren immer geringer wurde und nur mehr 15 bis 20 vH ausmachte gegenüber rd 30 vH bei Inlandsaufträgen, so daß ein immer größerer Auftragsstand erforderlich wurde. Wegen der besonders geringen Fertigungstiefe von 180 bis 280 Effektivstunden je 1 Mill S Umsatz bei einzelnen Großprojekten war selbst bei einem Jahresumsatz von 2 Milliarden S nur mit 360 000 bis 560 000 Werkstattstunden zu rechnen. Eine Verringerung der Normalbeschäftigung auf 400 000 Effektivstunden im Jahr würde in der Fertigung eine Personalverminderung von 50 Angestellten und 270 Arbeitern bedeuten. Bezogen auf die Effektivstunde würden die Kosten allerdings steigen, wenn nicht im gleichen Ausmaß eine Verringerung der Fixkosten möglich wäre.

76.21 Mangels neuer Großaufträge im kalorischen Kraftwerksbau im Inland erfolgte eine stärkere Auftragssuche auf den Exportmärkten. Bereits vereinbarte Mittel- und Großaufträge auf den Philippinen, in Algerien und Österreich ließen bis zum Jahre 1987 einen durchschnittlichen Jahresumsatz bei den Dampferzeugungsanlagen von rd 800 Mill S erwarten. Wegen der nur schwer abschätzbaren Risken von Großaufträgen hat die Unternehmungsleitung verstärkte Anstrengungen unternommen, Aufträge für die Errichtung kleinerer Kraftwerke bis zu 60 MW zu erhalten, wobei diese schlüsselfertig, sowohl nach dem bisherigen Verfahren als auch mit Wirbelbettfeuerung, angeboten werden können.

76.22 Der Großkesselbau wird auch in Zukunft als Grundlast für das Paukerwerk unabdingbar sein. Bei kleineren Kesseln hingegen ist die SGP selbst im Inland nicht konkurrenzfähig. Der allgemeine Apparatebau kann in Hinkunft nur als Teil des Kraftwerks- und Anlagenbaues gesehen werden, weil das internationale westliche Preisniveau bis zu 30 vH unter den Selbstkosten des Paukerwerkes liegt.

Trotz starken Wettbewerbsdrucks - insb auch innerhalb der verstaatlichten Industrie - will die Unternehmungsleitung versuchen, sowohl den final- als auch engineerbezogenen Industrieanlagenbau in Hinkunft durch Einsatz entsprechenden Fachpersonals zu beleben. Im Rahmen der Umweltschutzmaßnahmen konnten bereits größere Aufträge für die Errichtung von Rauchgasentschwefelungsanlagen hereingebracht werden. Die SGP ist durch eine Tochtergesellschaft auch auf dem Gebiet der Wasseraufbereitung tätig und wird sich in Hinkunft nach dem erst kürzlich erfolgten Erwerb einer einschlägigen Firma der Müllverwertung zuwenden. Eine neugegründete Planungsfirma wird sich mit Fragen der Energietechnik beschäftigen.

76.23 Der Motoren- und Maschinenbau wies in den Jahren 1979 bis 1982 bei einem Gesamtumsatz von 872,6 Mill S einen Verlust von 340,6 Mill S, ds 39 vH, auf. Um die Geschäftstätigkeit in diesem Bereich, der sich insb nach Beendigung der Verdieselung bei den ÖBB verschlechtert hat, neu zu beleben, hat die SGP einerseits die Entwicklung von neuen Dieselmotoren mit Hilfe von Förderungsmitteln durchgeführt und andererseits die lizenzmäßige Herstellung eines Desintegrators (Zerkleinerungsmühle) aufgenommen.

Von den erzeugten Desintegratoren (Entwicklungskosten rd 104 Mill S, Gesamtumsatz 4 Mill S) wurden wohl einzelne verkauft, der Großteil aber abgewertet, weil sich die Erwartungen bezüglich Anwendungsmöglichkeiten nicht erfüllt haben.

Die Entwicklung der neuen Motoren ist bis zur Serienreife abgeschlossen. Die SGP bemühte sich um einen Absatz bei der Flußschiffahrt. Das Geschäft auf den übrigen Sektoren, wie Getriebe-, Hebezeugbau und hydraulische Pressen ist infolge der allgemeinen Wirtschaftslage und der ungünstigen Kostenlage im Werk rückläufig. Der Sektor Ziegeleimaschinen wird in Kooperation mit anderen Firmen in den Produktbereich Baustoffanlagen umgewandelt.

76.24.1 Der zunehmende Anteil an Software und ein wachsender Rückgang des Anteils an Hardware bei den Exportaufträgen hat die Auslastung des Werkes weiter beeinträchtigt. Die Unternehmungsleitung bemüht sich, durch Aufnahme neuer technischer Verfahren in das Produktionsprogramm der zu erwartenden Abschwächung des Inlandsgeschäftes entgegenzuwirken.

76.24.2 Da die zur Entwicklung neuer technischer Verfahren unerläßliche Grundlagenforschung hohe finanzielle Aufwendungen erfordert, bleibt sie hauptsächlich internationalen Großkonzernen vorbehalten und bedarf es nach Ansicht des RH einer geeigneten Form der Zusammenarbeit, um für österreichische Unternehmungen solche Neuentwicklungen nutzbar zu machen. Nur ein hoher technischer Entwicklungsstand und eine breite Grundlage technischen Spezialwissens gewährleisten einen erfolgreichen Wettbewerb im Anlagengeschäft. Da aber immer mehr Unternehmungen auch in der verstaatlichten Industrie und den Bankenkonzernen auf dem Gebiete der Energie- und Umwelttechnik sowie im Maschinen- und Anlagenbau tätig werden, um im Finalbereich ihre Ertragslage zu verbessern, eine ver-

mehrte Anzahl von Anbietern jedoch die Preisgestaltung immer schwieriger gestaltet, erscheint es dem RH unbedingt erforderlich, in diesen Bereichen zu einer Abgrenzung nicht zuletzt auch durch gezielte Förderungsmaßnahmen zu gelangen.

76.25 Um in den jeweiligen ausländischen Zielgebieten, die für die Unternehmung potentielle Absatzmärkte darstellen, entsprechend vertreten zu sein, bedürfte es nach Ansicht des RH einer Überlegung, ob nicht für eine weitere nachhaltige Bearbeitung des jeweiligen Marktes und die notwendige Kundenbetreuung eine ständige Vertretung erforderlich wird.

76.26 Trotz der in letzter Zeit unternommenen Anstrengungen zur Konsolidierung der Unternehmung erschienen dem RH weitere strukturelle Maßnahmen unerläßlich, weil der inländische Markt nur in sehr begrenztem Ausmaße ausweitungsfähig ist und die Finanzierung größerer Projekte im Export immer schwieriger wird. Zwecks allgemeiner Senkung der Kosten wären eine Modernisierung und Straffung des Maschinenparkes unter weitestgehender Ausschaltung bestehender Doppelgleisigkeiten, die Stillegung alter unrentabler Anlagen sowie die Auflassung der Erzeugung alltäglicher Produkte (zB leichter Stahlbau, einfacher Apparate- und Behälterbau) und deren Fremdvergabe fortzusetzen. Weiters wären die Ursachen der in den letzten Jahren im Verhältnis zur Betriebsleistung stark gestiegenen Gemeinkostenbelastungen nach Vorliegen des Ergebnisses der zur Zeit laufenden Untersuchung in Angriff zu nehmen. Der außergewöhnlich hohen Zunahme des Umlaufvermögens, besonders bei den Vorräten, wäre gegenzusteuern. Durch eine Dezentralisierung von Verwaltungsaufgaben wären nicht unerhebliche Einsparungen zu erzielen. Jene Produktionsbereiche, in denen trotz nachhaltiger Bemühungen in den nächsten Jahren mit keinem wirtschaftlichen Erfolg gerechnet werden kann, sollten nicht weitergeführt werden.

76.27.1 Das im November 1973 beschlossene ADV-Organisationskonzept hatte als Zielsetzung die Straffung der Auftragsabwicklung, die laufende baugruppenweise Überwachung der Auftragseinzelkosten, die Erhöhung der Kostentransparenz sowie die sich daraus ergebende Verbesserung der Vorkalkulation und der Dispositionsmöglichkeiten. Das Konzept gliederte sich in drei getrennt bearbeitbare Bereiche und enthielt im wesentlichen die Kosten- und Belastungserfassung, die Lohnverrechnung, die Kosten- und Erfolgsrechnung, die Materialwirtschaft und die Anlagenbuchhaltung.

76.27.2 Der RH bezeichnete es als Mangel, daß bei einem derart umfassenden Konzept die Finanzbuchhaltung nicht miteinbezogen wurde und das Konzept nicht jährlich, unter Berücksichtigung der Erfahrungen und der technischen Entwicklung, auf den neuesten Stand gebracht worden war.

76.27.3 Lt Stellungnahme der Gesellschaft wurden infolge der Aussparung der Finanzbuchhaltung aus dem Organisationskonzept Lösungen außerhalb dieses Konzeptes gesucht, wobei auf eine Datenübertragungsmöglichkeit und in weiterer Folge einen Datenverbund ständig Bedacht genommen wurde. Die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einer On-line-Datenübertragung werde weiter untersucht.

Investitionen

76.28.1 Die SGP investierte von 1970 bis 1982 insgesamt 2 197 Mill S. Hievon entfielen auf das Werk Simmering 34 vH, auf das Werk Graz 30 vH und auf das Paukerwerk 31 vH. Weitere 4 vH betrafen Investitionen in der Generaldirektion und 1 vH Vorhaben in zwischenzeitig bereits geschlossenen Produktionsstätten.

Die Investitionspolitik der SGP war durch die Standortfestlegung auf zwei Wiener und ein Grazer Werk geprägt und betraf weitgehend die Sanierung bzw den Neubau von Produktionshallen sowie die Errichtung moderner Büro- und Sozialgebäude. Die Investitionsaktivitäten bei Maschinen und maschinellen Einrichtungen sowie bei der Geschäftsausstattung war auf die Einführung leistungsfähiger Technologien (programmgesteuerte Maschinen, Spezialeinrichtungen für Rohrschweißungen) ausgerichtet.

In den Jahren 1970 bis 1982 wurden in den drei Werken 38 Bauten errichtet. Der Gesamtwert der Bauinvestitionen betrug rd 911 Mill S.

Die größten Bauvorhaben waren in Simmering die Hebezeug- und Stahlbauhalle (1974) mit rd 70 Mill S, das Bürogebäude (1976) mit rd 47 Mill S und die Überbauung Waggonmontierung (1981) mit rd 67 Mill S, in Graz die Reparatur- und Montagehalle (1977) mit rd 59 Mill S, die Überbauung der Montagehalle (1979) mit rd 42 Mill S und der Sozialbau (1979) mit rd 36 Mill S, im Paukerwerk die 1972 errichtete Kessel- und Apparatebauhalle mit rd 88 Mill S, die Rohrwandfertigungs- und Lagerhalle (1975) mit rd 61 Mill S, die Schwerbauhalle (1978) mit rd 65 Mill S und das Bürogebäude (1978) mit rd 62 Mill S.

76.28.2 Infolge der zurückhaltenden Investitionspolitik in den Jahren 1980 bis 1982 wird es nach Ansicht des RH der SGP nur schwer möglich sein, ihr mittelfristiges Investitionskonzept, welches bis 1986 vor allem den weiteren Ersatz von veralteten Anlagegütern vorsah, in vollem Umfang zu verwirklichen, wodurch die angestrebten Rationalisierungseffekte im Fertigungsbereich erheblich verzögert würden.

76.28.3 Der Vorstand hielt es auch bei restriktiver Investitionspolitik für möglich, die angestrebten Rationalisierungseffekte zu erzielen.

76.29 Zur Finanzierung ihrer Investitionen zog die SGP vorwiegend erwirtschaftete Eigenmittel heran, deren Anteil am Investitionsaufwand (ohne Finanzanlagen) bei rd 87 vH lag.

76.30.1 Entsprechend den vom RH anläßlich der vorangegangenen Gebarungsüberprüfung gegebenen Empfehlungen ging die überprüfte Unternehmung 1974 erstmals dazu über, die Wirtschaftlichkeit von Investitionsvorhaben nach dem dynamischen Rechenverfahren der internen Zinsfußmethode zu untersuchen. Diese Investitionsrechnungen beschränkten sich auf Erweiterungs- und Rationalisierungsvorhaben. Nur für einzelne, ausgewählte Vorhaben wurden Investitionsnachrechnungen durchgeführt, wodurch nicht einmal alle Investitionen, für die Vorrechnungen bestanden, in diese nachträglichen Überprüfungen einbezogen waren.

Dabei gelangten die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Investitionen vielfach erst Jahre nach Inbetriebnahme dem Vorstand und dem AR zur Kenntnis, wodurch die Entscheidungsfindung über Folgeinvestitionen und allenfalls notwendig gewordene berichtigende Maßnahmen erheblich erschwert und verzögert wurde.

76.30.2 Der RH empfahl, in Hinkunft zumindest bei allen jenen Investitionsvorhaben, für die bereits in der Planungsphase Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt wurden, Nachrechnungen durchzuführen.

76.30.3 Die SGP erklärte sich um Verbesserungen bemüht. Durch eine Straffung der Präliminarsperren sei bereits eine schnellere Beurteilung von Investitionen möglich geworden.

76.31.1 Obwohl der RH bereits anläßlich seiner letzten Gebarungsüberprüfung eine zentrale Ablage von Investitionsunterlagen empfohlen und die überprüfte Unternehmung entsprechende Maßnahmen in Aussicht gestellt hatte, bestanden auch weiterhin keine ordnungsgemäß geführten Investitionsakten, was den Nachvollzug wesentlich erschwerte.

76.31.2 Der RH wiederholte seine Empfehlung, ein geeignetes Ablagesystem für die Investitionsunterlagen einzurichten.

76.32.1 Die Vergabe von Bauleistungen erfolgte bei der SGP in den letzten Jahren zumeist an dieselben Unternehmungen, die sogenannten „Hausfirmen". Es erfolgte immer nur eine beschränkte Ausschreibung. Die Unterlagen für die Ausschreibung wurden in den meisten Fällen von diesen „Hausfirmen" erarbeitet. Vielfach kam es nach Angebotseröffnung zu weiteren Verhandlungen. Die Folge war, daß auch nahezu immer eine dieser Hausfirmen beauftragt wurde.

76.32.2 Der RH empfahl der SGP, in Hinkunft Bauleistungen, Ausschreibungen soweit als möglich öffentlich auszuschreiben und Verhandlungen nach Angebotseröffnung zu unterlassen.

76.32.3 Der Vorstand bezeichnete die beschränkte Ausschreibung bei Bauten dieser Größenordnung sowie Verhandlungen nach Angebotseröffnung als allgemein üblich.

76.32.4 Der RH erwiderte, maßgebliche Gründe für eine geringere Ausnutzung des Wettbewerbs durch die Vornahme einer beschränkten Ausschreibung seien nicht vorgelegen sowie Verhandlungen über Preisnachlässe nicht mit allen Bietern geführt worden.

76.33.1 Bei den Bauinvestitionen wurde auf die Festlegung bzw Inanspruchnahme eines Skontos verzichtet. Die überprüfte Unternehmung erklärte sich aufgrund der langwierigen Prüfungen von Bauabrechnungen außerstande, eine Kontrolle der Leistungen innerhalb der üblichen Skontofrist durchzuführen.

76.33.2 Da Skontoerträge erhebliche Zinsengewinne darstellen, empfahl der RH, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen eine zeitgerechte Zahlung herbeizuführen.

76.34.1 Für das Werk Simmering war 1979 die Errichtung eines CO_2-Schweißkranes zum Gesamtpauschalfestpreis von 2 Mill S vorgesehen. Obwohl bekannt war, daß die Lieferfirma eine derartige Anlage noch nicht gebaut hatte, erhielt sie trotz praktischer Preisgleichheit mit einigen anderen Anbietern den Zuschlag. Die Lieferung war mangelhaft. Erst in langwierigen Nacharbeiten gelang es schließlich, unter Mitwirkung der SGP die aufgetretenen technischen Probleme soweit zu beheben, daß die Portalschweißanlage im April 1982 in der Produktion eingesetzt werden konnte, wobei die zugesicherten technischen Funktionen immer noch nicht erfüllt wurden. Zufolge der verzögerten Inbetriebnahme wurden Schweißarbeiten für Großraumgüterwagen und Kranbrücken entgegen der ursprünglichen Planung nach den herkömmlichen Produktionsmethoden abgewickelt, was einen Mehraufwand von rd 1,6 Mill S erforderte.

76.34.2 Nach Ansicht des RH sollte die überprüfte Unternehmung in Hinkunft nur auf solche Lieferanten zurückgreifen, die entsprechend technisch ausgereifte Anlagen anbieten, um Rationalisierungseffekte zeitgerecht und im angestrebten Umfang zu nutzen.

76.34.3 Lt Stellungnahme der Unternehmungsleitung sei zum Bestellzeitpunkt die berührungslose Nahtführung bei Schweißanlagen nicht Stand der Technik gewesen, allerdings gewünscht worden. Die lange Lösungsdauer habe sich vor allem aus dem Streben der SGP nach einer technologischen Weiterentwicklung ergeben. In der Zwischenzeit stehe die Maschine laufend im Einsatz und sei 1983 einschichtig ausgelastet gewesen.

76.35.1 Im Werk Graz wurde im April 1978 mit den Arbeiten für ein neues Sozialgebäude begonnen, das im Jahre 1981 fertiggestellt wurde. In diesem viergeschossigen Mehrzweckbau sind Sanitär- und Garderoberäume, Material- und Qualitätskontrolle, Lager, Werksarzt und Sanität sowie Büro- und Sozialräume untergebracht. Die geplante Gesamtgeschoßfläche betrug 2 500 m². Für den baulichen Teil waren rd 14,3 Mill S veranschlagt.

Zufolge einer erheblichen Ausweitung wies das Objekt letztlich eine Gesamtnutzfläche von rd 3 600 m² auf und wurde mit rd 37 Mill S abgerechnet.

76.35.2 Wie der RH kritisch vermerkte, waren verschiedene Nutzungsbereiche sehr großzügig bemessen. So war der Speisesaal mit rd 390 m² für eine Kapazität von 240 Personen geplant, tatsächlich aber nur von rd 130 Personen genutzt. Nach Ansicht des RH hätte auch mit den 2 500 m² der ersten Planung das Auslangen gefunden werden können.

76.35.3 Lt Stellungnahme der Unternehmungsleitung erlaube die großzügige Raumbemessung des Sozialgebäudes die rasche Deckung etwaiger zukünftiger Bürobedürfnisse.

76.35.4 Der RH erwiderte, eine derartige Raumreserve sei nicht wirtschaftlich.

76.36.1 Die SGP bevorzugte in den letzten Jahren die Pauschalvergabe von Bauaufträgen. Die Nachteile dieser Vergabeform traten aufgrund der nicht genügend ausgereiften Planung in Form von notwendigen Nachtragsangeboten auf. So war der Generalunternehmerauftrag mit schlüsselfertiger Übergabe für das Bürogebäude im Paukerwerk mit 52 Mill S vereinbart, jedoch trotz baulicher Minderleistungen mit 56,22 Mill S abgerechnet worden, was einer Erhöhung von 8 vH der Auftragssumme entsprach.

76.36.2 Nach Ansicht des RH wären für die Abwicklung eines Bauvorhabens zu einem „Bauschpreis" Art, Güte und Umfang sowie die Umstände der zu erbringenden Leistungen zur Zeit der Ausschreibung genau festzulegen.

76.37.1 Im Jahre 1972 war die Errichtung einer zweischiffigen Halle mit einem Gesamtpräliminare von 108,4 Mill S geplant. In Erwartung einer schlechteren Auftragslage in den Folgejahren wurde diese Planung abgeändert und nur der Bau eines Hallenschiffes mit veranschlagten 59,6 Mill S projektiert und ausgeführt.

76.37.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurde dieses nunmehr als „Kessel- und Apparatebauhalle" bezeichnete Investitionsvorhaben mit 87,5 Mill S abgerechnet, dh um 47 vH teurer.

76.38.1 Im Dezember 1976 wurden 55 Mill S für das Bauvorhaben Schwerbauhalle genehmigt, die den Endausbau der in den Jahren 1972 bis 1974 errichteten Apparatebauhalle darstellte. Die Abrechnungssumme betrug 64,6 Mill S oder um 17,5 vH mehr als veranschlagt.

Im März 1977 wurden sechs Firmen zur Angebotslegung für die Baumeisterarbeiten eingeladen. Da die Planung jedoch unausgereift war, wurde der Billigstbieter (eine „Hausfirma") eingeladen, einen Teil der Baumeisterarbeiten für die Schwerbauhalle unter Zugrundelegung des Grundangebotes erneut anzubieten. Schließlich wurden Zusatz- bzw Nachtragsaufträge im Ausmaß von 72 vH des Grundauftrages vergeben.

76.38.2 Der RH bemängelte die unzureichende Planung, die zu vermeidbaren Mehrkosten führte.

76.39.1 Für die Stahlbauarbeiten wurde ohne Ausschreibung eine Eigenvergabe beschlossen. Die SGP verzichtete sogar auf eine interne Kalkulation der Arbeiten und setzte in ihrer Eigenbeauftragung 20 000 S/t für die Stahlkonstruktion als Liefer- und Montagepreis fest. In einer auf Wunsch des RH 1982 durchgeführten Nachrechnung wurde ein Preis von 18 533 S/t ermittelt.

76.39.2 Der RH vermochte sich der Ansicht der überprüften Unternehmung, der ermittelte Preis sei durchaus konkurrenzfähig für den schweren Apparatebau, nicht anzuschließen, weil im Jahre 1977 eine von der SGP mit 20 000 S/t vorkalkulierte Halle im Werk Simmering um 15 000 S/t fremdvergeben wurde.

Technische Betriebswirtschaft

76.40 Im Werk Simmering erreichte 1982 die Auslastung des Maschinenbaues nur mehr 75 vH der Normalbeschäftigung, die des Motorenbaues 79 vH und die des Schienenfahrzeugbaues 89 vH. Mit einem Auslastungsgrad von 92 vH (Durchschnitt 1979 bis 1981 98 vH) war das Werk Graz von allen Werken am besten beschäftigt. Hingegen führte im Paukerwerk die Verzögerung eines Auftragseinganges ab der zweiten Hälfte des Jahres 1980 zu einer krisenhaften Entwicklung der Beschäftigungslage, welche nur mit Hilfe der Arbeitsmarktförderung durch ein Sonderschulungsprogramm bewältigt werden konnte. Die Auslastung des Paukerwerkes verbesserte sich zwar 1982 auf 91 vH der Normalbeschäftigung, es zeigten sich jedoch in vielen Teilbereichen (zB Turbinen-, Apparate-, Stahlbau und mechanische Werkstätte) Beschäftigungsprobleme, welche weitere Kapazitätsanpassungen als notwendig erscheinen ließen.

76.41.1 Im Jahr 1973 beschloß der Vorstand zur Straffung der Auftragsabwicklung, der Verkürzung der Durchlaufzeiten und der Verbesserung der Termintreue die Einrichtung einer ADV-unterstützten Auftragssteuerung.

76.41.2 Wie der RH kritisch vermerkte, konnte durch die Ausschaltung der Programmphasen für die Auftragszeitplanung bei begrenzten Kapazitäten eine wesentliche Funktion des Fertigungssteuerungsprogrammes nicht genutzt werden und dieses vermochte daher keine Dispositions-, sondern nur mehr Informationsaufgaben wahrzunehmen.

76.41.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes entspräche das System in einer abgeänderten Form den Anforderungen.

76.41.4 Demgegenüber vermeinte der RH, mittels des Fertigungssteuerungssystems sollten Terminisierungsvorschläge unter Berücksichtigung der Kapazitätsgrenzen erarbeitet werden.

76.42.1 Die Fertigungsplanung wurde im Werk Graz zur Zeit der Gebarungsüberprüfung weiterhin händisch abgewickelt. Die Arbeitsvorbereitung legte im Zuge der Feinplanung die Anfangs- und Endtermine der Fertigung jedes Bauelements eines Schienenfahrzeuges fest. Die Ablaufplanung kontrollierte jedoch nur im Ausnahmefall, zB bei drohendem Terminverzug bzw gewünschter rascherer Durchlaufzeit eines Auftrages, die Einhaltung der Terminvorgaben.
Ansonsten oblag die Feinplanung bzw -steuerung der Anarbeitung den Betrieben bzw Werkstätten. In der mechanischen Werkstätte traten immer wieder Engpässe auf.

76.42.2 Zur Herabsetzung des Halbfabrikatebestandes und der Beschleunigung des Fertigungsdurchlaufes regte der RH die Einführung eines Arbeitssteuerungssystems im Werk Graz zumindest für die mechanische Bearbeitung an.

76.42.3 Der Vorstand stellte die Einführung einer ADV-Steuerung für 1985 in Aussicht.

76.43.1 Die Stundenlöhne auch von Akkordlöhnern insb im Paukerwerk wurden durch Zuerkennung eines höheren Leistungsgrades vom zuständigen Meister über den Betriebsleiter von der Werks-

leitung genehmigt. Wie diese Vorgangsweise zeigte, ist der Akkordlohn tatsächlich längst zu einem Stundenlohn geworden.

76.43.2 Nach Ansicht des RH war solcherart eine verursachungsgerechte Zuordnung der verbrauchten Stunden auf die einzelnen Leistungen erschwert. Auch stellte die Höhe des Akkordlohnes zufolge der Begrenzung des möglichen Zeitgrades nach oben hin keinen Maßstab für die Richtigkeit der Vorgabestundenermittlung mehr dar.

Der RH empfahl, entweder das Akkordsystem folgerichtig durchzuführen oder ein anderes Lohnsystem zu verwenden, das einerseits den tatsächlichen Gegebenheiten und andererseits den Anforderungen besser entspricht.

76.43.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes werde die Anwendung neuer Lohnsysteme überlegt.

76.44.1 Ende 1982 hatte der Stahlbaubereich des Paukerwerkes mit Auslastungsproblemen zu kämpfen. Wie Kostenvergleiche mit Fremdfirmen zeigten, boten Mittelbetriebe einfache Stahlbauteile billiger an, als sie im Paukerwerk hergestellt werden konnten.

76.44.2 Nach Ansicht des RH sollte die SGP für den einfachen Stahlbau verstärkt auf Fremdzulieferungen übergehen, selbst vor allem technisch anspruchsvolle Anlagenteile herstellen und ihre eigene Produktionskapazität dahin gehend ausrichten.

76.44.3 Der Vorstand sagte eine entsprechend starke Einschränkung der Fertigungskapazität in diesem Bereich zu.

76.45.1 Im Apparatebau zeigten sich hohe Abweichungen zwischen den von der Vorkalkulation angenommenen und den tatsächlich abgerechneten Stunden je Auftrag. Dies war im wesentlichen auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen, welche bei Auftragseingang noch nicht erkannt worden waren.

76.45.2 Nach Ansicht des RH sollte die SGP wegen der seit langem bestehenden technischen Probleme im Apparatebau und der daraus sich ergebenden Verluste diese Geschäftssparte nur bei einer preislich wesentlich besseren Risikoabdeckung, als das bisher der Fall war, aufrechterhalten.

Kostenrechnung

76.46.1 Das Kostenrechnungsverfahren der SGP war bis 1979 als Vollkostenrechnung zu Ist-Kosten ausgebildet. 1979 führte die Unternehmung eine flexible Budgetierung im Fertigungsbereich ein und erstellte als ersten Schritt zu einer Grenzplankostenrechnung eine Plankostenstellenrechnung. Zur Bewältigung des damit verbundenen wesentlich erhöhten Arbeitsaufwandes sah die SGP den Einsatz von ADV vor, welche das bisherige händische, durch Magnetkontencomputer unterstützte Abrechnungssystem ersetzen sollte.

76.46.2 Der RH kritisierte die Verzögerungen in der Umstellung auf ADV, wodurch der angestrebte Rationalisierungseffekt noch nicht eingetreten ist.

76.46.3 Lt Stellungnahme der SGP sei der Rationalisierungseffekt durch den teilweisen Parallellauf von ADV und MDV zwar noch nicht voll eingetreten, jedoch im überprüften Zeitraum trotz erhöhten Arbeitsaufwandes für die Planungsrechnung der Personalstand in der Kosten- und Erfolgsrechnung um 22 vH gesenkt worden.

76.47.1 Die SGP verrechnete in ihrer Kostenrechnung die Normalabschreibungen der Finanzbuchhaltung und bei Weiterverwendung der Anlagen über den buchhalterischen Abschreibungszeitraum hinaus den halben Abschreibungssatz. Diese Vorgangsweise verzerrte die Kostenbelastung der einzelnen Kostenstellen im Zeitablauf, erschwerte die Vergleichbarkeit der Kostenstellen und trug auch dem Grundsatz der Substanzerhaltung nicht voll Rechnung.

76.47.2 Der RH empfahl den Übergang auf eine der Aufgabenstellung einer Kostenrechnung besser entsprechende Form der kalkulatorischen Abschreibung.

76.47.3 Der Vorstand stellte Überlegungen zur Neugestaltung der kalkulatorischen Abschreibungen nach der Umstrukturierung der Produktionsstätten in Aussicht.

76.48.1 Die SGP plante die Kosten der einzelnen Kostenstellen im Rahmen der flexiblen Budgetierung aufgrund bereinigter Ist-Kosten der Vergangenheit. Sie bezog damit die Kosten von nicht bestmöglichen Betriebsstrukturen früherer Abrechnungszeiträume in die Kostenbudgetierung mit ein und machte sie zum Beurteilungsmaßstab für die Wirtschaftlichkeit des neuen Abrechnungszeitraumes.

76.48.2 Der RH empfahl, die einzelnen Kostenstellen von Kosteningenieuren analytisch durchleuchten zu lassen und darauf aufbauend echte Vorgabewerte zu ermitteln.

76.48.3 Der Vorstand stellte den Einsatz von Divisions-Controllern in Aussicht, welche ua die analytische Untersuchung von Kostenstellen bzw Kostenarten vorzunehmen haben.

76.49.1 Die von der ADV erstellten monatlichen Kostenstellen-Soll-Ist-Vergleiche lagen erst jeweils sieben bis acht Wochen nach Monatsende vor.

76.49.2 Der RH empfahl, den Soll-Ist-Vergleich möglichst zeitnahe zu erstellen, damit er als Entscheidungsgrundlage verwertbar sei.

76.49.3 Die Unternehmungsleitung bezeichnete eine zeitnähere Verfügbarkeit des Soll-Ist-Vergleiches ohne grundlegende Änderung des Lohnabrechnungssystems als nicht möglich.

76.50.1 Die Aufspaltung der Kosten in fixe und variable Bestandteile (Grenzkostenrechnung) erfolgte zur Zeit der Gebarungsüberprüfung vorerst nur in der Kostenstellenrechnung. Die Kostenträgerrechnung wurde jedoch nach wie vor als Vollkostenrechnung in Form einer Zuschlagskalkulation erstellt.

76.50.2 Der RH empfahl daher, um die Entscheidungsunterlagen für alle Aufträge und in ausreichender Genauigkeit zur Verfügung zu haben, die Grenzkostenrechnung auch in der Kostenträgerrechnung einzuführen.

Personal

76.51 Der durchschnittliche Gesamtpersonalstand der SGP erhöhte sich von 1970 bis 1980 - abgesehen von einem leichten Rückgang im Jahre 1973 - beständig von 4 220 auf 4 768 Mitarbeiter. In den beiden folgenden Jahren blieb er ungefähr gleich und betrug 1982 4 754, so daß sich für den Darstellungszeitraum insgesamt eine Erhöhung um 534 Mitarbeiter bzw 12,7 vH ergab.

Die Lokomotivfabrik in Wien Floridsdorf, in der Ende 1975 noch 118 Mitarbeiter beschäftigt gewesen waren, wurde im Jahre 1976 endgültig geschlossen und die noch verbliebenen Stellen und die Schmiede in das Paukerwerk verlagert.

An den anderen Betriebsstandorten erweiterte sich von 1970 bis 1982 der Belegschaftsstand, jeweils zum Jahresende, im Paukerwerk um 40,9 vH auf 1 375, in Simmering um 13,2 vH auf 1 540, in Graz um 10,7 vH auf 1 444 und in der Zentrale von 350 nur unwesentlich auf 358 Mitarbeiter.

76.52 Die geleisteten Arbeitsstunden zeigten in den letzten drei Jahren bis 1982 wegen der verminderten Beschäftigungslage in allen Betrieben eine sinkende Tendenz. Diese Entwicklung ging ausschließlich zu Lasten der Überstunden, welche 1982 bei den Arbeitern mit 472 000 Stunden gegenüber 1980 (806 000 Stunden) um rd 41 vH und bei den Angestellten mit 114 000 Stunden gegenüber 1980 (162 000 Stunden) um rd 30 vH gekürzt wurden.

In diesem Zeitraum verringerten sich auch die Fehlstunden für Krankenstände und unbezahlte Freizeit. Ihr Anteil an den Soll-Arbeitsstunden betrug bei den Arbeitern 1982 nur mehr 10 vH gegenüber noch 12,7 vH 1980 und bei den Angestellten 3,8 vH gegenüber 4,8 vH.

76.53 Der Gehaltsaufwand erhöhte sich von 101,6 Mill S (1970) um 282 vH auf 388,1 Mill S (1982). Die durchschnittlichen Jahresgehälter der Angestellten stiegen gleichzeitig von 92 500 S um 218 vH auf 294 600 S.

Wie eine nähere Untersuchung der durchschnittlichen Brutto-Monatsgehälter zeigte, überstiegen diese in den unteren Einstufungsgruppen die Mindestgehaltsansätze des Kollektivvertrages weniger als in den höheren. Ebenso lagen sie in den unteren Verwendungsgruppen und Gehaltsstufen etwas unter, in den höchsten jedoch deutlich über dem Durchschnitt der gesamten Maschinen- und Stahlbauindustrie.

76.54 Der gesamte Lohnaufwand erhöhte sich von 210,5 Mill S (1970) um 230,6 vH auf 696 Mill S (1982). Gleichzeitig stiegen die Jahresdurchschnittsverdienste der Arbeiter von 74 200 S auf 221 400 S,

somit um 198 vH. In den letzten drei Jahren war eine deutliche Verlangsamung des Anstieges der Durchschnittsverdienste zu verzeichnen. Die Ursache lag - abgesehen von den niedrigeren kollektivvertraglichen und betrieblichen Lohnerhöhungen - vor allem in der Einschränkung der Überstunden.

Wie ein Vergleich der Durchschnittslöhne mit denen der gesamten Maschinen- und Stahlbauindustrie (Stand April 1982) zeigte, lagen bei der SGP die Löhne für Arbeiter der obersten Lohngruppen über und für angelernte bzw Hilfsarbeiter im bzw unter dem Durchschnitt.

76.55 Der zusätzliche Sozialaufwand lt Jahresabschluß erhöhte sich von 14,8 Mill S (1970) um 369,6 vH auf 69,5 Mill S (1982). Seine Wachstumsrate lag damit über derjenigen des gesamten Personalaufwandes.

Die sich verschlechternde Ertragslage zwang die Unternehmung auch zur Einsparung bei ihren zusätzlichen Sozialaufwendungen. Durch verschiedene Maßnahmen sollte der freiwillige Sozialaufwand 1983 um 7,5 Mill S gesenkt werden.

76.56 Ein Teil der finanziellen Verpflichtungen, welche die SGP im überprüften Zeitraum gegenüber der Belegschaft einging, diente dem Zweck der Förderung der Betriebstreue. So führte die SGP im Jahre 1973 an Stelle der bis dahin üblichen Erfolgsprämien die „zusätzliche Sonderzahlung" ein, welche sowohl Arbeitern als auch Angestellten als Hundertsatz ihres Bruttobezuges entsprechend der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit ausgezahlt wird (Aufwand 1982 rd 74 Mill S).

Ab dem Jahre 1977 gewährte die SGP eine Dienstalterszulage für Arbeiter (1982 rd 10,8 Mill S). Im Jahre 1978 erweiterte die SGP ihre Gehaltsordnung um zwei Biennalsprünge je Verwendungsgruppe und setzte darüber hinaus eine Dienstalterszulage für Angestellte analog der den Arbeitern gewährten in Geltung, welche ausbezahlt wird, wenn der Bedienstete in einer Verwendungsgruppe die höchste der im jeweilig geltenden Kollektivvertrag oder der jeweilig geltenden innerbetrieblichen Biennalsprungregelung vorgesehenen Gehaltsstufe erreicht hat (1982 0,4 Mill S). Die Firmenpensionen für leitende Angestellte der zweiten Ebene wurden verbessert.

Materialwirtschaft

76.57.1 Bei der SGP ist ein in vier Einkaufsgruppen gegliederter Zentraleinkauf eingerichtet. Aufgrund dieser Organisationsstruktur ist selbst bei Routineangelegenheiten ein erheblicher Zeitaufwand zur Klärung der einzelnen Standpunkte verbunden mit einem arbeitsaufwendigen Schriftwechsel erforderlich, und es müssen zT auch minderwichtige Angelegenheiten an mehrere Vorstandsbereiche zur Entscheidungsfindung herangetragen werden.

76.57.2 Nach Ansicht des RH sollte, dem allgemeinen unternehmungspolitischen Gedanken der Verantwortungsverlagerung in den Spartenbereich folgend, eine Dezentralisierung der Materialwirtschaftsfunktionen überlegt werden.

76.57.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes werde nur durch die Konzentration in Form des Zentraleinkaufes das geforderte Leistungs- und Durchsetzungsvermögen und die Wahrung der gebotenen Wirtschaftlichkeit sichergestellt.

76.58 Die Materialzukäufe der überprüften Unternehmung stiegen von rd 688 Mill S (1971) um 157,7 vH auf 1 773,4 Mill S (1982). Die Ausweitung des Einkaufsvolumens ergab sich einerseits aus allgemeinen Preissteigerungen, andererseits durch den im Anlagenbau aufgetretenen verstärkten Trend zum Einsatz von Zukaufteilen.

76.59.1 Obwohl der RH bereits anläßlich seiner letzten Gebarungsüberprüfung ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Erstellung von Richtlinien für die Werkseinkäufe hingewiesen hatte, bestanden zum Zeitpunkt der nunmehrigen Überprüfung immer noch keine zusammenfassenden Arbeitsanweisungen, die den Werkseinkauf grundsätzlich regeln.

76.59.2 Der RH empfahl daher neuerlich, auch für die Bestelltätigkeit dieser Einkaufsbereiche besonders abgestimmte Richtlinien zu erstellen.

76.60.1 Die dem Einkauf übermittelten Urgenzlisten bezogen sich nur auf Bestellvorgänge von Bestandsmaterial, nicht aber auf diejenigen der weitaus größeren Menge von Direktmaterial (auftragsgebundenes Material). Für diese Materialien werden weiterhin in Verbindung mit den Bestellschreiben händisch gesonderte Evidenzkarteien ausgefertigt. Die Vielfalt von Aufzeichnungen erschwerte eine wirkungsvolle Terminüberwachung.

76.60.2 Um kritische Liefertermine zu sichern, empfahl der RH, organisatorische Vorkehrungen zu einer wirkungsvollen Terminverfolgung zu treffen.

76.60.3 Die Unternehmungsleitung sagte dies zu.

76.61.1 Durch die von der Kontrollbank festgelegten Quoten für Auslandszukäufe kommt der Aufteilung des Lieferumfanges unter Berücksichtigung der für die SGP jeweils wirtschaftlichsten Beschaffungsmöglichkeit erhöhte Bedeutung zu, weil bereits im Projektstadium der mögliche Kreis der Zulieferer festgelegt und nach der im Anlagenbau herrschenden Übung dem voraussichtlichen Kunden im Angebot mitgeteilt werden muß. Die vom Kunden zur Kenntnis genommenen Lieferanten bilden schließlich einen integrierenden Bestandteil der Kundenaufträge.

Bei der SGP wurde bei Projekterstellung die Lieferantenauswahl weitgehend durch die Projektabteilungen ohne wesentliche Mitwirkung des Einkaufes vorgenommen, wodurch in die Lieferantenlisten nicht immer die preisgünstigsten Einkaufsverbindungen aufgenommen worden sind bzw Lieferantengruppen festgelegt wurden, die auf dem Markt nicht mehr vorhanden waren.

76.61.2 Nach Ansicht des RH sollte daher der Einkauf für die Erstellung der Lieferantenlisten schon im Projektstadium bei der Findung und wirtschaftlichen Beurteilung geeigneter Lieferanten mitwirken.

76.61.3 Der Vorstand stellte entsprechende Veranlassungen in Aussicht.

76.62 Die Materialbestände abzüglich der Wertberichtigungen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe lt Bilanz) sind wertmäßig von 132 Mill S (1970) um 96,6 vH auf 259,5 Mill S (1982) angestiegen. Darüber hinaus wurde in allen Lagerbereichen Direktmaterial mit einem durchschnittlichen Wert von rd 310 Mill S bestandsmäßig betreut.

76.63.1 Die rechnerische Umschlagshäufigkeit lag im Berichtszeitraum mindestens bei 2,15 und höchstens bei 5,02.

76.63.2 Diese an sich günstigen Werte waren nach Ansicht des RH keineswegs als Merkmal für eine besonders wirtschaftliche Bevorratungspolitik anzusehen, weil wesentliche Rechengrößen (Bestandswert des Direktmaterials) bei der Ermittlung nicht zum Ansatz kamen. Nach Einbeziehung dieser Materialbestände stellte sich der Kennzahlenwert bis zu 49 vH ungünstiger dar.

Der RH empfahl daher, in Hinkunft bei der Ermittlung des Lagerumschlages alle Einflußgrößen zu berücksichtigen.

76.63.3 Der Vorstand berichtete hiezu von einem bereits beschlossenen Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Informationswesens durch die Einbeziehung des Direktmaterials in die ADV-Bestandsrechnung und zum Ausbau des Planungs-, Termin- sowie des Normenwesens mit dem Ziel einer Erhöhung der Umschlagshäufigkeit.

76.64.1 Wie die sehr hohen Abwertungsquoten (zwischen 23,8 und 46,9 vH der Bestandswerte vor Wertberichtigung) erkennen ließen, sind die von der überprüften Unternehmung bisher vorgenommenen Maßnahmen zur Einschränkung der Materialbestände nicht im vollen Umfang wirksam geworden.

76.64.2 Der RH empfahl, in Verbindung mit einer wirkungsvolleren Bestandskontrolle ein grundsätzliches Konzept für die wirtschaftliche Verwertung von betrieblich nicht mehr nutzbaren Materialien zu erarbeiten und hinsichtlich einer möglichen Wiederverwendbarkeit von Materialien künftig strengere Maßstäbe als bisher anzulegen.

76.65.1 Die Materiallagerung im Paukerwerk ist auf insgesamt 12 verschiedene Lagerorte aufgeteilt. Nur beim Rohr- sowie beim Öl- und Farbenlager handelte es sich um Neubauten, alle übrigen Lagerstellen waren nur zum Teil notdürftig umgestaltete, von der Produktion nicht mehr benötigte Gebäude. Da diese Lagerstellen über keinen Bahn- bzw Straßenanschluß verfügen, müssen Materiallieferungen in anderen Lagerbereichen übernommen und zwischengelagert werden.

76.65.2 Nach Ansicht des RH sollte die SGP im Interesse einer wirtschaftlichen und rationellen Materiallagerung dem geplanten Lagerneubau im Rahmen der für das Paukerwerk vorgesehenen Investitionsvorhaben einen entsprechenden Vorrang einräumen.

76.65.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes werden im Zuge der Neuordnung des Paukerwerkes alle Lager in einer zur Produktion günstigen Lage zusammengefaßt werden.

76.66.1 Im Paukerwerk wurde 1975 eine neue Lagerstelle für Rohre und Stabmaterial mit einer Lagerkapazität von 5 000 t eingerichtet. Obwohl die Kapazitätsauslegung auch für die Zukunft als ausreichend angesehen worden ist, mußten 1983 rd 400 t Rohre im Freien zwischengelagert werden, weil zum selben Zeitpunkt rd 30 vH der vorhandenen Lagerflächen in der Rohrlagerhalle mit Reststücken blockiert waren.

76.66.2 Nach Ansicht des RH war es wirtschaftlich kaum vertretbar, die mit einem Investitionsaufwand von 17,2 Mill S eingerichteten Lagerflächen in einem derartigen Umfang für die Bevorratung von Restmengen heranzuziehen.

76.66.3 Die Unternehmungsleitung nahm in Aussicht, zur Vermeidung der hohen Restmengenbestände künftig laufend Rohre auszuscheiden und dem jeweiligen Kunden nach Auftragsende die Restrohre zu verkaufen.

Absatzwirtschaft

76.67 Die Bruttoumsatzerlöse stiegen von 922,3 Mill S (1970) um 220 vH auf 2 954,8 Mill S (1982). Geldwertbereinigt (Preisindex für Anlageninvestitionen) betrug die Umsatzsteigerung von 1970 bis 1982 real noch immer 51 vH. Hiebei wurden die Inlandsumsätze um 259 vH auf 2 346,3 Mill S und die Exporterlöse um 127 vH auf rd 608,5 Mill S gesteigert. Durchschnittlich entfielen im überprüften Zeitraum 25 vH der Umsätze auf Export- und 75 vH auf Inlandsgeschäfte.

Hauptumsatzträger in allen Jahren war der Schienenfahrzeugbau mit durchschnittlichen Erlösanteilen von rd 61 vH, von welchen rd 91 vH auf Inlandsgeschäfte entfielen. Geldwertbereinigt stiegen diese Umsätze um rd 17 vH auf 2 006 Mill S (1982). Für die Zukunft erwartet die Unternehmungsleitung bei den Schienenfahrzeugen einen Rückgang der Umsatzanteile.

Im Kessel- und Rohrleitungsbau wurden Umsatzanteile von durchschnittlich 19 vH, vor allem dank höherer Erlöse der letzten Jahre, erzielt. Real stiegen die Umsätze dieser Sparte um 132 vH auf 520 Mill S 1982.

Beim Apparate-, Behälter- und Anlagenbau wurden Anteile von durchschnittlich rd 6,5 vH der Gesamtumsätze erzielt. Bei dieser Gruppe überwog der Export mit 78 vH vom Spartenerlös bei weitem. Geldwertbereinigt ergab sich allerdings ein Umsatzrückgang von 10 vH auf 77 Mill S 1982.

Im Schnitt lagen die Umsätze bei Kolben- und Turbomaschinen nur bei 5 vH der Gesamtumsätze und betrugen 1982 rd 134,4 Mill S.

Lasthebemaschinen, Transporteinrichtungen und Getriebe erreichten bei Auslandsanteilen von rd 66 vH durchschnittlich nur 3,5 vH der Gesamterlöse. Allerdings ist in den letzten Jahren das Geschäft in dieser Sparte stark, auf 62 Mill S 1982, zurückgegangen.

Mit Maschinen für die Formung konnten im Vergleich zu den übrigen Sparten weder im Inlands- noch im Exportgeschäft nennenswerte Erfolge erzielt werden. Der Umsatzanteil lag im Durchschnitt nur bei 1,2 vH, obwohl eine Umsatzsteigerung von 157 vH (geldwertbereinigt 47 vH) auf 62 Mill S 1982 zu verzeichnen war.

Mit Sondererzeugnissen (ua Containern) und sonstigen Leistungen sowie Nebenerlösen wurden im Durchschnitt jährliche Erlöse von rd 93 Mill S, 3,8 vH der Gesamtumsätze, erzielt.

76.68 In den Jahren 1970 und 1971 wurden Fabrikateerfolge (auf Basis Ist-Betriebsergebnis) von durchschnittlich rd 6,6 vH vom Umsatz erwirtschaftet. In den nächsten Jahren kam es im allgemeinen zu einer Aufwärtsentwicklung und 1976 konnten Spitzenergebnisse von 11 vH (244,7 Mill S) bzw 1978 sogar von 15,3 vH (461,8 Mill S) erzielt werden. 1979 hingegen wurde nur mehr ein knappes positives Fabrikateergebnis von nur 1 vH (28,7 Mill S) erreicht. Trotz einer beträchtlichen Umsatzsteigerung kam es 1980 zum ersten negativen Fabrikateergebnis mit – 1,5 vH (54,7 Mill S), welches sich 1981 auf – 1,6 vH (40,3 Mill S) und 1982 sogar auf – 9,2 vH (268,3 Mill S) verschlechterte.

Positive Fabrikateerfolge konnten in allen Jahren nur beim Schienenfahrzeugbau erreicht werden. Bei sämtlichen übrigen Fabrikaten überwogen die Jahre mit negativem Ergebnis jene mit positivem.

76.69 Die SGP erzeugt ua Drehgestellrahmen für Güterwagen. In den letzten Jahren wurden mehrere Investitionen zur Rationalisierung durchgeführt, die auch Kapazitätsausweitungen mit sich brachten. Um diese besser ausnützen zu können, wurde die SGP bei den ÖBB vorstellig, in Hinkunft bei allen Güterwagen den Einbau gleicher Drehgestellrahmen vorzuschreiben, worauf die ÖBB von ihren Lieferfirmen allgemein verlangte, möglichst alle Zulieferungsteile für die Waggonherstellung im Inland zu beschaffen.

Hierauf bestellte eine inländische Waggonbaufirma bei der SGP jedoch zu Preisen, die sie für ausländische Drehgestelle bisher bezahlen mußte. Eine Nachkalkulation im Mai 1982 ergab für die bis dahin gelieferten 600 Drehgestelle Verluste von rd 10,4 Mill S. Obwohl schließlich über 1 000 Drehgestelle gefertigt wurden, war es nicht, wie vom Vorstand beim Erstauftrag angenommen, möglich, die Fertigungskosten bei den Folgeaufträgen soweit zu senken, daß der erzielbare Preis zur Kostendekkung reichte.

Da bei SGP-eigenen Waggon-Aufträgen diese Drehgestelle mit den vollen Selbstkosten in Rechnung gestellt wurden, ergaben sich gegenüber den anderen Lieferanten für die SGP ungünstigere Kalkulationsgrundlagen.

76.70.1.1 Bereits 1979 lieferte die SGP im Auftrag einer Firma aus der BRD verschiedene Maschinen und Einrichtungen einer Alu-Bandglühanlage für eine österreichische verstaatlichte Unternehmung. Dieser Auftrag, der 1979 zur Auslastung des Werkes Graz hereingenommen wurde, brachte einen Verlust von rd 1,85 Mill S oder 47 vH der Selbstkosten.

76.70.1.2 Im September 1979 kam es mit dieser Firma zu einem weiteren Vertragsabschluß über Lieferung von mechanischen Ausrüstungsgegenständen und verschiedenen Zukaufteilen für eine Beizlinie zu einem Festpreis für Maschinen- und Anlagenkomponenten sowie zu Zirkapreisen für die Zukaufteile im gesamten Vertragswert von rd 58 Mill S.

Im Dezember 1980 stellte der Kunde fest, daß die vertraglichen Leistungen seitens der SGP nicht zeitgemäß erfüllt wurden, die Endtermine der Maschinenlieferungen nicht eingehalten worden waren und mit Zahlungsforderungen aufgrund der vereinbarten Konventionalstrafe gerechnet werden müsse. Die SGP lehnte alle Anschuldigungen ab und kündigte gleichzeitig die Vorlage einer Mehrbelastungsnote für verschiedene nachträgliche Änderungswünsche im Ausmaß von 12,6 Mill S an. Nach längeren Verhandlungen anerkannte die SGP als Saldo eine Forderung des Kunden an sie in Höhe von rd 1,2 Mill S.

In einer Nachrechnung standen den Ist-Selbstkosten (Stand Mitte 1983) von 124,1 Mill S nur Erlöse von 63,7 Mill S gegenüber, wodurch nur die Materialkosten voll, von den Fremdleistungen nur 47 vH, die gesamten Lohn-, Konstruktions-, Verwaltungs- und Vertriebskosten jedoch überhaupt nicht gedeckt waren.

76.70.1.3 Im Feber 1980 wurde eine weitere Vereinbarung, über Lieferung von Komponenten für eine Warmbandstraße, geschlossen. Auch bei diesem Auftrag kam es zu Lieferverzögerungen seitens der SGP und zur Forderung auf Zahlung einer Konventionalstrafe sowie zu Änderungswünschen seitens des Kunden. Die gegenseitigen Forderungen konnten im Verhandlungsweg schließlich auf eine Restzahlung der SGP von 0,5 Mill S beschränkt werden.

Erlösen von rd 33,4 Mill S standen Selbstkosten von rd 49,8 Mill S gegenüber, so daß sich ein Verlust von 16,4 Mill S ergab.

76.70.2 Nach Ansicht des RH hat es die SGP in beiden zuletzt genannten Fällen verabsäumt, aufgrund der bei der Auftragsdurchführung sich ergebenden Schwierigkeiten beim Kunden unverzüglich entsprechende Zusatzforderungen zu stellen. Diese wurden erst geltend gemacht, als der Auftraggeber die Zahlung der vertraglich vereinbarten Konventionalstrafe verlangte.

76.71.1 Ein Auftrag Mitte 1980 über den Bau einer Dampfturbinenanlage einschließlich Generator und Kondensationsanlage ergab bei vorkalkulierten Vollkosten von 19,7 Mill S und einem Vertragspreis von 17,5 Mill S eine vom Vorstand genehmigte Unterdeckung von 2,2 Mill S oder rd 11 vH.

76.71.2 Eine auf Ersuchen des RH erstellte Nachrechnung kam zu Selbstkosten von zusammen rd 23,4 Mill S, welchen Erlöse einschließlich Nachträgen von 17,7 Mill S gegenüberstanden, so daß sich ein Verlust von 5,7 Mill S ergab, das waren um rd 159 vH mehr als erwartet.

76.71.3 Im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wurde dieser Auftrag nicht nur für die Auslastungskontinuität des Paukerwerkes, sondern auch als Referenzanlage vom Vorstand als notwendig erachtet.

76.72 Eine Gesellschaft für Müllverbrennungsanlagen hatte von einer Firma den Generalauftrag zum Bau einer Sonderabfall- und Schlammbehandlungsanlage erhalten. Die SGP, welche bereits Müllverbrennungsanlagen gebaut hatte, beteiligte sich an den Ausschreibungen des Generalunternehmers und erhielt verschiedene Teilaufträge zum gesamten Bestellwert von 75,8 Mill S, dem vorkalkulierte Selbstkosten von 100,5 Mill S gegenüberstanden. Der Vorstand hat die sich ergebende Unterdeckung von 24,7 Mill S, wie bei anderen Negativgeschäften, zur Vermeidung von Stillstandskosten bewilligt.

76.73.1 Im Jahr 1978 wurden 20 Aufträge, welche die SGP von einer Firma erhalten hatte, abgerechnet. Die gelieferten Anlagen waren in der Hauptsache Quenchkühler, Wärmetauscher und Kolonnen. Diese Aufträge konnten entsprechend der starken Konkurrenz bei der Ausschreibung nur zu ungünstigen Preisen abgeschlossen werden.

In der Vorrechnung wurden für alle 20 Aufträge, bei einem Umsatz von rd 61 Mill S, bereits 16 Mill S oder 27 vH als Verlust einkalkuliert. Bei der Abwicklung der Aufträge kam es aber immer wieder zu erheblichen Abweichungen von den Annahmen der Vorrechnung, so daß sich erheblich höhere Verluste ergaben. Wie die Nachrechnung zeigte, betrug bei einem tatsächlichen Umsatz von rd 64 Mill S der Verlust rd 26 Mill S bzw 40 vH.

Das ungünstige Ergebnis dieser Aufträge bis 1978 wurde jedoch von weiteren Aufträgen in den Jahren 1979 bis 1982 noch übertroffen. In diesen Jahren gab es bei 13 Aufträgen mit einem Umsatz von zusammen rd 113 Mill S einen Verlust von rd 68 Mill S oder 60 vH des Umsatzes.

76.73.2 Nach Ansicht des RH hatten ähnliche Mängel wie jene, die bereits in einem internen Revisionsbericht über die ersten 20 Aufträge 1979 aufgezeigt worden waren, auch in diesen Fällen die Verluste verursacht.

76.74.1 Anfang 1977 erteilte eine Firma der SGP einen Probeauftrag über die Fertigung von fünf Rahmenwannen mit einer Auftragssumme von 2,55 Mill S. Bereits bei diesem Probeauftrag kam es zu einer Überschreitung des vereinbarten Liefertermines. Auch bei dem anschließenden Auftrag über zehn Rahmenwannen mit einem Auftragswert von 4,7 Mill S kam es wieder zu erheblichen Verzögerungen bei der Auslieferung.

In der Folge entwickelte sich die Lieferung von Rahmenwannen zu einem laufenden Geschäft. Bis Ende 1982 hatte die SGP 18 Bestellungen erhalten. Der Auftragsumfang betrug rd 193 Mill S. Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung lagen bei der SGP 109 Wannen auf Lager, die zum größten Teil bereits seit rd zwei Jahren ausgeliefert hätten werden sollen, von der Firma jedoch nicht abgerufen worden sind. Bei 35 Wannen wäre eine Auslieferung allerdings für die SGP schwierig gewesen, weil die verarbeiteten Bleche Risse hatten.

76.74.2 Der RH bemängelte die Säumnis der SGP, die trotz vertraglich eindeutiger Festlegung der verschiedenen Liefertermine und der damit verbundenen Rechnungslegung nicht mit Entschiedenheit die Abnahme gefordert hatte.

76.75.1 Unter der Federführung einer Unternehmung aus der BRD wurde von der SGP gemeinsam mit einer anderen österreichischen Unternehmung für eine tunesische Firma ein Kraftwerk in Freiluftbauweise (zwei 155 MW-Blöcke) errichtet. Auf die SGP entfiel die gesamte mechanische Ausführung, wie Dampfkessel, Gebläse, Rohrleitungen, Wasseraufbereitung, Vorwärmer und die Krananlagen.

Der Vertrag für dieses Vorhaben wurde im März 1977 unterzeichnet. Der Angebotspreis betrug rd 902 Mill S. Mit der Fertigung wurde im April 1978 begonnen. Die Montage nahm im September 1978 ihren Anfang und wurde für den Block I im November 1980 (Plan April 1980) sowie für den Block II im Jänner 1981 (Plan September 1980) beendet. Das Zahlungsausfallrisiko ist durch die Haftungsübernahme des Bundes abgedeckt, wobei jedoch der SGP ein Selbstbehalt im Ausmaß von 10 vH verbleibt.

Nach mehrfachen Abänderungen fand die Kalkulation vom Juli 1978 die Zustimmung des Vorstandes. Die Selbstkosten wurden unter der Annahme, daß ein verstärkter Einsatz von SGP-Monteuren mit Hilfskräften stattfindet, mit rd 868 Mill S ermittelt.

Bis Ende 1982 ergaben sich aus diesem Auftrag Selbstkosten in Höhe von 1 105 Mill S, wovon 718 Mill S auf die Fertigung und 387 Mill S auf die Montage entfielen. Diesen standen Erlöse von 785 Mill S (Fertigung 572 Mill S, Montage 213 Mill S) gegenüber, so daß sich hieraus ein Verlust von 320 Mill S ergab. Von diesem Verlust entfielen auf den Fertigungsauftrag 146 Mill S und auf die Montage 174 Mill S. In diesen Verlusten ist ein Kursverlust von 132 Mill S enthalten, der sich jedoch bei Anhalten eines günstigen Kursverhältnisses des Dollars noch wesentlich verringern könnte.

76.75.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurden bei diesem Auftrag nicht einmal die variablen Kosten vollständig gedeckt. Als Ursachen für dieses Verlustgeschäft waren festzustellen:

(1) Die für die Vorbereitung und Abwicklung dieses Auftrages notwendige Organisation fehlte mangels entsprechender Erfahrung.

(2) Die unzureichende Vorbereitung des Projektes drückte sich bereits in der mehrfachen Änderung der Vorausrechnungen aus, in denen bei manchen Ansätzen mangels entsprechender Unterlagen Werte aufgrund grober Schätzungen angesetzt wurden. Zur Zeit der Abschlußkalkulation vom März 1978 lag nur eine grobe Aufteilung der Kosten in Fertigung und Montage vor. Kalkulationen über alle anderen Komponenten (Wasseraufbereitung, Hebezeuge, Gebläse) kamen erst später dazu. Die für die notwendigen Konstruktionsarbeiten erforderliche Ingenieurkapazität wurde stark unterschätzt, so

daß für zusätzliche fremde Ingenieurleistungen, die aus Gründen der Termineinhaltung erforderlich waren, ein beträchtlicher Mehraufwand entstand (Vorrechnung 7,7 Mill S, Ist-Kosten 20,8 Mill S). Für Fremdleistungen bei der Montage ergaben sich bis Ende 1982 1,16 Millionen Stunden und Kosten in Höhe von 239,4 Mill S. Die in der Kalkulation aufscheinenden entsprechenden Werte betrugen 650 000 Stunden und 79,4 Mill S.

(3) Die nicht zeitgerechte Erstellung der Konstruktionspläne und die verspätete Materialbeschaffung brachte eine erhebliche Verzögerung des Fertigungsbeginnes und damit auch des Montageablaufes.

(4) Die Baustellenorganisation war völlig unzureichend. Die SGP verfügte nicht über das für die Abwicklung solcher Projekte im Ausland sowohl im technischen als auch kaufmännischen Bereich erfahrene und sprachkundige Personal. Hiezu kam noch die sparsame funktionale Besetzung auf den Baustellen. Dies führte auch dazu, daß die Erfassung und Kontrolle der Kosten auf der Baustelle nicht mehr gewährleistet war.

(5) Da auch bei einer ordnungsgemäßen Bauführung mit einem gewissen Hundertsatz an ungerechtfertigten Aufwendungen zu rechnen ist, war im vorliegenden Fall angesichts der mangelhaften Organisation ein erheblicher Teil des Verlustes bei der Montage in der ungenügenden Wahrnehmung der gesetzten Aufgaben begründet.

76.75.3 Lt Mitteilung der Unternehmungsleitung seien organisatorische und ablauftechnische Maßnahmen getroffen worden, um ähnliche Unzukömmlichkeiten in Zukunft wirkungsvoll zu unterbinden.

Ausblick

76.76 Zur wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit und den Zukunftserwartungen nahm der Vorstand wie folgt Stellung:

„Im Jahre 1983 konnte ein Umsatz von rd 2,85 Milliarden S erzielt werden, welcher damit um rd 4 vH unter dem Umsatz des Jahres 1982 lag. 83 vH dieses Umsatzes wurden im Inland, 17 vH im Ausland erzielt.

Drei Viertel des Umsatzes entfielen in diesem Jahr auf den Fahrzeugbau, was aber über dem durchschnittlichen Anteil dieser Produktsparte liegt und durch die langen Durchlaufzeiten im Kraftwerks- und Anlagenbau erklärlich ist.

Der Auftragseingang erreichte im Jahr 1983 rd 3,3 Milliarden S. Große Kraftwerks- und Anlagenprojekte befinden sich jedoch noch im Verhandlungsstadium.

Der Auftragsstand hat sich von rd 10 Milliarden S Ende 1982 auf rd 10,5 Milliarden S Ende 1983 erhöht. Es entfallen davon etwa ein Drittel auf das rollende Material und den Maschinen- und Motorenbau und zwei Drittel auf den Kraftwerks- und Anlagenbau.

Im Jahre 1983 konnte ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erreicht werden, was den forcierten Rationalisierungsmaßnahmen in allen Unternehmensbereichen zu verdanken ist. So mußte der Stand an Mitarbeitern von rd 4 800 Ende 1982 auf rd 4 500 Ende 1983 zurückgenommen werden.

Für das Jahr 1984 liegt das Umsatzziel bei rd 2,9 Milliarden S.

Der Vorstand hat im vergangenen Jahr eine Gemeinkostenwertanalyse für alle Unternehmensbereiche durchführen lassen, daraus Rationalisierungsziele entwickelt und erwartet, daß bei deren plangemäßer Realisierung auch 1984 ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt werden kann."

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mbH, Schwechat

Im Zuge einer Nachprüfung konnte sich der RH von der großen Bereitschaft der Geschäftsführung überzeugen, seinen Empfehlungen nachzukommen. Die Gesellschaft war auch um zusätzliches Verkehrsaufkommen und Ertragssteigerungen bemüht.

77.1.1 In den Monaten Juni und Juli 1983 überprüfte der RH die Gebarung der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mbH (FWB) an ihrem Sitz in Schwechat. Neben der Information über die Weiterentwicklung der Gesellschaft seit der letzten umfassenden Gebarungsüberprüfung vom Jahre 1979 (TB 1979 Abs 90) bestand der Hauptzweck der gegenständlichen Nachprüfung in der Feststellung, in welchem Ausmaß den Beanstandungen und Empfehlungen des RH Rechnung getragen wurde.

Bereits im März 1982 hat die Geschäftsführung dem AR berichtet, daß von den 71 an sie gerichteten Empfehlungen nicht weniger als 64 bereits im Sinne des RH erledigt bzw in Angriff genommen worden waren.

77.1.2 Nach Ansicht des RH ist die deutliche Verbesserung der Ertragslage der überprüften Unternehmung aufgrund einer geglückten Verbindung aus Kapitalleistungen der Eigentümer, Management-Initiativen und Bemühen der Mitarbeiter, gepaart mit der aufgezeigten Bereitschaft, Empfehlungen anzunehmen und zu verwirklichen, zustande gekommen.

Unternehmungspolitik

77.2.1 Zusammenfassend war der RH in seinem Vorbericht zur Erkenntnis gelangt, daß die wichtigsten Zielvorstellungen, die Eigentümer und Organe der FWB mit dem Flughafen Wien verbunden hatten und deren Verwirklichung in den sechziger und siebziger Jahren der RH ebenfalls für wünschenswert angesehen hätte, nicht verwirklicht werden konnten, weil von den dazu Berufenen die hiefür notwendigen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Die bedeutenden Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von den gesteckten Zielen war vor allem durch die über die letztlich verwirklichbaren Möglichkeiten hinausgehenden Erwartungen der Eigentümer verursacht worden.

Der RH hat daher den Eigentümerkörperschaften die Erstellung eines völlig neuen Luftverkehrskonzeptes unter Berücksichtigung der natürlichen und politischen Gegebenheiten, der Interessen der Flughäfen und der nationalen Linie und nicht zuletzt der österreichischen Volkswirtschaft empfohlen.

77.2.2 Wie der RH bei der nunmehrigen Nachprüfung der FWB feststellte, hat der Haupteigentümer, die Republik Österreich, diese Empfehlungen insofern aufgegriffen, als an einem solchen Konzept bereits gearbeitet wird. Greifbare Ergebnisse lagen allerdings bis Mitte 1984 noch nicht vor.

77.3.1 Im ersten Halbjahr 1983 hat die Geschäftsführung eine Neufassung des Unternehmungskonzeptes entworfen und in dieses zweckmäßigerweise eine Reihe von Empfehlungen des RH wie auch weitere Erkenntnisse eingearbeitet. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes steht als vorrangiges Unternehmungsziel abermals die Stellung des Flughafens „Wien als Zentralflughafen Österreichs", begleitet von der Betonung seiner Sonderstellung innerhalb Österreichs Flughäfen.

77.3.2.1 Der RH anerkannte ausdrücklich das Bemühen der Geschäftsführung, das gültige Unternehmungskonzept an ihre neuesten Kenntnisse anzupassen. In Unkenntnis des künftigen Gesamtverkehrskonzeptes vermochte der RH das Konzept 1983 nicht kritisch zu würdigen, weil dieses in sich zwar logisch und zweckmäßig aufgebaut ist, zum Berichtszeitpunkt allerdings nicht abzusehen war, ob es in das zu erwartende Gesamtverkehrskonzept voll integrierbar sein wird.

77.3.2.2 Jedenfalls erschien es dem RH als kaum vermeidbar, daß das Gesamtverkehrskonzept die Stellung des Flughafens Wien im Zusammenhang mit dem bereits erfolgten großzügigen Ausbau der Bundesländerflughäfen und mit den weitgehend festgelegten Linienstrukturen der nationalen Fluggesellschaft sehen wird.

Sollte nämlich der Eigentümer den Vorstellungen der FWB folgen und den Linienverkehr auf Wien konzentrieren, die Bundesländerflughäfen dagegen auf den Charter- und Inlandsverkehr beschränken, würde dies eine Abkehr von den bisherigen laufenden Ausbaumaßnahmen bei letzteren nach sich ziehen müssen, da sie für die genannten Verkehrsarten mehr als reichlich ausgestattet erscheinen.

77.3.2.2 Der RH hat stets Vorbehalte gegen einen von der Funktionserfüllung unabhängigen Ausbau der Bundesländerflughäfen geäußert. Beim nunmehr - aufgrund getroffener Entscheidungen der Eigentümerkörperschaften mit weitreichenden finanziellen Auswirkungen - festgelegten Ausbauzustand erblickte er aber in einer, naturgemäß zu deren Lasten gehenden, Umlenkung des Verkehrsaufkommens nach Wien dann kein gesamtwirtschaftliches Optimum, wenn es nicht gleichlaufend den Bundesländerflughäfen gelänge, den Verlust an Linienverkehrsaufkommen durch eine Steigerung des Inlands- und Charterverkehrs auszugleichen.

77.3.2.4 Das Streben der Geschäftsführung der FWB sollte daher nach Ansicht des RH vorrangig dahin gehen, durch zusätzliches Verkehrsaufkommen, insb im Langstreckenverkehr und im Hereincharter die verkehrs- und finanzwirtschaftliche Stellung der FWB weiter zu verbessern. Bemühungen in dieser Richtung waren bereits deutlich zu erkennen.

Leistungsentwicklung

77.4.1.1 So wie in den vorhergehenden Perioden war auch im Nachprüfungszeitraum das Verkehrsaufkommen am Flughafen Wien steigend. Im kommerziellen Verkehr stiegen die Flugbewegungen von 49 231 (1978) auf 55 229 (1982) an. Die Passagierzahlen erhöhten sich im selben Zeitraum von 2,78 auf 3,10 Millionen. Demgegenüber gingen die Bewegungen in der allgemeinen Luftfahrt von 30 478 auf 22 671 zurück.

77.4.1.2 Die Erlöse aus dem Luftverkehr, aus den sonstigen Flughafenleistungen und die sonstigen Erlöse und Erträge führten im näher untersuchten Zeitraum zu Gesamterlösen, die von 662 Mill S in 1978 auf 1 055 Mill S im Jahr 1982 anstiegen. Die Luftverkehrserlöse beliefen sich auf 66 vH der Aufwendungen, die Erlöse aus den sonstigen Flughafenleistungen auf 37 vH.

77.4.2 Eine wesentliche Veränderung stellte der RH im Nachprüfungszeitraum hinsichtlich der Ertragslage fest. Waren die Jahre 1973 bis 1978 noch durch eine Verlustgebarung geprägt, so konnten durch eine Steigerung der Erlöse, denen eine wesentlich geringere Erhöhung der Aufwendungen gegenüberstand, ab 1979 Gewinne erwirtschaftet werden.

77.5.1.1 So wie die anderen Flughafenbetriebsgesellschaften hat auch die FWB in der Vergangenheit immer wieder die Aufnahme eines Binnenflugbetriebes gefordert und sich bei Gründung der Inlandsfluggesellschaft Austrian Air Services (AAS) mit 14,8 vH an dieser beteiligt. Zielvorstellung war hiebei naturgemäß, im Wege der Erhöhung des Verkehrsaufkommens und daraus sich ergebender Leistungserlöse höhere Erträge zu erzielen und - als verkehrspolitische Ordnungsmaßnahme - darüber hinaus die Deckung eines tatsächlichen Bedarfs zu gewährleisten.

77.5.1.2 Gemäß einer Gesellschafter-Vereinbarung war in der Anlaufphase ein Entgeltverzicht der FWB in Höhe von 18,7 Mill S für den gesamten Binnenflugverkehr als Anlaufinvestition zur längerfristigen Erreichung des oben genannten Zieles einer Ertragssteigerung vorgesehen.

77.5.1.3 Die tatsächliche bisherige Belastung der FWB betrug jedoch ein Vielfaches dieses Wertes, weil sich die Summe der entgangenen Entgelte bis 1982 auf insgesamt 29,39 Mill S belief, wovon rd die Hälfte auf die AAS entfiel.

An Zusatzkosten, die ausschließlich durch den Inlandsflugverkehr verursacht wurden, erwuchsen der FWB bis Ende 1982 insgesamt 12,73 Mill S; die Belastung der FWB betrug sohin mehr als 42 Mill S. Hiezu kamen der Verlust des anfänglichen Gesellschaftskapitals von 11 Mill S und die im Rahmen des Gesellschaftsvertrages schlagend gewordene Nachschußpflicht von weiteren 4,48 Mill S, welche von den Gesellschaftern direkt getragen wurden.

77.5.2 Bezogen auf die FWB wurde daher die eine der mit der Errichtung eines Inlandsflugverkehrs verbundenen Zielsetzungen (zusätzliche Erträge) - aufgrund der Entscheidung der Gesellschafter der FWB - nicht nur völlig verfehlt, es entstand vielmehr bis Ende 1982 eine Mehrbelastung, welche innerhalb eines sinnvollen Planungszeitraumes mit Sicherheit nicht ausgeglichen werden kann.

Der RH teilte daher die von der Geschäftsführung geäußerte Meinung, daß die Beteiligung an der AAS in dieser Form nicht weiter verantwortet werden kann. Er gab darüber hinaus zu bedenken, daß auch der AR vorrangig das Wohl der Gesellschaft zu berücksichtigen hätte und daher diese Belastungen nicht verantworten könnte.

Die bis 1982 gehandhabte Form der Subventionierung der AAS durch die Hinnahme von Mehrbelastungen seitens der Gesellschafter steht aber nicht nur den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen der letzteren entgegen, sondern verzerrt auch die tatsächliche Ertragslage der AAS und schafft damit die Gefahr von Fehlentscheidungen der politischen Entscheidungsträger. Auch entspricht die Belastung der einzelnen Gesellschafter durch die Verluste der AAS und durch die Gesellschafterzuschüsse nicht dem Beteiligungsverhältnis. Nach Meinung des RH hätten daher die Organe der FWB auf eine Entlassung aus der AAS-Beteiligung zu dringen.

Finanzwirtschaft

77.6 Die Bilanzsumme der FWB - bereinigt um die noch nicht einbezahlten Teile des Stammkapitals - stieg von 1 541,7 Mill S (1978) um 375,4 Mill S oder 24,3 vH auf 1 917,1 Mill S (1982).

Das Stammkapital der überprüften Gesellschaft betrug im gesamten Prüfungszeitraum 1 210 Mill S. Allerdings waren bis zum Jahresende 1978 noch 400 Mill S nicht einbezahlt gewesen. In den Jahren 1979 und 1980 erfolgten die Einzahlungen des noch ausstehenden Stammkapitals.

Am Stammkapital der FWB waren unverändert seit der letzten Gebarungsüberprüfung die Republik Österreich mit 50 vH, das Land Niederösterreich und die Stadt Wien mit je 25 vH beteiligt.

77.7.1 Das Anlagevermögen sank im Prüfungszeitraum von 1 350,7 Mill S (1978) um 195,0 Mill S bzw 14,4 vH auf 1 155,7 Mill S (1982); es enthält allerdings bedeutende stille Reserven, die überwiegend aus den von den Gesellschaftern gewährten Investitionszuschüssen stammten. Vor 1978 hatte die FWB bereits einen solchen Zuschuß in Höhe von 300 Mill S erhalten. Für die Jahre 1979 bis 1985 hatten die Gesellschafter beschlossen, der FWB jährlich 100 Mill S, insgesamt somit 700 Mill S, an Investitionszuschüssen zu gewähren. Bis 1982 waren der FWB 400 Mill S zugeflossen.

Um Abschreibungen auf Investitionen aus diesen Zuschüssen zu vermeiden und nicht als Kostenbestandteil in die Tarifkalkulationen einfließen zu lassen, setzte die FWB die Zuschüsse - entsprechend der Steuergesetzgebung und auch handelsrechtlich vertretbar - von den Anschaffungswerten der damit finanzierten Anlagegüter ab.

Die stillen Reserven aus den Investitionszuschüssen stiegen bis 1982 auf 549,7 Mill S.

77.7.2 Der RH empfahl neuerlich (wie schon TB 1979 Abs 90.32.2), die aus den Investitionszuschüssen finanzierten Anlagenwerte in der handelsrechtlichen Vermögensdarstellung auszuweisen. Überlegungen, daß die aus diesen Vermögensteilen stammenden Abschreibungen in den Tarifen nicht gedeckt werden könnten, sollten einer vollständigen Darstellung aller Vermögenswerte nicht entgegenstehen.

77.8.1 Die Anlagen des Flughafens Wien-Schwechat liegen größtenteils auf vom Bund zur Verfügung gestellten Grundstücken, deren Verkehrswert 1982 rd 645,1 Mill S betrug. Das gesamte in den Anlagen des Flughafens Wien-Schwechat gebundene Vermögen lag somit weit über den Bilanzansätzen. Das wirtschaftliche Gesamtkapital der Unternehmung - nach Berücksichtigung der Bundesgrundstücke und der stillen Reserven aus Investitionszuschüssen - betrug 1982 3 111,9 Mill S.

77.8.2 Aufgrund der nur vom Bund zur Verfügung gestellten Grundstücke wich die tatsächliche Beteiligung der Gesellschafter beträchtlich von der des Gesellschaftsvertrages mit 50 : 25 : 25 ab. Der Gesellschafter Republik Österreich war am wirtschaftlichen Gesamtvermögen tatsächlich mit 1 878,5 Mill S bzw 60,4 vH, die Gesellschafter Stadt Wien und Land Niederösterreich nur mit jeweils 616,7 Mill S bzw 19,8 vH beteiligt.

77.9.1 Das Sozialkapital der FWB betrug 93,9 Mill S im Jahre 1982. Die Gesellschaft bildete die Abfertigungsrücklage mit zuletzt 77,1 Mill S bzw 50 vH der Ansprüche und die Pensionsrückstellung mit zuletzt 16,8 Mill S im Ausmaß der steuerlichen Begünstigungen. Demgegenüber betrug das handelsrechtliche Deckungskapital für unwiderrufliche Pensionszusagen zum Jahresende 1982 24,2 Mill S.

Weiters bestanden Zusagen für freiwillige Altersversorgungszuschüsse, deren Deckungskapital zum Jahresende 1982 60,1 Mill S betrug. Für diese Zusagen wurde mangels einer steuerlichen Begünstigung keine Vorsorge in den Bilanzen getroffen.

77.9.2 Der RH wiederholte seine seinerzeit gegebene Empfehlung (TB 1979 Abs 90.33), in einer gesonderten Handelsbilanz, die auch aus den unter Abs 77.7 angeführten Gründen zweckmäßig wäre, für unwiderrufliche freiwillige Pensionszusagen, aber auch für die Abfertigungsansprüche ausreichende Rückstellungen zu bilden.

77.10 Die Gesamtsumme der ordentlichen Erträge erhöhte sich im überprüften Zeitraum von 643,7 Mill S (1978) um 378,3 Mill S bzw 58,8 vH auf 1 022,0 Mill S (1982). Demgegenüber nahm die Summe der ordentlichen Aufwendungen in wesentlich geringerem Maße von 675,8 Mill S (1978) um 288,8 Mill S oder 42,7 vH auf 964,6 Mill S (1982) zu.

Aufgrund der gegenläufigen Entwicklung der Aufwendungen und Erträge wurde bereits im Jahr 1979 ein positiver ordentlicher Erfolg von 15,9 Mill S (nach - 32,1 Mill S im Jahr 1978) erwirtschaftet, der bis 1982 auf 57,4 Mill S anstieg.

Nach Berücksichtigung der ao Ergebnisse sowie der Dotierung von Rücklagen usw wurden nach einem Bilanzverlust von 23,4 Mill S (1978) in den Folgejahren stets Bilanzgewinne von zuletzt 32,4 Mill S (1982) ausgewiesen. Zusammen betrugen die Bilanzgewinne der Jahre 1979 bis 1982 79,1 Mill S.

77.11.1.1 Die positive finanzielle Entwicklung der FWB seit 1979 war auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Einerseits gelang es der überprüften Gesellschaft, bedeutende Ertragssteigerungen herbeizuführen, die auf einem gestiegenen Verkehrsaufkommen und Tariferhöhungen beruhten. Andererseits konnte ein verhältnismäßiges Zurückbleiben der ordentlichen Aufwendungen bewirkt werden, wodurch sich die angeführten Ergebnisverbesserungen zeigten.

77.11.1.2 Allerdings haben auch die Gesellschafter der FWB wesentliche Beiträge zu dieser günstigen Entwicklung geleistet. Durch die vorzeitige Einzahlung der noch ausstehenden Teile des Stamm-

kapitals wurde es der FWB noch im Jahr 1980 ermöglicht, ihre Verbindlichkeiten gegenüber Kreditunternehmungen weitestgehend abzubauen. Hiezu kamen die jährlichen Investitionsförderungszuschüsse. Insgesamt stellten die Gesellschafter der FWB in den Jahren 1979 bis 1982 813,4 Mill S zur Verfügung.

77.11.2 Zusammenfassend hielt der RH fest, daß die im überprüften Zeitraum erreichte Ergebnisverbesserung neben der von der Geschäftsführung der überprüften Gesellschaft zu verantwortenden günstigen Entwicklung der Aufwendungen und Erträge auch im hohen Maße auf die von den Gesellschaftern erbrachten Leistungen zurückzuführen war.

Investitionen

77.12 Bei der letzten Gebarungsüberprüfung hat der RH im Bauwesen der FWB zahlreiche Mängel aufgezeigt. Wie die nunmehrige Nachprüfung ergab, ist den Empfehlungen des RH überwiegend entsprochen worden.

77.13.1 In den Jahren 1980 und 1981 errichtete die FWB ein Werkstätten- und Lagergebäude. Die Aufträge wurden um insgesamt rd 80 Mill S vergeben, tatsächlich jedoch mit rd 91,2 Mill S abgerechnet (+ 14 vH). Die Zusatzkosten ergaben sich wegen verschiedener Erschwernisse durch frühere Einbauten sowie für Leistungen, die erst während des Baues angeordnet wurden.

77.13.2 Nach Ansicht des RH hätten bei einer sorgfältigeren Planung einige Zusatzleistungen noch rechtzeitig in den Leistungskatalog aufgenommen werden können. Vermeidbar wäre auch die Durchführung vieler Arbeiten in Regie gewesen. Der Umfang dieser Leistungen stand wohl bei der Ausschreibung noch nicht im einzelnen fest, war aber zum Zeitpunkt des Bedarfes so genau erfaßbar, daß die Einholung eines Nachtragsangebotes für die FWB finanziell vorteilhafter gewesen wäre.

77.14.1 Obwohl eine Angebotssumme von mindestens 80 Mill S zu erwarten war, wurden lediglich sechs Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen.

77.14.2 Der RH kritisierte die Vorgangsweise der FWB, weil sowohl die kurze Angebotsfrist als auch die Form der beschränkten Ausschreibung nicht der Önörm A 2050 entsprach.

77.15.1 In der Ausschreibung war ausbedungen, bei Ausführungsvarianten nur deren Einheitspreis je m² oder m³ bzw den Preis für eine vollständig andere Ausführungsart zu nennen. Alle diese Beträge wurden aber nicht in die Angebotssumme eingerechnet.

77.15.2 Der RH empfahl, in ähnlich gelagerten Fällen Alternativausführungen anbieten zu lassen, um auch diese in den Wettbewerb einbeziehen zu können.

77.15.3 Lt Mitteilung der Geschäftsleitung werde sie der Empfehlung des RH in Hinkunft folgen.

Betriebswirtschaft

77.16 Anläßlich der letzten Gebarungsüberprüfung hat sich der RH ausführlich mit dem betrieblichen Rechnungswesen auseinandergesetzt (TB 1979 Abs 90.75). Den abgegebenen Empfehlungen ist die FWB in vielen Fällen nachgekommen.

77.17.1 Der Anregung, in die Vollkostenrechnung, die auch als Grundlage der Tarifkalkulation dient, kalkulatorische Ansätze für die kostenlos zur Verfügung gestellten Bundesgrundstücke und für erhaltene Investitionszuschüsse aufzunehmen, hat die FWB bisher nicht entsprochen, weil entsprechende Kostenansätze von dem vom BMV als Oberste Zivilluftfahrtbehörde eingesetzen Tarifprüfer nicht anerkannt wurden.

77.17.2 Nach Ansicht des RH sollte dessenungeachtet die Kostenrechnung in einer vervollständigten Variante erfolgen, um das Ausmaß des erzwungenen Preisverzichtes offenzulegen.

77.18.1 Grundlage für die linear vorgenommenen kalkulatorischen Abschreibungen der FWB war nicht der tatsächliche Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswert, sondern der steuerliche, um Investitionszuschüsse verminderte Anschaffungswert.

77.18.2 Nach Ansicht des RH hat die rechnerische Erfassung von Kosten grundsätzlich unabhängig von Preis- bzw Tarifüberlegungen zu erfolgen. Er empfahl daher, in der Betriebsabrechnung die kal-

kulatorischen Abschreibungen nach einer Methode (zB vom Wiederbeschaffungswert) zu rechnen, welche das Ausmaß der erwirtschafteten Substanzerhaltung erkennen läßt, und mit Investitionszuschüssen finanzierte Anlagen auch kalkulatorisch abzuschreiben.

77.19.1 Der RH hat für das General-Aviation-Center (GAC) das Fehlen eigener Deckungsbeitragsrechnungen bemängelt.

77.19.2 Der Meinung der FWB, eine kosten- und erlösmäßige Trennung des GAC sei nur bedingt möglich, vermochte sich der RH nicht anzuschließen. Eine durch ihn veranlaßte Berechnung ergab, daß in diesem Bereich kein Beitrag zur Abdeckung der Umlagen und Sekundärkosten der FWB erwirtschaftet werden konnte.

Der RH empfahl, anhand der im GAC und im Linienbereich geführten Aufzeichnungen eine Trennung zur genaueren Durchschaubarkeit der Kosten- und Erlöslage vorzunehmen.

77.19.3 Diese Maßnahmen wurden lt Mitteilung der Geschäftsführung bereits veranlaßt.

77.20.1 Der von der FWB betriebene Flugplatz Vöslau verzeichnete in den Jahren 1979 bis 1982 einen starken Rückgang der Flugbewegungen, bedingt durch die allgemein ungünstige Wirtschaftslage. Obwohl infolge Tariferhöhungen die Erlöse auf rd 6,5 Mill S bzw um 67,2 vH anstiegen, konnte in diesen Jahren kein positives Betriebsergebnis erzielt werden.

77.20.2.1 Da auf dem Flugplatz Vöslau in den letzten Jahren fast alle Möglichkeiten der Kostensenkung ausgeschöpft wurden, wäre nach Ansicht des RH eine Verbesserung des Betriebsergebnisses hauptsächlich über die Erlösseite anzustreben.

Hiezu wäre vor allem eine Steigerung der Anzahl der Flugbewegungen und die Erhöhung des Anteiles der Vollzahler erforderlich. Im Jahre 1982 entfielen zB von 20 225 Landungen lediglich 4 122 bzw 20 vH auf Vollzahler.

77.20.2.2 Eine weitere Möglichkeit wäre auch die Zuerkennung des Öffentlichkeitsrechtes für den Flugplatz Vöslau für Luftfahrzeuge bis zu einem Höchstabfluggewicht von 6,4 Tonnen gewesen, wofür alle technischen und räumlichen Voraussetzungen vorhanden wären. Ein bereits im April 1979 diesbezüglich gestellter Antrag ist auch nach Devolution an das BMV als Oberste Zivilluftfahrtbehörde bisher unerledigt geblieben.

Der RH empfahl daher, gegebenenfalls eine Säumnisbeschwerde einzubringen.

Materialwirtschaft

77.21 Seit der letzten Gebarungsüberprüfung wurde die bestehende Aufbauorganisation, nämlich ein zentraler Einkauf mit Delegation der Beschaffung von Bauleistungen, nicht geändert. Allerdings führte die FWB entsprechend den Empfehlungen des RH für die Ablauforganisation neue Beschaffungsrichtlinien, die grundsätzlich die Önorm A 2050 als verbindlich erklären, ab Mitte 1981 ein.

77.22.1 Bei dringenden Fällen sahen diese Richtlinien vor, daß zur Abwendung drohender schwerer Schäden bzw Betriebsstörungen Bestellungen von unzuständigen Dienststellen mündlich durchgeführt bzw vom Einkauf diese ohne Einholung der vorgesehenen Bewilligung veranlaßt werden können.

77.22.2 Wie der RH kritisch vermerkte, erfolgten in einigen Fällen solche Bestellungen, obwohl Dringlichkeit nicht gegeben war.

77.23.1 Nach den derzeit gültigen Richtlinien sind alle Bedarfsmeldungen mit einem Bestellwert von über 15 000 S der Geschäftsführung zur Genehmigung vorzulegen. Zusätzlich sind oft bis zu fünf Kontrollunterschriften notwendig, wodurch Durchlaufzeiten bis zu drei Wochen entstanden.

77.23.2 Der RH erachtete eine weitergehende Delegation für zweckmäßig und empfahl, die Befassung der Geschäftsführung auf mindestens 100 000 S anzuheben, was die FWB zusagte.

77.24 Weitere Bemängelungen und Empfehlungen des RH betrafen das Fehlen von Einkaufshilfen in Form von Karteien bzw Dateien, die verstärkte Durchführung von Preisvergleichen und eine nachhaltigere Personalausbildung im Einkauf. Lt Mitteilung wurde Entsprechendes bereits veranlaßt.

Recht und Verwaltung

77.25 Die FWB kam den Empfehlungen des RH auf dem Gebiet des Versicherungswesens nach (TB 1979 Abs 90.96) und konnte Prämiensenkungen erzielen. Eine wirtschaftlichere Gebarung stellte der RH auch auf dem Gebiet der Anwaltskosten fest; bei den Honoraren für Steuerberater kritisierte der RH hingegen vermeidbare Mehraufwände.

77.26 Aufgrund der neuerlich getroffenen Prüfungsfeststellungen wiederholte der RH seine Empfehlung (TB 1979 Abs 90.97), strengere Maßstäbe bei der Genehmigung von Dienstreisen nach Übersee, vor allem auch hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmer, anzulegen.

77.27 Bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen eilten die Steigerungsraten den Ertragszuwächsen der FWB voraus; der RH empfahl, Rationalisierungsmöglichkeiten zu nutzen.

Personal

77.28.1.1 Der Personalaufwand (ohne freiwilligen Sozialaufwand und Rückstellungsdotierungen) der FWB stieg von 296,5 Mill S (1978) um rd 45 vH auf 430,2 Mill S (1982).

77.28.1.2 Der RH hat angesichts der verhältnismäßig hohen Durchschnittsbezüge empfohlen, in Hinkunft bei der Gewährung von Überzahlungen der Kollektivvertragsgehälter - auch in Anbetracht der verhältnismäßig sicheren Arbeitsplätze der Mitarbeiter der FWB - zurückhaltender zu sein (TB 1979 Abs 90.101 ff).

77.28.2 Wie die nunmehrige Nachprüfung ergab, ist es der FWB gelungen, ihre Personalaufwandstangente zu stabilisieren. Die Aufwendungen für Bilanzgelder und Überstunden konnten gesenkt werden.

77.29.1 Anläßlich seiner letzten Gebarungsüberprüfung hat der RH den starken Anstieg des freiwilligen bzw zusätzlichen Sozialaufwands bemängelt (TB 1979 Abs 90.107 ff). Auch im nunmehr überprüften Zeitraum stieg er um rd 58 vH auf 10,1 Mill S (1982), also noch immer stärker als der Personalaufwand im allgemeinen.

77.29.2 Nach Ansicht des RH hätte die FWB den Wünschen nach höheren Zuwendungen verstärkt entgegenwirken sollen, da nicht nur die absolute Höhe, sondern auch der jährliche Zuwachs der Sozialleistungen über dem durchschnittlichen Niveau für soziale Aufwendungen in Österreich lag.

Absatzwirtschaft

77.30 Die Erträge der FWB stiegen von 662,3 Mill S (1978) um 59,3 vH auf 1 055,3 Mill S (1982). Die Erträge aus dem eigentlichen Unternehmungszweck, nämlich jene aus dem Luftverkehr, erhöhten sich hiebei um 51,5 vH auf 673,4 Mill S. Hingegen nahmen die sonstigen Erträge stärker, nämlich um 62,2 vH auf 290,8 Mill S zu. Die wesentlichsten Steigerungen gab es bei Miet- und Pachterträgen einschließlich Duty-Free-Shop.

77.31.1 Innerhalb der Erträge aus dem Luftverkehr wies die Hauptposition Landetarif die geringsten Steigerungsraten auf.

Trotz der jährlichen Tarifanhebungen bestanden 1982 in wichtigen Bereichen, wie zB Landetarif und Landezuschlagstarif, noch erhebliche Unterdeckungen.

77.31.2 Der RH empfahl der FWB, bei der Gestaltung des Landetarifs die hohen Kapitalbindungen bei Pisten und Geräten zu berücksichtigen. Da eine wesentliche Steigerung des Verkehrsaufkommens nicht zu erwarten war, könnten nach Meinung des RH nur entsprechende Tarifanhebungen und Kostenreduktionen zielführend sein.

77.31.3 Lt Stellungnahme der FWB sei im Jahre 1983 bereits eine geringfügige Überdeckung bei den angeführten Tarifarten erreicht worden.

77.32.1 Die FWB schlug Ende 1981 einen Tarifanpassungsmechanismus vor, der bis 1986 zur Kostendeckung in allen Tarifarten führen soll.

77.32.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wurden in diesem System nicht alle Kosten tatsächlich erfaßt. So sind in den Kalkulationen weder Zinsen für zur Verfügung gestellte Grundstücke noch die Verzinsung der von den Gesellschaftern eingebrachten Mittel berücksichtigt worden.

77.33.1 In den Jahren 1979 bis 1982 mußten Forderungen in Höhe von 5,3 Mill S wegen Uneinbringlichkeit ausgebucht werden. Der Großteil der Ausfälle betraf Werftleistungen.

77.33.2 Der RH empfahl der FWB eine bessere Bonitätsüberwachung ihrer Kunden, aber auch ein verstärktes Abgehen von der Leistungslieferung auf Kredit und den Übergang auf Barzahlung bei Auslieferung der Luftfahrzeuge.

77.33.3 Die FWB sagte dies zu.

77.34.1 Nach einer regelmäßigen Entwicklung des Werbeaufwandes von 1,2 Mill S (1978) auf rd 2,0 Mill S (1981) verdoppelte sich dieser darauffolgend auf rd 4,0 Mill S (1982), bedingt durch das volle Anlaufen des Werbefeldzuges „Unternehmensidentität".

77.34.2 Zwar erschien der Wunsch, den Betrieb in seinem Wesen und seiner Bedeutung vorzustellen, verständlich, allerdings war nach Auffassung des RH der tatsächliche Nutzen nicht ausreichend geklärt und auch wirtschaftlich nicht begründet. So wurde durch Plakataktionen und Inserate in der Tagespresse vor allem die gesamte Öffentlichkeit angesprochen. Die eigentlichen Kunden eines Flughafens sind beim „Gebrauch" seiner Dienstleistungen in den meisten Fällen jedoch von Vermittlern - Fluglinien, Reisebüros und Frachtunternehmung - abhängig. Der RH kritisierte daher die mangelnde Definition und die Gewichtung der Zielgruppen; nach seiner Meinung hätte keine Notwendigkeit bestanden, vorrangig die gesamte Öffentlichkeit anzusprechen.

77.34.3 Demgegenüber beurteilte die FWB die Wertigkeit der Zielgruppen und die Auswahl der zielgruppenangemessenen Mittel unterschiedlich. Insb sah sie die Fluglinien keinesfalls als die wichtigste Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit an.

Ausblick

77.35 Auf Einladung des RH nahm die Geschäftsführung der FWB im August 1984 zur weiteren Geschäftsentwicklung seit Abschluß der örtlichen Erhebungen wie folgt Stellung:

„Eingangs kann festgestellt werden, daß die seitens der Geschäftsführung im RH-Bericht 1979 als Ausblick auf die Zukunft in Aussicht gestellte Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens voll eingetreten ist.

Im Wirtschaftsjahr 1983, für das ein Reingewinn von 42,4 Mill S geplant war, konnte ein solcher von 71,0 Mill S - das ist der höchste in der Geschichte des Unternehmens - erwirtschaftet werden.

Erstmalig wurde dieser Gewinn durch Generalversammlungsbeschluß in voller Höhe an die Gesellschafter ausgeschüttet.

Diese positiven Ergebnisse konnten einerseits durch Sparmaßnahmen im Bereiche der beeinflußbaren Aufwendungen, andererseits durch Ertragssteigerungen aufgrund verstärkter kommerzieller Aktivitäten erzielt werden. Die verbesserte Liquiditätssituation ermöglichte es dem Unternehmen, nicht nur die vorgesehenen Investitionen abzudecken, sondern auch einen beträchtlichen Finanzmittelüberhang als Reserve für notwendige Investitionen in künftigen Jahren anzusparen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse des Jahres 1984 bestätigen einen deutlichen Aufwärtstrend, der sich durch unerwartet hohe Wachstumsraten in allen Luftverkehrssparten dokumentiert. Basierend auf der erfreulichen Entwicklung der Wirtschaftsjahre 1981 bis 1984 zeigt auch die mittel- und langfristige wirtschaftliche Vorschau eine Fortsetzung dieses positiven Trends.

Die eingesetzten computergestützten Planungs- und Kontrollinstrumente erlauben dem Management, durch rechtzeitige umfassende Informationen allfälligen Außeneinflüssen oder geänderten Rahmenbedingungen durch erfolgreiches Gegensteuern zu begegnen.

Den Empfehlungen des RH im Hinblick auf die Ziele Intensivierung des Langstreckenverkehrs, Steigerung des volkswirtschaftlich wünschenswerten Incoming-Touristikverkehrs und Gewinnerzielung in allen Betriebsbereichen wurde durch geeignete Maßnahmen des Unternehmens soweit entsprochen, als bereits Teilerfolge feststellbar sind.

Seit nunmehr drei Jahren verfügt das Unternehmen über eine Marketing-Stelle, die ua auch die Aufgabe hat, den Anteil des Langstreckenverkehrs und die Situation des Incoming-Charterverkehrs zu verbessern. Vier Luftverkehrsgesellschaften haben seither Wien neu in ihren Flugplan aufgenommen. Andere haben ihre wöchentlichen Frequenzen wesentlich erhöht. Besonders im südost- und ostasiatischen Raum werden nun von verschiedenen Luftverkehrsgesellschaften intensive Überlegungen angestellt, Wien in ihr Streckennetz einzubeziehen.

Das Unternehmen hat 1984 ein Langstreckenbonifikationssystem entwickelt, um von sich aus den Luftverkehrsgesellschaften Anreize dazu zu bieten. Der Frage der Verkehrsrechte kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Zur Steigerung des Incoming-Charterverkehrs leistet das Unternehmen Hilfestellung bei der Erlangung von Bewilligungen.

Im Sinne der RH-Feststellungen hat das BMV auf Ersuchen der FWB schriftlich erklärt, daß es im Hinblick auf die lange geäußerte Forderung nach Anerkennung eines angemessenen Gewinnes im Gesamtbetriebsergebnis grundsätzlich keine Einwendungen habe.

Durch die Erzielung von angemessenen Gewinnen könnte die Unternehmung die gesunde wirtschaftliche Situation weiter erhalten bzw verbessern und den in der Zukunft gestellten Anforderungen noch verstärkt in eigenwirtschaftlicher Form nachkommen."

Stölzle-Oberglas AG, Wien

Ein Fabriksneubau vorerst ohne ausreichende Zurücknahme älterer Kapazitäten und die nicht volle Ausnützung des Rationalisierungspotentials aus der Fusion führten die Stölzle-Oberglas AG beim Nachlassen der Konjunktur in eine schwere strukturelle und finanzielle Krise.

Allgemeines

78.1 Der RH hat zwischen September 1982 und Jänner 1983 die Gebarung der Stölzle-Oberglas AG (STOBAG), Wien, überprüft. Es handelte sich um eine Erstprüfung. Sie umfaßte die Jahre 1978 (einschließlich Fusion) bis 1981, schloß jedoch, so weit es der Zusammenhang erforderte, die Gebarung der Vorläufergesellschaft Stölzle-Glasindustrie AG (STAG), Wien, sowie auch die laufende Gebarung der STOBAG ein. Die Gebarung der zweiten Vorläufergesellschaft, der Oberglas-Glashütten AG (OGLAG), Oberdorf, wurde nicht überprüft, weil diese ehemalige Gesellschaft nicht der Prüfungszuständigkeit des RH unterlag. Wohl wurden dem RH aber zur Wissensabrundung die Protokolle über die AR-Sitzungen der OGLAG in den Jahren vor der Fusion zur Verfügung gestellt.

78.2 Gegenstand der STOBAG war insbesondere die Erzeugung und der Vertrieb von Hohlglas für Verpackungs-, Industrie-, Wirtschafts- und Beleuchtungszwecke. Die Erzeugung fand in den Werken Köflach, Voitsberg, Oberdorf, Nagelberg und Pöchlarn sowie in Wien statt; der Verkauf, die Verwaltung und das Zentrallager befanden sich in Wien.

78.3 Diese Tätigkeit führte 1982 zu einem Umsatz von 1,6 Milliarden S bei rd 2 100 Beschäftigten, gleichzeitig aber zu hohen Verlusten.

Entstehung, Eigentumsverhältnisse und Organe

78.4 Die STOBAG wurde im August 1978 nach den §§ 223 ff AktG 1965 rückwirkend zum 1. Jänner 1978 durch Verschmelzung der STAG und der OGLAG neu gebildet. An der OGLAG war die Creditanstalt-Bankverein (CA-BV) seit 1976 zu 42,2 vH des Grundkapitals von 36 Mill S beteiligt, die übrigen Anteile befanden sich in Händen einer privaten Gruppe; vom Grundkapital von 90 Mill S der STAG hielt die CA-BV seit langem 91,3 vH, der Rest entfiel auf Streubesitz. Insgesamt führten diese Anteile der CA-BV, verbunden mit dem Kauf weiterer Aktien im Zuge der Fusion, zu einem Paket der Bank von 70 vH des Grundkapitals der neuen STOBAG von 150 Mill S. Bis Ende 1982 erhöhte sich dieser Anteil auf 72,6 vH; weitere 21,6 vH entfielen auf die private Gruppe und 5,8 vH auf Streubesitz.

78.5 Mitte 1983 setzte die STOBAG zur teilweisen Verlustabdeckung rückwirkend ihr Grundkapital um 100 Mill S herab und gab gleichzeitig neue Aktien im Nominale von 50 Mill S aus; somit belief sich das Grundkapital Ende 1982 auf 100 Mill S. Außerdem beschlossen die Eigentümer ein genehmigtes Kapital gem § 169 AktG 1965 im Ausmaß von 50 Mill S. Da die private Gruppe sich an der Kapitalaufstockung nicht beteiligte, sank ihr Anteil auf weniger als 10 vH.

78.6 Die Mitte 1984 für 1983 erfolgte weitere Kapitalherabsetzung um 100 Mill S und gleichzeitige Aufstockung um 150 Mill S ließ den Anteil der privaten Gruppe und den Streubesitz praktisch verschwinden.

78.7 Die Notierungen der STOBAG-Aktien an der Wiener Börse spiegelten angesichts dieser Eigentümerstruktur und des eingeschränkten Publikumsinteresses die wirtschaftliche Entwicklung der STOBAG erst mit deutlicher Verspätung wider.

78.8 Der RH stellte sowohl im Eigentümersyndikat, im AR und im Vorstand eine auf ihre Anteile bezogen zu hohe Vertretung und Einflußnahme der privaten Gruppe auf die Geschäftsführung fest. Dies war aber eine der Voraussetzungen dieser Gruppe, seinerzeit der Fusion zuzustimmen. Als Folge des Kapitalschnittes schieden Mitte 1983 sämtliche Vertreter dieser Gruppe aus dem AR und Vorstand der STOBAG aus und der Syndikatsvertrag wurde einvernehmlich aufgelöst.

78.9 Bedingt durch das Ausscheiden der Vertreter der privaten Gruppe aus dem AR sank die Anzahl der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder von zehn auf sechs. Obwohl sie seit 1981 keine Vergütung mehr für ihre Tätigkeit erhielten, empfahl der RH eine weitere Verkleinerung und den Verzicht auf einen eigenen Arbeitsausschuß.

78.10 Der RH beanstandete in einigen Fällen die seiner Ansicht nach unzureichende Information des AR durch den Vorstand. Dies war insbesondere bei unternehmungspolitischen Entscheidungen schwerwiegend. Der AR hätte aber nach Ansicht des RH selbst unzureichende Informationen als solche erkennen und Einzelheiten anfordern können. Die im November 1982 erfolgte Ablehnung des Budgets 1983 durch den AR und seine Aufforderung, eine wirklichkeitsnähere Vorschau mit allen Maßnahmen für künftige Gewinne zu erstellen, ließ jedoch in Hinkunft eine bessere Information des AR durch den Vorstand und eine wirkungsvollere Kontrolltätigkeit durch den AR erwarten.

78.11 Den seit Fusion aus vier Mitgliedern, davon zwei von der privaten Gruppe, bestehenden Vorstand erachtete der RH als zu groß. Seiner Ansicht nach müßte die STOBAG nach Größe und Umfang der Geschäfte bei entsprechender Umgliederung auf eine Spartenorganisation - welche der RH der STOBAG wegen der besseren Ergebnisverantwortlichkeit empfahl - mit einem zweigliedrigen Vorstand das Auslangen finden. Die ursprünglich vorgesehene Verkleinerung auf drei Mitglieder erfolgte schließlich im Zuge des Ausscheidens der beiden Vertreter der privaten Gruppe Mitte 1983.

Die STOBAG machte eine weitere Senkung der Anzahl der Vorstandsmitglieder vom künftigen Unternehmungskonzept abhängig, wobei die gesamte Führungs- und Organisationsstruktur untersucht werde.

78.12 Bei den Bezügen des Vorstandes - welche nicht als überhöht anzusprechen waren - empfahl der RH, die bis zu 57 vH des Jahreseinkommens betragenden verschiedenen Zulagen und Remunerationen größtenteils in den Sockelgehalt zu überführen und daneben nur eine ao Remuneration vorzusehen, die bei Gewinnen gestaffelt gewährt und bei Dividendenlosigkeit bzw Verlusten auch tatsächlich voll verweigert wird. Die bisherigen Kürzungen der Remunerationen hatten sich nur auf 20 bis 25 vH je Vorstandsmitglied belaufen.

Unternehmungspolitik bis zur Fusion

78.13 Seit Jahrzehnten wurde eine Zusammenführung der STAG (Werke Nagelberg und Köflach), der OGLAG (Werke Oberdorf und Voitsberg) sowie der Grazer Glasfabrik GesmbH (GGF) geplant. Alle Werke hatten historische Standorte und die drei weststeirischen Betriebe lagen knapp beisammen. Es gelang aber vorerst nur, daß die STAG 1967 einen Mehrheitsanteil an der GGF erwarb.

78.14 Die seit 1971 ernsthaft eingeleiteten Bemühungen um eine Fusion der STAG mit der OGLAG zielten in erster Linie auf den Bau eines gemeinsamen neuen Werkes in Pöchlarn, um die erwartete Nachfragesteigerung durch zusätzliche kostengünstige Kapazitäten befriedigen zu können und den frachtmäßigen Standortnachteil beim Industrie- und Verpackungsglas (IVG) der steirischen Werke in bezug auf Vorprodukte (Sand) und Fertigprodukte zu beseitigen. Außerdem war das Werk Graz überaltet und nicht ausbaufähig.

78.15 Die Fusion scheiterte vorerst am Widerstand einer Aktionärsgruppe, die 42 vH der Anteile an der OGLAG hielt; nach Ankauf dieses Aktienpaketes durch die CA-BV Mitte 1976 widersetzte sich nun die zweite Gruppe mit 58 vH der Anteile einer Zusammenführung, weil sie in der neuen Gesellschaft nur mehr mit geringem Einfluß rechnen durfte.

78.16 Da die 1974/75 verschlechterte Absatzlage niedrigere Zuwachsraten erwarten ließ, planten die Gesellschaften, nach der Errichtung des neuen Werkes die Altwerke Graz und Voitsberg aufzulassen.

78.17 Wegen wachsender Einsprüche von Interessenvertretungen und Gebietskörperschaften gegen die Schließung des Werkes Voitsberg erarbeiteten die Vorstände 1976/77 neue Konzepte, wonach nur das Grazer Werk zu schließen sei und die weststeirischen Betriebe verstärkt auf standort-

unempfindlicheres Kleinglas umgestellt werden sollten. Der Verlust bis 1988 daraus wurde mit 200 Mill S beziffert; er sollte von der öffentlichen Hand getragen werden.

78.18 Erst nach einem Gespräch im Juli 1978 mit dem damaligen Bundeskanzler, aus dem alle Teilnehmer beider Firmen eine Finanzierungszusage ableiteten und im Zusammenhalt mit einem Syndikatsvertrag und einer Aktienübertragung stimmten die Mehrheitsaktionäre der OGLAG der Fusion zu.

78.19.1 Die CA-BV bewies ein hohes Entgegenkommen gegenüber dieser Aktionärsgruppe, uzw sowohl bei der Zusammensetzung der Aufsichts- und Leitungsorgane der STOBAG (Abs 78.8 und 78.11) als auch bei der Gewährung eines finanziellen Vorteiles aus höheren Übernahmepreisen für Aktien.

78.19.2 Der RH vermißte ein ausgewogenes Verhältnis hinsichtlich der Rechte aus dieser Beteiligung.

78.19.3 Lt Stellungnahme hatte die Aktionärsgruppe diese Vergünstigungen gefordert und die CA-BV sie gewährt, um die Fusion nicht scheitern zu lassen.

78.20 Der Aktienumtausch im Zuge der Fusion erfolgte nach dem Gutachten eines Wirtschaftsprüfers, welcher der STAG und der OGLAG aufgrund der bisherigen Ergebnisse Gleichwertigkeit bestätigte. Nicht ausreichend berücksichtigt erschienen hiebei dem RH die seit Jahren bestehenden strukturellen Probleme im Werk Oberdorf, welche sich nur wegen der vorwiegend bereits abgeschriebenen Anlagen nicht voll in den Verlusten niederschlugen. Diese wirtschaftliche Entwicklung hätte aber von den Vertretern der CA-BV im AR erkannt werden können und dann allenfalls im Bewertungsgutachten ihren Niederschlag gefunden.

78.21.1 Wie der Vorstand auch später dem RH bestätigte, wäre ohne Zusage einer Subvention die Fusion ohne Schließung des Werkes Voitsberg nicht beschlossen worden (Abs 78.17 und 78.18).

78.21.2 Der RH sah es grundsätzlich als gesamtwirtschaftlich problembehaftet an, wenn Projekte nur durch Subventionen einzelwirtschaftlich wieder vertretbar werden. Die unternehmerische Entscheidung, trotz Aufrechterhaltung des Werkes Voitsberg den Bau des Werkes Pöchlarn zu beginnen, war nicht ausreichend abgesichert, weil eine schriftliche Zusage auf die Subvention von 200 Mill S nicht vorlag. Der Risikofall trat ein, als später der Bundeskanzler und der Bundesminister für soziale Verwaltung eine Subventionierung ablehnten.

78.21.3 Lt Stellungnahme der STOBAG habe ein späteres Gutachten in bezug auf § 159 Abs 2 StGB schriftliche Zusagen auf Subvention als kaum erreichbar bezeichnet.

78.21.4 Dem hielt der RH entgegen, diese Aussage betreffe lediglich eine allfällige strafrechtliche Verantwortung.

78.22.1.1 Die Vorstände der STAG und OGLAG hatten gemeinsam einige Unternehmungskonzepte erarbeitet, aber ihrem AR nicht vorgelegt, weil es sich angabegemäß um Unterlagen für Eigentümergespräche handelte. Im November 1978 bewilligte dann der AR der STOBAG im Zuge der Beschlußfassung auf Bau des Werkes Pöchlarn um 387,5 Mill S ein Strukturkonzept aus Mai 1978, welches demnach als einziges Unternehmungskonzept für die Fusion anzusehen war.

78.22.1.2 Die grundsätzlich notwendige Verlagerung der Automatengroßglas-Erzeugung nach Pöchlarn war in fast allen Konzeptentwürfen enthalten, und zwar vorerst als Zusatzkapazität, später als Ersatz für Altwerke. Schließlich wurde die Verstärkung der Kleinglaserzeugung bei den weststeirischen Werken in die Konzepte aufgenommen. Die 1971 und im Dezember 1975 noch ausgeführten übrigen Einsparungsmöglichkeiten samt Maßnahmenkatalog wurden später abgeschwächt und waren in dem vom AR genehmigten Konzept überhaupt nicht mehr enthalten.

78.22.2 Der RH beanstandete das Fehlen klarer und umfassender Zielsetzungen, weil das schließlich maßgebende Konzept keine langfristigen Vorstellungen bezüglich der Werke Oberdorf und Nagelberg, keine neue Produktphilosophie und keine Ansatzpunkte zu weiteren Einsparungen mehr enthielt.

78.22.3 Lt Stellungnahme der STOBAG habe sich ihr Unternehmungskonzept aus Bausteinen verschiedener Konzeptentwürfe zusammengesetzt, während die dem AR vorgelegte Kurzfassung vorwiegend für externe Zwecke bestimmt gewesen sei. Somit seien auch die ursprünglich angesetzten Ein-

sparungen weiterhin Inhalt der Unternehmungspolitik gewesen. Bezüglich der Werke Nagelberg und Oberdorf hätte man die Absicht, die Handarbeit zusammenzulegen, nicht schriftlich festlegen wollen.

78.22.4 Der RH erwiderte, diese Vorgangsweise lasse die wünschenswerte Klarheit über die Zielsetzungen vermissen und sei nicht nachvollziehbar.

78.23.1 Obwohl die Vorstände bis zur endgültigen Beschlußfassung über den Bau des Werkes Pöchlarn die Wachstumsannahmen kräftig zurückgenommen hatten, erwarteten sie trotz erkannter Rückgänge im Ausland nach wie vor einen hohen Nachholbedarf in Österreich mit seinem niedrigen Glasverbrauch je Einwohner.

78.23.2 Der RH beanstandete das Fehlen einer systematischen Marktuntersuchung. Eine solche hätte aufgrund unterschiedlicher Verbrauchsgewohnheiten und der Entwicklung von Substitutionsverpackungen zu anderen Ergebnissen führen können als zu jenen Annahmen, welche sich schließlich 1981/82 als weitaus zu günstig erwiesen, bis dahin aber bereits die Auslegung des Werkes Pöchlarn bestimmt hatten.

78.23.3 Der Vorstand berief sich auf seinerzeitige Gespräche mit Kunden über Einwegflaschen, deren stärkeres Vordringen nunmehr zu erwarten sei.

78.23.4 Der RH erwiderte, Gespräche könnten sorgfältig erarbeitete Marktuntersuchungen nicht ersetzen; Pfandflaschen stellten noch immer 90 vH der Glasflaschen und andere Einwegverpackungsarten erzielten zu Lasten von Glas einen hohen Zuwachs.

78.24 Die OGLAG hat knapp vor der Fusion noch investiert, als ob eine Fusion nicht zustande käme. In Voitsberg wurde eine übergroße Gemengeanlage errichtet - offensichtlich um eine Schließung zu verhindern -, obwohl einige Konzepte eine gemeinsame Anlage für die drei weststeirischen Werke mit jährlichen Einsparungen von 2 Mill S vorsahen und obwohl jene in Köflach ziemlich neu und seinerzeit noch auf Großglas ausgelegt und somit für Kleinglas übergroß war.

78.25.1 Das Werk Pöchlarn nahm 1980 die Grünglasproduktion - das Werk Graz der GGF wurde geschlossen - und 1981 die Weißglasproduktion, welche hauptsächlich aus Voitsberg abgezogen wurde, auf. Die Errichtung des Werkes Pöchlarn kostete jedoch nicht wie vorgesehen 387,5 Mill S, sondern knapp über 670 Mill S.

78.25.2 Diese Überschreitung um 73 vH war nur zu einem Teil auf die höhere Kapazität, zum anderen Teil nach Ansicht des RH auf eine zu niedrige Veranschlagung, auf die ursprünglich nicht vorgesehene Projektausweitung und auf die Art der Planung zurückzuführen. Durch die Überziehung der vorgesehenen Investitionssumme, die Finanzierung durch Fremdkapital und die niedrige Auslastung erlitt die STOBAG aus dem Werk Pöchlarn hohe Verluste, uzw 1982 - also nach der üblichen Anlaufphase - von 80 Mill S. Dazu kamen noch verlustbringende Folgeschwierigkeiten in den steirischen Werken.

78.25.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes sei auf der Grundlage 1983 bei einer künftigen Vollauslastung mit einem Gewinn von 8,3 Mill S zu rechnen.

78.25.4 Der RH erwiderte, ein derart günstiges Ergebnis wäre nur nach der vollen Übertragung der weißen Großglaserzeugung von Voitsberg nach Pöchlarn verbunden mit einer abzuwartenden Glasverbrauchssteigerung möglich. Selbst unter der Annahme der STOBAG würde es annähernd zehn Jahre dauern, allein den Verlust 1982 aus dem Werk Pöchlarn abzudecken.

78.26.1 Der RH vermißte Überlegungen über eine spätere schrittweise Verlegung von Weißglas je nach Marktentwicklung von Voitsberg nach Pöchlarn. Letztlich waren die beiden großen Wannen und die nur bei hohen Losgrößen wirtschaftlichen Hochleistungsautomaten angesichts des begrenzten Inlandsmarktes und der entfernungsbeschränkten Exporte verbunden mit der Weiterführung von Voitsberg bis 1983 der Grund für die Krise der STOBAG.

78.26.2 Dem Einwand des Vorstandes, Großwannen seien bei Vollauslastung günstiger und der Bau des Werkes in einem wäre billiger, hielt der RH neuerlich die hohe Konjunkturabhängigkeit, den kleinen österreichischen Binnenmarkt und die beschränkten Exportmöglichkeiten für IVG entgegen.

78.27 Insgesamt hat somit die STOBAG zwar ihr Fusionsziel „Neubau eines Werkes" verwirklicht, dieses jedoch zu groß ausgelegt und damit zu teuer gebaut, so daß langfristig eine gewinnbringende

Führung nicht gesichert erschien. Aus diesem Grund, aber auch weil zwischen der STAG und der OGLAG auf dem Markt kein nennenswerter Wettbewerb bestanden hatte, war nach Ansicht des RH der Nutzen der Fusion bei weitem kleiner als der Preis für diese Fusion.

78.28.1 Von den schon im Dezember 1975 angestrebten Einsparungsmöglichkeiten wurden die Verlagerung des Beleuchtungsglases von Köflach nach Oberdorf, die Zusammenlegung der Wiener Bläsereien sowie des Verkaufs, des Einkaufs, des Rechnungswesens und der Verwaltung verwirklicht.

78.28.2 Der RH kritisierte die säumige Vorgangsweise der überprüften Gesellschaft. Bis 1981 wurde die Zentrale nicht ausreichend verkleinert, sondern erst 1982/83 nach Heranziehung eines weiteren externen Gutachters eine starke Verminderung des Verwaltungspersonals vorgenommen. Seinerzeitige Rationalisierungsziele, wie Zusammenlegung des Formen- und Ofenbaues, der Gemengeaufbereitung und der Verwaltung in den drei weststeirischen, nahe beisammen liegenden Werken sind — ebenso wie eine gemeinsame Lagerhaltung von Hilfs- und Reparaturmaterialien und eine überfällige Sortimentsbereinigung — unterblieben.

78.28.3 Der Vorstand wandte ein, eine Zusammenlegung der Hilfsbetriebe bereite größere Schwierigkeiten als eine dezentrale Weiterführung. Die Verwaltung der weststeirischen Werke sei nicht zusammengelegt worden, weil vorerst die Einführung der Plankostenrechnung in Voitsberg und Oberdorf langwierig gewesen und dann die lange politisch verhinderte Schließung des Werkes Voitsberg ins Gewicht gefallen sei.

78.28.4 Der RH erwiderte, die eigene seinerzeitige Zielsetzung der STOBAG samt hohen geschätzten Einsparungen wäre zum vorwiegenden Teil auch heute noch sinnvoll. Weiters hätte eine Zusammenlegung der Verwaltung eine Einführung der Plankostenrechnung in den ehemaligen OGLAG-Werken nicht nur beschleunigt, sondern auch spätere Handhabungsunterschiede vermieden.

78.29.1 Insgesamt behielten sämtliche Werke trotz der Fusion ihr ausgeprägtes Eigenleben bei, uzw bei der technischen Abwicklung, bei der Handhabung einzelner Bereiche der Betriebsabrechnung, bei der Lagerwirtschaft, zum Teil beim Einkauf, bei der Verwaltung und beim Personalwesen.

78.29.2 Der RH beanstandete Doppelgleisigkeiten in der Organisation und verschiedene Abläufe bei gleichen Vorgängen. Er vermißte auch in den Werken und in wesentlichen Bereichen der Zentrale interne Kontrollmechanismen und Revisionen. Somit hat die STOBAG durch Jahre das hohe Rationalisierungspotential aus der Fusion nur zu einem kleinen Teil genutzt und die durch die Hochkonjunktur mit Wachstum überlagerten veralteten Strukturen nicht ausreichend bereinigt. Das Fehlen einheitlicher Abläufe mit ausreichenden Kontrollmechanismen hat auch später von der STOBAG aufgedeckte Unzulänglichkeiten im großen sowie im kleinen begünstigt (Abs 78.70, 78.79 und 78.83).

78.29.3 Lt Stellungnahme habe der Vorstand vorerst den Schwerpunkt auf die Einbindung der OGLAG-Werke in das Rechnungswesen der STOBAG gesetzt. Im Material- und Beschaffungsbereich sei die STOBAG bemüht, die empfohlenen Maßnahmen zu setzen. Im Hinblick auf die Kontrollkreise im Buchungsablauf und auf die jährliche Überprüfung durch Wirtschaftsprüfer äußerte sich der Vorstand abwartend, ob eine Revisionsabteilung errichtet werden solle.

78.29.4 Der RH erwiderte, die angeführten selbstverständlichen Maßnahmen könnten eine eigene, aus der täglichen Geschäftsabwicklung herausgehaltene Revisionsabteilung nicht ersetzen, deren Einrichtung er sohin dringend nahelegte.

Ansätze zur Strukturbereinigung

78.30 Die Jahre nach der Fusion waren durch ein Umsatzwachstum bis 1981 von 1,3 auf 1,6 Milliarden S, 1982 durch eine Stagnation und 1983 durch einen Rückgang auf 1,5 Milliarden S sowie insbesondere durch ab 1980 kräftig wachsende Verluste gekennzeichnet, welche sich bis 1983 - bereinigt um Rücklagenzuführungen - insgesamt auf 471,5 Mill S beliefen. Die finanziellen Sanierungen zum Ende 1982 und 1983 konnten noch keine gesunde finanzielle Grundlage schaffen.

78.31 Zum Stichtag der Fusion beschäftigte die STOBAG noch 2 918, Ende 1982 2 105 und Ende 1983 nur mehr 1 787 Mitarbeiter.

78.32 Der RH beanstandete die Säumnis der STOBAG, die erst ab November 1982 - im Zuge der ausschlaggebenden AR-Sitzung Mitte 1983 traten ein AR- und drei Vorstandsmitglieder zurück - griffige

Maßnahmen ins Auge faßte, nämlich die Erstellung eines Marketing-Konzeptes, Maßnahmen zur Steigerung der technischen Effizienz und zur Kostensenkung, Überprüfung der Probleme in Oberdorf und Nagelberg und eine Schließung des Werkes Voitsberg, soferne nicht die öffentliche Hand die vollen Abgänge aus seiner Weiterführung übernimmt.

78.33 Nachstehend werden die seit der Fusion eingeleiteten Versuche, eine Strukturbereinigung in Oberdorf, Voitsberg und Nagelberg zu erzielen, näher dargestellt. Für Pöchlarn bemühte sich der Vorstand mit Erfolg um eine maximale Auslastung, wenn auch zu Lasten anderer Werke, und in Köflach wurde das Kleinglaskonzept im wesentlichen mit Erfolg durchgezogen.

78.34.1.1 Die OGLAG hatte im Werk Oberdorf den Rückgang von handgeblasenem Beleuchtungsglas durch eine verstärkte Automatisierung auszugleichen versucht, dabei aber nur geringfügig investiert. Die knapp nach der Fusion aufgetretenen hohen Verluste suchte die STOBAG durch Sanierungsmaßnahmen (zB Wiedereinführung eines Akkordsystems) zu bekämpfen. Langfristig wollte der Vorstand an einer Wanne die Automatenfertigung und an der zweiten mit einem Hafenofen die Handarbeit zusammenfassen. Gleichzeitig plante er die Errichtung einer Automatenpresse und einer Preß-Blas-Maschine für Koppelbetrieb.

78.34.1.2 Da es trotz großer Personalfreistellungen aber nicht gelang, die Verluste abzufangen, nahm der Vorstand auch von anderen Vorhaben Abstand und der AR beschloß die Übertragung der Automatenerzeugung nach Voitsberg und der Handarbeit nach Nagelberg. Somit sollte in Oberdorf die Hütte geschlossen und nur mehr der Veredelungsbetrieb sowie die Formerei weitergeführt werden, woraus der Vorstand eine ausgeglichene Gebarung erwartete.

78.34.1.3 Zwischenzeitlich ist es dem Zentralbetriebsratsobmann jedoch gelungen, der STOBAG einen Zuschuß von 15 Mill S und ein unverzinsliches Darlehen von 40 Mill S auf zehn Jahre zur Sicherung von 320 Arbeitsplätzen in Oberdorf zu erlangen. Dafür errichtete diese für die nun doch in Oberdorf verbleibende Handarbeit eine Elektrowanne samt einem Doppelhafenofen.

78.34.2.1 Der RH beanstandete die Vorgangsweise bei der Investitionsplanung, weil die für das langfristige Konzept maßgebliche Automatenpresse eine technisch unausgereifte Entwicklung war und - nach ihrer Überstellung nach Voitsberg - auch nicht funktionierte. Trotz des großen technischen Risikos hatte die STOBAG die Erzeugnisse auf dem Markt vorgestellt, Aufträge angenommen und - um ihren Ruf nicht zu schädigen - eine händische teure Ersatzproduktion vorgenommen. Den für die Automatenpresse veranschlagten 5,5 Mill S stand schließlich ein verlorener Aufwand einschließlich der Kosten aus der Überstellung nach Voitsberg von zumindest 32,4 Mill S gegenüber, wobei noch weitere, nicht unmittelbar zu erfassende Verluste aus der großteils händischen Ersatzproduktion anfielen.

78.34.2.2 Der RH kritisierte weiters die Entscheidung der STOBAG, wegen der erhaltenen Subvention die vorgesehene Konzentration in Nagelberg fallen zu lassen, obwohl die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Elektrowanne und den Doppelhafenofen langfristige Verluste erwarten ließ. Somit konnte die Subvention den Strukturnachteil in Oberdorf kurzfristig mildern, keinesfalls aber langfristig beseitigen. Dazu kamen technische Schwierigkeiten mit den neuen Anlagen.

78.34.3 Der Vorstand räumte ein, seine Ziele nicht erreicht zu haben, für 1984 erwarte er jedoch eine deutliche Verbesserung. Das Werk werde nur dann langfristig weitergeführt werden, wenn es ein ausgeglichenes Ergebnis aufweise, ansonsten müßte die ursprünglich ins Auge gefaßte Schließung vollzogen werden.

78.35.1 Der AR hatte im Feber 1982 vorerst die Entscheidung über die Schließung der Hütte in Oberdorf um eine Woche aufgeschoben, um dem Zentralbetriebsratsobmann den Abschluß von Gesprächen über Subventionen für eine Weiterführung zu ermöglichen. Erst im Juni 1982 wurde der AR nachträglich von der erhaltenen Subvention und der neuen Wanne samt Hafenöfen informiert.

78.35.2 Nach Ansicht des RH hätte die Verlegung der Handfertigung nach Nagelberg die Struktur dieses Werkes wesentlich verbessert, weil es beim Absinken unter eine bestimmte Größe seinerseits von einer Schließung bedroht wäre. Der RH erachtete das Aufrechterhalten beider existenzgefährdeter Werke anstatt der geplanten Zusammenlegung als unwirtschaftlich und unzweckmäßig.

78.35.3 Der Vorstand wandte ein, eine Konzentration in Nagelberg hätte er aus regionalpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Einflüssen heraus als nicht verwirklichbar angesehen.

78.35.4 Nach Ansicht des RH stand diese nunmehrige Stellungnahme im Widerspruch zu dem angeführten Antrag des Vorstandes an den AR zur Zusammenlegung der Handarbeit.

78.36.1 In der Folge erlitt die STOBAG bis zur Beendigung der Gebarungsüberprüfung aus Oberdorf trotz nochmaliger Senkung der Anzahl der Beschäftigten hohe Verluste.

78.36.2 Der RH legte der STOBAG nahe, umgehend ein langfristiges Konzept über eine gewinnbringende Führung des Werkes Oberdorf oder über seine Stillegung in Abstimmung mit den Vorstellungen für Nagelberg zu erarbeiten und folgerichtig durchzuführen.

78.36.3 Lt Stellungnahme arbeite der Vorstand an einer gemeinsamen Lösung für beide Werke.

78.37.1.1 Das Automatenwerk Voitsberg verzeichnete bis 1981 bei gestiegenen Erlösen gute Gewinne, vorerst aus der Marktbeherrschung bei Weithalsglas und später bei Preisrückgängen über eine Mengensteigerung. Die Eröffnung der ersten Weißglaslinie in Pöchlarn 1981 beließ Voitsberg vorerst noch ausreichend Beschäftigung. Im Zuge der Maßnahmen zum Verlustabbau benötigte die STOBAG für eine zweite Linie in Pöchlarn wegen des Absatzrückganges Voitsberger Erzeugungsmengen; ansonst hätte die auf vier Linien ausgelegte Weißglaswanne in Pöchlarn hohe progressive Kosten verursacht. Die im Feber 1982 erfolgte Überstellung der bislang in Oberdorf aufgebauten Automatenpresse und Preß-Blas-Maschine, die dort noch nicht in Betrieb genommen wurden, sollte in Voitsberg einen Ausgleich bringen. Um trotz des weiteren wachsenden Absatzrückganges auch eine nötige dritte Weißglaslinie in Pöchlarn anfahren zu können, löschte die STOBAG im November 1982 eine der beiden Wannen in Voitsberg. Dieser Beschäftigungsrückgang, verbunden mit den hohen verlorenen Aufwendungen aus der Automatenpresse, führte zu starken Verlusten.

78.37.1.2 Nach Beendigung der örtlichen Erhebungen durch den RH beschloß der AR Mitte 1983 trotz vorangegangener Interventionen endgültig die Stillegung des Werkes Voitsberg.

78.37.2 Der RH kritisierte die hohe verlorene Aufwendungen verursachende Überstellung der unausgereiften und schließlich versagenden Automatenpresse-Produktion nach Voitsberg; seiner Ansicht nach hätte sie - abgesehen von der technischen Fehlentwicklung - bei entsprechender struktureller Bereinigung (Handhütte in Oberdorf, Schließung von Voitsberg) nicht für Oberdorf und dann als Füller für Voitsberg, sondern gleich für Köflach geplant werden müssen, wo die STOBAG auch schließlich konventionelle Ersatzpressen aufstellte.

78.37.3 Der Vorstand wandte ein, er hätte seinerzeit nicht von einer Schließung des Werkes Voitsberg ausgehen können.

78.37.4 Der RH erwiderte, lediglich eine kleinere Auslegung des Werkes Pöchlarn hätte vorerst eine Schließung des in den Produktionsmitteln, nicht aber der Infrastruktur gut ausgestatteten Werkes Voitsberg verhindert. Später war im Hinblick auf die nicht mehr rückgängig zu machende Auslegung von Pöchlarn das Werk Voitsberg zu schließen. Nach Ansicht des RH erwiesen sich alle regionalpolitisch beeinflußten Verzögerungen gesamtwirtschaftlich bzw zu Lasten der Eigentümer als zu teuer und nicht haltbar.

78.38.1.1 Die Rückläufigkeit des Nagelberger Erzeugungsprogrammes - hauptsächlich teure Handarbeit - erforderte neue Überlegungen. Die Umsätze des Werkes Nagelberg stagnierten und 1982 trat erstmals ein Verlust auf. Dabei waren der Beschäftigtenstand gesenkt und fallweise Arbeitslosenturnusse bzw Aussetzungen mit der Belegschaft vereinbart worden.

78.38.1.2 Nach der Aufgabe eines Scheinwerferprojektes wollte die STOBAG 1981 zwei Linien für langstielige Kelche errichten. Die erste in Angriff genommene Linie mißlang, weil die Presse den Ansprüchen nicht entsprach und der Schleifautomat nur eingeschränkt verwendbar war. Ende 1982 begann die STOBAG, die durch die Presse verursachte Lücke durch die Verbindung verschiedener Verfahren zu schließen, allerdings nicht im ursprünglich vorgesehenen hohen Automatisierungsgrad. Die Gläser wurden vorerst an einen einzigen Auslandskunden geliefert, der Verkauf auf andere Märkte war geplant. Wegen technischer Schwierigkeiten lagen die Kosten jedoch höher als vorgerechnet.

78.38.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer Rahmenvereinbarung mit dem Kunden über die für die Wirtschaftlichkeit der Linie nötige und vorgesehene Menge. Auch in diesem Fall war zu beanstanden, daß die künftigen Beschäftigungsprogramme ausschließlich auf technisch noch unausgereiften Lösungen aufbauten, aber bereits fixe Verkäufe getätigt worden waren und daß keine ausreichende Marktuntersuchung dem Projekt vorangegangen war.

78.38.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes nehme der Kunde bisher die volle Erzeugung ab. Künftig sollten ähnliche Projekte nur auf der Grundlage von Marktuntersuchungen erstellt werden.

78.39 Der RH legte der STOBAG nahe, unter Einschluß einer kräftigen Sortimentsbereinigung und -erneuerung für das Werk Nagelberg ein gewinnbringendes, marktmäßig und technisch verwirklichbares Konzept zu erarbeiten und allenfalls die bisher in Oberdorf bestehenden Produkte einzubeziehen. Der Vorstand erklärte, dies werde seine Zielsetzung für 1984 sein.

78.40.1 Insgesamt war es der STOBAG zumindest bis Mitte 1983 weder gelungen, das Werk Pöchlarn aus auslastungsmäßigen und ausschußbedingten Gründen gewinnbringend zu führen, noch für die anderen Werke - abgesehen von Köflach mit noch bescheidenem Erfolg - ein langfristig gewinnversprechendes Ersatzerzeugungsprogramm zu finden.

78.40.2 Die besprochenen Einzelprojekte und Umstrukturierungsversuche entsprachen nach Auffassung des RH keinen langfristigen Rahmenzielsetzungen, sondern waren ausschließlich notbedingte, kurzfristige Maßnahmen, um die zT durch den Entfall der erhofften Subvention und die verschlechterte Marktlage ausufernden Verluste einzudämmen, was bisher mißlang.

78.40.3 Lt Stellungnahme werde der Vorstand im 1. Halbjahr 1984 ein umfassendes Unternehmungskonzept erarbeiten.

Forschung und Entwicklung

78.41.1 Forschung und Entwicklung blieben der Initiative der einzelnen Werke überlassen. Eine zentrale Steuerung fehlte ebenso wie eine ziffernmäßige Erfassung der hiefür anfallenden Kosten.

78.41.2 Der RH legte der STOBAG nicht nur eine Erfassung der Kosten, sondern auch das Abgehen von einer rein praxisbezogenen Abwicklung zu einer Steuerung und Durchführung der Vorhaben durch entsprechend theoretisch ausgebildetes Personal nahe. Um auch bei der Ofentechnik künftig in zunehmendem Maße theoretische Erkenntnisse für die Lösung von betrieblichen Aufgaben zu nutzen, wäre die zentrale Befassung eines akademisch ausgebildeten Wärme- und Feuerungstechnikers überlegenswert.

78.41.3 Der Vorstand hielt angesichts der vielfältigen Anforderungen der Werke eine Befassung von deren Spezialisten für günstiger als die eines zentralen Sachbearbeiters.

78.41.4 Dem hielt der RH das Beispiel anderer Firmen entgegen, welche mit verschiedensten Öfen arbeiten und mit ihren zentralen Wärmestabstellen bei entsprechender Ausbildung des Personals durchaus gute Erfahrungen erzielten.

Finanzwirtschaft

78.42.1.1 Bereits zum Fusionszeitpunkt ließ die zu kurze Eigenkapitaldecke der STOBAG die Finanzierung des neuen Werkes in Pöchlarn mit einer geschätzten Investitionssumme von 387,5 Mill S nur durch die Aufnahme von Fremdkapital mit einem beachtlichen Schuldenaufbau und einer jährlichen Zinsenbelastung von rd 40 Mill S erwarten.

78.42.1.2 In der Folge wuchs die Bilanzsumme der STOBAG - bei Nettodarstellung der Eigenmittel und um geleaste Anlagen erweitert - seit der Fusion bis 1981 von 0,8 auf 1,8 Milliarden S, also auf mehr als das Doppelte. Dabei kam im Anlagevermögen, das von 0,3 auf 1,1 Milliarden S gestiegen war, die Großinvestition in Pöchlarn deutlich zum Ausdruck. Das Umlaufvermögen wuchs von 0,5 auf 0,7 Milliarden S, wobei sein Anteil an der Bilanzsumme wegen der annähernden Vervierfachung des Anlagevermögens von 61 vH auf 38 vH fiel.

78.42.1.3 Die STOBAG finanzierte aber nicht nur das neue Werk in Pöchlarn, sondern auch die übrigen Investitionen mit Fremdmitteln vor allem kurzfristiger Natur. Dementsprechend stieg das Fremdkapital von 0,6 auf 1,7 Milliarden S. Durch die Verlustgebarung ging das buchmäßige Eigenkapital von 204 Mill S auf 157 Mill S bzw von 27 vH auf 9 vH des Gesamtkapitals zurück.

78.42.2 Der RH erachtete die Fristenentsprechung und Finanzierungsstruktur bereits Ende 1981 als bedenklich und hätte schon damals eine Sanierung der STOBAG für notwendig erachtet.

78.43.1 Die bilanzmäßige Sanierung wurde aber erst im Juni 1983 rückwirkend für Ende 1982 beschlossen, als der Reinverlust bereits 227,4 Mill S - 38,6 Mill S daraus stammten allerdings aus Zuführungen zu Rücklagen - erreicht hatte. Die Eigentümer setzten das Grundkapital von 150 Mill S um 100 Mill S herab, erhöhten es um 50 Mill S, lösten Rücklagen von 92,1 Mill S auf und beschlossen ein genehmigtes Kapital von weiteren 50 Mill S. Somit belief sich der buchmäßige Reinverlust Ende 1982 nur mehr auf 35,3 Mill S.

78.43.2 Nach Ansicht des RH war die Kapitalaufstockung nicht ausreichend, weil das geschätzte Erfordernis unter Einbeziehung nötiger Abwertungen und Vorsorgen etwa doppelt so hoch lag. Außerdem wäre nach Ansicht des RH damals schon die STOBAG umzustrukturieren gewesen.

78.43.3 Die STOBAG wandte in ihrer Stellungnahme ein, es wäre zum Zeitpunkt der Teilsanierung nicht erkennbar gewesen, ob das in Aussicht genommene Unternehmungskonzept hätte verwirklicht werden können. Daher wäre zunächst nur eine Sanierung in dem für den Weiterbestand der STOBAG unbedingt notwendigen Ausmaß durchgeführt worden. Der Vorstand teilte weiters mit, er werde die Kapitalstruktur durch die Stärkung der Ertragskraft, durch die ab 1983 eingeleitete Umstrukturierung sowie durch eine Erhöhung des Eigenkapitals wesentlich verbessern.

78.43.4 Dem hielt der RH entgegen, daß die nur teilweise Sanierung die 1983 aufgetretenen Verluste von weiteren 282,7 Mill S bei weitem nicht abdeckte, so daß im Juli 1984 rückwirkend für 1983 das Grundkapital um weitere 100 Mill S herabgesetzt und um 150 Mill S aufgestockt werden mußte und die CA-BV einen Forderungsnachlaß von 170 Mill S gewährte. Der noch verbliebene Reinverlust von 48 Mill S verbunden mit den laufenden Verlusten aus den ersten Monaten 1984 machte nach Ansicht des RH aber sicherlich weitere finanzielle Stützungen erforderlich.

78.44 Ab 1979 begann die STOBAG im größeren Umfang ihre Anlagen über Leasing zu finanzieren. Bis Ende 1982 belief sich das Volumen auf 207 Mill S. Damit verringerte die STOBAG ihr buchmäßiges Anlagevermögen und konnte die veröffentlichte Verschuldungs- und Liquiditätslage günstiger darstellen als es den wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprach, ohne dabei aktienrechtliche Vorschriften zu verletzen.

Beteiligungen

78.45 Die STOBAG war an mehreren Unternehmungen beteiligt.

78.46.1 Die Stölzle Schreiber GlasvertriebsgesmbH war im Einzel- und Fachgroßhandel tätig.

78.46.2 Der RH bemängelte das Fehlen jedweder Reorganisationsüberlegungen in diesem Bereich, weil seiner Ansicht nach die bestehende Vertriebsorganisation der STOBAG die Tätigkeit dieser Tochtergesellschaft übernehmen hätte können.

78.46.3 Der Vorstand wandte ein, es bestünde eine genaue Aufgabenaufteilung zwischen den beiden Gesellschaften. Er habe aber bereits vor einiger Zeit Überlegungen angestellt, nur den Einzelhandel bei der Tochtergesellschaft zu belassen und die übrigen Aufgaben selbst zu übernehmen. Eine endgültige Entscheidung werde aber erst nach Vorliegen des neuen Unternehmungskonzeptes erfolgen.

78.47.1 Mitte 1979 beabsichtigte die STOBAG, gemeinsam mit einer KG eine GesmbH für die Erzeugung und den Vertrieb von Lustern zu gründen. Dabei sollte die STOBAG eine Bareinlage übernehmen sowie ihren eigenen Lusterbau einbringen und der andere Partner den größten Teil seines bisherigen Betriebes (Vertrieb von Glasprodukten sowie gleichfalls Erzeugung von Lustern) zur Verfügung stellen. Zur Ermittlung der Anteile an der künftigen GesmbH zogen die beiden Gesellschafter einen von der STOBAG namhaft gemachten Wirtschaftsprüfer heran, der im beiderseitigen Einvernehmen die Berechnungsweise festlegte. Als Zahlenmaterial standen ihm die Ergebnisse bis 1978 zur Verfügung, die er auf Zukunftserwartungen abänderte, den Partnern aber unrichtig zuordnete.

78.47.2 Der RH bemängelte die Zustimmung der STOBAG zu einem Bewertungsverfahren, das den Wünschen der KG zu weit entgegenkam. Bei dem Beteiligungsverhältnis von 1:1 führte nämlich die Überbewertung des einzubringenden Teilbetriebes der KG zu einer überhöhten Bareinlage der STOBAG.

78.48.1.1 Der Vorstand der STOBAG holte im Juni 1980 die Zustimmung des AR zur Gründung der genannten Gesellschaft auf der Grundlage der Ausarbeitung des Wirtschaftsprüfers ein. Die geplante GesmbH sollte demnach mit einem Stammkapital von 14 Mill S ausgestattet werden.

78.48.1.2 Etwa eineinhalb Monate nach dem AR-Beschluß errichteten die STOBAG mit einer Bareinlage von 5,5 Mill S und der andere Gesellschafter mit dem von ihm eingebrachten Teilbetrieb, bewertet mit 5,5 Mill S, die GesmbH. Deren Stammkapital belief sich somit auf 11 Mill S anstatt 14 Mill S.

78.48.2 Der RH beanstandete die Vorgangsweise der überprüften Gesellschaft, weil der Gesellschaftsvertrag nicht, wie vom AR kurz vorher genehmigt, auf dem Gutachten des Wirtschaftsprüfers, sondern auf einer davon losgelösten schlechteren Einbringungsbilanz beruhte. Dabei hatte die KG bei der Einbringung Werte von 3,3 Mill S zurückbehalten und durch eine das vorgesehene Ausmaß übersteigende Aufwertung überdeckt.

78.48.3 Der Vorstand wandte ein, die Kürzung des Stammkapitals gegenüber der ursprünglichen AR-Bewilligung von 14 Mill S auf 11 Mill S sei lediglich formaler Natur gewesen, weil sie durch eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten entstanden wäre.

78.48.4 Demgegenüber hätte der Vorstand nach Ansicht des RH die materiellen und formalen Änderungen bei der Gründung der GesmbH dem AR zur Genehmigung vorzulegen gehabt.

78.49.1 Anfang 1981 wurde die STOBAG über den Verlust 1980 der GesmbH von 10,8 Mill S unterrichtet. Da die Belange der Gesellschaft bis zur Unterfertigung des Gesellschaftsvertrages im August 1980 von der KG durchgeführt worden waren, erklärte sich diese dann im Oktober 1981 bereit, auf eine Forderung von 2,5 Mill S gegenüber der GesmbH zu verzichten, einen Verlust von 6 Mill S durch künftigen Verzicht auf Gewinn, Lizenz- und Mietzahlungen abzudecken und einen Nachschuß von 1,4 Mill S zu leisten.

78.49.2 Der RH bemängelte die rechtlich nicht ausreichende Absicherung des Vergleiches.

78.49.3 Lt Mitteilung des Vorstandes seien die noch offenen Fragen 1983 endgültig geregelt worden.

78.50.1 In einem Syndikatsvertrag hatten die beiden Partner ua Geschäftsführungsangelegenheiten sowie die Bestellung der Geschäftsführer geregelt. Die STOBAG machte aber in der Folge den bisherigen zweiten Geschäftsführer der KG zur Wahrung ihrer Interessen namhaft. Erst im Zuge des unter Abs 78.49.1 angeführten Vergleiches setzte die STOBAG zwei ihrer Angestellten als Geschäftsführer bei der GesmbH ein.

78.50.2 Der RH beanstandete den langen Verzicht auf die Bestellung eines Geschäftsführers aus dem eigenen Interessenkreis der STOBAG.

78.50.3 In seiner Stellungnahme wandte der Vorstand sein damaliges Vertrauen zu den vom Mitgesellschafter gestellten Geschäftsführern ein; ferner wollte die STOBAG die GesmbH als Finanzbeteiligung führen und sich dementsprechend nicht an der Geschäftsführung beteiligen. Erst später hätte man die Nachteile daraus erkannt.

78.50.4 Demgegenüber verblieb der RH bei seiner Kritik, weil der STOBAG mangels Beteiligung an der Geschäftsführung unmittelbare Informationen über die laufende Geschäftsentwicklung der GesmbH fehlten und eine rechtzeitige lenkende Einflußnahme wesentlich erschwert wurde.

78.51.1 In den Jahren 1981 und 1983 traten bei der GesmbH Verluste von 5,4 Mill S und 4,4 Mill S auf, 1982 gebarte sie ausgeglichen. Demnach belief sich unter Einschluß des Verlustvortrages aus der Sanierung 1980 der Reinverlust Ende 1983 auf 10,7 Mill S. Somit hat die STOBAG das mit der Gründung der GesmbH verbundene Ziel, ihren Lusterbau auf eine ertragreiche Grundlage zu stellen, bisher nicht erreicht.

78.51.2 Nach Ansicht des RH lagen die Ursachen für die ungünstige Entwicklung in der Wahl des Partners, in der zögernden Einflußnahme der STOBAG auf die laufenden Geschäfte der GesmbH, in der zurückhaltenden Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem anderen Beteiligungspartner sowie in der schlechten Absatzmarktentwicklung.

78.51.3 Der Vorstand räumte ein, rückblickend wäre von einer Beteiligung an der GesmbH Abstand zu nehmen gewesen. Bei Verwirklichung der erhofften Exportumsätze hätte die Beteiligung jedoch den gewünschten Erfolg gebracht. Schließlich gab er bekannt, die unentgeltliche Übergabe der Anteile an die Miteigentümer würde unmittelbar bevorstehen.

78.52 Mitte 1984 meldete die GesmbH den Ausgleich an.

78.53.1 An der Grazer Glasfabrik GesmbH (GGF) war die STOBAG zu 90 vH beteiligt, den Rest hielt die CA-BV. Mit der Inbetriebnahme des neuen Werkes der STOBAG in Pöchlarn stellte die GGF Mitte 1980 ihre Grünglasproduktion ein. Die Abfertigung der 313 Mitarbeiter verursachte Kosten von 31,4 Mill S, wovon 15,4 Mill S auf freiwillige Zahlungen entfielen. Weiters wurden die im Eigentum der GGF stehenden Werkswohnungen sowie Ein- oder Mehrfamilienhäuser den ehemaligen Bediensteten käuflich überlassen. Diese zahlten dafür die von einem Sachverständigen festgestellten Schätzwerte abzüglich Abstrichen, die im Einzelfall bis zu 60 vH betrugen.

78.53.2 Der RH kritisierte die großzügigen Leistungen an die Belegschaft, die entgegen der ursprünglichen Absicht kaum dazu führten, eine ausreichende Anzahl von Dienstnehmern zur Übersiedlung in das neue Werk in Pöchlarn zu bewegen.

78.53.3 Der Vorstand wandte ein, er wäre durch eine ähnlich günstige Regelung im Grazer Raum präjudiziert worden und hätte außerdem die Schließung des Werkes im Einvernehmen mit der Gewerkschaft bewirken können.

78.53.4 Der RH hielt dem mögliche Folgewirkungen für Stillegungen im eigenen Unternehmungsbereich entgegen.

Investitionen

78.54.1 Die STOBAG rechnete ihre Investitionen seit der Fusion bis 1981 mit 967 Mill S ab; einschließlich weiterer aktivierter Leistungen beliefen sich die Investitionen auf rd 1,1 Milliarden S. Dem stand ein dem AR ursprünglich genannter Investitionsrahmen von nur 669 Mill S gegenüber, davon 538 Mill S für Pöchlarn (387,5 Mill S) und die damit verbundene Umstrukturierung in der Weststeiermark (150,5 Mill S).

78.54.2.1 Der RH legte der STOBAG nahe, vollständige Investitionsrichtlinien zu erarbeiten und für alle Projekte verbindlich zu machen.

78.54.2.2 Nach Ansicht des RH nutzte die STOBAG nicht alle vorhandenen Wettbewerbsmöglichkeiten. Er empfahl, Aufträge möglichst anhand mehrerer vergleichbarer Angebote zu vergeben.

78.54.2.3 Der RH vermißte bei einzelnen Fällen rechtzeitige Wirtschaftlichkeitsvorrechnungen und in allen Fällen Nachrechnungen und Analysen der erzielten Wirtschaftlichkeit nach Inbetriebnahme neuer Anlagen.

78.54.2.4 Der RH bemängelte anhand einiger Beispiele die unzureichende Abgrenzung der Funktionsverantwortung für Neuanlagen zwischen Hersteller und STOBAG ebenso wie das Fehlen ausreichender Probebetriebe und verbindlicher Abnahmen, was zu Nachteilen für die STOBAG führte.

78.54.3 Die STOBAG sagte zu, künftig die Vorrechnungen rechtzeitig zu erstellen und Nachrechnungen für alle wesentlichen Investitionen vorzunehmen. Im übrigen wurden einheitliche und ausreichende Regelungen in Aussicht gestellt.

78.55.1 Im November 1978 genehmigte der AR den Bau des Werkes Pöchlarn um 387,5 Mill S mit einer Bruttowannenkapazität von 100 000 jato, dies entspricht etwa 85 000 t guter Ware. Bei einer Auslastung von vorerst 72 000 jato guter Ware wurden die jährlichen Standort- und Rationalisierungsvorteile auf 12 Mill S bzw 31 bis 35 Mill S geschätzt. Gleichzeitig informierte der Vorstand den AR über die durch die Übersiedlung von Großglas nach Pöchlarn in den weststeirischen Werken während der Umstrukturierungsphase erwarteten Verluste von 200 Mill S und deren Deckung durch eine Subvention, obwohl er keine schriftliche Zusage darüber besaß. Der Vorstand legte weiters eine von der CA-BV aus Daten der STOBAG erstellte Investitionsrechnung vor, deren Kennzahlen eine Befürwortung des Projektes zuließen.

78.55.2 Wie der RH kritisch vermerkte, entnahm die STOBAG den Anteil der Maschinen mit 219 Mill S einer Schätzung aus November 1976, ohne zwischenzeitliche Preiserhöhungen zu berücksichtigen. Der für die Bauarbeiten vorgesehene Generalunternehmer erhöhte demgegenüber den 1976 noch mit 129 Mill S angenommenen Bauteil auf 164 Mill S. Außerdem enthielten die 387,5 Mill S gegenüber älteren Projekten weder Kosten für Abwärmeverwertung, Anlaufschwierigkeiten und Planung,

noch berücksichtigten sie die bis zur Fertigstellung zu erwartenden Preiserhöhungen. Auch eine bereits zum technischen Stand gehörende Scherbenaufbereitungsanlage war nicht vorgesehen.

78.55.3 Der Vorstand wandte ein, erst aufgrund der 1980/81 aufgetretenen Mengenkonjunktur beim IVG seien die für Pöchlarn vorgesehenen Altmaschinen an ihren bisherigen Standorten weiterhin benötigt und in Pöchlarn zwei neue Hochleistungsautomaten angeschafft worden. Die Preissteigerungen für die Maschinen seit November 1976 habe man durch Preisnachlässe ausgleichen wollen. Die Abwärme- und Altglasanlagen seien Sonderprojekte gewesen, weil erst nach Einsetzen der Energiepreissteigerungen die Abwärmeanlage interessant geworden sei und man eine Ausweitung der Altglassammlung abwarten habe wollen. Überdies seien die Technologien dieser Anlagen noch in Bewegung gewesen. Kostensteigerungen während der Bauzeit sollten nicht angesetzt werden, weil in der Wirtschaftlichkeitsrechnung alle Geldströme abgezinst werden. Mit Anlaufproblemen habe man bei Maschinenverlagerungen nicht gerechnet.

78.55.4 Nach Ansicht des RH wäre zur Zeit der Mengenkonjunktur eine erfolgsoptimierende selektive Absatzpolitik angebracht gewesen anstatt der Höchsterzeugung bei ausufernden Verlusten. Da die Hochleistungsautomaten sowie das Abwärme- und Altglasprojekt und eine weitere Glasmaschine mit Folgeeinrichtungen nur im Zuge der Werkserrichtung sinnvoll abgewickelt werden konnten, erachtete sie der RH nicht als loslösbare Sonderprojekte. Angesichts der laufenden technischen Verbesserung wäre bei Großprojekten entweder ein allgemeiner Planungsschluß zu verfügen oder eine ausreichende budgetmäßige Vorsorge für spätere Änderungen zu treffen. Voraussehbare Preissteigerungen wären zu budgetieren. Selbst bei der vorgesehenen Überstellung von Arbeitern aus der Steiermark nach Pöchlarn seien auch Anlaufkosten zu gewärtigen gewesen.

78.56.1 Der RH ließ im Zuge der Gebarungsüberprüfung eine neue Investitionsrechnung erstellen, die alle zum Zeitpunkt des Investitionsbeschlusses seiner Ansicht nach abschätzbaren, jedoch in der AR-Vorlage nicht erfaßten Daten berücksichtigte. Diese Rechnung ergab ein schlechteres Ergebnis, aufgrund dessen der AR seine Zustimmung ohne weitere Informationen sicherlich nicht gegeben hätte.

78.56.2 Der RH kritisierte die Säumnis der überprüften Gesellschaft, das Vorhaben vor der Entscheidung unter verschiedenen Voraussetzungen zu beurteilen.

78.57.1 Bereits drei Monate nach dem AR-Beschluß, nämlich im Feber 1979, vergrößerte die STOBAG die Bruttowannenkapazität auf 120 000 jato und änderte die Maschinenbestückung. Dementsprechend rechnete der Projektleiter im Juli 1979 mit Kosten des maschinellen Teiles von 318 Mill S anstatt 219 Mill S und informierte den Vorstand über weitere Kosten für die Planung sowie für Schallschutz, Anschlußbahn und Schornstein, so daß das Erstpräliminare von 387,5 Mill S auf 528 Mill S korrigiert hätte werden müssen. Bis zur Vorlage an den AR im Dezember 1979 wurde der Leistungsumfang jedoch zurückgenommen, so daß nur 464 Mill S dem AR genannt und von diesem bewilligt wurden. Der Vorstand versicherte, für Pöchlarn keine zusätzlichen Fremdmittel zu benötigen, weil er die Erhöhung durch Verringerungen der Investitionen in den Altwerken ausgleichen könne.

78.57.2 Wie der RH hiezu bemerkte, traf diese Aussage nicht zu, weil die STOBAG in den Altwerken ihre Investitionen vom ursprünglichen Rahmen von 285,5 Mill S auf 423,7 Mill S steigerte und mit Fremdkapital finanzierte. Weiters enthielt die der AR-Information beigefügte Rentabilitätsrechnung wohl Angaben über eine Leistungssteigerung, jedoch nicht ausdrücklich die Erhöhung der Wannenkapazität auf 120 000 jato; diese war außerdem durch die baulich vorgesehene Elektrozusatzheizung auf 140 000 bis 150 000 jato erweiterbar. Obwohl die STOBAG die Weißglaskapazität (ohne Zusatzheizung) in Pöchlarn kleiner auslegte als die bestehende in Voitsberg, war die neue Wanne nach Ansicht des RH nur unter Beibehaltung der hohe Verluste bringenden Exporte auslastbar.

78.58.1 Im November 1980 berichtigte der Vorstand die Investitionskosten gegenüber dem AR von 464 auf 521 Mill S; sie entsprachen somit annähernd dem im Juli 1979 intern bei anderer Ausstattung ermittelten Betrag. Die STOBAG begründete die Erhöhung mit einem Umsatzzuwachs von 30 vH.

78.58.2 Nach Ansicht des RH war die Nennung des Umsatzzuwachses ohne weitere Erklärung unzureichend, weil er fast ausschließlich auf verlustbringende Exporte entfiel.

78.59.1 Die große Wannenkapazität für Weißglas war in den ersten beiden Jahren sehr schlecht ausgelastet und konnte erst durch die schrittweise Verlagerung von IVG aus Voitsberg ausreichend beschäftigt werden.

78.59.2 Zusammenfassend meinte der RH, eine derart große, die gesamte Unternehmung beeinflussende Investition hätte gewissenhaft erhobener Daten bedurft. Die Berücksichtigung weiterer Varianten hätte bessere Entscheidungsunterlagen geliefert.

78.60.1 In der Investitionsabwicklung ergaben sich Verzögerungen wegen Änderungen der Ausführung, zu kleinen Planungsstabs und unzureichende Unterstützung durch die Werke. Auch ein Know-how-Partner brachte nicht die erwartete Hilfe. Um den Eröffnungstermin einzuhalten, verzichtete man auf einen ausreichenden Probebetrieb. Die volle Leistung wurde erst spät erbracht. Auch 1983/84 trat noch ein hoher Ausschuß auf, der zum Teil auf die hohe Fluktuation der Arbeiter zurückzuführen war.

78.60.2 Der RH empfahl, künftig die Investitionsabwicklung mittels eines die vorhandene Planungskapazität einschließenden Terminplans durchzuführen, um personelle und wissensmäßige Engpässe rechtzeitig zu erkennen und ähnliche Nachteile wie in Pöchlarn zu vermeiden.

78.61.1 Hauptprojekt, Nachtrag und Grundstücke für das neue Werk Pöchlarn erforderten Fremdleistungen von 574 Mill S. Unter Berücksichtigung weiterer von der STOBAG aktivierter Leistungen für eigene Planung, Anlaufkosten und Bauzinsen erhöhten sich die Investitionsaufwendungen auf rd 670 Mill S.

78.61.2 Insgesamt beanstandete der RH, daß der Vorstand weder dem Hauptaktionär noch dem AR ein geschlossenes und vollständiges Gesamtprojekt vorgelegt hatte, sondern Zug um Zug von einem wirtschaftlich vorerst noch vertretbar erscheinenden Projekt auf ein großteils anders ausgelegtes, größeres Projekt mit stark verschlechterter Wirtschaftlichkeit übergegangen war.

78.61.3 Die STOBAG bezifferte in ihrer Stellungnahme die Auslastung des Werkes Pöchlarn zur Zeit der Gebarungsüberprüfung, also zweieinhalb Jahre nach Anlaufen der Grünglaserzeugung und eineinhalb Jahre nach Aufnahme der Weißglasproduktion, mit etwa 60 vH der Kapazität, noch ohne die vorderhand nicht eingebaute Elektrozusatzheizung. Seit damals sei die Auslastung kräftig gestiegen.

78.61.4 Der RH erwiderte, diese neueste Entwicklung sei in erster Linie auf die Verlagerung von Voitsberger IVG zurückzuführen gewesen.

78.62 Bei den im Zuge der Investitionsabwicklung im einzelnen durchgeführten Anschaffungen von Maschinen, Wannen und Öfen in den anderen Werken beanstandete der RH unzureichende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, insb die Vernachlässigung von Folgeinvestitionen, einen unzureichenden Wettbewerb vor Auftragsvergabe zur Beurteilung der Preiswürdigkeit sowie die unzureichende Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen. Der Vorstand sagte zu, in ähnlich gelagerten Fällen künftig die Empfehlungen des RH beachten zu wollen.

Lagerwirtschaft

78.63.1 Die STOBAG verfügte seit der Fusion neben den Lagern in den Werken über vier Fertigwarenlager in Wien. Da Kosteneinsparungen nur durch eine Zusammenlegung zu erwarten waren und ein Lagerplatz außerdem in die öffentliche Verkehrsfläche einbezogen werden sollte, begann die STOBAG in der ersten Jahreshälfte 1979 Überlegungen zum Bau eines neuen Zentrallagers fast ausschließlich für Wirtschaftsglas anzustellen. Sie untersuchte in der Folge mit Unterstützung externer Berater verschiedene Standorte. Mitte 1981 entschied sie sich für eine Liegenschaft in Strebersdorf.

78.63.2 Der RH kritisierte die fehlerhaften Planungsarbeiten und die ungenügende Aufbereitung der Unterlagen zur Entscheidungsfindung.

78.63.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes seien die verschiedenen Varianten untersucht worden. Eine Quantifizierung der mit den einzelnen Standorten verbundenen Vor- und Nachteile wäre dabei nicht möglich gewesen. Den Ausschlag hätte allein die Höhe der Investitionskosten gegeben.

78.63.4 Dem hielt der RH entgegen, daß Standortvor- und -nachteile üblicherweise die Wirtschaftlichkeit einer Investition entscheidend beeinflussen.

78.64.1 Die STOBAG präliminierte die Kosten für die neue Lagerstätte mit 43 Mill S. Darin war auch der Neubau eines Bläsereibetriebes enthalten. Der AR genehmigte das Projekt in dieser Form im August 1981.

78.64.2 Der RH bemängelte die Überschreitung des Präliminares um 10,7 Mill S nach Abzug des Anteiles für die Bläserei ebenso wie die darüber fehlende Berichterstattung des Vorstands an den AR.

78.65.1 Die STOBAG erwartete durch die Lagerkonzentration Einsparungen beim Personal sowie eine Senkung der Lagerkosten.

78.65.2 Der RH beanstandete die zur Zeit der Gebarungsüberprüfung bestehende personelle Überbesetzung im Lagerbereich und das Fehlen eines betriebswirtschaftlichen Instrumentariums zur Lageroptimierung.

78.65.3 Der Vorstand gab hiezu bekannt, er habe den Lagerpersonalstand bis Ende 1983 wesentlich senken und auch die Lagerbestände wertmäßig annähernd um ein Drittel verringern können.

Beschaffungswesen

78.66.1 Die STOBAG wandte für Material und Fremdbearbeitung etwa eine halbe Milliarde S jährlich auf, was annähernd der Hälfte der Produktionskosten entsprach.

78.66.2 Der RH bemängelte die uneinheitliche Vorgangsweise bei der Beschaffung durch den Zentraleinkauf in Wien, die Werke oder in Einzelfällen durch Mitarbeiter anderer Bereiche. Die zur Ermittlung des Bestbieters eingeholten Angebote wurden großteils nicht dokumentiert bzw nicht aufgehoben. Einige Bestellungen wiesen Preisunterschiede auf, die weder mit der Lage des Werkes noch mit verschiedenen Bestellmengen zu begründen waren.

Der RH empfahl, das Beschaffungswesen neu zu organisieren, dabei einheitliche Abläufe vorzugeben und dem zentralen Einkauf die bislang unzureichend wahrgenommene Koordinationsaufgabe verstärkt zu übertragen sowie erhaltene Angebote zu dokumentieren. Dieser Empfehlung kommt insbesondere wegen des bisherigen Fehlens ausreichender Kontrollmechanismen große Bedeutung zu.

78.66.3 Der Vorstand stellte eine Neuordnung des Beschaffungswesens im Sinne dieser Empfehlungen und die Einrichtung eines ADV-unterstützten Einkaufsinformationssystems in Aussicht.

78.67.1 Die Vorräte für die Produktion blieben zwischen 1979 und 1981 wertmäßig mit etwas über 80 Mill S annähernd unverändert.

78.67.2 Anhand einiger Beispiele stellte der RH überhöhte Bestände an Gemenge-, Verpackungs- und Feuerfestmaterial, Heiz- und Treibstoffen sowie Ersatzteilen fest. Er bemängelte die dadurch entstandenen vermeidbaren Lager- und Kapitalkosten.

78.67.3 Lt Mitteilung der STOBAG habe sie zwischenzeitlich die Lager abgebaut oder gegebenenfalls Abwertungen vorgenommen. Ersatzteile um 1,5 Mill S seien als Anzahlung für eine neue Maschine dem Lieferanten zurückgegeben worden.

Transportwesen

78.68.1 Die Transportabteilung unterstand der bedeutendsten Verkaufssparte, die 70 vH des Frachtvolumens der STOBAG stellte. Die übrigen Sparten waren für ihre Transporte selbst verantwortlich. Der eigene Lkw-Fuhrpark unterstand vorerst den Verkaufslagern in Wien und später dem Zentrallager sowie dem Werk Pöchlarn.

78.68.2 Der RH legte der STOBAG nahe, eine zentrale Abteilung zu schaffen und ihr sämtliche Transportvergaben und den eigenen Zustelldienst zu übertragen.

78.68.3 Der Vorstand stellte Maßnahmen zur Rationalisierung und Kontrolle des Transportwesens in Aussicht.

78.69.1 Während die STOBAG 1979 noch 14 vH der Transportleistungen unmittelbar an die ÖBB und 67 vH an fünf Speditionen vergeben hatte, wickelte sie seit 1981 so gut wie alle Schienentransporte über Spediteure ab. Vom gesamten Transportvolumen entfielen 75 vH auf zwei Speditionen, mit denen die STOBAG Rahmenverträge abgeschlossen hat.

78.69.2 Der RH kritisierte das Fehlen schriftlicher Unterlagen über das Zustandekommen dieser Rahmenverträge.

78.69.3 Der Vorstand gab bekannt, die Unterlagen wären nach Ausscheiden des ehemaligen Leiters der Transportabteilung nicht mehr aufzufinden.

78.70.1 Während der Gebarungsüberprüfung entließ die STOBAG den Leiter der Transportabteilung fristlos und erstattete gegen ihn Strafanzeige. Dieser zufolge bestand der Verdacht, der STOBAG wären Mehrkosten durch Vergaben an dem Transportbüroleiter nahestehende Speditionen zu überhöhten Frachtsätzen von zumindest 8,2 Mill S entstanden.

78.70.2 Nach Ansicht des RH hat das Fehlen innerbetrieblicher Kontrolleinrichtungen bzw einer Innenrevision derartige Veruntreuungen erleichtert.

78.70.3 Lt Mitteilung des Vorstandes seien zwischenzeitlich die ÖBB wieder verstärkt und unmittelbar mit Transporten betraut worden.

78.71.1 Die STOBAG erfaßte weder die beförderten Mengen noch die Anzahl der mit ihren eigenen Lkw besuchten Kunden, wodurch eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der selbst erbrachten Transportleistungen nicht möglich war. Eine auf Ersuchen des RH durchgeführte Ermittlung der durchschnittlichen Kundenbesuche zeigte eine starke Minderauslastung der Lkw.

78.71.2 Nach Ansicht des RH hätte die STOBAG den Fuhrpark kräftig vermindern müssen, zumal die Eigentransporte wesentlich teurer kamen als die Beförderung durch Fremde.

78.71.3 Lt Mitteilung des Vorstandes seien zwischenzeitlich die Lkw-Kapazitäten verringert und die Auslastung erhöht, damit aber die Transportkosten je Palette auf die Hälfte gesenkt worden.

78.72 Der RH bemängelte die unzureichende Überprüfung der Fahrtausweise. Dadurch war es möglich, daß die Überstundenleistungen erheblich über der Norm lagen und nicht mit den Fahrtenschreiberblättern übereinstimmten. Lt Stellungnahme des Vorstandes sei es zwischenzeitlich mittels Logistikprojekten und der vom RH empfohlenen Maßnahmen gelungen, die Anzahl der Überstunden stark zu senken.

Betriebswirtschaft und Automatisierte Datenverarbeitung

78.73.1 Die STOBAG betrachtete die kalkulatorischen Abschreibungen zum überwiegenden Teil als vom Beschäftigungsgrad abhängig, was wegen der geringen Werksauslastung zu wirklichkeitsfremden niedrigen Abschreibungsquoten führte. Bei den kalkulatorischen Zinsen rechnete sie zum Teil nicht vom Wiederbeschaffungswert bzw wählte sie eine andere Grundlage als für die Ermittlung der Abschreibungen.

78.73.2 Diese Berechnungsweise der Zusatzkosten gewährleistete nach Ansicht des RH nicht die Substanzerhaltung des Anlagevermögens und führte zu unvollständigen werksweisen Ergebnissen.

78.73.3 Die STOBAG gab bekannt, sie werde künftig die kalkulatorischen Zusatzkosten von den Wiederbeschaffungswerten ermitteln und die Abschreibungen zur Gänze als Fixkosten ansetzen.

78.74 Ferner legte der RH der STOBAG nahe, die in die Vorkalkulationen eingebauten Leistungsreserven, welche in einzelnen Werken recht hoch waren, abzuschöpfen. Der Vorstand gab bekannt, er sei dieser Empfehlung zum Teil nachgekommen und werde sich um weitere Abschöpfungen bemühen.

78.75 Der RH empfahl weiters, die verschiedenen bestehenden Ergebnisrechnungen zu einer aussagefähigen Fabrikateerfolgsrechnung auszubauen. Er gab auch eine Reihe einzelner Empfehlungen bezüglich der Darstellung der Auslastung, der Ermittlung optimaler Losgrößen mit ADV-Unterstützung, einer zentralen Produktionsplanung, der Gestaltung und Kontrolle der Leistungslöhne, der Qualitätsanforderungen an die Endprodukte und deren Kontrolle einschließlich systematisches Untersuchen der Reklamationen und deren Ursachen, der Formenbewirtschaftung sowie der Reparaturerfassung als Grundlage für eine vorbeugende Instandhaltung.

In seiner Stellungnahme teilte der Vorstand mit, daß ein guter Teil dieser Empfehlungen bereits verwirklicht worden sei und der Rest in Angriff genommen werde.

78.76.1 Die STOBAG verfügte seit 1979 über eine ADV mit Bildschirmanschlüssen. Die damit ausgeführten Arbeiten erstreckten sich im wesentlichen auf das Rechnungswesen und die Fakturierung, wobei die Kundenbuchhaltung ausgenommen blieb. Weiters wurden die Bestandsführung des Zentralla-

gers sowie die Lohn- und Gehaltsverrechnung für die zentrale Verwaltung erstellt. Für die Zukunft waren die Verarbeitung des Lagerbuches und der Kalkulation durch die eigene Anlage sowie der Einsatz eines neuen Finanzbuchhaltungsprogramms geplant.

78.76.2 Der RH kritisierte die Entscheidung der STOBAG über die Anschaffung der ADV wegen des Fehlens einer gründlichen Wirtschaftlichkeitsberechnung. Ebenso beanstandete er die Wahl der nunmehr in Verwendung stehenden Geräte ohne vorherigen umfassenden Vergleich aller in Frage kommenden Anbieter, deren Problemlösungsmöglichkeiten und der dafür verrechneten Preise. Der RH bemängelte außerdem den unzureichenden Einsatz der ADV als Rationalisierungsinstrument im technischen wie im kaufmännischen Bereich und die ungenügende Abstimmung der ADV-Leistungen mit den Anforderungen der Fachabteilungen.

78.76.3 In seiner Stellungnahme wandte der Vorstand ein, seinerzeit seien wohl Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und Vergleiche angestellt, jedoch nicht dokumentiert worden. Die bestehenden Anlagen seien stets als Übergangslösung gedacht gewesen. Mit der Inbetriebnahme einer leistungsfähigen ADV im Jahre 1984 werde auch den Fachbereichen ein höheres Maß an ADV-Unterstützung geboten werden können.

Verwaltungsangelegenheiten

78.77 Anhand stichprobenweiser Überprüfungen stellte der RH einzelne Ausgaben fest, bei welchen der Grundsatz der Sparsamkeit nicht im wünschenswerten Ausmaß beachtet worden war, so zB Förderungen eines Wiener Eishockeyklubs, Inserate in regionalen Zeitschriften mit kleiner Auflage und vorwiegend politischen Zielsetzungen sowie Arbeitsessen von Betriebsangehörigen.

Dazu gab der Vorstand in seiner Stellungnahme bekannt, er hätte zwischenzeitlich alle Einschaltungen und Spenden sehr stark eingeschränkt.

78.78.1 Im Jahre 1980 verkaufte die STOBAG ihre Tochtergesellschaft „Glashütte", Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungs GesmbH Wien, nach der Ausgliederung sämtlicher Vermögensteile außer von zwei Forderungen. Da der unmittelbare Verkauf mit einem Aufpreis laut Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG), BGBl Nr 139/1979, und laut Gesellschaftsvertrag der Glashütte nicht zulässig war, wurde die GGF formal in den Erwerb einer Liegenschaft durch eine andere Baugenossenschaft eingeschaltet und erzielte derart einen Aufpreis von 1 150 000 S. Dieses Agio hätte jedoch nach dem Wortlaut des für den Abschluß maßgeblichen Angebotes, durch welches ein Zweitinteressent überboten wurde, sowie nach dem Antrag an den AR der STOBAG 1 650 000 S betragen. Lt Erklärung des Vorstandes hätten die Käufer den Unterschiedsbetrag aufwenden müssen, um das Stammkapital von 500 000 S aufzufüllen.

78.78.2 Der RH vermißte jeglichen schriftlichen Hinweis auf diesen Sachverhalt, der dem seiner Ansicht nach anders lautenden Angebot sowie dem Antrag an den AR der STOBAG widersprach. Weiters enthielt die Glashütte ohnedies Barvermögen und somit eine Gegenpost zum Stammkapital, nämlich aus der Bezahlung der Verbindlichkeiten der STOBAG von 3,4 Mill S aus dem gleich hohen Ablösebetrag für das Nettovermögen. Überdies stand auch eine Ausgliederung von Grundstücken der Glashütte zu Buchwerten an die STOBAG nicht im Einklang mit § 10 Abs 3 WGG und § 22 des Gesellschaftsvertrages, weil derart die stillen Reserven von 1,2 Mill S dem gemeinnützigen Zweck entzogen wurden.

78.78.3 Der Vorstand wandte ein, die Übertragung habe im Einvernehmen mit dem Prüfungsverband stattgefunden.

78.79.1 Mangels ausreichender Kontrollmechanismen und verbunden mit Täuschung gelang es im Werk Köflach einer Postbotin, 1967 bis 1982 wachsende Beträge von insgesamt zumindest 0,7 Mill S zu veruntreuen.

78.79.2 Der RH beanstandete die unzulänglichen internen Kontrollen und insbesondere die Leistung von 50 Blankounterschriften je Portoheft ohne spätere Abrechnung. In diesem Zusammenhang vermißte der RH auch interne Unterschriftsregelungen. Mit einer Einbringung der Schadenssumme dürfte nicht zu rechnen sein.

78.79.3 Lt Stellungnahme hat der Vorstand zwischenzeitlich organisatorische Neuregelungen zur Verhinderung solcher Vorfälle getroffen.

Personalwesen

78.80.1 Der Personalstand der STOBAG einschließlich jener der GGF ging von 2 918 (Anfang 1978) auf 2 105 Mitarbeiter (Ende 1982) zurück, wobei der Abbau bei Arbeitern kräftiger war als bei den Angestellten. Die größte Einschränkung trat im Werk Oberdorf mit 483 Mitarbeitern auf, und die Schließung des Werkes der GGF in Graz traf 355 Personen, denen im neuen Werk Pöchlarn nur ein Zuwachs von 292 Dienstnehmern gegenüberstand.

78.80.2 Nicht zuletzt infolge der seinerzeitigen Zusammenlegung der STAG mit der OGLAG und der Schließung der GGF hatte die STOBAG im Hinblick auf die Gesamtzahl der Beschäftigten in ihrer Zentrale Wien zu viele Angestellte, wobei einige ehemalige Führungskräfte ohne Gehaltskürzungen in anderer Verwendung weiter beschäftigt wurden. Der RH bemängelte die nicht volle Ausnützung des Rationalisierungspotentials aus der Firmenzusammenlegung.

78.80.3 Lt Mitteilung des Vorstandes seien in der Zentrale über die von 1977 bis Ende 1981 erfolgte Senkung um 71 Mitarbeiter hinausgehend, 1982 weitere 31 und 1983 weitere 51 abgebaut worden, so daß Ende 1983 nur mehr 221 Dienstnehmer beschäftigt waren gegenüber 374 Ende 1977.

78.80.4 Der RH nahm diese, wenn auch zT späte Anpassung, welche nach Beendigung seiner Gebarungsüberprüfung aufgrund von Rationalisierungsempfehlungen eines Gutachters verwirklicht wurde, zur Kenntnis.

78.81 Dem zumindest bis 1982 verstärkten Abbau billigen Personals und der geringen Freisetzung besser bezahlten Personals entsprechend lag die Steigerung des Personalaufwands je Kopf 1978 bis 1982 über den tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen.

78.82 Der RH empfahl, die über den Kollektivvertrag hinausgehenden Leistungen (zB Remunerationen an leitende Angestellte) nach Möglichkeit zu senken, auf freiwillige Abfertigungen zu verzichten, die nicht unbeachtlich hohe Zahl an Überstunden herabzusetzen und die - wenn auch nicht zu hohen - freiwilligen Sozialleistungen, auch in Gebieten mit schwacher Infrastruktur, zu drosseln.

78.83 Die STOBAG vergütete den meisten Außendienstmitarbeitern Dienstfahrten mit eigenem Pkw nach der amtlichen Kilometergeldregelung. Wie der RH kritisch vermerkte, waren Kilometeraufschreibungen fehlerhaft und wiesen die Fahrtenbücher umfangreiche nachträgliche Löschungen und Neuaufzeichnungen auf. Einige Bedienstete rechneten den Weg vom Wohn- zum Dienstort zum Kilometergeld ab, obwohl sie gleichzeitig das steuerliche Kraftfahrzeugpauschale in Anspruch nahmen.

Absatzwirtschaft

78.84.1.1 Die STOBAG steigerte ihre Umsätze 1979 bis 1981 von 1,3 auf 1,6 Milliarden S; 1982 stagnierten die Erlöse. Dabei erreichte sie die für die Auslastung der kräftig angehobenen Kapazitäten nötige Umsatzausweitung mangels eines weiter aufnahmefähigen Inlandsmarktes ausschließlich durch eine Steigerung der Exporte von 0,4 auf 0,7 Milliarden S. Diese Exportoffensiven zu Niedrigpreisen führten aber insbesondere 1982 zu wachsenden Verlusten, wobei die geplanten Verluste aus der Kleinglasausweitung nur einen geringen Teil ausmachten, jene aus auslastungsbedingten Steigerungen der Großglasexporte jedoch überwogen.

78.84.1.2 Den größten Umsatzanteil und auch das Exportwachstum erzielte die STOBAG mit Industrie- und Verpackungsglas, dessen Erlöse von 0,9 auf 1,2 Milliarden S stiegen. Wirtschaftsglas und Beleuchtungsglas dagegen stagnierten um 0,3 und 0,1 Milliarden S Umsatz, wobei ersteres bis 1981 noch positiv, zweiteres aber in allen überprüften Jahren stets verlustbringend abschnitt. Insgesamt brachte somit Beleuchtungsglas - vorwiegend aus Oberdorf - niedrige Umsätze und hohe Verluste.

78.84.1.3 Die Stellung der STOBAG auf dem Markt war durch einen sehr kräftigen, zunehmenden Wettbewerbsdruck gekennzeichnet. Zu dem starken Käufermarkt kamen noch beschäftigungspolitische Auflagen.

78.84.2.1 Angesichts dieser schwierigen Lage hätte die STOBAG nach Ansicht des RH in weitaus höherem Ausmaß das absatzpolitische Instrumentarium abgestuft anwenden müssen, um die eigene Marktposition zu verbessern. Dafür fehlten aber die organisatorischen Voraussetzungen, wobei trotz mehrerer Gutachten, die dies bemängelten, bis zur Beendigung der Gebarungsüberprüfung noch keine Abhilfe geschaffen wurde. So fehlte jegliche systematische Marktforschung, ebenso eine Konkretisie-

rung der Marktziele. Die STOBAG wandte vorwiegend eine Niedrigpreispolitik an und setzte das übrige Instrumentarium nur unzureichend ein. Dies führte letztlich zu den hohen Verlusten.

78.84.2.2 Der RH beanstandete das Fehlen einer streng selektiven Marktpolitik. Ebenso wären der Produktgestaltung künftig mehr Bedeutung zuzumessen, die Werbung gezielter einzusetzen, die Verkaufsprovisionen erfolgsmäßig abzustufen und der Verkaufsapparat von der bisher vorwiegend verwaltungsmäßigen Abwicklung auf ein aktives Marketing mit nicht nur ziffernmäßiger Absatzplanung und nachträglichen Abweichungsanalysen umzustellen.

78.84.3 Der Vorstand gab in seiner Stellungnahme bekannt, daß er 1983/84 den Verkauf neu organisiert habe, womit den Empfehlungen des RH Rechnung getragen sein dürfte.

Verkaufslager

78.85.1 Bedingt durch eine kräftige Aufstockung der Bestände an IVG von 157,8 Mill S (1978) auf 239,5 Mill S (1982) stiegen die Vorräte an Halb- und Fertigerzeugnissen sowie Handelswaren insgesamt von 292,7 Mill S auf 374,9 Mill S. Im Durchschnitt deckten diese Vorräte einen viermonatigen Bedarf ab, beim IVG war jedoch die durchschnittliche Lagerdauer von 2,6 auf 3,7 Monate kräftig gestiegen. Bereits 1975 hatte der Vorstand bei einer Verlängerung der Lagerdauer beim IVG von 1,2 auf 2,6 Monatsumsätze Kapazitätseinschränkungen veranlaßt. Demnach wären im nunmehr überprüften Zeitraum strengere Maßnahmen angebracht gewesen.

78.85.2.1 Da das Konzept für das Werk Pöchlarn nur Lagermöglichkeiten für zwei Monatserzeugungen vorsah und die STOBAG bei der Errechnung der kalkulatorischen Zinsen nur den halben Lagerbestand als betriebsnotwendig ansah, beurteilte der RH die Fertigwarenvorräte der STOBAG zumindest als doppelt so hoch wie notwendig. Als Ursachen waren die bestehenden Überkapazitäten und die unzureichende Anpassung der Produktion an die Nachfrage anzunehmen. Die Zinsenbelastung aus der überhöhten Lagerhaltung belief sich seit der Fusion 1978 auf etwa 50 Mill S; weiters entstanden erhebliche Kosten für Lagererweiterungen, Personal und Verpackungsmaterial sowie große Bestandsausfälle durch Bruch und Verwitterung. Die Mehrkosten aus nicht vorgesehener, improvisierter Lagerung noch ohne die normale Manipulation und ohne Verzinsung wurden 1982 mit rd 6,0 Mill S beziffert. Der Vorstand hat somit sein erklärtes Ziel, die Bestände am Umsatz gemessen zu senken, im wesentlichen nicht erreicht.

78.85.2.2 Der RH empfahl einen streng durchgeführten Abbau der überhöhten Bestände. Voraussetzung dafür wäre aber die Optimierung der Erzeugungslose, der Mindest- und Höchstbestände, der Liefertermine sowie eine selektive Markt- und Produktpolitik.

78.85.3 Lt Mitteilung des Vorstandes habe er zwischenzeitlich eine Stelle für Produktionsplanung eingerichtet; weiters plane er ab Mitte 1984 Produktions- und Sortimentsbereinigungen und ab 1985 solle die Produktionsplanung durch ADV-unterstützte Optimierungsrechnungen weiter verbessert werden.

78.86 Der RH zeigte eine Reihe von einzelnen, vermeidbaren Lagerhütern auf. Weiters gab er Empfehlungen zur ADV-mäßigen Führung der Lagerbücher, aus welchen bisher nur zweimal monatlich, und dies verspätet, die Bestände ersichtlich waren.

78.87.1 Die STOBAG hat erst im Rahmen der Bilanzsanierung 1982 die Bestände in einem Ausmaß abgewertet, wie sie die Werke bereits in den Vorjahren wiederholt vorgeschlagen hatten und wie sie vom Wirtschaftsprüfer zum Jahresende 1981 angeregt worden waren.

78.87.2 Der RH beanstandete diese Säumnis der überprüften Gesellschaft bei der richtigen Bewertung ihrer Vorräte, weil dadurch die Ergebnisse in den Vorjahren zu günstig dargestellt worden waren. Aber auch die Abwertungen 1982 waren nach Ansicht des RH noch unzureichend und er empfahl entsprechende Nachholungen.

78.87.3 In seiner Stellungnahme wandte der Vorstand ein, die über die Einzelberichtigungen hinausgehenden Pauschalwertberichtigungen hätten die Differenzen gedeckt und weiters hätte er gehofft, einen guten Teil dieser Artikel noch zu verkaufen. 1983 habe er jedoch eine weitere Abwertung um 32,9 Mill S vorgenommen, welche allerdings nicht nur Bestände aus Vorjahren betraf.

Ausblick

78.88 Auf Einladung des RH nahm der Vorstand der STOBAG im Juli 1984 zur weiteren Geschäftsentwicklung seit Abschluß der örtlichen Erhebungen wie folgt Stellung:

„Das Geschäftsjahr 1983 brachte einen Umsatzrückgang um rd 9 vH auf 1 476 Mill S, der einerseits auf den bewußten Verzicht auf Exporte von Flaschen und Konservenglas, die nur mehr zu verlustbringenden Preisen durchgeführt hätten werden können, und andererseits auf erhebliche Umsatzausfälle bei Kleinglas im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen im Irak und Iran zurückzuführen war.

Als wesentlichste strukturverändernde Maßnahme konnte die Schließung des Werkes Voitsberg, wenn auch verzögert infolge massiver Einwendungen der Arbeitnehmervertretung sowie öffentlicher Stellen, mit Jahresende 1983 vollzogen werden.

Die Ertragslage des Jahres 1983 war durch den lange Zeit gegebenen Schwebezustand betreffend Voitsberg, die mit der Schließung dieses Werkes verbundenen hohen Einmalkosten, den starken Umsatzrückgang sowie durch beträchtliche Einbußen in den Verkaufsspannen, die im Interesse einer Wahrung unserer Marktanteile gegenüber in- und ausländischer Konkurrenz unvermeidbar waren, stark negativ geprägt, obwohl rigorose Rationalisierungs- und Einsparungsprogramme durchgeführt wurden, die vor allem im Gemeinkostenbereich bereits deutliche Erfolge zeigten.

Der Jahresverlust vor Sanierungsmaßnahmen betrug 282,7 Mill S. Unter Berücksichtigung des Forderungsnachlasses unseres Haupteigentümers Creditanstalt-Bankverein von 170 Mill S sowie der rückwirkenden Kapitalherabsetzung um rd 100 Mill S ergibt sich ein Jahresverlust von 12,7 Mill S.

Das zwischenzeitig ausgearbeitete detaillierte Unternehmungskonzept zeigt auf, daß bei rascher struktureller Neuausrichtung in Verbindung mit der Ausschöpfung aller möglichen operativen Verbesserungen ein Ertragspotential in der Unternehmung vorhanden ist. Dies auch unter Berücksichtigung der branchenmäßig schwierigen Marktverhältnisse, die in den wesentlichen Produktbereichen kein Mengenwachstum erwarten lassen und zunehmend, vor allem durch Substitutionskonkurrenz, bedrängt werden. Bei differenzierter Produkt-Markt-Segmentierung unter Beachtung der verfügbaren und bestmöglich auszulastenden Produktionsressourcen bestehen jedoch berechtigte Chancen, die Verlustzone bis Jahresende 1986 zu überwinden, wobei dem neuen, hochspezialisierten Werk Pöchlarn entscheidende Bedeutung zukommt. Die darauf aufbauenden Aktionspläne werden bereits im laufenden Jahr in maßgeblichen Teilen zur Durchführung gelangen."

Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie Gesellschaft mbH (Bürges), Wien

Die Bürges ist eine Schlüsselstelle der Wirtschaftsförderung des Bundes. Diese privatrechtliche Organisation erscheint allerdings nur dann vertretbar, wenn bei Verteilung der Förderungsmittel aus dem Budget die vorgegebenen Richtlinien eingehalten werden.

Einleitung

79.1 Der im Jahre 1954 gegründete Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie GesmbH (Bürges) befindet sich im Alleineigentum der Republik Österreich. Seit dem Jahre 1982 ist das Stammkapital mit 90 Mill S festgelegt. Der Personalstand umfaßte zu dieser Zeit 46 Bedienstete.

79.2 Die Bürges hat sich nach dem Gesellschaftsvertrag ausschließlich im Bereich der Wirtschaftsförderung des Bundes zu betätigen. Insgesamt wurde sie mit der Durchführung von acht aus Budgetmitteln des BMHGI finanzierten und auf besondere Ziele ausgerichteten Förderungsaktionen für Gewerbe- und Fremdenverkehrsbetriebe beauftragt. Sie übernimmt Haftungen, um Kreditaufnahmen zu erleichtern und gewährt Investitionsprämien sowie Zuschüsse zu Kreditkosten.

79.3 Das Förderungsausmaß, das die Bürges im Einzelfalle genehmigen kann, ist für den Finanzierungsbedarf von Klein- und Mittelbetrieben ausgelegt. Wie einer Information der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft über „Kreditmöglichkeiten für die Gewerbliche Wirtschaft" zu entnehmen ist, haben der Bund 30 und die Bundesländer insgesamt 106 Förderungsaktionen geschaffen, mit denen wirtschaftliche Verbesserungsmaßnahmen in den Bereichen Forschung, Produktion, Dienstleistung und Export gefördert werden. Jede dieser Aktionen dient ganz bestimmten Förderungszielen, die sich ins-

gesamt in übergeordneten wirtschaftspolitischen Gesamtvorstellungen zusammenfügen sollen. Um mit den vorhandenen Förderungsmitteln die größtmögliche Wirkung im Hinblick auf diese wirtschaftspolitischen Gesamtüberlegungen zu erreichen, ist es unerläßlich, daß die vom BMHGI vorgegebenen Richtlinien der einzelnen Förderungsaktionen genau eingehalten werden, wozu die Bürges im Gesellschaftsvertrag und in einzelnen Verträgen verpflichtet wurde.

79.4 Die Bürges hat die Förderungsmittel im Zeitraum zwischen Erhalt vom BMHGI und der Weitergabe an Förderungsnehmer „mit bankmäßiger Sorgfalt zu veranlagen". Aus den Erträgnissen ist ihr Verwaltungsaufwand zu bestreiten. Im Falle eines darüber hinausgehenden Finanzmittelbedarfes ist es ihr gestattet, auch Förderungsmittel zur Deckung des eigenen Aufwandes heranzuziehen. Die Höhe des Verwaltungsaufwandes der Bürges ist somit für das Ausmaß der eingesetzten Förderungsmittel mitbestimmend.

79.5 Im Jahre 1982 wurden von der Bürges rd 746 Mill S als Zuschüsse an 10 468 Förderungswerber gewährt. Für Investitionskredite in Höhe von rd 4,4 Milliarden S wurden Bürgschaften übernommen. Im selben Jahr mußten Bürgschaftszusagen in der Höhe von rd 6,5 Mill S eingelöst werden, was 0,15 vH des gesamten Haftungsrahmens entsprach.

79.6 Im Zuge der Gebarungsüberprüfung hat der RH Unregelmäßigkeiten wahrgenommen, die den Verdacht auf Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen entstehen ließen, weshalb er gem § 84 StPO Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattete. Die beiden Geschäftsführer der Bürges wurden daraufhin mit Wirkung vom 25. Juli 1983 aus ihrer Funktion entlassen.

79.7 Die neue Geschäftsführung hat nur zu jenen Abschnitten des Prüfungsergebnisses Stellung genommen, die nicht ausschließlich die ehemaligen Geschäftsführer betrafen. Gleichzeitig wurden dem RH auch Stellungnahmen der ehemaligen Geschäftsführer übermittelt, die im Interesse einer umfassenden Berichterstattung an den entsprechenden Stellen Berücksichtigung finden.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung

79.8.1.1 Der Aufsichtsrat der Bürges besteht aus 14 Mitgliedern, von denen drei vom Betriebsrat entsendet werden. Außerdem wurden sieben stellvertretende Mitglieder des Aufsichtsrates bestellt. Die Gesamtkosten an Vergütungen, Sitzungsgeldern und Abgaben für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Aufsichtsrates haben im Jahre 1982 rd 521 000 S erreicht.

79.8.1.2 Nach § 30 j des GesmbH-Gesetzes können Aufsichtsratsmitglieder ihre Aufgaben nicht durch andere ausüben lassen. Es kann höchstens gestattet werden, daß sich Aufsichtsratsmitglieder gegenseitig und auch dann nur mit schriftlicher Vollmacht und nur für einzelne Sitzungen vertreten dürfen. Ersatzmitglieder können nicht einmal in Abwesenheit eines Aufsichtsratsmitgliedes herangezogen werden. Obwohl eines der Ersatzmitglieder zum Aufsichtsrat seit dem Jahre 1975 an keiner einzigen Sitzung teilgenommen hatte und ein anderes Ersatzmitglied in dieser Zeit nur ein einziges Mal anwesend war, erhielten beide ohne Unterbrechung ihre Aufsichtsratsvergütungen.

79.8.2 Der RH fand es unverständlich, daß stellvertretende Mitglieder bestellt und mit Vergütungen und Sitzungsgeldern bedacht wurden, auch wenn sie weitgehend funktionslos blieben. Es wurde vorgeschlagen, die Ersatzmitglieder abzuberufen und die Möglichkeit weiterer Bestellungen aus dem Gesellschaftsvertrag zu streichen. Allein im Jahre 1982 hätten dadurch rd 105 000 S eingespart werden können.

79.8.3 Dazu vertrat das BMF den Standpunkt, daß die Bestellung von Ersatzmitgliedern zum Aufsichtsrat nach dem GesmbH-Gesetz zulässig sei. Die behauptete Unwirtschaftlichkeit der Bestellung von Ersatzmitgliedern sei nicht gegeben, weil die Vergütungen von der Bürges an das BMF abgeführt werden.

79.8.4 Dieser Meinung vermochte der RH nicht vorbehaltlos zuzustimmen. Wenngleich die beamteten Ersatzmitglieder zum Aufsichtsrat ihre Vergütung abführen müssen, verbleiben ihnen Sitzungsgelder und Entschädigungen für diese Nebentätigkeit. Darüber hinaus erschien es wenig sinnvoll, die vom BMHGI aus Förderungsmitteln finanzierte Bürges mit Vergütungen für Aufsichtsratsmitglieder zu belasten, die vom Entscheidungsprozeß ausgeschlossen sind.

79.9.1 Die Bestellungsverträge der bis Juli 1983 im Amt befindlichen Geschäftsführer sahen ein für die fünfjährige Vertragsdauer unkündbares Dienstverhältnis vor. Für den Fall der vorzeitigen Auflö-

sung oder Nichtverlängerung des Geschäftsführerverhältnisses vor dem 60. Lebensjahr wurde den Geschäftsführern die Wahl zwischen Pensionierung oder Übergang auf ein einjährig kündbares Dienstverhältnis eingeräumt. Bei letzterem blieben den Geschäftsführern Bezüge, Titel und kollektive Zeichnungsberechtigung erhalten.

79.9.2 Diese Vertragsbestimmung stellte nach Ansicht des RH nicht nur einen ungewöhnlichen Vorzug dar, sie wäre auch in der Praxis kaum vollziehbar gewesen. Während nämlich die Geschäftsführer im Falle dieser Vertragsauflösung oder Nichtverlängerung aller leitenden Verpflichtungen enthoben gewesen wären, hätten ihre Rechte neben jenen der neuen Geschäftsführer keine Einschränkung erfahren. Der RH empfahl daher, diese Bestimmung beim Abschluß der neuen Geschäftsführerverträge wegzulassen.

79.9.3 Lt Mitteilung des BMF werde für die neuen Bestellungsverträge eine andere Lösung gesucht.

79.10.1.1 Die Bezüge der Geschäftsführer lagen um 40 vH über den Bezügen eines Beamten der Dienstklasse IX. In den letzten zehn Jahren vor 1982 wurden die Bezüge der Geschäftsführer um 198 vH - und somit erheblich über den kollektivvertraglichen Anpassungen - angehoben, wogegen sich die Monatsbezüge eines Beamten der höchsten Dienstklasse nur um 75,9 vH erhöhten.

79.10.1.2 Nach den Bestimmungen der Dienstverträge wurden die Monatsbezüge 14mal jährlich gewährt. Außerdem erhielten die Geschäftsführer jährlich ein Bilanzgeld in Höhe von zwei Monatsbezügen und eine Sonderzahlung im Ausmaß von 195 vH des jeweiligen Dezemberbezuges, so daß insgesamt für jeden Geschäftsführer jährlich 17,95 Monatsbezüge zur Auszahlung gelangten. Die Sonderzahlung an alle Angestellten der Bürges war als Abgeltung für im Laufe des Jahres erbrachte Mehrleistungen gedacht. Da die quantitativen Mehrleistungen mit Überstundenentlohnung abgegolten wurden, konnte es sich dabei nur um eine qualitative Mehrleistung handeln. Für die Geschäftsführer konnte diese Begründung jedoch nicht zutreffen, weil mit dem Bezug eines leitenden Angestellten die in seiner Funktion erforderliche qualifizierte Tätigkeit abgegolten wird.

79.10.2 Die für die Sonderzahlung vorgebrachte Begründung mit dem erwirtschafteten Erfolg erachtete der RH bei Vergabe von Bundesförderungen als unangebracht. Er empfahl, die Sonderzahlung an die Geschäftsführer einzustellen und auch die Höhe des Bilanzgeldes nicht an den Leistungen anderer Kreditinstitute zu bemessen.

79.10.3 Das BMF teilte dazu mit, daß in den Dienstverträgen mit den neu bestellten Geschäftsführern nur mehr 14 Monatsgehälter und ein Monatsgehalt als Bilanzgeld vorgesehen sind. Hinsichtlich der Bezugshöhe werde der Höchstbezug eines Beamten der Dienstklasse IX als Vergleich herangezogen.

79.11.1.1 Mit Beschluß der Generalversammlung vom 12. Juli 1977 wurde den Geschäftsführern ab Jänner 1977 ein Überstundenpauschale im Ausmaß von 20 Stunden - später 30 Stunden - monatlich zuerkannt, das in der Folge auch nur gemeinsam mit den 12 Grundbezügen ausbezahlt wurde. Anfang 1978 informierten sich die Geschäftsführer der Bürges „bei verschiedenen Kreditinstituten am Wiener Platz" und ordneten mit einem Aktenvermerk an, daß ihr Überstundenpauschale in die Berechnungsgrundlage der Sonderzahlung einzurechnen ist. Der Eigentümer wurde nicht befragt, die Vorgangsweise wurde in den Folgejahren beibehalten.

79.11.1.2 Ähnlich verfuhren die Geschäftsführer bei Berechnung des Bilanzgeldes. Diese Entscheidung wurde lt Aktenvermerk vom stellvertretenden Staatskommissär gebilligt; der Eigentümer wurde hingegen wieder nicht befragt.

79.11.2 Der RH erachtete die Einbeziehung des Überstundenpauschales in die Sonderzahlung und das Bilanzgeld als vertraglich nicht gedeckt. Für die Jahre 1977 bis 1982 hat sich jeder Geschäftsführer auf diese Weise insgesamt rd 260 000 S an nicht genehmigten Überstundenpauschalen auszahlen lassen.

79.11.3 Das BMF sagte zu, das eigenmächtig berechnete Überstundenpauschale im anhängigen Gerichtsverfahren von den ehemaligen Geschäftsführern zurückzufordern. Der stellvertretende Staatskommissär habe die Entscheidung seinerzeit nicht gebilligt, er sei lediglich als Fachmann in Lohnsteuerangelegenheiten befragt worden. Die ehemaligen Geschäftsführer vertraten hingegen die Ansicht, daß die Auszahlungen durch die jährliche Genehmigung der Abschlußrechnungen auch vom Eigentümer gebilligt worden wären.

79.11.4 Dieser Auslegung der ehemaligen Geschäftsführer vermochte sich der RH nicht anzuschließen, weil die Jahresbezüge der Geschäftsführer in den Jahresabschlußrechnungen nur in einer Gesamtsumme ausgewiesen wurden. Die selbstgenehmigten Überstundenpauschale auf Bilanzgeld und Sonderzahlung hätten von Aufsichtsrat und Eigentümer nur durch Einblick in die aufgegliederten Gehaltskonten und durch Herausrechnung der Grundbezüge erkannt werden können.

79.12.1.1 Anstelle eines Dienstfahrzeuges genehmigte der Aufsichtsrat den beiden Geschäftsführern ab Jänner 1977 die Übernahme von 80 vH ihrer Kfz-Betriebskosten zu Lasten der Bürges. Die diesbezüglichen Ausgaben der Bürges stiegen von 76 500 S (1971) auf 125 700 S (1980).

79.12.1.2 Anläßlich einer Lohnsteuerüberprüfung im Juli 1980 erklärte sich das Finanzamt bereit, die verbuchten Kfz-Kosten als Betriebsausgaben anzuerkennen, wenn dieses hohe Ausmaß an dienstlichen Fahrten nachgewiesen werde. Da keine Fahrtenbücher geführt wurden, konnten die Geschäftsführer den Umfang ihrer dienstlichen Reisen nicht belegen. Das Finanzamt bewertete daher die Hälfte dieses Kostenersatzes als privaten Vorteil aus dem Dienstverhältnis und schrieb im Feber 1981 der Bürges eine Lohnsteuernachzahlung von insgesamt rd 95 000 S vor, die nach den Bestimmungen des EStG von den Geschäftsführern zu bezahlen gewesen wäre. Der Bescheid wurde von beiden Geschäftsführern unter Rechtsmittelverzicht anerkannt und die Auszahlung zu Lasten der Gesellschaft angeordnet.

79.12.1.3 Die Geschäftsführer der Bürges trugen das Problem der Lohnsteuernachzahlung im darauffolgendem Dezember dem Aufsichtsrat vor, der in seiner nächsten Sitzung im April 1982 eine Entscheidung durch den Eigentümer empfahl. In der nächsten ordentlichen Generalversammlung wurde der Antrag der Geschäftsführer auf Übernahme der Lohnsteuernachzahlung durch die Bürges auf die Tagesordnung gesetzt, aber kein Beschluß gefaßt.

79.12.1.4 Mangels Entscheidung durch den Eigentümer wären die Geschäftsführer somit verpflichtet gewesen, der Bürges den vorschußweise geleisteten Lohnsteueraufwand sofort zu ersetzen, was bis Mitte des Jahres 1983 nicht erfolgte.

79.12.2 Der RH erblickte in dieser Vorgangsweise einen Verstoß gegen die im § 25 GesmbH-Gesetz normierte Verpflichtung zur Sorgfalt des ordentlichen Geschäftsmannes. Er hielt es für unzulässig, diese Lohnsteuerverpflichtung der Arbeitnehmer den Förderungsmitteln des BMHGI anzulasten und empfahl deren Rückforderung.

79.12.3 Auch hiezu teilte das BMF mit, die Lohnsteuernachzahlung werde im Streitverfahren mit den entlassenen Geschäftsführern geltend gemacht.

79.13.1.1 Der Aufsichtsrat widerrief im Dezember 1980 die vorhin erwähnte Übernahme von 80 vH der Kfz-Betriebskosten, erteilte aber dem Vorsitzenden gleichzeitig die Ermächtigung, den Geschäftsführern innerhalb eines Jahres zinsenlose Gehaltsvorschüsse zur Anschaffung von Kraftfahrzeugen zu gewähren. Ab Jänner 1981 waren die Geschäftsführer berechtigt, für dienstliche Fahrten das amtliche Kilometergeld zu verrechnen.

79.13.1.2 Im Juli 1981 wurden dem einen der beiden Geschäftsführer 150 000 S als zinsenloser Kredit ausbezahlt, von dem am darauffolgenden Jahresende noch 140 000 S aushaftend gewesen wären. Der Geschäftsführer zahlte im Dezember 1981 40 000 S vorzeitig zurück. Wenige Tage später, im darauffolgenden Jänner 1982, entnahm er allerdings wieder den Betrag von 37 500 S, ohne die nach § 17 Abs 1 des Kreditwesengesetzes 1979 zwingend vorgeschriebene Zustimmung des Aufsichtsrates für Gehaltsvorschüsse an Geschäftsführer einzuholen.

79.13.2 Der RH rügte die Nichteinhaltung des Kreditwesengesetzes und empfahl, den offenen Gehaltsvorschuß sofort fällig zu stellen.

79.13.3 Das BMF hat den Wirtschaftsprüfer aufgefordert, die Einhaltung der Bestimmungen des Kreditwesengesetzes zu überprüfen. Der ehemalige Geschäftsführer teilte hingegen mit, er habe Anfang 1982 infolge unvorhergesehener Zahlungsverpflichtungen die vorzeitige Rückzahlung seines Gehaltsvorschusses rückgängig gemacht.

79.13.4 Der RH verblieb bei seiner Ansicht.

79.14.1 Während der erwähnte Aufsichtsratsbeschluß vom Dezember 1980 vorsah, daß „der Vorsitzende des Aufsichtsrates im Einzelfall die entsprechenden Vereinbarungen" über die Gehaltsvor-

schüsse an Geschäftsführer treffen sollte, verfaßte der zweite Geschäftsführer im Juli 1982 lediglich einen Aktenvermerk und ordnete die Auszahlung des Gehaltsvorschusses in Höhe von 100 000 S an. Eine Regelung für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis war nicht vorgesehen.

79.14.2 Auch in dieser Vorgangsweise erblickte der RH eine Verletzung der Sorgfaltspflicht im Sinne des Kreditwesengesetzes und empfahl, den Vorschuß sofort fällig zu stellen.

79.14.3 Der betroffene Geschäftsführer berief sich auf einen Bericht an den Aufsichtsrat vom Juni 1982 und auf die gleichen Bedingungen, wie sie der andere Geschäftsführer unter Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden erhalten habe.

79.14.4 Der RH erwiderte, dem Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom Juni 1982 sei lediglich eine Verlängerung des Angebotes über zinsenlose Gehaltsvorschüsse um ein weiteres Jahr zu entnehmen. Die Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates war aber weiterhin erforderlich.

79.15.1 Zwecks Aufrechnung von 80 vH ihrer Kfz-Kosten legten die beiden Direktoren monatlich Kostenzusammenstellungen samt den zugehörigen Belegen vor. Einer der beiden Geschäftsführer hat im April 1981 sämtliche Monatsabrechnungen für das Jahr 1980 samt den Belegen aus der Buchhaltung entnommen und sie erst nach mehrmaliger Aufforderung durch den RH im März 1983 wieder zurückgestellt.

79.15.2 Der RH rügte die in der Belegentnahme gelegene Verletzung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchhaltung durch einen Geschäftsführer, weiters die ungerechtfertigte Einbeziehung einer vorausbezahlten Versicherungsprämie von mehr als 19 000 S sowie einer zweifelhaften Reparaturrechnung einschließlich des Ankaufs neuer Reifen in die Abrechnung der Kfz-Kosten.

79.16.1 Seit dem Jahre 1980 war einer der Geschäftsführer Mitglied eines bekannten Wiener Klubs. Die Aufnahmegebühr und die jährlichen Mitgliedsbeiträge in einem bis Mitte 1983 angewachsenen Gesamtwert von 14 100 S wurden über seinen Auftrag von der Bürges bezahlt.

79.16.2 Der RH wertete die Mitgliedschaft zu dieser Vereinigung als Privatangelegenheit und kritisierte die Bezahlung der Mitgliedsbeiträge aus dem Vermögen der Bürges.

79.16.3 Der Geschäftsführer berief sich zwar auf den Interessenzusammenhang mit der Gesellschaft, weil die Klubveranstaltungen wichtige Fühlungnahmen mit leitenden Persönlichkeiten des Kreditapparates und der Wirtschaft ergeben hätten, hat aber die geleisteten Beiträge noch im Juni 1983 der Bürges rückersetzt.

79.17.1 Derselbe Geschäftsführer hat sich im September 1977 erfolgreich bei der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck-Land um eine Gewerbeberechtigung zur Betriebsberatung beworben. Dabei machte er der Gewerbebehörde glaubhaft, daß er schon in den Jahren 1966 bis 1976 als freier Mitarbeiter einer Wiener Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft tätig war. Das Ausmaß dieser Tätigkeit habe sechs Arbeitstage je Monat erreicht.

79.17.2 Der RH beanstandete die nebenberufliche Tätigkeit ohne Zustimmung des Dienstgebers als Verletzung des Vertrauensverhältnisses.

79.17.3 Der Geschäftsführer bezeichnete die Betriebsberatung als unbedeutende Nebenberufstätigkeit, von der der Vorsitzende des Aufsichtsrates Kenntnis gehabt habe. Den Gewerbeschein habe er wegen der seinerzeitigen Unsicherheit über die Verlängerung des Geschäftsführervertrages erworben und vor etwa zwei Jahren als ruhend gemeldet.

79.17.4 Der RH erwiderte, die Zustimmung zu nebenberuflicher Tätigkeit wäre vom Eigentümer einzuholen gewesen.

79.18.1 Eine Überprüfung, ob der Geschäftsführer die Beratung von Betrieben mit nachträglichen Förderungen verbunden hat, war dem RH mangels Prüfungszuständigkeit bei dem Beratungsunternehmen nicht möglich. Auf Anfrage des zuständigen Finanzamtes vom August 1983, ob zehn namentlich angeführte beratene Betriebe auch Förderungsmittel erhalten hätten, bestätigte dies die Bürges für acht der angegebenen Firmen, bei denen dies in der Zeit nach dem Erwerb des Gewerbescheines durch den Geschäftsführer der Fall war.

79.18.2 In drei dieser Förderungsfälle, die der RH im Rahmen seiner stichprobenweisen Gebarungsüberprüfung eingesehen hat, war richtlinienwidrig vorgegangen worden.

79.18.3 Der ehemalige Geschäftsführer erklärte, er habe keiner der beratenen Unternehmungen Förderungsmittel zu bevorzugten Bedingungen gewährt.

79.19.1 Am angegebenen Betriebsstandort der Privatfirma des Geschäftsführers befindet sich eine Hotelpension, die ebenfalls mehrere Förderungen der Bürges erhalten hat.

79.19.2 Der RH beanstandete die zuletzt im März 1982 gewährte Förderung, weil der Zinsenzuschuß in der Höhe von 630 000 S aus Mitteln der Gewerbestrukturverbesserung zumindest teilweise richtlinienwidrig genehmigt wurde: so waren nicht alle angeführten 20 Fremdenzimmer mit den für Komfortverbesserungen notwendigen getrennten WC-Kabinen ausgestattet und das Hallenbad mit 30 m² um die Hälfte des erforderlichen Ausmaßes zu klein.

79.19.3 Der ehemalige Geschäftsführer entgegnete, selbst bei Nichtanerkennung des erwähnten Hallenbades habe sein Quartiergeber noch ausreichend förderbare Gesamtinvestitionskosten gehabt, weshalb das Förderungsausmaß gedeckt sei.

79.19.4 Diese Behauptung war für den RH nicht überprüfbar, weil die seinerzeit vorgelegte Kostenschätzung eine abgesonderte Ermittlung der Kosten für das Hallenbad nicht zuließ.

Die Förderungstätigkeit der Bürges

Die Bürges-Kleingewerbekreditaktion

79.20 Mit dieser bis zum Jahre 1967 einzigen Förderungsaktion der Bürges sollen der gewerblichen Wirtschaft solche Investitionen erleichtert werden, die der Produktivitätssteigerung, der Kostensenkung und der Verbesserung von Exportbedingungen dienen. Die Förderung besteht in der Übernahme von Bürgschaften und Gewährung von Zinsenzuschüssen oder einmaligen Investitionszuschüssen. Gefördert werden Kredite bis zur Höhe von 500 000 S mit einer Laufzeit von höchstens 7,5 Jahren.

Für übernommene Bürgschaften steht der Bürges ein Treugut aus ERP-Mitteln zur Verfügung, das mit Zinsenertrag angelegt wurde und Ende 1982 einen Umfang von 212,4 Mill S erreicht hat (Abs 79.49). 4,5 Mill S an übernommener Haftung mußten im Jahre 1982 eingelöst werden, das entsprach 0,15 vH des gesamten Haftungsvolumens.

Bis Ende 1982 hat die Bürges in dieser Aktion insgesamt 89 215 Förderungswerbern rund 1,2 Milliarden S an Förderungszuschüssen genehmigt. Damit sind Investitionskredite im Gesamtumfang von rund 13,17 Milliarden S gefördert worden.

79.21.1 Obwohl aufgrund der vorgegebenen Förderungsziele Krankenanstalten nicht aus der Kleingewerbekreditaktion gefördert werden dürfen, gewährte die Bürges im Mai 1981 einer Wiener Privatkrankenanstalt zum Ausbau der Therapiestation einen Zinsenzuschuß.

79.21.2 Der RH beanstandete diese Förderung als nicht den bestehenden Vorschriften entsprechend.

79.21.3 Lt Stellungnahme der Bürges werde die Krankenanstalt von einem Verein geführt, der Mitglied der Fremdenverkehrssektion der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft sei. Aufgrund dieser formellen Zusammenhänge sei die Förderung richtliniengemäß erfolgt.

79.21.4 Dazu vermeinte der RH, daß der Zweck der Bundesförderung verfehlt werde, wenn den formellen Voraussetzungen Vorrang vor den beabsichtigten Förderungszielen eingeräumt werde.

79.22.1 Im November 1979 genehmigte die Bürges einer Mikrofilm-Vertriebsgesellschaft einen Zinsenzuschuß. Lt Antrag war in der Investition auch die Kaufablöse für vorher bereits angemietete gebrauchte Maschinen enthalten.

79.22.2 Nach Ansicht des RH wäre der Förderungsantrag abzulehnen gewesen, weil die Richtlinien eine Förderung des Ankaufes von gebrauchten Maschinen ausschließen.

79.22.3 Die Bürges bestätigte diesen Standpunkt.

79.23.1.1 Einmalige Förderungszuschüsse in der Höhe von 12 vH dürfen innerhalb von drei Jahren nur einmal gewährt werden.

79.23.1.2 Einer Fremdenpension in Niederösterreich wurde im Juli 1978 eine Investitionsprämie im Höchstausmaß von 60 000 S für den Zubau eines Kaffeehauses und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen zuerkannt. Der Antrag wurde in der ungewöhnlich kurzen Zeit von sieben Tagen von jenem Prokuristen der Bürges genehmigt, der in der Betriebsgemeinde der Fremdenpension ein öffentliches Amt ausübt.

79.23.1.3 Eineinhalb Jahre später beantragte der Inhaber der Fremdenpension neuerlich eine Investitionsprämie für die Errichtung eines Tennisplatzes. Auch dieser Antrag wurde innerhalb von sechs Tagen vom selben Prokuristen genehmigt.

79.23.2 Der RH kritisierte den Verstoß gegen die Richtlinien und empfahl, im Genehmigungsverfahren auf allfällige Befangenheitstatbestände zu achten.

79.23.3 Die Überförderung wurde von der Bürges bestätigt.

79.24.1 Im Dezember 1981 beantragte ein bereits mehrfach geförderter Gastgewerbebetrieb die Förderung eines Investitionsdarlehens von 500 000 S. Dem Antrag hat der Förderungswerber auch das Angebot einer Metallbaufirma vom September 1981 beigelegt. Dieses Angebot ist der Bürges vom selben Förderungswerber auch schon im Mai 1981 zum Förderungsantrag nach der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion vorgelegt worden, trug damals allerdings ein Datum vom Feber 1980. Überdies hat der Förderungswerber in mehreren Förderungsanträgen immer dieselben Investitionsvorhaben als Begründung angeführt.

79.24.2 Der RH konnte den Verdacht unrichtiger Angaben zur Erlangung von Förderungsmitteln nicht ausschließen. Ungeachtet der Bestätigung der widmungsgemäßen Mittelverwendung durch die Hausbank hat der RH eine Überprüfung der angegebenen Investitionen anhand von Rechnungen empfohlen.

79.24.3 Die Bürges sagte die nachträgliche Überprüfung der Mittelverwendung zu.

Die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion

79.25 Nach den Richtlinien des BMHGI dient diese Förderungsaktion der „Erhaltung und weiteren Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der dem Fremdenverkehr dienenden Unternehmungen des Gastgewerbes". Die Förderung erfolgt in Form von Zinsenzuschüssen und Übernahme der Ausfallbürgschaft.

Seit Gründung dieser Aktion im Jahre 1967 wurden 11 740 Betrieben bereits 475 Mill S an Zinsenzuschüssen genehmigt. Mit diesen Bundesmitteln wurden Kredite von rd 5,6 Milliarden S gefördert. Für 4 257 Fälle hat die Bürges auch Bürgschaften übernommen. Im Jahre 1982 wurde sie für einen Betrag von rd 1,4 Mill S zur Zahlung herangezogen. Die Inanspruchnahme entsprach 0,2 vH des gesamten Haftungsrahmens.

79.26.1.1 Bis Ende 1982 sahen die Richtlinien des BMHGI für die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion im Regelfall nur eine Förderung bis zu zwei Drittel der Gesamtkosten vor. Den Rest mußte der Eigentümer selbst oder im Wege einer nicht geförderten Fremdfinanzierung aufbringen.

79.26.1.2 Einer Wiener Fischhandelsgesellschaft hat die Bürges aufgrund einer anerkennbaren Investitionssumme von 371 000 S Zinsenzuschüsse zu einem Darlehen in der Höhe von 300 000 S bewilligt. Der Eigenfinanzierungsanteil betrug daher nur 19 vH.

79.26.2 Der RH kritisierte die richtlinienwidrige Entscheidung.

79.26.3 Die Bürges bestätigte, daß die Förderung in diesem Falle zu kürzen gewesen wäre.

79.27.1 Förderungswürdige Vorhaben müssen nach den Richtlinien eine „Fremdenverkehrspolitische Bedeutung" aufweisen, die durch ein Gutachten der zuständigen Fremdenverkehrsabteilung des Amtes der Landesregierung nachzuweisen ist. Die Bürges hat aber wiederholt auch dann Förderungen genehmigt, wenn diese Gutachten fehlten oder unzureichend waren. Förderungszusagen wurden ferner auch erteilt, obwohl offenkundig war, daß das Vorhaben keine fremdenverkehrspolitische Bedeutung hatte.

79.27.2 Der RH kritisierte diese Abweichungen von den Förderungsrichtlinien. Im Interesse eines gezielten und sparsamen Einsatzes der für den Fremdenverkehr bestimmten Budgetmittel wurde daran erinnert, daß die Bürges zur Einhaltung der Förderungsrichtlinien verpflichtet ist.

79.27.3 Lt Mitteilung der Bürges werde sie die Ämter der Landesregierungen um eine stärkere Aussagekraft ihrer Gutachten ersuchen.

79.28.1 Im Oktober 1980 sicherte die Bürges einer privaten Wiener Krankenanstalt einen Zinsenzuschuß sowie die Ausfallsbürgschaft für ein Investitionsdarlehen in der Höhe von 1 Mill S zu, obwohl weder die Stellungnahme der Wiener Handelskammer noch das Gutachten der zuständigen Magistratsabteilung der Stadt Wien vorlag. Die später eingelangten Stellungnahmen waren jedoch ablehnend, weil Krankenanstalten nicht in den Bereich des Fremdenverkehrs fallen.

79.28.2 Da nach den Richtlinien des BMHGI die Mittel der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion nur an Unternehmer mit einer Gastgewerbeberechtigung gewährt werden dürfen, erfolgte die Förderung zu Unrecht.

79.28.3 Dieser Feststellung widersprach die Bürges nicht.

79.29.1 Ein Vorarlberger Verein beantragte im November 1978 einen Zinsenzuschuß aus der Kleingewerbekreditaktion zu einem Darlehen von 260 000 S. Im April 1979 reichte der Verein weitere Kostenvoranschläge in der Höhe von 90 000 S nach und ersuchte, den Antrag nun im Rahmen der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion zu genehmigen. Die Bürges bewilligte den Zinsenzuschuß zu einem Investitionsdarlehen von 350 000 S, wobei sie abweichend von den Angaben des Förderungswerbers den Umfang der Investition mit 497 000 S zugrunde legte.

79.29.2 Über diese Begünstigung hinaus war festzustellen, daß der förderungswerbende Verein den Gastwirtschaftsbetrieb verpachtet hatte. Der RH empfahl, den Förderungsfall eingehend zu überprüfen.

79.29.3 Die Bürges sicherte dies zu.

79.30.1 Einer Handels- und Stahlbaufirma in Wien wurden für ihren Beherbergungsbetrieb Zinsenzuschüsse für ein Darlehen von 500 000 S genehmigt, deren erste Rate Anfang 1978 bereits zur Auszahlung gelangte, obwohl der Förderungswerber damals noch keine Gewerbeberechtigung vorweisen konnte. Als diese über Ersuchen des RH nachgereicht wurde, stellte sich heraus, daß sie erst nach der ersten Zuschußleistung ausgestellt worden war und überdies nur zur Führung eines Buffetbetriebes berechtigte.

79.30.2 Der RH kritisierte die mangelhafte Kontrolle der gewerberechtlichen Voraussetzungen.

79.30.3 Der ehemalige Geschäftsführer erklärte, die Anweisung der Zinsenzuschüsse sei damals irrtümlich erfolgt.

79.31.1 Ein Geschäftsführer der Bürges hat von sich aus den Förderungsantrag eines Hoteleigentümers, der gleichzeitig Generaldirektor eines Bankinstitutes ist, von der mit Kostenschätzungen belegten Investitionshöhe von 1,3 Mill S auf ein Investitionsvolumen von 1,5 Mill S erhöht und ihm damit einen höheren Förderungsbetrag genehmigt.

79.31.2 Da die Investition überdies früher als die zulässigen drei Monate vor Antragstellung begonnen worden war, übte der RH an den mehrfachen Abweichungen von den Richtlinien Kritik.

79.31.3 Hiezu gab die Bürges keine Stellungnahme ab. Der ehemalige Geschäftsführer äußerte jedoch, er habe das beantragte Investitionsvolumen erhöht, weil sich bei einem solchen Hotel laufend Investitionen ergeben.

79.31.4 Dem RH ist hingegen keine Bestimmung bekannt, mit der zukünftige, noch nicht näher bestimmbare Investitionen aus Bundesmitteln gefördert werden dürfen.

Förderungen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz

79.32 Diese Förderungsaktion ist die einzige Bürges-Aktion, für die eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde. Die wirtschaftspolitische Zielsetzung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes (BGBl Nr 453/1969) liegt darin, Gewerbetreibenden solche Investitionen zu fördern, deren Auswirkung schwerpunktmäßig Rationalisierungs- oder Produktionsverbesserungen erkennen lassen. Das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz beauftragt den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen gemeinsam mit einem Beirat in Richtlinien zu formen und die Bürges bei Verteilung der Förderungsmittel an diese Richtlinien zu binden. In Sonderfällen hat auch die Bürges den Beirat anzuhören. Die Förderung erfolgt durch die Genehmigung von Zuschüssen zu Kreditkosten oder Haftungskosten.

Die Finanzierung der Förderungsmaßnahmen deckt das Gesetz aus Bundesgewerbesteuereinnahmen ab, von denen ein Anteil monatlich der Bürges zur Verfügung gestellt wird. Auf diese Weise fließt den Gewerbetreibenden ein Teil ihrer eigenen Steuerleistung wieder zu.

Seit dem Jahre 1970 hat die Bürges 18 869 Förderungsnehmern rd 3,3 Milliarden S an Kreditkosten- und rd 10,8 Mill S an Haftungskostenzuschüssen gewährt. Damit wurde ein Investitionsvolumen im Umfange von rd 31,2 Milliarden S gefördert.

79.33.1.1 Während Gesetz und Richtlinien Verbesserungsinvestitionen in bestehende Unternehmungen verlangen, haben die Geschäftsführer der Bürges auch Investitionen für die Gründung neuer Zweigbetriebe gefördert. So plante eine Vorarlberger Transportunternehmung die Errichtung eines Reisebüros an einem neuen Standort. Trotz Hinweis des Sachbearbeiters, daß in diesem Falle eine Neugründung vorliege, genehmigte ein Geschäftsführer die Förderung eines Kredites von 1,2 Mill S mit der Begründung einer „Umstellung des Dienstleistungsprogrammes auf die gegebenen Marktverhältnisse".

79.33.1.2 Ein weiterer Förderungswerber betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung ein Kaffeehaus in Vorarlberg und plante den Neubau eines Ferienhotels mit Gesamtkosten in der Höhe von 14,5 Mill S. Da sich der Beirat infolge Fehlens einer schwerpunktmäßigen Verbesserung im Sinne der Richtlinien nicht zur Förderung entschließen konnte, genehmigte die Geschäftsführung der Bürges den Zuschuß für einen Kreditanteil von 5 Mill S, obwohl der Förderungswerber zu diesem Zeitpunkt noch nicht über die erforderliche Gewerbeberechtigung verfügte.

79.33.1.3 Im August 1977 beantragte ein oberösterreichischer Hotelier die Förderung eines Darlehens für die Errichtung eines Einkaufszentrums. Obwohl er keine einschlägige Gewerbeberechtigung besaß, erhielt er den Förderungszuschuß.

79.33.2 Da die erwähnten Investitionen keinerlei Qualitätsverbesserung, sondern die Eröffnung neuer Betriebe brachten, beurteilte der RH die Förderungen als Fehlentscheidungen. Außerdem vermißte er die Auflage, daß zumindest vor Anforderung der Förderungsmittel eine gültige Gewerbeberechtigung vorzulegen sei.

79.33.3 Die Bürges vermeinte, die Neugründung eines Betriebes könne nicht von einer Förderung ausgeschlossen werden, wenn bei wirtschaftlicher Gesamtbetrachtung eine schwerpunktmäßige Strukturverbesserung erkennbar sei. Ein ehemaliger Geschäftsführer der Bürges äußerte ebenfalls, die Zielsetzung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes könne auch durch Eröffnung neuer Betriebszweige erfüllt werden.

79.33.4 Dem widersprach der RH unter Hinweis auf die damals gültigen Richtlinien. Förderbare Betriebsneugründungen sind erst in die Richtlinienänderung im Jahre 1983 aufgenommen worden. Vorher war die Gründung neuer Betriebe aus anderen Aktionen zu fördern.

79.34.1.1 Ein genossenschaftlich betriebenes Kaufhaus in Vorarlberg plante durch Zu- und Umbauten die Vergrößerung der Nutzfläche. Das Ansuchen um Förderungsmittel nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wurde im Feber 1978 allerdings abgelehnt, weil keine richtlinienmäßigen Verbesserungsschwerpunkte erkennbar waren. Im April 1978 reichte das Kaufhaus den Förderungsantrag in unveränderter Form nochmals ein, wobei der Antrag nach längerer Erörterung im Beirat mit einem auf 4 Mill S verringerten Förderungsausmaß genehmigt wurde.

79.34.1.2 Der bereits erwähnte Generaldirektor einer Bank (Abs 79.30.1) plante die Erweiterung seines Hotels und reichte auch um Förderung nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ein. Da der Komfort des Hotels bereits vor der Investition in hohem Maße gegeben war, konnte das Bauvorhaben nur mehr eine mengenmäßige Veränderung bringen. Ein Geschäftsführer der Bürges

erwirkte nach „wiederholten Befürwortungen" und eindringlichen Hinweisen darauf, daß der Antragsteller „bei Veranstaltungen sehr für die Bürges-Kredite" eintrete, die Zustimmung des Beirates zum Förderungsantrag in verkürztem Ausmaß.

79.34.1.3 Eine Wiener Handelsgesellschaft für Kräuter- und Naturkosmetika erhielt im Jahre 1980 die Förderung zu einem Investitionskredit in der Höhe von 3 Mill S zur baulichen Erweiterung ihrer Geschäftsräumlichkeiten. Da in der bloßen Erweiterung keine strukturelle Verbesserung erkennbar war, genehmigte der Geschäftsführer den Antrag mit der Begründung einer „teilweisen weiteren Spezialisierung und der Umstellung des Dienstleistungsprogrammes auf die gegebenen Marktverhältnisse". Diese Voraussetzung war nach den Richtlinien für das Dienstleistungsgewerbe, nicht aber für Handelsbetriebe erforderlich.

79.34.2 Der RH kritisierte die Abweichung von den Richtlinien, weil das Ziel der vorteilhaften Strukturverbesserung nur dann erreicht werden kann, wenn die Anweisungen des Bundesministeriums von der Bürges genau erfüllt werden.

79.34.3 Die ehemaligen Geschäftsführer beurteilten ihre Entscheidungen als richtliniengemäß.

79.35.1 Eine Elektrohandelsgesellschaft aus Niederösterreich beantragte im September 1978 die Förderung des Geschäftsumbaues. Mangels Strukturverbesserung wurde der Antrag einen Monat später abgelehnt. Auf Intervention eines Abgeordneten zum Niederösterreichischen Landtag zog der Geschäftsführer den bereits abgelehnten Antrag neuerlich in Bearbeitung und erkannte nunmehr die erforderliche Strukturverbesserung in der „Spezialisierung"; allerdings „mit Krampf", wie er dazu vermerkte.

79.35.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil der Bürges eigenmächtige Abweichungen von den Richtlinien untersagt sind.

79.35.3 Laut Stellungnahme der Bürges hätten es die ergänzenden Ausführungen ermöglicht, den Fall positiv zu beurteilen.

79.35.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung, weil das Fehlen einer vollen Übereinstimmung mit den Richtlinien aus dem erwähnten Vermerk des Geschäftsführers erkennbar war.

79.36.1 Im Dezember 1979 wurde der Förderungsantrag einer oberösterreichischen Firma der Chemiebranche genehmigt, die mit den angeführten Investitionskrediten im wesentlichen nur den Ersatz ihrer durch einen Großbrand vernichteten Anlage finanzieren wollte. Wie die kreditgewährende Bank bestätigte, hatte die Firma zur Begründung der Investitionshöhe von 7,7 Mill S auch Rechnungen herangezogen, die schon mehrere Monate vor der Brandkatastrophe angefallen waren. Außerdem lagen dem Antrag mehrere Kostenvoranschläge und Rechnungen mit abgedecktem Datum bei.

79.36.2 Der RH beanstandete die Förderung von Ersatzinvestitionen, weil mit den Förderungsmitteln nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz echte strukturelle Verbesserungen erzielt werden sollten.

79.36.3 Dazu ist keine Stellungnahme eingelangt.

79.37.1.1 Gemäß Gewerbestrukturverbesserungsgesetz ist der Beirat bei außergewöhnlichen Förderungsfällen von der Bürges anzuhören. Als außergewöhnlich gelten vor allem jene Förderungsfälle, in denen ein Förderungswerber die Stützung von Krediten in der Höhe von mehr als 5 Mill S auf einmal oder hintereinander in mehreren Anträgen begehrt.

79.37.1.2 Zwei burgenländische Verkehrsunternehmungen, von denen sich eines ausschließlich und das zweite zu einem Großteil im Eigentum von zwei Brüdern befindet, gründeten im Jahre 1979 unter Hereinnahme eines dritten Gesellschafters eine weitere Reise- und Verkehrsunternehmung. Im Jahre 1980 planten die drei Unternehmungen den großzügigen Ausbau eines gemeinsamen Reisebüros in Wien. Der im November 1980 eingebrachte Förderungsantrag, dem ein eindeutiger strukturverbessernder Schwerpunkt sowie die Glaubhaftmachung aller angegebenen Kosten fehlten, wurde von einer Unternehmung eingebracht, die von der Bürges bereits Förderungen im Gesamtumfang von 5 Mill S erhalten hatte. Nach fernmündlicher Rücksprache eines Geschäftsführers der Bürges mit der kreditgebenden Bank übermittelte diese ein Schreiben, in dem abweichend von der bisherigen Vertragslage die Kreditgewährung an die zuletzt gegründete Gemeinschaftsfirma zugesichert wurde. Daraufhin hat die

Bürges den Förderungsantrag auf den Namen der Gemeinschaftsfirma umgewidmet und wenige Tage danach genehmigt.

79.37.2 Der RH erblickte in dieser Vorgangsweise einen Verstoß gegen die Richtlinien.

79.37.3 Der ehemalige Geschäftsführer der Bürges erwiderte, die neue Firma sei ein eigenes Rechtssubjekt und das Ansuchen entscheidungsreif gewesen. Überdies wären noch genügend Budgetmittel vorhanden gewesen und eine Vorlage an den Beirat hätte das Genehmigungsverfahren lediglich verzögert.

79.37.4 Der RH verblieb bei seiner Auffassung.

79.38.1.1 Ein Unternehmer, der in der Hauptsache im Großhandel mit alkoholischen Getränken tätig ist, erhielt mehrere Förderungen. Anfang 1975 beantragte er die Förderung eines 2,5 Mill S Kredites, den er zur Errichtung einer großen, der Lagerkonzentration dienenden Halle verwenden wollte. Schon im September darauf reichte der Unternehmer einen weiteren Förderungsantrag für einen Kredit von 1,5 Mill S ein, weil er anstelle des ursprünglich geplanten Grundstückes nun in der Nähe von Wien auf einem größeren Grundstück auch eine erheblich größere Lagerhalle errichten wollte.

79.38.1.2 Im Jahre 1978 plante der Unternehmer den Bau einer zweiten Halle mit einer Abfüllanlage für seine Importgetränke um rd 10 Mill S, wofür er bei der Bürges die Förderung eines 5 Mill S Kredites beantragte. Der Beirat empfahl der Bürges, als „letztmalige Förderung" nur einen Kredit von 4 Mill S zu fördern.

79.38.1.3 Im April 1979 wurde das Einzelunternehmen unter geringfügiger Beteiligung der Gattin des Förderungswerbers in eine GesmbH umgewandelt. Im November desselben Jahres wurde von dieser ein neuerlicher Förderungsantrag für einen Kredit von 3 Mill S vorgelegt und wiederum mit der Installierung einer Abfüllanlage begründet. Es wurden die bereits im vorangegangenen Antrag verwendeten Kostenvoranschläge vorgelegt. Der Geschäftsführer der Bürges beurteilte den Antragsteller als völlig neue Unternehmung und genehmigte die Förderung ohne Anhörung des Beirates. Die Gesamtsumme der geförderten Kredite dieser Unternehmung beliefen sich nun auf 11 Mill S, zu denen die Bürges rd 1,2 Mill S an Zuschüssen aus Bundesmitteln leistete.

79.38.2.1 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise, weil die vom Gewerbestrukturverbesserungsgesetz bezweckte Erleichterung von „Marktanpassungs- und Rationalisierungs-"Investitionen nicht auf die Rechtsform der Unternehmung, sondern auf deren wirtschaftlichen Träger abstellt. Andernfalls wäre im vorliegenden Fall eine Neugründung nach den damaligen Richtlinien überhaupt nicht förderbar gewesen.

79.38.2.2 Da der genehmigende ehemalige Geschäftsführer vom Förderungswerber zu Besichtigungsreisen nach Frankreich eingeladen worden war, die jeweils unmittelbar vor dem Einreichen von Förderungsanträgen stattfanden, waren nach Ansicht des RH sachfremde Einflüsse auf die richtlinienwidrige Genehmigung der erwähnten Förderung nicht auszuschließen.

79.38.3 Dazu äußerte der ehemalige Geschäftsführer, die Bürges wäre an die Empfehlungen des Beirates nicht gebunden. Die positive Erledigung für ein neues Rechtssubjekt sei angesichts ausreichend vorhandener Förderungsmittel erfolgt, wobei die Frankreichreisen die Entscheidung nicht beeinflußt hätten.

79.38.4 Der RH erwiderte, ausreichende Reste an Förderungsmitteln sollten kein Anlaß sein, um von den Förderungszielen des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes abzuweichen.

79.39.1.1 Bis Ende 1982 durften nach den Richtlinien nur solche Investitionen gefördert werden, die frühestens drei Monate vor Einlangen des Antrages bei der Bürges begonnen worden waren.

79.39.1.2 Im Jänner 1981 beantragte ein Hotelbesitzer aus Salzburg die Förderung eines Investitionskredites, mit dem er den Um- und Ausbau seines Hotels finanziert hatte. Nach den vorgelegten Rechnungen war das Bauvorhaben bereits Ende 1979 abgeschlossen. Da die Dreimonatsfrist abgelaufen war, lehnte die Bürges das Ansuchen wegen Fristüberschreitung ab. Eine Intervention bewirkte eine nochmalige Bearbeitung, die zwar keine neuen sachlichen Erkenntnisse brachte, schließlich aber zur Förderungszusage für den Investitionskredit von 2 Mill S führte.

79.39.1.3 Dagegen wurde der Antrag eines Autospenglers aus Salzburg vom April 1978 trotz zweimaliger Beratung im Beirat abgelehnt, obwohl das kreditgewährende Institut zugab, daß die Weiterleitung des Antrages von ihm um rd 11 Monate verzögert worden war.

79.39.2 Der RH kritisierte die eigenmächtigen Abweichungen von den Richtlinien, die außerdem zu ungleichen Handhabungen führten. Er empfahl, die in den neuen Richtlinien mit sechs Monaten festgelegte Überziehungsfrist streng einzuhalten.

79.39.3 Die Bürges erklärte, der Hotelbesitzer aus Salzburg habe die Genehmigung erhalten, weil er sich bei zwei anderen Förderungsaktionen rechtzeitig beworben hätte.

79.40.1 Von Beginn an war es Aufgabe der Bürges, Investitionsfinanzierungen von Klein- und bestenfalls Mittelbetrieben zu fördern. Die größenmäßige Eingliederung in die Klassen Klein-, Mittel- und Großbetriebe, hat nach den Richtlinien des BMHGI von der zuständigen Kammer der Gewerblichen Wirtschaft in Form eines Gutachtens zu erfolgen, wobei Bilanzsumme, Umsatzzahlen und Anzahl der Arbeitnehmer für die Beurteilung maßgebend sein sollten.

79.40.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, ging die Bürges bei ihrer Entscheidung keineswegs einheitlich vor. Einerseits wurden Anträge mit positivem Kammergutachten abgelehnt, andererseits wurden Anträge von Unternehmungen, die von der Kammer nicht mehr als Klein- und Mittelbetriebe einzustufen waren, einer positiven Erledigung zugeführt. Allerdings hatten auch die einzelnen Landeskammern der Gewerblichen Wirtschaft bei ihrer Begutachtung unterschiedliche Maßstäbe angelegt.

Während die zuständige Handelskammer einen Verlag mit 513 Bediensteten und 164 Mill S Umsatz sofort als Mittelbetrieb einstufte, wurde ein anderer Verlag mit 375 Bediensteten und 162 Mill S Umsatz als Großbetrieb bewertet.

79.40.2.2 Da der Grundgedanke dieser Förderungsmaßnahmen in der Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Mittelstandes liegt, empfahl der RH, allgemein gültige Beurteilungsmaßstäbe für die branchenweise Größeneinstufung von Betrieben erarbeiten zu lassen.

79.40.3 Lt Stellungnahme der Bürges sei die Abgrenzung zu Großunternehmungen nicht nach allgemein gültigen Maßstäben möglich. Dies habe auch der letzte Bericht des BMHGI über die Lage der kleineren und mittleren Unternehmungen gezeigt. Die Bürges richte sich zwar bei dieser Einschätzung an allgemeinen Maßstäben der Bundeskammer aus, könne jedoch auf die Beurteilung jedes Einzelfalles durch die Landeskammer nicht verzichten.

79.40.4 Dem RH waren die fließenden Grenzen zwischen den beiden größenordnungsmäßigen Begriffen wohl bewußt, er verblieb aber bei seiner Empfehlung, eine Lösung anzustreben, die willkürliche Abweichungen verhindern hilft.

Die Existenzgründungsaktion

79.41 Mit dieser Aktion werden die Kosten einer Unternehmungsneugründung oder -übernahme im gewerblichen Bereich gefördert. Die Förderung erfolgt nach Anhörung eines Ausschusses durch Gewährung von Zuschüssen, allenfalls gemeinsam mit Bürgschaftsübernahme oder nur durch Haftungsübernahme allein.

In den Jahren 1977 bis 1982 wurden 2 183 Förderungswerbern 380,5 Mill S an Zuschüssen aus öffentlichen Förderungsmitteln genehmigt, womit Investitionen im Gesamtwert von 2,6 Milliarden S erfolgten. Ende 1982 hatte die Bürges Haftungen im Gesamtwert von 688,5 Mill S übernommen, wovon in diesem Jahr rd 610 600 S zur Einlösung gelangten, was 0,09 vH der Haftungssumme entsprach.

79.42.1.1 Förderungszuschüsse können nach den für diese Aktion geltenden Richtlinien nur gewährt werden, wenn die Aufwendungen nicht länger als sechs Monate vor der Einreichung getätigt wurden und der Antrag bis längstens sechs Monate ab Betriebseröffnung bei der Bürges eingebracht wird.

79.42.1.2 Der Inhaber eines Wiener Färbereibetriebes bewarb sich im Jahr 1983 um Förderungsmittel aus der Existenzgründungsaktion zum Ankauf einer betriebsnotwendigen Liegenschaft. Obwohl aus dem Antrag hervorging, daß er den Betrieb bereits im Jahre 1976 von seinem Vater übernommen hatte, wurde das Ansuchen nach Zustimmung des Ausschusses genehmigt.

79.42.2 Im Hinblick auf einen möglichst hohen volkswirtschaftlichen Wirkungsgrad dieser Förderungsmittel empfahl der RH, verstärkt auf die Einhaltung der Richtlinien zu achten.

Prämienaktionen zur Förderung des Fremdenverkehrs

79.43 Um den Komfort in Fremdenverkehrsbetrieben und auf Campingplätzen zu heben, hat das BMHGI weitere Förderungsaktionen geschaffen, in deren Rahmen einmalige Prämien, unabhängig von der Investitionshöhe, genehmigt werden konnten.

Aus der Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume" hat die Bürges von 1972 bis 1982 an 14 937 Förderungswerber 561,7 Mill S ausbezahlt.

Die Prämienaktion „Jederzeit warme Küche" brachte von 1977 bis 1982 6 924 Antragstellern eine Gesamtsumme von 75 Mill S.

Für die Aktion „Sanitärräume auf Campingplätzen" hat die Bürges von 1979 bis 1982 107 Förderungswerber mit Prämien von 14 Mill S bedacht.

Im Rahmen der Aktion „Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an österreichischen Seen", haben von 1979 bis 1982 1 583 Antragsteller 24,7 Mill S an Förderungen erhalten.

79.44.1.1 Im Jahre 1978 gewährte die Bürges dem Pächter eines Hotelrestaurantes in NÖ Förderungsprämien von 47 500 S für den Einbau von Sanitäranlagen und Heizungen in die damals fünf Zimmer seines Beherbergungsbetriebes. Im Mai 1980 bewilligte die Bürges dem Pächter eine Förderung aus Mitteln der Gewerbestrukturverbesserungsaktion, weil er beim Ausbau des Dachgeschosses zwölf Gästezimmer errichtete. Nach den Richtlinien mußten die zwölf zusätzlichen Zimmer zumindest mit Dusche und WC ausgestattet werden. Die widmungsgemäße Verwendung des geförderten Kredites wurde im Dezember 1980 bestätigt.

79.44.1.2 Dennoch langte im Jahre 1982 ein weiterer Förderungsantrag ein, mit dem nunmehr eine Prämie zum Einbau von Bad, WC und Heizung in zwölf bestehende Gästezimmer begehrt wurde. Die Bürges genehmigte einen Prämienzuschuß von 138 000 S auf die erwähnten Einbauten.

79.44.2 Der RH beanstandete die seiner Ansicht nach richtlinienwidrige Doppelförderung, weil die Förderung mit Mitteln der Gewerbestrukturverbesserung bereits jenen Komfort verlangte, für den nachträglich noch ein Prämienzuschuß gewährt wurde.

79.44.3 Lt Äußerung eines ehemaligen Geschäftsführers wäre die Bankbestätigung über die widmungsgemäße Mittelverwendung insofern unrichtig gewesen, als die betroffenen zwölf Zimmer damals nur in bautechnischer Hinsicht fertiggestellt worden seien. Der endgültige Ausbau zu Komfortzimmern sei erst mit Unterstützung aus der Prämienaktion erfolgt.

79.44.4 In dieser Äußerung sah der RH seine Kritik bestätigt.

Förderungskonzentration in einer Tiroler Talschaft

79.45.1.1 Der konzentrierte Ausbau von Fremdenverkehrsanlagen in einem Tiroler Tal hat beträchtliche Investitionsmittel erfordert.

79.45.1.2 Einer der wesentlichen Investoren war der Leiter eines örtlichen Bankinstitutes, der gleichzeitig als Eigentümer und Mitgesellschafter mehrerer Privatfirmen auftrat. Diese Unternehmungsgruppe erhielt in den Jahren 1976 bis 1982 insgesamt zwölf Bürges-Förderungen mit rd 1,6 Mill S aus Bundesmitteln ausbezahlt bzw zugesichert, wobei in zehn Fällen die Voraussetzungen nach den Förderungsrichtlinien nicht gegeben waren.

79.45.1.3 So wurden beispielsweise Haftungskostenzuschüsse gewährt, obwohl für den geförderten Kredit keine fremde Firma die Haftung übernommen hatte und daher keine Kosten angefallen waren. In einem anderen Falle wurde die Anschaffung von Geräten gefördert, die teilweise von einer Baufirma des Bankdirektors an dessen andere angeboten worden waren. Gefördert wurde auch der Ankauf eines Großbaugerätes, obwohl der Förderungsnehmer nicht befugt war, als Bauführer aufzutreten, weil er nur den Gewerbeschein für das „freie Bauunternehmergewerbe" besaß und somit lediglich auf eigenem Grund durch befugte Gewerbetreibende Bauwerke für den späteren Verkauf errichten lassen durfte. Eine im Jahre 1977 mit einer Prämie belohnte Komfortverbesserung von Fremdenzimmern in seiner Frühstückspension wurde im Jahre 1979 neuerlich aus der Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion gefördert. Für die geplante Errichtung eines Lager- und Verkaufsgebäudes erhielt dieser Unternehmer Förderungsmittel, obwohl daraus ein dreigeschoßiges Gebäude mit vermieteten Büroräumen und einer Privatwohnung des Eigentümers im Obergeschoß entstanden ist.

79.45.2 Der RH beanstandete angesichts dieses Sachverhaltes die wiederholte Mißachtung der bestehenden Förderungsrichtlinien. Insb der Umstand, daß der Bankdirektor in seiner Eigenschaft als Betriebsinhaber oder Gesellschafter die Förderungsanträge erstellen, die Kostenangaben mit Schätzungen seiner eigenen Baufirma belegen, sie bei seiner Bank einreichen und von dort empfohlen der Bürges vorlegen konnte, hätte zur strengen Überprüfung nach den Bestimmungen der Richtlinien veranlassen müssen. Der RH konnte nicht ausschließen, daß Studienreisen nach Frankreich, an denen ein ehemaliger Geschäftsführer einmal und ein Prokurist der Bürges dreimal teilgenommen haben und zu denen das vom selben Förderungswerber geleitete Reisebüro eingeladen hatte, die auffallend günstige Behandlung dieser Förderungsanträge beeinflußt haben.

79.45.3 Die Bürges meinte, der Förderungswerber habe aufgrund seiner guten einschlägigen Kenntnisse als Leiter einer Kreditunternehmung alle Förderungsmöglichkeiten voll ausschöpfen können. Es wurde zugesagt, die kritisch erörterten Förderungsfälle anhand von Rechnungen zu überprüfen.

Organisation der Mittelverteilung

79.46.1 In der Verteilungsorganisation der Förderungsmittel haben die Kreditinstitute eine Schlüsselstellung: Sie geben Kreditversprechen für den Förderungswerber ab, begutachten das Investitionsprojekt, stellen die wirtschaftliche Zuverlässigkeit der Förderungswerber dar, bestätigen nach Genehmigung des Antrages die widmungsgemäße Verwendung des geförderten Kredites und überwachen schließlich die Kreditrückzahlungen.

79.46.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, haben in einer Reihe von Förderungsfällen Kreditinstitute objektiv unrichtige Auskünfte erteilt. Ebenso verstießen einzelne Kreditinstitute gegen die Auflage, geförderte Kredite nur mit bestimmten Höchstzinssätzen zu belasten und darüberhinaus lediglich den Ersatz von Barauslagen zu fordern. Einzelne Kreditinstitute verrechneten überdurchschnittlich hohe Spesenpauschale oder neben Barauslagen auch Krediteröffnungsprovisionen oder sonstige Gebühren.

79.46.2.2 Nach Ansicht des RH ziehen Geldinstitute aus ihrer Mitwirkung am Förderungsablauf auch Vorteile; so wird zB durch die Bürgschaftsübernahme in den meisten Fällen nicht nur ihr Kreditrisiko nahezu ausgeschaltet, sondern sie können ihr Kreditverhältnis zum Kunden auch für weitere Bankgeschäfte nützen. Der Bürges wurde daher empfohlen, im Interesse der Förderungsnehmer und der öffentlichen Hand geeignete Maßnahmen gegen jene Kreditinstitute zu ergreifen, die nachweislich unrichtige Angaben vorlegen.

79.46.3 Lt Mitteilung des BMHGI werde gemeinsam mit dem BMF geprüft, ob die gegen die Förderungsrichtlinien verstoßenden Kreditinstitute von einer weiteren Mitwirkung an Förderungsaktionen auszuschließen wären.

79.47.1.1 Am 2. Juli 1980 beschlossen die Geschäftsführer in ihrer „Postsitzung", alle Förderungsanträge einer bestimmten Wiener Großbank vorerst zurückzustellen, weil diese Bank öffentlich mit der Gewährung von billigen Förderungskrediten außerhalb der Bürges geworben hatte. Die Nichtbehandlung der Förderungsanträge währte mehrere Wochen, bis klargestellt war, daß die Bank der Bürges in keiner Weise Konkurrenz bieten wollte.

79.47.1.2 Wie der RH im April 1983 feststellte, blieben 103 unterschriftsreif vorbereitete Förderungsanträge ein bis fünf Monate von den Geschäftsführern unerledigt.

79.47.2 Nach Ansicht des RH ist die Bürges verpflichtet, Förderungsansuchen so rasch als möglich nach den Richtlinien zu überprüfen und zu erledigen. Er beanstandete daher die erwähnten Verzögerungen.

79.47.3 Ein ehemaliger Geschäftsführer der Bürges erklärte die Verzögerungen zu Beginn des Jahres 1983 damit, vom BMHGI sei eine abgeänderte Berechnungstabelle angekündigt, aber erst zur Jahresmitte übermittelt worden.

79.47.4 Diese Erklärung erwies sich für einen Teil der unerledigten Geschäftsstücke als zutreffend. Sie rechtfertigte aber nicht die aus anderen Gründen angefallenen Verzögerungen in der Förderungsabwicklung.

Finanzierung

79.48.1.1 Nach einem Vertrag mit dem BMHGI erhält die Bürges jeweils am 15. Jänner eine Mitteilung über die im Bundesbudget vorgesehenen Förderungsmittel. Die Anweisung der Budgetmittel erfolgt bedarfsgesteuert nach Maßgabe der von der Bürges genehmigten Förderungszusagen. Eine Ausnahme bilden die Förderungsmittel nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, die der Bürges in monatlichen Raten beigestellt werden.

79.48.1.2 Wie bereits eingangs (Abs 79.4) erwähnt, hat die Bürges ihren Aufwand aus den Erträgnissen der Zwischenveranlagung von Förderungsmitteln zu decken und kann bei darüber hinausgehendem Bedarf auch Förderungsmittel zur Finanzierung des Verwaltungsaufwandes heranziehen. Hiebei erfolgt keine gemeinsame Saldierung aller Aufwendungen mit allen Erträgen, sondern der Vertrag sieht vor, daß Verwaltungsaufwendungen und Erträge getrennt nach drei Gruppen (1. Kleingewerbekreditaktion und Existenzgründungsaktion, 2. Gewerbestrukturverbesserungsaktion, 3. Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion, Prämienaktionen im Fremdenverkehr und Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen) erfaßt und innerhalb dieser Gruppen gegeneinander aufgerechnet werden.

79.48.1.3 Für das Jahr 1982 führte diese gruppenweise Aufwands- und Ertragsermittlung zu folgendem Ergebnis:

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
		Mill S	
Erträge	1,8	91,2	1,2
Aufwendungen	9	5,3	4,4
Saldo	– 7,2	+ 85,9	– 3,2

Während somit die Mittel der Gewerbestrukturverbesserungsaktion beträchtliche Gebarungsüberschüsse erbrachten, konnte die Bürges nach dieser Regelung eine Forderung zur Abdeckung von Verwaltungsaufwendungen aus der ersten und der dritten Gruppe in Höhe von rd 10,4 Mill S vorlegen.

79.48.2 Dieses Ergebnis erachtete der RH als wenig befriedigend. Obwohl die Veranlagungserträge aus Gewerbestrukturverbesserungsmitteln den gesamten Verwaltungsaufwand der Bürges von 25,3 Mill S mehr als dreifach decken konnten, entstand für die Bürges eine Forderung gegen den Bund. Der RH schlug daher eine Neuregelung vor, nach der der gesamte Verwaltungsaufwand mit der Summe aller Erträge der Bürges abzudecken ist.

79.48.3 Das BMHGI stellte eine Behandlung dieses Problems durch eine im April 1984 eingesetzte Kommission und daran anschließend eine endgültige Entscheidung in Aussicht. Die Bürges meinte hingegen, die Trennung in drei Gruppen diene einer leichteren Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Förderungsaktionen, die Forderungen gegenüber dem Bund entstünden eigentlich nur buchmäßig.

79.48.4 Der RH erwiderte, die Vertragsbestimmungen sehen keineswegs nur eine buchmäßige Erfassung der Forderungen vor. Die Wirtschaftlichkeit der Förderungsaktionen könnte auch durch interne Aufwandszurechnung auf die einzelnen Aktionen ermittelt werden. Er verblieb bei seiner Empfehlung, eine Änderung dieser getrennten Abrechnungsform vordringlich zu behandeln.

79.49.1.1 Der Großteil der veranlagten Finanzmittel der Bürges stammt aus Mitteln für die Gewerbestrukturverbesserung. In den Jahren 1976 bis 1980 hat der Eigentümer der Bürges davon 3[illegible] an die „Österreichische Exportfonds GesmbH" und weitere 300 Mill S an die „Österreichische[illegible] und Fremdenverkehrs-Treuhand GesmbH" als einjährig kündbare Kredite zur Verfügung gestellt. Na[illegible] der ersten Krediteinräumung vom Oktober 1976, mußte die Bankenkonzession der Bürges erweitert werden, was mit der Auflage geschah, „daß sämtliche Ausleihungen unverzüglich dem BMF anzuzeigen sind".

79.49.1.2 Ungeachtet dieser Bedingung gewährte die Bürges im Feber 1982 der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhandgesellschaft ein weiteres Darlehen in der Höhe von 50 Mill S, ohne das BMF oder den Aufsichtsrat zu verständigen.

79.49.2 Der RH kritisierte die Nichteinhaltung der Konzessionsbedingung.

79.49.3 Lt Äußerung eines ehemaligen Geschäftsführers sei die Einschaltung des BMF übersehen worden.

79.50.1 Das Haftungskapital für die Bürgschaftsübernahmen nach der Kleingewerbekreditaktion wurde der Bürges vom ERP-Fonds zur Verfügung gestellt (Abs 79.20). Aufgrund des Treuhandvertrages ist die Bürges verpflichtet, Veranlagungserträge des Treugutes in erster Linie zur Abdeckung von Zahlungsverpflichtungen aus übernommenen Bürgschaften zu verwenden und verbleibende Reste „innerhalb desselben Kalenderjahres" dem Treugut zuzuschreiben. Abweichend davon buchte die Bürges den laufenden Zinsenertrag erst nach Fertigstellung der Bilanz, somit erst im Folgejahr dem ERP-Treugut zu.

79.50.2 Der RH beanstandete die verspätete Zurechnung der Zinsenerträge als vertragswidrig. Durch diese Vorgangsweise sind dem ERP-Treugut allein in den Jahren 1980 bis 1982 rd 1,4 Mill S an Zinserträgen entgangen.

79.50.3 Wie die Bürges dazu mitteilte, werde die Zinsenzurechnung seit August 1983 nach den Bestimmungen des Treuhandvertrages vorgenommen.

Organisation und Personal

79.51.1.1 Über Drängen des Aufsichtsrates wurden im Oktober 1977 die Geschäftsbereiche unter den beiden Geschäftsführern neu verteilt. Die Zuständigkeit für Förderungsgenehmigungen ergab sich seither aus geraden und ungeraden Geschäftszahlen, die beim Einlangen der Förderungsanträge vergeben wurden.

79.51.1.2 Im Rahmen einer von einer Teilorganisation einer politischen Partei veranstalteten Tagung hat ein ehemaliger Geschäftsführer im Dezember 1978 angeregt, daß ihm die Förderungsanträge von Mitgliedern dieser Organisation in Kopie zur Kenntnis gebracht werden. „Dadurch soll erreicht werden, daß diese Anträge im Bereich dieses Geschäftsführers zur Bearbeitung zugeteilt werden".

79.51.2 Die Empfehlung des Geschäftsführers stellte nach Ansicht des RH eine Verletzung der Objektivität bei Förderungsvergaben dar.

79.51.3 Lt Stellungnahme der Bürges ist die Geschäftsverteilung zwischenzeitlich geändert worden. Die Zuständigkeiten ergeben sich nun aus den Anfangsbuchstaben der Förderungswerber.

79.52.1.1 Im März 1980 nahm die Bürges eine Akademikerin in das Dienstverhältnis auf, der ein bis Juni 1980 befristetes Dienstverhältnis angeboten wurde. Bei Bewährung war eine unbefristete Verlängerung vorgesehen. Am 20. Juni 1980 wurde die Bedienstete dienstfrei gestellt. Mangels einer schriftlichen Willensäußerung der Bürges kam es zur arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf der ehemaligen Bediensteten vergleichsweise noch 31 400 S bezahlt wurden.

79.52.1.2 Ein Jahr später wurde ein weiterer Akademiker aufgenommen, dem ebenfalls nach Verletzung von Kündigungsvorschriften erhebliche Zahlungen geleistet wurden.

79.52.2 Der RH hielt ein höheres Maß an Sorgfalt in arbeitsrechtlichen Belangen für unerläßlich.

Werbung, Repräsentation und Dienstreisen

79.53.1 Für Inserate und Einschaltungen hat die Bürges 1981 nur 90 000 S, 1982 jedoch 1,2 Mill S ausgegeben. Dieser erhebliche Werbeaufwand betraf eine einzige Aktion, die in einer Sitzung des Beirates nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz im September 1982 im Beisein des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie beschlossen wurde. Die Durchführung hat das BMHGI einer Vermittlungsfirma übertragen. Der Aufsichtsrat, der diese Ausgaben satzungsmäßig zu genehmigen hatte, erhielt erst im Oktober 1982 davon Kenntnis.

79.53.2 Der RH beanstandete die Ausschaltung der gesellschaftsrechtlich zuständigen Organe sowie die Erteilung des Werbeauftrages durch das BMHGI, das damit über Finanzmittel der Bürges verfügte. Da die Steuerung der Nachfrage nach Förderungsmitteln nicht zu den Aufgaben der Bürges

zählt, wäre die Werbemaßnahme nach Ansicht des RH ausschließlich aus Mitteln des BMHGI zu bezahlen gewesen.

79.53.3 Das BMHGI stimmte damit überein, daß die Vergabe des Werbeauftrages rechtlich nicht zulässig gewesen sei, angesichts der rückläufigen Anzahl von Förderungswerbern wäre es aber vertretbar erschienen, die konjunkturfördernden Maßnahmen der Bundesregierung zu unterstützen.

79.53.4 Dieses Ziel hätte nach Meinung des RH auch ohne Einsatz von Finanzmitteln der Bürges durch das BMHGI erreicht werden können.

79.54.1 Für Dienstreisen wurden 172 800 S (1982) und 218 800 S (1981) verrechnet, die in weitaus überwiegendem Ausmaß die beiden Geschäftsführer betrafen.

79.54.2 Nach Ansicht des RH wäre grundsätzlich die Notwendigkeit von Dienstreisen nur zwecks Kontrollbesuchen bei Bankinstituten und Förderungsnehmern vertretbar gewesen. Mangels entsprechender Aufzeichnungen waren oft weder die Zielangaben noch das Ergebnis der verrechneten Reisen nachvollziehbar.

79.54.3 Lt Mitteilung der Bürges sei im April 1984 eine Dienstreiseordnung beschlossen worden. Einer der beiden ehemaligen Geschäftsführer begründete seine häufige Reisetätigkeit mit der Fühlungnahme mit Kreditinstituten und Förderungswerbern im Hinblick auf die häufig wechselnden Probleme der Wirtschaft.

79.55 Neben der Kritik an Unstimmigkeiten in den Reiseabrechnungen (zB Doppelverrechnung, Verrechnung von Eisenbahnfahrkarte nebst Mautgebühr für die Autobahn) und der Wahl teurer Reisemittel (zB Binnenflüge) erhob der RH auch Zweifel am dienstlichen Erfordernis von Reisen, die Eröffnungsfeierlichkeiten oder Festveranstaltungen dienten und nicht selten an Sonn- und Feiertagen vorgenommen wurden. Bei Dienstreisen während oder im Anschluß an Urlaubszeiträume war ferner unklar, wie die für die Kontrolltätigkeit erforderlichen Unterlagen beschafft wurden.

79.56 Nach Ansicht des RH hat die Bürges der Reisekostenabrechnung zu geringes Augenmerk zugewendet. In der Begründung von Dienstreisen fanden sich nur allgemeine Hinweise auf „diverse Firmenbesuche" oder „Besuche diverser Bankinstitute". Die Empfehlung des Aufsichtsrates vom Oktober 1981, daß gesellschaftliche Ereignisse nicht besucht, sondern in erster Linie Kreditinstitute kontrolliert werden sollten, wurde von den Geschäftsführern der Bürges nicht beachtet. Für die Heranziehung von Bediensteten der Bürges als Chauffeure konnten nur in den seltensten Fällen einleuchtende Gründe vorgebracht werden.

Investition

79.57.1.1 Im September 1982 hat ein ehemaliger Geschäftsführer einen Architekten mündlich mit der Erstellung eines Sanierungs- und neuen Einrichtungskonzeptes für einen Teil der gemieteten Büroräumlichkeiten beauftragt. Im Dezember 1982 legte der Architekt Kostenvoranschläge und Einrichtungsvorschläge vor, wobei als Gesamtkosten rd 1,7 Mill S genannt wurden. Der Architekt führte anschließend die Auftragsvergabe nach einem von ihm anhand eines Preisspiegels durchgeführten Ermittlungsverfahren durch. Eine Einrichtungsfirma hat dabei einen Auftrag im Wert von 500 000 S erhalten, obwohl sie in seinem Preisspiegel überhaupt nicht aufschien.

79.57.1.2 Um wegen der hohen Investitionskosten nicht den ab 500 000 S zuständigen Aufsichtsrat befassen zu müssen, beschloß die Geschäftsführung, an alle vom Architekten beauftragten Firmen noch vor dem Jahreswechsel 30 bis 40 vH der veranschlagten Kosten als Vorauszahlung zu leisten. Insgesamt wurden auf diesem Wege am 30. Dezember 1982 449 800 S als Vorauszahlung an Professionisten, die erst kurz zuvor den Auftrag erhalten hatten, angewiesen. Darunter erhielt auch der Architekt selbst 82 700 S für die Zwischenhonorarrechnung.

79.57.2 Der RH vermißte angesichts dieser Vorgangsweise die erforderliche Sorgfalt bei Verfügungen über öffentliche Mittel.

79.57.3 Der ehemalige Geschäftsführer erklärte, er habe mehrere Fachleute um kostenlose Sanierungsvorschläge ersucht, aber schließlich im Dezember 1982 schriftlich den Architekten mit Planung und Durchführung beauftragt. Der Architekt habe das ihm zustehende Honorar berechnet. In den Umbauarbeiten seien Investitions- und Erhaltungsanteile enthalten, die er getrennt zu verrechnen berechtigt gewesen sei. Die geleisteten Anzahlungen an Professionisten seien üblich.

79.57.4 Der RH vermochte diesen Erklärungen nicht beizupflichten, weil die Anzahlungen nachweislich nur geleistet wurden, um die im Jahre 1982 noch verfügbaren Investitionsmittel zu verbrauchen.

Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH, Zwentendorf

Aufgrund des Atomsperrgesetzes, BGBl Nr 676/1978, liegt seit Ende 1978 eine Kraftwerksanlage mit einem Investitionswert von rd 8,5 Milliarden S brach. Da der Konservierungsbeschluß Ende 1984 abläuft, wäre aus Kostenersparnisgründen raschest über die weitere Verwendung der Anlagen, dh über Inbetriebsetzung oder Demontage zu entscheiden.

Grundkonzeption, Unternehmungsgründung und Entwicklung

80.1 Im Jahr 1982 nahm der RH seine erste Gebarungsüberprüfung bei der Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GesmbH (GKT) vor. Die Prüfungshandlungen waren besonders erschwert, weil die Mehrzahl jener Mitarbeiter, welche hätten Auskünfte geben können, bereits aus der Unternehmung ausgeschieden war. Anläßlich der Übermittlung der Stellungnahme zum Entwurf des Prüfungsergebnisses erklärte sich die Geschäftsführung aufgrund der Personallage ausdrücklich außerstande, eine Äußerung zu allen Punkten abzugeben, was jedoch nicht ein Anerkenntnis dieser Kritikpunkte bedeute.

80.2 Die Bedeutung der Kernspaltungskettenreaktion für die friedliche Nutzung der Kernenergie läßt sich anhand der außergewöhnlich großen Energiedichte der Kernspaltung von Uran ermessen. 1 kg Kernbrennstoff liefert nämlich die gleiche Strommenge von 185 000 kWh wie bspw 44 000 kg Heizöl oder 60 000 kg Steinkohle, wobei etwa bei Heizöl für den gleichen Energieinhalt ein rd 100 000-fach größerer Rauminhalt erforderlich ist.

80.3.1 In Österreich reichten die Überlegungen, die neue Energie für die Erzeugung von elektrischem Strom heranzuziehen, bis etwa Mitte der fünfziger Jahre zurück. Greifbare Gestalt nahmen diese Erwägungen in den Jahren 1966/67 an. Der im März 1967 zwischen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) (VG) und den Landesgesellschaften abgeschlossene Grundsatzvertrag über die Koordinierung des Ausbaues von Kraftwerken sah den Eintritt Österreichs in das Zeitalter der Kernenergie vor.

Zunächst kam es im Jahr 1968 zur Gründung der Kernkraftwerkplanungs-GesmbH (KKWP), an der sowohl die VG als auch die Gruppe der neun Landesgesellschaften zu je 50 vH beteiligt waren. Gleichzeitig war der Zeitraum 1968/69 von einem ständig zunehmenden Druck breiter Kreise der Industrie und Wirtschaft, noch verstärkt durch die Bemühungen der Mehrzahl der Landesgesellschaften, nach dem Anschluß Österreichs an die moderne atomare Kraftwerkstechnik gekennzeichnet. Eine öffentliche Weichenstellung in Richtung Bau eines Kernkraftwerkes erfolgte anläßlich einer zweitägigen Tagung im Mai 1969 in Wien über das Thema „Kernenergie und Industrie", mit der Erklärung des damaligen Bundeskanzlers, er hielte die Zeit für gekommen, das Kraftwerksprojekt zügig in Angriff zu nehmen. „Die Bundesregierung wäre entschlossen, dieses Vorhaben in jeder Beziehung zu fördern und keinesfalls bereit, weitere Verzögerungen hinzunehmen." Der Verkehrsminister richtete die dringende Aufforderung an die maßgeblichen Vertreter der Elektrizitätswirtschaft, sich rasch über die Bau- und Betriebsgesellschaft für das erste Kernkraftwerk zu einigen.

80.3.2 Die Vertreter des RH, die an dieser Veranstaltung teilgenommen hatten, hielten damals bereits fest, Atomstrom erscheine nicht ganz so wirtschaftlich, wie darzustellen versucht worden wäre. Vor allem hätte ein echter Kostenvergleich im Hinblick auf die wesentlich kürzere Lebensdauer von Kernkraftwerken gegenüber Laufkraftwerken gefehlt. Außerdem standen den österreichischen Wissenschaftlern offensichtlich kein genaues Zahlenmaterial und keine echten Kostenwerte von Kernkraftwerksbetreibern zur Verfügung. Auch fanden die Bereitstellung der notwendigen großen Reservekapazitäten sowie die Verfügbarkeit des Kernkraftwerkes keinen kostenmäßigen Niederschlag in den damals optimistisch je nach Blockgröße auf 16 bis 22 g/kWh geschätzten Stromgestehungskosten.

All diesen Nachteilen standen damals jedoch die zukunftsträchtige, nahezu unerschöpfliche und verhältnismäßig saubere Energieproduktion und die geringere Belastung des heimischen Kapitalmarktes durch den Bau eines Kernkraftwerkes im Vergleich zu der Errichtung eines Donaukraftwerkes gegenüber. So wurde eine mögliche Kapitalersparnis von 1 Milliarde S genannt, falls jährlich rd 100 MW an elektrischer Leistung auf Kernkraftwerksbasis gebaut werden würden. Ferner konnte die heimische Industrie mit Aufträgen in der Höhe von etwa 70 vH der gesamten Anlagenkosten rechnen, Erfahrungen sammeln und auf eine Referenzanlage verweisen. Schließlich lag es auch im Interesse der Landesgesellschaften, mit Hilfe eines Partnerschaftswerkes die Verbundgruppe in ihrer Vorrangstellung beim Bau von Großkraftwerksanlagen zurückzudrängen.

80.4 Diese Überlegungen führten schließlich am 10. Feber 1970 zur Gründung der Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld GesmbH (GKT) mit dem Sitz in Zwentendorf. Bereits vorher hatte der Hauptausschuß des NR in seiner Sitzung vom 28. November 1969 einstimmig den Beschluß gefaßt, dem Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung der VG an der GKT anstelle des Bundes die Zustimmung zu erteilen. Das Stammkapital in Höhe von 300 Mill S wurde sohin von den nachstehenden Gesellschaften wie folgt übernommen:

Gesellschaft	Stammeinlage in Mill S	Anteil in vH
Verbundgesellschaft (VG)	150,0	50,00
Tiroler Wasserkraftwerke-AG (TIWAG)	40,0	13,34
Niederösterreichische Elektrizitätswerke- AG (NEWAG)	32,5	10,83
Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG (STEWEAG)	30,0	10,00
Oberösterreichische Kraftwerke - AG (OKA)	25,0	8,33
Kärntner Elektrizitäts-AG(KELAG)	10,0	3,33
Salzburger Aktiengesellschaft für Elektrizitätswirtschaft (SAFE)	7,5	2,50
Vorarlberger Kraftwerke - AG (VKW)	5,0	1,67
	300,0	100,00

Den Gesellschaftern sollte die Kraftwerks-Nettoleistung im Verhältnis ihrer Beteiligung zur Verfügung stehen. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich durch die Gesellschafter im Wege von Einzahlungen auf das Stammkapital und durch Leistung von Baukostenzuschüssen.

80.5 Rechtlich handelt es sich bei der GKT um eine Sondergesellschaft gemäß § 4 des 2. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl Nr 81/1947. Im Sinne des § 7 des Gesellschaftsvertrages vom 10. Feber 1970 schlossen die beteiligten Gesellschafter 1971/72 ein Betriebsführungsübereinkommen zur Regelung aller mit der Betriebsführung zusammenhängenden technischen und sonstigen Fragen, soweit sie im Gesellschaftsvertrag selbst nicht behandelt worden sind.

80.6 Die überprüfte Gesellschaft erklärte in ihrer Stellungnahme, die bisherigen Ausführungen, die sich vielfach mit energiepolitischen Fragen der damaligen Bundesregierung auseinandersetzten, würden sich auf Ereignisse beziehen, welche über den Bereich der GKT hinausgehen und zeitlich weit vor der Gründung der Gesellschaft gelegen gewesen wären. Die Leistungsgröße des ersten österreichischen Kernkraftwerkes habe die österreichische Elektrizitätswirtschaft gezwungen, auch die bis dahin übliche Form der Zusammenarbeit aufgrund des 2. Verstaatlichungsgesetzes zu überdenken. Aufbauend auf internationalen Vorbildern seien die verschiedenen Möglichkeiten einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Verbundgesellschaft und Landesgesellschaften im Rahmen der österreichischen Rechtsordnung eingehend untersucht und erörtert worden. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Elektrizitätsförderungsgesetzes 1969 hätte sich die dann verwirklichte Organisationsform als die günstigste erwiesen.

80.7.1 Das ursprüngliche Grundkonzept für die Organisation der Kernenergie in Österreich sah eine Gesellschaft vor, die Planungs- und Bauarbeiten für sämtliche Kernkraftwerke durchführen sollte. Die Gründung der KKWP hatte jedoch nur mehr den Gesellschaftszweck, ein baubeschlußfähiges Projekt für ein Kernkraftwerk der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Österreichs zu erstellen. Nach Gründung der GKT vertrat die VG im Jahr 1970 im AR dieser Gesellschaft die Meinung, die KKWP hätte ihre Aufgabe nicht erfüllt und nach Gründung der GKT sollte ausschließlich diese Gesellschaft die weitere Projektierung und Bauausführung des ersten Kernkraftwerkes und auch der folgenden Anlagen durchführen. Gleichzeitig schlug sie vor, die KKWP einzufrieren oder aufzulösen.

Diese Meinungsäußerung führte in der Folge zu lang anhaltenden, heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe der Landesgesellschaften und der VG.

Im Zuge dieser umfassenden Organisationsdiskussion haben einzelne AR-Mitglieder selbst mehrmals darauf hingewiesen, daß die Geschäftsführung der GKT überfordert sei.

Im eindeutigen Gegensatz zu der von ihrer Seite bis dahin vertretenen Auffassung erklärten die Vertreter der VG in der AR-Sitzung vom 3. Mai 1974 ein Bekenntnis zu einer dualen Grundorganisation der Kernenergie als unbedingt erforderlich. Die Planungsgesellschaft wäre für allgemeine Belange der Kerntechnik, für Standortfragen und im Auftrag der Betriebsgesellschaften für die Projektierung und

Planung der Kernkraftwerke zuständig. Die Betriebsgesellschaften sollten hingegen nur den Betrieb der Kraftwerke führen. Dieses Grundkonzept wäre dadurch durchbrochen, daß die GKT diese Planungsaufgaben für das erste Kernkraftwerk durchgeführt habe. In diesem Zusammenhang schlugen die Landesgesellschaften vor, das bei der GKT befindliche Planungspersonal ehestens rechtlich als Dienstnehmer der KKWP einzugliedern und die Planungsabwicklung bei der GKT sachlich der KKWP zuzuordnen.

80.7.2 Diese nur auszugsweise wiedergegebene Entwicklung der Grundorganisation der Kernenergie in Österreich zeigte nach Auffassung des RH deutlich, daß die Verantwortungsträger dieser zentralen Frage von Beginn an nicht das erforderliche Gewicht beigemessen hatten. Es erschien daher auch wenig befriedigend, daß erst sechs Jahre nach Gründung der KKWP und mehr als vier Jahre nach Gründung der GKT die Aufgaben der einzelnen Gesellschaften im Rahmen der Kernenergie eindeutig abgegrenzt worden sind.

80.7.3 Lt Stellungnahme der überprüften Gesellschaft wäre zum damaligen Zeitpunkt auf dem Gebiete der Kernenergie in Österreich Neuland betreten worden und ein Übergang zu großen Blockeinheiten erfolgt, womit das Bestreben, das Risiko auf mehrere Partner aufzuteilen, verständlich erschiene. Auch auf internationaler Ebene sei eine bis heute anhaltende Dynamik in organisatorischen Fragen zu beobachten. Schließlich sei auch ein Wandel im energiewirtschaftlichen Szenario seit zehn Jahren eingetreten. Den kritischen Meinungsäußerungen einzelner AR-Mitglieder zur Geschäftsführung stünden mindestens gleich viele Wortmeldungen zu ihren Gunsten gegenüber.

80.8 Die Ausschreibung für das erste österreichische Kernkraftwerk hatte noch die KKWP durchgeführt. Die GKT übernahm nach ihrer Gründung diese Unterlagen gegen Entgelt und bediente sich der geleisteten Vorarbeiten. Nach einem Terminplan, der in der AR-Sitzung vom 1. Juli 1970 vorgelegt wurde, ging die GKT von einer beabsichtigten Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in den Jahren 1975/76 aus.

1970 und 1971 flammte unter den Gesellschaftern der GKT eine ernste Diskussion über den Zeitpunkt des Baubeginnes auf, die auch in der Öffentlichkeit starken Widerhall fand. Die VG hatte sich zunächst - nach neuerlicher Prüfung von Kosten und Risken - für eine Verschiebung des Baubeginnes um zwei Jahre eingesetzt. In einer Denkschrift erklärte sie, die im Feber 1971 bekanntgewordenen Kosten des Kernkraftwerkes Zwentendorf hätten eine Überprüfung des gesamten Ausbauprogrammes erforderlich gemacht. Als wirtschaftlich vorteilhaft sah die VG eine Vorziehung des Donaukraftwerkes Altenwörth wegen der geringeren Stromkosten und des bedeutend kleineren Ausfallrisikos eines Laufkraftwerkes an.

Die beteiligten Landesgesellschaften äußerten in einem Schreiben an die VG ihre Verwunderung und Bestürzung über deren Haltung und verlangten die Einberufung einer Gesellschafterversammlung . Auch auf politischer Ebene kam es zu erregten Stellungnahmen und die Industrie forderte nachdrücklich den Baubeginn.

80.9 In der AR-Sitzung vom 19. Feber 1971, in der der Schlußbericht des Arbeitsausschusses über die vorliegenden Angebote auf der Tagesordnung stand und die den Baubeschluß der Gesellschafterversammlung vorbereiten sollte, erklärten sich die Vertreter der VG nochmals außerstande, dieser Vorgangsweise zuzustimmen. Als Begründung führten sie an, es wäre in der kurzen Zeit seit der Angebotseröffnung am 10. Feber 1971 nicht möglich gewesen, das wesentliche Problem der zeitlichen Abstimmung des Ausbaues des Kernkraftwerkes im Hinblick auf den Rhythmus des weiteren Donauausbaues im Sinne des Koordinierungsvertrages vom 20. März 1967 einvernehmlich zu lösen. Es würde jedoch angenommen, daß diese Frage bis zu einer im März anberaumten Generalversammlung entschieden werden könne. Falls der Baubeginn des Kernkraftwerkes um etwa zwei Jahre verschoben werden müsse, hätte auch die Auswahl der Lieferfirma neu zu erfolgen. Da sich die Vertreter der Landesgesellschaften dieser Auffassung nicht anschlossen, kam es zu zwei unterschiedlichen Berichten an die Generalversammlung der GKT.

80.10 Trotz dieser aufgetretenen Schwierigkeiten faßte die Generalversammlung - nachdem der Standort Zwentendorf bereits im Jahre 1970 festgelegt worden war - am 22. März 1971 den Baubeschluß. Nach Meinung des kaufmännischen Geschäftsführers der GKT sei bezüglich der Frage der Verschiebung des Baubeginnes insoferne ein Kompromiß zustandegekommen, als der ursprünglich noch für 1975 vorgesehene Inbetriebnahmetermin auf 1976 verschoben worden wäre.

80.11 Das Kernkraftwerk selbst, das typenmäßig über einen Siedewasserreaktor, eine Blockeinheit und eine Frischdampfkühlung verfügen sollte, war für eine Engpaßleistung von 700 MW ausgelegt und sollte bei einer vorgesehenen Einsatzdauer von 6 000 Jahresstunden ein Jahresarbeitsvermögen von 4 200 GWh bereitstellen. Der Kraftwerksbau wurde Mitte Feber 1972 begonnen, nachdem schon

vorher der Grunderwerb und die Entminung des Geländes abgeschlossen worden waren. Den Liefervertrag (LV) auf Erstellung einer schlüsselfertigen Kernkraftwerksanlage, einschließlich der Brennelementerstausstattung, sowie einen weiteren Vertrag auf Lieferung von Brennelementen für die 2. bis 13. Betriebsperiode - der Erstkern hat eine andere Zusammensetzung als die Nachladungen - genehmigte die außerordentliche Generalversammlung am 6. April 1972. Als für den LV maßgebliche Vergleichsanlage wurde die Anlage Brunsbüttel in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt.

80.12.1 Ungelöst blieb die Frage der Reservehaltung, die schon Ende 1970 von AR-Mitgliedern der Gruppe der Landesgesellschaften in einen engen Zusammenhang mit der Beschlußfassung über die Vergabe gebracht wurde; diesem Verlangen hat die VG zunächst nicht entsprochen. Erst in der AR-Sitzung vom 15. Mai 1972 wurde das Fehlen eines nationalen Reserveabkommens neuerlich festgestellt, obwohl dieser Reservehaltung auch international im Rahmen der UCPTE ständig wachsende Bedeutung zugemessen worden ist.

80.12.2 Der RH erachtete die Festlegung als nicht ausreichend, jeder Gesellschafter hätte selbst für die Bereitstellung der Reserveenergie für seinen Anteil an der Erzeugung des Kernkraftwerkes aufzukommen.

80.12.3 Lt Stellungnahme der GKT fiele das nationale Reserveabkommen nicht in ihre Zuständigkeit, weshalb es auch bei ihr nicht aufliege. Im übrigen erscheine die Haltung der VG verständlich, weil diese Gesellschaft die Frage der Reservehaltung von der Fassung des Baubeschlusses entkoppeln wollte, um Verzögerungen in der Projektsabwicklung zu vermeiden. Von der VG wären vielmehr zum Problem der Reservehaltung noch umfangreiche längere Studien anzustellen und wirtschaftliche und kalkulatorische Überlegungen einzubringen gewesen. Nicht zuletzt waren auch noch technische Untersuchungen hinsichtlich der Übertragungsmöglichkeiten fertigzustellen.

80.13 Die VG verpflichtete sich auf Nutzungsdauer des Kernkraftwerkes zur Fortleitung der dort erzeugten elektrischen Energie. Der hiefür ursprünglich vorgesehene Betrag von 3,0 g je kWh stieg bis Ende 1982 aufgrund der eingetretenen Erhöhungen des Verbundtarifes auf 5,548 g je kWh an. Diese Pauschalvergütung sollte nicht von der Entfernung abhängen, sondern nur von der Menge der gelieferten Energie berechnet werden.

Lt Stellungnahme der GKT wäre die einheitliche Pauschalvergütung für den Stromtransport zwischen den Gesellschaftern vereinbart worden, um - in Erwartung eines gemeinsamen Vorteiles des optimalen Standortes - die Standortfrage in dieser Hinsicht zu neutralisieren. Der gefundene Vergütungssatz stelle die mittleren Kosten für alle Vertragspartner dar.

80.14 Nach dem Baubeginn am 15. Feber 1972 verlief die Investitionsdurchführung unter Berücksichtigung von Größe und Art der Baustelle zunächst zufriedenstellend. Mit dem zunehmenden Ausbaugrad der Errichtung der Anlagen zeichneten sich allerdings immer deutlicher die Schwierigkeiten ab, die eine Einhaltung des ursprünglich festgelegten Übernahmetermins vom 1. August 1976 als unwahrscheinlich erscheinen ließen. Die wesentlichen Terminverzögerungen wurden mit Lieferverzögerungen, Qualitätsmängeln bei bereits eingebauten Anlagenteilen, Änderungen des Auftragsumfanges und einer Vielzahl von Behördenauflagen begründet.

80.15 Schon während der Anfangsphase der Errichtung des österreichischen Kernkraftwerkes war es in den USA aufgrund zunehmender Einflüsse von Umweltschützern und Bürgerinitiativen zu starken Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren für Kraftwerksanlagen gekommen. Diese Entwicklung sprang rasch auf Westeuropa über.

Ab Mitte der siebziger Jahre nahm auch in Österreich der Druck weiter Teile der Öffentlichkeit gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie immer stärker zu, wobei eine Verschärfung der zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen und insbesondere die Festlegung des Entsorgungskonzeptes in den Mittelpunkt sämtlicher Betrachtungen gerückt wurden.

80.16 Weder das Strahlenschutzgesetz, BGBl Nr 227/1969, noch die Strahlenschutzverordnung BGBl Nr 47/1972, enthielt Bestimmungen über die zu treffenden Entsorgungsmaßnahmen. Die Behörde hat vielmehr ihre Aufforderung an die Gesellschaft, Entsorgungsmaßnahmen schon vor der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes nachzuweisen, im Auslegungsweg abgeleitet. Das BMGU bezeichnete erstmals im Juni 1976 den Nachweis von Entsorgungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Erteilung der Betriebsbewilligung, ohne dies jedoch - trotz wiederholter Rückfragen der GKT - rechtsverbindlich festzulegen.

Angesichts dieser Gegebenheiten wandte sich die GKT im Dezember 1977 mit einer Denkschrift an die BReg, wobei sie die für sie seinerzeit unvorhersehbaren behördlichen Auflagen, weiters die

unvermeidbare Inbetriebnahmeverzögerung und die hieraus erwachsenden Mehrkosten für die heimische Volkswirtschaft mit etwa 1,33 Milliarden S jährlich bezifferte. Unter Berücksichtigung der Standortfestlegung und der Bewilligung des Grundkonzeptes für ein geologisches Endlager - als Voraussetzung für eine Betriebsbewilligung - rechnete die GKT damals sogar schon mit einer fünfjährigen Verzögerung der Inbetriebnahme.

80.17 In einem weiteren Lagebericht an die BReg vom Mai 1978 bezeichnete die GKT die Beschleunigung des behördlichen Genehmigungsverfahrens einschließlich aller Begutachtungen sowie entsprechende Entscheidungen der zuständigen Genehmigungsbehörden über die Entsorgungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der internationalen Möglichkeiten als dringlich.

80.18.1 Die weiteren Auseinandersetzungen um die friedliche Nutzung der Kernenergie führten schließlich in der Sitzung des NR vom 7. Juli 1978 zu dem Beschluß über einen Gesetzentwurf, welcher die weitere Nutzung der Kernenergie in jedem einzelnen Fall an die Zustimmung des NR binden sollte und eine Volksabstimmung vorsah. Unabhängig davon genehmigte der NR in derselben Sitzung den für die Rechtswirksamkeit des Wiederaufbereitungsvertrages mit der Fa COGEMA (Frankreich) erforderlichen internationalen Vertrag.

Die Volksabstimmung vom 5. November 1978 endete bei einer Beteiligung von rd zwei Drittel der Wahlberechtigten Österreichs mit rd 50,5 vH gegen und rd 49,5 vH für das Inkrafttreten des vorerwähnten Gesetzes. Nach Vorliegen dieses Ergebnisses beschloß der NR am 15. Dezember 1978 (BGBl Nr 676) ein Gesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich (Atomsperrgesetz). Im Jahr 1979 faßte der NR mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen noch einen Entschließungsantrag, wonach die Aufhebung des genannten Gesetzes einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

In einer unmittelbar nach der Volksabstimmung einberufenen außerordentlichen Generalversammlung der GKT wurden am 9. November 1978 entsprechende Beschlüsse gefaßt, die der geänderten Rechtslage Rechnung trugen.

80.18.2 Nach Auffassung des RH war die beschriebene Entwicklung zweifellos auch durch die bedeutenden Terminverzögerungen in der Fertigstellung der Kernkraftwerksanlage nicht unbeeinflußt geblieben. Ob allerdings eine Inbetriebnahme des Kraftwerkes zum ursprünglich vorgesehenen Termin im Jahre 1976 noch möglich gewesen wäre, weil zu dieser Zeit der Widerstand in der Öffentlichkeit noch nicht so deutlich zum Ausdruck gekommen war, ließ sich nachträglich keinesfalls mit Sicherheit beantworten.

80.19 Mitte Dezember 1978 beschlossen die Gesellschafter vorerst die Auflösung des seit der Gründung der GKT bestehenden AR. Anschließend wurde ein Antrag der Geschäftsführung auf Genehmigung jener Maßnahmen gebilligt, welche die vorhandenen Kraftwerksanlagen innerhalb eines Kostenrahmens von 30 Mill S in einen werterhaltenden und wartungsarmen Zustand bringen. Schließlich wurde die Vergabe einer Umrüstungsstudie an eine österreichische Planungsfirma zum Gesamtpreis von 1,5 Mill S genehmigt, die den Umbau des Kernkraftwerkes in ein Kraftwerk mit fossiler Primärenergie untersuchen sollte.

80.20 Diese Studie ging von der technischen Gegebenheit aus, daß der Umbau der nuklearen Dampferzeugungsanlage auf den Betrieb mit fossilen Brennstoffen nicht möglich sei und daher eine vollständige neue Dampferzeugungsanlage konventioneller Art zu errichten wäre. Auch sollten die Umrüstungsmaßnahmen wieder rückführbar sein, um später allenfalls doch einen möglichen Nuklearbetrieb durchführen zu können. Die planende Firma setzte sich schließlich mit Neuanlagen auf Basis Heizöl, Erdgas und Kohle sowie mit deren Kombinationsmöglichkeiten auseinander und kam bei den verschiedensten Varianten zu neuen Investitionskosten im Ausmaß von 3,3 bis 10,3 Milliarden S (Preisbasis 1979, ohne Bauzinsen und ohne aktivierungsfähige Eigenleistungen).

80.21 Noch vor der Ausarbeitung dieser Umrüstungsstudie teilte ein Vertreter der VG in der Generalversammlung vom 18. Jänner 1979 mit, daß sich die VG und die NEWAG entschlossen hätten, auf dem Standort des Kernkraftwerkes in Zwentendorf je einen kalorischen Block zu errichten. Die Generalversammlung beschloß daraufhin, daß von den zwei am Standort Zwentendorf in Aussicht genommenen Blöcken ein Block in der Größe von rd 430 MW netto im Eigentum der GKT stehen sollte.

In der Generalversammlung vom 19. Feber 1979 wurde die Absicht bekräftigt, das ersatzweise Wärmekraftwerk im Rahmen der GKT zu errichten, und für Vorarbeiten ein Betrag von 5 Mill S genehmigt. Tatsächlich fielen im Jahre 1979 vorwiegend für Probebohrungen sowie Projektierungs- und Planungskosten rd 5,1 Mill S an, die noch im selben Jahr über Aufwand abgebucht worden sind.

Schließlich wurden in dieser Generalversammlung noch der Firmenwortlaut und der Zweck der überprüften Gesellschaft geändert.

80.22 Ein von der Generalversammlung der GKT zur Ausarbeitung der weiteren Unternehmungsstrategie eingesetzter Ausschuß kam im Feber 1980 zu der Erkenntnis, daß weder ein künftiger Gas- noch ein Heizölbetrieb sinnvoll wären, zumal bei beiden Primärenergien keine langfristigen Bezugssicherheiten auf dem Weltmarkt gegeben erschienen. Außerdem hätte der Einsatz von Heizöl auch den Beschlüssen der Internationalen Energieagentur widersprochen. Bei Gasbetrieb könnte nur durch die Errichtung einer neuen Gasleitung zur Versorgung Westeuropas der erforderliche Primärenergiebezug sichergestellt werden. Es verblieb daher als einzig möglicher und wirtschaftlich halbwegs vertretbarer Umbau jener auf Basis von Steinkohle. Hier ergab sich jedoch gegenüber den beiden mittlerweile in Bau befindlichen Kraftwerksblöcken in Dürnrohr als unlösbares Problem die Versorgung der umgebauten Anlage mit billiger Steinkohle. Ferner erwiesen sich der komplizierte technische Aufbau der Kernkraftwerksanlage gegenüber zwei autarken neuen Kraftwerksblöcken und schließlich die höhere Ausfallwahrscheinlichkeit als nachteilig. Außerdem verblieb als große Unbekannte die Kostenschätzung für solch einen Umbau, zumal einschlägige Erfahrungen weltweit fehlten. Schließlich wäre auch die Umweltbelastung im Tullnerfeld durch praktisch drei große Kohlekraftwerksanlagen kaum erträglich gewesen.

80.23.1 Trotz einer zeitnahen Fortführung der Umbaustudie im Juni 1981 wurde die mehrmals in baubeschlußähnlicher Form bekundete ernste Absicht, das Kernkraftwerk Zwentendorf in ein kalorisches Kraftwerk umzubauen, bis zum Ende der Gebarungsüberprüfung nicht mehr weiterverfolgt.

80.23.2 Wie der RH kritisch vermerkte, lagen allerdings förmliche Beschlüsse der Generalversammlung, dieses Projekt zurückzustellen oder fallen zu lassen, nicht vor.

80.23.3 Lt Stellungnahme der GKT habe es sich sehr wohl um ernsthafte Studien gehandelt, zumal deren Ergebnisse letztendlich zum Baubeschluß für die Ersatzkraftwerke Dürnrohr geführt hätten. Verständlicherweise seien daher die Umbaupläne für Zwentendorf in den Hintergrund getreten. Im Sommer 1983 sei dann der Umbau nochmals eingehend untersucht und über Verlangen dem zuständigen Bundesminister ein Bericht vorgelegt worden. Letzterer hätte daraufhin mit Schreiben vom 15. November 1983 zur Kenntnis genommen, daß ein Umbau wohl technisch möglich, aber wirtschaftlich nicht sinnvoll sei.

80.24 Auf der Grundlage von Stillegungsuntersuchungen bei den beiden Kernkraftwerksanlagen in Biblis und Brunsbüttel in der BRD arbeitete eine Fachfirma im Juni 1981 mit Kosten von 100 000 S eine Abbruchstudie für das Kernkraftwerk in Zwentendorf aus. Die Variante 1 sah eine Totalbeseitigung aller Komponenten-Strukturen einschließlich der Fundamente vor. Bei der Variante 2 hingegen war davon ausgegangen worden, daß die Strukturen des Kernkraftwerkes 2 m unter dem Niveau im Boden verbleiben. Auf Preisbasis Jänner 1979 ermittelte sie nach Abzug möglicher Verwertungserlöse Abbruchskosten von knapp 400 bzw 300 Mill S. Der Personaleinsatz wäre hiebei so zu steuern, daß die Variante 1 in ungefähr sieben und die Variante 2 in etwa 5,5 Jahren beendet sein müßte.

80.25.1 In der Generalversammlung vom 26. Feber 1980 faßten die Gesellschafter den Beschluß, das Kernkraftwerk zum Zwecke einer bestmöglichen Verwertung (ua Verkauf, allfälliger Umbau in ein Gaskraftwerk oder allfällige Inbetriebnahme als Kernkraftwerk zu einem späteren Zeitpunkt) für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1984 zu konservieren. Bei einem Personalstand von 37 Mitarbeitern für die Durchführung dieser Konservierungsarbeiten wurden hiefür jährlich Aufwendungen von ungefähr 40 Mill S erwartet.

80.25.2 Wie der RH kritisch vermerkte, fielen tatsächlich in den Jahren 1979 bis 1981 netto rd 82,0 Mill S, 96,8 Mill S und 26,8 Mill S an Konservierungskosten an.

80.25.3 Lt Stellungnahme der GKT hätten die genannten Kosten von 40 Mill S auf Basis 1980 die Aufrechterhaltung und nicht die Erreichung des Konservierungszustandes enthalten. Die wesentlich beteiligten Personalkosten seien nur allmählich durch Personalabbau zu mindern gewesen. Angesichts der Geldwertänderung liege das Präliminare 1984 bereits im vorgegebenen Rahmen.

80.26 Das Atomsperrgesetz beschränkte die Rechte der GKT als Eigentümerin auf bestimmungsgemäße Nutzung. Die von der GKT eingeholten Rechtsgutachten empfahlen, einen gerichtlichen Antrag auf Zuerkennen einer Entschädigung zu stellen. Im Zuge des Verfahrens könnte ein Gesetzprüfungsverfahren beim Verfassungsgerichtshof angestrebt werden.

Mit Antrag vom 16. März 1981 begehrte die GKT im Außerstreitverfahren die Feststellung, daß ihr von der Republik Österreich eine Entschädigung in Höhe von rd 7,2 Milliarden S zustünde. Zusätzlich lenkte sie jedoch ihre Zielrichtung auf Art 140 Abs 1 B-VG, wonach ein zur Entscheidung in 2. Instanz berufenes Gericht zur Anfechtung eines Gesetzes wegen Verfassungswidrigkeit berufen ist, sofern es Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des anzuwendenden Gesetzes hat.

Mit Beschluß vom 7. Feber 1982 wies das angerufene Bezirksgericht den Antrag mit der Begründung ab, die GKT verfügte im Zeitpunkt der Erlassung des Atomsperrgesetzes über kein vermögenswertes Recht zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes, das ihr durch das Atomsperrgesetz entzogen worden wäre, weshalb auch keine Enteignung vorliegen könne.

Der daraufhin von der GKT erhobene Rekurs erbrachte dann vom zuständigen Kreisgericht den erwarteten Antrag beim Verfassungsgerichtshof, § 1 des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1978 (Atomsperrgesetz) als verfassungswidrig aufzuheben. Mit Erkenntnis vom 16. Dezember 1983 wurde der Antrag abgewiesen. Daraufhin gelangte das Kreisgericht St. Pölten zu dem Schluß, daß durch das Atomsperrgesetz zwar keine Enteignung, wohl aber eine „wesentliche Beschränkung des Eigentums" vorliegt. Dem Grunde nach bestehe daher der Anspruch auf Entschädigung zu Recht.

Ob die Republik Österreich nunmehr den OGH als letzte Instanz anrufen wird, war im Zeitpunkt dieser Berichterstattung noch nicht bekannt.

80.27 Mit dem Atomsperrgesetz 1978 ergab sich für die österreichische Elektrizitätswirtschaft schlagartig nicht nur die Lage, daß der für das Speicherkraftwerk Malta plangemäß vorgesehene Pumpstrom aus dem Kernkraftwerk nicht mehr erwartet werden konnte und die der Planung des überregionalen Stromversorgungsnetzes zugrundegelegten Vorausberechnungen des Energieflusses hinfällig wurden, sondern auch der Zwang, das größte österreichische Grundlastkraftwerk, das kurz vor der Inbetriebnahme stand, so rasch wie möglich zu ersetzen. Bereits sieben Monate nach Inkrafttreten des genannten Gesetzes hatte die Elektrizitätswirtschaft ihre Ausbauplanung der neuen Lage angepaßt, wobei die Lücke durch einen verstärkten Wasserkraftausbau (zB Beschleunigung des Donauausbaues durch Bauzeitverkürzungen von 36 auf 30 Monate je Anlage und Aufnahme neuer Wasserkraftwerksprojekte in die Ausbauplanung) und durch neue kalorische Kraftwerke auf der Grundlage importierter Steinkohle geschlossen werden sollte. Letztere betreffen die beiden Blöcke in Dürnrohr und einen Block im Raume Graz.

80.28 Es war jedoch nicht möglich, ein termingerechtes Schließen der Lücke zu erreichen, weil die Ersatzkraftwerke den Betrieb frühestens Mitte der achtziger Jahre, also mit einer zeitlichen Verzögerung von mindestens fünf Jahren, aufnehmen können. Daß die Stromversorgung dennoch ohne Engpaß für die Verbraucher aufrecht erhalten werden konnte, war auf mehrere Umstände bzw Maßnahmen zurückzuführen:

(1) Die mit der „Ölkrise" weltweit eingetretene Abschwächung der Wirtschaft ließ auch in Österreich den Stromverbrauch seit 1974 wesentlich schwächer ansteigen als im vorangegangenen Zeitraum wirtschaftlicher Hochkonjunktur, und zwar mit nur mehr 3,7 vH gegenüber 7 vH im vergangenen Jahrzehnt.

(2) Die Erzeugung der Wasserkraftwerke lag in den letzten Jahren aufgrund überdurchschnittlichen Wasserdargebots allgemein, zum Teil sogar wesentlich über dem Regelwert.

(3) Die als stehende Ausfallreserve vorgesehenen kalorischen Kraftwerke (vor allem die ältesten Kohlekraftwerke der VG) wurden in den Hochwintermonaten verstärkt für die Bedarfsdeckung eingesetzt, was allerdings die Versorgungssicherheit in Störfällen wesentlich herabsetzte.

(4) Schließlich sah sich die Verbundgruppe in den Wintermonaten zu zusätzlichen, zT äußerst teuren Stromeinfuhren genötigt.

80.29 Da das Atomsperrgesetz schon am 30. Dezember 1978 in Kraft trat, ergab sich bereits beim Rechnungsabschluß zum 31. Dezember 1978 die Frage der Bewertung des Anlagevermögens. Die durch die rasche Gesetzeswerdung auf kaufmännischem Gebiet geschaffene Unsicherheit zeigte sich auch in der verzögerten Fertigstellung der Rechnungsabschlüsse 1978 und 1979. Nach eingehender Beratung mit den beiden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und in dem von den Gesellschaftern der GKT ständig eingesetzten Bilanzausschuß wurde eine Teilwertberichtigung zum Anlagevermögen um rd 70 vH auf 30 vH des Wertes vorgenommen. Da die Bewertung des Anlagevermögens und des Erstkernes - auch unter Berücksichtigung der vorgenommenen Teilwertberichtigung - nicht abschließend beurteilt werden konnte und weil noch keine endgültigen Beschlüsse über die Weiterverwendung bzw -verwertung der bestehenden Anlagen vorlagen und auch die Verwertungsmöglichkeiten der Brennelemente des Erstkernes noch nicht abgeschätzt werden konnten, erhielt die GKT seit damals vom Jahresabschlußprüfer nur einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk.

80.30 Aufgrund eines Reinverlustes von 4,8 Milliarden S ergab sich zum 31. Dezember 1981 ein negatives Eigenkapital von rd 4,5 Milliarden S. Zukünftige Aufwendungen, die sich aus der Nichtinbetriebnahme ergeben, sind hierin noch nicht berücksichtigt. Eine finanzielle Gefährdung der Gesellschaft bzw deren Gläubiger war jedoch aufgrund der Eigentümerstruktur der GKT nicht gegeben. Alle diese Umstände sind auch den Gesellschaftern bekannt.

80.31.1 Der Personalbedarf der GKT wurde zu Beginn des Jahres 1978 - sohin noch vor der Volksabstimmung - aufgrund eines neu erarbeiteten Organisationskonzeptes mit 202 Mitarbeitern festgelegt, wobei hievon 144 Dienstnehmer für den Bereich der Technik und 58 Mitarbeiter für den kaufmännisch-administrativen Sektor vorgesehen waren. Tatsächlich umfaßte der Personalstand beim Inkrafttreten des Atomsperrgesetzes (Ende 1978) 182 Mitarbeiter.

Verhältnismäßig bald nach der Volksabstimmung wurde ein Sozialkatalog erstellt und die GKT nahm Verhandlungen bezüglich der Übernahme von Personal in das Kraftwerk Dürnrohr auf.

Tatsächlich verringerte sich der Personalstand der GKT stetig und hielt zum 1. Juni 1982 bei 101 Mitarbeitern.

80.31.2 Der RH stellte die Angemessenheit dieses Personalstandes in Frage.

80.31.3 Die GKT erklärte in ihrer Stellungnahme, bei der Beurteilung der Personalentwicklung dürfe nicht übersehen werden, daß einerseits eine Anlagenkonservierung ohne gleichzeitige „Personalkonservierung" keine optimale Lösung darstelle. Dies hätten auch die nunmehr vorliegenden Untersuchungen über die Zusatzkosten für Fremdpersonal im Falle einer Inbetriebnahme gezeigt. Ein Großteil der ausgewiesenen Personalkosten würde durch Verleihung von Mitarbeitern an in- und ausländische Elektrizitätsversorgungsunternehmungen (EVU) wieder hereingebracht werden.

80.32 Ungeachtet der kritischen Feststellungen und Anregungen des RH ist zu sagen, daß die Planung und Errichtung des ersten Kernkraftwerkes in Österreich zweifellos an die Vertreter der Gesellschafter, die AR-Mitglieder, die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Gesellschaft besondere Anforderungen gestellt hat, die unter zum Teil schwierigen Bedingungen zu meistern waren. Der Abschluß umfassender Verträge hinsichtlich der nahezu schlüsselfertigen Bauausführung der Kraftwerksanlagen und der Beschaffung des Kernbrennstoffes sowie der Anfertigung der Brennelemente, die Bewältigung des zeitweise gegebenen Termindruckes und die Erfüllung der zahlreichen Behördenauflagen, die nur zum Teil vorhersehbar waren, weil der Bau des Kernkraftwerkes in Österreich auch für die zuständigen Behörden Neuland dargestellt hatte, erforderten den vollen Einsatz der mit diesen und weiteren Aufgaben betrauten Mitarbeiter. Insbesondere aber die keineswegs alltägliche Lage, ein nahezu fertiggestelltes Kraftwerk zufolge einer politischen Entscheidung nicht in Betrieb nehmen zu können, stellte die Verantwortungsträger vor schwierige Aufgaben, die den Gegebenheiten entsprechend wahrgenommen wurden.

Bedeutung der Kernenergie

80.33 Anhand der Gegebenheiten in zwei europäischen Ländern läßt sich die Bedeutung der Kernenergie ermessen.

In der Schweiz betrug 1981 der Anteil der Elektrizität am gesamten Energieverbrauch etwa 19 vH. Der Anteil der Kernkraftwerke an der Stromerzeugung erreichte etwa 28 vH. Allerdings ist der Ausbau der Wasserkräfte in der Schweiz seit Jahren abgeschlossen, so daß sie zum Einsatz alternativer Energieerzeugungsanlagen gezwungen war.

Frankreich setzt weiterhin stark auf die Nukleartechnik zur Energieerzeugung. Im Jahre 1981 waren 30 Kernkraftwerke in Betrieb und weitere 28 im Bau oder Planung. Etwa 38 vH der gesamten Stromerzeugung (rd 100 Milliarden kWh) stammten aus Kernkraftwerken. Wie den Kostenprognosen für das Jahr 1990 zu entnehmen ist, wird für eine kWh aus Kohlekraftwerken mit nahezu dem Doppelten und aus Ölkraftwerken sogar mit noch mehr gegenüber den kWh-Kosten aus einem Kernkraftwerk gerechnet.

80.34 In der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs (Luftlinien-Entfernung 300 km) standen Mitte 1982 insgesamt 19 Anlagen mit einer Leistung von 13 000 MW in Betrieb und 29 Kernkraftwerke mit rd 23 500 MW befanden sich in Bau oder Planung. Somit werden um Österreich Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung betrieben, die etwa der Gesamtleistung aller in Österreich installierten Kraftwerke zur Stromerzeugung entspricht.

80.35 In Österreich betrug 1981 der Gesamtenergieeinsatz 991 Petajoule oder nahezu 34 Mill t Steinkohleneinheiten. Davon entfielen etwa 14 vH auf Wasserkraft, 20 vH auf Erdgas, 16 vH auf Kohle und Koks, weiters 4 vH auf Holz und Abfälle und 46 vH auf Rohöl und flüssige Erdölprodukte. Etwa brutto 67 vH der Primärenergie mußten importiert werden. Abgesehen von der strategisch unerwünschten Auslandsabhängigkeit ergab sich hieraus ein Devisenabgang von rd 54 Milliarden S, was immerhin einem Anteil von rd 5 vH am Brutto-Inlandsprodukt entsprach.

Der Anteil der elektrischen Energie am Gesamtenergieverbrauch belief sich 1981 auf nicht ganz 15 vH. Von der gesamten Stromerzeugung von rd 43 000 GWh entfielen nahezu 72 vH auf die Erzeu-

gung aus Wasserkraft, während etwa 28 vH in kalorischen Kraftwerken auf Basis Kohle, Erdöl oder Erdgas gewonnen wurden. Vom ausbauwürdigen heimischen Wasserkraftpotential, das nach dem Stande vom Jahre 1982 mit 53 700 GWh angegeben wird, werden 52 vH bereits genutzt, 8 vH der Anlagen befinden sich im Bau und 40 vH stehen für weitere Projekte noch zur Verfügung. Auch der Ausbau dieser Wasserkräfte wird nicht die aufgrund der jahreszeitlich bedingten unterschiedlichen Wasserführung fehlende Grundlast voll abdecken können. Schließlich verfügt Österreichs öffentliche Elektrizitätsversorgung derzeit lediglich über 3 vH anstatt der geforderten üblichen 15 vH an Kraftwerksreserven.

80.36 Unter der Annahme eines mittelfristigen Wachstums der westlichen Industrieländer zwischen 2,5 vH und 2,75 vH erscheint nach Meinung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung für Österreich ein jährliches Wirtschaftswachstum um 2,5 vH im Zeitraum 1981 bis 1995 am wahrscheinlichsten. Die Prognoseberechnung für den Energieverbrauch ergab hiebei auf längere Sicht eine eher schwache Zunahme des Energieverbrauches nur noch um 1,6 vH, wobei jedoch der Verbrauch von elektrischer Energie wesentlich darüber liegen wird. Damit wird der Energieverbrauch 1990 voraussichtlich um 18 vH und 1995 um 24 vH höher sein als 1981.

80.37 Da sich das heimische Wasserkraftpotential nach der in den nächsten 10 bis 15 Jahren vorgesehenen verstärkten Nutzung allmählich dem Endausbau nähert, inländische Braunkohlenvorräte in nur geringem Ausmaß und Steinkohlenlager im Inland überhaupt nicht vorhanden sind und weiters neue Verfahren für die großtechnische Stromerzeugung im kommenden Jahrzehnt nicht zu erwarten sein dürften, wird auch in Österreich für die künftige Deckung des Strombedarfes die Heranziehung von Importkohle in einem überdimensionalen Ausmaß erforderlich sein. In Anbetracht der Kosten und der starken Umweltbelastung der immer zahlreicher werdenden Kohlekraftwerke erscheinen neue Überlegungen hinsichtlich des Einsatzes der Kernenergie für die Stromerzeugung angebracht.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen

80.38 Ein von der VG im Jahre 1971 angestellter Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen dem Kernkraftwerk und dem damals erörterten Ausbau des Donaukraftwerkes Altenwörth ging zugunsten des Kernkraftwerkes aus. Da sich die maßgeblichen Kennwerte beim Donaukraftwerk auf das rd Zweifache jener des Kernkraftwerkes beliefen, war mit dem gleichen Kapitaleinsatz beim Kernkraftwerk die doppelte Ausbauleistung zu bewerkstelligen. Hingegen war wegen der Brennstoffkosten beim Kernkraftwerk in den ersten 20 Jahren mit ungefähr 23 bis 24 Groschen/kWh etwa Preisgleichheit zwischen den beiden Kraftwerkstypen gegeben. Die Vorteile des Laufkraftwerkes an der Donau traten erst danach deutlich in Erscheinung, soferne nicht die Auslandsunabhängigkeit bei der Primärenergiebeschaffung und die Handelsbilanzentlastung schon von Anfang an entsprechend hoch bewertet würden. Weitere Vorteile des Wasserkraftwerkes waren die längere Nutzungsdauer und die geringere Ausfallwahrscheinlichkeit durch die Ausstattung mit neun Stromerzeugungsaggregaten. Die Nachteile lagen in der Abhängigkeit vom Wasserdargebot, das gerade in den Zeiten des hohen Grundlastbedarfes im Winter am niedrigsten ist. Ein Kernkraftwerk paßte daher, aufgrund der Möglichkeit, jahresdurchgängig Grundlastenergie zu erzeugen, in den Wintermonaten ausgezeichnet in jedes koordinierte Ausbauprogramm der Verbundgruppe und der Landesgesellschaften. Eine weitere wichtige Wirtschaftlichkeitsüberlegung bildete vor Baubeschluß die Tatsache, daß die heimische Industrie in ihrem Bestreben unterstützt werden sollte, auch auf dem Gebiet der Erzeugung und Lieferung von Anlageteilen für Kernkraftwerke international Anschluß zu gewinnen.

80.39 Aber auch im Jahre 1982 und nach Ermittlung der vorläufigen Gesamtinvestitionskosten des Kernkraftwerkes von rd 8,5 Milliarden S konnte sich das Kernkraftwerk bei Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gut behaupten. Der Abstand der spezifischen Ausbaukosten gegenüber Flußkraftwerken an der Donau bzw an der Drau blieb gewahrt bzw vergrößerte sich noch. Auch im Vergleich zu dem im Bau befindlichen Kohlekraftwerk in Dürnrohr zeigte sich das Kernkraftwerk auf Basis einer Kostenermittlung, Inbetriebnahmezeitpunkt zweite Hälfte 1984, mit rd 56 Groschen gegenüber 105 Groschen/kWh eindeutig überlegen. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auf Basis eines Ölkraftwerkes konnten wohl in Anbetracht der Empfehlung der Internationalen Energieagentur auf Verringerung der Erdölabhängigkeit der europäischen Länder entfallen.

80.40 Von ausschlaggebender Bedeutung ist jedoch die Belastung der Volkswirtschaft durch die Nachteile aufgrund der durch das Atomsperrgesetz verfügten Nichtinbetriebnahme des Kernkraftwerkes. Zu den unmittelbaren Nachteilen zählen das Brachliegen des investierten Kapitals, die Mehrkosten aus der Substitution des Kernkraftwerksstromes aus Kohlekraftwerken und die Kosten der Konservierung. Zu den mittelbaren Nachteilen zählt das ungünstige Verhältnis von Fixkosten zu den Brennstoffkosten bei fossilen thermischen Kraftwerken (Kohle, Gas, Erdöl) von 1 : 1 gegenüber 2 : 1 beim Kern-

kraftwerk. Dadurch kommen Primärenergiekostensteigerungen bei den erstgenannten Kraftwerkstypen stärker zum Tragen. Weiters ist die Vorratshaltung von Kernbrennstoffen langfristiger und krisensicherer möglich als bei fossilen Primärenergiearten. Ferner können die heimischen Industriebetriebe nunmehr auf keine Referenzanlage im Inland verweisen. Auf diese Weise geht das auf dem nuklearen Industriesektor erworbene Know-how verloren. Schließlich hat die stromintensive Industrie aufgrund der zu erwartenden höheren Produktionskosten mit einer Wettbewerbsverschärfung zu rechnen.

Die Problematik einer allfälligen Inbetriebsetzung

80.41 Unter der Annahme einer Aufhebung des Atomsperrgesetzes könnten vom technischen Standpunkt aus gesehen innerhalb von etwa zwei Jahren die Dekonservierung und die Inbetriebsetzung des Kernkraftwerkes erfolgen. Aufgrund zusätzlicher sicherheitstechnischer Auflagen müßte jedoch mit einer Inbetriebsetzungsverzögerung noch um ein weiteres halbes bis zu einem Jahr gerechnet werden.

Einen Engpaßfaktor stellt jedoch die Personalbesetzung dar. Schon anfangs 1982 waren wegen der Nichtinbetriebnahme die Lizenzen des qualifizierten Personals erloschen. Viele Fachkräfte wanderten zu anderen Gesellschaften ab und die Ausbildung einer neuen Betriebsmannschaft würde drei bis vier Jahre Zeit erfordern. Demnach müßte in den ersten Betriebsjahren angemietetes lizenziertes und aller Voraussicht nach ausländisches Personal herangezogen werden.

Die Inbetriebsetzung würde auch zusätzliche Kosten erfordern. Der Auftragnehmer hatte sich vertraglich verpflichtet, das Kernkraftwerk wieder in den „bau- und genehmigungsfähigen Zustand vom November 1978" zu bringen. Hiefür und für die seinerzeit nicht mehr erbrachten Lieferungen und Leistungen sowie für die Sicherung allenfalls notwendiger technischer Nachrüstungen und aktivierungsfähiger Eigenleistungen wäre ein Betrag von mindestens 2,5 Milliarden S aufzubringen.

Im Genehmigungsverfahren bedürften Fragen des Strahlenschutzrechtes sowie des Wasser- und des Baurechtes noch einer Klärung, vor allem jedoch die Entsorgung der Abfälle einer rechtlich und technisch einwandfreien Lösung. Die Brennstoffversorgung war 1984 durch den Erstkern und die sonstigen Uranvorräte allerdings noch auf mehrere Jahre hin gesichert.

80.42 Unter Entsorgung wird einerseits eine sachgerechte und sichere Verbringung der in einem Kernkraftwerk anfallenden bestrahlten Brennelemente zur Wiederaufarbeitung oder Zwischenlagerung und andererseits die Behandlung, Beseitigung und Lagerung der in einem Kernkraftwerk entstandenen oder aus der Wiederaufarbeitung angefallenen radioaktiven Abfälle verstanden.

Der im Mittelpunkt des Entsorgungskonzeptes gestandene Wiederaufarbeitungsvertrag wurde von der GKT unmittelbar nach der Volksabstimmung aufgekündigt.

Wie die überprüfte Unternehmung mitteilte, habe sie die geleisteten Anzahlungen zur Gänze durch Verkauf ihrer Anteilsrechte zurückerhalten.

Baukostenentwicklung

80.43.1 Die Gesamtkosten ohne Bauzinsen stiegen von dem 1972 mit rd 5 056 Mill S veranschlagten Wert letztlich auf rd 6 460 Mill S an (1979). Mit Bauzinsen ergab sich im gleichen Zeitraum eine Erhöhung von ursprünglich rd 5 738 Mill S auf rd 8 466 Mill S.

80.43.1.1 Die Steigerung des Anlagenpreises um rd 561 Mill S (ohne Bauzinsen) spiegelte nicht deren gesamtes Ausmaß wider. Die aufgrund von zahlreichen Behördenauflagen entstandenen Mehrkosten von rd 1 022 Mill S wurden durch Einsparungen zufolge der vorzeitigen Baubeendigung des Kernkraftwerkes und durch Umstellung auf das neue Umsatzsteuersystem in einem Ausmaß von rd 578 Mill S teilweise wettgemacht.

80.43.1.2 Bedeutende Kostenmehrungen (rd 686 Mill S) waren im Rahmen der bauherrnseitigen Beistellungen ua auf die Vergrößerung des Betriebsgebäudes, die Ausgestaltung des Informationszentrums, verschiedene Prüf- und Revisionseinrichtungen sowie auf Brandschutzmaßnahmen zurückzuführen. Bei den elektrischen Anlagen lösten erhöhte Baukostenbeiträge für Schaltanlagen, Behördenauflagen und Mehrkosten für den Baustrom wegen eingetretener Strompreiserhöhungen und längerer Bauzeit beachtliche Kostensteigerungen aus.

Für das Genehmigungsverfahren waren 33 Mill S (1972) veranschlagt, aber insgesamt rd 208 Mill S (1979) aufgewendet worden. Diese Erhöhung um 529 vH hatte ihre Ursache in einer quantitativen und qualitativen Erweiterung der Begutachtungen, in einer Anhebung der Stundensätze der begutachtenden Stellen sowie in einer Ausdehnung der Bereiche mit strahlenschutzrechtlichen Bewilligungen und schließlich in der Prüfung der Kabel auf redundante Verlegung sowie in der Dokumentation der Prüfungen und Abnahmen.

Die bauherrnseitigen Beistellungen aus dem laufenden Betriebsaufwand stiegen um 317 Mill S bzw 254 vH, weil mehr und höher qualifiziertes Personal zu einem früheren als ursprünglich geplanten Zeitpunkt einzustellen war. Während die überprüfte Unternehmung 1972 noch mit einem endgültigen Personalstand von 135 Bediensteten gerechnet hatte, lag dem Präliminare 1977 bereits ein Personalstand von 195 Dienstnehmern zugrunde.

80.43.1.3 Gleitungen waren mit rd 678 Mill S am Gesamtkostenanstieg beteiligt.

Neben der längeren Bauzeit und der eher wirklichkeitsfremden Einschätzung der Steigerungsraten für Lohn und Material von ursprünglich 7 bzw 1 vH im Jahr für den Bau- bzw den österreichischen Lieferanteil lag die Steigerungsursache in der Art der Veranschlagung. Die Neuberechnung der Gleitbeträge erfolgte nämlich immer nur für die bereits abgelaufene Bauzeit. Hinsichtlich der bevorstehenden restlichen Errichtungszeit beließ die GKT jedoch jene Ansätze, die bereits zum Zeitpunkt des Baubeschlusses festgelegt worden waren.

80.43.1.4 Ursprünglich waren 682 Mill S an Bauzinsen kalkuliert worden, was einer 7,75 vH-Verzinsung des eingesetzten Kapitals bei einer 59-monatigen Bauzeit entsprach. Wegen der längeren Bauzeit sowie der wesentlich gestiegenen Gesamtkosten der Anlage ergaben sich letztlich Bauzinsen von 2 006 Mill S, dh um 194 vH mehr als veranschlagt.

80.43.1.5 Schließlich war es bei den grenzüberschreitenden Kosten, dem Erstkern sowie durch die Auflösung der Position „Unvorhergesehenes" noch zu einer Verringerung der ursprünglich präliminierten Werte um insgesamt rd 526 Mill S gekommen.

80.43.2 Der RH verkannte nicht die Schwierigkeiten, die Kostenentwicklung vor der Errichtung des ersten österreichischen Kernkraftwerkes richtig abzuschätzen. Dennoch kritisierte er die teilweise zu geringe oder überhaupt fehlende präliminarmäßige Vorsorge. Weiters hätte seiner Meinung nach eine Kostensteigerung in dem genannten Ausmaß durch günstigere Vertragsbestimmungen sowie durch eine strengere Abwehr und genaue Prüfung der aus Behördenauflagen sich ergebenden Forderungen hintangehalten werden können.

80.43.3 Die überprüfte Unternehmung erklärte, die durch Terminverzögerung bei der GKT entstandenen Kostenerhöhungen seien im internationalen Vergleich noch als verhältnismäßig gering anzusehen.

Vergabe des Kernkraftwerkes

80.44.1.1 Aufgrund der zur beschränkten internationalen Ausschreibung über die Errichtung eines schlüsselfertigen 600 MW-Kernkraftwerkes von Ende Mai 1969 eingelangten Angebote waren nur mehr Leichtwasserreaktoren in der engeren Auswahl verblieben, wobei ein schwedischer Hersteller (Firma A) einen Siedewasserreaktor, eine Schweizer-amerikanische Gruppe (Firma B) einen Druckwasserreaktor sowie eine Unternehmung aus der BRD, die zusammen mit ihrer österreichischen Tochter und einer anderen heimischen Elektrofirma eine Bietgemeinschaft (Firma C) eingegangen war, beide Varianten anboten. Wie dem Schriftverkehr im Zuge der rd ein Jahr dauernden Verhandlungen mit den oben genannten Anbietern zu entnehmen war, hatte die Firma C neben ihrer Stellung als möglicher Lieferant auch eine Art Beratertätigkeit ausgeübt.

80.44.1.2 Nach langwierigen Abklärungsgesprächen mit allen Bietern kam es Ende 1970 zu einem vorläufigen Abschluß der angestellten Angebotsvergleiche. In einer diesbezüglichen schriftlichen Ausarbeitung stellte die GKT einleitend fest, sämtliche anbietenden Firmen seien durchaus in der Lage, ein genehmigungsfähiges und betriebstüchtiges Kernkraftwerk zu liefern. Eine Gesamtbeurteilung aufgrund des technischen Vergleiches stufte die Firmen B und C als etwa gleichwertig ein, während die Firma A - vor allem aufgrund der geringeren Erfahrung - den zweiten Platz einnahm. Da beim wirtschaftlichen Vergleich die untersuchten Varianten der Firma C hinsichtlich der spezifischen Anlage- und Stromgestehungskosten beträchtlich über den Angeboten der beiden anderen Mitbewerber lagen, ergab sich die Reihung Firma B, Firma A und Firma C.

80.44.1.3 In der Zeit vom 1. bis 3. Feber 1971 kam es zu Endverhandlungen mit den Bietern. Aufgrund der daraufhin letztgültig gelegten Angebote schob sich die Firma A hinsichtlich der Gesamtkosten an die erste Stelle, die Firma B fiel auf den zweiten Platz zurück und die Firma C verblieb an letzter Stelle.

Während die Firmen A und B im Zuge des Letztanbotes den Leistungsumfang erhöhten, nahm die Firma C eine Herabsetzung des Anlagenpreises durch Vereinfachungen vor. Den Wegfall dieser Ver-

einfachungen bot die Firma C teilweise wiederum in Form von Optionen an, welche die GKT in einer Reihe von Fällen, gegen gesonderte Vergütung, auch tatsächlich wieder ausnützte.

80.44.1.4 In der AR-Sitzung vom 19. Feber 1971 wurde die Firma C zum Bestbieter erklärt. Maßgebend für die Auftragserteilung waren lt Protokoll sowohl wirtschaftliche wie auch technische Gründe sowie der hohe österreichische Lieferanteil dieses Angebotes.

80.44.2 Der RH kritisierte diese Vorgangsweise, weil der mit großem Abstand billigste Bieter A mit der Begründung ausgeschieden worden war, er habe zu geringe Erfahrung hinsichtlich des Betriebes und der Errichtung von Kernkraftwerken. Dem stand die eingangs erwähnte Feststellung der GKT gegenüber, daß sämtliche anbietenden Firmen durchaus in der Lage wären, ein genehmigungsfähiges und betriebstüchtiges Kernkraftwerk zu liefern. Weiters hatte auch die Firma C die erste mit Zwentendorf vergleichbare Anlage (Würgassen/640 MW) ähnlich wie die Firma A (Oskarshamn 1) erst 1972 dem kommerziellen Betrieb übergeben. Auch stellte die Firma C in einem Protokoll selbst fest, daß mit dem Bau von Anlagen vorliegender Leistungsgröße technisches Neuland betreten worden sei. Letztlich fand in dem genannten Angebotsvergleich die Tatsache Berücksichtigung, daß bei dem Angebot der Firma C zu einem verhältnismäßig geringen Mehrpreis von rd 28 Mill S ohne Änderung der Grundkonzeption der Anlage eine Mehrleistung von rd 35 MW zu erzielen war.

Nach Ansicht des RH war die Ermittlung des Bestbieters, der in der Folge Hauptunternehmer (HU) genannt wird, nicht unter Beachtung des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung aller Bieter vorgenommen worden.

Terminverzug und Verzugsfolgekosten

80.45.1.1 Im Feber 1972 wurde mit dem Erdaushub für den Kraftwerksblock begonnen. Plangemäß sollte die Anlage mit 1. August 1976 der GKT übergeben werden. In der Folge kam es unter anderem durch Behördenforderungen, schleppenden Planablauf bei Gutachtern und Behördenstellen, technische Probleme, Schwierigkeiten bei der Erstellung der Dokumentation, mangelhafte organisatorische Führung, Personalengpässe usw zu einem erheblichen Lieferverzug. Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung im November 1978 war mit einem Übergabetermin nicht vor Mai 1979 zu rechnen.

80.45.1.2 In der Vereinbarung auf Übernahme der Kernkraftwerksanlage vom 28. September 1979 kamen die Vertragspartner schließlich überein, daß allfällige Ansprüche des HU auf Vergütung von Verzugsfolgekosten gemäß dem Liefervertrag (LV) bzw solche des Bestellers auf ein Pönale als gegenseitig aufgerechnet und abgegolten zu betrachten sind.

80.45.2 Der RH kritisierte die Vorgangsweise der GKT, die trotz eines Aufwandes von rd 250 000 S im Monat für die Termin- und Dokumentationsverfolgung und der laufenden Befassung eines technischen Ausschusses mit dieser Frage keine Zuordnung des Verschuldens vorgenommen und beim HU zur Bestätigung angemeldet hatte. Statt die Verschuldensfrage sofort bei Auftreten einer Lieferverzögerung zu klären, griff die Zielsetzung Platz, rechtliche und wirtschaftliche Auswirkungen erst nach Baubeendigung abzuklären. Die Grundlage für die Endverhandlungen im Zuge der Vertragsbeendigung war letztlich eine im Vergleichswege gefundene Verschuldensaufteilung zwischen der GKT und dem HU.

80.45.3 Die überprüfte Unternehmung bemerkte hiezu, die Verschuldensfrage trete auch bei ausländischen Kraftwerken immer wieder auf. Letztlich habe dies in der BRD zu sogenannten „Konvoianlagen", dh Standardisierung der Behördenauflagen und der Lieferungen, geführt.

80.46.1 Weiters hat die GKT auf die Einforderung von ihr seit August 1976 zustehenden Pönalezahlungen im Ausmaß von rd 55,5 Mill S verzichtet. Damit ergab sich für die überprüfte Unternehmung bis zur endgültigen Klärung der Pönalefrage ein Zinsenverlust von rd 9,2 Mill S.

80.46.2 Der RH bemängelte diese Vorgangsweise der überprüften Gesellschaft.

80.46.3 Lt Stellungnahme der GKT wären ihren Pönaleforderungen wesentlich höhere Forderungen des Lieferanten zufolge von Mehrkosten aus Behördenauflagen gegenübergestanden. Daraus hätte sich ein wesentlich höherer Zinsengewinn ergeben.

80.46.4 Der RH verblieb jedoch bei seiner Beanstandung. Während die Pönaleforderungen der GKT sowohl der Höhe als auch dem Rechtsanspruch nach unbestritten waren, traf dies für die Forderungen des HU aufgrund von Mehrleistungen wegen Behördenauflagen nicht zu.

80.47.1 Ab dem 15. Juni 1978 war für eine vom Lieferanten zu vertretende Verzögerung ein Pönale von 0,1 vH des aufgewerteten Vertragspreises je Woche Verzögerung, höchstens jedoch 2,5 vH vorgesehen. Aufgrund des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 5. November 1978 vereinbarten der HU und die GKT als Stichtag für die Beendigung der Fertigstellungsarbeiten den 15. November 1978. Mit diesem Termin begrenzten die Vertragspartner auch die Laufzeit des Pönales, so daß hinsichtlich einer Pönalezahlung letztlich lediglich 22 Wochen zur Erörterung standen (15. Juni 1978 bis 15. November 1978), von denen der HU nur neun Wochen - somit 0,9 vH - zu übernehmen bereit war.

80.47.2 Wie der RH hiezu bemerkte, stand zur Zeit der Vertragsbeendigung am 15. November 1978 bereits eine weitere Terminverzögerung bis Mai 1979 fest. Somit hätte selbst unter der Annahme einer hälftigen Verschuldensteilung nahezu das volle Pönale zur Anwendung gelangen müssen. Da im Rahmen der Verhandlungen hinsichtlich der Beendigung des Vertrages lediglich die kostenmäßigen Auswirkungen von 0,9 vH Pönale ins Treffen geführt wurden, blieb ein Großteil des Pönales im Gegenwert von rd 66 Mill S unberücksichtigt, der nach Ansicht des RH von der GKT hätte beansprucht werden müssen. Dies wäre umso mehr angezeigt gewesen, als der HU ab der Zeit vom 15. November 1978 Auslaufkosten in der Höhe von 65 Mill S in Rechnung gestellt hatte.

80.47.3 Die überprüfte Unternehmung sah es als rechtlich nicht durchsetzbar an, einerseits auf die Lieferungen und Leistungen nach dem 15. November 1978 zu verzichten und andererseits für Verzögerungen über den 15. November 1978 hinaus ein Pönale zu verlangen.

80.47.4 Der RH vermochte sich dieser Rechtsauffassung nicht anzuschließen, weil der Lieferverzug in dem erwähnten Ausmaß bei Vertragsbeendigung bereits gegeben war.

Abwicklung des Liefervertrages

80.48.1 Bei der Errichtung des Kernkraftwerkes kam es zu Organisations- und Personalproblemen sowie zu technischen Schwierigkeiten, welche neben den Behördenauflagen zu dem großen Terminverzug geführt und hinsichtlich der Verzugsfolgekosten, der Bauzinsen, der höheren Gleitungen, der Kosten für bereits eingestelltes Betriebspersonal usw beträchtliche finanzielle Auswirkungen hatten.

80.48.2 Der RH kritisierte das Personalmanagement der GKT, weil deren Geschäftsführung wesentlich früher auf die von der Projektleitung aufgezeigten Personalengpässe hätte eingehen müssen. Weiters wären die aufgetretenen Organisationsmängel bzw die unzureichende Terminplanung und -überwachung des HU abzustellen gewesen.

80.48.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung sei in der Vereinbarung über die erste Verzögerung des Endtermins eine genaue Terminverfolgung und monatliche Vorlage des Terminstandes mit schriftlicher Begründung jeder Veränderung mit dem HU vereinbart worden.

Mehr- bzw Minderkosten

80.49.1.1 Lt Leistungsverzeichnis war die Beteiligung des HU an Kosten, die durch Auflagen der Behörden anfielen und bis zum 1. April 1971 nicht bekannt waren, mit 35 Mill S und bezüglich der Brennelement-Erstausstattung mit 1,5 Mill S begrenzt.

80.49.1.2 Schon von Baubeginn an erwuchsen dem HU Mehrkosten aufgrund von Forderungen der Genehmigungsbehörden und ihrer Gutachter, die über den bei Vertragsabschluß zugrundegelegten Stand der Technik und den Lieferumfang des Referenzkraftwerkes Brunsbüttl hinausgingen. Sowohl der HU als auch die GKT legten in den ersten Jahren der Errichtung des Kernkraftwerkes wenig Wert auf eine genaue und zeitgerechte Ermittlung der zusätzlich angefallenen Kosten sowie ihre Verursachung. Erst im Jahre 1976 vereinbarten sie eine Regelung zwecks Erfassung und Bestätigung der Mehrkosten.

80.49.1.3 In der Folge kam es aufgrund von Personalengpässen bei der GKT zu Schwierigkeiten bei den Mehrkostenverhandlungen mit dem HU, zumal die Entstehungsursachen einzelner Mehrkostenforderungen zT schon Jahre zurücklagen und die Aufklärung im Einzelfall Schwierigkeiten bereitete. Die beiden Vertragspartner kamen daher überein, kurzfristig zu klärende Mehrkosten zu erledigen und in den offen gebliebenen Fällen Abschlagszahlungen zu leisten.

80.49.1.4 Erst ab November 1977 kam es zu laufenden Mehrkostenverhandlungen zwischen dem HU und der GKT. Eine genaue Überprüfung hinsichtlich der tatsächlich eingesetzten Massen, Materialien und geleisteter Arbeitszeit usw sowie deren Bewertung war mangels ausreichender Unterlagen meist nicht möglich. Eine Einigung kam daher - wenn überhaupt - meist in Form von „Paketlösungen" zustande, bei denen verschiedene Forderungen mit einem überschlägigen Kostenaufteilungsschlüssel abgehandelt wurden.

80.49.1.5 Erst zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung am 15. November 1978 wurde über Mehrkosten von rd 224 Mill S eine Einigung erzielt.

80.49.1.6 Nach eingehenden Verhandlungen ergaben sich für die überprüfte Unternehmung letztlich insgesamt Mehrkosten aus Behördenauflagen und Gutachterforderungen im Ausmaß von rd 1 023 Mill S.

80.49.2.1 Wie der RH kritisch bemerkte, erreichten die zusätzlichen Kosten rd 30 vH des vertraglich vereinbarten Anlagenpreises (ohne Gleitungen). Der vom stellvertretenden Vorsitzenden des AR bereits Anfang 1971 getroffenen Feststellung, die österreichischen Behördenvorschriften würden aufgrund genauer Erkundigungen in der Schweiz, in Deutschland und in Amerika wohl überaus scharf ausfallen, wurde nach Ansicht des RH bei den Vertragsverhandlungen zu wenig Rechnung getragen. Wegen der Begrenzung der Beteiligung des HU an Kosten zufolge Behördenauflagen war nach Ausschöpfung dieser im Verhältnis zum Anlagenpreis niedrigen Summe (35 Mill S) für den HU kein Anreiz mehr gegeben, zusätzliche Behördenauflagen und Gutachterforderungen zu entkräften bzw, wenn möglich, zu verringern. Der HU zog vielmehr aus jedem zusätzlichen Auftrag Nutzen und wurde außerdem in die Lage versetzt, die Verantwortung für eingetretene Verzögerungen im Baufortschritt weitestgehend auf die Behörden abzuwälzen.

80.49.2.2 Weiters bemängelte der RH die Vorgangsweise der GKT, die trotz zu erwartender zusätzlicher Behördenauflagen im Leistungsverzeichnis keinerlei Regelung vorgesehen hatte, wie Mehrkosten aus Behördenauflagen bzw Gutachterforderungen zu behandeln sind. Auch die bereits erwähnte Regelung aus dem Jahre 1976 war nicht ausreichend, eine rasche und eindeutige Klärung der Verschuldensfrage herbeizuführen bzw die erbrachten Mehrleistungen der Höhe nach zweifelsfrei festzustellen. Angesichts der gewaltigen Kosten von über 1 Milliarde S, welche die Behördenauflagen und Gutachterforderungen verursachten und die sich im Jahre 1976 bereits deutlich abgezeichnet hatten, erachtete der RH die dargestellte Form der Leistungsverrechnung im Vergleichsweg als kritikwürdig.

80.49.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung sei sie vorrangig bemüht gewesen, die Arbeiten voranzutreiben und weitere Terminverzüge zu vermeiden. Aus diesem Grunde wären die Mehrkosten klärenden Verhandlungen zurückgestellt worden. Weiters wäre das Vorgehen der GKT vertragsgemäß gewesen und hätten die Vertragsbestimmungen dem damaligen internationalen Standard entsprochen. Auch wäre der Geschäftsführung das Verhalten der Genehmigungsbehörde nicht voraussehbar gewesen.

80.50.1.1 Parallel zu den Mehrkostenverhandlungen meldete die GKT bereits Anfang 1976 Gegenforderungen - sogenannte Minderkosten - an, die entweder aus einer gegenüber dem vertraglich festgelegten Leistungsumfang geringeren Erfüllung durch den HU oder aus höheren als vertraglich vorgesehenen Eigenleistungen der GKT bestanden. Obwohl die Minderkosten einen immer größeren Umfang annahmen, kam es - ähnlich wie bei den Mehrkosten - in der Folge zu keiner laufenden Klärung der offenen Fragen.

80.50.1.2 Als im März 1979 die Mehrkosten einer abschließenden Behandlung zugeführt wurden, ist hinsichtlich der Minderkosten lediglich der Wunsch der GKT erwähnt worden, zusätzliche Preisminderungen zu erzielen, wobei nähere Unterlagen für die erste Aprilhälfte in Aussicht gestellt wurden.

80.50.1.3 Die darauf von der GKT durchgeführte Ermittlung der Minderkosten (ohne Abgeltung für den Entfall der Inbetriebnahme) ergab zum Juli 1979 einen Forderungsbetrag von rd 367 Mill S. Da keine Einigung über die Minderkostenforderungen der GKT erzielt wurde, schlug sie zur Abkürzung des Verfahrens eine Pauschalabgeltung von 160 Mill S vor. Der HU war jedoch nicht einmal bereit, diese um bereits rd 56 vH verminderten Forderungen anzuerkennen und bot seinerseits unter Ablehnung jedweder Abgeltung für Gewährleistung nur 125 Mill S an. Während einer im August 1979 abgewickelten Endverhandlung kam es letztlich zu einer Einigung auf 150 Mill S.

80.50.2 Der RH kritisierte diese Vereinbarung, die angesichts der von der GKT ursprünglich geltend gemachten Minderkosten in der Höhe von rd 367 Mill S eine Anerkennung von lediglich rd 47 vH mit sich brachte und als äußerst schlechtes Verhandlungsergebnis zu werten war. Wenn auch ursprünglich die Anmeldung eines Höchstbetrages anzunehmen war, erschien doch die letztlich angenommene erhebliche Kürzung als sachlich unbegründet. Weiters erachtete es der RH als verfehlt, daß die GKT den Mehrkostenforderungen seitens des HU zugestimmt hatte, ohne gleichzeitig die Minderkosten als Gegenforderung mitzuverhandeln. Damit begab sich die GKT wesentlicher verhandlungstaktischer Möglichkeiten.

80.50.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung habe sie Minderleistungen jeweils unverzüglich geltend gemacht und im Sinne der österreichischen Rechtsordnung in erster Linie eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung verlangt. Der vom RH als gering angesehene Grad der Durchsetzung entspringe dem Umstand, daß der Lieferant einige Positionen noch vertragsgemäß erfüllt hätte.

Nachtragsaufträge

80.51.1.1 Aus Gründen der Betriebssicherheit, aber auch aufgrund von gewonnenen Betriebserfahrungen bei anderen Kernkraftwerken erteilte die GKT im Laufe der Bauzeit insgesamt 52 Nachtragsaufträge an den HU mit einer Abrechnungssumme von rd 110,7 Mill S.

80.51.1.2 Obwohl aufgrund der raschen Entwicklung auf dem Gebiet der Nukleartechnik zusätzliche Erfordernisse durchaus vorauszusehen waren, hatte die GKT keinen Abrechnungsvorgang für etwaige Nachtragsaufträge im Leistungsverzeichnis vorgesehen.

80.51.1.3 Zu einer Regelung kam es erst im Jahre 1976, nachdem sich die GKT zwischenzeitlich immer wieder durch überhöhte Angebote des HU benachteiligt erachtet hatte. Die nunmehr getroffene Vereinbarung berechtigte den HU, auf die Angebotspreise der Unterlieferanten und der eigenen Werke einen einheitlichen Zuschlagssatz von 33 vH - anstatt der ursprünglich geforderten 36 vH - aufzuschlagen.

80.51.2 Da dem RH einheitliche Generalunternehmeraufschläge in diesem Ausmaß bei österreichischen Baustellen nicht bekannt waren, beanstandete er die Annahme eines allgemeinen Zuschlagssatzes in der genannten Höhe. Obwohl bei der Bestellung von Ersatzteilen, Werkzeugen, Sonderprüfungen usw vielfach weder eine ingenieurmäßige Bearbeitung noch ein Bauleitungs- und Inbetriebsetzungsaufwand erforderlich waren, gelangte auch in diesen Fällen der allgemeine Aufschlag für den HU zur Verrechnung.

Nach Ansicht des RH wäre ein Aufschlag von 25 vH für den HU noch immer günstig gewesen. Er war in Fällen der lediglichen Auftragsvermittlung sogar weiterhin überhöht, hätte aber für die GKT eine Einsparung von rd 8 Mill S ergeben.

Vertragsbeendigung

80.52.1 Als Folge des Atomsperrgesetzes schloß die GKT am 3. Oktober 1979 mit dem HU eine Vereinbarung auf Übernahme der Kernkraftwerksanlage, einschließlich der Erstausstattung mit Brennelementen ab. Ein zur Vorbereitung wesentlicher Rechtsfragen von der GKT eingesetzter Unterausschuß behandelte die Auswirkungen des Atomsperrgesetzes auf die Zahlungsverpflichtungen der GKT aus dem Vertragsverhältnis mit dem Lieferanten. Angesichts der Möglichkeit, sowohl offene Zahlungen zu verweigern als auch bereits erbrachte Zahlungen vom HU zurückzufordern, wurde die Einholung eines Rechtsgutachtens empfohlen, vor dessen Vorliegen weder die Übernahme des Kernkraftwerkes noch Zahlungen an den HU vorgenommen werden sollten. Der damalige stellvertretende Vorsitzende des AR beurteilte jedoch die vom Unterausschuß vertretene Rechtsmeinung als aussichtslos und schlug eine Klärung der offenen finanziellen Fragen auf dem Verhandlungsweg vor. Zur Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich der anstehenden Rechtsfragen kam es in der Folge nicht.

80.52.2 Der RH kritisierte angesichts der hohen Verhandlungssumme dieses Versäumnis. Nach seiner Ansicht hätte die überprüfte Unternehmung alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Abrechnungsergebnisses, vor allem hinsichtlich des Pönales und der Mehr- bzw Minderkosten, nützen sollen. Die GKT befand sich ohnedies in einer günstigen Verhandlungslage, weil keinerlei Zeitdruck bestand und der vom HU geforderte Betrag von rd 1 Milliarde S noch nicht bezahlt worden war.

80.52.3 Die überprüfte Unternehmung erklärte es als zweckmäßig, einen Rechtsstreit zu vermeiden. Wenn die GKT die Übernahme des Kraftwerkes verweigert hätte, wäre mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit keine Konservierung der Anlage durchgeführt worden. Damit wäre aber die Anlage wertlos geworden, auch wenn die GKT sie aufgrund der Erledigung eines allfälligen Rechtsstreites dann doch hätte übernehmen müssen. Aufgrund einer von der VG eingeholten Rechtsmeinung eines Universitätsprofessors hätten einem solchen Rechtsstreit nur sehr geringe Erfolgsaussichten zugebilligt werden können.

Behördliches Bewilligungsverfahren

80.53.1.1 Zusätzlich zu allen anderen behördlichen Bewilligungen, welche für die Errichtung eines kalorischen Kraftwerkes erforderlich sind, bedurften der Bau und die Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes der Bewilligung nach dem Strahlenschutzgesetz durch das BMGU. Zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, einschließlich ihrer Nachkommenschaft, vor Schäden durch ionisierende Strahlen wurden 59 Teilerrichtungsbescheide mit weit über 1 200 strengen Auflagen erlassen, jedoch endete dieses Bewilligungsverfahren wegen der nicht geklärten Frage der Endlagerung ergebnislos.

80.53.1.2 Obwohl die Zweigliedrigkeit des Verfahrens - Strahlenschutz bei einer Bundesbehörde und Baurecht bei einer Landesbehörde - grundsätzlich die Gefahr einer Doppelgleisigkeit in sich trug, kam es im vorliegenden Falle zu einer freiwilligen Abstimmung der zuständigen Behörden. Bei jenen Anlageteilen, die nach beiden Rechtsvorschriften zu bewilligen waren, wurde unter Beiziehung eines Vertreters der NÖ Landesregierung vorerst das Strahlenschutzverfahren abgewickelt. Im Anschluß daran kam es zur Bauverhandlung, zu welcher Vertreter des BMGU geladen waren. Die im Strahlenschutzverfahren verfügten Auflagen wurden im Bauverfahren ohne weitere Erörterung übernommen.

80.53.2 Nach Ansicht des RH bewirkte diese Art der Zusammenarbeit die Vermeidung allfällig einander widersprechender Auflagen und näherte sich der auch von ihm schon anläßlich der Gebarungsüberprüfung bei der Tauernkraftwerke AG (TB 1982 Abs 87.72.2) empfohlenen Erleichterung gegenüber dem sogenannten „Kumulationsprinzip". Nach diesem Grundsatz obliegt es dem Bauwerber, die Bewilligung von den verschiedenen Gebietskörperschaften unabhängig voneinander einzuholen.

Die geübte Form der Zusammenarbeit im Sinne des Gedankens des „kooperativen Bundesstaates" war daher positiv hervorzuheben und sollte dahingehend fortgebildet werden, daß in naher Zukunft für Großbauvorhaben ähnlicher Art sämtliche Bewilligungen - wie zB nach der Dampfkesselverordnung, dem Wasserrechtsgesetz uam - nur mehr jeweils in einem bundesrechtlichen und in einem landesrechtlichen Verfahren erteilt werden.

Bauliche Investitionen

80.54.1 Vertragsgemäß hatte der HU Bauleistungen im Wert von rd 508 Mill S zu erbringen. Behördenauflagen, Änderungswünsche der GKT, aber auch der Entfall von Leistungen zufolge der Einstellung des Kraftwerkbaues veränderten die vorgesehenen Kosten wesentlich.

80.54.2 Der RH kritisierte das Fehlen einer aufgegliederten Schlußrechnung, so daß eine genaue Feststellung der tatsächlichen, für Baumaßnahmen aufgewendeten Beträge nicht möglich war. Ebenso konnten auch die Kosten nicht erfaßt werden, die der GKT aus der Vertragsbedingung erwuchsen, wonach sie dem HU das ver- und entsorgte Kraftwerksgelände verkehrsmäßig erschlossen beizustellen hatte. Auch mußte sie für die Errichtung der Freiluftschaltanlage, der Werkstätten und des Verwaltungsgebäudes selbst sorgen. Ursprünglich war der Aufwand hiefür mit rd 382 Mill S eingeschätzt worden.

80.55.1 Der Liefervertrag regelte ua auch die Bezahlung von Mehrkosten aus Veränderungen der Vertragsgrundlagen durch Behördenauflagen, ohne dabei die Ausgangswerte massen- und preismäßig auszuweisen. Nach einer dieser Bestimmungen waren alle, für die nukleare Sicherheit bedeutsamen Objekte auf die Auswirkungen eines Katastrophenerdbebens von 0,1 g Horizontalbeschleunigung, bei Annahme einer statischen Belastung, zu bemessen. Dagegen verfügte die Bewilligungsbehörde die Auslegung des Kraftwerkgebäudes auf ein Katastrophenerdbeben von 0,133 g im festen Schlier und von 0,185 g im Schotter bei volldynamischer Berücksichtigung der Erdbebenwirkung.

80.55.2 Der RH bemängelte das Versäumnis der überprüften Gesellschaft, Grundlagen zur wettbewerbsbezogenen massen- und preismäßigen Erfassung dieser neuen Gegebenheiten zu schaffen, obwohl diese, den Pauschalpreis für das Kraftwerk wesentlich beeinflussende Auflage bereits rd zwei Monate vor Vertragsabschluß bekannt war.

80.56.1 Nach dem Vertragstext war der HU bei der Festlegung des vereinbarten Lieferpreises davon ausgegangen, daß das Bauwerk auf die im bekannten Baugelände vorhandenen Schotterschichten mittels normaler Flachgründung fundiert werden könnte. Daher hatte die GKT alle Mehrkosten aus Störungen im Baugrund zu übernehmen.

80.56.2 Diesen preisbestimmenden Voraussetzungen widersprachen nach Ansicht des RH die Ergebnisse der vor Baubeginn durchgeführten Baugrunduntersuchungen, die eindeutig bei Gründung des Gebäudes im Überlagerungsmaterial des Schliers (Schotterschichten) unregelmäßige Setzungen erwarten ließen; dem Schlier selbst aber war beste Qualität als Baugrund zugesprochen worden. Der RH bemängelte daher die Annahme von Vertragsbedingungen, die den bekannten Bodenaufschließungen und in weiterer Folge dem Wissensstand der Technik in bezug auf Bodenbelastbarkeit widersprachen.

80.57.1 Unter Verzicht auf eine Ausschreibung erteilte die GKT dem HU den Nachtragsauftrag für einen Zusatzbau zum Schaltanlagengebäude zu einem der Preisgleitung unterworfenen Pauschalpreis von rd 12,9 Mill S bzw mit 1 500 S/m³ für den umbauten Raum. Ursprünglich hatte der HU dafür rd 1 627 S/m³ gefordert. Nach Fertigstellung des Bauwerkes vergütete die GKT einschließlich der Preisgleitung rd 1 582 S/m³ umbauten Raumes, insgesamt rd 13,6 Mill S.

Nach einer Ausschreibung war es der GKT jedoch möglich, rd zwei Monate später den Auftrag für die Errichtung des Lager- und Werkstättengebäudes einer Arbeitsgemeinschaft zu einem Festpreis von 1 100 S/m³ umbauten Raumes zu übertragen. Diese Arbeiten hatte der HU hingegen mit 1 340 S/m³, somit um 22 vH teurer angeboten.

80.57.2 Wie dieser Vergleich erkennen ließ, hatte die auf der Preisgrundlage des Hauptauftrages erstellte Kalkulation des HU zu wesentlich höheren Angebotsergebnissen geführt. Der RH bemängelte daher den Verzicht der GKT auf eine Ausschreibung, wodurch der Zubau zum Schaltanlagengebäude um rd 3 Mill S zu teuer beauftragt und bezahlt worden ist.

80.58.1 Die Mehrkostenforderungen nach Behördenauflagen oder Ausführungswünschen der GKT erhob der HU erst nach Beginn der Ausführungsarbeiten, so daß der GKT keine Möglichkeit zu kostenermäßigenden Gegenmaßnahmen gegeben war. Diese Forderungen waren anfangs ohne Angabe von Beträgen und auch später trotz wiederholter Aufforderung ohne Vorlage von Aufmaßen, Massenberechnungen und Preisableitungen erhoben worden. Auch die Verhandlungen über die Berechtigung und Anerkennung der Mehrforderungen führte die GKT, ohne im Besitz aller erforderlichen, prüffähigen Unterlagen zu sein.

80.58.2 Der RH beanstandete diese Vorgangsweise als nicht im Einklang mit § 1 170a Abs 2 ABGB stehend, wonach Mehrforderungen zeitgerecht schriftlich bei Bekanntwerden und wenigstens mit Angabe der ungefähren Höhe nach angemeldet werden müssen.

80.58.3 Die GKT erklärte, dies hätte beim gegenständlichen Bauwerk nichts bewirkt, weil das Kraftwerk unabdingbar zu bauen gewesen wäre.

80.58.4 Der RH vermochte sich dieser Ansicht jedoch nicht anzuschließen, weil ihr sowohl die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit als auch der Sparsamkeit entgegenstanden.

80.59.1 Als zusätzliche Behördenauflage wurde zum Jahreswechsel 1975/76 der Einbau einer Ausschlagssicherung (ASS) gefordert, welche die Zerstörung der maschinellen Einrichtungen durch den Bruch von unter Dampfdruck stehenden Rohrleitungen verhindern sollte. Zu diesem Zeitpunkt war das Bauwerk jedoch errichtet und die maschinelle Ausstattung weitestgehend montiert.

80.59.2 Wie der RH kritisch feststellte, hatte es die GKT verabsäumt, vor Durchführung dieser Arbeiten die Preise festzulegen. Erst im Dezember 1978 vereinbarte sie im nachhinein auf dem Verhandlungsweg eine Zahlung von rd 50,5 Mill S. Für die zur Verankerung der Sicherungsanlage erforderlichen umfangreichen Bauarbeiten, die unter erschwerten Bedingungen erbracht wurden, bezahlte die GKT allein rd 5,9 Mill S. Wären diese Maßnahmen im Zuge des Baugeschehens durchgeführt worden, hätte der Aufwand nach den Berechnungen des RH nur rd 360 000 S betragen.

80.60.1.1 Die GKT anerkannte und bezahlte dem HU ferner Planungskosten, ohne die Möglichkeit einer ausreichenden Kontrolle gehabt zu haben. Obzwar nach der Gebührenordnung für Ingenieurleistungen nur 256 S je Stunde zu vergüten gewesen wären, anerkannte sie Werte zwischen 562 und 828 S.

80.60.1.2 Für die Planungsarbeiten infolge verschärfter Erdbebenauflagen und für die baulichen Anlagen vergütete die GKT beispielsweise rd 3,58 Mill S. Nach der Gebührenordnung war für diese Leistungen nur ein Betrag von höchstens rd 2,43 Mill S als angemessen zu bezeichnen. Auch für Planungsarbeiten bei den zusätzlichen ASS-Maßnahmen vergütete die GKT dem HU 6,2 Mill S, das waren rd 15,3 vH der Baukosten. Gemäß den höchstmöglichen Sätzen der Gebührenordnung für Ziviltechniker des Bauwesens hätten nur rd 10,1 vH der Gestehungskosten, dh rd 4,1 Mill S angerechnet werden können.

80.60.2 Der RH bemängelte diese unvertretbare Großzügigkeit der GKT.

80.61.1.1 Eine zusätzliche Behördenauflage betraf die Errichtung eines Brandschutztunnels, der die überprüfte Unternehmung mit 800 000 S belastete. Nach den Ermittlungen eines Bausachverständigen der GKT wären jedoch nur Aufwendungen zwischen 396 000 und 530 000 S berechtigt gewesen.

80.61.1.2 Die Annahmen des HU in bezug auf die Belastbarkeit von Spannstahl wurden von der Behörde verworfen. Dadurch war eine Vermehrung der Stahlbewehrung im Druckausgleichsystem notwendig geworden. Hiefür vergütete die GKT, ohne auf einen Nachweis der tatsächlich verwendeten Stahlmenge zu bestehen, rd 2,8 Mill S. Der Mehrkostenberechnung des HU hatte ein Liefer- und Verlegepreis von 22 052 S/t zugrunde gelegen, den die GKT jedoch nach Verhandlungen auf rd 14 720 S abmindern konnte. Für die Bewehrung anderer Bauteile hatte die GKT dagegen nur rd 13 200 S/t vergütet. Zur gleichen Zeit hatten Partnerfirmen der hier tätigen Arbeitsgemeinschaft die Bewehrung eines komplizierten Industriebauwerkes zu einem Preis von 12 000 S geliefert. Die Bewehrung des Druckausgleichssystems wurde sohin mit rd 1 Mill S überzahlt.

80.61.1.3 Die Zusatzbewehrungen gegen Erdbebeneinwirkungen in den verschiedenen Gebäudeteilen vergütete die GKT mit insgesamt rd 16,2 Mill S. Keine dieser Nachforderungen war durch Ausführungspläne bzw stichhaltige Angaben über die den Uraufträgen zugrunde gelegenen Massen nachgewiesen worden. Auf diesen Nachweis hatte die GKT mit der Begründung verzichtet, daß dieser nur durch eine aufwendige Überprüfung seitens eines Sachverständigen hätte erfolgen können. Da sie aber den Berechnungen des HU nur eine Genauigkeit zwischen 85 bis 90 vH zubilligte, hätte sie sich mit einem Pauschalabzug von 11,15 vH von den HU-Forderungen begnügt.

80.61.1.4 Auch die Mehrkostenforderungen für Isolierarbeiten waren unzureichend nachgewiesen worden. Trotz Zweifel an der Richtigkeit der verrechneten Preise vergütete die GKT für diese Leistungen zusätzlich 2,1 Mill S.

80.61.1.5 Für die erdbebensichere Ausführung des Abluftschornsteines verrechnete der HU rd 3,4 Mill S an Mehrkosten. Nach den Feststellungen des RH war dieser Betrag auf der Grundlage überhöhter Preise für die Zusatzbewehrung sowie ohne Berücksichtigung vereinbarter Preisnachlässe und Abzüge für Preisgleitungen, aber auch ohne ausreichenden Massennachweis erstellt worden, somit um rd 410 000 S zu hoch.

80.61.1.6 Für die Gründung des Maschinenhauses mußten die Schotterschichten über dem Schlier abgetragen und durch Füllbeton ersetzt werden. Unter Hinweis auf nachträgliche Auflagen durch den amtlichen Sachverständigen forderte der HU eine zusätzliche Vergütung im Betrag von rd 7,1 Mill S. Da die Beschaffenheit des Baugrundes aus den Bodenuntersuchungen schon vor Baubeginn zu erkennen war, erreichte die GKT in Verhandlungen eine Minderung der Mehrkosten auf rd 3,6 Mill S. Wie bereits unter Abs 80.56 dargelegt, hätte eine Gründung auf Schotter von allem Anfang an nicht vorgesehen werden dürfen, weshalb die Forderung des HU zur Gänze abzulehnen gewesen wäre.

80.61.1.7 Für die Gründung des Kühlwasserbauwerkes und der Kühlwasserleitung stellte der HU rd 5,3 Mill S an Mehrkosten in Rechnung. Da seine Ermittlung auf überhöhten Preisen fußte und die dazu eingereichten Massenberechnungen samt Plänen mit den tatsächlichen Ausführungen nicht vergleichbar und auch fehlerhaft waren, hat ein Angehöriger der GKT-Bauleitung nur rd 1,9 Mill S als sachlich gerechtfertigt angesehen. Dennoch vergütete die GKT rd 2,7 Mill S mit der Begründung, weitere Bemühungen um eine Kostensenkung wären ohne Erfolg geblieben, weil dann der vom HU für sämtliche Mehrkostenforderungen zugestandene Pauschalnachlaß von höchstens 10 Mill S überschritten worden wäre.

80.61.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der GKT, die ihre Entscheidungen über die Bezahlung von Mehrleistungen nicht aufgrund genauer Massenermittlungen und wettbewerbsbezogener Preise, sondern nach einem vom Auftragnehmer festgelegten Höchstbetrag getroffen hat.

80.61.3 Lt Stellungnahme der GKT sei eine Gründung im Schlier nur für das Reaktorgebäude gefordert worden, die Mehrkosten für die Maschinenhausgründung jedoch aufgrund einer Bodengutachterforderung im strahlenschutzrechtlichen Verfahren entstanden. Weiters wäre im Rahmen der Mehrkostengespräche in die wesentlichen Unterlagen, wie Massen- und Preisangaben, Qualitätsmerkmale usw, Einblick genommen und eine genaue Prüfung des Gesamtbetrages durchgeführt worden.

80.61.4 Der RH verwies demgegenüber auf das Gutachten des GKT-Bausachverständigen, demzufolge die Durchführbarkeit der Gebäudegründung auf Schotter von vornherein in Frage zu stellen war.

80.62.1 Bei den Verhandlungen über die Anerkennung der Mehrkosten forderte die GKT ohne Erfolg deren Minderung um jene Kosten, die ihr aus einem vertragswidrigen Verhalten des HU entstanden waren. So hatte die GKT wegen einer vom HU zu vertretenden Terminverzögerung Preisgleitungen bei der Errichtung des Lager- und Werkstättengebäudes von rd 351 000 S und beim Gasflaschenlager von rd 30 000 S hinzunehmen. Entgegen den Vertragsbedingungen verwendete der HU das Aushubmaterial nicht zur Aufschüttung des Kraftwerksgeländes. Die GKT mußte daher zusätzliches Schüttmaterial im Betrag von rd 420 000 S beistellen. Als Abgeltung für die unterbliebene Räumung des Kraftwerksgeländes von nicht mehr benötigten Fundamenten der Baustelleneinrichtung hatte die GKT vergeblich 200 000 S verlangt. Ebenfalls erfolglos forderte sie eine Kostenminderung im Betrag von rd 576 000 S für das gegenüber der ersten Planung um rd 13 Meter kürzer ausgeführte Wartengebäude.

80.62.2 Der RH kritisierte die Vorgangsweise der GKT, die ihre Interessen bei den Mehrkostenvereinbarungen nicht voll durchsetzen konnte.

80.62.3 Die überprüfte Unternehmung bezeichnete die zumeist auf dem Vergleichsweg zustande gekommene Vergütung von Mehrkosten als angemessen. Ihre Nichtanerkennung hätte zu einem beträchtlichen zusätzlichen, nicht sinnvollen Aufwand für weitere Berechnungen, Massenermittlungen, Gutachten und zu erhöhter Verwaltungsarbeit geführt. Auch wäre die Erzielung eines vergleichbaren Ergebnisses auf dem Rechtswege fraglich gewesen.

80.62.4 Der RH erwiderte, nach der ÖNORM B 2110 hätte der HU alle Rechnungen in einer prüffähigen Form aufzustellen und sämtliche, für die Prüfung notwendigen Unterlagen beizulegen gehabt.

80.63.1 Vertraglich hatte sich die GKT das Recht ausbedungen, um die produktive Arbeitsplatzförderung (PAF) anzusuchen und allfällige Zuwendungen für sich in Anspruch zu nehmen. Die Nichtinanspruchnahme hat die GKT damit begründet, die bestehende Vertragslage wäre mit den gesetzlichen Bestimmungen über die PAF in Widerspruch gestanden. Dennoch unterfertigte die Geschäftsführung einige Bestätigungen, die es Auftragnehmern ermöglichen sollten, solche Förderungsmittel zu erhalten. Soweit dem RH bekannt wurde, gelangten aus der PAF rd 727 000 S an Auftragnehmer beim KKW Zwentendorf zur Auszahlung.

80.63.2 Der RH bemängelte einerseits die vertragswidrige Ausstellung von Bauherrenbestätigungen und andererseits die Unterlassung einer Anrechnung derartiger Zahlungen bei der Abrechnung mit den Auftragnehmern.

80.63.3 Lt Stellungnahme der GKT habe sie von derartigen Zahlungen - welche ohne ihre Mitwirkung flüssig gemacht worden waren - erst durch den RH Kenntnis erhalten. Sie stellte Untersuchungen der rechtlichen Voraussetzungen für eine Geltendmachung von Ersatzansprüchen in Aussicht.

80.64.1 Die zusätzlich zu den Arbeiten nach dem Leistungsverzeichnis erforderlichen Bauleistungen schrieb die GKT einzeln und beschränkt für einen von ihr ausgewählten Bieterkreis aus.

80.64.2 Nach Ansicht des RH fehlten hiebei die Voraussetzungen für einen preisregulierenden Wettbewerb. Von entscheidendem Einfluß in diesem Zusammenhang war jedoch auch die beherrschende Stellung der auf der Baustelle bereits tätigen Arbeitsgemeinschaft der bedeutendsten Unternehmungen der österreichischen Bauindustrie.

80.64.3 Die GKT bezeichnete beschränkte Ausschreibungen in der E-Wirtschaft als Regelfall. Diese Vorgangsweise sei daher auch bei der überprüften Unternehmung im Einvernehmen mit den Gesellschaftern gewählt worden. Eine Zusammenfassung von Bauleistungen wäre größtenteils aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, weil die Einbindung des unmittelbaren Erfordernisses ins Bau-

geschehen, die erforderliche Detailplanung und behördliche Genehmigungen sowie Koordinierungsmaßnahmen nur für jede einzelne Bauleistung bzw daran folgend für jeden in sich geschlossenen Bauauftrag hätte behandelt werden können.

80.65.1 Die Arbeiten an der Zufahrtsstraße zum Werksgelände einschließlich der Brücke über den Bärndorfer Graben waren zwischen 11,7 und 13,4 Mill S angeboten worden. Nach Verhandlungen, deren Ergebnis eine Umreihung im Angebotsfeld erbrachte, erteilte die GKT der Arbeitsgemeinschaft der bereits in Zwentendorf tätigen Baufirmen einen Pauschalauftrag über 9,82 Mill S. Nach dem Vertrag waren sämtliche zur vollständigen und technisch einwandfreien Herstellung der beiden Objekte erforderlichen Arbeiten durchzuführen. Allenfalls notwendige Mehr- oder Minderleistungen sowie Wettererschwernisse berechtigten zu keinen Preisveränderungen. Dennoch forderte die Arbeitsgemeinschaft und vergütete die GKT Mehrleistungen mit rd 257 000 S, wobei diese teilweise mit Leistungsminderungen aufgerechnet worden waren.

80.65.2 Nach Ansicht des RH hätte die GKT, statt eine Zahlung von rd 257 000 S zu leisten, eine Abminderung des Pauschalbetrages um rd 238 000 S fordern können, da insb der Entfall von Leistungen bei den Kostenminderungen unberücksichtigt geblieben war.

80.66.1.1 Der Bau des Verwaltungs- und Informationsgebäudes war mit rd 22,5 Mill S und der Verpflichtung in Auftrag gegeben worden, mit den Arbeiten im Oktober 1972 zu beginnen. Der Rohbau sollte bis Ende Juli 1973 fertiggestellt und die Baustelle bis Anfang September 1974 geräumt sein.

80.66.1.2 Verspätet durchgeführte Baugrunduntersuchungen und Behördenverhandlungen machten eine Umplanung erforderlich und verzögerten den Baubeginn um etwa drei Monate. Unklare Auftragsverhältnisse, nicht zeitgerecht getroffene Bauherrenentscheidungen, Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Statiker und den planenden Architekten, die ungenügende Abstimmung beim Einsatz der Nebenunternehmer und Versäumnisse des Auftragnehmers bewirkten weitere Bauverzögerungen. Trotz Verlängerung des Rohbautermines um rd zweieinhalb Monate und des Fertigstellungstermines um rd acht Monate waren die Arbeiten am Verwaltungsgebäude erst mit einer zwölfmonatigen Bauzeitüberschreitung im September 1975 beendet.

80.66.2 Der RH bemängelte den Verzicht der GKT auf ein Pönale. Weiters erschien der Aufwand von 24,4 Mill S, dh bei einer Nutzfläche von rd 1 577 m² von rd 15 472 S/m² Nutzfläche, als überhöht, weil ein anderes EVU in den Jahren 1976 bis 1977 ein Betriebsgebäude um rd 8 504 S/m² Nutzfläche errichtet und für ein ähnliches Bauwerk noch im Jahre 1978 rd 8 800 S/m² Nutzfläche veranschlagt hatte.

80.66.3 In ihrer Stellungnahme bezifferte die GKT die Herstellungskosten mit 27,1 Mill S und bezeichnete einen Vergleich mit einem Betriebsstellengebäude eines anderen EVU aufgrund der anders gearteten Funktionen ihres Verwaltungsgebäudes mit integriertem Informationszentrum als nicht zielführend.

Brennstoffversorgung

80.67.1.1 Das Uranerz durchläuft bis zu den fertigen Brennelementen eine Reihe von Verarbeitungsschritten, denen eine besondere Technik in hochspezialisierten Industrieunternehmungen zugrunde liegt. Die Fertigung der Brennelemente für die erste Füllung, die sogenannte Erstkernausstattung, hatte die GKT nicht gesondert vergeben. Aus Gründen der Gewährleistung sowie der größtmöglichen Sicherheit der Verfügbarkeit bildete sie einen Bestandteil des Liefervertrages über die Errichtung des Kernkraftwerkes. Die Bestellung über zwölf Nachladungen war zwar nicht mehr Teil dieses Liefervertrages, ging aber aus den oben angeführten Gründen auch an jenen bundesdeutschen Lieferanten, der bereits vom HU mit der Anfertigung der Erstkernausstattung beauftragt worden war. Bis Mitte 1979 betrugen die Gesamtkosten der Brennstoffversorgung, einschließlich einer entsprechenden Verzinsung, mehr als 1,4 Milliarden S.

80.67.1.2 Nach dem Atomsperrgesetz veranlaßte die GKT den Abbruch der Urananreicherung und -konversion sowie der Fertigung der ersten Nachladung. Die Verwertung der bereits fertiggestellten Erstkernausstattung (Gesamtkosten rd 540 Mill S) erschien als nicht zweckmäßig. Es wäre nur ein Verschrotten bei dementsprechend geringen Erlösen in Frage gekommen. So beschloß die GKT, um auch eine allfällige spätere Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes nicht zusätzlich zu erschweren, die gesamte Erstkernausstattung, einschließlich der nahezu betriebsfertigen ersten Nachladung, auf Dauer des Konservierungszustandes der Kraftwerksanlage, somit zumindest bis Ende 1984, zu behalten. Weiters verfügte die GKT Ende 1982 noch über insgesamt rd 500 t UF_6 natur und geringere Mengen von

angereichertem UO_2-Pulver, UO_2-Tabletten und UO_2/U_3O_8-Gemisch. Der Verleih eines Großteils des Urans (318 t UF_6 natur) sowie vereinzelte Verkäufe von Uran und Anreicherungsdienstleistungen ermöglichten es, Teile der laufenden Kosten der GKT zu decken, für die sonst Zuschüsse seitens der Gesellschafter erforderlich gewesen wären.

80.67.1.3 Der AR hatte seinerzeit die Frage des Kernbrennstoffes für nahezu ebenso bedeutend wie die Errichtung der gesamten Anlage gehalten. Er empfahl daher Anfang 1971, einen langfristigen Vertrag - etwa mit Dauer bis zum Jahre 1985 - anzustreben, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Weiters vermeinte er, bei der Festlegung des Bestbieters im Rahmen eines förmlich einwandfreien Verfahrens wären neben dem Preis auch insbesondere die Bonität des Lieferanten und das politische Risiko zu beachten. In der Folge wählte die GKT für die Beschaffung des Urans eine beschränkte Ausschreibung. Aus einem Kreis von 13 Bietern gingen schließlich eine außereuropäische Vertriebsgesellschaft und eine deutsche Handelsgesellschaft als Auftragnehmer hervor.

80.67.2 Wie der RH hiezu bemerkte, hat die GKT mit den Aufträgen an einen außereuropäischen Lieferanten wegen des möglicherweise höheren politischen Risikos und an die bundesdeutsche Handelsgesellschaft wegen der geringen Einflußmöglichkeiten auf die Unterlieferanten letztlich eigentlich nicht jenes Maß an Versorgungssicherheit erreicht, das sich der AR vorgestellt hatte. Allerdings sind nach dem Zugeständnis einer Preiserhöhung im Jahre 1975 Versorgungsschwierigkeiten nicht aufgetreten.

80.67.3 Die GKT erachtete die negative Beurteilung des außereuropäischen Lieferanten aufgrund der praktischen Erfahrung als nicht gerechtfertigt und berief sich hinsichtlich der deutschen Handelsgesellschaft auf die vorangegangene Bonitätsprüfung.

80.68.1 Im Jahre 1975 setzten seitens der Uranlieferanten Versuche ein, die vereinbarten Festpreise zu erhöhen, ausgelöst unter anderem durch stark gestiegene Weltmarktpreise und den Kursverfall des Dollars. Um die als gefährdet angesehene Versorgung zu sichern, lenkte die GKT schließlich ein. Während die Preiserhöhung für den Erstkern in Grenzen gehalten wurde, ergab sich für die Nachladungen eine Erhöhung von etwa 160 Mill S auf rd 370 Mill S. Der Preis war aber noch immer unter den Marktpreisen und somit verhältnismäßig günstig.

80.68.2 Der RH vermißte bei Vertragsabschluß eine bestmögliche Absicherung der Festpreise und sah in der Einbeziehung von bereits ausgeliefertem Uran (31 t UF_6) in die Preisanhebung ein besonderes Zugeständnis der GKT.

80.68.3 Lt Stellungnahme der überprüften Gesellschaft wären die internationalen Entwicklungen nicht voraussehbar gewesen und Erfüllungsgarantien nur im Rahmen von Werkverträgen üblich.

Personalwesen

80.69.1 Bei Aufnahme ihrer Tätigkeit beschäftigte die GKT 18, Ende 1978 jedoch 182 Mitarbeiter. Nach dem Atomsperrgesetz kam es zu einem stetigen Abbau, und zwar auf 103 Dienstnehmer (Mitte 1982). Die GKT vermied Härtemaßnahmen und setzte auf eine baldige Unterbringungsmöglichkeit von Arbeitnehmern in den Kraftwerksblöcken Dürnrohr.

80.69.2 Nach Auffassung des RH hielt der Personalabbau mit der Abnahme des Tätigkeitsumfanges nicht Schritt. Verbindliche Personalpläne bestanden weder für die Zeit der Errichtung des Kraftwerkes noch für den Konservierungszeitraum.

80.69.3 Laut Stellungnahme der GKT seien Ende 1983 nur mehr 50 Dienstnehmer beschäftigt gewesen. Bereits 1972 habe sich im Anhang zum Leistungsverzeichnis ein Vorschlag für einen Stellenplan der Betriebsabteilung befunden, der jeweils den geänderten Terminverhältnissen anzupassen gewesen wäre. Andererseits hätten jedoch verbindliche Aussagen über die erforderliche Ausbildung in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht gefehlt.

80.70.1 Im Jahre 1981 betrug der durchschnittliche Gesamtmonatsbezug je Dienstnehmer und Monat bei der GKT rd 22 606 S gegenüber einem Durchschnitt der österreichischen Industrie von rd 15 760 S. Schon bei Neuaufnahmen wurde häufig der frühere Bezug und fallweise auch der Bezugswunsch eines Bewerbers überzahlt.

80.70.2 Der RH erachtete so weit über dem Durchschnitt liegende Bezüge für nicht gerechtfertigt. Allerdings hat die GKT nach dem Atomsperrgesetz keine Umstufungen mehr vorgenommen und nahezu keine individuellen Erhöhungen mehr gewährt.

80.70.3 Laut Stellungnahme der GKT sei sie von den Gesellschaftern vollständig wirtschaftlich abhängig gewesen. Den von 1970 bis 1976 aufgenommenen Arbeitern wären durchschnittlich nur 79 vH der Gehaltswünsche gewährt worden.

80.71.1 Ende 1970 beschloß die Geschäftsführung, an sämtliche Dienstnehmer und an vier ständig zur GKT abgestellte Mitarbeiter eine Prämie auszuschütten (insgesamt 100 000 S).

80.71.2 Der RH bemängelte diese Prämie, weil der überdurchschnittliche Einsatz bereits durch die sehr gute Bezahlung abgegolten erschien.

80.71.3 Lt Stellungnahme der GKT sei auf die damals angespannte Arbeitsmarktlage, die besonderen Bindungen der Unternehmung und die Überlastung der Mitarbeiter Rücksicht zu nehmen gewesen.

80.72.1 Der Fahrer eines Geschäftsführers erreichte 1981 einen Gesamtbezug von 411 000 S, die Sekretärin eines Geschäftsführers über 400 000 S, ein höhergestellter Chemielaborant knapp 400 000 S und ein jüngerer Meister mit Fachschule im Schichtdienst 353 000 S. Die Überzahlungen des Kollektivvertrages betrugen bei den Angestellten fallweise über 40 und 50 vH. Bei den Arbeitern ragten aus 53 Überschreitungen der 30-vH-Marke sogar Überzahlungsspitzen bis zu 75 vH heraus.

80.72.2 Der RH erachtete diese Vorgangsweise der überprüften Gesellschaft als großzügig.

80.72.3 Die GKT bezeichnete die Berechnungsart des RH bei der Ermittlung der Gesamtbezüge als unüblich. Alter und Vordienstzeiten wären bezugsbestimmend gewesen.

80.73.1 Die GKT gewährte ferner einen sogenannten Fahrtkostenzuschuß, den nach dem Wegfallen der Selbstbehaltsgrenze von 6 km auch die Dienstnehmer aus der 3 km entfernten Ortschaft Zwentendorf in Anspruch nehmen konnten. In vielen Fällen lag der Zuschuß zwischen 1 000 und 2 000 S, bei einem Dienstnehmer sogar bei über 3 000 S je Monat. Insgesamt wendete die Gesellschaft hiefür monatlich zwischen 40 000 und 50 000 S auf.

80.73.2 Der RH bemängelte ungeachtet der „Insellage" der GKT die fehlende Beschränkung dieser Vergütung auf Einzelfälle.

80.74.1 Der 1981 mit 9 200 S je Dienstnehmer gesondert ausgewiesene freiwillige Sozialaufwand stellte nur einen Teil der an die Mitarbeiter gewährten Vergünstigungen dar. Weitere Zuwendungen, wie die Ablöse des Stromdeputats, die Kinder- und Familienzulage, der Fahrtkostenzuschuß uam erfolgten laufend über die monatliche Bezugsabrechnung und waren daher im Personalaufwand enthalten. Die GKT verfügte über keine jährliche Zusammenfassung sämtlicher freiwilliger Sozialleistungen. Weiters blieben auch allfällige kalkulatorische Kosten unberücksichtigt, wie bspw für die Werksküche, die Werkswohnungen, die Darlehen an die Dienstnehmer usw.

80.74.2 Der RH regte eine jährliche Zusammenstellung sämtlicher freiwilliger Sozialleistungen an und empfahl angesichts deren Ausmaßes Sparmaßnahmen.

80.74.3 Lt Stellungnahme der GKT seien die Personalaufnahmen in einer Zeit der Hochkonjunktur bei einem „überhitzten" Arbeitsmarkt erfolgt, der Sozialkatalog läge aber unter dem Ausmaß anderer EVU.

80.75.1 Die GKT verfügte im Jahre 1982 in Tulln über 18 werkseigene und in Zwentendorf-Erpersdorf (Wohnhausanlage) über 33 angemietete Wohnungen sowie über 20 Appartements im sogenannten Arbeitnehmerheim. Die Wohnhausanlage und das Arbeitnehmerheim wurden von einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft errichtet. Von den Gesamtkosten von rd 28,2 Mill S brachte die GKT in Form eines Eigenmittelanteiles 6,3 Mill S auf. Da jedoch in der Mietenvorschreibung an die GKT außer den Instandhaltungsbeiträgen, Betriebskosten sowie Wohnungsverwaltungskosten auch die Tilgungen der Wohnbaudarlehen berücksichtigt waren, gingen letztlich sämtliche Kosten für die Errichtung der Wohnhausanlage und des Arbeitnehmerheimes zu Lasten der GKT. Bei einer Gesamtbelastung im Jahre 1981 von etwa 2,3 Mill S ergaben sich je m² Nutzfläche monatliche Kosten von etwa 35 S. Das sogenannte

standortgebundene Personal zahlte für Wohnungen mit Größen bis zu 130 m² weder eine Miete noch Betriebskosten. Genauso begünstigt war der Betriebsleiter (Monatsbezug 67 100 S), der über eine Wohnung mit 164 m² verfügte.

80.75.2 Der RH erachtete den Verzicht auf eine Benützungsgebühr als unangemessen großzügig und empfahl eine entsprechende Neuordnung.

80.75.3 Die GKT stellte Verhandlungen mit der Personalvertretung in Aussicht.

80.76.1 Die GKT plante ein Betriebsleiterwohnhaus, das bei Ausführung des Vorhabens über 4 Mill S gekostet hätte. Für Planungsarbeiten fielen bereits insgesamt rd 270 000 S an, davon für eine Änderung der Einreichpläne 45 000 S, weil das ursprünglich in Aussicht genommene Grundstück für den Erwerb nicht zur Verfügung stand.

80.76.2 Der RH hielt ein eigenes Betriebsleiterwohnhaus grundsätzlich für nicht notwendig und den zusätzlichen Aufwand für die Einreichpläne für vermeidbar, weil sie erst nach Erwerb des Grundstückes hätten erstellt werden sollen.

80.76.3 Die GKT stellte den Verkauf des Grundstückes für das Betriebsleiterwohnhaus im Falle des Ersatzes des Konservierungsbeschlusses durch einen Verwertungsbeschluß in Aussicht.

80.77.1 Seit Ende 1978 stellte die GKT Personal an fremde EVU ab, wofür sie bis 1981 rd 27,6 Mill S erlöste. Die GKT konnte dadurch sowohl ihre Aufwendungen senken, als auch das ausgebildete Personal für eine allfällige Inbetriebnahme erhalten.

80.77.2 Wie der RH kritisch vermerkte, gelang es nicht, sämtliche Kosten weiter zu verrechnen. Mangels Festlegungen über die Zahlungsweise ging das Entgelt in der Regel erst bis zu 2½ Monate nach der Dienstverrichtung bei der überprüften Gesellschaft ein.

80.77.3 Lt Stellungnahme der GKT sei sie bei Personalabstellungen im Inland mit österreichischen Personal-Leasingfirmen im Wettbewerb gestanden. Eine Zurverfügungstellung unter den Selbstkosten wäre jedenfalls günstiger gewesen als gar keine Abstellung.

80.78 Aber auch die GKT bediente sich firmenfremder Fachkräfte, wie eine Vereinbarung mit der KKWP Ende 1978 zeigte. Bei der Ermittlung dieser Abstellkosten fand ein Aufschlag auf die Monats-Bruttogrundgehälter von 195 vH Anwendung. In einem Fall erreichte das Jahresabstellentgelt sogar rd 2 Mill S. Der daraus zu ermittelnde Stundensatz überstieg mit 933 S das Doppelte des damals gültigen Mindesttarifs eines Zivilingenieurs.

80.79.1.1 Mit der Errichtung des Kernkraftwerkes war auch eine sehr rege Gutachter- und Prüftätigkeit verbunden, wofür von 1972 bis Mitte 1982 Kosten von etwa 240 Mill S anfielen. Die weitaus größte Zahl der Gutachten stand mit dem Genehmigungsverfahren im Zusammenhang. In Einzelfällen kam es zur Überprüfung von Gutachten, welche die GKT bereits bei Baubeginn eingeholt hatte, durch neue Gutachten.

80.79.1.2 Bei der Vergabe der künstlerischen Oberleitung über das Gesamtbauvorhaben um rd 1,9 Mill S genehmigte die GKT dem Bestbieter aus Klagenfurt, mit einem Wiener Berufskollegen, der auf Platz 3 gereiht war, eine ARGE einzugehen. Sohin gelangte der zuletzt Genannte trotz eines verhältnismäßig ungünstigen Erstangebotes noch zu einem Auftrag. Der Zweitgereihte hatte keine Gelegenheit mehr, das Angebot zu verändern.

80.79.1.3 Der in die Arbeitsgemeinschaft eingebundene Architekt erhielt in der Folge zahlreiche weitere Aufträge, teils gegen Pauschalhonorar, teils gegen Verrechnung des tatsächlichen Zeitaufwandes. Bei sämtlichen Vergaben, die ua auch die architektonische Planung und Beratung für rd 200 000 S anläßlich der Errichtung des „externen Labors" umfaßten, verfügte die GKT nur über jeweils ein einziges Angebot.

80.79.2 Der RH bemängelte den Verzicht auf eine größere Anzahl von Angeboten, und hielt die fallweise vereinbarte Verrechnung nach dem tatsächlichen Zeitaufwand für unzweckmäßig. Überdies hätte es in einigen Fällen der Heranziehung eines Architekten nicht bedurft. Da sich der Architekt bei Beschaffungen wiederholt mit einem einzigen Angebot begnügte, war auch der Nachweis bestmöglichen Einkaufs unmöglich.

80.80.1 Als die GKT Anfang 1972 zwei Ingenieure mit der Überprüfung der statischen Berechnung und der Schalungs- und Bewehrungspläne betraute, wurde ein Gesamthonorar von 1,92 Mill S vereinbart. Aufgrund von Nachforderungen überstiegen die Prüfkosten von 5 Mill S in der Schlußrechnung des betreffenden Gutachters das seinerzeit vereinbarte Entgelt um nahezu das Vierfache. In Verhandlungen gelang es der GKT, diesen Betrag auf 4,6 Mill S herabzusetzen.

80.80.2 Der RH kritisierte die Art und Weise der kaufmännischen Abwicklung im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Prüfingenieure. Die GKT, die durch Jahre nicht wußte, welchen Aufwand letztlich die Prüftätigkeit erfordern würde, nahm das Risiko späterer Auseinandersetzungen auf sich, bei denen sie sich dann gezwungenermaßen in einer ungünstigen Verhandlungsstellung befand.

Verwaltungsaufwand

80.81.1.1 Im März 1970 empfahl der AR der Geschäftsführung der GKT, in Zwentendorf umgehend eine behelfsmäßige Unterkunft (Bauleitungsbaracke) zu errichten und zur Erleichterung der Vergabeverhandlungen auf zwei bis drei Jahre in Wien Räume anzumieten. Die GKT eröffnete zunächst im April 1970 ein Büro in Wien 1., mit 150 m², übersiedelte aber noch im gleichen Jahr in ein anderes Büro mit rd 408 m², die später auf 460 m² erweitert wurden. Nach der Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes in Zwentendorf kam es 1974/75 lediglich zu einer Übersiedlung der technischen Abteilungen und einiger kaufmännischer Mitarbeiter in das Tullnerfeld.

80.81.1.2 Obwohl Mitte 1978 noch die Betriebsaufnahme des Kernkraftwerkes im Laufe des Jahres 1979 und somit eine Auflösung des Wiener Büros zu erwarten war, ließ die Geschäftsführung die Wiener Räumlichkeiten teilweise ausmalen und mit neuen Teppichen auslegen. Bei Gesamtaufwendungen von rd 119 000 S wurden allein für die neuen Teppiche des technischen Geschäftsführers rd 28 000 S ausgegeben.

80.81.1.3 Selbst nach dem Baustopp des Kernkraftwerkes Ende 1978 wurden die Kosten des Wiener Bürobetriebs nicht wesentlich eingeschränkt und beliefen sich noch ... auf rd 870 000 S; zusätzlich fielen Garagenmieten von rd 117 000 S an. Erst Ende Juni 1982 wurde die Bürofläche auf rd 50 m² eingeschränkt, wobei eine Telefonistin nach wie vor den Dienst versah.

80.81.2 Der RH kritisierte die wesentlich verspätete Verringerung des Wiener Büros wegen der vermeidbaren Kosten.

80.81.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung sei das Wiener Büro 1979 wegen der Schlußverhandlungen mit dem HU und anderen Firmen im vollen Ausmaß gebraucht worden. 1980 sei der Ausgang des Volksbegehrens ungewiß gewesen. Auch jetzt müßten noch immer Besprechungen mit ausländischen Gesprächspartnern wegen des entlegenen Standortes von Zwentendorf in Wien stattfinden.

80.82 Außergewöhnlich aufwendig erschien dem RH auch eine dreitägige Dienstreise im Jahre 1979 nach Rottach in der BRD. Dabei fuhren insgesamt acht GKT-Angehörige mit vier Dienst-Kfz zu einer Besprechung mit dem HU. Der Aufwand an Reisegebühren - ohne Kfz-Kosten - betrug rd 30 000 S.

80.82.1 Für Repräsentationsessen, Nachtklubbesuche, Geschenke uä gab die GKT rd 412 000 S (1976), rd 475 000 S (1977) und 618 000 S (1978) aus; in den Folgejahren sanken die Aufwendungen letztlich auf rd 132 000 S (1981).

80.82.2 Der RH erachtete die Wahl teurer Lokale für Gästebewirtungen sowie kostspieliger Geschenke für Journalisten und Sachverständige als mit dem Sparsamkeitsgrundsatz unvereinbar.

80.82.3 Die GKT bezeichnete gewisse Repräsentationsausgaben als notwendig und bestimmte Aufwendungen als einmalig.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat

80.83.1 Die GKT verfügte seit ihrer Gründung über zwei Geschäftsführer. Ab Mai 1982 übte ein Mitarbeiter der VG die technische Geschäftsführertätigkeit nebenamtlich aus, wobei er über die Unterstützung der sachlich zuständigen Organisationseinheiten der VG verfügt. Die Jahresbelastung aus der Geschäftsführertätigkeit, unter Einbeziehung der Sekretariats- und Chauffeurkosten, belief sich 1982 auf rd 4 Mill S.

80.83.2 Da sich die Geschäftsführertätigkeit nach dem Atomsperrgesetz nur mehr auf die Konservierung der Anlagen, die Klärung rechtlicher Fragen sowie auf die Abhaltung von Führungen und Werksbesichtigungen beschränkte, hielt der RH die genannte Jahresbelastung den nunmehr geforderten Geschäftsführerpflichten und -risken für keineswegs mehr angepaßt.

80.83.3 Die GKT berief sich auf die ihrer Meinung nach weiterhin bestehende umfangreiche Verwaltungstätigkeit sowie auf die persönliche Bearbeitung der Rechtsfragen durch den kaufmännischen Geschäftsführer.

80.84.1.1 Der hauptamtlich tätig gewesene technische Geschäftsführer schied im April 1982 aus der GKT aus, wobei ihm ein Jahres-Bruttobezug von insgesamt 15,5 Monats-Bruttobezügen als Abfertigung zuerkannt worden war.

80.84.1.2 Auch beim noch hauptamtlich tätigen kaufmännischen Geschäftsführer wurde die Abfertigung mit 15,5 Monats-Bruttobezügen vertraglich festgelegt. Darüber hinaus genießt dieser noch den Vorzug, die Abfertigung auch dann zu erhalten, wenn das Vertragsverhältnis über seinen eigenen Wunsch hin aufgelöst werden sollte.

80.84.2 Der RH kritisierte die Abfertigungsregelungen als großzügig, weil sie über die üblichen hinausgehen.

80.84.3 Lt Stellungnahme der GKT seien in den alten Geschäftsführerverträgen zwei statt 1,5 Monats-Bruttobezüge als Remuneration in Aussicht genommen gewesen.

80.85 Weitere Beanstandungen des RH betrafen die Festsetzung der Tages- und Nächtigungsgebühren für die Mitglieder der Geschäftsführung, die um rd 87 vH über den Sätzen der Gebührenstufe 5 der Reisegebührenvorschrift des Bundes lagen, wie sie den Mitgliedern der Bundesregierung zustehen sowie in einem Falle die gleichzeitige Urlaubsabwesenheit beider Geschäftsführer, weil während dieser Zeit keine Vertretung der GKT im Außenverhältnis möglich war.

80.86.1 Die GKT verfügte zwischen Feber 1970 und Dezember 1978 über einen AR im Umfang von vorerst 20 Mitgliedern, wobei je zehn Mitglieder von der VG und der Gruppe der Landesgesellschaften namhaft gemacht wurden. Später kamen zahlenmäßig ansteigend noch Belegschaftsvertreter hinzu, so daß sich dieses Gesellschaftsorgan zuletzt aus 29 Mitgliedern zusammensetzte. Der Aufwand betrug im genannten Zeitraum rd 7,7 Mill S.

80.86.2 Der RH kritisierte die mitunter trotz eindringlicher Mahnungen des Vorsitzenden unzureichende Anwesenheit verschiedener AR-Mitglieder bei den Sitzungen, wodurch drei Sitzungen von vornherein und weitere zwei im Laufe der Sitzung selbst nicht mehr beschlußfähig waren. Drei von Landesgesellschaften entsandte AR-Mitglieder fehlten bei 18, 19 und sogar 26 der insgesamt 44 AR-Sitzungen, was überschlägig mit einem Aufwand von rd 425 000 S ohne ausreichende Gegenleistungen zu bewerten wäre. Weiters bemängelte der RH die unzureichende Beachtung der Geschäftsordnung des AR sowie die teilweise mangelhafte Protokollführung.

80.86.3 Die GKT erklärte Unzulänglichkeiten in der Protokollführung als Ausnahmefälle.

Ausblick

80.87 Vor Redaktionsschluß übermittelte die GKT dem RH eine Kurzdarstellung der Entwicklung der Unternehmung seit Abschluß der örtlichen Erhebungen im November 1982, die nachstehend wiedergegeben wird:

„Im Sinne der von den Gesellschaftern beschlossenen Personalreduktion waren zum 31. Dezember 1983 nur mehr 49 Dienstnehmer bei der GKT beschäftigt; der Personalstand ist in der Zwischenzeit so weit reduziert, daß der Behördenforderung nach ständiger Besetzung der Warte nur mehr durch ausgeliehenes Personal von einem anderen Kraftwerk entsprochen werden kann.

Im Falle einer Aufhebung des Atomsperrgesetzes wird der gesamte Stellenplan unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung und der dann allenfalls vorliegenden neuen Behördenanforderungen an Personalstand (in zahlenmäßiger und qualitativer Hinsicht) überprüft werden. Die internationale Entwicklung läßt bereits heute erkennen, daß das Betriebspersonal nicht geringer werden wird.

Die GKT führt in regelmäßigen Zeitabständen Kostenrechnungen durch, welche für eine fiktive Inbetriebnahme 1984 56 g/kWh Erzeugungskosten loco Zwentendorf ergeben haben. Je nach Inflationsrate und Verzinsung des eingesetzten Kapitals ergeben sich je zusätzlichem Jahr Moratorium mindestens 2 g/kWh Erhöhung.

Aus heutiger Sicht sind für die Dekonservierung und die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes, ab Aufhebung des Atomsperrgesetzes, etwa vier Jahre erforderlich; für die Abklärung rechtlicher, technisch-wirtschaftlicher Fragen, wie zB Ausarbeitung eines Vertrages mit der Lieferfirma über die Dekonservierung und die Inbetriebnahme, Abklärung der erforderlichen Behördenschritte und vorherige Festlegung der Behördenauflagen, sind darin ein Jahr enthalten.

Bei verschiedenen Sozialleistungen wurden bereits die Bestimmungen im Sinne der allgemein herrschenden Tendenz verschärft, zB werden keine Wohnungen mehr ohne Bezahlung irgendeines Entgeltes an Dienstnehmer vermietet, bei den Fahrtkostenzuschüssen wurde wieder ein Selbstbehalt eingeführt.

Generell kann gesagt werden, daß die GKT im Falle einer positiven Entscheidung zu Gunsten des Kernkraftwerkes Tullnerfeld die seinerzeit bereits begonnenen Arbeiten an verschiedenen internen Regelungen, wie zB Einkaufsordnung, fortsetzen wird bzw werden den neuen Erkenntnissen entsprechend zusätzliche generelle Regelungen ausgearbeitet werden. Aufgrund der gegebenen Situation können verständlicherweise derzeit keine detaillierten Angaben über die Befolgung von Empfehlungen des RH gemacht werden."

III. ABSCHNITT

Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen bei sonstigen Rechtsträgern Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

Prüfungsergebnisse aus dem Jahre 1983

Österreichische Postsparkasse

Der RH anerkannte die seit der 1970 erfolgten Gründung als Unternehmung mit eigener Rechtspersönlichkeit erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Österreichischen Postsparkasse, äußerte jedoch hinsichtlich der Wahrnehmung einzelner Geschäftsbereiche Zweifel an deren Auslegung des Postsparkassengesetzes 1969. Die Durchführung von Investitionsvorhaben ließ verschiedentlich Fehler in der Bauplanung und -abwicklung sowie eine mangelhafte Kontrolle durch den Bauherren erkennen.

81.1 Die letzte Gebarungsüberprüfung des Österreichischen Postsparkassenamtes fand im Jahre 1969 (TB 1970 Abs 50) statt, so daß bei der nunmehrigen Überprüfung im Jahre 1983 die Auswirkungen der rechtlichen Neuordnung beurteilt werden konnten.

Rechtsgrundlagen

81.2 Die Rechtsverhältnisse der Österreichischen Postsparkasse (PSK) wurden mit Bundesgesetz vom 26. November 1969, BGBl Nr 458, welches am 1. Jänner 1970 in Kraft trat, neu geordnet. Gemäß § 1 dieses Bundesgesetzes wurde die PSK mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet. Damit ging auch das Vermögen des Postsparkassenamtes, das bis dahin im Eigentum des Bundes gestanden war, in das der PSK über; diese Eigentumsübertragung erfolgte steuerfrei. Weitere Abgabenbefreiungen galten bis zum zweiten Abgabenänderungsgesetz 1977. Ab dessen Inkrafttreten zum 1. Jänner 1978 wurde die PSK körperschaft-, gewerbe- und vermögensteuerpflichtig.

81.3 Das PSK-Gesetz 1969 wurde im Berichtszeitraum mehrfach novelliert, uzw mit BGBl Nr 63/1979, BGBl Nr 49/1981 und BGBl Nr 80/1983. Während die erstgenannte Gesetzesnovellierung die Anpassung an das mit 1. März 1979 in Kraft getretene Kreditwesengesetz (KWG) bezweckte, wurden in weiterer Folge Auslegungsschwierigkeiten bereinigt sowie einzelne Geschäftsbefugnisse der PSK erweitert.

81.4 Die PSK ist die Hauptstelle für den Postscheckverkehr und Postsparverkehr (§ 1 Abs 1 des PSK-Gesetzes). Der Geschäftsbereich der PSK ist in den §§ 5 und 6 des PSK-Gesetzes erschöpfend aufgezählt. Nach § 3 des PSK-Gesetzes hat die PSK die Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel fruchtbringend zu verwenden, eine ausreichende Zahlungsbereitschaft im Postscheckverkehr und Postsparverkehr zu gewährleisten, auf die Geld- und Finanzpolitik der Bundesregierung Bedacht zu nehmen und die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) bei der Erfüllung der ihr zufallenden Aufgaben auf dem Gebiete der Währungs- und Kreditpolitik zu unterstützen. Gemäß § 1 Abs 2 des PSK-Gesetzes haftet der Bund für alle Verbindlichkeiten der PSK als Bürge (§§ 1346, 1355 ABGB).

Unternehmungspolitik

81.5.1.1 Die geschäftspolitischen Zielsetzungen der PSK waren nach der Errichtung als Unternehmung mit eigener Rechtspersönlichkeit davon getragen, von dem ihr als bisherigem Amt anhaftenden Image wegzukommen und ihr innerhalb des österreichischen Kreditapparates eine entsprechende Marktstellung zu sichern.

81.5.1.2 Wie die Gebarungsüberprüfung ergab, ist es der PSK gelungen, die geschäftspolitischen Zielsetzungen auch in wesentlichen Belangen zu verwirklichen und eine Vielzahl von Mängeln, wie sie in Auftrag gegebene Marktforschungsuntersuchungen aufzeigten, zu beseitigen. Sichtbaren Ausdruck fand dies in der beachtlichen Geschäftsausweitung - die Erhöhung der Bilanzsumme von 1970 bis 1983 fiel größer aus als im gesamten österreichischen Kreditapparat -, in dem verbesserten Kundendienst, in der verstärkten Zusammenarbeit mit der Postverwaltung sowie in dem wesentlich breiteren Angebot von Leistungen, letzteres bedingt vor allem durch den Erwerb ihrer Beteiligungen an der PSK- sowie Feichtnerbank.

81.5.2 Wie der RH kritisch vermerkte, mangelte es jedoch an einem, den Bedürfnissen dieser Geschäftsentwicklung und der sich verändernden Geschäftsstruktur gerecht werdenden langfristigen Unternehmungskonzept sowie an verschiedenen organisatorischen Belangen. Weiters war nach Auffassung des RH die Verwendung der nach dem PSK-Gesetz geforderten Eigenmittel für die Finanzierung von verschiedenen Veranlagungen in Frage zu stellen.

81.6.1.1 Die Beteiligungspolitik der PSK war von den geschäftspolitischen Zielsetzungen, das Einlagen- und Ausleihungsgeschäft kräftig auszubauen, neue Kunden zu gewinnen, die Interessen der PSK auf dem Markt abzustützen, dadurch ihre Marktstellung zu stärken und know how unter Bedachtnahme auf eine langfristige Kapitalrendite zu erwerben, bestimmt. Aus diesen Gründen erfolgte die Beteiligung an verschiedenen Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Sonderfinanzierungsinstituten sowie Kreditinstituten, vor allem jene an der PSK- sowie Feichtnerbank. Letztere Beteiligungen ermöglichten der PSK die Abwicklung von Bankgeschäften, welche ihr nach den einschränkenden Bestimmungen des PSK-Gesetzes nicht möglich waren.

81.6.1.2 Die PSK stützte ihre Vorgangsweise auf ein Rechtsgutachten der Finanzprokuratur aus dem Jahre 1973 wie auf eine Stellungnahme der Aufsichtsbehörde (BMF), worin der Erwerb von Beteiligungen aus Eigenmitteln als zulässig beurteilt wurde. Gesetzlich verankert wurde das Beteiligungsrecht der PSK erst durch § 5 Z 11 der PSK-Gesetzesnovelle 1982, demzufolge der PSK der Erwerb von dauernden Beteiligungen an anderen Unternehmen gestattet ist, soweit sie der Erreichung der durch dieses Bundesgesetz umschriebenen Aufgaben der PSK dienen.

81.6.2.1 Nach Ansicht des RH hätte sich der Vorstand der PSK schon vor dem Erwerb der Beteiligungen um eine ausdrückliche gesetzliche Verankerung des Beteiligungsrechtes, wie dies durch die PSK-Gesetzesnovelle 1982 erfolgte, bemühen sollen.

81.6.2.2 Der RH anerkannte im übrigen den Erfolg der Beteiligungspolitik für die PSK, weil ihr über ihre Beteiligungen geschäftspolitische und betriebswirtschaftliche Vorteile gesichert wurden und ihre Marktstellung eine bedeutende Stärkung erfuhr. Allerdings erforderte die Anschaffung der Beteiligungen an der PSK- und Feichtnerbank sowie deren mehrfache Kapitalerhöhungen einen erheblichen Kapitaleinsatz. Weiters sind der PSK aus diesen Bankbeteiligungen nur verhältnismäßig geringe Dividendenerträge zugeflossen, was in der Zielsetzung des PSK-Vorstandes begründet lag, an einer Steigerung des inneren Wertes ihrer Beteiligungen mehr als an einer höheren Dividendenausschüttung interessiert zu sein.

Leitungsorgane

81.7.1 Die Aufgabentrennung zwischen Geschäftsführungs- und Kontrollorgan, Vorstand und Verwaltungsrat der PSK, ist durch die §§ 8 und 9 des PSK-Gesetzes geregelt. Neben ihren Funktionen als Vorstandsmitglieder der PSK üben die Gouverneure, nicht zuletzt um das steuerliche Organschaftsverhältnis zu gewährleisten, auch Vorstandsfunktionen bei der PSK- sowie Feichtnerbank aus. Auch Mitglieder des Verwaltungsrats der PSK sind in den Aufsichtsrat vorgenannter Gesellschaften entsendet.

81.7.2 Nach Ansicht des RH war diese personelle Verzahnung insofern nicht befriedigend, als der Vorstand der PSK als Eigentümervertreter in den Tochterbanken den Aufsichtsrat namhaft machte, der

sodann die Gouverneure dort als Vorstandsmitglieder bestellte und überwachte. Der RH empfahl, entsprechende Veranlassungen zu treffen, daß sich zumindest eine Zweidrittel-Mehrheit im Aufsichtsrat der Tochtergesellschaften aus den Kapitalvertretern des Verwaltungsrates der PSK zusammensetzt.

81.8 Die durch Sonderverträge festgelegten Bezüge für die Gouverneure der PSK lagen, wie der RH feststellte, erheblich unter den Vorstandsbezügen anderer Geldinstitute vergleichbarer Größenordnung. Die Verwaltungsratsmitglieder, deren Tätigkeit gemäß § 9 Abs 7 des PSK-Gesetzes ehrenamtlich auszuüben ist, erhielten Sitzungsgelder sowie die Mitglieder des Verwaltungsrats-Präsidiums geringfügige monatliche Repräsentationspauschalen. Im Hinblick auf die mit der Ausübung ihrer Kontrollfunktionen verbundenen Verantwortlichkeit und den bedeutenden Geschäftsumfang, erschien dem RH eine Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder entsprechend Aufsichtsräten von Kreditunternehmungen vergleichbarer Größenordnung überlegenswert.

Finanzwirtschaft

81.9 Die Bilanzsumme der PSK erhöhte sich von 15 841 Mill S (Ende 1970) um 110 409 Mill S oder 697 vH auf 126 250 Mill S (Ende 1983), während der gesamte österreichische Kreditapparat nur eine Zunahme von 636 vH verzeichnete. An der Bilanzsumme der österreichischen Kreditunternehmungen gemessen, nahm die PSK im Jahre 1983 den sechsten Rang ein.

81.10 Die Kapitalstruktur der PSK war insofern nicht mit jener anderer Kreditunternehmungen vergleichbar, weil sie als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut kein Grundkapital, sondern nur eigenkapitalwertige Positionen in Form von Rücklagen auswies. Da der Bund jedoch gemäß § 1 Abs 2 des PSK-Gesetzes 1969 für alle Verbindlichkeiten der PSK als Bürge haftet, wurde fehlendes Eigenkapital bis zu einem gewissen Grad substituiert. Zufolge dieser Besonderheiten fanden die Vorschriften über die Mindesteigenmittelausstattung von Kreditunternehmungen gemäß § 12 Abs 3 KWG 1979 keine Anwendung auf die PSK. Auch hatten die dem Eigenkapital einer Kreditunternehmung zugeordneten betriebswirtschaftlichen Aufgabenstellungen für die PSK nur bedingte Gültigkeit.

81.11.1 Das haftende Eigenkapital der PSK erhöhte sich von 302,4 Mill S (1970) um 397,3 vH auf 1 503,7 Mill S (1983), im Verhältnis zur Bilanzsumme nahm es von 1,91 vH auf 1,19 vH ab.

81.11.2 Wie der RH kritisch vermerkte, wies die PSK bis 1982 unter der Position „haftendes Eigenkapital gemäß § 12 Abs 2 KWG" jeweils auch den nicht an den Bund abzuführenden halben Jahresgewinn, den sie im jeweiligen Folgejahr dem allgemeinen Reservefonds zuführte, aus, was nicht der KWG-Norm entsprach.

81.11.3 Lt Mitteilung der PSK habe sie der Empfehlung des RH bei der Erstellung der Bilanz zum 31. Dezember 1983 bereits entsprochen.

81.12.1 Der allgemeine Reservefonds stellt die wichtigste eigenmittelwertige Position der PSK dar. Ihm sind gemäß § 23 Abs 4 des PSK-Gesetzes 1969 die Hälfte des bilanzmäßigen Reingewinnes zuzuführen, bis dieser die Höhe von 2 vH der Verpflichtungen aus den im § 5 Abs 1 und Abs 2 des PSK-Gesetzes 1969 genannten Geschäften erreicht hat.

81.12.2 Wie der RH feststellte, wurde dieses gesetzlich höchstzulässige Ausmaß im überprüften Zeitraum - ausgenommen im Jahre 1970 - nicht erreicht, weil der Zuwachs dieses Fonds mit der Ausweitung obangeführter Verpflichtungen nicht Schritt halten konnte. Der RH beanstandete weiters die Vorgangsweise der PSK, die diesen Fonds bereits ab 1976 und unter Einbeziehung des Sozialkapitals (Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen) ab 1980 in voller Höhe für die Finanzierung von Veranlagungen, wie Beteiligungen, technische Überziehungen, Einlagen bei ausländischen Kreditinstituten sowie Grundstücke und Gebäude, verwendete, wodurch die im Vordergrund stehende Haftungsfunktion des Eigenkapitals beeinträchtigt wurde. Im Jahre 1982 war bereits das Mehrfache des wirtschaftlichen Eigenkapitals in derartigen Veranlagungen gebunden.

81.12.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes der PSK sei die Finanzierung ihrer Veranlagungen zur Gänze im Eigen- wie auch im Sozialkapital gedeckt gewesen. Bei den Veranlagungen bei ausländischen Kreditunternehmungen wäre nur der aktivseitige Nettoüberhang, dh der Saldo aus Einlagen bei und Aufnahmen von ausländischen Kreditunternehmungen im wirtschaftlichen Eigenkapital als gedeckt anzusehen gewesen.

81.12.4 Der RH erwiderte, er könne eine solche Saldierung zwecks Feststellung der Größenordnung der Eigenmittelfinanzierung dieser Veranlagungen nicht anerkennen, weil die PSK diese Geschäfte im eigenen Namen und für eigene Rechnung abgeschlossen und für die aktivseitigen Veranlagungen das volle Risiko getragen habe. Er verblieb daher bei seiner Auffassung, die PSK habe bis zum Inkrafttreten der Novelle 1982 für einzelne ihrer Veranlagungen auch Fremdmittel herangezogen. Allerdings wäre eine Zuordnung der Finanzierungsmittel zu den einzelnen Veranlagungen nicht möglich gewesen.

81.13.1.1 Die PSK veranlagte von 1974 bis 1982 bei ausländischen Kreditunternehmungen in zunehmendem Maße erhebliche Beträge, und zwar als Ultimo-, Call- und Festgelder sowie Rollover-Depots. Aus § 5 Z 6 des PSK-Gesetzes 1969, der das Devisengeschäft dem Geschäftsbereich der PSK zuordnet, leitete sie das Recht ab, auch Veranlagungen bei ausländischen Kreditunternehmungen durchzuführen. Weiters sah sie sich durch die bereits dem Österreichischen Postsparkassenamt mit Bescheid der OeNB aus dem Jahre 1963 erteilte generelle Bewilligung zur Veranlagung von Guthaben in frei konvertierbaren Fremdwährungen mit einer Laufzeit von fünf Jahren sowie durch die Einräumung der Devisenhandelsermächtigung durch die OeNB im Jahre 1974 als berechtigt an, alle Sparten des Devisengeschäftes sowohl aktiv- als auch passivseitig wahrzunehmen.

81.13.1.2 Die Wirtschaftsprüfer äußerten im Prüfungsbericht zum Jahresabschluß der PSK 1980 die Ansicht, die PSK hätte gemäß § 6 Abs 1 Z 2 des PSK-Gesetzes 1969 Einlagen bei ausländischen Kreditunternehmungen nicht veranlagen dürfen, weshalb sich der PSK-Vorstand zwecks Deckung seiner Vorgangsweise um eine Änderung des PSK-Gesetzes bemühen sollte. Weiters seien sämtliche Ausleihungen an ausländische Kreditunternehmungen ohne Zustimmung des Verwaltungsrates erfolgt.

81.13.1.3 Der Verwaltungsrat der PSK hatte nämlich dem Bankvorstand gemäß § 5 Z 6 des PSK-Gesetzes mit Beschluß vom 7. Juli 1975 lediglich die Haltung kurzfristiger, disponibler Guthaben bei ausländischen Kreditunternehmungen genehmigt, worunter jedoch die Veranlagungen des Jahres 1980 zufolge ihrer Längerfristigkeit nicht fielen.

81.13.1.4 In einem Gutachten der Rechtsabteilung der PSK vom Feber 1981 wurden Veranlagungen bei ausländischen Kreditunternehmungen als nicht dem PSK-Gesetz widersprechend bezeichnet, eine Auffassung, der sich das BMF in einem Schreiben an die Wirtschaftsprüfer vom März 1981 anschloß.

81.13.2 Nach Ansicht des RH entbehrten Veranlagungen bei ausländischen Kreditunternehmungen bis zum Inkrafttreten der mit der PSK-Gesetzesnovelle 1982 geschaffenen Neufassung des § 6 Abs 1 Z 2 einer gesetzlichen Regelung, so daß bis dahin der PSK nur Einlagen bei inländischen Kreditinstituten gestattet waren. Die der PSK von der OeNB erteilten Bewilligungen für die Fremdwährungsveranlagung und für den Devisenhandel waren nur aus devisenrechtlicher Sicht zu beurteilen, nicht aber zur Auslegung des PSK-Gesetzes heranzuziehen. Derart risikobehaftete Veranlagungen wären überdies dem Verwaltungsrat umso eher vorzulegen gewesen, als die wesentlich risikoärmeren Veranlagungen bei inländischen Kreditunternehmungen gemäß § 11 Abs 1 Z 2 des PSK-Gesetzes seiner Genehmigung vorbehalten waren.

81.14.1 Unter den Ausleihungen nahmen jene an öffentlich-rechtliche Körperschaften eine bedeutende Stellung ein und erfuhren von 1979 bis 1983 eine starke Ausweitung um 183 vH, während sie im gesamten Kreditapparat nur um 92,3 vH zunahmen. Der Marktanteil der PSK auf diesem Gebiet stieg im genannten Zeitraum von 5,90 vH auf 8,69 vH. Vom Gesamtausleihungsstand zum 31. Dezember 1982 entfielen auf Konsortialdarlehen 3 617 Mill S oder 26,3 vH, die restlichen auf Direktdarlehen.

81.14.2.1 Nach Ansicht des RH stand diese Vorgangsweise nicht im Einklang mit § 6 Abs 1 Z 4 des PSK-Gesetzes idgF, wonach die PSK die Einlagen und Erlöse aus Wertpapieren zur Gewährung von Darlehen und Krediten an Gebietskörperschaften oder von Darlehen und Krediten, für die der Bund, ein Bundesland oder die Gemeinde Wien haften, nur in Gemeinschaft mit anderen Kreditunternehmungen verwenden darf. Der RH bemängelte die Ausleihungen der PSK in Form von Direktdarlehen ohne Konsorten an Gebietskörperschaften aufgrund einer von ihm nicht geteilten Auslegung der einschränkenden Gesetzesbestimmung.

81.14.2.2 Bei den Darlehensgewährungen an Gemeinden empfahl der RH, im Hinblick auf deren in den letzten Jahren festzustellende zunehmende Verschuldung, neben einer Prüfung der zu finanzierenden Investitionen vor allem deren künftige haushaltsmäßige Entwicklung anhand eines mittelfristigen Finanzplanes einer kritischen Beurteilung zu unterziehen.

81.14.3 Der PSK-Vorstand sagte dies zu.

81.15.1 Die PSK ließ sogenannte technische Überziehungen im Scheckverkehr in zum überwiegenden Teil unbesicherter Form zu; sie erhöhten sich von 1976 bis 1982 um 157,5 vH.

81.15.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, entbehrten diese technischen Überziehungen, soweit sie nicht aus Eigenmitteln finanziert wurden, bis zur PSK-Gesetzesnovelle 1982 einer gesetzlichen Regelung. Außerdem fehlten für die Überziehungsrahmen förmliche Vorstandsbeschlüsse, aktenmäßige Genehmigungen des Vorstandes und auch die Information des Verwaltungsrates. Erst aufgrund der erwähnten Novelle verfügte der Verwaltungsrat der PSK im März 1983 Richtlinien für diesen Geschäftszweig.

81.15.2.2 Die für Überziehungen im Scheckverkehr gebildeten Pauschalwertberichtigungen wurden nach den Feststellungen des RH in einem weit höheren Ausmaß vorgenommen, als Forderungsverluste eingetreten waren, so daß ein beträchtlicher Teil dieser Wertberichtigungen als stille Reserven anzusehen war.

81.15.3 Lt Stellungnahme der Geschäftsleitung der PSK seien die technischen Überziehungen gemäß ihrer Veranlagungsfinanzierungsübersicht in den Eigenmitteln gedeckt gewesen. Weiters habe sich die Notwendigkeit zur Einräumung technischer Überziehungen aus der mangelnden Fristenübereinstimmung zwischen Zahlungsein- und -ausgängen ergeben. Letztlich hätte eine Nichtdurchführung von kurzfristig nicht gedeckten Aufträgen für die PSK zu schwerwiegenden Wettbewerbsnachteilen geführt.

81.16.1 Die PSK tätigte von 1972 bis 1981 mit anderen Kreditunternehmungen Kostgeschäfte mit Darlehen und Krediten, wobei sie sowohl als Kostgeber als auch als Kostnehmer auftrat.

81.16.2 Der RH kritisierte in vielen Fällen die Unterlagen für diese Geschäfte in wesentlichen Punkten als unvollständig, wodurch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für die in Kost genommenen Ausleihungen nicht ausreichend nachgewiesen war.

81.16.3 Die Geschäftsleitung der PSK sagte zu, künftig auf das Vorliegen der allgemein anerkannten Formalerfordernisse bei Unterlagen und Verträgen zu Kostengeschäften zu achten.

81.17.1 Während in den ersten Jahren des überprüften Zeitraumes der Schwerpunkt der PSK-Tätigkeiten im Auslandsgeschäft aufgrund der im Kreditgeschäft auferlegten gesetzlichen Beschränkungen beim Auslandszahlungsverkehr lag, nahm die PSK in der Folge in zunehmendem Ausmaße Fremdwährungsdepotgeschäfte wahr, die vor allem der Unterstützung und Ergänzung der Aufgaben der PSK auf dem inländischen Geldmarkt dienen sollten. Ab 1978 beteiligte sich die PSK an der Übernahme österreichischer Auslandstitel und strebte die Mitwirkung in den entsprechenden Führungskonsortien an. Ab 1982 wurde die Teilnahme am Eurogeldhandel verstärkt. Die Ausweitung des Auslandsgeschäftes äußerte sich in einer Erhöhung seines Anteils an der Bilanzsumme von rd 4 vH (1979) auf 28 vH (1983).

81.17.2 Angesichts dieses raschen Wachstums und der mit dem Auslandsgeschäft verbundenen erhöhten Risken kritisierte der RH den verhältnismäßig späten Einsatz einer leistungsfähigen Organisation und einer laufenden Kontrolle dieses Geschäftsbereiches. Eine tägliche Bewertung der abgeschlossenen Geschäfte wäre zur frühzeitigen Erkenntnis ungünstiger Entwicklungen von Beginn an erforderlich gewesen. Die unzureichende ADV-Unterstützung und räumliche Unterbringung erschwerten einen rationellen Arbeitsablauf, wodurch Engpässe und Fehlleistungen in der Geschäftsabwicklung auftraten.

Der RH empfahl, für den Auslandsgeschäftsbereich klare geschäftspolitische Zielsetzungen auszuarbeiten und die bereits eingeleiteten Maßnahmen zu deren wirkungsvoller Durchführung fortzusetzen, wobei mit entsprechender ADV-Unterstützung die Überschaubarkeit des Devisenhandelsbereiches und der Informationsstand der Geschäftsleitung weiter zu verbessern wäre.

81.17.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes der PSK habe er bereits zur Zeit der Gebarungsüberprüfung ein großzügig angelegtes Reorganisationskonzept unter Einbeziehung der ADV für die Gesamtheit der Devisenabwicklung beschlossen.

81.18 Zur Bildung von Sammelwertberichtigungen in den Jahresabschlüssen 1974 bis 1983 in der vorgenommenen Form war nach Ansicht des RH die PSK nicht berechtigt, weil sich die Sammelwert-

berichtigungsverordnungen aus dem für die PSK nicht geltenden Rekonstruktionsgesetz, BGBl Nr 183/1955, ableiteten.

81.19.1 Die PSK wies Guthaben bei Kreditunternehmungen ab der Jahresbilanz 1979 bilanzmäßig nicht vollinhaltlich nach dem für sie gemäß § 24 Abs 3 KWG 1979 verbindlichen Formblatt aus. Sie stellte diese Guthaben als Ausleihungen (Darlehen und Kredite) dar, weil sie sich mangels eindeutiger Erläuterung dieser Gesetzesbestimmung zur Beibehaltung der bis Ende 1978 von ihr gehandhabten Darstellungsweise für berechtigt ansah, eine Auffassung, der sich auch der Wirtschaftsprüfer angeschlossen hatte.

81.19.2 Nach Ansicht des RH hätte eine Erfassung unter „Guthaben bei Kreditunternehmungen" erfolgen müssen.

81.19.3 Der Vorstand der PSK erklärte sich bei den zuständigen Stellen um eine verbindliche Klarstellung dieser Art der Ausweisungen bemüht.

81.20 Die Spareinlagen erhöhten sich von 1970 bis 1983 insgesamt um 433,7 vH, dh etwas geringer als im Durchschnitt aller Geldinstitute (449,3 vH), wodurch der Marktanteil der PSK von 4,32 vH auf 4,20 vH fiel. Allerdings war das Aufkommen an Spareinlagen im Zeitraum 1976 bis 1983 mit 200 vH bedeutend höher als im gesamten Kreditapparat (+ 118 vH), so daß die PSK ihren auf 3,05 vH (1976) gesunkenen Marktanteil wieder weitgehend verbesserte.

Der Zinsenaufwand für diese Spareinlagen nahm mit 733,1 vH wesentlich stärker als die Spareinlagen zu. Dies war vor allem auf den Zuwachs der gebundenen Einlagen sowie auf die im Kreditapparat nach Aufhebung des Habenzinsabkommens übliche Gewährung von Vorzugszinsen zurückzuführen. Die Durchschnittsverzinsung der Einlagen erhöhte sich von 4,73 vH (1978) auf 6,68 vH (1982) und fiel anschließend auf 5,66 vH (1983) zurück.

81.21 Die Ertragslage der PSK im überprüften Zeitraum war dadurch gekennzeichnet, daß sich die ordentlichen Jahresgewinne, dh die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinne zuzüglich Rücklagendotierungen und Auflösungen, Veränderungen der Sammelwertberichtigung und des Saldos der außerordentlichen Gebarung, wie auch deren gewinnabhängige Steuern in den Jahren 1970 bis 1983 um 359,3 vH erhöhten. Im Verhältnis zum Gesamtkapital (Bilanzsumme abzüglich durchlaufende Kredite), welches im gleichen Zeitraum um 640,6 vH zunahm, sank die Rentabilität von 0,84 vH auf 0,52 vH ab.

Die von der PSK auf Grundlage der täglichen Durchschnittsstände bei Annahme einer Eigenkapitalverzinsung von 8 vH errechnete Gesamtzinsspanne nahm von 3,59 vH (1977) auf 1,56 vH (1983) ab. Diese Entwicklung entsprach einerseits der allgemein im österreichischen Kreditapparat feststellbaren Tendenz, anderseits aber auch der Expansionspolitik der PSK.

In den Jahren 1970 bis 1983 führte die PSK gemäß § 23 Abs 4 des PSK-Gesetzes von ihren Reingewinnen insgesamt 1 149 Mill S an den Bund ab und dotierte die bis dahin fehlenden Pensionsrückstellungen mit insgesamt 2 136 Mill S. Ihre Leistungen an direkten Steuern beliefen sich vom Jahre 1978, ab welchem sie steuerpflichtig wurde, bis 1983 auf insgesamt 1 649 Mill S.

Organisation

81.22 Die vom RH verschiedentlich festgestellten Schwachstellen in der Organisation der PSK waren vorwiegend durch die Ausweitung des Geschäftsumfanges und die zahlreichen Veränderungen der Geschäftsstruktur bedingt, mit welchen die vom Vorstand gesetzten organisatorischen Maßnahmen nicht Schritt halten konnten. Obwohl Lösungsansätze zu einzelnen Problemen erkennbar waren, mangelte es doch an der folgerichtigen Durchsetzung.

81.23.1.1 In der Aufbauorganisation der PSK waren im Jahre 1983 21 Direktionsabteilungen den drei Gouverneuren unmittelbar unterstellt, was für diese eine Überbelastung mit sich brachte. Darüber hinaus kam es im Laufe der Jahre zu einer Gleichschaltung von Stabs- und Linienfunktionen in einer einzigen Ebene, wodurch bewußt auf die Vorteile einer in anderen Großbanken üblichen Unterscheidung verzichtet wurde.

81.23.1.2 In den Jahren 1970 bis 1983 erfolgten wohl mehrfach Diskussionen über die Aufbauorganisation der PSK, die jedoch mangels klarer Zielvorgaben bzw entscheidungsreifer Entwürfe zu keiner systematischen Neugestaltung führten. Die meisten Strukturänderungen stellten nur Anpassungen an den Ist-Zustand dar, was bspw hinsichtlich der Aufteilung der zentralen Organisationsangelegenheiten auf zwei unterschiedliche Direktionsabteilungen zutraf, deren Aufgabenbereiche bis zur Zeit der

Gebarungsüberprüfung trotz wiederholter Änderungen unzureichend abgegrenzt waren, was zu Reibungsverlusten führte.

81.23.2 Der RH empfahl, die Aufbauorganisation der PSK im Rahmen eines eigenen Planungsvorhabens den Erkenntnissen der modernen Bank-Betriebswirtschaftslehre anzupassen und hiebei nicht nur auf eine Straffung und übersichtlichere Gliederung der Gesamtstruktur, sondern auch auf eine Bereinigung uneinheitlicher Abteilungsbildungen sowohl hinsichtlich ihrer Funktionen als auch ihres Mitarbeiterstandes zu achten.

81.24.1 Auf dem Gebiet der Ablauforganisation fehlte ein handhabbares Darstellungs- bzw Dokumentationssystem, weil das Anfang der siebziger Jahre begonnene Vorhaben einer Sammlung der Dienstnormen nicht weitergeführt worden war.

81.24.2 Der RH empfahl, die in den letzten Jahren ergangenen mündlichen und schriftlichen Anweisungen in einem Nachschlagewerk zusammenzufassen, das nicht nur die Überschaubarkeit schwieriger Arbeitsabläufe verbessern, sondern auch eine wirksamere Arbeitsabwicklung ermöglichen könnte.

81.25 Der Vorstand der PSK sagte Bemühungen um Verbesserungen der Aufbau- und Ablauforganisation im Rahmen der von ihm 1983 begonnenen und zwischenzeitlich fortgesetzten Reorganisation zu.

81.26.1 Als Folge der angespannten Personallage im Organisationsbereich kam es im überprüften Zeitraum zur wiederholten Heranziehung von Unternehmungsberatern - zumeist aus dem Ausland -, wofür insgesamt 27,3 Mill S aufgewendet wurden.

81.26.2 Nach Ansicht des RH sollten außenstehende Berater weniger zur Durchführung von Organisations- und Automationslösungen herangezogen werden, weil dadurch das langfristig vorrangige Ziel einer Organisation „aus einem Guß" verhindert würde. Als zweckmäßig erschienen fallweise Beratungen bei wichtigen Weichenstellungen sowie Systemüberprüfungen in größeren Abständen. Ansonsten wären Investitionen in das eigene Personal auf längere Sicht kostengünstiger als wiederholte Großaufträge an Fremdfirmen.

81.26.3 Der Vorstand der PSK stellte nach Lösung grundsätzlicher Personalfragen eine entsprechende Vorgangsweise in Aussicht.

81.27.1 Mangels eines verfügbaren langfristigen Unternehmungskonzeptes wurde im Jahre 1979 ein Planungsteam mit der Einführung einer strategischen Unternehmungsplanung in der PSK beauftragt. Es galt, zahlreiche Einzelinteressen und -tätigkeiten auf ein gemeinsames Ziel auszurichten und die Schritte zur Verwirklichung abzustimmen. Nach positiven Ansätzen scheiterte die Fortführung der Arbeiten jedoch an der fehlenden Personalbereitstellung durch die einzelnen Abteilungen.

81.27.2 Der RH kritisierte das Auslaufen dieses Vorhabens, welches die mangelnde Unterstützung des Planungsteams im Hause offenlegte. Seiner Ansicht nach hätte es einer entsprechenden Gewichtung des Vorhabens durch den Gesamtvorstand bedurft, um im Zuge einer klaren Prioritätenvorgabe die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der RH empfahl die Einrichtung eines Planungsstabes für die mittel- und langfristige Unternehmungsplanung in der PSK-Gruppe in unmittelbarer Unterstellung unter den Vorstand.

81.27.3 Lt Mitteilung des Vorstandes habe er mit Beschluß vom Mai 1984 eine eigene Abteilung für Bankplanung gegründet, welche mit der Erstellung eines langfristigen strategischen Unternehmungskonzeptes wie auch mit der Kontrolle der Verwirklichung von dessen Zielvorgaben betraut wurde.

81.28.1 Im überprüften Zeitraum fehlte in der PSK ein vom Vorstand genehmigtes ADV-Gesamtkonzept, weshalb sich mehrfach die Verwirklichung einzelner Automationsvorhaben schwierig gestaltete.

81.28.2 Der RH beanstandete die organisatorische Eingliederung des ADV-Bereiches als unzweckmäßig. Außerdem fehlte bis 1983 eine zweckmäßige Tiefengliederung in der mit ADV-Arbeiten betrauten Abteilung, wie sie in anderen Großbanken üblich war. Weiters war das Fehlen eines ADV-Handbuches, einer wirksamen Projektorganisation und einer marktgerechten Entlohnung des ADV-Personals zu bemängeln.

Der RH empfahl daher, die Möglichkeit eines einheitlichen, jedoch gut durchgegliederten ADV-Bereiches zu untersuchen, um Schnittstellen- und Abstimmungsprobleme in diesem Bereich zu vermeiden, sowie ein langfristiges Automationskonzept als Planungsgrundlage für die Zukunft auszuarbeiten.

81.28.3 Lt Stellungnahme der Geschäftsleitung seien verschiedene Mängel vor allem auf einen angesichts des steigenden Geschäftsumfanges bestehenden Personalengpaß zurückzuführen, jedoch werde die neu gegründete Bankplanungsabteilung ein den modernen Anforderungen entsprechendes ADV-Konzept für weitere Automationsvorhaben erstellen.

81.29.1 Die Abteilung „Revision und Inspektion" ist dem Geschäftsbereich des 2. Vizegouverneurs als Stabstelle zugeordnet. Ab 1980 erstreckte sich ihre Zuständigkeit auch auf alle Gesellschaften der PSK-Gruppe und deren Filialen.

81.29.2 Um die Stellung der Revision im Hause zu stärken, empfahl der RH - unabhängig von personell-disziplinären Verantwortungslinien - eine sachliche Unterstellung unter den Gesamtvorstand.
Überdies wären sämtliche Arbeitsgebiete in den Bereich der Revision einzubeziehen und vermehrt Systemrevisionen durchzuführen.

81.29.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes habe sich die Revisionsabteilung wegen personeller Engpässe und laufend hinzugekommener Aufgabengebiete in einer ständigen Aufbauphase befunden, werde sich jedoch in Hinkunft in der aufgezeigten Richtung entwickeln.

Personal- und Sozialwesen

81.30 Bei der Neuordnung der Rechtsverhältnisse der PSK unterblieb eine Neuregelung der personalrechtlichen Stellung der Bediensteten. Die Besorgung aller Geschäfte und sonstigen Arbeiten obliegt somit Bundesbeamten sowie Vertragsbediensteten des Bundes. Dienststelle der bei der PSK beschäftigten Bundesbediensteten ist das „Österreichische Postsparkassenamt", das dem BMF untersteht. Vorschläge zu einer Neuregelung der Stellung des Personals wurden nicht verwirklicht.
Um jedoch eine wenigstens teilweise Angleichung an das Gehaltsniveau bei anderen Banken zu erreichen, wurden Sonderzahlungen in Form von erhöhten Belohnungen und Treueprämien eingeführt.

81.31.1 Der Personalstand der in der PSK beschäftigten Bundesbediensteten nahm von 1 653 (Ende 1970) um 3,6 vH oder 60 Personen auf 1 713 (Ende 1983) zu; die Anzahl der von der PSK selbst aufgenommenen und stundenweise entlohnten, hauptsächlich im Sporttoto beschäftigten sogenannten Fremdkräfte betrug - auf Vollbeschäftigte umgerechnet - Ende 1970 110 und Ende 1983 83 Personen. Verschiedentlich wurden Arbeitskräfte beschäftigt, die entweder von der PSK selbst (zB Hausbesorger, Heimpersonal) oder von Tochtergesellschaften angestellt wurden und für die PSK tätig sind, ohne Bundesbedienstete zu sein.

81.31.2 Wie der RH kritisch vermerkte, stand die Verwendung fremder Dienstnehmer zur Durchführung von Geschäften der PSK auch aufgrund von Werkverträgen nicht im Einklang mit § 7 Abs 1 des PSK-Gesetzes.

81.31.3 Wie der Vorstand der PSK mitteilte, werde eine Lösung dieser Personalfragen durch Verordnung der Bundesregierung gemäß § 1 Abs 5 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 angestrebt.

81.32 Der Aufwand für das Personal einschließlich des freiwilligen Sozialaufwandes sowie der Pensionsersätze an den Bund stieg von 199,7 Mill S (1970) um 427 Mill S oder 213,8 vH auf 626,7 Mill S (1983). Die Jahreskopfquote der in der PSK tätigen Bundesbediensteten einschließlich der vollen Pensionsersätze lag 1983 mit rd 358 300 S, die des Aktivbezuges allein mit rd 228 100 S, unter den vergleichbaren Ansätzen der beiden verstaatlichten Großbanken. Hiefür war neben geringeren Sonderzahlungen auch die Einreihung eines Großteils des Personals der PSK in den drei untersten Verwendungs- bzw Entlohnungsgruppen maßgeblich.

81.33.1 Neben Sonderzahlungen in Höhe eines zusätzlichen Monatsbezuges erhielten die Bediensteten der PSK eine als „Treueprämie" bezeichnete Zahlung, die zu Lasten einer nach § 13 Abs 1 des PSK-Gesetzes möglichen Rücklage für betriebliche Sozialleistungen in Form eines nach Dienstjahren gestaffelten Betrages geleistet wurde (Höchstsatz 1983 für Bedienstete mit über 30 Dienstjahren: 6 150 S/Jahr).

81.33.2 Nach Ansicht des RH sollten die Reste dieser Rücklage, die derzeit in Widerspruch zum § 13 Abs 1 des PSK-Gesetzes als Sozialfonds ohne Statuten außerhalb der Bilanz geführt wird, als besondere Rücklage der PSK bilanziert werden. Gegen die Verwendung dieser Restgelder für die Unterstützung von in Not geratenen Bediensteten bestand kein Einwand.

81.33.3 Lt Mitteilung des Vorstandes der PSK werde dieser Beanstandung in Hinkunft in der Form Rechnung getragen, daß die nach Auszahlung der Treueprämie verbleibenden Restbeträge nicht mehr dem Festgeldkonto „Sozialfonds der PSK" zugeführt werden, sondern auf dem entsprechenden Hauptbuch-Konto als Rücklage verbleiben.

81.34.1 Im wesentlichen wurden die Leistungen der PSK auf dem Gebiete des freiwilligen Sozialaufwandes erst nach Inkrafttreten des PSK-Gesetzes 1969 eingeführt und ausgebaut. Die Jahreskopfquote dieser Aufwendungen lag im Jahr 1983 unter den vergleichbaren Aufwendungen der beiden verstaatlichten Großbanken.

81.34.2 Wie der RH kritisch vermerkte, waren Ausgaben des freiwilligen Sozialaufwandes (Sachkosten der Erholungs- und Ausbildungsheime) in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht als solche ausgewiesen. Weiters empfahl er, die Aufwendungen dieser Art dem Personal in geeigneter Form nahezubringen.

81.34.3 Lt Stellungnahme der Geschäftsleitung würden die Ausbildungs- und Erholungsheime teilweise betrieblich genutzt. Der letztgenannten Empfehlung des RH würde entsprochen werden.

81.35.1 Erst nach Errichtung eines zweiten Erholungsheimes versuchte die Personalabteilung, mittels einer Fragebogenaktion die Gründe für den geringen Auslastungsgrad beider Heime (derzeit unter 50 vH) festzustellen. Die Ergebnisse ließen ein geringes Interesse der Bediensteten gegenüber dem Sozialleistungsangebot „Urlaubsheime" erkennen.

81.35.2 Angesichts dieser Beurteilung stellte der RH Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit derartiger Ausgaben in Frage.

81.36.1 Verschiedentlich wurden von Bediensteten mehrere Möglichkeiten begünstigter Kredite nebeneinander (und mehrfach hintereinander) ausgeschöpft, obwohl diese über Wertpapier- oder Sparguthaben verfügten, von Kreditaufnahmen aus sozialen Gründen daher nicht gesprochen werden konnte.

81.36.2 Wie der RH kritisch vermerkte, lag eine Übersicht über die Gesamtverschuldung der einzelnen Mitarbeiter der PSK nicht vor.

81.36.3 In ihrer Stellungnahme berief sich die Geschäftsleitung der PSK auf einige Maßnahmen, welche ihr einen entsprechenden Einblick gewährten. Weiters wäre die Einräumung von begünstigten Bedingungen an Mitarbeiter unter dem Gesichtspunkt ihrer Bindung an die PSK zu sehen.

81.36.4 Der RH erwiderte, lediglich die in Vorbereitung befindliche ADV-mäßige Abfrage der Gesamtverschuldung jedes einzelnen Bediensteten würde den geforderten Überblick gewährleisten.

81.37 Bei den Reisekosten beanstandete der RH die gelegentlich der Reisegebührenvorschrift nicht entsprechende Rechnungslegung sowie die Teilnahme mehrerer Funktionäre an einzelnen im Ausland stattgefundenen Kongressen und Tagungen. Er empfahl in diesem Bereich vermehrte Sparsamkeit.

Bauliche Investitionen

81.38 Die PSK führte ab 1970 Investitionen mit einer Abrechnungssumme von rd 592,4 Mill S durch. Hievon betrafen rd 440 Mill S die Umgestaltung und technische Einrichtung des Hauptgebäudes, 29,9 Mill S den Grunderwerb und Neubau für ein Erholungs- und Schulungsheim in Lackenhof, 29,1 Mill S und 93,4 Mill S den Erwerb und die Ausgestaltung von Lagerräumlichkeiten an zwei Standorten in Wien.

Die stichprobenweisen Untersuchungen des RH bezogen sich auf die Planung, die Erstellung, Überwachung und Einhaltung der Kostenvoranschläge sowie auf die Ausschreibung, die Vergabe und die Abrechnung der Vorhaben sowie auf deren organisatorische Abwicklung.

81.39.1.1 Dem Umbau des Hauptgebäudes der PSK in Wien I lag eine im Jahre 1971 in Auftrag gegebene Raumplanungsstudie eines ausländischen Planungsbüros zugrunde, welches in Zusammenarbeit mit einem hausintern zusammengestellten Raumplanungskomitee feststellen sollte, wie die Organisations- und Raumprobleme der PSK für die Zukunft zu bewältigen sind. Diese Studie, für die ein Honorar von 180 000 DM bezahlt wurde, sah vier Varianten vor, nämlich:

(1) die Errichtung eines Neubaues (470 Mill S);

(2) die Errichtung eines Neubaues für die ADV und alle damit zusammenhängenden Abteilungen (275 Mill S);

(3) den Verbau sämtlicher Höfe oder

(4) den Umbau von Räumlichkeiten zu Großraumbüros einschließlich einzubauender Klimaanlage und einer vertikalen Belegförderungsanlage (rd 100 Mill S).

81.39.1.2 Der Vorstand der PSK entschied sich aus geschäftspolitischen und wirtschaftlichen Gründen für die letztgenannte Variante, wobei jedoch die Durchführung der geplanten Arbeiten die Aussiedelung der im Hause untergebrachten Finanzprokuratur und der Österreichischen Glücksspielmonopolverwaltung (mit zusätzlichen Kosten von rd 119 Mill S) erforderte.

81.39.2 Der RH erachtete die getroffene Entscheidung als unzweckmäßig, weil sie - anders als eine der beiden ersten Varianten - nur eine kurzfristige Lösung der Raumprobleme brachte. Außer einer langfristigen Unternehmungsplanung fehlte auch eine Untersuchung des Ist-Zustandes des Hauptgebäudes, insb in bau- und klimatechnischer Hinsicht. Wegen sich ständig ändernder Raumprogramme und Erweiterungen des Bauumfanges sowie mangels ausreichender Kontrolle des mit der Projektsplanung und -ausführung beauftragten Architekten durch Fachkräfte der PSK erhöhten sich die Kosten ständig bis zur Abrechnungssumme von 440 Mill S. Wesentlichen Anteil an der Gesamtkostenerhöhung hatten die Klimaanlage (48,2 Mill S), die ADV-Anlage (26,7 Mill S), die Notstromanlage (11,6 Mill S) und der Sanitärbereich (6,7 Mill S). Bei einzelnen dieser Anlagen mußten wegen der begrenzten Deckennutzlastenwerte nachträglich zusätzliche Deckenroste eingezogen werden.

81.39.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes seien bei diesem Bauvorhaben keine ausreichenden Erfahrungswerte zur Verfügung gestanden, auch wäre die Entwicklung des Geschäftsumfanges der PSK nicht voraussehbar gewesen. Zu den Kostenüberschreitungen hätten auch allgemeine Lohn- und Preiserhöhungen sowie Zusatzwünsche und -aufträge beigetragen.

81.40.1 Für die Ausgestaltung der Vorstands- und Präsidialräumlichkeiten fielen insgesamt Umbaukosten von 9,7 Mill S an, davon rd 2,3 Mill S auf textile Bodenbeläge und den Ankauf wertvoller antiker Teppiche. In einem Vorstandsbüro wurden zufolge mehrmaliger personalmäßiger Veränderungen wiederholt Umbauarbeiten vorgenommen, welche die höchsten Adaptierungskosten je m² erforderten.

81.40.2 Wie der RH kritisch vermerkte, ist nur ein Teil der genannten Kosten für die Restaurierung historisch eingerichteter Räumlichkeiten verwendet worden.

81.40.3 Der Vorstand der PSK bezeichnete eine entsprechende repräsentative Ausstattung sämtlicher Vorstandsräumlichkeiten als im Interesse der notwendigen Kunden- als auch Auslandskontaktpflege gelegen. Die erwähnten Teppiche stellten eine günstige wertsteigernde Anlage dar.

81.41.1.1 Bedingt durch den wegen der Einhaltung der gesetzlichen Belegelagerfristen entstandenen Raummangel im Hauptgebäude erwarb die PSK im Jahre 1974 das Objekt Hollgasse um einen Kaufpreis von 16,9 Mill S. Noch vor Abschluß des Kaufvertrages stellte sich die Deckennutzlast dieses Gebäudes für den gedachten Zweck als nicht geeignet heraus.

81.41.1.2 Um dennoch eine teilweise Belegelagerung durchführen zu können, nahm die PSK bedeutende Investitionen vor. Entgegen der bei der Beschlußfassung zum Ankauf gemachten Aussage, „es werden nur geringe Investitionskosten anfallen", erreichte deren Schätzsumme 7,3 Mill S plus 0,8 Mill S Architektenhonorar, die Abrechnungssumme aber rd 10,3 Mill S und ein Architektenhonorar von 1,1 Mill S, was einer Kostenüberschreitung von rd 41 vH entsprach.

81.41.2 Der RH bemängelte die Vorgangsweise der überprüften Unternehmung beim Ankauf dieses Objektes, weil sie in der Folge nach einem weiteren Projekt für die Belegelagerung suchen mußte. Schon bei der Kaufentscheidung hätten die notwendigen Umbaukosten genauest ermittelt werden müssen.

81.41.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes der PSK habe die mit dem Erwerb dieses Objektes vorerst geschaffene Möglichkeit einer Belegelagerung die Auflassung kostenaufwendiger, verstreuter Mietflächen erlaubt.

81.42.1.1 Da das Lager Hollgasse nur eine vorläufige Lösung bot, ein Neubau für eine Belegelagerung aber wegen der hohen Kosten abgelehnt wurde, entschloß sich die PSK 1977 zum Erwerb einer Fabriksliegenschaft in der Buchengasse um den Kaufpreis von 28,5 Mill S. Niedrige Umbaukosten, eine hohe Tragfähigkeit der Decken sowie der gut bis ausgezeichnete Bauzustand sprachen trotz der hohen Kaufsumme für dieses Objekt.

81.42.1.2 Im Jahre 1978 entschied sich der Vorstand mit Zustimmung des Verwaltungsrates zum Umbau des ehemaligen Werkes 1 und zum Abbruch des ehemaligen Werkes 2 mit Neubau eines viergeschossigen Lagergebäudes, wobei die Kosten für den Umbau mit 6,7 Mill S und für den Neubau mit 52 Mill S geschätzt wurden.

81.42.1.3 Lt Baukostennachrechnung erforderte der Umbau 25,47 Mill S, dh um 18,7 Mill S mehr als veranschlagt, der Neubau hingegen 39,5 Mill S, dh um rd 13 Mill S weniger als vorgesehen. Die gesamten Herstellkosten von rd 65,2 Mill S entsprachen 5 100 S/m².

81.42.2 Der RH sah diese Herstellkosten als überhöht an und bemängelte die erheblichen Über- bzw Unterschreitungen als Folge einer mangelhaften Planung sowie wiederholter Entscheidungsänderungen hinsichtlich der Verwendbarkeit des Gebäudes. Bei der Projektsdurchführung beanstandete der RH einen unklar abgefaßten Architektenwerkvertrag, der zu einer Honorarüberzahlung von rd 209 000 S führte, weiters die mangelhaft durchgeführte Überprüfung der Ausschreibung des Neubauvorhabens durch die PSK, weshalb die Leistungsverzeichnisse fehlerhaft erstellt waren und nicht den technischen Regeln entsprachen, sowie die mangelnde Überprüfbarkeit einzelner Schlußrechnungen.

81.42.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung wären bei einer Gesamtbetrachtung des Projektes die Präliminareüber- bzw -unterschreitungen gegenseitig aufzurechnen, wodurch sich lediglich Mehrkosten von rd 6 Mill S ergäben. Weiters seien zeitlich vorgezogene Instandhaltungsarbeiten am Bürotrakt von rd 2 Mill S in diesen Gesamtkosten enthalten, die nicht auf die Lagerfläche angerechnet werden könnten.

81.43.1 Im Jahre 1977 erwarb die PSK 15 492 m² Grund in der Gemeinde Lackenhof für die Errichtung eines Schulungs- und Erholungsheimes um 3,3 Mill S. Die Herstellkosten beliefen sich auf 26,6 Mill S. Zur Baudurchführung ging die PSK einen Architektur- und Treuhandvertrag mit dem planenden Architekturbüro ein, das als Generaltreuhänder dieses Bauvorhaben zu einem Festpreis durchzuführen hatte.

81.43.2 Der RH bemängelte das Fehlen einer ausgereiften Planung, das sich in den später auftretenden Planungs- und Baumängeln äußerte. Weiters stand die Vergabe nicht im Einklang mit den internen Regelungen der PSK, die der ÖNORM A 2050 angeglichen sind. Letztlich überschritten die abgerechneten Herstellkosten die veranschlagte Summe von 23,7 Mill S, so daß sich bei 16 Doppelzimmern und zwei Appartements ein Aufwand von rd 473 000 S je Bett ergab, welcher erheblich über dem üblichen Wert von 350 000 bis 400 000 S je Bett lag.

81.43.3 Lt Stellungnahme der überprüften Unternehmung seien ähnlich einem Ideenwettbewerb zwei Bebauungsstudien von zwei Architekturbüros vorgelegen; da es sich jedoch um das geistige Eigentum der jeweiligen Ateliers handelte, habe eine gleiche Gegenstudie jedoch nicht eingeholt werden können.

81.43.4 Der RH erwiderte, die Bau- und Professionistenarbeiten wären aufgrund des vorliegenden Entwurfes wohl einem Wettbewerb zu unterwerfen gewesen.

Sonstige Feststellungen

81.44.1 Der in der Gewinn- und Verlustrechnung der PSK als Teil ihres Verwaltungsaufwandes ausgewiesene Vertriebsaufwand, welcher die verschiedenen Werbemaßnahmen umfaßt, erhöhte sich von 1970 bis 1982 auf rd das Siebenfache.

81.44.2 Der RH beanstandete die knappe Fristsetzung bei Ausschreibungen für Werbegeschenke, wodurch es österreichischen Firmen erschwert war, preislich günstige Produkte zu entwikkeln und anzubieten, sowie überhöhte Lagerbestände an Werbegeschenken.

81.44.3 Lt Mitteilung des Vorstandes der PSK seien die überhöhten Lagerbestände an Weltspartagsgeschenken zwischenzeitlich abgebaut worden und werde in Hinkunft getrachtet, die Bestellungen dem Bedarf noch besser anzupassen.

81.45.1 Die PSK ließ ab 1978 jährlich durch ein Meinungsforschungsinstitut Werbekontrollen durchführen, um ihre Werbetätigkeiten auf ihre Kommunikationsleistungen zu überprüfen.

81.45.2 Nach Auffassung des RH sollte die PSK das erhebliche Ausmaß des Werbeaufwandes überdenken und die einzelnen Werbemaßnahmen auf ihre Erfolgswirksamkeit überprüfen, um gegebenenfalls einzelne Maßnahmen nicht mehr in der bisherigen Größenordnung oder überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen.

81.45.3 Lt Stellungnahme der Geschäftsleitung der PSK werde sie in Hinkunft der Empfehlung des RH nachkommen.

81.46.1 Die PSK leistete nicht unwesentliche Beiträge an verschiedene Sportvereine.

81.46.2 Der RH empfahl, in Hinkunft diese Leistungen zu überdenken und, soweit es vertraglich möglich ist, einzuschränken. Überdies wären Sponsorbeiträge, die bisher unter sonstigem Vertriebsaufwand verbucht sind, unter der Position Sponsoraufwand auszuweisen.

81.46.3 Die Geschäftsleitung begründete die Sponsortätigkeit der PSK mit dem Bemühen, vor allem Jugendliche in verstärktem Ausmaß als Kunden zu gewinnen, was auch der Übung anderer Banken und Sparkassen entspreche. Unter dem Sponsoraufwand würden nur längerfristige, sich wiederholende Sponsorleistungen verbucht.

81.47.1 Die Aufwendungen für Repräsentationen, Geschäftsanbahnungen und Kundenkontaktpflege erhöhten sich von rd 1,3 Mill S (1977) auf rd 3 Mill S (1982).

81.47.2 Der RH kritisierte größenordnungsmäßig bedeutendere Aufwendungen für anläßlich des Ausscheidens von PSK-Funktionären in repräsentativen Restaurants gegebene Abschiedsessen sowie die Abhaltung von Klausurtagungen in verschiedenen Hotels. Er empfahl, in Hinkunft die in der PSK vorhandenen repräsentativen Räumlichkeiten vermehrt heranzuziehen, für Arbeitstagungen das PSK-eigene Erholungsheim in Lackenhof zu nützen und allgemein bei derartigen Ausgaben um mehr Sparsamkeit bemüht zu sein.

81.47.3 Der Vorstand der PSK sagte dies zu.

81.48.1 Für das 100jährige Jubiläum der PSK im Jahr 1983 verausgabte diese rd 11,5 Mill S.

81.48.2 Der RH anerkannte, daß sich der Vorstand einer repräsentativen Verpflichtung anläßlich eines solchen Gedenkjahres nicht entziehen konnte, hätte jedoch angesichts der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse eine sparsamere Gestaltung für angezeigt erachtet.

81.48.3 Der Vorstand der PSK berief sich auf den im Vergleich zu anderen verstaatlichten Banken gegebenen Nachholbedarf an Öffentlichkeitsarbeit, weshalb die Feier des Bestandsjubiläums mit Veranstaltungen in allen Bundesländern besonders werbewirksam gewesen sei.

81.49.1.1 Gemäß § 2 des PSK-Gesetzes idgF hat der Bund im Namen und auf Rechnung der PSK durch die Post im Postscheck- und im Postsparverkehr Einzahlungen entgegenzunehmen und Auszahlungen zu leisten. Für diese Leistungen hat die PSK eine angemessene jährliche Vergütung zu entrichten, deren Höhe nach den hiefür auflaufenden Kosten zu berechnen und einvernehmlich zwischen dem Bundesminister für Verkehr und der PSK festzulegen ist.

81.49.1.2 Aufgrund von entsprechenden Übereinkommen betrug diese Vergütung ab dem Jahre 1970 1,2 vT und 1975 1,4 vT der Jahresgeldumsätze.

81.49.1.3 Ende 1978 verlangte die Postverwaltung bezüglich der Berechnung eine Neuregelung, weil sich sowohl die Lage bei den Personalkosten als auch der Umfang und die Art der für die PSK erbrachten Leistungen entscheidend verändert hätten. Nach längeren Verhandlungen kam man im Mai 1980 überein, diese Vergütung für 1981 mit 345 Mill S festzusetzen, nachdem sie 1980 noch 304,5 Mill S betragen hatte.

81.49.1.4 Da ein allen Wünschen, wie Änderung des Umsatzes bzw der Anzahl der Geschäftsfälle, Steigerung der Personalkosten udgl, Rechnung tragender Aufwertungsfaktor nicht gefunden werden konnte, einigten sich die Vertragspartner, die Postvergütung in den Jahren 1982 und 1983 jeweils um 10 Mill S anzuheben.

81.49.1.5 Schließlich wurde am 19. Mai 1983 in einem neuerlichen Übereinkommen die Vergütung für 1984 mit 380 Mill S festgesetzt. Sie setzt sich aus dem Ersatz der Personalkosten für die mit PSK-Angelegenheiten betrauten Postbediensteten aufgrund der errechneten Zeitwerte sowie von Zuschlägen für den Pensions- und Sachaufwand zusammen. In den Jahren 1985 und 1986 wird der Betrag wieder jeweils um 10 Mill S erhöht werden. Die Postvergütung stieg von 164,4 Mill S (1970) um 122 vH auf 365 Mill S (1983).

81.49.1.6 Um einerseits dem laufenden Verlust an Marktanteil Einhalt zu gebieten bzw andererseits durch einen materiellen Anreiz die Bemühungen der Postbediensteten zum Verkauf von PSK-Produkten zu aktivieren, entschloß sich die PSK 1976, vorerst für den Absatz von drei Produkten an vorgenannten Personenkreis Belohnungen zu gewähren. In den Folgejahren wurde die Produktpalette mehrmals erweitert bzw wurden die Sätze angehoben.

81.49.1.7 Zur Verbesserung des gemeinsamen Images und des Kundendienstes kamen die PSK und die Postverwaltung im Jahre 1977 überein, daß seitens der Post instandsetzungsbedürftige Postämter baulich in Ordnung gebracht werden und seitens der PSK ein Beitrag durch Beistellung neuer Möbel (Schaltereinheiten) geleistet werde. Die Gegenstände gingen mit der Lieferung in das Eigentum der Postverwaltung über. Im Zuge dieser Aktion stellte sich heraus, daß der PSK nicht nur die Kosten für Schalter, sondern auch für nicht ausschließlich für den PSK-Dienst benötigte Gegenstände verrechnet worden waren. Für die Rationalisierung des Schalterdienstes bei den Postämtern kam die PSK überdies für die Kosten von 5 000 elektronischen Rechenmaschinen im Ausmaß von 8,8 Mill S auf und übernahm weiters den Aufwand für Zubehör und Reparaturen. Die Ausgaben der PSK für vorgenannte Zwecke beliefen sich von 1977 bis 1983 auf insgesamt 71,3 Mill S.

81.49.1.8 Ab dem Jahre 1976 wendete die PSK im steigenden Ausmaß Mittel für die Ausbildung von Postbediensteten sowie für Betreuung und Kontaktpflege auf. Diese Ausgaben betrugen 1983 13,5 Mill S.

81.49.2 Der RH anerkannte die von der Post für die PSK erbrachten Leistungen, wodurch es ihr im Zusammenwirken mit verstärkten Werbemaßnahmen und der Erweiterung ihres Produktangebotes in den letzten Jahren gelang, die bis 1976 eingebüßten Marktanteile wieder zurückzugewinnen. Dessenungeachtet empfahl der RH, im Hinblick auf die rückläufigen Stückzahlen der Geschäftsfälle sowie der in Gang befindlichen Automation (Einsatz von Terminals) der Postämterschalter durch die PSK, die gemäß § 2 des PSK-Gesetzes zu leistende Vergütung künftig nicht um Pauschalbeträge zu erhöhen, sondern jeweils den erbrachten Leistungen kurzfristig anzupassen. Da die sonstigen Leistungen der PSK im Jahre 1983 bereits ein Ausmaß von 41,6 Mill S erreichten, empfahl er überdies, die Belohnungen für Postbedienstete in den nächsten Jahren nicht zu erhöhen bzw für die Ausstattung der Postämter nur Investitionen zu tätigen, die für die Besorgung des Postsparkassendienstes unmittelbar erforderlich sind.

81.49.3 Lt Stellungnahme der Geschäftsleitung der PSK sei ihr eine kurzfristige Anpassung der Vergütung an die erbrachten Leistungen in der Praxis bisher nicht möglich gewesen, weil die Post den Ersatz auf Vollkostenbasis gefordert habe, der PSK aber keine Kontrolle der beträchtlichen Aufwendungen der Post eingeräumt sei sowie auch bisher mit der Postverwaltung keine Einigung über die anzuwendenden Zeiteinheiten erzielt habe werden können. Die derzeit vereinbarte Vergütungshöhe entspreche den gesetzlichen Forderungen nach Angemessenheit und Einvernehmlichkeit. Letztlich habe die Verbesserung der Ausstattung der Postämter wie die Gewährung von Belohnungen an Postbedienstete insgesamt dazu beigetragen, den Marktanteil der PSK am Sparaufkommen entscheidend zu verbessern und einen erfolgreichen Absatz neuer marktgerechter Produkte zu sichern.

Ausblick

81.50 Auf Ersuchen des RH nahm der Vorstand der PSK zu künftigen, von ihm vorgesehenen, die PSK sowie ihre Tochterbanken betreffenden geschäftspolitischen sowie organisatorisch-betrieblichen Maßnahmen wie folgt Stellung:

„War die Geschäftspolitik der PSK nach der Errichtung als Unternehmung mit eigener Rechtspersönlichkeit im Jahre 1970 darauf ausgerichtet, verlorene Marktanteile aus der seinerzeitigen Führung

dieses Institutes als Amt zurückzugewinnen und ihre Marktposition innerhalb des österreichischen Kreditapparates durch Verbreiterung des Produkten- und Leistungsangebotes zufolge Erwerbes der PSK- und Feichtnerbank wie auch durch innerbetriebliche sowie kundenorientierte Reformen zu stärken, wird der Vorstand nach dieser Expansionsphase nunmehr der Ertragsoptimierung verstärktes Augenmerk zuwenden. Eine intensivere Kooperation und Arbeitsteilung mit den Tochterunternehmungen soll dazu dienen, eine noch bessere Kundenbetreuung zu gewährleisten. Die PSK wird gemäß dem im PSK-Gesetz normierten Leistungsangebot bestrebt sein, ihre bisher schon gesetzten Aktivitätsschwerpunkte im Geschäftsverkehr mit ihren privaten und öffentlich-rechtlichen Kunden sowie mit in- und ausländischen Kreditunternehmungen noch zu verstärken, wie auch das ihr durch die PSK-Gesetzesnovelle 1981 eingeräumte Emissionsrecht zur Verbesserung der Fristenkonformität gezielt zu nutzen. Was ihre internationale Präsenz im Dienste einer umfassenden Kundenbetreuung betrifft, beabsichtigt die PSK auch weiterhin selektiv auf ausländischen Finanzmärkten aufzutreten.

Die bereits eingeleitete Straffung der Aufbauorganisation der PSK, die Verbesserung ihres innerbetrieblichen Informationsstandes sowie die bereits institutionalisierte strategische Unternehmungsplanung sollen fortgesetzt und zum Abschluß gebracht werden. Was die schon bisher gute Zusammenarbeit mit der Postverwaltung betrifft, wird sich der Vorstand der PSK bemühen, diese im Interesse einer weiteren Verbesserung ihres Kundenservices noch zu verstärken. Insgesamt werden die PSK und ihre Tochterbanken bestrebt sein, ihr Produkt- und Leistungsangebot so zu gestalten, um im zunehmend verschärften Wettbewerb im Kreditapparat ihre Marktchancen zu wahren.

Die aus der noch bestehenden besoldungsrechtlichen und quantitativen Einbindung der PSK-Mitarbeiter in den Bundesdienst resultierenden Probleme in Richtung einer mit den übrigen Kreditinstituten konkurrenzfähigen Entlohnung, werden dem Vorstand der PSK Anlaß dazu geben, nach Lösungsmodellen für ein geeignetes Personalstatut zu suchen."

Tochterbanken der Österreichischen Postsparkasse; Bank der Österreichischen Postsparkasse AG; Bankhaus Feichtner und Co AG

Um ihren Kunden alle Bankgeschäfte anbieten zu können, erwarb die Österreichische Postsparkasse zwei Banken. Der RH überprüfte die Auswirkung der Beteiligungspolitik der Österreichischen Postsparkasse auf die beiden Institute. Mängel bei der Abwicklung einiger Kreditengagements sind durch den Umstand, daß die Organisation mit der starken Expansion der beiden Banken nicht Schritt halten konnte, entstanden.

82.1 Von März bis September 1983 überprüfte der RH erstmalig die Gebarung der Tochterbanken der Österreichischen Postsparkasse (PSK), der Bank der Österreichischen Postsparkasse AG (PSK-Bank) und der Bankhaus Feichtner und Co AG (Feichtnerbank).

82.2 Gegenstand der beiden Unternehmungen ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, ausschließlich der Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen. Sie sind zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen, insb zum Erwerb von Liegenschaften, zur Errichtung von Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland sowie zur Beteiligung an anderen Unternehmungen. Spekulationsgeschäfte sind ausgeschlossen.

Die Banken sind ferner berechtigt, Vereinbarungen über nachrangiges Kapital im Sinne des § 12 Abs 8 des Kreditwesengesetzes (KWG) 1979 abzuschließen.

82.3 Die Kritik des RH betreffend die Vorstands- und Aufsichtsratbesetzung bei den Tochterbanken ist dem Berichtsteil über die Gebarungsüberprüfung bei der PSK (Abs 81.7) zu entnehmen.

Geschäftspolitik der Bankengruppe

82.4 Durch das PSK-Gesetz 1969 wurde die PSK zwar als eigene juristische Person wieder ins Leben gerufen, jedoch gab ihr der Gesetzgeber auf der Aktivseite nur einen eingeschränkten Wirkungsbereich. Da sie in den Jahren nach 1970 bestrebt war, auf der Einlagenseite sowohl im Mengengeschäft (Spar- und Gehaltskonten) als auch im kommerziellen Bereich (Giro- und Termineinlagen) Fuß zu fassen, stellte sich die fehlende Möglichkeit, an ihre Kunden auch Kredite zu gewähren, immer mehr als geschäftspolitischer Nachteil heraus. In zunehmendem Maße waren nämlich Bankkunden zu Kontoverbindungen nur mehr bereit, wenn sie fallweise oder regelmäßig auch Überziehungen oder Kredite in Anspruch nehmen konnten.

82.5 Bereits im Geschäftsbericht für das Jahr 1974 hatte die PSK darauf hingewiesen, daß durch diese gesetzlichen Beschränkungen - insb durch mangelnde Kreditgewährungsmöglichkeiten an private und kommerzielle Kunden - Marktanteilsverluste im Passivgeschäft aufgetreten waren. Dem sollte durch „ganzheitliche Betreuung der Kunden" auch auf der Aktivseite begegnet werden. Da zu diesem Zeitpunkt eine Änderung des PSK-Gesetzes unwahrscheinlich war, sollte der Ankauf einer Bankkonzession auf dem freien Markt die Möglichkeiten der PSK auf der Aktivseite erweitern.

82.6 Die PSK erwarb im Jahre 1976 die damalige Teilzahlungsbank Appell Kunden-Kredit reg. GenmbH (nunmehr Bank der Österreichischen Postsparkasse AG) und im Jahre 1977 das Bankhaus Feichtner und Co KG (nunmehr Bankhaus Feichtner und Co AG).

82.7.1.1 In mehreren Klausurberatungen der Vorstandsmitglieder der PSK, der PSK-Bank und der Feichtnerbank seit Mitte 1977 wurde die Zusammenarbeit der drei Kreditinstitute, was die Stabsabteilungen und die Geschäftsbereiche anlangte, in ihren Einzelheiten festgelegt.

82.7.1.2 So war vorgesehen, daß innerhalb der Gruppe die Stabsfunktionen sowie eine Reihe von Aufgaben von der PSK selbst wahrgenommen werden, sofern dies für die Zusammenarbeit von Vorteil und kostensparend möglich ist. Hauptsächlich betraf dies die Rechtsabteilung, die strukturelle Ablauf-, Aufbau- und ADV-Organisation, die Revision sowie zentrale Tätigkeiten auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung, des statistischen Meldewesens und der Werbung.

82.7.1.3 Die Geschäftsleitung der PSK-Gruppe nahm weiters genaue Abgrenzungen der Zielgruppen, die von den einzelnen Instituten betreut werden sollten, vor, um Überschneidungen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, eine sinnvolle Ergänzung der Institute zueinander zu gewährleisten und potentielle Bankkunden in ihrer Gesamtheit von der PSK-Gruppe her anzusprechen.

82.7.1.4 Der Devisenhandel der Gruppe wurde in der PSK selbst zentralisiert. Was die Geldmarktgeschäfte betraf, sollten die Tochterbanken Veranlagungen im Zwischenbankverkehr nur in begründeten Ausnahmefällen durchführen, wobei die Konditionen nicht unter jenen der PSK liegen durften.

82.7.1.5 Im Jahre 1982 wurde ein Unternehmungsleitbild für jedes Geldinstitut der Gruppe erstellt. Grundlegendes Ziel war hiebei, die Marktstellung der PSK allgemein zu stärken und ihr besondere Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Auf dem Privatkreditsektor und der Investitions- und Konsumfinanzierung erfolgt dies durch die PSK-Bank, beim Bankgeschäft insb durch Hypothekarkredite und langfristige Investitionsfinanzierung für Wiener Handels- und Gewerbebetriebe durch die Feichtnerbank.

82.7.1.6 Bis zu dem vorerwähnten Unternehmungsleitbild gab es nur vom Vorstand der Banken formulierte Richtlinien über die jeweilige Aufgabenstruktur, ihre Zielsetzungen und ihre Tätigkeiten in der PSK-Gruppe. In Verfolgung der Interessen der PSK wurde nahezu ausschließlich das Kreditgeschäft nachdrücklich betrieben. Mit der Vorstandsklausur Mitte 1981 und dem in der Folge erstellten Unternehmungskonzept wurde eine Phase eingeleitet, die eine Darstellung der beiden Banken in der Gruppe brachte.

82.7.1.7 Soweit das geschäftspolitische Konzept organisatorische Änderungen betraf, wie die Übernahme gewisser Tätigkeiten durch Abteilungen der PSK, waren sie ohne Zweifel geeignet, zur Kostenoptimierung in der Bankengruppe beizutragen.

82.7.1.8 Es besteht zT aber die Tendenz, die beiden Tochterbanken jeweils als Spezialkreditabteilung zu führen und daher alle anderen Aufgaben und Tätigkeiten, die nun einmal mit dem Bestand einer rechtlich selbständigen Bank verbunden sind, tunlichst von der PSK zu übernehmen. Dies erstreckt sich nicht nur auf rein innerbetriebliche Bereiche, sondern auch auf einige Geschäftssparten.

82.7.1.9 Dieses vom Modell her zweckmäßig erscheinende Konzept stößt aber dort auf Schwierigkeiten, wo herkömmliche Tätigkeiten aufgegeben werden müssen.

82.7.1.10 Die Banken werden auch für Geschäfte, welche die PSK wohl nicht selbst durchführen kann, die aber in ihrem Interesse liegen, in Anspruch genommen.

82.7.2.1 Wie der RH zusammenfassend feststellte, hat sich seit der Einflußnahme der PSK auf die beiden Banken mit ihrer Geschäftstätigkeit auch deren Bild nach außen verändert. Aus der unbedeutenden Teilzahlungsbank bzw Privatbank wurde jeweils ein Bankhaus mittlerer Größe in einer Bankengruppe.

82.7.2.2 Letztlich sind aber PSK-Interessen und Interessen der Tochterbanken nicht unbedingt gleichzuhalten, wenn auch - abgesehen von der rechtlichen Konstruktion - schon größenordnungsmäßig die Geschäftspolitik der PSK sich beherrschend auswirken muß.

82.7.2.3 Der RH empfahl somit, bei Erstellung, aber vor allem bei der Handhabung der künftigen Beteiligungspolitik auch individuelle Gesichtspunkte der Tochterbanken im Hinblick auf die Effizienz der PSK-Gruppe im Wettbewerb zu beachten.

82.7.2.4 Insgesamt wirkte sich jedoch die Zusammenarbeit in der Bankengruppe sowohl für die PSK als auch für die beiden Tochterbanken positiv aus. Die PSK konnte die bis Mitte der siebziger Jahre laufend aufgetretenen Marktanteilsverluste aufholen und in der Folge wieder Marktanteile gewinnen. Die PSK-Bank und die Feichtnerbank konnten im österreichischen Bankensektor Fuß fassen und mit zunehmender Bedeutung auch neue Kunden für die Gruppe gewinnen.

Bank der Österreichischen Postsparkasse AG

Allgemeines

82.8.1.1 Anfang 1976 erwarb die PSK 120 000 Geschäftsanteile der Teilzahlungsbank „Appell Kunden-Kredit reg. GenmbH". In der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. März 1976 wurde sodann die Neubesetzung des Vorstandes und des Aufsichtsrats zT von der PSK vorgenommen.

82.8.1.2 Am 2. August 1977 erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1977 die Umwandlung der Genossenschaft in die „Teilzahlungsbank Appell AG".

82.8.1.3 Mit Beschluß der Hauptversammlung vom 16. Dezember 1977 erfolgte neben einer Kapitalerhöhung auch die Änderung des Firmenwortlautes in „Appellbank AG" sowie eine Änderung der Satzungen insb im Unternehmensgegenstand durch Erweiterung zur Vollbank.

82.8.1.4 Die letzte Änderung des Firmenwortlautes wurde Anfang 1978 auf „Bank der Österreichischen Postsparkasse AG" vorgenommen.

82.8.1.5 Nach mehreren Kapitalerhöhungen und Aktienzukäufen von ehemaligen Genossenschaftern bzw Verkäufen vorwiegend an eigene Angestellte war die PSK zum 31. Dezember 1983 am Grundkapital der PSK-Bank von 120 Mill S mit 117,5 Mill S, das sind rd 97,9 vH, beteiligt.

82.8.1.6 Im Dezember 1983 emittierte die Bank eine nachrangige Anleihe im Gesamtnominale von 70 Mill S.

82.8.1.7 Die Profilierung der PSK-Bank erfolgte auf dem Privatkreditsektor als „Die Bank für Jedermann" auf dem Gebiet des Massengeschäftes als Ergänzung zur Produktpalette der Österreichischen Postsparkasse und als „Kreditinstitut mit gehobener Klientel" für Investitions- und Kommerzfinanzierungen. So sollte vor allem auch der kommerzielle Kundenkreis (mittlere Betriebe in Handel, Gewerbe und Industrie) aktiv- und passivseitig betreut werden, um das Kommerzgeschäft zu verstärken.

82.8.1.8 Im Mengengeschäft liegt der Schwerpunkt auf einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Vertriebswegen der PSK, der Postgewerkschaft und dem Anknüpfen bzw der Pflege von Kontakten zu den Betriebsräten.

82.8.1.9 Die PSK-Bank betreibt weder das Spareinlagen- noch das Girogeschäft. Auf Kundenwunsch werden entsprechende Konten der PSK eröffnet. Ab dem Jahre 1979 begann die Bank auch mit dem Ausbau ihres Filialnetzes, wonach sie Anfang 1984 mit mindestens einer Außenstelle in jedem Bundesland vertreten ist.

82.8.1.10 Das Vertriebsnetz der PSK-Bank umfaßt neben der Zentrale in Wien und ihren Zweigstellen auch das Vertriebsnetz der PSK für das private Mengengeschäft.

82.8.1.11 Darüber hinaus führte die Einrichtung von Abfragestellen in Zweigstellen der PSK-Bank zu einer Erleichterung für die Postämter bei der Arbeitsabwicklung, weil Rückfragen rascher und damit kundenfreundlich erledigt werden können.

82.8.2 Nach Ansicht des RH standen aber die Bemühungen, die PSK-Bank auf dem Markt selbständiger auftreten zu lassen, was jedenfalls durch die nachrangige Anleihe Ende 1983 dokumentiert wurde und in einer allfälligen Börseneinführung der Aktien fortgesetzt werden könnte, mit einer Reihe anderer Maßnahmen in Widerspruch.

82.8.3 Lt Stellungnahme der Bank liege es in den Unternehmungszielen der PSK begründet, die PSK-Bank vor allem im Mengengeschäft nach außen hin sehr stark mit der PSK-Gruppe gleichzusetzen. Gerade die Betonung des Naheverhältnisses zur Muttergesellschaft und das dieser entgegengebrachte Vertrauen bewege weite Kundenschichten, die Dienstleistungen der PSK-Bank in Anspruch zu nehmen. Nach der Unternehmungspolitik sollten PSK-Interessen immer auch Gruppeninteressen sein, wobei sich die beherrschende Stellung der PSK aus dem Wesen der Beteiligung ergebe.

Finanzwirtschaft

82.9.1.1 Die Bilanzsumme der nunmehrigen PSK-Bank erhöhte sich von 897 Mill S (1977) um 830,3 vH auf 8 344,8 Mill S (1983).

82.9.1.2 Den überwiegenden Anteil an diesem Wachstum hatten die Ausleihungen. So erhöhten sich die Forderungen gegen Nichtbanken von 608,9 Mill S auf 4 646,7 Mill S und die Wechselkredite von 18 Mill S auf 779,5 Mill S. Das gesamte kommerzielle Kreditvolumen jedoch, unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen, Kostgeschäfte, Rediskonte und der Treuhand- und Garantiekredite, nahm von 825 Mill S (Ende 1977) auf 8 276 Mill S (Ende 1983) zu.

82.9.1.3 Die übrigen Bilanzpositionen der Aktivseite, soweit es die Barreserve, Guthaben bei und Ausleihungen an Kreditunternehmungen sowie die Wertpapiere und Bundesschatzscheine betraf, beschränkten sich im Berichtszeitraum bei der PSK-Bank wie auch bei der Feichtnerbank auf das für die Einhaltung der Liquiditätsbestimmungen erforderliche Maß. Es entsprach den geschäftspolitischen Überlegungen in der Gruppe, daß Zwischenbankveranlagungen weitgehend von der PSK und nicht den Bankentöchtern vorzunehmen waren. Ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt waren die Bundesschatzscheine zu sehen, die von der PSK den beiden Banken erfolgsneutral zur Verfügung gestellt wurden.

82.9.1.4 Die zur Finanzierung der Aktivseite erforderlichen Mittel entstammen derzeit fast ausschließlich aus Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten. So stiegen diese im Berichtszeitraum von 823,4 Mill S auf 6 900,9 Mill S (davon 5 722,9 Mill S von der PSK) Ende 1983 an. Der Anteil an der Bilanzsumme betrug Ende 1977 rd 91,8 vH und Ende 1983 82,7 vH. Im Durchschnitt der Aktienbanken beanspruchten die inländischen Zwischenbankverpflichtungen 24,9 vH der Bilanzsumme, bei allen österreichischen Kreditunternehmungen 25,2 vH.

82.9.1.5 Die PSK-Bank wie auch die Feichtnerbank sind durch die Verbindung mit der PSK in der Lage, ihre Geschäftsausweitungen nach den Möglichkeiten der Aktivseite ohne besondere Bedachtnahme auf die Mittelaufbringung, die weitgehend über PSK-Einlagen erfolgt, vorzunehmen und damit eine Größenordnung zu erreichen, die ihnen aufgrund eines normalen Wachstums der Passivseite nicht möglich gewesen wäre.

82.9.1.6 Die „Verpflichtungen gegenüber Sonstige", das sind Schilling- und Fremdwährungseinlagen von in- und ausländischen Nichtbanken, erreichten Ende 1983 rd 152,4 Mill S.

82.9.1.7 Das mit 1. März 1979 in Kraft getretene KWG 1979 regelte sowohl die Berechnung der Eigenmittel als auch der Verpflichtungen neu. Eigenmittel (haftendes Eigenkapital zuzüglich Sammelwertberichtigungen) gelten als ausreichend, wenn sie 4 vH der Verpflichtungen abzüglich der flüssigen Mittel ersten Grades betragen.

82.9.1.8 Aufgrund des beträchtlichen Wachstums der Ausleihungen, dem die Eigenmittelausweitung nur begrenzt folgen konnte, fiel bei der überprüften Bank dieser Satz von 6,74 vH (1977) auf 3,75 vH (1981), erhöhte sich sodann auf 4,04 vH (1982) und infolge der Begebung der nachrangigen Anleihe auf 5,42 vH (1983).

82.9.2 Der RH kritisierte die im Berichtszeitraum fehlende Planung der Eigenkapitalausstattung sowie die Dividendenpolitik.

82.9.3 Die Bankleitung bemerkte hiezu, daß die Dividendenpolitik auch unter dem Blickwinkel der Schaffung von Reserven zu sehen sei.

82.10 Die in den Bilanzen bzw in den Gewinn- und Verlustrechnungen ausgewiesenen Reingewinne geben den in der laufenden Geschäftsführung erzielten Betriebserfolg nur unzulänglich wieder. Oft sind auch optische Gründe für eine bestimmte Ausweisungspraxis oder einige Gebarungen ausschlaggebend.

82.11.1 Die PSK erbrachte eine Reihe von Dienstleistungen für beide Tochterbanken. Vor allem die im Rahmen der schon erwähnten Vorstandsklausur besprochenen Projekte mit zentraler Betreuung durch die entsprechenden Abteilungen der PSK zielten auf Kosteneinsparungen bei den Tochterbanken hin und wurden in keiner Weise, soweit es sich nicht um unmittelbar anfallende Sachkosten handelt, weiterverrechnet.

82.11.2 Der RH regte hiezu an, innerhalb der Gruppe zu einer den tatsächlichen Kosten entsprechenden Verrechnung zu kommen, um einerseits nach außen hin durchschaubare und aussagefähige Geschäftsergebnisse vorweisen zu können, andererseits vor allem im Innenverhältnis über die tatsächliche Ertragskraft der einzelnen Institute informiert zu sein.

82.11.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes werde diesen Anregungen Rechnung getragen.

Ausleihungen

82.12.1 Die Geschäftsentwicklung der überprüften Bank war seit der Beteiligung der PSK von einer starken Ausweitung des Kreditvolumens an Nichtbanken gekennzeichnet. Insb nahm neben den Privatkrediten der Kommerzkreditbereich zu. Wechselkredite (einschließlich weiterverrechneter Wechsel) stiegen auf letztlich 2,5 Milliarden S (Ende 1983). Zusammen mit den Barvorlagen, die im Durchschnitt zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen, jedenfalls aber mit äußerst geringer Zinsspanne vergeben wurden, erreichten die Wechselkredite Ende 1983 einen Anteil von 46,3 vH am Kommerzkreditvolumen.

82.12.2 Der RH erachtete diesen Anteil als zu hoch und empfahl, derartige Vorleistungen, die im Sinne des Aufbaues eines Kundenstockes zu verstehen waren, einzudämmen und künftig das Umsatzdenken weniger in den Vordergrund zu stellen.

82.12.3 Der Vorstand sagte dies zu.

82.13.1 In ihrem verstärkten Bemühen um größere Marktanteile nahm die Bank naturgemäß erhöhte Kreditrisken in Kauf.

82.13.2 Wie der RH anmerkte, führte mangelnde Erfahrung zu Fehleinschätzungen bei der Bonität einzelner Kommittenten und zu Versäumnissen im Zuge der Abwicklung einzelner Ausleihungen. Letztlich stammte ein Großteil jener Engagements, zu denen größere Einzelwertberichtigungen vorgenommen werden mußten, aus den Jahren 1978 bis 1980, der Einstiegsphase in das Kommerzkreditgeschäft. Durch verfeinerte Methoden im Zuge der Kreditwürdigkeitsprüfung und damit ermöglichter wirklichkeitsnäherer Einschätzung der gegebenen Kreditrisken konnten in der Folge die Ausfälle im Kommerzkreditgeschäft in vertretbarem Rahmen gehalten werden. Den bei einzelnen Engagements drohenden Ausfällen trug die Bank durch Einzelwertberichtigungen Rechnung. Nach 10 Mill S Ende 1977 (davon 8,7 für Teilzahlungskredite) waren bis 1983 260,7 Mill S (davon 78,1 Mill S pauschale Einzelwertberichtigungen für Teilzahlungskredite) gebildet worden.

82.13.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes seien Einzelwertberichtigungen auch aus Gründen der vorsichtigen Bilanzierung gebildet worden.

82.14 Der RH kritisierte anhand einer Reihe von Teilzahlungskrediten Mängel in deren Abwicklung.

Die Bank sagte zu, im Rahmen ihrer Richtlinien den Anregungen des RH entsprechen zu wollen.

82.15 Die ADV-Unterstützung im Kommerzkreditbereich war nach Ansicht des RH unzureichend. So wurden bspw die Kontokorrentkredite zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung noch umständlich über Treuhandkonten im Scheckverkehr der PSK und mit entsprechenden Spiegelkonten bei der Bank geführt. Lt Mitteilung der Bank sei diesbezüglich zwischenzeitlich eine befriedigende Lösung gefunden worden.

82.16.1 Zur Ausfinanzierung einer Sportanlage räumte die Bank einer GesmbH mit einem Stammkapital von 100 000 S einen Kreditrahmen von letztlich 30 Mill S ein. Sie verabsäumte es hiebei, für die laut Angabe der Gesellschafter bereits verbauten Eigenmittel in Höhe von 7 Mill S einen genauen Nachweis zu verlangen. Mangels entsprechender Baukontrolle kam es offensichtlich auch zu zweckwidriger Verwendung von Kreditmitteln.

82.16.2 Der RH empfahl, bei derartigen Projektfinanzierungen die bereitgestellten Kreditrahmen grundsätzlich nur gemäß Baufortschritt ausnützen zu lassen und Überweisungen unmittelbar an die bauführenden Firmen vorzunehmen.

82.16.3 Lt Stellungnahme des Vorstands hat die Bank nicht zuletzt aufgrund der nachteiligen Erfahrungen aus dieser Finanzierung seit 1981 einen Bausachverständigen zur laufenden Baukontrolle und Anfertigung von Schätzgutachten eingesetzt.

82.17.1 Die Bank gestattete einer holzverarbeitenden Unternehmung die Ausnützung eines Rahmens durch Eskontwechsel, welche seitens einer anderen Gesellschaft dieser Firmengruppe akzeptiert worden waren. Da diese allerdings bereits vorher ihren Betrieb stillgelegt hatte, handelte es sich hiebei offensichtlich um Finanzwechsel.

82.17.2 Nach Ansicht des RH wäre unter den gegebenen Umständen eine gründliche Kreditwürdigkeitsprüfung der gesamten Firmengruppe vonnöten gewesen.

82.17.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes sei das Obligo dieses Kreditnehmers rasch angewachsen, nach Feststellung seiner schlechten wirtschaftlichen Entwicklung habe die Bank noch rechtzeitig entsprechende Maßnahmen zur Einschränkung des Obligos gesetzt.

82.18.1.1 Auch bei einem Engagement betreffend ein Planungsbüro hatte die Bank auf eine hinreichende Bonitätsprüfung vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung verzichtet und Kreditmittel insb im Hinblick auf die gebotenen statischen Sicherheiten eingeräumt.

82.18.1.2 Wie sich im Zuge einer erst viel später vorgenommenen Bilanzauswertung ergab, war diese Unternehmung bereits Ende 1979 schwer überschuldet und nach Ansicht des Leiters der Betriebsprüfungsabteilung der Bank bereits damals konkursreif. Insgesamt waren im Lauf des Jahres 1980 - abgesehen von darüber hinausgehenden kurzfristigen Überziehungsmöglichkeiten - diesem Planungsbüro noch Kreditrahmen in Höhe von insgesamt 6,5 Mill S eingeräumt worden.

82.18.2 Der RH empfahl, die Fähigkeit des Kreditnehmers zu vereinbarungsgemäßer Bedienung seiner Bankverbindlichkeiten als vorrangiges Merkmal bei Behandlung von Kreditansuchen anzusehen.

82.19.1 Bei den im Rahmen der Schulbuchkreditaktion vergebenen Ausleihungen war den Entscheidungsträgern der Bank die tatsächliche Risikolage erst allmählich bewußt geworden. Offenbar erachteten sie die Abdeckung der eingeräumten Kredite aus der Einlösung von Schulbuchgutscheinen als selbstverständlich und zwingend bzw kalkulierten sie die Möglichkeiten einer zweckwidrigen Verwendung der Kreditmittel vorerst gar nicht ein.

82.19.2 Wie der RH kritisch vermerkte, hat erst ein drohender Kreditausfall den Vorstand der Bank veranlaßt, von der bislang gepflogenen besonderen Abwicklung von Kreditverhältnissen mit Schulbuchhändlern abzugehen und diesen Kundenkreis gleich wie alle anderen Kreditnehmer zu behandeln.

82.19.3 Lt Stellungnahme der Bank habe es sich in diesem Fall um eine im Zeitpunkt der Kreditvergabe neu gegründete Unternehmung gehandelt. Die Sicherheiten seien wegen offensichtlichen Betruges nicht verwertbar gewesen.

82.20.1 In Einzelfällen verließ sich die Bank vorerst auf von Kundenseite beigebrachte Liegenschaftsschätzungen.

82.20.2 Der RH empfahl, im Falle beabsichtigter hypothekarischer Besicherung die angegebenen Deckungswerte grundsätzlich noch durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen. Durch zeitgerechte und wirklichkeitsnahe Einschätzung allfälliger Verwertungsrisken könnte Ausfallsgefahren besser vorgebeugt werden.

82.20.3 Wie die Bank mitteilte, sei sie dieser Empfehlung bereits nachgekommen.

Organisation und Revision

82.21.1 Die Anpassung des organisatorischen Gefüges der PSK-Bank erfolgte nicht im Gleichschritt mit der überaus raschen Ausweitung des Geschäftsvolumens. Der gezielte Einsatz der vorhandenen Kräfte auf Akquisition als Folge der Expansionspolitik hatte zwangsläufig eine Vernachlässigung organisatorischer Belange bewirkt.

82.21.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, blieben mangels zeitgerechter Neugestaltung Arbeitsabläufe bestehen, welche vielfach nicht bzw nur mehr beschränkt den Anforderungen eines modernen, nach rationellen Gesichtspunkten gestalteten Bankbetriebes entsprachen. Das Fehlen von aufgegliederten Funktions- und Stellenbeschreibungen, mit deren Erarbeitung mittlerweile allerdings begonnen wurde, sowie der Mangel an genauen Arbeitsrichtlinien in mehreren Geschäftsbereichen hatten die Entwicklung unerwünschter interner Strukturen und einer informellen Ablauforganisation begünstigt. Zudem waren auch die Zuständigkeiten zwischen der überprüften Bank und der PSK nicht entsprechend abgegrenzt, was zu unerwünschten Überschneidungen insb im Kommerzkreditbereich führte.

82.21.2.2 Der RH empfahl die Erstellung eines Organisationshandbuches, um dem Mangel an hinreichender organisatorischer Infrastruktur umfassend abzuhelfen.

82.22.1 Grundsätzlich behielt sich der Vorstand Entscheidungen weitgehend vor; sonstigen Mitarbeitern eingeräumte Vollmachten waren im wesentlichen auf den Kreditbereich beschränkt. Dies beeinflußte die Beweglichkeit der Bank und erhöhte die Gefahr nachteiliger Auswirkungen sowohl im Kundenverkehr als auch im innerbetrieblichen Ablauf.

82.22.2 Der RH regte daher an, im Zuge einer Neuordnung der Entscheidungsbefugnisse einen Teil der derzeit dem Vorstand vorbehaltenen Entscheidungen in die zweite Managementebene zu verlagern, um so einen reibungslosen Geschäftsablauf zu gewährleisten.

82.22.3 Die Bank sagte entsprechende organisatorische Maßnahmen zu.

82.23.1.1 Anfang 1980 stellte die Bank einen Innenrevisor ein, der vorerst dem Gesamtvorstand unterstellt war.

82.23.1.2 In einer Vorstandssitzung der PSK vom Dezember 1980 wurde jedoch die Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches der PSK-Revisionsabteilung auf alle Gesellschaften der PSK-Gruppe beschlossen. Die Revision ist somit dzt jenem Vorstandsmitglied unterstellt, das auch in der PSK diese Angelegenheiten wahrzunehmen hat.

82.23.2 Der RH erachtete grundsätzlich die Einrichtung der internen Revision als unmittelbar dem Gesamtvorstand untergeordnete Stabstelle als zweckmäßig. Er kritisierte weiters das Fehlen einer verbindlichen schriftlichen Festlegung von Aufgaben und Zielsetzungen der Innenrevision und empfahl vordringlich die Schaffung entsprechender organisatorischer Grundlagen.

82.23.3 Lt Stellungnahme der PSK-Bank strebe sie nunmehr schrittweise jene Maßnahmen an, die künftig eine zufriedenstellende Abdeckung der Revisionsbelange gewährleisten und auch die Berührungspunkte zur Konzernrevision entsprechend berücksichtigen werden.

Verwaltungsaufwand

82.24.1.1 Der Personalaufwand lt Gewinn- und Verlustrechnung erhöhte sich ohne Dotierung der Pensionsrückstellung und der Vorsorge für Abfertigungen von 7,4 Mill S (1977) um 651,3 vH auf 55,6 Mill S (1983).
Der Personalstand erhöhte sich von 42 (Ende 1977) auf 193 Mitarbeiter (Ende 1983).
Der Personalaufwand je Kopf stieg von 174 400 S (1977) auf rd 251 700 S (1983).

82.24.1.2 Die beträchtliche Geschäftsausweitung konnte in erster Linie durch eine gestiegene Produktivität der Dienstnehmer bewältigt werden.

82.24.1.3 Bei Beurteilung des Personalaufwandes waren jedoch auch noch Erträge aus weiterverrechneten Kosten zu berücksichtigen. Diese enthielten auch Kosten für seitens der PSK-Bank der PSK

zur Verfügung gestelltes Personal. Eine wesentlich größere Personalkostentangente enthielt jedoch die Kostenvergütung für das mit PSK-Angelegenheiten betraute Personal in den PSK-Bank-Zweigstellen.

82.24.2 Aufgrund dieses Sachverhaltes erwies sich der Personalaufwand, wie er in der Erfolgsrechnung der PSK-Bank ausgewiesen wird, zwar rechtlich als richtig, tatsächlich aber als unrichtig. Das gleiche traf auf den im Geschäftsbericht angegebenen Personalstand zu. Der RH empfahl, künftig einen entsprechenden Hinweis im Geschäftsbericht anzubringen.

82.24.3 Die Bank sagte dies zu.

82.25.1 Die beiden Konzernbanken beschäftigten ua eine Reihe von Bediensteten der PSK als Konsulenten zu festen Pauschalhonoraren. Allgemein wurde diese Konsulententätigkeit von der PSK damit begründet, daß diese Mitarbeiter neben der tatsächlichen Arbeitsausübung ihr Wissen, ihre Kenntnisse und die Erfahrung aus ihrer fachlichen Tätigkeit in die betreffende Bank einbringen sollten.

82.25.2 Nach Auffassung des RH war hiefür auch der Umstand maßgeblich, eine Möglichkeit zu schaffen, um Bediensteten mit entsprechender Funktion in der PSK einen annähernd ähnlichen Bezug, wie sie ihn bei vergleichbaren Geldinstituten erzielen können, zu gewährleisten.

82.26 Den größten Anteil am Verwaltungsaufwand nahmen die Raum- und Bürokosten ein. Verhältnismäßig hoch waren auch die ständig steigenden Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten.

Bankhaus Feichtner und Co AG

Allgemeines

82.27.1.1 Im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Landes-Hypothekenbank Niederösterreich (Hypo-NÖ), eine Bankbeteiligung, die allenfalls als Spitzen- und Clearing-Institut für alle Hypothekenbanken dienen sollte, zu erwerben, fanden Anfang 1976 Gespräche mit dem geschäftsführenden Gesellschafter der damaligen Bankhaus Feichtner und Co KG statt. In der Folge war die KG in eine AG eingebracht worden.

82.27.1.2 Nach langen Verhandlungen der Hypo-NÖ, vornehmlich mit dem BMF, das eine PSK-Beteiligung angeregt hatte, kam es zu den entsprechenden Verträgen, wobei an dem Bankhaus letztlich die Hypo-NÖ mit 51 vH, die PSK mit 44 vH, und der bisherige geschäftsführende Gesellschafter mit 5 vH beteiligt waren.

82.27.1.3 Die PSK hatte vom Aktienkapital von 22 Mill S somit vorerst Nominale 9,68 Mill S Inhaberaktien erworben.

82.27.1.4 In der Hypo-Bank verstärkte sich in der Folge die Neigung, ihre Beteiligung an der Feichtnerbank zu veräußern. Der geschäftsführende Gesellschafter des Bankhauses berichtete hiezu, nicht die PSK, sondern ausländische, staatlich orientierte Interessenten seien bereit, das Aktienpaket zu erwerben. Auch würde die PSK im konkreten Fall auf ihr Vorkaufsrecht verzichten.

82.27.1.5 Im Dezember 1979 kam schließlich der Verkauf zustande. Als Käufer trat der geschäftsführende Gesellschafter der Bank auf, nachdem die PSK auf ihr Vorkaufsrecht auf die vollen 51 vH verzichtet hatte. Tatsächlich erwarb sie jedoch noch am gleichen Tag 7 vH der Anteile, verfügte somit über 51 vH und hatte weiters eine Option auf die restlichen 49 vH.

82.27.1.6 Im Dezember 1980 erwarb die PSK sodann weitere 44 vH, so daß sie über 95 vH der Anteile verfügte. Nach der Kapitalerhöhung des Jahres 1981 auf 50 Mill S, welche die PSK allein übernommen hatte, war sie am Grundkapital der Feichtner-Bank mit 48,9 Mill S, das sind 97,8 vH beteiligt. Anfang 1984 fand eine neue Kapitalerhöhung um 25 Mill S statt.

82.27.1.7 Bis zu dem schon erwähnten Unternehmungsleitbild gab es keine schriftlich formulierte Geschäftspolitik der Bank. Tatsächlich waren auch die geschäftspolitischen Schwerpunkte je nach den Beteiligungs- und Mehrheitsverhältnissen unterschiedlich.

82.27.1.8 Bereits Ende 1977, nachdem die damalige Appellkredit eine Vollbankenkonzession erhalten hatte, war der ursprüngliche Grund für den Erwerb des Bankhauses durch die PSK weggefallen. Weiters stellte sich heraus, daß der Wunsch, neben der Beteiligung der Hypo-NÖ auch andere

Hypothekenbanken zu gewinnen und damit praktisch an einem Zentralinstitut aller Hypothekenbanken mitbeteiligt zu sein, nicht in die Tat umzusetzen war.

82.27.1.9 Ab Ende 1979 verfügte die PSK, wie erwähnt, über die relative Aktienmehrheit. Die Geschäftsführung lag jedoch nach wie vor in den Händen des Minderheitsaktionärs, der auch für die Aktivseite, also den Ausgangspunkt für eine dynamische Entwicklung der Bank, zuständig war. Das Vorstandsmitglied der PSK sowie auch vorher das der Hypo-NÖ hatte jedenfalls auch mangels entsprechenden unmittelbaren Zuständigkeitsbereichs nur begrenzten Einfluß auf die kräftig vorangetriebene Geschäftsentwicklung. Aus dieser Entwicklungsphase stammten eine Reihe von Kreditengagements, die bis Ende 1983 dann einen Großteil der bis dahin gebildeten Einzelwertberichtigungen erforderlich machten.

82.27.1.10 Mit der Vorstandsklausur Mitte 1981 und dem in der Folge erstellten Unternehmungskonzept wurde eine Phase eingeleitet, die eine Einbindung des Bankhauses in die PSK-Gruppe brachte. Letztlich wurde aus der kleinen Privatbank mit allen ihren Vor- und Nachteilen, die nebenbei auf den Valutenhandel vorwiegend mit Ostblockwährungen und sogenannten exotischen Währungen spezialisiert war, ein Bankhaus mittlerer Größe.

82.27.2.1 Nach Ansicht des RH sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die 1981 ihren Höhepunkt erreichten, aus dem raschen Wachstum entstanden, verbunden mit organisatorischen und überwachungs- bzw kontrollpolitischen Problemen; sie schienen nunmehr weitgehend überwunden zu sein.

82.27.2.2 Unter Beachtung der im einzelnen kritischen Anmerkungen des RH war die Mitgliedschaft der Bank in der PSK-Gruppe durchaus günstig zu beurteilen und diese Bank nunmehr selbst durchaus in der Lage, zu einer positiven Ertragsentwicklung beizutragen.

Finanzwirtschaft

82.28.1.1 Die Bilanzsumme erhöhte sich von 856,3 Mill S (1977) um 383,1 vH, auf 4 136,9 Mill S (1983).

82.28.1.2 Die Aktivseite war vom beträchtlichen Wachstum der Ausleihungen gezeichnet. So erhöhten sich die Forderungen gegen Nichtbanken von 416,3 Mill S auf 2 375,8 Mill S und die Wechselkredite von 32,6 Mill S auf 265,8 Mill S. Das gesamte kommerzielle Kreditvolumen jedoch, unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen, Kostgeschäfte, Rediskonte und der Treuhand- und Garantiekredite, nahm von 909,6 Mill S (Ende 1977) auf 4 200,9 Mill S (Ende 1983) zu.

82.28.1.3 Die zur Finanzierung der Aktivseite erforderlichen Mittel entstammen derzeit zum überwiegenden Teil aus Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten. So stiegen diese im Berichtszeitraum von 449 Mill S auf 3 027 Mill S (davon 2 504,7 Mill S von der PSK) Ende 1983 an. Ihr Anteil an der Bilanzsumme erhöhte sich von rd 52,4 vH (Ende 1977) auf 73,2 vH (Ende 1983).

82.28.1.4 Die Spareinlagen erhöhten sich von 190,4 Mill S (Ende 1977) um 58,3 vH auf 301,4 Mill S (Ende 1982) und nahmen sodann auf 275,7 Mill S (Ende 1983) ab.

82.28.1.5 Die „Verpflichtungen gegenüber Sonstige", das sind Schilling- und Fremdwährungseinlagen von in- und ausländischen Nichtbanken, erreichten Ende 1983 rd 100 Mill S.

82.28.1.6 Aufgrund des starken Wachstums der Ausleihungen, dem die Eigenmittelausweitung nur begrenzt folgen konnte, fiel bei der Feichtnerbank das Verhältnis der Eigenmittel zu den Verpflichtungen gem § 12 KWG von 9 vH (1977) auf 1,9 vH (1979), erhöhte sich sodann auf 3,95 vH (Ende 1982), sank jedoch wieder auf 3,49 vH (1983).

82.28.1.7 Im KWG war im § 35 Abs 6 eine Frist von fünf Jahren, das ist bis 1. März 1984, zur Erreichung der erforderlichen Grenze festgelegt worden. Mit der Anfang 1984 vorgenommenen Kapitalerhöhung um 25 Mill S steigt dieser Hundertsatz auf 4,2 an.

82.28.2.1 Wenn die vom RH für die Zukunft empfohlenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht eingeleitet werden und der Gewinnmaximierung nicht vor dem Bilanzwachstum der Vorrang gegeben wird, werden weitere Kapitalerhöhungen notwendig sein, um dieser Bestimmung Rechnung zu tragen.

82.28.2.2 Der RH kritisierte die Dividendenpolitik sowie die fehlende Planung der Eigenkapitalausstattung im Berichtszeitraum. So erfolgten die letzten Kapitalerhöhungen verhältnismäßig spät.

82.28.3 Der Kritik des RH Rechnung tragend, wurde auf Veranlassung des Vorstands in der HV vom 7. Mai 1984 ein genehmigtes Kapital bewilligt, um bei einer weiteren Ausdehnung der Geschäfte der Bank eine raschere Eigenmittelanpassung zu ermöglichen.

82.29 Wie der RH kritisch vermerkte, gaben die in den Bilanzen bzw in den Gewinn- und Verlustrechnungen ausgewiesenen Reingewinne den in der laufenden Geschäftsführung erzielten Betriebserfolg nur unzulänglich wieder. Oft waren auch optische Gründe für eine bestimmte Ausweisungspraxis oder einige Gebarungen ausschlaggebend. So kürzte die Bank bis 1981 ihre Zinsen- und Provisionserträge, um Direktabschreibungen und Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen nicht in ihrem vollen Ausmaß offenkundig zu machen.

82.30 Mit Hilfe erheblicher finanzieller Mittel, welche die PSK insbesondere in Form von Tag- und Festgeldern zur Verfügung stellte, konnte das Kreditvolumen der überprüften Bank von 1977 bis 1983 auf mehr als das Vierfache ausgeweitet werden. Strukturell war eine Verlagerung zu kurzfristigen Ausleihungen festzustellen, obzwar das Unternehmungsleitbild als Geschäftsschwerpunkt des Bankhauses Feichtner den Bereich langfristiger Finanzierungen vorsah.

82.31.1 In den letzten Geschäftsjahren war das Ausmaß an eingeräumten Barvorlagen erheblich. Zusammen mit den Wechselkrediten, die im Durchschnitt ebenfalls zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen, jedenfalls aber mit äußerst geringer Zinsspanne vergeben wurden, erreichten die Barvorlagen zum Jahresende 1983 60,2 vH von dem an Nichtbanken vergebenen Gesamtkreditvolumen.

82.31.2 Der RH erachtete das Volumen der Barvorlagen zusammen mit den Wechselkrediten im Verhältnis zu Größe und Geschäftsumfang der Bank als überhöht und empfahl, überhaupt von einer weiteren Verstärkung dieser beiden Geschäftssparten - schon im Hinblick auf die vergleichsweise geringen Ertragsspannen - abzusehen.

82.31.3 Der Anregung des RH folgend, hat der Vorstand im 1. Halbjahr 1984 das Volumen an Barvorlagen und Wechselkrediten erheblich eingeschränkt.

82.32 Den bei einzelnen Kreditengagements drohenden Ausfällen trug die Bank durch insb ab 1981 gebildete Einzelwertberichtigungen Rechnung. Nach 145 000 S (Ende 1977) und 3,56 Mill S (Ende 1978) beliefen sich diese zuletzt bereits auf 131,6 Mill S (Ende 1983). Ein erheblicher Teil dieser Einzelwertberichtigungen - bspw im Jahresabschluß 1982 mit 55 Mill S fast die Hälfte der gebildeten - war für notleidende Organkredite erforderlich geworden. Weitere Wertberichtigungen ergaben sich aus Vorsorgen für ausfallsgefährdete Ausleihungen an Kreditnehmer, mit denen ehemalige Organe der Bank offensichtlich auch außerhalb des Bankbereiches in geschäftlicher Beziehung gestanden waren.

82.33.1.1 Gem Geschäftsverteilung waren bis April 1981 die wesentlichsten Aufgaben, wie zB das Kreditgeschäft, aber auch die Revision und Organisation, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden vorbehalten. Für die im Vorstand tätigen Vertreter der mehrheitlich beteiligten Geldinstitute verblieben das Einlagengeschäft und das Rechnungswesen.

82.33.1.2 Die PSK war von 1977 bis Anfang April 1981 nur durch ein Vorstandsmitglied im Vorstand vertreten. Jahrelang wurde der Vertreter der PSK, genauso wie bis Ende 1979 sein damaliger Vorstandskollege von der Hypo-NÖ, meist erst in den Vorstandssitzungen mit den einzelnen Kreditanträgen befaßt.

82.33.1.3 Gem Geschäftsverteilung bzw Geschäftsordnung für den Vorstand war der genannte Vorstandsvorsitzende auch für die Bewilligung, Abwicklung und Überwachung jener Kredite zuständig, welche die Bank an in seinem bzw im Eigentum seiner Ehegattin stehende Firmen gewährte.

82.33.1.4 Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Bank hatten im Laufe der Jahre zahlreiche Bewilligungen für diese Organkredite erteilt und somit Kenntnis von diesen Verflechtungen zwischen Bankfunktionären und Großkreditnehmern.

82.33.2.1 Wie der RH kritisch vermerkte, kam es bei Einräumung von Organkrediten - anstatt allgemein strengere Maßstäbe als im sonstigen Kreditgeschäft anzulegen - gerade in diesem Bereich zu weitgehender Vernachlässigung von üblicherweise bei Kreditvergaben beachteten Grundsätzen. Offensichtlich genügten sowohl den Sachbearbeitern als auch den Bewilligungsorganen der Bank Ruf und Stellung der direkt oder indirekt verpflichteten Bankfunktionäre als ausreichende Sicherheit, um eine gründliche Bonitätsprüfung entbehrlich erscheinen zu lassen.

82.33.2.2 So begnügte sich der Aufsichtsrat bei den einzelnen Kreditgenehmigungen zumeist mit den in den Kreditanträgen dürftig gehaltenen Angaben. Er verließ sich hinsichtlich der Verkehrswerte von Pfandliegenschaften offensichtlich weitgehend auf die Erläuterungen des Vorstandsvorsitzenden.

82.33.2.3 Auch blieb eine Möglichkeit zur Früherkennung der geschilderten Fehlentwicklung ungenützt, weil der mit Innenrevisionsaufgaben betraute Angestellte bis Anfang 1981 sachlich dem Vorstandsvorsitzenden und personell längere Zeit der Leiterin der Buchhaltung unterstellt war.

82.33.2.4 Zugute zu halten war den beiden Organen der Bank, daß die den einzelnen neuen Kreditanträgen beigelegten Aufstellungen über Gliederung und Ausmaß des bereits aushaftenden Kreditobligos des öfteren ursprünglich vertraglich bedungene und letztlich nicht beigebrachte Sicherheiten als aufrechte Deckungswerte auswiesen und damit Blankoteile des Engagements nicht unmittelbar ersichtlich wurden.

82.33.2.5 Der RH kritisierte die Vorgangsweise der Bank, die einer leitenden Angestellten mehrfach die Ausnützung von Kreditlinien noch vor Beibringung vereinbarter Sicherheiten gestattete und somit in der Folge gezwungen war, nachträglichen Wünschen der Kreditnehmerin nach Vertragsänderungen und Sicherheitentausch nachzukommen, um wenigstens Ersatzwerte zu erhalten. Trotz Nichterfüllung ursprünglich bedungener Auflagen und Bedingungen wurden Dispositionen über Kreditrahmen zugelassen.

82.33.2.6 Obzwar in den einzelnen Kreditansuchen durchwegs Liegenschaftsankäufe als Kreditzweck angegeben worden waren, erfolgten die Ausnützungen überwiegend mittels Überweisungen auf andere Konten der Kreditnehmerin. Des öfteren kam es auch zu Barabhebungen in zT beträchtlicher Höhe; Konten von Geschäftspartnern der Kreditnehmerin schienen bestenfalls für Kreditteilbeträge als Überweisungsadresse auf.

82.33.2.7 Nach Ansicht des RH verabsäumte es die Bank, auf die widmungsgerechte Verwendung der zur Verfügung gestellten Kreditmittel zu achten. Schließlich wurde festgestellt, daß vermeintlich finanzierte Vorhaben nicht verwirklicht worden waren und somit den Ausleihungen keine angemessenen Vermögenswerte der Kreditnehmerin gegenüberstanden.

82.33.2.8 Die Bank akzeptierte vielfach angebotene Sicherheiten, ohne deren Bestand und Wert zeitgerecht und hinreichend überprüft zu haben. Insb in jenen Kreditfällen, bei denen sie sich vorerst mit der Hinterlegung einverleibungsfähiger Pfandbestellungsurkunden begnügt hatte, verließ sie sich hinsichtlich der Pfandobjekte weitgehend auf Wertangaben der Kreditnehmerin und verzichtete darauf, deren tatsächliche Deckungswerte vor Krediteinräumung selbst zu beurteilen oder Schätzgutachten einzuholen.

82.33.2.9 Aufgrund der geschilderten Versäumnisse und infolge fehlender Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse verblieben die Organe der Bank auch lange Zeit in Unkenntnis über das Ausmaß des drohenden Kreditausfalles.

82.34.1.1 Die vormalige „Bankhaus Feichtner und Co KG" finanzierte, nachdem bereits zwei Konkurrenzinstitute einem Engagement nicht nähergetreten waren, die Errichtung eines Seniorenheimes, ohne über vollständige Unterlagen hinsichtlich der Gesamtkosten und der laufenden Bewirtschaftung zu verfügen.

82.34.1.2 Bald zeigte sich, daß aus den laufenden, bei Betrieb dieses Seniorenheimes, erzielbaren Erträgen Kreditrückführungen unmöglich waren und bestenfalls Teile der anfallenden Zinsen bedient werden konnten.

82.34.2 Nach Ansicht des RH bedürfte eine Kreditgewährung aussagefähiger und nachvollziehbarer Unterlagen.

82.34.3 Lt Stellungnahme des Vorstandes hätte bei Eintritt der neuen Gesellschafter aufgrund des gegebenen Baufortschrittes eine Einstellung der Finanzierung zu noch größeren Verlusten geführt.

82.35 Der RH stellte bei seiner Gebarungsüberprüfung noch weitere Kreditverhältnisse fest, mit denen ehemalige Bankfunktionäre auch persönliche wirtschaftliche Interessen verbanden. Aus einigen von diesen entstanden aufgrund der seinerzeit gepflogenen Abwicklung solcher Engagements letztlich weitere Ausfälle für die überprüfte Bank.

82.36 Anfang 1981 wurde dem von der PSK entsandten Vorstandsmitglied die Revision übertragen. Eine genaue Überprüfung der in Frage stehenden Engagements ergab nunmehr eine Reihe von Unzukömmlichkeiten. Ein sodann mit einer Beurteilung aus arbeitsrechtlicher Sicht befaßter Rechtsanwalt erblickte in den Verfehlungen einer leitenden Angestellten schwerwiegende Verstöße gegen die Treuepflicht und sah die Beendigung des Dienstverhältnisses durch Entlassung als angemessene Maßnahme an. Bestärkt durch die Aufdeckung weiterer eigenmächtiger Entscheidungen beschloß der Vorstand sodann im April 1981, die Dienstnehmerin zu entlassen. Diese bestritt die Berechtigung der Entlassung und brachte im Juni 1981 eine Klage auf Zahlung einer Kündigungsentschädigung ein. Das Verfahren war zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung beim Arbeitsgericht Wien noch anhängig.

82.37 Im Anschluß an die oben dargestellten Ereignisse sowie aufgrund von verschiedenen Eigenmächtigkeiten des für den Kreditbereich zuständigen Vorstandsmitgliedes trennte sich die Bank Ende Dezember 1981 von diesem.

Organisation und Revision

82.38.1.1 Die Organisationsstruktur der überprüften Bank stellte sich als Ergebnis eines sowohl durch die mehrfachen Änderungen in den Beteiligungsverhältnissen als auch durch die starke Ausweitung des Geschäftsumfanges geprägten Entwicklungsprozesses dar. Mit Ausnahme der Geschäftsverteilung für die Vorstandsebene lagen keine genauen Regelungen der einzelnen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche vor, wodurch die Entwicklung organisatorischen Eigenlebens begünstigt wurde.

82.38.1.2 Gem Geschäftsverteilung des Vorstands vom Dezember 1977 fiel die Verantwortung für alle wesentlichen Geschäftszweige und Angelegenheiten dem Vorstandsvorsitzenden zu. Nach dem Ausscheiden des Vertreters der Hypo-NÖ Ende 1979 übernahm zwar das von der PSK entsandte Vorstandsmitglied dessen Aufgaben, insgesamt ergaben sich jedoch keine wesentlichen Veränderungen in der Verantwortung im nunmehr zweiköpfigen Vorstand. Der Vorstandsvorsitzende behielt seine Zuständigkeiten unverändert bis zu der im Feber 1981 neu beschlossenen Geschäftsverteilung, wonach er die Zuständigkeit für Revision und Bilanzauswertung an seinen Vorstandskollegen abgab.

82.38.1.3 Die bislang letzte Regelung der Geschäftsverteilung war durch das Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Ende 1981 und die Aufstockung auf vier Vorstandsmitglieder Anfang 1982 notwendig geworden.

82.38.1.4 Grundsätzlich behielt sich der Vorstand nahezu sämtliche Entscheidungen vor; sonstigen Mitarbeitern eingeräumte Entscheidungsbefugnisse waren im wesentlichen auf den Kreditbereich beschränkt.

82.38.2.1 Nach Ansicht des RH schränkte die geltende Regelung der Entscheidungsbefugnisse die Beweglichkeit der Bank ein. Dies erhöhte die Gefahr nachteiliger Auswirkungen sowohl im Kundenverkehr als auch im innerbetrieblichen Ablauf.

82.38.2.2 Mangels eines gültigen Organigramms sowie infolge des Fehlens von Funktions- und Stellenbeschreibungen waren Verantwortungsbereiche und Aufgabengebiete zum Zeitpunkt der Gebarungsüberprüfung nur durch fallweise schriftliche Anordnungen und Beschlüsse bestimmt. Die tatsächliche Abgrenzung der Arbeitsbereiche, wie die Aufteilung der einzelnen Angelegenheiten, stützte sich auf Übung und informelle Übereinkünfte.

82.38.2.3 Der RH kritisierte grundsätzlich die weitgehende Vernachlässigung organisatorischer Belange in der Bank und empfahl, die angestrebte Funktionslösung - Trennung in einen bankbetrieblichen Verwaltungsbereich und einen mit Akquisition und Kundenbetreuung befaßten Bereich -, deren Verwirklichung bisher nur ansatzweise erfolgt war, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen durchzuführen.

82.38.3 Die Bank sagte entsprechende Veranlassungen zu.

82.39 Bezüglich der internen Revision kritisierte der RH deren erst Ende 1979 erfolgte Einrichtung und Unterstellung unter den damaligen Vorstandsvorsitzenden.

Verwaltungsaufwand

82.40 Der Personalaufwand lt Gewinn- und Verlustrechnung erhöhte sich ohne Dotierung der Pensionsrückstellung und der Vorsorge für Abfertigungen von 9,2 Mill S (1977) um 114,1 vH auf 19,7 Mill S (1983).

Der Personalstand nahm von 36 (Ende 1977) auf 41 Mitarbeiter (Ende 1983) zu. Der Personalaufwand je Kopf stieg von 207 500 S (1977) auf rd 352 300 S (1983). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder hatten die Bediensteten des Bankhauses keine Pensionszusagen. Die beträchtliche Geschäftsausweitung konnte - trotz der mit Reibungsverlusten verbundenen Probleme - in erster Linie durch gestiegene Produktivität der Dienstnehmer bewältigt werden.

82.41 Einen verhältnismäßig großen Anteil am Verwaltungsaufwand nahmen auch die Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten ein. Sie waren am Anfang des Prüfungszeitraumes durch die Kosten der Gründung, in den letzten Jahren durch die laufenden Prozesse verursacht. Letztere werden auch noch, soweit absehbar, in den nächsten Jahren weitere Kosten erforderlich machen.

IV. ABSCHNITT

Tätigkeit des Rechnungshofes als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI)

83.1 Anknüpfend an seine Ausführungen im TB 1982 Abs 89 berichtet der RH über seine weitere Tätigkeit als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (International Organization of Supreme Audit Institutions, INTOSAI).

83.2 Vom 6. bis 10. Mai 1984 hat in Innsbruck die 26. Tagung des Präsidiums der INTOSAI stattgefunden. Anwesend waren die Leiter bzw deren Vertreter der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) von Australien, Brasilien, Kanada, Kenia, Italien, Jugoslawien, Malaysia, Österreich (Generalsekretariat), Peru, Philippinen, Saudiarabien, Schweden, Spanien und der Vereinigten Staaten von Amerika.

83.3 Im Mittelpunkt der Beratungen der Tagung stand die Auswahl der Themen für den XII. Internationalen Kongreß der INTOSAI von Sydney/Australien 1986. Das Präsidium hat sich hierbei von der Überlegung leiten lassen, in einer möglichst umfassenden Weise den zahlreich eingegangenen Vorschlägen der ORKB Rechnung zu tragen und gleichzeitig die Interessen der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage fiel die Wahl auf folgende Themen:

Thema I - Leistungskontrolle

A. Begriffsbestimmung, Zielsetzungen und Grenzen der Leistungskontrolle
B. Techniken der Leistungskontrolle und Berichterstattung
C. Nutzung des Arbeitskräftepotentials

Thema II - Kontrolle öffentlicher Unternehmungen

A. Die Rolle der ORKB bei der Kontrolle von öffentlichen Unternehmungen
B. Prüfungsmethoden und -techniken
C. Die interne Kontrolle der öffentlichen Unternehmungen

Thema III - Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Qualität der Prüfungstätigkeit

A. Entwicklung von Richtlinien für das öffentliche Rechnungswesen und die öffentliche Finanzkontrolle
B. Entwurf und Durchführung von Programmen zur Sicherung der Qualität der Prüfungstätigkeit

83.4 Weiters wurden Komitees zum Studium der Frage der Entwicklung von Normen auf den Gebieten Rechnungswesen, Finanzkontrolle und Interne Revision eingesetzt. Der Vorsitz im Komitee Rechnungswesen wurde an die ORKB von Kanada übertragen, der Vorsitz im Komitee Finanzkontrolle an die ORKB von Saudiarabien, der Vorsitz im Komitee Interne Revision an die ORKB der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Aufgabe dieser Komitees besteht darin, eine Definition der Problemkreise vorzunehmen und Empfehlungen für das Präsidium zu erarbeiten.

83.5 Breiten Raum nahm die Erörterung über Fragen der Schulung sowie für Rechnungswesen und Finanzkontrolle ein. Im Zusammenhang mit der Schulung wurden überdies die vorläufigen Ergebnisse einer vom Generalsekretariat durchgeführten Fragebogenaktion bekanntgegeben. Grundlage hiefür war ein vom XI. Kongreß von Manila erteilter Auftrag, eine Bestandsaufnahme der Schulungsaktivitäten der ORKB vorzunehmen. Es handelt sich hierbei um eine empirische Untersuchung, bei der mittels Fragebogen Daten über das Bildungsverhalten, Förderungsmaßnahmen, organisatorische Vorkehrungen und finanzielle Aufwendungen der ORKB erhoben werden. Ebenso werden die Zielsetzungen und Inhalte von Schulungsveranstaltungen sowie die Struktur der Teilnehmer an derartigen Veranstaltungen untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung betrifft die Teilnahme von Mitarbeitern sowie die Beiträge der ORKB zu Weiterbildungsaktivitäten auf subregionaler, regionaler und interregionaler Ebene.

Weitere Untersuchungen betreffen die Einschulung neuer Mitarbeiter. Hier interessiert vor allem der Verlauf der Einschulung. Weiters wird untersucht, in welchen Bereichen die Schwerpunkte der Einschulungsmaßnahmen liegen. Aussagen zur Effektivität der Einschulung und zu den mit der Einschulung verbundenen Problemen runden das Bild ab.

Bereits das Vorliegen der vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung berechtigt zur Feststellung, daß hiermit sehr wertvolle Ansatzpunkte für die künftige Schulungspolitik im Bereiche der INTOSAI gefunden worden sind.

83.6 Fragen der Schulung wurden auch bei der Erörterung der Vorbereitungsmaßnahmen für das 6. Interregionale UN/INTOSAI-Seminar über öffentliche Finanzkontrolle berührt. 25 Rechnungsprüfer aus Entwicklungsländern sowie 11 Rechnungsprüfer aus Industriestaaten werden sich in der Zeit vom 2. bis 12. Oktober 1984 in Wien mit dem Thema „Öffentliche Finanzkontrolle und interne Management-Kontrollsysteme in den Entwicklungsländern" auseinandersetzen. Vortragende werden von den Vereinten Nationen, der Asiatischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ASOSAI), dem Lateinamerikanischen Institut für Finanzkontrollwissenschaften (ILACIF) sowie von den ORKB der Bundesrepublik Deutschland, von Großbritannien, Kanada, Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika gestellt.

Die Finanzierung dieses Seminars erfolgt teils durch die Vereinten Nationen, teils durch INTOSAI aus dem für Aus- und Fortbildungsaktivitäten gewidmeten Anteil an den Beitragszahlungen.

Mit diesem Seminar setzt die INTOSAI ihre von den Vereinten Nationen anerkannten und geförderten Bemühungen um die Fortbildung der Rechnungsprüfer aus den Entwicklungsländern und damit für die Verbesserung der Verwaltung dieser Länder fort.

83.7 Abgeschlossen wurde die Tagung mit Vorträgen über Sportveranstaltungen und einer Exkursion zu den Sportstätten in Igls und Seefeld. Unter Mitwirkung des BMUK, des Organisationskomitees der Nordischen Skiweltmeisterschaften 1985 in Seefeld sowie des RH wurden Gesichtspunkte der Organisation derartiger Veranstaltungen, der Kosten und Nutzen, der staatlichen Förderung sowie der Kontrolle durch den österreichischen RH behandelt.

Wien, im September 1984

Der Präsident:

Dr. Tassilo Broesigke